

Entwicklungslinien
gesellschaftlicher und sozialer Exklusionen
und deren Konsequenzen für
erziehungswissenschaftliche Reflexion
und (schul)pädagogische Handlungsfelder

Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Erziehungswissenschaften
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

Vorgelegt von
Günter Ludwig
Brilon

Erstbetreuer/-gutachter:
Prof. Dr. Götz
Zweitbetreuer/-gutachter:
Prof. Dr. Weiß

Reutlingen, 10/2007

„Alles Lebendige
sucht nach einer
besseren Welt“.

Karl Popper

Diese Arbeit ist dem noch jungen Entwicklungsweg
meiner Tochter Anna-Mareike gewidmet,
in der Hoffnung, dass sie unter sich radikal
verändernden Kontextbedingungen
ihren bisherigen Identitätsprozess
integriert fortführen wird.

	<u>Inhaltsverzeichnis</u>	3-8
A	<u>Ausgangslage/Problemstellung/Erkenntnisinteresse</u>	9
1.	Entwicklungslinien/Trendprojektionen/Umbrüche ?	12
2.	Standortbestimmungen und Entwicklungslinien struktureller Systembedingungen	19
3.	Erziehungswissenschaftliche Standortbestimmung	21
B	<u>Neoliberaler Hegemonieanspruch: Das Paradigma der totalen Ökonomie und des Freihandels</u>	25
1.	Konzept und Erscheinungsformen des Neoliberalismus	25
1.1.	Geschichte und Entstehung der neoliberalen Lehre	26
1.2.	Grundzüge neoliberaler Theorie	26
1.3.	Die neoliberale Wirtschaftsordnung	27
1.4.	Neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat	27
1.5.	Pluralismus- und Demokratiekritik	28
1.6.	Ethik und Moral „als Markt“	29
1.7.	Verbindungslinien zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus	29
1.8.	Politische Umsetzung neoliberaler Konzepte	30
1.9.	Neoliberale Eliten und deren Ideologie	30
1.10.	Neoliberale Netzwerke, Akteure, Politikfelder, Methoden/Instrumente	31
1.10.1.	Neoliberale Netzwerke	32
1.11.	Neoliberale Paradigmen als politikkonforme Ideologie	36
1.12.	Subjektformierungen und Legitimation gesellschaftlicher Spaltungen	38
C	<u>„Globalisierung“ im Kontext neoliberaler Gesellschaftstransformation</u>	39
1.	Neoliberalismus und „Globalisierung“ als konzeptionelle Strategie des postfordistischen Kapitalismus	43
1.1.	Merkmale und Grundcharakteristika des globalisierten Kapitalismus	45
1.2.	Positionen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Globalisierung der Weltwirtschaft“	52
1.3.	Der Finanzkapitalismus als Basis und Triebkraft der „Shareholder“-Ökonomie	56
1.4.	Strategien der Internationalen Großbanken	58
1.5.	Logik, Politik und Auswirkungen der Hedgefonds	58
1.6.	Die „Globalisierung“ der Produktion als „Standortstrategie“	65
1.7.	Wirtschafts-Hegemonie und Ideologie-Produktion	65
1.8.	Globale Governance: Eine Politikstrategie zur Zähmung des globalisierten Kapitalismus?	69
1.9.	Widerspruchsverschärfung des „Shareholder“-Kapitalismus	72
1.9.1.	Distanz ehemaliger Protagonisten	73
1.10.	Das Ende der „westlichen Dominanz“?	75
1.11.	Brüche und Umbrüche in der Arbeitswelt und im gesellschaftlichen Überbau als Konsequenz der neoliberalen „Globalisierung“	80
1.12.	„Deutschland AG“ in der Krise und im Visier	81
1.13.	Deutsche Sonderthemen: Zusätzliche Fallstricke im globalisierten Kontext	82
1.14.	Abschließende Thesen zur neoliberalen „Globalisierung“	87

2.	<u>Supranationale neoliberale Strategien</u>	92
2.1.	IWF, WTO, GATS und G8 als Steuerungsebenen der „Globalisierung“	93
2.2.	EU: Neoliberale Formierung oder Gegenkräfte zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?	95
2.2.1.	Nationale Aktionspläne zur „Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung“ - Konzepte mit Bedeutungsverlust	104
D	<u>Spätkapitalistische Transformationskrise: Bruch zwischen fordistischem Sozialsystem und neoliberaler Reproduktionsstrategie</u>	106
1.	Transformation der nationalstaatlichen Steuerungsfunktion im Zeitalter der neoliberalen „Globalisierung“	106
1.1.	Eine Neudefinition der Staatsfunktion im globalisierten Kontext	109
2.	Die Staatsverschuldung als krisenverschärfender Faktor	111
3.	Krise des fordistischen Regulationssystems	118
4.	Der Wandel „wohlfahrtsstaatlicher“ Politikkonzepte	119
5.	Arbeitsmarkt- und Sozialstaatskrise: Um- und Abbau des „Wohlfahrtsstaates“	120
6.	Sozialpolitik und „Gerechtigkeit“	126
7.	Der „Reformismus“ als strategieloses Krisenmanagement für den Sozialstaatsabbau	127
8.	Agenda 2010	130
9.	Neoliberale Wende in der Arbeitsmarktpolitik	135
9.1.	Hartz-IV: Ein Gesetz und seine Auswirkungen	136
9.2.	Folgen der Arbeitsmarktreformen in Deutschland	139
9.3.	„Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten....“ – Der Selektionskurs verschärft sich	147
10.	„Aktivierung“ und „Eigenverantwortung“ im europäischen Vergleich	148
E	<u>Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Spaltung, Marginalisierung und Exklusion</u>	157
1.	Strukturelle Massenarbeitslosigkeit in der Systemlogik	157
2.	Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“	160
3.	Die arbeits- und gesellschaftspolitische Herausforderung der Prekarität	162
4.	Verfestigung des „Niedriglohnssektors“ als Risikotrend zur chronifizierten Niedriglohnarmut	168
5.	Langzeitarbeitslosigkeit, Hartz-IV und „Flexicurity“	172
6.	Niedriglohndynamik im Hartz-IV-Konzept und weitere Verschärfungen	172
7.	Resümee: Verfestigung der Niedriglohnfalle	174
8.	Arbeitsmarkt-„Reformen“ und das Anwachsen der „Working poor“	174
9.	Arbeitslosigkeit und strukturelle Ausgrenzungen	176
9.1.	Psychosoziale Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit	179
10.	Nicht nur die „unteren Ränder“ sind betroffen	182
11.	Die „Arbeitsgesellschaft“ in der Paradigmenfalle	186
12.	„Ende“, „Krise“ oder „Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft“?	188
13.	<u>Modelle einer neu definierten „Arbeitsgesellschaft“</u>	193
13.1.	Lohnersatzleistungen als Kompensations-Strategien	193
13.1.1.	„Mindestlöhne“	194
13.1.2.	„Kombilohn“	198
13.1.3.	„Grundeinkommen“	201

13.1.4.	Wildwuchs subventionierter Minijobs	207
13.1.5.	Laborversuche	210
14.	Resümee	211
15.	Von der „Arbeitsgesellschaft“ zur „Tätigkeitsgesellschaft“?	212
15.1.	Der „zivilgesellschaftliche“ Diskurs als Ausweg?	217
F	<u>Demografie: Fakten, Entwicklungen und Konsequenzen</u>	222
1.	Deutsche Spezifika der Demografie	226
2.	Demografische Entwicklungen und sozialräumliche Disparitäten	227
3.	Strukturelle Entwicklungen des ländlichen Raumes	230
G	<u>Migration als Zu- und Abwanderung:</u>	231
1.	Integrationsdebatte im ökonomischen, bildungs- und gesellschaftspolitischen Fokus	234
1.1.	Integrationsziele, Integrationsangebote, Integrationseffekte	237
1.2.	Migrantenkinder und –jugendliche als spezifische Problemgruppen des Bildungs- und Ausbildungssystems und zukünftigen Arbeitsmarktes	237
1.2.1.	Soziale Exklusionen von Migrantenkindern in „Lernhilfeschulen“/„Förderschulen“	242
1.3..	Wachsende Dynamik der Desintegration in den Großstädten	243
1.4.	Abwanderungen als Krisensymptom und Krisenverschärfung	245
H	<u>Familienpolitik im Spannungsfeld zwischen „Modernisierung“-Paradigma, fiskalischer Logik und wertkonservativer Familienideologie</u>	246
1.	Konzept der „nachhaltigen Familienpolitik“: Orientierung am Leitbild der voll berufstätigen und gut verdienenden Eltern	256
2.	Siebter Familienbericht im Zeichen des „Modernisierungs“-Paradigmas	259
3.	Entgrenzte und entgrenzende Ökonomie und deren Konsequenzen für die familiäre Reproduktionsfähigkeit	262
4.	Zeitstrukturwandel und Folgen für die Arbeits- und Reproduktionssphäre	265
I	<u>Zwischenresümee aus der bisherigen Analyse</u>	268
J	<u>Alte und neue Formen der gesellschaftlichen Spaltungen</u>	273
1.	Metaphern der sozialen Transformation	274
K	<u>Soziostrukturelle Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse im Fokus konträrer Paradigmen</u>	277
1.	<u>Soziale Exklusionsprozesse: Konzept und aktuelle Entwicklungen</u>	281
2.	Klassen-/Schichtenspezifika: Wider die Nivellierung von Betroffenheiten	290
3	Pluralisierung und Individualisierung	292

4..	Klassenverhältnisse und soziale Klassen: aktuelle soziostrukturelle Veränderungen	293
5.	Herausbildung einer „neuen Unterschicht“	296
5.1.	Politisierung und Ideologisierung der „Unterschichten“-Debatte	302
5.2.	Bildung: ein Instrument gegen Armut und Marginalisierung/Exklusion?	308
6.	<u>Armut, Prekarität und soziale Exklusion</u>	309
6.1.	Der politische Armutsdiskurs zwischen Leugnung und Umdefinition	312
6.2.	Die Armut in der Deutungshoheit der politischen Repräsentanz	314
6.3.	Die Armutspolitik der rot-grünen Politik	314
6.4.	Aktuelle Aspekte in der Armuts-Debatte	315
6.5.	Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	316
6.5.1.	Zentrale Erkenntnisse des „2. Armuts- und Reichtumsberichtes“	317
6.5.2.	Bewertung des Berichtes	320
7.	<u>Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen als Folge struktureller sozioökonomischer und sozialpolitischer Verwerfungen</u>	322
7.1.	Soziale Disparitäten im Kindes- und Jugendalter	325
7.2.	Psychosoziale Auswirkungen von Armut auf Kinder und Jugendliche	326
7.3.	Kinderarmut und sozialräumliche Disparitäten	330
7.4.	Kinderarmut als Lebenslage, soziale Ungleichheit und Verschärfung der Bildungsmisere	331
7.5.	Unicef-Studie zur Lage der Kinder in 21 Industrieländern	333
7.6.	Interventionsebenen	335
8.	Europäischer Kontext: Armut und soziale Ausgrenzungen	338
L	<u>Psycho-soziale Folgen neoliberaler gesellschaftlicher Transformationen: „Homo oeconomicus“ als tragfähiges Leitbild?</u>	339
1.	Modell menschlichen Verhaltens	347
2.	Armut, Verarmung und psychosoziale Repräsentanz	350
3.	Sozialstudie „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer)	351
4.	Shell-Jugendstudie „Die Toleranz sinkt“	355
M	<u>Transformation und soziale Spaltung in den Metropolen</u>	357
1.	„Integrierte Stadtteilentwicklung“: Konzept und Hintergründe	360
2.	Konzept der „Sozialen Stadt“	361
3.	Die Krise in den „sozialen Brennpunkten“ als Prüfstein für die Programmatik der „Sozialen Stadt“	366
3.1.	„Soziale Brennpunkte“ und ethnische Majoritäten	368
3.2.	Schulen in „sozialen Brennpunkten“: Strukturelle und pädagogische Konsequenzen	374
4.	Stadtteilentwicklung als integrierte Aufgabe	381
5.	Das Konzept der „Sozialen Stadt“ im europäischen Kontext	381
6.	Quartiersbezogene Förderprogramme, soziale Dienste und Projekte	383

N	<u>Legitimationskrise und Mythen des staatlichen Schulsystems als Aufsatzzpunkt neoliberaler Bildungsstrategien</u>	384
1.	<u>Bildungspolitische und bildungsstrategische Reflexionen: „Humankapital“ als Kapital</u>	391
2.	Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen als Strategie	397
3.	OECD-Strategien und deren Konsequenzen für die bildungspolitische Landschaft	399
4.	Transformation des Bildungswesens im Kontext neoliberaler Strategien	399
5.	Restrukturierung des deutschen Bildungswesens an OECD-Standards?	406
6.	Die Bertelsmann-Stiftung als Promotor neoliberaler marktwirtschaftlicher Bildungsstrategien.	411
7.	„Chancengleichheit“ und „Gerechtigkeit“	413
8.	„Lebenslanges Lernen“	414
9.	„Modernisierungs“-Dissenz	415
10.	„Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt“: Ein Exempel ökonomischer Instrumentalisierung	418
11.	Das neue Subjekt im neoliberalen Kontext	424
12.	OECD-Standards und monetäre Bildungskrise	425
13.	Bildungsfinanzierung im Wechselbad von Staatsverschulung und Demografie	426
14.	<u>Liberalisierung und Privatisierungsstrategien in europäischen Bildungssystemen</u>	428
14.1.	Eine internationale Studie stimmt nachdenklich	433
14.1.1.	Effektenanalyse und Folgenabschätzung am Beispiel Großbritanniens	435
15.	<u>Erstes Reümees aus dem neoliberalen Paradigmenwechsel im Bildungssektor</u>	438
16.	<u>PISA-Logik: Verschärfung der sozialen Selektion oder Basis für eine emanzipatorische Bildungsstrategie?</u>	441
16.1	PISA-geleitete Bildungsreform und induzierte Selektionsmechanismen	446
16.1.1.	Irrwege der PISA-geleiteten „Testkultur“	451
16.2.	Folgerungen und Erweiterungen der PISA-Studien für die Schul- und Bildungspolitik	452
16.3.	„Chancengleichheit“: eine zugespitzte Paradoxie im neoliberalen Kontext	453
16.4.	Instrumentalisierung von „Bildung“ zur Lösung gesellschaftlicher Strukturprobleme	458
16.5.	Die Rolle der Erziehungswissenschaften im Kontext der PISA-Adaptionen: Auftrag zur Ökonomisierung des Sozialen	460
16.6.	Strukturelle Verschärfung durch schichtenspezifisch adaptierte private Bildungsmärkte	462
16.7.	„Vorschulerziehung“ oder: Das Ende der Kindheit im „Standortwettbewerb“	466
O	<u>Bildungspolitik und Bildungsziele der „Zukunft“</u>	475
1.	Bildung unter den Rahmenbedingungen der neoliberalen „Globalisierung“: „Agenda 21“: Global denken, lokal handeln?	482
2.	Bildungspolitische Reformpositionen als Antwort auf den neoliberalen Paradigmenwechsel	492
2.1.	Anforderungskriterien an eine „gute Schule“	496
2.2.	Entwicklung einer demokratischen und sozialen Lernkultur als Gegenpol zur Leistungs- und Konkurrenzsozialisation	498
2.3.	„Erziehung“ – ein Refugium des Wertkonservatismus im neoliberalen Kontext?	500
3	Qualifikationsanforderungen und Selektivität im jetzigen und zukünftigen Arbeitsmarkt	503

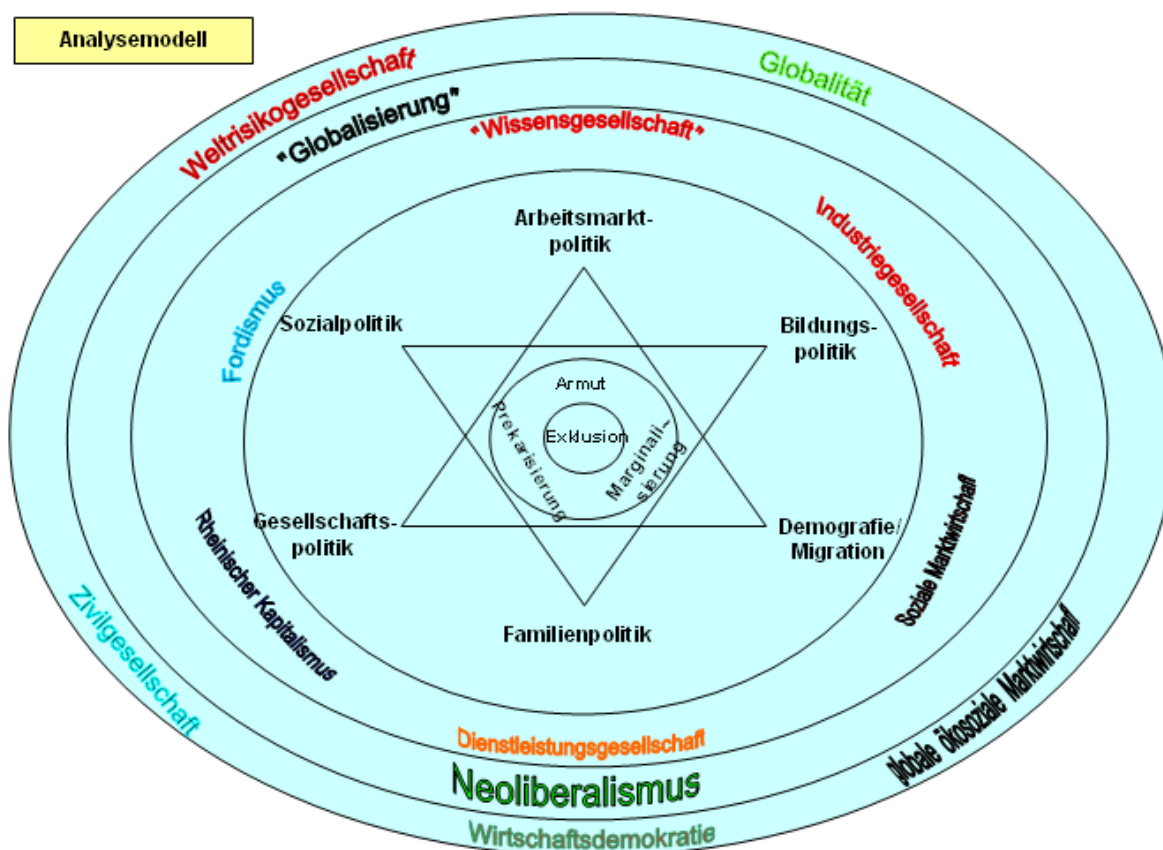
P	<u>Das „Projekt Ganztagschule“: eine strukturelle und pädagogische Basis für eine zukunftsfähige Schule?</u>	506
1.	Ziele der Ganztagschule	509
2.	Entwicklungsstatus: Programme, Konzepte, fachliche und organisatorische Tendenzen der Ganztagschul-Programmatik	512
3.	Strukturdebatte oder Rehabilitation/Revitalisierung der Gesamtschulkonzeption?	514
4.	Prämissen und Bedingungen einer inneren Schulreform: innovative Schulentwicklung	517
4.1.	Demokratiepädagogik: Demokratie lernen und leben	519
4.2.	Kooperationsmodelle zwischen Schule und Jugendhilfe	524
4.3.	Konsequenzen für die Lehrerauswahl/-qualifizierung und Organisationsentwicklung	525
4.4.	Die Preisgabe des „Lehr“-Paradigmas und neue Anforderungen an die Profession „Lehrer“	528
4.5.	Das finnische Bildungswesen als Benchmarkorientierung	531
5.	Schulen der „Zivilgesellschaft“ – Konzept und Antwort auf die Krise der Lohnarbeitsgesellschaft?	533
Q	<u>Organisationsentwicklung der Schule: Konzept, Maßstäbe, Standards: Integration von Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung</u>	534
1.	Schulentwicklung als „Lernende Organisation“	539
2.	Steuerungsmodell: Vision, Strategie, Leitbild, Ziele, Planung, Evaluation	542
2.1.	Prozessorientierte und dezentrale Qualitätssicherung	543
R	<u>Föderale Kleinstaaterei in der Bildungspolitik und strategische Konsequenzen im Benchmark-Kontext</u>	548
S	<u>Resümee zur weiteren „Trend“projektion des neoliberal-globalisierten Kapitalismus und abgeleitete Konsequenzen für Gesellschafts-, Sozial- und Bildungspolitik</u>	551
	Prinzip Hoffnung? Strategie zur Implementierung einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft	561
T	<u>Erziehungswissenschaftlicher Paradigmenwechsel als Antwort auf die Systemkrise</u>	573
	<u>Grundlagenliteratur</u>	577

A Einführung: Ausgangslage/Problemstellung/Erkenntnisinteresse

Strukturelle Veränderungen im Vergesellschaftungsprozess hinterlassen unterschiedlichste Spuren, die es aus der Betrachtung der Zufälligkeit und Aspekthaftigkeit herauszuführen, und auf identifizierbare Verursachungszusammenhänge zurückzuführen gilt. Die in den gesellschaftlichen und professionellen Debatten angeführten Konstruktionen für den vorliegenden strukturellen Veränderungs- und Umbruchprozess sind sehr vielschichtig und kontrovers. Auf diesem Hintergrund gilt es, den von mir identifizierten und begründeten „neoliberalen Globalisierungsprozess“ als plausiblen Grundprozess globaler, nationaler und lokaler Veränderungen zu beschreiben, diesen in seinen möglichen und realen komplexen gesellschaftlichen Konsequenzen aufzuzeigen und zu begründen, und ihn als analytische Basiskategorie zu legitimieren.

Die Grundannahme, dass der „neoliberale Globalisierungsprozess“ (neben seinen vielschichtigen Wirkungen) die wesentliche sozial- und arbeitsmarktpolitisch induzierte Verschärfung sozialer Marginalisierungs-/Exklusionsprozesse zur Konsequenz hat, ist von ausgeprägter gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischer Relevanz, und hat in professionellen erziehungswissenschaftlichen Diskursbeiträgen nach meiner Vorfeldanalyse noch nicht die notwendige fachliche Akzentuierung erfahren.

Um die Konsequenzen dieses Marginalisierungs-/Exklusionsprozesses in der notwendigen analytischen Breite und den jeweiligen Interdependenzen im Verständnis einer Mehrebenenbetrachtung darzustellen, habe ich mich zur Öffnung der Komplexität entschieden, wie sie in dem nachfolgenden Analysemodell dargestellt ist:



Da die Ableitung und Fundierung der „Umbruchhypothese“ die Basis für die sozial-, gesellschafts- und bildungspolitischen Begründungszusammenhänge sein soll, ist die Herleitung und Legitimation des Konstrukts „neoliberale Globalisierung“ die Grundlage für die weiteren Analyseschritte. Denn die in ihr enthaltene immanente Logik muss nicht nur auf seine hypothetischen Wirkungsannahmen befragt und hinterfragt, sondern auch in seiner (Dis)kontinuität plausibilisiert werden. Die Annahmen über Stabilität oder Offenheit dieses Ausgangs sind handlungsleitend für gesellschafts-, sozial- und bildungsstrategische Überlegungen, die über „den Tag“ hinausweisen. Die destruktive Dominanz der ökonomischen Logik (homo oeconomicus) über alle andern gesellschaftlichen Funktionalitäten (Soziales, Kultur, Ökologie, Bildung) verschärft nicht nur die mögliche Perspektive eines worst case, sondern sucht zugleich nach präventiven Ausgängen aus diesem sichtbaren Dilemmata, die unter den Prämissen der „Welt-risikogesellschaft“, „Globalität“, „Zivilgesellschaft“, „Globale ökologische Marktwirtschaft“ und dem Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ zunehmend Konturen gewinnen, je mehr sich die Risse und Krisenphänomene des „neoliberalen Modells“ potenzieren. Obwohl dieser sichtbare Irritationsprozess keine Prognose über den Ausgang zulässt, soll dennoch der Raum für konzeptionelle Alternativen geöffnet werden, ohne die das „Prinzip Hoffnung“ Lethargie und Ohnmachtsgefühle verstärken, und eine widerstandslose Reproduktion zur Folge haben könnte.

Dieser Diskurs über Ursachen und Hintergründe und die Suche nach konzeptionellen Auswegen ist ein genuiner Gegenstandsbereich im Anspruch an Grundpositionen kritischer Erziehungswissenschaften, die mehr sein muß als eine Hilfswissenschaft zur Begründung, Implementierung und Evaluation des Einsatzes des „Humankapitals“ in den Kreislauf der globalisierten kapitalistischen Ökonomie. Die Anforderungen Gramscis an Politik und Pädagogik sind nicht nur eine Absage an die „Industriosität“ als Bildungsziel (Prinzipien des Philantropismus und Utilitarismus), sondern der Anspruch an eine Synthese der Bestimmung des Menschen als „homo faber“ und „homo ludens“, der gegen die Einseitigkeit der qualifikatorischen und sozialisatorischen Grundprägungen des „homo oeconomicus“ steht. Gramscis Verständnis von Erziehung und Bildung kann behilflich sein, in diesem komplexen Feld eine Orientierung aufzubauen, um den Gegenstand der Pädagogik (eingebettet in eine umfassende Geschichtsphilosophie und Gesellschaftstheorie) in seinen pädagogischen Grundintentionen zu formulieren und zu begründen. Der Anspruch Adornos „Schule braucht Schutz vor dem Andrängen der Außenwelt“ entzieht sich immer stärker der Machbarkeit, zumal die Konsequenzen des „Humankapitalansatzes“ über die Implementierungsfolgen der PISA-Debatte und die aufgesetzten Privatisierungsstrategien auch im Bildungssystem immer mehr Raum greifen. Auf diesem Hintergrund gilt es einen Gegendiskurs zu begründen, der sich nicht bildungspolitisch verengt und damit in eine naive Machbarkeitsfalle laufen würde. Notwendig ist die Einbettung bildungspolitischer Grundsatzdebatten in den Kontext gesellschafts-, sozial-, familienpolitischer, demografischer und ökonomischer Reflexionen, ohne deren Einordnung und Interdependenz jede bildungspolitische Debatte verkürzt und idealistisch bliebe.

Der Anspruch an eine Politisierung der Erziehungswissenschaften steht im Raum. So muss die Vorstellung von einer umfassenden Idee von Bildung im 21. Jahrhundert trotz der dominanten neoliberalen Marktlogik nicht überholt sein, sondern sie muss sich aus der Analyse der Widersprüchlichkeit dieser „Umbruch“phase als auch aus alternativen Gesellschaftsentwürfen tragen. Ohne einen solchen Horizont lassen sich Bildungsziele der Zukunft, Ressourcen und Strukturkonzepte nicht plausibel ableiten und begründen. *„Bildung, so der Grundsatz dieser Zeit, hat einen Wert an sich und begründet sich nicht durch ihre Nützlichkeit“* (Beppler-Spahl 2007). Konzepte der „Zivilgesellschaft“, der „Weltrisikogesellschaft“/„Globalität“, der „globalen ökologischen Marktwirtschaft“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ sind daraufhin zu befragen, ob sie plausible Begründungszusammenhänge liefern, um die sich verschärfende Systemkrise konzeptionell zu antizipieren und zu ‚überwinden‘.

Die gesellschafts-, sozial- und bildungspolitische Fokussierung auf die Frage der aus diesem Prozess begründbaren Marginalisierungs- und Exklusionspotenziale ist nicht nur unter dem Anspruch von „Chancengleichheit“/„-gerechtigkeit“ zu diskutieren. Die in der PISA-Debatte fokussierte spezifisch

deutsche extreme soziale Selektivität beinhaltet nicht nur Fragen an die Folgen aktueller und zukünftiger Desintegrationserscheinungen und deren sozialen „Kosten“, sondern erhält auf dem Hintergrund demografischer Entwicklungsprognosen und veränderter Qualifikationsanforderungen des jetzigen und zukünftigen Arbeitsmarktes selbst eine Ressourcenargumentation in industriepolitischen Logik. In diesem Argumentationskontext ist selbst die Reduzierung auf einen ökonomistischen Begründungszusammenhang dieses Selektionsprozesses schon ausreichend, um eine „radikale Wende“ in der Bildungspolitik zu fordern (Think Tanks, Industrieverbände etc.).

So liegt der Fokus dieser Arbeit auf den vielschichtigen Verursachungs- und Verstärkungszusammenhängen sozialer Marginalisierungs-/Exklusionsprozesse, die sich jedoch primär aus dem neoliberalen Paradigmenwechsel in den zentralen Bereichen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ableiten lassen, und einen eigenen Niederschlag in den anderen gesellschaftlichen Sektoren (Bildungs-, Familienpolitik, Demografie) finden, die sich in der Gesamtdynamik verstärken und potenzieren. Im Zusammenspiel erzeugen diese Makroprozesse jedoch Wirkungen, die sich in der Summe (de)stabilisierend auf die Lebenslage und Lebensperspektive vor allem der sog. neuen „Unterschicht“ auswirken, und zugleich den gesamtgesellschaftlichen Sozialisationskontext im Konkurrenz- und Leistungsparadigma verändern. So wird die soziale Selektion im Bildungssystem weiterhin verstärkt, wenn nicht grundlegende strukturelle und konzeptionelle Konsequenzen abgeleitet werden. Die (Kon)figurationen für einen Marginalisierungs-/Exklusionsprozess spezifischer Bevölkerungsgruppen und die negative Dynamik im Dreizonenmodell (Castel) sind gegeben, und bringen schon heute Effekte hervor, deren unbewältigte Konsequenzen die bundesrepublikanische Gesellschaft mittel- und langfristig in erhebliche Irritationen führen werden, falls der eingeschlagene Kurs ungebrochen fortgesetzt würde.

Um die Vielschichtigkeit und Aspekthaftigkeit der aktuellen Debatten zu sortieren und zu strukturieren, soll folgende Ausführung ein Kaleidoskop relevanter Problemhorizonte abbilden, die es einer systematischen Bearbeitung zu unterziehen gilt:

„Lange Zeit verliefen Debatten über Armut in Deutschland ungefähr so wie Gespräche über Sex. Es wurde geheuchelt. Hinter der Erregung über vermeintliche Ungerechtigkeiten verbarg sich in Wahrheit Gleichgültigkeit. Die Kirchen bekamen zwar Beifall, wenn sie über Armut klagten, aber gleichzeitig standen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger unter dem Verdacht, Drückeberger zu sein: Politiker konnten deshalb mit Zustimmung rechnen, wenn sie gegen den ‚kollektiven Freizeitpark‘ (Helmut Kohl) wetterten oder gegen ein ‚Recht auf Faulheit‘ (Gerhard Schröder). Die Medien jaulten meistens erst dann auf, wenn die Mittelschichten bluten sollten...“

Nun scheint sich das zu ändern. Die Deutschen schauen neuerdings in ihre Hinterhöfe... Sie reden über ‚Parallelgesellschaften‘ und über ‚Unterschichten‘ auch dort, wo man es nicht erwarten würde – zum Beispiel in der Show von Harald Schmidt, in der es neuerdings um Armut oder um neue Unterschichten geht... Solche Moden wären nicht von Belang, gäbe es nicht harte Gründe dafür, dass ein besonderes Interesse an den Armen und der Armut entsteht. Da wäre erstens die Rekordarbeitslosigkeit, die auch jene verschreckt, die noch feste Stellen haben. Die Angst vor dem Absturz reicht weit in die Mittelschicht. Plötzlich kennt jeder einen Arbeitslosen. ‚Die Arbeitslosigkeit hat neuerdings ein Gesicht‘, sagt Günter Krings, Chef der Jungen Gruppe in der Bundestagsfraktion der Union. Zweitens steigt mit der Hartz-Reform der Druck... Möglicherweise erhöht eine neue Mischung aus Angst und Mitgefühl nun die Bereitschaft der Gutverdienenden, sich nach langer Zeit wirklich für Armut zu interessieren.

Und schließlich spricht sich drittens, auch bei denen mit sicheren Jobs, schönen Häusern und tollen Autos herum, dass es bei dem Streit um Sozialhilfekinder aus Berlin-Moabit oder Köln-Kalk um ihre eigene Zukunft geht. Das wiederum liegt am demografischen Wandel und an der Diskussion über Alterung und Geburtenchwund. Die verwahrlosten Kinder und Jugendlichen von heute müssten morgen, in der gealterten Gesellschaft, eigentlich tragende Rollen spielen: als Facharbeiter, als Pflegekräfte, als Steuerzahler. In allen alternden Gesellschaften, vor allem in Japan, stehen die Kinder und Jugendlichen deshalb im Zentrum aller Diskussionen über Demografie.

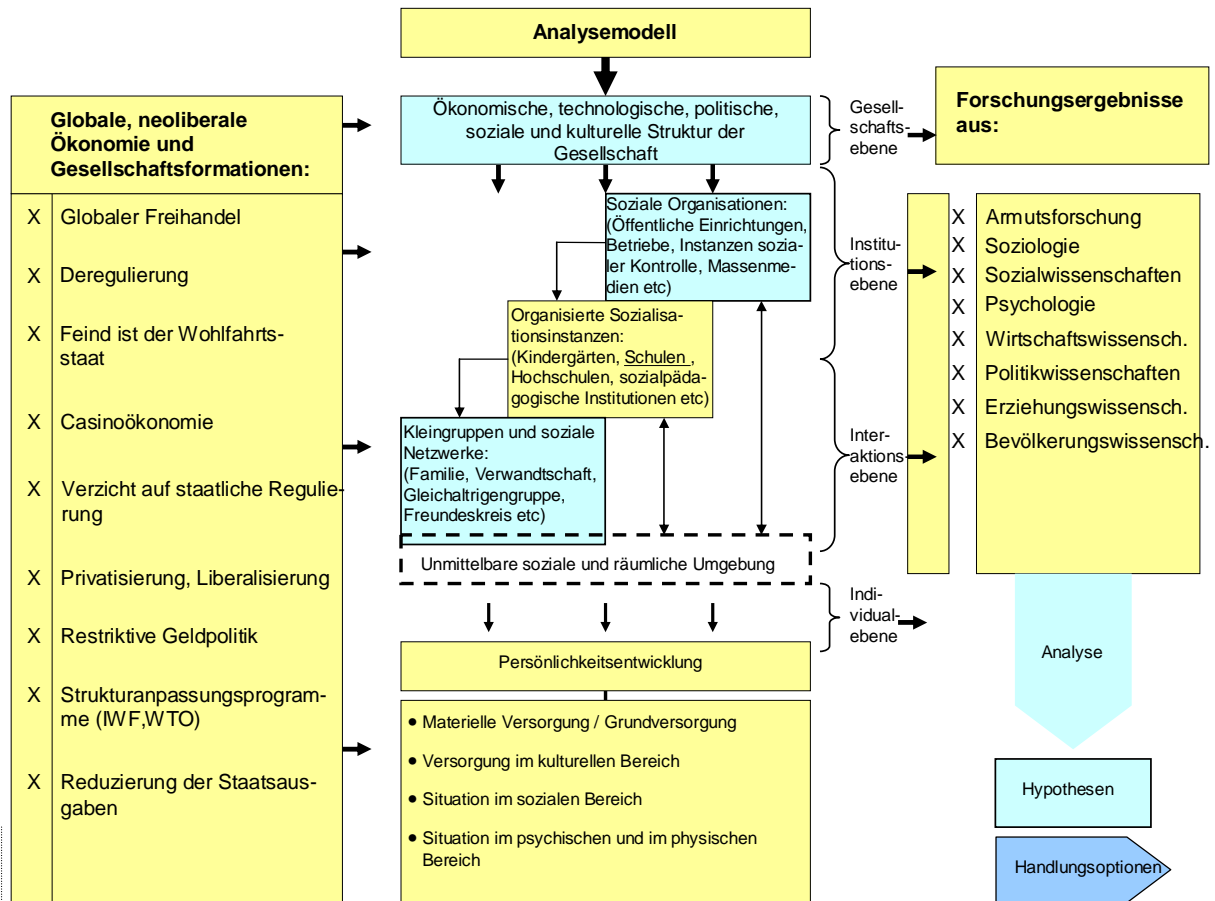
In Deutschland hat schon vor zwei Jahren die Pisa-Studie den Mangel an Aufstiegschancen erhellt. Dann folgte die Debatte über Parallelgesellschaften von Einheimischen und Migranten. Auch das trug dazu bei, dass über Armut heute anders gesprochen wird als früher...

In Berlin arbeiten Bildungsexperten, Arbeitsmarktpolitiker und auch klassische Sozialpolitiker, die sich wahlweise für Probleme der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung zuständig fühlen. Nur helfen deren Instrumente gerade nicht, wenn für die Angehörigen der Unterschichten etwas getan werden muss...

Das liegt auch an Bedenken in Teilen der SPD, ob die Stammklientel einen sozialpolitischen Kurswechsel honoriert. Mehr Hilfe für Arme – das ist etwas anderes, als Politik für die „Neue Mitte“. Schröder wollte eigentlich regieren für alle, „who work hard and play by the rules“, wie es Clinton einst formulierte. Unterschichtenpolitik hingegen richtet sich an die anderen: an

Menschen ohne Jobs, die viele Regeln erst wieder lernen müssen. Ernsthaft betrieben, stellt eine Politik für die Unterschichten alte Verteilungsrituale auf den Kopf (in: Die Zeit, 10.03.2005, S. 1 f.)

Dieser anstehende Analyseprozess ist im nachfolgenden Modell systematisiert, und soll Grundlage zur Bearbeitung für die Fragestellungen dieser Dissertation sein:



Entwurf: LUDWIG

1. Entwicklungslinien/Trendprojektionen/Umbrüche?

Ich gehe in der Ausgangslage meiner Betrachtungen von der Hypothese aus, dass sich das deutsche Produktions-, Sozial- und Gesellschaftssystem im Umbruch befindet, und sich die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft und den Konsequenzen dieser Veränderungen neu stellt. Zur Erklärung vorliegender Phänomenologie lässt sich keine geschlossene Theorie des sozialen Wandels zugrundelegen. Es bedarf jedoch eines Bezugsrahmens, um die vorliegende Dynamik der Veränderungen im Verhältnis von Sozialem und Ökonomischem angemessen zu verstehen und zu interpretieren.

Die Sozialwissenschaften bieten für den zu skizzierenden Richtungswechsel unterschiedliche Deutungsmuster an, um das Ende einer „alten“ und den Beginn einer „neuen“ Periode zu charakterisieren. Für die Vielfalt gesellschaftlicher Veränderungen, die derzeit in den Sozialwissenschaften zur Debatte stehen, sind Trendbegriffe wie „Informatisierung“, „Tertiarisierung“, „Globalisierung“, „Neoliberalismus“, „Individualisierung“, „reflexive oder nachholende Modernisierung“ etc. implementiert. Das von mir favori-

sierte Konzept des Umbruchs unterscheidet sich von den theoretischen Bezugspunkten des „Trends“, der „Formation“, der „Epoche“ oder des „Entwicklungspfades“ durch den Bezug auf den Zeithorizont, der Reichweite seines Erklärungsanspruchs und der Bewertung von Kontinuität. Genannten Trendtheorien des sozialen Wandels liegen nicht zwingend Kontinuitätsdiagnosen und evolutionäre Denkgestaltungen zugrunde, und auch sie beinhalten Trendbrüche, Entwicklungssprünge und „lange Wellen“ gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen (Zapf 1998, Wehler 2000, Kocka/Offe 2000). Gegenüber Trendkonzeptionen ist jedoch der besondere Gehalt der „Umbruchhypothese“ dadurch gekennzeichnet, dass das Erkenntnisinteresse und die Periodisierung historischer Entwicklungsphasen für die Analyse produktiv sind:

„Versucht man gesellschaftlichen Wandel als Durchsetzung einer langfristigen, ‚säkularen‘ Tendenz zu deuten, ihm also zumindest im Rückblick eine klare Richtung zu geben, so muss man ein Moment gesellschaftlicher Entwicklung zum bestimmenden Faktor erklären. Eine Trendwende oder ein Trendbruch in einer Leitdimension macht dann die neue Qualität in der Entwicklung aus, die der Gesellschaft eine neue historische Gestalt aufprägt....“

Der Zeithorizont der Umbruchhypothese ist bescheidener als derjenige der großen Trendtheorien: es geht nicht um die großen historischen Linien gesellschaftlicher Entwicklung, sondern um eine bestimmte Konstellation ökonomischer und sozialer Faktoren und ihre Erosion, mit den 70er Jahren als Wendepunkt. Das Berichtsvorhaben sucht die Besonderheit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation im veränderten Zusammenspiel von Ökonomie, Gesellschaft und politischer Regulation. Die Normalitätsannahmen, die sich heute als fragwürdig erweisen, stammen aus einem relativ kurzen Vergleichszeitraum, in dem ein stabiles Zusammenspiel dieser Faktoren gelang. Als Erklärungsansatz ‚mittlerer Reichweite‘ kommt die Umbruchshypothese zugleich ohne starke Zusammenhangsannahmen aus, wie sie eine Theorie gesellschaftlicher Entwicklung voraussetzen würde. Sie versucht, sozialen Wandel nicht auf den Begriff eines einzelnen, als zentral unterstellten Entwicklungsmoments zu bringen, sondern Veränderungen im Zusammenwirken von ökonomischen und sozialen Faktoren zu erfassen...

Der Begriff des sozioökonomischen Entwicklungsmodells setzt in methodischer Hinsicht voraus, „dass die Hauptfragen der wirtschaftlichen Entwicklung (...) nur beantwortet werden können, wenn wir den Bereich der traditionellen ökonomischen Analyse überschreiten, die den Realismus der Verallgemeinerung so unbedenklich opfert, und wenn die Grenzen zwischen den ‚ökonomischen Faktoren‘ und den ‚sozialen Faktoren‘ (...) niedrigergerissen werden“ (Bartelsheimer 1988, S. 42).

Das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität in relevanten Themenfeldern lässt sich über unterschiedliche theoretische Zugangsweisen zum sozio-ökonomischen Wandel beschreiben. Die Umbruchhypothese basiert auf sichtbaren und extrapolierbaren strukturellen Veränderungsprozessen in den Dimensionen

- Ökonomie/„Globalisierung“/Neoliberalismus,
 - neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft,
 - zunehmende Dominanz der Dienstleistungsfunktionen,
 - Demografie, Überalterung/zunehmende Kinderlosigkeit der deutschen Gesellschaft/Zuwanderung,
 - sozioökonomische, soziostrukturelle, sozialräumliche Spaltungen/Disparitäten und
 - den fünf deutschen „Schocks“:
- Globalisierung: massive Konkurrenz aus Niedriglohnländern.
 Die europäische Einigung (einschließlich der nördlichen und südlichen EU-Erweiterungen).
 Die europäische Währungsunion/Einführung des Euro.
 Die Osterweiterung mit massiver Niedriglohnkonkurrenz.
 Die deutsche Wiedervereinigung mit deren komplexen Konsequenzen.

In dieser Betrachtung sollen die vor allem in der Debatte der „Megatrends“ (John Naisbitt) angelegten Zukunftsprojektionen mitreflektiert, jedoch nicht zur konzeptionellen Basis erhoben werden, da sie in den Trendextrapolationen zwar von Bedeutung, aber zu global und zu selektiv und zu wenig theoretisch unterlegt sind, als dass sie Grundlage für meine Analyse sein können. Die Sensibilisierung für Umbrüche, die sich früher über mehrere Generationen erstreckten, und heute innerhalb weniger Jahre zu

bewältigen sind (z.B. Klimawandel, Überalterung, Migrationsströme), ist jedoch hilfreich, um den Blick in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Feldern für zukünftige Herausforderungen zu schärfen. Die diskutierten Trends werden wie folgt definiert:

1. **Megatrend Internet:** Das Netz wird allgegenwärtig. Die gesamte Welt wird von einem leistungsfähigen Datennetz abgedeckt. Internet wird drahtlos.
2. **Megatrend Nanotechnik:** Projektion auf ein neues Technikzeitalter. Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts.
3. **Megatrend Biotechnik:** Gendiagnostik, Stammzellentherapie und Retortenorgane.
4. **Megatrend Klimawandel:** Zwang zu neuen technologischen Innovationen, Druck auf Produktions- und Lebensweise.
5. **Megatrend Asien:** China und Indien werden neue Gravitationszentren der Weltwirtschaft.
6. **Megatrend Englisch:** Der Vormarsch der Weltsprache ist unaufhaltsam.
7. **Megatrend Demografie:** Die Weltbevölkerung wächst, doch die Deutschen werden immer weniger. Eine extrem disparate Entwicklung ist die Grundlage dieses Prozesses (Die Welt ist demografisch polarisiert). Der eingeleitete Trend ist unumkehrbar. Globale Macht und geopolitische Umbrüche sind damit programmiert. Die Migration wird massiv weltweit zunehmen. Die sozialen Konfliktherde werden eskalieren.
8. **Megatrend Urbanisierung:** Rund 20 Megacitys dominieren die Weltwirtschaft. Die Wertschöpfung, die materiellen Grundlagen der menschlichen Existenz, konzentrieren sich weltweit in urbanen Strukturen. Eine Verschiebung der Achsen Richtung Asien und Afrika ist wahrscheinlich.
9. **Megatrend Frauen:** Veränderung in der Qualifikations- und Bildungsstruktur, Wertewandel, Rückgang der Bedeutung der Großorganisationen hin zu Netzwerken und flachen Hierarchien, Trend zu servicegeprägten und wissensbasierten Tätigkeiten, Zunahme ‚weiblicher‘ Schlüsselqualifikationen, weibliche Konsummacht etc.
10. **Megatrend Arbeitswelt:** Auflösung des Paradigmas der tayloristischen Massenproduktion und –organisation; Auflösung arbeitsvertraglich fixierter Arbeitsverhältnisse/massive Reduzierung der Stammbesatzung (Reduzierung auf 30 bis 40 Prozent) hin zu befristeten Jobs und Selbstständigkeit; flexible Netzwerke und Teamstrukturen (Die Erwerbstätigkeit wird „elastischer, poröser, fluider“ – Sozialhistoriker Kocka). Es gibt keine ‚zukunftssicheren‘ Jobs mehr. Wachsende Bedeutung der „Schlüsselqualifikationen“ – „weiche Faktoren“: Teamarbeit, Kommunikation, Selbstlernen etc. Wachsende soziale Ausdifferenzierung.
(Lit.: Wirtschaftswoche 12.2.2007, S. 22-39) / John Naisbitt, 1999)

Diese Trendprojektionen haben eine hohe Plausibilität, und sind in der weiteren Analyse mit zu betrachten, ohne dass sie die notwendige Fokussierung abdecken, die Voraussetzung ist, um die aktuellen und zukünftig sich verstärkenden „Umbrüche“ angemessen in ihren Konsequenzen zu erfassen und abzubilden, die im zu analysierenden Grundprozess neoliberaler Gesellschaftstransformation angelegt und heute schon manifestiert sind.

Es ist die Annahme zugrundegelegt, dass wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in einem (positiven oder negativen) Wechselverhältnis stehen, und eine Entkopplung ökonomischer und gesellschaftlicher Leistungen und sozialer Erträge aktuell zu beschreiben ist, deren Effekte im **Kontext des neoliberalen Paradigmenwechsels** interpretierbar sind. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Hypothese, dass sich das in den Nachkriegsjahrzehnten entwickelte und stabilisierte Zusammenspiel von ökonomischer Effizienz und sozialen Verteilungsspielräumen zu entkoppeln begonnen hat, und die Auseinandersetzung über eine neue Balance zwischen ökonomischem und sozialem Leistungssystem auf der Tagesordnung steht. Das deutsche Produktions- und Sozialsystem ist seit der Debatte der 70er Jahre über die Tragfähigkeit des deutschen Entwicklungsweges und Sozialmodells mit der Frage konfrontiert, ob die sozialen Institutionen und politischen Regulierungen weiterhin eine produktive Rolle für das

wirtschaftliches Wachstum spielen können oder eher zu deren Blockierung und Verhinderung beitragen. Der Paradigmenkonflikt verläuft mit der Sichtbarwerdung gesellschaftlicher Konsequenzen dieses Prozesses zunehmend schärfer.

Die Veränderungen, die unsere Gesellschaft erschüttern, sind fundamental und flächig. Selten zuvor hat es so viele und ausgeprägte Brüche in etablierte Selbstverständnisse gegeben und das Land in einen anderen Vergesellschaftungszustand transformiert:

- Der verschärfte internationale Wettbewerb schlägt sich in allen produktiven Bereichen von Produktion, Dienstleistungen und Staat als innersystemischer Wettbewerb nieder. In den meisten deutschen Unternehmen schaut die „Globalisierung“ den Arbeitnehmern ‚über die Schulter‘. Leistungsverschärfungen, neue Formen der Arbeitsorganisation, Qualitätsanforderungen, Benchmarking etc. verändern die Arbeitsbedingungen radikal.
- Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, gesellschaftliche Spaltungen („Modernisierungsgewinner/-verlierer“), Prekarisierung, Marginalisierungen/Exklusion, soziale und räumliche Disparitäten nehmen zu und verfestigen sich. Das strukturelle Defizit von quantitativer und qualitativer Erwerbsarbeit prägt zwischenzeitlich alle gesellschaftliche Bereiche, destabilisiert soziale Milieus und rüttelt an den Grundlagen der Erwerbsgesellschaft, und dies auf dem Hintergrund der realistischen Perspektive, dass eine Gesellschaft des Wohlstands und der sozialen Sicherheit außerhalb der Arbeitsgesellschaft nicht in Aussicht steht. Eine signifikante Erscheinung dieses gesellschaftlichen „Wandels“ ist eine fundamentale Verunsicherung auch der gesellschaftlichen Mittelschichten. Damit werden jene politisch-gesellschaftlichen Schichten irritiert und polarisiert, denen bisher eine zentrale Rolle bei der gesellschaftlichen Integration und Stabilisierung zugeschrieben wurde. Die Risiken der privaten Lebensführung, der wissenschaftlich technologischen Entwicklung und die Risiken von Ökonomie und Sozialstaat haben sich verschärft, wobei der Zusammenhang zwischen den Potentialen der privaten Lebensführung und den Spielräumen sozialstaatlichen Handelns von besonderer Bedeutung ist. Der eingeleitete „Wandel“ hat seit der einflussreichen Zeitdiagnose von Jürgen Habermas (Theorie des kommunikativen Handelns) seit den 80er Jahren eine ungeahnte Beschleunigung erhalten, die auch vor den geschützten „grünen Gärten“ des bürgerlichen Lebens keinen Halt mehr macht. Wirtschaftliche Strukturschwächen, Dauerarbeitslosigkeit und wachsende Potentiale einer sich verfestigenden Sozialhilfebedürftigkeit lassen den Transfersockel in allen Alterstufen (mit einem schichtenspezifischen Charakter) anschwellen. Parallel gehen Sicherungen und Solidaritätspotenziale in primären sozialen Netzwerken verloren. Die ökonomische und sozialpolitische Krise destruiert nicht nur den Glauben an die immerwährende Prosperität, sondern auch das Projekt von der großen und friedvollen sozialen Nivellierung. Stattdessen wachsen soziale Segregationen des Wohnens und Lebens. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist weiter gewachsen, hat neue Ausprägungen und Verursachungen erhalten:

„Wenn die Zukunft schon nicht in einem gradlinigen Fortschritt zu Wohlstand, Egalität und Harmonie liegt, sondern in neuen Konflikten und krisenhaften Zuspitzungen, dann liegt doch die Versuchung nahe, die neuen Probleme als die Rückkehr der alten zu verstehen. Tatsächlich gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, dass die Spannungslinien der klassischen Industriegesellschaft, und das heißt: der industriellen Klassengesellschaft, ihre Bedeutungen nicht ganz verloren haben und unter den Bedingungen eines neuen Kapitalismus und neuer Verteilungskämpfe die Realität westlicher Gesellschaften wieder deutlicher prägen... Insofern ist es zutreffend, von einer neuen Klassengesellschaft zu sprechen... Ökonomische Prozesse bilden jedoch nur einen Teil jenes komplexen Ursachenbündels, das für die Entstehung neuer Klassengesellschaften, und in ihnen der neuen Unterschichten, also neuer Formen der Marginalität, verantwortlich ist. Mindestens drei weitere Triebkräfte kann man nennen: Migration, Familienkrise und neue Massenkultur... Die Schnittmenge zwischen Migration und Unterschichtung ist in europäischen Gesellschaften erschreckend groß geworden... Die kulturelle Eigendynamik der Klassenbildung ist weit fortgeschritten, und hat auch Konsequenzen für die Sozialpolitik: Klassengrenzen lassen sich nicht mehr einfach durch materielle Besserstellung, in der Wohlfahrtsökonomie also: durch möglichst hohe Transferzahlungen, überwinden. Das Geld des Sozialstaates ist wahrscheinlich besser angelegt, wenn es nicht in konsumtive Aus-

gaben fließt, sondern in soziale Infrastrukturen investiert wird, die kulturelle Grenzen aufweichen, Bildungsschranken durchbrechen, Verhaltensprobleme lösen können“ (Paul Nolte, 2006, S. 93f.).

- Die demografische Entwicklung definiert sich nicht nur durch das wachsende „Altersproblem“, sondern (für die pädagogische und gesellschaftspolitische Diskussion von zentraler Bedeutung) durch den vom Schichtenindex definierten Tatbestand, dass in unserem Lande Kinder überproportional in jenen sozialen Schichten zur Welt kommen, die ohnehin auf der Risikoschwelle stehen: Migranten und soziale deutsche Unterschichten (Mangel an materiellen und sozialen Ressourcen, Verlust an Bindungsfähigkeit, Potenzial für den Teufelskreis von Armut und Chancenlosigkeit für Kinder). Single-Paaren mit beruflicher Integration und doppelten Einkommen stehen transferabhängige Familien und Familienfragmenten der „neuen Unterschichten“ gegenüber. Eine weitgehende Kinderlosigkeit in sozialen Leistungsschichten und Akademikerschichten („akademische Kinderlosigkeit“) schwächt nicht nur gesellschaftlich notwendige Bildungs- und Kulturressourcen, sondern trägt auch zur Spaltung der Gesellschaft und zur Schwächung der sozialen Bindungskräfte bei.
- Entstaatlichung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung verändern die gesellschaftliche Landschaft fundamental (in unterschiedlichen Zeitzyklen und Betroffenheiten) in Richtung einer „Vermarktlichung“. Durch die Steuerreform der rot-grünen Koalition (Veräußerungsgewinne werden steuerfrei) lösten sich die Banken strategisch von dem Motiv, noch länger an Kapitalbeteiligungen in deutschen Unternehmen zu beteiligen, und stiegen somit in das strategisch lukrativere Geschäft des Investment-Bankings ein. Die Netzwerke zwischen Industrieunternehmen und Banken gehen ihrem Bedeutungsverlust entgegen. Die Auswirkungen dieses Strategiewechsels auf die Verbraucher sowie die Klein- und Mittelbetriebe sind signifikant. Die Übernahme der Shareholder-Value-Prinzipien in den modernisierten Finanzmarkt ist zum Leitmotiv mutiert. Der Kapitalmarkt wird für die Unternehmensfinanzierungen zunehmend bedeutsamer und bringt das Wachstum der Hedge-Fonds hervor. Deutschland ist zwischenzeitlich dem Wert nach der drittgrößte Private-Equity-Markt der Welt (Streeck/Höpner, 2003, S. 17). Angelsächsische Investoren (insbesondere Renditejäger) kommen in Scharen nach Deutschland, und dringen in breiter Front in die deutsche Wirtschaft vor. Vor allem mittelmittelständische Unternehmen sind häufig „Übernahmekandidaten“. Finanzinvestoren gehören zwischenzeitlich zum integralen Bestand der Unternehmenslandschaft, und steuern diese immer stärker in der Logik des angelsächsischen Modells. Finanzinvestoren werden somit zum wichtigsten Motor des gesellschaftlichen „Wandels“. Dieser Prozess steht erst am Anfang seiner Beschleunigung. Deutschland gilt im internationalen Ranking (auf Platz 7) als einer der attraktivsten Standorte. Das Ende ist der Zerfall der „Deutschland AG“ und der Beginn des „neuen deutschen Kapitalismus“ (Hanke 2006).
- Der Anstieg deutscher Direktinvestitionen ins Ausland ist im Rahmen der Globalisierungslogik („Arbeitsplatzexport“) signifikant. 14 der 100 größten transnationalen Unternehmen (außerhalb des Finanzsektors) kommen aus Deutschland (Hanke 2006: 35). Dies ist eine Konsequenz der zunehmenden globalen Marktliberalisierung (Konsequenz der OECD, WTO- und Weltbankstrategie). Nicht nur Produktion und Dienstleistungen, sondern auch Forschung und Entwicklung wandern verstärkt ins Ausland ab.
- Die New Economy bzw. Internet-Ökonomie (als „Herz des neuen Kapitalismus“ definiert) beschleunigt(e) durch ihre strukturellen Merkmale (Projektarbeit statt Normalarbeitsverhältnis) die Krise der Sozialkassen/des Sozialstaates. Mit diesem Prozess einher ging das kollektive Interesse des Durchschnittsbürgers an Aktien, ein Ausweichen des überkommenen Arbeitnehmerleitbildes und das hohe Ansehen von Unternehmensgründern. Trotz der massiven Strukturkrise der New Economy ist es sicher nicht falsch, diese Phase als ein Zwischenhoch der strukturellen Transformation zu einem „neuen Kapitalismus“ zu beschreiben (gravierende Ver-

änderungen im Status von Arbeitnehmern: Zeitverträge, Selbstständige, Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, Flexibilität, Mobilität, Verlust stabiler Arbeitsbeziehungen, Normalarbeitsverhältnisse und Arbeitsbiografien, Veränderungen der Arbeitsinhalte, Zunahme der Komplexität, höhere Produktivität, Delegation von Verantwortung, Zielvereinbarungen etc.).

- Der Rückzug des Staates aus bisherigen Zuständigkeiten ist das Ergebnis der strukturellen Schuldenkrise und der Anpassung an Anforderungen supranationaler Organisationen (EU, WTO, OECD, Weltbank). Der Verkauf von Staatseigentum ist die einfachste Methode, laufende Einnahmen der öffentlichen Hand zu steigern. Damit ist das dritte Standbein (neben Ökonomie und Dienstleistungen) der Liberalisierungsstrategie unterworfen. Die Möglichkeiten des Staates, mit den klassischen Mitteln der Deutschland AG und des Korporatismus auf die Unternehmen Einfluss zu nehmen, sind geringer geworden. Die Funktion des Nationalstaates unterliegt einem strukturellen Wandel. Der Wandel/Verlust klassischer (gewohnter) Sozialstaatsfunktionen geht einher mit strukturell bedingten Bedürfnissen immer größerer Bevölkerungsteile bezüglich staatlicher Transferleistungen. Die Rücknahmen staatlicher Risikoabsicherung verschärfen diesen Grundprozess und verlangen nach neuen Konzepten.
- Die Verteilungskämpfe nehmen auf den politischen Ebenen (Kommune, Länder, Bund und EU) an Schärfe zu. Der Streit um Gestaltungsspielräume ist heftiger geworden.
- Wenn auch grundlegende Unterschiede und Eigenheiten zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften festzustellen sind, so ist der Druck auf die europäischen Systeme durch die Logik des angloamerikanischen Modells so ausgeprägt, dass die Shareholder-Ausrichtung international dominiert. Der Zwischenstand (Entflechtung der Deutschland AG, Privatisierung, Deregulierung und Marktliberalisierung) lässt sich so bilanzieren, dass sich das Land in einen Umbruch befindet, dessen Folgen und dessen Ausgang einer differenzierten Betrachtung bedürfen.

Mit der Diskussion über das Verhältnis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, den außerökonomischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen (und ihren sozialen Erträgen), war der sozialpolitische Diskurs in unterschiedlichen Etappen eröffnet, und wird bis in die heutige Debatte hinein weiterhin kontrovers geführt und aktuell zugespitzt :

- Die Beiträge der Kommission für Zukunftsfragen (Bayern und Sachsen) (1997) markieren den Übergang zu einer neuen Argumentationsfigur, in der neoliberale Rezepte (Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, Stärkung von Eigenverantwortung und Selbständigkeit, Senkung von Steuern und Sozialabgaben etc.) zunehmend im öffentlichen Diskurs Gewicht bekamen.
- Mit den Vorschlägen der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998) (Reformprojekte zur Stärkung der Humanressourcen, verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte, zum Wandel der Familie, zum sozialen Zusammenhalt, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit) wurde erstmals der Anspruch erhoben, die unterschiedlichen Parameter auszubalancieren.
- Auf der europäischen Ebene versuchte die Europäische Union in der „Strategie von Lissabon“ eine positive und dynamische Wechselwirkung zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik herzustellen, und ein sozio-ökonomisches Entwicklungsmodell zu konfigurieren, und mit der „Weiterentwicklung“ sozialer Sicherungssysteme zugleich einen Übergang zu einer „wissenbasierten Wirtschaft“ zu flankieren (Europäischer Rat 2000).

- In einer breiten internationalen Debatte (in Sozialwissenschaften und Ökonomie) werden seit Mitte der 90er Jahre die Veränderungen der weltwirtschaftlichen Entwicklungen und deren Konsequenzen diskutiert (z.B. Aglietta 2000; Castells 1996; Kitschelt u.a. 1999; Kocka/Offe 2000).

Mit der Auflösung des Systems stabiler Wechselkurse (Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems) und der damit eingeleiteten Verselbständigung internationaler Finanzmärkte, der Verschärfung des Wettbewerbs durch die Beschleunigung des internationalen Warenaustausches, dem radikalen Strukturwandel von Ökonomie und Beschäftigung in Richtung Dienstleistungen - und einer revolutionären Verbreitung neuer IuK-Technologien - wurde das Ende des sogenannten „Goldenen Zeitalters“ eingeleitet:

„Erst in den unruhigen 70er Jahren, nach dem Ende des großen Booms... begannen die Experten und vor allem Ökonomen zu erkennen, dass die ganze Welt und daher auch die Welt des fortgeschrittenen Kapitalismus eine außergewöhnliche, ja vielleicht sogar einzigartige Phase ihrer Geschichte durchlaufen hatte. Sie hielten nach Bezeichnungen für diese Phase Ausschau: die Franzosen nannten sie die glorreichen Dreißig (les trente glorieuses) und die Angloamerikaner nannten das Vierteljahrhundert das ‚Goldene Zeitalter‘ (Golden Age). (...) Nach diesem Zusammenbruch konnte die Weltwirtschaft nie wieder zu ihrer alten Gangart zurückfinden. Ein Zeitalter war zu Ende. 1973 sollte wieder einmal ein Krisenzeitalter einläuten. Das Goldene Zeitalter hat seinen Goldglanz verloren. Dennoch: es hat die dramatischste, schnellste und tiefgreifendste Revolution in den menschlichen Beziehungen und im Verhalten der Menschen begonnen und weitgehend auch vollzogen, von der die Geschichte weiß“ (Hobsbawm 1995, S. 324 f.).

Die fordische Industriegesellschaft in der Bundesrepublik war also mehr als nur eine ökonomische Produktionsverfassung: sie repräsentierte ein komplexes und geschlossenes sozio-ökonomisches Modell (Produktionsorganisation und Reproduktionsweisen), das korporatistisch organisiert war. Diese Nachkriegskonstellation wurde mit sinkenden Wachstumsraten, Wiederauftreten der Massenarbeitslosigkeit, einem Trend zur Dienstleistungs- und Informationswirtschaft und zunehmender Unternehmenskonzentration, und gravierenden Veränderungen im gesellschaftlichen Überbau (Pluralisierung von Lebensstilen, Haushalts- und Familienformen, deutlich gestiegenes (Aus-) Bildungsniveau, Emanzipationsansprüchen etc.) sukzessive transformiert.

Die unterstellte These vom Umbruch des deutschen Produktions- und Sozialmodells (im Veränderungskontext des neoliberalen Globalisierungsparadigmas) ist nicht mit dem Anspruch versehen, die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt zu erklären oder als epochale Veränderungen zu deuten. Jedoch sollen sichtbare und extrapolierbare Entwicklungslinien skizziert werden, die auf der Basis empirischer Rekonstruktionen und theoretischer Fundierungen eine Plausibilität erhalten, die die Annahme der Zufälligkeit und Unverbundenheit konterkarieren. Das neoliberale Paradigma entwickelt(e) sich durch ein vielschichtiges Mainstreaming zu einem gesellschaftspolitischen Gestaltungskonzept mit monopolistischem und universalistischem Charakter und Gültigkeitsanspruch. In der Vielfalt vorliegender dynamischer Veränderungen ist deswegen eine additive Betrachtung wenig hilfreich. Nur eine interdependente, priorisierte und am Ursache-Wirkungs-Denken orientierte Analyse kann zielführend sein, um aus einer angemessenen Diagnose auch adäquate Interventionen ableiten zu können, oder Determinanten zu akzeptieren. Dabei ist die vorliegende Umbruchphase weder im zeitlichen Horizont projizierbar, noch in ihrem Entwicklungsausgang prognostizierbar. Konstellationen sind jedoch zu identifizieren, zu verknüpfen und zu interpretieren, aus denen die Möglichkeiten für bestimmte Entwicklungswege der gesellschaftlichen Konfigurationen plausibel werden, um aus ihnen gesellschaftspolitische Handlungsbedarfe in den unterschiedlichsten Feldern abzuleiten. Das Konzept des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells setzt in methodischer Sichtweise voraus, dass die Hauptfragen der wirtschaftlichen Entwicklung nur beantwortet werden können, wenn der Bereich der ökonomischen Analyse überschritten und die Grenze zwischen ökonomischen und sozialen Parametern aufgehoben wird.

Unter der Betonung notwendiger Transformations- und „Modernisierungs“erfordernisse postuliert der Europäische Rat, ein europäisches Gesellschaftsmodell weiterzuentwickeln, in dem sich wirtschaftliches Wachstum und sozialer Zusammenhalt bedingen und verstärken, um an die sozialstaatlichen Traditionen der großen kontinentalen Staaten West- und Nordeuropas anzuknüpfen. Ist in der „Lissabon-Strategie“ die ökonomische Leistung auch an soziale Ziele geknüpft, so wird der Zielkatalog der Sozialagenda als Programmatik zunehmend durch den neoliberalen Diskurs und dessen Implementierung gebrochen, so dass die Hoffnungen auf einen pan-europäischen Wohlfahrtsstaat gegraben werden sollten (vgl. Pierson/Leibfried 1998; Kaufmann 2001). Die „Sicherung des sozialen Zusammenhalts“, die „Vermeidung sozialer Ausgrenzung“ oder der Anspruch einer „verbesserten Partizipation“ sollten jedoch trotz realpolitischer Brechungen nicht aus dem normativen Diskurs herausgenommen, sondern mit anderen Politikprämissen belegt werden. Politisch-gesellschaftliche Antworten auf den skizzierten Prozess der „Umbrüche“ müssen gegeben werden, ohne sich dem nachfolgenden Konzept der „Moderne“ (Nolte) zu verschreiben, das repräsentativ für neokonservative Positionierungen steht:

„Mit der Idee der ‚zweiten Moderne‘ verbindet sich öfter auch jene Vorstellung... dass wir in dieser neuen Phase die Fähigkeit zur Steuerung verloren haben; dass ein Prozess, den Menschen gestaltet und dem Menschen absichtsvoll eine Richtung gegeben haben, eine monströse Eigendynamik gewonnen hat, der wir nur hilflos hinterherrennen können – wenn wir uns nicht gleich in erwähnte Nischen zurückziehen. Sind wir passive Opfer geworden; werden wir modernisiert, globalisiert, ökonomisiert, ohne dagegen etwas ausrichten zu können? Ist das Leben in der Moderne überwiegend eine Leidenserfahrung, eine ‚Arbeit am Elend der Welt‘?... Vielleicht müssen wir uns ohnehin davon verabschieden, die ‚Macht über die Verhältnisse‘ gewinnen und uns stattdessen mit der ‚Macht in den Verhältnissen‘ (Christian Meier) begnügen. Dort aber ist es unsere Entscheidung, ob wir die Herausforderung der Moderne annehmen, statt aus ihr auszusteigen; ob wir das Steuer wieder in die Hand nehmen, Gaspedal und Bremse beeinflussen können, statt uns auf die Rückbank zu verkriechen und über den Lauf der Dinge zu klagen. Risiken lassen sich nicht ausschalten, aber sie lassen sich bearbeiten. Wenn wir unsere Gegenwart als die ‚riskante Moderne‘ begreifen, die sie unausweichlich ist und auch bleiben wird, sind wir bereits einen Schritt weiter gekommen. Dann sind wir in der Lage, Probleme zu bearbeiten statt sie aufzuschieben, Verantwortung anzunehmen statt ihr auszuweichen. Erst dann sind wir wohl auch in der Lage, neue Sicherheit zu gewinnen. Denn Sicherheit bleibt ein berechtigtes Grundbedürfnis – von einzelnen Menschen in ihrem privaten Leben ebenso von größeren Gemeinschaften, von Gesellschaften und Staaten... Die Herausforderungen einer riskanten Moderne anzunehmen statt in der Risikovermeidungsgesellschaft zu verharren, das bedeutet auch: anzuerkennen, dass die moderne Gesellschaft spannungsvoll bleibt. Es geht nicht um einen Restbestand von Problemen, die wir noch lösen, von Risiken, die wir noch ausklammern, von unvollendeten Freiheiten, die wir uns noch nehmen müssen. Konflikte müssen erkannt und bearbeitet werden, aber Romantik und Harmoniesucht führen nicht weiter... Gesellschaftlicher Fortschritt und kulturelle Dynamik lassen sich nicht mehr (wenn dies überhaupt jemals der Fall war) an den harten Realitäten von Ökonomie und Technik vorbei erreichen. Wir haben nicht die Option auf ein ‚nur‘ vernünftiges, in Diskurs und sozialen Beziehungen harmonisiertes Leben, dass sich der anderen Hälfte der Moderne verweigert... Das Leben in der Moderne gleicht einem Tanz auf dem Vulkan...“

Was am Ende das Ergebnis dieser großen Transformation sein wird, weiß niemand. Möglicherweise ist sogar die Hoffnung trügerisch, der sich im Moment die Befürworter von Reformen bedienen, um bei den Skeptikern den Mut zu Veränderungen zu stärken: dass die westlichen Gesellschaften nämlich in einem Übergangsprozess stehen, der in eine neue Phase des inneren Gleichgewichts und der Stabilität führt. Das wird in wichtigen Aspekten so sein, etwa wenn es darum geht, die sozialen Sicherungssysteme ‚demographiefester‘ zu machen oder die Finanzierung öffentlicher Aufgaben aus der Verschuldungsspirale in ein Muster der fiskalischen Nachhaltigkeit zu überführen. Aber aller historischen Erfahrung nach werden dann neue Probleme, neue Konflikte, neue Spannungslinien auftauchen, mit denen wir im Moment noch gar nicht rechnen. Daraus sollten wir aber noch nicht die traurige Konsequenz ziehen, auf die Bearbeitung der gegenwärtigen Konflikte zu verzichten, und uns mit den kulturellen Erscheinungsformen der neuen Klassengesellschaft oder mit dem Ausschluss vieler Millionen Menschen von Bildungs- und Erwerbschancen abzufinden. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als in einer riskanten Moderne in Bewegung zu bleiben“. (Paul Nolte, 2006, S. 22-23 f.).

2. Standortbestimmung und Entwicklungslinien struktureller Systembedingungen

Eine angemessene und theoretisch tragfähige Charakterisierung des heutigen gesellschaftspolitisch und sozioökonomisch begründeten Systemzustandes und deren hypothetisch unterstellten Entwicklungslinien ist die zentrale Voraussetzung für meinen analytischen Weg. Die zunehmend strukturell

bedingten gesellschaftlichen Destabilisierungsprozesse können nicht als eine Erscheinung temporären Charakters definiert werden, sondern müssen eine Verortung in einem theoretisch-konzeptionellem Bezugsrahmen erhalten, der tragfähig ist, diese Komplexität ausreichend abzubilden und zu begründen. Hierbei teile ich nicht die Prämisse Bourdieus, die Marxsche Theorie für prinzipiell ungeeignet für die Analyse gegenwärtiger Verhältnisse zu halten. Das unterstellte „Erkenntnis-Hindernis“ ergibt sich eher aus der unspezifischen Charakterisierung aktueller Gesellschaftsprozesse als „Modernisierung“, „technisch-wissenschaftliche Revolution“, der phänomenologischen und normativen Reduktion auf „moralische Zerfallsprozesse“, „Wertewandel“, „kulturelle Barbarisierung“ etc. Ich teile die Prämisse Bourdieus, dass die Formveränderung der kapitalistischen Ökonomie und dementsprechend (national) staatlicher Politiken Erklärungsansatz für die sichtbaren Krisenerscheinungen im gesellschaftlich-sozialen Gefüge ist.

Die Veränderungen in der ökonomischen Sphäre beschreibt Bourdieu frühzeitig als „Krise des Fordismus“ mit einem Umbruch und Übergang zu einem „neuen Produktionsmodus“, beherrscht von einer „blinden Logik des ökonomischen Feldes“, in dem das Finanzkapital nur einem Selbstzweck folgt, nämlich dem Streben nach schnellem und maximalem Profit. Wurden im fordischen System Gewinne auf der Grundlage der Produktivität der Arbeit erzielt, die mit relativer Beschäftigungssicherheit und einem relativ hohen Lohnniveau einherging und durch diese Logik Nachfrage, Wachstum und Gewinne in einem relativ stabilen Gleichgewicht hielt, so fokussiert der „neue Produktionsmodus“ (auf der Basis neoliberaler Ideologie) die Maximierung der Profite, Massenentlassungen und ein Absenken der Löhne und Gehälter. Mit der „Waffe der Unsicherheit“ (kurzfristige und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, erzwungener Flexibilität und Mobilität, Prekarisierung) konstituiert sich eine immer größer werdende und gefügig gemachte „Reservearmee“ (aus industriellen, kommerziellen und dienstleistenden Sektoren). Diese Spaltung der Arbeitskräftepotenziale bezeichnet Bourdieu als „dualistische Ökonomie“, die gekennzeichnet ist durch eine Polarisierung der aktiven Erwerbsbevölkerung. Diese Dualität ist ständig im Wachstum begriffen:

„Bourdieu's Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen bezieht sich auf die ungebrochene Dynamik des modernen Kapitalismus. Durch die Rücknahme erreichter Sozialstaatlichkeit, durch die fortschreitende Zerstörung eines zivilisatorischen Modells (...), das auf einer zumindest teilweisen Zähmung der archaischen Kräfte des Marktes beruht“, kurz: durch den ungezügelter Kapitalismus‘ droht nicht nur in Europa, sondern weltweit ein furchtbarer Rückschritt‘. Ein zweites Moment sieht Bourdieu in der Verselbständigung und Dominanz des Finanzkapitals und den Folgen eines veränderten Produktionsmodus. Im Unterschied zur Periode des fordischen Systems mit relativ gesicherten Arbeitsplätzen und wachsendem Wohlstand setzen sich für einen wachsenden Teil der Bevölkerung prekäre Bedingungen der Lebensgewinnung und Lebensgestaltung durch. Anzeichen einer dualen Ökonomie und die Folgen der Polarisierung in relativ privilegierte und benachteiligte (wenn nicht ganz von sozialer Ausgrenzung Bedrohte) betreffen gleichwohl alle, denn auch Stammbesellschaften in der Industrie und Qualifizierte in den Dienstleistungsbereichen sind einem höheren Druck, durch die bewusste Androhung der Überflüssigkeit, ausgesetzt. Eine neue Qualität der Abhängigkeit und Beherrschung ist aber vor allem auf die zunehmende Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht zurückzuführen. Den gemeinsamen Nenner dieser epochalen Veränderungen sieht Bourdieu im Siegeszug des Neoliberalismus...“

Der Neoliberalismus ist für Bourdieu eine ‚Utopie grenzenloser Ausbeutung‘... Im Wesentlichen sieht er ihn charakterisiert durch Marktfundamentalismus und extremen Individualismus. Beide Merkmale zögen die Zielsetzung nach sich, Regelungsfunktionen und staatliche Maßnahmen sozialer Umverteilung zu minimieren und abzubauen. Gestützt auf Modellkonstruktionen, wie sie in der neoklassischen Theorie gang und gäbe sind, verfechte der Neoliberalismus insbesondere zwei Postulate: die Ökonomie als einen eigenen, separaten Bereich mit universalen, überhistorisch gültigen Gesetzen zu verstehen, und den Markt mit seiner Regulierungsfunktion von Angebot und Nachfrage als das effizienteste Mittel ökonomischer Entwicklung und gerechter Verteilung aufzufassen.“ (Sebastian Herkommer 2003, S. 185).

Dieser Anspruch auf eine ahistorische Allgemeingültigkeit und Naturgesetzlichkeit des Modells des „Marktes“ und seiner sozialisatorischen Voraussetzung, des homo oeconomicus, manifestiert sich in extremer Form im „amerikanischen Modell“ des „Shareholder value“ als einem erzwungenen ökonomischen common sense, in dem die neoliberale Logik vermittelt internationaler Institutionen (Weltbank, IWF, OECD) direkt oder indirekt im globalen Maßstab implementiert wird/wurde. Diese Unterwerfung

unter das amerikanische Modell des Neoliberalismus ist neben den ökonomischen und machtpolitischen Mechanismen auch ein Resultat der symbolischen Herrschaft als Ergebnis der Deutungshoheit des öffentlichen Raumes der Medien, Verbände, Politikrepräsentanten etc. (ideologisch ‚gefüttert‘ durch die Konzepte und Ideologien der „Think Tanks“).

Wenn Bourdieu von der notwendigen „Bekehrungsarbeit“ spricht, die angesichts der sichtbaren Dominanz der neoliberalen Ideologie im öffentlichen Raum unübersehbar ist, dann ist eine Herausforderung an einen Gegendiskurs nicht nur ein Anspruch an einen wissenschaftlichen Erkenntnisprozess, sondern eine zwingend notwendige Herausforderung für die gesellschaftlich-politische Praxis. Sein Anspruch auf die „Politisierung der Soziologie“ ist prinzipiell auch auf die Erziehungswissenschaften zu übertragen, da auch ihr Gegenstandsbereich politische Abstinenz zunehmend weniger professionell legitimieren kann:

„Die Reflexivität ist kein l'art pour l'art. Eine reflexive Soziologie kann die Intellektuellen von ihren Illusionen befreien, und zuallererst von der Illusion, keine Illusionen zu haben, vor allem was sie selbst angeht, und sie kann zumindest dazu beitragen, ihnen jede passiv-unbewußte Beteiligung an der symbolischen Herrschaft schwerer zu machen.“ (Bourdieu 1996, S. 231).

Dieser Anspruch auf einen Erfolg der „Bekehrungsarbeit“ hängt entscheidend von der Entwicklung der objektiven Krisensymptome und deren Wahrnehmung und den Erfahrungen durch die Betroffenen und der „Leidenschaft für die Vernunft und einer Liebe zur Wahrheit“ ab, die Bourdieu in seinem Lebenswerk vorbildlich repräsentierte. Die notwendige analytische Vermittlung von Subjektivitäten und objektiven gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen beschreibt Hartmut Esser wie folgt:

„Es ist eben nicht die ‚Geschichte‘, die das Geschehen trägt. Sondern, so Karl Marx bekanntlich im ‚18. Brumaire‘: ‚Die Menschen machen ihre eigene Geschichte.‘ Aber es gilt natürlich gleichzeitig: ‚sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.‘ Die unentrinnbare Struktur des gesellschaftlichen Geschehens ist eben weder eine Folge von ‚Gesetzen‘, die irgendwie unabhängig von den Individuen wären, noch Ergebnis einer von den Menschen selbst erzeugten objektiven ‚Situationslogik‘ der ‚gesellschaftlichen Konstruktion‘ unintendierter als auch deshalb unhintergebar Wirklichkeiten.“ (Esser 2002, S. 25).

Nachdem der sichtbare und signifikante Nachweis einer Verselbständigung ökonomischer und finanzstrategischer Verhältnisse geliefert werden kann, die zunehmende Spuren in den gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen hinterlassen, gilt es nicht nur, die analytische Legitimation der Marxschen „Kritik der Politischen Ökonomie“ hervorzuheben, sondern die Erscheinungsbilder und Konsequenzen des „Terrors der Ökonomie“ aus unterschiedlichen professionellen Perspektiven sichtbar zu machen, und Gegenstrategien zu entwickeln, die aus den zunehmenden „Zerstörungen staatlicher Regulierungen“ resultieren. Für diesen Erkenntnisprozess hat Bourdieu wichtige Grundlagen bereit gestellt, die eine Fundamentierung eines Gegendiskurs zur etablierten neoliberalen Hegemonie notwendig machen.

3. Erziehungswissenschaftliche Standortbestimmung

Um meine Analyse in einem erziehungswissenschaftlichen Kontext zu verorten, soll in den folgenden Ausführungen der Bezug auf Grundpositionen der Kritischen Theorie und der Kritischen Erziehungswissenschaften und deren Abgrenzung gegenüber anderen Theoriepositionen vorgenommen werden. Hierbei sind die theoriegeschichtlichen Rekonstruktionen (Horkheimer, Adorno, Marcuse, Fromm, Habermas, Offe, Schmidt, Negt) von sekundärer Bedeutung. Im Fokus stehen die theorieimmanenten Begründungszusammenhänge und die Prüfung ihrer Plausibilitäten.

Ein grundsätzliches Erkenntnisinteresse der Kritischen Theorie, die Rolle der Wissenschaft im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zu bestimmen, wird von Horkheimer in Abgrenzung zu traditioneller Theoriebildung wie folgt beschrieben:

„Dem herkömmlichen theoretischen Denken gelten... sowohl die Genesis der bestimmten Sachverhalte als auch die praktische Verwendung der Begriffssysteme, in die man sie befasst, somit seine Rolle in der Praxis, als äußerlich. Diese Entfremdung, die in der philosophischen Terminologie als Trennung von Wert und Forschung, Wissen und Handeln sowie anderen Gegensätzen sich ausdrückt... verleiht seiner Arbeit ihren festen Rahmen.“ (Horkheimer 1988, S. 182).

Die Abhängigkeit des Erkenntnisprozesses vom gesellschaftlichen Geschehen, die Integration von Erfahrung und Erkenntnis und der Anspruch, dass von Menschen geschaffene gesellschaftliche Realitäten veränderbar sind, sind notwendige Positionierungen und Abgrenzungen gegenüber idealistischen Philosophien (von Kant über Hegel bis Husserl), Traditionen der empirischen Sozialforschung (Positivismusstreit), der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik als auch der Systemtheorie Luhmanns. Der Anspruch auf eine Theorie der Gesellschaft ist bei Horkheimer wie folgt expliziert:

„Die kritische Theorie der Gesellschaft hat... den Menschen als die Produzenten ihrer gesamten historischen Lebensformen zum Gegenstand. Die Verhältnisse der Wirklichkeit, von denen die Wissenschaft ausgeht, erscheinen ihr nicht als Gegebenheiten, die bloß festzustellen und nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit voraus zu berechnen wären. Was jeweils gegeben ist, hängt nicht allein von der Natur ab, sondern auch davon, was der Mensch über sie vermag.“ (Horkheimer 1988, S. 217).

Der Anspruch der Kritischen Theorie, den Verwendungszusammenhang und den Zweck, an dem das Erkenntnisinteresse gesellschaftlich orientiert ist, zu explizieren, nämlich das Ziel der „Aufklärung und Emanzipation“, setzt zugleich ein Bild einer anderen Verfasstheit von Gesellschaft voraus. Die methodische Grundlage „objektiven Sinnverstehens“ meint, die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Hintergründe zu erfassen, um über die Reflexion zur sozialen und politischen Praxis zu gelangen, auf der Basis des Ziels einer „vernünftigen“ Gesellschaft. Das erkenntnisleitende Interesse ist „Emanzipation“. In dieser Perspektive geht Habermas davon aus, dass Gesellschaften sich über Sprache, Arbeit und Herrschaft organisieren:

„Die spezifischen Gesichtspunkte, unter denen wir die Wirklichkeit transzendental notwendig auffassen, legen drei Kategorien fest: Informationen, die unsere technische Verfügungsgewalt erweitern; Interpretationen, die eine Orientierung des Handelns unter gemeinsamen Traditionen ermöglichen; und Analysen, die das Bewusstsein aus der Abhängigkeit von hypostasiierten Gewalten lösen. Jene Gesichtspunkte entspringen dem Interessenzusammenhang einer Gattung, die von Haus aus an bestimmte Medien der Vergesellschaftung gebunden ist: an Arbeit, Sprache und Herrschaft.“ (Habermas 1968, S. 162).

Es ist der Anspruch einer kritischen Sozialwissenschaft, den Entstehungszusammenhang, die Phänomene und Entwicklungslinien gesellschaftlicher (Fehl-)Entwicklungen zu erfassen und zu beschreiben, und sie dem Modus der Aufklärung im praktischen Diskurs anzupassen. Die in der wissenschaftlichen Diskussion beschriebenen Defizite der Kritischen Theorie

- der nur in Ansätzen eingelöste Anspruch einer Kritischen Theorie der Gesellschaft;
- die Entfernung von einer soziologischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten einer philosophisch-wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung mit konkurrierenden Theorieansätzen;
- die unscharfen und präzisionsbedürftigen methodologischen Grundlagen „objektiven Sinnverstehens“;
- die pragmatischen Einwände gegen das Diskursmodell;
- das Fehlen konkreter Ansatzpunkte für Veränderungsprozesse

sollen hier benannt, aber nicht weiter expliziert werden.

Die Adaption der Kritischen Theorie in die erziehungswissenschaftliche Prämissendiskussion (Mollenhauer, Blankertz, Klafki, Gieseke, Lempert) beinhaltet eine Abkehr von der verhaltenstheoretischen Erziehungswissenschaft und der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, und dem Anspruch der Kritischen Erziehungswissenschaft, ideologiekritisch die Abhängigkeit der Erziehung von gesellschaftlichen Prozessen aufzuzeigen. Im Sinne von Klaus Mollenhauer heißt dies, dass der „gesellschaftliche Kontext“ als „Basis“ der Erziehung gilt. Die Kritik Klafkis an der Geisteswissenschaftlichen Pädagogik, dass sie die „Verflechtung zwischen Gesellschaft und Erziehung nicht oder nur ganz unzulänglich erforscht hat“, führt zu seiner Generalhypothese,

„... dass menschliches Denken und Handeln, menschliche Lebensformen, Institutionen und kulturelle Objektivationen aller Art bis hin zu den Fragen, Verfahrensweisen und Ergebnissen der Wissenschaft durch die jeweiligen gesellschaftspolitischen Verhältnisse, durch gesellschaftlich vermittelte Interessen, Abhängigkeiten, Herrschaftsverhältnisse, Zwänge aber auch Chancen bestimmt oder auch mitbestimmt sind. Als entscheidende oder mindestens als sehr wesentliche Faktoren, die die jeweiligen gesellschafts-politischen Beziehungen beeinflussen, werden, in Fortführung marxistischer Denkansätze, die wirtschaftlichen Zusammenhänge, genauer: die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse angesehen“ (Klafki, W. 1976, S. 42).

Analog zur Kritischen Theorie ist auch für die Kritische Erziehungswissenschaft eine Orientierung an einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse leitend (Befreiung von Herrschaft, Befreiung zu Mündigkeit und Selbstbestimmung). Diese Orientierung auf „Mündigkeit und Selbstbestimmung“ (Gieseke 1971a, S. 70) ist „Ziel aller Erziehungsmaßnahmen“. Diese Zielsetzung expliziert Mollenhauer wie folgt:

„Für die Erziehungswissenschaft konstitutiv ist das Prinzip, das besagt, dass Erziehung und Bildung ihren Zweck in der Mündigkeit des Subjekts haben; dem korrespondiert, dass das erkenntnisleitende Interesse der Erziehungswissenschaft das Interesse an Emanzipation ist“ (Mollenhauer 1973, S. 10).

In Abgrenzung zur früheren Hermeneutik definiert sich Kritische Erziehungswissenschaft als normative Disziplin, die reflektiert begründet ihre Normen- und Wertewelt für die Erziehungspraxis zur Verfügung stellt:

„Kritische Theorie in diesem Sinne schließt ein ganz bestimmtes Erkenntnisinteresse mit ein, nämlich ein auf Gestaltung oder Veränderung der Praxis gerichtetes Interesse. Die besondere Richtung dieses Interesses der Theorie ist von uns häufig durch Begriffe wie ‚Mündigkeit‘, ‚Freiheit‘, ‚Demokratisierung‘, ‚Emanzipation‘ als Wertungskriterium bezeichnet worden. Wir verstanden Erziehungswissenschaft also als Forschung und Theoriebildung im Hinblick auf die Klärung des Problems der Selbstbestimmung, der Demokratisierung, der Emanzipation in pädagogischer Perspektive.“ (Klafki, W. u.a. 1971, S. 264).

Im Rahmen ideologiekritischer Untersuchungen und Analysen konkreter Erziehungs- und Bildungsprozesse beschreibt Klafki eine ideologiekritische Position, die für aktuelle Tendenzen in Gesellschafts- und Bildungspolitik handlungsleitend sein kann:

„Ideologiekritik muß hier jeweils zwei Frageaspekte verfolgen: Pädagogische Zielsetzungen, Theorien, Einrichtungen, Lehrpläne, Methoden, Medien sind erstens daraufhin zu untersuchen, ob sich in ihnen unreflektierte gesellschaftliche Interessen ausdrücken, zweitens darauf hin, ob bestimmte gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen bewußt hinter bestimmten Zielen, Theorien usw. verbergen, um bei anderen Menschen bzw. Kindern und Jugendlichen Ideologien, falsches Bewusstsein zu erzeugen. Z.B. kann in der Zielsetzung ‚Erziehung zu sozialer Verträglichkeit‘ das Interesse verborgen sein, eine bestimmte Verteilung von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht unter anderem dadurch zu sichern, dass in jungen Menschen Abwehr gegen gewerkschaftliche Lohnkämpfe, Mitbestimmungsforderungen usw. aufgebaut wird“ (Klafki 1976, S. 53).

Die abgeleiteten Konsequenzen für erziehungswissenschaftliche Reflexion und pädagogische Praxis sind vielschichtig. Nicht zufällig fokussiert sich im Anspruch auf „Emanzipation“ die Kritik an den Formen gesellschaftlicher Erziehung und vor allem auf das bestehende Schulsystem, auf dessen Strukturen, Ziele, intendierte und im „heimlichen Lehrplan“ realisierte Qualifikations-, Erziehungs- und Sozialisationseffekte. Die Probleme einer begrifflichen Operationalisierung des „Emanzipations“-Zieles sind von Rössner (1974) ausreichend beschrieben und von Mollenhauer (in Rückgriff auf Habermas) definiert worden:

„Die Vernunft hat ein Interesse an Mündigkeit, Autonomie des Handelns und der Befreiung von Dogmatismus. Sie ist, als wissenschaftliche Praxis, nicht nur ein faktisches Moment einer aufgeklärten Gesellschaft, sondern enthält auch zugleich den Willen zur Rationalität. Sie ist, wie Habermas formuliert, entschieden für Gerechtigkeit, Wohlfahrt, Frieden, entschieden gegen Dogmatismus, sie ist ‚dezidierte Vernunft‘“ (Mollenhauer 1973, S. 67 f.).

Das Verständnis von „Emanzipation“ als einem Prozeß sozialer Entwicklung (Habermas), der auch als ein Bildungsprozeß beschrieben werden muß, ist ein „Akt der Selbstreflexion, der ein Leben ändert“ (Habermas 1968a, S. 261). Zugleich muß er als eine Aufgabe im Verhältnis von Emanzipation und Rationalität als geschichts- und sozialphilosophisches, erkenntnis-, gesellschafts- und kommunikations-theoretisches Problem reflektiert werden. Die mit diesem Erkenntnisprozeß einhergehende damalige Tendenz der Erziehungswissenschaft, sich nicht mehr nur als Individual- sondern auch als Gesellschaftswissenschaft zu begreifen, muß unter den Vorzeichen der anstehenden Debatten besonders hervorgehoben werden. Heydorns Auseinandersetzung mit „der Bildung“ beinhaltet auch das zu beachtende Spannungsverhältnis von „Bildung und Herrschaft“:

„Heydorn geht es nun darum, im Verfolg der Geschichte der Auseinandersetzung von Bildung und Herrschaft, die Kategorien für eine ‚endgültige Negation‘ der Herrschaft zu gewinnen. Entscheidend für die theoretische Bewältigung des Widerspruchs von Bildung und Herrschaft erweisen sich dabei die Bildungskategorien, wie sie durch Aufklärung, Neuhumanismus und deren dialektische Aufhebung durch den Marxismus entwickelt worden sind. Aufklärung und Neuhumanismus sind getragen vom Glauben in die befreiende Kraft der Vernunft, aber sie unterschätzen beide die Möglichkeit der Herrschaft: die Aufklärung hoffte, ohne Bezugnahme zur Herrschaft, auf die Befreiung des Menschen durch die Evolution der Vernunft, der Neuhumanismus stellt den Versuch dar, in bewusster Herrschaftsferne die Autonomie der Vernunft als Gegenkraft heranreifen zu lassen. In ihrer Mächtigkeit verkannt, ist es Herrschaft ein leichtes, Bildung in diesen Gestalten zu überwinden und sich nutzbar zu machen.“ (Schmied-Kowarzick: Dialektische Pädagogik, in: Christoph Wulf, Wörterbuch der Erziehung, München 1974, S. 148).

Wenn eine kritische Erziehungswissenschaft den Anspruch und den selbstdefinierten Auftrag hat, aus sichtbaren gesellschaftspolitischen und ökonomischen Trends abgeleitete Gefährdungen und Risiken zu erkennen und diese zu thematisieren, dann kann die Bestimmung einer kritischen Erziehungswissenschaft mit Krüger (1999) unter folgender Prämisse erfolgen:

„Diese diskutiert die Frage, welche Herausforderungen sich aus den ökologischen Großgefahren einer verselbständigten industriegesellschaftlichen Modernisierung, aus der Krise der Arbeitsgesellschaft, aus dem Heraufziehen einer Informations- und Wissensgesellschaft sowie aus den gesellschaftlich diagnostizierten Prozessen der Pluralisierung von Lebenslagen, Welt- und Selbstdeutungen und der Individualisierung von Lebensläufen... für die Ortsbestimmung der Bildungsproblematik gegenwärtig ergeben“ (Krüger, H.H.: Entwicklungslinien und aktuelle Perspektiven einer Kritischen Erziehungswissenschaft. In: Sünker, H./Krüger, H.-H.: Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?! Frankfurt a.M. 1999, S. 177).

Diese Sichtweise scheint mir im Kontext der zu beschreibenden lokalen und globalen Transformationsprozesse unverzichtbar, da die Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes und deren Subsysteme jetzt schon gravierend sind. Um dem neoliberalen Uniformierungsprozess zu begegnen, bedarf es eines konzeptionellen Standortes, der normative Erziehungs- und Bildungsziele in den Kontext struktureller politischer Anforderungen stellt, um nicht Opfer eines naiven Bildungsidealismus zu werden. Die Geistes- und Kulturwissenschaften müssen sich im zu beschreibenden Veränderungskontext positionieren und einmischen, da die ökonomistische und technizistische Rationalität immer stärker einer normativ-ethischen Fundierung verlustig wird und eines Gegendiskurses bedarf:

„Die Geistes- und Kulturwissenschaften werden ohne eine Öffnung ihres Gegenstandsbereiches nicht in der Lage sein, jene verantwortliche Rolle einzunehmen, die ihnen angesichts radikal neuer gesellschaftlicher Probleme zukommt: Sie produzieren von jeher keine Geräte, Gebäude, Fahrzeuge und Kraftwerke, sondern Kommentare, Analysen, Ideen und Geschichten. Solche Geschichten konnten, wie das 20. Jahrhundert gezeigt hat, von ungeheurer destruktiver Kraft sein, aber manchmal sind sie auch – was etwa die Geschichte der Menschenrechte angeht – von erheblicher zivilisatorischer Wirkung. Was uns durch den Erkenntnischock von 1989 abhanden gekommen ist und was uns die Scheinpragmatiker in den ökonomischen und politischen Eliten zu erfolgreich ausgedehnt haben, ist die alles entscheidende Frage: Wie wollen wir leben? Diese Frage stellt sich gerade unter den Bedingungen eines weltumspannenden ökologischen Wandels und einer

globalisierten Klassengesellschaft, in der weder eine Umwelt- noch eine Sozialpolitik zukunftsfähig sein kann, die nationalstaatlich gedacht wird. Insofern wird das neue Rollenverständnis der Geistes- und Kulturwissenschaften auch vitalisieren müssen, was zu lange abgelebt schien: den Begriff des Politischen“ (Harald Welzer, Kulturwissenschaftliches Institut, in: Die Zeit, 25.1.2007, S. 43).

Die Definition und Gestaltung von Zukunft ist im Verständnis erziehungswissenschaftlicher Theoriebildung von zentraler Bedeutung, da deren Konkretisierung nicht nur ein Problem der Passung individueller und gesellschaftlicher Entwicklungsperspektive ist, sondern zugleich im Sinne eines neu zu entwickelnden Generationenverhältnisses auch eine Frage der Gestaltung und Weiterentwicklung der Gattung. Die Notwendigkeit der Perspektivierung von Zukunft ist unter Globalisierungsbedingungen, technologischer Revolution, Funktionsverlust des Nationalstaates, struktureller Massenarbeitslosigkeit, Armut, gesellschaftlicher Marginalisierung/Exklusion, demografischer Entwicklung, Revolutionierung der Arbeitsverhältnisse etc. ein schwieriges Unterfangen und trotzdem ein unverzichtbarer Anspruch auf der Suche nach Orientierung.

Bildungsprozesse werden einerseits zu Fragen der Macht zwischen Menschen und zwischen Staaten unter Bedingungen sich dynamisch globalisierender Weltverhältnisse. Die von den Klassikern definierte und reflektierte humane Entwicklungsperspektive für alle ist einem weltweiten ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Konkurrenzkampf (auch um Bildung) gewichen. Das seit Rousseau unlösbare Dilemma, die persönliche, menschliche Entwicklung zur Mündigkeit mit den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen in Einklang zu bringen, verschärft sich auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die immer stärker im Sinne der ökonomischen Nützlichkeitsabwägung instrumentalisiert werden:

„In dem Maße, in dem in der Pädagogik des 19. und 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem Scheitern des Aufklärungsmodells die über die Gattung vermittelte Fortschrittsperspektive verschwindet, wird die Dimension der Autonomie des individuellen Subjekts dominant für pädagogische Theoriebildung. Wurde bei Humboldt beispielsweise die Gestaltung von Individualität daran gemessen, was diese Form zur Bereicherung des Gattungsbegriffs beitragen würde im Sinne einer fortschreitenden Mannigfaltigkeit und Humanität der Menschheit, so geht der Zukunftsbezug dann verloren, wenn, wie in der bürgerlichen Pädagogik üblich, Individualität als Vereinzelung oder das freie, autonome, selbstbestimmte Subjekt als einsamer Konstrukteur seiner selbst mit offener und ungewisser Zukunft zum Bezugspunkt pädagogischer Reflexion wird. Dem korrespondiert der in der modernen pädagogischen Theorie so gern benutzte Topos der Offenheit und Unbestimmtheit – sowohl der Subjekte wie ihrer Zukunft. Offenheit und Unbestimmtheit aber als Imperative pädagogischen Denkens auf den Einzelnen als Bezugspunkt gerichtet, bleiben abstrakt und formal und ignorieren die Zwänge der Gegenwart. Die bürgerliche Pädagogik gerät somit in einen unauflösbaren Zirkel: In den klassischen Entwürfen bleibt die Frage offen, wer denn den Erzieher erziehe, der die junge Generation für eine zukünftige bessere Welt erziehen solle, da dieser doch selbst in den alten Verhältnissen verankert sei...; und in der Pädagogik der Unbestimmtheit und Offenheit ist die als verantwortlich zu gestaltende Zukunft quasi eliminiert und die Erziehung de facto an die Gegenwart (des kapitalistischen Verwertungsprozesses) ausgeliefert. Dies erfahren die Subjekte gegenwärtig in einer Weise, die kaum noch Raum lässt für Verdrängung oder Verleugnung.“ (Ulla Bracht/Dieter Keiner: Zukunft, in: Jahrbuch für Pädagogik 2001, Sonderdruck, S. 10).

B Neoliberaler Hegemonieanspruch: **Das Paradigma der totalen Ökonomie und des Freihandels**

1. Konzept, Geschichte, Erscheinungsformen des Neoliberalismus

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist der Neoliberalismus zur dominierenden Ideologie des Kapitalismus entwickelt worden, dessen Leit-/Grundsätze und Philosophien international den Referenzrahmen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik vorgeben, und an implementierten Politikvarianten (Thatcherismus, Reaganismus) analysierbar sind. Der Geltungsanspruch des Neoliberalis-

mus ist global und durchdringt zwischenzeitlich alle gesellschaftspolitischen und ökonomischen Gestaltungsansätze.

Um eine begriffliche und analytische Klarheit in diese Debatte zu bekommen, und das Konzept des Neoliberalismus für meine Arbeit zu operationalisieren, ist es notwendig, Konzept, Geschichte und Erscheinungsformen in der notwendigen Kürze aufzubereiten, und die ökonomistische Reduktion aller gesellschaftlichen Zusammenhänge konzeptionell zu ergründen und zu begründen:

„Ökonomismus bedeutet, dass die ganze Vielseitigkeit des menschlichen Lebens monokausal und damit monomanisch auf eine seiner Seiten, die ökonomische, reduziert wird.. Es ist nur eine weitere Variante desselben Schemas, wenn nun der ökonomische Gesichtspunkt wie von selber auf alle Dimensionen des Lebens übergreift, ihnen gleichsam ein schlechtes Gewissen macht und sie von innen heraus umzukrempeln sucht. Dann fragen sich plötzlich die Sozialeinrichtungen oder die Universitäten oder die Theater oder sogar die Kirchen, ob sie denn eigentlich ‚effizient arbeiten‘ und ob sie sich nicht auch besser als Unternehmen verstehen und organisieren sollen“ (Butterwegge/Kluntz/Zeng 2005, S. 44).

1.1. Geschichte und Entstehung der neoliberalen Lehre

Die neoliberale Lehre kann als eine Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslagen der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts gesehen werden. Die historische Rekonstruktion ist deswegen bedeutsam, weil in der aktuellen Diskussion der Neoliberalismus oft als eine ausschließliche Spielart des US-amerikanischen Politikmodells dargestellt wird.

Die ursprüngliche Diskussion um eine Modernisierung des Liberalismus wurde in den 30er Jahren in Österreich, Deutschland aber auch in England, Frankreich und Italien in den sich etablierenden neo-liberalen Schulen geführt. 1932 plädierte Alexander Rüstow für ein neues Selbstverständnis der Liberalen. Zusammen mit Walter Eucken (dem späteren Haupt der „Freiburger Schule“) wurde der Auftakt für eine Neuorientierung der liberalen Theorie gegeben. 1938 wurde auf einer Konferenz in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann der Name „Neoliberalismus“ geprägt. In der sich konstituierenden liberalen Bewegung vereinigten sich Nationalökonomien, Juristen, Soziologen und Philosophen, die in ihren Arbeiten unterschiedliche Schwerpunkte auf der Basis einer teils heterogenen theoretischen Basis setzten. Es differenzierten sich zwei Hauptströmungen des akademischen Neoliberalismus heraus, die als Grundrichtungen bis in die heutige Debatte wirksam sind: die Wiener Schule um Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek sowie die Chicago School um Milton Friedman (angelsächsische Variante), zum anderen der deutsche Weg des Ordoliberalismus, der von Walter Eucken, seiner Freiburger Schule sowie von Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke einerseits und Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard andererseits entwickelt wurde. Erhard selbst verstand sich als Neoliberaler. Die Wirtschaft sollte völlig „frei“ sein von Regulierungen, der Handel nicht durch Zölle behindert werden. Den entstehenden Wohlfahrtsstaat lehnte Erhard als „entmündigend“ ab: „Je freier die Wirtschaft umso sozialer ist sie auch“ (FAZ 16.6.2007, S. 16).

1.2. Gründzüge neoliberaler Theorie

Der Neoliberalismus kann als ein Versuch gewertet werden, einen „dritten Weg“ zwischen den beiden Extremen Laissez-faire und Sozialismus zu finden. Als Kernthema wird die Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung gesehen, für die es nach neoliberaler Sichtweise nur zwei grundlegende Prinzipien gibt: Das Prinzip der Marktwirtschaft und dasjenige des Kollektivismus (Planwirtschaft). Der Neoliberalismus teilt zwar mit dem klassischen Liberalismus die Ablehnung zentraler Planung, lehnt aber die Vorstellung ab, dass es die Natur ist, die ohne Zuhilfenahme von Normen eine freie Wirtschaft technisch

in Ordnung bringt. Nach neoliberaler Auffassung ist eine funktionierende Wettbewerbswirtschaft ein „höchst gebrechliches Kunstprodukt der Zivilisation“. Danach vereint der Neoliberalismus zwei Einsichten:

„Das Vertrauen auf die Freiheit der Märkte und die Einsicht, dass diese Freiheit einer umfassenden Politik bedarf, die das Feld der wirtschaftlichen Freiheit wie ein Spielfeld streng absteckt, ihre Bedingungen – sozusagen die Spielregeln – sorgfältig bestimmt und mit unparteiischer Strenge für die Respektierung dieses Rahmens der Marktwirtschaft (des Spieles wie der Spielregeln) sorgt“ (Röpke 1959, S. 142).

Der neoliberale Großprojekt begann Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre, und charakterisiert sich durch seine Aufwertung wirtschaftlicher Kennziffern und der Mechanismen kapitalistischer Marktsteuerung, und nicht durch ein liberales Engagement für individuelle Bürgerrechte. Aus einer Wirtschaftstheorie entwickelte sich zunehmend eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz umgestalten will. Diese weltanschauliche Orientierung legitimiert sich durch einen Rückgriff auf eine vermeintliche „Sachzwangthese“ der „Standortsicherung“, in dessen Konsequenz die Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Gesellschaftsbereiche unausweichlich scheint. Der damit beanspruchte „Wirtschaftstotalitarismus“ als „negative Utopie“ des Neoliberalismus (Joachim Bergmann 1998: 334) beansprucht eine hegemoniale Stellung in der Begründung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ausrichtungen.

1.3. Die neoliberale Wirtschaftsordnung

Kernstück der neoliberalen Wirtschaftsordnung ist der Marktwettbewerb, und der zugrundeliegende Harmonieoptimismus der Funktionsfähigkeit/Gleichgewichtsfähigkeit des Marktes zwischen wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen/volkswirtschaftlichen Interessenslagen. Sowohl wirtschaftliche Effizienz als auch individuelle Freiheit sollen sich verwirklichen können. Eine zentrale Voraussetzung zur Realisierung neoliberaler Ordnungsvorstellungen ist der starke und von Einflüssen gesellschaftlicher Gruppen unabhängige Staat. Der staatliche Aktionsradius wird von den ökonomischen Erfordernissen einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung definiert und begrenzt. Der Staat hat zwei wirtschaftspolitischen Grundsätzen zu folgen: Er soll die wirtschaftspolitische Aktivität auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft richten, den Wirtschaftsprozess jedoch nicht lenken. Nach dieser Vorstellung hat der Staat die Funktion des „Schiedsrichters“ und der „unnachsichtigen Marktpolizei“. Demnach hat der Staat die Aufgabe, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktion zu begrenzen. Durch wettbewerbsfördernde Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sollen Monopol- und Kartellbildungen begrenzt/verhindert werden.

1.4. Neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat

Der Wohlstand der Nationen und die allgemeine Teilhabe der Individuen am gesellschaftlichen Reichtum ist kein eigenständiges Ziel, sondern bestenfalls mittelbarer Zweck wirtschaftlichen Handelns. Zwar ist aufgrund der Bedeutung sozialer Bindungen in der Marktwirtschaft ein Minimum an staatlicher Zwangsvorsorge notwendig, aber die neoliberale Theorie akzeptiert nur dieses eine Ziel des Sozialstaates, aber nicht die gerechte Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums, und lehnt deswegen den Wohlfahrtsstaat ab. Nach dieser Philosophie wird der „Tüchtige“ und „Erfolgreiche“ durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen um die Früchte seiner Arbeit gebracht. Danach ist es das Wesen des Wohlfahrtsstaates, „dass einzelne konsumieren, ohne zu produzieren, während andere produzieren, aber vom Staat gezwungen werden, einen Teil des von ihnen Erzeugten nicht zu konsumieren...Den einen...kann nur gegeben werden, wenn den anderen genommen wird, und wenn

wir vom Staat sprechen, der uns helfen soll, so haben wir es immer auf das Geld eines anderen abgesehen, auf den Ertrag seiner Mühlen oder auf seine Ersparnisse.“ (Röpke 1961: 253).

Somit ist es auch konsequent, Sozialversicherungssysteme (Kranken-, Altersversicherung etc.) als Zwangsmitgliedschaft (vs. Individueller Freiheit) zu sehen. **„Gleichheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ gehören nicht zur neoliberalen Programmatik**, da die Menschen in Anlagen und Fähigkeiten ungleich sind. Freie Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme und Wohlfahrtsstaaten sind antagonistisch und gelten als Systembedrohung.

Unter dem Titel „Sozialismus und Neid“ liefert der führende Repräsentant des Neoliberalismus, Prof. Werner Sinn, eine exemplarische Kostprobe für das neoliberale Grundverständnis:

„Der deutsche Verfassungsrichter Udo Steiner hat einmal gesagt, die Deutschen seien gleichheitskrank. Das ist die höfliche Umschreibung des Neidkomplexes, unter dem unser Volk leidet. Die Deutschen haben den Sozialismus erfunden. Und der Sozialismus ist im Kern eine Ideologie des Neides, der Versuch, die Missgunst hoffähig zu machen und ihr eine akzeptierte gesellschaftliche Organisationsform zu verschaffen... Ausgerottet ist der Neidkomplex noch immer nicht, er wechselt nur seine Kleider... Kaum ein Politiker wagt es, der Bevölkerung klar zu machen, wie eine Marktwirtschaft funktioniert. Es wird verschwiegen, dass Ungleichheit die Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität ist... Ganz anders die Amerikaner. Dort wird Reichtum bejaht. Der Neid ist dort nicht hoffähig, sondern wird politisch geächtet. Da jeder es zumindest in der Vorstellung vom Tellerwäscher zum Millionär bringen kann, missgönnt er dem Millionär seinen Reichtum nicht, sondern strebt lieber danach, selbst einer zu werden. Die Folgen für das wirtschaftliche Wachstum und den allgemeinen Wohlstand sind sichtbar. In Deutschland will man nicht vom Tellerwäscher zum Millionär werden, sondern löst das Problem lieber mit einer Millionärssteuer. Kurz nach Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Gesetzgebung zur Offenlegung der Managergehälter haben sich gleich mehrere Parteien eine Millionärssteuer auf die Fahnen geschrieben“ (in: Wirtschaftswoche 18.8.2005, S. 114).

Auf dem Hintergrund einer solchen neoliberalen Blaupause schwimmen dann auch die Grenzen von Systemvergleichen:

„Es gab zwei wirklich schlechte ökonomische Ideen im 20. Jahrhundert. Die eine war der Kommunismus, die andere der Korporatismus, auch bekannt als soziale Marktwirtschaft“ – ein vernichtendes Urteil. Vor allem, wenn es von keinem geringeren als dem Nobelpreisträger 2006, Edmund Phelps, stammt. Phelps greift damit auf, was ein anderer Nobelpreisträger, Friedrich August von Hayek, so formulierte: ‚Was („sozial“) eigentlich heißt, weiß niemand. Wahr ist nur, dass eine soziale Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist‘. Die beiden Kritiker haben Recht, wenn sich das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft auf die Klängelei von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften oder auf die einfache Forderung nach ‚sozialer Gerechtigkeit‘ verkürzen ließe. Soziale Gerechtigkeit ist in der Tat nicht mehr als eine ideologische Worthülse, ein Wieselwort, wie es von Hayek bezeichnete. Womit er den Vergleich zum Wiesel zog, das Eier aussaugen und inhaltsleer machen könne, ohne dass die äußere Hülle zerstört würde. Auch heute noch lässt sich jede wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland mit dem Totschlagargument der sozialen Gerechtigkeit auf eine diffuse, normative Gefühlsebene bringen, die ein vernünftiges Abwägen von Vor- und Nachteilen verhindert“ (Thomas Straubhaar, Marktwirtschaft ist sozial, in: Die Welt, 8.2.2007, S. 12).

1.5. Pluralismus- und Demokratiekritik

Die Neoliberalen üben eine starke Kritik an der „Massengesellschaft“ und damit verbunden am Pluralismus (Röpke 1959). Durch das Aufkommen der „Massengesellschaft“ sind danach die traditionellen Voraussetzungen der liberalen Ökonomie und Demokratie – die Trennung von Staat und Wirtschaft – zerstört worden. Die Forderung der Massen nach Demokratisierung hat in der gesellschaftlichen Praxis zu einer Verpflechtung von Staat und Wirtschaft geführt. Somit wurde der „Wirtschaftsstaat“ zum Objekt gesellschaftlicher Interessensgruppen. Dadurch ist der Staat zunehmend unfähiger geworden, unparteiisch das Gesamtinteresse durchzusetzen. Damit verbinden sich auch Vorbehalte gegenüber der „Demokratie“, da bei allen Vorzügen der Methode des friedlichen Wechsels Probleme in der Mehrheitsregel gesehen werden. Ein „Demokrat“ kennt, so die Neoliberalen, nur eine

Grenze für die Regierungsmacht, die aktuelle Meinung der Mehrheit. Deswegen fordern sie eine Begrenzung der Macht der Regierung durch Prinzipien, die keine Mehrheit ändern kann. Mit dieser konservativen Staatslehre wird den Neoliberalen eine Nähe zum Konservatismus nachgesagt. Vor allem Hajek wird mit seiner Position in der Schrift „Why I Am Not a Conservative“ in diesem Zusammenhang zitiert.

1.6. Ethik und Moral als „Markt“

In seinen Ausführungen „Moderne Moral“ expliziert Stefan Baron (Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“) eine moralisch-ethische Grundposition, die keiner weiteren Deutung unterworfen werden muss, da sie selbstredend für die neoliberalen Grundpositionen steht:

„Wer (Markt-)Wirtschaft und Wettbewerb als moralisch zweifelhaft betrachtet, unterliegt einem eben so schweren wie teuren Irrtum. Das ökonomische Prinzip lautet: Mit dem geringstmöglichen Aufwand das größtmögliche Ergebnis zu erzielen. Daran ist nichts Unmoralisches. Im Gegenteil, es ist das Gebot der Klugheit. Ziel allen Wirtschaftens ist es, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Auch daran lässt sich nichts Unmoralisches entdecken.

Gewiss, der Markt verteilt das Erwirtschaftete nicht gleichmäßig. Aber diese Verteilung spiegelt nur die Bewertung der Leistungen eines jeden Einzelnen durch die Masse der Verbraucher wider. Gerade darin, dass die Marktwirtschaft sich an der Mehrheit der Marktteilnehmer und ihren Präferenzen orientiert, liegt ihre sozioethische Begründung.

Schon Adam Smith, der Urvater der Marktwirtschaft, hat in seiner ‚Theologie der ethischen Gefühle‘ erkannt, dass solche Gefühle sich nur regen, wo die zwischenmenschliche Bande stark und die räumlichen Abstände der Akteure gering sind. Je größer und damit anonymere eine Gemeinschaft aber wird, desto weniger vermag der direkte Kontakt miteinander die Einhaltung moralischer Regeln zu gewährleisten, desto mehr braucht sie einen anderen Steuerungs- und Kontrollmechanismus: Wie den Markt. In den Zeiten der Globalisierung kann er Moral allemal besser durchsetzen als Mitgefühl das kann.

In einer Marktwirtschaft ist Moral nicht mehr auf die Handlungsmotive des Einzelnen angewiesen, sie steckt in den Spielregeln, sie wird zur Ordnungsmoral. Vielleicht ist sie deswegen für viele nicht zu entdecken. Über Smiths Mechanismus der ‚unsichtbaren Hand‘ führen egoistische Motive zu sozialen Ergebnissen. Der Egoismus des homo oeconomicus erzeugt Solidarität. ‚Nicht von der Wohltätigkeit des Fleischers, Brauers, Bäckers erwarten wir unser Nachtmahl‘, so Smith im ‚Wohlstand der Nationen‘, ‚sondern von deren Bedacht auf ihre eigenen Interessen.‘

Wettbewerb, das Wesen der Marktwirtschaft, erscheint daher nur vordergründig als Widerspruch zur Solidarität. Bei genauerem Hinsehen ist er solidarischer als Töten. Wettbewerb ist das beste Verfahren zur Entdeckung neuen Wissens, damit Motor von Fortschritt und wachsendem Wohlstand. Wettbewerb verhindert Verschwendung und ist ‚das genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte‘ wie Franz Böhm, einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft, sagte: Er sorgt für Chancengleichheit bei den Produzenten, damit für niedrigstmögliche Preise, und lässt technischen Fortschritt ebenso wie Produktivitätsfortschritte selbsttätig den Verbrauchern zugute kommen.

Nicht Wettbewerb und Effizienz sind also moralisch angreifbar, sondern ihr Fehlen. Wettbewerb ist die effizienteste Form der Nächstenliebe in unserer heutigen Welt, er ist moderne Moral.“ (Wirtschaftswoche Nr. 52, 22.12.2005, S. 3).

1.7. Verbindungslinien zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus

Der Kontext der Herausbildung des Neokonservatismus ist der Reform- und Emanzipationsanspruch der antiautoritären Studentenbewegung im Zusammenspiel mit der Ausweitung der Konzepte und Interventionen keynesianisch-wohlfahrtsstaatlicher Prägung. Der Neokonservatismus ist eine Reaktion auf den fundamentalen Veränderungsprozess von Kultur und Werten. Die gemeinsame Basis eines Gegenkonzeptes ist gegen die postmaterialistischen Linken formuliert und beinhaltet zentrale Themen wie Nationalismus, Familie, Religion, Ruhe und Ordnung, bürgerliche Moral, Unterstützung der Werte des industriellen Kapitalismus, speziell die Idee des „Fortschritts“, und eine grundsätzliche Akzeptanz einer beschränkten Grundlage des Wohlfahrtsstaates. Die Neokonservativen unterstützen eine am Ordoliberalismus anknüpfende Wirtschaftstheorie, fügen aber generalisierte Interventionsmechanismen unter Abschwächung der Wettbewerbskontrollen hinzu.

Die Dimensionierung der Staatsfunktion bleibt im neokonservativen Lager umstritten. Das libertäre Lager glaubt, der Staat soll nur wenig mehr tun, als die Besitzrechte zu schützen, während die „Kollektivisten“ für die Politik die Verantwortung sehen. Dieser Grundwiderspruch zieht sich sowohl durch die praktizierten Politikmodelle, gleichzeitig ist dieser Widerspruch bei der Analyse der Konzepte zukünftiger Politikgestaltung von großem Stellenwert.

Die Beziehung von Neokonservatismus und Neoliberalismus wird dort von Bedeutung, wo ähnliche oder deckungsgleiche Positionen zur Beschränkung des Wohlfahrtsstaates und der Entmachtung der Gewerkschaften festzustellen sind bzw. die Unterschiede in den 80er Jahren weitgehend verwischt wurden (z.B. unter Reagan und Thatcher). Vor allem in Großbritannien lässt sich gut beobachten, wie dem Volk die neoliberale Ideologie in der populistischen Verpackung des Neokonservatismus verkauft wurde. Widersprüchlichkeit und Konzeptionslosigkeit im Umgang mit den gesellschaftsimmanenten Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses lässt sich in folgender Textpassage eines neokonservativen Repräsentanten abbilden, bei dessen Ausführungen sich der antagonistische Widerspruch zwischen neoliberaler Marktphilosophie und Ansprüchen aus dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ exemplarisch abbildet:

„Die Soziale Marktwirtschaft hat Deutschland geprägt... Die Soziale Marktwirtschaft bringt die wirtschaftlichen Leistungskräfte zur Entfaltung, fördert Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft und sorgt für soziale Sicherheit und innere Stabilität des Gemeinwesens. Sie ist auch in Zukunft die beste Grundlage, auf der unser Land die Herausforderungen durch Globalökonomie, neue technologische Entwicklungen, Umbrüche in der Arbeitswelt, demografische Veränderungen und ökologische Ziele zum Wohle aller bewältigen kann... Wir müssen die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung bringen, damit wir uns im globalen Wettbewerb erfolgreich behaupten. Die Soziale Marktwirtschaft erneuern heißt, zunächst die Globalisierung gestalten. Wenn die Wirtschaft internationaler wird, muss auch die Politik internationaler werden. Der Gipfel der G8 in Heiligendamm war dabei ein richtiger Schritt. Das Abschlussdokument ist ein Bekenntnis der G8 zu einer offenen Wirtschaftsordnung“ (Erwin Huber, CSU: Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert, in: Wirtschaftskurier Juli/August 2007, S. 1).

1.8. Politische Umsetzung neoliberaler Konzepte

In der realen politischen und gesellschaftlichen Sphäre bedeutet neoliberale Politik vor allem die Destabilisierung bzw. Auflösung sozialer Strukturen und politischer Systeme. Im Gegensatz zur lang anhaltenden Stabilität des Modells des „Rheinischen Kapitalismus“ wurde die Doktrin des ökonomischen Liberalismus am konsequentesten und folgenreichsten in der Ära Reagans und des Thatcherismus implementiert. Die Grundlage des neoliberalen „free-market“ Denkens (beruhend auf den Konzepten von Hajek und Friedman, neoliberalen Think Tanks) wurde theoretisch und ideologisch zunehmend konsistenter und in seinen Angriffen auf den keynesianischen Wohlfahrtsstaat wirksamer. Die Ideen des Monetarismus und der Privatisierung gewannen zunehmend an Bedeutung und leiteten das Ende der keynsianischen Nachfragepolitik ein. Die konsequenteste realpolitische Umsetzung dieser Konzepte lässt sich am Beispiel des Thatcherismus und der Politik der Reaganomics analysieren, mit der zynischen Diktion einer Margaret Thatcher, wonach der Wohlfahrtsstaat „moralische Krüppel“ produziert, durch eine Bürokratie in eine Abhängigkeitskultur gebracht und jeglicher persönlicher Verantwortung entledigt.

1.9. Neoliberale Eliten und deren Ideologien

Wenn auch die theoretischen Begründungszusammenhänge differieren, so lassen sich grundsätzlich Kernglaubenssätze und Paradigmen der neoliberalen Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaften etc. identifizieren, entlang derer sie die neoliberale Wende legitimieren. Die zentrale Grundannahme lautet, „Vertrauen“ bei den Unternehmern zu schaffen, um die „Angebotsbedingungen“

zu verbessern, um damit die Investitionsbereitschaft positiv zu verändern. Die Voraussetzungen für solche Verheißungen sind bekannt: Löhne und Steuern runter; Flexibilität und Mobilität; kein Kündigungsschutz; keine Streiks; Abbau von Bürokratie und Regulierungen; gute Infrastruktur; Privatisierung sozialer Sicherungssysteme; generell: „Strukturreformen“; Senkung der Unternehmenssteuern und Steuern auf hohe Einkommen; gut ausgebildete und angepasste Mitarbeiter, die zunehmend im Sinne der „Eigenverantwortung“ ihr Chancen und Risiken im Markt auszubalancieren haben („Jeder ist seines Glückes Schmied“). Diese Philosophie bestimmt zunehmend die Grundlinien der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, obwohl die neoliberalen Konzepte nachweislich gescheitert sind. Und da die Einsicht in den Segen der neoliberalen Hegemonie offensichtlich noch nicht flächig in den Köpfen implementiert ist, bedarf es der permanenten ideologischen Berieselung und notwendiger struktureller Zwänge:

„Stern: ‘Das bisherige Solidaritätskonzept ist ohnehin nicht mehr zu finanzieren.’

Reinhardt Mohn: ‘Ja. Es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Denken nicht in Gang. Müssen wir uns vielleicht statt über Solidarität nicht längst viel mehr über Subsidiarität unterhalten?’

„...Warum können wir nicht soviel Freiheit wie die Amerikaner ertragen? Oder: Warum haben wir noch einen Kündigungsschutz, der längst nicht mehr sachgerecht ist? Das ist in Deutschland eine heilige Kuh.’

„...aber die Regierung und die Parteien sind zur Zeit nicht in der Lage, die Grundfragen der Gesellschaft neu zu ordnen. Wir müssen deshalb dem Schicksal danken, dass jetzt schmerzliche Sachzwänge entstehen, die neue Schubkraft bringen.“
(Interview mit Reinhard Mohn, Bertelsmann, in: Stern, Nr. 27/1996).

Um die neoliberale Wende herbeizuführen und sie als irreversibel zu implementieren, bedarf es verschiedener abgestimmter Strategien (Think Tanks), um das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell Deutschland systematisch zu dikreditieren (z.B. Werner Sinn, Ansprache des Bundespräsidenten zu den Neuwahlen und seine „Brandrede“ vor dem Arbeitgeberforum/15.3.2005). Mit einer gezielten Schwarzmalerei und der PR-Strategie „Du bist Deutschland“ (koordiniert von der Bertelsmann AG) soll in populistischer Manier das Fundament für die Implementierung der neoliberalen Programmatik gelegt werden:

„Europa durchlebt eine hochideologische Zeit. Dass ist nur wenigen Menschen bewusst, denn die herrschende Ideologie, die selbstredend auch die Ideologie der Herrschenden ist, entpuppt sich als unauffällige Vertreterin ihres Genres. Damit erweist sie sich als funktionstüchtig, denn es zählt zu den Merkmalen fähiger Ideologien, als solche eben nicht erkannt zu werden. Der Neoliberalismus, von nichts anderem ist hier die Rede, tarnt sich perfekt als scheinbar objektive Wirtschaftstheorie; als ökonomische Wissenschaft, die sich auf die unumstößlichen Gesetzmäßigkeiten und Sachverhalte der harten Realität beziehen will. Der Neoliberalismus geistert in mannigfacher Form durch die Medien und beherrscht die Erklärungsmuster gesellschaftlicher Eliten; seine groben Kernsätze können vom Durchschnittsbürger bereits ebenso treffsicher rezipiert werden, wie dies leider schon viele ‚Modernisierungsverlierer‘ für bare Münzen halten. Diese Ideologie braucht keine schreiende Propaganda, keine Plakate, Aufmärsche oder Parolen. Subtil reproduziert sie sich in gesellschaftlichen Diskursen, die von der Definitionsmacht großer Medienkonzerne und der Kulturindustrie bestimmt werden. Schleichend verzerrt sie die Wahrnehmungsmuster und besetzt die Sprache mit ihrem spezifischen Neusprech.“

Die Spatzen pfeifen ihre Mantras von den Dächern: der Staat soll sich verschlanken und zugunsten von Marktkräften aus ökonomischen und sozialen Sachbereichen zurückziehen; zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten sowie ein regulierter Arbeitsmarkt schaffen Arbeitslosigkeit; eine hohe Steuerlast und unflexible Arbeits- und Kündigungsgesetze verschrecken internationale Wettbewerber und, und, und. Die mehrheitlich propagierten Rezepte für einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise gleichen sich lediglich in ihrer Radikalität, entstammen aber letztlich der gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Theoriefamilie“ (Frank Spatzier, Neoliberale Ideologie und Demokratie, in: <http://home.foni.net/~lkap.html>).

1.10. Neoliberale Netzwerke, Akteure, Politikfelder, Methoden/Instrumente

„Überall, den lieben langen Tag, hört man..., dass der neoliberalen Weltsicht nichts entgegenzusetzen sei, dass sie doch ganz offensichtlich zutreffe, als habe niemand eine andere Wahl. Doch wenn sie eine derartige Banalität besitzt, weil an ihr

eine umfassende Arbeit symbolischer Einprägung stattfindet, die Journalisten und einfache Bürger wiederholen lässt, was von bestimmten Intellektuellen ganz gezielt in Umlauf gebracht wird.

Mit scheint, dass die Wissenschaft angesichts dieser steten und schleichenden Durchsickerung eines regelrechten Glaubens keine geringe Aufgabe zukommt. Vor allen Dingen könnte sie der Produktion und Zirkulation dieses Diskurses nachgehen.

Es gibt immer mehr Arbeiten in England, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, die sehr genau beschreiben, wie diese Weltsicht erzeugt, verbreitet und eingetrichtert wird. Eine ganze Reihe von Untersuchungen...haben gezeigt, dass sowohl in England als auch in Frankreich Intellektuelle, Journalisten und Geschäftsleute eine höchst nachhaltige Gemeinschaftsarbeit verrichtet haben, um jene neoliberale Weltvorstellung als selbstverständlich durchzusetzen...Diese vor langer Zeit begonnene Arbeit der Einprägung dauert bis heute an. Immer wieder, und in Abständen von wenigen Tagen, lässt sich wunderbarer Weise in allen französischen Zeitungen, mit gewissen Abwandlungen, das Erscheinen von Verweisen auf die wunderbare Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten oder Englands beobachten. Diese Art der symbolischen Berieselung, an der die Zeitungen und das Fernsehen in hohem Maße beteiligt sind...hat tiefgreifende Wirkungen. Der Neoliberalismus zeigt sich schließlich im Schein der Unausweichlichkeit“ (Pierre Bourdieu 1998, S. 42).

Dieser aus einer französischen Perspektive beschriebene Grundsatz lässt sich auf die Betrachtung des deutschen Neoliberalismus übertragen, da über die internationalen Vorbilder und transnationalen Organisationen eine ideologische und strategische Abstimmung erfolgt.

1.10.1. Neoliberale Netzwerke

Repräsentiert sich die offizielle Politikwelt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und dem G8-Gipfeltreffen regelmäßig und öffentlich, um mit einer abgestimmten neoliberalen Strategie öffentlichkeitswirksam zu agieren, so finden die internationalen Organisationen, Netzwerke und Einflusstechniken neoliberaler Intellektueller kaum Beachtung, obwohl deren Einfluß auf Politik und Wissenschaft immens ist.

Eine besondere Rolle spielt hierbei die Mont Pèlerin-Gesellschaft (Mont Pèlerin Society, MPS), die 1947 von Hajek, Mises, Popper, Hunold, Friedmann u.a. gegründet wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden eine Reihe von Organisationen, Verlagen und Zeitschriften aus der Taufe gehoben, die marktradikale Positionen publizierten und unterstützten. Die MPS wurde zu einem zentralen Knotenpunkt im neoliberalen Netzwerk aus Think Tanks, Intellektuellen, Verbänden und Stiftungen. Viele einflussreiche Beiträge zu Aspekten der Ökonomie und Gesellschaftsanalyse wurden gezielt in die öffentliche Debatte gesteuert. Neben bekannten Monetaristen zählen etliche Führungskräfte von (Zentral-)Banken und internationalen Finanzorganisationen (Weltbank und IWF) zu den Mitgliedern der Gesellschaft. Nicht unbedeutende finanzielle Mittel aus der Wirtschaft, gebunden an konkrete Projekte, lassen die Grenze zum Lobbyismus fließend werden. Zwar dominieren in der MPS die Ökonomen/Wirtschaftswissenschaftler, aber auch Repräsentanten aus Soziologie, Philosophie, Politik- und Geisteswissenschaften sind formelle Mitglieder.

In Ergänzung zu den gezielten Einflussnahmen in das Feld der Wissenschaft wurden weltweit mehr als 100 parteiische Think Tanks von MPS-Mitgliedern selbst gegründet, die die gängigen Standards wissenschaftlicher Forschungsinstitute (neutral und ergebnisoffen) nicht in ihrem Prämissenkatalog stehen haben. Im Gegensatz zur Wissenschaftspolitik geht es bei der neoliberalen Informations- und Wissenspolitik um gezielten Einfluß auf Forschung und Lehre, vor allem aber um gezielte öffentliche und veröffentlichte Meinungsbildung.

Schon zu Beginn der MPS waren neben den österreichischen Repräsentanten (Hajek, Mises), dem US-Amerikaner Friedmann einflussreiche deutsche Politiker und Ökonomen in der MPS vertreten: Stigler, Erhardt, Müller-Armack, Röpke, Eucken, Rüstow (Vertreter des Ordoliberalismus und der Freiburger Schule). So wurde schon in den 50er Jahren z.B. über die „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (ASM) ein „deep lobbying“ betrieben. Allerdings arbeitete die ASM mehr im wissenschaftlichen Spektrum. Mit dem Verein „Die Waage“, mit dem professionellen Einsatz des „Allenbacher Instituts“,

dem „Kronberger Kreis“, der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU), der „Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft“ formierten sich zunehmend Organisationsformen mit dem Anspruch öffentlichkeitswirksamer Einflussnahme, mit den Verbindungen zu Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Politikberatung. Internationale Vernetzungen deutscher Neoliberaler mit Wissenschaftlern und Think Tank-Profis unter dem Dach der „Atlas Foundation“ (USA), dem „Institute for Economics Affair“, dem „Center for a New Europe“ belegen die wachsende Professionalisierung (vgl. Plehwe/Walpen/Neunhöffer 2005).

Die von der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ (INSM) gestartete Kampagne (2000) - getragen von der Metall- und Elektroindustrie und PR-strategisch aufbereitet von der berolino.pr GmbH (als „Agentur für strategische Öffentlichkeitsarbeit“) - war mit dem Ziel belegt, einen Klimawechsel zugunsten des „Unternehmergeistes“ in der Öffentlichkeit herbeizuführen. Es sollte die Einsicht in die Notwendigkeit von „Reformen der sozialen Marktwirtschaft“ geweckt werden. Diese sei durch übertriebene sozialstaatliche Ansprüche deformiert worden und müsse deswegen korrigiert werden. In diese Kampagne einbezogen wurden H. Tietmeyer (ehem. Bundesbank-Präsident), M. Kannegiesser (Gesamtmetall), R. Rodenstock (BDI), L. Späth (CDU), L. Gerken (Vorstand Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung und Vorstand Stiftung Marktwirtschaft), H.D. Barbier (Vors. Ludwig-Ehrhardt-Stiftung) und aktive VertreterInnen aus etablierten Parteien. Neben der beabsichtigten Imagefunktion sind die Multiplikatoren als Verbindungsglieder zu definierten Zielgruppen von zentraler Bedeutung. Um die neoliberalen Programme populistisch durch professionelle PR-Agenturen zu verpacken, und mit ihnen eine angemessene Wirkung der Öffentlichkeitsarbeit zu erzielen, bedarf es geeigneter Multiplikatoren, die die Grundbotschaften der Bertelsmann-Stiftung (Demografie, Privatvorsorge, Schul- und Hochschulpolitik, Studiengebühren, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Agenda 2010, Hartz-IV), der Robert-Bosch-Stiftung (Familie und demografischer Wandel) medienwirksam inszenieren.

Diese Kampagnen sind mit neoliberalen Netzwerken und Think Tanks vernetzt, u.a. mit der „Mont Pélerin Gesellschaft“, der „Stiftung Marktwirtschaft“, der „Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft“, dem ordoliberalen Walter Eucken Institut (Freiburg) und der Ludwig-Ehrhardt-Stiftung. Die zentralen strategischen Ziele einer neoliberalen Öffentlichkeitsarbeit (mit einem Jahresetat von ca. 8,8 Millionen Euro – finanziert durch die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie) beziehen sich auf die Legitimation folgender Programmebenen:

- die Beschränkung des Staates auf die „Kernkompetenzen“,
- den Abbau von Bürokratie und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren,
- die Senkung der Steuern und Abgaben,
- die Beschneidung der „Alimentierung“ von Arbeitslosen,
- die Lockerung des Kündigungsschutzes,
- die Senkung der Lohnnebenkosten.

Das „Bürgerkonvent“ trat 2003 mit massiver Öffentlichkeitsarbeit (Anzeigen, Fernsehspots) in Erscheinung. Als Sprecher dieser Initiative trat Meinhard Miegel (geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft/ IWG) in Erscheinung. Das IWG ist eine neoliberal ausgerichtete Denkfabrik, die M. Miegel zusammen mit Kurt Biedenkopf gründete. Miegel arbeitet gleichzeitig für das von der Deutschen Bank gesponserte „Institut für Altersvorsorge“. Explizites Ziel des „Bürgerkonventes“ ist, in den Parteien und in der Öffentlichkeit marktradikale Positionen zu stärken und auszubauen. Das „Bürgerkonvent“ ist als gemeinnütziger Verein in 14 lokalen Bürgerkonventen und überregionalen Themengruppen organisiert (www.buuergerkonvent.de). Für Miegel können sich Krisen und Widersprüche nur „in Schmerz auflösen“, der notwendig ist, um mentale Voraussetzungen bei politischen Repräsentanten und in der Gesellschaft für „notwendige“ radikale Veränderungen der Gesundheits-, Renten- und Sozialsysteme einzuleiten. Im Zeitalter der „Globalisierung“ müsse es nach Miegel einen „Weltpreis für Arbeit“ geben, durch den die deutschen Löhne, Arbeitslosenhilfen und Renten

radikal gesenkt würden. Das deutsche „Wirtschaftswunder“ nach dem 2. Weltkrieg sei eben ein „Unfall der Geschichte“ gewesen. Politiker hätten eben kein „Rückgrat für schmerzhaft Entscheidungen“. Im Bonner „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft“ wurden unter Biedenkopfs und Miegels Leitung nicht nur Fragen der „Bevölkerungsentwicklung“ und der „Zukunft der staatlichen Sozialsysteme“ bearbeitet, sondern auch Konzepte zum neoliberalen Wandel der CDU und der Proklamation der Ära der „Dienstleistungsgesellschaft“ und des supranationalen „technotronischen Zeitalters“. In der „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen (Politikstudie im Auftrag Biedenkopf/Stoiber) finden sich radikale Forderungen des Thatcherismus zur Deregulierung, Privatisierung und einer massiven Sparpolitik („ausgeglichener Haushalt“). Als Leitmotiv zieht sich durch diese Studie das Mantra der „nachindustriellen“ Ideologen Toffler und Brzezinski mit den Postulaten der Abkehr von der Industriegesellschaft hin zur „Dienstleistungsgesellschaft“. Hiernach kann Arbeit im Verständnis qualifizierter Vollarbeitsplätze in Zukunft nicht mehr Mittelpunkt des Lebens sein. Die Zukunft definiert sich danach über den niedrig bezahlten Dienstleistungssektor und die „Bürgerarbeit“. Diese Ideen der Kommission sind spätestens seit der Landtagswahl 2003 programmatische Grundlage bayrischer Landespolitik, und finden in anderen landes- und bundespolitischen Aktivitäten ihren Niederschlag (siehe auch Kapitel N 7.1. „Bildung neu denken“ und Kapitel E 15. „Von der „Arbeitsgesellschaft“ zur „Tätigkeitsgesellschaft“?). Die Verquickung Miegel mit der CSIS (Global Aging Commission des Zentrums für Strategische und Internationale Studien) in Washington machen die internationale Vernetzung zum strategischen Kontext in den Themen „Privatisierung der Renten- und Sozialsysteme“ ebenso deutlich wie seine Geschäftsführung des „Deutschen Instituts für Altersvorsorge GmbH“ (100% Tochter der Deutschen Bank), aus dessen Feder der „Reform-Agenda 2004“ (Deutsche Bank Research) stammt. Der Strategiewechsel des monopolistischen Finanzsektors begründet sich nicht mehr in langfristigen Investitionen in Infrastruktur und Industrie, sondern in dem kaum kapitalintensiven „Dienstleistungssektor“ und der Finanzwirtschaft, in dem schnelles Geld zu holen ist. Die Privatisierung bisheriger staatlicher Sozialsysteme verspricht weitere gigantische Gewinne. Voraussetzung hierfür ist die von zuständigen Ideologen (Miegel etc.) verdrehte Welt in den Köpfen der Menschen mittels gut finanzierter und professionell ausgestalteter PR-Einrichtungen.

Neben der „Initiative der Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ und dem „Bürgerkonvent“ agieren eine Reihe weiterer „Reforminitiativen“, z.B. die PR- und Werbekampagne „Deutschland packt's an“. Diese Kampagne bezieht sich auf die „Ruck-Rede“ des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog, der zugleich Schirmherr dieser Aktion ist.

Der „Konvent für Deutschland“ setzt sich für eine Reform des deutschen Föderalismus mit dem Ziel eines Wettbewerbsföderalismus ein. Den Vorstand besetzen: H.-O. Henkel (BDI), M. Pohl (Deutsche Bank) und R. Berger. Vorsitzender des Konvent-Kreises ist R. Herzog.

Die Einzelinitiativen hängen eng zusammen und wollen sich zukünftig stärker koordinieren. Im Mai 2004 haben sich zehn Initiativen zur „Aktionsgemeinschaft Deutschland“ zusammengeschlossen, nämlich: „Aufbruch jetzt“, „berlinpolis“, „Bürgerkonvent“, „Deutschland packt's an“, „Für ein attraktives Deutschland“, „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“, „Klarheit in die Politik“, „Stiftung liberales Netzwerk“, „Marke Deutschland“, „Projekt neue Wege“, „Konvent für Deutschland“, „Für ein attraktives Deutschland“, „Projekt neuer Weg“, „Du bist Deutschland“, „Perspektive Deutschland“. Alle Initiativen präsentieren sich als „überparteilich“ und haben prominente Aushängeschilder, die sich dem „bedrohten Land“ verpflichtet haben und arbeiten nach einem **abgestimmten Masterplan**: weniger Sozialstaat und mehr Markt. Einigkeit herrscht darin, die Kampagnen gegen die Gewerkschaften, „Traditionalisten“ und „Besitzstandswahrer“ in die Parteien und in die Öffentlichkeit zu tragen. Hierzu bedient man sich einer offensiven Medienstrategie (Anzeigenkampagnen, Fernseh-, Rundfunkspots, Veranstaltungen, Broschüren, Webseiten und Newletters). Vor allem der Einfluss der Bertelsmann Stiftung auf die Bundesregierung und den Bundestag (am Beispiel des zentralen „Reformprojektes“ Agenda 2010) ist hier hervorzuheben (im Zusammenspiel mit McKinsey). Mit einem Jahresetat von rund 70 Millionen

Euro (2005) entwirft die Bertelsmann Stiftung sogenannte Reformprojekte. In vielen bedeutsamen sozial-, bildungs- und sicherheitspolitischen Gremien Europas sitzen Vertreter der Bertelsmann Stiftung. Auch das Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE) wird von der Bertelsmann Stiftung finanziert und formuliert im wesentlichen Konzepte, die als Konzepte des BDI identifizierbar sind: Studiengebühren, Hochschulräte als Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, privatisierte Hochschulfinanzierung, Evaluationskonzepte, Konzentration der Führungsfunktionen auf Dekane etc.. Diese Netzwerke sind vielfältig miteinander verflochten, und es lässt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, dass die Intransparenz der Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit intendiert ist. Parlamentarische Prozesse bekommen auf dem Hintergrund vorabgestimmter und zwischen den politisch-gesellschaftlichen Eliten committeter Konzepte zunehmend den Charakter nachgeordneter Verwaltungsabläufe. Vom Volk und seinen Parlamentariern verlangt man anschließend Akklamation und Einsicht in die Notwendigkeit in die definierte „Reform“ im Zusammenspiel des Mainstream-Journalismus. Diese hierarchische Top-down-Kultur geht zugleich einher mit einer strategischen Besetzung von Begriffen: „Eigenverantwortung“, „Wettbewerb“, „Chancengleichheit“, „Generationengerechtigkeit“, „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Danach sind Eigeninitiative und Wettbewerb „sozial“, Umverteilung hingegen nicht. Diese abgestimmte und monopolistische Öffentlichkeitsarbeit lässt nur weniger Querdenker zum Zuge kommen (Bofinger, Hickel). Und wenn es jemand wagt, aus dem Einheitschor z.B. der angebotsorientierten Wirtschaftswissenschaftler herauszufallen (Fall Gustav Horn, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), folgt die Kündigung auf dem Fuße (A. Müller 2006: 324).

Vor allem die Einbrüche in die politische Elite der Sozialdemokraten und Grünen als auch der Kirchen erklären die bisherige Erfolgsstory des neoliberalen roll-backs. Für diese Adaptionsleistung stehen Namen wie Clement, Gerster, Glotz, Scholz, Hombach, Schröder, Blair und Giddens, über deren persönliche Repräsentanz und Reputation neoliberale Inhalte ideologisch und programmatisch transportiert, implementiert und legitimiert wurden. Formulierten die evangelische und katholische Kirche 1997 noch ein gemeinsames „Sozialwort“, in dem sie sich zum Fürsprecher für mehr soziale Gerechtigkeit machten, so wurde mit der Verlautbarung „Das Soziale neu denken“ ein Paradigmenwechsel der katholischen Sozialphilosophie publiziert (mitgeschrieben vom Kuratoriumsvorsitzenden der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ Hans Tietmeyer), dem die evangelische Kirche schnell auf dem Fuße folgte. Beide Kirchen legitimierten den „Reformkurs“ Gerhard Schröders und machen ihren Einfluss zwischenzeitlich in dieser Thematik bis in die von ihnen beeinflussbaren Sozialverbände geltend. Die McKinseyisierung der evangelischen Kirchenspitzen tut ihr übriges. Ohne diese Einflussnahme auf zentrale Meinungsträger in dieser Gesellschaft wäre die Geschwindigkeit und die Radikalität der Implementierung der „Reform“-Programmatik nicht möglich gewesen.

Inzwischen strebt die INSM sogar ihren Einzug in die Schulen an, indem sie Fortbildungen und inhaltlich tendenziöse Unterrichtsmaterialien anbietet. Schüler werden direkt über MTV oder das Portal „[www.was soll werden.de](http://www.was.soll.werden.de)“ angesprochen – etwa mit Comics über „irre Arbeitskosten“. So vergab die „Welt“ (2005) einen Rechercheauftrag an die INSM, Daten für die ordnungspolitischen „Sünden“ der Bundesrepublik zu liefern. Tenor: 50 Jahre des Aufbaus des bundesrepublikanischen Sozialstaats waren im Großen und Ganzen ein einziger Irrweg.

Mit dem Habitus als „Mahner und Warner“, die „ohne Parteibrille“ mit „harten Daten und Fakten“ argumentieren, besetzen diese vermeintlich unabhängigen Denker und Kritiker eine Rolle, die sie in den unterschiedlichsten Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit einnehmen. Exemplarisch lässt sich dieses Doppelspiel am Beispiel Meinhardt Miegel illustrieren:

„Der langjährige hochrangige CDU-Mitarbeiter ist einer der einflussreichsten Männer im Hintergrund der Politik. Er leitet ein privates Forschungsinstitut in Bonn, das einen unabhängigen wissenschaftlichen Eindruck macht, aber über Beratungsleistungen Miegels eng mit dem Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA) verbunden ist, das wiederum zum Umkreis der Deutschen Bank gehört. Miegel mischt sich immer wieder in die Debatte ein. Dabei hat er stets ein Ziel vor Augen: die

gesetzliche Rente auf eine Grundsicherung zu beschränken und den großen Rest der privaten Altersvorsorge zu überlassen. ‚Rente kann nur noch Grundsicherung leisten‘, lautet die Schlagzeile seines letzten Interviews.“
(zitiert in: Albrecht Müller 2006, S.304/305).

Vollends kontakariert wird dieser „unabhängige Experte“, wenn die monetären Hintergründe seines Instituts beleuchtet werden:

„Es finanziert sich zu zwei Dritteln aus Mitgliedsbeiträgen, die ihm meist von großen Unternehmen zufließen. Der Rest sind Einnahmen aus Auftragsforschungen, etwa für das ‚Deutsche Institut für Altersfürsorge‘, das der Deutschen Bank nahesteht“ (Handelsblatt, 14.12.2005).

Genau diese **Strategie der verdeckten Arbeit** ist das Grundprinzip der neoliberalen Netzwerke: Die wirklichen Hinterbühnenplayer sollen unsichtbar bleiben (Arbeitgeberverbände, große Firmen, Banken und Versicherungen, Prominente, Wissenschaftler, Politiker aller Lager, Medien). Dass den Adressaten die Hinterbühne der Medienberichterstattungen systematisch vorenthalten wird, belegt eine empirische Untersuchung der Universität Münster (Nuernbergk 2005). Die Grundlinie der Lobbyarbeit soll die Partialinteressen als Notwendigkeit des „Gemeinwohls“ erscheinen lassen, für deren „Heil“ es keine anderen Alternativen gibt (Nuernbergk 2005: 124).

Mit dieser gezielten Öffentlichkeitsarbeit ist es den Initiativen weitgehend gelungen, das politische Klima und die damit einhergehenden politischen Programmatiken in die neoliberale Prämissenrichtung zu verschieben. Dieses erfolgt mit professioneller PR unter systematischer Verschleierung der Hintergründe (Personen, Parteien etc.) und unter Einsatz manipulativer Methoden. Wenn die Problembeschreibungen der neoliberalen Bewegungen hegemonial werden, bleibt scheinbar kein Spielraum für konzeptionelle Alternativen - abweichende Positionen werden stereotyp deskreditiert („Blockierer“, „Traumtänzer“, „Populisten“ etc.)

Dies entlang der von M. Kannengiesser (Präsident Gesamtmetall) skizzierten Ausgangslage: „Das, was die Bevölkerung will, und das, was die Führungskräfte in der Wirtschaft für notwendig hielten, klappte himmelweit auseinander“ (Stern 18.12.2003). Die ‚Lücken‘ beginnen sich einerseits zu schließen, andererseits organisiert die Erfahrung durch Betroffenheit die Chancen für eine mentale Wende.

1.11. Neoliberale Paradigmen als politikkonforme Ideologie

Aus den offiziellen medialen Selbstdarstellungen (Politik, Wirtschaft, Verbände) und vorliegenden wissenschaftlichen Publikationen lässt sich nicht nur eine koordinierte und gezielte Strategie der Öffentlichkeitsarbeit ableiten, sondern auch die Ausrichtung dieses Prozesses an einem relativen konsistenten fixierten Weltbild, das als ein Ideal und System von Wertvorstellungen mit dem Anspruch universeller Gültigkeit vermittelt wird. Dieses neoliberale Welt- und Gesellschaftsbild trägt alle Züge einer Ideologie mit den Merkmalen der absoluten Wahrheit und dem Anspruch, Allheilmittel ökonomischer und gesellschaftspolitischer Probleme zu sein (Deregulation, Steuersenkungen, Privatisierungen, Reduzierung der Staatsquote, sozialstaatliche Restriktionen etc.). Diese Grundpositionen sind axiomatisch gehalten und entziehen sich der Ideologiekritik. Mit dem Anspruch auf einen universellen Geltungsanspruch und einem abgeschlossen und abgestimmten Weltbild wird die intentionale Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung angestrebt, mit der Wahrnehmungen, Einstellungen und Handlungsorientierungen geprägt werden sollen. Dieser ideologisch geprägte Blickwinkel auf die gesellschaftlichen Realitäten geht einher mit der Diskriminierung konkurrierender Denkrichtungen, Mythenbildungen, Manipulationen, Heilsversprechungen, Menschen- und Weltbildern, die sich aus ihrer vermeintlichen Alternativlosigkeit legitimieren.

Die beanspruchte kulturelle Hegemonie wirkt wie eine ideologische Richtschnur, an der sich Neoliberale global orientieren. Wertekanons und Schlüsselbegriffe werden besetzt und neu interpretiert, und als Legitimationsgrundlage für den radikalen gesellschaftlichen Umbau instrumentalisiert. In dieser Perspektive meinen Neoliberale mit Liberalisierung nicht mehr „Freiheit“ für die Menschen, sondern eine ungehinderte globale Bewegung der Finanz- und Warenströme. Mit „Flexibilisierung“ wird nicht beabsichtigt, den vielfältigen Bedürfnissen und Interessen der Menschen zu entsprechen, sondern die menschliche Arbeitskraft betriebswirtschaftlichen Effizienzansprüchen zu unterwerfen. Mit „Privatisierung“ erweitern sie nicht die Handlungsspielräume für selbstbestimmtes Arbeiten und Selbstverwirklichung durch die Zurückdrängung entfremdeter Erwerbsarbeit. Vielmehr geht es darum, eine Ausdehnung der Ökonomisierung der Gesellschaft in alle Lebensbereiche anzustreben. Das durchgängige Muster, positive Werte zu besetzen und sie umzudefinieren, gehört zur abgestimmten Ideologieproduktion der neoliberalen Öffentlichkeitsstrategie.

Die Grundlage für die Wirksamkeit dieser kulturellen Hegemonie ist neben der Erzeugung falschen Bewusstseins die Erzeugung und Aufrechterhaltung des Teufelkreises von Massenarbeitslosigkeit, des arbeitsrechtlichen Abbaus von Standards und Sozialabbaus und damit die Aktualisierung von Existenzängsten. Die Logik der „Sachzwänge“ – manifestiert in dem ideologischen Grundsatz „there is no alternative“ – organisiert und legitimiert ein kollektives Konkurrenzverhältnis zwischen Standorten, Kommunen, Ländern und Bund, zwischen den Generationen, zwischen Geschlechtern, In- und Ausländern. Neoliberale Verheißungen wie „Beschäftigung durch Wachstum“, „weniger Armut durch Liberalisierung“ brechen sich im Spiegel der Realitäten. Albrecht Müller resümiert diese Strategie und ihre sichtbaren Effekte wie folgt:

„Die Förderer und Propagandisten der neoliberalen Ideologie haben den Sieg der Demokratie und Marktwirtschaft über das kommunistische Regime gründlich missbraucht. Sie nutzen den Wegfall der Systemkonkurrenz, um das Soziale zu diskreditieren und der Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken... Die neue Ideologie – „Jeder ist seines Glückes Schmied“ – ent-solidarisiert, sie mobilisiert die schlechten Seiten im Menschen, statt die guten zu fördern. Wie ehemals der Kommunismus, so unterwirft der Neoliberalismus dem Zwang, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, anstatt die Gegebenheiten nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten... Die neoliberalen Ideologen reden zwar andauernd von Freiheit, tatsächlich zielen sie darauf ab, die Menschen nach den Vorgaben ihrer Ideologie zu ändern und zu gängeln... Wir erleben eine dramatische Spaltung unserer Gesellschaft in oben und unten, wir erleben eine herablassende und die Manipulation des Volkes planende Elite, ohne schlechtes Gewissen, ohne Umschweife“ (Albrecht Müller, Unsere Eliten – eine Gefahr für die Demokratie, in: http://www.kritische-tier-medizin.de/2006/Unsere_Eliten.html, 11.05.2007, S. 1-2).

Gesellschaftliche Emanzipationsprozesse entwickeln sich stets aus einem Prozess der Ideologiekritik. „Ideologie ist Ordnung auf Kosten des Weiterdenkens“ (Dürrenmatt). Adorno und Horkheimer übernahmen und erweiterten das Konzept der Ideologiekritik (Dialektik der Aufklärung, 1945) in emanzipatorischer Perspektive. Die Zeit ist also reif, dem neoliberalen Leitbild unter der Voraussetzung einer Fundamentalkritik ein anderes Leitbild (das an den Grundbedürfnissen, Interessen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten der Menschen ausgerichtet ist) entgegenzusetzen. Die allseitige neoliberale Ökonomisierung der Gesellschaft muß in seinen destruktiven Wirkungen dargestellt werden, um dem weitverbreiteten Selbstanspruch „Alles, was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für die Menschen gut“ humanitär zu drehen. Es bedarf also einer offensiven Auseinandersetzung mit einem vielschichtig definierten globalen Trend, der bisher noch weiterhin ungebrochen ist, d.h.: der Neoliberalismus befindet sich noch nicht in einer qualitativ notwendigen Legitimationskrise, in der ihn schon viele wähen. Diese wird sich in einem dialektischen und widersprüchlichen Prozess entwickeln und wesentlich davon bestimmt werden, wie sich die Potenziale der Aufklärung und die objektiven gesellschaftlichen Krisenpotenziale im gesamtgesellschaftlichen Feld entwickeln.

1.12. Subjektformierungen und Legitimation gesellschaftlicher Spaltungen

Ist die Analyse der Akteure, Netzwerke, Methoden und Inhalte einer neoliberalen Formierungsbestrebung noch plausibel rekonstruierbar, so ist die Frage nach den Wirkungsmechanismen dieser ideologischen Initiative nicht ganz so plausibel zu beantworten. Denn die Implementierung eines eingeleiteten Gesellschaftsmodells hat die Kolonialisierung des Massenbewusstseins zur Voraussetzung. Die Legitimation von Massenarbeitslosigkeit und Sozialstaatsabbau, die Privatisierungs- und Deregulierungsoffensive muß im Sinne einer „Sachzwanggesetzlichkeit“ in den Köpfen implementiert werden, und führt zu der Leitfrage, warum die „Opfer“ dieser Strategie diese nicht durchschauen bzw. sogar legitimieren.

Der in der kritisch-psychologischen Theoriebildung von Klaus Holzkamp angelegte Sachverhalt der „restriktiven Handlungsfähigkeit“ fokussiert die Phänomene des Sich-Einrichtens in schlechte Lebensbedingungen, wonach den betroffenen Menschen ein widersprüchliches, letztlich selbstschädigendes Arrangement mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen als einzig mögliche Art der Lebensführung erscheint. Diese „restriktive Handlungsfähigkeit“ charakterisiert sich durch „formationsspezifische Erscheinungsformen menschlicher Subjektivität in der bürgerlichen Gesellschaft“, und fragt nach den Mechanismen zur Herstellung politischer Loyalität und seiner Wirksamkeit. Die neoliberale Zielsetzung zur Herstellung eines „dringend notwendigen Mentalitätswandels“ lässt sich in seinen sprachlichen Bildern und Ideologien rekonstruieren und in seinen medialen Inszenierungen plausibel nachvollziehen. So ist das primäre Ziel der neoliberalen Öffentlichkeitsarbeit, nicht die Verhältnisse (Politik und Ökonomie) als Ursache erscheinen zu lassen, sondern das Problem müssen „wir selbst“ sein. So sind „wir“ zu „unflexibel und zu langsam“, „denken falsch“, sind zu „pessimistisch“ und von einer „unglaublich mentalen Depression“. Uns fehlen einfach „Mut“, „Risikobereitschaft“, „Leistungsfähigkeit“ und „Flexibilität“ (Auszüge aus „Ruck-Rede“, Herzog). So sollen Menschen, die existenziell unter Druck stehen, noch mehr mit massenmedialen Beeinflussungen unter Druck gesetzt werden: mittels Bildern von der „asiatischen Bedrohung“, den „asiatischen Verzichtsgesellschaften“, der „nord-amerikanischen Marktvernunft“. Nur eine verwertungsgerechte Aufbereitung des „Humankapitals“ sei ein adäquates Mittel gegen die „Krankheit der Arbeitslosigkeit“, die Loslösung vom „Tropf der Sozialversicherungen“ ist ebenso notwendig wie der Rückgriff auf pseudomedizinische Metaphern: Die Menschen müssen „fitgemacht“ werden für den „gesunden Wettbewerb“, Deutschland braucht ein „Fitnessprogramm“. „Gesunde Härte“ scheint notwendig, damit der Standort nicht in die „Kreisklasse stürzt“. Spardebatten mit den Titeln „Fitness“ und „Schlankheit“ flankieren und legitimieren die aufgesetzten Programme der Demontage von Sozialstaatlichkeit, die „nicht mehr finanzierbar“ ist. Wir brauchen wieder „Mut statt Angst“, „Eigeninitiative statt Anspruchshaltung“, „Leistung statt Sozialgejammer“. Maßnahmen, die Sozialleistungen reduzieren, werden als „heilsame Medizin“ wirksam, Betriebe und Staat müssen „verschlankt“, die „Vollkaskomentalität“ und die negative Emotionalität müssen endlich beendet werden durch den „Mut zum Risiko“.

Die so eingeleiteten Forderungen für den „Mentalitätswechsel“ werden nur wirksam, wenn die notwendigen Opfer (Projektionsfiguren) zur Verfügung stehen. So ist die Missbrauchsdebatte voll mit Bildern und Kampfbegriffen: „Sozialschmarotzer“ (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, chronisch Kranke und Rentner etc.), die sich im „kollektiven Freizeitpark“ eingerichtet haben und sich besonders als Projektionsfläche eignen. „Sozialkriminelle“ und „Obdachlose“ nutzen die Allgemeinheit aus (etc.).

Gegenüber diesem nicht wertschöpfenden Klientel muß das „Fitmachen“ programmatisch und umsetzbar werden. Gegen die „Eideidei“-Pädagogik, die „Heilewelt-Phantasmen und Egalisierungsspleens“ muß (gegen die Vorstellungen der „naiven Sozialromantiker“) eine frühzeitige Sozialisation zum Ego manen eingeleitet werden, der sich gegen alle Konkurrenten zu behaupten weiß:

„Lasst euch nicht überfrachten mit altbackenem Nonsens ideologischer Fossilien. Eure Zukunft verlangt Realitätsnähe und Pragmatismus. Jeder, der Euch etwas anderes erzählt, macht Euch lebensuntüchtig. Und bitte nicht den Traum des Wohlstands für alle..., der existiert nur in den Köpfen von Phantasten, und ihr zahlt die Zeche“ (Schüller 1997, S. 182).

So braucht der „Mentalitätswandel“ Akteure, denn Bewegung ist besser als „Stagnation und lähmende Jaulerei“. Die „Retter der Zukunft“ („Youngster“) pfeifen auf leere Rentenkassen und den unfinanzierbaren Sozialstaat. Die Verve der „kompromisslosen Optimisten“ verträgt sich nicht mit den miesepetrigen Pessimisten und ewig Gestrigen. Gewollt sind bindungslose Lohnvagabunden, die ihre Zelte überall dort aufschlagen, wo das „Humankapital“ gebraucht wird. Entwicklungschancen bleiben nur den „Hochmotivierten“ und „Leistungsbereiten“.

Die Sprache der Protagonisten bereitet den einzuschlagenden Weg, und trägt sukzessive zur formierten Subjektivität und zur Akzeptanz des „Mentalitätswechsels“ bei. Aus Bildern werden Programme und Programme werden von Bildern flankiert, bis sie zum inneren Selbst werden. In Programmen wie dem der „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ werden die neoliberalen Versatzstücke zu einem Konzept zur Implementierung des „Mentalitätswechsels“. Die hier intendierte Refeudalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse („Unternehmertum“) illustriert, wie der Weg zur organisierten Asozialität des Neoliberalismus zum Sozialisationsprogramm erhoben werden soll, und die neoliberale Normativität zur Programmatik äußerster Entfremdung stilisiert wird - mit dem Anspruch auf eine widerspruchsfreie Internalisierung. Ist dies die sozialisatorische Voraussetzung, um eine „Vision“ z.B. des früheren Präsidentenberaters Brzezinski Realität werden zu lassen, nämlich die zukünftige „20:80 Gesellschaft“ (20 Prozent mehr oder weniger gut Verdienende, die ausreichen, um Produktion und Absatz zu garantieren, und 80 Prozent Arbeitslose, die mit „tittytainment“ bei Laune gehalten werden, mit einer Mischung aus Almosen und primitiver Massenunterhaltung?). John Gray (Professor an der Londoner School of Economics und früher Berater von Margaret Thatcher) spricht in seinem Buch „Die falsche Verheißung“ nicht ohne Grund (in Bezug auf die „Segnungen des globalen Kapitalismus“) davon, dass die „neoliberale Modernisierung“ überall in der Welt zur Pauperisierung, Prekarisierung der Lebenslagen, zu Entsolidarisierung und sozialer Polarisierung führt:

„Durch die systematische Ökonomisierung bzw. Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, deren Restrukturierung nach dem Marktmodell und die Glorifizierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen sollen neue Profitquellen erschlossen, aber auch rigidere Ordnungsprinzipien implementiert werden. Man kann von einem ‚Wirtschaftstotalitarismus‘ sprechen, der nach Joachim Bergmann die ‚negative Utopie‘ des Neoliberalismus ausmacht: ‚Ökonomische Kriterien, Kosten und Erträge sollen ebenso alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme bestimmen – die soziale Sicherung und die materielle Infrastruktur so gut wie Bildung und Kultur.

*Die neoliberale Modernisierung geht mit ökonomischer, sozialer wie politischer Unsicherheit einher. Man hat den Eindruck, dass die ganze Welt zerfällt, dass Wirtschaft, Gesellschaft und (Sozial-)Staat gespalten werden... Das neoliberale Konzept führt nicht bloß zur Auseinanderentwicklung von Gesellschaft und Staat... sondern auch zur Ausdifferenzierung der Ersteren in Arm und (ganz) Reich. Walter Schöni wirft dem Neoliberalismus vor, die soziale Ungleichheit mit dem Ziel individueller Leistungssteigerung zu instrumentalisieren und eine **soziale Auslese zu betreiben**, die zur Spaltung zwischen Zentren und Randregionen, Einheimischen und Ausländer(innen) sowie höher und niedriger Qualifizierten führt...*

Noch nie wurde die zwischenmenschliche Solidarität in der modernen Gesellschaft auf eine ähnlich harte Probe gestellt wie heute. ‚Globalisierung‘ fungiert dabei als neoliberaler Kampfbegriff, der die Entsolidarisierung zum Programm erhebt. Maßnahmen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Liberalisierung der (Arbeits)Märkte, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen und zur Flexibilisierung der bisher tarifvertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse sind Schritte auf dem Weg in eine ‚Kapital-Gesellschaft‘, die Konkurrenz und Kommerz prägen“ (Butterwegge, Klundt/Zeng 2005, S. 52ff.).

Auf diesem objektiven Hintergrund ergeben die politischen und medialen Spaltungsstrategien nicht nur einen Sinn, sondern sind ihre tragende Säule zur Herstellung von falschem Bewusstsein und von Massenloyalität.

C „Globalisierung“ im Kontext neoliberaler Gesellschaftstransformation

„Globalisierung“ ist seit einigen Jahren eine zentrale Terminologie in politischen, wissenschaftlichen und medialen Auseinandersetzungen und mutiert zwischenzeitlich zur weltanschaulichen Größe, mit der Heilsversprechungen (neoliberale Positionen) oder Verteufelungen einhergehen. Neoliberalismus ist

eine Wirtschaftstheorie, die immer mehr zu einer Sozialphilosophie und politischer Zivilreligion umgedeutet wurde, dessen zentrale Legitimationsprinzipien „Markt“, „Leistung“ und „Konkurrenz“, und dessen Hauptfeind der „moderne Wohlfahrtsstaat“ ist. Zwischen unkritisch fortschrittsoptimistischen Bejahungen und jenen Positionen, die mit der „Globalisierung“ eine Schlüsselerklärung für alle ökonomischen, gesellschafts- und sozialpolitischen Dysfunktionalitäten gefunden haben, besteht ein antagonistischer ideologischer Graben, der unüberbrückbar ist. „Globalisierung“ als Herstellung von Globalität manifestiert sich in allen ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen, ökologischen und technologischen Bereichen, und kann grundsätzlich als ein allgemeiner Prozess der Menschheitsgeschichte im dialektischen Verhältnis von Lokalem und Globalem dargestellt werden. Dass der Neoliberalismus eine aller beherrschende Position im öffentlichen und Fachdiskurs erhalten konnte, verdankt er weniger der Überzeugungskraft seiner theoretischen Plausibilitäten, als einer geschickten Netzwerkpolitik und Öffentlichkeitsarbeit in systematischer Unterstützung durch sog. Denkfabriken (Think Tanks) und einer von Stiftungen (vor allem Bertelsmann-Stiftung) geförderten Lobbyarbeit.

Zentrale Fragen müssen deswegen für meine weitere Bearbeitung **definiert und geklärt werden**: Was ist eigentlich unter „Globalisierung“ zu verstehen? Wo liegen die Ursachen? Handelt es sich um etwas qualitativ Neues oder ist es ein Prozeß, der der kapitalistischen Vergesellschaftung per se innewohnt? Welche Auswirkungen lassen sich der „Globalisierung“ zuschreiben?

Immanuel Wallerstein (1981, 1988b) geht in seiner Analyse davon aus, dass sich „das Kapital“ niemals national beschränken lässt, sondern dass der Kapitalismus einen immanenten Drang zur Konstituierung eines Weltsystems hat, d.h. zwangsläufig die Grenzen der Nationalstaatlichkeit überschreitet, und sich über eine weltweite Arbeitsteilung zum Zwecke der Profitrealisierung rund um den Globus ausdehnt. Weltsysteme habe es schon vor der kapitalistischen Ära gegeben. Im Gegensatz zum kapitalistischen Weltsystem hätten diese Systeme auf der Herrschaft imperialistischer Großreiche basiert und nur Regionen umfasst, die vom entsprechenden Reich kontrolliert wurden. Das qualitativ Neue an der kapitalistischen Weltökonomie sei ihre weltweite Dominanz der ökonomischen Dimension im Gegensatz zur politischen Macht früherer Weltsysteme. Die kapitalistische Weltökonomie konstituiere sich als globale Ausbeutungsökonomie, die von den Zentren (starker Staat, Nationalkultur, Aufrechterhaltung von Disparitäten im Weltsystem, Ausbeutung der Peripherie) gesteuert wird. Unter einem „Weltsystem“ versteht Wallerstein (1986) ein soziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Wesentlich sind nach Wallerstein widerstreitende Kräfte, die das System einerseits zusammenhalten und andererseits auseinanderzerren. In der bisherigen Geschichte lassen sich zwei Arten von Weltsystemen definieren: Weltreiche, in denen sich ein einziges politisches System über den Großteil eines Herrschaftsgebietes ausbreitet, und eine Weltökonomie, in der es nicht ein globales politisches, sondern ein globales ökonomisches System gibt. Die kapitalistische Weltökonomie ist nach Wallerstein durch drei grundlegende Elemente charakterisierbar:

- Sie besteht aus einem einzigen Markt, der vom Prinzip der Gewinnmaximierung beherrscht wird.
- Es existieren staatliche Strukturen von unterschiedlicher Stärke nach innen und außen, die die Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Marktes setzen.
- Zur Realisierung der Marktzielsetzung (Gewinnmaximierung) umfasst dieses System drei Stufen: zentrale Räume, Semi-Peripherie und Peripherie-Länder.

Die Muster globaler Disparitäten folgen der Dreiteilung des sozialen Raumes in genannten Dimensionen. Periodisch auftretende Krisen potenzieren nach Wallerstein den Widerspruchspegel im Weltsystem (z.B. antiwestliche, antimoderne, fundamentalistische Reaktionen sowie Umweltbewegungen, NGO's, Neonationalismus). Die immanente Logik des kapitalistischen Weltsystems steht im dialektischen Spannungsverhältnis von Weltintegration und Weltverfall (Zusammenbruch des Weltsystems).

Das qualitativ Neue an der seit dem 16. Jahrhundert bestehenden kapitalistischen Ökonomie ist also die weltweite Ausdehnung der kapitalistischen Weltökonomie mit der allesumfassenden Dominanz der ökonomischen Dimension, in dem neoliberal ideologisch flankierten Anspruch, den Markt durch Deregulierung sich selber zu überlassen:

„Die neue Qualität der ökonomischen Globalisierung gegenüber allen vorangegangenen Tendenzen der Internationalisierung der Produktion, des Handels und des Kapitals besteht darin, dass sich dieses aufgrund der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in Sekundenbruchteilen und wegen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs ohne staatliche Kontrollen über den gesamten Erdball bewegt, durch transnationale Konzerne, grenzüberschreitende Fusionen bzw. strategische Allianzen in bisher unbekannte Dimensionen vorstößt, und durch Spekulationen auf explosionsartig wachsenden Finanzmärkten gigantische Gewinne (oder Verluste) macht, ohne realwirtschaftlich gedeckt zu sein...

Was als natürlwüchsiger Prozess erscheint, der die Bundesrepublik – genauso wie andere Länder des industrialisierten Westens – zwingt, ihre Lohn- bzw. Lohnnebenkosten und Sozialleistungen zu senken, um konkurrenzfähig zu bleiben und zu werden, basiert auf wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Weichenstellungen der mächtigsten Industriestaaten, die nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods 1973 unter dem ständig wachsenden Einfluss des Neoliberalismus bzw. der Neoklassik versuchten, das Kapital von seinen Fesseln zu befreien. Im Namen der ökonomischen Heilslehre vom freien, grenzenlosen Markt haben sie seit Beginn der siebziger Jahre systematisch alle Schranken niedergedrückt, die ehemals den grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehr regierbar und damit beherrschbar machten.‘...

Globalisierung ist ein hegemoniales Projekt der Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, und damit auch ein objektiv stattfindender Prozess, weshalb es sich verbietet, so zu tun, als sei sie bloß ein Hirngespinnst. Rainer Zuehlke betont zwar zu Recht, dass die Globalisierungsthese primär zur ‚Durchsetzung von Kapitalinteressen‘ dient: ‚Hinter dem Begriff Globalisierung‘, der den ‚Sachzwang Weltmarkt‘ argumentatorisch nach sich zieht, stehen verteilungspolitische Interessen‘. Hieraus folgt aber mitnichten, dass der Globalisierungsdiskurs – wie viele linke Autor(inn)en offenbar meinen – einer ideologischen Vernebelungstaktik entspringt, und sich darauf beschränkt. Wer über ‚Standort‘- bzw. ‚Globalisierungslügen‘ klagt, vermittelt den Eindruck, als hätte sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit, von Ökonomie und Politik bzw. von Wirtschaft und Staat kaum geändert, obwohl es der Neoliberalismus einem tief greifenden Wandel unterzieht. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie wird neu definiert, die Staatsapparate werden entsprechend strukturellen Veränderungen unterworfen und die Ziele und Aufgaben staatlicher Politik modifiziert...

Die ökonomische Globalisierung gilt den Ultraliberalen als ein ‚Geschenk des Himmels‘, weil sie das Gewicht des Sozialstaates reduziere: ‚Das Gut ‚Sicherheit‘ wird in Zukunft weitgehend privat hergestellt werden, die Produktion von ‚Gerechtigkeit‘ bleibt in staatlichen Händen, wenn auch auf niedrigem Niveau und viel stärker auf bestimmte Zielgruppen orientiert.‘ Auf der neoliberalen Agenda steht demnach weniger, vor allem jedoch ein anderer Staat. Es geht ihr keineswegs um die ‚Liquidation des Sozialstaates‘, wie etwa Rudolph Bauer und Eckhard Hansen behaupten, vielmehr um eine Reorganisation nach einem marktradikalen Konzept, d.h. um eine Transformation des ‚nationalen Wettbewerbsstaats‘ (Joachim Hirsch), der geeigneter sein soll, Wirtschaftswachstum und Wettbewerb zu fördern. Von einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz ausgehend fordern Ultraliberale, die gefährdete Wettbewerbsfähigkeit des ‚eigenen‘ Wirtschaftsstandortes durch eine drastische Senkung der Löhne, Lohnnebenkosten und Sozialleistung zu erhöhen. Gleichheit und Freiheit, Ergebnisgleichheit und Leistungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und Lohnnivellierung schließen sich demnach aus. Der internationale Vergleich macht deutlich, dass es nur die beiden Alternativen gibt: entweder größere Ungleichheit bei den Löhnen und mehr Jobs oder größere Gleichheit und mehr Arbeitslose.‘ Nicht nur die Konkurrenz zwischen den Wirtschaftssubjekten, sondern auch ihr Resultat wird geradezu idealisiert: Gewinner steigern ihr Einkommen und ihr Vermögen, Verlierer bleiben auf der Strecke und fallen der Privatwohlthätigkeit engagierter Mitbürger/innen anheim.“ (Christoph Butterwege: Globalisierung, Krise des Sozialen und die Zivilgesellschaft der Zukunft, in: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/lernprogramm/gwa/aufsaeetze/butterwege_globalisierung.htm, 27.12.2005, S. 1f.).

Ökonomische Globalisierung als einem grundsätzlichen Bestandteil der kapitalistischen Ökonomie wurde bereits von Marx und Engels beschrieben. Im kommunistischen Manifest skizzierten sie die Abhängigkeit der Nationen voneinander, die den Kapitalismus zu einem globalen System macht:

„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat (...) den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien (...) werden verdrängt und durch neue Industrien (...), die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. (...) Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Ver-

besserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischen Nationen in die Zivilisation. (...) Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen" (Marx/Engels 1974, Band 1, 29f).

Somit wurde die globale Expansion des Kapitalismus schon vor 150 Jahren in seinen Grundzügen beschrieben, in dem Marx dezidiert von der „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes“ und vom „*internationale(n) Charakter des kapitalistischen Regimes*“ spricht (Marx 1867: 790). Die Ausdehnung der Produktion, die das Wachstum des akkumulierten Kapitals durch immer mehr und immer intensiviertere Formen des gesteigerten Mehrwertes aufrecht erhalten soll, wird als der kapitalistischen Produktionsweise immanent betrachtet: **„Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben“** (Marx 1857/58, Grundrisse: 321). Dieses führe zur „*beständigen Ausdehnung des Weltmarktes*“ (Marx 1894: 346). In der Deutschen Ideologie spricht Marx davon, dass in der Entwicklung der Produktivkräfte „*zugleich schon (...) (eine) in geschichtlichem, statt der im lokalen Dasein der Menschen vorhandene empirische Existenz gegeben ist*“ (Marx 1845/46: 34). Die Produktivkräfte seien zu einer Totalität entwickelt und könnten nur „*innerhalb eines universellen Verkehrs*“ (ebd. 68) existieren. Andererseits sei durch die „*universelle Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt*“ (ebd. 35). Auch der Kapitalexport wurde von Marx als Teil der internationalen Dimension des kapitalistischen Systems bereits beschrieben und als integraler Bestandteil definiert. Somit kann von der ersten grundsätzlichen paradigmatischen Position ausgegangen werden, **dass die ökonomische „Globalisierung“ und die Durchsetzung des kapitalistischen Weltsystems untrennbar miteinander verbunden sind**, und von folgender Eigendynamik angetrieben wird:

„Der Kapitalist geht nun einmal dahin, wo die Verzinsung seines Kapitals am höchsten ausfällt. Er baut eine Fabrik unter Palmen oder treibt einen Stollen ins ewige Eis; Hauptsache, am Ende des Jahres ist mehr Geld in der Kasse als zu seinem Beginn.

Das wichtigste Ziel des Kapitals ist es, sich zu vermehren. Wenn es das Gegenteil täte, wäre niemandem geholfen, auch nicht den Arbeitnehmern. Meist verschwinden mit dem Kapital auch die Arbeitsplätze. In der Zeitung taucht erst das Wort Missmanagement auf, dazu gesellen sich in dichter Abfolge die Begriffe Krise, Sanierungsplan, Arbeitsplatzabbau.

*Am Ende entscheidet sich die Überlebensfähigkeit der Arbeitsplätze ohnehin an einer Frage, die in ihrer Schlichtheit schwer zu überbieten ist: **Gelingt es, aus Kapital mehr Kapital zu machen?** Kein Kapitalist wird zusehen wollen, wie sein Einsatz von Tag zu Tag schwindet. Tut er es wider Erwarten doch, hört er bald schon auf, Unternehmer zu sein.*

Das Kapital und der Kapitalist sind eine Einheit, das eine kann ohne den anderen nicht leben. Sie sind verschweißt und verlötet...

Die bürgerliche Gesellschaft sorgte für einen zivilisierten Umgang zwischen Arbeitnehmern und Fabrikant, so dass beide nach all den wüsten Jahrzehnten von Ausbeutung und Klassenkampf deutlich näher zueinander rückten.

Das westliche Kapital hielt sich in großer Entfernung zu den Armuts-Galaxien auf. Man kaufte dort ein, aber man ließ sich dort nicht nieder, weshalb auch die Arbeitsplätze nur eine geringe Neigung verspürten, den Westen zu verlassen. Dieser Graben zwischen dem Westen und dem Rest der Welt ist mittlerweile zugeschüttet. Die Kapitalisten stürmen abenteuerlich hinüber, sie machen von der neugewonnen Reisefreiheit reichlich Gebrauch. Breitbeinig stehen sie da, die aufgeschlagene Weltkarte in der Hand. Sie besichtigen die entlegensten Orte der Erde mit der erklärten Absicht, sich dort niederzulassen...

Der moderne Kapitalist ist Vielflieger mit Bonuskarte, er ist überall zu Hause und überall fremd. Wer ihn als Nationalisten bezeichnet, wird zu recht auf sein Unverständnis treffen. Mit ihm ziehen auch die Arbeitsplätze um die Welt...

Eine Unerhörtheit geschah, mit der so keiner gerechnet hatte: Ein Weltarbeitsmarkt entstand, der sich täglich ausweitet und das Leben und Arbeiten von Milliarden Menschen spürbar verändert... Die Finanzexperten pumpen das Kapital durch den Wirtschaftskreislauf, die Kaufleute schicken ihre Waren hinterher. Und auf dem Weltarbeitsmarkt stehen sich erstmals Milliarden einfacher Menschen gegenüber.

Das eben unterscheidet die heutige Globalisierung von den frühen Handelsnationen, den Kolonialimperien und dem Industriekapitalismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich ein weitgehend einheitliches Wirtschaftssystem herausgebildet, das ausnahmslos alle Produktionsfaktoren umfasst: Kapital, Rohstoffe und die menschliche Arbeitskraft werden heute gehandelt wie früher Silber und Seide. Das Entstehen eines Weltarbeitsmarktes ist ein Vorgang von historischer Dimension.“ (Der Spiegel 37/2006, S. 50, Titelgeschichte: Weltkrieg um den Wohlstand).

1. Neoliberalismus und „Globalisierung“ als konzertierte Strategie des postfordistischen Kapitalismus

Während also das Phänomen des globalen Warenaustausches für die kapitalistische Produktions- und Distributionssphäre konstitutiv und von daher nicht neu ist, hat die zu analysierende „Globalisierung“ im Verbund mit dem neoliberalen Paradigma dazu beigetragen, eine globale fundamentale Umstrukturierung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse von bisher nicht bekanntem Ausmaß herbeizuführen. Die „Globalisierung“ ist ein Faktum in neuer Ausprägung, als Gesetz der kapitalistischen Ökonomie jedoch jahrhundertalt, da in ihrem Wesen auf Expansion von Waren- und Finanzströmen angelegt. Kapitalverkehr, Direktinvestitionen und Spekulationen sind also keine neuen Erscheinungen des dritten Jahrtausends. „Globalisierung“ meint den Prozess der zunehmenden weltweiten Vernetzung der nationalen Märkte und Gesellschaften aufgrund technischen Fortschritts in den Bereichen Information, Kommunikation, Transport, Verkehr und Kapital sowie die zunehmende Liberalisierung des Welthandels in der Synthese dieses globalen wirtschaftlichen Grundprozesses (mit der Dynamik des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen neoliberalen Paradigmas). Entscheidend für die Bewertung ist jedoch der aktuelle Gestaltwandel und der Ausprägungsgrad. Der weltweite Handel mit Produkten, Dienstleistungen und vor allem Kapital und Devisen wächst sehr viel schneller als das Sozialprodukt in den einzelnen Volkswirtschaften. Eine genaue Analyse dieser Prozesse zeigt, dass die internationalen Direktinvestitionen in einer Größenordnung von fast 90 Prozent zwischen den hoch entwickelten Industriestaaten erfolgen und sich die Gewichte zunehmend zu den Billiglohnländern in spezifischen Segmenten verschieben. Die „Globalisierung“ des Güter- und Dienstleistungshandels verteilt sich also nicht gleichmäßig auf alle Länder, Regionen und Wirtschaftssektoren. Der größte Austausch findet innerhalb intraregionaler Wirtschaftsverbünde wie der EU, NAFTA, ASEAN und MERCOSUR statt. Bilder von einer „totalen Internationalisierung“ sind zu jedoch zu differenzieren und zu spezifizieren und zugleich auf den Verdacht zu hinterfragen, ob der Begriff „Globalisierung“ nicht auch instrumentalisiert wird mit dem verdeckten Ziel, Strukturreformen zu erzwingen und zu legitimieren, die erst in der Entschlüsselung der Inhalte und Strategien des neoliberalen Paradigmas angemessen interpretiert werden können. Deswegen ist in der Analyse von zentraler Bedeutung, die Kopplung von „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ vorzunehmen, da folgende drei zentrale Prinzipien des neoliberalen Modells den gesamten Transformationsprozess antreiben:

- Die Wirtschaft ist ein vom Sozialen getrennter Sektor, in dem „Naturgesetze“ und universelle Gesetze herrschen, denen die Politik nicht gegensteuern sollte.
- Der Markt ist das optimale Medium, um die Produktion und den Warenaustausch in demokratischen Gesellschaften effektiv und gerecht zu organisieren.
- Die „Globalisierung“ erfordert eine Reduzierung der öffentlichen Aufgaben/Ausgaben vor allem im sozialen Bereich. Soziale Rechte in den Arbeits- und Sozialversicherungssystemen sind kostentreibend und dysfunktional. Die Staatsquote ist auf ein unverzichtbares Minimum (zur Aufrechterhaltung zentraler Funktionalitäten) zu reduzieren.

Auf dem Hintergrund des „Wettbewerbs der Systeme“ (Kapitalismus vs. Sozialismus) haben sich im historischen Kontext in Amerika, Europa und Ostasien unterschiedliche Formationen gesellschaftlicher Kompromissbildung zwischen Arbeit und Kapital herauskristallisiert, die Dahrendorf (2001: 24) in drei Modellen differenziert:

- Angelsächsisches Modell: „Unternehmergesellschaft“, Selbstständigkeit, individuelle Vertragsfreiheit, Orientierung am „Shareholder“.

- **Rheinisches (kontinentaleuropäisches) Modell:** Ausgleich zwischen den Akteuren (Kapital und Arbeit), Solidarität, gleichberechtigte Berücksichtigung des „Stakeholder“, Management als Partner der Belegschaft.
- **Asiatisches Modell:** ähnelt dem kontinentaleuropäischen Modell, weil es von langfristigen Treueverpflichtungen zwischen den Stakeholdern ausgeht, die persönlichen (Loyalitäts-)Bindungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind ausgeprägt, die Einkommensunterschiede zwischen Management und Belegschaft sind wesentlich geringer als in den USA.

Zwischenzeitlich dominiert das amerikanische Modell des „Shareholder“-Kapitalismus die globalen ökonomischen und finanzstrategischen Prozesse, und transformiert über die supranationalen Steuerungsinstanzen (WTO, Weltbank, IWF, EU) das rheinische und asiatische Modell. Für die **postfordische kapitalistische Entwicklungsphase** ist kennzeichnend, dass durch die Dynamisierung ökonomischer Prozesse und Restrukturierungen des Weltsystems (mittels neuer Medien und Technologien: Transport, Verkehr, Information, Kommunikation) das System so radikal transformiert wie nie zuvor.

Joachim Hirsch definiert die „Globalisierung“ als eine radikale

„Liberalisierung vor allem der Geld- und Kapitalmärkte, einer weltweit wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte, der Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikationsnetze, der Vereinheitlichung kultureller Muster und Konsumstandards, der wachsenden Bedeutung transnationaler Unternehmen und in einer fortschreitenden Internationalisierung der Produktion“ (Hirsch 1995, S. 89).

Wallerstein, Altvater/Mahnkopf (1996), Martin/Schumann (1997) und Hirsch (1995) betonen primär die ökonomische Dimension der „Globalisierung“. Rosenau (1990) hebt hervor, dass **die internationale Politik nicht mehr von den Nationalstaaten, sondern wesentlich von transnationalen Konzernen und international agierenden Organisationen (Weltbank, IWF, WTO) definiert und gestaltet wird.** Beck (1997) versteht „Globalisierung“ in ökonomischen, ökologischen, kulturellen, politischen und zivilgesellschaftlichen Dimensionen und spricht von „Globalität“ im Sinne einer „Weltgesellschaft“. Beck definiert „Globalisierung“ allgemein als transnationale Vernetzung von Akteuren. Zwar richtet er sich wie Giddens gegen den Neoliberalismus im „thatcheristischen“ und „reagonomischen“ Sinn und postuliert eine „Politik des dritten Weges“, entkoppelt jedoch die Analyse von der Logik des kapitalistischen Gesellschaftstheorie, und ideologisiert seinen Erkenntnisstatus unter Sichtweisen der abstrahierten „Moderne“, der „Weltrisikogesellschaft“, der „globalen Schicksalsgemeinschaft“ mit noch später zu analysierenden Konsequenzen („Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit“ etc.). Von den Widersprüchen des postfordischen Kapitalismus als zentralen Ursachen gesellschaftlicher Strukturprobleme ist weder bei Beck noch bei Giddens die Rede, ja jene, die Opfer dieser systemischen Entwicklungen sind, werden gar zu Schuldigen erklärt. So steht Giddens ideologisch für das zentrale Paradigma der „neuen Politik“: „Keine Rechte ohne Pflichten“ und damit für Zwangsarbeit und Sozialabbau und agiert nicht zufällig als Berater des New Labour-Vorsitzenden Tony Blair. Nicht zu Unrecht ist Giddens von P. Bourdieu als Vordenker der neoliberalen Rechten bezeichnet worden.

Dass der Terminus „Globalisierung“ in Fachwissenschaft und Öffentlichkeit eine so große Resonanz finden konnte, hängt auch mit dem Spannungsfeld zusammen, dass mit ihm einerseits Hoffnungen verbunden werden, alte Fesseln und Beschränkungen loszuwerden, andererseits die Angst vorherrscht, mit Auflösungen traditioneller Verbindungen und Sicherheiten konfrontiert zu werden. Denn das **Verhältnis von Ökonomie und Politik wird neu definiert, Ziele und Aufgaben staatlicher Politik werden modifiziert.** Der **Neoliberalismus** erscheint als „Marktradikalismus und –fundamentalismus“, als neue Weltanschauung, als Ideologie und Sachzwangthese, die in geschickter Vernetzung von sog. Denkfabriken (Think Tanks) und Stiftungen öffentlichkeitswirksam vermarktet wird. **Dieses gesellschaftliche Großprojekt zur „Standortsicherung“ unter der neutralen Etikette der „Modernisierung“ zielt**

auf die Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller gesellschaftlicher Bereiche, auf eine Restrukturierung nach dem Marktmodell unter Generalisierung von Effizienzansprüchen und Konkurrenzprinzipien. Joachim Bergmann (1998, 334) spricht von „Wirtschaftstotalitarismus“ als der „negativen Utopie“ des Neoliberalismus. Strategien zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen, zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse etc. organisieren den Weg in eine Gesellschaft, der von Konkurrenz, Kommerz, Privatisierung, Entsolidarisierung und Reindividualisierung sozialer Risiken geprägt ist. Nicht der von Beck in seinem Buch „Risikogesellschaft“ beschriebene „Fahrstuhl-Effekt“ (nach dem alle Klassen und Schichten nach oben befördert werden), sondern der Paternoster-Effekt ist die passende seriöse Metapher für einen zunehmenden Grundprozess, nach dem „die einen“ nach oben gelangen, und „die anderen“ nach unten fahren. Die Opfer des angewandten neuen Standortnationalismus in der Ableitung des angewandten Sozialdarwinismus der Weltökonomie vermehren sich und differenzieren sich zunehmend aus. Aus einer Wirtschaftstheorie entwickelte sich eine Sozialphilosophie, welche die Gesellschaft nach den Gesetzen der totalen Leistungskonkurrenz umgestalten will. Wettbewerb zwischen Regionen, Nationen, Unternehmen, Individuen sind die vermeintlichen Wundermittel zur Lösung sozialer Probleme.

1.1. Merkmale und Grundcharakteristika des globalisierten Kapitalismus

Die nicht neuen, aber in der Praxis des postfordischen Kapitalismus dynamisierten und in ihren Konsequenzen zugespitzten Prinzipien sind:

- die Konzentration und Zentralisation des Kapitals;
- das Primat des schnellen wirtschaftlichen Wachstums („Shareholder“-Logik);
- die Forderung nach Freihandel zur Stimulierung des Wachstums;
- die Beschleunigung der weltweiten Kapitalbewegungen und deren Konzentration in globalen Finanzmärkten;
- die Transnationalisierung der Unternehmen/Konzerne;
- der uneingeschränkte „freie Markt“;
- Verlust staatlicher Regulierungen: Nationalstaaten verlieren an Einfluss auf Unternehmensentscheidungen;
- die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen;
- zunehmende Privatisierung bisheriger Sozialstaatsfunktionen;
- wachsende Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen;
- wachsender Verlust bzw. Export von „Einfacharbeitsplätzen“;
- die völlige Abhängigkeit von ungebremsster Konsumbereitschaft (Kreditsozialisation);
- die Befürwortung/Beanspruchung eines einheitlichen Entwicklungsmodells für die ganze Welt (imperiales Paradigma);
- Welthandel und steigende gegenseitige Abhängigkeit;
- die Prekarisierung und Entwertung der Arbeit immer größerer Bevölkerungsgruppen;
- die Entstehung eines neuen Staatstyps mit veränderten ideologischen und politischen, aber auch militärischen und ökonomischen Ordnungsfunktionen;
- die zunehmende Virtualisierung und Digitalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und
- ein technologischer Paradigmenwechsel zu Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die zentralen Ursachen des „Globalisierungs“-Prozesses sind:

- Entstehung von Freihandelszonen und länderübergreifenden Binnenmärkten (z.B. EU) mit mittel- und langfristigen Expansionsmöglichkeiten.

- Ost-/West-Kooperationen nach der politischen und wirtschaftlichen „Liberalisierung“ in Osteuropa (Auslöser: Solidarnoc-Bewegung in Polen und Perestrojka-Politik in der Sowjetunion).
- Entwicklung eines pazifischen Wirtschaftsraumes (Integration ostasiatischer Schwellenländer und China).
- Entstehung supranationaler politischer Institutionen (Weltbank, IWF, WHO etc.) als Voraussetzung und Folge globaler Wirtschaftspolitik.
- Entwicklung der Verschuldung und der Zunahme von Verschuldungsrisiken der sich in den Weltmarkt „integrierenden“ Entwicklungsländer.
- Breite technologische Entwicklungen als Basis für globale Expansionsmöglichkeiten (I+K-Technologien).
- Die wachsende organisatorische Kompetenz, nahezu an jedem Ort der Welt Strukturen der Massenproduktion zu implementieren (auf der Basis virtueller Organisationen und Netzwerke).
- Die relativ (zum Warenwert) kostengünstige Mobilität von Gütern und Personentransport.
- Demografische Entwicklungen in den Industrieländern und Migrationsbewegungen.
- Der grundsätzliche Trend des Kapitals, Wertschöpfung optimieren zu müssen, da die Renditeorientierung des internationalen Finanzkapitals die Grundmotivation wirtschaftlichen Handelns geworden ist.

Das oberste Prinzip des neoklassisch-neoliberalen (angebotstheoretischen) Kanons bezieht sich auf den „vollkommenen Markt“, befreit von allen gesetzlichen und sozialen Fesseln und getriggert durch den Anspruch auf vollkommene Konkurrenz, vollkommener Information und umfassender Mobilität. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) – also das freie Spiel zwischen Angebot und Nachfrage und das freie Flottieren der Preise – lenken das egoistische Gewinnstreben des Einzelnen, des homo oeconomicus. Danach führt jeder Eingriff in das freie Spiel der Marktkräfte vermeintlich zu Wohlstandsverlusten. Was betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, ist danach auch volkswirtschaftlich gut. Dieses ist auch die abgestimmte Grundposition der neoliberalen Mainstream-Wirtschaftswissenschaften, die sich zwischenzeitlich mit einem ausschließlichen betriebswirtschaftlichen Fokus weitgehend den Logiken volkswirtschaftlicher Lehrgrundlagen entledigt hat. Der Urvater aller Neoliberalen F.A. von Hayek erhält auch zunehmend Fürsprecher aus der politischen Spitze der konservativen Parteienelite (A. Merkel), wenn auch die aktuelle Realpolitik (Große Koalition) Kompromisse erzwungen hat, die eine stärkere neoliberale Grundorientierung erschweren. Die Schnittmenge zwischen Neoliberalen, Konservativen und Sozialdemokraten ist trotz aller programmatischen Eigenständigkeiten groß, und isoliert innerparteilich zunehmend linke und wertkonservative (Anhänger der katholischen Soziallehre) Kräfte, und macht sie hinsichtlich der programmatischen Ausrichtungen zunehmend bedeutungslos. Es dominieren die Krisenmanager mit neoliberalen Politik-Prämissen im globalisierten Kontext.

Der Neoliberalismus entwickelt sich, so Bourdieu, nicht nur auf ökonomischer Ebene, sondern erhebt den Anspruch, eine soziale Ordnung zu sein und beansprucht den Status einer Sozialphilosophie, die jede Facette des gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Lebens durchdringt, und von einem einzigen Mission des neoliberalen Modells getrieben wird: eine Maximierung der kurzfristig zu erzielenden Gewinne. Dieser sozialphilosophische Anspruch des „ökonomischen common sense“ beruft sich auf eigene Überzeugungen, Werte und eine moralische Weltsicht, einer sozialen Ordnung des US-amerikanischen Modells, mit dem Anspruch einer Universalisierung dieses Systems, das notfalls auch mit militärischen und geheimdienstlichen Interventionen zu implementieren ist. Der angestrebte Prozess der Vereinheitlichung des globalen Feldes der Ökonomie und Finanzen wird unter der Deckmantel eines universellen politischen Befreiungsprojektes realisiert: unter flankierenden Interventionen und Sanktionen der Weltbank, dem Internationalen Weltwährungsfond und der Welthandelsorganisation (WTO). „Globalisierung“ ist also keine Sachzwangsgesetzlichkeit von Technik und/oder Ökonomie, sondern das Ergebnis einer spezifischen Politikvariante: dem Neoliberalismus, einer einzigartigen ökonomischen und militärischen Machtkonstellation, die Negri/Hardt als „Empire“ charakterisieren. Dieses Netzwerk vieler Mächtiger agiert global und dezentral, kennt kein „Außen“ mehr und

unterwirft alles und jeden unter ihre Spielregeln der Ökonomie. Die Steuerung dieser globalen Prozesse der Liberalisierung und Privatisierung definiert sich als eine abgestimmte Vorgehensweise zwischen der US-Regierung, den G7 Staaten, Weltbank, IWF, WTO, OECD, NATO, den Finanzakteuren der Wall Street und den multinationalen Konzernen. Das Programm der „Globalisierung“ verkörpert, so Bourdieu, die Vereinheitlichung/Ausweitung des globalen ökonomischen Feldes, die Beseitigung aller Beschränkungen, die Rückführung staatlicher Ausgaben (soziale Rechte, soziale Beschäftigung, soziale Sicherung), und zugleich die perfekte Form des universellen Imperialismus, und definiert einen Rechtfertigungsmythos unter der Etikette der „Reform“, „Revolution“, „Bewegung“ oder „Veränderung“. Diesem organisierten Druck der neoliberalen Offensive unterwerfen sich die Staaten zunehmend, und haben damit die Balance zwischen Wirtschaft und Sozialsystemen ins Wanken gebracht, und sich dem Druck der institutionellen Investoren unterworfen, indem die großen europäischen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts (Sozialstaat und Sozialrecht) unter der Prämisse der unumgehbaren „Erneuerung“/„Modernisierung“ zur Disposition gestellt und dem angloamerikanischen Paradigma angeglichen/unterworfen werden. Der Staat zieht sich sukzessive als „höheres Gewissen“ aus Funktionen der „öffentlichen Güter“ zurück (Gesundheitsversorgung und -vorsorge, Wohnungsbau, Sozialversicherung, Bildung, Kultur), und öffnet damit der neoliberalen Privatisierungs- und Kommerzialisierungsstrategie Tür und Tor. Die Direktive heißt: runter mit den Steuern für Investoren, weg mit dem „Wohlfahrtsstaat“, Deregulierung und Liberalisierung der Finanz- und Arbeitsmärkte. Dieser „verwirklichte Sozialismus“ (USA) in der Gestalt der „Demokratie der Aktionäre“ ist die ideologische Zuspitzung des Modells des individualisierten „freien Unternehmertums“ mit bekannten desaströsen Konsequenzen (z.B. Enron-Skandal). Jede Kritik an diesen grundlegenden Selbstverständnissen und Vorgehensweisen des neoliberalen Programms wird als „reformunwillig“ etikettiert und mit der Stigmatisierung der „ewig Gestrigen“ belegt, stellen sich diese doch gegen eine einfache Logik:

„Ich würde Globalisierung als die Freiheit für meine Gruppe von Unternehmen definieren, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und verkaufen wo sie will, und die möglichst geringsten Restriktionen zu unterstützen, die aus Arbeitsgesetzen und anderen sozialen Übereinkünften resultieren.“ (Maria Mies 2002, S. 108).

Unter dem Titel „Warum niemand den Liberalismus liebt“ attackiert Wolfgang Kersting die „Neoliberalismus-Kritiker“:

„Vor einigen Jahren, als man die Globalisierung noch nicht so nannte, glaubte man noch, dem Kapitalismus durch Ethik beikommen zu können. Wirtschaftsethik hatte Hochkonjunktur. Dem Markt wollte man Manieren beibringen, dem Manager ins Gewissen reden, das kapitalistische Raubtier mit kategorischem Imperativ und Tugendpredigt in einen Pflanzenfresser verwandeln. Dieser moralpädagogische Optimismus ist mittlerweile verfliegen. Der Neoliberalismuskritiker träumt nicht mehr vom Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Er ist aufgeschreckt und zur Tradition radikaler Kapitalismuskritik zurückgekehrt. Freilich folgt er dabei mehr Cato als Marx, mehr Rousseau als Engels. Denn seine Kapitalismuskritik stützt sich nicht auf Wirtschaftstheorie und Geschichtsphilosophie, sondern auf Moral. Ohne jeden theoretischen Unterbau schwebt die Neoliberalismuskritik wie eine Wolke kondensierter moralischer Empörung hoch über einer unbegriffenen Wirklichkeit. Die Neoliberalismuskritik ist nicht politisch, sondern moralisch. Sie stellt sich keinem Wettstreit überzeugender Ideen, sondern trachtet danach, Affekte zu mobilisieren. Sie polarisiert, beutet das Unbehagen vieler an der Moderne aus und bietet den Bequemen und Änderungswilligen moralische Deckung. Der von ihr kritisierte Neoliberalismus ist eine Karrikatur, ein dämonischer Homunculus, gezüchtet in der Retorte des Konservatismus, zusammengerührt aus der Vielzahl längst bekannter und die Selbstkritik der Moderne seit Rousseau durchziehender illiberaler Gemeinplätze. Auf der tagespolitischen Oberfläche zeigt sich die Neoliberalismuskritik vor allem als hysterische Ideologie sozialstaatlicher Besitzstandswahrer, die vor keiner Reformgeschichtsklitterung zurückschrecken... Jeder, der bei klarem Verstand ist und sein Herz auf dem rechten Fleck hat, müsste den Liberalismus gegen diesen infamen Rufmord verteidigen, seine Ordnungen des Marktes, des Rechtsstaates und der Demokratie als institutionalisiertes Menschenrecht preisen... Dabei sollten sie wissen, dass die gegenwärtige Neoliberalismuskritik sich nahtlos in die verhängnisvolle Tradition anti-liberalen Denkens einreihet, die mit Rousseau beginnt und über Hegel, Marx und über die kommunistische Erbgemeinschaft, die deutsche Romantik, Nietzsche, Heidegger und Carl Schmitt bis zum Antiliberalismus des Faschismus und Nationalsozialismus reicht. Die gegenwärtige Neoliberalismuskritik ist nichts andere als Neo-Illiberalismus, der sich aus dem Motivrepertoire und Affektfundus des Alt-illiberalismus versorgt“ (Wolfgang Kersting, Warum niemand den Liberalismus liebt, in: www.cicero.de/97.php?ress_id=6&item=274).

Demgegenüber beschreibt Fredmund Malik (Management-Hochschule St. Gallen) die neoliberale Grundströmung mit scharfen Worten:

*„Das eigentliche Problem sind der Neoliberalismus und die in dessen Kontext entstanden Unternehmensführung: die am Shareholder Value orientierte Corporate Governance. Was sich unter dem Namen ‚Neoliberalismus‘ präsentiert, ist kein Kapitalismus, sondern ein **primitiver Geldökonomismus**. Ein System, in dem alles auf eine einzige Kategorie, nämlich Geld, reduziert wird, in Geld wahrgenommen und in Geld bewertet wird. Geld, nicht Kapital, dominiert Denken und Handeln. Man könnte zwecks Unterscheidung vom Friedmanschen Monetarismus und Pekuniarismus sprechen.*

Dieses System wird zu Recht kritisiert. Es kann keinen Bestand haben. Unternehmensvertreter sollten aufhören, ein Wirtschaften zu verteidigen, das sie selbst gar nicht betreiben, sondern das sie im höchsten Maße gefährdet... Es ist schlicht ein Märchen, dass, was immer unter Globalisierung verstanden werden soll, sie zu dieser Art des Wirtschaftens zwingt.

Zu kritisieren ist der falsche Liberalismus, der unter dem Etikett des Neoliberalismus als bestes aller denkbaren Systeme verbreitet wurde. Jetzt riskiert die Kapitalismuskritik genau jene Elemente des echten Liberalismus zu zerstören, die für eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar sind, nachdem der Sozialismus sich als untauglich erwiesen hat.

Der heutige Neoliberalismus ist insgesamt ein Zerrbild des echten Liberalismus, das keiner der großen liberalen Denker akzeptiert hätte. Echter Liberalismus ist nicht eine Theorie der Wirtschaft, sondern eine Theorie der Gesellschaft. Er stellt die Wirtschaft explizit in den Dienst der Gesellschaft, aber auf eine andere Weise als der Sozialismus...

Zahlreiche wichtige Positionen des echten Liberalismus werden im heutigen Neoliberalismus ins Gegenteil verkehrt. Es ist falsch, den Menschen zu predigen, dass die Marktwirtschaft ein wundervolles System sei. Die großen Liberalen waren sich darüber im Klaren, dass die Marktwirtschaft ein schlechtes System ist. Das ist es ja auch, was der täglichen Erfahrung der meisten Menschen entspricht. Sie erleben den Markt als brutal, unbarmherzig, unmenschlich und als das Gegenteil dessen, was sie in ihrem Alltagsverständnis als gerecht empfinden.

*Der Markt ist zwar unverzichtbar, aber limitiert in seiner Funktionsweise. Es ist naiv zu sagen, der Markt werde schon alles richten... **Shareholder Value und Wertsteigerung haben zu einer der größten Fehlentwicklungen der Wirtschaft geführt, zur Fehlallokation von Ressourcen, zu Innovations- und Investitionsfeindlichkeit und zur systematischen Fehlleitung der Unternehmensführung**“ (Fredmund Malik, Seid liberal, nicht neoliberal, in www.cicero.de/97, 15.07.2005, S 1-5).*

Damit charakterisiert Malik ein Grundverhältnis des neoliberal organisierten und global operierenden Kapitalismus, das durch die folgenden Ausführungen plastisch vermittelt wird und exemplarisch für den gesamten aktuellen Trend steht:

*„Die Deutsche Telekom will 32.000 Stellen abbauen, obwohl der Konzerngewinn allein im letzten Quartal bei 2,4 Milliarden Euro lag. Henkel verzeichnet 2004 ein Rekordjahr – und streicht 3000 Arbeitsplätze. IBM verdiente im vergangenen Jahr so gut wie nie, trotzdem verlieren 620 Programmierer ihren Job – die Kollegen in Ungarn und Tschechien sind billiger. Bei AEG in Nürnberg kämpfen 1750 Beschäftigte um den Erhalt ihrer Fabrik. In Hamburg schloß der norwegische Konzern Norsk Hydro ein hochrentables Aluminiumwerk mit 440 Mitarbeitern. Bei der Allianz stehen bis zu 8000 Jobs auf der Kippe. Und die Deutsche Bank hält daran fest, dass 6400 Beschäftigte gehen müssen, obwohl das Geldhaus auf einem rasanten Erfolgskurs fährt. ‚Wir haben keine Alternative‘, sagt Vorstandschef Josef Ackermann... **Die Aktionäre profitieren, die Beschäftigten haben Angst. So macht sich ein bitteres Gefühl breit: dass die Manager nur auf Aktienkurse und Rendite schauen** – und nicht mehr auf das Land und die Menschen, die in ihm leben. Es ist das Gefühl, dass da etwas nicht mehr zusammenpasst...*

Die globalisierte Wirtschaft hat den lange abgeschotteten deutschen Binnenmarkt aufgebrochen; der Wettbewerb – um Produkte, Märkte und Jobs – ist rau geworden. Heute konkurrieren nicht mehr allein die Unternehmen aus den alten Industriestaaten. Billiger hergestellte Waren aus China, Indien und Osteuropa überrollen den Markt...

Irgendwie schien Deutschlands Kapitalismus nicht globalisierungstauglich. Also einigte man sich auf den kleinsten Nenner. Und der hieß: Wie machen es wie die Amerikaner.

Im angelsächsischen Modell zählt nur einer – der Aktionär als Eigentümer eines Unternehmens. Wichtigstes Unternehmensziel ist die Maximierung des Unternehmenswerts, also eine möglichst hohe Rendite auf das vom Aktionär zur Verfügung gestellte Kapital. Das bedeutet: möglichst hohe Aktienkurse und Dividenden. Shareholder Value heißt, Mehrwert für die Eigentümer zu schaffen. Ganz gleich, wie.

Deutschlands rot-grüne Regierung unterstützte diesen Wandel. 1998 erhielten Unternehmen erstmals grünes Licht, eigene Aktien zurückzukaufen, 2001 wurden Unternehmensfusionen erleichtert. Den Todesstoß für die alte Deutschland AG gab der damalige Finanzminister Hans Eichel, als er die Beteiligungsverkäufe von der Steuer befreite. Die Schutzwälle brachen.

Heute setzt der Kapitalmarkt die Renditeziele; die Investoren orientieren sich an den weltweit rentabelsten Unternehmen. Wer weniger Rendite bringt, verliert. Die Folge: „Jedes Geschäftsfeld eines Unternehmens wird auf Rentabilität geprüft“, sagt Dirk Hirschel, Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Was unterdurchschnittlich ist, wird abgewickelt oder mit Kostensenkungsprogrammen fit gemacht.“ Nur damit, so die Überzeugung auf den Chefetagen, kann das Überleben eines Unternehmens gesichert werden.“ (in: Die Zeit 1.12.2005 Nr. 49).

In diesem Wirtschaftskontext bewegen sich folgende unternehmerische Grundhaltungen immer mehr außerhalb der Prämissen des Mainstreams:

„Harald Völker arbeitet beim schwäbischen Maschinenbauer Trumpf, 6000 Angestellte, ein Unternehmen, das zu 100 Prozent in Familienbesitz befindet. Natürlich zählt auch bei Trumpf der Gewinn. „Unsere Anteilseigner wollen schon Geld sehen“, sagt Völker. „Aber sie sind keine Kuponschneider.“ Der Familie geht es um die Zukunft der Firma. Der Vorteil: Geld und Strategie kommen bei Trumpf aus einer Hand. Und wenn die Inhaber überzeugt sind, dass sich die Investition in ein teures Produkt langfristig lohnt, sind sie dafür auch bereit, kurzfristig auf Rendite zu verzichten. „Den Mitarbeitern und der Heimatregion gerecht werden ist für Mittelständler eine Selbstverständlichkeit“, sagt Marie-Luise Dött, CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer. „Wer seine Beschäftigten fair behandle, sie fördere und so ihre Motivation steigern, stehe besser da, meint auch Gregor Schönborn, Geschäftsführer der Bonner Unternehmensberatung Deep White. „Das Personal ist der einzige wirklich steigerungsfähige Erfolgsfaktor, den die industrialisierten Volkswirtschaften des Westens noch haben.“ Statt Milliarden zu investieren, um die Menschen aus den Unternehmen zu werfen, solle die Wirtschaft darüber nachdenken, mit demselben Geld ihre Beschäftigten anders einzusetzen und Innovationsrate, Kundenbindung sowie Produktivität zu steigern. Das aber, so die Kritiker des Shareholder-Value-Konzeptes, passiert in den börsennotierten Unternehmen viel zu wenig.“ (in: Die Zeit 1.12.2005, Nr. 49).

Die Verfügungsgewalt über den globalen Raum muß als neue Dimension der Klassenstrukturierung der globalisierten Phase gesehen werden. Die „Business-Class-Vagabunden“ erobern ihre globale Präsenz durch eine globale Mobilität, die der Klassenstrukturierung eine andere Gestalt und Grundlage als in der Vergangenheit gibt, als dies im ursprünglichen Klassenmodell von Marx als antagonistischer Gegensatz von Kapital und Arbeit angelegt war. Die Verfügbarkeit des Raumes über alle nationalen regionalen Grenzen hinweg ist zu einer zentralen analytischen Variable geworden. Nicht nur Kapitalbesitz und produktionsrelevantes Wissen, sondern auch die sozial-räumliche Verfügungsmacht sind tragende Säulen dieses neuen Vergesellschaftungsprozesses. Die Umkehrung der Verhältnisse zu Marx' Zeiten ist markant: Nicht die „proletarische Internationale“, sondern die vernetzte globalisierte Klasse ist der zentrale Gegenstand der Analyse, denn vom Aufspüren und Ausbeuten lokaler Differenzen profitiert die globale Klasse. Sie instrumentalisiert strategisch die lokalen Unterschiede (Standortunterschiede) für ihre Zwecke. Im Unterschied zum klassischen industriellen Kapitalismus, in dem der Besitz von Produktionsmitteln das entscheidende Kriterium war, ist im postindustriellen Kapitalismus des globalen Zeitalters die Verfügungsgewalt über den globalen Raum (Wissen, Dienstleistungen, Informationstechnologien) als zusätzlicher ausschlaggebender Faktor hinzugekommen. Demgegenüber stehen die „Globalisierungsverlierer“, das lokal gebundene „Proletariat“, die Marginalisierten/Exkludierten, die auf ihre lokalen Strukturen und Lebensräume fixiert und vom globalen Raum abgeschnitten sind, ohne Ausweich- und Einflussmöglichkeiten, und in zunehmender Ohnmacht gegenüber der kapitalistischen Dynamik im globalen Raum.

Diese raum-bewußte und zugleich auch raum-kritische Analyse der Sozialsphäre bezieht sich auf Henri Lefebvre, der schon in den 1970er Jahren hervorhob, dass das Überleben des Kapitalismus entscheidend von seiner Fähigkeit zur Ergreifung des globalen Raumes abhängt. Die Kategorie der „Räumlichkeit“ ist nicht nur im Anschluß an Lefebvre in die Sozialtheorie integriert, und nicht nur in der neomarxistischen Diskussion abgehandelt worden. Giddens hat innerhalb der Mainstream-Soziologie zu einer Würdigung der Raumdimension des Sozialen und zur Ausformulierung seiner Thesen zur „Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften“ beigetragen. Dieses Raumbewußtsein ist konstitutiv für das Verständnis der „Moderne“ im globalisierten Kontext.

Grundsätzlich kann jedoch von der Erkenntnis ausgegangen werden, dass eine einheitliche Theorie der „Globalisierung“ fehlt und die bekannten Literaturpositionen eklektisch bleiben, d.h. eine integrierte Betrachtung des Wechselspiels von Ökonomie, Politik, Kultur, Sozialstrukturen- und Lebenslagen, materieller Reproduktion etc. noch aussteht. Eine allgemeine Theorie der „Globalisierung“ müsste berücksichtigen, dass „Globalisierung“ einerseits keine vollständig neue Erscheinungsform ist, jedoch spezifisch für das postfordistische kapitalistische Entwicklungsstadium Tendenzen und Dynamiken aufweist, die bisher unbekannte Dimensionen und Antagonismen beinhaltet und hervorbringt:

„Diese Weltgesellschaft ist nicht beständig und stabil, sondern angstbeladen und von tiefgreifenden Gegensätzen gezeichnet. Viele von uns fühlen sich gewaltigen Kräften ausgeliefert, denen gegenüber wir machtlos sind... die Globalisierung ist für unser Leben alles andere als nebensächlich. Sie bedeutet nichts Geringeres als die Umwälzung unserer Lebensverhältnisse. Sie bestimmt unsere Lebensweise.“ (Heiner Keupp 2004, S. 34).

Einigkeit besteht wohl bei politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Repräsentanten der neo-liberalen Philosophie in der Statusbeschreibung und in der Zielsetzung. So tritt der renommierte Ökonom Jagdish Bhagwati mit folgender provokanten These in die Öffentlichkeit: „Die Tage der sozialen Marktwirtschaft, wie sie die Deutschen gewohnt sind, sind in der globalisierten Welt gezählt“ (FAZ, 6.10.2005). So kämen die für Deutschland „notwendigen Reformen“ zwangsläufig – entweder durch die Politik oder durch den Druck der „Globalisierung“. Und dieser Druck organisiere das Sinken der Nominallohne, eine Verlängerung der Arbeitszeit etc. und vor allem: „Die soziale Hängematte darf nicht so bequem sein, sonst haben die, die sich da hineinlegen, Schwierigkeiten beim Aufstehen.“

Während die „soziale Hängematte“ immer größere Löcher bekommt und jegliche „Bequemlichkeit“ verhindert, steigen trotz allen „Standort“geredes die Motive der Investoren, die glänzenden Vorzüge des Standortes Deutschland in vollen Zügen zu nutzen. Unter der Schlagzeile „Deutschland darbt. Aber die Kapitalisten machen Gewinne. Investoren kaufen nichts lieber als deutsche Unternehmen. Und verlagern Arbeitsplätze ins Ausland“ schreiben Carsten Germis und Rainer Hank in aller Klarheit und Ungeschminktheit jene Positionierungen nieder, die keiner weiteren Interpretationen bedürfen:

„David Rubenstein ist ein nüchterner Mann. Doch wenn der Chef der amerikanischen Beteiligungsgesellschaft Carlyle auf Deutschland zu sprechen kommt, gerät er ins Schwärmen: „Deutschland ist einer der attraktivsten Standorte der Welt“, sagt Rubenstein. Was gibt es Schöneres, als deutsche Unternehmen zu kaufen? „Deutschland hat eine breite industrielle Basis, eine gut ausgebildete Bevölkerung, ein gutes Bankensystem und gute Manager.“

Dabei hat der Amerikaner hohe Ansprüche. Eine Rendite von 34 Prozent brachte den Carlyle-Anlegern in der Vergangenheit ihr Kapital Jahr für Jahr. Solche Versprechungen klingen nach China oder Indien. Vielleicht auch nach Slowenien oder Estland. Aber ausgerechnet Deutschland?

Tatsächlich berichten deutsche Unternehmen seit geraumer Zeit schon über erfolgreiche Restrukturierungen. Das spricht sich auch im Ausland rum. Mehr als 20 Milliarden Euro haben Finanzinvestoren („Private Equity“) bislang in Deutschland investiert. Auch die Aktionäre börsennotierter Unternehmen können nicht klagen. Der Dax kletterte in der vergangenen Woche auf ein Dreijahreshoch. Und die Gewinne der Unternehmen sprudeln.

Paßt das alles zur ostanten Klage über die katastrophale Lage des deutschen Standortes? Noch nicht einmal der Wahlausgang am 18. September hat die Investoren irritiert. Dabei hat doch vor allem das Ausland das Wahlergebnis als Ausdruck neurotischer Reformverweigerung interpretiert. Müßte das Kapital nicht schleunigst das Weite suchen?

„Die positive Gewinnentwicklung der Unternehmen ist kein Widerspruch zur deutschen Misere“, sagt Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank in London. Im Gegenteil. Die deutschen Unternehmen haben sich längst vom Wirtschaftsplatz Deutschland verabschiedet, wenn sie in Deutschland überleben wollen. Das klingt paradox, trifft aber den Kern: Ihre Gewinne machen deutsche Unternehmen im Ausland, die Mehrzahl ihrer Aktionäre und Mitarbeiter sitzen ebenfalls im Ausland. Früher erhielten deutsche Unternehmen von ausländischen Investoren einen Malus. Heute wissen sie: Wer Deutschland kauft, braucht keine Sorgen zu haben, dass er Deutschland bekommt.

Kein Wunder, dass die neue Blüte der Unternehmen am Arbeitsmarkt keine Spuren hinterlässt. „Die Beschäftigten haben ihre Monopolstellung bei der Belieferung des deutschen Industriebasars verloren“, sagt Hans Werner Sinn, Präsident des Münchner Ifo-Instituts... heute konkurrieren die deutschen Arbeiter mit Polen oder Chinesen.“

Mehr noch: Viele Unternehmen sozialisieren die Kosten ihrer Restrukturierung. Sie schicken ihr überzähliges Personal in Vorruhestand und Beschäftigungsgesellschaften. Den Personalabbau finanzieren die deutschen Beitrags- und Steuerzahler mit. Die Staatsausgaben gehen nach oben, weil die Leute, die aus der Globalwirtschaft herausfliegen, aufgefangen werden

müssen. Gleichzeitig brechen dem Staat die Einnahmen weg. Wer dem Lohndruck nicht nachgibt, landet in der Arbeitslosigkeit, sagt Ökonom Sinn: „Das erzwingt die brutale Gewalt des Marktes.“

Angesichts dieser Kälte des Marktes schießt die Politik jetzt offenbar wieder nach mehr sozialer Wärme. ‚Mehr Seehofer, weniger Merkel‘, schallt es aus der Union. Die Partei zieht sich in die Wärmestube des liebgewonnenen Sozialstaates der siebziger Jahre zurück... ‚Die Blätter des Neoliberalismus fallen‘ freut sich der frühere CDU-Sozialminister Blüm.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. 9.10.2005, S. 39).

Ob die „Blätter des Neoliberalismus fallen“, oder ob sich der Widerspruch zwischen den Manifestationen des „Souveräns“ und der „brutalen Gewalt des Marktes“ auflösen lässt, ist von zentraler Bedeutung für meinen weiteren analytischen Weg. Oder steht gar die prophetische Sicht des konservativen Soziologen Niklas Luhmann - gewiss kein Nostalgiker des Sozialismus - auf der Tagesordnung, der meinte, man könne allenfalls und höchstens die Formulierung wagen, dass der Sozialismus früher als der Kapitalismus zusammengebochen sei? Der Beginn dieses Erosionsprozesses ist unübersehbar und manifestiert sich in einer zunehmenden Verunsicherung über den Ausgang dieses Prozesses:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ So lautet der Artikel 14 des Grundgesetzes. Das ist kein Gebot, für dessen Einhaltung Polizisten sorgen könnten. Das es Beachtung findet, ist die Sache aller, zuvörderst der Elite. Es schadet dem Gemeinwohl, wenn Unternehmer ausschließlich das Partikularinteresse der Eigner verfolgen und die Rationalisierungskosten einem Staat aufladen, der zusehends verarmt. Noch hält das soziale Netz, aber die Maschen sind größer, die Fäden dünner geworden.

Es müsste aber auch ein ökonomisches Kalkül sein, die Folgen in Rechnung zu ziehen, die es haben wird, wenn sich das ökonomische Kalkül absolut setzt. Man muß nicht brennende Vorstädte abwarten, um endlich zu erkennen, dass erfolgreiches Wirtschaften eine gedeihliche Gesellschaft benötigt. Schon jetzt sind die Anzeichen psychischer und sozialer Verwahrlosung erschreckend sichtbar, und es wäre, wenn die Entwicklung anhält, auf Dauer sinnlos, sich in eingezäunten Bezirken zu verschanzen... Die allgemeine Ökonomisierung des Denkens geht nicht weit genug. Das wahre ökonomische Denken müsste die eigenen Kosten ebenso in Rechnung stellen wie die gesellschaftlichen, es müsste vom Augenblicksvorteil die nachwirkenden Verluste abziehen. So gesehen, ist das Gemeinwohl – und mithin der Anstand – eben doch eine ökonomische Tugend.

Von dieser idealen Volkswirtschaft sind wir weit entfernt. Wie sie praktisch aussehen könnte, ist einstweilen ganz unklar. Aber wir dürfen nicht warten, bis die Verhältnisse einen neuen Marx oder Bakunin zwangsläufig erzeugen. Wir sollten es dem Allzwecksargument ‚Globalisierung‘ nicht länger gestatten, uns in eine intellektuelle Resignation zu treiben. Die soziale Marktwirtschaft war der letzte funktionierende Gesellschaftsvertrag. Er hat lange gehalten und die Gesellschaft befriedet. Nun ist er am Ende, und wir müssen die **Debatte über einen neuen Gesellschaftsvertrag beginnen, bevor der Friede zerbricht.**“ (in: DIE ZEIT 1.12.05 Nr. 49, S. 1).

Aber trotz aller objektiven Irritationen und Entwicklungen globaler struktureller Widersprüche des neoliberalen Modells sehen Repräsentanten der neoliberalen Schule eher einen anstehenden Durchbruch als das mögliche Ende der neoliberalen Epoche:

„Neoliberalismus ist nichts anderes als die zeitgenössische Version der liberalen Ideologie des Bürgertums, die einst den Feudalismus überwand, die industrielle Revolution möglich machte – und damit Demokratie und Massenwohlstand den Weg ebnete. Wie die klassischen Liberalen für Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen gegenüber der oppressiven Fürstenherrschaft kämpften, so kämpfen die Neoliberalen heute für mehr Freiheit und Selbstbestimmung gegenüber einem oppressiven Sozialstaat.

Bei diesem Befreiungskampf geht es – heute genauso wie damals – auch um eine Befreiung der Produktivkräfte. Handelte es sich seinerzeit darum, die industrielle Revolution zu ermöglichen, heißt es nun, der Revolution der Globalisierung den Weg frei zu machen und die Menschheit so auf ein neues, höheres Wohlstandsniveau zu heben.

Alle, die daher glauben, die Zeit des Neoliberalismus sei hier zu Lande schon vorbei, ehe sie richtig begonnen habe, nur weil die deutschen Wähler mehrheitlich gegen Schwarz-Gelb votierten, unterliegen einem Irrtum: Sie verwechseln Wunsch mit Wirklichkeit. Der Neoliberalismus hat seine besten Zeiten noch vor sich. Die große sozialdemokratische Koalition, die sich derzeit in Berlin formiert, ist das letzte Aufgebot der Struktur-Konservativen von rechts wie von links.

Es wird weder den Prozess der Globalisierung noch den Nationen dieser Welt Einhalt gebieten können, die sich bereitwilliger als wir auf diesen Prozess einstellen. Der Veränderungsdruck wird weiter wachsen. Und je mehr er wächst, desto unausweichlicher werden (neo)liberale Lösungen.“ (Stephan Baron: „Letztes Aufgebot. Das angebliche Ende des Neoliberalismus“, Wirtschaftswoche Nr. 431, 20.10.2005, S. 1).

So bleibt neben der Kraft des Faktischen ein Wechselspiel über die Perspektiven des Ausgangs über dieses neoliberale Projekt, und lebt bei der indischen Schriftstellerin und Aktivistin A. Roy von ihrer Vision einer anderen Welt:

„Wir können unser Gedächtnis schärfen und aus unserer eigenen Geschichte lernen. Wir können der öffentlichen Meinung Ausdruck geben, bis sie zum ohrenbetäubenden Gebrüll wird. Wir können zeigen, dass die Menschen dieser Welt nicht nur die Wahl zwischen einer bösartigen Micky Maus und wahnwitzigen Mullahs haben. Unsere Strategie darf nicht nur darin bestehen, das Empire bloßzustellen, wir müssen es regelrecht belagern, dafür sorgen, dass ihm die Luft ausgeht. Wir müssen es beschämen und bespotten. Mit unserer Kunst, mit unserer Musik, unserer Literatur, unserer Dickköpfigkeit, und unserer Lebenslust, mit unserer Raffinesse und unserer Unermüdlichkeit – und nicht zuletzt damit, dass wir unsere eigenen Geschichten erzählen, Geschichten, die sich von denen unterscheiden, die man uns eintrichtern will. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist bereits im Entstehen. An stillen Tagen kann ich sie atmen hören.“ (in: <http://www.uni-kassel.de/frieden/rat/2004/diederich.html>).

1.2. Positionen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Globalisierung der Weltwirtschaft“

Der im Sommer 2002 vorgestellte Schlussbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ ist insofern ein beachtenswertes Dokument, weil es der erste weltweit einzige parlamentarische Expertisen Auftrag ist, der sich systematisch mit Fragen der „Globalisierung“ beschäftigt, indem nach Gründen, Auswirkungen und Handlungsoptionen auf diesen Prozess gefragt wird. Der Fokus dieser Expertise liegt – neben den globalen Entwicklungen – auf den Folgen des Globalisierungsprozesses für Deutschland, und ist als ein parteien-übergreifendes Dokument auch für eine Differenzbetrachtung des parteipolitischen Spektrums von analytischem Interesse.

Die grundlegende Feststellung, dass die „Globalisierung“ kein Prozess einer Sachgesetzmäßigkeit ist, sondern klar definierbaren politischen Intentionen entsprang (ausgelöst von Triebkräften verantwortlicher Akteure der Kapitalmärkte, Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedstaaten der EU, Treffen der Staats- und Regierungschefs der reichsten Staaten der Welt (G7), den IWF und Weltbankkonferenzen), ist eine wesentliche Positionierung zur Genese dieses Prozesses, obwohl eine konkretere Analyse der Interessen-, Macht- und Kräftekonstellationen, die derartige Entwicklungen vorangetrieben haben, wünschenswert gewesen wäre. Die mit dem Globalisierungsprozess beschriebene Beschleunigung des Strukturwandels (Länder, Unternehmen, Kulturen, Sozialschichten) und dessen vielschichtigen Folgewirkungen wird differenziert beschrieben:

„Ein weiterer Anlass zur Besorgnis und zu politischem Handeln resultiert daraus, dass in diesem Prozess auch allgemeine Werte und Prinzipien geschwächt oder unterminiert zu werden drohen. So etwa das demokratische Prinzip in Wirtschaft und Gesellschaft, die ökologische Nachhaltigkeit, die Menschenrechte, die soziale und Verteilungsgerechtigkeit, die kulturelle Vielfalt oder die Geschlechtergerechtigkeit. Sicher scheint zu sein, dass die Beschleunigung des Strukturwandels die mit Langsamkeit und Langfristigkeit einhergehenden menschlichen und soziokulturellen Tugenden sowie der ökologischen Regeneration der Ökosysteme in Gefahr bringt...“

Wenden wir uns... der allgemeineren Frage der Verlierer und Gewinner zu. Plausiblerweise stehen die Kapitaleigner insgesamt auf der Gewinnerseite. Das Kapital ist strukturell besonders anpassungsfähig und gewinnt in der Globalisierung an Macht. Es ist äußerst mobil, insbesondere seit dem politisch herbei geführten Wegfall der meisten Kapitalverkehrskontrollen. Es kann sich die Orte und die Staaten weitgehend aussuchen, in denen es die höchsten Renditen erzielt. Die hohe Mobilität des Kapitals und korrespondierend dazu die eingeschränkte Mobilität der Arbeitnehmerschaft wirkt sich entsprechend negativ auf die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften aus. Die Globalisierung trägt also dazu bei, dass sich die Beziehungen der Tarifpartner zu Lasten der Arbeitnehmer verändern. Ihre Bindung an den jeweiligen Standort ist naturgemäß sehr unterschiedlich. Dass der Globalisierung ein beträchtliches Bedrohungspotenzial inne wohnt, zeigt sich an der auch in Deutschland gang und gäbe gewordene Praxis seitens der Unternehmensleitungen, ihren Belegschaften und Betriebsräten mit einer Verlagerung des Standortes ins Ausland zu drohen...“

Aus der hohen Kapitalmobilität resultiert ein starker Druck auf die Staaten in ihrem Werben, in ihrer „Standortkonkurrenz“ um internationale Investoren. Als Ergebnis der gestärkten Verhandlungsposition des Kapitals gegenüber den Staaten beobachten wir eine systematische Senkung der Besteuerung des mobilen Kapitals. Das ist das Hauptmerkmal des Steuerwettbewerbs. Es kann als charakteristische Begleiterscheinung der Globalisierung angesehen werden...

Im Übrigen ist die Effizienz des Kapitaleinsatzes ohnehin nicht der einzige Maßstab für Vor- und Nachteile des Geschehens. Die Verteilung der Lebenschancen und die ökologische Situation sind nicht weniger wichtig. Und wir beobachten, dass sich weltweit der Abstand zwischen Arm und Reich laufend weiter vergrößert. Auf die Welt als Ganzes gesehen, hat sich der Abstand zwischen dem wohlhabendsten Fünftel und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten verdoppelt...

Der Begriff der Öffentlichen Güter ist nicht streng definiert. In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird darunter u.a. verstanden: der Frieden, die Beachtung der Menschenrechte, eine intakte Umwelt (wobei das Klima und die globale Umwelt als globales Öffentliches Gut bezeichnet wird), soziale Gerechtigkeit, die durch den Rechtsstaat mit einem staatlichen Monopol gewährte persönliche Sicherheit, Teile der Infrastruktur sowie ein fairer Zugang zu derselben, die Bildung, die Pflege der Kultur und die Möglichkeit zur demokratischen Mitbestimmung. Zu den öffentlichen Gütern gehört aber auch ein Mindestmaß an wirtschaftlichem Wohlstand... Der verschärfte wirtschaftliche Wettbewerb enthält Tendenzen der systematischen Vernachlässigung insbesondere der globalen Öffentlichen Güter...

In der Gefährdung bzw. Vernachlässigung öffentlicher Aufgaben und öffentlicher Güter liegt vielleicht die wichtigste Gefahr einer Globalisierung, welche sich hauptsächlich um die Mehrung der privaten Güter durch die globale Effizienzsteigerung dreht. Bei den Bemühungen um die Gestaltung der Globalisierung wird man in jedem Fall der Sicherung der öffentlichen Güter hohe Priorität einräumen...

Die Rolle des Staates erschöpft sich nicht in einer Pflege- und Schutzfunktion für öffentliche Güter. Die politische Gestaltung und die internationale Politikkoordination gehören weiterhin dazu. Im Kontext der Globalisierung ist hier zweierlei zu beachten:

- Der globalisierungsbedingten Erosion des auf demokratischer Willensbildung fußenden Staates muß Einhalt geboten werden. Hierbei sind insbesondere Transparenz und neue gesellschaftliche Möglichkeiten der Teilhabe erforderlich.
- Die staatlichen Funktionen, insbesondere die Sicherung der Öffentlichen Güter müssen international begriffen und gestaltet werden. Die internationale Finanzmarktstabilisierung, die Sicherung oder Herstellung fairer Bedingungen auf Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten sowie der Umweltschutz sind unwiderruflich Aufgaben, die den geographischen Rahmen des Nationalstaates sprengen" (S. 7ff.).

Bei aller positiven Würdigung der Expertise zur inhaltlichen Fundierung der Globalisierungsdebatte im Parlament und im gesellschaftlichen Raum sind jedoch gravierende Mängel unübersehbar:

1. In der Arbeitsgruppe Finanzmärkte ist zwar zwischen der Schlussfassung ein deutlicherer Bezug (gegenüber dem Zwischenbericht) auf die tatsächliche Entwicklung der Finanzmärkte, ihrer Struktur und Funktionsweise sowie der Darstellung der jüngsten Finanzmarktkrisen, der zunehmenden weltwirtschaftlichen Instabilität und Krisen, den damit korrespondierenden sozialen Ungleichheiten etc. zu konstatieren. Ebenso ist eine kritische Bewertung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, eine veränderte Einstellung zur Einführung einer „Tobinsteuer“ und ein Plädoyer für eine Veränderung der Stimmrechtsverhältnisse im IWF und den daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen positiv zu würdigen. Trotzdem bleibt die Analyse der Finanzmärkte (vor allem im Abschnitt über „Shareholder value“) auf der Oberfläche und wirkt in vielen Passagen verharmlosend und inkonsequent.

2. Schon im Zwischenbericht wurde unter dem Titel „Shareholder value“ die Bedeutung und machtpolitische Einflussnahme der großen Finanzdienstleister in verharmlosender Weise abgehandelt. Die im Abschlussbericht vorgenommenen Ergänzungen sind sichtbar unter der öffentlichen Abhandlung des Enron-Skandals vorgenommen worden, und erschöpfen sich in einem Vergleich amerikanischer und europäischer Methoden der Rechnungslegung. Die zugehörige Handlungsempfehlung (2.3) fällt gegenüber der Positionierung im Zwischenbericht deutlich schwächer aus.

3. Der Endbericht bezieht sich mit keinem Wort auf die Gefährdung der parlamentarischen Demokratie, in dem durch die monopolistischen Akteure der Finanzmärkte eine erpresserische Politik („Standort-

debatte“) gegenüber Parlamenten und Regierungen praktiziert wird. Die vielfältigen Effekte dieser wirtschaftspolitischen und finanzstrategischen Stoßrichtungen (die sukzessive eine neoliberale Marktradikalisierung hervorgebracht haben) werden nicht auf seine Verursachungen angemessen analysiert.

4. Die massiven destruktiven Einflüsse auf die Systeme der sozialen Sicherheit (unter dem Titel „Modernisierung der Sozialsysteme“) werden nicht thematisiert bzw. mit der wenig plausiblen Behauptung legitimiert, die geltenden gesetzlichen und paritätisch oder aus öffentlichen Haushaltsmitteln finanzierten Umlagesysteme seien angesichts der demografischen Entwicklung nicht mehr finanzierbar, und müssten deswegen durch private Systeme ergänzt bzw. ersetzt werden. Dass es sich bei dieser Privatisierungsstrategie um einen Umverteilungsprozeß zugunsten von Unternehmen und höheren Einkommenschichten und um die Einlösung der Finanzstrategien von Banken, Versicherungskonzernen und institutionellen Anlegern in Billionenhöhe handelt, wird mit keinem Wort problematisiert. Dass diese Positionierung der Kommission mit dem Einstieg der Bundesregierung in die Privatisierung der Rentenversicherung einhergeht, ist sicher kein Zufall.

5. Bei der Herausbildung des europäischen Finanzsektors wurden strukturelle Konzentrationen, monopolistische Marktbeherrschung, Machtmissbrauch als Konsequenz harter Rationalisierungen und Fusionen hervorgebracht, die als eine unkritische Übernahme amerikanischer Finanzmarktmuster (mit dem Anspruch der Übernahme großer Unternehmen durch Finanzinvestoren, der Kurzfristigkeit der Kapitalanlagen mit hoher Renditeorientierung, einer Minimierung der sozialen Kosten etc.) zu bewerten sind. Damit einher geht die Strategie, zunehmend Teile der Systeme der sozialen Sicherheit über Kapitaldeckungsverfahren zu finanzieren, und sie damit den Risiken der Finanzmärkte auszusetzen. Durch die europäische und nationale Makropolitik und die Strategien der europäischen Finanzmärkte ist eine problematische gesamtwirtschaftliche Orientierung der EU festgelegt worden, die neoliberal haushaltspolitisch und geldpolitisch orientiert ist. Dieser strukturelle Zusammenhang findet im Kommissionsbericht keinerlei analytische Bedeutung.

6. Die Gesundheitsfürsorge und die Altersabsicherung wird in den meisten europäischen Ländern nach wie vor durch Steuern und/oder Pflichtbeiträge finanziert. Anstatt diese Säulen zu stabilisieren, stehen diese Modelle im Kreuzfeuer der neoliberalen „Modernisierer“, um die Grundsäulen des europäischen Sozialmodells den Finanzmärkten zu übertragen.

7. Ein stabiler europäischer Finanzmarkt macht eine abgestimmte europäische Steuerpolitik bezüglich der Kapitalerträge und Unternehmensgewinne erforderlich, um Steuerkonkurrenz und Steuererosion zu verhindern (Harmonisierung der Zinsbesteuerung und Besteuerung der Unternehmensgewinne). Ebenso sind Instabilitäten, Krisen, spekulative Turbulenzen an den Finanzmärkten durch fehlgesteuerte Makropolitiken in der EU verursacht, zumindestens verstärkt worden.

8. Die Arbeitsgruppe Waren und Dienstleistungen liefert ein differenziertes Bild der „Globalisierung“ und formuliert begrüßenswerte Empfehlungen (u.a. eine Reform der WTO, die Verankerung von Sozial- und Umweltstandards) und formuliert eine klare Positionierung hinsichtlich der Dienstleistungsliberalisierung (GATS), die zu begrüßen ist.

9. In der Arbeitsgruppe Arbeitsmärkte wird u.a. die Situation auf den regionalen Arbeitsmärkten unter den Bedingungen grenzüberschreitender Arbeitskräftewanderungen analysiert. Im Endbericht werden Entwicklungen und Bewertungen dargestellt. Hierbei sind folgende Analysen und Empfehlungen positiv zu bewerten: die Ausführungen zur „öffentlichen Daseinsfürsorge“, zu den Auswirkungen der „Ausweitung der informellen Arbeit“, zu den Strategien der Reduzierung der digitalen Kluft unter besonderer Berücksichtigung von Qualifikation und „Brain Drain“ und die Problemsicht zum Thema „Arbeitsmigration“.

10. Der Anstieg der Qualifikationsanforderungen im Zusammenhang von „Globalisierung“ und Arbeitsmarktentwicklung (und dem daraus sich entwickelnden beschleunigten Strukturwandel) bringt eine zugespitzte Polarisierung der am Arbeitsmarkt nachgefragten Arbeitskräfteprofile: Arbeitsintensiven und geringqualifizierten Tätigkeiten im Industriesektor (mit deutlich abnehmender Tendenz) steht die Nachfrage von hochqualifizierten Tätigkeiten gegenüber. Unter den Bedingungen dieses Strukturwandels erhält die Qualifizierung als wesentliche Strategie gegen Arbeitslosigkeit einen zentralen Stellenwert. Zugleich findet unter den Prämissen der „Eigenverantwortung“ und „Eigenfinanzierung“ im Kontext der Weiterbildung eine Verschärfung der bildungsbedingten sozialen Selektion statt, der nur durch eine Weiterentwicklung der „4. Säule des Bildungssystems“, der Weiterbildung, sinnvoll begegnet werden kann, in dem u.a. insbesondere Geringqualifizierten ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung gesichert werden müsste.

11. Der Bericht stellt zwar die wachsende Bedeutung einer internationalen Kooperation heraus (EU und Koordination der europäischen Makropolitik), um der Standortkonkurrenz entgegenzuwirken. Es fehlen jedoch wirtschaftspolitische Empfehlungen einer verstärkten Binnenmarktorientierung, um den primären Fokus der dominanten Exportorientierung zu ergänzen. Denn die zentrale Ursache des staatlichen Steuerungsverlustes in der Arbeits- und Sozialpolitik ist aus der schwachen Binnennachfrage zu erklären, die sich im internationalen Vergleich als Ergebnis einer restriktiven Lohnpolitik herauskristallisiert.

12. Die im Endbericht geforderten sozialen Mindeststandards und Mindestsozialleistungsquoten sind eine angemessene Reaktion auf die gewachsenen sozialen Problemlagen, und sollten dringend um Klauseln der Sozialbindung des Eigentums ergänzt werden.

13. Während sich die politische Diskussion zunehmend auf die Stärkung/den Ausbau des Niedriglohnsektors für private Dienstleistungen konzentriert, werden die positiven Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern völlig ignoriert. So ist in diesen Ländern die Beschäftigungsquote (20-25%) im öffentlichen Sektor im Gegensatz zu Deutschland (9,1%) wesentlich höher. Zugleich wurde im Zuge dieser Entwicklung die Frauenerwerbsquote signifikant gesteigert, weil vor allem der Staat ein breites Programm sozialer Dienstleistungen (Pflege- und Betreuungsleistungen, Bildungsleistungen etc.) aufgelegt hat, und somit eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen mit Steuermitteln geschaffen hat, während z.B. Länder wie die USA diese Dienstleistungen über den Niedriglohnsektor organisiert. Die politische Diskussion und die implementierten Programme in Deutschland orientieren sich unter völliger Ignoranz anderer Modellvarianten am amerikanischen Modell. Diese Entwicklung wird im Endbericht von der Kommission erfreulich kritisch analysiert und bewertet. Stärker fokussiert werden könnte jedoch die Tatsache, dass eine Aufnahme eines subventionierten Arbeitsplatzes im Niedriglohnsektor für die Betroffenen keine Alternative zu einem qualifizierten Arbeitsplatz darstellt, und trotz Arbeit nicht vor Armut schützt. Leider werden im Endbericht aus der Analyse keine Konsequenzen und Handlungsempfehlungen abgeleitet, z.B. die Forderung nach öffentlichen Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und die gesellschaftliche Infrastruktur, die mit sozialen und tariflichen Standards zu verbinden wären.

14. Diese Orientierung setzt eine binnenmarktorientierte Steuerpolitik voraus. Dem liegt die begründete Annahme zugrunde (Gutachten Scharpf 2002), dass eine höhere Steuer- und Abgabenquote keine negativen Beschäftigungseffekte haben muß. Eine Wirtschaftspolitik, die durch steuerliche Entlastungen der Unternehmen und damit gestiegenen Unternehmensgewinnen neue Arbeitsplätze schaffen will, muß nach empirischer Analyse als gescheitert angesehen werden, ebenso die Steuererleichterungen großer Kapitalgesellschaften durch die Senkung der Körperschaftssteuersätze und die Steuerbefreiung der Gewinne von Beteiligungsveräußerungen. Allein durch die weggebrochenen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer sind die Effekte der Steuerreform 2001 fast komplett neutralisiert worden. Die bisherige Finanz- und Steuerpolitik ist durch die geschwächten Einnahmen des Staates, die

Wachstumsschwäche des Binnenmarktes und die radikalisierte soziale Kürzungsspirale zu erklären, und dieses (auf dem Hintergrund des Vergleichs zum OECD-Durchschnitt) bei niedrigen Steuer- und Abgabenquoten. Die notwendigen Konsequenzen auf der Ebene der Handlungsempfehlungen sind von der Kommission nicht vorgenommen worden, um zu einer angemessenen staatlichen Leistungsfähigkeit zurückzukehren:

- stärkere Bekämpfung der Steuerhinterziehung;
- Wiedererhebung der Vermögenssteuer;
- Rückkehr zur Besteuerung der Veräußerungsgewinne;
- Einführung einer kommunalen Investitionspauschale;
- Reform der Unternehmenssteuern zu Lasten größerer und ertragsstarker Unternehmen.

1.3. Der Finanzkapitalismus als Basis und Triebkraft der „Shareholder“-Ökonomie

Im Juni 1944 kamen in Bretton Woods 730 Delegierte aus 44 Ländern zusammen, um über eine krisensichere Weltwirtschaftsordnung zu verhandeln. Die führenden Köpfe (J.M. Keynes und der US-Finanzstaatssekretär White) entwarfen die Grundlinie der späteren Verträge (System von Bretton Woods: feste Wechselkurse mit dem Dollar als Leitwährung). Beide erklärten die unkontrollierten Kapitalströme für die zentralen Ursachen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Die ständige Verschiebung gewaltiger Kapitalmengen erzeuge erst den Boom und dann den Absturz. Deswegen, so Keynes, müsse die freie Bewegung von Kapitalfonds reguliert werden. Notwendige Kontrollen waren einer der Kernpunkte des Vertrages. Die Währungen aller Mitgliedsländer wurden auf einen Festkurs zum Dollar festgelegt und es entstand der Internationale Weltwährungsfond (IWF).

Dieses System trug jedoch den Keim des Scheiterns in sich, weil (anders als von Keynes konzipiert) die US-Regierung verhinderte, dass auch die US-Notenbank auf die Stabilisierung der Wechselkurse festgelegt wurde. Die mit dem Vietnamkrieg einsetzende Inflationierung der Leitwährung (um die Rüstungskosten mit der Notenpresse zu bezahlen: durch eine Überflutung der Welt mit billigen Dollars) sprengte schließlich das System, und setzten die DM und andere europäische Währungen unter ständigen Aufwertungsdruck. 1973 beendeten die EG-Regierungen den Währungspakt mit den USA und gaben Wechselkurse für den Kapitalverkehr frei. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems machte den Weg frei für die Expansion der globalen Finanzindustrie. Jede nur denkbare Transaktion wurde nun möglich. Die Verflechtung der globalen Finanzmärkte begann und hat eine undurchschaubare Komplexität erreicht. Die ungeheuren Geldmengen sind nicht mehr kompatibel mit dem in der Realwirtschaft gebundenen Kapital. Kursänderungen folgen nicht mehr den tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern, sondern den Bewertungen der Händler, den Vorgaben führender Marktklenker, vor allem jenen des Präsidenten der US-Notenbank, des amerikanischen Finanzministers, den Bewertungen des IWF und privater Rating-Agenturen. Durch die Summe aller Urteile wird der Kurs bestimmt, auf dessen Basis dann Tausende Finanzexperten das Geld ihrer Auftraggeber nach dem Lemming-Prinzip steuern und regelmäßig völlig irrationale Kursverläufe produzieren. Mit den bekannten Krisenerscheinungen, vor denen Arthur Burns (Chef der US-Zentralbank Federal Reserve) schon 1972 mit dem Hinweis warnte, dass durch die Entfesselung der Finanzmärkte mit „Sicherheit Elend über die Menschheit“ gebracht wird. Die zunehmende systemische Instabilität der Finanzmärkte führt immer häufiger und in immer kürzeren Abständen zu Crashes. 88 Währungskrisen mit sich zuspitzenden Eskalationen (Mexikokrise, Asienkrise, japanische Bankenmisere, Russlandkrise, Türkei und Argentinien) verifizieren diese düstere Prognose, dessen Ende noch nicht gekommen ist, da aus diesen Krisen keine relevanten Korrekturen abgeleitet wurden. So verweisen zwar angesichts der wachsenden Risiken, die aus den liberalisierten Finanzmärkten erwachsen,

immer mehr Stimmen aus dem Mainstream auf die sinkende Akzeptanz des herrschenden Modells und plädieren für Reformen (Soros, Weltbankchef Wolfensohn). Strategieveränderungen haben sich jedoch keine ergeben. Im Gegenteil verwandelten die Protagonisten ausgerechnet jene Institutionen (deren Aufgabe eigentlich die Vermeidung solcher Krisen war) in das zentrale Instrument zur Verschärfung ökonomischer Katastrophen: den IWF. Vor allem der WTO hat sich die Liberalisierung des Handels auf die Fahne geschrieben. Mit der WTO kam auch der Handel mit Dienstleistungen und geistigem Eigentum, Patenten und Markenzeichen etc. unter das Regime der Freihandelsdoktrin.

Mit dem sog. „Washington-Konsens“ wurden die von IWF und Weltbank verliehenen Kredite unwiderprüflich auf folgende **Prinzipien** festgelegt: Liberalisierung des Warenmarktes für Auslandsexporte, Privatisierung der Staatsunternehmen, Deregulierung der Märkte für Kapital und Arbeit. Die mit dieser Erpressungsstrategie einhergehenden desaströsen ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Konsequenzen lassen sich an Beispielen wie Brasilien, Argentinien, Tansania, Russland, Nicaragua, Asien (Indonesien, Südkorea, Thailand etc.) eindrucksvoll belegen. In den vergangenen beiden Jahrzehnten vergaben IWF und Weltbank insgesamt 958 konditionierte Verträge, und fast immer waren diese mit tiefen Einschnitten in die nationalen Strukturen verbunden („Strukturanpassungsprogramme“). So endete z.B. die Asienkrise als eine gezielt angesetzte Strategie mit einer Unterwerfung unter das Diktat der US-gesteuerten Wirtschaftspolitik im Verbund mit der internationalen Finanzindustrie und transnationaler Konzerne aus den Ländern der Triade.

Der zentrale Paradigmenwechsel im Globalisierungsprozess manifestiert sich in der **Autonomisierung des Finanz- und Spekulationskapitals**. Demnach ist das wertschöpfende Kapital gegenüber dem spekulativen Kapital gering. Eine virtuelle Ökonomie, die sich von realen wertschöpfenden Wirtschaftsprozessen entkoppelt hat, ist seit den 80er Jahren etabliert. Danach hat sich die Kapitalverwertung von der realen warenförmigen Akkumulations- und Zirkulationssphäre in den spekulativen Finanzmarkt (Aktien-, Immobilien- und Devisenspekulation) in der Form von „fiktivem Kapital“ (Marx) verlagert. Es haben sich transnationale, globale Finanz- und Spekulationsmärkte konstituiert, die den nationalen Notenbanken aufgrund der unglaublichen Masse an global zirkulierendem Kapital eine ökonomische Intervention immer unmöglicher machen. Dieser Markt funktioniert nicht mehr nach rationalen, geschweige denn sozialen Kriterien. Das Finanzkapital ist autonom geworden. Die Revolution der Datenübertragung ermöglicht Geschäftsprozesse, die sich jeglicher Steuerung und Kontrolle entziehen (frei flotierendes Kapital). Der Prozess ähnelt der Situation eines Formel-Eins-Piloten: kaum Sicht, volles Tempo und immer mit dem Risiko des ‚Abfluges‘. Die Prämisse Max Webers (1919) „Der Reichtum ist eine Kette wertschöpfender Menschen“ ist mit Sicherheit nicht die Grundlage des Handelns dieses Finanzsektors. So ist die derzeitige Form der „Globalisierung“ nicht das Ergebnis einer seit Jahrzehnten bewußt durchgeführten falschen Regierungspolitik (Martin und Schumann 1996), sondern als eine Strategie des Kapitals zur Lösung der fordistischen Krise durch die Ausnutzung internationaler Standortvorteile zu interpretieren:

„Die ökonomische Globalisierung kann im Zusammenhang des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus und vom Keynesianismus zum Neoliberalismus gesehen werden. Globalisierung bedeutet dann auch die Deregulierung von Schranken und Schutzzöllen und Steuern sowie von sozialen Sicherungssystemen. Wird die ökonomische Globalisierung im Kontext der Einheit eines Akkumulations- und Regulationsmodells erfasst, so bezeichnet sie nicht eine Zunahme des internationalen Warenhandels, sondern vor allem die Schaffung neuer Rahmenbedingungen für die Verwertungsprozesse des Kapitals in der Form des zunehmenden Abbaus von institutionellen Schranken und Grenzen dieser Prozesse sowie die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses, die sich als Triadisierung (Konzentrierung auf die drei großen Wirtschaftsregionen Europa, USA und Südostasien) des Welthandels und des Kapitalexports in Form ausländischer Direktinvestitionen zeigt. Das qualitativ Neue an der ökonomischen Globalisierung jedoch ist, dass es zu einer Deregulierung der im Fordismus gesetzten Schranke der Kapitalakkumulation kommt, und daß sich eine Triadisierung des Welthandels einstellt. Der Welthandel verändert sich nicht quantitativ durch eine wesentlich Zunahme oder Abnahme des Welthandels, sondern qualitativ durch einen Konzentrationsprozeß des Handels auf große ökonomische Räume, die durch Freihandelsabkommen wie die EU, NAFTA und APEC entstanden sind. Da die ökonomische Globalisierung eben nicht ausschließlich ökonomisch zu begreifen ist, sondern Aspekte der Regulation eine wesentliche Rolle spielen, eignet sich zur Darstellung des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus ein Modell, das eine Phase des Kapitalismus durch eine Einheit von Akkumulations- und

Regulationsmodell darzustellen versucht... Die ökonomische Globalisierung als dem Kapitalismus immanenter Prozeß hat einen dialektischen Charakter. Es geht dabei um das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol. Die Tendenz zur Monopolisierung und Kapitalkonzentration kann nur auf der Basis einer Konkurrenzwirtschaft erfolgen. Gleichzeitig ist die Monopolisierung ein Mittel, um das Konkurrenzprinzip in der Weise auszunutzen, dass bestimmte Teile des Gesamtkapitals Vorteile aus dem Ruin anderer ziehen. Konkurrenz und Monopol bedingen und widersprechen einander. Ein Spezifikum der ökonomischen Globalisierung im Postfordismus besteht nun wie erwähnt darin, daß das Verhältnis von Monopol und Konkurrenz sich in dem Sinne gestaltet, daß ein quantitativ neuer Schub der Konzentration des Welthandels und des Kapitalexports eintritt“ (Fuchs/Hofkirchner: Die Dialektik der Globalisierung in Ökonomie, Politik, Kultur und Technik, in: <http://cartoon.iguv.tuwien.ac.at/christian/infogestech/glob.html>, S. 15).

1.4. Strategien der internationalen Großbanken

Die Neuorganisation der globalisierten internationalen Ökonomie erfordert Finanzstrategien und –operationen, die oftmals das finanzielle Potenzial einzelner Monopole übersteigen, und damit eine Herausbildung international operierender Großbanken in einer Welle der Konzentration und Zentralisation des Bankkapitals hervorbringen. In diesem Prozeß überschneiden sich Kerngeschäftsfelder von Banken und Versicherungen, in dessen Verlauf es zu einer Verschmelzung von Banken und Versicherungen zu riesigen „Allfinanzmonopolen“ kommt. Das Gesamtkapital der fünf größten Finanzgruppen war im Jahre 2000 größer als das der 50 größten Industriekonzerne der Welt. Dabei hängt die Macht der Großbanken von der Kapitalmenge ab, die sie verwalten und in aller Welt anlegen. Dadurch üben sie die Kontrolle über die internationale Produktion aus. Hierbei ist ihre Stärke in den Geschäftsfeldern Investmentbanking und Vermögensverwaltung maßgeblich, um schnelles Wachstum und höchste Profite zu erzielen. Analysten und Berater erarbeiten ständig neue Konzepte zur Umstrukturierung ganzer Konzerne und Branchen, machen Kandidaten für Übernahmen und Fusionen ausfindig, und drängen Unternehmen zur Neuorganisation. Dabei ist das Geschäft für Übernahmen und Fusionen im höchsten Maße konzentriert und von US-Banken dominiert. Nicht nur die Übernahme großer Teile der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ist das Ziel, sondern auch die Privatisierung öffentlich-rechtlicher Banken im großen Stil, um die Finanzkraft und Machtposition ständig zu erweitern. Die Geschäftspolitik entspricht der Aktionärsstruktur und zielt auf maximale Rendite. In diesem Kontext sind die Börsen die Einrichtungen, die notwendiges Kapital akkumulieren. Der internationale Börsenhandel wird heute von Investmentfonds dominiert. Die zehn größten Investmentfonds kontrollieren heute ca. 60 Prozent des weltweiten Fondsvermögens. Dabei übt eine kleine Zahl von Fondmanagern die Kontrolle über Industrieunternehmen aus. Superprofite sind möglich im Handel mit Finanzderivaten. Den hochspekulativen Prozessen kommt laxer Geldpolitik der Zentralbanken zugute. Ebenso eine nicht funktionierende Bankenaufsicht (siehe aktuelle Krise) und das Fehlen einer effektiven Regulierung der Kreditmärkte und mangelnder Transparenz über Risikomärkte und –produkte. Vor allem Hedge-Fonds spekulieren in großem Umfang mit Derivaten, deren Fehlspekulationen schon zu gravierenden Pleiten und Firmenzusammenbrüchen geführt haben. Für diese spekulativen Anlagen der Hedge-Fonds liefern die monopolistischen Großbanken einen Großteil der Kreditgrundlagen, und geraten mit deren Krisen zwangsläufig in deren Krisenlogik (siehe aktuelle Krisenverläufe internationaler Finanzmärkte).

1.5. Logik, Politik und Auswirkungen der Hedgefonds

Die kühl kalkulierenden, selbstbewußten und professionellen Finanzstrategen in der organisatorischen Gestalt gigantischer Finanzfonds (Private Equity- und Hedgefonds) kennzeichnen eine neue Stufe des (Finanz-)Kapitalismus, die den kapitalistischen Grundprozeß mit einem „Turboeffekt“ versehen, der alle bisherigen Spielregeln auf den Kopf stellt. Die milliarden schweren Fonds steuern vagabundierendes Spekulationskapital mit schwerwiegenden Folgen für wertschöpfende Unternehmenseinheiten und politische Systeme. Hintergrund für das starke Wachstum ist zum einen die Ver-

breitung kapitalgedeckter Alterssicherungssysteme, zum anderen die anhaltende Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben. Beides führt zu immensen liquiden Vermögensmassen.

Um ihre Performance zu steigern ist den Anlageexperten jedes Mittel recht. Sie realisieren radikal Massenentlassungen, verlagern oder verkaufen wichtige Unternehmenseinheiten und steigern die Verschuldung der Unternehmen. Langfristige Investitionen werden in der eigenen strategischen Logik nicht vorgenommen, um das überschüssige Kapital an sich und ihre Kunden so schnell wie möglich auszuschütten. Diese „Männer des schnellen Geldes“ sind überall zu finden, doch ihr Zentrum ist New York. Und die New Yorker Hedgefondsmanager greifen überall zu, wo sie eine Chance auf Gewinne wittern. Sie finanzieren ihre Aquisitionen auf Pump, Zinsen und Gewinne muss das gekaufte Unternehmen schultern. So wird für die neuen Eigner ein überharter Sanierungskurs geradezu zur Pflichtkür. Neben Pensionsfonds zählen mittlerweile auch Großbanken zu den bedeutenden Finanziers der Szene. Im Gegensatz zu der „Heuschrecken“-Metapher sind es nur wenige riesige Finanzfonds (GS Capital Partners, KKR Rund, Carlyle Partners, Apax Europe, KKR European Fund) als die mächtigsten Fonds – rund um den Globus verwalten 7500 Hedgefonds ca. 1,6 Billionen Dollar, die den Markt dominieren:

„Die Aktivitäten dieser Finanzbullen verletzen das Regelwerk der Wettbewerbswirtschaft: Sie verändern grundlegend die Marktwirtschaft in Richtung wachsender Konzentration. Durch die neoliberal gepriesene totale Öffnung der Märkte werden den Finanzgiganten Tür und Tor geöffnet. Einerseits wird die mittelständische Wirtschaft, deren Zugang zu Krediten ohnehin schon erschwert ist, durch diese Oligopolisierung der Finanzierungsressourcen schwer belastet. Und sie beschleunigen andererseits die Arbeitslosigkeit: Also, nicht auf den Arbeitsmärkten wird durch Lohnsenkung und Flexibilität über Höhe und Struktur der Beschäftigten entschieden. Entscheidend ist die machtspezifisch differenzierte Hierarchie der Märkte. Unternehmen entscheiden im Vergleich der Renditen auf den Güter- und Finanzmärkten über Investitionen und damit auch über Arbeitsplätze“ (Rudolf Hickel, Finanzbullen und ihre Bändigung, in: WSI-Mitteilungen 5/2005, S. 13).

Die Liste der Beispiele der Versuche und der realisierten Projekte ist lang. Das Muster der Finanzstrategien ist standardisiert: **Kaufen, Rationalisieren, Verkaufen („Buy it, strip it, flip it“)**. Der Druck der eigenen Geldgeber (Pensionskassen, Stiftungen, reiche Privatinvestoren) ist hoch und steuert sich durch den Anspruch nach schnellen und hohen Renditen. Während die angelsächsische Welt sich an diese Kultur schon „gewöhnt“ hat, ist die deutsche Unternehmenslandschaft noch weitgehend unvorbereitet und trotzdem im strategischen Visier:

„Deutschland gilt unter Hedgefondsmanagern als Eldorado, als unterentwickelter Kapitalmarkt, an dem sich dank laxer Aussicht und mangelnder Investmentkultur der einheimischen Anleger hohe Renditen einfahren lassen. Entsprechend zahlreich sind die Finanzakrobaten hier zu Lande bereits vertreten. 87 Prozent aller größeren in einem der wichtigsten Börsenindizes geführten deutschen Unternehmen, so eine Umfrage der Stuttgarter Wolfx&Häcker Finanzconsulting, haben bereits einen oder mehrere Hedgefonds unter ihren Aktionären“ (Manager Magazin 3/2006, S. 50).

Was auf der offenen Bühne ausgetragen wird, ist der Kampf zwischen dem traditionellen deutschen Wirtschaftsmodell und dem globalen Shareholder-Kapitalismus. Dieser Prozess der Auflösung der „Deutschland AG“ ist weit fortgeschritten und steht in vollem Einklang mit der europäischen Finanzmarktpolitik. So kauft sich die Private-Equity-Branche quer durch die gesamte deutsche Wirtschaft („Es geht um den Schluss- und Ausverkauf der Deutschland AG“ (Der Spiegel 51/2006) (siehe auch Analyse A. Mechttersheimer, Handbuch Deutsche Wirtschaft 2007). Der Soziologe Wolfgang Streeck, spricht von einem „schleichenden Verfall“. Seit dem Strategiewechsel der Großbanken (weg vom Kreditgeschäft hin zum Investmentbanking) - und der Senkung des Steuersatzes für Veräußerungsgewinne auf Null durch die rot-grüne Regierung - sind alle Schleusen geöffnet. Somit ist Deutschland aus der Sicht globaler Investoren ein „Paradies“. Mit Vorliebe fokussieren sie Firmen, deren Corporate Governance Defizite aufweisen. Und davon gibt es in Deutschland genug. Gefragt sind auch Firmen in Not, und dabei sind vor allem unterkapitalisierte deutsche Mittelständler bei den renditehungrigen Fondsgesellschaften begehrt. Nach Angaben des Rechtswissenschaftlers U.H. Schneider (TU Darmstadt) haben die „Eigenkapitalräuber“ = Investoren mindestens 5700 deutsche Unternehmen mit bis zu 800000 Arbeitnehmern in ihren Besitz genommen, um sie den „räuberischen Methoden der

Finanzinvestoren“ zu unterwerfen, bis zur höchsten Stufe des Insolvenzverfahrens. Nicht das langfristige Interesse an Forschung und Innovation, an Zukunftsprodukten und neuen Arbeitsplätzen, sondern der kurzfristige und maximale Profit im Auftrag ihrer Aktionäre ist das erklärte Ziel. Und den Vorständen der Unternehmen bleibt oft keine andere Wahl, die fortschreitende Professionalisierung des Kapitalmarktes zu akzeptieren, da sich der Strukturwandel der Kapitalmärkte (weg von den Hausbanken und hin zu den Aktienmärkten) schleichend aber strukturell stabil vollzogen hat. In einer aktuellen Studie hat die Investmentbank Goldman Sachs (Wirtschaftswoche 11.9.2006: 58) diese folgenreiche Revolution dokumentiert, und die gravierenden Veränderungen des zunehmenden Einflusses der Kapitalmärkte und der Finanzinvestoren auf die tradierten Machtstrukturen in den Betrieben dargestellt. Der Renditedruck auf die Unternehmen hat sich radikal verstärkt. Denn gegen die Aktionäre läuft bekanntlich gar nichts:

„Deutsche Manager müssen sich auf ungemütlich Zeiten einstellen. Anders als biedere Kleinaktionäre und zahme heimische Fondhäuser vertreten die neuen Investoren ihre Interessen hart und kompromisslos. Sie haben meist eigene Ideen, welche Strategie eine Firma verfolgen sollte. Hat der Vorstand andere Pläne, kann er gehen“ (managermagazin 6/2005, S. 66).

Dabei kommt diesem Formierungsprozess zugute, dass dieser nicht nur mit Beteiligungsmodellen, sondern mit einer neu sozialisierten Managergeneration getriggert wird, deren Sozialisationstyp die aufgesetzte Eigendynamik antreibt und perpetuiert, zumal sie an diesem Arrangement monetär exorbitant partizipieren:

„Heute stehen die Manager unter Druck – unter dem Druck der internationalen Kapitalmärkte. Sie müssen die Investoren ständig von ihrer Strategie überzeugen, sie müssen permanent die Rendite steigern und den Aktienkurs nach oben treiben. Sonst sind sie weg. Oder ihre Konzerne laufen Gefahr, übernommen zu werden. Das neue Denken hat inzwischen so urdeutsche Institutionen infiziert wie die Deutsche Bank, Siemens oder die Allianz, es wird vorangetrieben von einer neuen Generation von Managern, die ihre beruflichen Erfahrungen im Ausland sammelten und für deutsche Befindlichkeiten nur wenig Verständnis zeigen...“

Und falls es doch noch Widerspruchsgeister geben sollte, die diesen Widersinn noch nicht völlig internalisiert haben sollten, gibt es nur die Alternative zwischen Anpassung oder Kündigung:

„Konzernchef Wolfgang Reitzle, 57, weigerte sich noch im vergangenen Jahr, das Unternehmen, das Industriegase und Gabelstapler produzierte, zu teilen: ‚Ich lasse mir die Konzernstrategie nicht von Finanzmärkten und Analysten diktieren‘, sagte er vor einem Jahr. In diesem Jahr machte er genau das, was die Finanzmärkte forderten: Er trennte die Gabelstapler-Sparte ab und verkaufte sie unter dem Namen Kion an eine Private-Equity-Gesellschaft, außerdem übernahm er, weitgehend schuldenfinanziert, die größere britische BOC-Gruppe und formierte den weltweit führenden Gasproduzenten unter dem Namen ‚The Linde Group‘. Es wäre in der heutigen Welt albern, die Macht der Börsen zu ignorieren‘, sagt Reitzle heute.“ (in: Der Spiegel 52/2008).

In ihren Vorgehensweisen sind die Fonds-Gesellschaften also nicht zimperlich. Und selbst die kapitalmarktfreundlichen Briten beklagten kürzlich den „wachsenden Druck der Hedgefonds“:

„Zwar ist unbestritten, dass es Auswüchse des Shareholder-Kapitalismus gibt. Unternehmen werden ausgeweidet oder mit Schulden befrachtet und Vorstände gekauft, damit sie das üble Spiel mitspielen. Aber die Fonds treiben auch den notwendigen Strukturwandel voran, sie versorgen Unternehmen mit Geld, dass sie sonst nicht bekommen würden, seit sich viele deutsche Banken im Kreditgeschäft immer zurückhaltender engagieren... Die Jahre der Beschaulichkeit jedenfalls, so viel ist sicher, sind für die deutschen Manager vorbei. Plötzlich sehen sie sich einer Vielzahl unterschiedlicher Investorengruppen gegenüber: Da sind einmal traditionelle Investmentfonds, die das Geld ihrer Kunden relativ langfristig anlegen – und die jetzt immer aufmüpfiger und fordernder werden. Seither sind Hauptversammlungen für deutsche Konzernvorstände ungemütliche Veranstaltungen. Wesentlich aggressiver gehen die Hedgefonds vor. Sie erwerben meist nur einige Prozent der Aktien und versuchen dann, mit Hilfe anderer Aktionäre, massiv in die Unternehmenspolitik einzugreifen, um den Aktienkurs hochzutreiben... Und schließlich die Private-Equity-Fonds: Sie kaufen in der Regel ganze Unternehmen, strukturieren sie mit teilweise brachialen Methoden um und verkaufen sie nach einigen Jahren mit möglichst hohem Gewinn weiter.“ (Spiegel Special 7/2005, S. 24).

Die zentralen Folgen der Strategien der Private-Equity-Fonds sind:

- Rossskur zu Lasten der Beschäftigten durch Personalabbau und Lohnsenkung.
- Ein rapide ansteigender Verschuldungsgrad der Firmen.
- „Sonderdividenden“ (durch Kredite des Unternehmens finanziert).
- Verramschen ruinierter Unternehmen an Fonds („Secondary Buy-outs“).

Die fatalen Wirkungen sind bekannt. Möglichkeiten und Gegenstrategien beginnen in der politischen Debatte schwache Konturen zu entwickeln, und sind häufig von wahltaktisch-populistischen, weniger von politisch-strategischen Überlegungen getragen. So hat sich Finanzminister Peer Steinbrück gegen eine strengere Überwachung von Hedgefonds ausgesprochen, da sich die Entwicklung bei den internationalen Finanzdienstleistern nicht mehr zurückdrehen lasse. Deutschland könne sich von diesem Trend nicht abkoppeln, weil die Unternehmen sonst an andere Standorte abwanderten (Financial Times, 19.6.2006). Dabei kann die populistische „Heuschrecken“-Methapher (Müntefering, SPD) nicht über den Tatbestand hinwegtäuschen, dass die Regierung massiv mit den „Heuschrecken“ kollaboriert, wenn es denn ins Finanzgebaren passt (Verkauf der staatlichen Restaurant- und Zapfsäulen-Kette Tank&RAST vom Bund an PE-Firmen; versuchter Verkauf der Deutschen Flugsicherung etc.):

„Von der Politik haben die Finanzinvestoren demnach kaum etwas zu befürchten. Kein Wunder: Städte und Gemeinden, Länder und Bund brauchen selbst frisches Geld. Öffentliche Hand und privates Kapital gehen seit wenigen Jahren ganz neue Verbindungen ein: Im Immobiliengeschäft... Bereits jetzt haben sich PE-Firmen in Deutschland mehr als 550000 Wohnungen einverleibt. Und der Markt kommt gerade erst in Schwung... Ein derart großangelegter Eigentümerwechsel ist in der deutschen Geschichte ohne Beispiel“ (Der Spiegel, 5/12006, S. 78).

So will sich die schwarz-rote Regierung auch nicht als „Bremser des freien Marktes“ brandmarken lassen, und modifiziert die ursprünglich geplante Verschärfung der steuerlichen Absetzbarkeit der Kreditfinanzierung. Das 2008 in Kraft tretende „Private-Equity-Gesetz“ soll Deutschland als Sitz für Beteiligungskapital-Gesellschaften noch attraktiver machen. „Die Privat-Equity-Branche übernimmt eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion bei der Vermittlung von Kapitalangebot und Kapitalnachfrage“ (Finanzminister Steinbrück, FAZ 22.11.2006). Es sollen danach die Investoren steuerlich belohnt werden, die „Geld in junge Unternehmen stecken“. Nach Angaben des Branchenverbandes BVU legten Private-Equity-Firmen 2006 jedoch nur 6,4 Prozent ihrer 3,6 Milliarden Investitionen in Deutschland für Unternehmensgründungen an, während der Löwenanteil (71,5 Prozent) in die so genannten Buy-outs flossen – eine Geschäftspraxis, der die Branche ihr Image als „Heuschrecke“ zu verdanken hat.

Ein vom Bundesfinanzministerium an der TU München in Auftrag gegebenes Gutachten, das die Basis für den Gesetzesentwurf bilden soll, wurde wie folgt charakterisiert:

„Über die Financial Times Deutschland sickerte nun durch, dass es darin wohl eher um Steuererleichterungen geht, mit dem Ziel, Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fonds und Wagniskapital attraktiver zu machen. So bliebe SPD-Minister Peer Steinbrück dem Koalitionsvertrag treu. Wenige Wochen alte Worte, er wolle mit dem Gesetz ‚dem Ausquetschen von Unternehmen und der sogenannten Rekapitalisierung‘ einen Riegel vorschieben, wären als Beruhigungsspiel für Kritiker entlarvt.“ (Die Zeit, 22.2.2007, S. 31)

Prof. U.H. Schneider bezweifelt massiv die gängige These, dass die Private-Equity-Branche den notwendigen Strukturwandel vorantreibt. Als Folge der Restrukturierung, des Umbaus und der Rekapitalisierung der Unternehmen sind die Unternehmen meistens geschwächt und ihrer Zukunftschancen beraubt. Vor allem der Mittelstand (als Rückgrad unserer Wirtschaft) gelte als besonders geschwächt und gefährdet. So warnt der Chef der renomierten Unternehmensberatung Heuskel (Boston Consulting) davor, dass sich die hiesige Unternehmenskultur durch die neuen Finanzjongleure dramatisch ändern wird (durch tiefgreifende Veränderungen der Eigentümerstruktur). Er befürchtet eine massive Umverteilung von Wert und Gewinn aus der Zukunft in die Gegenwart („Das Morgen wird heute schon versilbert“). Das liberale US-Wirtschaftsmagazin „Business Week“ beschreibt die Private-Equity-

Ära als „Geschichte eines Exzesses“. (Der Spiegel 51/2006). Das Spiel mit virtuellen Werten gefährdet Hunderttausende Jobs, gewachsene Branchen und reale gesunde Unternehmen. Korruptiert und getrieben von einem Management, das sich (zur eigenen exorbitanten Bereicherung) der Logik des „Shareholder“ unterworfen hat, und Menschen nur noch als „Kostengrößen“ definiert, die es zu minimieren gilt. Die Lieferanten und Profiteure (Mindestrendite: 20 Prozent) sind all diejenigen, die mit einer Mindesteinlage von 1 Mio Dollar diesen circulus vitiosus antreiben und perpetuieren. So hat von den 400 vermögendsten Amerikanern jeder zwanzigste seinen Reichtum dem Geschäft mit Private Equity zu verdanken (Der Spiegel 51/2006). Diese kritische Logik treibt sich und das politisch-gesellschaftliche System immer schneller an :

„Heute ertrinken die Fonds fast in den Milliarden, in diesem Sommer werden Monat für Monat neue Rekorde verkündet... Die Private-Equity-Firmen kaufen gesunde Unternehmen zu immer absurderen Preisen mit immer riskanteren Finanzierung und müssen ihren Einsatz in immer kürzeren Zyklen von nur noch zwei, drei Jahren wieder herauspressen, um ihre Renditeversprechen erfüllen zu können. Das kann nicht gut gehen... ‚Gier übertrifft Angst‘ (Der Spiegel 51/2006, S. 79).

Die Fonds werden von Jahr zu Jahr größer, sie schnüren gigantische Kreditpakete und kaufen immer mehr und immer größere Unternehmen in Deutschland auf. 2006 waren Finanzinvestoren in Deutschland an Unternehmenskäufen im Wert von 42 Milliarden Euro beteiligt (1/5 des hiesigen Übernahmenvolumens). Diese Präsenz wird nach Expertenschätzungen weiterhin steigen. Weltweit stehen Finanzmittel in der Größenordnung von 1,5 Billionen Dollar zur Verfügung. 2006 sammelten die Investoren über 140 Milliarden Dollar an neuen Mitteln ein (Wirtschaftswoche 18.12.2006). Für 2007 wird weltweit ein Volumen von 450-500 Mrd. Dollar erwartet. So mit Kapital ausgestattet machen sich die „Firmenjäger“ auf den Weg nach lohnenden Zielen:

„Kein Unternehmen aus dem Dax oder dem MDax ist heute noch vor Übernahmen durch Finanzinvestoren gefeit. Da kann ein multinationaler Konzern von einem Tag auf den anderen zum Portfoliounternehmen werden.“

Und einmal aufgekauft heißt:

„Kern dieses Geschäftsmodells ist es, Unternehmen aufzukaufen, auszusaugen und möglichst kurze Zeit später gewinnbringend abzustoßen“ (S. Jaschinski, Chef der Landesbank in Baden-Württemberg, in: Wirtschaftswoche, 18.12.2006, S. 127).

Dieser strukturell aufgesetzte und zwischenzeitlich fest implementierte Kapitalmarkt steuert und treibt die Dynamik des „Shareholder“-Kapitalismus immer schneller und brutaler, und es wäre fatal zu glauben, dass es sich hierbei um ein Schönwetter-Ereignis handelt:

„Wer die neuen Investoren für eine launige Modeerscheinung hält, begeht einen womöglich folgeschweren Fehler. Denn sie sind längst dabei, die Spielregeln auf den internationalen Kapitalmärkten zu verändern. Die Fondsmanager entscheiden zunehmend, wer mit wem fusionieren soll, welche Konzerne aufgespaltet oder welche Vorstandsverträge verlängert werden. Die fixen Finanzprofis wissen genau, welche Macht sie mit ihren Milliarden im Rücken haben. Entsprechend selbstbewusst und kühl erledigen sie ihren Job“ (managermagazin 3/2006, S. 3).

Hedgefonds sind also ein Instrument, um Reiche schnell noch reicher zu machen, und dieses mit einem hohen Verlustrisiko:

- Zum einen zieht die hohe Kreditfinanzierung (im Falle einer Fehlspekulation) erhebliche Verluste der kreditgebenden Banken nach sich.
- Zum anderen erzeugt das spekulative Engagement großer Hedgefonds an den internationalen Finanzmärkten Nachahmer- und Herdeneffekte, die zu riesigen spekulativen Blasen und nach deren Platzen zu massiven Finanzkrisen ganzer Länder führen können (und geführt haben).

Gegen dieses vermeintlich politisch nicht regulierbare „freie Spiel“ der Marktkräfte führt Hickel folgende Regulierungsmaßnahmen an:

- Ein grundlegender Kurswechsel der einseitigen Finanzmarktpolitik der Bundesregierung und EU ist dringend notwendig.
- Bisherige Steuersubventionen müssen abgeschafft werden, da derzeit die steuerliche Befreiung der Gewinne aus Veräußerungen inländischer Kapitalbeteiligungen das „Buy out“ an die Finanzgiganten fördern.
- Hedgefonds müssen unter scharfe Regeln gestellt werden, deren Kontrolle durch das „Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen“ gesichert werden soll.
- Steuerlich soll das kurzfristige spekulative Halten von Unternehmensbeteiligungen diskriminiert und ein längerfristiger Einsatz bevorteilt werden.
- Entkoppelung der Managergehälter von der Kursentwicklung bzw. kurzfristiger Renditeentwicklung.
- Stärkung der öffentlichen umlagefinanzierten Rentensysteme und Stopp einer weiteren Privatisierung.
- Demokratisierung der Unternehmensverfassungen.
- Die Veröffentlichung aller Komponenten der Vorstandsgehälter ist sicherzustellen.
- Bei der Einführung der Real Estate Investment Trusts (Reits) für Immobiliengesellschaften auf der Basis von Fonds gibt es keine Steuervorteile. (Hickel, WSI-Mitteilungen 5/2005)

Die nationalstaatlichen Regulierungen wären, so Hickel, auf EU-Ebene vorzunehmen und abzustimmen.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass die politisch-strategischen Reaktionen/Präventionen gegenüber den Finanzstrategien defensiv, **verspätet** oder nicht gewollt sind. Anstatt die Veränderungen zu gestalten und mitzubestimmen (steuer-, finanz- und sozialrechtliche Reformen), sind die nationalen und EU-weiten Rahmenbedingungen verantwortlich dafür, dass dieser neoliberale Marktprozess erst seine volle Dynamik entfalten konnte/kann. Vor allem die deutsche Industrie als Hauptprofiteur der „Globalisierung“ zeigt kein Interesse an Steuerungen und Zugangskontrollen für Investoren in Deutschland, da „Deutschland nicht weniger, sondern mehr ausländische Investitionen braucht... Wir dürfen da nicht zwischen schlechtem und gutem Kapital unterscheiden“ (BDI, 28.6.2007).

Der Ausgang dieses hochspekulativen Prozesses ist offen und lässt verschiedene Szenario-Varianten zu. Es deuten sich jedoch Tendenzen an, die für die gesamte Architektur der internationalen Finanzwelt und deren Konsequenzen für die Weltwirtschaft und unsere Gesellschaftsformationen desaströse Auswirkungen haben würden (siehe aktuelle Krise an den internationalen Finanzmärkten):

„Schnell reich werden – das gehört zum Kern des amerikanischen Traums. Und nirgends ging das zuletzt leichter als in der Hedgefonds-Industrie...Doch jetzt mehren sich die Anzeichen, dass die Regenmacher härteren Zeiten entgegen gehen. An der Wall Street lebt die Furcht vor einem Platzen der Blase auf. Einem Platzen, das die Finanzmärkte weltweit erschüttern könnte... Kritische Auguren wie Stephan Roach, Chefökonom der Investmentbank Morgan Stanley, sehen einen ‚möglichen Absturz der Finanzmärkte, weil zu viel Geld die Vermögensklassen aufgebläht‘ habe. US-Zentralbankchef Alan Greenspan, der die Märkte seit Jahren mit billigem Geld verwöhnt, hat das Problem angeheizt, die Hedgefonds groß gemacht. ‚Hedgefonds sind deutlich riskanter, als allgemein verbreitet wird‘, sagt Burton Malkiel, einer der bekanntesten US-Finanzmarktexperten, und Professor an der Princeton University. Wie riskant, wird sich noch zeigen. Der Einbruch selbst der offiziell gemeldeten Zahlen ist aber ein deutliches Warnzeichen.“ (Wirtschaftswoche 9.6.2005, Nr. 24, S. 95ff.).

Die jüngsten Pläne (3/2006) der Bundesbank zur Lockerung der Regeln für Hedgefonds (die auf breite Zustimmung bei Aufsichtsbehörden, Industrieverbänden, Branchenvertretern und politischen Repräsentanten stießen) belegen die Eigendynamik dieses Finanzsektors. Um den „Standort für Anleger attraktiver“ zu machen, werden „komplexe Steuerregeln“ abgeschafft: „Extra Buchhaltung für Deutschland – das macht kein internationaler Hedge-Fond. Eine klare Liberalisierung des Anlagespektrums wäre nötig, sagte Achim Pütz, Vorstand des Bundesverbandes Alternative Investment“ (Financial

Times, 13.3.2006). Dass die G-7-Länder die „Risiken der Hedge-Fonds untersuchen“ wollen (FAZ 7.2.2007), um die „Risiken besser beurteilen zu können“, und es dabei „nicht um ihre Kontrolle sondern um mehr Transparenz geht“, verdeutlicht noch einmal, wie stark supra-nationale Instanzen die finanzkapitalistische Marktlogik flankieren und legitimieren, und zugleich die nationalstaatlichen Handlungsspielräume festlegen und determinieren. Und dass die Hedge-Fonds ein Thema auf dem G7-Gipfel geworden sind, belegt einerseits die Brisanz des Themas als auch die politische Folgenlosigkeit:

„Hedge-Fonds werden überwiegend von US- und britischen Staatsbürgern betrieben. Sie genießen den besonderen Schutz des Establishments dieser Länder. Sie zählen zu den besten Kunden der Banken. Die Banken betreiben selbst Hedge-Fonds. Die personelle Verflechtung ist eng. Politiker, Bank- und Industrieverbände verbringen ihre letzte Berufsphase gern als Berater oder Mitgesellschafter bei Hedge-Fond-Gesellschaften. Hedge-Fonds regulatorische Steine in den Weg zu legen ist in Großbritannien und den USA deshalb besonders unbeliebt“ (Financial Times 27.3.2007).

Auch auf der G 8 (Finanzminister führender Industriestaaten und Russlands) blieb die Forderung nach Kontrolle der Hedge-Fonds auf den Appell eines „freiwilligen Verhaltenskodex der Branche“ beschränkt, und zugleich wurde der Besorgnis Ausdruck gegeben, dass die Verdreifachung der Einlagen innerhalb der letzten fünf Jahre in einem weitgehend unregulierten Markt eine Gefährdung des weltweiten Finanzsystems (nach dem Beispiel des Fonds Log Term Capital Management Ende der 90er Jahre) zur Folge haben könnte (Financial Times, 21.5.2007).

Eine aktuelle Objektstrategie im Immobiliensektor ist insofern für die Analyse von Interesse, weil die Auswirkungen dieser Fond-Strategie im zentralen Segment Wohnen einen hochselektiven sozialen Charakter aufweisen, da die mit den Privatisierungs- und Profitstrategien einhergehenden Konsequenzen für soziale Lebensräume existentiell sind, bzw. die Bedrohung dessen ein zentrales Phänomen der Verschärfung der sozialräumlichen Disparitäten darstellt (siehe auch Kapitel M):

„Ähnlich wie das deutsche Bilanzrecht nach HGB mit seinem Gläubigerschutz vom europäischen Gemeinschaftsrecht... in den Hintergrund gedrängt wird, beginnen internationale Bilanzierungs- und Bewertungsstandards nun auch in die Immobilienwirtschaft mit ihren gewaltigen Vermögenswerten einzuziehen. Sie orientieren sich nicht mehr an historischen Anschaffungskosten (Buchwerten), sondern an Marktwerten (fair value). Mit ihren Milliardenbeträgen - vor allem für den Kauf deutscher Wohnungsgesellschaften - haben die Finanzinvestoren aus dem Ausland dynamische Elemente in die gemächliche deutsche Immobilienszene eingeführt, mit einem aktiven Management nicht nur auf der Aktivseite, sondern auch auf der Passivseite der Bilanz - was wie ein Kulturschock empfunden wird... Überflüssiges Personal und alte Organisationsformen werden über Bord geworfen. So wundert es nicht, dass sich vor allem in der ehemals gemeinnützigen Wohnungswirtschaft Widerstand formierte... Das Ende der Beschaulichkeit auf den deutschen Wohnungsmärkten halten sie damit freilich nicht auf, denn Finanzinvestoren können ungehindert deutsche Wohnungsgesellschaften erwerben und sie bei Bedarf an die Börse bringen“ (FAZ, 20.4.2007).

Unter dem Titel „Heuschrecken unterm Kreuz“ (Der Spiegel 25/2007) wird zugleich sichtbar, dass der Druck zunehmend auf kirchlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime) lastet, da auch diese einer radikalen Wirtschaftlichkeitsstrategie unterworfen werden. Die „Aldisierung“ kirchlicher Einrichtungen hat für die beiden großen Sozialwerke der Kirchen (Diakonie und Caritas) massive Auswirkungen für insgesamt 900.000 Beschäftigte (52.000 Einrichtungen) durch GmbH-Ausgründungen, Servicegesellschaften und Kürzungen aller Art. Diese „Ökonomisierung der Arbeit“ bringt nicht nur die Implementierung der kapitalistischen Logik in diesen Sektor, sondern trägt auch zur massiven Schwächung des christlichen Profils bei. Dieser in den neunziger Jahren einsetzende Rationalisierungsprozess geschieht auf dem Boden von nicht gültigem Betriebsverfassungsgesetz, fehlendem Streikrecht, durch eine unreflektierte Anpassung an den Markt und eine Infiltrierung der Kirchenspitzen durch McKinsey, dessen Wirken sich in den Strategien der beiden großen Kirchen abbilden lässt. Die „Spannung zwischen Theologie und Ökonomie“ manifestiert die These, dass es keinen gesellschaftlichen Sektor mehr gibt, der nicht den Gesetzen der internationalen Finanzstrategen unterworfen ist/wird. Der Text einer Karikatur (Stern 5/2007) mit der Überschrift „Schafft Beck die Stimmungswende an der Basis“ verwischt die Grenze zwischen Sarkasmus und Realität in exemplarischer Weise: „Wir müssen 30.000 Mitglieder entlassen, damit wir gesundschrumpfen und die SPD rechtzeitig

zur Bundestagswahl an die Börse bringen können“. Damit wird eine Realität karikiert, die erkennbar keine Schutzzonen mehr kennt, die sich dem Zugriff internationaler Finanzstrategen entziehen können.

1.6. Die Globalisierung der Produktion als „Standortstrategie“

In Verbindung mit technologischen Umbrüchen hat die Liberalisierung der Finanzmärkte auch starke Impulse auf die „Globalisierung“ der Produktion freigesetzt. Die globale Ausrichtung der Transnationalen Konzerne beginnt in der Wertschöpfungskette in der Forschung und Entwicklung. Vor allem durch eine Welle von Megafusionen haben sich die strategischen, ökonomischen und machtpolitischen Spielräume der Transnationalen Konzerne erheblich ausgeweitet und erzwingen global Zugeständnisse von strukturellen Dimensionen: Bereitstellung von Infrastruktur, uneingeschränkter Profittransfer, Einrichtung von Freihandelszonen, Steuererleichterungen etc. als Konditionen im „Standortwettbewerb“, der mit immer härteren Bandagen und Folgen ausgetragen wird.

Aber nicht nur klassische produzierende Arbeitsplätze werden verlagert. Zwischenzeitlich hat die Verlagerung qualifizierter Arbeitsplätze gravierende Ausmaße angenommen und dieser Trend setzt sich rasant fort. So zeigen Untersuchungen von Cushman & Wakefield Healey & Baker (CWHB) und A.T. Kearney einen globalen Trend der Verlagerung von Büroarbeitsplätzen in Niedriglohnländer in asiatische, südamerikanische und osteuropäische Staaten auf, die nach dieser Projektion in den nächsten 10 Jahren ein Verlagerungsvolumen von 4,5 Millionen Dienstleistungsjobs aus Europa, USA, Japan in Länder mit geringen Lohnniveaus voraussagen. Technologische Basis für diesen Prozess ist das Internet. Und dieser Prozess hat bereits begonnen und hat schon erhebliche Ausmaße angenommen:

„Bei der Siemens-Netzwerktochter ICN wurden seit 2001 mehr als 20 000 der einst 54 000 Stellen gestrichen. Bereits im vergangenen Jahr erfolgte mehr als 50 Prozent der Software-Programmierung in Indien, China und Osteuropa. Auch SAP lässt Programmierer in Fernost und Bulgarien für sich arbeiten. Der Chiphersteller Infineon hat Teile der Buchhaltung nach Ungarn verlagert, die Deutsche Post-Tochter DHL hat ein neues Rechenzentrum in Prag eingerichtet. Allein in der deutschen IT-Branche könnten bis 2007 rund 130 000 Arbeitsplätze dem Offshoring zum Opfer fallen, warnte die Unternehmensberatung A.T. Kearney bereits im vergangenen Jahr...

Gewinner im internationalen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne dürften vor allem jene Investoren sein, die in asiatische Märkte einsteigen. Die CWHB-Analysten rechnen damit, dass mehr als ein Drittel aller Arbeitsplätze in den Fernen Osten verlagert wird... doch auch Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien und Russland werden vom Offshoring profitieren“ (Die Welt, 21.10.2005, S. 22).

1.7. Wirtschafts-Hegemonie und Ideologie-Produktion

Während ein Großteil herrschafts- und sozialkonformer Sozialwissenschaften die Konstruktionen ‚post-industrieller‘ und ‚postmoderner‘ gesellschaftlicher Verhältnisse reproduzieren, drückt die ungebremsste Globalisierungsdynamik immer mehr Betroffenen in der Gesellschaft ihren Stempel auf: beschleunigter Arbeitsplatzabbau, steigende Armut, zunehmenden Unsicherheiten der Lebensverhältnisse und generelle Orientierungslosigkeit über die weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Statt einer Nivellierung sozialer Gegensätze verschärfen und verfestigen sich die sozialen Selektionsprozesse im „Wettkampf der Systeme“. Das System streift zunehmend seine selbst auferlegten (Fordismus) Selbstbeschränkungen sozialstaatlicher Verpflichtungen ab, und entwickelt eine bisher unbekannte Polarisierungsdynamik im nationalen und im internationalen Maßstab:

„Die Herstellung eines einheitlichen kapitalistischen Weltmarktes bringt eine zunehmende Fragmentierung der Weltgesellschaft mit sich. Die verschärfte Konkurrenz der Standorte um günstige Verwertungsbedingungen für internationales Kapital führt zu einer Vertiefung der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen ihnen, schließlich zur Marginalisierung ganzer Kontinente“ (Mario Candelas 2000, S. 261).

Die Spaltung der Gesellschaft in immer größere Bevölkerungsgruppen mit wachsender Unsicherheit und einem kleinen Kern sozial- und arbeitsmarktbezogener Privilegierter verschärft sich. Diese gegenwärtige Entwicklungsdynamik des globalisierten Kapitalismus stellt alle bisherigen gesellschaftlichen Umwälzungen in den Schatten. In atemberaubender Geschwindigkeit vagabundiert das Kapital auf der Suche nach immer neuen und profitableren Anlagemöglichkeiten um den Globus (ermöglicht und verschärft durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien), und fordert eine uneingeschränkte Anpassung der Ware Arbeitskraft an diese Dynamik (Mobilität, Flexibilität, Standardanpassung etc.). Die atemberaubende Produktivitätssteigerung trägt jedoch nicht zur qualitativen Verbesserung der Lebensverhältnisse bei, sondern zu deren Bedrohung und Destabilisierung (Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau etc.).

Diese Paradoxie der kapitalistischen Gesellschaft verschärft sich durch ein zielloses Expansions- und Innovationsstreben, mit dem der circulus vitiosus der Kapitalverwertung für die betroffenen Menschen eine sich immer schneller drehenden Eigendynamik erzeugt, den Raubbau an der Natur und an den Menschen zunehmend auf die Spitze treibt: getriggert durch den Druck der „Marktlogik“. Dieser permanente Leistungsdruck (existentieller Druck) treibt die Menschen zu immer neuen Höchstleistungen, erzeugt ein Klima der Angst in der neu geforderten Rolle des „unternehmerischen Denkens und Handelns“. Unter dem Druck der Existenz ist für die Mehrheit der abhängigen Lohnarbeiter die Anpassung an die Verhältnisse zum Selbstverständnis geworden. Widerstand oder nicht mehr „Mitmachen“-Können wird zum Existenzrisiko. Das Trugbild einer „Freizeitgesellschaft“ ist durch die Realität der „24-Stunden-Gesellschaft“ Spiegelbild der kranken Dynamik, in der Begrenzungen und Rücksichtnahmen zunehmend aufgehoben, und das Verhältnis einer gesunden Produktion und Reproduktion in Frage gestellt wird:

„Die wichtigste Aufgabe der Führungskräfte ist es, eine Umgebung zu schaffen, in der die Mitarbeiter leidenschaftlich entschlossen sind, auf dem Markt erfolgreich zu sein. Furcht spielt eine große Rolle, diese Leidenschaft zu entwickeln und zu bewahren. Angst vor dem Wettbewerb, Angst vor dem Bankrott, Angst einen Fehler zu machen, und Angst zu verlieren können starke Motivationskräfte sein“ (Andrew S. Grove 1997, S. 142f.)

Trotz der Formveränderung der kapitalistischen Produktionsweise hat sich an der menschlichen Fremdbestimmung und den (individuellen und kollektiven) destruktiven Konsequenzen wenig geändert. Die Bedingungen humaner Selbstverwirklichung transformieren sich immer mehr. Ansätze der fordischen Phase („Humanisierung der Arbeitswelt“) werden unter den Bedingungen des „Turbokapitalismus“ radikal zurückgenommen.

Die zunehmenden Ausschließungsprozesse (Arbeitslosigkeit) rauben den Betroffenen materielle und soziale Sicherheiten, zerstören ihr Selbstbewusstsein ihrer Arbeitssozialisation, erzeugen in immer größerem Ausmaß Resignation, Lethargie, Depressionen, Vereinsamungen und Rückzug aus der gesellschaftlichen Teilhabe. Ausschließungsprozesse individualisieren sich. Demgegenüber finden die „Erfolgreichen“ und „Krisengewinnler“ keine Ruhe und Muße. Die Metapher vom „Hamster im Laufrad“ perpetuiert sich durch die Logik, für die Absicherung des Erreichten immer mehr Zeit und Arbeitskraft investieren zu müssen. Die „Angst vor dem Absturz“ ist allgegenwärtig, die Lebensrisiken werden unkalkulierbarer. Die Verunsicherung bis in die soziale Mitte nimmt zu:

„Das Scheitern ist das große moderne Tabu... Das Scheitern ist nicht länger nur eine Aussicht der sehr Armen und Unterprivilegierten; es ist zu einem häufigen Phänomene im Leben auch der Mittelschicht geworden. Die schrumpfende Größe der Eliten macht die Lebensleistung immer schwieriger. Der Markt, auf dem der Gewinner alles bekommt, wird von einer Konkurrenz beherrscht, die eine große Zahl von Verlierern erzwingt.“ (Richard Sennett 1998, S. 159 f.)

Als Resultat dieses krisenhaften Grundprozesses ist der Zusammenhang krisenhafter Sozialentwicklungen, zivilisatorischen Regressionen und wachsender gesellschaftlicher Gewaltpotenziale zu berücksichtigen. Durch den zum (totalen) politischen Programm erhobenen Ökonomismus ist vor allem mit der Zersetzung sozialstaatlicher Regulationsformen ein Weg für die Zerstörung der „Grundlagen der Zivili-

sation" (Pierre Bourdieu) eingeschlagen worden, der nicht nur in den globalen Peripherien, sondern zunehmend in den Metropolen angekommen ist. Die **dominante Konkurrenzkultur** und die **ökonomische Zweckrationalität** lassen erahnen, dass unter der dünnen ‚Decke der Entzivilisierung‘ ein Prozess in Gang kommen könnte, der bei der aktuellen Fokussierung auf die sozialen Ränder den Blick für ‚die Mitte‘ verliert. Diese zunehmende Prägung der Konkurrenzgesellschaft durch Rücksichtslosigkeit, Ausgrenzung der Überflüssigen und Schwachen führen zu egozentrischen Prägungen und Sozialisationstypen, die humane Potenziale zerstören und individuelle Durchsetzungsstrategien und narzisstische Orientierungen zur gesellschaftlichen Normalität werden lassen:

„Die Marktwirtschaft beansprucht den Menschen ganz und gar und duldet keine Götter neben sich. Ihr Wesen ist der Wettstreit und ihr Motor der Egoismus: Ich muß besser sein, mehr produzieren, mehr verdienen als die anderen, sonst kann ich nicht überleben. Die Konzentration auf dieses Prinzip hat dazu geführt, dass alles Geistige, Kulturelle an den Rand gedrängt wird und schließlich ganz in Vergessenheit gerät.“ (Marion Gräfin Dönhoff 1997, S. 35).

Der **Anspruch auf die Errichtung einer „neuen Weltordnung“** (Liberalisierung, Globalisierung, freie Märkte) **als globales Gesellschaftsmodell** befindet sich in einer aktuellen innen- und außenpolitischen Zerreißprobe, und bedarf einer laufenden ideologischen Flankierung. Die Mainstream (Arbeitgeber, Wissenschaftsrepräsentanten, medienwirksame Intellektuelle, Journalisten im Verbund mit den Think Tanks) beziehen sich auf eine abgestimmte Newspeak: „Globalisierung; Flexibilität; Steuerung und employability; underclass und Ausschließung; Multikulturalismus, Ethnizität, Fragmentierung“ usw. sind Sprachfiguren, die andere Terminologien ausgrenzen: Kapitalismus, Klasse, Ausbeutung, Herrschaft, etc. Diese Dominanz der aufgenötigten Kommunikationsbeziehungen trägt auf der Basis moderner Kommunikationsmedien dazu bei, einen universellen Common Sense herzustellen, der das amerikanische Gesellschaftsmodell der postfordistischen und postkeynesianischen Ära zum Maß aller Dinge erheben will. Die Maßstabsdefinition der „alleinigen Supermacht“ besetzt ideologisch und machtpolitisch die Deutungshoheit über zentrale Eckpunkt der Gesellschaftskonstruktion: Abbau des Sozialstaates, Ausschaltung/Reduzierung der Macht der Arbeitnehmervertretungen, Diktat des ausschließlich auf den „Shareholder value“ ausgerichteten Unternehmenskonzeptes, Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und sozialer Unsicherheiten und Disparitäten, Terrorismusbilder, „gute“ und „böse“ Staaten („Achse des Bösen“) etc.

Um strukturelle Eingriffe/Veränderungen unter dem Globalbegriff der „Reformen“ zu implementieren, bedarf es der **mentalenen Kolonisierung** (individuell und kollektiv) der Verborgenheiten der Think Tanks. In der Besetzung begrifflicher und konzeptioneller Präsenz der Köpfe kulturschaffender Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird die Grundlage für einen Diskurs als Instrument zur Konstruktion öffentlicher und privater Strategien gelegt. Die Absicht, „westliche“ Strukturen, Werte und Normen als kulturelles Prinzip zu verbreiten und es hegemonial zu implementieren (kultureller Imperialismus: „american way of life“), ist jedoch ein höchst widersprüchlicher Prozess. Das universale Modell des Westens zeigt spätestens seit dem amerikanischen Fiasko in arabischen Gesellschaften tiefe Risse und lässt Zweifel an der „Vernunft der Moderne“ global aufkommen. Je mehr das „Licht des Liberalismus in die Dunkelzonen der Welt“ (Die Zeit, 22.3.2006) getragen wird, je mehr korreliert mit diesem Prozess die Notwendigkeit militärischer Interventionen. Der Glaube, dass die „Sonne des Konsums und des Geldes“, diese Illusion der säkulären Moderne, die Macht von Religionen, Traditionen, nationalen Identitäten global vereinnahmen kann, zeigt sich als Konstruktionsfehler der liberalen „Vernunft“, in der das Bewusstsein zu den verwurzelten Asymmetrien verloren gegangen ist: „Dass sich die USA selbst als universales Vorbild begreifen, ist seit langem ein Merkmal ihrer Kultur... Für die meisten Amerikaner ist die globale Präsenz der Wirtschaftsmacht ihres Landes und die Vorstellung von einer universalen Zivilisation inzwischen deckungsgleich“ (John Gray 1999: 293).

„Es ist der Aberglaube, eine Marktwirtschaft nach amerikanischem Muster sei der Stein der Weisen und die Lösung aller ökonomischen Welträtsel. Der Kardinalfehler einer daraus abgeleiteten Politik besteht darin, dass sie demokratische Freiheit

mit wirtschaftlicher Liberalisierung in einen Topf wirft. Während historisch der Kapitalismus aus der Demokratie entstand, soll es auf der freien Wildbahn des Weltmarktes plötzlich umgekehrt sein – Demokratie soll aus dem Kapitalismus hervorgehen. Irgendwann, Irgendwo.. Solange Liberalismus nur ein Tarnwort für Kapitalismus ist und solange es ihm nicht gelingt, den Zirkel von Gewalt und Gegengewalt aufzubrechen, wird er seinen Kredit bald ganz verspielt haben.. Nichts ist drängender als die Selbstaufklärung der ‚liberalen Vernunft‘. Und nichts trostloser als die Befürchtung, dass auch eine über sich selbst belehrte Politik unter dem Verdacht stünde, sie sei nichts anderes als kultureller Imperialismus: das trojanische Pferd für Säkularisierung und Verwestlichung“ (in: <http://www.zeit.de/2004/25/Irak-Westen?page=4>, S. 4).

Ein gewaltsamer und zugleich (selektiv) wohlstandsmehrender Prozess globaler Expansion führt zugleich zu einem Prozess der weltweiten Rekulturation, in dessen Verlauf die ökonomischen Asymmetrien reproduziert und zunehmend gewaltsam aufgeladen werden, und deren Krisen sichtbar in die Metropolen hereinreichen. Da eine flächendeckende globale Ordnungspolitik nicht zu realisieren ist, wird der ideologischen Flankierung oberste Priorität zugeschrieben und zeigt zugleich, dass der Antagonismus von Ideologie und Erfahrung (innen- und außenpolitisch) sich zuspitzt, und zunehmend zum Ansatzpunkt gesellschaftlicher Transformation oder Zusammenbrüche wird.

Für immer größere Bevölkerungsteile prägen Krise und Verunsicherung die Erfahrung des Alltags und die Ängste vor der Zukunft. Kaum jemand (außer in Staatsfunktionen) kann sich seines Arbeitsplatzes noch sicher sein. Selbst ehemalige monopolistische Sicherheitszonen (Mercedes, Siemens etc.) radikalisieren ihre Personalstrategien. Obwohl es offensichtlich ist, dass aus diesen ökonomischen und sozialen Zuspitzungen und Disparitäten nicht automatisch politische Bewusstseinslagen und Handlungsoptionen erwachsen, scheint die Notwendigkeit für Legitimationsideologien ungebrochen. Die Herrschaft der neoliberalen Ökonomisierung aller Lebensbereiche und die damit verknüpfte „Marktlogik“ als einzig legitimem Vergesellschaftungsprinzip soll alternativlos erscheinen. Der Anspruch der „Neuen Weltordnung“ charakterisiert die politische Konzeption, eine ideal geordnete Lebenswelt global normativ durchsetzen zu können, notfalls mit gewaltsamen Mitteln (ökonomisch und militärisch). Die außenpolitische Zielvorgabe war 1948 schon in dem geheimgehaltenen Dokument des State Department „Policy Planning Study 23“ (PPS 23) von Georg Kennan formuliert und hat bis heute seine zeitlose Gültigkeit:

„Wir haben etwa 50% des Weltvermögens, jedoch nur 6,3% der Bevölkerung. In dieser Situation werden wir unweigerlich die Zielscheibe von Neid und Ressentiment sein. Unsere wirkliche Aufgabe für die nächste Zeit wird sein, Beziehungen zu schaffen, die uns erlauben, diese Relation der Ungleichheit aufrecht zu erhalten. Um dies zu erreichen, werden wir uns alle Sentimentalitäten und Träumerei versagen müssen, und unsere Aufmerksamkeit muss stets auf unser unmittelbares nationales Interesse konzentriert bleiben. Wir sollten aufhören, über vage und... unrealistische Vorstellungen wie Menschenrechte, Erhöhung des Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir im Umgang mit den Anderen unsere Macht stets werden herauskehren müssen. Je weniger wir dann von derartigen idealistischen Slogans behindert sind, desto besser.“ (Noam Chomsky: What Uncle Sam Really Wants. Odonian Press, Tucson, Arizona, zitiert in: By Niranjana D. Chatterjee, Der Abgrund zwischen Reich und Arm und die Globalisierung, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/chatterjee.html>, S. 2).

Der heutige Zustand der Welt zeigt die weitgehende Realisierung der von Kennan formulierten Zielsetzung:

„Der makro-ökonomische Ansatz von IWF, WB und WTO nimmt den armen Nationen das Recht, ihre Wirtschaft selbst zu gestalten. Er macht aus ihren Ökonomien ein Reservoir billiger Arbeitskräfte und Rohmaterialien. Er höhlt alle Staatsausgaben aus, zerstört die Produktion für den Binnenmarkt und zwingt die nationalen Unternehmen in den Konkurs. Das SAP schafft die Mindestlohnabsprachen ab und fördert den Abbau des Sozialstaates; es erzwingt die Deregulierung der Währung und führt zu Zinsanstieg. Die Deregulierung des Handels und die von der WTO verbürgten Urheberrechte erleichtern den TNCs den Zugang zu den lokalen Märkten und erlauben ihnen, die Landwirtschaft, sowie die privaten und staatlichen Dienstleistungen zu beherrschen... Die Handelsbedingungen begünstigen die Reichen: Die Armen müssen ihre Märkte öffnen, die Reichen betreiben Protektionismus... Der Zugriff der TNCs auf die Dienstleistungen und ‚Allmende‘ macht das Leben der Armen unerträglich, viele müssen selbst für das Trinkwasser für sie unerschwingliche Preise bezahlen...“

Am Ende bleibt festzuhalten: Weltweit müssen 1,3 Milliarden von weniger als \$ 1 und 3 Milliarden von weniger als \$ 2 pro Tag leben; 1,3 Milliarden haben kein sauberes Wasser, 2 Milliarden keine Elektrizität und 3 Milliarden keine sanitären Anlagen. Am Anfang des 21. Jahrhunderts sind fast 1 Milliarde Analphabeten...

Die Politik der Unterdrückung der Armen durch das BWT wurde niemals auf die westlichen Nationen angewandt. Doch haben sie sich seit der Reagan-Thatcher-Ära, mehr noch in den 90ern, drakonischen Massnahmen, die an das SAP erinnern, unterzogen. Vergessen sind die europäischen Wohlfahrtsstaaten, die einst beneidet wurden. Die meisten haben die Arbeitslosenunterstützung abgebaut, die staatliche Altersvorsorgung weitestgehend privatisiert und die sozialen Er-rungenschaften zurückgefahren. Der Industrieabbau, die Restrukturierung der Unternehmen und die Verlagerung der Produktion in Billigländer haben Arbeitslosigkeit und oft Armut nach sich gezogen. Das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit, sowohl im Westen wie in der Dritten Welt, hilft den TNCs, das Lohnniveau zu drücken. Das Kapital ist stets hinter noch billigeren Arbeitskräften her. Diese ‚neue‘ Weltwirtschaftsordnung baut Barrieren zwischen Nationen, sozialen Schichten und ethnischen Gruppen auf. Sie säht Konflikte zwischen Weissen und Schwarzen, Jungen und Alten, Beschäftigten, Teilbe-schäftigten und Arbeitslosen. Die beschriebene Restrukturierung hat in einigen westlichen Städten – häufiger in Amerika als in Europa – gebietsweise ein Fluidum von Dritter Welt mit sich gebracht“ (Chatterje, 2003, S. 5/6)

(Abkürzungen: TNCs: Transnationale Konzerne; IMF: Internationaler Währungsfond; BWT: Bretton Woods Trio; WTO: Welthandelsorganisation).

Die menschlichen Gesellschaften stehen an einem Scheideweg für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Zukunft, oder einer Weiterführung der destruktiven Variante des globalisierten Neo-liberalismus. Die politisch-strategischen Rahmenbedingungen für eine globale Veränderung müssen konkretisiert werden:

- Schaffung eines internationalen Insolvenzgerichtes für den Schuldenerlass „einkommens-schwacher Länder“.
- Stärkung gewisser UN-Behörden zur Einflussbegrenzung der TNCs.
- Abschaffung bzw. Schwächung des BWT (Bretton Woods Trio) und Überwachung der Weltwirtschaft durch eine reformierte UN.
- Eine internationale Finanzorganisation unter UN-Mandat zur Aufrechterhaltung globaler Finanz-stabilität.
- Überwachung der TNCs unter UN-Mandat.
- Schaffung regionaler monetärer Fonds für Notfallkredite für Auslandswährungen etc.

1.8. Globale Governance: Eine Politikstrategie zur Zähmung des globalisierten Kapitalismus?

Die „Globalisierung“ wirkt sich nicht nur auf wirtschaftliche und soziale Strukturen und Prozesse aus, sondern untergräbt tendenziell auch die Autonomie und Handlungsspielräume der parlamentarischen Demokratien. Solange die Gestaltung der Wirtschaftsprozesse im Wesentlichen innerhalb der Struk-turen und Selbstdefinitionen der Nationalstaaten stattfand, unterlag das Handeln auch wesentlich natio-nalstaatlichen Regulierungen. Es ist das emanzipatorische Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe der Arbeiter-, Frauen- und Umweltbewegungen, den ungezügelten Manchesterkapitalismus des 19. Jahr-hunderts durch eine Vielzahl von Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Gesundheits-, Wettbewerbs-, Kartell-Gesetzgebungen zivilisiert und einer demokratischen Kontrolle unterworfen zu haben. Für die globali-sierte Wirtschaft existiert jedoch ein solcher Ordnungsrahmen nicht. **Es gibt keine Regulierungs-ansätze internationaler Institutionen und Vertragswerke, die mit Problemlösungskonzepten die Dynamik der „Globalisierung“ beeinflussen oder ihr gegensteuern könnten/wollten**, da die Unter-werfung unter die neoliberalen Globalisierungsprämissen umfassend fortgeschritten ist. Selbst für große Volkswirtschaften verschärft sich der permanente Druck, den Finanzakteuren und großen Konzernen optimale Verwertungsbedingungen zu garantieren. Dieses gilt erst recht für die Entwicklungsländer. Diese „fünfte Gewalt“ (neben Legislative, Exekutive, Justiz und Medien) ist von niemandem gewählt und entbehrt jeder demokratischen Legitimation. Die internationalen Bretton Woods-Institutionen IWF und

Weltbank, die WTO und die G 7 bestimmen immer stärker die ökonomischen und politischen Entwicklungen auf diesem Planeten und erzwingen „Strukturanpassungsprogramme“ (IWF und Weltbank), die zu einer zunehmenden strukturellen Asymmetrie zwischen den großen Industrie- und Handelsmächten und dem Rest der Welt, und zu massiven innenpolitischen und sozialpolitischen Verwerfungen und Disparitäten führen, die jedoch nicht zwangsgesetzlich und unveränderbar sind:

„Die Wirtschaftspolitik, die diesen Prozess dominiert, als alternativlos hinzustellen, ist jedoch pure Ideologie. Selbstverständlich gibt es Alternativen zu einer gnadenlosen Standortpolitik, nämlich internationale Kooperationen. Selbstverständlich gibt es Alternativen zum internationalen ‚Race to the Bottom‘, der Anpassung der Standards nach unten, durch die Etablierung internationaler Umwelt- und Sozialstandards... Natürlich gibt es Alternativen zum undemokratischen Einfluss der Finanzmärkte etwa durch die Einführung einer internationalen Devisenumsatzsteuer, die Schließung der Steuerparadiese und Offshore-Zentren und das Verbot spekulativer Derivate und Hedgefonds. Selbstverständlich können die Transnationalen Konzerne reguliert werden, vorneweg durch internationale Vereinbarungen über Besteuerung. Dass Global Players wie Daimler oder Siemens keine Unternehmenssteuern mehr an den deutschen Fiskus abführen ist kein Naturgesetz. Selbstverständlich können die Marktkräfte, die blind gegenüber Sozialem, Kultur und Umwelt sind, einer internationalen Regulierung unterworfen werden. Notwendig ist ein System demokratischer globaler Governance, ein Geflecht aus Verträgen und Institutionen, an dessen Etablierung auch die Zivilgesellschaft beteiligt wird.“

So wie der Manchesterkapitalismus des 18. und 19. Jahrhunderts gezähmt und zivilisiert wurde – wenn auch nur durch langwierige soziale und politische Auseinandersetzungen – so kann die Globalisierung der entfesselten Marktkräfte, die zu einem neuen, dieses Mal globalem Manchesterkapitalismus geführt hat, ebenfalls gezähmt und zivilisiert werden. Die sinkende Akzeptanz der neoliberalen Globalisierung – die großen Proteste sind dabei nur die Spitze des Eisberges – signalisiert das. Bekennende Liberale wie Ralf Dahrendorf oder George Soros warnen mittlerweile vor der ‚wilden und erbarmungslosen Globalisierung, die nur den Gesetzen der Konkurrenz folgen und zur Gefährdung des sozialen Zusammenhalts führen‘ (Peter Wahl, Die Entwicklungsländer: Verlierer der Globalisierung – 8 Thesen, in: www.bpb.de/veranstaltungen/PSQC31,1,0).

Der Anspruch des „Global Governance“, den Prozess der „Globalisierung“ der Weltwirtschaft politisch so zu gestalten, dass die Risiken minimiert und die Chancen für die Gesellschaften und Individuen optimiert und reale Fehlentwicklungen korrigiert werden, ist über die verschiedensten Stellhebel eingeleitet und politisch implementiert worden (Nord-Süd-Kommision 1980: Brandt-Bericht; UN World Commission on Environment and Development: Bericht „Our Common Future“; Brundtland-Report; Club of Rome: „The First Global Revolution“ etc.). Aus diesem Prozess wurde durch die „Commission on Global Governance“ der Begriff „Global Governance“ ins Zentrum der Betrachtung gestellt und mit folgender Anforderung versehen:

„Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden... Auf globaler Ebene hat man unter Ordnungspolitik bisher vorwiegend das System der zwischenstaatlichen Beziehungen verstanden, doch heute müssen auch Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen, multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt miteinbezogen werden. Mit diesen Gruppen und Institutionen interagieren globale Massenmedien, deren Einfluß dramatisch gewachsen ist... Es gibt weder ein einziges Modell oder eine einzige Form der Weltordnungspolitik, noch existiert eine einzige Ordnungsstruktur oder eine Gruppe solcher Strukturen. Es handelt sich um einen breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozeß interaktiver Entscheidungsfindung, der sich ständig weiterentwickelt und sich ändernden Bedingungen anpasst... eine wirksame globale Entscheidungsfindung muß daher auf lokal, national und regional getroffenen Entscheidungen aufbauen und diese ihrerseits beeinflussen und muß auf die Fähigkeiten und Ressourcen unterschiedlichster Menschen und Institutionen auf vielen Ebenen zurückgreifen.“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 1995, S. 4ff.).

Auf den einfachen Nenner gebracht ist es der Anspruch des Projektes „Global Governance“, den Prozess der Globalisierung politisch zu gestalten. Die globalen Herausforderungen (Schutz globaler öffentlicher Güter, globale Wechselwirkungen/Interdependenzen, globale Asymmetrien, grenzüberschreitende externe Effekte/regionale Probleme) sollen nicht im Konzept einer zentralen „Weltregierung“ oder eines hierarchischen Weltstaates gelöst werden, sondern im Kant'schen Verständnis einer „Föderation freier Republiken“, also einem dezentralen, subsidiären und föderativen System (Höffe

1999, Hasenclever und Rittberger 2000). In diesem Verständnis werden die Aufgaben des Nationalstaates neu fokussiert, die Nationalstaaten verfügen über das Gewaltmonopol, und müssen sich aber im Rahmen des Völkerrechts mit zunehmend „geteilten Souveränitäten“ in tendenziell entgrenzten Kooperations- und Integrationsräumen arrangieren. Diese Politik in Richtung plurinationaler Regionen findet ihre Entsprechung in völkerrechtlichen Regelwerken regionaler Integrationsprojekte (wie die EU, NAFTA, ASEAN, Mercosur).

Obwohl der Anspruch der Arbeitsgruppe 4 (Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“), grenzüberschreitende Probleme durch globale Kooperation lösen zu wollen, zu unterstützen ist, ist **Kritik** sowohl an den analytischen Grundlagen als auch an einzelnen Handlungsempfehlungen vorzunehmen. So liegt der These, dem Prozess der globalisierten Ökonomie durch eine Globalisierung der Politik zu folgen, die Vorstellung zugrunde, dass einem Vorlauf und der strukturellen Macht der Ökonomie durch „Global Governance“ zu begegnen sei. Diese Zielsetzung abstrahiert von der Tatsache, dass der Prozess der zunehmenden ökonomischen und politischen Hierarchisierung in der Welt massiv zugenommen hat, und an die Stelle eines politischen Multilateralismus ein primär gestützter Unilateralismus der USA getreten ist, und sich auf den Ebenen internationaler Regierungskonferenzen (G8, EU etc.) ein Prozess globalisierter Politikentscheidungen mit ausgeprägten Entdemokratisierungsentscheidungen verfestigt hat, der unzweideutig dem neoliberalen Paradigma verschrieben ist. Die **globalen Fehlentwicklungen** (Wachsen der Reichtums-Armuts-Schere, Umweltprobleme etc.) sind nicht ursächlich bedingt durch das Fehlen internationaler Institutionen, sondern das **Ergebnis mangelnder Korrekturen an Strukturen und der Politik bestehender Institutionen (IWF, WTO, Weltbank).** Insofern verlangt der Ansatz eine Korrektur globaler Fehlentwicklungen und eine Mobilisierung weltweiter gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse, die parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen koordinieren, global wachsende Bewußtseins- und Aktionsprozesse initiieren sollen, an dessen möglichem Ende eine freie Wirtschafts- und Gesellschaftsformation steht, die das anthropologische Potenzial zur Kooperation und Solidarität neu zum Leben erweckt. Auf dem Hintergrund der Indifferenz der Diagnose und der mangelnden Gewichtung der Handlungsempfehlungen bestehen im „Kommissionsbericht“ problematische Tendenzen: die Gefahr der Instrumentalisierung in vorherrschende Macht- und Kräfteverhältnisse (neo-liberale Grundausrichtung) und dem Erzeugen der Illusion, den aufgesetzten ökonomischen und finanzstrategischen Globalisierungsprozessen über eine institutionalisierte Domestizierungsstrategie relevant begegnen zu können (zu wollen). Solange die Gesetze der „Logik des freien Marktes“ wirken, ist die Garantie für die „Logik des Misslingens“ ausgeprägt vorhanden, und die Prämisse des Leiters der „Hertie School of Governance“ (Michael Zürn) hervorzuheben: „Die Herausforderung besteht darin, sich intelligent anzupassen“ (Spiegel Special 7/2005, S. 144).

„Globalisierung ist Realität“, sagte Horst Köhler, „aber sie kann zum Monster werden.“ Deshalb, so der promovierte Volkswirt, komme es darauf an, „ihr mit einem durchdachten Konzept Regeln zu geben“.

Köhler weiß, wie schwer es ist, das Monster zu zähmen. Er war Präsident des Internationalen Währungsfonds (IWF) und hatte dabei so manche Auseinandersetzung mit den Amerikanern auszutragen, die den IWF genauso wie die Welthandelsorganisation WTO und die Weltbank zu dominieren versuchen. Gegen die USA geht in diesen Institutionen nichts, und deshalb geht kaum etwas voran: Die Amerikaner halten nichts von neuen Regeln.

Die mächtige Finanzlobby der USA hat bisher auch verhindert, dass den spekulativen Hedgefonds Fesseln angelegt werden. Sie attackieren mit ihren vielen Milliarden nicht nur Unternehmen und ganze Volkswirtschaften, sie sind wegen ihrer Intransparenz und ihrer Risikofreude auch eine Gefahr für die Stabilität der Weltwirtschaft: Um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, finanzieren sie ihre gewagten Wetten größtenteils auf Pump.

National lässt sich gegen global agierende Hedgefonds wenig machen – und das zeigt das Dilemma der Politik in Zeiten der Globalisierung.“ (Spiegel Special 7/2005, S. 144).

Als Medium für bewusstseinsbildende Prozesse und als Politisierungsansatz gegen die konzerngesteuerte „Globalisierung“ sind jedoch Grundsatzforderungen globalisierungskritischer AutorInnen wie u.a. Maria Miess, Vadana Shiva, Stieglitz, Chomsky, Chossudovsky, Gray, Luttwak, Ehrenreich und Organisationen wie Attac zu stützen: Kapitalverkehrskontrollen (Tobin Steuer), Schaffung einer Weltsteuerbehörde, Schließung der Steueroasen, Antitrustregelungen und Weltkartellbehörde, Standort-

schutzabkommen statt Investitionsschutzabkommen, Ausnahmen vom Freihandelsprinzip für Entwicklungsländer bis zur Deprivatisierung, Erweiterung des GATS und der WTO auf das Ziel der sozialen Ausgewogenheit, Wahlfinanzierungsverbote, Einstellung der EU-Dienstleistungsrichtlinien etc.

In all diesen Vorschlägen/Forderungen wird die Notwendigkeit ersichtlich, Änderungen im ideologischen Kern bisherigen Wirtschaftens vorzunehmen. Das Modell des „homo oeconomicus“ produziert zunehmende Dysfunktionalitäten und Leid, und führt bei einer ungebrochenen linearen Fortführung der Logik neoliberaler globaler Ökonomie zu zunehmenden und nicht mehr steuerbaren Risiken.

1.9. Widerspruchsverschärfung des „Shareholder“-Kapitalismus

Die systeminduzierten und bisher exterritorialisierten Widersprüche schlagen zwischenzeitlich in die Metropolen zurück, und gewinnen mit dem Anspruch der Maximierung des „Shareholder value“ eine dramatische Dynamik, da alle den Regeln des amerikanischen Aktionärskapitalismus folgen.

Die Ergebnisse des Prozesses werden immer manifeste und werden durch eine Fortführung dieser Politik weiter verschärft: Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau/Demontage des Sozialstaates, Erzeugung wachsender Armutspotenziale, gesellschaftliche Marginalisierung/Exklusion immer größerer Bevölkerungsteile.

Unter dem Titel „Die Zukunft des Kapitalismus. Fegefeuer des Marktes“ schreibt Jens Jessen:

„Der Kapitalismus hat sein Gesicht verändert. Weit scheint heute die Zeit des Jubels von 1989 zurückzuliegen, als der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers allgemein wie ein Triumph der freien Marktwirtschaft gefeiert wurde. Nur der konservative Soziologe Niklas Luhmann, gewiss kein Nostalgiker des Sozialismus, wollte damals von keinem Sieg sprechen: Er meinte, man könne allenfalls und höchstens die Formulierung wagen, dass der Sozialismus früher als der Kapitalismus zusammengebrochen sei.“

Über die prophetische Qualität seiner Äußerung wird man mit Luhmann...nicht mehr streiten können. Fest steht allerdings, dass die Zustimmungsraten für den Kapitalismus überall in der Welt, und selbst in den westlichen Ursprungsländern, dramatisch gesunken sind. Fest steht auch, dass es längst nicht mehr als ein Problem allein der Linken behandelt wird. Sämtliche Autoren, die wir in unserer Serie zur ‚Zukunft des Kapitalismus‘ befragten, ob Wissenschaftler, Philosophen oder Schriftsteller, ob aus Europa, Amerika oder der Dritten Welt, ob Konservative, Liberale oder Linke, waren sich darin einig, dass der Kapitalismus, der dem Westen Jahrzehnte märchenhaften Wohlstandes beschert hat, heute nur mehr als Bedrohung wahrgenommen werden kann. Die Beschreibung des Kapitalismus als ein System unausweichlicher Zwänge war in der Vergangenheit stets Sache der linken Kapitalismuskritik. Was bringt Unternehmern dazu, die marxistische Fremdbeschreibung als Selbstbeschreibung zu benutzen? Ist es nur ein rhetorischer Trick, um die persönliche Verantwortung an das System zu delegieren? Oder beginnen sie sich selbst als Opfer jener Entfremdung zu fühlen, die darin besteht, stets etwas anderes tun zu müssen als das, was man eigentlich will?

Der Jenenser Sozialphilosoph Harmut Rosa hat kürzlich eine Minimaldefinition des klassisch marxistischen Entfremdungsbegriffes vorgeschlagen, die unsere gegenwärtige Situation recht gut trifft: Jeder, der sich auf dem kapitalistischen Markt bewegt, fühlt sich für sein Überleben zu etwas gezwungen, das er jenseits des Marktes niemals anstreben würde. Niemand will die Umwelt zerstören, aber die Notwendigkeit, die Produktionskosten zu senken, zwingt ihn dazu; jeder will, dass den Verlierern der Gesellschaft geholfen wird, aber die Notwendigkeiten, Sozialkosten zu senken, bringt den Staat dazu, sie auszugrenzen; alle leiden unter der hysterischen Abfolge technologischer Neuerungen, aber der Wettbewerb zwingt die Produzenten dazu, ständig neue Waren herzustellen...

Bei ihrem Versuch, die Marktwirtschaft gegen jede Form der Kritik zu immunisieren, gehen sie nämlich noch einen charakteristischen Schritt über Marx hinaus, indem sie das Prinzip der Konkurrenz quasi als Naturgesetz behandeln. Die Regeln des freien Marktes sind ihnen keine Regeln, die sich die Gesellschaft gegeben hat (und also wieder nehmen könnte), sondern ewige Kräfte, vergleichbar der Schwerkraft, gegen die aufzubegehren sinnlos ist. Ein Land, das in seinem Inneren den Wettbewerb einschränkt, wird dafür den Wettbewerb zwischen den Ländern verlieren.

Nach diesem Muster erklärt der neue Ökonomismus sämtliche Gesellschaftsphänomene, selbst in der Kultur (Aufstieg und Anstieg von Kunstgattungen) und in der Bildung (Untergang des altsprachlichen Gymnasiums). Mit anderen Worten: Das Unterfutter der neuen Marktideologie bildet ein Darwinismus einfältigster Sorte. Die Entwicklung der menschlichen Kultur vollzieht sich in dieser Perspektive unsteuerbar wie die Evolution.

Eine solche Behauptung ewiger Gesetze, nach denen sich die Zukunft vorhersagen lässt, ist nun freilich nach der klassischen Definition Hannah Arendts das wesentliche Kennzeichen aller totalitären Bewegungen. Sie entbinden von jeder Form moralischer Abwägung; denn wer nach diesen Gesetzen Opfer und wer Sieger sein wird, steht von Anbeginn fest. Der Untergang der zum Untergang Verurteilten (der am Markt Schwächelnden) kann nicht verhindert werden...

Der amerikanische Versuch, alles ehemals staatlich Organisierte und Kontrollierte für den freien Handel zu öffnen, einschließlich Bildung, Wasserversorgung und Infrastrukturen des Verkehrs, beweist, worum es tatsächlich geht: um ein Imperium, das der ganzen Welt sein Abbild aufzwingen will, nicht nur die Demokratie, sondern auch seine Lebens- und Wirtschaftsweise.

Auch darin ist der neue Kapitalismus eine totalitäre Bewegung, dass er nicht zur Ruhe kommen kann oder will, ehe er nicht die ganze Welt erfasst und alles in private Hände gelegt hat, was ehemals noch der staatlichen oder bürgerchaftlichen Kontrolle unterworfen war. Dieser rasende Wille zur Selbstreproduktion und Einebnung aller Unterschiede steht gerade im Zentrum von Hannah Arendts berühmter Untersuchung über Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1955). Dazu gehört die eigentümliche Staatsfeindlichkeit totalitärer Ideologien, die sich nicht zufällig lieber als Bewegung denn als Partei versteht. Alles irgend durch Regeln Gebundene, Kontrollierbare und darum Statische muß verdampfen vor dem dynamischen Prinzip der Bewegung. Alles Individuelle, Traditionsbestimmte, kulturell Besondere und Widerständige soll durch den Kapitalismus wie durch ein reinigendes Fegefeuer, an dessen Ende die eine, gleichförmige und erlöste Welt steht" (Die Zeit, 27.7.2005).

In diesem strukturellen Prozess wachsen die Einsicht und zugleich die Legitimationsversuche, die „Wachsenden Einkommensungleichheiten in den G3-Ländern“ (Studie GoldmannSachs 2007) als unumkehrbar zu vermitteln. So appellieren die Autoren der Studie (Schumacher, Hatzius, Yamakawa) an die Politik der großen Industrieländer, „diese Entwicklung zu tolerieren und nicht zu versuchen, sie mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen umzukehren“. So kritisieren die Autoren aktuelle Bestrebungen der Politik (insbesondere den USA), höhere Handelsbarrieren zu errichten und die Hinweise der europäischen Finanzminister, dass bei Weiterführung des neoliberalen Globalisierungsprozesses Gefahren für die soziale Stabilität drohen. So kommen die Autoren der Goldmann-Sachs-Studie zu dem Schluss, dass in den USA, Japan und der Euro-Zone der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen auf den historisch niedrigsten Stand gesunken ist, und die Einkommensverteilung der Haushalte ungleicher denn je geworden ist. Als Ursachen für die wachsende Ungleichheit werden vor allem die „Globalisierung“ und der technologische Wandel identifiziert.

1.9.1. Distanz ehemaliger Protagonisten

Wird die Globalisierungskritik im Regelfall aus der Perspektive linker Gesellschaftskritiker vorgetragen (und erhält damit tendenziell das Stigma der theoretischen/weltanschaulichen Voreingenommenheit), so ist es um so bedeutsamer, eine fundamentale Globalisierungskritik aus der Feder ehemaliger Protagonisten zu vernehmen, der wie Joseph Stiglitz (Ökonom und Nobelpreisträger) als ehemaliger Chef-Volkswirt der Weltbank und Berater der Clinton-Regierung eine Fundamentalkritik formuliert, die aufhorchen lässt. In seinem aktuellen Buch „Die Chancen der Globalisierung“ (2006) formuliert Stiglitz seine Diagnose der „Globalisierung“ wie folgt:

- Viele Weichenstellungen der neunziger Jahre seien falsch und ungerecht gewesen und von westlicher Arroganz getragen.
- Die Kosten der „Globalisierung“ seien ungleichgewichtig negativ gegenüber den Vorteilen.

- „Globalisierung“ ist für Stiglitz keine Schicksalshaftigkeit, sondern ist das Ergebnis politischer Steuerung und der Durchsetzung ökonomischer interessengeleiteter Theorien. Wären die Weichen anders gestellt worden, sähe es um den Zustand der Welt besser aus. So seien im globalen Maßstab die Reichen immer reicher geworden, und das weltweite Armutspotenzial hat sich vergrößert (die absolute Zahl der Armen steigt weltweit). Die Behauptung, Reichtum würde auf natürlichem Wege von oben nach unten zu den Armen durchsickern („trickle down“) sei eine Fabel. Märkte erzeugen nicht von sich aus Effizienz oder lösen das Armutsproblem, sondern verschärfen es.
- Nur in der Konstruktion der Freihandelsbefürworter komme der Abbau der Handelsschranken allen Menschen zugute, denn die „unsichtbare Hand des Marktes ist unsichtbar, weil es sie gar nicht gibt“. Der gern gesungene Refrain, Märkte sorgten langfristig für Vollbeschäftigung, sei falsch, denn langfristig sind „wir alle tot“.
- Die Welthandels- und Weltfinanzordnung ist strukturell ungerecht, weil sie mit dem Programm der „Globalisierung“ darauf abzielt, das angloamerikanische Wirtschaftsmodell weltweit zu implementieren. Der IWF diene in erster Linie den Interessen der Industrieländer und verfare nach der Devise „Wer hat, dem wird gegeben“.
- Der Marktfundamentalismus hat nach Stiglitz Schiffbruch erlitten, da dieses Programm zu mehr Instabilität und nicht zu Wachstum führt. Es sei kein Zufall, dass immer mehr Länder diesem Programm den Rücken kehren, und sich vom Marktradikalismus des ehemaligen „Washington Consensus“ abkehren.
- Überaus beredt formuliert Stiglitz die Klage über westliche Doppelmoral, eine „Rhetorik der gespaltenen Zunge“. So predigten die Industrieländer die Vorzüge der Demokratie, und förderten systematisch Korruption, und unterstützten repressive Regimes mit Schecks. Konzerne plünderten Bodenschätze, stehlen tradierte Wissen der Entwicklungsländer.
- Die Geringqualifizierten der Industrieländer seien auch von der „Globalisierung“ bedroht. Dem sei nur mit stärkeren Sozialstaaten, stabilen Löhnen und einer stärkeren Steuerprogression beizukommen. Die Ursache der Massenarbeitslosigkeit sieht er nicht in den angeblich globalisierungsuntauglichen Lohnhöhen, Sozialabgaben und Steuern, sondern darin, dass die Industrieländer mangelhaft in Innovation und Bildung investieren, und durch die restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank determiniert werden.

„Es gibt große Gewinner und große Verlierer. Die westlichen Industrieländer gewinnen insgesamt, dazu China, Indien und die ostasiatischen Länder. Letztere bewältigen die Globalisierung mit einem historisch beispiellosten Wachstum. Auf der Verliererseite stehen die armen Länder Lateinamerikas und Afrikas... Die multinationalen Konzerne entziehen diesen Ländern natürliche Ressourcen und schädigen dabei ihre Umwelt... Das Management der Globalisierung benachteiligt sie in jeder Hinsicht. In den industrialisierten Ländern profitieren die Bezieher von Kapitaleinkommen am meisten. Und die gering qualifizierten Arbeiter verlieren. Sie wurden gezwungen, mit gering qualifizierten Arbeitern aus den Entwicklungsländern zu konkurrieren. Das drückt ihre Löhne unvermeidlich nach unten...

Die USA tragen eine überproportionale Verantwortung für die Fehlschläge. Sie haben im IWF das Vetorecht. Von ihnen hängt ab, wie gut der IWF arbeitet... Sie behindern den Kampf gegen die Korruption, anstatt die Führung zu übernehmen. Unter der Bush-Administration ist es schlimmer geworden... Andererseits sind die Europäer nicht nur unschuldige Zuschauer. Sie unterstützen das schlechte System, nach dem die Spitzen von IWF und Weltbank ausgewählt werden...

Es gibt keinerlei empirische Belege, dass diese Liberalisierung das Wirtschaftswachstum fördert. Dagegen gibt es beträchtliche Belege, dass sie zu Instabilität führt... Regierungen sind nicht fähig, Marktversagen zu korrigieren. Aber das sind keine wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen über politische Prozesse. Viele deutsche Ökonomen haben ihren Hut als Wissenschaftler an den Nagel gehängt und sich einen politischen Hut aufgesetzt... Jeder halbwegs Vernunftbegabte muss zu dem Schluss kommen, dass etwas wie ein dritter Weg notwendig ist...

Die Agenda der Demokratisierung heißt, den IWF, die WTO und die Weltbank reformieren. In einzelnen Politikfeldern und aus der Perspektive der Entwicklungsländer sind die wichtigsten Projekte eine faire Handelsrunde und eine Reform des Finanzsystems...

Die multinationalen Konzerne haben die Globalisierung erfolgreich zu ihren Gunsten organisiert und sie mit einer asymmetrischen Liberalisierungsagenda durchgedrungen. Dazu benutzten sie neoliberale Versatzstücke, aber in der Regel ist ihre Ideologie handgestrickt und schlicht interessengeleitet. Obwohl die Weltbank und selbst der IMF dabei sind, ihre Praxis zu verbessern, sind keine Bemühungen erkennbar, die grundlegenden Arbeitnehmerrechte der ILO durchzusetzen.

Der IWF redet über Inflation, aber nicht über Arbeitslosigkeit. Bei der Kapitalmarktliberalisierung ist sicherzustellen, dass sie nicht zu asymmetrisch ausfällt. Und wenn es Asymmetrien gibt, dann sind Schutzmaßnahmen einzubauen. Das Mindeste ist, eine Debatte über die möglichen Folgen einer Kapitalmarktliberalisierung zu beginnen. Die globale Zivilgesellschaft muss die Stimme erheben. Die Arbeiterbewegung ist ihre wichtigste organisierte Einheit".

(in: http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-F3BCF98A/hbs/hs.xsl/163_84601.html, 05.04.2007, S. 6).

Auf dem Hintergrund seiner Radikaldiagnose sucht Stiglitz nach Alternativen innerhalb der „Globalisierung“ und entwirft Umriss einer „fairen Weltwirtschaft“. Er hofft auf einen weltweiten „Gesellschaftsvertrag“, auf eine globale Wettbewerbsbehörde mit einem eigenen Wettbewerbsrecht. Die „Wohlstandsländer“ müssen den ärmeren Ländern ihre Märkte öffnen, ohne von ihnen im Gegenzug das Gleiche zu verlangen. Vor allem die Stimmrechtsverteilung beim IWF und der Weltbank müsste geändert, und das Vetorecht der USA in diesen Institutionen eingeschränkt werden. Schließlich möchte Stiglitz das System der Weltwährungsreserven ändern und den „Weltdollar“ (global greenback) als internationale Leitwährung einführen. Dieser Schritt würde das Weltfinanzsystem vom US-Dollar abkoppeln und dadurch stabiler machen. Denn die US-Schuldenpolitik gefährdet den Dollar. Vor allem aber stehe global die Armutsbekämpfung im Vordergrund. Während die USA eine Billionen Dollar für den Irak-Krieg ausgeben, würden jährlich 100 Milliarden Dollar reichen, um einen „Krieg gegen die Armut“ zu führen. Wie viele Liberale sieht sich Stiglitz von den ungenutzten Gestaltungsoptionen der USA (nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums) tief enttäuscht. Neue globale Institutionen seien noch nie so nötig gewesen wie heute. Das Vertrauen in die Legitimität der bestehenden Einrichtungen sei massiv geschwunden. Die Spielart der neoliberalen „Globalisierung“ hat die Welt verändert, nun müsse sie vor ihm verschont werden.

1.10. Das Ende der „westlichen Dominanz“?

Eine genaue Analyse der globalen Prozesse lässt erkennen, dass eine neue Topografie von Macht und Reichtum und zugespitzter globaler Konkurrenz wahrzunehmen ist, die nach dem Motto „Asiens Aufstieg ist ihr Abstieg“ die westlichen Gesellschaften zunehmend verunsichert. Die sog. „Angreiferstaaten“ (China, Indien, Tigerstaaten) sind dabei, die politische, ökonomische und auch militärische Architektur grundlegend zu verändern. Wir werden Zeitzeuge einer außergewöhnlichen Entwicklungsdynamik vor allem Chinas, die eine Veränderung der westlichen Dominanz in mittelfristiger Perspektive realistisch erscheinen lässt, und die Machtachse der Welt zunehmend Richtung Asien verschiebt. Mit einer nie gekannten Wachstumsorientierung, den damit verbundenen sozialen Polarisierungstendenzen, der Verschärfung des Stadt-Land-Gefälles und den destruktivsten Folgen für die Umwelt ist in diesen Ländern (China, Indien, Tigerstaaten) ein Entwicklungstrend aufgesetzt, der den globalen Kampf um die Wohlstandsverteilung weiter verschärft. Die Konditionen dieses heutigen Wettbewerbs (Hungerlöhne, sittenwidrige Gehälter, desaströse Arbeitsbedingungen etc.) und eine Ignoranz gegenüber nationalen Wirtschaftsregeln (siehe auch die Analyse Q. He, 2006) verdeutlichen die Entschlossenheit und Aggressivität dieses Kurses - gestützt und dynamisiert durch den auf maximalen Profit getriggerten „Shareholder“-Kapitalismus, der die finanziellen und ökonomischen Grundlagen (mit)-gelegt hat und weiter legt, und zugleich den westlichen Volkswirtschaften in strukturell definierbaren Bereichen die bisher gesicherten Arbeitsgrundlagen entzieht:

„Ein Beschäftigter nach dem anderen muss das Boot der Volkswirtschaft verlassen, damit die anderen, um diesen Ballast befreit, ihr Tempo steigern können. Die vielen Boote der Volkswirtschaft melden zwar Tempogewinne. Der Staat aber ist ohne Unterlass mit Bergungsarbeiten beschäftigt. In seiner Obhut landen die Gekenterten, also jene Menschen, die die stolze Exportflotte, der sie gestern noch angehörten, nun von hinten sehen. Sieben Millionen Deutsche, fast zehn Prozent der Bevölkerung, beziehen mittlerweile Hilfszahlungen aus dem Hartz-IV-Programm.“ (Der Spiegel 37/2006, S. 48).

Bisher waren Milliarden Menschen als ernsthafte Wettbewerber/Konkurrenten nicht existent. Der Globalisierungsprozess hat jedoch eine Entwicklungsdynamik ausgelöst, der den **„Weltarbeitsmarkt“ als globales Konkurrenzmodell etabliert**, und das Leben und Arbeiten von Milliarden Menschen massiv verändert hat und noch schärfer verändern wird:

„Was für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Die 350 Millionen gutausgebildeten, aber teuren Arbeitskräfte des Westens, die eben noch große Teile der Weltproduktion unter sich ausmachten, sind über Nacht in die Minderheit geraten. Schon diese Angebotserweiterung ist mehr als beachtlich, aber dabei bleibt es nicht. Innerhalb der Angreiferstaaten wachsen aufgrund der hohen Geburtenraten immer neue Menschen nach, die nur darauf brennen, sich dem Weltarbeitsmarkt anzudienen. Sie wollen einen Job, koste es, was es wolle...“

Nie zuvor in der Geschichte hat es eine derartige Ausweitung des Arbeitskräfteangebots gegeben. Eine wahre Arbeiterinflation ist in Gang gekommen, denn diese Angebotserweiterung steht keine auch nur annähernd vergleichbare Nachfrage gegenüber.

Die westlichen Unternehmen können ihr Glück kaum fassen. Die Regierungen rollen ihnen den roten Teppich aus, und auch ihr alter Gegenspieler, die Arbeiterklasse macht höflich den Diener. Eine derart üppige Auswahl an willigen und billigen Arbeitskräften besaßen die Unternehmen noch nie. An jeder Ecke pfeift man ihnen hinterher.

In den Banken flimmern die Börsenkurse aus aller Welt über die Bildschirme. Innerhalb weniger Minuten, manchmal auch Sekunden, kommt es zur Angleichung von amerikanischen Notierungen und europäischen Kursen. Würde im Arbeitsamt ein Bildschirm mit den Löhnen der verschiedenen Länder installiert, wären viele überrascht, was sie da zu sehen bekämen.

Im Weltarbeitsmarkt ist dieselbe Annäherung der Kurse zu beobachten, nur in Zeitlupe. Durch das zusätzlich Milliardenangebot an Arbeitswilligen ist etwas in Gang gekommen, das bald schon mit großer Wucht auch den Mittelbau der westlichen Gesellschaften verändern wird: Die Löhne und damit auch die Lebensstandards der einfachen Arbeiter bewegen sich aufeinander zu. Ausgerechnet das Kapital sorgt dafür, dass die alte linke Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nun weltweit durchgesetzt wird.

Einer der großen Irrtümer unsere Tage liegt darin, zu glauben, dass die Millionen Wanderarbeiter in China und die Tarifangestellten in Wolfsburg und Detroit nichts miteinander zu schaffen hätten. Das scheint so, aber so ist es nicht. Der eine kennt die Autostadt Wolfsburg nicht, und der andere hat nur eine vage Vorstellung davon, was es heißt, ein Wanderarbeiter zu sein. Dennoch sind die Biographien auf schicksalhafte Weise miteinander verbunden...

Wer in Europa und in Amerika seine Lohnhöhe mit nicht mehr begründen kann als dem Tarifvertrag, den teuren Lebensumständen und der westlichen Tradition des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit, hat künftig keine Chancen, sich durchzusetzen. Die bisherige Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Gegenwehr fielen für die Beschäftigten ernüchternd aus: Wer den Prozess aufzuhalten versuchte, beschleunigte ihn. Die Alternative für Deutsche, Franzosen und Amerikaner lautet nicht Hochlohn oder Billiglohn. Die Alternative für Millionen Menschen in einfachen industriellen Berufen lautet Billiglohn oder gar keinen Lohn...

Die Integration von Millionen Menschen in Asien geht einher mit der Desintegration von Millionen im Westen. Die Arbeitnehmer der Abschiedsgesellschaften und die Beschäftigten der Angreiferstaaten ergänzen sich nicht, sie ersetzen einander.. Allein in den Jahren von 1997 bis 2003 haben sich die deutschen Importe aus verschiedenen Niedriglohnländern verdoppelt... Die Ökonomen sprechen von „import penetration“, also von der Durchdringung einer Volkswirtschaft mit der Erzeugnissen anderer Länder. Diese Durchdringung hat sich im Westen beschleunigt, derweil die Eigenproduktion nahezu spiegelbildlich zurückging. Einige Sektoren melden bereits eine Importdurchdringung von über 80 Prozent, was nichts anderes bedeutet als den Abschied dieser Industrien aus Europa zugunsten ihres Neuaufbaus am anderen Ende der Welt... Viele Firmen, die wir für deutsch, britisch oder französisch halten, sind in Wahrheit bereits Firmen, die in ihren Geburtsländern nur noch Rumpfbelegschaften unterhalten. Die dürfen kontrollieren, entwickeln, testen, bilanzieren, verpacken und verschicken, was andernorts erstellt wurde...

In den USA ist die Deindustrialisierung weiter fortgeschritten als in Europa... In den fünfziger Jahren arbeiteten noch 35 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmer in der Industrie, in den Sechzigern lag die Quote bei 32 Prozent, in den achtziger Jahren rutschte sie unter 20 Prozent. Heute sind rund 11 Prozent der amerikanischen Beschäftigten in der Industrie zu Hause – eine Halbierung innerhalb von nur einer Generation...“ (Der Spiegel 37/2006, S. 54 ff.).

Dieser schon heute empirisch belegbare strukturelle Wandel westlicher Industriegesellschaften wird sich unter der Entwicklung der **„Weltarbeitsgesellschaft“** in eine extreme Dynamisierung bewegen, und folgende grundlegende Veränderungen einleiten bzw. vorhandene verschärfen:

- Die neue, sich verschärfende strukturelle Disparität zwischen Kapital und Arbeit (Kapital ist global willkommen, die Arbeiter sind es nicht) trägt nicht nur zum Kapital- und Know-how-Transfer und einer massiven Verlagerung von Arbeitsplätzen bei, sondern schafft die Grundlagen für einen Weltarbeitsmarkt als auch eine Verschiebung bisheriger Machtkontellationen. Mit der Wanderung des Kapitals ziehen jetzt auch die Arbeitsplätze durch die Welt. Erstmals in der Geschichte hat sich ein weitgehend einheitliches Wirtschaftssystem herausgebildet, das alle Produktionsfaktoren (Kapital, Rohstoffe, menschliche Arbeitskraft) in einer bisher unbekannten Dimension zur Verfügung stellt.
- Ist für die „Neuankömmlinge“ in diesem „Weltarbeitsmarkt“ Neugier, Entschlossenheit und Tatkraft das Grundmotiv, an diesem „Kuchen“ teilzuhaben, so befinden sich Millionen von Arbeitgebern im Westen in einer weniger optimistischen Grundstimmung. Die quantitativen und qualitativen Verschiebungen im Weltarbeitsmarkt sind immens: 350 Millionen gut ausgebildeten, aber ‚teuren‘ Arbeitskräften, steht ein wachsendes Potenzial der sog. „Angreiferstaaten“ gegenüber, das es in der Geschichte in dieser Dimension noch nicht gegeben hat. Eine derart dimensionierte Auswahl an willigen und billigen Arbeitskräften stand dem globalisierten Kapital noch nie zur Verfügung.
- In diesem Kontext des weltweit konkurrierenden Angebots an Arbeitskräften organisiert sich ein massiver Druck auf die Lohnarbeitsstandards in den westlichen Industrieländern. Vor allem das ‚untere Drittel‘ des Arbeitsmarktes unterliegt einer immensen Standardentwertung. Diese „strukturell Überflüssigen“ (Ulrich Beck) verfestigen sich zunehmend durch die Dynamik des „Weltarbeitsmarktes“ und einem zunehmenden globalen Lohnverfall. Dabei befinden wir uns erst am Anfang dieser Entwicklung. Vor allem die ungelernten Billiglöhner sind austauschbar geworden. Für diese heißt die Kondition „Billiglohn oder gar keinen Lohn“. Das Motto „Massenproduktion machen andere“ signalisiert einerseits die zunehmende strukturelle Bedrohung unqualifizierter Arbeitsplätze, und beinhaltet den zunehmenden Zwang auf innovative und dienstleistungsorientierte Tätigkeiten und eine Fokussierung auf naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Disziplinen.
- Eine Analyse des Import-Exportverhältnisses bestätigt diesen strukturellen Wandel. So haben sich im Zeitraum von 1997 bis 2003 die deutschen Importe aus den verschiedenen Niedriglohnländern verdoppelt (die Ökonomen sprechen von „import penetration“). Die Metapher „Produziert in China, kontrolliert durch Steiff“ charakterisiert diesen Wandel. Zwischenzeitlich beschäftigen die meisten der Dax-30-Konzerne mehr Menschen im Ausland als im Heimatmarkt. Diese Integration von Millionen von Menschen in Asien hat einen äquivalenten Prozess: den wachsenden Ausschluß von Millionen in Europa und in den USA. Vor allem die unqualifizierten Arbeitnehmer werden in ihrer Mehrzahl zu erbitterten Lohnkonkurrenten mit massiven Einkommensverlusten. Diese Arbeitsplatzverluste werden nicht durch den Aufbau von neuen Arbeitsplätzen kompensiert. Dieser Prozess hinterlässt sowohl soziostrukturelle, sozialräumliche als auch gesellschaftspolitische Spuren. Die Deindustrialisierung ist in den USA schon weiter fortgeschritten als in Europa. Das dominierende und auslösende Motiv ist und bleibt die Senkung der Produktionskosten. Nach einer Aussage einer Studie der Deutschen Bank haben „arbeitsintensive Tätigkeiten in den Hochlohnländern keine Zukunft“ mehr.
- Die Verlagerungsdynamik der globalisierten Produktion und zunehmend auch der Dienstleistungsfunktionen wird sich verstärken, da die „Standortvorteile“ signifikant sind und sich mit wachsender Qualifikationsstruktur in den genannten Ländern noch attraktiver gestalten werden. Die Produktions- und Dienstleistungspräsenz „vor Ort“ in den Zukunftsmärkten ist in jeder Hinsicht funktional, obwohl die Jobverlagerung mit dem Erschließen neuer Märkte nicht das Ge-

ringste zu tun hat. So rechnete die volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Bank in ihrer Studie „Der Tiger auf dem Sprung“ aus, dass die Verlagerung nach Indien sich für nahezu alle Branchen lohnt – trotz durchaus hoher Anfangsinvestitionen und zusätzlicher Telekommunikationskosten. Das bisher gültige Paradigma, nur die einfache Arbeit würde uns verlassen, und die Zukunft gehöre der qualifizierten Arbeit, lässt sich auf dem Hintergrund der vorliegenden Daten und einer Entwicklungsprojektion schwerlich halten. Der Angriff vollzieht sich auch auf die Mitte unserer Gesellschaft. So stellt das deutsche Wirtschaftsministerium in der Studie „Globalisierte Arbeitswelt“ fest, dass die „zweite Welle“ auch die Hochqualifizierten betrifft. So entsteht eine fernöstliche Wissensökonomie mit Zeitverzögerung auch in China und Indien, die von einer massiven Expansion einer qualifizierten Akademikergeneration getragen ist. So verließen im Jahr 2005 in Fernost viermal soviel Akademiker die Universitäten wie in Europa. Jeffrey Garten (ehemaliger Leiter der Yale School of Management in Connecticut (Steingart: 224) prognostiziert den „Aufstieg Chinas zum technologischen Superstar“. Qualifikation und Preis organisieren einen noch nicht ganz ins öffentliche Bewusstsein gedungenen Konkurrenzdruck in einen bisher unproblematisch erscheinenden Markt der Höherqualifizierten, der sich sicher nicht nur Kraft Masse definieren lässt. Bildung/Qualifizierung und Kapitalaustattung sind die zentralen Größen in diesem globalen Wettbewerb. Arbeitsplätze folgen der Spur des Geldes und damit der Profitrate. Der Aufstieg Asiens und Osteuropas setzt die industriell entwickelten Länder des Westens massiv unter Druck. Die globale Vernetzung durch das Internet und die Öffnung vor allem Chinas, Indiens und Osteuropas wird die Wettbewerbssituation um Standorte und Arbeitsplätze völlig neu gestalten. Das „Ende der Nationalökonomie“ (Herbert Giersch) beschleunigt den Strukturwandel. Branchen, die gestern noch in Europa, Japan und den USA produzierten, werden zunehmend von den Schwellenländern bedroht. Ein Millionenheer von Arbeitslosen in diesen Ländern setzt das Lohngefüge unter Druck. Binnen einer Dekade konnten die Schwellenländer ihren Anteil am Welthandel mehr als verdoppeln (Wirtschaftswoche 48/2006: 28). Outsourcing und Offshoring an kostengünstigere Standorte werden durch den Siegeszug der modernen Informations- und Kommunikationstechnik ein massenhaftes Phänomen. Nach Berechnungen des US-Ökonomen Freeman (Harvard Universität) hat sich das weltweite Angebot an Arbeitskräften von 1,46 auf 2,93 Milliarden Menschen verdoppelt (Wirtschaftswoche 48/2006: 30).

Neu und signifikant dynamisch vollzieht sich dieser Trend bei sogenannten White Collar Jobs. Dieser Trend ist vergleichbar mit dem Strukturwandel der industriellen Revolution. Nach Berechnungen der Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton haben Unternehmen bereits Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Wert von 10-15 Milliarden Dollar in Niedriglohnländer verlagert und bauen dabei auf ein schier unerschöpfliches Potenzial qualifizierter und hochmotivierter Arbeitskräfte. So wird der Faktor Bildung das A und O im globalisierten Wettbewerb, da die Zukunft vor allem jenen Tätigkeiten gehört, die Innovationskompetenz und den Umgang mit Komplexität plus adäquate Schlüsselqualifikationen zur Grundlage haben:

- Eine zentrale Stabilisierung dieses Prozess ergibt sich aus dem massenhaften Verhalten der „Kunden“ in den westlichen Industriegesellschaften, die die Orientierung auf günstige Preise („Geiz ist geil“) kultiviert haben, und damit strukturell die eigenen Existenzgrundlagen destabilisieren. Dieses angestossene Perpetuum mobile wird deswegen in Bewegung bleiben, weil die massenhafte Verschlechterung der monetären Basis dieses Kaufmuster immanent immer plausibler macht. Die „Angreiferstaaten“ bringen hier einen strukturellen Vorteil in den Marktprozess, da sie ohne die bei uns gültigen Sozialstandards den Wettbewerb gestalten können.
- Während die Sozialstaatsfunktion in Deutschland und Europa („Sozialpflichtigkeit des Eigentums“) – das europaweite Sozialbudget liegt bei ca. 3 Billionen Euro – zum Selbstverständnis geworden ist, positionieren sich Systeme wie China wesentlich „robuster“. Sozial-politische

Rücksichtsnahmen und Sicherungssysteme, arbeitsschutzrechtliche Bestimmungen, massenmassenhafte Kinderarbeit und Umweltstandards orientieren sich nicht an westlichen Selbstverständnissen, und schaffen im Systemwettbewerb einen strukturellen Benchmarknachteil, der wiederum einen enormen Druck auf die Standards westlicher Industriegesellschaften hervorruft. Chinas Diktatur und Indien überbieten sich in der Skrupellosigkeit im Umgang mit natürlichen und menschlichen Ressourcen. Der ideologisch verbrämte „Freihandel“ entwickelt seine janusköpfigen Gesetze gegen seine Konstrukteure, und lässt die Balance zwischen „offenen Märkten“ und zunehmendem Protektionismus immer waghalsiger werden. Unter der Prämisse „So haben sich Politiker und Konzernlenker im Westen die Globalisierung nicht vorgestellt“ verweist die FAZ (3.7.2007) auf die „dynamische Aufholjagd“ der ehemaligen Planwirtschaften (China und Russland), die mit zunehmend aggressiven Methoden ihre Devisen für strategische Firmenübernahmen einsetzen. Diese Ansätze zur Erschließung des Transfers von Technologien und der Besetzung von Schlüsselindustrien akzentuiert noch einmal den ökonomischen Kampf im Rahmen des globalen Systemwettbewerbs. Wie dieser Prozess ausgeht, entzieht sich jeder Prognose:

„Seit den wilden Zeiten der industriellen Revolution hat es einen derart unwüchsigen Kapitalismus nicht mehr gegeben, der alles andere zur Seite schiebt, zur Not eben auch das Recht der Kinder auf Kindheit und der Gesunden auf Unversehrtheit. Es ist, als habe Karl Marx seine Erkenntnisse über die Skrupellosigkeit des Kapitals in chinesischen Bergwerken und indischen Textilfabriken gewonnen: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinen Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ (Steingart 2006, S. 240).

- In diesem Verhältnis von „freiem Markt“, Protektion und staatlichem Interventionismus scheint die Ware Arbeitskraft immer noch die freieste unter allen „handelbaren Gütern zu sein. Weltweit werden die Mindeststandards für die Arbeitsleistung von allen „Angreiferstaaten“ mit großer Skrupellosigkeit ignoriert, und organisieren wiederum einen strukturellen Druck in die westlichen Industriegesellschaften: durch Outsourcing und Verlagerung und/oder Senkung vorhandener arbeits-, lohn- und sozialpolitischer Standards. Ein gefährlicher circulus vitiosus ist in Gang gesetzt, und wird durch seine immanente Logik immer schneller dynamisiert.
- Eine zentrale Größe zur globalen Durchsetzung dieses Kurses ist die strukturelle Veränderung der Gewerkschaften in der Rolle des „Nachlassverwalters“. Die Zeiten, in denen die Mitglieder des industriellen Kerns mit laufenden Lohnzuwächsen rechnen konnte, sind vorbei: Der Kündigungsschutz wird löchriger, die Arbeitszeit wird länger und der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen stagniert nicht nur sondern ist rückläufig. Eine relevante gewerkschaftliche Gegenwehr ist trotz aller Rhetorik nicht zu erkennen, der Organisationsgrad geht kontinuierlich zurück. In einer für die Gewerkschaftsspitze intern angefertigte McKinsey-Studie (2004) wird das Dilemma des Strukturwandels beschrieben: Seit zehn Jahren verlassen jährlich im Schnitt 250.000 Menschen die Einzelgewerkschaften des DGB (in: Steingart 2006: 265 f.) Somit ist der Durchsetzung des skizzierten Prozesses der neoliberalen Globalisierung Tür und Tor geöffnet. Diese strukturelle Entwicklung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung reduziert sich nicht nur auf Deutschland.

In der Summe lässt sich aus dieser Trendbetrachtung der Schluß ziehen, dass die Markt- und Systemkonkurrenzen sich gravierend verschärfen, und massive Auswirkungen und Herausforderungen für die Gesellschaften bedingen werden. Durch diesen Prozess sind nicht nur die „unteren“ Segmente des Arbeitsmarktes betroffen. Diese jedoch existenziell verstärkt, da sich die internationale Lohnarbeitskonkurrenz vor allem in den niedrigqualifizierten und -entlohnenden Segmenten qualitativ und quantitativ zuspitzen wird. Der Kampf um die günstigsten „Standortbedingungen“ hält nicht nur an, sondern wird sich weiter in der bekannten Logik dynamisieren. Eine zentrale mögliche Konsequenz wird

eine Vergrößerung und Chronifizierung des gesellschaftlichen Marginalisierungs- und Exklusionspotenzials sein, wenn es gesellschafts- und bildungspolitisch nicht gelingt, das Qualifikationspotenzial der heute weitgehend desintegrierten Potentiale der heranwachsenden „Ware Arbeitskraft“ signifikant zu verbessern.

1.11. Brüche und Umbrüche in der Arbeitswelt und im gesellschaftlichen Überbau

Stellte in der Vergangenheit die Verknüpfung von Arbeit und soziökonomischer Sicherheit eine der großen Innovationen der industriegesellschaftlichen Moderne dar und waren Stabilität, Kalkulierbarkeit und Langfristigkeit der Lebensplanung unbefragte Selbstverständlichkeiten der fordischen Epoche (soziale Sicherheit, keynesianische Vollbeschäftigungspolitik, politische Regulation der sozialen und ökonomischen Verhältnisse), so ist der beschriebene Prozess der Entfesselung des Kapitalismus der Paradigmenwechsel in eine politische Ökonomie der Unsicherheit und Destabilisierung. Arbeitsmarktsicherheit, Beschäftigungssicherheit durch Kündigungsschutz, Qualifikationssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit, Einkommenssicherheit, Vertretungssicherheit (Gewährleistung kollektiver Interessenvertretungen) stehen massiv zur Disposition. Der keynesianische Wohlfahrts- und Sozialstaat wird in Frage gestellt und dieser Prozeß als Zwangsgesetzlichkeit vermittelt.

Die in den Industrieländern Nordamerikas und Europas selbstverständliche normative Dominanz des arbeits- und sozialrechtlich regulierten „Normalarbeitsverhältnisses“ befindet sich in weitgehender Auflösung, die „informelle“ (Altvater/Mahnkopf 2002) und Schattenwirtschaft wächst, also jene Segmente der Wirtschaft und des Dienstleistungssektors, in dem weder Steuern bezahlt und Sozialabgaben gemieden werden. Man kann schon heute davon ausgehen, dass in den heutigen Industrieländern etwa ein Viertel der Erwerbspersonen „schwarz“ arbeitet oder prekär beschäftigt ist. Die Übergänge zwischen „formellen“ und „informellen“ Beschäftigungsverhältnissen werden zunehmend fließend. Die Grauzonen sind groß und sie wachsen. Maßstäbe zur Klassifizierung sind die Maßstäbe bisheriger committeder Normalität: Tarifverträge, Tarifvertragsparteien, Betriebsverfassung, Sozialgesetze. Sozioökonomische Sicherheiten im umfassenden Sinne von „decent work“ scheinen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den meisten Ländern der Welt ein Privileg einer zunehmend verschwindenden Minderheit zu sein/zu werden. Die Dynamik globaler Transformationsprozesse bringt massenweise Beschäftigungsverhältnisse ohne soziale und ökonomische Sicherheiten hervor, die von den nationalstaatlichen Politiken im Selbstverständnis des Neoliberalismus hervorgebracht werden. Selbst in den stabilen Kernen der Ökonomie wird Beschäftigungssicherheit durch (teilweise massive) Zugeständnisse in Bezug auf räumliche Mobilität, Zeitflexibilität, Lohnverzicht, gesteigerte Leistungsintensität, Kürzung der Urlaubstage etc. stark strapaziert.

Die kollektive Sozialidentität befindet sich in einem gravierenden Wandlungsprozeß. Die Grunderfahrung existenzieller Unsicherheit vergemeinschaftet sich (wenn auch differenziell), das Gefühl / die Erfahrung von Unsicherheit, Zukunftsangst, Angst vor dem sozialen „Absturz“, physischem und psychischem Streß. Entwürdigung, Demütigung und Armut greifen um sich und prägen das kollektive Unbewusste (Barbara Ehrenreich, 1992, 2001).

„Die betriebswirtschaftliche Rationalität des kapitalistischen Einzelunternehmens wird zur Blaupause für die Gesellschaft insgesamt“ (Negt 2002, S. 14).

Erst in der Zusammenschau vieler Analysestränge lassen sich die Prozesse der „Informalisierung“ und die „Prekarisierung“ von Arbeit als ein graduell abgestufter Grundprozeß der neoliberalen „Globalisierung“ neuer Unsicherheiten identifizieren, der sich zu einem allgemeinen Dauerzustand herauskristallisiert (Pierre Bourdieu 1999), d.h. es handelt sich nicht um ein Durchgangsstadium im „Modernisierungs“prozeß, sondern dies ist ein stabiler Prozeß als Konsequenz der „Strukturanpas-

sungsprogramme“ und „Deregulierungen“. Es ist also ein Ausdruck struktureller Veränderungen unter den Anforderungen globaler Wettbewerbsfähigkeit, also eine logische Konsequenz externer Restriktionen im Rahmen des global implementierten „Shareholder“-Kapitalismus, der durch nationale, transnationale und supranationale Politikkontexte/-modelle flankiert, stabilisiert, verstärkt oder gar hervorgebracht wird. Wo globale trans- und supranationale Standards auf nationale, gesellschaftsspezifische stoßen, geraten letztere in der Regel unter Druck (Maastricht-Kriterien, Strukturprogramme IWF und/oder Weltbank).

In der Folge dieses Prozesses werden immer mehr Menschen die Fähigkeit einbüßen oder einschränken, einem vernünftigen, existentiell gesicherten und perspektivischen Lebensplan zu folgen. Eine „Freiheit“ ohne sozioökonomische Sicherheit ist eine Freiheit des Marktsubjektes in der Logik des Kampfes aller gegen alle. Unsicherheit wird in den Rang politischer Programmatik erhoben, mit der ideologischen Prämisse, Unsicherheiten und substantielle Ungleichheiten seien Voraussetzungen ökonomischen Wachstums – wenn schon nicht erstrebenswert so doch unvermeidlich.

Und die Konditionen werden immer härter ins Spiel gebracht:

„In Zukunft können manche von uns nicht so viel verdienen, wie sie in Deutschland zum Überleben brauchen. Dann kann es sein, dass zwei oder drei Mitglieder einer Familie arbeiten müssen, damit es zum Leben reicht. Es geht nicht mehr, dass Unternehmer verpflichtet sind, einem Beschäftigten einen Familienlohn zu zahlen... Wir brauchen nicht auf polnisches Lohnniveau, aber wir müssen von unserem extrem hohen Niveau runter. Wir müssen das Sozialleistungsniveau absenken... Wir müssen die Leute begeistern, intensiv und lange zu arbeiten... 60 Stunden pro Woche. Oder auch mal zwei Jahre auf den Jahresurlaub verzichten... Wir können uns ein Wohngeld... wir können uns Renten auf dem heutigen Niveau nicht leisten...“ (Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, in: Magdeburger Volksstimme 11.2.2005).

1.12. „Deutschland AG“ in der Krise und im Visier

Ein bedeutender Indikator für den gravierenden sozioökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchprozess sind die massiven Veränderungen in der „Deutschland AG“ in zwei Dimensionen: Der Zerfall der alten Netzwerksstrukturen und die Etablierung einer neuen Manager- und Politikergeneration, und damit einhergehend das Krisenmanagement in der Industrie- und Dienstleistungslandschaft durch ausländische Investoren.

Es ist unübersehbar, dass die Netzwerke der Aufbauzeit der Bundesrepublik unter dem Druck der globalisierten Weltökonomie sich zunehmend verändern, und die „Deutschland AG“ sich in einem Prozess der Auflösung bewegt. Das alte System ist sichtbar nur noch in Rudimenten präsent. Einst machtvolle Aufsichtsräte (Liesen: VW, Eon, Ruhrgas; Kopper: DaimlerChrysler) formen die Industrie nicht mehr und treten als Protagonisten sukzessive hinter die Bühne. Mit der Etablierung einer international sozialisierten Managergeneration fällt auch die Bindung an die Kungelgesellschaften ihrer Vorgänger, sie zeigen wenig Interesse an der alten „Deutschland AG“, da ihr Geschäftsfokus international ausgerichtet ist. Macht wird in einer globalisierten Wirtschaftswelt von denen ausgeübt, die über ein dichtes internationales Netzwerk verfügen. Der Nachweis für diese Machtverschiebung lässt sich aus den Veränderungen der jährlich erhobenen Rankings der „50 Mächtigsten in der deutschen Wirtschaft“ (manager-magazin-Liste 2006) ableiten, aus dem nicht zuletzt auch der Generationenwechsel an der Spitze vieler Unternehmen sichtbar wird.

Gewandelt hat sich in diesem Transformationsprozess auch das Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Nicht nur der „Genosse der Bosse“ in der Kanzler-Rolle, sondern die unmittelbaren Einflüsse auf die konkrete Politikgestaltung im Interesse der Politik stehen im Fokus der Betrachtung:

„Noch nie, so meint ein Multiaufsichtsrat, hätten Manager und Unternehmer die Politik, so dreist vor sich hergetrieben wie jetzt‘. Spürt die Regierung nicht, bleiben die Lohnnebenkosten so hoch wie bisher, wird die Produktion ins Ausland verlagert. Basta.“

Kurioserweise hat gerade Schröders rot-grüne Koalition den Zerfall der deutschen Schutz- und Trutzgemeinschaft beschleunigt: Seit Anfang 2002 müssen die Unternehmen keine Steuern mehr zahlen, wenn beim Verkauf von Beteiligungen Gewinne anfallen.

Und so trennen sich immer mehr große Unternehmen von Papieren, die keinen strategischen Nutzen und oftmals wenig Rendite bringen. Allen voran das Dreigestirn der Deutschland AG – Deutsche Bank, Allianz und Münchener Rück“ (manager-magazin 5/2005, S. 44).

Der Prozess der finanziellen Entflechtung läuft parallel mit dem Vormarsch institutioneller Anleger. So hatten Private-Equity-Häuser (KKR, Blackstone, Permira u.a.) in 2004 einen Zuwachs um 77% gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig kaufen Fondsgesellschaften Aktien hiesiger Firmen auf. Mit dem Vermögen milliardenschwerer Geldgeber kaufen Fonds gezielt die Schulden von Pleitekandidaten auf, um sie anschließend mit brachialen Methoden „auf Vordermann zu bringen“, um sie so schnell wie möglich wieder mit hohem Gewinn abzustoßen. Dies auf dem Hintergrund von Firmenpleiten in Rekordhöhe. Nach Roland Berger (Unternehmensberater) zeigen mehr als 40 Prozent hiesiger Firmen Krisensymptome. Das Volumen „fauler Kredite“ in den Büchern deutscher Banken bewegt sich nach Expertenschätzungen in der Größenordnung von 200 bis 300 Milliarden Euro (manager-magazin 5/2005). Dies ist der Humus für einen erst in der einmaligen Größenordnung bevorstehenden Generalangriff ausländischer Investoren. Damit wird sich die Art und Weise, wie heimische Unternehmen saniert werden, von Grund auf ändern (Massenentlassungen, Veränderungen der Sozial- und Gehaltsstandards, Zerstörung traditioneller Firmenkulturen etc.). Die Scheu vor „harten Schnitten“ ist vorbei:

„Die neuen Geldgeber gehen bei der Sanierung in der Regel mit einer hier zu Lande ungenannten Härte ans Werk. Geierfonds wie Fortress, Cerberus oder Apollo haben ihre eigenen Methoden, mit kränkelnden Firmen umzugehen.

Viele der Investoren sind seit Jahrzehnten im Geschäft... Das Geschäftsmodell von Cerberus, Citadel&Co ist simpel. Finanziert von vermögenden Geldgebern, bisweilen auch Stiftungen -, kaufen sie sogenannte ‚non performing loans‘ (Not leidende Kredite), um sie dann mit harter Hand abzarbeiten, sprich: zu Geld zu machen.

Gemeinsam mit den Investoren fällt eine auf Firmenkrisen spezialisierte Beraterclique in Deutschland ein: Investmentbanken wie Houlihan Lokey Howard&Zukin, Sanierungsberater wie Alvarez&Marsal sowie Anwaltskanzleien. Anders als in Deutschland bisher üblich, setzen die angelsächsischen Krisenexperten nicht bei der Sanierung des operativen Geschäfts der Pleitekandidaten an. Vielmehr kümmern sie sich zuerst um deren Finanzierungsstruktur...

Ihr Ziel ist es, die Schulden eines Unternehmens neu zu ordnen und die Zahlungsunfähigkeit (und damit die Insolvenz) zu vermeiden. ‚Bilanzsanierung‘ nennen Fachleute diesen Ansatz. Ein harmloses Wort, hinter dem sich allerdings meist eine harte Realität verbirgt...

Auch die Bonds anderer deutscher Krisenfirmer sind mittlerweile weitgehend im Besitz von Vulture-Investoren. Von der Beteiligungsholding Augusta Technologie über Rinol... bis hin zum Mischkonzern VDN sind die Geier auf breiter Front in die Niederungen der deutschen Unternehmenslandschaft vorgedrungen. Der unter einer gewaltigen Kreditlast ächzende deutsche Mittelstand bietet den Investoren genügend Ansatzmöglichkeiten.“ (manager-magazin 2/2005, S. 76/77).

Diese gravierenden strukturellen Veränderungen in der deutschen Industrie- und Dienstleistungslandschaft haben nicht nur beschriebene Auswirkungen auf die betroffenen Unternehmenseinheiten, sondern auf die Kultur der Arbeitswelt und der Gesellschaft allgemein. Die Profitlogik der „Shareholder“-Philosophie wird noch dadurch gestützt, dass die offizielle Politikrepräsentanz jeglichen industriepolitischen Steuerungsansatz ad acta gelegt hat, und sie zunehmend mit der Logik des offiziellen neoliberalen Mainstreams identifiziert ist, (zumal die Verschuldung öffentlicher Haushalte auch immer weniger Gestaltungsspielräume eröffnet).

1.13. Deutsche Sonderthemen: Zusätzliche Fallstricke im globalisierten Kontext

Wird die Perspektive auf Deutschland von außen gerichtet, verdichtet sich der Eindruck, als sei die Krise der bundesrepublikanischen Gesellschaft kein techno-ökonomisches Problem mehr. Legt man die Ergebnisse des „Euro-Barometers“ (Befragung der EU-Kommission nach den Zukunftsperspektiven der

Mitgliedsstaaten) zugrunde, so weichen die Werte der anderen 25 Mitgliedsstaaten signifikant von denen Deutschlands ab. Der seit 1990 erlebte Einkommensverlust, die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die massive Streichung staatlicher Leistungen, die gravierenden „Schnitte ins soziale System“ und die signifikanten Folgen des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs sind ein Humus dafür, dass sich ein kollektives mentales Problem längst ökonomisch auswirkt: der Rückgang an privaten und öffentlichen Investitionen ist u.a. ein Indikator für diese Lage. Die vielerorts formulierten „Ruck“-Reden bleiben wirkungslos: kollektive Glaubenssätze, mental-psychische Blockaden und reale massive Einkommenseinbußen haben Konsequenzen für das Konsumverhalten, Zukunftsvisionen und den Mut zu Gestaltungsoptionen.

Ein Angriff auf den Kern der deutschen Identität hat stattgefunden: ihre Konzentration auf den Erfolg des Ökonomischen. Der in Zeiten des „Wirtschaftswunders“ hervorgebrachte Identitätskern war geprägt durch Währungsreform, D-Mark und die Identifikation als „Made in Germany“. Die Erwerbs- und Verteilungsgemeinschaft definierte sich als erfolgreiches Wirtschaftskollektiv, *„Deutschsein“ hieß ökonomisch erfolgreich zu sein.* Dieser Kern der deutschen Identität ist seit der deutschen Wiedervereinigung (1990) massiv angegriffen. Die überhastete Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die rasche Anhebung der Ostlöhne, die Altlasten des sozialistischen Systems, die Billionen Euro Staatstransfer von West nach Ost, und der daraus resultierenden Anstieg der Steuern, Sozialabgaben und Staatsschulden hat eine Dauerkrise hervorgebracht, die strukturell und mental eine kollektive Defensive zum Ergebnis hat. Der Rest der nationalen Identität scheint in seinem innersten Zusammenhalt so verunsichert, dass die Rezepte der sozialen und politischen Eliten zunehmend hilfloser werden. Die Phase der hausgemachten Probleme der Einheit fielen zusammen mit einer Phase der internationalen Wettbewerbsverschärfung (Prozess der verschärften „Globalisierung“).

Mit der Rezession von 1993 wurde die Phase der mentalen Destabilisierung manifest, obwohl sich die ökonomischen Parameter (Außenhandel, Profite der Unternehmen) entgegengesetzt zu den Erfahrungen der Lohnempfänger (Lohnzugeständnisse, längere Arbeitszeiten etc.) verhielten. Die Anpassung an die globalen Verhältnisse des massiven „Wandels“ scheint in Deutschland größere Schwierigkeiten zu bereiten als in anderen europäischen Ländern. Mit der „Globalisierung“, dem demografischen Wandel und den Folgen der Wiedervereinigung gehen massive soziale Verwerfungen und mentale Brüche einher, die vor allem durch die Radikalität der Implementierung des Programms „Agenda 2010“ verschärft wurden. Diese Veränderungen signalisieren den Beginn eines Langfrist-trends. In Zeiten sich verschärfender struktureller Krisen ist und bleibt eine nationale Identität, die primär auf einem ökonomischen Erfolg fußt, fragil. In der historischen Perspektive scheiterten alle deutschen Staaten, die sich nicht mit ökonomischen Erfolgen die Gefolgschaft sichern konnten. Das korporatistische Arrangement der westdeutschen Eliten (Industrieverbände, Einheitsgewerkschaften etc. verschmolzen zur „Sozialpartnerschaft“, in der die Verteilung des „Wohlstandes“ organisiert wurde) brachte jedoch keine ausreichenden sonstigen Identifikationsmöglichkeiten hervor. Die fehlenden Feindbildkonstruktionen aus der Ost-West-Systemkonkurrenz haben ein ideologisches Vakuum erzeugt. Die Verunsicherung der Sechzigerjahre (Studentenrevolte, Brandts „Mehr Demokratie wagen“) stabilisierte sich wieder im ökonomischen Muster: „Wohlstand für alle“ und die ausgeprägte Ökonomisierung der ökonomischen Nation. Solange die ökonomische Stabilität vorherrscht(e), schien die politische Oberfläche stabil. Doch die Folgen der Wiedervereinigung und die Dynamik des neoliberal entfachten Globalisierungsprozesses machen die Risse deutlicher. So hat die EU-Kommission vorgerechnet, dass zwei Drittel des Rückgangs der ökonomischen Dynamik auf das Konto des Missmanagements der Wiedervereinigung gehen (Europäische Kommission 2002).

Auf dem Hintergrund der internationalen Dynamik der „Wissensgesellschaften“ scheint Deutschland immer noch stark im Selbstverständnis traditioneller Industriegesellschaften verwurzelt zu sein. Preußisch-deutsche Tugenden sind nach wie vor in Takt, obwohl kollektiv völlig konträre Schlüsselqualifikationen notwendig sind. Eine nationalstaatliche Identifikation ist schwach ausgeprägt.

Das Auseinanderdriften der Gesellschaft ist nach Analysen des IAB (2004) eines der großen Zukunftsthemen. Eine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus strukturschwachen Gebieten produziert u.a. unterschiedliche Wohlstandssphären, die ökonomische Eigendynamik trägt zu regionalen Polarisierungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur bei. Gewinner und Verlierer, Alte und Junge, Familien und Kinderlose etc. sind unterschiedlich betroffen. Die staatliche Wiedervereinigung wird primär als ökonomische und soziale Last empfunden, dessen Zukunftshypothesen noch nicht im öffentlichen Bewusstsein angekommen sind: Kosten der Massenarbeitslosigkeit, demografische Entwicklung, Weiterführung der Transferleistungen, Abwanderungen, massive Standortkonkurrenz durch die ehemaligen „Ostblockländer“ etc.

In diese Grundbefindlichkeit fallen die Anforderungen und Konsequenzen der neoliberalen Programmatik, die ohne die genannten spezifischen Hypothesen schon eine ausreichende Herausforderung an die individuelle und kollektive Identität und Stabilität sind. In einer hochinteressanten Studie von Guido Tabellini (italienischer Ökonom) wird in einer historischen Rekonstruktion der Zusammenhang zwischen kultureller Geschichte und deren Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung am Beispiel verschiedener Regionen Europas aufgezeigt, und die These formuliert, dass das „kulturelle Erbe eine wichtige Determinante des heutigen ökonomischen Erfolges“ ist. Tabellini prognostiziert, dass sich diese Entwicklung in der Zukunft fortsetzen wird, und unterstreicht die ökonomische Funktion des „Patriotismus“. Die positive Identifikation des Kollektivs mit der „Nation“ ist offensichtlich in Deutschland in mehrfacher Hinsicht kritisch positioniert: durch seine negative Geschichte, durch den globalisierungsbedingten Rückgang der Funktion des Nationalstaates und durch die beschriebenen kritischen Indikatoren der deutschen Wiedervereinigung. Diese mental-psychischen Schwächungen eines nationalen Kollektivs sind keine guten Voraussetzungen für eine produktive Auseinandersetzung mit den objektiv erzwungenen Wandlungsprozessen, zumal sich die politisch-gesellschaftlichen Eliten in diesem globalen Prozess nicht sehr professionell vermitteln.

Der Anspruch, dass Wirtschaft, Staat und Demokratie einen positiven emotionalen Überbau benötigen, der Identifikation, Orientierung, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität im Kern beinhaltet - ohne deren positiven „Wurzeln“ die beschriebene globale Dynamik nicht adäquat geschultert werden kann - wird unter dem Titel des „aufgeklärten Patriotismus“ geführt. Es ist eine zentrale Frage an die Gesellschaftspolitik und an die Sozialisations- und Erziehungsinstanzen, ob diese übergreifende Klammer eine Variable im Konzept sein kann, die sich mit der „Globalisierung“ verschärfenden gesellschaftlichen Grundprozesse (Individualisierung, Atomisierung, Entsolidarisierung etc.) zu integrieren. Die These von Ernest Gellner (Nationalismusforscher), dass erst ein kulturell homogener Nationalstaat die Menschen in die Lage versetzt hat, die Industrialisierung voranzutreiben, verweist auf die notwendige Integration von Kultur, Bildung, Ökonomie und gesellschaftlicher Stabilität. Die Frage nach dem Integrationskern in einer hochgradig arbeitsteiligen, räumlich, sektoral und sozial mobilen und flexibilisierten Gesellschaft ist die zentrale und unbeantwortete Frage für die anstehenden gigantischen ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen. Die Angst vor dem Zerreißen des nationalen und demokratischen Konsenses beherrscht latent die kollektiven Bewusstseinslagen und speist sich aus der Empirie der realen Entwicklungen: Seit Mitte der Achtzigerjahre verweigern immer mehr Bürger dem Mainstream die Zustimmung, und die Desintegrationerscheinungen in der Gesellschaft sind kein Rand- sondern ein sich verschärfendes Massenphänomen geworden (mit ausgeprägten schichtsoziologischen und sozialräumlichen Disparitäten).

Ob in einer vorliegenden „Modernisierungskrise“ (Revolution im Kommunikationswesen, rasche Verlagerung ökonomischer Aktivitäten in sog. Wachstumsregionen, Umverteilung von Reichtum auf Kosten einer immer größer werdenden Zahl von Verlierern, radikale Veränderung der Lebens- und Arbeitsweisen etc.) „Patriotismus“ und „Nation“ eine Klammer für die zentrifugalen Prozesse sein kann/darf (Nation als Wir-Gruppe) ist eine offene aber zu beantwortende Frage und bekommt durch die folgende Position von Henrik Müller eine gewisse Plausibilität:

„Wie erfolgreich Nationen im ökonomischen Wettbewerb sind, hängt vor allem davon ab, ob sie in der Lage sind, sich immer wieder neu zu erfinden – ihre Institutionen an neue Realitäten anzupassen, neue gemeinsame Ziele zu formulieren, ihren inneren Zusammenhalt immer wieder zu erneuern. In der globalisierten Welt wird für absehbare Zukunft eine enorme Dynamik herrschen. Sich an den ständigen, manchmal abrupten Wandel anzupassen, fällt Nationen umso leichter, je sicherer sie sich ihrer Identität sind – und je effektiver die Eliten in der Lage sind, die Führung zu übernehmen.“ (Henrik Müller 2006, S. 97).

Welche Gefährdungen in einer solchen politischen Strategie der Identitätskampagnen und des Neopatriotismus enthalten sind, ist in den Analysen von Heitmeyer (2002-2006) und Zekri (2007) ausreichend und plausibel dargestellt worden.

Im internationalen Vergleich (Niederlande, Großbritannien, USA, Neuseeland, Schweden, Finnland, Dänemark, osteuropäische Staaten), fällt auf, dass den deutschen Funktionseliten ein patriotisches Comment fehlt, dass es an einer gemeinsamen Wertebasis, einem übergreifender Willen zur Kooperation, einer gemeinsamen Elite-Identität (analog ENA oder Ecole Polytechnique, Harvard, Yale, Princeton) mangelt, und diese fehlende Homogenisierung der Führungseliten einhergeht mit einer Machtzersplitterung und kooperativem Föderalismus. Auf dem Hintergrund der Globalisierungsprozesse geraten diese bisher funktionierenden Netzwerke immer stärker unter Druck, da z.B. die Schwerfälligkeit notwendiger Entscheidungsprozesse („Bürokratiekritik“) Unternehmen und Verbandsmitglieder immer stärker von „nationalen Konsens“ entfernt sind (Beispiel „Bündnis für Arbeit“). Die strategische Situation der deutschen Funktionseliten hat sich auf dem Hintergrund neoliberaler „Globalisierung“ im internationalen Vergleich enorm verkompliziert. Der additive „Reformismus“ ist der zentrale Ausdruck von Ungleichzeitigkeit und strategischer Konzeptionslosigkeit. In Zeiten sich verschärfender Verteilungskämpfe potenzieren sich die Fliehkräfte gegenüber den Integrationsanforderungen. Die Metapher von den „vaterlandslosen Gesellen“ spiegelt die Hilflosigkeit im Umgang mit diesem Prozess. Es gibt, so Heinz Buse, „keine Gemeinsamkeiten zwischen den mit sich selbst im Widerspruch stehenden Teileliten“. Die Forderung nach „Leadership“ in Zeiten globaler Veränderung scheint aktueller denn je. Den „Geist zu verändern“ (Howard Gardner) und positive Visionen zu entwickeln ist Anspruch und Schwierigkeit zugleich auf dem Hintergrund der manifesten strukturellen Probleme („Ruck“-Reden und wahltaktische „Heuschrecken“-Schelten decken diesen Anspruch nicht ab). Das Wissen, dass der „Standort Deutschland“ eine Option von vielen auf der Welt ist, dass der Markt global ist und keine Rücksicht auf nationale Befindlichkeiten nimmt, macht die Ausgangslage transparent, und verdeutlicht, dass eine klare nationale Ausrichtung in die Zukunft nicht erkennbar ist. Das Spannungsfeld zwischen „Sesshaftigkeit“ als Produktivfaktor (Einbettung in Gesellschaft, Nationalstaat und deren Wertesysteme) und der Forderung nach „Mobilität und Flexibilität“ („Globalisierungs“-Paradigma) scheint sich antagonistisch zu entwickeln:

„Eine Gesellschaft, die allein aufs schnelle Geld fokussiert ist, kann nicht prosperieren. Es braucht auch Bürger, die bleiben wollen, die langfristig denken, investieren, Kinder großziehen – die deshalb in Generationen und nicht in Tagesgeschäften denken. Es braucht Menschen, die die Apfelbäume pflanzen.“ (Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, zitiert in Henrik Müller, 2006, S. 152).

Kann der Anspruch Müllers, einen Zusammenhang zwischen „Sozialkapital und Patriotismus“ herzustellen, eine Lösung des Problems sein? Und wie lässt sich die Position des österreichischen Bundeskanzlers W. Schüssel zum Politikprogramm erheben?:

„Kapital kann man heute auf der ganzen Welt ausborgen. Technologien kann man überall einkaufen. Wodurch sich Nationen heute im Standortwettbewerb profilieren können, das sind die Werte, die die Gesellschaft zusammenhalten. Also: Bildung, Fleiß, Mitmenschlichkeit, Lebensqualität – und natürlich die Bereitschaft der lokalen Bürokratien, politischen Institutionen, Gewerkschaften und Unternehmen zur Zusammenarbeit.“ (zitiert in Henrik Müller 2006, S. 155).

Dieser Anspruch auf den Stellenwert und die Entwicklung des „Sozialkapitals“ als „Standortfaktor“ hat im internationalen Vergleich offensichtlich unterschiedliche Ausprägungen und Ausgangslagen. Mit dem „World Values Survey“ (globale Wertebefragung) steht seit den Neunzigerjahren eine

verlässliche Datenquelle zur Verfügung, auf dessen Basis Ländervergleiche möglich sind. Mit diesen Daten lassen sich nicht nur fundamentale ökonomische, sondern vor allem auch zivilgesellschaftliche Ressourcen einschätzen (Intensität privater Kontakte; soziale Ausgrenzungen; Vertrauen gegenüber Fremden; Solidaritätspotenziale etc.). In diesen Untersuchungsvariablen weisen die skandinavischen Länder und die Niederlande mit den dichtesten sozialen Netzwerken und einem intensiven bürgerschaftlichen Engagement die höchsten Werte des „Sozialkapitals“ aus, während in Deutschland das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement als sehr gering veranschlagt wird (die Werte für die „neuen Bundesländer“ differieren hier deutlich negativ zu den „alten Bundesländern“). Und gerade diese sozialen Kompetenzen wären unabdingbar, um zukünftige Voraussetzungen positiv meistern zu können:

*„Schwarzmalersch ausgedrückt: Die Turboökonomie entzieht sich selbst ihre sozialen Grundlagen. Vertrauen entsteht durch Stetigkeit. Globalisierung und rascher Strukturwandel hingegen bringen Unordnung in soziale Netzwerke. ‚Ökonomische Unsicherheit‘ mache die Menschen misstrauisch, analysiert Francis Fukuyama in seinem Buch *The Great Disruption* (Die große Zersetzung). Sie zögen sich zurück, seien schwieriger im Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren. ‚Wir haben gesehen, wie ökonomische Unsicherheit, von der Ölkrise bis zum Downsizing, dem Zynismus Auftrieb gegeben hat.‘ Ein Prozess, der insbesondere in den USA sichtbar sei – der Kapitalismus frisst seine eifrigsten Adepten.“ (Henrik Müller 2006, S. 173).*

Der Zusammenhang zwischen „Sozial- und Humankapital“ als Grundlage ökonomischer Effizienz und gesellschaftlich-kulturellem Zusammenhalt scheint also signifikant, und dominiert in seinen Wirkungen offensichtlich gegenüber denen der klassischen Instrumente der Wirtschaftsförderung, ohne hier einen falschen Widerspruch in ihrer notwendigen Verschränkung zu konstruieren. Nicht zuletzt der PISA-Test belegt einen Zusammenhang zwischen der Verfasstheit der Bildungssysteme und der Ausprägung des Human- und Sozialkapitals. Die ausgeprägte selektive Funktion des deutschen Bildungssystems ist sicher nicht förderlich bei der Hervorbringung der beschriebenen notwendigen Sozialressourcen. Nicht nur die quantitative Betrachtung der demografischen Entwicklung, sondern die sozialisatorische Zielklarheit über die erzieherischen und qualifikatorischen Kompetenzprofile der heranwachsenden Generationen gehören in den Fokus der erziehungswissenschaftlichen Reflexion. Wenn also sichtbar die emotionale Humusschicht der (deutschen) Gesellschaft dünn und rissig ist, was ist dann der notwendige „Gesellschaftskitt“, um die Fliehkräfte zu domestizieren? Diese „Entgrenzung auf allen Ebenen“ (Claus Leggewie) - als zugespitzte Konsequenz der Radikalisierung der Ökonomie -, stellt immer stärker die Frage nach den emotionalen Bindungskräften in der Gesellschaft. Selbst Peter Sloterdijk, der in seiner Rede „Der starke Grund zusammen zu sein“ (1998) alles Nationale zum „krankhaften massenpsychologischen Dauerzustand“ erklärte, kritisiert in seinem Buch „Im Weltinnenraum des Kapitals“ den „konfusen Universalismus“ der „Globalisierung“, durch den letztendlich die Demokratie gefährdet wird. Ist also der Aufruf „Werdet Patrioten“ der Beginn eines Gegenparadigmas, die Wiederbelebung des Dreiklangs „Familie, Nation, Glaubensgemeinschaft“? Die Unsicherheit triggert offensichtlich neue Suchprozesse nach einer nationalen Identität in einem sich zunehmend entstrukturierenden Kontext, wie die von Udo di Fabio (Richter am Bundesverfassungsgericht): „Die Seele der Deutschen muß endlich wieder den Kern und nicht die Verwirrung seiner Nationalgeschichte in den Mittelpunkt einer optimistischen Selbstgewissheit rücken“ (zitiert in Henrik Müller 2006: 206/207). Ist also der Rückgriff auf Goethe, Schiller, Kant, Hegel, Beethoven zielführend? Oder ist, wie Müller argumentiert, die Diskreditierung des Nationalen in Deutschland und die starke Identifikation mit den Regionen der Ansatzpunkt mit unbelasteten regionalen Identitäten, um die Zukunft zu designen? Mehr Fragen als Antworten auf eine komplexe Ausgangslage.

1.13. Abschließende Thesen zur neoliberalen „Globalisierung“

Die gesamte Menschheitsgeschichte ist geprägt durch die widersprüchliche und dialektische Wechselbeziehung von „Lokalem“ und „Globalem“, und findet einen Niederschlag in den gesellschaftlichen Subsystemen Ökonomie, Politik, Kultur, technische Infrastruktur, materielle und ökologische Reproduktion:

- Dieses widersprüchliche Verhältnis bekommt unter Bedingungen kapitalistischer „Globalisierung“ einen antagonistischen Charakter. Das Neue der ökonomischen Expansion der „Globalisierung“ der postfordistischen Phase liegt in der Schaffung neuer Rahmenbedingungen für die Verwertungsprozesse des Kapitals in der Form der Beseitigung institutioneller Schranken und Grenzen (Internationalisierung der Kapitalverhältnisse), sowie der Triadisierung (Konzentration auf die drei großen Wirtschaftsregionen Europa, USA und Südostasien) des Welthandels und des Kapitalexports. Dieser ökonomische Prozess befindet sich in einem Spannungsfeld von Konkurrenz und zunehmender Monopolisierung/Fusionierung und agiert in der Verselbständigung von Expansion und Profitorientierung.
- Der Antagonismus der kapitalistischen „Globalisierung“ besteht darin, dass der Expansionscharakter eine innere Gesetzmäßigkeit zu globalen politischen und militärischen Konflikten aufweist, da die Interessenslagen nicht kooperativ sondern profitorientiert gelagert sind. In der Phase des Postfordismus, Neoliberalismus und der ökonomischen „Globalisierung“ kommt es zur Verschärfung der globalen Probleme einschließlich der zunehmenden Prekarisierung großer Teile der Weltbevölkerung:

„Der moderne Kapitalismus, so lautet die paradoxe Diagnose, hat den Wohlstand vermehrt, zugleich aber vertieft er die ökonomische Spaltung der Gesellschaft. Eine weltweite Klassengesellschaft formiert sich...“

Ausgerechnet jetzt, da die Weltwirtschaft brummt, gerät der Kapitalismus in eine Legitimationskrise... Die Menschen wollen sich nicht mehr ökonomischen Interessen unterordnen, die Wirtschaft soll endlich für sie da sein. Sie sehnen sich nach Gerechtigkeit...

Gegenüber Schicksalen in den armen Ländern nimmt sich das Los der Globalisierungsverlierer in den Industrieländern beinahe lächerlich aus. Und doch gibt es sie auch hier, in wachsender Zahl, sie kämpfen zwar nicht ums Überleben, aber um den Wohlstand, den sie sich in den vergangenen Jahren erarbeitet haben. Ihre Einkommen stagnieren oder schrumpfen, und immer mehr Menschen leben von Hungerlöhnen, wie sie noch vor wenigen Jahren im Wirtschaftswunderland kaum vorstellbar waren.

Selbst gut ausgebildete Facharbeiter, etwa bei Opel in Bochum, und Angestellte, etwa bei Siemens in München, befinden sich seit Jahren in der Defensive. Sie arbeiten länger und flexibler, sie verzichten auf Weihnachtsgeld oder Zulagen, und doch leben sie in ständiger Angst um ihren Job. Der Aufschwung ist da, aber die Mittelschicht merkt davon nichts.

Ihre Mitglieder sind erpressbar geworden, seit Billigkräfte aus dem Osten ihnen die Stelle streitig machen... So spüren selbst Kleinbetriebe die Wucht der globalen Veränderung, die Mitarbeiter sind zutiefst verunsichert. Wer nicht weiß, wie viel er morgen verdient oder ob er überhaupt noch eine Stelle hat, dem fällt es schwer, sich zu Lebensentscheidungen durchzuringen: Der baut kein Haus, der gründet keine Familie. In den Konzernen ist die Belegschaft ebenso verängstigt...

Die Arbeitnehmer fühlen sich ausgeliefert: den wechselnden Philosophien, die Unternehmensberater predigen, vor allem aber den kurzfristigen Interessen der Top-Manager. Die wiederum werden getrieben von den Finanzmärkten und ihren aberwitzigen Renditezielen. Mächtige Investoren, ausgestattet mit milliarden schweren Fonds, diktieren die neuen Regeln...

Ökonomen wie der Yale-Professor Robert Shiller halten den Einfluss des Handels für überbewertet, eine größere Rolle spiele der technologische Fortschritt. Er mache die Arbeit von vielen Menschen überflüssig: „Die Leute verlieren wegen Computern ihren Job“. Davon betroffen sind in erster Linie Geringqualifizierte, in Deutschland sieben Millionen Niedriglöhner, deren Arbeitskraft nicht mehr viel wert ist... Manche verdienen nicht viel mehr als vier Euro die Stunde, trotz Aufschwung bleiben sie arm“ (Der Spiegel, 23/2007, S. 40 ff.).

- Der Antagonismus kultureller „Globalisierung“ besteht darin, dass die Kulturen nicht friedlich koexistieren, sondern einem westlichem Hegemonismus unterworfen werden (sollen). Die vorherrschenden Formen der kulturellen „Globalisierung“ sind Homogenisierung und Fragmentierung vs. Transkulturalismus als dialektische Einheit in der Vielfalt.

- Die Hauptgefährdungen internationaler Stabilität resultieren aus dem Sachverhalt des Bankrotts des internationalen Finanz- und Bankensystems. Wurde die „Kernschmelze“ mit dem Börsenkrach 1987 noch einmal um Haaresbreite abgewendet, so ist mit einem beispiellosen Anstieg der Schulden von 2000-2006 die nächste Eskalationsstufe eingeleitet. Die Verluste werden nur durch „kreative Buchführung“, Offshore-Geschäfte und Manipulation außerhalb der Bilanzen versteckt. Alternative Schätzungen über das Potenzial des Derivatmarktes gehen von 1-2 Trillionen Dollar aus. Dabei existiert der Derivatmarkt nur aus dem einen Grund, die Illusion von Werten und Gewinnen zu schaffen, während sich das System in Auflösung befindet. Zugleich sollen die Nationalstaaten mit Hilfe der von Großbanken gesteuerten Kartelle und deren Strategien in die Zwänge der „Shareholder-Logik“ eingebunden werden/bleiben. Auf dem „G-8-Gipfel“ von Heiligendamm wurde alles unterlassen, dieser gefährlichen Dynamik des Weltfinanzsystems gegenzusteuern. Altbundeskanzler Helmut Schmidt definierte deswegen den Zustand der globalisierten Finanzmärkte zu Recht als die Hauptgefahr für die Funktionstüchtigkeit der Weltwirtschaft insgesamt:

„Wir haben einen Überfluß an Liquidität auf der ganzen Welt. Das ist lebensgefährlich. Denn dieses Geld kann man beliebig hin- und herschaufeln, man kann auch aus lauter Angst vor kurzfristigen Finanzierungen kündigen und damit eine Rezession auslösen. Um eine solche fatale Entwicklung zu verhindern, müssen die großen Wirtschaftsmächte die wild wuchernden Finanzmärkte unter Kontrolle bringen... Freilich scheitert alles bislang, weil insbesondere Amerika und England meinen, dass ihre kurzfristigen Vorteile wichtiger seien als die Gefahr eines Systemkollapses“ (in: Die Zeit 6. Juni 2007, S. 2).

Mit diesen hochriskanten Prozessen im Weltfinanzsystem einher geht eine weitere Dynamisierung von „Fusionen und Übernahmen“ als Konsequenz der Strategien der Hedgefonds und Private Equity Fonds, mit immer größeren Finanzanteilen in monopolistischen Unternehmen einzusteigen. So stieg der Anteil des Übernahmenkapitals in 2006 auf 3,8 Billionen (2005: 2,7 Bio. Dollar). Die dahinter stehenden Ziele (Nutzung der Großkonzerne als Werkzeug zur Brechung der Macht der Nationalstaaten; Kontrolle und Gestaltung der Märkte; Verschleierung des bankrotten Zustands des Systems) lassen sich an den Effekten (national und global) plastisch analysieren (Politik der Öl-, Energie-, Pharma-, Nahrungsmittel-, Nachrichten- und Unterhaltungs-Monopole).

- Eine nicht-antagonistische Form der ökonomischen „Globalisierung“ erfordert die Umkehr der Dominanz des Finanzkapitals und Ökonomie über Politik, Kultur und Gesellschaft. Die Aufhebung dieses Antagonismus ist die condition sine qua non für eine humane und zivilisationsverträgliche Ausprägung internationaler Austauschform zwischen politisch-gesellschaftlichen Systemen, ohne hier die Frage beantworten zu können, wie der globale politische Weg dieser Widerspruchsauflösung sein kann/wird. Jedoch scheinen die destruktiven Kräfte dieses neo-liberalen Entwicklungspfades zur Zeit ausgeprägter die Weltpolitik zu dominieren als ein globaler präventiver Lernprozess noch frühzeitig eingeleitet werden kann (Hypothese).
- Die Gegenwart ist keine bruchlose Fortführung der Vergangenheit („Moderne“ – Beck). Das Axiom, dass „Moderne“ mit Fortschritt und zunehmender Weltbeherrschung zu übersetzen ist, ist ins Wanken geraten. So versprechen die Repräsentanten der „Moderne“ ständig neue Entwicklungen und leugnen gleichzeitig die Möglichkeit einer Alternative zu sich selbst. Insofern löst sich die „Postmoderne“ nie von der „Moderne“. Dagegen untersteicht die These vom „Globalen Zeitalter“ immer mehr jene Probleme, die die gesamte Menschheit tangieren, und verweist damit auf einen anderen Bezugs- und Handlungsrahmen als der Begriff der „Globalisierung“. Der Versuch Becks, die „Zweite Moderne“ auszurufen, verweist auf diese Irritation, die er in seinem Konzept der „Weltrisikogesellschaft“ aufzuheben versucht.
- Die These vom „Globalen Zeitalter“ und von der „Globalität“ verweist auf die unausweichliche Antwort zu lösender globaler Themen für die gesamte Menschheit. Während sich die globalen

Entwicklungen radikal verändert haben, ist die Theoriediskussion dem Narzismus der „Moderne“ aufgesessen. Indem wir das Vergangene bewerten, sind wir in eine neue Epoche eingetreten, die sich immer weniger mit dem Terminus „Globalisierung“ charakterisieren lässt. Die Verkürzung der „Globalisierung“ auf ökonomische Vorgänge kann dem umfassenden globalen Wandlungsprozess nicht gerecht werden:

„Im Globalen Zeitalter tritt an die Stelle der Modernität die Globalität. Dies bedeutet, dass sich die Grundlagen des Handelns und der sozialen Organisation sowohl für den einzelnen als auch für die Gruppen umfassend gewandelt haben. Es gibt mindestens fünf Aspekte der Globalität, die die Voraussetzungen der Moderne überschreiten. Dies sind: die globalen Umweltfolgen menschlicher Aktivitäten, der Verlust jeglicher Sicherheit angesichts von Waffen mit globaler Zerstörungskraft, die Globalität weltumspannender Kommunikationssysteme, das Aufkommen einer globalen Ökonomie sowie die Reflexivität des Globalismus, die darin besteht, dass Menschen und Gruppen aller Art Wertvorstellungen und Überzeugungen aus dem globalen Zusammenhang ableiten... Wir können Zygmunt Baumann (1992, 65) darin zustimmen, dass sich unsere analytischen Modelle unter Bedingungen der Postmoderne nicht mehr am Nationalstaat ausrichten lassen“ (Albrow, 2007, S. 20).

- Die These einer „neuen Epoche“ aufzustellen heißt, dass die Phase der „Globalisierung“ sich auflöst, ohne Konstellationen, Krisen und Wege (evolutionär vs. revolutionär) zu kennen, die dieses Ende bedingen. Dabei beschreibt der Epochenbegriff eine einzigartige Konstellation genereller menschlicher Bestrebungen, Sachzwänge, zugrunde liegender Prozesse und Schlüsselereignisse von höchster Allgemeinheit. So beschreibt der Begriff der „Globalität“ kein Prinzip, sondern einen Zustand unseres Globus und unserer ethischen Reflexion, in der das Bewusstsein einer Bedrohung und globalen Schicksalsgemeinschaft allmählich aus der kollektiven Verdrängung hervorgeht, da der Fortbestand der Menschheit zunehmend zum globalen Thema wird:

„Seit 1989 wird das Globale Zeitalter als ein Zustand dauernder Zerrissenheit zwischen dem Gefühl gemeinsamer Gefährdung angesichts einer beispiellosen Herausforderung der Menschheit und dem erbarmungslosen Elan des Westens erlebt, seine politische und ökonomische Vorherrschaft ohne Rücksicht auf dieses kollektive Schicksal zu schützen... Die Völker der Welt sind in Antagonismen vereint und von Technologien umgeben, die die Ungleichheiten vergrößern und ihre Umwelt zerstören. Wenn wir uns nicht aus diesen Verstrickungen lösen können, werden wir in ihnen untergehen.

Wir müssen um unsere Zukunft kämpfen, und in diesem Sinn ist die Frage, was das Globale Zeitalter bringen wird, so offen wie bei jeder anderen Epoche, nur wären die Folgen eines Versagens diesmal weitaus schrecklicher als je zuvor. Wenn wir die Geschichte der Gegenwart betrachten, wie wir das bei vergangenen Epochen tun, verbessern wir möglicherweise die Chancen zukünftiger Generationen, sie zu verstehen“ (Albrow, 2007, S. 340 f.).

Um eine „Theorie der neuen Epoche“ (Albrow) zu formulieren, müssen Begriffe und Analyseinstrumente entwickelt werden, die „das Neue“ zu fassen vermögen und fähig sind, reflexive und diskursive Deutungen von Realität vorzunehmen, die sich in Vergangenheit und Zukunftsperspektiven begründen. Dazu benötigen wir sowohl eine phänomenologische Beschreibung über das, was sich im menschlichen Zusammenleben und in dessen Kontext verändert, als auch ein epochen- und kulturübergreifendes theoretisches Modell:

„Das Globale, oder abstrakt formuliert, die Globalität, bezeichnet etwas territorial über die Nation Herausgreifendes und sie gleichzeitig Durchdringendes; es ersetzt den zeitlichen Bezug des Modernen durch einen räumlichen, der jedoch unbestimmt ist. Der Globalismus schwächt den Partikularismus der Nationalismen, in dem er nicht mehr allein auf den humanen Aspekt, sondern auch auf materielle Bezugspunkte Wert legt. Er stellt sich gegen den abstrakten Charakter des Modernismus. Der Globalismus betont nicht Rationalismus und Innovation, sondern die offene, pragmatische Kommunikation von Menschen und Völkern und die Interaktion mit der Natur“ (Albrow 2007, S. 138).

- Die Perspektive auf „die befreiten Gesellschaftsformen“ (Albrow 2007: 183) beschreibt einen unbestimmten Weg, der mit dem Terminus der „Weltgesellschaft“ umrissen und projiziert ist. Ist die jetzige Dekade der „Globalisierung“ ein Produkt einer globalen Managerklasse („Going global“) im Verbund mit globalen Institutionen wie Weltbank, WTO und OECD (deren

Ergebnisse sich zunehmend global antagonistisch entwickeln), so sind die sichtbaren Konzepte alternativer Szenarien (z.B. Radermacher 2007, Beck 2007) Grundlage einer weiteren Betrachtung, um Zukunft neu zu konzeptionalisieren. Die Ausgangslage und der Zwang zu einer systemischen Veränderung ist definiert:

„Das Bild des Dschagannath-Wagens unterstreicht, dass sich die Rationalität inzwischen der menschlichen Kontrolle entzogen hat, und erhellt insofern, dass Reflexivität nicht nur eine menschliche Eigenschaft, sondern auch eine von Systemen sein kann. In diesem Sinne führt sie zu einer Erweiterung des Umweltbegriffs, der nun auch, explizit etwa bei Giddens, menschliche Eingriffe einschließt.

Allein das signalisiert den Bruch, den die Theorie der reflexiven Modernisierung zwar widerspiegelt, aber nicht hinreichend interpretiert. Denn die Moderne beruhte vor allem auf dem Projekt zur Ausdehnung der Herrschaft des Menschen. Dieses Projekt muß nun revidiert werden, da es sich einer durch menschliche Eingriffe verursachten Unvorhersehbarkeit von Umweltreaktionen gegenübersteht. Die hier geforderte Reflexivität ist nicht mehr die eines zielgerichteten Projekts, sondern die der Globalität, des Wissens um globale Zusammenhänge. In der neuen Figuration wird die Natur in der Umwelt wieder entdeckt, und die Globalität löst nicht nur Projekte, sondern auch Prinzipien als Ordnungsfaktoren der Epoche ab. Ob beim Trinkwasserverbrauch oder der Müllbeseitigung: Die Gesamtheit menschlicher Aktivitäten setzt in der Natur globale Kräfte frei, die auf die gesamte Menschheit zurückwirken...

Der Wandel wird also nicht von der reflexiven Modernisierung, sondern von der Globalisierung herbeigeführt, die die Globalität anstelle der Rationalität zum vorherrschenden Charakteristikum der Epoche macht. Da aber die Rationalität ein Bündel von Prinzipien ist und die Globalität ein materieller Bezugsrahmen, betrifft der Wandel die gesamte Figuration menschlicher Aktivitäten... Insofern sind Rationalität und Globalität inkommensurabel“ (Albrow 2007, S. 220 f.).

Das von Albrow gesehene „keimende Weltbürgertum“ als globale Bewegung repräsentiert sich zunehmend stärker über Menschenrechts-, Friedens-, Umweltschutz-, Frauenbewegungen etc. Er fordert, dass nicht der Nationalstaat, sondern die sozialen Bewegungen die grundlegende Kategorien für zeitgenössische soziologische Untersuchungen sein sollten, da diese über das notwendige menschliche und kulturelle Kapital verfügen, an dem sich neue Formen der Identität entwickeln können, um die jetzige Gesellschaftsformation zu transformieren und die Eindimensionalität der vorliegenden „Globalisierung“ aufzuheben. Diese „Kultur des Globalen Zeitalters“ sei jedoch eine „enorm komplexe Figuration“. **Das Konzept dieser „Globalität“ habe vor allem das Soziale wieder in den Mittelpunkt der Politik zu rücken,** und dies unter einer „Neuformulierung des Staatsbegriffs“. Parallel mit dem Wachstum der „Weltgesellschaft“ entwickeln sich Strukturen des „Weltstaates“. Zwar seien die Vereinten Nationen und ihre Agenturen noch keine globalen Organisationen, gleichzeitig haben innerhalb der Vereinten Nationen globale Werte aufgrund des Umgangs mit Globalität und der Beurteilung von globalen Kräften (Umwelt, Bevölkerung, Gesundheit) eine große Verbreiterung und Akzeptanz gefunden:

„UN-Körperschaften wie die Weltgesundheitsorganisation, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und die International Planned Parenthood Federation haben sich die Durchsetzung globaler Kriterien der Zukunftssicherung zur Hauptaufgabe gemacht und bieten ein öffentliches Forum für die Begegnung von Staaten, kapitalistische Organisationen und Bewegungen. Der im Entstehen begriffene globale Staat hat sich den Definitionen der globalen Managerklasse noch nicht gebeugt, und noch gibt es keine autoritäre globale Gesellschaftsordnung. Noch kann der globale Staat eine Form annehmen, die sich von allen bisherigen Staatsformen unterscheidet. Doch dabei ist er auf die Mithilfe seiner Bürger angewiesen“ (Albrow 2007, S. 277).

Es bleibt als unbeantwortete Frage im Raum, ob die nach dem „Globalisierungsjubel“ sichtbare und wachsende Krise dieses neoliberalen globalen Konzeptes ausreichend und effektiv alle Kräfte bündeln kann, die sich zunehmend in Widersprüche zur Politik des „Washington Consensus“ („Global America“) bewegen. Die USA und deren Verbündete verlieren zunehmend die Kontrolle über den globalen Diskurs. **Die „Globalisierung von oben“ aktiviert zunehmend Kräfte „globaler Zivilgesellschaften“, deren parteilichen Grenzen sich vor allem mit Zuspitzung globaler Krisenlagen verwischen werden, weil dieser verantwortungslose Imperialismus zur Stimulation nationaler Egoismen gereicht, jedoch die Dimensionen des neuen „Weltethos“ (Küng) laufend konterkariert.** Der Ausgang dieses Prozesses entzieht

sich jedoch jeglicher Prognose. Und so bleibt das „Prinzip Hoffnung“ und der gesellschafts-politische und pädagogische Auftrag, im Sinn der Zukunftsgestaltung der heranwachsenden Generation(en) den Kantschen Grundsatz zur Leitlinie des Handelns zu erheben: „Handle so, dass die *Maxime* deines Willens zugleich als *Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung* gelten könnte“ (Kant, 1956: 140). Dass dieser Imperativ vom Kopf auf die Füße gestellt wurde, und eine fundamentale Politikwende notwendig macht, drückt sich auch bei den fundamentalistischen Theoretikern der „Moderne“ immer deutlicher in einer Fundamentalkritik am neoliberalen Globalisierungsprozess aus:

„Worauf die neue Rhetorik der Globalisierung... auch immer inhaltlich verweisen mag, hervor stechen in jedem Fall die politischen Folgen, welche die Inszenierung des ökonomischen Globalisierungs-Risikos in Gang setzt: Industriegesellschaftliche Institutionen, die der politischen Gestaltung gänzlich verschlossen schienen, können ‚geknackt‘ und dem politischen Zugriff geöffnet werden: die Prämissen des Sozialstaates und des Rentensystems, der Sozialhilfe und der Kommunalpolitik, der Infrastrukturpolitik, die organisierte Macht der Gewerkschaften. Das überbetriebliche Verhandlungssystem der Tarifautonomie ebenso wie die Staatsausgaben, das ‚System der Steuern und die ‚Steuergerechtigkeit‘ – alles schmilzt unter der neuen Wüstensonne der Globalisierung in die politische Gestaltbarkeit(szumutung) hinein... Man kann sagen: Was für die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert die Klassenfrage war, ist für die transnational agierenden Unternehmen an der Wende des 21. Jahrhunderts die Globalisierungsfrage...“

Warum bedeutet Globalisierung Politisierung? Weil die Inszenierung der Globalisierung es den Unternehmen und den Verbänden erlaubt, die politisch und sozialstaatlich gezähmte Handlungsmacht des demokratisch organisierten Kapitalismus aufzuschnüren und zurückzuerobern...

Die global agierende Wirtschaft untergräbt die Grundlagen der Nationalökonomie und der Nationalstaaten. Dadurch wird eine Subpolitisierung völlig neuen Ausmaßes und mit unübersehbaren Folgen ausgelöst. Es geht darum, in einer neuen Runde den alten Widersacher ‚Arbeit‘ elegant auf das historische Abstellgleis zu schieben...

„Alles Ständische, alles Althergebrachte, alles Verknöcherte und Verkrustete verdampft“, hatte Marx schon im Kommunistischen Manifest kaum noch heimlich über das revolutionäre Potenzial des Kapitals bejubelt. Das ‚Ständische‘ ist jetzt die sozialstaatliche und gewerkschaftliche Organisation der Arbeit und das ‚Verknöcherte und Verkrustete‘ sind die bürokratischen Vorgaben und Steuerschrauben des (National-)Staates...

Die Inszenierung von Globalisierung als Drohfaktor, also die Politik der Globalisierung zielt nicht nur darauf, die gewerkschaftlichen, sondern auch die nationalstaatlichen Fesseln abzustreifen...

Es ist der Zugriff auf die materiellen Lebensadern moderner nationalstaatlicher Gesellschaften, die sich ohne Revolution, ohne Gesetzes- oder gar Verfassungsänderung, allein im Fortgang des Normalen, sozusagen im business as usual eröffnet hat... Dieses rechtfertigt den Begriff Subpolitik – nicht als eine Verschwörung(theorie), sondern als zusätzliche Handlungs- und Machtchancen jenseits des politischen Systems, die den im weltgesellschaftlichen Rahmen agierenden Unternehmen zugewachsen sind: Die Machtbalance, der Machtvertrag der ersten industriegesellschaftlichen Moderne wird aufgekündigt und – vorbei an Regierung und Parlament, Öffentlichkeit und Gerichten – in die Eigenregie wirtschaftlichen Handelns umgeschrieben...

Die Gladiatoren des Wirtschaftswachstums, die von Politikern umworben werden, unterminieren die Autorität des Staates, indem sie zwar seine Leistungen beanspruchen, ihm aber die Steuern entziehen. Das Pikante ist: Ausgerechnet die Reichsten werden zu virtuellen Steuerzahlern, und ihr Reichtum beruht nicht zuletzt auf dieser Virtuosität des Virtuellen... Die Unternehmer haben den Stein der Reichen entdeckt. Die neue Zauberformel lautet: Kapitalismus ohne Arbeit plus Kapitalismus ohne Steuern...

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet die Globalisierungsverlierer in Zukunft alles, Sozialstaat wie funktionierende Demokratie, bezahlen sollen, während die Globalisierungsgewinner Traumgewinne erzielen und sich aus ihrer Verantwortung für die Demokratie der Zukunft stehlen... Die transnationalen Unternehmen verabschieden sich aus dem nationalstaatlichen Rahmen und kündigen de facto die Loyalität gegenüber den nationalstaatlichen Akteuren auf. Damit sinkt auch der innere soziale Integrationsgrad der jeweiligen Länder... Der Sog nach unten, in den der Sozialstaat gerät, ergibt sich nicht nur aus schwindenden Ressourcen bei explosionsartig steigenden Ausgaben, sondern auch daraus, dass ihm die Befriedungsmittel fehlen, während sich gleichzeitig die Schere zwischen Armen und Reichen immer weiter öffnet...

Es fällt nicht schwer, sich auszumalen: Die Konfliktlogik des kapitalistischen Nullsummenspiels tritt erneut und verschärft hervor, während die staatlichen Beschwichtigungsmittel schwinden, durch forciertes Wirtschaftswachstum den zu verteilenden Kuchen wachsen zu lassen“ (Beck 2007, S. 13 ff.).

2. Supranationale neoliberale Strategien

Die weltweite Erschließung neuer Märkte hat eine nach innen gerichtete Entsprechung der Gestaltung innerer Expansion. Diese Offensive realisiert sich in Europa auf drei Ebenen:

- a. Durch das Liberalisierungsprogramm des europäischen Binnenmarktes, das mit dem Dienstleistungsprogramm des GATS mittlerweile seine globale Entsprechung gefunden hat.
- b. Durch die auf nationaler Ebene vorangetriebenen und umgesetzten Privatisierungen.
- c. Durch die nach betriebswirtschaftlichen Parametern vorgenommene Reorganisation öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen.

In diesen Prozeß der neoliberalen Privatisierung sind zwischenzeitlich sämtliche öffentliche Dienstleistungen einbezogen: Infrastrukturen wie Post, Telekommunikation, Energie, Wasser, Verkehr, soziale Sicherungssysteme, Bildungs- und Gesundheitswesen. Sowohl die Rolle des Europäischen Binnenmarktprogramms als auch das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS bei der privatkapitalistischen Restrukturierung des öffentlichen Sektors definieren diesen Trend.

Der Vierschritt zum neoliberalen europäischen Projekt (Konstituierung der EWS; Schaffung des Binnenmarktprogramms; Maastricht-Vertrag; neoliberale Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes Europa) mündete in einem umfassenden Maßnahmenpaket und in der Realisierung der vier „Grundfreiheiten“: *Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs*. Ohne die 280 Gesetzgebungsvorschläge des Weißbuches vollständig umgesetzt zu haben, wurde jedoch die Logik der „kompetitiven Deregulierung“ (Bieling/Steinhilber 2000: 110) freigesetzt: durch die Implementierung der monetaristischen Glaubenssätze in den „Konvergenzkriterien“ und im „Stabilitätspakt“, durch die Logik „kompetitiver Austerität“ (ausschließliche Konzentration der Wirtschaftspolitik auf den Kampf gegen die Inflation) und dem vorrangigen Ziel der Europäischen Zentralbank, die Preisstabilität zu gewährleisten.

Diese institutionell verankerten monetaristischen Prinzipien führen konsequent zu der Notwendigkeit „drastischer Einschnitte ins soziale Netz, zu Privatisierungen öffentlicher Unternehmen, zu Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen und zur Verfestigung und Ausweitung der Arbeitslosigkeit und Prekarisierung. Der Ausverkauf zentraler Bereiche des öffentlichen Sektors ist somit konsequent programmatisch:

- Das Staatskapital: z.B. staatseigene Banken oder Industriebetriebe.
- Öffentliche Infrastrukturleistungen: u.a. Telekommunikation, Post, Energie, Schienenverkehr, Abwasserentsorgung und Wasserversorgung.
- Den Staatsapparat: z.B. Sozialkassen, Bildungs-, Gesundheitswesen sowie hoheitliche Funktionen wie Justiz, Polizei, Militär, Steuer- und Meldewesen.

Es ist das definierte Ziel der EU-Kommission, immer mehr öffentliche Dienstleistungen dem Wettbewerbsrecht zu unterwerfen. Der EG-Vertrag definiert dieses mit dem Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (Artikel 86.2. EGV), mit dessen Ausführung sowohl private als auch öffentliche Anbieter betraut werden können. Dabei ignoriert der EG-Vertrag völlig den spezifischen Charakter der dem Gemeinwohl verpflichteten öffentlichen Einrichtungen und fokussiert ausschließlich die Dienstleistung als solche. Die Kommission setzt sich aktiv dafür ein, die Entscheidung über die Liberalisierung den Marktkräften zu überlassen, und richtet sein Hauptaugenmerk auf die Deckelung der Subventionsvergabe („Transparentrichtlinie“), mit dem Ziel, Quersubventionen zu unterbinden, ohne ein vergleichbares Instrumentarium zur Kontrolle privater Unternehmen einzuführen.

2.1. IWF, WTO, GATS und G8 als Steuerungsebenen der „Globalisierung“

Verfolgte die ITO (International Trade Organisation) im Auftrag der UNO (1947) noch das übergeordnete Ziel, den geordneten globalen Handel unter der Zuständigkeit der UNO zu fördern (Vollbeschäftigung, Sozialrechte, Umweltschutz, grundlegende Menschenrechte, Kontrolle des transnationalen Kapitals), so hatten die USA schon 1947 mit der Gründung des GATT eine gegenläufige Strategie des Welthandels- und Investitionsabkommens im Sinn. Sie entzogen damit der UNO die Zuständigkeit. Mit dem GATT-Regelwerk (geschaffen in acht großen Handelsabkommensrunden: 1947 bis 1995) wurden die Voraussetzungen für einen ungebremsen „freien Welthandel“ unter dem Diktat der USA und der multinationalen Konzerne geschaffen. In der Uruguay-Runde (1986-94) wurden erstmals Dienstleistungen einbezogen und Bereiche traktandiert, die bis dahin nicht mit Handel in Verbindung gebracht wurden. Es ging hier um die öffentlichen Dienstleistungen, den „Service public“. In allen gesellschaftlichen Sektoren sollten Barrieren abgebaut werden, die dem Ziel des „freien Handels“ im Wege standen (Wasserversorgung, soziale Leistungen, Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Bildung: Schulen, Universitäten, öffentliche Einrichtungen).

Am 1.1.1995 lösten die WTO die GATT ab. Dieser Wechsel war nicht einfach eine Namensänderung, sondern ein folgenreicher historischer Einschnitt. Vor allem mit der Einrichtung des Schiedsgerichts „DSB“ (Dispute settlement understanding) wurde der WTO ein „überstaatlicher“ Status verliehen. Länder, die sich im „freien Handel“ beeinträchtigt fühlen, sollen über diese Instanz gezwungen werden, WTO-Vereinbarungen zu befolgen, da die WTO-Vereinbarungen über den nationalen Gesetzen stehen. Die WTO hat heute 142 Mitglieder, die dem Regelwerk von bisher 20 Handelsvereinbarungen folgen. Die WTO muß als die mächtigste und geheimste gesetzgeberische Kraft eingestuft werden, die immer mehr Züge einer „Globalregierung“ annimmt, völlig undemokratisch und ohne parlamentarische Kontrolle agiert, und vor allem von Industrievertretern („Handels- und Beratungsgremien“ – EU, USA, Japan, Kanada) dominiert wird. Regierungen, die sich nicht an die Regelungen der WTO halten, drohen Sanktionen.

Die aktuelle Konfliktsituation, die Welthandelsgespräche „auf unbestimmte Zeit zu vertagen“ (FAZ 24.7.2004) illustriert nur das Spannungsfeld innerhalb der „Sechser-Gruppe“ (Amerika, Australien, Brasilien, EU, Indien und Japan), da es keine Einigung zu zwei zentralen strittigen Punkten gab: wie stark die Handelsmächte ihre Märkte öffnen, und wie stark Agrarsubventionen gekürzt werden sollen. Dieser schon in der Uruguay-Runde (1986-1994) sichtbare Konflikt tritt in der Doha-Runde verschärft hervor. Die protektionistische Stimmung in den USA macht deutlich, dass der Anspruch auf „offene Märkte“ machtpolitisch dominiert ist und dann auf der Kippe steht, wenn fundamentale ökonomische Interessen tangiert sind.

Seit Abschluß des GATS-Abkommens gilt das strategische Ziel, sämtliche gewinnbringenden Bereiche des „Service public“ schrittweise zu liberalisieren. Auch der Bildungssektor gilt als eine wesentliche strategische Option mit Gewinnprojektionen, die die der Automobilindustrie übersteigen. Das „Produkt Schule“ soll europa-/weltweit vereinheitlicht werden (einheitliches Schuleintrittsalter, gleich Schulstrukturen, professionelle Inspektorate, Mitarbeiterbeurteilung, Sponsoring, Ausschaltung demokratischer Mitsprache etc.). Auch die Schule soll wie der Hochschulsektor sukzessive aber strategisch dem „freien Markt“ zugeführt werden. Das Endziel in- und ausländischer Konzerne (z.B. Bertelsmann-Stiftung) ist, „Bildung als Ware“ zu implementieren und das staatliche Bildungsmonopol „aufzuschließen“. Auf der Traktandenliste der WTO war die Bildung schon verschiedene Male Gegenstand der Verhandlungsrunden. Die WTO-Dienstleistungsabteilung hat bereits eine Privatgesellschaft angestellt („Global Alliance for Transnational Education GATE“), die Praktiken von Marktbenachteiligungen von ausländischen Bildungskonzernen dokumentieren soll. Schrittweise soll das Bildungswesen wirtschaftskompatibel gemacht werden (Sponsoring von Schuleinrichtungen, Teilnahmen an Schulprojekten, Konzepte:

inhaltliche und organisatorische Gestaltungen). Droht uns ein Bildungssystem mit den Merkmalen made in England, Lernsoftware (made by Bertelsmann), mit Schulinspektoren (made by Büro Federas)?

Die auf nationaler und europäischer Ebene **forcierten Privatisierungsstrategien** finden mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO vor allem im Dienstleistungsabkommen **GATS** (General Agreement on Trade in Services) und im Kanon der **WTO-Verträge** eine globale Entsprechung. Mit diesen Verträgen werden nationalstaatliche Regierungen in ein dauerhaftes neoliberales Korsett gezwängt, die vollzogenen Liberalisierungen zu multilateralisieren, und im internationalen Rahmen verbindlich festzuschreiben. **Zentrales strategisches Ziel des GATS** ist die „fortschreitende Liberalisierung“ sämtlicher Dienstleistungen in regelmäßigen GATS-Runden, aus der 1994 (Regierungskonferenz in Marrakesch) ein 22.000 Seiten umfassendes Vertragswerk hervorging. Rund 160 Dienstleistungssektoren fallen in den Zuständigkeitsbereich des GATS: Telekommunikation, Post, Radio, Fernsehen, Bildung, Gesundheit, Müllabfuhr, Klärwerke, Theater, Museen, Büchereien, Archive, Nah- und Fernverkehr, Kranken- und Rentenversicherung etc. Selbst die Klausel zur „Ausübung hoheitliche Gewalt“ (Art. 1.3.(b) (c) schützt nicht prinzipiell vor dem Zugriff durch den Anspruch auf „Markttöffnung“.

Jedes WTO-Mitglied trug seine eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen in eine Länderliste ein, die in Genf hinterlegt wurde. Für die EU-Staaten gilt eine gemeinsame Liste. Die **GATS ähnelt in einem wesentlichen Punkte dem EG-Vertrag**: Die formelle Gleichstellung öffentlicher und privater Unternehmen ignorierte die spezifische Situation öffentlicher Einrichtungen und schwächt sie damit. Auch die GAT-spezifischen Wettbewerbsregeln sind nicht orientiert an den spezifischen Anforderungen der Daseinsvorsorge. Sie begrenzen zugleich die Möglichkeiten, privaten Dienstleistern bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen aufzuerlegen, wenn auch eine Reihe von Gemeinwohlaufgaben an einem „Notwendigkeitstest“ scheitern können. **Das GATS kennt jedoch nur wenige Ausnahmetatbestände**: Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Moral, zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie der Wahrung der Sicherheit.

Im Kontext der vertragsgemäßen Neugestaltung des GATS übermitteln sich die WTO-Mitglieder seit 2002 gegenseitig konkrete **Liberalisierungsanforderungen** (sog. Requests). So schickte die EU an 109 Staaten Forderungslisten, in denen in bis zu 12 Sektoren Liberalisierungen verlangt werden. Auf dieser Grundlage sind von den Adressierten seit 2003 Liberalisierungsangebote zu unterbreiten. So plant der europäische Konvent ein verändertes Verfahren zur Aushandlung und Annahme von Handelsverträgen. Nach dem Verfassungsentwurf sollen diese Entscheidungsprozesse zukünftig auf die europäische Ebene verlagert werden, um die nationale Ratifizierung zu streichen. Danach dürfte der Bundestag nicht mehr über neu zu verhandelnde WTO-Verträge einschließlich GATS mitentscheiden. Damit würde durch den Konvent das in der Verfassung fixierte Subsidiaritätsprinzip unterminiert.

EU und GATS organisieren eine konzertierte Politik gegen die öffentlichen Dienstleistungsfunktionen, in dem sie zwei sich ergänzende Liberalisierungsstrategien synchronisieren, wenn auch GATS noch lange nicht den Entwicklungsgrad des europäischen Binnenmarktes besitzt. Die „transnationale Klasse“ von Ministerialbeamten, Wirtschaftslobbyisten und HandelsexpertInnen etabliert sich als eine neue politische Machtstruktur. **Binnenmarkt und GATS schreiben die bereits vollzogenen Liberalisierungen dauerhaft im supranationalen und multilateralen Kontext fest.**

Durch den **Aufstieg der „Schwellenländer“** (vor allem China und Indien) verändert sich jedoch die Tektonik der bisher gültigen Machtkonstellation. Das aktuelle Treffen der globalen Wirtschaftselite zum „World Economic Forum“ in Davos (2/2007) ist dominiert von der Leitfrage, wie die blockierte Doha-Handelsrunde wieder aktiviert werden kann. Erste Schritte in Richtung Freihandelszone in Asien (16 Nationen), Zusammenschluss der BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) und die Autonomieprozesse in Lateinamerika illustrieren Veränderungen im globalen Kräftegleichgewicht, die zugleich auch Rückwirkungen auf die bisherigen Strukturen und Machtverhältnisse in IWF, GATS und

WTO haben können und den „Reform“druck verstärken. Bisherige Anpassungsversuche (Stimmengewichte im Exekutivdirektorium) haben nach Daniel Bradlow (Professor für internationales Recht an der American University, Washington) nichts an den bisherigen Macht- und Entscheidungsstrukturen geändert („Die Not ist groß – aber auch der Widerstand gegen Veränderungen“, Wirtschaftswoche 22.1.2007: 27). Auch bei der WTO ist die Welt komplizierter geworden. So wächst der Druck auf die Amerikaner und Europäer bei der WTO-Konferenz, ihre Agrarsubventionen abzubauen. Trotz der objektiv wachsenden Widersprüche in den bisherigen Machtkonstellationen ist von der Prämisse auszugehen, dass die Chancen für grundlegende strukturelle Veränderungen „nahe null“ sind. „Die überkommenen Strukturen sind unglaublich hartleibig“ (Ökonom Langhammer, in Wirtschaftswoche 22.1.2007: 30). Insofern gehe ich in meiner Einschätzung trotz aller beschriebenen Widersprüchlichkeiten von der weitgehenden beschriebenen Funktionalität und Wirksamkeit beschriebener Strukturen auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Kreisläufe und deren Wirkungen aus.

2.2. EU: Neoliberale Formierung oder Gegenkräfte zur „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“?

Da die supranationalen Rahmenbedingungen der EU zunehmend in die nationalen politischen Gestaltungsoptionen eingreifen, diese definieren und begrenzen, ist die Analyse dieses Kontextes für eine Trendbetrachtung essenziell. Ob die Vision eines vereinten Europas eine Balance zwischen ökonomischen, politischen, sozialpolitischen und ökologischen Zielen herstellen kann und will, ist in einer genaueren Analyse zu befragen. Es wird hier die Hypothese vorangestellt, dass die neoliberale Formierung der EU zentrale Fragen der Gesellschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Nationalstaaten neoliberal definiert, ja diese entscheidend prägt. Nationalstaatliche Prozesse sind zwischenzeitlich nur noch im Kontext der „Europäisierung“ angemessen zu interpretieren. Es ist von der Tatsache auszugehen, dass inzwischen 84 Prozent der Gesetze aus Brüssel das nationalstaatliche Handeln definieren und tangieren (Centrum für europäische Politik, 23.4.2007).

Eine historische Rekonstruktion unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle zeigt, dass mit dem Ende der Systemkonkurrenz (Ost-West-Konflikt) unterschiedliche Kapitalismusmodelle innerhalb der sog. „Triade“ (Nordamerika, Westeuropa, Ostasien) in der Debatte standen. Zeigte sich vermeindlich das Modell des „rheinischen Kapitalismus“ dem ostasiatischen und amerikanischen Modell wegen der Integration ökonomischer Leistungsfähigkeit, der Legitimation über soziale Sicherheiten und Partizipationsrechte überlegen, so ist heute die Dominanz des amerikanischen Modells (Shareholder-Kapitalismus) unübersehbar:

„Der Wandel kündigt sich z.Z. in den westlichen Wohlfahrtsstaaten an und ist Gegenstand der tiefen Beunruhigung sowohl in den Gesellschaften selbst als auch in den Systemen der Hilfe. Dabei zwingt sich gegenwärtig zwar noch weitgehende Differenzen zwischen dem angloamerikanischen Modell des Umgangs mit Armut und den kontinental-europäischen Formen: was jedoch zur Diskussion steht, ist die Transformation der europäischen Systeme in Richtung auf das amerikanische Modell“ (Beisenherz 2002, S. 194).

Die EU muß als strategischer Ort der neoliberalen „Globalisierung“ gesehen werden. Die oft kolportierte These des die neoliberale Entwicklung auslösenden „externen Schocks“ der „Globalisierung“, und die analytisch problematische Dichotomisierung einer „Amerikanisierung“ vs. „Europäisierung“ ist nicht haltbar. Demgegenüber steht die von Stephen Gill lancierte These, dass die Schöpfung der EU ein strategisches Projekt des transnationalen Kapitals mit globalem Charakter sei, in dem sowohl das Finanzkapital aber auch klassen- und länderübergreifende soziale und politische Kräfte agierten, um eine nach neoliberalen Prämissen konstruierte globale Hegemonie zu etablieren. Es gehe, so Gill, den transnationalen, ökonomischen und politischen Eliten um eine Transformation existierender Machtstrukturen in eine neue internationale „disziplinierende governance Struktur“. Das zentrale Ziel

sei, Regierungen, Arbeitsmärkte und Unternehmen durch die reine Logik der Dominanz des Kapitals zu „disziplinieren“. Entscheidender Stellhebel ist die Etablierung supranationaler politischer Institutionen jenseits demokratischer Alternativen und Legitimationen.

Nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems und der Auflösung fester Wechselkursbeziehungen und der aufgesetzten Deregulierungs- und Liberalisierungsdynamik der Finanzmärkte (und die damit verbundene Re-Orientierung der Geldpolitik) hat sich die europäische Geldpolitik eindeutig an den Renditeinteressen ausgerichtet, d.h. fiskalische Geldpolitik wurde der monetären Geldpolitik untergeordnet. Die Konsequenz dieses Prozesses ist, dass der korporatistische Konsens mit einer „Stakeholder-value“-Orientierung sukzessive zugunsten an einer kurzfristigen Renditen orientierten „Shareholder-value“-Strategie aufgelöst wurde. Durch die Institutionalisierung einer restriktiven Geldpolitik entstehen neue Interessen und Normen, die mit dem rendite-zentrierten „Shareholder-value“-Kapitalismus identisch sind. Somit hat die neoklassische Deutungshoheit Einzug gehalten und ist konstitutive Grundlage der politischen Gesamtstrategie der EU geworden. Damit ist das Spannungsfeld des „Bourgeois“ und des „Citoyens“ Grundkonstante zwischen dem „Angebotsegalitarismus“ des Marktes und der Fürsorge- und Versorgungsdemokratie: die „Wirklichkeit des Marktes“ bestimmt somit zunehmend strukturell die Grenzen der politischen Solidargemeinschaft.

Das „europäische Gesellschaftsmodell“ definierte aus der Feder der EU-Kommission im Weißbuch zur „Europäischen Sozialpolitik“ (1994) Grundsätze von Demokratie, Persönlichkeitsrechten, Tariffreiheit, Marktwirtschaft, Chancengleichheit, sozialer Sicherheit und Solidarität, die als Potential zur Wettbewerbsfähigkeit herausgehoben waren. Dieses konzeptionelle Ergebnis ist sicher im Wesentlichen auf einen langen gewerkschaftlichen Kampf in Westeuropa zurückzuführen. Habermas beschrieb in seinem „Manifest für eine ‚Wiedergeburt Europas‘ die „europäische Identität“ u.a. als eine Ethik sozialer Gerechtigkeit gegenüber der individualistischen Wettbewerbsethik der Angelsachsen mit einem insgesamt höheren Zivilisationspotential und warnte jüngst davor, dass das neoliberale Politikkonzept eine irreversible Dynamik erhalten hat:

„Was mich heute am meisten aufregt, die Zukunft Europas nämlich, finden andere abstrakt und langweilig. Warum sollten wir uns über ein so blasses Thema aufregen? Meine Antwort ist einfach: Wenn es nicht gelingt, bis zur nächsten Europawahl im Jahre 2009, die polarisierende Frage nach dem Finalité, dem Worumwillen der europäischen Einigung zum Gegenstand eines europäischen Referendums zu machen, ist die Zukunft der Europäischen Union im Sinne der neoliberalen Orthodoxie entschieden. Wenn wir uns um des faulen Friedens willen das heikle Thema vermeiden und uns auf dem üblichen Kompromisswege weiter durchwurschteln, lassen wir der Dynamik der entfesselten Märkte freien Lauf und sehen zu, wie sogar die bestehende politische Gestaltungsmacht der Europäischen Union zugunsten einer diffus erweiterten europäischen Freihandelszone abgewickelt wird... Ohne konvergente Steuersätze, ohne eine mittelfristige Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitiken überlassen wir das Schicksal des europäischen Gesellschaftsmodells fremden Händen.“ (Jürgen Habermas: Preisrede anlässlich der Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2005, 9. März 2006, RennerInstitut, S. 6 – www.renner-institut.at).

Seit der Gründung der Montanunion (1951) und der EWG ist in den „Römischen Verträgen“ die nationalstaatliche Zuständigkeit für die Sozialpolitik definiert. Erst mit dem Binnenmarktprogramm (1987) trat die Frage der „sozialen Dimension“ in den Mittelpunkt. Eine Tendenz zur Herausbildung europäischer, wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und Institutionen war gelegt und damit das Spannungsfeld zwischen Markt- und Sozialintegration eröffnet. Die „Euro-Optimisten“ (Kaelble/Schmid 2004) sahen den kontinuierlichen Ausbau der sozialen Dimension als eine progressive Grundtendenz europäischer Politik, während die „Euroskeptiker“ den Aufbau eines europäischen Sozialstaates vom „national keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ zum „Wettbewerbsstaat“ mit Skepsis verfolgen (Deppe u.a. 2003). Seit Maastricht und Amsterdam sind die sozialpolitischen Zuständigkeiten der EU erweitert worden, obwohl die Grundsatzentscheidung nationaler Hoheiten nicht revidiert wurde.

Mit der Implementierung des Binnenmarktprojektes hat sich der Modus der europäischen Integration jedoch grundlegend verändert. Mit der Herausbildung einer „neuen“ europäischen Ökonomie

erfolgte eine Durchsetzung der neoliberalen Hegenomie in der EU mit veränderten Methoden und Verfahren: von der Intervention zur Rahmensteuerung, von distributiver zu regulativer Politik. Vor allem ging mit den bürokratischen Steuerungsprozessen ein Prozeß der Entdemokratisierung einher, in dem die Machtverhältnisse zugunsten der privaten ökonomischen Akteure (Interessensvertreter der europäischen Konzerne) verschoben wurden (Balanya u.a., Zürich 2001).

Die Leitbilder einer neuen „Wohlfahrtsarchitektur“ bzw. einer „neuen Sozialstaatsstruktur“, die sich sichtbar vom Modell des nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaats verabschiedeten (Tony Blair und Antony Giddens „Dritter Weg“), wurden festgelegt mit einer deutlichen Abkehr von der Politik der Vollbeschäftigung und eines solidarisch finanzierten Wohlfahrtsstaates. Die Prinzipien der „Aktivierung“ und „eigenen Verantwortung“ wurden zu Schlüsselkategorien einer „neuen Sozialpolitik“. Mit der Lissabon-Strategie (2000) erfuhr die Sozialpolitik eine „Neuorientierung“:

„Eine strategische Aufwertung stellt die systematische Integration der Sozial- und Gesundheitspolitik in die europäische Wirtschafts- und Wachstumspolitik und damit in ein Kernfeld europäischer Politik dar; neu ausgerichtet werden sie in ihrer funktionalen Zielsetzung. Nicht mehr die klassischen Ziele wie Umverteilung und soziale Risikokompensation stehen im Vordergrund, sondern ein möglichst effektiver Beitrag zum wettbewerbsfähigen Umbau des europäischen Entwicklungsmodells wird zur primären Richtgröße erhoben“ (Gerlinger/Urban 2004, S. 269).

Somit wird in den zentralen Feldern der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitsmarkt, Rentensysteme, Gesundheitssystem) seit 2001 ein politisches Umsteuern zum „Umbau des Sozialstaates“ vorgenommen, und damit die Basis für die heutigen gesellschafts- und sozialpolitischen Grundsatzdebatten gelegt. Die Hoffnungen auf einen „Euro-Korporatismus“ (Falkner 1998; Dolvik 1999) wurden sichtbar enttäuscht, da die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen („Stabilitätspakt“), die Integration unterbeschäftigter Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt („Workfare“ statt „Welfare“) und die „Modernisierung“ der Sozialsysteme priorisiert wurden. In der Rolle des EU-Ratspräsidenten Tony Blair forderte die EU-Kommission die 25 Staaten der EU auf, die Systeme der sozialen Sicherheit in Europa zu „modernisieren“, da die nationalen Systeme nicht harmonisiert, „veraltet“ und „unzeitgemäß“ seien. Deswegen müssten sie europaweit „funktions- und zukunftsfähig“ gemacht werden. Der Status quo sei ein „Riß in der Union“, nämlich die Heterogenität der Modelle: das „kontinentale Modell (Deutschland, Frankreich); das „mediterrane“, „angelsächsische“ und „nordische“ Modell (weshalb der belgische Ökonom Sapir die Frage nach dem Sinn eines europäischen Sozialmodells aufwirft). Doch der Druck der neoliberalen Reformer nimmt den Zwang einer unausweichlichen Sachgesetzlichkeit an:

„Entweder wir schaffen den Wandel oder wir zerbrechen“, warb der Schatzkanzler und mögliche Blair-Nachfolger jüngst engagiert für radikale Wirtschaftsreformen. Wer sich nostalgisch am alten Sozialstaat festklammert und dann auch noch die Märkte abschotte, habe noch nicht registriert, was aus China und Indien auf westliche Industrienationen zukomme“ (Die Welt, 21.10.2005, S.6).

Der Europäische Rat definierte im Jahre 2000 das strategische Ziel, bis zum Jahr 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr oder besseren Arbeitsplätzen und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Das Spannungsfeld zwischen ökonomistischen Prioritäten und sozialen Notwendigkeiten ist auf dem Hintergrund aktueller plebizitärer Gegenbewegungen antagonistisch geworden, und erhält eine eigene unkontrollierte Dynamik. Der zur Verabschiedung vorliegende Verfassungstext fixiert jedoch eine Wirtschaftspolitik, „die dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist“ (Art. III-177), in dem also das neoliberale Paradigma festgeschrieben wurde. Die Europäische Zentralbank wird auf strikte Hartwährungspolitik verpflichtet. In Art. III-193 und 216 werden der Freihandel und die unbeschränkte Kapitalmobilität als Ziele der EU-Außenpolitik festgeschrieben. Beschäftigungspolitik wird den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ untergeordnet (III-206, 179), die geprägt ist durch die einseitige Orientierung auf das „vorrangige“ Ziel der „Preisstabilität“ (I-30, III-177,

185) und den in Verfassungsrang erhobenen „Stabilitätspakt“ (III-184). Nicht vorgesehen ist die längst überfällige Angleichung indirekter Steuern, insbesondere der Unternehmenssteuern mit denen der ruinöse „Abwärts Wettbewerb“ bei den staatlichen Einnahmen zu Lasten der Finanzierung öffentlicher Aufgaben aufzuhalten wäre.

Dieses ist wohl auch nicht beabsichtigt, da die Privatisierungsstrategie (konsequent auf der Basis des neoliberalen Paradigmas) das Ziel der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungsfunktionen gesetzlich fixiert. Die EU bekommt danach auf der Basis des Art. III-122 die Kompetenz, „*Grundsätze und Bedingungen, insbesondere jene wirtschaftlicher und finanzieller Art*“ für „*Dienste von allgemeinen wirtschaftlichen Interessen*“ festzulegen. Es liegt die Gefahr auf der Hand, dass die EU-Kommission nach den zahlreichen Sektorliberalisierungen (Strom, Gas, Telefon, Post, Verkehr) nun auch im Sozialsektor und Bildungsbereich Privatisierungsstrategien implementieren will.

Zugleich wurde eine soziale Schieflage zuungunsten sozialer Grundrechte fixiert, die sich manifestiert in der fehlenden Sozialbindung des Eigentums im Art. II-77 und der verfassungsrechtlichen Hervorhebung der „unternehmerischen Freiheit“ (II-76). Anstelle des „Rechts auf Arbeit“ wird nun das „Recht zu arbeiten“ (II-75) gewährt. Auch andere soziale Grundrechte fanden keine Aufnahme oder nur in sehr eingeschränkter Form. Die sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechte auf EU-Ebene sind noch weiter ausgehöhlt worden.

Betrachtet man die in Art. I-13 definierten Zuständigkeiten, dann wird deutlich, dass die EU in allen relevanten Bereichen auf neoliberale Politik verfassungsgemäß festgelegt ist. Dabei hat EU-Recht „Vorrang vor dem Recht der Mitgliedsstaaten“ (Art. I-6). Dieses mit dem neoliberalen Heilsversprechen, der freie Wettbewerb führe zu zunehmendem Wohlstand. Die Unternehmen sollen von allen hemmenden Standards befreit werden (Deregulierung), die steuerlichen Belastungen sollen für Investitionen gesenkt und die Arbeitnehmer/innen sollen zu flexibleren Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, zu niedrigeren Arbeitskosten veranlasst werden – wenn nötig mit dem „Standortknüppel“.

Die europäische Beschäftigungspolitik orientiert sich an den Großen wirtschaftspolitischen Leitlinien: Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der EU, vor allem gegenüber den USA; Deregulierung der Märkte und Steigerung unternehmerischer Gewinne. Diese 1994 in Kooperation mit Zentralbanken und den Finanzministern ausgearbeiteten Leitlinien wurden vom Europäischen Rat beschlossen und dem Europarlament nur zur Kenntnis vorgelegt. Im Dezember 1996 wurde folgendes zentrales Ziel von der Kommission in den Leitlinien festgelegt:

Um die gewünschte Ergebnisse zu erzielen, muß die Lohnskala nach unten gespreizt und dazu die Lohnkosten für gering qualifizierte Tätigkeiten um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden, wie dies in den siebziger und achtziger Jahren in den USA passiert ist. Damit diese Maßnahme greift, müssen in Europa die Leistungen für Arbeitslose und die Sozialleistungen entsprechend gekürzt werden, damit die „Armutsfalle“ vermieden wird.

Auf diesem Zielehintergrund war die Positionierung des Bundeskanzlers Schröder (a.D.) in seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 konsequent. Unter anderem betonte er:

„...wir haben die Zeit- und Leiharbeit von bürokratischen Beschränkungen befreit und so aufgewertet, dass die Unternehmer ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften flexibel decken können.“

Mit der „Aufhebung bürokratischer Beschränkungen“ ist der Abbau der Arbeitsrechte gemeint, wie z.B. die Aufhebung der Schutzbestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Mit der Deregulierung des Gesetzes können die Lohnabhängigen allen möglichen Formen der Leiharbeit unterworfen werden. Diese Praxis der Entleihung an die eigenen Unternehmen sowie die Überlassung an Fremd-

firmen zeigen u.a. die „Beschäftigungsgesellschaften“. Das definierte Ziel von Regierung und Unternehmensverbänden besteht darin, einerseits die Quote der Leiharbeit in Deutschland von derzeit 1,2% auf den europäischen Durchschnitt von 5% anzuheben, andererseits die Beschäftigungsverhältnisse so zu flexibilisieren, dass die Ware Arbeitskraft („Humankapital“) den Erfordernissen der Kapitalverwertung angepasst wird, d.h.: Kostensenkung, Lohneinsparung und Entrechtung durch flexible Verfügungsgehalt unter die Logik der ökonomischen Optimierungsziele.

Seit dem Beschäftigungsgipfel (1997) in Luxemburg existieren zusätzlich die „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“, die ebenfalls von der EU-Kommission erarbeitet wurden, mit denen die Beschäftigungspolitiken in den EU-Staaten synchronisiert werden sollen. Ziel dieser „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ ist nicht die Senkung der Erwerbslosigkeit, sondern die Erhöhung der Beschäftigungsquote (bis 2010 auf 70%: Beschäftigungsgipfel in Lissabon 2000 – Vergleich 2000: USA und Japan in 2000 75%, in der EU nur 60%). Die Folge dieser benchmarkorientierten Zielsetzung sind Druck auf die Löhne, höheren Konkurrenzdruck und Aufteilung der vorhandenen Arbeit in unsichere, prekäre Mini-Jobs. Dementsprechend definiert die EU-Charta des Gipfels von Nizza (2000) kein Recht auf Arbeit, sondern ein „Recht zu arbeiten“, und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben. Damit ist dem Zwang zu prekären Jobs (ohne ausreichende Bezahlung und Absicherung) Tür und Tor geöffnet.

Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die Auseinandersetzung über die „Dienstleistungsrichtlinien“, die Unternehmen/Konzernen Lohn- und Sozialdumping und das Unterlaufen von Arbeits-/Umwelt- und Verbraucherschutz erleichtern sollen. Danach müssten die Mitgliedsstaaten ihre Gesetze so verändern, dass für fast alle grenzüberschreitend erbrachten Dienstleistungen in der EU das Herkunftsprinzip gilt. Bedenkt man, dass sieben von zehn Beschäftigten heute im Dienstleistungssektor arbeiten, dann lässt sich die jetzt schon losgetretene Dynamik nur erahnen, sollte das beabsichtigte Regelwerk gegen zunehmende Widerstände umgesetzt und für nationale Politiken verbindlich werden.

Es wird von außerordentlicher Bedeutung für den von mir skizzierten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Grundprozeß sein, wie

- die aktuellen politischen Auseinandersetzungen über die (Neu)definition der „Dienstleistungsrichtlinien“ ausgetragen und entschieden werden,
- sich die verfassungsrechtlich festgeschriebene marktwirtschaftliche Prämisse im Verhältnis zu Selbstverständnissen des Grundgesetzes („Eigentum verpflichtet“ – Art. 14 Absatz 2 und deren Ergänzungen durch die Sozialbindung des Eigentums) ausbalanciert (oder ausgehebelt) wird.

Der seit zwei Jahren andauernde Streit um die „Dienstleistungsrichtlinie“ nahm eine erste Hürde im Europaparlament. War der ursprüngliche Entwurf Bolkesteins Grund für das Scheitern des europäischen Verfassungsentwurfs bei der Volksabstimmung in Frankreich, so tituliert die Modifikation des ursprünglichen Entwurfs unter „Marktöffnung light“. Der ursprüngliche Entwurf war eines der radikalsten Gesetzesvorhaben, das die Europäische Kommission je angestoßen hat (Herkunftslandprinzip: Furcht vor Absenkung der Sozial- und Arbeitsstandards). Kritisieren die Liberalen und die deutsche Wirtschaft diesen Kompromiss als nicht weitgehend genug, so wird er sowohl von den Sozialdemokraten und den Christdemokraten einhellig begrüßt. Sozialisten und Konservative hatten sich nach langer Diskussion auf einen mehrheitsfähigen Text geeinigt („Die schlimmsten Giftzähne sind gezogen“, E. Gebhardt, SPD). Der neue Text sieht vor, dass die Zielländer der ausländischen Dienstleister „freien Zugang und freie Berufsausübung“ ermöglichen müssen. Die einzelnen Regierungen können unter einer Reihe von Bedingungen Einschränkungen verhängen, die „gerechtfertigt“ sein müssen. Zugleich stellt der Kompromiss dar, dass nationale Regeln zu Arbeitsbedingungen sowie kollektive Vereinbarungen nicht von der Richtlinie eingeschränkt werden. Die Entsenderichtlinie ermöglicht es, für bestimmte Sektoren Mindestlöhne zu fixieren, die auch für aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmer gelten. Selbstständige mit

europäischer Staatsangehörigkeit können sich prinzipiell innerhalb des europäischen Binnenmarktes niederlassen. Die jetzige Kompromissfassung schafft jedoch wenig Klarheit und wird in vielen Einzelfällen Gegenstand einer juristischen Klärung. Der Anspruch, einerseits die Öffnung der Märkte zu erreichen und gleichzeitig das europäische Sozialmodell zu garantieren, wird daran scheitern müssen, dass keine sozialen Mindeststandards als Voraussetzung für die Öffnung der Dienstleistungsmärkte definiert und gesetzlich festgeschrieben wurden. Schweden, Großbritannien, Irland und Finnland sind die bisher einzigen europäischen Staaten, deren Arbeitsmärkte unbeschränkt geöffnet sind.

Die Frage, ob es Chancen für ein anderes europäisches Sozial-, Kultur- und Politikmodell gibt, ist komplex und nicht eindeutig zu beantworten. In den 90er Jahre bot die Wende hin zu sozialdemokratischen Regierungen die Chance hin zur Erneuerung eines wirtschaftlich effizienten, sozial gerechten und ökologisch und wohlfahrtsstaatlich orientierten Keynesianismus. Gestaltet wurde dieser Anspruch nur in einem geringen Maße und blieb weitestgehend papierernes Wahlversprechen. Die Sicherung der materiellen Wohlfahrt für alle (Daseinsvorsorge) ist eine umfassende Aufgabe, mit der Tendenz, die persönliche Initiative und Verantwortung des einzelnen Bürgers der kollektiven Sicherheit unterzuordnen. Der europäische Sozialstaat bietet anders als der Wohlfahrtsstaat jakobinischer und kommunistischer Prägung nicht die allumfassende Daseinsvorsorge und staatlich-öffentliche Regulierung aller Lebenssituationen von der „Wiege bis zur Bahre“, sondern garantiert die Absicherung ganz bestimmter Lebensrisiken, die das Individuum in der Regel nicht selbst bewältigen kann. Aber dieses Sozialstaatsverständnis steht gegen jene neoliberalen Modelle, die auf eine vollständige Individualisierung der Risiken hinauswollen. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ ist und bleibt ein Mythos und Legitimationskonstrukt für sozialdarwinistische Optionen. Dieses Verständnis der Sozialstaatlichkeit des Gemeinwesens braucht spezifische Voraussetzungen und Visionen, vor allem aber der Wahrnehmung von realen Gesellschaftsmodellen, an denen die Praxis verifiziert werden kann (skandinavisches Modell). Das Soziale an einer sozialen Marktwirtschaft sollte nicht die nachträgliche Korrektur von Schäden sein, die Markt und Wettbewerb hinterlassen, sondern eine Sozialpolitik als präventive Ordnungspolitik zur Sicherung der humanen Voraussetzungen einer immer risikoreicheren Dynamik der Marktwirtschaft.

Nach meiner vorläufigen Analyse ist zu befürchten, dass die auf ruinöser Konkurrenz, Unterwanderung sozialer Standards und auf Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zielende Deregulierungsdynamik im Wesenskern nicht korrigiert wird, und damit die hypothetisch skizzierten Grundprozesse im gesellschaftlichen Überbau verfestigt und dynamisiert werden (ganz im Gegensatz zu den 1989 beschriebenen Verheißungen des europäischen Sozialstaats). Unter radikal veränderten Rahmenbedingungen geraten die Sozialsysteme der meisten Staaten aus den Fugen. „Globalisierung“, Wachstumschwäche, demografische Entwicklungen und reformerische Reparaturversuche sind ein Sprengsatz an die bisherigen Selbstverständnisse der nationalen und europäischen Sozialpolitik. Die aktuelle zugespitzte Krisenphase des Kapitalismus lässt offensichtlich keine Spielräume mehr für soziale Kompromisse, die mit dem „fordistischen Kompromiss“ vergleichbar wären. Es besteht ein unauflösbarer Zwang, sich den Spielregeln des internationalen Finanzkapitals anzupassen, oder mit deren selektiven Auswirkungen zu leben. Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist offensichtlich ausgeschlossen.

Die aufgesetzte Dynamik durch die Osterweiterung der EU spaltet die gesellschaftlichen Systeme in zwei Welten bei Einkommen und Beschäftigung: zwischen „Modernisierungsgewinnern“ und -verlierern“, zwischen großstädtischen Strukturen und Provinzen. Die Widersprüche zwischen den politischen Versprechungen und den ökonomischen Realitäten spitzen sich zu: zwischen Regierungen, Regionen, Unternehmen, Arbeitnehmern. In Konkurrenz zueinander stehen Steuersätze, Löhne, Schutzrechte.

„Die Europäer sind nervös. Seit die Chinesen nicht im Fernen Osten werkeln, sondern sich auf die Weltmärkte wagen, seit polnische Klemptner, rumänische Krankenschwestern, litauische Seeleute in den reichen Westen drängen, knirscht es in Europa. Die alte Welt gerät aus den Fugen“ (Die Zeit, 27.10.2005, S. 24).

Diese Spirale nach unten entwickelt eine eigene marktwirtschaftliche Dynamik. Ohne einen europäischen Sozialkontrakt sind die durch diesen Prozeß eingeleiteten gesellschaftlichen Verwerfungen nicht aufzuhalten. Denn bis heute hat die von J.C. Juncker (amtierender EU-Ratspräsident) formulierte Strategie Gültigkeit: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Der Spiegel, 52/1999: 136).

Ob mit dem Scheitern des Verfassungsvertrages durch die Referenden in Frankreich und Holland dieser Arroganz der „Diktatur der Bürokraten“ (Der Spiegel 23/2005) ein Signal zur Umkehr gesetzt ist, bleibt abzuwarten. Der Widerstand, der sich gegen die „Bolkestein-Richtlinie“ formierte, war massiv und einte die europäische Gewerkschaftsbewegung, NGO's, Wohlfahrtsverbände und soziale Bewegungen. Wer jedoch davon ausgeht, dass der „Bolkestein-Hammer“ zu den Akten gelegt ist, unterliegt einer Fehleinschätzung, da die EU-Dienstleistungsrichtlinie selbst in ihrer modifizierten Fassung eine taktische Reaktion auf den „Druck der Strasse“ ist.

Die aktuellen Widerstände und die Absage an ein „neoliberales Europa“ mit dem Nein im Verfassungsreferendum verdeutlichen die sozial- und arbeitsmarktpolitische Gradwanderung. Der von Tony Blair einberufene „Sozialgipfel“ in London (Oktober 2005) unterstreicht nicht nur die unterschiedlichen politischen Paradigmen in dieser Frage. Der Versuch Blairs (Brief an seine EU-Kollegen), ein angelsächsisches Modell zu implementieren, manifestiert sich in folgender Positionierung: „Europa muß wieder auf die Schiene gebracht werden, in Richtung Modernisierung“ (Die Zeit, 27.10.2005, S. 24), ohne seine neoliberalen Forderungen mit den Ergebnissen der „Modernisierung“ im eigenen Land in Beziehung zu setzen:

„Er liebt seine Vision eines modernen, also angelsächsischen Europas. Wo doch Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenrate sein Land im günstigen Licht erscheinen lassen – noch. Denn hinter der Fassade des Erfolgs sieht es stellenweise so düster aus, dass selbst die Blair gewogene Financial Times inzwischen den britischen Schulmeister und seine Unterrichtseinheit ‚Globalisierung und Europäisches Sozialmodell‘ attackiert: ‚Bei der Bildung steht Britannien so erbärmlich da, 29 Prozent der Jugendlichen sind fast gar nicht ausgebildet, und viele Arbeiter können kaum lesen und schreiben.‘ Selbst im eigenen Kabinett wächst die Kritik. Als Schatzkanzler Gordon Brown neulich seine Schrift über Global Europe als eine Art Reformkatechismus für Kontinentaleuropäer unter die Leute brachte, beklagte im selben Augenblick sein Kabinettskollege David Milliband öffentlich, dass im Vereinigten Königreich über vier Millionen Menschen in Armut leben“ (Die Zeit, 27.10.2005, S. 24).

Der europäische Prozess ist gekennzeichnet von zwei antagonistischen Grundströmungen: einerseits das Festhalten am neoliberalen Muster einer Politik, die die Welle der Kritik taktisch mit dem Postulat der Notwendigkeit einer „Zeit der Reflexion“ zu bewältigen versucht. Andererseits die seit dem Verfassungsreferendum einsetzende massive Opposition, die sich zunehmend als vernetzte Sozialbewegung mit einem alternativen Entwurf zu einem anderen Europa positioniert. Angesichts des weitgehenden Scheiterns einer Politik des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ und der „Lissabon-Strategie“ (schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, massive Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, massives Anwachsen struktureller Armutspotenziale, signifikante steigende Zunahme der Kinderarmut) schwinden die selbstgesetzten Ansprüche auf Vollbeschäftigung, soziale Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, ausgeglichene internationale Wirtschaftsbeziehungen und wirksame Entwicklungshilfe. Die „neue Runde in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ in Konkurrenz zu China und Indien polarisiert das Bild, dass sich diese Länder vom Low-Tech-Niedrigpreissektor auf dem Wege zu einer High-Tech- und wissensbasierten Konkurrenz befinden, die neue Anstrengungen zur Sicherung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit erzwingen. Die Diskurse von Tony Blair, Gordon Brown sowie die Mitteilung der Kommission über die „Europäischen Werte in der globalisierten Welt“ unterstreichen die Umformulierung und Rationalisierung der Lissabon-Strategie zu einem „Zurückstellen“ der sozialen und ökologischen Ziele. Obwohl das Scheitern der Ziele der Lissabon-Strategie signifikant ist, wird der rigorose Liberalisierungskurs fortgesetzt, und mit einer weniger ambitionierten Version

versehen: eine „neue Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung“. Mit dieser Lissabon-Agenda II ist jedoch zu befürchten, dass die Ansprüche auf sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit weiter zurückgenommen werden, und vor allem die Sozialpolitik vollständig der Wirtschaftspolitik und ökonomischen Zielen untergeordnet wird. Dadurch werden die Spielräume nationaler Politiken weiter eingeengt. Die Angriffe auf den öffentlichen Sektor (Welle von Liberalisierungen, Privatisierungen, Deregulierungen: Verkehr, Telekommunikation, Gas, Wasser, Strom, Gesundheitspflege, Bildung, soziale Einrichtungen) haben sich verstärkt, obwohl durch internationale Forschungsergebnisse die negativen sozialen Konsequenzen eines solchen Prozesses vielfach belegt worden sind. Die kontraproduktiven Pläne für weitere Haushaltskürzungen (EU-Haushalt) schränken die monetären Spielräume weiter ein, und verschärfen den sozialen Differenzierungsprozess von der Kohäsion hin zur „Wettbewerbsfähigkeit“. Dabei besteht die gesellschaftspolitische, soziale und ökonomische Notwendigkeit, die Haushaltsbeschränkungen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“, das Diktat der Geldpolitik und die Politik der EZB zu korrigieren, anstatt der Dominanz eines „ausgeglichene[n] Haushaltes“ wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele entgegenzusetzen. Langfristige Infrastrukturprogramme (Telekommunikation, Bahn-, Schiffswege, Luftfahrt- und Großforschung) und eine Vielfalt von Sozialpolitiken in Europa (unter Vermeidung eines Steuerwettbewerbs) könnten eine Trendwende der verfahrenen Lissabon-Strategie einleiten, die eine sozialpolitische Vision zum Ziel hat (Mindestlöhne, Verhinderung von Lohndumping, Armutsbekämpfung, Wohnungsprogramm etc.). Der heutige Zustand stellt (bei einer Vielfalt der Sozialpolitiken) einen gemeinsamen Grundtrend dar. Die „Modernisierung des Sozialstaats“ trägt überall in der EU ähnliche Züge: Kostendämpfung, Teilprivatisierung, Pflicht zur privaten Eigenversorgung etc.

Für die Politiken der nationalen Ebene empfiehlt die EU-Kommission eine rigorose Umsetzung der integrierten EU-Leitlinien zu Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Lissabon-Strategie:

„Binnenmarktreformen, die Modernisierung der Arbeitsmärkte und die Anpassung der Sozialsysteme sind wesentliche Elemente für die Bewältigung der Globalisierung und die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. Alle EU-Politiken und -Programme müssen die nationalen Anstrengungen unterstützen, die Notwendigkeit des Wandels zu begründen und Unterstützung zu mobilisieren, zum Beispiel durch den nationalen Dialog.“ (Klaus Dräger 2006, S. 94).

Die Nationalstaaten sind also aufgefordert, flexiblere Arbeitsmärkte und „Sozialstaatsreformen“ zu liefern, und als Kompensation bietet die Kommission die Idee eines „neuen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“ an, der den Strukturfond und den Europäischen Sozialfond ergänzen soll, um auf dringende (aus dem Globalisierungsprozess resultierende Probleme) zu reagieren. Im Einklang mit der Lissabon-Strategie soll die Politik radikaler Marktöffnung forciert werden, um die „Herausforderungen der Globalisierung“ zu meistern. Die dazu benötigten Ressourcen können nur freigespielt werden, wenn die „strukturkonservativen“ Ausgaben (Agrar- und Regionalfonds) reduziert oder restrukturiert werden. Im Haushalt 2008/2009 soll eine abermalige Generalrevision der Struktur des EU-Haushaltes vorgenommen werden. Mit dieser Umstrukturierung ist eine Vertiefung des Binnenmarktes (Dienstleistungsrichtlinien) und die Fortsetzung der Doha-Runde der WTO (Basis Honkonger Erklärung) verbunden (vgl. Beeg 2005).

Um die neoliberale Sackgasse zu illustrieren, sei hier auf die Erfolge skandinavischer Sozialmodelle verwiesen. Wenn das strategische Doppelziel (eine möglichst hohe Beschäftigungsquote bei möglichst geringer Armutsquote) auch für die EU Gültigkeit haben soll, dann haben Schweden und Dänemark mit ihrem Modell diese Ziele erreicht. Die jeweiligen Armutsquoten sind drastisch geringer (besonders die Kinderarmut: Schweden 4,2%, Dänemark 2,4, USA 21,9%, Großbritannien 15,4%: Heintze 2005). Obwohl die skandinavischen Länder mehrerer neoliberaler „Sozialstaatsreformen“ hinter sich haben, gelten sie immer noch als die besten Sozialstaaten der Welt (stark ausgebaute öffentliche Dienste, hohe Sozialleistungen, international höchste Abgabenquote) und dies bei einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit (Growth Competitiveness Index 2004-2005 und 2005-2006: Finnland Platz 1,

Schweden Platz 3 und Dänemark Platz 5). Nach diesem Ranking müsste für EU-Eliten eigentlich der Nachweis geliefert sein, dass **hohe soziale und ökologische Standards, hohe Sozialleistungen und Abgabenquoten keineswegs Hindernisse für wirtschaftlichen Erfolg darstellen.** Grundlage für diesen kontraproduktiven EU-Standard ist das fiskalpolitische Korsett der EU-Maastricht-Kriterien und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Das Grunddilemma skizziert Klaus Dräger wie folgt:

„Die Vision der EU-Eliten von einem ‚Globalen Europa‘ hat jedenfalls die zunehmenden Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft nicht im Blick. Es fehlt jede Überlegung, wie sie aufzulösen wären, um einen Kollaps zu verhindern. Schlimmer noch: die EU-Eliten wollen kräftig weiter die Schraube der Standortkonkurrenz (sowohl innerhalb Europas als auch im globalen Maßstab) anziehen und mit einer europäischen wie globalen Liberalisierung der Güter-, Kapital-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Finanzmärkte verbinden. Diesen würde einen neuen und nochmals verschärften Zyklus des Aufbaus von Überangebot, Überkapazitäten und Spekulationsblasen und anschließender Entwertung beinhalten sowie die Durchschlagskraft von globalen und regionalen Währungs- und Finanzkrisen verstärken.“

Kommission, Rat und der einschlägige Beraterkreis des wissenschaftlichen Sachverständs der EU haben ja selbst zugeben müssen, dass weder die Liberalisierungspolitik im Rahmen des Binnenmarktprogrammes der 1980er und 1990er Jahre, noch die darauf folgende Wirtschafts- und Währungsunion oder die Lissabon-Strategie seit 2000 zu den erhofften Ergebnissen höheren Wirtschaftswachstums, dauerhaften Rückgangs der Massenarbeitslosigkeit, höherer internationaler Wettbewerbsfähigkeit, einer europaweiten Angleichung der Preise oder wachsenden Massenwohlstands geführt hätten.

Ähnlich wie in den USA und anderen Weltregionen ist es ihnen mit diesem Programm gelungen, die Unternehmensrenditen im Wesentlichen durch direkte Umverteilungspolitiken von unten nach oben (Lohnmäßigung, ‚Concession Bargaining‘, ‚Sozialstaatsreformen‘, Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) zu steigern, während die angeblich zu lösenden Probleme sich weiter verschärfen. Global Europe ist vor diesem Hintergrund ein kaum noch verhülltes Programm der Reichtumspflege für Vermögende und UnternehmerInnen, denn alle Anpassungslasten an die neoliberale Globalisierung werden nun ausschließlich an die noch Beschäftigten, Erwerbslosen und sozial Ausgegrenzten delegiert. Die alte liberale Formel – ‚Leistung muss sich wieder lohnen‘ – wird zum bloßen Hohn, denn welche Opfer Belegschaften auch immer zum kurzfristigen Erhalt ihrer Arbeitsplätze bringen (siehe Michelin, Deutsche Bank, Allianz, Karstadt, Siemens, Grundig oder AEG usw.), an der nächsten Biegung geht für viele das Licht aus“ (Klaus Dräger 2006, S. 105-106)

Unabhängig von den tagesaktuellen Ereignissen lassen sich für den Grundprozess in der EU folgende **zentrale Thesen** formulieren:

1. Die „Globalisierung“ ist ein Tatbestand, der konstitutiv für die weitere Entwicklung der europäischen Integration ist.
2. „Globalisierung“ und die EWWU bedingen und verstärken sich gegenseitig in ihrer Entwicklungsdynamik.
3. Die Währungs- und Wirtschaftsunion konstituiert das neoliberale europäische Gemeinwesen und definiert damit die Prozesse im politisch-gesellschaftlichen Überbau.

Soll die Befürchtung von Jürgen Habermas, dass die „Zukunft der Europäischen Union im Sinne der neoliberalen Orthodoxie entschieden“ sein könnte, nicht Wirklichkeit werden, müsste eine europäische Entwicklungsstrategie eingeleitet werden, die eine Ausweitung der strategischen Ziele im Gleichgewicht wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Perspektiven zum **Politikziel** erheben und folgende **Stellhebel** zum Ansatzpunkt hätte: öffentliches Investitionsprogramm; Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung; Arbeitszeitverkürzungen; Verstärkung der Sozialpolitik; Festlegung von Mindeststandards zur sozialen Absicherung; Aufstockung des europäischen Haushaltes; Veränderung des Rahmens der GAT-Verhandlungen.

Aus der Analyse der jetzigen Machtarchitektur der EU-Oligarchie und dessen neoliberaler Philosophie - und den von ihnen forcierten „Sachzwängen“ der internationalen „Wettbewerbs“-Hypothese - besteht jedoch wenig Hoffnung auf eine Kurskorrektur. Insofern sind die Konse-

quenzen und Handlungsspielräume der Nationalstaaten aus dieser Logik abzuleiten: die Reproduktion der Folgen der neoliberalen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Prämissen auf nationaler Ebene.

Die aktuelle EU-Kommission (Barroso) hat den Kok-Bericht (Umsetzungsbericht der Lissabon-Strategie) aufgegriffen und ihrerseits zum Mittelpunkt ihres „Reform“-Programms gemacht. Die erste „Halbzeit-Bilanz“ der Lissabon-Strategie wird für die zweite Phase in einem Fünf-Jahres-Plan übersetzt (2005-2010), obwohl die Prämissen der Lissabon-Strategie aus einem Kontext (2000-2001) eines Systemvergleichs abgeleitet wurden, der im Nachhinein anders zu deuten ist: So war es nicht die Einführung neuer Informationstechnologien, die zu einem überraschenden Anstieg der Produktivität in den USA beigetragen hat, sondern der massive Beschäftigungsabbau, die Steigerung der Ausbeutungsrate, die Rolle des Militärkeynesianismus, der „Aufschwung“ des Haushaltsdefizits und die Steuersenkungen, die zur Erklärung der amerikanischen Entwicklung anzuführen sind. Auf diesen falschen Prämissen fußte damals die Entscheidung einer umfangreichen Reform der „korporatistischen“ Sozialsysteme, der Implementierung des Wachstums- und Stabilitätspaktes und fundamentaler neoliberaler Prämissensetzungen. Die positiven Reaktionen auf den Kok-Bericht durch den europäischen Unternehmensverband (Unice) und der europäischen Industrie- und Handelskammer, und deren weitergehenden Forderungen nach weiteren „Reformen“ des Sozialsystems zugunsten des Wirtschaftswachstums verdeutlichen die strategische Zielsetzung der kommenden Dekade: eine Verschärfung der Lohnkonkurrenz, des Sozialdumpings und der Produktionsverlagerungen statt einer dringlichen Steuerharmonisierung, um die Prämissen des „Standortwettbewerbs“ zumindest im EU-Kontext zu entschärfen.

2.2.1. Nationale Aktionspläne zur „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ – Konzepte mit Bedeutungsverlust

Die Mitgliedsstaaten wurden mit dieser strategischen Zielsetzung aufgefordert, nationale Aktionspläne zu erstellen, um mit dieser Basis einen ständigen Austausch zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu realisieren.

In der Konkretisierung dieses strategischen Zieles durch den Europäischen Rat im Frühjahr 2004 wurden folgende Unterziele definiert:

1. Erhöhte Investitionen in aktive Arbeitsmarktmaßnahmen und eine verbesserte Integration von Sozialschutz, lebenslangem Lernen und Arbeitsmarktpolitik.
2. Eine Sicherstellung von Mindesteinkommen, um ein ausreichendes Einkommen für ein Leben in Würde zu erreichen.
3. Einen besseren Zugang für gefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen zu qualitativer Gesundheitsversorgung, akzeptablen Wohnmöglichkeiten, zur Realisierung lebenslangen Lernens, einschließlich der Teilhabe an kulturellen Aktivitäten.
4. Konzertierte Bemühungen für Schulausbildung, Aus- und Weiterbildung.
5. Als Schlüssel zur Bekämpfung der generationenübergreifenden Armut soll im Schwerpunkt die *Kinderarmut* beseitigt werden.
6. Gemeinsame Anstrengungen zur Reduzierung der Armut und sozialer Ausgrenzung.

Diese Positionierung ist auf dem Hintergrund zu bewerten, dass im Gegensatz zu nationalstaatlichen, geschichtlich gewachsenen Sozialpolitiken die sozialpolitische Fundierung auf EU-Ebene eine eher nachgeordnete Rolle gespielt hat. Diese beschränkt sich im Wesentlichen auf die Ausgestaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für abhängig Beschäftigte sowie eine sehr aktive Politik zur Geschlechtergleichstellung.

Durch die Kopplung von gemeinsamem Wirtschaftsraum und einer an strikten Stabilitätskriterien gekoppelten Währungsunion bei gleichzeitiger nationalstaatlich zu praktizierender Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik droht den Ländern mit hohen Sozialstandards eine Dumpingkonkurrenz um Lohn- und sozialrechtliche Standards. Der bestehende Wettbewerbsdruck zwischen den EU-Staaten wird strategisch genutzt, um EU-weit die bestehenden Sozialstandards zu senken. Der „Reform“ansatz definiert sich im Anspruch, den Umbau des eher „versorgenden“ zu einem „aktivierenden“ Sozialstaat vorzunehmen.

Mit der Revision der EU-Verträge (seit 1999 in Kraft) ist das Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum offiziellen europäischen Politikziel erhoben. Dieses wurde durch die Beschlüsse von Lissabon (3/2000), Nizza (12/2000) und Stockholm (6/2001) bestätigt. Die Positionierung über eine armutspolitische Zielvereinbarung markiert formal ein Novum europäischer Politik. In den Schlussfolgerungen zum Rat von Lissabon einigten sich die EU-Regierungen darauf,

„die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es einer globalen Strategie, in deren Rahmen (...) die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen ist“ (Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon, 23/24. März 2000).

Diese politisch-strategische Ausrichtung wird durch folgende Elemente konkretisiert:

1. Förderung der Erwerbsbeteiligung und des Zugang aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen.
2. Prävention der Risiken der Ausgrenzung.
3. Hilfe für die Bedürftigsten.
4. Mobilisierung aller relevanten Akteure.

Eine Schlüsselstellung bei der offenen Methode der Koordinierung kommt dem Erstellen Nationaler Aktionspläne zu, in denen die nationalen Regierungen Zielsetzungen und Lösungswege zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung festlegen. An diesem Prozeß der Formulierung des nationalen Aktionsprogramms sind Vertreter der Länder, der Kommunen, der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, die Sozialpartner, Verbände und Wissenschaftler vertreten, um mit einem wissenschaftlichen Gutachtergremium die Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu erarbeiten und zu publizieren. Ab 2006 sollen die drei Segmente Alterssicherung, Gesundheit/Pflege und Armut/soziale Ausgrenzung in einem sog. Streamlining-Prozeß in einem gemeinsamen Sozialschutzbericht zusammengeführt werden. Nationale Politikfelder sollen evaluiert und in einen laufenden Wettbewerb EU-interner best-practice Beispiele gesetzt werden.

Auf dem Hintergrund des Primats der Ökonomie besteht die aktuelle politische Herausforderung, das Verhältnis von Staat, Sozialpolitik und Ökonomie wieder neu zu bestimmen, und die zunehmenden politischen Steuerungsverluste zu begrenzen und die Regulierungsfunktionen zu stärken. Die bisherige Politikpraxis, die Bekämpfung der Armut als Anhängsel anderer Politikstrategien zu betrachten, ohne das vorherrschende neoliberale Entwicklungsmodell anzutasten, wird die Strategie der „Sozialen Integration“ zum Scheitern bringen. Aus der heutigen Betrachtung lassen sich ernsthafte Zweifel anmelden, dass die Führung in den EU-Staaten wirklich bemüht ist, die sozial-integrative Strategie zu realisieren. Die Strategie der „Sozialen Integration“ hat eben nicht dieselbe Rechtsverbindlichkeit und Dringlichkeit wie die Konvergenzkriterien von Maastricht, die Grundprämissen der Wirtschaftspolitik (neoliberales Paradigma) oder die beschäftigungspolitische Strategie, und erhält daher nicht dieselbe Aufmerksamkeit in den politischen Zielen. Es ist zu erwarten, dass es zu weiteren sozialen Ausdifferenzierungen und dem Anwachsen der Armuts- und Ausgrenzungspotenziale in ganz Europa kommt, und dies als ein stabiler Grundprozeß zu bewerten ist.

Trotz dieser Einschätzung ist die Aktualisierung und Publizierung der Strategie der „Sozialen Integration“ wichtig, um das Marginalisierungs-/Exklusionsthema auf der politischen Agenda der Mitgliedsstaaten zu halten.

D Spätkapitalistische Transformationskrise: Bruch zwischen fordistischem Sozialsystem und neoliberaler Reproduktionsstrategie

1. Transformation der nationalstaatlichen Steuerungsfunktion im Zeitalter der neoliberalen „Globalisierung“

Ökonomische Basis und politischer Überbau bilden eine dialektische Einheit und müssen auch in diesem Verständnis in die Analyse eingebaut werden. Denn ohne die Veränderungsdynamik in der internationalen Marktdynamik lässt sich der Druck auf die nationalstaatliche Identität, deren Strukturen und Programmatiken schwerlich interpretieren.

War die Entwicklung des Kapitalismus untrennbar in seiner Genese mit der Ausbildung des modernen Territorialstaates verbunden, so wird der Nationalstaat in seiner bisherigen Verfassung der postfordistischen und neoliberalen Phase fundamental transformiert, und in seiner bisherigen Verfaßtheit in Frage gestellt, da er zum Haupthemmnis der „Fortentwicklung“ der internationalen Produktivkräfte, (Normen, Zölle, Steuern, Gesetzgebungen, Lebensweisen, Lebensstandards) im Sinne einer unbegrenzten Marktdynamik (NAFTA, EU, APEC etc.) im neoliberalen Grundverständnis geworden ist. So genießt jener Staat, der die Deregulierung und den Sozialabbau am schärfsten vorantreibt, das Wohlwollen internationaler Kapitalanleger. Nach Hirsch (1995, 103) konzentriert sich staatliche Politik zunehmend darauf, „einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen“. Der Staat mutiert in diesem Verständnis in die Rolle des „modernen Wettbewerbsstaates“.

Nicht zufällig postuliert der US-amerikanische Finanzmagnat Soros (1998) (der reichste Devisenspekulant der letzten Jahrzehnte) einerseits die „Krise des globalen Kapitalismus“, um mit dieser Diagnose die Forderung nach einer „Weltgesellschaft“ zu verbinden:

„Um die globale Wirtschaft zu stabilisieren und zu regulieren, benötigen wir ein globales System der politischen Entscheidungsfindung. Kurz: wir brauchen eine Weltgesellschaft, die die Weltwirtschaft trägt. Mit Weltgesellschaft meine ich keinen Weltstaat: Die Abschaffung der Nationalstaaten ist weder durchführbar noch wünschenswert; aber wenn kollektive Interessen Ländergrenzen überschreiten, muß die Souveränität von Einzelstaaten dem internationalen Recht und internationalen Institutionen nachgeordnet werden“ (S. 30).

Und damit andererseits unmissverständlich klar zu machen, wer die Regeln des „internationalen Rechts“ zu bestimmen hat:

„Mit dem richtigen Führungs- und Zielbewusstsein könnten Amerika und seine verbündeten eine offene Weltgesellschaft schaffen, die einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Weltwirtschaftssystems und zur Bewahrung universaler menschlicher Werte leisten würde“ (ebenda S. 31).

Insofern ist es konsequent, wenn Soros den Ausbau und die Stärkung jener internationalen Institutionen (IWF, WFO, Weltbank) fordert, in denen die genannten Mächte nicht nur die Entscheidungshoheit haben, sondern die weltpolitische Wirtschaftsprozesse in der bekannten Logik steuern und zum wirtschaftspolitischen Paradigma erheben.

In der nachvollziehbaren Logik Soros wird der Nationalstaat für die internationale Kapitalfunktion also nicht überflüssig, sondern muß einem Gestaltwandel unterworfen werden. Er soll für das global

agierende Kapital nur noch ein möglicher Standort unter vielen sein, solange die Rahmenbedingungen für die Profitabilität stimmig sind. Es wäre also unzulänglich, bei allen festzustellenden Souveränitätseinbußen gegenüber außerstaatlichen Akteuren von „Ende des Nationalstaates“ auszugehen. Im Gegenteil: Mit der Zunahme der gesellschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen der neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien wird in anderen Funktionalitäten (vor allem im Felde der „Inneren“ und „äußeren Sicherheit“) eine Perfektionierung der Durchstaatlichung vorangetrieben. So bleiben grundsätzlich zentrale staatliche Hoheitsbereiche funktional, und erfahren teilweise einen Ausbau/eine Reaktivierung, um den benchmarkgesteuerten Anforderungen an den „Standort Deutschland“ adäquat entsprechen zu können. Die Ausführungen von Horst Siebert (Präsident des Instituts für Weltwirtschaft) verdeutlichen diesen Anspruch anschaulich:

„Deutsche Unternehmen verfügen inzwischen über ein weltweites Portfolio von Investitionsstandorten... Dies hat die Konsequenz, dass die Unternehmen auf neue inländische Daten reagieren können, indem sie im Unternehmensverbund nationalen Maßnahmen wie Regulierungen, der Besteuerung und Lohnerhöhungen ausweichen... Ob deutsche Unternehmen effizient sind oder ob der Standort Deutschland attraktiv ist, diese Fragen sind nicht mehr identisch. Deutsche Unternehmen können dadurch leistungsfähig sein, dass sie dem Standort Deutschland ausweichen.“ (FAZ, vom 9. Juli 2002).

Damit ist das Wesentliche expliziert: Der Druck auf die Nationalstaaten, um für das internationale Kapital die günstigsten Rahmenbedingungen zu schaffen, bildet den zentralen Erklärungsansatz für das neoliberale Paradigma der „Deregulierung“. Vor allem mit dem Argument zur Schaffung von Arbeitsplätzen und der Standortdrohung werden Nationalstaaten, Länder und Kommunen regelrecht erpresst, den „Anlegern“ die geeignete soziale und technische Infrastruktur, die besten Produktionsstätten und umfassende staatliche Mittel für die Errichtung neuer Produktionsanlagen zur Verfügung zu stellen. Die damit verbundenen drastischen Einschnitte vor allem in die Sozialhaushalte sind eine Konsequenz dieses Prozesses. Und damit die „Anforderungen an einen Strukturwandel“ auch unmißverständlich klar sind, setzt der BDI die programmatischen Prämissen:

„... während die Unternehmen sich immer stärker global orientieren, verharren Politik und Gesellschaft in Kernbereichen noch zu sehr in nationalen Denk- und Handlungsmustern. Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik und Sozialpolitik werden weiterhin überwiegend aus nationaler Perspektive behandelt. Sie orientieren sich zu wenig an internationalen Entwicklungen und den daraus resultierenden Anforderungen an den Strukturwandel.“ (Bund der Deutschen Industrie (BDI) 1998, S. 14/15).

In diesem Selbstverständnis stören selbstredend „nationale Denk- und Handlungsmuster“, nach denen der Staat vielfältige, historisch gewachsene und erkämpfte soziale Aufgaben zu bewerkstelligen hat. Diese Nutzung der komparativen Vorteile verschiedener Standorte erzwingt die Optimierung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und verändert damit die Rolle des Staates, in dem

- zum einen die Funktionen des Staates in der Innen- und Außenpolitik ausgebaut werden;
- sich der Staat aus gewinnträchtigen wirtschaftlichen Betätigungen zurückzieht (alle Funktionen, die Maximalprofit versprechen, werden zur Privatisierung freigegeben);
- er sich aus bisherigen Sozialstaatsfunktionen verabschiedet bzw. diese auf ein Minimum reduziert;
- durch das „Abspecken“ vor allem von „überzogenen“ sozialen Standards Mittel freigesetzt werden, die in die Organisation der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation sowie der kapitalistischen Produktion und Reproduktion gelenkt werden: Forschung, Bildung, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Verkehr, Steuerpolitik, Stadtsanierung, Umweltschutz, Raumordnung etc. – mit einer eindeutigen Tendenz zur neoliberalen Privatisierungsstrategie;
- der Staat mit einer „schlanken Verwaltung“ seine Aufgaben effektiver wahrzunehmen versucht.

Damit konzentrieren sich die nationalstaatlichen Funktionen auf folgende Handlungsfelder:

- Sicherung der kapitalistischen Eigentums- und Rahmenbedingungen.
- Schaffung günstiger „Standortbedingungen“.
- Schaffung attraktiver Bedingungen für internationale Finanzanleger.
- Gewährleistung der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens.
- Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols.
- Wahrnehmung militärischer Funktionen..

Mit einer umfassenden Privatisierung staatlicher Betriebe und Einrichtungen (Ruhrkohle, AG, Deutsche Bundesbahn AG, Deutsche Post AG, Deutsche Lufthansa AG etc.) orientiert sich der Staat nicht nur an den Erfordernissen neoliberaler Paradigmen, sondern setzt mit dieser umfassenden Privatisierungswelle neue Anlagemöglichkeiten für das überschüssige Kapital, sondern vernichtet durch diese Strategie zugleich hunderttausende Arbeitsplätze (z.B. Post 150.000, Telekom 120.000, Bahn 300.000 Arbeitsplätze).

Und damit ist der eingeleitete Privatisierungsprozeß staatlicher Funktionen noch nicht beendet. Schon 1998 mahnte der BDI in seinem Perspektivkonzept eine Beschleunigung der Privatisierung kommunaler Betriebe an:

„Das Prinzip der offenen Staatsausgaben hat der Staat benutzt, um Aufgaben an sich zu ziehen, die in privater Hand besser erledigt werden könnten. Eine vorsichtige Umkehr ist eingeleitet worden. Im Bund ist die Privatisierung vorangetrieben worden, aber die Gemeinden unterhalten noch über 100.000 kommunale Unternehmen, die oft in Konkurrenz zu Privatunternehmen stehen.“ („Für ein attraktives Deutschland in einem weltoffenen Europa“, S. 83).

Mit dieser Privatisierungswelle öffentlicher Dienstleistungsfunktionen wird nicht nur eine privatkapitalistische Profitorientierung mit bekannten Arbeitsplatzeffekten einhergehen, sondern viele Kommunen begeben sich durch diese Strategie zunehmend in die Abhängigkeit von Investoren, und das Finanzkapital weitet seine Anlagestrategien auf immer neue Sektoren aus: Gesundheit, Pflege, Bildung und Kinderbetreuung. So lenkte die amerikanische Investitionsberatungsgesellschaft Whistler mit einer Werbekampagne die Aufmerksamkeit der Investoren auf diese gewinnträchtigen Marktsegmente:

„Das Ziel von Whistler Managers, LTD ist es, solche Anlagemöglichkeiten herauszufinden, die über den Vergleichszahlen liegenden Erträge bei kontrolliertem Risiko einbringen können. Gegenwärtig konzentrieren wir uns auf Marktbereiche, die unserer Meinung nach erhebliche und dauerhafte Potenziale bieten, unter anderem die Markte für Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Bildung und Immobilien.“ (Werbeblatt der Anlagengesellschaft Whistler Manager vom Oktober 2002).

Damit realisiert sich zunehmend das länderübergreifende Regelwerk des GATS (General Agreement on Trade in Service, Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), und die darin im Jahre 2000 angestrebte „Liberalisierung“ des Handels mit öffentlichen Dienstleistungen. Diese angestrebte „Liberalisierung“ würde es internationalen Konzernen erlauben, in jedem beliebigen Land Schulen, Hochschulen oder Krankenhäuser als private Unternehmen zu betreiben. Schon heute gelten weltweit das Gesundheitswesen (3,5 Billionen US-Dollar), der Bildungsbereich (2 Billionen US-Dollar) und die Wasserversorgung (1 Billionen Dollar) als profitabelste Märkte. Fast 100 Länder haben sich im Rahmen des GATS darauf verständigt, Teile ihres Gesundheitswesens für private Investoren freizugeben.

Diese zunehmende Unterminierung bisheriger hoheitlicher staatlicher Funktionen hat gravierende gesellschaftliche Auswirkungen, die es noch genauer zu analysieren gilt. Mit der chronischen Krise der Staatsfinanzen und einer zunehmenden Umverteilung des Nationaleinkommens verschärft sich dieser Privatisierungskurs und treibt den Prozess im Selbstverständnis des Neoliberalismus immer ausgeprägter in die beabsichtigte Richtung:

„Die Exterritorialität der großen Unternehmen und Vermögen nimmt den Staaten die Steuersouveränität; die National-ökonomien zerfallen in einen prosperierenden internationalen Sektor, einen schrumpfenden der lokalen Produzenten und einen wachsenden der Überflüssigen. Der globale Wettbewerb des Kapitals zieht die schrankenlose Konkurrenz der Arbeiter nach sich. Die Produktivitätsrevolutionen machen die technologische Arbeitslosigkeit chronisch. Die implizite Vision des neuen Vulgärliberalismus ist die naturwüchsige Entwicklung vom weltweiten Marktstaat, in dem die Politik nur noch die Funktion hat, die Sicherheit der Finanz- und Warenströme zu garantieren, die Kriminalität zu dämpfen, Basisqualifikationen zu vermitteln, ein Staat, in dem die Demokratie auf Akklamation schrumpft“ (Jens Jessen, Was heißt links?, in: Die Zeit 14.Juli 2005, S. 47).

1.1. Eine Neudefinition der Staatsfunktion in der globalisierten Welt

Die Diskussion über die Staatsfunktion bewegt sich in der Globalisierungsdebatte häufig in der Dichotomie der Verteidigung des fordistischen Staates oder den „Reform“-Strategien neoliberalen Zuschnitts. Eine sinnvolle Synthese ist in der öffentlichen Debatte selten anzutreffen. Dieser Anspruch hätte den Fokus, unter den Bedingungen der globalisierten Ökonomie sowohl (international vergleichbare) Sozialstaatsansprüche aufrecht zu erhalten, als auch eine Leistungs- und Qualitätsoptimierung der Staatsfunktionen anzustreben. Denn beides muß kein Gegensatz sein. Der Wunsch nach einem starken Staat, der Wohlstand mehrt und sozialen Ausgleich schafft, scheint in der neoliberalen Staatsdefinition antagonistisch zu sein, weil die neoliberale Prämissensetzung diese Richtung reduktionistisch steuert.

Dass bisherige Staatsfunktionen einer Optimierung nach Effizienz-Parametern benötigen, kann nach konsequenter Analyse der Ausgangslage schwerlich bestritten werden:

„Die hiesige Bürokratie ist längst zu einem seltsamen Konstrukt mutiert: Sie ist groß und schwach zugleich. Der deutsche Staat greift sich fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung, er beschäftigt 4,8 Millionen Beamte und Angestellte, mehr als jedes Unternehmen der Welt, er unterhält 36.493 Schulen, 267 Hochschulen und 290.265 Krankenhausbetten. Er hat Schulden in Höhe von 1,5 Billionen Euro angehäuft. Doch wozu das alles? Dieser vermeintlich kraftvolle Staat konnte nicht verhindern, dass in Deutschland der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. Das weniger der Intellekt als die soziale Herkunft über den Bildungsabschluss entscheidet. Dass das Gesundheitssystem extrem teuer ist, aber nur Mittelmäßiges leistet.

Ob Schwarz-Rot-Grün-Gelb oder Schwarz-Gelb-Grün. Wie auch immer die nächste Regierungskoalition aussieht, ganz gleich, ob die Anhänger oder Kritiker der Deregulierung dominieren – sie wird versuchen müssen, dem deutschen Staat neue Leistungsstärke zu verleihen“. (in: Die Zeit 22.9.2005, S. 25).

Trotzdem ist in der Diskussion um die Optimierung der Staatsfunktionen die begründete Entscheidung zwischen der angelsächsischen oder der skandinavischen Modellvariante von großer Bedeutung. Für Michael Klein (Weltbank-Ökonom) ist die zentrale Frage nicht, „wie viel Regulierung es gibt, sondern wie gut die Regulierung ist“ (DIE ZEIT, 22.9.2005: 25), in dem er sich in einer globalen Vergleichsstudie auf die Wirtschaftsfreundlichkeit untersuchter Länder bezieht. Dabei geht er von der Prämisse aus, dass sich ein starker Staat und eine florierende Wirtschaft durchaus miteinander harmonisieren lassen, ja das eine die Voraussetzung für das andere ist. Stephan Leibfried vertritt die These, dass ohne einen „starken Staat der Liberalismus gar nicht denkbar“ ist, und führt zugleich an, dass der Sieg des Liberalismus (der nur durch den Staat möglich wurde), in den vergangenen 30 Jahren das Staatsfundament unterhöhlt hat, und fokussiert die Grundsatzdebatte mit folgenden Ausführungen:

„Mehr Markt, weniger Staat“ ist so fehl am Platze wie die Behauptung, Politik funktioniere nur als Nutzung vorpolitischer, natürlicher Ressourcen. Das Gegenteil ist richtig.

Wer noch mehr Liberalisierung und Privatisierung will, muss erklären, wie er diese zusätzliche Freiheit noch sichern will. Auch ein globalisierter, und freier Markt bedarf – wenn er Markt bleiben und nicht zum Schlachtfeld werden soll – der Rechtsdurchsetzung und wohlfahrtlichen Abfederung. Solche Zwangsmittel müssen heute demokratisch legitimiert sein. Demokratie aber muss erst organisiert, zum politischen Selbstverständnis werden. Als ‚Container‘-Nationalstaat ist der Staat längst Auslaufmodell. Als zentraler Teil der neuen Topografie des Politischen, wie ich sie genannt habe, eben der vielfältigen funktional organisierten Systeme von Mehrebenenregieren, gehört ihm aber jede Zukunft. Das gilt gerade, weil wir der liberalen Moderne verpflichtet bleiben. Auch die Unternehmer wollen doch mit der Losung ‚Mehr Markt‘ nicht im Jenseits von Staatlichkeit und geordnetem Wirtschaften landen“ (in: Die Zeit 16.5.2007, S. 12).

Auf der Grundlage einer qualitativen Vergleichsanalyse kann an der angloamerikanischen und skandinavischen Variante diese Debatte gut expliziert werden:

Während in den angelsächsischen Ländern (GB und USA) der Staat zwischen 30 und 40 Cent jedes erwirtschafteten Euros verbraucht, die Arbeitslosigkeit relativ niedrig und das Wirtschaftswachstum relativ hoch ist (mit der Folge hoher Potenziale marginalisierter, armer, exkludierter Bevölkerungsteile als Konsequenz der Sozialstaatspolitik), kassiert der Staat in den skandinavischen Ländern (Schweden, Dänemark) weit mehr als die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung. Auch in diesen Ländern sind Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsleistung positiv zu bewerten. Obwohl in den skandinavischen Ländern die staatlichen Sozialleistungen kräftig gekürzt wurden, ist im Gegensatz zu Deutschland der Sozialstaat und dessen Finanzierbarkeit nie grundlegend infrage gestellt worden. Die Skandinavier haben eine spezielle Form der Staatsfinanzierung konzipiert, die Fachleute auch als „Sozialismus innerhalb einer Klasse“ charakterisieren, d.h.: die Umverteilung findet nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit statt, sondern nur zwischen „Arbeitnehmern“. Spitzenverdiener sind nicht selten mit 60% ihres Gehaltes belastet. Mit dieser monetären Umverteilung ist der Staat in der Lage, den Großteil der Sozialleistungen über Steuern statt über die Pflichtversicherungen zu finanzieren und sie von den Lohnnebenkosten zu entkoppeln. Somit sind sowohl die Steuersätze für Unternehmen niedrig (dieses lockt Investoren ins Land), als auch die sozialen Sicherungssysteme der neoliberalen Kürzungslogik entzogen, und als Folge dessen ist eine ausgeprägte Integrationsfähigkeit in den skandinavischen Ländern zu beobachten. Nach Ansicht des Ökonomen und Exchefs der Bertelsmann Stiftung, Heribert Meffert, hat die Staatskritik unter der Stoßrichtung „Bürokratieabbau“ dazu geführt, dass wir Gefahr laufen, „letztlich einen schwachen Staat zu erzeugen, der selbst notwendige Aufgaben nicht mehr erfüllen kann“ (DIE ZEIT, 22.9.2005: 26). Nach Meinung von Meffert muß der Staat konsequent in Ziele investieren, die ausschließlich unter seiner Regie zu organisieren sind, um sowohl Effizienz als auch einen Sozialstaatsanspruch miteinander in Gleichklang zu bringen: Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Energieversorgung. Bei diesen für den Staat essenziellen Aufgabenspezifikationen herrscht ein breiter Konsens, dass die Globalisierungsprozesse nur mit einem optimalen Bildungs- und Wissenschaftssystem zu bewältigen sind, über das sich sowohl die Optionen für soziale Allokations- und Qualifizierungsprozesse als auch die Stellung im internationalen volkswirtschaftlichen Benchmarking abbilden. Sowohl im Ranking der internationalen Bildungsausgaben (unter den 28 größten Wirtschaftsnationen an 21. Stelle) als auch bei der qualitativen Ausrichtung des Bildungssystems besteht in Deutschland im internationalen Systemvergleich erheblicher Handlungsbedarf. Es geht also nicht um eine schematische Adaption des „schlanken Staates“ in Anlehnung an die industriellen „Lean“-Konzepte, sondern um eine Optimierung der Staatsfunktionen, um angemessene Zukunftsaufgaben zu lösen, ohne den Ausweg in einer neoliberalen Privatisierungsstrategie zu suchen. Der Chef-Ökonom des DGB Dierk Hirschel markiert unter der Überschrift „Neue Regeln für den Kapitalismus“ folgende Eckpunkte für einen „modernen Sozialstaat“, die auf ihre Realisierung zu prüfen sind:

„Die große politische Herausforderung besteht heute mehr denn je in der sozialstaatlichen Regulierung eines flexiblen und kapitalmarktgetriebenen Kapitalismus. Der Sozialstaat der Zukunft braucht ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit und Qualifizierung. Interne Flexibilität hat dabei Vorfahrt. Mindestlohn, Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Beschäftigungsstabilität. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe müssen durch Grundsicherungsmodelle abgedeckt werden. Der moderne Sozialstaat setzt auf Prävention...“

In der Arbeitsmarktpolitik müssen Qualifizierung und Weiterbildung an die Stelle des phantasielosen Drucks durch Transferkürzungen und verschärfter Zumutbarkeit treten... Der moderne Sozialstaat betreibt Beschäftigungspolitik. An der Massenarbeitslosigkeit scheiterte bisher noch jede Sozialreform. Die sozialen Dienstleistungen sollen ausgebaut werden. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ist schließlich die Alternative zur passiven Finanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Ein moderner Sozialstaat ist aber auch ein investiver Sozialstaat. Deutschland braucht eine breit angelegte Bildungsoffensive für Kindergärten, Schulen und Universitäten. Erst eine bedarfsgerechte Ausweitung und ein flexibles Angebot von Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen schafft die Voraussetzungen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Für die Finanzierung des zukünftigen Sozialstaates brauchen wir eine breitere Einnahmenbasis. Gewinn- und Vermögens-einkommen müssen hierfür steuerlich stärker herangezogen werden. Die Sozialversicherungssysteme sollten zu einer Bür-

gerversicherung ausgebaut werden. Das wird sicher nicht einfach, denn nach dem Kollaps des Realsozialismus und der Öffnung neuer Märkte ist der alte Sozialstaatskompromiss zerbrochen...

Es gewinnen marktradikale Flexibilisierungs- und kapitalmarktorientierte Managementstrategien an Boden: Die prekäre Beschäftigung blüht auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme. Das Management spart bei Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung, um die Quartalsgewinne zu trimmen. Mittelfristig werden die Grundlagen des deutschen Produktionsmodells unterhöhlt. Niedriglohnstrategien, Sozialabbau und eine mutlose Forschungs- und Bildungspolitik fördern diesen Negativtrend.

Eine löchrige Tariflandschaft, mehr prekäre Beschäftigung und hohe Arbeitslosigkeit schwächen zudem die Lohnpolitik. Die realen Bruttolöhne stagnieren seit Mitte der 90er-Jahre. Die Einkommensungleichheit und der Niedriglohnsektor wachsen. Der schmale Geldbeutel heimischer Kunden beschränkt die Preissetzungsspielräume. Der hohe Kosten- und Preisdruck gefährdet die technologische Leistungsfähigkeit. Die Strategie des schneller, besser und billiger geht zulasten der Qualität... Die Zahl der Forscher und Entwickler ist nicht höher als vor zehn Jahren. Laut amtlichem Technologiebericht halten die Innovationsausgaben mit dem Umsatz nicht mehr Schritt... die wachsende Angst vor Arbeitsplatzverlust, Einkommensunsicherheit und ein hoher Leistungsdruck erzeugen ein innovationsfeindliches Betriebsklima" (in: TAZ 14.11.2006, S. 11).

2. Die Staatsverschuldung als krisenverschärfender Faktor

Status und Entwicklung der staatlichen Verschuldung stellen einen zentralen analytischen Rahmen zur Beantwortung der Frage, wie sich unter der zunehmenden monetären Ressourcenverknappung die Sozialstaatsfunktionen transformieren. Die staatlichen Ressourcen auf dem Hintergrund sich zuspitzenden Krisenmanagements einzuschätzen heißt, eine Prognose darüber abzugeben, ob die Sozialstaatsfunktionen für die heute schon betroffenen Marginalisierungs-/Exklusionspotenziale eine Entlastung oder Verschärfung ihrer Lebenslage als ausgeschlossene oder prekäre Lohnabhängige bedeuten, d.h. ob selbst die restriktiven staatlichen Transferzahlungen weiteren Kürzungen unterliegen oder ganz ausgesetzt werden. Zugleich tangiert die Antwort auf den Status der Staatsverschuldung die notwendigen Handlungsspielräume für dringende Investitionen z.B. in eine „bildungspolitische Offensive“. Insofern ist es für die Analyse von grundlegendem Interesse, die Logik der Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume an dem zentralen Punkt der Staatsverschuldung aufzuzeigen und zu bewerten.

Geht man vom „Status quo-Szenario“ des Gutachtens „Wachsende Staatsverschuldung in Deutschland – Schnelles Handeln für eine tragfähige Finanzpolitik“ aus, dann ist die Ausgangslage der öffentlichen Finanzen wie folgt zu beschreiben:

„Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind in einer schwierigen finanziellen Situation. Ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen ist zu erwarten, dass das gesamtstaatliche Defizit der öffentlichen Haushalte auch in den nächsten Jahren die 3%-Grenze des Vertrages von Maastricht überschreitet. Dabei würde sich der Anstieg der Schuldenquote beschleunigen. Sie steigt von 66% des BIP im Jahr 2004 auf 86% im Jahr 2013 und überschreitet noch vor 2020 die 100%-Grenze. Das ist mit einer tragfähigen Finanzpolitik nicht vereinbar“ (S.2).

Mit dieser gutachtlichen Position ist eine vielfach beschriebene Problemlage aktualisiert, die sich in einem dramatischen circulus vitiosus von Neuverschuldung, Zinseszinswachstum, steigen-dem Schuldenstand bewegt, und im Prinzip des Schneeballsystems eine Eigendynamik erreicht hat, an dessen Ende der finanzielle Kollaps der Staatsfinanzen stehen könnte. Die ausgefertigten Staatsschulden des öffentlichen Gesamthaushaltes sind seit Jahrzehnten (bis auf die UMTS-Lizenzerlöse) nicht mehr getilgt worden. Anstehende Tilgungsausgaben werden mit neuen Krediten refinanziert. Überschüsse wie z.B. die der Bundesagentur in 2006 (11 Mrd. Euro) - und die aktuellen steuerlichen Mehreinnahmen - werden nicht für eine qualitative Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik genutzt, sondern vom Bundesfinanzminister zum Stopfen der Haushaltslöcher angemahnt. Die aktuelle Debatte (4/2007) über die deutlich steigenden Steuereinnahmen des Bundes verdeutlichen dieses Prinzip: In Anlehnung an die EU-Finanzstrategie (bis 2010 die Neuverschuldung „nahezu null drücken“) orientiert sich auch die

deutsche Finanzpolitik an dieser Prämisse, und wehrt alle Begehrlichkeiten aus den Einzelressorts unter dem Hinweis auf die Gesamtschuldenlast mit dem „Brüsseler Rückenwind“ ab. Insofern konzentriert sich die Haushaltspolitik restriktiv auf den Abbau der Neuverschuldung. Diese teufelskreisähnliche Spirale wurde von der Deutschen Bundesbank wie folgt charakterisiert: „Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus“ (Monatsbericht 3/1997).

Das jährliche (zinsbedingte) Haushaltsloch hat sich innerhalb von 13 Jahren etwa verdoppelt. Betrug die Zinsausgaben 1990 noch 33,1 Mrd. EUR, so waren es 2004 schon 64,7 Mrd. Euro. Somit **dient die Finanzierung nur noch dem selbst verursachten wachsenden Schuldendienst** (Zins- und Tilgungsausgaben), und staatliche Kreditfinanzierung wird faktisch nicht mehr für Investitionen eingesetzt. Zwischen 1965 und 2002 überstieg die Summe der Zinsausgaben die Summe der Neuverschuldung. Dieser „Teufelskreis der Schuldendynamik“ (Deutsche Bundesbank) hat zu einem Schuldenberg geführt, der nur schwer wieder abgetragen werden kann. Dabei geht es in dieser Diskussion gar nicht mehr um Schuldenabbau, sondern um eine kurzfristige Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung.

Die **These**, dass der „Staat fast bankrott“ ist, begründet Prof. Ramp (2006) mit der Feststellung, dass die staatliche Verschuldung mit den normalen Mitteln der Sparsamkeit nicht mehr abgetragen werden kann, weil nicht nur die explizite Verschuldung der Öffentlichen Hand, sondern auch die implizite Verschuldung (Zahlungsverpflichtungen des Staates für Renten, Pensionen etc.) in die Betrachtung einbezogen werden müssen. Nicht nur der 1,5 Billionen Euro Schuldenberg und die destabilisierten Sozialkassen (Renten, Pflege, Gesundheit) sind in die Analyse mit einzubeziehen (diese Posten sind immer noch durch Umlagen oder Kapitaldeckung gegenfinanziert), sondern die Pensionen und Zusatzleistungen für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes bilden einen zweiten Schuldenberg, der in der öffentlichen Debatte weitgehend unberücksichtigt bleibt. So ist der „Dritte Versorgungsbericht der Bundesregierung“ so aufgebaut, dass sämtliche Zusammenhänge zwischen den Pensions- und Leistungszusagen sowie der Verschuldung verschleiert werden, und das Berechnungsmodell schlichtweg falsch ist.

So beträgt nach der Einschätzung des Sachverständigenrates (Jahresgutachten 2003/2004) die staatliche Gesamtverschuldung etwa 330 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (mehr als 7,2 Billionen Euro):

„Schon nach Einrechnung seiner Pensionszahlungen kommt der Bund auf über 30 Prozent seiner Steuereinnahmen, die einschließlich seiner Zinsverpflichtungen aufzuwenden sind. Die Rentenzuschüsse schlagen mit 30 bis 35 Prozent der Steuereinnahmen zubuche. Damit verbraucht der Bund zwei Drittel seines Haushaltes allein für die expliziten und impliziten Schuldzinsen“ (Ramb, 2006: 38). Dabei unterstellt Ramb, dass von einer keynsianischen Wirtschaftspolitik keine Rede sein kann, *„da diese Form der Wirtschaftsförderung auch Zeiten mit einem Abbau der Schulden vorschreibt, wenn die Wirtschaft aus einer konjunkturellen Talsohle herausgewachsen ist. Die diversen Regierungen haben sich jedoch stets entschlossen, in guten wie in schlechten wirtschaftlichen Zeiten über ihre Verhältnisse zu leben und den Schuldenberg zu vergrößern“* (Ramb, 2006, S. 30).

Nach Rambs Prognose gibt es auf dieser Sockelverschuldung abgeleitet keinen Ausweg mehr im Verständnis der klassischen „Haushaltskonsolidierungspolitik“, im Gegenteil ist eine Verschärfung der heutigen kritischen Ausgangslage durch bekannte gesellschaftliche Trends unausweichlich: die Konsequenzen der demografischen Entwicklung und der Geburtenentwicklung und den staatlichen Transferzahlungen für die aus dem Arbeitsmarkt Marginalisierten/Exkludierten. In diesem Teufelskreis gefangen wird der **Staat zunehmend unfähiger, seine bisherigen genuinen Steuerungs- und Ausgleichsfunktion zu erfüllen**. Diese Ausgangslage wird den neoliberalen Ruf nach weiterer „Verschlankung“ des Staates verstärken und damit den weiteren sozialpolitischen Abbau legitimieren.

In der Erkenntnis dieser Gefährdungen der öffentlichen Verschuldungen der EU-Mitgliedsstaaten wurde 1997 (zur Wahrung der Stabilität des Euro) in Amsterdam der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ zur Verpflichtung aller EU-Staaten verabschiedet. Die jährliche Neuverschuldung wurde damit auf maximal 3% des nominalen Bruttoinlandsproduktes und die maximalen Schuldenbestände auf 60% festge-

schrieben. Abweichungen werden mit einem „blauen Brief“ angemahnt und in einer definierten Eskalation sanktioniert.

Trotz dieser Rahmenbedingungen wurde auch in konjunkturell guten Zeiten nicht ein einziger Euro vom angehäuften Schuldenstand getilgt, sondern die Neuverschuldung erhöhte sich von Jahr zu Jahr. Der schnelle Rückfall in einen hohen Defizitbereich (trotz des bekundeten eisernen Sparwillens) ist neben den horrenden Kosten der deutschen Wiedervereinigung (1,5 Billionen Euro) sicher auch auf die unzureichende Steuerung der Gesamtverschuldung aller öffentlichen Haushalte in Deutschland zurückzuführen (Zuständigkeiten von Bund, 16 Bundesländern und zehntausenden Kommunen im Rahmen ihrer Finanzhoheit). So hat (trotz guter Konjunktur in 2006) der öffentliche Schuldenberg einen neuen Höchststand erreicht. Das statistische Bundesamt bezifferte den Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden für 2006 auf 1485 Milliarden Euro, obwohl die Neuverschuldung auf allen staatlichen Ebenen spürbar zurückgegangen ist. So dient die Steuerprojektion des Finanzministeriums (5/2007) über Mehreinnahmen von 180 Mrd. Euro bis 2010 ausschließlich dem Ziel, bis spätestens 2011 die Nettokreditaufnahme auf Null zu reduzieren. Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, werde die Bundesregierung ca. 2 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung stellen (Bildung, Forschung, Familie, Klimaschutz, Infrastruktur, Entwicklungshilfe). Zugleich werden weitere „strukturelle Reformen“ im Bundeshaushalt angemahnt. Wenn auch die aktuelle positive Einnahmenentwicklung (vor allem Mehrwertsteuer) des Staates das Einnahmevermögen vergrößert, bleibt unabhängig von den Verteilungs- und Zuteilungsmodalitäten der einzelnen Ressortforderungen (Familie, Verteidigung, Umwelt, Arbeitsmarkt, Soziales) die Grundproblematik unangetastet:

„Während die Steuereinnahmen weiter steigen und Unternehmen prächtig verdienen, schwingt der Aufschwung an einem Teil der Gesellschaft komplett vorbei. Vor allem die Lebenslage der unteren zehn Prozent bessert sich kaum. Die Initiative ‚Deine Stimme gegen Armut‘ appelliert deshalb bereits in Anzeigen an die ‚liebe Frau Merkel‘; das Spitzentreffen im Kanzleramt am Freitag zur Umverteilung zu nutzen...

„So schnell wie möglich‘ will der Finanzminister einen ausgeglichenen Haushalt erreichen; doch wann genau, das sagt er nicht. Zu deutlich sind die Erinnerungen an Hans Eichel, der als Sparkommissar antrat und als Kommissärchen endete. Auch bei Steinbrücks Vorgänger waren die Steuereinnahmen zur Mitte der Wahlperiode riesig, die Aussichten rosig. Dann brach die Konjunktur ein, und Eichels Partei verschärfte den Abschwung noch.

Mehr als 150 Milliarden Euro betragen die Staatsschulden heute; jeder sechste Euro, den der Bund einnimmt, geht für die Schuldzinsen drauf“ (Die Zeit, 22.3.2007, S. 30).

Der **Zielkonflikt** zwischen dem Zwang zur Rückführung der Neuverschuldung auf 3% des BIP und notwendigen Mehrausgaben für Bildung, Infrastrukturprogramme, Verkehr, Arbeitsbeschaffung etc. hat sich zwischenzeitlich **antagonistisch entwickelt**. Die jährlichen Haushaltslöcher als eine Hauptursache für die zinslastbedingten **wachsende Verschuldung** führt zu einer **permanenten Kürzungslogik**, und immer manifesteren Repressionspolitik in laufenden Verteilungskämpfen um das Staatsbudget, die bekanntlich gegen diejenigen entschieden werden, deren Lobbyisten entweder zu schwach oder gar nicht präsent sind. **Die Logik des Sozialabbaus ist u.a. ein Kind der Logik der sich gefährlich eskalierenden Krise der Staatsfinanzen.** Der Ruf nach einem „Schuldenverbot“ (Programmkommission der CDU) verdeutlicht, dass die Forderungen, die verbesserten Steuereinnahmen ausschließlich zum Schuldenabbau zu verwenden, sich zunehmend im neoliberalen Staatsfunktionsverständnis verfestigen. Das jüngst vorgelegte Gutachten der „Fünf Weisen“ (Gesetz zur Begrenzung der Staatsschulden) von der Einsicht getragen, dass die geltenden Regeln zur Schuldenbegrenzung sich als „zahnloser Tiger“ erwiesen haben (Chef des Sachverständigenrates B. Rürup, 13.3.2007).

Dieser **fiskalische Zustand** wird aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven (Keynesianer, Monetaristen, Neoklassiker) **kontrovers diskutiert und beurteilt**. Die zentrale Kontroverse verläuft zwischen dem neoliberalen Paradigma des „schlanken Staates“ (mit dem radikalen Anspruch der „Rückführung der Staatsquote“ und der damit korrespondierenden Privatisierungsstrategie), und der keynesianischen

Begründung der Konzepte zur Staatsverschuldung zur „Anschubfinanzierung“ eines Konjunkturaufschwungs und einer Refinanzierung durch höhere Besteuerung der Vermögensbesitzer. Der komplexe Zusammenhang von Staatsverschuldung und Stabilitätspolitik muß professionell sicher unter dem Konstrukt der Defizitannahme diskutiert werden, nämlich: Handelt es sich bei der Staatsverschuldung um ein konjunkturbedingtes, antizyklisches oder strukturelles Defizit?

In dieser Diskussion vertritt Peter Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates) sicher die dezidierteste keynesianische Position, in dem er den von Hans-Werner Sinn (Ist Deutschland noch zu retten?) postulierten neoliberalen Weg und deren Prämissen und Konsequenzen scharf angreift: „Was für ein genialer ‚Rettungsversuch‘! Weniger Geld, länger arbeiten und das alles bei einer drastisch verminderten sozialen Absicherung?“ (S.16), und zugleich den „Kult des Sparens“ und das „Sparparadoxon“ dadurch konterkariert, in dem er auf die primäre Ursache des Übels, die mangelnde Binnen- nachfrage, verweist. In diesem Atemzug postuliert er nicht nur den Grundsatz (in Abgrenzung zur neoliberalen Standortdestruktion) des „wettbewerbsfähigsten Standortes Deutschland in Europa“, sondern argumentiert vor allem unter Verweis auf die Staatsquoten im internationalen Vergleich (S.40) in zwei Richtungen: Er negiert die neoliberale Gleichung „Schlanker Staat = dynamischer Staat“, und lehnt zugleich (unter dem Vergleich der Sozialausgaben und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den OECD-Ländern) die These ab, dass sich die Staatstätigkeit negativ auf den Wohlstand einer Volkswirtschaft auswirkt - zumal der präventive Aspekt staatlicher Sozialausgaben auch monetär gegengerechnet werden müsse (siehe den Preis in der amerikanischen Gesellschaft in Form extrem hoher Kriminalität).

Die grundlegende Kritik am „Kult des Sparens“ leitet Bofinger aus der zentralen Prämisse des Keynesianismus ab, nämlich der logischen Unvereinbarkeit im Vergleich der Gesetze zwischen Mikro- und Makroökonomie. Kann in der Mikroökonomie das Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage in der Regel optimal gesteuert werden, so befasst sich die Makroökonomie vor allem mit möglichen Fehlentwicklungen eines marktgesteuerten Wirtschaftsprozesses (Arbeitslosigkeit, Inflation, Rezession, Deflation). Somit fällt die einzelwirtschaftliche und die gesamtwirtschaftliche Rationalität auseinander, weshalb er dieses Phänomen als „Rationalitätsfallen“ bezeichnet (S. 108). Diese einfache aber zentrale Erkenntnis stellt eine der Grundeinsichten von J.M. Keynes in seinem Hauptwerk „The General Theory of Employment, Interest and Money“ aus dem Jahre 1936 dar. Danach führt der Weg aus dem Verschuldungsstaat nicht über den Weg des „Sparparadoxons“, sondern über mehr Wachstum durch staatlich stimulierte Nachfrage. Hierbei verweist Bofinger auf die Länder mit hohem Wirtschaftswachstum, die ihre öffentlichen Verbrauchsausgaben kräftig ausgeweitet haben (S. 124). So ist das aktuelle deutsche Wirtschaftswachstum ausschließlich marktinduziert (und damit extrem risikobehaftet), und nicht das Ergebnis staatlicher Interventions- und Investitionspolitik. Auf diesem Hintergrund skizziert Bofinger zu Recht die Konsequenzen einer Politik („Sparen ist Mittel zum Zweck“) in einer historischen Parallelität:

„Im weiteren Verlauf seiner Regierungszeit befand sich Brüning in einem dauernden Wettlauf mit dem Defizit. Kaum war ein Loch im Haushalt gestopft, so traten bereits neue Hiobsbotschaften über weitere Steuerausfälle oder über unerlässliche Ausgabenerhöhungen für die Unterstützung der Arbeitslosen ein. In Notverordnungen, die von Fall zu Fall nur wenige Monate auseinander lagen, wurde immer wieder ein notdürftiger Damm errichtet: hier eine Steuer erhöht, noch einmal erhöht, eine neue eingeführt; dort die Beamtengehälter gesenkt, und wieder gesenkt, die Arbeitslosen- und Sozialunterstützungen gekürzt, Ausgabenposten an allen Enden des Haushalts, im ersten Jahr sogar im Wehrhaushalt zusammengestrichen“ (Hans Luther 1964, S. 149).

Die Keynesianer sehen also in der neoliberalen Strategie des Abbaus der Staatsverschuldung und der unterstellten Logik des „Kaputtsparens“ eine größere Gefahr als in der Tatsache des „Schuldenstaates“:

„Was ist so schlimm an den Staatsschulden? Absolut gesehen ist der Schuldenberg der öffentlichen Hand sicher hoch. Mehr als tausend Milliarden Euro, da ist Lieschen Müller zutiefst beeindruckt. Aber kann die schiere Größe ein hinreichender Grund dafür sein, die Staatsschulden abzubauen? Brutto betrachtet liegen die Schulden der Unternehmen sogar bei drei-

tausendeinhundert Milliarden, müsste man nicht da zuerst beginnen? Und was für den Laien eine so riesige Zahl darstellt, ist für die globalen Devisenmärkte gerade einmal ein Tagessatz.

Was ist also – neben den vielen Nullen – so schlimm am aktuellen Schuldenstand der öffentlichen Hand? Natürlich kennen Sie alle die richtige Antwort: Mit der Staatsverschuldung versündigen wir uns an den nachkommenden Generationen, und das will ja schließlich niemand. Das Argument klingt so überzeugend, dass kaum jemand mehr als eine Sekunde darüber nachdenkt. Schließlich weiß man als guter Vater oder gute Mutter, dass es fatal wäre, den eigenen Kindern am Ende des eigenen Lebens Schulden zu hinterlassen. Aber leider ist diese Familienvater- oder –mutterperspektive völlig unzutreffend, wenn man über das Verhältnis in einer Volkswirtschaft insgesamt nachdenkt... Im Ganzen gesehen ist für den Reichtum der zukünftigen Generationen die Staatsverschuldung also irrelevant.

Davon gibt es nur eine Ausnahme: Wenn sich eine Volkswirtschaft, wie zum Beispiel derzeit die Vereinigten Staaten, massiv im Ausland verschuldet, steigen die Verbindlichkeiten, die dann in größerem Umfang von Ausländern gehalten werden, schneller als die Forderungen. Doch da Deutschland derzeit nicht über, sondern unter seinen Verhältnissen lebt (...), steigen unsere Forderungen gegenüber dem Rest der Welt schneller als unsere Verbindlichkeiten...

Schließlich ist die Staatsverschuldung auch für die Finanzmärkte von großer Bedeutung: Deutsche Staatsanleihen gelten bei den internationalen Investoren als eine extrem sichere Anlageform. So bekommt die Bundesrepublik Deutschland als Schuldner von den internationalen Rating-Agenturen (...) stets die bestmögliche Bewertung. Gott sei Dank hören die nüchternen Analysten nicht auf die Angstattacken unserer Politiker und anderer „Experten“. Für deutsche Euro-Anleihen müssen deshalb auch niedrigere Zinsen gezahlt werden als für vergleichbare Schuldtitel unserer Nachbarländer“ (Bofinger, 2005, S. 128 ff.).

Die Vertreter der keynesianschen Position wollen keiner schrankenlosen Ausdehnung der staatlichen Verschuldung das Wort reden, machen aber deutlich, dass es zur Überwindung einer wirtschaftlichen Rezession ohne Neuverschuldung des Staates keine Krisenüberwindung gibt. Sie verweisen dabei auf praktische Politikprozesse in den USA, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden. In keinem dieser Länder wurde zu Beginn der 90er Jahre eine so rigide Sparpolitik zur Krisenbewältigung betrieben, außer in Deutschland. Hier wurden die Krisen 1982, 1993 und 2001 mit einer ausgeprägten Sparpolitik angegangen, während die Niederlande ihre Defizitquote auf 4% (1992-1995), die USA auf knapp 6% (1992) und Großbritannien gar auf fast 8% (1993) anwachsen ließen, und diese investierte Quote erst nach dem (durch diese Maßnahmen) ausgelösten Wirtschaftsaufschwung wieder abbauten. Dänemark legte sogar 1993 ein klassisches Investitionsprogramm auf.

Um jedoch den Streit zwischen den einzelnen Lehrmeinungen auflösen zu können, ist es notwendig, die Frage nach den Verursachungen der Staatsverschuldung zu stellen, um daraus eine neuen Synthese zu generieren:

Die neoliberalen Repräsentanten sehen die Staatsverschuldung in folgenden **Ursachen** begründet:

- In der Ausweitung der Staatsausgaben, vor allem im überdehnten Sozial- und Subventionswesen.
- In der parlamentarischen Scheu vor dem unpopulären Abbau von bestehenden Staatsausgaben.
- In der Durchführung politischer Projekte ohne Berücksichtigung ihrer langfristigen Folgekosten.
- In der Umlagefinanzierung von Sozialversicherungssystemen.
- In der Politik des deficit-spending.
- In der Anschubfinanzierung für Vorhaben, die die subventionierte Gliedkörperschaft in die Kreditaufnahme treibt.

Demgegenüber positioniert sich eine eher marxistisch orientierte Sichtweise wie folgt:

Grundlegende Prämisse dieses Ansatzes ist, dass die Staatsverschuldung nicht in erster Linie das Ergebnis einer „falschen Politik“, sondern einer „falschen Ökonomie“ ist, d.h. eine Entfaltung von Widersprüchen darstellt, die in der „Logik des Kapitals“ enthalten sind (Rainer Roth 1999). Diese auf die Handlungsoptionen des Staates durchschlagenden fiskalischen und politischen Widersprüche können mit zunehmender Krisenerscheinung immer begrenzter abgedeckt werden. Die im Trend des „tendenziellen Fall der Profitrate“ angelegte Logik, nämlich der Zwang zur Erhöhung der Produktivität unter der

Bedingung zur permanenten Rationalisierung den „Arbeitskräfteüberschuss“ immer mehr abzubauen, entstehen für den Staat Verpflichtungen zur Kompensation (primär Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit), die die Handlungsfähigkeit des Staates immer stärker einschränken. Zugleich sind riesige Subventionen (vor allem für die Monopole) und Senkungen der Unternehmenssteuern bei gleichzeitiger Erhöhung des Steueraufkommens für die Masse der Lohnabhängigen und dem sich daraus ergebenden Zwang zur „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ das Dramadreieck einer systematischen Umverteilung von unten nach oben. Hierbei wird der Staat immer „ärmer“. Seit der Krise 1974-75 ist es in Deutschland nicht mehr möglich, die „Bremskräfte“ durch äußere Kompensationen auszugleichen und den Trend der steigenden Massenarbeitslosigkeit, sinkender Staatseinnahmen und sprunghaft höheren Ausgaben zu stoppen oder gar relevant umzukehren. Stattdessen haben die ökonomischen Gesetze den Staat unerbittlich im Griff, und der Staat ist nur „beschränkt unabhängig“. Haupthebel zur Krisenbewältigung sind Lohnsenkungen, staatlicher Sozialabbau und Freisetzen der „Ware Arbeitskraft“. Die Staatsverschuldung und damit die „öffentliche Armut“ korrespondiert mit der wachsenden privaten Armut, da der Staat immer weniger in der Lage ist, die Konsequenzen der Ökonomie zu kompensieren. Insofern sind die Staatsschulden die Kehrseite der ökonomischen Prozesse, die sich durch die globalisierungsinduzierten Erpressungsprozesse („Standortdebatte“) dramatisch zuspitzen. Die wachsende Staatsverschuldung drückt danach die Ohnmacht des Staates und seine eingeschränkte Handlungsfähigkeit aus. Dieser Spagat, einerseits die Rendite und andererseits die Grundbedürfnisse eines wachsenden Teils der arbeitsfähigen aber arbeitslosen Bevölkerung zu sichern (siehe Diskussion Hartz-IV) stellt den Staat vor eine zunehmend unlösbare Aufgabe, solange er sich im neoliberalen Paradigma perpetuiert. Deswegen wächst die Staatsverschuldung parallel mit den ökonomischen Krisenzyklen (1967, 1975, 1981, 1992, 2002) kumulativ an. Die hohe Verschuldung 1990-1995 ist überwiegend auf die Kosten der Wiedervereinigung zurückzuführen. So kann die wachsende Staatsverschuldung (im keynsianischen Interventionsverständnis) die Krisen kurzfristig abfedern bzw. ihren Ausbruch verzögern, aber um den Preis, dass sich alle Ursachen der Krise erneut zuspitzen. So hinkt im Gefolge die staatliche Haushaltsplanung ständig hinter der ökonomischen Entwicklung hinterher.

So gehört es zwischenzeitlich zum herrschenden Krisenkonsens, dass das System der Sozialleistungen die Hauptursache der Staatsverschuldung ist. Der Rückgriff auf die neoliberale Paradigmensetzung durch Milton Friedman (1985) ist hier konsequent. Demgegenüber präzisiert Roth (1999) die Gegenthese, indem er aufzeigt, dass die verminderte Nachfrage nach Arbeitskräften die Ursache für wachsende Unterhaltskosten in Form von „Sozialleistungen“ durch den Staat ist. Diese „Arbeitskräfteüberschuß“ muß also mit gesellschaftlichen und staatlichen Mitteln über „Wasser gehalten“ werden. Sozialversicherungsbeiträge und Löhne schmälern also die Profitraten und müssen deswegen gesenkt oder privatisiert werden. Zugleich wird der Staat durch die wachsenden Ausgaben für die Kosten der Arbeitslosigkeit immer unfähiger, durch eigene Investitionsprogramme dem Wirtschaftskreislauf Impulse zu geben. Je höher das zu versorgenden Potenzial der aus dem Arbeitsmarkt freigesetzten Menschen, umso mehr muß der „Unterhaltspreis“ gesenkt und in die „Eigenverantwortlichkeit“ entlassen werden.

Dies ist der Teufelskreis: Während die Politik permanent an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit arbeitet, läuft der objektive Prozess des Arbeitsmarktes ununterbrochen in Richtung Steigerung der Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Vergrößerung des Arbeitskräfteüberschusses. Zu den laufenden und steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit bürgt der Staat für die wachsenden Defizite in der Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosigkeit ist also ein zentraler Grund für die wachsenden Staatsausgaben und sinkenden Einnahmen des Staates. Diese absurde (in der öffentlichen Debatte reproduzierte) Umkehrung der Kausalität gilt es zu beachten: Während in der Realität die gestiegenen staatlichen Ausgaben für Arbeitslose die Folge der Arbeitslosigkeit sind, sind es in der ideologischen Konstruktion der öffentlichen Debatte die Kosten der Arbeitslosigkeit, die die Arbeitslosigkeit verursachen, auf dem dann die These von der „Unfinanzierbarkeit“ des Sozialstaates fußt. In dieser Logik ist es dann konsequent, die Lösung in der Vermittlung und Rück-

verwandlung (Hartz-IV) der Arbeitslosen zu sehen. Die lauten Klagen von Unternehmen und Parteien über die „ausufernden“ Sozialleistungen werden begleitet von einem sukzessiven Rückzug aus der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und der Verlagerung auf die privaten Haushalte, zumal die Finanzierung dieser Risiken (Rente, Arbeitslosigkeit, Krankheit etc.) immer schon ein Teil der Lohnquote ist („Lohnnebenkosten“), und somit nicht dem Staat sondern den Sozialversicherungen zufließen. Diese wurden/werden zugleich zunehmend für Fremdfinanzierungen (z.B. Deutsche Einheit) herangezogen und damit destabilisiert.

Die Synopse aus diesen Betrachtungen ist vielschichtig. Konsens herrscht über den empirischen Tatbestand zunehmender struktureller Staatsverschuldung und den abgeleiteten Konsequenzen zunehmender Handlungsunfähigkeit, mit den Folgen des Abbaus sozialstaatlicher Funktionen. Bei aller Unterschiedlichkeit kausaler Erklärungen für dieses Phänomen lässt sich jedoch die Hypothese formulieren, dass der sich zuspitzende krisenhafte ökonomische Prozess den circulus vitiosus von Haushaltskürzungen und Krisenverschärfungen stabilisiert. Ob durch eine keynesianische Interventionspolitik die Krise (in ihrer jetzigen Tiefe) wesentlich gedreht werden kann, ist zu bezweifeln und bewegt sich zur Zeit nicht im Kontext politisch-strategischer Prämissen, weder national noch EU-weit. Die Einhaltung der Maastricht-Kriterien ist und bleibt die politische Leitlinie. Die Politik „weiter so“ („Wir müssen die ‚Reformen‘ fortführen“) ist auf der Tagesordnung, und begründet deswegen auch die abgeleitete Prognose, dass die Schuldenkrise und der Abbau der Staatsschulden oberstes Politikziel ist, und die sozial- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen den analysierten Marginalisierungs- und Exklusionsprozess verschärfen werden, da die Fähigkeit zur sozialstaatlichen Kompensation weiter geschwächt wird. Dieser Trend charakterisiert sich durch eine konsequente Fortführung der Politik der Privatisierung, des weiteren Sozialstaatsabbaus und daraus resultierend eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Armut- und Ausgrenzungsprozesse. Dieser eingeschätzte Trend lässt sich auf der Basis des Gutachtens „Wachsende Staatsverschuldung in Deutschland“ (Fuest/Thöne, 2005) insofern plausibel argumentieren, weil die abgeleiteten Handlungsempfehlungen nicht nur im Rahmen eines Auftrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu sehen sind, sondern die politische Leitlinie der „Großen Koalition“ abbildet:

„2. Ziel eines Haushaltsausgleichs bis 2013

Ein ausgeglichener Bundeshaushalt im Jahr 2013 kann realisiert werden, wenn ab 2006 in jedem Jahr Ausgabenkürzungen oder Einnahmensteigerungen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6,8 Mrd Euro erreicht werden. In dem berechneten Szenario entfallen davon 2/3 auf Ausgabenkürzungen und 1/3 auf Einnahmensteigerungen. Das Volumen dieses achtjährigen Haushaltskonsolidierungsprogramms beträgt 54,4 Mrd. Euro. Bei schnellerer Konsolidierung kann das Gesamtvolumen der Sparmaßnahmen geringer ausfallen.

Wenn Länder und Gemeinden keine Konsolidierungsmaßnahmen einleiten, wird die gesamtsstaatliche Schuldenquote trotz der Konsolidierung des Bundes bis 2013 auf 75% des BIP ansteigen...

4. Langfristige Tragfähigkeit erfordert weitere Konsolidierungsschritte

Die Stabilisierung der Schuldenstandsquote bei 60% im Jahre 2020 ist nur ein Zwischenziel. Ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen ab 2020 ist wegen der steigenden demographiebedingten Ausgaben ein neuerlicher Anstieg der Schuldenquote zu erwarten.

5. Haushaltskonsolidierung und konjunkturelle Situation

Eine schlechte Konjunkturlage ist kein Grund, Haushaltskonsolidierung zu verzögern. Die empirische Forschung zu Konjunkturergebnissen der Konsolidierung zeigt im Gegenteil, dass beherzte Konsolidierungsprogramme mit einem Schwerpunkt im Bereich der Ausgabenkürzungen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage oft steigern, weil sie das Vertrauen des Investoren und Konsumenten in die künftige Steuer- und Finanzpolitik verbessern.“

(Clemens Fuest und Michael Thöne 2005, S. 2.).

Dass in diesem Gutachten neben einem rigiden Sparkurs bei gleichzeitigen Mehreinnahmen zugleich „weitere Einschnitte ins soziale Netz“ gefordert werden, verdeutlicht die Grundarchitektur zukünftiger Politikgestaltung. Das Design und die Fragestellungen der „Kommission von Bundestag und Bundesrat zur „Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ (Ltg. Oettinger) belegt nicht nur die Ver-

schuldungsdimensionen und die widersprüchlichen Interessenslagen zwischen Bund- und Länderrepräsentanz, sondern auch die Quintessenz: „Im Endeffekt zahlt natürlich der Bürger die Zeche. Aber das tut er in jedem Fall“ (Stuttgarter Zeitung, 21.6.2007). Exemplarisch lassen sich die Konsequenzen des „Haushaltskonsolidierungs“-Paradigmas (am dogmatischsten von Oettinger/BW repräsentiert) an der Einstellungspraxis für Lehrer verifizieren. Obwohl notwendige strukturelle Investitionen in das Bildungswesen (PISA-Folgen und Ausbau des Gesamtschulkonzeptes) und vor allem in die „Ressource Lehrer“ vorgenommen werden müssten, wird gegen die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag ein strikter Sparkurs gefahren (mit der Legitimation durch die demografische Argumentation). Statt die Ressourcen für eine qualitative Kompensation der Bildungssystemdefizite zu nutzen, werden vorhandene Ressourcen komprimiert (durch pädagogisch fragliche Konzepte wie Zusammenlegung der Klassen 1 und 2 und einer Vergrößerung des Schülerschlüssels etc.) und fehlgesteuert eingesetzt. Das Beispiel Baden-Württembergs belegt, dass die Irritationen internationaler Benchmarkstudien (PISA etc.) bedeutungslos bleiben, wenn die neoliberale Doktrin auf Erfüllung ihrer neoliberalen Prämissen drängt.

3. Krise des fordistischen Regulationssystems

Um zu begreifen, was die Architekten von „Agenda 2010/Hartz IV“ zu fundamentalen Interventionen in das bisherige Konzept des Sozialstaates veranlaßt hat, ist es vonnöten, den Analyserahmen zu öffnen und eine Betrachtung der immanenten Logik vorzunehmen.

Spätestens mit dem Zusammenbruch der „new economy“ wurde mit der sichtbar werdenden Erschöpfung der fordistischen Regulierungsweise deutlich, daß das spätkapitalistische System in die Phase einer Transformationskrise eingetreten war. Selbst eine schon (global) weitgehend implementierte neoliberale Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaft hat nicht zu einer gesamtwirtschaftlichen Prosperität geführt. Der wachsende Kosten- und Problemdruck und die anhaltende und steigende Massenarbeitslosigkeit stellt die Gesellschaft vor ein tendenziell steigendes Problemlösungsdilemma. Spezifisch in Deutschland verschärft sich der Symmetriebruch zwischen fordistisch ausgerichtetem Sozialsystem und einem neoliberal transformiertem Wirtschaftssystem.

Die als „Fordismus“ definierte Entwicklungsphase des Kapitalismus muß als historischer Abschnitt unter nicht reproduzierbaren Sonderbedingungen eingestuft werden (Westdeutschland 1970-1975), in dem die Systemwidersprüche zwischen „Kapital und Arbeit“ zu beiderseitig vorteilhaften Kompromissen in Form von sozialpartnerschaftlichen Verträgen auf Dauer synchronisiert schienen. Als Eckpfeiler dieses fordischen Regulationsmodells galten eine relative Vollbeschäftigung, konstante Wachstumsraten, hohes Lohnniveau, tarifvertragliche und sozialrechtliche Normierung, Regulierung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse sowie der keynesianistische Wohlfahrtsstaat zur Absicherung lohnarbeitstypischer Existenzrisiken (Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung). Dieser fordische Klassenkompromiß im partnerschaftlichen Zusammenwirken von staatlicher Administration, Kapitalverbänden, Gewerkschaften etc. schien auf Dauer harmonisierbar zu sein. Entsprechend hatten die Ideologien vom „krisenfreien Sozialkapitalismus“, „sozialer Marktwirtschaft“ und „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ eine unhinterfragte Plausibilität.

Ab Mitte der siebziger Jahre verschärfte sich die Krise der fordischen Reproduktionsform in der Gestalt von „Nullwachstum“, steigender Massenarbeitslosigkeit und einer radikalen Veränderung in den Kapitalverwertungsstrategien mit dem parallelen und flankierenden Aufstieg neoliberaler und markt-radikaler Konzepte. Die Eliminierung der auslastungs-, flexibilitäts- und mobilitätsbehindernden und sozialrechtlichen Hindernissen verlief parallel mit rationalisierungsorientierten Managementkonzepten (lean production, lean management, Toyotismus etc). Nicht mehr die von nationalen Arbeitseinkommen abhängige Steigerung der Binnennachfrage stand auf der Tagesordnung, sondern die Forcierung zur Eroberung von Weltmarktanteilen (Exportorientierung). Der Staat sollte nicht mehr mit keynesianischen

Methoden/Interventionen die Binnennachfrage stimulieren, sondern die Rahmenbedingungen für die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit (neoliberale „Standortpolitik“) absichern. Diese Verschärfung zwischen dem etablierten fordisch konstruierten Sozialregulierungssystem und einer neo-liberal neu-strukturierten Wirtschaft ist der Ausgangspunkt für die heute sich eskalierenden Verwerfungen (chronische Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, zunehmender Wettbewerb um knapper werdende Güter etc.). Eine zunehmende „Flexibilisierung“ und „Deregulierung“ und Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ des sichtbaren Symmetriebruchs zwischen fordisch ausgerichtetem Sozialsystem und neoliberal umgestalteter Ökonomie. Dieses Spannungsverhältnis ist der Kern der sozialökonomischen Krise. Dieses auf relative Sicherheit und Stabilität ausgerichtete „Normalarbeitsverhältnis“ des „Arbeitsbeamten“ (regelmäßige stabile und steigenden Lohneinkommen, Arbeitsschutz, Absicherung bei Berufs- und anderen Krankheiten, Kalkulierbarkeit der privaten/familiären Reproduktionszusammenhänge, Durchgängigkeit von der Schulbiographie bis zum Rentenalter/unbefristete Arbeitsverhältnisse) steht zur Disposition. Auf diesem Hintergrund struktureller Veränderungen des ökonomischen Sektors versteht sich die eingeleitete Strategie sozialrechtlicher „Entkrustung“, mit dem Anspruch auf Abbau der chronischen Staatsverschuldung (mit sinkenden Steuereinnahmen und Senkung der Sozialausgaben). Die sozialreformische Strategie, den Kapitalismus „verteilungssozialistisch“ zu bändigen, stößt sichtbar auf Grenzen und fordert neue Programme mit einschneidenden Konsequenzen für die Betroffenen und die sich radikal verändernde gesamtgesellschaftliche Grundbefindlichkeit.

4. Der Wandel „wohlfahrtsstaatlicher“ Politikkonzepte

Eine zentrale Prämisse in der Globalisierungsdebatte wird von den Vertretern der „Internationalen Hypothese“ (Zürn 1998; Scharpf 1987; 1999; 1999a) formuliert, nach der externe (inter- und transnationale) Konstellationen und Kräfte die Staatstätigkeit einschließlich der sozialpolitischen Regierungspraxis bestimmen und determinieren. Gestützt wird diese Position durch die Beschreibung internationaler Rahmenbedingungen (zunehmende internationale Interdependenz, Liberalisierung des Handels und der Kapitalmärkte, wachsende Marktintegration und der europäische Integrationsprozess), die das nationale Regierungshandeln zunehmend prägen und auf die Staatstätigkeit der Nationalstaaten einwirken. In diesem Kontext werden die Gestaltungsgesetze und -optionen im Bereich der Sozialpolitik zunehmend beschränkt. Vor allem die europäische Integration forciert die Herausbildung eines supranationalen politischen Überbaus, der als Entscheidungsebene oberhalb des Nationalstaates zunehmend in die bisherige Autonomie eingreift.

In den 90er Jahren haben Vertreter verschiedener Fachwissenschaften (Politikwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften) die Auswirkungen dieses Prozesses auf die nationalstaatliche Politik zum Gegenstand ihrer Analysen gemacht. Vor allem Fritz W.Scharpf identifizierte in der Internationalisierung der Kapitalmärkte eine Hauptursache für die Einschränkung wirtschaftlicher und politischer Gestaltungsfreiheit, da im internationalen Standortwettbewerb (internationaler Steuersenkungswettbewerb) die Konkurrenz um Investoren zwangsläufig auch die „Einschnitte ins soziale Netz“ zur Folge haben. Nach Scharpf droht in dieser Logik die Sozialpolitik zu einem Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung zu werden.

Leibfried und Pierson (2000) betonen die Bedeutung der europäischen Integration („Europäisierungshypothese“) in diesem Prozess in drei Dimensionen: die *negative Integration*, die *positive Integration* und *indirekte Effekte*. Unter negativer Integration verstehen sie den Abbau von Hemmnissen, die in neoliberaler Logik dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit entgegenstehen. Vor allem „wohlfahrtstaatliche“ Maßnahme und Programme widersprechen den Grundprinzipien der „vier Freiheiten“. Nach Leibfried/Pierson ist die Souveränität der Mitgliedsstaaten im sozialpolitischen Gestaltungsraum durch die EU am stärksten erodiert. Vor allem die indirekten Effekte (Zwang zur Haushaltskonsolidierung, Konvergenzkriterien des Masstrichter Vertrages) haben eine Fülle

sozialpolitischer Restriktionen hervorgebracht. Insofern begrenze die EU die sozialpolitischen Spielräume der Nationalstaaten zunehmend.

Die „Internationale Hypothese“ hat sowohl eine theoretische als auch empirische Plausibilität, obwohl im internationalen Rahmen das Ausmaß der Denationalisierung von Land zu Land Unterschiede aufweist, die einer Erklärung bedürfen. Grundlegend gehen jedoch die meisten Autoren davon aus, dass der weltweite Prozess der Marktintegration massiven Druck auf die nationalstaatlichen Politiken ausübt, die sozialstaatlichen Standards zu reduzieren. Dabei ist es jedoch von Belang, jene nationalstaatlichen Anpassungsvarianten zu analysieren, die bei gleichen Rahmenbedingungen sozialpolitische Reformoptionen gewählt und fundamental andere gesellschaftspolitische Konsequenzen hervorgebracht haben. Besonders ist hier das Beispiel Dänemarks (überwiegend steuerfinanzierte Sozialstaatlichkeit) und der niederländische Weg der Sozialstaatsreform hervorzuheben.

5. Arbeitsmarkt- und Sozialstaatskrise: Um- und Abbau des „Wohlfahrtsstaates“

Im Gegensatz zu den neoliberalen Transformationsprozessen in den angelsächsischen Ländern (USA, Großbritannien, Neuseeland, Kanada) wurde speziell in Deutschland aufgrund anderer politischer und gesellschaftlicher Konstellationen/Kräfteverhältnisse die „neoliberale Wende“ zeitverzögert eingeleitet. In weiten Teilen Europas sicherte ein hochentwickelter Sozialstaat ein vergleichsweise hohes Beschäftigungsniveau und hohe Lohnzusatzleistungen. Aus diesen Kontextbedingungen erklärt sich, dass neoliberal postulierte Positionen zur „Flexibilisierung des Kündigungsschutzes“, „Kürzungen von Lohnersatzleistungen“ und „Einschnitte in die Sozialhilfe“ länger als in angelsächsischen Kontexten abgelehnt werden konnten. Dieses lässt sich aus dem sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Konsens zwischen Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, sozialdemokratischen und linken Parteien, Kirchen, christdemokratischen Arbeitnehmergruppen etc. begründen. Die Auseinandersetzungen über einen politischen Paradigmenwechsel entzündeten sich an folgenden Themen: Absenkungen der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Abbau von Kündigungsschutzbestimmungen, Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln, Senkung der Höhe und Dauer von Lohnersatzleistungen, Mindestlohngesetzgebungen, Erhöhung des Renteneintrittsalters bei gleichzeitiger Senkung des Rentenniveaus und der Höhe.

Obwohl die normativen Diskurse zum „Umbau des Sozialstaates“ schon Mitte der 90er Jahre einsetzten, und das bisher erfolgreiche sozialintegrative Modell des deutschen Sozialstaates zunehmend zur Disposition stellten, wurde der eigentliche Paradigmenwechsel für das Konzept des „aktivierenden Sozialstaates“ mit dem sog. Schröder/Blair-Papier eingeleitet:

„Obgleich Sozialdemokraten und Labour Party eindrucksvolle historische Errungenschaften vorweisen können, müssen wir heute realitätstaugliche Antworten auf neue Herausforderungen in Gesellschaft und Ökonomie entwickeln. Dies erfordert Treue zu unseren Werten, aber Bereitschaft zum Wandel der alten Mittel und traditionellen Instrumente. ... soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Der wirkliche Test für die Gesellschaft ist, wie effizient diese Ausgaben genutzt werden und wieweit sich die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. ... Die notwendige Kürzung der staatlichen Ausgaben erfordert eine radikale Modernisierung des öffentlichen Sektors und eine Leistungssteigerung und Strukturreform der öffentlichen Verwaltung. Der öffentliche Dienst muß den Bürgern tatsächlich dienen. Moderne Sozialdemokraten sind keine laissez-faire-Neoliberalen. Flexible Märkte müssen mit einer neudefinierten Rolle für einen aktiven Staat kombiniert werden. Erste Priorität muß die Investition in menschliches und soziales Kapital sein. ... Der Staat muß die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein. ... Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln“ (Tony Blair, Gerhard Schröder, „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“, 8. Juni 1999).

In diesem Papier wurde deutlich formuliert, dass eine grundlegende „Reform des Wohlfahrtsstaates“ im Kontext einer umfassenden Neuorientierung von Politik in der sich wandelnden „Moderne“ ansteht, und dieses in einem weitgehenden Bezug auf die soziologischen Vordenker Giddens und Beck (Beck,

Giddens/Lash 1995). Das Konzept des „aktivierenden Staates“ (in bezug auf den Begriff „enabling state“ von Gilbert und Gilbert 1989) definiert den Übergang vom „verwaltenden“ zum „gestaltenden“ Staat, der die einzelnen und gesellschaftlichen Gruppen in die Lage versetzen soll, sich selbst zu helfen („Hilfe zur Selbsthilfe“).

Obwohl die Rhetorik den Eindruck erwecken könnte, als sei der Prozess des sozialpolitischen Umbaus erst mit der rot-grünen Regierung begonnen worden, belegt eine historische Rekonstruktion ein anderes Bild. Wenn auch der „New Deal“ Blairs spektakulärer und öffentlichkeitswirksamer inszeniert wurde, so wurde in Deutschland Mitte der 90er Jahre die Sozialhilfediskussion sowohl an europäischen Programmen orientiert (Tilburger Modell der Neuen Steuerung im Bereich der Sozialverwaltung sowie der Maatwerk-Methode zur Vermittlung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt) als auch im Kontext vergleichbarer ideologischer Großkonstellationen in Deutschland und Großbritannien eingeleitet:

„In beiden Ländern hat nach langen Jahren konservativer Regierung (1979-1997, Thatcher; Major; 1982-1998, Kohl) die große sozialdemokratische Partei – in Deutschland in Koalition mit einem kleinen grünen Partner – die Regierung übernommen. In beiden Ländern ist die Politik weniger auf eine Restauration neokonservativ beschädigter Wohlfahrtsstaatlichkeit gerichtet als auf eine genuine Fortentwicklung. Die Stichworte Aktivierung statt Versorgung, Wege aus der Sozialhilfe, Hilfe zur Selbsthilfe, Deregulierung, aber auch Betonung einer Modernisierung der Verwaltung und des Staatsapparates sind in beiden Ländern virulent. Im Bereich der Sozialhilfe ist das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe in Deutschland bereits seit 1962 Gesetz (Bundessozialhilfegesetz BSHG, § 1); seine Realisierung wird in den 90er Jahren erstmals ernsthaft betrieben...

Unsere Ausgangsthese ist, dass das aktuelle Vordringen dieses Politiktyps auch darauf zurückzuführen ist, dass hier unterschiedliche Gedankenströmungen konvergieren, die Allianzen und Koalitionen zwischen unterschiedlichen Lagern, vor allem zwischen (Neo-)Liberalen und Wohlfahrtsstaatsbefürwortern wie Old Labour, deutsche Sozialdemokratie und britischen lokalen anti poverty strategies ermöglichen. Diese Konvergenz verweist auf eine Verwurzelung aktivierender Politik in der gemischten Struktur westlicher Gesellschaften.

Politisch-strategisch haben Liberale unter der Flagge der Staatsfreiheit und des Nichtinterventionismus schon immer pragmatisch eine differenzierte Staatstätigkeit als Voraussetzung von Autonomie und Selbsthilfe mehr oder weniger bewußt anerkannt. Die zwei Formen der Aktivierung – negativ durch Anreize und positiv durch soziale Förderungsmaßnahmen – markieren nur die Pole eines weiten Spektrums an Mischformen.

Auf der Verwaltungsebene berühren sich Managementideen aus der Privatwirtschaft direkt mit den neueren Reformbestrebungen der öffentlichen Verwaltung, wie schon das Stichwort New Public Management anzeigt. Beiden ist eine radikale Subjekt bzw. Klientenorientierung eigen, auch die Zielformeln Ziel- und Produktionsorientierung, Wirkungskontrollen und Qualitätssicherung sind beiden gemein (Leisering 1999, S. 87f.).

Die normative Grundlegung des deutschen Sozialstaates definiert (im Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes) die Bundesrepublik Deutschland als „sozialen Bundesstaat“ bzw. „sozialen Rechtsstaat“, und bedingt durch diese verfassungsmäßige Bestimmung einen permanenten Streit um die Auslegung des Sozialstaatspostulats in rechtlicher und politischer Dimension. Parteipolitische Selbstverständnisse der Orientierung am Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ erschwer(t)en eine neoliberale Wende. Die Frage nach konkreteren Normen ist schwierig zu beantworten, da sich „der“ Sozialstaat als heterogenes Konglomerat unterschiedlicher Gerechtigkeitsprinzipien darstellt mit einer dominanten Sicherheitsorientierung auf zwei Hauptfelder:

- a) Die Sicherung eines Existenzminimums, vor allem durch die Sozialhilfe (eine bedarfsorientierte Strategie der Armutsvermeidung).
- b) Die Sicherung eines einmal erreichten Lebensstandards in der Sozialversicherung (vor allem als lohnbezogene Rente).

Historisch haben also bedarfsorientierte, egalitäre Leistungssysteme ein Selbstverständnis des Sozialstaates festgeschrieben, das durch politischen Konsens, Sozialpartnerschaft und soziale Integrationsabsichten gekennzeichnet ist/war, und nun mit den neuen liberalen Politikkontexten konfrontiert wird.

Kaufmann (1997) spricht von einer Wiederkehr des Konfliktes in die deutsche Sozialpolitik, in dessen Zentrum der Streit um Gerechtigkeit steht:

„Das erste zu nennende ‚Paradigma‘ sozialer Gerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, ist ein wichtiges Element des umbaukritischen Diskurses, der den bereits in den 1980ern aufgekommenen ‚Sozialprotest‘ (Leisering 1999b) flankiert. In diesem Strang der (Anti-)UmbauDebatte wird Bedarfsgerechtigkeit gegenüber Leistungsgerechtigkeit geltend gemacht. Gerechtigkeit wird angemahnt für die Opfer der ‚Ellenbogengesellschaft‘, für aus dem System Herausgefallene und ‚Überflüssige‘ (Baecker u.a. 1998). Zentraler Bezugspunkt ist der ältere Topos der ‚Armut‘, zunehmend aber auch die Vorstellung einer Ausgrenzung oder Exklusion von Menschen aus einer Gesellschaft, die an ihrem oberen Wohlstandsende gleichzeitig exzessiv floriert. Das gesellschaftliche Gewicht dieses Zweigs der Debatte ist begrenzt, es wird im Kern von Stellvertretern der Betroffenen, von ‚Sozialanwälten‘ (Pabst 1996) und der alten Armutslobby, getragen, streut aber in den letzten Jahren breiter... Themen sind etwa der Kampf gegen ‚Sozialabbau‘ für eine Erhöhung der Sozialhilfe, und für eine soziale Stadtentwicklung. Über den Exklusionsbegriff öffnet sich das Bedarfsparadigma in Richtung des neueren Teilhabeparadigmas (s.u.) und verbreitert so seine Basis im politischen Raum.“ (Lutz Leisering 2004, S. 13).

Um einen funktionierenden Markt für Niedriglohnarbeit aufzubauen, müssen aus neoliberaler Sicht bisherige Sozialhilfestandards abgebaut werden, um sie den Gesetzen des „freien Marktes“ zu übergeben. Der im Alltagsbewusstsein verankerte Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen soll zurückgedreht und mental und programmatisch neu fixiert werden. Die Dominanz der wirtschafts- und finanzorientierten Staatsapparate (mit dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung) erzwingt die Kürzung staatlicher Ausgaben und hier spezifisch der Sozialausgaben. Deutungsmuster wie „Kostenexplosion“, „übertriebene Ansprüche“, „mangelnde Eigenverantwortung“ sind Versatzstücke einer PR-gestützten Öffentlichkeitsarbeit, um die „Richtung zu drehen.“ Die von den Neoliberalen definierte Kausalitätserklärung deuten immer in dieselbe Richtung: Der Sozialstaat und rigide Arbeitsmärkte sind die Ursachen und Schuldigen der hohen Arbeitslosigkeit. Und da sich „Arbeit wieder lohnen muß“ und „Sozial ist, was Arbeit schafft“, ist die Sanktionierung all derer, die durch staatliche Transferleistungen alimentiert werden müssen/wollen, die logische Konsequenz im Konzept des Sozialabbaus. Hierbei trifft den Arbeitslosen von vornherein der Verdacht individueller Zuschreibung/Verschuldung: fehlende Qualifikation, individuelle Defizite etc.

Der politisch definierte „ausgeprägte Reformstau“ (als Hinterlassenschaft der christlich-liberalen Vorgängerregierung) zur „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“, zur „Stabilisierung der Sozialsysteme“ und zur „Verflüssigung der Arbeitslosigkeit“ war Ausgangspunkt der politischen Akteure der rot-grünen Regierung, in drei politischen Phasen den Politikwechsel einzuleiten: 1. die klassisch sozialdemokratische Anfangsphase, 2. die Phase der Konsensorientierung und der „Politik der ruhigen Hand“, sowie 3. die Phase der ausgeprägten Strukturreformen („Agenda 2010“ und die Hartz-Gesetze)

Die sozialdemokratische Neoliberalismus-Variante („Schröder-Blair-Papier“) positioniert sich an der Abgrenzung orthodox-neoliberaler Vorstellungen vom „schlanken Staat“ dergestalt, dass sie einerseits die Beibehaltung des Sozialstaates herausstellt, andererseits fokussiert sie einen „Wandel in den Einstellungen und Pflichten“ im Verhältnis zu Arbeit/Leistung und Rechtsansprüchen („Fordern und fördern“). Die Hinwendung zu „einem aktivierenden Staat“ und größere „Eigenverantwortung“ steht seitdem auf der Tagesordnung. Es könne „nicht toleriert werden..., wenn jemand einfach Geld vom Wohlfahrtsstaat nimmt ohne Sinn für die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft“ (Schröder/Blair, 1999: 18). Diese Position trifft auf eine breite Zustimmung im Verständnis eines verbreiteten Arbeitsethos, wonach immer weniger bereit sind, mit ihrer Arbeit über Sozialabgaben für nicht-arbeitende „Ausländer“, „Assoziale“, „Faulenzer“, „Drückeberger“ aufzukommen. Wenn der rationale Raum für die Zuschreibung „Wer Arbeit sucht, kann auch welche finden“ auch immer enger wird, wächst die Projektionsbereitschaft gegenüber klassischen Feindbildern, zumal sie politisch und medial systematisch aktiviert wird. Auf dem Hintergrund der kürzer werdenden „Decke“ verliert der Sozialstaatskonsens durch die steigenden Belastungen der Lohneinkommen bei gleichzeitiger Kürzung der Anspruchsmöglichkeiten an Zustimmung, und fördert die wachsende Entsolidarisierung im Verhältnis

zwischen „Arbeitsplatzbesitzern“ und Arbeitslosen, Alten und Jungen, Deutschen und Ausländern etc. So werden wachsende Ressentiments für die Legitimation des „Umbaus des Sozialstaates“ kanalisiert, und finden ihre sozialpsychologischen Entsprechungen (siehe Untersuchungsergebnisse von Heitmeyer 2002-2007).

Obwohl hinsichtlich der strukturellen Entwicklung der Arbeitsmärkte ein Mentalitätswechsel herbeigeführt werden müsste, der eine Abkehr/Abschwächung protestantischer Arbeitsethik beinhaltet, kommt es zu einer Reetablierung einer säkularisierten Aufwertung der Lohnarbeit: „Arbeit soll sich wieder lohnen“, „Teilzeitarbeit und geringe Beschäftigung sind besser als gar keine Arbeit“.

Der „aktivierende Sozialstaat“ zielt darauf ab, „möglichst viele Menschen, also auch die risikoscheuen zum Mitmachen am ergebnisoffenen Marktprozess zu ermutigen“ (Boss 2002: 1). Moderne Sozialdemokraten wollen das „Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett der Eigenverantwortung umwandeln“ (Schröder/Blair 1999: 18). Diese sicher sehr widersprüchliche politische Steuerungsprämisse abstrahiert jedoch weitgehend von den realen Arbeitsmarktbedingungen und den konkreten Arbeitsbedingungen im Niedriglohnsektor. Statt Menschen zur Selbstverantwortung zu befähigen, organisieren die staatlichen Agenturen die autoritäre, repressive Variante. *„Arbeit muß unter allen Umständen akzeptiert und angenommen werden, sonst drohen Sanktionen“*. So ist mit dem Sozialdemokratismus (Großbritannien, Deutschland) auch in der Staatsphilosophie und in den staatlichen Steuerungssystemen folgendes angekommen: Anpassung des Sozialstaates an globalisierte Verhältnisse, „Versöhnung von Staat und Markt“, Benchmarking in diversen Formen und Anwendungsbereichen. Im „Wettbewerb der Nationen“ müsse staatliche Politik am „Kennziffervergleich“ orientiert werden. „Überregulierungen“ etc. müssen zurückgeschraubt werden. Das Konzept des „schlanken Staates“ orientiert sich in der Logik der Betriebswirtschaften. Der Pardigmenwechsel heißt, Arbeitsmärkte und Steuersysteme durch Abbau von „Überregulierungen“ zu flexibilisieren und Lohnnebenkosten zu senken. Sozial- und tarifrechtlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gelten als „Arbeitsverhältnis de luxe“.

Gegen ein solches Staatsverständnis hat auch die neoliberale Orthodoxie nichts einzuwenden: Eine solche Staatsfunktion wird unterstützt, solange deren „Marktkonformität“ gewährleistet ist. Auf dieser Basis baut sich der parteienübergreifende Konsens zu den „Reformen des Arbeitsmarktes“ (Hartz) auf: Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien, Androhung von Leistungskürzungen, Ausweitung der Leiharbeit, Subventionierung von Niedriglohn, Beschleunigung der Reintegration durch (Teil-) Privatisierungen der Vermittlung der Arbeitslosen. Um die Kernbelegschaften herum wird der Kündigungsschutz faktisch abgeschafft. Langzeitarbeitslose können unterhalb der definierten Tarifstandards eingestellt, Leiharbeiter sogar kostenlos auf Probe eingestellt werden. Sprachpsychologische Re-definitionen haben Konjunktur: Aus „Anspruchsberechtigten“ werden „Kunden“, aus „Niedriglohngruppen“ werden „Minijobs“ und die „Ich-AG“ steht für ehemalige „Scheinselbstständigkeit“. Damit ist das Diskursfeld gegen die „Miesmacher“ und „Bedenkenträger“ besetzt. Positive Konnotationen sollen Einstellungsänderungen bewirken, und über die tatsächlichen materiellen Verschlechterungen hinwegtäuschen. Ist die Legalisierung der sozialabgabenfreien Niedriglohnexistenzen einerseits als positive Veränderung zu bewerten, bedeutete es andererseits für immer größere Gruppen in der Gesellschaft die Aufgabe der Perspektive angemessener gesellschaftlicher Teilhabe durch Arbeit (und eine wachsende Gruppe der labouring poor - insbesondere von Frauen). *„Mangels Alternativen besteht die Aufgabe darin, das jetzige System funktionsfähig zu halten und zu verbessern“* (Hutton und Giddens, 2001: 261). Bei soviel Zwangsgesetzlichkeit gibt es scheinbar weder eine Legitimation für fundamentale Systemkritik noch das Begründen alternativer Szenarien/Modelle.

In der aktuellen Sozialstaatsdiskussion ist eine repressive Tendenz angelegt, in der Sanktionsregime und Ausgrenzungen als Dauerzustand akzeptiert werden sollen, und zugleich rational begründbare alternative Gesellschaftskonzepte (z.B. die Debatte um ein bedingungsloses Grundein-

kommen) verschlossen bleiben. Die zentralen ideologischen Säulen dieser Diskussion sind getragen durch das Konstrukt des „Sozialmissbrauchs“ und der Unterstellung „sozialer Verwahrlosung“. Der Spagat zwischen empirisch argumentierbarem Delta zwischen Arbeitsplätzen und einem mit der zunehmenden sozialen Ausgrenzung einhergehenden Prozess der Brüchigkeit gesellschaftlicher Integrationskräfte (bis in die Mitte der Gesellschaft) verschärft sich durch eine sozialpolitische Strategie der repressiven Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (Hartz-IV). Diese Politik repräsentiert nicht nur Respektlosigkeit gegenüber den betroffenen Menschen (die auf materielle Unterstützung für das Lebensnotwendige angewiesen sind), sondern verkennet auch elementar, dass diese Reduktion auf „materialistische“ Lösungsansätze an den komplexen Lebenslagen und Identitätsproblemen z.B. von Langzeitarbeitslosen vollends vorbeigeht. Wie weit der Repressionsraum noch geöffnet werden kann, lässt sich am Beispiel Großbritanniens illustrieren, in dem durch einen Aktionsplan (2006) eine Strategie für „sozial problematische Verhaltensweisen“ beschrieben wird. Dazu gehört u.a. die Einrichtung von Wohnheimen für „Problemfamilien“, oder ein Bußgeldkatalog für antisoziales Verhalten wie „Herumlungern“ auf den Strassen. Tony Blair wörtlich: „Wir müssen die Vorstellung hinter uns lassen, dass die so genannten Bürgerrechte dieser Minderheit Vorrang vor den Bürgerrechten der großen Mehrheit anständiger Menschen haben“ (zitiert in: Kurth/Göring-Eckardt: Sozialpolitik zwischen Repression und Illusion – <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune01-07/akurth.htm>, 14.3.2007, S. 2).

Die „Reformen“ der rot-grünen Regierung haben in folgenden Bereichen massive Strukturveränderungen eingeleitet, die einen gravierenden Prämissenwechsel beinhalten, und die bisherigen Grundlagen und Selbstverständnisse dieser Gesellschaft kurz- und langfristig neu definieren werden:

- Reformen der Grundsicherung durch die Abkehr von der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung und der einkommensbezogenen Arbeitslosenhilfe.
- Eine zunehmende Steuerfinanzierung sozialer Sicherheiten bei gleichzeitiger Stärkung privater und betrieblicher Vorsorge.
- Eine grundlegende Reform der Arbeitsmarktpolitik (mit dem Fokus zur „Aktivierung“ der Langzeitarbeitslosen).
- Eine Markttöffnung bei selbständiger Erwerbsarbeit, einer „Liberalisierung“ der Zeitarbeit sowie der Modernisierung des Einwanderungsrechts

Irene Dingeldey charakterisiert den weit eingeleiteten sozialpolitischen Paradigmenwechsel wie folgt:

„Entsprechende Maßnahmen sind in den verschiedenen nationalen Kontexten mit der negativ konnotierten Interpretation des aktivierenden Staates als ‚Workfare State‘ verbunden. Dabei werden insbesondere die Kürzung und Konditionalisierung sozialer Leistungen (Transfer) in Verbindung mit der Ausweitung von Arbeitszwang (Arbeitsverpflichtung von Arbeitslosen, Abschaffung von Berufs- und Statusschutz, usw.), als Einschränkung sozialer Rechte kritisiert. Mittelfristig – so kann angenommen werden – bleiben entsprechende restriktive Regulierungen jedoch nicht nur auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger beschränkt, sondern werden auch auf andere Personengruppen bezogen werden. Zu denken ist an jene, die sich in Übergängen zwischen Beschäftigung und sozialstaatlich abgesicherter Nicht-Erwerbstätigkeit, zum Beispiel in Übergängen von Bildung und Ausbildung, in Übergängen in Rente oder in der Phase der Erwerbsfreistellung für Geburt und Kindererziehung befinden. Im Zuge der Verwirklichung eines aktivierenden Sozialstaates ist folglich eine deutliche Zunahme der Intervention in Bereichen der bislang privaten Lebensführung zu erwarten.

Das Konzept des aktivierenden Staates kann als durchaus ambivalent bewertet werden, da es eine Ausweitung befähigender Politiken mit der Ausweitung von Zwang und sozialer Kontrolle unauflösbar miteinander verbindet. Beide Elemente setzen einen Wandel von Steuerungsstrategien in Sinne des oben zitierten Konzeptes der Holistic Governance voraus, das heißt die Fähigkeit des Staates zu Formen reflexiver Steuerung und des politischen Lernens. Die dafür erforderlichen Prozesse der Problemanalyse, Strategieentwicklung, Abstimmungs- und Kompromissfindung bzw. Koordination und Kon-

trolle verschiedener Akteure auf verschiedenen politischen Ebenen und über verschiedene Politikbereiche hinweg bis hin zur Evaluation von Politikergebnissen und der Rückvermittlung in den politischen Prozess hinein sind jedoch äußerst voraussetzungsvoll... Die hyperkomplexen Steuerungsanforderungen lassen die Umsetzung des neuen wohlfahrtsstaatlichen Paradigmas jedoch tendenziell vom Scheitern bedroht erscheinen.

Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass in einigen Ländern – und nicht zuletzt in Deutschland – das Label der Aktivierung genutzt wird, um einseitige Leistungskürzungen und die Erhöhung des Arbeitszwangs zu kaschieren, ohne dass ein umfassender Wandel in Richtung aktivierender Wohlfahrtsstaat bzw. der damit verbundenen Erhöhung von Eigenverantwortung und sozialstaatlicher Gewährleistungsverantwortung stattfindet.“ (Irene Dingeldey 2006, S. 9).

Dass der eingeschlagene „Reform“-Weg nicht alternativlos ist, belegt die Expertise von Christoph Butterwege „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ (2005). Er stellt mit der Forderung, dass soziale Gerechtigkeit als „Topos des politischen Denkens“ (S. 249) zu erhalten ist, den roten Faden in seiner Begründung alternativer Lösungsvorschläge.

Butterwege deklariert den Sozialstaatsabbau unter der Ägide von Rot-Grün als eine partielle „Refeudalisierung der Arbeits-, Lebens- und Sozialbeziehungen“ und einen „Rückfall in die Prämoderne“ (S. 21). Seine zentrale These lautet, „dass der Sozialstaat seit Mitte der 1970er Jahre restrukturiert und demontiert wird, obwohl er weder Verursacher der damaligen Weltwirtschafts- und der im Grunde bis heute andauernden Beschäftigungskrise war, noch aus seinem Um- bzw. Abbau irgendein Nutzen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes erwächst“. (S. 9).

Mit den Daten der empirischen Wohlfahrtsstaatsforschung belegt Butterwege die These, dass Deutschland gar nicht über den „großzügigsten europäischen Wohlfahrtsstaat“ verfügt, wie gerne kolportiert wird, sondern hinsichtlich der Leistungsgewährung (etwa im Vergleich mit den skandinavischen Staaten) seit Mitte der 1970er Jahre kontinuierlich zurückgefallen ist, und dass die „Missbrauchsdebatte“ gezielt genutzt wird, um Kampagnen in der Öffentlichkeit zur Legitimation weiterer sozialer Kürzungsprogramme zu nutzen. Er bezieht sich auf Pierre Bourdieu (Der Mythos Globalisierung und der europäische Sozialstaat), der eindrucksvoll dargelegt hat, wie die Zurückdrängung der „sichtbaren Hand“ des Staates im Gewand der „Modernität“ erscheint, und schließlich eine gewachsene Akzeptanz neoliberaler Dogmatik begründen konnte: „Diese konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken als archaisch erscheinen lässt.“

Sowohl an der Familien-, Arbeitsmarktpolitik, dem Gesundheitswesen und der Pflegeversicherung argumentiert und belegt Butterwege plausibel die auch an praktischen Alternativen (skandinavisches Modell) polarisierte Grundsatzentscheidung für zwei Modellvarianten: Solidarität der Versichertengemeinschaft versus Gewinnstreben der Assekuranz. Die Lektüre Butterweges ist insofern von Bedeutung für die sozialpolitische Diskussion, weil Sozialpolitik nicht als „teurer Kostgänger der Ökonomie“ (S. 25), und der von den neoliberalen Eliten dauernd torpedierte „Versorgungsstaat“ als unabdingbares sozialpolitisches Korrektiv der dominierenden Marktprozesse gesehen wird. Offensichtlich hat sich jedoch die politische Elite eindeutig auf einen neoliberalen Umbau von Staat und Gesellschaft festgelegt:

„Die ökonomische Globalisierung gilt den Ultraliberalen als ein ‚Geschenk des Himmels‘, weil sie das Gewicht des Sozialstaates reduziere: ‚Das Gut Sicherheit‘ wird in Zukunft weitgehend privat hergestellt werden, die Produktion ‚Gerechtigkeit‘ bleibt in staatlichen Händen, wenn auch auf niedrigem Niveau und viel stärker auf bestimmte Zielgruppen orientiert. Auf der neoliberalen Agenda steht demnach weniger, vor allem jedoch ein anderer Staat. Es geht ihr keineswegs um die ‚Liquidation des Sozialstaates‘, wie etwa Rudolph Bauer und Eckhard Hansen behaupten, vielmehr um eine Reorganisation nach einem marktradikalen Konzept, d.h. um seine Transformation zum ‚nationalen Wettbewerbsstaat‘ (Joachim Hirsch), der geeigneter sein soll, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu fördern.

Von einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz ausgehend, fordern Ultraliberale, die gefährdete Wettbewerbsfähigkeit des ‚eigenen‘ Wirtschaftsstandortes durch eine drastische Senkung der Löhne, Lohnnebenkosten und Sozialleistungen zu erhöhen. Gleichheit und Freiheit, Ergebnisgleichheit und Leistungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und Lohnnivellierung

schließen sich demnach aus. ‚Der internationale Vergleich macht deutlich, dass es nur die beiden Alternativen gibt: entweder größere Ungleichheit bei den Löhnen und mehr Jobs oder größere Gleichheit und mehr Arbeitslose.‘ Nicht nur die Konkurrenz zwischen den Wirtschaftssubjekten, sondern auch ihr Resultat wird geradezu idealisiert: Gewinner steigern ihr Einkommen und ihr Vermögen, Verlierer bleiben auf der Strecke und fallen der Privatwohltigkeit engagierter Bürger anheim.“
 Christoph Butterwege: Globalisierung, Krise des Sozialen und die Zivilgesellschaft der Zukunft, in: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/learnprogramm/gwa/aufsaeetze/butterwege_globalisierung.htm...27.12.2005, S. 5.

6. Sozialpolitik und „Gerechtigkeit“

Der zunehmende Prozess der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Entsolidarisierung als Konsequenz des politischen Paradigmenwechsel erfordert eine prinzipielle Besinnung auf eine Grundsatzdebatte, die unter dem Titel der sozialen „Gerechtigkeit“ zu führen, und aus unterschiedlichen Perspektiven diskursiv zu begründen ist. Hierbei ist von der grundlegenden Prämisse auszugehen, dass die Zustimmung zu einem sozialpolitischen Gesellschaftsvertrag in Deutschland und Europa hoch ist (siehe ALLBUS-Umfrage 2000) und sich im offensichtlichen Widerspruch zu neoliberalen Grundforderungen bewegt:

„Der Sozialstaat ist zur Sicherung der Marktmöglichkeiten der Bürger da. Er hat die Bürger zum Markt zurückzuführen, sie marktfähig zu halten (...). Er bindet seine subsidiären Transferzahlungen an die überprüfbare Bereitschaft zur Beschäftigungsaufnahme und zur Selbstverantwortlichkeit...“

Der Sozialstaat ist auf der Individualisierungsstufe der Moderne errichtet. Seine Bewohner sind Selbstverwirklichungsvirtuosen im ethischen Niemandsland, die ihre Erfolgskarrieren auf dem Markt und ihre Versorgungskarrieren im Sozialstaat mit der gleichen egozentrischen Konzentration vorantreiben. (...) Einen Markt jenseits des Egoismus-Prinzips, ein Wohlfahrtssystem des Gemeinnsinns wird es nicht geben.“ (Wolfgang Kersting, Gerechtigkeit: Die Selbstverewigung des egalitaristischen Sozialstaats, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt/M.-New York 2003: 107,115,121,134).

Dass der neoliberale Reduktionismus nicht die ultima ratio gesellschaftlicher Bewusstseinslagen repräsentiert, und aus der Geschichte der politischen Philosophie differenzierte Deutungsangebote zur Verfügung stehen, wird in der Publikation von John Ravels (Eine Theorie der Gerechtigkeit) ausreichend expliziert. Dass tugendhaftes und gutes Handeln eine gute politische Ordnung zur Grundlage hat, war für Aristoteles so fundamental wie für Hegel, der dafür den Begriff der „Sittlichkeit“ prägte und durch Adorno in seiner „Minima Moralis“ im Diskurs des 20. Jahrhunderts eine weiterführende Entsprechung fand. Insofern sind die Konzeptionen sozialer Gerechtigkeit zu thematisieren und zu begründen, da die klassische Existenzsicherung der Lohnarbeit für immer größere Bevölkerungsteile zunehmend fragiler wird, und neue Begründungen einer an dem Kriterium der „Bedarfsgerechtigkeit“ zu führenden Debatte (z.B. der „Zivilgesellschaft“) definiert werden müssen. Dieser Diskurs ist insofern komplex, weil die sozialpolitische Paradigmensetzung zunehmend EU-konform den nationalstaatlichen Definitionen entzogen (bzw. relativiert) werden, und es unterschiedliche nationale Selbstverständnisse gibt, die auf drei Modellebenen abgebildet werden können:

- Das Grundmodell der EU-Kommission („liberal“):
Definiert durch die Zustimmung zur staatlichen Verantwortungsübernahme in den Bereichen Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit. Alle restlichen staatlichen Aufgaben werden abgelehnt.
- Das Sozialdemokratische Modell:
Staatliche Verantwortung für eine der beiden Aufgaben „Bereitstellung von Arbeitsstellen“ oder „Abbau von Einkommensunterschieden“.
- Das Sozialistische Modell:
Befürwortung von zusätzlichen gesetzlichen Kontrollen von Löhnen und Gehältern.

Auf der Basis der Ergebnisse der vergleichenden Sozialpolitikforschung (Esping-Andersen) lässt sich belegen, dass sich das Konzept der Wohlfahrtsregime in Europa durchgesetzt und komplexe Struktur- und Regelungsmuster in den Bereichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Gemeinschaftssystem (vor allem Familie) hervorgebracht hat, die einem neoliberalen Paradigmenwechsel entgegenstehen. Unabhängig von den unterschiedlichen Typisierungen der Wohlfahrtsregimes in der Literatur lässt sich doch die These vertreten, dass die Leitideen sozialer Gerechtigkeit ein europaweites Widerspruchspotenzial zur neoliberalen Philosophie darstellen, die den Zusammenhang zwischen individueller „Leistung“ und legitimer Ungleichheit zum Paradigma erhoben hat. Auf dem Hintergrund dieses konzeptionellen Widerspruchspotenzials verlangt der sozialpolitische Diskurs nach einer grundlegenden Neudefinition, die auf dem Hintergrund struktureller gesellschaftlicher Transformationsprozesse auf der Tagesordnung steht:

„Wenn wir dieses klassische Dreieck von ‚Links-Mitte-Rechts‘ betrachten, dann wird deutlich, warum die Sozialversicherungen mit ihrer Neideinhegung zumindest bislang in Deutschland so etwas wie einen Kompromiss der divergierenden Gerechtigkeitsideen herstellen konnten – ergänzt um das liberale Modell der ‚Fürsorge‘ (Sozialhilfe), der Konzentration der ‚wirklich Bedürftigen‘ und das konservative Modell der ‚Versorgung‘, wie wir es in der Beamtenversorgung und heute auch in Familienleistungen (Kindergeld, Erziehungsgeld) finden. Die Leitidee des ‚Garantismus‘ geht einen Schritt weiter, indem sie an den Bürger- und Grundrechten anknüpft, jeder Bürgerin und jedem Bürger soziale Teilhabe ‚garantiert‘, konkretisiert vor allem im Konzept der ‚Bürgerversicherung‘ (wie in der Schweiz, den Niederlanden oder auch in der Rentenversicherung ‚Social Security‘ der USA) und in der Forderung nach einem ‚Grundeinkommen‘, das jedem zusteht, ohne Arbeitsvoraussetzung.

Im Konzept des ‚Garantismus‘ werden die ‚sozialen Grundgüter‘, die nach Auffassung von John Ravels grundsätzlich allen Menschen zustehen sollen, als positive soziale Grundrechte definiert und nicht nur, wie im ‚Sozialliberalismus‘ von Ravels und anderen, als Kompensation mangelnden Marktkapitals. Während Ravels – darin in der Tradition des modernen, bei Hegel begründeten Denkens in sozialen Relationen und Funktionen – die Gesellschaft zu Recht als Kooperationszusammenhang versteht, kommt ihm eine eigenständige wertkommunikativ-ethische Begründung von Sozialpolitik nicht in den Blick. Er bewegt sich im ‚nachmetaphysischen‘ Mainstream der modernen, vor allem angloamerikanisch geprägten politischen Philosophie. Wenige ihrer Vertreter gestehen so offen wie Harry Frankfurt, dass ihre Auseinandersetzung um die Spannungen von Gerechtigkeit und Gleichheit ‚nichts Substantielles zur Lösung der Frage bei(trägt), welche Sozialpolitik befolgt oder vermieden werden sollte. Das hält sie dennoch nicht davon ab, philosophisch argumentierend normative, letztlich subjektiv-politische Positionen zu vertreten...

Die Betrachtung der Sozialpolitik mit dem analytischen Rahmen der Wohlfahrtsregime macht sichtbar, dass soziale Gerechtigkeit realistisch nicht in der residualen Perspektive politischer Philosophien wie Otfried Höffe oder Wolfgang Kersting begriffen werden kann. Gerechtigkeit ist in einer differenzierten und modernen Gesellschaft notwendigerweise mehrdimensional. Sozialpolitisch institutionalisiert und dynamisiert soziale Gerechtigkeit. Sie wird umstritten bleiben, aber nichtsdestoweniger ist sie wirksam.“ (Michael Opielka 2006, S. 38).

7. Der „Reformismus“ als strategieloses Krisenmanagement für den Sozialstaatsabbau

„Der Sozialstaat ist Heimat. Beschimpfen kann ihn nur der, der keine Heimat braucht. Und den Abriß wird nur derjenige verlangen, der in seiner eigenen Villa wohnt. Ob er sich ohne sie noch sehr lange wohlfühlen würde, ist sehr fraglich“ (Prantl, 2005, S. 1).

Wirtschaftliche und soziale Stabilität und politische Kontinuität gehörten lange zum parteiübergreifenden und verfassungskonformen Grundkonsens des politischen Establishments. Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung galten dabei als Voraussetzung. Dem Programm Ludwig Ehrhards folgte eine Phase der Prosperität, die erst durch die erste große Rezession erschüttert wurde. Diese ersten Irritationen in das Modell des „Wirtschaftswunders“ wurden jedoch hinsichtlich der sozialen Auswirkungen von anderen als den heutigen politischen Prämissen getragen:

„Recht und Gesetz beruhen zu allererst auf Gerechtigkeit: Schutz der Schwachen, Bändigung der Mächtigen und der Übermäßigen; sie erfordern einen Staat, der das Notwendige – mit Hilfe klarer Gesetze und einer effektiven Verwaltung –

auch gegen die geballten Interessen der Privilegierten durchsetzen kann“ (Willy Brandt, Außerordentlicher Parteitag der SPD, 12-13. Oktober 1972, Protokoll).

Wurden im Kontext der Großen Koalition (1966-1969) und nachfolgenden „Reformen“ Selbstverständnisse der politisch-gesellschaftlichen Transformation unter anderen Vorzeichen und Rahmenbedingungen (Dynamisierung der Rente, Mehrwertsteuer, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einführung des Kindergeldes, Einführung der flexiblen Altersgrenze, Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Hausfrauen und Selbständige, Beginn des Umweltschutzes usw.) definiert, so wird die heutige „Reformdebatte“ zur Systemfrage stilisiert, mit teilweise schon verfassungsfeindlichen und staatsnegierenden Konturen. In der aktuellen „Reform“-Debatte wird ein grundsätzlicher Wandel des bisherigen Sozialstaatskonzeptes und seiner normativen Prämissen aufgeworfen, d.h. die wohlfahrtsstaatlichen Leitbilder verändern sich. Dieser normative Diskurs des Wandels vom „fürsorgenden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat“ steht im Kontext einer wohlfahrtsstaatlichen Orientierung, die von den Vertretern der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung (G. Esping-Andersen 1990) typisiert wird. Dabei werden wesentliche Unterschiede zwischen den universalistischen (Skandinavien), den konservativ-korporatistischen (Bundesrepublik) und dem liberalen Wohlfahrtsstaatstypus (Großbritannien und USA) offen gelegt. Diese Unterschiede beziehen sich auf die Organisation sozialer Sicherungssysteme, das Niveau der De-Kommodifizierung (Freistellung vom Arbeitszwang durch die Gewährleistung von Transferzahlungen) sowie die De-Familialisierung (Umfang von Dienstleistungsangeboten zur Entlastung vor allem der Frauen von Familienaufgaben).

Mit dem Scheitern der keynesianischen Wirtschaftssteuerung und der Beschränkung der staatlichen Steuerungssouveränität in der Folge der neoliberalen „Globalisierung“ forcierte vor allem der britische Diskurs zum „Social Investment State“ den neoliberalen Prämissenwechsel. In diesem Diskurs veränderte sich die normative Fundierung von „Freiheit“, „Gleichheit und Gerechtigkeit“. Das Motto „No Rights without Responsibilities“ charakterisierte die Ablehnung der „bedingungslosen“ Gewährung sozialer Rechte im keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Vor allem der Soziologe Giddens prägte mit seinen Vorstellungen des „Dritten Weges“ die Regierungsstrategie von „New Labour“. Als zentrale Aufgaben eines „Social Investment State“ gelten Maßnahmen zur Arbeitsmarktkaktivierung sowie die Forderung und Sicherung des Eingehens von Risiken am Arbeitsmarkt. Einen zentralen Stellenwert erhält die „Bildung von Humankapital“ sowie die „Förderung lebenslangen Lernens“.

Mit dem Wahlkampfmotto der SPD (1998) „Neue Mitte“ (Strategiepapier Bod Hombach) wurde der Prämissenwechsel in der deutschen Politik angedeutet und im Schröder-Blair-Papier konkretisiert, ohne auf dem Hintergrund anhaltender/steigender Massenarbeitslosigkeit geklärt zu haben, wie eine ausreichende Arbeitskräftenachfrage geschaffen werden kann, auf dessen Hintergrund Arbeitslose „aktiviert“ werden können. In diesem Politikspiel muß ein „Blame-the-Victim-Spiel“ unterstellt werden, in dem die Opfer der Entwicklung zu Tätern umdefiniert werden.

Das eingeleitete „Reform“karussell dreht sich unaufhörlich, ohne eine konsistente Strategie und eine politische Evaluation nachzuweisen, die plausibel macht, dass die unterstellten Ziele auch wirklich zu drängenden Problemlösungen beigetragen haben: Ob Pendlerpauschale, Einführung von Studiengebühren, Aufweichung der Tarifverträge, Anhebung des Renteneintrittsalters, Riesterrente, Bürgerversicherung, Erhöhung der Arbeitszeit, Abschaffung der Pflegeversicherung, Reform des Gesundheitswesens usw. Alles läuft nach dem bekannten Talkshowmuster: „Nach der Reform ist vor der Reform“. An dem Schlüsselproblem, Unterauslastung unserer Volkswirtschaft (Korrelation von Binnenachfrage und Massenarbeitslosigkeit und Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme) geht diese Form des Reformismus grundlegend vorbei, und hat sich ohne Rücksicht auf nachweislich negative Effekte zudem auch noch ideologisch (neoliberal) verfestigt. Statt ideologiefrei über die Konzepte zur Wiederbelebung der Binnenkonjunktur zu reden, lieber „Reformismus“ ohne Ende. Der Effekt ist hauptsächlich die Erosion sozialstaatlicher und solidarischer Lösungen. Die Prämisse des ameri-

kanischen Nobelpreisträgers für Ökonomie J. Stiglitz steht weiterhin im Raum: „Der einzige Weg, Vertrauen zu schaffen, ist Wirtschaftswachstum“ (Im Interview mit der Berliner Zeitung, 6.3.2004).

Die Debatte um „Reformen“ ist nicht neu, unterlag jedoch einer grundlegenden Redefinition mit dem Anfang der 1970er Jahre eingeleiteten neoliberalen Paradigmenwechsel und der damit einhergehenden Diskreditierung des Keynesianismus. Stellte die rot-grüne Koalition noch „Reformen“ (zu Beginn ihrer Regierungsarbeit) in Aussicht, die mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zum Ziele hatten, so sind die vorliegenden Ergebnisse eine Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist eine Reproduktion der neoliberalen Hegemonie, geprägt durch die politische Strategie, „wer Reformen realisieren will, muß das Land zum Problem erklären“. Das Mittel der Schwarmalerei wird gezielt eingesetzt, um Struktur-reformen oder gar einen Systemwechsel als unabdingbar darzustellen. Die „Deutsche Krankheit“ wird mit folgender Terminologie beschrieben: „Reformstau“, „Stillstandsland“, „Blockade“, „Besitzstandswahrer“, „Überalterung“, „Überbürokratisierung“, „Deutschland ein Auslaufmodell“, „Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme“ etc. Mit dieser gezielten Öffentlichkeitsarbeit sollen Bewusstseinslagen und Befindlichkeiten erzeugt werden, die eine mentale Basis für „Reform“-Konzepte zum Ziel haben, zu denen es vermeintlich keine Alternative geben kann und keine vorhersehbaren Antworten gibt:

„Steht Europa mit der Globalisierung vor einer neuen Ära der Ungleichheit durch zunehmend extremer werdende Einkommensunterschiede, oder gelingt es, den ‚rheinischen Kapitalismus‘, jenen westeuropäischen Dreiklang von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat, unter den neuen Bedingungen des Globalismus ohne Aufgabe des Sozialen zu rekonstruieren und dadurch zukunftsfähig zu machen“ (Fischer, Joschka 1998, S.16).

Die Antwort auf diesen Prozeß formuliert Stiglitz wie folgt:

„In den Goldenen Neunzigern führte die neue Vormachtstellung der Finanzmärkte dazu, dass ein seit langem bestehendes System wechselseitiger Kontrollen und Machtbeschränkungen – das Gleichgewicht zwischen Wall Street, Main Street (der konventionellen, konservativen Mehrheit) und Gewerkschaften, zwischen Alter Industrie und Neuer Technologie, zwischen Staat und Markt – in wesentlichen Hinsichten durcheinander gebracht wurde. Alle beugten sich dem Urteil der Finanzmärkte“ (Stiglitz, J. 2003, S. 15).

Dabei gehört es zur Ironie der jüngsten Geschichte, dass durch das Projekt „Rot-Grün“ die „Deutschland AG“ (der korporatistisch gestaltete „Rheinische Kapitalismus“) massiv destabilisiert wurde (Bischoff, J. 2005).

Die Grenzen der Koalitionen zur Konzeptionalisierung und Implementierung neoliberaler Programmatiken sind in der Zwischenzeit fließend geworden und rekrutieren sich aus unterschiedlichen politischen Lagern und gesellschaftlichen Strömungen:

„Um die Dominanz bestimmter Ideen zu verstehen reicht es nicht hin, auf die Internationalisierung der Ökonomie und die kulturelle Hegemonie neoliberalen Denkens zu verweisen. Von Bedeutung sind hier auch die Traditionsbestände ‚linker‘ Sozialstaatskritik und das Erbe der organisierten Artikulation von ‚Klienten‘interessen, voluntaristisch-alternativer ‚Basisbewegungen‘ etc. Gerade dieses Ineinanderfließen der Kritik an der Sozialstaatswirksamkeit aus dem alternativ-linken Spektrum bzw. von ‚unten‘ und jener von ‚oben‘, seitens relevanter Teile der politischen und Wirtschaftseliten bzw. konservativ-liberaler Strömungen, verleiht bestimmten Vorstellungen ihre Mächtigkeit – und das erst recht, seit Krisenphänomene, diskursiv ausgedeutet und verstärkt, als ‚Bündnispartner‘ der Delegitimierung sozial-politischer Institutionen wirken. So formiert sich jene Überzeugungskraft der Ideen, der man sich kaum entziehen kann. Wer Einwände erhebt, gerät umstandslos in den Verdacht, entweder Besitzstandswahrer ohne ökonomischen Sachverstand oder reaktionärer Fortschrittsfeind zu sein... In den Empowerment, Selbstbestimmungs- und Zivilgesellschaftsphantasien berühren sich Bürgerrechts- und Wirtschaftsliberalismus auf eine neue Art. ‚Rationalisierten Mythen‘.. gleich, schlagen sie eine Brücke zwischen scheinbar Unvereinbarem: zwischen Graswurzelbewegten und Brokern, zwischen Verehrern Martin Luther Kings und Anhängern Friedrich von Hayeks. Unter dem Dach der neuen ‚Befreiungstheologie‘ verschwimmen daher die alten Konturen von ‚rechts‘ und ‚links‘, und es wird für viele schwierig, ‚Alternativen‘ zum herrschenden Diskurs zu formulieren“ (Peter Jauch 2004).

Das Spektrum der publizierten, realisierten oder noch beabsichtigten „Reformen“ ist zwischenzeitlich breit gefächert:

Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich; Tarifabschlüsse unter der Inflationsrate (also Reallohnsenkungen); niedrigste Krankenstände seit Jahrzehnten; Streichung von Feier- und Urlaubstagen; Kürzung oder Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld; Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger; Zwang zur Aufnahme jeder Arbeit für Arbeitslose; Umzugszwang; Zwang zur Auflösung aller Rücklagen und Ersparnisse (private Rentenvorsorge, Bausparverträge etc.) für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger; Zerstörung des Prinzips des Flächentarifvertrag und damit Ermöglichung unbegrenzten Lohndumpings; öffentliche und mediale Diffamierung der Gewerkschaften als „Blockierer“ (des Sozialabbaus); Abschwächung und projektierte Abschaffung des Kündigungsschutzes; Rentenkürzungen; Besteuerung von Renten; Erhöhung des Renteneintrittsalters; Streichung vieler Leistungen der Krankenkassen; verdeckte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge (Praxisgebühr etc.); Entlassung der Arbeitgeber aus der Pflicht, sich paritätisch an den Sozialversicherungsbeiträgen zu beteiligen; beabsichtige Kopfpauschale im Gesundheitssystem; Forderung nach einem gesetzlichen Zwang, sich zugunsten der Alterssicherung privat zusätzlich zu versichern; Schließung von Kindertagesstätten, Frauenhäusern; Kürzungen an den Hochschulen; Einführung von Studiengebühren; Privatisierung öffentlichen Eigentums (Energie-, Wasserversorgung, Krankenhäuser, öffentlicher Personenverkehr, Post, Telekommunikation etc.).

Und dies bei gleichzeitiger Senkung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (Aktienverkäufe etc.), niedrigste Steuersätze für Kapitalgesellschaften, Reduzierung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer etc. Dieser monetäre Umschichtungsprozeß ist für die weitere Analyse von erheblicher Bedeutung, weil neben der sozialen Gerechtigkeitsthematik die „Armuts-/Reichtumsdebatte“ die Einordnung in diese Rahmenbedingungen notwendig macht.

Daß die Sparprogramme mit der sukzessiven Verschlechterung der Konjunktur/Binnennachfrage nicht Schritt halten können, sondern den Negativtrend nach unten dynamisieren, ist eine empirische Realität. „Privatisierung“, „Deregulierung“, „Entstaatlichung“ - und einer Festschreibung der Angebotsökonomie als politischem Programm - sind jetzt schon in einer konzeptionellen Sackgasse und können den Grundprozess gefährlich verschärfen. Unter dem Vorwand, die sozialstaatliche Ordnung erhalten zu wollen, wird sie objektiv zerstört. Statt durch Einsicht in die vorliegenden Fakten und Analysen mit Korrekturen des eingeschlagenen Weges zu reagieren, wird die Dosis erhöht. Die „Agenda 2010“ war erst der Beginn eines viel weiter gehenden Abbaus sozialer Leistungen. Die Operation „Reformen“ wird die Einkommensverteilung noch weiter auseinanderziehen und einen Niedriglohnsektor stabilisieren, der die sozialen und gesellschaftlichen Marginalisierungs-/Exklusionspotenziale vergrößert.

„Durch die sogenannte Reformpolitik ist die Schwäche nicht bekämpft, sondern verstärkt worden. Konsequenz: keine Wachstumsimpulse, kein sich selbst tragender Konjunkturaufschwung, keine Verminderung der Arbeitslosigkeit; den Preis für die ‚politische Rechthaberei‘ bezahlten die rund 15% in Armut lebenden Menschen und die Haushalte, die in einer Konstellation des ‚prekären Wohlstands‘ stecken... Die soziale Polarisierung ist weiter vorangeschritten...“

Die Sozialdemokratie hat die neoliberale Grundphilosophie übernommen, die soziale Sicherung sei zu üppig. Es gelte, die Menschen aus Versorgungsabhängigkeit zu befreien. Gegen die Rückkehr von Arbeitslosigkeit und Armut hat dieses neoliberale Grundkonzept nicht geholfen. Mehr noch: die Demokratie wird beschädigt. Denn wer den Sozialstaat abschaffen will, zerstört auch die Demokratie“ (Bischoff, Joachim 2005b, S. 18f.)

8. „Agenda 2010“

Die „Agenda 2010“ ist ein mehrgliedriges Konzept der rot-grünen Koalition, mit dem das deutsche Sozialsystem und der Arbeitsmarkt reformiert werden soll. Wesentlichste Teile des Konzeptes wurden von den Oppositionsparteien unterstützt, und von der CDU/CSU aktiv mitgestaltet. „Die SPD ist der Auffassung, dass mit der ‚Agenda 2010‘ richtige Antworten auf die Herausforderungen gegeben sind, unter radikal veränderten Bedingungen Substanz von Sozialstaatlichkeit zu erhalten“ (Schröder, Der Spiegel, 17/03). In einer Pressekonferenz im August 2003 konkretisierte Kanzler Schröder das Programm und nannte es die „*größte politische Anstrengung der deutschen Sozialgeschichte*“ (ntv, 13.8.).

Damit implementierte die rot-grüne Koalition einen neoliberalen Kurs, auf dem zukünftige Politikkonstellationen aufbauen, und diesen unter der Annahme sich verschärfender Sozialstaats- und Arbeitsmarktkrisen eskalieren können.

Mit dem Einstieg in das Programm „Agenda 2010“ und daraus abgeleitet „Hartz-IV“ erhielt die rot-grüne Koalition breiteste Zustimmung bei wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Eliten, mit dem Tenor, den „richtigen Weg eingeschlagen“ zu haben. Dies mit dem unüberhörbaren Unterton, dass dies erst der „Einstieg“ in den sozialpolitischen Korridor sein kann. Postulierte das SPD-Wahlprogramm 2002 noch den Grundsatz „Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau“, so wurde jetzt ein Kurs mit sozial- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen eingeleitet, der als ein Systemwechsel vom Sozialstaat zum Almosenstaat definiert werden kann. Dies im gesellschaftlichen Kontext, in dem Erwerbsarbeit immer prekärer wird, die Grundlagen des Sozialstaates erodieren und die Gefährdung, in die Armutsfalle zu geraten, wächst.

Abgeleitet ist das Konzept der „Agenda 2010“ aus den strategischen Zielen der EU (strategische Ziele der Lissabon-Konferenz). Daraufhin wurden in vielen Mitgliedsstaaten ‚Reformen‘ auf den Weg gebracht, die den größten Sozialabbau seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zum Ergebnis haben. Die rot-grüne Koalition stellte sich nicht nur prinzipiell hinter die Ziele der Strategie von Lissabon, sondern wurde vor allem in der Rolle des Kanzlers Schröder zum wesentlichen Promotor des europäischen Konzeptes. Die wesentlichen Säulen, der Stabilitäts- und Wachstumspakt, wurden auf die Initiative Deutschlands verabschiedet.

Blickt man auf die Entwicklungslinien der wichtigsten europäischen Staaten, so lassen sich bei allen Detailunterschieden Konturen eines gemeinsamen Leitbildes der „Modernisierung“ des sog. „Dritten Weges“ identifizieren, die als neoliberale und angebotsorientierte Politikziele definiert werden können:

- bedingungslose Haushaltskonsolidierung;
- wettbewerbspolitisch begründete Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung
- der Wirtschaft;
- Befürwortung einer restriktiven Geldpolitik;
- tendenzieller Rückzug des Staates aus der Wirtschaftssteuerung und sozialpolitischen Verantwortung;
- Entlastung der Unternehmen von den Lohnnebenkosten;
- „Modernisierung“ des Sozialstaates.

Es ist also zwingend, die aktuellen „Reform“prozesse in Deutschland in den europäischen Kontext einzubetten, um ein politisch-strategisches Gesamtverständnis für die Diskussion zu erhalten, denn hier findet sich das gesamte Instrumentarium neoliberaler, angebotsorientierter Politik. Die konzeptionellen Grundlagen sind gelegt, die Politik konzentriert sich auf eine abgestimmte Implementierung in den Mitgliedsländern. In seiner Rede vom 14. März 2003 verkündete Schröder erstmals die „Agenda 2010“, stellte sie explizit in einen europäischen Zusammenhang, und erhob sie in seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 2003 zum offiziellen Regierungsprogramm. Betrachtet man die programmatischen Positionen im Einzelnen, so ist fast in allen Punkten 1:1 die Umsetzung der aus Brüssel geforderten Maßnahmen festzustellen.

Das Konzept des „aktivierenden Sozialstaates“ lässt sich als Programm einer umfassenden Staats- und Gesellschaftsmodernisierung“ kennzeichnen. Hierbei geht es um eine Neudefinition der wechselseitigen Aufgaben- und Verantwortungsteilung sowie Aufgabenwahrnehmung im Zusammenspiel von Staat, Gesellschaft und Bürger. In der Analyse dieses Prozesses wird sichtbar, dass eine konsequente

Individualisierung soziostrukturell verursachter Problemlagen (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit) **das Ziel** ist: durch individuelle aktivierende Eigenverantwortung entzieht der Staat zunehmend staatlicher Transferleistungen, und dies unter Einsatz zunehmend repressiver werdender Instrumente und Verfahren. Nur derjenige, „der etwas für Staat und Gesellschaft leistet“, verdient Unterstützung:

„Soziale Gerechtigkeit muß künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muß sich die Politik kümmern“ (Steinbrück, Die Zeit, Nr. 47, S. 18).

Die „**Agenda 2010**“ ist das Label, unter dem Gerhard Schröder in einem top-down-Ansatz sein neo-liberales Programm präsentierte, mit dem **definierten Ziel** des „Umbaus des Sozialstaates“ in den Bereichen Rentensystem, Gesundheitssystem, Arbeitsmarkt und Sozialversicherung. Markanteste Eckpunkte sind:

- Kürzungen der Dauer des Arbeitslosengeldes.
- Die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.
- Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung.
- Aufweichung des Kündigungsschutzes.
- Nochmalige Absenkung des Rentenniveaus.
- Weitgehender Verzicht auf gesamtwirtschaftliche Steuerung.
- Reduzierung der Staatsausgaben gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Produktion.
- Senkung der Lohnnebenkosten im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung und damit stärkere Privatisierung sozialer Risiken.
- Abbau von Regulierungen (vor allem zum sozialen Mindestschutz auf dem Arbeitsmarkt).
- Reduktion der realen Lohnzuwächse unterhalb der Verbesserung der Arbeitsproduktivität der Ausweitung der Gewinne.

Eine sachliche Analyse der Begründungen der „Agenda 2010“ konterkariert die offizielle Politikversion, wonach es „zur Agenda 2010 keine Alternative“ (Schröder) gäbe. Auf der Tagung zum Thema „Aktivierender Sozialstaat – Konsequenzen der sozialpolitischen Reformen für Soziale Arbeit“ (Fachhochschule Düsseldorf, 17.6.2004) belegte Prof. Volker Eichener, dass die **Logik der „Agenda 2010“ aus falschen Diagnosen kontraproduktive Strategien ableitet**, auf oberflächlichen Gerechtigkeitskonzepten basiert, handwerkliche Fehler beinhaltet und unmenschliche Ziele verfolgt. Ursachen und Wirkungen werden verwechselt, und vor allem **bleiben Strukturprobleme des Systems der sozialen Sicherung unangetastet**. Zugleich meldete Prof. Utz Kramer „verfassungswidrige“ Bedenken an, weil mit der Agenda/Hartz-IV-Programmatik ein **„Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip“** zugrunde liegt. Unlauter sei am Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ (Prof. Achim Trube), dass dem Bürger zwar umfangreiche Leistungspflichten auferlegt, die staatlichen Leistungen aber häufig als Kann-Vorschriften definiert werden. **Angesichts der Beschäftigungslücke** von 6,7 Millionen Arbeitsplätzen gerate (Prof. Achim Trube) das Prinzip **„Fordern und Fördern“ zur Farce**. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage konterkariert die offiziellen politischen Reformprämissen: bundesweit beträgt das Verhältnis 1:13 und in den neuen Bundesländern 1:23, d.h. das Arbeitsvolumen reduziert sich im Verhältnis auf die Nachfrage nach abhängiger Beschäftigung immer mehr. Nicht saisonal, sondern strukturell. (Quelle: Fachhochschule Düsseldorf entwirft Alternativen zur Agenda 2010“, in: www.innovations-report.de, 1.7.2005)

Die sich abzeichnende „**neue Sozialpolitik**“ geht von dem dogmatischen **Grundsatz** aus, dass Wirtschaftswachstum, Lohnersatzleistungen und Erwerbslosigkeit einen logischen Bedingungs Zusammenhang ergeben:

„Erhöhte Beschäftigung fördert Wirtschaftswachstum und spart zugleich staatliche und parafiskalische Aufwendungen für den Lebensunterhalt; staatliche und parafiskalische Aufwendungen ihrerseits behindern erhöhte Beschäftigung wegen ihrer (Rück-)wirkungen auf die Arbeitslosen. Die Verarmung der Bevölkerung ist damit zum Dogmatismus erhoben, die nicht nur von denjenigen gefordert wird, die auf Grund ihres praktischen Interesses in Staat und Wirtschaft die Unterordnung aller Lebensbedürfnisse unter das Prinzip des ‚Wachstums‘ für selbstverständlich halten. Auch relevante Teile der Öffentlichkeit und Wissenschaft eint eine parteiliche Interessenbekundung, die sich in dem Satz zusammenfassen lässt: Für den Standort Deutschland ist jedes Opfer notwendig und gerecht“ (Prof. Norbert Wohlfahrt, Agenda 2010 – das Ende des Sozialstaats? Manuskript zur Aktionskonferenz des Bündnisses Soziale Bewegung NRW, Dortmund, 24.01.2004).

Und die „Opfer“ lassen sich beschreiben:

„Um das Fazit unserer Berechnungen vorwegzunehmen: Die Agenda 2010 ist der massivste sozial-politische Kahl-schlag seit Bestehen der Bundesrepublik.

Das Haushaltseinkommen von 1,7 Millionen Menschen in rund 900.000 Haushalten, in die jetzt Arbeitslosenhilfe einfließt, wurde schlagartig auf Sozialhilfeniveau gedrückt. Die Zahl der Leistungsbezieher auf Sozialhilfeniveau würde damit sprunghaft von derzeit 2,8 Millionen Sozialhilfebezieher auf 4,5 Millionen Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II-Bezieher steigen – ein Anstieg von 60 Prozent.

Die faktische Sozialhilfequote in Deutschland stiege damit von jetzt 3,4 auf 5,4 Prozent. Noch dramatischer stellt sich die Statistik für die Kinder und Jugendlichen dar. Die Zahl der Minderjährigen in den betroffenen Haushalten würde von 1 Millionen auf 1,5 Millionen ansteigen. Fast jedes 10. Kind wäre damit Leistungsbezieher auf Sozialhilfeniveau. Derzeit ist es noch fast jedes 15.

Überall das ließe sich vielleicht noch reden, wenn das Sozialhilfeniveau in Deutschland eine gesellschaftliche Teilhabe wenigstens auf bescheidenem Niveau sicherstellen würde – so wie es das Bundessozialhilfegesetz eigentlich vorsieht. Dies ist jedoch – auch das ergaben unsere Berechnungen – schon lange nicht mehr der Fall. Bereits seit über zehn Jahren wird immer wieder – völlig unabhängig von irgendwelchen Bedarfsbemessungssystemen – willkürlich und haushaltspolitisch motiviert in die Sozialhilfe eingegriffen.

Das Ergebnis: Die Entwicklung des Sozialhilfeniveaus hielt nicht mehr mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt. Um 6 Prozent zu niedrig ist die Sozialhilfe im Jahr 2003 bemessen, um tatsächlich den gesellschaftlichen Mindestbedarf abzudecken – so, wie er Anfang der 90er Jahre politisch und fachlich definiert wurde.

Damit ist klar: Sozialhilfe schützt heute nicht mehr vor Armut. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfeniveau auf dem Niveau der Sozialhilfe bedeutet, zusätzlich zu den schon vorhandenen 2,8 Millionen Sozialhilfebezieher weitere 1,7 Millionen Menschen in die Armut zu schicken“ (Barbara Stalterfoht, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. In der Bundespressekonferenz am 31.07.2003).

Wie hieß es noch im Regierungsprogramm der SPD 2002-2006:

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau“ (Quelle: SPD, Erneuerung und Zusammenhalt – Wir sind in Deutschland. Regierungsprogramm 2002-2006).

Der **Paradigmenwechsel** ist jedoch eingeleitet, die Basis für eine weitere Verschärfung ist gelegt: „Agenda 2010 ist nicht mehr als ein Trippelschritt in die richtige Richtung“ (A. Merkel, in: Gebrielle Giellen, Hartz-IV, Hamburg 2005).

Ganz und gar nicht für „Trippelschritte“ ist der Europa-Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer zu gewinnen, wenn er sich mit folgender Diktion in die Debatte einklinkt:

„Trotz der Agenda 2010 und des Jobgipfels hat die Geschäftsleitung der Deutschland AG bis heute keine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen gefunden. Sie glaubt immer noch, das alte Geschäftsmodell mit Reparaturen den sich rasant verändernden Weltmarktbedingungen anpassen zu können. Zwar verbessert sich seit einigen Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, aber die Fortschritte reichen bei Weitem nicht aus. Es ist wie beim Wettrennen zwischen Hase und Igel... Kein Wunder, dass die Stimmung der Belegschaft miserabel ist, und die Deutschland AG nur die Kauflisten von Schnäppchenjägern anführt... Revolution. Zunächst müssen die Probleme schonungslos offen gelegt und eine Strategie ihrer Überwindung formuliert werden. Die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts wird durch die Revolution in der Informations- und Kommunikationstechnologie und die Öffnung Asiens, Osteuropas und Lateinamerikas bestimmt. Mit dem Eintritt von mehr als zwei Milliarden neuer Arbeitskräfte in eine global vernetzte Wirtschaft ist das Verhältnis von Maschinen und Bildung zu Arbeit - und damit der relative Preis von Arbeit zu Kapital – drastisch gesunken. Die Deutschland AG hat diese

Entwicklung verschlafen und findet sich mit ihrem alten Geschäftsmodell nun zwischen Hochtechnologie- und Niedriglohnkonkurrenten eingezwängt. Langfristig ist dies keine stabile Position. Ihr kann nur Aufstieg oder Abstieg folgen...

Aber machen wir uns keine Illusionen: Bis wir es geschafft haben, die Deutschland AG neu im Weltmarkt zu positionieren, wird es nur wenigen besser und vielen schlechter gehen. Richtig sind daher alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Beschäftigung zu erhalten, auch wenn die effektiven Lohneinkommen sinken; beispielsweise längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich oder Abbau von Sondervergütungen... Falsch sind Maßnahmen wie ...starre Tariflöhne, hohe Lohnersatzleistungen oder Schutz vor Kündigung. Falsch ist es also, in der EU die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes zu bekämpfen und den Stabilitätspakt aufzuweichen... Es wird eine erhebliche Spreizung in der Entlohnung von hoch und niedrig qualifizierter Arbeit geben... Mehr als fünf Millionen Arbeitslose waren nach Hartz IV nichts Neues. Richtig ist, solche Nachrichten zum Anlaß zu nehmen, die Strategie wieder und wieder zu erklären... Auch ist es notwendig, die blockierten Entscheidungskanäle der Deutschland AG frei zu räumen... Warum sollte Hessen nicht die Sozialpolitik des US-Bundesstaates Wisconsin auf seinem Boden ausprobieren... Zugegeben, die Forderungen des langfristigen denkenden Aktionärs der Deutschland AG dürften bei der Geschäftsleitung auf Anhieb kein Gehör finden. Zu tief verwurzelt scheinen die populistischen, auf die Vermeidung von Konflikten abgestellten Reflexe, zu starr der Verbändestaat. Doch sollen wir das Feld nicht den Taktierern in Regierung und Opposition, den Maschinenstürmern des 21. Jahrhunderts in den Anti-Globalisierungsbewegungen und den Besitzstandsbehauern in den Verbänden überlassen. Wir sollten von den Umweltaktivisten der 70er Jahre lernen und Bürgerbewegungen für sozialen und wirtschaftlichen Wandel unterstützen. Wir sollten Politiker vom Zuschnitt eines Ronald Reagan, Göran Persson oder Wim Kok suchen, die einer solchen Bewegung Stimme und Gesicht geben" (in: Capital 8/2005, S. 22-23).

In einer „Vision für Deutschland“ fordern Hüther/Scharnagel (Institut der deutschen Wirtschaft), den „ins Stocken geratenen Reformprozeß wieder in Gang zu setzen und zu intensivieren“ und folgende Stellhebel zu aktivieren:

- grundlegende Vereinfachung der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung;
- Senkung der Steuerlast;
- umfassender Abbau der Bürokratie;
- beschäftigungsorientierte Tarifabschlüsse und mehr Freiräume für betriebliche Flexibilität;
- weitere Reformen der sozialen Sicherungssysteme;
- Heraufsetzung des Renteneintrittsalters;
- Stärkung der Anreize zur privaten Altersvorsorge;
- Umstellung der gesetzlichen Krankenversicherung auf ein Prämienmodell;
- kapitalgedeckte Pflegevorsorge;
- flexible und längere Arbeitszeiten;
- Vereinfachung des Arbeitsrechts;
- schnelleres und effizienteres Studium und Einführung von Studiengebühren und Stipendiensystem;
- konsequente Sanierung der Staatsfinanzen.

Diese Handlungsfelder sind nach Meinung der Autoren zentral, um eine stabile und kräftige gesamtwirtschaftliche Dynamik zu erzeugen:

„Doch die gegenwärtige Lage erfordert etwas zusätzlich, nämlich die Rekonstruktion von Vertrauen. Erhebungen zeigen, wie dramatisch der Mangel an Vertrauen bei der großen Mehrheit der Deutschen gegenüber Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsdynamik ist. Hier tritt das eigentliche Defizit der bisherigen Politik zu Tage: Es fehlte die kraftvolle Auseinandersetzung mit den Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung und ihren programmatischen Konsequenzen. Stattdessen dominiert tradierte Sozialromantik, die den Blick verklärt und die Frage nach der heute angemessenen Verantwortungsbeteiligung zwischen Individuum und Staat unbeantwortet lässt. Politik im realistischen Erfolgsanspruch muß dies ändern. Erst dann wird auch das richtige Handeln im Detail Wirkung im Ganzen entfalten können“ (Hüther u.a. 2005, S. 30).

Nicht ohne Bedeutung ist, dass die bisherigen Träger eines sozialpolitischen und –ethischen Gegenparadigmas den Konstrukteuren der „Agenda 2010“ ihren „kirchlichen Segen“ geben: die beiden großen Volkskirchen. In einer 48-seitigen Schrift „Demokratie braucht Tugenden“ (2006) positionieren sich die Hauptautoren (Schmude/SPD, R. Marx/Trierer Bischof, Göring-Eckardt/Grüne, Gröhe/CDU) dergestalt,

dass nicht nur eine Legitimation der bisherigen „Sozialreformen“ geliefert, sondern eine Verschärfung dieses Kurses gefordert wird: „Unser demokratisches Gemeinwesen steht vor Aufgaben, die mit Routinepolitik nicht zu bewältigen sind. Mit kleinen Schritten und gelegentlichen Appellen an den Patriotismus sind die heute notwendigen Veränderungen nicht zu erreichen“.

Diese Positionierungen sind nicht nur als eine Bestätigung der Schröder'schen „Agenda 2010“, sondern auch als eine Weiterführung der „Sozialreformen“ der großen Koalition zu bewerten. Eine besondere Konfrontation für die Masse der Hartz-IV-Empfänger spiegelt sich in folgendem Satz wieder: „Die Bürgerinnen und Bürger machen sich jedoch selbst zu Untertanen, wenn sie von ‚Vater Staat‘ fordern, sie rundherum zu versorgen“. Die Aufforderung an die Politik, mit „Mut, Risikobereitschaft und Standfestigkeit“ auch gegenüber den Forderungen der Wähler in ihrem „Reformkurs“ stabil zu bleiben. Die neuen „Mutmacher“ im Gewande von Bischof Huber (Ev. Kirche) in vertrauter Symbiose mit McKinsey und Co? Eine gewöhnungsbedürftige Arbeitsteilung.

Prof. Peter **Bofingers Zehn-Punkte-Programm** „Wohlstand für alle“ konterkariert dagegen die dogmatische neoliberale Paradigmensetzung, die in der öffentlichen Selbstinszenierung scheinbar alternativlos im Raume steht:

- Koordinierung von Steuerpolitik und Sozialstandards in der EU.
 - Senkung der Lohnnebenkosten und neue Steuern auf Körperschaften, Einkommen, Vermögen;
 - Einbeziehung von Selbständigen und Beamten in die Sicherungssysteme.
 - Vor allem: forcierte (notfalls kreditfinanzierte) staatliche Investitionen in Bildung und zukunftsfähige Infrastrukturen statt verpuffender Steuersenkungen.
 - Subventionierung sozialversicherter Arbeitsplätze anstelle der Begünstigung von Tagelöhner-Jobs.
 - Lohnzuwächse nach der alten Formel „Produktivitätsentwicklung plus Inflationsrate“, damit der Binnenmarkt nicht weiter schrumpft.
- (Die Zeit, 14. Juli 2005: 47).

9. Neoliberale Wende in der Arbeitsmarktpolitik

Hatte bis 1994 in Abstimmung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften (Memorandum für ein neues Arbeitsförderungsgesetz) die Strategie „Vorrang aktiver Arbeitsmarktpolitik“ oberste Priorität, (flankiert von einem Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion für ein „Arbeits- und Strukturförderungsgesetz“), so wandelten sich die arbeitsmarktpolitischen Prämissen zunehmend von einer „aktiven“ zu einer „aktivierenden“ Arbeitsmarktpolitik. Die grundsätzliche Orientierung an den Konvergenzkriterien, dem Stabilitätspakt und einem rigiden Sparkurs markierten den Einstieg in einen neoliberalen Paradigmenwechsel, in dem eine offensive Beschäftigungspolitik keinen Platz mehr hatte. Die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Koalition wurde in drei Phasen einem grundlegenden Wandlungsprozeß unterzogen.

Phase 1: Vorsichtige Korrekturen an den Beschlüssen der Regierung Kohl – Abfindungen und Mini-Job-Regelungen (Neuregelung der Mini-Jobs/630,- DM/ mit einem Pauschalbetrag auf Kranken- und Rentenversicherung).

Phase 2: Das Job-Aktiv-Gesetz und flankierende arbeitsmarktpolitische Programmdiskussionen (Änderungen im Job-Aktiv-Gesetz; Beibehaltung und Erschwerung von ABM; Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung; Kombilohnmodelle als Grundlage zur Installation eines Niedriglohnsektors (Mainzer Modell); Erprobung der Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialämtern; zunehmende Forderung nach Disziplinierung der „faulen Arbeitslosen“, Forderung nach einer „Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik“ mit dem Fokus, die Geldleistungen an die Arbeitslosen zur Disposition zu stellen; Nutzung

des „Statistikskandals“ bei der BA für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik: Beauftragung der „Hartz-Kommission“.

Phase 3: „Aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ – Paradigmenwechsel zu den „Hartz-Reformen“.

9.1. Hartz-IV: Ein Gesetz und seine Auswirkungen

Hartz IV ist die Angleichung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau (Ausgestaltung der Transferleistungen durch die Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe zur neuen Grundsicherung „ALG II“), und wird von der Prämisse „Fordern und fördern“ definiert, und mit dem Etikett „Die größte Arbeitsmarktreform der Nachkriegsgeschichte“ belegt. Die Gesetze I-IV haben das zentrale Ziel, eine Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu bewirken. **Die Gesetze zielen nicht auf die Beseitigung sondern die Verbilligung von Arbeitslosigkeit und die Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes.** Nach dem Motto „Ein schlechter Job ist besser als keiner“ werden Arbeitslose nun gesetzlich verpflichtet, jede zumutbare Arbeit anzunehmen, unabhängig davon, ob diese unter Tarif bezahlt wird. Hierunter fallen auch „Mini-Jobs“ oder Tätigkeiten, die mit der Ausbildung oder vorhergehenden Tätigkeiten keine Entsprechung haben. Art und Vergütung der Jobs dürfen nur nicht „sittenwidrig“ sein. Tätigkeiten in gemeinnützigen und kommunalen Einrichtungen sind zu akzeptieren, auch wenn deren Vergütung nur mit einem Zuverdienst von ein bis zwei Euro die Stunde taxiert wird. Die Reform erhöht den Druck auf die Arbeitslosen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Während die einen die Hartz-Gesetze als Durchbruch und Aufhebung einer Reformblockade bewerten, sehen andere darin den Anfang und das Ende des Sozialstaates. **Hartz-IV ist eine zwischen den gesellschaftlichen Eliten abgestimmte strategisch Reaktion/Konzeption auf die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes:**

„Die Mitte August 2002 von dieser Kommission vorgelegte Konzeption wurde von den in ihr mitwirkenden Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft und Politik einstimmig beschlossen. Damit hat die Kommission ein Signal gesetzt, die Schaffung einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt im Konsens anzupacken... Bei dieser Konzeption werden sowohl die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Unternehmen nach mehr Flexibilität als auch das Bedürfnis der Arbeitnehmer nach sozialer Sicherheit berücksichtigt“ (Bundesarbeits- und Wirtschaftsminister Clement im Jahreswirtschaftsbericht 2003).

Die Konzeption basiert auf den Vorschlägen der „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter dem Vorsitz des VW-Personalchefs Peter Hartz.

Die Hartz-IV-Gesetze stärken den Gedanken der „Eigenverantwortung“, fokussieren das Konzept der „Aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“, und orientieren die Aktivitäten an dem Verhältnis prognostizierter Wirkungen und dem dafür erforderlichen finanziellen Aufwand. Die zentrale Prämisse des „Aktivierenden Sozialstaates“ begründet das Ziel, durch staatliche Maßnahmen die „Handlungsautonomie der Betroffenen“ zu vergrößern, ihre „Marktfähigkeit“ zu stärken und dieses sowohl hinsichtlich der motivationalen als auch kognitiven Fähigkeiten.

Inhaltlich umfassen die bisherigen Reformschritte ein breites Spektrum folgender Maßnahmen:

1. Umbau der Bundesanstalt zu einem „modernen Dienstleistungsunternehmen“ (Bundesagentur für Arbeit, BA).
2. Beschleunigung der Vermittlung durch Verschärfung von Zumutbarkeitsregeln und Sperrzeiten sowie vielfältige Leistungskürzungen.
3. Ausweitung von Leiharbeit: Abschaffung der Schutzvorschriften (AüG); Aufhebung des Synchronisationsverbotes; Aufhebung der Überlassungsdauer von zuvor zwei Jahren; Streichung des besonderen Befristungsverbotes; Aufhebung des Wiedereinstellungsverbots.

4. Philosophie des Leistungsrechts: „Fordern und Fördern“
5. Förderung atypischer und selbständiger Beschäftigung/Flexibilisierung: Ich-AG; Mini- und Midi-Jobs; Leiharbeit im Rahmen der Personalservice-Agenturen, Ein-Euro-Jobs (Rahmenbedingung für eine forcierte Niedriglohnstrategie).
6. Reform der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik:
Zusammenlegung ABM- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Ablösung der Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen und Struktur-Kurzarbeitergeld.

Durch die Verknüpfung dieser Stellhebel sollen offene Stellen schneller besetzt, „unechte“ Arbeitslose durch aktivierende Maßnahmen ausgesondert werden, und für höhere Konzessionsbereitschaft der Arbeitssuchenden für zusätzliche Beschäftigung vor allem im Niedriglohnsektor sorgen. Die beabsichtigten Folgen der „Reformen“ zielen auf die Reduzierung der Arbeitslosigkeit und eine Entlastung wohlfahrtsstaatlicher Systeme, indem

- durch die Senkung der Lohnnebenkosten die Arbeitskosten verringert werden sollen (den Faktor Arbeit billiger machen);
- Arbeit flexibler eingesetzt werden soll (Erleichterung der Befristung, Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Nutzung von Zeit- und Leiharbeit, Verringerung des Kündigungsschutzes);
- der Vermittlungsprozess beschleunigt und optimiert wird (Zumutbarkeitsregeln und Streichung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen).

Grob lassen sich zwei Felder der Eingriffe identifizieren: strukturelle Maßnahmen, die vor allem die Verwaltung betreffen und Veränderungen im Bereich der Sozialrechte. Grundzug aller Maßnahmen ist die Verschärfung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Entlastung der Unternehmen auf Kosten der Lohnabhängigen; und hier vor allem der unteren Einkommensgruppen. Die Ausweitung von (Schein-) Selbständigkeit und Minijobs führen nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern zur Umwandlung regulärer Arbeit in prekäre.

Die „Bundesanstalt für Arbeit“ bekommt ein neues Design und wird als „Bundesagentur für Arbeit“ über ein leistungsorientiertes Kontraktprinzip neu definiert. Der Umbau zur „Bundesagentur für Arbeit“ und der Wechsel von „Sozialstaats-onkel“ Jahoda zum „Hardcore-Technokraten“ Gerster waren Ausdruck dieses Prozesses. Die lokalen Agenturen operieren wirtschaftlich eigenständig und werden „leistungsorientiert“ entlohnt. Für die „Kunden“ wird in einer „Eingliederungsvereinbarung“ unter Androhung drakonischer Strafen (Katalog der „Pflichten“) verschärft und jede Arbeit als „zumutbar“ definiert. Gegenüber der Agentur sind die „Kunden“ beweispflichtig.

Hartz IV beinhaltet eine ganze Reihe einzelner Eingriffe, deren Konsequenzen genauer zu analysieren sind:

- Der festgelegte Beitrag von 345 Euro im Westen und 331 Euro im Osten liegt unterhalb der Armutsgrenze. Nach der bisherigen Rechtssprechung gemäß dem „relativen Armutsbegriff“ ist die Festlegung dieser Beträge im Gesetz verfassungswidrig. Hieran ändert auch die Ost-West-Angleichung nichts: Durch das Urteil des Bundessozialgerichts (11/2006) wurde die Hartz-IV-Regelleistung als verfassungskonform definiert. Damit wurde die Klage, die Regelleistung spiegele nicht das gesetzlich garantierte Existenzminimum wider, zurückgewiesen. Dagegen positionierte das Bundessozialgericht den Grundatz, der Regelsatz sei sowohl mit dem materiellen als auch mit dem sog. soziokulturellen Existenzminimum vereinbar. Mit dieser Festlegung setzte sich das Bundessozialgericht auch gegen Verbandsforderungen (z.B. Paritätischer Wohlfahrtsverband) durch, deren monatliche Regelsatzforderung für einen Erwachsenen auf 415 Euro festgelegt wurde.

- Wer aus dem Leistungsbezug nach dem SGB II herausfällt, muß vom Staat dennoch ein Existenzminimum erhalten. Die Abgrenzung zwischen den SGB II und dem SGB XII ist jedoch unklar.
- Erwerbslose werden nach dem SGB II verpflichtet, ihre eigenen Bemühungen um eine Integration in den Arbeitsmarkt nachzuweisen. Diese Beweislastumkehr verstößt gegen mehrere Rechtsgrundsätze.
- Erwerbslose sollen unter Androhung von Leistungskürzungen gezwungen werden, eine sog. „Eingliederungsvereinbarung“ abzuschließen. Nach dem BGB sind Verträge nichtig, die unter Zwang zustande kommen.
- Weigert sich ein Erwerbsloser, eine „Integrationsvereinbarung“ abzuschließen, wird ihm das ALG II um 30% gekürzt. Dieser Betrag liegt deutlich unter dem Existenzminimum, das jeder Mensch zum Leben benötigt. Nach dem Gesetz tritt die Kürzung in jedem Fall automatisch ein. Nach Abschluß der „Eingliederungsvereinbarung“ sieht das SGB II keine Möglichkeit mehr vor, diesen „Vertrag“ und seine Einhaltung rechtlich zu überprüfen. Auch nachvollziehbare Gründe, die zu einer Nichteinhaltung der „Integrationsvereinbarung“ führen, hebeln die vorgeschriebene Sanktion nicht aus.
- Erwerbslose sollen zur Annahme jeder „Arbeitsgelegenheit“ gezwungen werden, die nicht „sittenwidrig“ ist. In dieser Zwangsverpflichtung ist ein unangemessener Eingriff in das Recht auf freie Berufswahl und die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu sehen.
- Insbesondere die „Ein-Euro-Jobs“ verletzen die Menschenwürde der Betroffenen. Durch diese Zwangsarbeit erwerben die Beschäftigten keine zusätzlichen Rentenansprüche. Zudem droht dadurch eine Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Das Gesetz sieht keine Regelung zum begründeten Ausstieg aus derartigen „Jobs“ bei Fortbestand des Leistungsbezugs vor.
- Die Arbeitsverwaltung muß nach dem SGB II jeden Ortswechsel eines Leistungsbeziehers genehmigen. Darin ist ein verfassungswidriger Eingriff in das Recht der Freizügigkeit zu sehen.
- Die Festlegung des „angemessenen“ Wohnraumes hat das SGB II allein dem „Fallmanager“ übertragen. Die Regelungen dazu sind schwammig. Dadurch entsteht eine Rechtsunsicherheit bei den Leistungsbeziehern. Befürchtet wird auch die Bildung von Gettos durch vermehrte Zuweisung in billige Wohnquartiere.
- Versicherte genießen aufgrund des SGB II keinen Vertrauensschutz. Die sog. „58-Regelung“ ist dafür ein Beispiel.
- Die Praxis der Einbestellung von Erwerbslosen zur Abgabe der Anträge bei gleichzeitiger Androhung von Leistungskürzungen im Falle des Nichterscheins stellt eine Nötigung und gleichzeitig einen Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz dar.
- Die Antragsformulare für ALG II sind ein massiver Verstoß gegen den Datenschutz. Die Summe von mehr als 100 Fragen verstößt zudem gegen das Übermaßverbot.
- Massive Bedenken sind gegenüber Plänen der BA anzumelden, mit der „Jobcard“ eine elektronische Chipkarte einzuführen.

- Die Einbeziehung anderer Personen in die sog. „Bedarfsgemeinschaft“ in die Datenerhebung ist problematisch.
- Frauen und Kinder werden unter verschärften Druck gesetzt. Die Verfügbarkeitsanordnung nimmt keine Rücksicht auf die jeweilige Familiensituation.
- Der Deutsche Kinderschutzbund rechnet nach Inkrafttreten des SGB II mit einer Erhöhung der Kinderarmut von derzeit 1,2 auf 2,3 Millionen. In der mangelnden Absicherung der Kinderarmut ist ein Verstoß gegen die Verpflichtung des Staates zum besonderen Schutz der Familie zu sehen. Es ergibt sich eine systematische Schlechterstellung von Kindern durch
 - Senkung der Regelleistungen für Kinder.
 - Senkung des Monatsbeitrages Familien (damit für Kinder).
 - Senkung bei wachstumsbedingtem Bedarf.
 - Senkung bei schulbedingtem Bedarf.
 - Senkung für zuverdienende Jugendliche.
 - Benachteiligung von Familien bei „befristetem Zuschlag“.
 - Verlust des Unterhalts getrennt lebender Kinder.
- Mit Hartz IV droht für alle von Arbeitslosigkeit Betroffenen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit der Absturz in die Sozialhilfe. Verschärfte „Zumutbarkeitsregelungen“ erzwingen, jede Arbeit anzunehmen unter Bedingungen der „Ein-Euro-Jobs“. Dadurch werden nicht nur reguläre Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt gefährdet, sondern das Potenzial der „working poor“ rasant vergrößert und strukturell verfestigt. Gleichzeitig wird mit diesem Potential von Billiglöhnern systematisch ein Stellhebel gegen das System der Flächentarifverträge breitenwirksam. Vor allem in strukturschwachen Gebieten, in denen die Tariflöhne per se niedrig sind, verschärft sich die Lage zusätzlich. Mit der Arbeitslosenhilfe entfiel der Puffer, der den Absturz von ehemals Gutverdienenden in die Sozialhilfe verhindert hat. Vor allem für die soziale Mittelschicht erhöht sich dadurch die Fallhöhe ins soziale Netz radikal.
- Der vorgesehene Zugriff der BA auf Kindergartenplätze ist ein rechts- und systemwidriger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

9.2. Folgen der Arbeitsmarktreformen in Deutschland

Die Folgen der vorliegenden Arbeitsmarktreformen sind gravierend. Sie treffen auf der Ebene der individuellen Betroffenheit materielle, psychische und statusbezogene Dimensionen, die Machtverhältnisse zwischen „Kapital und Arbeit“, und auf gesellschaftlicher Ebene den Einfluss auf die Struktur und das Ausmaß sozialer Disparitäten.

Die Beeinträchtigung bisheriger Statussicherheiten resultiert aus der sinkenden Beschäftigungssicherheit, der Lockerung des Kündigungsschutzes, der Zunahme des individuellen Risikos, arbeitslos zu werden, dem Wegbrechen sozialstaatlicher Absicherungen und der Kürzung oder Streichung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. All diese Konsequenzen machen Arbeitslosigkeit mehr denn je zu einer statusbedrohenden Erfahrung, die sich mit den strukturellen Verwerfungen im Arbeitsmarkt schnell zu einer Sackgasse ohne Perspektive entwickeln können.

Auf gesellschaftlicher Ebene ist mit einer Verschärfung und Entstrukturierung sozialer Ungleichheit zu rechnen, durch: Erhöhten Akzeptanzdruck unerwünschter Arbeitsbedingungen; Schwächung von Gewerkschaften und Betriebsräten; Zunahme des Abstandes zwischen Kapitalerträgen und Löhnen; relative Absenkung der Löhne; Vergrößerung der Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen

Arbeitnehmergruppen/und qualifikationsspezifische Lohnspreizungen; Gefahr der Substituierung regulärer Beschäftigung durch die „Ein-Euro-Jobs“; individuelle Lohndifferenzierung; Selektion „unproduktiver“ Arbeitnehmer; Ausdifferenzierung hinsichtlich des Lohngefüges zwischen befristet Beschäftigten und unbefristet beschäftigten ArbeitnehmerInnen; die Rückwirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme sind unübersehbar.

Zugleich haben die Hartz-IV-Gesetze erhebliche Auswirkungen auf die „Arbeitsplatzbesitzer“ durch zunehmende Beschäftigungsunsicherheit und den gleichzeitigen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen. Die Verhandlungsmacht der „Arbeitnehmerseite“ im Lohnfindungsprozess wird enorm geschwächt. Zugleich wächst das Risiko eines sozialen Abstiegs.

Neben den massiven Problemen im Implementierungsprozess sind die bisherigen Schlussfolgerungen von Hartmut Seifert als eine Zwischenbewertung plausibel:

„Die mit den Hartz-Gesetzen vollzogenen Arbeitsmarktreformen werden die anhaltende Misere am Arbeitsmarkt nicht grundlegend abstellen können. Solange sie nicht in eine Beschäftigung fördernde Makropolitik eingebettet sind, werden die sich abzeichnenden Beschäftigungseffekte primär auf Substitutionseffekten beruhen. Ein weiteres Wirtschaftswachstum und eine steigende Beschäftigungsentwicklung sind von einer koordinierenden makroökonomischen Politik zu erwarten. Sie setzt eine expansive Geld- und Finanzpolitik ebenso voraus wie eine Lohnpolitik, die sich am langfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank orientiert. Die Hartz-Gesetze erweitern die Flexibilität am Arbeitsmarkt, ohne die damit geminderte soziale Sicherung zu kompensieren. Die sich abzeichnenden Substitutionseffekte destabilisieren zudem die Sozialversicherungen und können aufgrund der drohenden Beitragserhöhungen oder vermindeter Beitragssenkungen sogar das Wachstum belasten“ (in: Aus Politik und Zeitgeschichte: 16/2005, S.24).

Die ersten politischen Bewertungen des Hartz-Prozesses sind desaströs: Die Mehrkosten von Hartz-IV bezeichnete „Der Spiegel“ als „das größte Finanzdebakel seit der deutschen Einheit“, neue Arbeitsplätze seien nicht entstanden – außer in der Bürokratie: „Milliardenschwerer Murks, Abzockerei in Millionenhöhe und eine Wirkung am Arbeitsmarkt, die gegen Null tendiert – das ist die Realität“ - (23.5.2005). Die Zahl der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger liegt aktuell um fast eine Million höher als in der Planung des Gesetzes zugrundegelegt. In den Hartz-IV-Ämtern herrscht Kompetenzgerangel, Misstrauen und Frust. Zwischenzeitlich stellt sich die Politik auf Mehrausgaben für das Alg II in Höhe von 14 Milliarden Euro für den Zeitraum 2006/2007 ein. Und die Zahl der Hartz-IV-Empfänger hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Neben den nichtintendierten statistischen Nebeneffekten („Das reale Ausmaß der Arbeitslosigkeit abzubilden“) ist erstmals das reale Potenzial von Menschen manifest geworden, das sich auf der Suche nach einer existenzsichernden Tätigkeit im Arbeitsmarkt befindet. An der entscheidenden Problematik, der Verringerung der Arbeitslosigkeit, hat sich trotz der Ankündigungen der Hartz-IV-Protagonisten („Die Zahl der Arbeitslosen kann halbiert werden. Dieses Ziel ist seriös und realistisch“, Gerhard Schröder 16.8.2002) keine signifikante Veränderung eingestellt, die als Folge dieses „Reform“prozesses zu definieren wäre.

Sah der Marketing-Schachzug („Job-Floater, Ich AG, Personal-Service-Agenturen, Bridge-System, familienfreundliche Quick-Vermittlung, Kundenorientierung etc.“) auch erst einmal vielversprechend aus, so wurde doch sehr schnell sichtbar, dass hinter der ganzen Batterie von Therapieversprechungen ein unangemessener Fokus stand: Die Arbeitslosigkeit ist nicht (wie in Hartz-IV unterstellt) primär ein Problem der Arbeitsvermittlung und der mangelnden Arbeitsbereitschaft vieler Arbeitsloser, sondern ein strukturelles Problem des sich quantitativ und qualitativ entwickelnden Arbeitsmarktes, in dem die Relation zwischen Angebot und Nachfrage (quantitativ und zunehmend qualitativ) zwischenzeitlich dramatisch auseinanderdriftet. Hervorgebracht und verschärft hat jedoch Hartz-IV ein strukturelles Problem, das für meine Marginalisierungs-/Exklusionshypothese von größter Bedeutung ist:

„Durch den Anstieg der Mini-Jobs kam es zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Vollarbeitsplätze und dabei vor allem der Beschäftigungsformen, die der vollen Sozialversicherungspflicht unterliegen. Mittlerweile verzeichnet die Mini-Job-Zentrale für den Juni 2004 rund 8 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Im Juni 2003 waren es noch 5,8

Millionen. Wenn man davon ausgeht, dass vier Minijobs einen Vollzeit-Job entsprechen, ergibt sich damit ziemlich genau der in der gleichen Zeit zu beobachtende Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Jobs in Höhe von 500.000 Beschäftigten. Auch diese Entwicklung hätte man vorhersehen können. In einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung am 12. Dezember 2002 habe ich die Min-Jobs als „Job-Killer“ bezeichnet. Genau so ist es gekommen. Kein Wunder, dass durch die Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Jobs durch Mini-Jobs in die Kassen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung gerissen wurden“ (Peter Bofinger 2005, S. 171).

Die Hartz-Reformen haben also in der Summe weder Jobs geschaffen noch Arbeitslose besser als zuvor vermittelt. Stattdessen fördern sie einen Billiglohnsektor, in dem laufend Arbeitsplätze verloren gehen. Sowohl gegenüber den Erwerbslosen als auch den Beschäftigten sind die Hartz-Reformen als klassische Deregulierungspolitik zu bewerten. Das primäre Ziel des Ausbaus eines Niedriglohnsektors und die Arbeitskraft generell billiger zu machen orientiert sich am „Wolfsburger Modell“, in dem es Peter Hartz firmenspezifisch (mittels der PSA: Personal-Service-Agenturen) gelungen war, nachgefragte Arbeitskräfte für VW billiger zu besorgen. Analysiert man die Hartz-Reformen an den definierten Zielen, so **manifestieren sich die Effekte im Wesentlichen durch Leistungsbeschneidungen, Verdrängungseffekte und Repressionen gegenüber den Betroffenen.** Selbst das Herzstück zur Vermittlung von Erwerbslosen mit geringen Qualifikationen über die Personal-Service-Agenturen erweist sich in den Effekten als Illusion: Wo der Markt keinen Bedarf hat oder ihn aus anderen Quellen abdeckt, lässt sich trotz staatlich geförderter Strukturen und offizieller Deklarationen keine Bewegung zugunsten der Menschen organisieren.

Das **bisherige politische Resümee** lautet: Die Reform hat höhere Kosten und höhere Arbeitslosenzahlen hervorgebracht, und zeigt keine signifikante Lösung für die strukturellen Arbeitsmarktp Probleme. Was den Sozialstaat entlasten sollte, hat sich in sein Gegenteil verkehrt, und bringt die Fragen deutlicher denn je hervor, die im neoliberalen Paradigma scheinbar beantwortet sind: Was schafft Arbeit? Die Kontroverse zwischen Neoliberalismus und Keynesianismus sucht nach einer Auflösung.

Eine vom Bundestag in Auftrag gegebene **„wissenschaftliche Evaluierung“** der Reformpakete Hartz I bis III (Durchführung der Untersuchung durch das Wissenschaftszentrum Berlin, Wirtschaftsforschungsinstitute DIW, RWI und ZEW) kommt zu dem Ergebnis, dass **große Teile der Hartz-Arbeitsmarktreformen wirkungslos, manche sogar kontraproduktiv sind:** besonders negativ bewertet wird die Leistung der Personal-Service-Agenturen (PSA), die als das „Herzstück“ der Reformen definiert waren. Der Einsatz einer PSA verlängere die durchschnittliche Arbeitslosigkeit um fast einen Monat. Die Kosten liegen weit über den ansonsten entstandenen Transferkosten. Auch die vermeintlich erleichterte Einstellung älterer Arbeitnehmer sei wirkungslos verpufft. Für die meisten Bausteine von Hartz I bis III konnten keine Verbesserungen bei der Arbeitsvermittlung festgestellt werden. Es konnte zwar durch die Mini-Jobs ein Boom der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse erzeugt werden, ohne dass Arbeitslose (hinsichtlich der Integration in den ersten Arbeitsmarkt) davon profitiert hätten. (Handelsblatt 27.12.2005). Zugleich hat eine Kostenexplosion beim Arbeitslosengeld II von geplanten 14,6 Mrd. Euro auf 26 Mrd. Euro stattgefunden. Vor allem die „Ich-AG's sind „ein Fass ohne Boden“ (Handwerkspräsident Kentzler), nach dessen Meinung „der gesamte zweite Arbeitsmarkt auf den Prüfstand“ gehört (Handelsblatt 23.6.2005). Bundesrat und Bundestag setzten bereits eine Befristung des Arbeitsmarktinstrumentes „Ich-AG“ bis zum 30. Juni 2006 durch. Die Instrumente Förderung der beruflichen Weiterbildung, Lohnsubventionen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden hinsichtlich ihres makroökonomischen Nutzens im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluierung negativ bewertet. Besonders gravierend wäre für Hartz-IV-Familien eine Realisierung der Ankündigung aus CDU und CSU, die gegenseitige Unterhaltspflicht von Kindern und Eltern wieder einzuführen.

„Die Arbeitsmarkt-Reform Hartz IV wird immer mehr zum Milliardengrab. 2005 wurde mit Kosten von 14,6 Milliarden Euro gerechnet, ausgegeben wurden 25 Milliarden. Für 2006 sind 24,4 Milliarden eingeplant. Tatsächlich werden es wohl 28 Milliarden.“

Die Zahlen sprechen für sich. Aber warum laufen die Kosten so aus dem Ruder? Vor allem weil vor der Reform keine belastbaren Zahlen über die tatsächlichen Kosten vorlagen. Im Rahmen von Hartz IV werden auch Miete, Heizung und Strom vom Amt übernommen. Erst allmählich merkte man, dass das reine Arbeitslosengeld II (Alg II) gar nicht so sehr ins Gewicht fällt, richtig Geld kostet die Unterkunft...

Zudem ist die Zahl der Hilfsbedürftigen regelrecht explodiert. Vorab war man von 3,4 Millionen Menschen ausgegangen, die von Alg II leben würden. Mitte 2005 waren es dann 4,47 Millionen, und jetzt rund 5,2 Millionen...

Ursprünglich war davon ausgegangen worden, dass sich 200 000 Menschen melden und aufstockende Hilfe beantragen würden. Doch beinahe täglich werden es mehr. Klassische Niedriglöhner wie Friseure und Wachmänner aber auch Freiberufler, die schlecht verdienen, lassen sich unter die Arme greifen.

Der Grund hierfür ist auch: Die Hemmschwelle, um staatliche Unterstützung zu bitten, ist gesunken... Hinzu kommt eine gewisse Kreativität im Umgang mit den Hartz-IV-Gesetzen...

Erst mit dem Hartz-IV-Optimierungsgesetz, das Schwarz-Rot kürzlich verabschiedet hat, werden einige Schlupflöcher gestopft. Letztlich kann man diejenigen, die sich die Regelungslücken zu Nutze machen, keinen Vorwurf machen. Ihr Verhalten ist unsolidarisch, aber nicht illegal.

Das Milliardenloch war 2005 zumindest zu einem Teil vorprogrammiert. Finanzminister Hans Eichel (SPD) hatte die Kosten bewusst kleingerechnet, weil er nicht zu früh mit der Wahrheit heraus wollte, dass er auch 2005 wieder gegen den Euro-Stabilitätspakt verstoßen würde.“ (Schwarzwälder Bote 23.5.2006).

Wie groß die Unsicherheit der politischen Entscheidungsträger über die Ursachen des weitgehenden Scheiterns dieser „größten Arbeitsmarktreform“ ist, verifiziert sich an dem Millionenaufwand (30 Millionen Euro), mit dem aktuell durch eine „Hartz-IV-Begleitforschung“ die Hintergründe des Scheiterns erforscht werden sollen. Eine entsprechende Expertise soll bis Ende 2008 vorliegen:

„Die Konferenz in Berlin bildet den Auftakt für ein neues Megaprojekt in der an Großvorhaben und Kleinstergebnissen bereits reichen Hartz-Geschichte. Seit Januar 2005 ist das Hartz-IV-Gesetz jetzt in Kraft. Bislang hat es vornehmlich Jobs in der Verwaltung geschaffen. Nun ist die Wissenschaft dran...

Dass die Kosten des Vorhabens ähnlich rekordverdächtig ausfallen, kann deshalb kaum überraschen... Ob die Untersuchung dabei neue Erkenntnisse zutage fördert, ist dagegen weniger gewiss... Zudem zweifeln selbst die Auftraggeber, ob ihnen die Analyse am Ende überhaupt ein klares Ergebnis liefern wird“ (Der Spiegel 43/2006, S. 117).

Als zentrale Erklärungen und Ergebnisse für die Hartz-Bilanz lassen sich anführen:

- Die Reallöhne für Hilfstätigkeiten sinken und deswegen brauchen immer mehr Menschen Hilfen.
- Die Kosten für die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen wären auch ohne Hartz-IV drastisch gestiegen.
- Die Planungen für Hartz-IV beruhen auf völlig unrealistischen Prognosen. Die behaupteten Fehlentwicklungen gibt es nicht.
- Die Regeln, die angeblich zum Missbrauch animieren, gab es bereits vor Hartz-IV.
- Durch Hartz-IV hat kein Arbeitsloser mehr Geld zur Verfügung. Viele Betroffene bekommen aber weniger als früher. Der Staat spart dadurch Milliarden.

Trotz der negativen Evaluationsergebnisse lehnt die Große Koalition eine Kurskorrektur ab, und konzentriert sich aktuell auf die verstärkte Überwachung und Sanktionen im Falle eines „Missbrauchs“ („Hartz-Optimierungsgesetz“). Während der BDI eine gemischte Bilanz zog („Richtige Zielsetzung, aber Fehlsteuerung bei den Kosten“ – Präsident Thumann, Handelsblatt 28.12.2005) kritisierte der Paritätische Wohlfahrtsverband dieses Gesetz deswegen massiv, weil es die Anzahl sozial Bedürftiger kräftig erhöht habe. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes U. Schneider weist darauf hin, dass „der derzeit geltende Regelsatz von 345 Euro nicht einmal das Existenzminimum sichert. Im Gegenteil, er treibt Menschen in soziale Not. Die Zunahme von Armut ist damit vorprogrammiert“ (TAZ, 24/25.6.2006). In einer Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird darauf hingewiesen, dass die Berechnung dieses Regelsatzes mit dem realen Leben nichts zu tun habe (Schneider), da die Ausgaben für Gesundheit, Nahverkehr und Kommunikationsmittel zu niedrig angesetzt und andere Posten wie Kinderbetreuung ganz gestrichen wurden. Die Regierung nehme den Kaufkraftverlust bei Arbeitslosen in Kauf: „Die Absenkung des Niveaus von Sozialhilfe und Hartz-IV

immer tiefer unter die Armutsgrenze ist damit unausweichlich.“ (TAZ, 24/25.6.2006) Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisierte nicht nur die Methodik der statistischen Bemessung des Existenzminimums, sondern vor allem die aktuellen Kürzungspläne der Union und Teilen der SPD.

Noch während der rot-grünen Koalition wurden aus wahltaktischen Überlegungen Änderungen an der Regelung für ältere Arbeitslose und bei der Höhe des anrechnungsfreien Zuverdienstes diskutiert. Diese zaghaften Korrekturversuche (die im Koalitionsvertrag der Großen Koalition keinen Niederschlag gefunden haben) gingen Herrn Hundt (BDI) zuweit („Reformstopp, Verwässerung und Zickzackkurs“). Er kritisierte zugleich, die Änderungen zu den Auszahlungsterminen seien „systemwidrig und abweichend von der Bedürftigkeit“. Er warnte vor einer „Aufweichung“ der Reformen. Nach seiner Meinung existieren in Deutschland genug Jobs. Deshalb dürfe es niemanden mehr geben, „der staatliche Fürsorgeleistungen bezieht, ohne zu arbeiten, obwohl er es könnte und ihm Arbeit angeboten wird“ (Süddeutsche Zeitung, 01.09.2004).

Trotzdem ist die in der CDU/CSU (Rüttgers-Vorstoß zur Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges für ältere Arbeitnehmer) ausgebrochene Kontroverse von Interesse: Nicht nur als Widerspruch in der Großen Koalition (Legitimationskrise für die SPD), sondern auch als Zerreißprobe zwischen dem neoliberalen und dem sozialpolitischen Flügel in der CDU/CSU. Nicht ohne ‚Charme‘ ist auch die neoliberale Positionierung des Bundespräsidenten, der seiner ideologischen Rolle als ehemaliger Präsident des IWF voll gerecht wurde, und damit verdeutlicht, dass das neoliberale Politikkonzept bis in die höchsten Staatsfunktionen eine Repräsentanz besitzt (11/2006). Den aktuellen Korrekturbedebatten unterstelle ich ein ausschließlich wahltaktisches Kalkül (SPD, Beck, 10/2007).

Damit die politisch-strategische Zielsetzung der Hartz-Reform nicht aus den Fugen gerät, wird regelmässig mit einer Missbrauchsdebatte nachgeholfen, damit kein anderes als das öffentlich verordnete Denkmuster Raum bekommt. Und wenn es sein muss, dann auch mit sprachlichen Stilmitteln, die bei der Verschärfung der objektiven Arbeitsmarktkrise nichts Gutes erwarten lassen. Die vom Clement-Ministerium herausgegebene Broschüre „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“ (basierend auf einer methodisch hoch problematischen Telefonbefragung) zielte mit einer „journalistischen Sprache“ in eine Richtung der Projektion und problematischer Emotionalisierung, wie sie die bisherige politisch-gesellschaftliche Debatte bisher noch nicht erlebt hat:

„Die Hemmschwelle für Sozialbetrug ist offensichtlich bei Einigen gesunken, seitdem die Arbeitsverwaltung Sozialleistungen auszahlt und nicht mehr das Sozialamt. (...) Ohne Anstand und Moral kann die Erneuerung unseres Sozialstaates nicht gelingen (...) Die Überweisung für Miete und Heizung bildet somit für die meisten Langzeitarbeitslosen die zweite Säule des Haushaltseinkommens. Mehrere hundert Euro im Monat – eine hübsche Summe -, das verleitet vermeintlich findige Zeitgenossen immer wieder dazu, die Sozialkassen anzuzapfen. (...)

Ibrahim, ein Sänger aus dem Libanon, bezieht in Ludwigshafen Arbeitslosengeld II. Das neuwertige schwarze BMW-Cabrio, das ihm gehört und vor seiner Wohnung steht, kann er von diesen Einnahmen nicht bezahlt haben. (...) Biologen verwenden für ‚Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘ übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf die Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert. Wer den Grundstock seines Haushaltseinkommens bei der Arbeitsagentur (...) kassiert und (...) nebenher schwarz arbeitet, handelt deshalb besonders verwerflich „ (aus der Broschüre „Vorrang für die Anständigen“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, S. 7).

Eine dermaßen emotionalisierte (und in der Boulevardpresse lancierte) Kampagne („Damit die Fallsammlung auch die richtige Aufmerksamkeit findet, hat Clement sie von einem Journalisten sprachlich aufpeppen lassen“, Der Spiegel 43/2005: 31) verfolgt offensichtlich zwei Stoßrichtungen: einerseits durch problematische Generalisierungen mit dem bekannten Stilmittel der Feindbildkonstruktionen vom bisherigen Scheitern der „Reform aller Reformen“ abzulenken - und damit die Sanktions- und Repressionspraxis zu legitimieren -, und andererseits das Klima für eine Verschärfung der Vorgehensweise gegenüber (Langzeit-)Arbeitslosen generell zu legitimieren.

Dass Hartz-IV den Steuerzahler mehr Geld kostet als das alte System aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe, und nach aktuellen Berechnungen des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) die meisten Arbeitslosen deutlich schlechter stellt als früher bei der Arbeitslosenhilfe (Grafik in „Die Zeit“, 27.10.2005: 23), ist nicht etwa das Ergebnis des propagandistisch aufgebauchten „massenhaften Missbrauchs“. So hält der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages (Stephan Articus) den Betrug nicht für das Kernproblem, sondern verweist auf die Konstruktionsfehler des Gesetzes selber. Der Gesetzgeber habe „zu großzügige Möglichkeiten geschaffen, Haushalte aufzusplitten“, d.h. auch ohne Betrug ist es möglich, die Hilfeleistungen maximal auszuschöpfen (z.B. Entwicklung der Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften) (Die Zeit, 27.10.2005: 23). War der Gang zum Sozialamt mit einer psychologischen Schamgrenze belegt, so ist der Weg zum „Jobcenter“ weniger belastet. Der Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Hartz-IV-Empfänger und steigendem Verwaltungsaufwand (plus Personal-ausbau) ist signifikant. Die Zahl berufstätiger Hartz-IV-Empfänger wächst ständig und bewirkt immer neue Lücken im Etat. Sank die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I (Vergleichszeitraum Mai 2005-Mai 2006), so stieg die Zahl der „Bedarfsgemeinschaften“ (Hartz-IV) von 3,47 Mio auf 3,96 Mio. Darin leben 7,12 Mio Personen (FR 9.6.2006). Damit ist die Zahl der Alg-II-Empfänger zwar unerwartet hoch, ist jedoch nach Aussagen von Experten nicht das Ergebnis von „Mitnahmeeffekten“, sondern von strukturellen Ursachen (H. Rudolph, IAB-Forschungsleiter und Experte für Niedrig-einkommen):

- Erstens ist die Schamschwelle gesunken. War das Angewiesensein auf die Sozialhilfe („Stütze“) ein Makel, der eine psychologische Hemmschwelle beinhaltete, so wird das Alg-II eher als „Versicherungsleistung“ angesehen. Dunkelzifferstudien der Vergangenheit belegen die These, dass eine beachtliche Zahl von Leistungsberechtigten aus Angst vor Stigmatisierung keine Sozialhilfe beantragte. Es war das explizite Ziel der Sozialdemokraten (zur Verabschiedung von Hartz-IV), Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und die Perspektivnot vieler Jugendlicher sichtbar zu machen.
- Zweitens haben vor Hartz-IV viele nicht gewusst, dass sie wegen ihres geringen Haushaltseinkommens Anspruch auf Sozialhilfe haben. Durch die öffentliche Debatte um Hartz-IV sind viele Betroffene erst auf ihre Rechte aufmerksam geworden.
- Drittens sind Alg-II-Empfänger (anders als Sozialhilfeempfänger) gesetzlich krankenversichert. Möglicherweise ein Grund für Selbstständige (die finanziell auf wackligen Beinen stehen), Alg-II zu beantragen.

Die gesamte entstandene Lage charakterisiert Rudolph so, dass „das soziale Netz mit Hartz-IV niedriger gehängt, aber mit festeren Maschen versehen“ (FR 9.6.2006) wurde.

Vor allem in den Großstädten wächst die Anzahl der Antragsteller. Erreicht hat die „Reform“, dass immer mehr Niedrigverdiener „Stütze“ beziehen. Als Resümee zur ersten Bewertung der Hartz-IV-Gesetzgebung schreibt „Der Spiegel“:

„Die Reform hat fast alle Latten gerissen, die sich ihre Architekten gelegt hatten: Sie sollte die Arbeitslosenzahlen senken – die sind weiter gestiegen. Sie sollte die Arbeits- und Sozialverwaltung schlanker machen – und hat sie tatsächlich aufgebläht. Sie sollte die Betreuung verbessern – und hat sie verschlechtert. Vor allem aber hat das Gesetz die Zahl der vermeintlich oder tatsächlich Bedürftigen im Land in einem Ausmaß gesteigert, das Politiker wie Experten völlig überrascht hat... Es ist, als hätte die Hartz IV-Reform das Elend ganzer Bevölkerungsgruppen offen gelegt, die bislang als ausreichend versorgt galten.... Die Kombination aus höheren Empfängerzahlen und überplanmäßigen Ausgaben sprengt inzwischen sämtliche Etatansätze. Noch vor wenigen Monaten rechnete die Regierung damit, dass sie in diesem Jahr rund 14 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II aufwenden muss. Inzwischen kalkuliert das Wirtschaftsministerium mit knapp 26 Milliarden Euro. Das Finanzdebakel könnte größer kaum sein. Obwohl die Reform vor allem Bessergestellten unter den Arbeitslosen harte Einschnitte zugemutet hat, erweist sich Hartz IV für den Staat paradoxerweise als gigantisches Verlust-

geschäft. Neueste Regierungszahlen belegen: Hätte der Staat auf die Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe verzichtet, würde er in diesem Jahr etliche Milliarden sparen. (Der Spiegel, 43/2005, S. 26/27).

Angesichts dieses „Reform“desasters wächst einerseits der politische Handlungsdruck, und zugleich der Rückgriff auf bekannte „Missbrauchsvorwürfe“ als zentraler Projektionsfläche für das Misslingen einer „Reform“, die mit einem kostenintensiven PR-Aufwand in Szene gesetzt wurde. Trotz der massiven Mehrausgaben für die Hartz-IV-Reform ist jedoch nicht zu übersehen, dass einerseits die Ausgaben für Langzeitarbeitslose (2003) um ca. 5,8 Milliarden Euro gestiegen sind, die Einsparungen beim Arbeitslosengeld I jedoch 7,8 Milliarden Euro ausmachten. So resümierte das WSI: „Aufs Ganze gesehen führt die Neuregelung von Hartz-IV nicht zu einer Kostenexplosion, sondern eher zu einer Kostenimplosion“ (www.boeckler.de/pdf/impuls_2006_12_2.pdf).

Am Problem der Massenarbeitslosigkeit und dem monatlich steigenden Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich bisher keine signifikante Veränderung ergeben. Durch den Brandbrief führender Verbandschefs einiger Wohlfahrtsverbände wird zwar auf die bedrohliche Ausgabenentwicklung hingewiesen, und damit eine neue politische Bündnispolitik eingeleitet. Am Tatbestand folgender Fakten ändert jedoch die fiskalische Bilanz wenig:

- Im Sinne der Autoren von Hartz-IV ist das große Potenzial der aus dem Arbeitsmarkt weitgehend Marginalisierten abgebildet worden und konfrontiert mit bisher weitgehend tabuisierten gesellschaftlichen Problemstellungen.
- Mit der seit 2006 eingeleiteten Regelung, nach der Arbeitslose nur noch maximal eineinhalb Jahre Arbeitslosengeld beziehen (bisher 32 Monate), rutschen immer mehr Arbeitslose auf das Fürsorgenniveau ab.
- Mit der Rüge des Bundesgerichtshofes wird ein skandalöser Fakt ins Licht der Öffentlichkeit gerückt: Die Handhabung der Ein-Euro-Jobs durch die Job-Center. Ein Viertel der Stellen, in denen Ein-Euro-Jober eingesetzt werden, verstoßen gegen gesetzliche Bestimmungen des Paragraphen 16 SGB II. Danach werden Arbeitslose für Tätigkeiten eingesetzt, die nicht im öffentlichen Interesse, nicht zusätzlich und nicht wettbewerbsneutral sind. Bei weiteren 50 Prozent der untersuchten Fälle konnte erst gar nicht geprüft werden, ob die Stellen dem Gesetz entsprechen.
- Die Pläne der Bundesregierung (8/2007), den Kinderzuschlag für arme Familien „deutlich zu erhöhen“, sind in der Realität dergestalt, dass nur ein Anteil von 12 Prozent (130.000 von 750.000 Antragstellern) diese Mittel auch erhält. 70 bis 80 Prozent aller Anträge wurden in den vergangenen Jahren zurückgewiesen. Nur für 124 000 Kinder bundesweit wurde der Zuschuss von bis zu 140 Euro monatlich in 2006 gezahlt. Das auf dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl von Kindern, die in Hartz-IV-Haushalten aufwachsen. Den meisten Geringverdienern wurden die Mittel deswegen verwehrt, weil sie zu wenig verdienten. Ihr Gehalt war trotz Vollzeitjob meist zu niedrig, dass sie nicht nur für ihre Kinder sondern auch für sich selbst ergänzende Hartz-IV-Leistungen beantragen mussten. Damit erfüllten sie die Mindestverdienstgrenzen der geltenden Regelung nicht. Der aktuelle Dissens in der Großen Koalition zur „Reform des Kinderzuschlags für ärmere Familien“ manifestiert sich in der von den Sozialdemokraten favorisierten Kopplung der Mindestlohn-debatte vs. der CDU-Position, die Kriterien für den Zuschlag zu verändern.

Die eigentliche Brisanz der Erkenntnisse des Bundesrechnungshofes liegt jedoch in der Tatsache begründet, „dass der Gesetzesgeber de facto ein attraktives Angebot unschlagbar günstiger Arbeitskräfte vor allem für kommunale und gemeinnützige Arbeitgeber geschaffen“ hat (Die Zeit, 1.6.2006). Im Gegensatz zu Mitarbeitern aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) kostet ein Ein-Euro-Jobber den

Arbeitgeber nämlich nichts. Dazu kommt, dass man (im Gegensatz zu Problemfällen von Sozialämtern) heute kostenlos hoch qualifizierte und motivierte Hilfskräfte bekommt, die die Tätigkeiten ganz normaler Mitarbeiter erledigen und damit dazu beitragen, den sowieso schrumpfenden 1. Arbeitsmarkt zunehmend unter Druck zu setzen, und einem Wildwuchs Tür und Tor zu öffnen. Wurde vom damaligen Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement das Konzept des Ein-Euro-Jobs populistisch als Programm verkauft, mit dem auf Dauer 600.000 Langzeitarbeitslose von der „Straße zu holen“ sind, erweist sich dieses Programm als neues Ausbeutungs- und Arbeitsplatzvernichtungskonzept ersten Ranges, dass der politischen Kontrolle entrückt ist. Bis zum Ende des Jahres 2005 sind insgesamt 630.000 Langzeitarbeitslose in meist auf 6 Monate begrenzte Jobs vermittelt worden. Damit wird deutlich, dass an billigen Hilfskräften in diesem Lande kein Mangel herrscht, so lange sie eben „billig“ sind, und der herrschenden Ökonomisierung und der Ausbeutfähigkeit von Menschen entsprechen. Damit werden nach Einschätzung der Sozialrechtlerin Stephan Rixen (Neue juristische Wochenschrift) Ein-Euro-Jobs flächendeckend unter Verstoß vor allem gegen das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ installiert. Kaschiert werden diese Arbeitseinsätze mit Begriffen wie „Hilfe bei“, „Unterstützung von“ oder „Assistenz bei“. Dabei dürfen laut Gesetz Arbeitslose nicht eingesetzt werden, um das Stammpersonal bei der täglichen Arbeit zu entlasten. Die Positivisten und Ideensammlungen für ein Ein-Euro-Jobs sind nach Helga Spindler/Uni Duisburg-Essen) nichts anderes „als eine Auflistung aller unterfinanzierten Bereiche unserer Gesellschaft“. Danach entstehen Ein-Euro-Jobs dort, wo Personal abgebaut wird (In: Die Zeit, 1.6.2006). So sind 90 Prozent der Ein-Euro-Jobs im öffentlichen Dienst rechtswidrig, weil hier Pflichtaufgaben des Staates erledigt werden. Und auch in der Privatindustrie wächst der Bedarf nach billigen Arbeitskräften. Somit wird eine neue Subkultur von nichtständigen Beschäftigungsverhältnissen implementiert, die alle Merkmale sozialer Marginalisierung und Exklusion trägt.

Auf diesem Hintergrund sind die forcierten parteiübergreifenden „Missbrauchsdebatten“ immer mehr nachvollziehbar, da die Mobilisierung gesellschaftlicher Instinkte und Vorurteilspotenziale offensichtlich leichter zu handhaben ist als die Auflösung der strukturell induzierten Problemlagen. Diese Kampagne hatte ihren anfänglichen Höhepunkt im letztjährlichen Arbeitsmarktreport „Vorrang für die Anständigen“ (Hg. Das damalige Clement-Ministerium). Angesichts des vorliegenden Reformdesasters gibt der Clemensche Vorstoß einen Parallelprozess zu den Ereignissen in Frankreich, wo offizielle politische Kommentierungen sozio-struktureller Problemlagen schon ein ähnliches Maß offizieller sprachlicher Stilmittel erreicht hat: Die Ankündigung des französischen Innenministers Sarkozy, die Problemviertel „mit einem Hochdruckreiniger von dem Gesindel zu räumen“ (Kommentar zu den Krawallen in den Pariser Vorstädten, November 2005). Diese politisch-medial inszenierte Projektionsleistung wächst mit der wachsenden Einsicht, dass das ganze Konstrukt „Fördern und Fordern“ eine unruhliche Schiefelage erhalten hat:

„Mittels des Mottos ‚Fördern und Fordern‘ wurden Arbeitslosigkeit und Armut sozialdarwinistisch zu Problemen der Individuen, ihrer Charakterschwäche und fehlenden Leistungsbereitschaft umgedeutet. Durch das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Job-AQTIV-Gesetz rückten mit dem Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren und Vermitteln ‚Eigenverantwortlichkeit‘, ‚Privatinitiative‘ und ‚Selbstbestimmung‘ in den Vordergrund. Der ‚aktivierende Sozialstaat‘... bedeutet im Grunde das Ende des aktiven, intervenierenden und materiell umverteilenden Sozialstaates. Mit der ‚Ich-AG‘ erhob man die (Schein-)Selbständigkeit von Hilfebedürftigen zum Programm, war jedoch darauf bedacht, diese möglichst schnell aus dem Leistungsbezug zu entlassen und gleichzeitig die Kosten für ihre Unterstützung zu senken“ (Butterwegge/Klunt/Zeng 2005, S. 284).

Mit Hartz-IV ist eine historische Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland eingeleitet worden, die mit grundlegenden Veränderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden ist, in dessen Folge sich das politische Klima und die gesellschaftlichen Spaltungen über Jahre auswirken und verschärfen werden. Durch diesen Richtungswechsel sind die bisherigen Grundlagen des Systems der sozialen Sicherung und der Arbeitsmarktpolitik in einer bisher nicht gekannten Radikalität in Frage gestellt worden.

Durch die jüngste Hartz-IV-Untersuchung des DGB (8/2007) wird noch einmal aktualisiert, dass die Zahl der Hilfsbedürftigen mit Erwerbseinkommen seit Einführung von Hartz-IV sich um rund 80 Prozent auf gut 1,1 Mio. Personen erhöht hat. Damit ist inzwischen gut ein Fünftel der Hartz-IV-Empfänger trotz Arbeit auf aufstockende Fürsorgeleistungen angewiesen, darunter über 600.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Das Motto „Arm durch Arbeit“ charakterisiert treffend den strukturell erzwungenen Trend zur Implementierung eines „Niedriglohnssektors“ durch das Hartz-IV-Programm, nach dem der Druck auf Arbeitskräfte erhöht wird, auch niedrig entlohnte Tätigkeiten anzunehmen, an dessen Ende staatliche Subventionsleistungen/Transferzahlungen stehen, um die „freien Marktlöhne“ mit Steuermitteln zu kompensieren.

9.3. „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten.....?“ – Der Selektionskurs verschärft sich.

Der massive Abfall der Zustimmung der Politik der Großen Koalition in der Bevölkerung veranlasst die führenden Repräsentanten der beiden großen „Volksparteien“, beim Kampf um die Wählerstimmen Akzentverschiebungen vorzunehmen, die für die Marginalisierung-/Exklusionshypothese von besonderer Bedeutung sind. Die strukturell verengten politischen Spielräume bei den öffentlichen Haushalten bedingen nicht nur einen restriktiven Kurs gegenüber dem Hartz-IV-Klientel, sondern bringen zugleich das immer schärfer werdende Problem hervor, die gesellschaftlichen Mittelschichten (die schon durch die strukturellen Entwicklungen im Arbeitsmarkt massiv verunsichert sind) durch immer höhere (direkte und indirekte) steuerliche Belastungen in zunehmende Widersprüche mit der politischen Repräsentanz, und damit in eine Loyalitätskrise zum politischen System zu bringen.

Wenn auch die offizielle Politikprämisse lautet, sich durch die Aktualität der demoskopischen Effekte nicht „vom Kurs“ abbringen zu lassen, so ist doch das Interesse an „den Mittelschichten“ als „Leistungsträger“ der Gesellschaft nicht zu übersehen, um die Legitimationskrise nicht noch zu verschärfen. Wenn auch Funktionsträger des SPD-Vorstandes postulieren, dass spürbare finanzielle Entlastungen für Angehörige des Mittelstandes nicht möglich sind, so ist doch von großem Interesse, dass eine „neue Wertschätzung“ für diejenigen artikuliert wird, die als „Leistungsträger die Werte schaffen“ (Facharbeiter, Angestellte, Selbstständige und Ingenieure) (Beck, SPD, 30.8.06 FAZ). Die SPD müsse „wieder Hoffnungsträger für viele Menschen werden, nicht nur für diejenigen, die Unterstützung bräuchten. Dass dieser Prozess parallel läuft mit der öffentlichen Debatte über die sog. „Sozialschmarotzer“ ist kein Zufall, fundamentiert eine solche Kampagne nicht nur eine politisch beabsichtigte Projektionsfläche, sondern bereitet den Boden für weitere Leistungskürzungen (Forderungen der CDU-Mittelstandsvereinigung, Spitzenvertreter der AWO, der Diakonie, des Roten Kreuzes und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände als auch Repräsentanten der Großen Koalition) vor. Und dies auf dem Hintergrund der Überschüsse der Bundesagentur (10 Milliarden in 2006), die als Ergebnis der verschärften Restriktionen gegenüber Arbeitslosen zu bewerten sind. Zugleich differenziert die Bundesagentur ihr Klientel nach Arbeitslosen mit „geringen Vermittlungschancen“ gegenüber den „guten Arbeitslosen“ aus, und konzentriert sich auf die „Förderung zur Wiedereingliederung“ der „Premiumkunden“. Wer nur geringe Aussichten auf einen Job hat, wird schnell abgeschrieben.

Die Bundesagentur für Arbeit ist deswegen in die Kritik geraten, weil sie schwer vermittelbare Arbeitslose bewusst von Fördermaßnahmen ausschließt, und diese Arbeitslosen nach vier ökonomischen Kategorien/Kriterien einer „Produkteinsatzlogik“ charakterisiert, die nicht nur das Spiegelbild zur „Ware Arbeitskraft“ nach bestimmten Gebrauchsstufen beinhalten, sondern eine Polarisierung nach Marktkunden „mit guten Chancen“ und denjenigen, die „nicht mehr förderungswürdig“ sind, hervorruft. Diese sind nach amtlicher Definition nicht mehr vermittelbar. Nicht nur der Widerspruch zum sozial-politischen Auftrag der Bundesagentur ist hier allein das Thema, sondern das Bewusstsein darüber, dass auf höchster politischer Ebene eine Politik definiert und legitimiert wird, die einen massenhaften

Ausschluss von Menschen aus dem Arbeitsmarkt zur Konsequenz hat. So werden nach Aussagen des Arbeitsmarktexperten des DGB (W. Adamy) Sachverhalte wie das Kappen von Maßnahmen (um zwei Drittel) für Un- und Angelernte in den vergangenen Jahren nicht einmal mehr diskutiert.

Das Zusammenspiel der Prekarisierung, der Spaltung zwischen „Leistungsträgern“ und den „Abgeschriebenen“ und der zunehmend Ausdifferenzierung zwischen den Arbeitslosen unterstreicht die **These** einer strukturellen Hervorbringung und Verfestigung der gesellschaftlich Marginalisierten/Exkludierten. Alles wird selektiver: dieses erfolgt nicht zufällig, sondern politisch programmatisch:

„Soziale Gerechtigkeit muß künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Und die – und nur um sie – muß sich Politik kümmern.“ (Finanzminister Steinbrück, zitiert in: Christoph Butterwege: Abschied von der Chancengleichheit, in: <http://www.jungewelt.de/2005/11-21/003.php>).

Die **Vorschläge des Sachverständigenrates** (Expertise „Arbeitslosengeld II reformieren: Ein zielgerichteter Kombilohn“, 9/2006), die finanziellen Restriktionen gegenüber den Hartz-IV-Empfängern zu verschärfen, belegen eindrucksvoll den skizzierten Trend. Mit der vorgeschlagenen Kürzung (um ein Drittel) wollen die Mitglieder des Sachverständigenrates (mit Ausnahme Prof. Bofinger) den **Druck auf die Arbeitslosen erhöhen, eine schlecht bezahlte Tätigkeit aufzunehmen**. Nimmt der Arbeitslose den Job an, bekommt er nach dem Modell die vollen 345 Euro. Die ersten 200 Euro, die im Job mehr verdient werden, sollen fast komplett auf die Unterstützung angerechnet werden, und zugleich Anreize schaffen, sich um eine bessere Arbeit zu bemühen. Nach dem Motto „Nur so können wir die Arbeitsbereitschaft testen“ wird der Hintergedanke verfolgt, durch die Sozialkürzung den Druck zu erhöhen, jede Arbeit anzunehmen. Die dahinterliegende Projektion ist, dass mit sinkenden Löhnen auch mehr Jobs für Geringqualifizierte zur Verfügung stehen.

Peter Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates) spricht sich dezidiert gegen die vorgeschlagene Kürzung der Hartz-IV-Sätze aus, da die „Pflicht zur Arbeit“ nicht nur reguläre Arbeitsplätze gefährden, sondern dass bei Realisierung dieses Vorschlages der Großteil der 2,8 Millionen Hartz-IV-Empfänger diesen Anspruch anmelden und ein massives Arbeitsplatzbeschaffungsproblem erzeugen würden. Da nicht genügend Jobs da sind, wäre dieses Modell schnell zum Scheitern verurteilt. Kurzfristig müssten bis zu 2 Millionen 1-Euro-Jobs zur Verfügung gestellt werden. Derzeit gibt es lediglich 300.000, aber schon dabei hat der Bundesrechnungshof festgestellt, dass völlig unzureichend geprüft wurde, ob diese Jobs zusätzlich und gemeinnützig sind. Viele 1-Euro-Jobs würden schon heute normale Jobs verdrängen. Wenn jetzt, so Bofinger, ein bis 2 Millionen staatlich geförderte Jobs hinzukommen, würde sich das genannte strukturelle Problem am Arbeitsmarkt zuspitzen. Dass weitere Lohnsenkungen mehr Jobs bringen sollen, erscheint Bofinger nicht plausibel, zumal es in keinem Land im „alten“ Europa soviel Lohnflexibilität nach unten gibt wie in Deutschland. Die positiven Stellungnahmen zum Gutachten durch die Unternehmensverbände und den CDU-Generalsekretär Pofalla erstaunen genauso wenig wie die Positionierung von SPD-Minister Müntefering. **Unabhängig von parteipolitischen Taktiken ist die Grundabsicht jedoch mental implementiert: Den Druck auf die „Drückeberger“ zu erhöhen, obwohl aus Expertensicht (Bofinger) an einer Grundthese kein Zweifel besteht: Es fehlen strukturell immer mehr Arbeitsplätze, und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme ist für die Masse der Arbeitslosen unstrittig.**

10. „Aktivierung“ und „Eigenverantwortung“ im europäischen Vergleich

Die jüngsten arbeitsmarktpolitischen Reformen (Hartz-Gesetze) haben eine erhebliche Verstärkung des „Aktivierungsansatzes“ bei gleichzeitiger Kürzung der Transferleistungen (Arbeitslosenhilfe), einer Ver-

schärfung der Anspruchsvoraussetzungen und der unmittelbaren Eskalation der Sanktionsinstrumente als programmatische Eckpunkte.

Eine Einordnung in den europäischen Kontext (Beschäftigungspolitische Leitlinien) ist notwendig, um Genese und Evaluation nationaler Programme für eine „benchorientierte“ Reflexion zu nutzen. Zwar haben die Leitlinien keinen rechtsverbindlichen Charakter, sind aber einem Verfahren multilateraler Überwachung unterworfen.

Die im Anschluß an den Gipfel von Luxemburg entwickelte ESB gab dem „Konzept des aktivierenden Sozialstaates“ seine Prägung, obwohl die Implementierung kontextuell unterschiedlich vorgenommen wurde. Unterscheidet man konzeptionell die Grundsäulen „Fordern“ und „Fördern“, dann fokussieren die ESB-Leitlinien stärker die Förderungsseite mit den vier Elementen: berufliche Weiterbildung, Beratung und Vermittlung, Lohnzusatzleistungen, Kopplung von Leistungen an die Bereitschaft zur Annahme „zumutbarer“ Arbeitsverhältnisse (Reziprozitätsnormen). In der Grundphilosophie verschiebt die ESB in ihrem Anspruch die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit stärker von der Gesellschaft auf das Individuum.

Deutschland wurde vom Rat der Europäischen Union dazu aufgefordert, Aufgaben und Sozialleistungen stärker zu reformieren, um ausreichende Anreize einer Erwerbstätigkeit zu schaffen, und den Leistungsbezug stärker von der aktiven Arbeitssuche abhängig zu machen. Diese Hinweise zeigen deutlich in Richtung einer Verschärfung der Reziprozitätsnormen und der Kürzung von Lohnzusatzleistungen.

Ländervergleich

Dänemark

Dänemark kann als der Vorreiter des „Aktivierungstrends“ eingestuft werden, der 1993 mit einer umfassenden Arbeitsmarktreform eingeleitet wurde. Am Anfang der Reform (1993) standen individuelle Eingliederungspläne, die Verpflichtung zur Aktivierung nach vier Jahren und das Recht auf Aktivierung nach zwei Jahren der Arbeitslosigkeit. In den Folgejahren wurden die Verpflichtungen der Leistungsempfänger wiederholt erweitert. Seit 1999 muß nach einem Jahr Arbeitslosigkeit mit der „Aktivierung“ begonnen werden. Während die Regierung auf eine stärkere Lohndifferenzierung und ein niedrigeres Arbeitslosengeld verzichtete, akzeptierten die Gewerkschaften die Aktivierungspflicht.

Mit dem Aktivierungskonzept gehörte von Anfang an eine Neudefinition der Rechte der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden. So sind Arbeitslose nicht nur zur Teilnahme am Aktivierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen verpflichtet, sondern haben zugleich auch das Recht auf bestimmte Maßnahmen und Hilfsangebote sowie den Anspruch auf Erstellung individueller Förderungs- und Entwicklungspläne. Kennzeichnend ist vor allem eine im europäischen Vergleich einzigartige Kombination von niedrigem Kündigungsschutz und hoher Absicherung bei Arbeitslosigkeit (90% des vorherigen Einkommens für bis zu vier Jahren: Flexicurity). Weiter sorgen Volksversicherungssysteme (z.B. Altersabsicherung) für eine allgemeine Basisversicherung. Neben der „Aktivierung“ nimmt auch eine präventiv orientierte „Kompetenzentwicklung“ großen Raum ein, vor allem im Sektor „lebenslanges Lernen“, in dem Dänemark als Vorreiter gilt.

Im Zusammenwirken von „workfare“-Elementen und fördernden, auf Befähigung ausgerichteten Kompetenzentwicklungen verwundert es nicht, dass Dänemark heute im europäischen Benchmark sowohl hinsichtlich der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik, als auch in bezug auf die Ausgaben für Trans-

ferleistungen den europäischen Spitzenplatz belegt, und auch einem von der OECD empfohlenen Kürzungskurs für das Niveau passiver Arbeitsleistungen während der Arbeitsleistungen nicht gefolgt ist.

Der dänische Ministerpräsident P.N. Rasmussen erklärt die Vision und Methode der dänischen Sozialdemokraten wie folgt:

„Als wir an die Macht kamen, lag die Arbeitslosenquote bei 13 Prozent. Das Wirtschaftswachstum war niedrig, die Verschuldung hoch. Am Ende meiner dritten Amtszeit 2001 lag die Arbeitslosigkeit bei unter 4 Prozent, es gab zwei Drittel weniger Langzeitarbeitslose, die Jugendarbeitslosigkeit war verschwunden. Und wir erreichten dies, obwohl die soziale Sicherung hoch und wohlfahrtsstaatliche Standards erhalten blieben – allerdings in einer modernisierten Form.“

*Unsere Vision war: Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit widersprechen sich nicht, sondern bedingen sich gegenseitig. **Ökonomische Effizienz kann mit gerechter Verteilung und einem starken Wohlfahrtsstaat verbunden werden.** Das heißt: Die Individuen haben sowohl Rechte als auch Pflichten – das Recht auf ein Mindestniveau an Sicherheit und die Pflicht, sich auf den Wandel einzustellen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.*

Qualität und Entlohnung von Beschäftigung wurden nicht geopfert. Sozialdemokraten müssen Niedriglohnjobs und schlechte Arbeitsbedingungen ablehnen. Wir müssen Flexibilität fördern, denn die passt zu veränderten Wettbewerbsbedingungen und Lebensstilen.

Unser Rezept besteht aus vier Elementen:

Erstens: Mobilität muss mit Sicherheit gekoppelt werden... Heute haben wir keine langen Kündigungsfristen. Aber wir haben nach wie vor ein hohes Arbeitslosengeld... Die Kombination von Flexibilität und Sicherheit verhindert Ungleichheit, reduziert die Arbeitslosigkeit und beseitigt Engpässe auf dem Arbeitsmarkt.

Zweitens: Arbeitslose müssen ermutigt werden, einen neuen Job zu suchen. Wir haben die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von neun auf vier Jahre verringert. Und wir haben die Arbeitslosenbezüge für Jüngere unter 20 Jahren nach Ablauf der ersten sechs Monate der Arbeitslosigkeit fast halbiert. Gleichzeitig haben wir individuelle ‚Aktionspläne‘ eingeführt...

Drittens: Durch ein besseres Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit wurde die Frauenerwerbsquote gesteigert...

Viertens: Wir investieren stark in lebenslanges Lernen...

Dieses Modernisierungsprogramm hat Dänemark besser gemacht... Modernisierungspolitik sollte als Reformpaket eingeführt werden statt als Abfolge einzelner Maßnahmen... Die potenziellen Vorzüge einer Arbeitsmarktreform werden am leichtesten sichtbar, wenn die Wirtschaft wächst. Dies war in Dänemark Mitte der neunziger Jahre der Fall. Es ist deshalb von essenzieller Bedeutung, Reformen in Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs einzuleiten... Und schließlich: Die Wirksamkeit von Reformen muss bewiesen werden. Die Bürger müssen die Verbesserungen spüren – spätestens nach zwei Jahren“ (in: Die Zeit 25.08.2005 Nr. 35).

Nach den herrschenden Gesetzen deutscher Populärökonomien müsste es den Dänen miserabel gehen, weil sie vermeintlich gegen alle neoliberalen Logiken und Grundsätze verstoßen und die Herausforderungen nicht begriffen haben. Unter dem Titel „Dänemark, die Hummel und die Globalisierung“ beschreibt U. Bausch den dänischen Gesellschaftsprozess wie folgt:

„Nach den klassischen aerodynamischen Gesetzen können Hummeln nicht fliegen. Zum Glück aber wissen die Hummeln das nicht und fliegen trotzdem. Nach den herrschenden Gesetzen deutscher Populärökonomie geht es den Dänen miserabel. Sie machen alles falsch, haben die Herausforderung der Globalisierung nicht begriffen und sind am Ende. Sie scheinen dies aber nicht zu wissen und behaupten auch noch, es gehe ihnen blendend. Meine Kollegin Anne vom Zentrum für Erwachsenenbildung der Stadt Kopenhagen hat uns unlängst erklärt, es gehe ihr gut, es gehe der Erwachsenenbildung in Dänemark auch gut und überhaupt sei die Stimmung in Dänemark prächtig. Man habe nahezu Vollbeschäftigung (4,6% Arbeitslosenquote), die Wirtschaft wachse (deutlich über dem EU-Durchschnitt), die Staatsfinanzen seien in Ordnung und es werde in Bildung investiert.“

Natürlich gebe es auch in Dänemark Schwierigkeiten. Die Allmacht der dänischen Gewerkschaften sei für Deutsche kaum vorstellbar. Wenn sie ihre Mitarbeiter zu einer besonderen Besprechung einbestellen oder die Unterrichtsinhalte eines Lehrers ändern wollen – grundsätzlich müsse sie zunächst die Genehmigung der Gewerkschaft einholen.

Über 80 Prozent der Dänen sind gewerkschaftlich organisiert und der dänischen Volkswirtschaft gehen zehnmal so viel Arbeitstage durch Streiks verloren wie hierzulande. Gearbeitet wird noch weniger als in Deutschland... was vor allem daran liegt, dass die Dänen mehr bezahlte Urlaubs- und Feiertage haben... Der Steueranteil am Bruttoinlandsprodukt liegt laut OECD in Dänemark bei 47,7 Prozent, bei uns dagegen bei 20,9. Renten-, Gesundheits- und Bildungssystem sind steuerfinanziert und in öffentlicher Hand... Die Erwachsenenbildung wird zu 95 Prozent öffentlich finanziert, die Kurse sind nahezu umsonst und alle Lehrkräfte fest angestellt.

Die dänische öffentliche Hand hat Geld. Viel Geld. Seit acht Jahren erwirtschaftet der dänische Staat Jahr für Jahr einen Staatshaushaltsüberschuss, sodass die Staatsschulden aus den 80er und 90er Jahren inzwischen halbiert werden konnten. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung liegt jetzt um 11.000 EUR über dem deutschen Niveau.

Wie geht das? Warum stürzt die Hummel nicht ab.

Die Dänen haben ihren Arbeitsmarkt bei konstant hohem Schutz flexibilisiert. Der Kündigungsschutz ist nahezu gestrichen aber die Arbeitslosen erhalten vier Jahre lang bis zu 80 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens und der Staat verpflichtet sich, konkrete Jobangebote zu unterbreiten. „Flexicurity“ nennt das die OECD... Steuerfinanzierte Sozialsysteme entlasten den Faktor Arbeit. Wer bei uns für Beschäftigung sorgt, darf die Sozialsysteme finanzieren.

Darüber hinaus ist es für die Dänen selbstverständlich, dass gemeinsame Lasten auch gemeinsam getragen werden müssen. Meine Kollegin Anne ärgert sich zwar über die Gewerkschaften, sie findet es aber völlig in Ordnung, hohe Steuern zu bezahlen. Sie erhalte ja auch einen hohen Gegenwert. Niemand redet in Dänemark von ‚harten Einschnitten‘, von ‚schmerzhaften Veränderungen‘ und davon, dass man den Menschen endlich die ‚bittere Wahrheit‘ sagen müsse. Daher die gute Stimmung. Natürlich gibt es auch in Dänemark Probleme: Im Gesundheitssystem sind für viele Operationen die Wartezeiten zu lang, die Ausländerfeindlichkeit nimmt zu und Alkoholsucht ist verbreiteter als bei uns. Aber die Probleme werden optimistischer angegangen, die Geburtenrate ist eine der höchsten der OECD (50% über deutschem Niveau), es wird heftig konsumiert und die Dänen lassen sich von der Globalisierung nicht verrückt machen.“ (Dr. Ulrich Bausch, VHS Reutlingen, Vorwort im Angebotsverzeichnis 2005).

Die relevanten Systemunterschiede noch einmal in Kürze, um für die Unterschiede zu sensibilisieren: Der Arbeitsmarkt ist bei konstantem sozialen Schutz flexibilisiert, der Kündigungsschutz nahezu gestrichen, die Arbeitslosen erhalten vier Jahre eine Einkommenssicherheit auf hohem Niveau. Steuerfinanzierte Sozialsysteme entlasten den Faktor Arbeit. In der Gesamtkultur ist es selbstverständlich, dass gemeinsame Lasten auch gemeinsam getragen werden. Die steuerliche Belastung (über alle Sozial- und Einkommensschichten verteilt) ist hoch (Einkommenssteuer bis 53 Prozent, 8 Prozent Arbeitsmarktabgabe, 25 Prozent Mehrwertsteuer). Dies ist die Basis für das dänische Sozialsystem. Das Primat geringer Einkommensunterschiede gehört zum Kernprinzip des dänischen Sozialstaates, und repräsentiert damit einen eindeutigen Philosophieunterschied und ein anderes Wertesystem. Auf diesem Hintergrund wundert es nicht, dass Dänemark nicht geprägt ist von der politischen Kultur der „harten und schmerzhaften Einschnitte“. Ohne den Systemvergleich zu idealisieren: er sensibilisiert jedoch dafür, dass es offensichtlich andere konzeptionelle Wege gibt als der von neoliberalen Prämissen postulierte.

Gleichzeitig verdichten sich bei differenzierterer Analyse die Hinweise auf die Schattenseiten auch des dänischen „Aktivierungsansatzes“. So ist der zweite Arbeitsmarkt auch in Dänemark von Zwangsmaßnahmen und Tariflosigkeit geprägt. So verfolgte die 1994 gebildete Minderheitenregierung aus Sozialdemokraten (SP) und Sozialliberalen eine Arbeitsmarktpolitik nach dem Modell des „New Labour“. Die aggressive Forderung auf die Schaffung eines Niedriglohnsektors, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen im Rahmen der „neuen Arbeitsmarktpolitik“ waren das Resultat eines längeren Prozesses, in der bisherige ABM-Maßnahmen einen zunehmend repressiven Charakter bekamen. Während Angestellten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zum Teil Kündigungsfristen gesichert sind, gibt es bei diesen unqualifizierten Niedriglöhnern keinen Puffer sondern die unmittelbare Kündigung. Und auch der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad erklärt sich aus der Tatsache, dass die Arbeitslosenkassen in den Händen der Gewerkschaften die organisatorische Zugehörigkeit plausibel machen. Um die „unternehmerischen Freiheiten“ nicht zu tangieren, spielt die öffentliche Beschäftigung eine verschwindend geringe Rolle. Insofern folgte die Arbeitsmarktpolitik der neuen sozialdemokratischen Minderheitenregierung von Anfang an der neoliberalen Tradition der bürgerlichen Vorgängerregierung, und forcierte die wachsende Rolle des Staates im „Aktivierungsprogramm“ (Gleichzeitigkeit staatlicher Interventionen auf dem Arbeitsmarkt, Repressionen gegen Erwerbslose und Privatisierung konkreter Maßnahmen). Bis heute führen die „Aktivierungs“maßnahmen im „Gesetz über kommunale Aktivierung“ (1994) (für alle Erwerbslose unter 25 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung) in keiner der vier Aktivierungskategorien zu einem Anrecht auf Arbeitslosengeld. So führt im Rahmen der dänischen Verhältnisse „Aktivierung“ de facto zur gewerkschaftsfreien Zone (mit Einverständnis der Gewerkschaften). Häufig vermitteln eingeleitete Qualifizierungsmaßnahmen keine brauchbare oder gründ-

liche Erstausbildung („Kurslehrgänge“). In Folge dieser Arbeitsmarktpolitik ist der Anteil der untertariflichen und rechtlosen Jobs („puljejobs“ und „individuel jobtraining“) überdurchschnittlich gestiegen. Trotz großzügiger Lohnzuschüsse weigern sich auch in Dänemark viele Unternehmer, sich an der Einrichtung von Jobs in der Aktivlinie zu beteiligen. Diese Jobs wurden bisher hauptsächlich von den Kommunen angeboten. Diese Beschäftigungsverhältnisse auf dem unteren Level sind motiviert und legitimiert durch die fürsorgliche Aufgabe der staatlichen Institutionen.

Trotz dieser notwendig zu thematisierenden Einschränkungen befinden sich alle skandinavischen Länder in einer ökonomischen Prosperitätsentwicklung (Rückgang der Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefizite in Überschüsse verwandelt). Zentrale Merkmale sind:

- Wohlfahrtsstaaten mit hohen Steuersätzen und hoher Staatsquote.
- Gesellschaften mit geringsten Einkommensunterschieden (nach Studien der Weltbank):
 - pragmatische und gering ideologisierte Konsensgesellschaften;
 - Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüssen durch konsequente Konsolidierungsmaßnahmen (vor allem Verzicht auf bürokratische Wasserköpfe).
- Sozialsysteme werden überwiegend durch Steuern finanziert – somit führen sinkende Sozialleistungen zu einem Rückgang der Staatsausgaben.
- Durch dieses staatliche Sanierungsprogramm hat der Staat freiwerdende Mittel für die Zukunftsfelder Forschung, Bildung, Bildungs- und Versorgungsinfrastruktur.
- Aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen und einer expliziten Gesellschaftsphilosophie liegt die Beschäftigungsquote der Frauen signifikant über den deutschen Werten – auch ältere Arbeitnehmer sind in den skandinavischen Ländern gut in den Arbeitsmarkt integriert -, während der deutsche Arbeitsmarkt für „ältere“ MitarbeiterInnen schon mit 50 Jahren das „Ende der Fahnenstange“ aufzeigt.
- Gravierende Mentalitätsunterschiede einer starken Integrations- und Konsensorientierung differieren positiv gegenüber einer „Shareholder“-Mentalität der Gesellschaftsformationen anglo-amerikanischer Prägung.
- Marktwirtschaftliche Reformen und staatlicher Interventionismus gehen Hand in Hand.
- Vor allem Schweden hat durch eine expansive Geldpolitik (Entkopplung von der Euro-Zone) zum Wirtschaftsboom beigetragen.

Großbritannien als Vorreiter des neoliberalen Politikmodells

Neben den USA wird vor allem Großbritannien als Vorbild für das erstrebenswerte Wirtschaftssystem angeführt. Deren Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik werden undifferenziert für die Leistungsfähigkeit des neoliberalen Modelles angeführt, ohne die Schattenseite wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse zu hinterfragen.

Für die US-amerikanische Entwicklung, die nahtlos über die Monetaristen Milton Friedmann (Chicago School), die Angebotstheoretiker, Reagonomics, Clintons „New Democrats“ bis zu den heute tonangebenden rechtskonservativen Bush-Republikanern verlief, ließen sich sicher unter der Analyseaspekten

- wachsende Ungleichheit und private sowie öffentliche Verschuldung
- Krise der Sozialsysteme
- Entindustrialisierung und Arbeitszeitausbeutung
- Öffentliche Infrastruktur
- Kriminalität

wichtige gesellschaftliche Entwicklungslinien erarbeiten. Ich favorisiere hier jedoch, das „Projekt Großbritannien“ näher zu betrachten, weil es unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit und möglicher Transferdiskussionen im europäischen Kontext von größerem Interesse ist:

Nachdem das Etikett des „kranken Mannes in Europa“ an Deutschland weitergereicht wurde, und dies mit der Empfehlung, den „Gesundungsprozeß“ nach ähnlichen Prinzipien zu gestalten, wie sie von der „Eisernen Lady“ implementiert wurden, ist es nicht uninteressant, auf die Ergebnisse dieses Modells zu schauen. Dieses mit dem Anspruch, für ähnliche Entwicklungslinien und deren Effekte sensibilisiert zu sein, falls das „Modell Deutschland“ in eine ähnliche Richtung verschärft werden sollte:

„Ein Jahrzehnt des Aufschwungs – Reformen und niedrigere Ansprüche der Bevölkerung ebnen den Weg...Großbritannien steht gut da. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenquote ist niedrig. Das Land profitiert noch immer von den Reformen der Thatcher-Ära. Die von ihr eingeleitete Liberalisierung des Wirtschaftssystems hat zu großer Prosperität geführt“ (FAZ 1.11.2004).

Bundeskanzler Schröder bedauerte, dass er von solchen Vorarbeiten leider nicht profitieren konnte:

„In Großbritannien war die Reform der sozialen Sicherungssysteme schon vor Tony Blair, nämlich in der Ära Thatcher, abgeschlossen; und Tony Blair hatte die Chance, die Fehler, die in der Thatcher-Ära gemacht worden sind, in Ordnung zu bringen. Es ist einfacher, Korrekturen an der Reform zu machen als die Reform selbst“ (SZ, 2.10.04, Gespräch Schröder).

Da sich im Vereinigten Königreich die ruinösen Wirkungen des sozialen Kahlschlags gut analysieren lassen und der Grundsatz verifiziert werden kann, dass einmal eingeschlagene Wege der gesellschaftlichen Grundausrichtung keinerlei grundsätzlichen Korrektur unterworfen werden, lohnt es sich, genauer auf dieses „englische Modell“ zu schauen.

Die „Eiserne Lady“ erhob es zum Programm, das gesamte Innenleben des Wirtschaftsstandortes auf den Kopf zu stellen, und überall die Existenzfrage zu stellen, wo keine Gewinne erwirtschaftet wurden. Die programmatische Grundorientierung enthielt alle Leitsätze neoliberal-konservativer Politikprogramme: die These von der Knebelung der freien Marktkräfte durch staatliche Interventionen (Verstaatlichung der Gesellschaft), die Macht der kollektiven Großorganisationen (vor allem der Gewerkschaften) sowie die Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Gängelung. Der Thatcherismus thematisierte den Gesamtkurs der britischen Nachkriegsentwicklung und somit die Gesamtstrategie der bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die programmatische Orientierung auf ein Entwicklungsmodell, das konsequent die Wirtschaft von staatlichen Regulierungen, die Menschen von der „Bevormundung“ durch den Wohlfahrtsstaat, und die Unternehmen von der gewerkschaftlichen Gegenmacht befreit, eröffnete Großbritannien den Anschluß an die technologisch-ökonomische Entwicklung.

Ein gigantisches Privatisierungsprogramm ging einher mit einer radikalen Senkung des nationalen Lohnniveaus, der Zerschlagung der „alten Industrien“ und der systematischen Förderung der „Zukunftstechnologien“ (Bio- und Pharmaindustrien), der Attraktivierung des Standortes für ausländisches Kapital etc. Zentrale Voraussetzung für diesen Prozeß war die „Reform der sozialen Sicherungssysteme“ (Abbau des Sozialstaates), die systematische Senkung des nationalen Lohnniveaus, die Brechung der Gewerkschaftsmacht, eine „deregulierte“ und „flexibilisierte“ Arbeiterklasse und eine konsequente Privatisierung staatlicher Funktionen. Dieser Weg radikalster Sozialreformen konnte nur durch der Ausschaltung der Gewerkschaften realisiert werden.

Dieses „Patentrezept moderner Sozialreformen“ – die Gewerkschaften politisch zu brechen, den Lohn als Konkurrenzfaktor zu reduzieren und den Sozialhaushalt als Mittel der Standortkonkurrenz zu gestalten – diese Triade klingt aus der aktuellen deutschen „Standortdebatte“ allzu vertraut.

Die Konsequenzen eines dermaßen „deregulierten“ und „flexibilisierten“ Arbeitsmarktes lassen sich in den Grundzügen wie folgt beschreiben:

„Achtzehn Jahre konservativer Regierung haben in Großbritannien die Löhne gesenkt, den Arbeitsschutz zusammengestrichen, die Gewerkschaften geschwächt – und im Gegenzug ein umstrittenes ‚Jobwunder‘ gebracht. Gestützt durch eine starke Konjunktur sank die registrierte Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren kräftig. Viele Jobs ernähren freilich kaum ihren Mann“ (Die Zeit, Nr. 10/1998).

Diese „liberalisierten“ und in „freier“ Lohnfindung sich konstituierenden Arbeitsverhältnisse hatten/haben eine hohe Attraktion für ausländisches Kapital und die Konsequenz eines stets anschwellenden Potentials von Lohnarbeitern, die von ihrem Lohn schlechterdings nicht mehr leben können und „working poor“ genannt werden (ca. 2 Mio am Arbeitsmarkt plus rund 1,5 Mio. registrierte Arbeitslose der aktiven Reservearmee und 4 Mio. Briten, die ganz aus dem Arbeitsmarkt herausfallen und auf Sozialhilfe angewiesen sind).

Diese Erbe des Thatcherismus – Millionen freigesetzte Arbeitskräfte als Konsequenz der „Erneuerung des Standortes“ – motivieren ausländisches Kapital zu Direktinvestitionen insbesondere in die Finanzdienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnik, Pharmaindustrie und Biotechnologie sowie die privatisierten Bereiche des Verkehrswesens, und der Infrastruktur wie Strom-, Wasser- und Gasversorgung auf der Basis der liberalisierten Rahmenbedingungen. Mit einem Millionenheer von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wurde ein riesiges Pool von Billigarbeitskräften zwangsverwandelt („working poor“), die auf den untersten Stufe der Arbeitsmarkthierarchie vom eigenen Erwerbseinkommen den Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. Für diese neue marginalisierte Gesellschaftsschicht hält New Labour eine weitere sozialpolitische Intervention bereit, den „National Minimum Wage“. Die „Low Pay Commission“, in der Vertreter von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern sitzen, legt den Mindestlohn fest und überprüft seine Höhe jährlich. Denn der im freien Markt ausbezahlte Lohn garantiert keinen Schutz mehr vor dem Scheitern minimaler Reproduktionsleistungen. Die Konsequenzen sind: Wohnungseld, aktuelle Kinder- und zukünftige Altersarmut, Verwahrlosung, Kriminalität etc.

Diese Implementierung eines staatlichen Mindestlohnes lädt zugleich die Unternehmen dazu ein, die Löhne auf dieses Niveau zu drücken.

Nachdem dieser Mindestlohn eingeführt wurde, entstand der nächste „Korrekturbedarf“. Anstatt einfach die Mindestlöhne zu erhöhen, entdeckt New Labour, dass der Staat durch eine Besteuerung der Niedriglöhne einen Beitrag zur Verarmung von Millionen von Familien leistet, die er wieder als Sozialhilfe für die verarmte Bevölkerung ausgeben muß. Mit dem Programm gegen die Armut arbeitender Familien („Working Familia Tax Credit“) soll dafür gesorgt werden, dass die Familien wöchentlich 24 Pfund mehr zur Verfügung haben und ein Mindesteinkommen von 180 Pfund pro Woche garantiert ist.

So steigt mitten in der wirtschaftlichen Prosperität die Zahl der „working poor“ und verdeutlicht damit, dass wir es mit einer strukturell verursachten Marginalisierung/Exklusion immer größerer Bevölkerungsanteile zu tun haben. Die Niedrigkeit des Lohnes wird zu einem systeminduzierten Dauerstellhebel im kapitalistischen Wirtschaftszyklus, der durch unbeschränkten Einreiseprozess osteuropäischer Wirtschaftsimmigranten verschärfende Wirkung bekommt.

Eine Analyse des Rentensystems, des Gesundheitssystems und des Wohnungssektors macht deutlich, dass die „Kolateralschäden“ des Thatcherismus immens sind und neue Widersprüchlichkeiten hervorbringen.

Bewertung

Dem Thatcherismus ist es systematisch gelingen, in einem dreistufigen Programm alle Hindernisse zur Seite zu räumen, die einer umfassenden und tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Restrukturierung und einer gesellschaftspolitischen Neuorientierung im Wege standen:

1. Brechung der Macht der Gewerkschaften („curbing the power of the trade union barons“) – 1979-1983
2. Restrukturierung und Revitalisierung der Wirtschaft („getting the economy right“) – 1983-1987
3. Erneuerung der Gesellschaft („a programme of radical reform“) – ab 1987.

Zur Implementierung dieses Programmes entschied sich Mrs. Thatcher für einen Stepp by stepp approach.

Die Bilanz dieses Politikansatzes ist bei aller notwendigen Differenzierung wie folgt beschreibbar: Es gelang einerseits, den langfristigen Trend des wirtschaftlichen Niedergangs zu stoppen. Die gesellschaftspolitischen und sozialen Konsequenzen sind jedoch markant:

- Mit der „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes wurde die Erosion der „normalen“ Beschäftigungsverhältnisse früh und gründlich umgesetzt.
- Das implementierte „Modernisierungsprogramm“ wurde auf dem Rücken großer Teile der Bevölkerung ausgetragen. Die herausgebildete gesellschaftspolitische und soziologische Konstellation entspricht dem Typ US-amerikanischer kapitalistischer Entwicklungsmodelle, das sich mit der Hutton'schen Formel 40:30:30 beschreiben lässt (40% haben einen Vollarbeitsplatz mit ausreichendem Einkommen; 30% Arbeitsplätze sind unsicher und müssen sich mit Teilzeit- oder Gelegenheitsarbeitsplätzen begnügen, und die restlichen 30% sind entweder arbeitslos oder müssen zu so geringen Löhnen arbeiten, dass sie zu den „working poor“ zu zählen sind).
- Als Folge der Arbeitslosigkeit ist die Zahl der Leistungsbedürftigen deutlich gestiegen, die Einkommens- und Armutsstatistiken weisen ein erhebliches gewachsenes Potenzial aus. Parallel wurden die Bezieher höherer und sehr hoher Einkommen privilegiert.

Erste vorsichtige Korrekturversuche verifizieren die Analyse und sollten für neoliberale Nachahmer Hinweise geben, vor jeglicher Implementierung politisch-strategischer Programme eine Effektenanalyse zwischenzuschalten:

„Zum dritten Mal binnen 20 Jahren wird Großbritannien zur Bühne eines faszinierenden Lehrstücks: In den achtziger Jahren war es die Marktrevolution des Thatcherismus. Sie gebar die Rezepte der Deregulierung und Privatisierung, verwandelte sie in eine säkuläre Heilsbotschaft und in einen Exportschlager. Überall auf der Welt folgte man dem britischen Beispiel.

Doch während man rund um den Globus weiterhin auf dem Privatisierungstrip ist, lassen sich im Geburtsland die Nachteile der Reise nicht mehr übersehen. Das erklärt, warum die Tories als unwählbar gelten. Ihnen, nicht Labour, lasten die Wähler den maroden Zustand der Infrastruktur an...

Der verzögerte Abschied vom Thatcherismus hat die Konservativen in ideologische Verwirrung gestürzt. Mal setzen sie auf rechtsgewirkten Populismus, der zur Abschottung von Europa führen würde. Dann wieder überholen sie New Labour von links, wenden sich gegen die Privatisierung der Flugsicherung und versprechen, die Underground ganz im öffentlichen

Besitz zu belassen. Doch gibt es genug Marktfundamentalisten in ihren Reihen, um den Wählern eine Gänsehaut über den Rücken zu jagen.

Auch der dritte Weg, dessen zweite Phase Blair unlängst verkündete, bleibt vom Stimmungsumschwung nicht unberührt. Blairs „What matters is what works“ stellte eine erfrischende Abkehr von altbackenen Dogmen dar. Doch der Ansatz ergibt nur Sinn, wenn zugleich jener „radikale Empirismus“ beherzigt wird, den New Labour propagiert. Nun müssen die Drittwegler ihre eigenen Parameter überprüfen, gerade wenn es um die Rolle des Staates geht, der schlank aber aktiv sein soll...

Blair steckt in einer verzwickten Lage. In seiner Amtszeit hat sich die Demarkationslinie zwischen Staat und Privatsektor weiter verschoben...Zugleich hat sich die Zahl der Regulierungen verdoppelt. Auch verspricht die Regierung mehr staatliche Ausgaben für Gesundheit, Schulen und Infrastruktur...

Das britische Lehrstück vermittelt zumindest eine klare Botschaft: Nicht alle staatlichen Dienstleistungen eignen sich zur Privatisierung, vor allem nicht natürliche Monopole. Eine zivile Gesellschaft braucht kommerzfreie Zonen“ (Jürgen Krönig, Die Lehren der Eisernen Lady haben ausgedient. Jetzt merkt es auch Tony Blair, in: www.schulen-verkauf.de/erfahrungen/england.htm, 15.6.2005).

Trotz der widersprüchlichen Bilanz entwerfen die führenden Herrschaftsfiguren von New Labour Blair und Brown „England als Reformwerkstatt“, und gehen vor allem auf EU-Ebene unter dem Motto „Nur wer sich radikal wandelt, kann überleben“ in eine neoliberale sozialpolitische Vorreiterrolle. In diesem radikalen Veränderungsprozess versuchen sie die politische Mitte zu dominieren:

„Aber Gordon Brown legt nach, eifrig. So, als habe er sich vorgenommen, Großbritannien zur großen Reformation des 21. Jahrhunderts zu erheben. ‚Eine Demokratie der Haus-, Aktien- und Vermögensbesitzer‘ soll das Land werden. Er will nicht zurück zum Arbeitsmarkt europäischer, gar deutscher Verhältnisse. Nur wer sich radikal wandelt, so ist seine Botschaft, kann überleben“ (Der Spiegel 40/2005, S. 158).

Die unter Labour verstärkte Propagierung des „Dritten Weges“ legt den Fokus auf Aktivierung und (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt (mit einer stärkeren Orientierung auf befähigende Elemente). Vor allem favorisiert der „New Deal“ einen stärkeren zielgruppenspezifischen Ansatz (New Deal für Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Behinderte, Alleinerziehende etc.). Auch die monetären Anreize wurden verbessert (Mehrverdienstmöglichkeiten für gering Qualifizierte und Familien mit Kindern, Mindestlohnregelungen, steuerlichen Begünstigungen und Zuschüsse und Verbesserung der Kinderbetreuung).

Die Evaluation der Programme weist eine offensichtliche Verbesserung der Eingliederungschancen aus. Erfolge lassen sich vor allem bei jüngeren Langzeitarbeitslosen belegen, weniger jedoch bei problematischen Gruppen mit Mehrfachhandicaps (ältere Langzeitarbeitslose und schlecht qualifizierte Behinderte). Eine intensive Betreuung durch Berater, Erstellung persönlicher Aktionspläne, Stärkung der Rolle der Arbeitsberater und materieller Druck zeitigen Erfolge.

Resümee

Die Synchronisation der länderspezifischen Aktivitäten zur Orientierung auf die „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ hat in unterschiedlicher Ausprägung stattgefunden. Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Irland und die Niederlande investieren im Sinne einer komplementären Strategie am stärksten in diesen Weg (zumal die skandinavischen Länder schon vor der Einführung der ESB diesen Kurs eingeschlagen haben). Deutschland ist mit der „Agenda 2010/Hartz-Reformen“ einen stärker national orientierten Weg gegangen. So erstaunt es nicht, dass die Europäische Kommission weitere „Reform“-schritte für Deutschland anmahnt. Insofern könnte der in Deutschland eingeschlagene Weg von den Konzepten und Erfahrungen anderer EU-Länder profitieren, vor allem was das Verhältnis von „Fördern“ und „Fordern“ und die Unterschiedlichkeit in der sozialpolitischen Diktion betrifft. Hierbei wirkt der vergleichende Ansatz zwischen Dänemark und Deutschland besonders eklatant, und weist vor allem auf soziokulturelle Unterschiede zweier heterogener Entwicklungsmodelle hin.

E Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Spaltung, Marginalisierung und Exklusion

1. Strukturelle Massenarbeitslosigkeit in der Systemlogik

Während die politischen Repräsentanten der aktuellen Machkonstellationen je nach politischer Opportunität die „Trendwende“ am Arbeitsmarkt herbeizutreiben, bewegt sich die strukturelle Entwicklung des Arbeitsmarktes in eine quantitative Dimensionen des Ausschlusses, des Prekären und Diskontinuierlichen und der Spaltung, so dass sich die Diskussion um eine qualitative Krise der „Arbeitsgesellschaft“ aufdrängt, trotz eines aktuellen Rückgangs der Arbeitslosenzahlen (aufgrund konjunktureller Entwicklungen, verschärfter Kontrollen und Repressionen bei den Arbeitslosen und statistischen Konstruktionen etc.). Die „politische Ökonomie der Unsicherheit“ (Beck) ist geprägt durch die Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum nicht mehr einen relevanten Abbau von Arbeitslosigkeit zur Folge hat, sondern umgekehrt, den Abbau von Arbeitsplätzen voraussetzt, bzw. Vollarbeitsplätze in prekäre Arbeitsverhältnisse (quantitativ und qualitativ) transformiert.

„Das hängt damit zusammen, dass die Erwerbsgesellschaft sich ihrem Ende zuneigt, je mehr die Menschen durch den Einsatz intelligenter Technologien ersetzt werden. Die steigende Arbeitslosigkeit lässt sich also nicht länger auf zyklische Wirtschaftskrisen zurückführen, sie beruht vielmehr auf den Erfolgen eines technologisch avancierten Kapitalismus. Das bedeutet: Das alte, wirtschaftspolitische Instrumentarium versagt, und alle Erwerbsarbeit gerät unter den Vorbehalt drohender Ersetzbarkeit.“

Die politische Ökonomie der Unsicherheit löst einen Domino-Effekt aus. Was sich in guten Zeiten wechselseitig ergänzt und verstärkt hat – Vollbeschäftigung, sichere Renten, hohes Steueraufkommen, Spielräume staatlicher Politik für Investitionen, was seinerseits die Vollbeschäftigung garantiert, die Renten sicher macht –, gefährdet sich nun wechselseitig: Erwerbsarbeit wird prekär, damit zerfallen die Grundlagen des Sozialstaates, wird die Normalbiographie brüchig, ist Altersarmut vorprogrammiert, kann aus den leeren Kassen der Kommunen der anschwellende Sturm auf die Sozialhilfe nicht finanziert werden... Die gegenwärtige Entwicklung der Erwerbstätigkeit überall in der Welt ist nicht nur geprägt durch hohe Arbeitslosigkeit (etwa in Deutschland und Frankreich), das sogenannte Job-Wunder (etwa in den USA) oder den Übergang von der Arbeits- zur Wissensgesellschaft. Das Herausragende ist vielmehr die Ausbreitung des Prekären, Diskontinuierlichen, Flockigen, Informellen hinter den Fassaden der immer gespenstischer werdenden offiziellen Beschäftigungsstatistik. Im Zentrum Deutschlands breitet sich ein soziostruktureller Flickenteppich aus, will sagen: die Vielfalt, Unübersichtlichkeit und Unsicherheit von Arbeits-, Biographie- und Lebensformen, wie sie für den südlichen Teil unseres Globus charakteristisch ist...

In der politischen Ökonomie der Unsicherheit, die nun auch die Wohlfahrtsnische Deutschland in ihrem gesellschaftlichen Kernbereich durchdringt, drückt sich nicht etwa das Gehabe von ‚unpatriotischen Unternehmerbanden‘ aus... Darin spiegelt sich vielmehr das neue Machtspiel und Machtgefälle zwischen territorial gebundenen weltwirtschaftlichen Akteuren (Regierungen, Parlamente, Gewerkschaften, Arbeitnehmer) und nicht territorial gebundenen weltwirtschaftlichen Akteuren (Kapital-, Finanz- und Handlungsmächte). Eindeutig sind die Nationalstaaten in ihrer jetzigen Verfasstheit und in ihrem derzeitigen Agieren und Reagieren die Schwächeren in dieser Hierarchie. Transnationale Konzerne sind nämlich in der Lage, Nationalstaaten oder einzelne Produktionsstandorte gegeneinander auszuspielen und auf diese Weise einen ‚globalen Kuhhandel‘ um die billigsten Steuer- und günstigsten Infrastrukturleistungen zu betreiben. Sie können Nationalstaaten ‚bestrafen‘, wenn sie als ‚teuer‘ oder ‚investitionsfeindlich‘ gelten... Es handelt sich hierbei um die genaue Umkehrung des Kalküls der klassischen Macht- und Herrschaftstheorie, wie sie in den Schriften Max Webers steht, das die Machtmaximierung transnationaler Unternehmen ermöglicht: Das Zwangsmittel ist nicht der drohende Einmarsch, sondern der drohende Nicht-Einmarsch der Investoren oder ihr drohender Ausmarsch... Das Erpressungspotential dieser Herrschaft perfektioniert die Logik ökonomischen Handelns: immer und überall nein zu sagen, nicht zu investieren, ohne öffentlich begründungspflichtig zu werden – das ist der zentrale Machthebel weltwirtschaftlicher Akteure“ (Ulrich Beck 2005: S. 33-37).

Die im Übergang von 2006 auf 2007 vielgepriesen „Wende am Arbeitsmarkt“ ist nach den vorliegenden Daten der Bundesagentur für Arbeit wie folgt zu charakterisieren:

- Nach Jahren wirtschaftlicher Stagnation gab es 2006 wieder ein deutliches wirtschaftliches Wachstum, das jedoch nicht als „Erfolg der Reformpolitik“ zu werten, sondern durch einen normalen Konjunkturzyklus geprägt ist (Export und Investitionen). Schwachpunkt bleibt weiterhin die private Konsumnachfrage, so dass die Verteilungsschieflage weiterhin die Nachfrage begrenzt, da die Lohnquote auf dem historischen Tiefstand angekommen ist. Anstatt

durch staatliche Investitionsprogramme und eine Arbeitszeitverkürzung den konjunkturellen Aufschwung strukturell zu stabilisieren, bringt die Arbeitsmarktpolitik im Zeichen der Hartz-Reformen primär eine Prekarisierung der Arbeitslosen und Beschäftigten hervor. Keynesianische Konzepte bleiben weiterhin außen vor. Das neoliberale Paradigma (legitimiert durch das aktuelle Gutachten des Sachverständigenrates) fordert stattdessen „Spielräume für weitere Reformen“. Der signifikante Erfolg der Exportindustrie widerlegt nicht nur den neoliberalen Nonsens von der „Basarökonomie“, sondern belegt auch die Produktivität und Innovationskraft der deutschen Industrie.

- Die publizierte Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen liegt wieder bei ca. 3,8 Millionen Menschen. Im Vergleichsmonat 2005 wurden 3,995 Millionen gezählt. Die positivste Prognose der BA geht von einem Jahremittel für 2007 von 3,8 Millionen aus. Die sog. „Wettervariable“ hatte in 2006/2007 einen besonders günstigen Einfluss. Hinzu kommt die gute exportgetriggerte Konjunktur, die ein Beschäftigungsplus gegenüber 2005 von 258.000 Beschäftigten bedingt. Allerdings hat nur die Dienstleistungsbranche wirkliche Zuwächse, während viele Industriebetriebe verstärkt Zeitarbeiter einstellen, die dann in der Rubrik „unternehmensnahe Dienstleistungen“ wieder auftauchen. Der Großteil des Stellenaufbaus konzentrierte sich auf die Niedriglohn-sektoren Gastronomie, verarbeitendes Gewerbe, Bau etc. In diesen Segmenten vollzog/vollzieht sich der Abbau der Kurzzeitarbeitslosigkeit. Also der **weitere Ausbau des prekären Sektors**. 40 Prozent der zusätzlichen Arbeitsplätze sind Teilzeit- und Mini-Jobs, mit der bekannten Folge, dass immer mehr Arbeitnehmer einen „Aufstockungsbeitrag“ aus der Hartz-IV-Kasse benötigen, um mit ihren (Familien)einkommen über die Grenze des Existenzminimums zu gelangen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Leistungsempfängerzahl nahezu verdoppelt (BA 4/2007).
- Von den knapp 3,8 Millionen statistischen Arbeitslosen werden ein Drittel von den Agenturen für Arbeit und zwei Drittel von Trägern der Grundsicherung (Hartz IV) betreut. 5,2 Millionen Personen beziehen weiterhin Alg II. Davon ist aber nur die Hälfte als arbeitslos registriert. Vielen wurde nach einer Überprüfung der Arbeitslosenstatus aberkannt. Andere sind Lohnempfänger, die zusätzlich Alg II beziehen. Die statistische Aussteuerung ist das Ergebnis einer „systematischen Überprüfung des Arbeitslosenstatus von Arbeitslosengeld-II-Empfängern“, die danach als „nicht mehr einsetzbar“ gelten. Insgesamt beziehen 6.291.000 Menschen Arbeitslosengeld I oder Hartz IV. Davon galten nur 3.397.000 offiziell als arbeitslos. Der Rest hatte einen 1-Euro-Job (262.000), nahm an einer Weiterqualifizierung teil oder betreute Kinder oder Angehörige. Zudem verdienen immer mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte so wenig, dass sie einen Ausgleich durch Alg II benötigen (602.000) (modifizierter Kombilohn).

„Viele Hartz-IV-Empfänger wurden einfach aus der Statistik entfernt. In der Sprache der Bundesagentur: ‚Der Rückgang ist auch durch die professionellere Arbeit bei der Betreuung und Klärung des Arbeitslosenstatus der Arbeitslosengeld-II-Bezieher beeinflusst.‘ Oder anders: Im Dezember erhielten 5.051.000 Menschen Arbeitslosengeld II – das sind zwei Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Doch erstaunlich: Davon galten nur noch 2.596.000 Personen als arbeitslos. Das sind 51 Prozent. Im letzten Jahr firmierten hingegen noch 57 Prozent der ALG-II-Bezieher als arbeitslos. Dieser Schwund hat zum Teil damit zu tun, dass den Ämtern plötzlich bei vielen Leuten auffiel, dass sie für längere Zeit erkrankt sind oder Kinder unter drei Jahren betreuen müssen. Erwerbsfähigkeit ist eben eine Frage der Definition“ (in: TAZ, 4.1.2007, S. 7).

- Die Schere unter den Gruppen der Arbeitslosen geht weiter auseinander. Während qualifizierte Arbeitskräfte von der steigenden Marktnachfrage profitieren, wird der Abstand zu den mehr als 2,6 Millionen Langzeitarbeitslosen immer größer. 1,37 Millionen Stellen bleiben (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2007) unbesetzt. Während die Zahl der Bezieher von Alg I um ein Viertel sank, stieg der Anteil der Langzeitarbeitslosen um 4 Prozent auf 66 Prozent. Damit hat sich die durchschnittliche Verweildauer von 67 Wochen auf 72 Wochen verschoben (FAZ, 2.5.2007). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2007) sind von insgesamt

39,1 Millionen Erwerbstätigen 4,47 Millionen Arbeitnehmer über eine „geringfügige Beschäftigung“ definiert. Aber auch Normalbeschäftigte sind oft nebenher tätig (1,95 Millionen Minijobber).

Die baden-württembergisch spezifische Aussage, dass der Arbeitskräftemangel das einzige Wachstumshindernis sei, reflektiert auf den zunehmenden strukturellen Mangel von Fachkräften und Ingenieuren vor allem in spezialisierten technischen Bereichen, dessen Kompensation immer schwieriger wird. Die von der BA deklarierten offenen Stellen im ersten Arbeitsmarkt erreichen jedoch die benannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes nicht.

So steht einem leichten Plus bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen ein signifikanter Anstieg und eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit gegenüber. Der „Aufschwung“ geht an den Langzeitarbeitslosen weitgehend vorbei. Nach Einschätzung des Frühjahrsgutachtens (2007) der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute ist die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland nach wie vor hoch. Um diese zu überwinden sind nach Aussage der Institute (die dem neoliberalen Paradigma verpflichtet sind) „große Reformanstrengungen“ notwendig, entlang dem Motto „Sparen ist die Voraussetzung für alles andere“. Auf dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung würden die Kräfte schwächer, die sich für „Reformen“ einsetzen. Stattdessen gefielen sich die Politiker zunehmend in Verteilungsversprechen und spielten auf dem „Instrument der Volksbeglückung (Hundt, BDA). Vor allem die „moderate Lohnpolitik“ müsse weiter fortgesetzt werden, die als Basis für den „Aufschwung“ angesehen wird. Auch ein fortschreitender „Aufschwung“ kann die Lösung der Arbeitsmarktprobleme nicht automatisch erbringen. Die Quote der Arbeitslosen ging vor allem auch deswegen zurück, weil viele in die „Stille Reserve“ gedrängt wurden. Eine Beschäftigungslücke von sechs bis 7 Millionen fehlender Arbeitsplätze lässt sich über „Wachstum“ nicht schließen, zumal etliche Experten Zweifel an der Dauerhaftigkeit des „Aufschwungs“ artikulieren. Spätestens in der nächsten Rezession werden die Arbeitslosenzahlen wieder spürbar steigen, da vor allem die Binnennachfrage weiterhin massiv geschwächt ist. Es wächst aufgrund der strukturellen Wandlungsprozesse am Arbeitsmarkt weiterhin das Risiko (auch für soziale Mittelschichten) vom Status der Vollerwerbstätigkeit in prekäre Arbeitsverhältnisse abzurutschen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in Deutschland schon heute höher als in der EU (Memorandum 2007: 86).

- Die Politik steuert der Spaltung des Arbeitsmarktes keineswegs gegen, sondern verschärft diese noch durch den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. So sind die Förderungsinstrumente zur (Re)integration in den Arbeitsmarkt (ABM, SAM, FbW) zurückgedreht worden und werden immer weniger genutzt. Dieser drastische Rückgang der klassischen Maßnahmen und die Forcierung der (zwischenzeitlich modifizierten) Ich-AG's verstärken strukturell den Marginalisierungsprozess, zumal eine Mittelkonzentration auf die qualifizierten und kurzfristigen Arbeitslosen die offizielle Politik der BA ist. Da es das explizite neoliberale Ziel der Politik ist, den Niedriglohnsektor auszubauen, sind die Instruktionen für die BA auch nachvollziehbar.
- Grundsätzlich ist die „Verbesserung der Gewinnsituation“ für die Unternehmen das Ergebnis der langen Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und des massiven Personalabbaus. Die jetzige „Aufschwungphase“ charakterisiert das Ende einer Epoche. Mitten im „Boom“ haben die meisten Lohnempfänger Einkommen verloren (entgegen der neoliberalen Theorie). Die aktuellen Lohnabschlüsse in der Metall- und Chemieindustrie sind gesamtgesellschaftlich von marginaler Bedeutung, da es sich hier um privilegierte Branchen handelt, die nicht repräsentativ sind. Der anhaltende „negative Lohndrift“ (Ausstieg aus Tarifbindungen, tarifliche Öffnungsklauseln, tarifvertragliche Legitimation von Dumpinglöhnen z.B. Verdi etc.) verstärken die These zunehmender Disparitäten im Arbeitsmarkt. So hat es Deutschland zu einer doppelten Konkurrenzlosigkeit gebracht: Exportweltmeister und Oase für Lohndumping. Der Sozialhistoriker

Hans-Ulrich Wehler hat die Deutschen nicht zu Unrecht eine „verschämte Klassengesellschaft“ genannt.

- Prinzipiell lässt sich argumentieren, dass der Stellenzuwachs nichts mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung zu tun hat, d.h. nicht auf die vielgepriesenen „Strukturreformen“ zurückgeführt werden kann. So ist die Zahl der Ein-Euro-Jobs in 2006 nur um 50.000 gestiegen, und auch die Zahl der Minijobs stagnierte weitgehend (Statistisches Bundesamt 2006), nachdem die Arbeitgeberpauschale im Juli 2006 von 25 auf 30 Prozent angehoben wurde. Die gemeinnützigen Ein-Euro-Jobs verhelfen Arbeitslosen nur selten zu einer dauerhaften Tätigkeit. Nur 15 Prozent der Ein-Euro-Jobber finden nach Abschluss der Maßnahme einen regulären Arbeitsplatz (Studie der Bundesagentur für Arbeit über die Förderung der Alg II-Empfänger). Danach weist der Ein-Euro-Job die schlechteste Eingliederungsquote aus, obwohl für die Jobcenter (2006) 6,5 Mrd. Euro für die Arbeitsförderung ausgegeben wurden. Trotzdem werden die Ein-Euro-Jobs als vermeintliches Billiginstrument massenhaft eingesetzt, erfüllen jedoch den politisch beabsichtigten Zweck:

„Ein-Euro-Jobs machen allenfalls Sinn, um die Arbeitswilligkeit der Hartz-IV-Empfänger zu überprüfen. Ihr größter Vorteil ist, dass die Langzeitarbeitslosen aus der Statistik verschwinden – und sie wenig kosten“ (in: Die Welt, 16.1.2007, S. 11).

- Für 2006 lässt sich die starke Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte vom Wirtschaftsverlauf belegen, und damit das Sinken der Staatsquote. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP (1,4 Prozent) ist sowohl historisch als auch im internationalen Vergleich auf einem extrem niedrigen Wert. Der Restriktionskurs der rot-grünen Regierung wurde zwar leicht abgeschwächt, jedoch durch die Prämissen der „Haushaltskonsolidierungspolitik“ wieder neutralisiert. Es dominieren weiterhin die neo-liberalen Strukturreformen (Deregulierung, Privatisierung, Rückzug des Staates) ohne signifikante Effekte auf den Arbeitsmarkt. Die Wirtschaftspolitik hat den Wechsel weder herbeigeführt noch begünstigt. Die Finanzpolitik hinterließ insgesamt eine restriktive Wirkung.

Auf diesem Hintergrund sind die orthodoxen Strategien zur Verteidigung des Status quo entsprechend wirkungslos, zumal wenn die Verteidigungslinien nicht in eine abgestimmte gesamteuropäische Vorgehensweise münden (übernationale Kontrolle von Banken und Finanzstrategen, Abbau zwischenstaatlichen Steuerdumpings etc.). Dies ist jedoch im Selbstverständnis der neoliberal formierten EU-Strategen nicht zu erwarten.

Die Erscheinungsbilder sozialer Ungleichheit entwickeln sich signifikant, die Extreme spitzen sich zu zwischen Arm und Reich; die Spaltungen in der Gesellschaft vertiefen sich, die Grundlagen bisheriger Sozialstaatlichkeit erodieren. Ist es an der Zeit, die grundsätzliche Frage nach der Krise der „Arbeitsgesellschaft“ und deren konzeptioneller Überwindung zu stellen.

2. Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“

In modernen, marktgesteuerten Gesellschaftsformationen bleibt der Arbeitsmarkt das Zentrum, von dem der gesellschaftliche Ausschluß oder die Zugehörigkeit zu Status und Position, Armut oder Reichtum definiert wird. Deswegen ist es von essenziellem Erkenntnisinteresse, die aktuellen Trends zu erfassen und auf eine Trendstabilität zu überprüfen. Hier wird die Arbeitshypothese zugrundegelegt, dass die Integrationskraft des Arbeitsmarktes aufgrund der beschriebenen Grundprozesse signifikant abnimmt, und die ihm innewohnenden Ausschluß- und Marginalisierungsprozesse dynamisiert werden. Die Konzepte und Normalitätsannahmen der Industriegesellschaften befinden sich in Auflösung, da für immer

mehr Erwerbspersonen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur neuen „Normalität“ werden, und atypische bzw. mindergeschützte Arbeitsverhältnisse und diskontinuierliche Erwerbsbiographien aus diesem Umwälzungsprozeß hervorgehen.

„Beim Abzocken der Mitarbeiter geht es aber nicht nur um eine Verschärfung der Arbeitsbelastung, um geringere Löhne und längere Arbeitszeiten. Immer mehr Arbeitgeber sind der Ansicht, dass sich traditionelle Vollarbeitsplätze für sie nicht mehr lohnen. Deshalb findet in Deutschland zurzeit einer der größten Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt statt. Das Abzocken der Mitarbeiter wird in Zukunft kein vorübergehendes Phänomen mehr sein, sondern ein fester Bestandteil des deutschen Wirtschaftssystems.“

Zwischen 1996 und 2004 sind in Deutschland rund 2,5 Millionen Vollzeitstellen weggefallen. Die Zahl der Vollzeitstellen sank in diesem Zeitraum von 26,4 auf 23,9 Millionen. Dafür stieg die Zahl der Menschen in den sogenannten flexiblen Erwerbsformen, wie Leiharbeit und Teilzeitarbeit, befristete Arbeit und Selbständigkeit. Inzwischen hat mehr als jeder vierte Beschäftigte keine Vollzeitstelle mehr. Während 1996 nur 19 Prozent der Beschäftigten einer Teilzeitarbeit nachgingen, waren es im Jahre 2004 bereits 28,1 Prozent. Von 1996 bis 2004 stieg die Zahl der Teilzeitarbeiter also um 41 Prozent, die Zahl der Leiharbeiter von 1995 bis 2004 um 86 Prozent. 2003 waren 327.000 Menschen bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Immer mehr Arbeitnehmer erhalten von ihrem Arbeitgeber nur noch einen befristeten Vertrag, bei den 20-bis 24-Jährigen ist es bereits jeder Vierte.

Machen wir uns nichts vor: die wenigsten sind mit diesen Halb- oder Vierteljobs zufrieden. Auch die Selbständigkeit klingt meist nur gut, die Wirklichkeit ist trist.

Während die Zahl der regulären sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätze in Deutschland sinkt, steigt die Zahl der Ich-AGs und der so genannten Mini-Jobs (bis 400 Euro) und Midijobs (bis 800 Euro). Im September 2002 lag die Zahl der so genannten Minijobs oder der geringfügig entlohnten Arbeitnehmer bei 4,1 Millionen. 2004 waren es 6,7 Millionen und Ende September 8,4 Millionen...

Nicht nur im Bau und im Einzelhandel ist ein Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei gleichzeitiger Zunahme der geringfügigen Beschäftigung zu beobachten, sondern auch im verarbeitenden Gewerbe, im Bereich Verkehr und Nachrichten sowie im Gesundheits- und Veterinärwesen. In der gesamten deutschen Volkswirtschaft standen im Jahr 2003 weggefallenen 563.000 regulären Arbeitsplätzen 523.000 neue Minijobs gegenüber... In Wirklichkeit handelt es sich um eine regelrechte Verlagerung von Arbeitsplätzen. Neue Beschäftigung kommt nicht hinzu“ (Opoczynski, Michael 2005, S. 98ff.)

Das Ausmaß der Erosion der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze wird durch das Jahresgutachten des Sachverständigenrates (Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2005/2006) empirisch untermauert. Danach gingen im Zeitraum von 1992-2004 über 2,6 Millionen dieser Arbeitsplätze verloren. So stellt das Jahresgutachten nicht nur fest, dass eine „Erosion der Normalarbeitsverhältnisse“ zugunsten der geringfügigen oder befristeten Jobs zu beobachten ist, sondern auch das geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen abnimmt. Auf diesem Hintergrund wundert es nicht, wenn 2004 mehr als 9,4 Millionen Menschen nur noch stundenweise in Lohn und Brot standen (gegenüber 1991 eine Verdoppelung). Über 4,4 Millionen Menschen hatten allein in 2004 nur deshalb einen Minijob, weil ihnen kein Unternehmen eine Vollzeitjob anbot.

Makrotheorien des sozialen Wandels befinden sich zur Zeit auf unsicherem Boden. Die bisher vordergründig plausible Gleichung „Kapitalismus = Wirtschaftsentwicklung = Wohlfahrtsstaat = Demokratie“ ist ins Wanken geraten, da sich in den Industriemetropolen die Lage dramatisch verändert hat. Ein zentraler Faktor dieser Entwicklung ist die Produktivitätsentwicklung, die menschliche Arbeit zunehmend überflüssig macht und sie zugleich einem massiven strukturellen Wandel unterwirft. Die bisherige Annahme, dass die nationalen Arbeitsmärkte ihre Allokationsfunktion von Einkommen und Arbeit in Balance halten, schien erst einmal stabil. Doch dieser marktwirtschaftsfreundliche Befund resultiert wohl aus dem blinden Flecken der aggregierten Makrodaten.

Zwei Einwände gegen die optimistische Prognose einer unbegrenzten Adaptionfähigkeit der Arbeitsmärkte an den technologischen und sozialen Wandel erfordern eine ernsthafte Prüfung. Der erste Einwand wurde von Jeremy Rifkin in seinem Bestseller „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ formuliert: Während weltweit im Produktionsbereich durch Rationalisierungen Millionen Stellen abgebaut werden, finden auch im sog. „Weiße-Kragen-Bereich“ und „Dienstleistungssektor“ Freisetzungen in ähnlicher, teilweise in höherer Größenordnung statt. Das erklärt sich damit, dass die Produk-

tivitätssteigerungen aufgrund der neuen Technologien im Dienstleistungsbereich erst in den 1990er Jahren zu greifen begannen. Banken und Dienstleister entlassen in dramatischen Stil Mitarbeiter, da Internetbanking, Spracherkennungssysteme, automatisierte Supermarktkassen oder Internethandel die technologischen Voraussetzungen für diesen Freisetzungs- und Rationalisierungsprozeß geschaffen haben. Der bisher gültige Grundsatz, dass Freisetzungspotentiale in einem Segment des Arbeitsmarktes durch die Expansion in einem neuen aufgefangen werden können, ist strukturell in Frage gestellt, und bekommt durch die sichtbare Entwicklung in einem dritten Arbeitsmarktsegment erst eine volle Tragweite: durch die im neoliberalen Paradigma angelegte Konzeption des „schlanken Staates“ produziert der Staatsektor selber eine analoge Grunddynamik der Rationalisierung und damit des Ausschlusses von „Kostenfaktoren“: der vielgepriesenen Human Ressources.

Der zweite Grund gegen ein optimistisches „Weiter-so“ beruht weniger auf den technologischen als auf den sichtbaren sozialen Veränderungen der Erwerbsarbeit. Qualitative Erwerbsarbeit wird für immer weniger Menschen erreichbar, und wenn, dann zunehmend mit Einkommen, die kein ausreichendes Auskommen sichern. Die Trennung zwischen „Kernbelegschaften“ und „disponiblen Belegschaften“, die je nach Marktlage geheuert und gefeuert werden können, ist der eine Entwicklungsstrang. Der andere liegt in dem immer größer werdenden Potential der „working poor“ des sog. Niedriglohnsektors, dessen Ergebnis schlicht Armutsgrenze und Armut bedeutet. Die „Exklusion“ von immer mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt steuert das gesellschaftliche Gemeinwesen auf einen paradigmatischen Entscheidungsprozess: entweder bleibt die alte Formation, die Verteilungsregel von Arbeit und Einkommen über die Teilhabe am Arbeitsmarkt bestehen. Oder die Verteilungsregeln werden grundsätzlich verändert und faktisch politisiert. Somit läge die Idee eines „Grundeinkommens“ auf dem Tisch der politischen Entscheidung. Die neoliberale Grundströmung gibt jedoch vorerst andere (auch ambivalente) Antworten und Konzepte mit prognostizierbaren Aussichten aus dem Paradigma des „Weiter-so“.

3. Die arbeits- und gesellschaftspolitische Herausforderung der Prekarität

In der arbeits- und gesellschaftspolitischen Debatte wurde der Trend zur Ausbreitung unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse und damit die Konsequenzen für die Betroffenen und die Gesellschaft weit unterschätzt. Dementsprechend wurden bisher auch keine adäquaten Gegenstrategien entwickelt. Politik und Gewerkschaften orientieren sich noch stark an Gestaltungskonzepten der 80er Jahre, während in weiten Teilen des nationalen und internationalen Managements ein radikaler Paradigmenwechsel im Rahmen der neoliberalen Grundorientierung stattgefunden hat, deren Rationalisierungsstrategien die Struktur und die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft massiv verändern. Der hieraus abzuleitende Trend einer zunehmenden Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse wird in der arbeitspolitischen Debatte noch immer unterschätzt. Dominierte bei führenden industriesoziologischen Repräsentanten (Schumann 2003: These von der „Rekonventionalisierung“ und der „neuen Unübersichtlichkeit“) lange die klassische Taylorismuskritik der Industriosozologie, so sehen die Verfechter einer „Vermarktlichung“, „Entgrenzung“ und „Subjektivierung“ (Sauer 2005) zwar einen grundsätzlichen arbeitspolitischen Erneuerungsbedarf, ohne die realen Veränderung in der Arbeitsgesellschaft frühzeitig und angemessen zu beschreiben. Das sich seit den 90er Jahren herausgebildete flexibilisierte und marktdynamisierte Produktionssystem, dessen Logik im Wesentlichen auf dem neoliberalen Globalisierungsansatz und der Prekarisierung der Erwerbsarbeit beruht, zwingt zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über das bisherige arbeitspolitische Koordinationssystem, da sich dieser Trend auf breiter Front durchgesetzt hat und sich weiterhin verschärft. Auf diesem strukturellen Hintergrund werden die Konditionen völlig neu definiert:

„Wir sind mitten in einer Umwälzung, die die industrielle Revolution noch übertrifft. Durch die ersten Mechanisierungsschübe verloren Millionen Menschen ihre Jobs und wanderten vom Land in die Städte, um dort mit den Maschinen zusammen zu arbeiten. Aber die Computer und Informationstechnik von heute machen immer mehr Menschen ganz überflüssig. Selbst die

billigste menschliche Arbeitskraft ist teurer als die Maschine... Sehen Sie, ich verdiene einen Teil meines Einkommens damit, die Chefs großer Konzerne zu beraten. Wenn ich die Frage, ob sie in Zukunft noch Zehntausende von Mitarbeitern haben werden, dann lachen die laut los. Die Wirtschaftsführer wissen längst, wo die Reise hingeht" (Ryifkin, J.: Langfristig wird die Arbeit verschwinden, www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564).

War die klassische Taylorismuskritik der Industriesoziologie ebenso wie die staatlich geförderte Humanisierungspolitik programmatisch mit dem konzeptionellen Fokus unterwegs, der mit Stichworten wie „Autonomie, Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Tätigkeitsanreicherung, Gruppenarbeit, Jobrotation, Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ etc. beschrieben werden kann, so ist für die heutige Produktionsweise charakteristisch, dass sich der **„Marktfundamentalismus“** (Giddens 1997) in Richtung dominanter **Rationalisierungsleitbilder** (Deutschmann 2002) transformiert, in denen die Vorherrschaft der Konkurrenz und die Gebote einer kurzfristigen Profitmaximierung (Shareholder Value) unübersehbar sind. In dieser Philosophie gelten klassische Grundsätze (lebenslang auf eine Firma, einen Standort, eine Tätigkeit fixiert zu sein) nicht mehr, weil die Anforderung an ein **modernes „Job-nomadentum“** mit einer ungebrochenen Anpassung an die Zwänge marktgetriebener Flexibilisierung formuliert ist. Kosteneinsparungen (Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen) und Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse sind die Mittel, mit der Folge, dass die Marktrisiken zunehmend auf die Belegschaften übertragen werden. Schutzrechte, tarifliche Rahmenbedingungen, Kündigungsschutz etc. werden zunehmend Gegenstand „entgrenzender“ Verwertungsstrategien (Kratzer 2003). **Schrumpfende Stammebelegschaften, Konzentration auf die Kerngeschäfte und Outsourcing produzieren ein immer größeres Maß an prekären Arbeitsverhältnissen** (befristet Beschäftigte, Leih- und Zeitarbeiter, Mini- und Gelegenheitsjobs, Beschäftigungsverhältnisse mit tarifierten Niedrig- und Armuts-löhnen).

War der bisherige Arbeitsmarktprozess definierbar als sozialstaatliche Einhegung der Lohnarbeit zur Abfederung von Einkommens-, Armuts- und Beschäftigungsrisiken (Statussicherung, Rentenansprüche, Mitbestimmungsrechte und verbindliche tarifliche Normen - begünstigt und getragen durch die außergewöhnlich lange Nachkriegsprosperität), so ist die Umkehrung der achtziger Jahre ein **gravierender Paradigmenwechsel** mit massiven gesellschaftlichen Desintegrationspotenzialen. Unter dem Druck eines internationalisierten Finanzmarktkapitalismus (Windolf 2005) ist die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und die „Rückkehr der Unsicherheit“ auf der Tagesordnung.

Die Ausweitung atypischer Arbeitsverhältnisse steht seit Jahren auf der politischen Agenda, mit dem Ziel der „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“, und den vielschichtigen weitgehend ausgeblendeten „Kollateralschäden“ für die Betroffenen und die sozialen Sicherungssysteme. **Während Normalarbeitsverhältnisse an Bedeutung verlieren, gewinnen atypische Varianten an Bedeutung.** Diese Umschichtung verläuft weitgehend ungeachtet der stagnierenden Gesamtbeschäftigung. Diesen Trend zur Ablösung des Normalarbeitsverhältnisses charakterisiert Dörre (2005a und b) als „Prekarisierung“. Keller/Seifert (2006) differenzieren die These der Prekarisierung, da diese Betrachtung zu generell sei, und setzen stattdessen den Terminus der **„atypischen“ Arbeitsverhältnisse** als Sammelkategorie für diesen strukturellen Arbeitsmarkttrend, unter den sie folgende Verhältnisse subsumieren: Leih- und Zeitarbeit, niedrig entlohnte Beschäftigung, erzwungene Teilzeitarbeit und befristete Stellen ebenso wie Mini- und Midi-Jobs, abhängige Selbständigkeit oder sozialpolitisch geförderte Arbeitsgelegenheiten. Abgegrenzt sind diese Arbeitsverhältnisse gegenüber Normalarbeitsverhältnissen mit folgenden zentralen Charakteristika:

- Vollzeittätigkeit mit entsprechenden Einkommen;
- Integration in die sozialen Sicherungssysteme;
- unbefristetes Beschäftigungsverhältnis;
- Identität von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis;
- Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber.

Diese enge Abgrenzung schließt bestimmte Varianten aus: flexible Arbeitszeitmuster (u.a. Arbeitszeitkonten), Telearbeit, Werkverträge oder gar Fremdarbeitsfirmen. Keller/Seifert verweisen darauf, dass die Varianten atypischer Beschäftigung sich in ihrer Dynamik und Bedeutung in Bezug auf die Gesamtbeschäftigung deutlich unterscheiden. Somit ist

- Teilzeitarbeit mit Abstand die quantitativ wichtigste Form und hat über die Konjunkturzyklen hinweg kontinuierlich zugenommen (23%! der Gesamtbeschäftigung).
- Geringfügige Beschäftigung (Variante der Teilzeitarbeit), hat vor allem in Folge der Hartz-Gesetze im Zeitraum 2003-2005 mit der Ausweitung der Mini-Jobs um 2,6 Mio auf 6,7 Mio erheblich an Bedeutung gewonnen. Diese Einkommen sind weder existenzsichernd noch bieten sie im Alter und bei Arbeitslosigkeit einen Schutz. Frauen werden auf die traditionelle Rolle der Zuverdienerin verwiesen. Auf der Datenbasis der RWI-Studie (2004) lässt sich belegen, dass Mini-Jobs keine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt bauen.
- Der Anteil der Befristeten ist (trotz mehrfacher Lockerungen der rechtlichen Rahmenbedingungen auf 8% (moderat) gestiegen).
- Die Leiharbeit entwickelt sich dynamischer und liegt bei ca. 1,3 %.
- Die Zahl der Ich-AGs betrug nach anfänglich hohen Zuwachsraten 237.000 (2005) oder 0,6 % aller Erwerbstätigen. (Keller/Seifert 2006).

Die Durchsetzung eines „flexibel-marktzentrierten Produktionsmodells“ (Dörre 2005) fördert zunehmend die Ausbreitung atypischer und prekärer Arbeitsverhältnisse und spaltet nach Robert Castel (2000: 336ff; 2003: 7ff) den Arbeitsmarkt in mehrere Zonen: Die „Zone der Integration“ (geschützte Arbeitsplätze), die „Zone der Entkopplung“ (Gruppen, die dauerhaft von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind). Dazwischen wächst eine „Zone der Prekarität“ (Bündelung heterogener Beschäftigungsverhältnisse: Zeit- und Leiharbeit, abhängige Selbständigkeit, befristete Beschäftigung, Mini- und Gelegenheitsjobs, Teilzeitarbeit und Beschäftigungsverhältnisse mit tariflich definierten Niedriglöhnen). In der „Zone der Entkopplung“ sind gemeinnützige Tätigkeiten (Ein-Euro-Jobs) einzuordnen. Die „Zone der Prekarität“ ist insofern bedeutsam, weil sie anders als die Langzeitarbeitslosen im produktiven Zentrum der Arbeitswelt angesiedelt ist, und damit auch noch einen sozialisierenden Einfluß auf die Stammbeschaftungen haben. Dörre (2005) definiert ein Arbeitsverhältnis dann als prekär,

„wenn die Beschäftigten deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. Beschäftigungsunsicherheit und Löhne unterhalb des Existenzminimums sind aus der Arbeitskraftperspektive zentrale Merkmale der Prekarität. Sinnverluste, soziale Isolation, Statusunsicherheit sowie Anerkennungs- und Planungsdefizite stehen für Prekarisierungstendenzen, die sich vornehmlich über die Perspektive der Selbsterhaltung in konkreten Arbeitstätigkeiten erschließen“ (S. 252).

Diesen Beschäftigungsverhältnissen ist gemeinsam, dass sie ungeschützt sind (Tariflohn, Kündigungsschutz und soziale Absicherung), und die betroffenen bei Schwankungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Marktlogik voll ausgesetzt und leicht austauschbar sind. Prekäre Arbeitsverhältnisse spielen vor allem mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors eine zentrale Rolle. Der Verdienst dieser Beschäftigungsverhältnisse liegt oft in der Nähe des Existenzminimums, steht meistens im Zusammenhang mit niedriger Qualifikation, bietet geringe Möglichkeiten einer „Wiedereingliederung“ in den 1. Arbeitsmarkt und ist meistens auf erneute Erwerbslosigkeit programmiert. Deswegen werden in den unterschiedlichsten Publikationen und Statements prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit in einem Atemzug genannt.

So lässt sich bei der Leiharbeit und bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen binnen weniger Jahre eine Verdopplung (Vogel 2004) belegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2003) ist der Anteil der befristet Beschäftigten im Zeitraum von 2001-2003 von 9,6% im Alter unter 20 Jahren auf 35% gestiegen. In den nachfolgenden Altersgruppen (20-24 Jährigen und der 25-29 Jährigen) betrugen die Befristungsquoten im Jahre 2003 24% bzw. 15%. Nach Berechnungen des DGB (2007) erhielten von den 556.202 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Zeitarbeit im Herbst 2006 knapp 69.000 ergänzend staatliche Hartz-IV-Leistungen. Bei 94 Prozent der Betroffenen handelt es sich um Vollarbeitsplätze. Jeder sechste Zeitarbeitnehmer ohne Berufsausbildung und jeder zehnte ausgebildete Lohnempfänger sei auf Hartz-IV angewiesen (FAZ, 9.4.2007).

Immer mehr hochqualifizierte, gutbezahlte Jobs fallen weg und werden durch schlechtbezahlte, prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt. Nach einer Analyse des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sank die Zahl der Vollzeitjobs in 2005 um 450.000 und soll in 2006 nochmals um 300.000 zurückgehen (Der Spiegel 52/2005: 74), wenn auch in 2007 in spezialisierten höherqualifizierten Bereichen ein leichter Anstieg dargestellt wird. Daneben stieg die Zahl der 400,- Euro- und Nebenjobs sowie Teilzeitarbeit zwischen 2000-2005 um 30 Prozent an. Rund 1,8 Millionen Menschen gehen laut IAB nach Feierabend einem Zweitjob nach, um die Armutslöhne zu kompensieren. Offensichtlich strukturiert sich der Arbeitsmarkt nach „amerikanischen Verhältnissen“ und entlang einer sich neu etablierenden Philosophie: „Wie holen die Leute, wenn wir sie brauchen, und schicken sie nach Hause, wenn wir sie nicht brauchen“. Die Auswirkungen auf eine längerfristige rationale Lebensplanung, eine allmähliche Desorganisation des Raum- und Zeitempfindens und die Bereitschaft zu einer ausgeprägten Anpassung (mit der Hoffnung, als „Lohn“ irgendwann eine Festanstellung zu erhalten) sind ebenso prägend wie die Erfahrung, in Entlassungsprozessen die Ersten zu sein, die zur Disposition stehen. Diese Risikokumulationen sind wesentliche Merkmale der Prekarität.

Die drei „Zonen“ markieren jedoch keine starre Grenzziehung, da in und zwischen ihnen Lebensalter, Qualifikationen, Berufsbiographie, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit variable Größen sind. Grundsätzlich belegen jedoch nationale und internationale Studien (Dörre 2004; Fuchs 2003; Kraemer/Speidel 2004; Kronauer 2002; Vogel 2004) ein hohes Desintegrationspotenzial prekärer Arbeitsverhältnisse: Blockierung qualitativer Arbeitsansprüche, mangelnde Anerkennung, eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten und Teilhabechancen, längerfristige Lebensplanung, Desorganisation des Raum- und Zeitempfindens, Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen. Die gesamten Energien sind darauf gerichtete, „über den nächsten Tag zu kommen“. Dennoch warnt Dörre (2005) davor, prekäre Arbeitsverhältnisse in seinen objektiven und subjektiven Wirkungen zu vereinheitlichen. Er differenziert sein (in Anlehnung an Castell) Drei-Zonen-Modell wie folgt:

Zone der Integration:

1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)

Zone der Prekarität:

5. Prekäre Beschäftigter als Chancen / temporäre Integration („Die Hoffenden“)
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)

Zone der Entkopplung:

8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen“)
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“).

Zur Kommentierung seines ausdifferenzierten Drei-Zonen-Modells schreibt Dörre:

„Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bedeuten nicht allein Unsicherheit und materiellen Mangel, vielfach bewirken sie Anerkennungsdefizite und eine Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen, die eigentlich dringend benötigt würden, um den Alltag einigermaßen zu bewältigen. Dennoch kommt es auch in der ‚Zone der Verwundbarkeit‘ nicht zu linearen, sich beständig verstärkenden Desintegrationsprozessen; die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse mündet keineswegs in einen unaufhaltsamen Zerfall der Gesellschaft. Vielmehr macht sich ein Phänomen bemerkbar, das als (Des-)Integrationsparadoxon gespaltener Arbeitsgesellschaften (Dörre u.a. 2004) bezeichnet werden kann. In der ‚Zone der Prekarität‘ erfolgt Einbindung weniger über primäre (reproduktive und/oder tätigkeitsbezogene), sondern wesentlich über tradierte oder neu erzeugte sekundäre Integrationspotenziale. Von sekundären Integrationspotenzialen kann gesprochen werden, wenn z.B. junge Leiharbeiter ihr prekäres Beschäftigungsverhältnis als Sprungbrett in eine Normbeschäftigung betrachten und auf den ‚Klebeffekt‘ ihrer Tätigkeit hoffen (Typ 5)... Und selbst bei den ‚Abgehängten‘ (Typ 9) zeigt sich die Wirksamkeit sekundärer Integrationsmechanismen, wenn sich jugendliche Erwerbslose als ‚arbeitende Arbeitslose‘ definieren, weil sie ihr Einkommen in der Schattenwirtschaft verdienen. Die Wirksamkeit sekundärer Integrationspotenziale darf indessen nicht als Hinweis auf eine Entschärfung der Prekaritätsproblematik interpretiert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Sekundäre Integrationspotenziale sind vergleichsweise schwach. Entweder beruhen sie auf einem fiktionalen Zukunftsbewusstsein, auf der Hoffnung, irgendwann doch noch Anschluss an die ‚Normalität‘ regulärer Beschäftigung zu finden, oder sie benötigen eine Mobilisierung ständischer Zugehörigkeiten und Ressourcen, die ein Überleben in der ‚Zone der Verwundbarkeit‘ sicherstellen können...“

Die Lage der Beschäftigten in der Zone der Prekarität unterscheidet sich gravierend von den subjektiven Verarbeitungsförmungen flexibler Beschäftigung, wie sie sich in der ‚Zone der Integration‘ finden. Das zeigt sich besonders deutlich bei den ‚Selbstmanagern‘ (Typ 2), zu denen in unserer Untersuchung Freelancer aus der IT-Industrie, Werbefachleute, mittlere Manager aber auch Leiharbeiter zählen, die sich den Standards einer Normbeschäftigung angenähert haben.“ (Dörre 2005, S. 123).

Wie ausgeprägt in der Zone der Prekarität und in der Zone der Entkopplung (speziell bei Langzeitarbeitslosen) das gesellschaftliche Desintegrationspotenzial ist, entzieht sich einer quantifizierbaren Betrachtung. Die Frage nach einer „sekundären oder kompensatorischen Integration“ (Dörre 2006) ist gestellt und fokussiert eigene Überlebensstrategien („Klebeffekte“ z.B. beim Typ 6: Pendeln zwischen Arbeitslosigkeit und Leiharbeit oder Zuverdienertyp Typ 9). Mit dem Ranking Richtung Typ 9 („Abgehängte“) wächst das Risiko der Abkopplung in Subgesellschaften und der Tendenz zur Selbstreproduktion signifikant.

Auch ist der Verweis von Dörre (2006) von Bedeutung, der auf die notwendige Unterscheidung von flexibler und prekärer Arbeit aufmerksam macht, da ein bekannter Einwand gegen die Desintegrationshypothese ist, Prekarität stelle allenfalls eine Facette flexibler Beschäftigung dar. Der notwendige Verweis auf die Typologie verdeutlicht, dass prekäre und flexible Beschäftigungsverhältnisse nicht identisch sind:

„Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind stets flexibel; doch längst nicht alle Formen flexibler Beschäftigung erweisen sich zugleich als prekär. Die ‚Selbstmanager‘ (Typ 2) agieren allesamt oberhalb einer ‚Schwelle der Berechenbarkeit‘, welche von der Verfügung über Einkünfte und Ressourcen abhängt, die von der ‚Sorge um die Subsistenz dauerhaft entlasten. Bei den prekär Beschäftigten, die sich an der Schwelle der Respektabilität, gekennzeichnet durch die feste Arbeitsstelle und ein regelmäßiges Einkommen, bewegen, ist das nicht der Fall“ (Dörre 2006, S. 11/12).

Die Dynamik des Globalisierungsprozesses betrifft nicht nur die klassische Peripherie der ‚Länder des Südens‘, sondern setzt sich durch die Transformation der Staatlichkeit und den Prozess der De-Industrialisierung als zunehmende Peripherisierung in großen Teilen der industriellen Metropolen durch. Flankiert durch den Abbau des metropolitanen, fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat und kombiniert mit dem Druck der strukturellen Massenarbeitslosigkeit werden prekäre und informelle Arbeitsverhältnisse gezielt durchgesetzt, um die Kosten für die „Ware Arbeitskraft“ zu drücken.

Der mit diesem Trend einhergehende Deklassierungsprozess im großen Maßstab als Konsequenz der strategisch betriebenen und schon weitgehend implementierten Deregulierung schafft ein zunehmendes

Heer von „Warenmonaden“ in der Hülle der „neuen Selbstständigkeit“, atomisiert und von „Sicherheitsnetzen“ befreit. Es entstehen neue sich polarisierende Beschäftigungsgruppen: hochqualifizierten Marktsubjekten („Wissensarbeiter“ etc.) steht eine wachsende Gruppe der prekär Beschäftigten gegenüber, deren gesamte Existenz und Zukunft verunsichert ist. Dazu reproduziert sich diese objektive Klassenspaltung im Sinne der sozialen Vererbung. Die Vielfalt der prekären Existenzen nimmt national und international rasant zu und übt zugleich einen massiven Druck auf die schrumpfende Zahl der „Arbeitsplatzbesitzer“ aus. Die bloße Präsenz der Prekarität und des Ausschlusses induziert eine disziplinierende Wirkung bis in die „Zone der Integration“. Die massenhafte „Verwundbarkeit“ ganzer Bevölkerungsgruppen tritt aus der Peripherie der Gesellschaft heraus. Die „Modernisierungsdynamik“ bedroht zunehmend die gesellschaftliche Mitte („Destabilisierung des Stablen“, R. Castell, S. 357). Referenzpunkt und Medium der Maßstabsdiskussion ist das „fordistische Normalarbeitsverhältnis“, das sowohl durch die objektiven strukturellen Marktprozesse als auch durch die sozialpolitischen Interventionen zunehmend bedroht und in Frage gestellt wird: Sowohl die zunehmenden Attacken auf die (groß)industriellen Beschäftigungsverhältnisse (Siemens, DaimlerChrysler, Opel, Karstadt/Quelle, VW usw.) als auch die staatlichen Zwangsflexibilisierungen und Zwangsprekarisierung (Hartz-IV) bestätigen diese Logik. Prekarität ist also längst in der Mitte des Arbeitsmarktes angekommen; der tradierte Fokus fein säuberlich trennbarer Kern- und Randbelegschaften ist obsolet wie die naive Vorstellung, es gäbe einen klar abgrenzbaren Niedriglohnsektor. Die Strategie, soziale Sicherungsbedürfnisse als „Vollkaskomentalität“ zu diskreditieren, und durch permanente und lebenslange Flexibilisierungsanforderungen zu ersetzen ist formuliert, und flankiert diesen Prozess. Es wird deutlich, dass das fordistische Normalarbeitsverhältnis in historischer und globaler Perspektive eine Ausnahmeerscheinung war, d.h.: in kapitalistischen Gesellschaftsformationen gibt es keine Garantie für Arbeit und Existenzsicherungen. Die Existenz- und Reproduktionsbedingungen von Menschen sind prinzipiell entgarantiert. Deswegen meint Prekarisierung mehr als Verarmung, Niedriglohnsektor und Teilsegmente des Arbeitsmarktes. Prekarität ist vielmehr nur im Rahmen einer prinzipiellen und fundamentalen Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche in der neo-liberalen und globalisierten Epoche angemessen zu beschreiben, dessen Entwicklungsdynamik erst am Anfang steht. Diese Verunsicherung ist Programm und eigentliche Botschaft der „Agenda 2010“. Prekarisierung wirkt desintegrierend und als disziplinierende Kraft. Sie ist Macht- und Kontrollsystem einer gespaltenen Arbeitsgesellschaft, dessen Gräben sich strukturell weiter vertiefen.

Durch die arbeitsrechtlichen Maßnahmen, wie sie sich in der Gestalt der „Ich-AG’s“, Mini- oder Midi-Jobs manifestieren, findet dieser Niedriglohnsektor seine Ausweitung. Vollzeitjobs werden massiv in kostengünstige Mini-Jobs umgewandelt und sind zugleich ein notwendiger Zusatzverdienst für viele Beschäftigte im Niedriglohnsektor, um überhaupt monetär existieren zu können. Durch die „Ich-AG’s“ wird/wurde ein „Dienstleistungssektor“ geschaffen, der ökonomisch in die Zone der Prekarität eingestuft werden kann, und dieses oft mit einem hohen Ausmaß an Selbstaussbeutung.

Hartz-Gesetze und „Agenda 2010“ sind die flankierenden staatlichen Programme für den neoliberalen Umbau des Arbeitsmarktes mit gravierenden Konsequenzen für die strukturelle Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse. Dieses betrifft, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Betroffenheit, sowohl hochqualifizierte als auch unqualifizierte und prekäre Beschäftigte. Peter Glotz schrieb dazu in „Die Zeit“ (20/03):

„Die Wissensgesellschaft erweist sich als eine Gesellschaft des bewussten Ausschlusses vieler aus der modernen Arbeitswelt... Wir werden auf Dauer mit einer neuartig zusammengesetzten Unterklasse leben müssen...“

Als Fazit dieses Trends (in den Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme) resümieren Keller/Seifert:

„Der skizzierte Trend einer Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse wird sich in Zukunft fortsetzen. Hierfür spricht allein die Tatsache, dass die Politik diese Beschäftigungsverhältnisse fördert, weil sie sich einen wesentlichen Beitrag zur

Lösung der Arbeitsmarktprobleme erhofft. In dem Maße, in dem dieser Kurs fortgesetzt wird, verschärfen sich die Probleme der sozialen Sicherung. Deren Umbau ist nicht nur aus bekannten Gründen der demografischen Entwicklung notwendig, sondern auch wegen der sich verschärfenden Koordinaten des Beschäftigungssystems. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik sind wegen dieser Interdependenzen bei Reformschritten enger aufeinander zu beziehen. Ein Konzept, welches diese Anforderungen aufgreift, bietet Überlegungen zur Flexicurity. Zentrale Elemente dabei sind: Vorrang interner Formen der Flexibilität vor externen, Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung, Einführung eines Systems der Grundsicherung" (S. 239/240).

4. Verfestigung des „Niedriglohnsektors“ als Risikotrend zur chronifizierten Niedriglohnarmut

Schon seit Jahren steht die Schaffung von mehr Niedriglohn-Arbeitsplätzen für spezifische Zielgruppen auf der politischen Agenda, in der Hoffnung, dadurch mehr dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. So wächst seit 1997 der Anteil der Niedriglohn-Arbeitsverhältnisse unter den Vollzeitbeschäftigten mit der tendenziellen Entwicklung hoher Instabilität, kurzer Zeitdauer und vor allem für den Niedriglohnsektor strukturellen Gefährdung, dem Abgleiten und Verhaften in der sog. Niedriglohnfalle. Damit ist das Risiko einer chronifizierten Niedriglohnarmut und der abgeleiteten Konsequenz, zur Abfederung des Armutsrisikos durch Lohnsubventionen oder Sozialtransfers kompensatorisch gegenzusteuern zu müssen, hoch einzustufen.

Bei aller methodischen Differenzierung vorliegender Forschungsergebnisse (IAB: 17,4%; WSI: 23,8% IAT: 22%; OECD: 15,7%) lässt sich jedoch eine Trendaussage machen: Der Niedriglohnsektor wächst nicht nur, er verfestigt sich auch. Nach der IAB-Niedriglohnstudie sind Niedriglohnjobs tendenziell instabil, von kurzer Dauer, sind einer längerfristigen Arbeitsmarktintegration abträglich und fördern das Risiko der „Niedriglohnfalle“. Deutschland bildet im internationalen Vergleich eine Besonderheit und birgt nach Aussagen des Armutsberichts der Bundesregierung ein erhebliches Risiko, das Potenzial derer, die in die Armut abrutschen, zu erhöhen.

In einer Studie des WSI (im Auftrag des NRW-Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit) wird das Ausmaß und der Zusammenhang zwischen Niedriglöhnen, sozialen Mindeststandards und Tarifsystem dargestellt. Hiernach erhalten ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland (6,3 Mio Personen) einen Niedriglohn, also weniger als 75% des durchschnittlichen effektiven Vollzeitverdienstes. 4,2 Mio der Niedriglohnbezieher erhalten demnach einen Arbeitslohn zwischen 50 bis unter 75% des Durchschnittsverdienstes (Prekärlohne). Mit einem Lohn von weniger als 50% (Armutslohne) müssen rund 2,1 Mio Arbeitnehmer (rund 12% aller Vollzeitbeschäftigten) auskommen. Momentan arbeiten in Deutschland (Untersuchung des DIW 2006) 170.000 Menschen in einem Vollzeitjob für weniger als 4.50 Euro, 600.000 für weniger als sechs Euro, 1,3 Millionen für weniger als den Mindestlohn von 7.50 Euro. Berücksichtigt man das Potenzial von Teilzeitstellen (4,6 Millionen), die weniger als 7.50 Euro bekommen, dann wird ein millionenfaches Heer von „Niedriglöhnern“ sichtbar, das in seiner Heterogenität sicher exemplarisch an folgendem Beispiel zu charakterisieren ist:

„Manfred Sirch ist wie geschaffen für den Job. Lächelnd, höflich, vertrauensnerkend steht er vor der Tür und reicht dem Kunden die bestellte Pizza. Doch seine Qualitäten stehen nicht hoch im Kurs. „Ach ja, ich mit meinem Drei-Euro-Job...“, sagt er, und sein Tonfall changiert zwischen Resignation und Selbstironie. Sein Arbeitgeber, der Franchisenehmer einer Pizzakette ist, zahlt ihm 3.50 Euro pro Stunde. Das ist legal, in der Branche gelten keine Tarife, und andere Pizzabäcker zahlen auch nicht viel mehr.

3.50 Euro – bei acht Stunden Arbeit ergibt 28 Euro pro Tag. Mit einer 40- Stunden-Woche hätte Sirch also rund 616 Euro im Monat, brutto. Damit kommt er nicht aus. Die Folge: er arbeitet rund um die Uhr. Eine 60-Stunden-Woche ist für ihn ganz normal. So kam er im Januar auf 850 Euro brutto. Das macht, minus Sozialabgaben, 680 Euro netto. Für 243 Stunden Arbeit. Sirch würde mit seiner Freundin gern eine Familie gründen. Aber mit dem Einkommen geht das nicht‘.

Deutschlands Arbeitswelt befindet sich im Umbruch – weg von der Produktion, hin zu Dienstleistungen aller Art. In der Industrie haben Menschen mit einer geringen Qualifikation kaum noch Chancen, die entsprechenden Arbeitsplätze sind in

Billiglohnländer verlagert. Staatdessen wächst bei den Dienstleistern das Job-Angebot für einfache Tätigkeiten. Doch dort verdient man vielfach einen Hungerlohn...

Im Niedriglohnsektor grassiert die Angst. Wer dort einen Arbeitsplatz ergattert hat, der weiß, dass er leicht zu ersetzen ist. Als Pizzabote, Wachmann oder Putzfrau ist keine spezielle Qualifikation gefordert, und vor der Tür warten trotz des Aufschwungs immer noch Millionen Arbeitslose. Zudem sind die wenigsten Billiglöhner in der Gewerkschaft... In vielen Niedriglohnbranchen tragen die – ohnehin schlecht bezahlten – Arbeitskräfte einen Teil des unternehmerischen Risikos“ (Die Zeit, 1.3.2007, S. 22).

Nach neuesten Berechnungen des nordrhein-westfälischen Instituts für Arbeit und Technik über den Niedriglohnsektor bestätigt sich, was im vermeintlichen „Hochlohnland“ Deutschland am unteren Ende der Einkommenspyramide tatsächlich gezahlt wird. Nach diesen Berechnungen arbeiteten im Jahre 2004 in Deutschland 2,6 Millionen (9 Prozent der abhängig Beschäftigten) für weniger als die Hälfte des Durchschnittslohnes, also für weniger als einen Stundenlohn von weniger als 7,38 Euro im Westen und 5,37 Euro in den neuen Bundesländern. Diese Löhne bewegen sich an der Grenze oder deutlich unterhalb des Existenzminimums. Bei 400-Euro-Jobs sind Niedriglöhne nicht die Ausnahme sondern die Regel. Teilzeitbeschäftigte und Minijobber würden besonders schlecht bezahlt, und zwar unabhängig von ihrer Qualifikation. Das waren die Zahlen von 2004. Zwischenzeitlich sinken die Löhne am unteren Ende der Lohnpyramide dramatisch weiter. Experten sprechen von einer durchschnittlichen Lohnsenkung von durchschnittlich 15 Prozent binnen eines Jahres. Damit liegen die Angebote deutlich unter den Tariflöhnen. Aber auch die Löhne für qualifizierte Arbeit sinken signifikant. (Stuttgarter Zeitung 22.6.2006).

Auf dem Hintergrund der vorliegenden Daten kann die Hypothese formuliert werden, dass ein Niedriglohnsektor nicht erst geschaffen werden muß, sondern heute schon ein Massenphänomen ist, und dass die neoliberale Forderung (exemplarisch Ifo-Chef Sinn) nach einer massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors (um eine weitere Jobgefährdung zu vermeiden) ein Widerspruch in sich bleibt, da trotz der Existenz eines großen Niedriglohnsektors die Massenarbeitslosigkeit in diesen Arbeitsmarktsegment unvermindert hoch ist, und die Arbeitskosten-Differenzen zu EU-Beitrittsländern und -Kandidatenländern unüberbrückbar hoch ist. Nach der IAT-Studie (2006) hat sich im Zeitraum 1999-2004 die Beschäftigungsstruktur dergestalt strukturell verändert, dass der Anteil der Vollzeitstellen um 6,6% zurückgegangen ist, die Teilzeitstellen um 17,6% und die Minijobs um 31,6% angestiegen sind. Insofern lässt sich statistisch die These untermauern, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland normale Beschäftigung verdrängt, die Sozialversicherungssysteme schwer schädigt und der Binnenkonjunktur schadet (Verminderung der Massenkaufkraft). Eine weitere Anpassung an die von neoliberalen Repräsentanten geforderte Lohnstruktur nach unten würde das deutsche Sozial- und Gesellschaftssystem vollends destabilisieren (siehe Schäfer 2003).

Eine Analyse der Aufstiegsmobilität im Niedriglohnsektor ist sehr aufschlussreich:

„Nach fünf Jahren war gut ein Drittel (33,7%) nicht (mehr) sozialversicherungspflichtig beschäftigt, etwa wegen Rückzug aus dem Erwerbsleben oder wegen Selbständigkeit. Über ihren genauen Verbleib erlauben die Daten jedoch keine Aussage... Entscheidend für die Ausgangsfrage ist die Verdienstposition dieser weiterhin Vollzeitbeschäftigten im Jahre 2001... ein knappes Drittel hat den Sprung über die Niedriglohnschwelle geschafft, gut zwei Drittel gehören immer noch (oder wieder) zu den Geringverdienern“ (S.3).

So lässt sich nach der IAB-Analyse zwischen den Vergleichszeiträumen 1986-1991 und 1996-2003 eine deutliche Abnahme der Lohnmobilität und eine Tendenz zur Verfestigung der Niedriglohnbeschäftigung feststellen. Im internationalen Vergleich OECD und EU (European Commission 2004) fällt auf, dass in Deutschland (im europäischen Vergleich) die Aufstiegswahrscheinlichkeit am geringsten ist.

Die Analysen belegen einen Trend, dass mit negativer Aufstiegsmobilität das Risiko der Niedriglohnarmut wächst, und immer mehr Beschäftigte in der „Niedriglohnfalle“ festsitzen, und sich das Armutsrisiko chronifiziert.

Wenn auch die Zunahme der Minijobs als „beschäftigungspolitischer Erfolg“ verkauft (Anstieg von 2004-2005 um 25%) wird, ist doch die Bilanz ernüchternd. Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates (2005/2006) wird explizit darauf hingewiesen, dass dieser strukturelle Beschäftigungstrend signifikante Verdrängungseffekte für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und keine Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt ausübt. Deshalb wird die Empfehlung ausgesprochen, diese im Nebenerwerb abzuschaffen, zumal die Zunahme im Nebenerwerb den Hauptanteil darstellt. Zugleich wurde im Koalitionsvertrag (2005) die Prüfung eines Kombilohn-Modells festgeschrieben, mit dem die Hoffnung einhergeht, den Niedriglohnsektor aus- und die Arbeitslosigkeit abzubauen zu können. Mini- und Midijobs können als subventionierte Form der Beschäftigung im Sinne des Kombilohnes interpretiert werden.

Minijobber sind aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, und den Beiträgen an die GRV stehen nur minimale Rentenansprüche gegenüber, der Zufluss aus der Arbeitslosigkeit (Wechsel in einen sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplatz) ist marginal, zugleich produzieren Minijobs primär Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte und erweisen sich als berufliche Sackgassen und Qualifikationsfallen, und verschärfen den geschlechtsspezifischen Segregationsprozess am Arbeitsmarkt (Bäcker/Koch 2003). Zugleich lässt sich ein negativer Einfluss auf das allgemeine Lohnniveau belegen (Sitte 2000).

Der politisch forcierte Ausbau des Niedriglohnsektors ist getragen durch das neoliberal geprägte Paradigma („Faktorpreisangleichungsthese“, Prof. Sinn), dass im internationalen Wettbewerb die Arbeitskosten-Differenzen viel zu groß sind, und dass nur eine radikale Senkung der Arbeitskosten/Lohnkosten die Wettbewerbsfähigkeit sichern könne. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zeigt jedoch, dass die von der neoliberalen Mainstream empfohlene Entwicklung eines noch größeren Niedriglohnsektors in Deutschland wenig im Wettbewerb mit den osteuropäischen und südostasiatischen Lohnräumen ausrichten kann, es sei denn, die Löhne würden trotz der vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten so niedrig angesetzt, dass sie das deutsche Sozial- und Gesellschaftssystem weiter strukturell polarisieren würde. Insofern ist die dem Konzept des Niedriglohnsektors unterlegte „Faktorangleichungsthese“ ein wenig tragfähiges konzeptionelles Fundament, dessen Auswirkungen jedoch schon heute gravierend sind:

- Obwohl Deutschland heute schon ein Niedriglohnsektorland ist (Studie Institut für Arbeit und Technik, 2006, geht von mehr als 6 Millionen oder 21% aller Beschäftigten aus), steht ein weiterer Ausbau auf der politischen Agenda. Das Hauptargument, Niedrigqualifizierten zur Arbeit zu verhelfen, stimmt nicht mit der empirischen Realität überein (ca. ein Viertel der Niedriglöhner ist ohne Berufsausbildung). Zugleich verdrängt der Niedriglohnsektor normale Beschäftigung.
(http://www.jjahnke.net/body_niedrig.html, S. 2).
- Der Mangel an Billigjobs ist nicht der Grund für die relativ hohe Arbeitslosenquote gering Qualifizierter. Wenn also die hohe deutsche Arbeitslosenquote nicht mit zu hohen Löhnen erklärt werden kann, dann können z.B. Kombilöhne (die aus Unternehmenssicht wie eine Lohnsenkung wirken) auch keine positiven gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte haben, und werden durch die fiskalischen Belastungen der „öffentlichen Hand“ eine schwerwiegende monetäre Hypothek. Insgesamt fallen die Netto-Beschäftigungseffekte von Kombilöhnen eher bescheiden aus; Mitnahme- und Verdrängungseffekte schmälern die Beschäftigungswirksamkeit. Viele Unternehmer verwandeln schon jetzt normale Arbeitsplätze in Minijobs (400 Euro), und sparen damit durch die geringe Entlohnung, den Wegfall der Sozialversicherungsbeiträge und Steuern bei den Arbeitnehmern. Auch der Anteil der Alg II-Empfänger steigt ständig. Die Tendenz zum Lohndumping wächst.
- Trotz anspringender Konjunktur (Exportorientierung) gehen immer mehr versicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sep. 2006). Die

wichtigsten Gründe für diesen Trend sind die Arbeitslosigkeit und das Anwachsen des Niedriglohnsektors.

- Niedriglöhne schaden der Binnenkonjunktur. Ein wachsender Niedriglohnsektor, der reguläre Beschäftigung verdrängt, vermindert die Massenkaukraft und ist einer der zentralen Gründe für die seit Jahren andauernde Stagnation der Binnennachfrage (weniger Kaufkraft, weniger Wachstum, noch mehr Arbeitslosigkeit). Zugleich hilft der Niedriglohnsektor wenig im Wettbewerb mit Niedrigstlohnländern.
- Die SPD will durch die Subventionierung von Armutslöhnen den Niedriglohnsektor ausweiten. Das von ihr favorisierte Bofinger/Walwei-Modell (Grundlage der „Bremer Erklärung“ der SPD vom 6.1.2007) würde für viele Arbeitslosengeld-II-Bezieher Verschlechterungen bringen. Das Modell zielt auf mehr Beschäftigung im Niedriglohnsektor durch noch niedrigere Löhne. Die Abwärtsspirale beim Lohn würde nicht gestoppt sondern noch beschleunigt. Das zentrale Ergebnis wäre eine staatlich organisierte und subventionierte weitere Umverteilung zu Lasten der Löhne und zugunsten der Arbeitgeber und Gewinne. Das Bofinger/Walwei-Modell („negative Einkommenssteuer“) würde zur Ausweitung und Subventionierung von Armutslöhnen führen. Insofern folgt der SPD-Vorstand der üblichen neoklassischen bzw. neoliberalen Grundauffassung, dass Arbeitslosigkeit das Ergebnis zu hoher Entgeldansprüche ist. Obwohl die Ausweitung des Niedriglohnsektors statistisch signifikant ist, ist die Zahl der gering qualifizierten Arbeitslosen und die Langzeitarbeitslosigkeit angestiegen. Gegen den von der SPD forcierten Trend zur Ausweitung des Niedriglohnsektors ist anzuführen:
 - Der bisherige problematische Trend würde noch weiter verschärft, und Kosten in Höhe von ca. vier Milliarden Euro zur Folge haben (bei unklaren Beschäftigungsverhältnissen).
 - Die Abwärtsspirale bei den Löhnen würde sogar noch beschleunigt.
 - Eine weitere Konsequenz wäre eine weitere Umverteilung zu Lasten der Löhne zugunsten der Arbeitgeber und Gewinne.
 - Mehr Niedriglöhne beschleunigen die Spirale nach unten: noch weniger Kaufkraft, weniger Wachstum, noch mehr Arbeitslosigkeit.
 - Das Bofinger/Walwei-Modell bringt weder einen Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis, sondern die Ausweitung und Subventionierung von Armutslöhnen.

Grundlegend lässt sich der Prozess im Niedriglohnsektor mit den Ausführungen des IMK-Reports (März 2006) wie folgt abschließend charakterisieren:

„Weil in Deutschland insgesamt – also auch in mittleren und höheren Gehaltsklassen – Arbeitsplätze fehlen, verdrängen qualifizierte Arbeitskräfte Ungelehrte aus schlecht bezahlten Positionen. Ein Mangel an Billigjobs ist demnach nicht der Grund der relativ hohen Arbeitslosenquote gering Qualifizierter. Die Arbeitskosten haben sich in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland sowohl gemessen an den Gewinnen als auch im Vergleich zu anderen Industrieländern sehr moderat entwickelt. Wenn die hohe deutsche Arbeitslosenquote jedoch nicht an zu hohen Löhnen liegt, dann können Kombilöhne – die aus Unternehmenssicht wie eine Lohnsenkung wirken – auch keinen positiven gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekt haben und werden die fiskalischen Belastungen durch Kombilöhne zu einer schweren fiskalischen Hypothek für die öffentliche Hand.

Viele Unternehmen verwandeln schon jetzt normale Arbeitsplätze in Minijobs... und sparen damit dreimal: geringere Entlohnung, keine Beiträge zur Sozialversicherung und Steuern bei den Arbeitnehmern und damit Bereitschaft zu niedrigeren Löhnen. Ebenso verläuft die Verwandlung in Niedriglohnarbeitsplätze.

Auch der Anteil der ALG II-Empfänger mit Beschäftigung steigt ständig. Ein Grund für den Anstieg liegt bei Unternehmen, die zunehmend die Regelungen von Hartz IV missbrauchen, um Vollzeitstellen zu streichen und Lohndumping zu betreiben. Im Ergebnis profitieren immer mehr Unternehmen in Deutschland davon, dass der Staat Niedriglöhne subventioniert... Und angemessene Mindestlöhne wie in vielen anderen Ländern, z.B. Frankreich oder Großbritannien, die den Missbrauch abwehren könnten, gibt es in Deutschland nicht. Im besonders starken Anstieg der Zahl der ALG II-Empfänger mit niedrig bezahlter Beschäftigung drückt sich u.a. auch diese Verirrung am deutschen Arbeitsmarkt aus“

(in: http://www.jjahnke.net/body_niedrig.html, 11.01.2007, S. 4-5).

5. Langzeitarbeitslosigkeit, Hartz-IV und „Flexicurity“

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein strukturelles und ansteigendes Problem in Deutschland. Im Jahre 2005 waren 56 Prozent aller Erwerbslosen schon länger als ein Jahr arbeitslos und damit in der Logik von Hartz-IV gefangen. Somit wird das Ausmaß relativer Einkommensarmut reformbedingt steigen (Becker/Hauser 2006).

Die Selektivität der Absicherung bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenversicherungsleistungen und bedarfsgeprüfte Anschlussleistungen) lässt sich im europäischen Vergleich nach Aust (2006) wie folgt typisieren:

- In Griechenland, Ungarn, Italien und der Tschechischen Republik ist das soziale Recht auf materielle Existensicherung bislang nicht (vollständig) umgesetzt worden.
- In Großbritannien und Irland werden bedarfsgeprüfte Leistungen ausgezahlt, die sich am Ziel der Armutsvermeidung orientieren. Dennoch sind soziokulturelle Mindestnormen der sozialen Teilhabe nicht verbindlich.
- In Schweden, Deutschland und Österreich wird eine „ausreichende Absicherung“ jenen Personen zu Teil, deren Beschäftigungsverhältnisse der jeweiligen Schutznorm des Arbeitslosenversicherungssystems entsprechen. Der Übergang von Lohnersatzleistungen zu bedarfsgeprüften Anschlussleistungen bedeutet massive Einschnitte in die finanziellen Ressourcen und in die biografische Perspektive.
- Nur in Dänemark ist die Phase der Erwerbslosigkeit auf hohem Niveau abgesichert (sowohl für Kurz- als auch für Langzeitarbeitslose, wenn auch die Bezugsdauer von Arbeitslosenversicherungsleistungen auf vier Jahre gekürzt wurde).

Auf diesem Hintergrund kann von gravierenden Unterschieden im europäischen Kontext ausgegangen, und ein Handlungsbedarf hinsichtlich angemessener sozialer und materieller Absicherungen und des Rechts auf Bildungs- und Arbeitsförderung signalisiert werden. Die jüngst in Deutschland verabschiedeten Reformen (Hartz-IV) weisen allerdings in eine konträre Richtung, und widersprechen damit massiv dem Anspruch des Prinzips „Flexicurity“ (zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene): Verbesserung der beruflichen Weiterbildung, Beratung und Vermittlung mit dem Ziel einer verstärkten (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt:

„Der selektiven Ausgestaltung passiver Leistungen stehen einseitig repressive Maßnahmen zur Aufnahme von Beschäftigung im Niedriglohnsektor oder Arbeitsgelegenheiten gegenüber. Ein positiver Anspruch auf Integrationsmaßnahmen wurde bislang nicht verwirklicht. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sind grundsätzlich ‚Kann-Leistungen‘, und die Arbeitsförderung im Fürsorgebereich beschränkt sich auf öffentliche Arbeitsgelegenheiten, die kein Beschäftigungsverhältnis begründen, sowie das Einstiegsgeld. Als besonders problematisch für Langzeitarbeitslose erweist sich dabei die verschärfte Vorschrift über die sofortige Vollziehbarkeit von Verwaltungsakten, die kein Widerspruchsrecht einräumt, wenn es um die Reduzierung der existenzsichernden Leistung geht. Eine angemessene Weiterentwicklung des deutschen Systems der Absicherung von Arbeitslosigkeit hätte insbesondere die staatsbürgerlichen Grundlagen der Hartz-Gesetzgebung zu überdenken, um Langzeitarbeitslosen über eine ausreichende Finanzierung und das Recht auf positive Integrationsmaßnahmen soziale Teilhabe zu ermöglichen“ (Judith Aust, 2006, S. 459).

6. Niedriglohndynamik im Hartz-IV-Konzept und weitere Verschärfungen

Unter dem Motto „Arbeit zu jedem Preis im Niedriglohnsektor“ wird die arbeitsmarktpolitische Debatte auf die nächste Stufe gehoben. Es ist danach beabsichtigt, die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt so zu ändern, dass sie den Modellen der USA und Großbritanniens entsprechen. Nur so sei das

„deutsche Leiden“, Wachstum ohne Arbeit („Jobless Growth“), aufzuheben. Die alte „Arbeit-durch-Wachstum-Strategie“ sei gescheitert. So gilt der Umkehrschluß, nämlich erst den Arbeitsmarkt zu reformieren, damit die Menschen wieder in Arbeit kommen, um damit mehr Wachstum zu erreichen. Diese in der CDU-Programmschrift „Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen“ trägt im Wesentlichen die neoliberale Handschrift des Chefs des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn. Nur wenn es gelingt, so die Autoren, die Beschäftigung zu steigern, sei der Teufelskreis zu durchbrechen, nämlich, dass sinkende staatliche Einnahmen durch Steuerausfälle einhergehen mit steigenden Belastungen durch die Kosten der Unterbeschäftigung. Die Diskussion um den Kombilohn weist in diese Richtung.

Deswegen bedarf es noch einmal einer Überarbeitung von Hartz-IV, da dieses Gesetz wenig dazu beigetragen habe, dass Arbeitslose einen Job annehmen. Der identifizierte Grund ist aus der Sicht der Autoren, dass es für Bezieher niedriger Einkommen unattraktiv ist, überhaupt Arbeit anzunehmen. Deswegen wollen Unionsstrategen den brachliegenden Niedriglohnsektor durch einen „Kombilohn“ erschließen. Staatliche Zuschüsse sollen niedrig entlohnte Arbeit attraktiver machen. Diese Zielsetzung wird durch den „Hamburger Appell“ zur Einführung von Kombilöhnen unterstützt und von der CDU in dem Modell der „Aktivierenden Sozialhilfe“ publiziert – mit dem Anspruch des Ifo-Chefs Sinn, die Arbeitslosigkeit um die Hälfte zu reduzieren. Dieses System funktioniert ähnlich wie das „Earned Income Tax Credit“ in den USA. Ziel ist es, die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu verstärken. Doch

„das Modell hat einen Haken: Es kostet den Staat mehr als 20 Milliarden Euro. Um das ganze finanzierbar zu halten, schlägt das Ifo-Institut deshalb vor, das Arbeitslosengeld II im Schnitt um 30 Prozent zu kürzen. Die damit verbundenen Einsparungen können dann die Kosten unter Umständen sogar überkompensieren. Weil von der niedrigeren Stütze aber tatsächlich viele nicht mehr leben könnten, muß jedem Arbeitsfähigen ein Arbeitsplatz angeboten werden. Hier liegt ein zweites Risiko: Denn die Modellrechnung gründet sich auf die Hoffnung, dass die Unternehmen in dem Ausmaß Jobs schaffen, wie die Arbeitnehmern bereit sind, für geringe Bruttolöhne zu arbeiten. Wenn sich diese Wirkung nicht einstellt, muß jedoch der Staat einspringen. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der kommunalen Jobs ins Unfinanzierbare steigt... Doch den Unionsstrategen ist bewusst: Ohne die Entwicklung eines Niedriglohnsektors wird sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht spürbar senken lassen. Insbesondere die gering Qualifizierten, die einen erheblichen Anteil der Langzeitarbeitslosen ausmachen, sind auf solche Angebote angewiesen. Rund 2,4 Millionen Arbeitslose gehören zu dieser Problemgruppe...“

Auch wenn der Kombilohn eine der wichtigsten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein wird, ganz allein wird er die Probleme des Arbeitsmarktes nicht lösen. Die Reformen müssen an vielen Hebeln ansetzen, um eine Trendwende bei der Beschäftigung zu bewirken. Denn die wirkliche Lage auf dem Arbeitsmarkt ist noch viel desaströser, als die offiziell gemeldeten 4,7 Millionen Arbeitslosen indizieren. Berücksichtigt man auch die versteckte Arbeitslosigkeit... dürfte das wirkliche Jobdefizit sogar rund neun Millionen betragen... Den gewaltigen Reformbedarf zeigt auch die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ihre Zahl lag im April nur noch bei 26,3 Millionen, fast 2,5 Millionen weniger als 1993. Parallel dazu ist die Zahl der Transferempfänger kontinuierlich gestiegen: Lebten 1993 rund 21 Millionen Menschen in Deutschland (26 Prozent der Bevölkerung) von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder Rentenzahlungen, sind es elf Jahre später schon 26,6 Millionen (32 Prozent). Mittlerweile steht das System auf der Kippe: Im vergangenen Jahr lebten in Deutschland zum ersten mal mehr Menschen von Transfers, als es sozialversicherungspflichtige Jobs gab... Eine gefährlich gesellschaftliche Entwicklung“ (Wirtschaftswoche, 28/2006, S. 26).

Um aus dieser Situation herauszukommen, bedürfe es, so die neoliberalen Strategen, einer Lockerung des Kündigungsschutzes, einer stärker betrieblich orientierten Lohnpolitik (Aufhebung des Flächentarifvertrages) und einer vollkommenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Dass durch den Zwang zur Großen Koalition der neoliberale Durchstart erschwert ist, belegt noch nicht das Ende dieser Absicht.

Unabhängig von der Plausibilität des wirtschaftspolitischen Konzeptes lässt sich jedoch festhalten, dass die quantitativen Dimensionen des Niedriglohnsektors enorm erweitert werden sollen, und damit die Erkenntnisse der IAB-Untersuchung in neuen Größenordnungen reflektiert werden müssen. Die schon vorhandenen und zukünftigen Entwicklungen im Niedriglohnsektor sind eine zentrale Fundierung der Arbeitshypothese der arbeitsmarktinduzierten Marginalisierungs-/Exklusionsprozesse in und im Grenzbereich der „Niedriglohnfalle“.

7. Resümee: Verfestigung der Niedriglohnfalle

Empirische Tatsache ist, dass der aktuelle „Aufschwung am Arbeitsmarkt“ an den Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten vorbeigeht. Zwischenzeitlich machen beide Gruppen fast zwei Drittel der gesamten Arbeitslosigkeit in Deutschland aus, ohne dass die bisher eingesetzten oder geplanten Arbeitsmarkt-Instrumente relevante Effekte erzeugt hätten. Unabhängig von den konzeptionellen und politischen Differenzen der Parteien der Großen Koalition lässt sich folgende Bewertungen zusammenfassend festhalten:

1. Im Prinzip bestehen schon heute eine Reihe von Kombilohnmodellen, deren Arbeitseffekte als negativ zu bilanzieren sind. Das Arbeitslosengeld II selber ist ein Kombilohn (derzeit rund 900 000 „Aufstocker“) mit bekannten Effekten. Die „Eingliederungszuschüsse“ für Arbeitgeber sind anfällig für Mitnahmeeffekte (siehe Expertise des Sachverständigenrates). Und die Entgeltsicherung für Ältere („Initiative 50 plus“) ist sozialpolitisch sinnvoll aber teuer.
2. Bisherige Programme haben sichtbar nicht dazu beigetragen, den Problemgruppen am Arbeitsmarkt signifikant zu helfen. Anstatt eine solide Mindestlohnlösung nach internationalem Standard politisch zu implementieren, empfehlen die neoliberalen Hardliner (Sachverständigenrat, Ifo-Institut und Repräsentanten der CDU/CSU) einen verschärften Kurs gegenüber den „Drückebergern“: Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II soll um 30 Prozent gekürzt werden, um Arbeitslosen mehr „Anreiz“ zu geben, reguläre Jobs im deregulierten Niedriglohnsektor anzunehmen. Somit könnten 350 000 neue Jobs geschaffen werden, falls der Staat „übergangsweise“ neue Stellen schaffe, bis im Markt neue Jobs entstanden sind. Das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) koppelt den Bezug des Arbeitslosengeldes II generell an die Verpflichtung, gemeinnützige Arbeiten zu verrichten. (Wirtschaftswoche 16.10.2006, S. 28).
3. Das System befindet sich in einem circulus vitiosus: Verlangt das Marktsystem benchmarkorientierte Niedrig(st)löhne, ohne die die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sei, bewegen sich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker im Spannungsfeld zunehmender politischer Legitimationsprobleme (Armutsdebatte, Rückgang sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse etc.) und „wirtschaftspolitischer Vernunft“. Ein Entrinnen aus diesen Widersprüchen ist nicht in Sicht, da die „Standortfrage“ diesen Prozess marktlogisch löst, mit der Konsequenz einer Ausweitung und Verfestigung der „Niedriglohnfalle“ und zunehmender Perspektivlosigkeit für die Betroffenen. Der Streit geht quer durch die Parteien, die Konzeptionslosigkeit auch. Der Widerspruch zwischen marktstrukturellen Entwicklungen, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Interventionsansätzen und der banalen Tatsache, dass die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften für diese Zielgruppen immer größer wird, entwickelt sich zu einem Antagonismus, solange die Ware Arbeitskraft dem kapitalistischen Gesetz (global) der Kostenminimierung unterworfen bleibt.

8. Arbeitsmarkt-„Reformen“ und das Anwachsen der „Working poor“

In seiner Regierungserklärung zur „Agenda 2010“ kündigte Bundeskanzler Schröder einschneidende Maßnahmen an und betonte: *„...wir haben die Zeit- und Leiharbeit von bürokratischen Beschränkungen befreit und so ausgewertet, dass die Unternehmer ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften flexibel decken können“*. Mit dieser „Aufhebung bürokratischer Beschränkungen“ wird der Korridor für ein zentrales Unternehmensziel eröffnet, die Leiharbeit in Deutschland von derzeit 1,2% auf 5% auszuweiten, die Beschäftigungsverhältnisse unter Aufhebung der Schutzbestimmungen des Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes zu flexibilisieren und durch Kostensenkung, Lohneinsparung und weitgehender Entrechtung als Ware Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Die so in Leiharbeiter Verwandelten unter-

liegen dem Zwang, jede Arbeit anzunehmen. Es geht also nicht mehr um die Vermittlung von Arbeitslosen, sondern um deren Vermarktung. Ziel ist die Schaffung eines stabilen Niedriglohnsektors, dessen Niedriglöhne auf das Niveau der Sozialhilfe gedrückt werden. Durch die arbeitsrechtlichen Maßnahmen, wie sie sich in der Form von „Ich-AG“, „Mini und Midi-Jobs“ ausdrücken, findet dieser Niedriglohnsektor seine formelle Ausweitung. „Hartz-IV“ und „Agenda 2010“ sind die flankierenden staatlichen Richtlinien für den neoliberalen Umbau des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsverhältnisse. Peter Glotz schrieb dazu:

„Die Wissensgesellschaft erweist sich als eine Gesellschaft des bewussten Ausschlusses vieler aus der modernen Arbeitswelt (...) Wir werden auf Dauer mit einer neuartig zusammengesetzten Unterklasse leben müssen“ (Die Zeit 20/03).

Dieser arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Trend definiert sich durch das wachsende Potential von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit keinen existenzsichernden Lebensunterhalt realisieren können, und deshalb mit dem Fachterminus „Working Poor“ (arbeitende Arme) belegt werden. Ursachen dieser Lebenslagen sind im Wesentlichen prekäre Arbeitsverhältnisse aufgrund stabiler Strukturkrisen des Arbeitsmarktes. Merkmale prekärer Arbeitsverhältnisse sind: geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, niedrig entlohnte Tätigkeit, Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit und/oder im Haushalt lebende Familienmitglieder oder mit geringem eigenem Einkommen („Kinder als Armutsrisiko“).

Vor allem im Dienstleistungsbereich wächst der Anteil der Geringqualifizierten und schlechtbezahlten Beschäftigten. Nach dem Motto „Die Löhne sind zwar niedrig, aber vielen Unternehmen immer noch zu hoch“ belegt eine repräsentative Umfrage (20.000 Unternehmen) des Deutschen Industrie- und Handelstages (2006), dass die vermeintlich zu hohen Arbeitskosten immer noch als die Beschäftigungsbremse Nummer eins für geringqualifizierte Jobs sind. Zwei Drittel der befragten Betriebe würden zusätzlich Geringqualifizierte einstellen, wenn die „Beschäftigungshindernisse“ (Lohnzusatzkosten, Befristung und Kündigungsschutz, Motivation der Bewerber) beseitigt würden. Nach Erhebungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) in Gelsenkirchen öffnen sich für Geringqualifizierte (wenn überhaupt) im Dienstleistungsbereich (FriseurInnen, KellnerInnen, Putzpersonal etc.) neue Perspektiven unter Niedriglohnbedingungen. In manchen Branchen werden selbst niedrigste Löhne noch weiter nach unten gedrückt, so dass „Der Spiegel“ von „vorindustrieller Ausbeutung“ spricht (2/2007: 68). Das Potenzial zur „Niedriglohnarmut“ wird nach Untersuchungen des IAB (Forschungsbericht zur Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – 2006) zwischenzeitlich auf 7 Millionen beziffert, und durch die vom Europäischen Parlament (11/2006) verabschiedete Dienstleistungsrichtlinie (tritt 2009 auch in Deutschland in Kraft) weiter verschärft. Dann wächst der Druck auf die Löhne weiterhin (Mini- und Dumpinglöhne ausländischer Firmen).

Zur Bewältigung der Beschäftigungskrise erscheint für Klaus F. Zimmermann die Etablierung eines Niedriglohnsektors zwingend geboten, da Deutschland bei der Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Arbeitsloser besonders schlecht positioniert ist. 1,5 Millionen gering qualifizierter Arbeitsloser machen fast 40% aller Arbeitslosen aus:

„Die schlechten Beschäftigungschancen der Geringqualifizierten werden sich auf mittlere Sicht aller Voraussicht nach noch weiter verschärfen, da die Nachfrage nach ihrer Arbeitsleistung aufgrund von Rationalisierung und internationalem Wettbewerbsdruck kontinuierlich zurückgeht. Deshalb muß im Falle arbeitsmarktpolitischer Passivität davon ausgegangen werden, dass sich die Schere zwischen geringer und höher Qualifizierten künftig immer weiter öffnet. Während qualifizierte Kräfte zunehmend fehlen, werden Geringqualifizierte zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht werden. Dies setzt einen Sprengsatz an das gesellschaftliche System und die marktwirtschaftliche Ordnung. Die Arbeitslosigkeit ist in erster Linie kein Problem der Vermittlung, sondern eine Folge fehlender Arbeitsanreize. Stärker fällt gar noch ins Gewicht, dass eine ausreichende Nachfrage nach geringer Qualifizierten fehlt“ (Klaus F. Zimmermann 2003, S. 11).

Hierbei muß das Bild korrigiert werden, es handele sich um ein klar abgrenzbares Segment des Arbeitsmarktes, denn faktisch vollzieht sich die Ausweitung von Niedriglöhnen aus der „Mitte“ des

Arbeitsmarktes heraus, zumal der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Rollback (sinkende Nettorealeinkommen, Abbau sozialer Sicherungssysteme, Angriffe auf Tarifsyste me etc) eine sukzessive Verschlechterung der ‚normalen‘ Reproduktionsbasis zur Konsequenz hat. Während also im Bereich der Vollzeitbeschäftigung schlecht bezahlte und – in deutlich geringerem Umfang – sehr gut bezahlte Arbeit zunehmen, erodiert der gesamte Bereich der mittleren Einkommen, also der Bereich der tradierten „normalen“ Lohnarbeitsverhältnisse. Die Tarifpolitik selbst hat einen guten Teil dazu beigetragen, dass der Niedriglohnsektor in der Mitte des Normalarbeitsverhältnisses angekommen ist. Die Behauptung, in Deutschland fehle es an einem Niedriglohnsektor, ist empirisch nicht haltbar. Dagegen spricht der sich ausweitende Sektor tariffreier Beschäftigungsverhältnisse. Und dagegen sprechen schließlich die vielfältigen neuen Beschäftigungsformen, insbesondere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeitsverhältnisse, scheinselbständige Arbeitsverhältnisse usw.

Wenn vom „Niedriglohnsektor“ und von „Billigjobs“ die Rede ist, dann bezieht sich das häufig auf den Bereich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, also die „400-Euro-Jobs“ oder auch „Minijobs“. Seit der Neuregelung durch Hartz-IV ist deren Zahl sprunghaft gestiegen.

Vogel (2004) belegt in seinen neuen sozialwissenschaftlichen Befunden zur Leiharbeit ein zusätzlich wachsendes Potential prekärer Beschäftigungsformen. In ihrer Analyse durchleuchten sie die Dynamik der Leiharbeits- und Personal-Service-Agenturen und dokumentieren die Erfahrungen und Perspektiven von Leiharbeitskräften. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der Leiharbeiter/innen verdreifacht. Hierbei verschiebt sich der Schwerpunkt vom industriellen Sektor in den Dienstleistungssektor. Obwohl dieses Segment im europäischen Vergleich noch am Ende der Skala liegt, steigt die Nachfrage nach dieser Beschäftigungsgruppe unaufhörlich an. Die Rahmenbedingungen über Hartz-IV werden diesem Prozeß die notwendige Dynamik verleihen.

Auch reguläre Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor sind zu berücksichtigen. Im Herbst 2003 hat rund ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland für Niedriglöhne gearbeitet. 6,3 Mio bzw. 35,9% aller Vollzeitbeschäftigten haben nach Erhebungen des WSI einen Niedriglohn-Job. Niedriglöhne streuen breit über alle Alterstufen und Qualifikationsmerkmale. Auch sind Niedriglöhne keineswegs eine Domäne des Dienstleistungsbereichs. Niedriglöhne sind nicht auf einzelne Segmente beschränkt, wenn auch ihre Schwerpunkte in der Land- und Forstwirtschaft (38,9%) und in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (32,1%) liegen. Eine Prekarisierung ganz normaler Vollzeitbeschäftigungen (Flexibilisierungsregelungen, Auflösung des Flächentarifvertrages, Lohnsenkungen, Lohnspreizungen etc.) werden genauso die gesellschaftliche Landschaft prägen wie die Vielzahl „klassischer“ prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs, Leih- und Heimarbeit, Ich-AGs usw. (Schäfer 2003).

In der unteren Stufe dieser Hierarchie bewegen sich zunehmend Tagelöhner (vom DGB zwischenzeitlich auf 80 000 geschätzt – mit wachsender Tendenz), die nach dem Motto „Willig und billig“ jede Kondition zum Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft akzeptieren. Erfasst ist jedoch mit dieser Quote nur der Teil der „Sichtbaren“ (offizielle Vermittlung durch Arbeitsagenturen), während sich ein „Heer der Unsichtbaren“ über Internet, „Abholmärkte für Arbeiter“, „Männer-Schnelldienste“ verdingt, und sich in existentieller Lohnkonkurrenz zu osteuropäischen Lohnarbeitern bewegen: „Prekärer geht immer“ (Der Spiegel 52/2006).

9. Arbeitslosigkeit und strukturelle Ausgrenzungen

Stellt(e) für die Mehrheit der Arbeitslosen der Verlust des Arbeitsplatzes eine biographische Übergangsphase dar, die mit einer Rückkehr ins Arbeitsleben wieder beendet werden konnte (also nicht zwangsläufig in eine gesellschaftliche Marginalisierung oder Ausgrenzung führte), so lässt sich an der wachsenden Zahl der Langzeitarbeitslosen ablesen, dass bei einem immer größer werdenden Anteil

von Arbeitslosen der Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt zu einem wesentlichen Merkmal der Erwerbsbiographien wird. Die Realität der Langzeitarbeitslosigkeit ist weit tiefer in die Gesellschaft eingedrungen, als es aus den amtlichen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, den soziökonomischen Panels (SOEP) 2) ersichtlich wurde/wird. Vor allem in Ostdeutschland zeigt sich schon heute, dass diejenigen, die ihre Arbeit für einen längeren Zeitraum verloren haben, der Gefahr unterliegen, dauerhaft keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr zu finden, d.h. schrittweise definitiv ausgesteuert werden. Insofern hat die wachsende quantitative Dimension in den neunziger Jahren eine veränderte Qualität des Arbeitsplatzverlustes zur Konsequenz. Sowohl der technologische Wandel, der weitgehend zu Lasten vor allem ungelernten Arbeitskräfte geht, als auch die zunehmende Professionalisierung der Arbeitswelt in Verbindung des Niedergangs eines spezifischen (industriellen) Tätigkeitstyps (des un- und angelernten Arbeiters) haben zu einer arbeitsorganisatorischen Neugestaltung des Erwerbslebens geführt, und damit das gesellschaftliche Marginalisierungs-/Exklusionspotential objektiv erhöht. Dabei ist die Gefahr, dauerhaft in Arbeitslosigkeit zu verbleiben als auch das Risiko der gesellschaftlichen Ausgrenzung sozial ungleich verteilt. (Engelbrech 1999; vgl. auch Reinberg/Rauch 1998).

Die Verlaufsformen der Marginalisierung durch Langzeitarbeitslosigkeit und damit der sukzessiven Ausgrenzungsprozesse lassen sich nach Vogel (2004) in vier Verlaufstypen darstellen:

- a) Den plötzlichen Ausschluß aus der Erwerbsarbeit nach einer bis dahin stabilen Erwerbsbiographie.

Dieser Verlaufstyp betrifft primär langzeitarbeitslose Männer (älter als 45 Jahre) mit teils gesundheitlichen Belastungen. Ihre Erwerbsbiographie ist zumeist gekennzeichnet durch betriebs- und branchenspezifische Anlernqualifikationen in niedergehenden Branchen mit massivem Stellenabbau. Ihre Lebenssituation ist durch Vereinzelung und Einsamkeit geprägt. Sie haben die Arbeitssuche aufgegeben. Unterstützende und eingliedernde Maßnahmen seitens der Arbeitsverwaltung werden keine mehr angeboten. Das Bewusstsein von Marginalität, Nutzlosigkeit und Überflüssigkeit hat sich zum Lebensgrundgefühl entwickelt.

- b) Die allmähliche Ausgliederung aus der Erwerbsarbeit, nachdem sich eine ehemals stabile Erwerbsbiographie destabilisierte.

Zu diesem Verlaufstyp zählen Männer und Frauen in der Altersgruppe zwischen 40 und 55 Jahren, deren Erwerbsbiographie durch einen mehr oder weniger langen Prozeß der Destabilisierung und Prekarisierung geprägt ist. Ihre Erwerbsbiographie ist durch ein ständiges Wechselspiel von Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit gekennzeichnet. Sie waren gezwungen, von Beschäftigungsphase zu Beschäftigungsphase Zugeständnisse an die Arbeitsinhalte (Qualifikationsverlust), an die Beschäftigungsform (Befristung) und an die Entlohnung zu machen. Dieser Prozeß setzt eine Negativspirale von beruflicher Dequalifizierung und sozialer Deklassierung in Gang, die schließlich in dauerhafter Arbeitslosigkeit endet. Diese Arbeitslosen verfügen zum Teil über betriebsspezifische Anlernqualifikationen, in der Mehrheit über Fachqualifikationen. Sie erleben die Erwerbsbiographie als einen drastischen finanziellen, beruflichen und sozialen Abstiegsprozeß, oft mit Verlust des Wohnquartiers. Die Grunderfahrung mit Arbeits- und Sozialämtern ist die der Zuweisung und Abhängigkeit. Der allmähliche Abstieg in prekäre Lebenslagen ist oft das Ergebnis dieses Ausschlussprozesses.

- c) Den Abbruch einer seit jeher instabilen Erwerbsbiographie.

Dieser Verlaufstyp hat nie einen Einstieg in ein längerfristiges Beschäftigungsverhältnis gefunden. Der Anteil von Frauen und Männern im Alter zwischen 35 und 50 Jahren hält sich etwa die Waage. In der Regel haben sie keinen Beruf gelernt, waren mit stetigen Unterbrechungen als Hilfsarbeiter beschäftigt. Sie waren stets „Grenzgänger“ zwischen periodischer Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. „Jedermannstätigkeiten“ und Gelegenheitsjobs auf dem Hintergrund veränderter Arbeitsmarktbedingungen sind hierfür verantwortlich. Sie führen eine ökonomische und arbeitsmarktbezogene Randexistenz innerhalb der Arbeitsgesellschaft. Je länger die Phasen der Arbeitslosigkeit, umso stärker erodierten die sozialen Netzwerke, wachsende soziale Isolation und Marginalisierung ist oft die Folge. Dieses „Am-Rande-Stehen“ geht einher mit einer ständigen Auseinandersetzung mit repressiven Kontrollinstanzen (Arbeitsamt, Sozialamt). Die Option, ins Arbeitsleben zurückzukehren, haben sie aufgegeben.

- d) Den von vorneherein versperrten Zugang zur Erwerbsarbeit, der einen Einstieg in eine Erwerbsbiographie verhindert.

Der vierte Verlaufstyp betrifft die Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren (jüngere Langzeitarbeitslose), die sich in zahlreichen Warteschleifen geförderter Beschäftigungsverhältnisse oder im außerbetrieblichen Berufsbildungssystem bewegen. Der Zugang zur Erwerbstätigkeit im regulären Arbeitsmarkt bleibt ihnen versperrt. Ihre bisherige Isolation in arbeitsmarktexternen Maßnahmen setzt sich in sozialer und räumlicher Isolation fort. Im Unterschied zu den Langzeitarbeitslosen des ersten und zweiten Verlaufstyps schildern sie ihre soziale Lage in der Dauerarbeitslosigkeit nicht als irreversibel.

Die skizzierten erwerbsbiographischen Verlaufstypen manifestieren die Vielgestaltigkeit sozialer Randlagen der Arbeitsgesellschaft in den 90er Jahren. Auf dem Hintergrund der beschriebenen Globalisierungsprozesse und der neoliberalen Wirtschaftspolitik spricht vieles dafür, dass sich an den Rändern der Arbeitsgesellschaft (zunehmend hinein in die bürgerliche Mitte) neue Soziallagen der „Entbehrlichen“ herausbilden, die für den Kreislauf des Wirtschaftslebens dysfunktional und überflüssig geworden sind. In der Existenz dieser Soziallagen spiegelt sich der Strukturwandel und der Relevanzverlust der Industriearbeit ebenso wie die Brüchigkeit der neuen Dienstleistungsökonomie. Es wird immer sichtbarer, dass die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Herausbildung neuer marginalisierter Soziallagen der „Entbehrlichen“ die Struktur und das Klima der Arbeitsgesellschaft fundamental verändern. Diese Situation erhöht zum einen den Druck auf die Noch-„Arbeitsplatzbesitzer“ (kollektive Gefühlslagen und Unsicherheiten), und spitzt auf dem Hintergrund der verfestigten Arbeitslosigkeit die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu, zumal auch die Mittelklassen ihre Besitzstände gefährdet sehen; die Veränderungen an den Rändern wirken spürbar in die Mitte zurück. Nicht der „Kapitalismus ohne Arbeit“ steht auf der gesellschaftlichen Tagesordnung, sondern die quantitative und qualitative Ausdifferenzierung. Wenn auch die Debatte um prekäre Arbeitsverhältnisse nicht neu ist, so steht das Ausmaß des Ausschlusses jedoch vor einer neuen gesellschaftlichen Qualität.

„Dabei meint Prekarität in diesem Zusammenhang wesentlich mehr als Verarmung, Niedriglohnsektoren und Teilsegmente des Arbeitsmarktes. Prekarität ist vielmehr...die prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Für immer mehr Menschen wird die Existenzsicherheit unter Vorbehalt gestellt: Gibt es einen Folgeauftrag? Wird mein Vertrag verlängert? Wird das Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld gestrichen? Wird der Betrieb geschlossen oder verlagert? Werde ich übernommen? Lande ich bei Hartz IV? Reicht das Geld – für den Urlaub, für die Ausbildung der Kinder, fürs nackte Überleben? Was passiert, wenn ich krank oder alt bin? Wenn ich ein Pflegefall werde.... Diese grundsätzliche Verunsicherung erfasst alle Bereiche der sozialen Reproduktion, und auch gut verdienende FreiberuflerInnen, ProjektleiterInnen etc. sind davon nicht verschont“ (Dirk Hauser, Anmerkungen zu Prekarität, www.labournet.de, S. 1).

Das Programm der „Agenda 2010“ zielt darauf ab, die sozialen Sicherheitsbedürfnisse nachhaltig zu diskreditieren, und durch permanente lebenslange Flexibilisierungsanforderungen zu ersetzen. Deswegen ist die Prekarität längst in der Mitte der Arbeitsgesellschaft angekommen. Denn auch tarifgebundene Arbeitsplätze sind häufig genug zeitlich befristet oder werden mit Niedriglöhnen bezahlt. Von 2800 Tarifverträgen beinhalten 130 Stundenentgelte von sechs Euro und weniger Tariföffnungs-klauseln und Sondertarife sind inzwischen üblich. Über ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten arbeiten in Deutschland zu Niedriglöhnen, die klassische prekäre Beschäftigungsverhältnisse darstellen. Hinzu kommen die öffentlich geförderten Beschäftigten (Ein-Euro-Pflichtarbeiten) und 6 Millionen Minijobs, Leiharbeiten, Scheinselbständigkeiten etc. Hauser vertritt die These, das Prekarität, Verunsicherung und Flexibilitätsanforderungen zum Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts gemacht werden sollen. Somit bekäme der Kampf um soziale und existenzielle Absicherung einen zentralen gesellschaftlichen Stellenwert in bisher unbekanntem Ausmaß. Da Arbeit keine ausreichende Existenz mehr sichert, wird unter den Bedingungen der Prekarität mehr und länger als je zuvor gearbeitet. Prekäres Leben und Arbeit ist/wird ein normaler Zustand. Hierbei entwickelt sich das „fordische Normalarbeitsverhältnis zunehmend zur Ausnahme. Selbst in den (groß)industriellen Beschäftigungsverhältnissen beginnen gewohnte Standards (trotz gewerkschaftlicher Gegenmachtbildung) zu erodieren (Siemens, Daimler Chrysler, Opel, Karstadt/ Quelle, VW usw): länger und härter arbeiten für weniger Geld und vor allem Aufkündigung der gewohnten „Beschäftigungsgarantien“. Es wird deutlich, dass die prekäre Tarifwirklichkeit kleinerer und mittlerer Betriebe flächendeckend und branchenübergreifend auch in die industriellen Kernbereiche eingedrungen ist. Das Medium ist bekannt: die „Standortfrage“.

9.1. Psychosoziale Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit

Die Interdependenz zwischen individuellen Erfahrungen und Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit und dem Risiko der sozialen Ausgrenzung (sozialer Exklusion) ist in der wissenschaftlichen Forschung bisher randständig positioniert worden, weil der Fokus der sozialwissenschaftlichen Forschung vom Paradigma der psychologischen Arbeitslosenforschung geprägt war, und eine Integration mit soziologisch orientierten Ansätzen bisher nicht vorgenommen wurde. Diese Integration ist auf dem Hintergrund der skizzierten Dynamik der Ausgrenzungsprozesse essenziell. Beschreibt die psychologische Arbeitslosenforschung eine Vielzahl relevanter Moderator-Variablen, um den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und physischer und psychischer Gesundheit zu plausibilisieren, so beschreibt das Konzept der sozialen Ausgrenzung eine Systematisierung vielfältiger soziostruktureller, ökonomischer und psychischer Belastungsaspekte in der individuellen Verarbeitung von Arbeitslosigkeit. Die Kompatibilität mit der Programmatik der Europäischen Kommission zum Thema soziale Exklusion (europäische Beschäftigungspolitik, nationale Aktionspläne und Förderung sozialer Inklusion, Bericht über das Problem der Armut und sozialer Ausgrenzung) ist insofern für eine präventive und reaktive Strategie von Bedeutung, weil vor allem Langzeitarbeitslosigkeit als zentraler Faktor für die Erhöhung des Armutsrisikos und sozialer Ausgrenzung bewertet wird. In diesem Verständnis (in Anlehnung an Martin Kronauer 1998) ist Exklusion dann gegeben, wenn die Rückkehr bzw. der Eintritt in den regulären Arbeitsmarkt aufgrund vielfältiger struktureller wie personenbezogener Barrieren auf Dauer versperrt/blockiert ist, und negativ mit bildungs- und berufsbezogenen Qualifikationen korreliert. Der Prozess des gesellschaftlichen Ausschlusses lässt sich in einer ländervergleichenden Analyse in einer interessanten Differenziertheit (Kieselbach/Beelmann, EU-Projekt YUSEDER 2003) auf vielfältigen Ebenen beschreiben als ökonomische, institutionelle, soziale, kulturelle und räumliche Exklusion, die in ihrem jeweiligen individuellen Ausgang hochgradig mit familiären oder sozialpolitischen Unterstützungsfunktionen im Zusammenhang stehen. Es ist sicher kein Zufall, dass das geringste soziale Exklusionsrisiko in Schweden zu belegen ist, da hier individuelle Risiken durch sozialpolitische Maßnahmen am deutlichsten abgefedert werden (Kieselbach/Beelmann, 2003: 37). Insofern ist der forschungsmethodische Fokus auf diesem Zusammenspiel gesellschaftlicher und sozialpolitischer Kontextbedingungen

und individueller Krisenverarbeitung zu richten, da hiermit der qualitative und quantitative Ausprägungsgrad von Krisensymptomen angemessen betrachtet werden kann.

Denn dass Arbeitslosigkeit und Arbeitsidentität/Arbeitssozialisation weiterhin eine belastende soziale und psychische negative Dynamik bedingt, muß trotz einer oft kolportierten Bagatellisierung der Folgen der Arbeitslosigkeit (vermeintlicher Wertewandel, Existenz von Rollenalternativen, "guter" materieller Absicherung etc.) weiterhin unterstellt, und auf dem Hintergrund der Verschärfungsdynamik („Agenda 2010“ und Hartz-IV) mehrfach unterstrichen werden. Erwerbsarbeit als soziologischer Schlüsselkategorie ist noch lange nicht ad acta gelegt (siehe u.a. Untersuchungen zur Arbeitsidentität Baethge 1988, Keupp 1999), nachdem die Erwerbsarbeit ihre herausragende Rolle für die Identitätsentwicklung (vor allem auch für Jugendliche) weiterhin als wichtigste Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat. Die Genese der Arbeitsidentität (von der Antike bis zum Christentum) ist trotz aller Modifikationen von folgender biblischen Prämisse geprägt (Paulus 2. „Thess 2, 6-10): „Wir gebieten euch aber, liebe Brüder, im Namen unseres Herrn Jesus Christus, dass ihr euch von jedem Bruder zurückzieht, der unordentlich lebt und nicht nach der Lehre, die ihr von ihm empfangen habt... Denn wir haben auch nicht umsonst von jemandem Brot angenommen, sondern mit viel Mühe haben wir Tag und Nacht gearbeitet, um keinem zu Last zu fallen... Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“. Diese neutestamentalische Arbeitsauffassung wurde dann von Thomas von Aquin weiterentwickelt, und die Arbeitspflicht aus göttlichem Gebot und menschlichen Lebensgewohnheiten abgeleitet. Die protestantische Arbeitsethik verfestigte dann ein kollektives Sozialisationsmuster, das intergenerativ vererbt und bis in den heutigen Tag reproduziert wurde/wird, und deswegen für alle, die aus diesem Erfahrungs- und Identifikationsmuster herausfallen, Probleme in den unterschiedlichsten Dimensionen bedingen. Kollektive Schuldzuweisungen, Ausgrenzungen, Selbst- und Fremdwertungen, Druck, Isolation, Verheimlichung, Flucht in einen neuen aber unbefriedigenden Job, Invalidität, Rente und Krankheit bilden ein breites Spektrum der Ergebnisse der Arbeitslosenforschung, und finden aus der Perspektive der psycho-somatischen Forschung überzeugende Plausibilitäten:

„Nach Deepak Chopra sind unsere Zellen ständig dabei, Erfahrungen zu verarbeiten und gemäß unserer persönlichen Ansichten umzuarbeiten. Wir ‚verwandeln‘ die Interpretation körperlich, indem wir sie internalisieren.

„Jemand, der bedrückt ist, weil er seinen Job verloren hat, projiziert überall in seinen Körper Betrübnis – der Output der Neurotransmitter im Gehirn erschöpft sich, der Hormonspiegel sinkt, der Schlafzyklus ist unterbrochen, die Neuropeptidrezeptoren auf der äußeren Hautoberfläche verformen sich, die Blutplättchen im Blut werden klebriger und neigen immer mehr zum Verklumpen und sogar die Tränen enthalten veränderte chemische Substanzen als Tränen der Freude‘.

Wenn diese Person nun wieder einen zufriedenstellenden Job findet, verändert sich das gesamte biochemische Profil aufs Dramatische. Der körperliche Output aller lebensnotwendigen Biochemikalien, wie etwa der Neurotransmitter, Hormone und Rezeptoren bis hin zur DNS selbst, reflektieren diese prompte Wandlung zum Besseren. Wir finden wieder Freude in uns selbst, und sind dankbarer für die kleinen Dinge des Lebens. Jeder Atemzug, der unsere Zellen erfrischt, jedes uns geschenkte Lächeln, jedes Vogelgeschwitzer und jeder Sonnenuntergang erfüllt uns mit Dankbarkeit. Dieses dankbaren Gefühle setzen im ganzen Körper positive Endorphine frei und führen dazu, dass wir körperlich, seelisch und geistig im Gleichgewicht leben und daher auch wieder gesund werden“ (Meyer 2006, S. 118).

Unter Verlust der zentralen gesellschaftlichen Teilhabe sind aus der psychologischen Arbeitslosenforschung die unterschiedlichsten Symptomebenen bekannt, und erhalten unter zugespitzten Exklusionsbedingungen nicht nur weiterhin eine Plausibilität, sondern die notwendige Sensibilität für die potenzielle Verschärfung dieser individuellen Verarbeitungsformen vor allem im Status der Langzeitarbeitslosigkeit. Längst ist die Anzahl der Untersuchungen zum Thema nicht mehr zu überblicken, doch gleichen sich die Ergebnisse in frappierender Weise in den psychosomatischen Symptombildungen:

- Nach anfänglichem Schock und Aufbegehren schließt sich eine Phase der ‚Befreiung‘/ ‚Holidayeffekt‘ an, dem bald eine Phase der verstärkten Aktivität und Untriebigkeit (Bewerbungen, Fortbildungen etc.) folgt. Bleiben diese Bemühungen ohne Erfolg, folgen Mattigkeit und Hoffnungslosigkeit, das Aktionsmuster verändert sich. Diese Phase wird von typischen Stressreaktionen (Schlaflosigkeit, psychosomatische Erkrankungen etc.) begleitet („Vom Schock zum Fatalismus?“, Wacker). Mit dem Arbeitsplatz geht ein Ort der sozialen Erfahrungen verloren

(Bestätigung, Gefühl integriert und geschätzt und auf eigene Leistungen stolz zu sein). Die Folgen sind nicht selten Depressivität, Initiativität und Antriebslosigkeit. Mit misslingender Stellensuche (kumulative Absagen) folgen Selbstzweifel, Ohnmacht und Hilflosigkeit. Hierbei ist die Prämisse unterstellt, dass eine notwendige Relativierung von Phasenmodellen auf dem Hintergrund individueller Dispositionen zugrunde zu legen ist.

- Dem Leben von Arbeitslosen fehlen vor allem Zeitstruktur, Kommunikation und soziale Anerkennung als mentale Fixpunkte einer sinnvollen persönlichen Daseinslage. Die unbegrenzt zur Verfügung stehende Zeit verliert mit zunehmender Dauer an Sinn und Bedeutung. Zeitstrukturverlust, Veränderung des Lebensrhythmus, der Lebensplanung und der Zeitaufteilung orientieren sich immer mehr am Denken und Handeln zwischen Aufstehen, Essen und Schlafen-gehen.
- Viele Arbeitslose reagieren auf den Verlust von Arbeit mit Gefühlen des persönlichen Versagens (Schulduweisungen, Schamgefühle, Rückzug aus sozialen Beziehungen, Abbruch sozialer Kontakte). Der Rückzug ist ein Schutzmechanismus, um sich weiteren seelischen Verletzungen zu entziehen.
- Der ganze Lebensrhythmus verändert/verlangsamt/entschleunigt sich. Die Erfahrungswelt der Arbeitslosen wird immer enger, bis selbstzerstörerische und depressive Auswirkungen in einen Zustand weitreichender Apathie und chronischer körperlicher Erkrankungen einmünden. Das Selbstwertgefühl geht sukzessive verloren.
- Es ist aus vorliegenden Forschungsergebnissen plausibel zu argumentieren, dass Menschen, deren Lebensgestaltung zuvor in hohem Maße über Arbeit und Erwerbstätigkeit definiert war, selten in der Lage sind, ihre Identität umzubauen. Freizeitaktivitäten, Ehrenämter und Familienbelange können nicht einfach zum Zentrum einer neuen Lebensgestaltung werden, die bisher vom Fokus der Erwerbstätigkeit geprägt waren.
- Gelingen und Misslingen einer neuen Identitätsbalance hängt von vielfältigen Faktoren ab, u.a. auch von sozialen und strukturellen Kontextbedingungen. Strukturelle soziale Exklusionsbedingungen (Familien, Wohnung, Infrastruktur, soziale Gettosituationen etc.). Diese Kontextvariablen erschweren die individuelle Identitätsbalance enorm und schaffen neben externalen Stigmatisierungen zusätzliche intrapsychische Hürden.
- Der soziale Rückzug und die vielschichtigen Belastungen verändern sichtbar die Beziehungen in den Familien. Das innerfamiliäre Konfliktpotential wächst signifikant, und dieses mit einem breiten Spektrum an psychosozialen Auswirkungen (Drogenkonsum, Gewalt, Verhaltensauffälligkeiten, psychosomatische Störungen, Gesundheit, Persönlichkeitsentwicklung etc.) bei Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen (Theorie des kumulativen Traumas).
- Die intrapsychische ‚Paradoxie‘ von Arbeitslosigkeit formuliert Christine Morgenstern (2003) wie folgt:

„Arbeitslosigkeit geht mit der Notwendigkeit einher, die emotionale Besetzung eines konkreten Arbeitsplatzes aufzugeben. Sie wird jedoch von einer weiteren, überaus realen Forderung begleitet, die daran erinnert, dass die Arbeitsintensität, die subjektive Bedeutung der Erwerbsarbeit, keineswegs vollständig aufgegeben werden darf. Arbeitslose sollen ja ihre Verfügbarkeit gegenüber dem Arbeitsmarkt ständig unter Beweis stellen. Würde die emotionale Besetzung des Systems Erwerbsarbeit durch Trauerarbeit abgelöst, müssten sie sich mit dem Zustand der Nichtarbeit abfinden und zu ‚Aussteigern‘ werden oder sich im System der sozialen Hilfsdienste so geschickt wie möglich einrichten“ (Morgenroth 2003, S. 23).

Ein Vergleich zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen verdeutlicht das ganze Ausmaß der Belastungen durch den Verlust von Arbeit:

- Das Ausmaß psychischer Leiden erhöht sich um fast 100 Prozent.
- Körperliche Erkrankungen treten zwischen 30 und 80 Prozent häufiger auf.
- Psychische Belastungssymptome korrelieren mit der Arbeitslosigkeit und werden durch diese auch (mit)verursacht.
- Das Risiko, in vergleichsweise jungen Jahren zu sterben, ist bei Arbeitslosen zwischen 20 und 30 Prozent erhöht. (Hanisch 1999, Büssing 1993, Seligmann 2001).

10. Nicht nur die „unteren Ränder“ sind betroffen

Postulierte der Soziologe H. Schelsky (1953) für Deutschland das Konstrukt der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und verglich Karl Martin Bolte (1966) die Sozialstruktur noch mit einer Zwiebel („dick in der Mitte, aber oben und unten schmal“), so hat sich zwischenzeitlich nicht nur die empirische Realität, sondern auch der soziologische Diskurs radikal verändert. Mit der „Agendapolitik“ der rot-grünen Koalition (und deren Fortführung in der Großen Koalition) wird die Verunsicherung und Destabilisierung der „bürgerlichen Mitte“ immer sichtbarer und signifikanter. Kürzung der Pendlerpauschale, Wegfall der Eigenheimförderung etc. und der Status der Arbeitslosigkeit quer durch alle Schichten/Klassen manifestieren sich in der Bedrohung, auf das Niveau des Existenzminimums (Hartz-IV) herunterzufallen, wenn das existenzielle Zentrum, die Lohnarbeit, gefährdet ist bzw. wegfällt:

„Gut 60 Prozent der Deutschen zählen sich zur ‚Mittelschicht‘, viele sind in Sorge um ihren sozialen Status. Ein ‚Klima der Verunsicherung‘ beobachtet der Kasseler Soziologe Heinz Bude. Über die ‚bedrängte Mitte‘ schreibt der liberalkonservative Verfassungsrichter Udo Di Fabio. Die ‚Angst, die die Bürotürme hinaufkriecht‘, beschäftigt den Münchener Sozialforscher Stefan Hradil. Und die Bad Homburger Herbert-Quandt-Stiftung finanziert ein Forschungsprogramm über die ‚Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland‘.

Der Soziologe Ulrich Beck (Die Risikogesellschaft) bringt es auf den Punkt: ‚Die Angst vor Armut ist von den Rändern der Gesellschaft zur Mitte gewandert‘. Das neue Gefühl: Es kann jeden treffen. Nicht der Klimawandel oder der Terrorismus verbreiten hierzulande die meiste Angst, am größten ist die Furcht vor dem sozialen Abstieg. Nichts beunruhigt die Deutschen dabei mehr als die Tatsache, dass selbst bei Unternehmen, denen es gut geht, die Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind. 72 Prozent der Bundesbürger finden das unheimlich, ermittelte das Bundesinstitut für Demoskopie Allensbach...

Die Reizwörter heißen Rationalisierung und Globalisierung. Bemerkenswert schnell mündete die Debatte über die Unterschicht, die im Herbst ausbrach, in eine Diskussion über die Nöte der Mitte. SPD-Chef Kurt Beck will sich verstärkt um die ‚Mitte in der Gesellschaft‘ kümmern. Und Guido Westerwelle positioniert seine FDP als Partei der ‚vergessenen Mitte‘...

Globalisierung und technischer Fortschritt, der Umbau vieler Unternehmen und das Outsourcing habe jene Gruppe ausgeweitet, die von Soziologen als das ‚Prekariat‘ bezeichnet werden. Das sind 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung, die ihren Wohlstand als einen Zustand auf Zeit betrachten, für die Berufs-, Familien- und Gesundheitssituation so instabil sind, dass ein Schicksalsschlag sie auf Sozialhilfeniveau absinken lassen kann. Früher war der Aufstieg meist möglich, wenn man gut ausgebildet war und sich anstrengte. Heute gibt es kaum mehr sichere Karrieren. Gut situierte Eltern machen die Erfahrung, dass ihre fleißigen und studierten Sprösslinge keinen Job finden und jahrelang in unterbezahlten Praktikumsstellen verharren. Das Studium garantiert kein Einkommen, das weit über dem des erfolgreichen Facharbeiters liegt...

Die Angst der Mittelschichten hat in unterschiedlichem Ausmaß alle Industriestaaten erfasst. Während in China und Indien neue Mittelschichten heranwachsen, herrscht bei den Etablierten des Wohlstands ein gewisser Katzenjammer... Ein Grund, sagen Soziologen, ist das gebrochene Versprechen von der Leistung, die sich lohne... Auch in den USA ist die Bedrohung der Mittelschicht ein Dauerthema. 1989 schrieb die Autorin Barbara Ehrenreich den Bestseller Fear of Falling – Furcht vor dem Fall. Ein Jahrzehnt später beklagte der Ökonom Paul Krugmann das Ende der amerikanischen Mittelklassegesellschaft. Sogar auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sorgte man sich um die Mittelschicht. ‚Sie ist eindeutiger Verlierer der Globalisierung‘, klagte der ehemalige US-Finanzminister Larry Summers – und, so fügten andere hinzu, könnte in ihrer Unzufriedenheit für einen neuen Protektionismus stimmen.

Die Deutschen tun sich nach Einschätzung des hannoverschen Soziologen Michael Vester mit der neuen Unsicherheit schwerer als die Amerikaner und Briten. Das sehr ‚differenzierte System der Berufsausbildungen‘, das sich noch ‚aus der mittelalterlichen ständischen Tradition‘ ableite, behindert das schnelle Anpassen. Viele Bürger hätten ‚Statusprobleme‘; klammerten sich an die Vorstellung eines ‚standesgemäßen‘ Einkommens und an repräsentative Symbole und Titel. Bei einigen sei das Sicherheitsbedürfnis so ausgeprägt, dass sie ‚bis zur Kriecherei‘ an ihrem Job festhielten, statt sich nach etwas neuem umzuschauen“ (in: Die Zeit, Die Angst der Mittelschicht, 15.2.2007, S. 21f.).

Dass der Zwang „sich nach etwas neuem umzuschauen“ wächst, lässt sich aus aktuellen Trendanalysen bestätigen. Unter dem Titel „Die nächste Welle der Globalisierung. Nach der Verlagerung der Produktion lassen immer mehr deutsche Unternehmen auch Verwaltungstätigkeiten im kostengünstigen Mittel- und Osteuropa erledigen“ beschreibt die „Wirtschaftswoche“ (3.4.2006) einen breiten Prozess der Verlagerung von Jobs ins Ausland, der unter dem Etikette „Nearshoring“ vermittelt wird. Wurde die „Globalisierung“ bisher als Verlagerung arbeitsintensiver industrieller Produktion an kostengünstigere Standorte angesehen, beginnt jetzt ein Transfer von Verwaltungs- und Dienstleistungsprozessen ins billigere Ausland. Dank moderner Informationstechnologien sind Unternehmen jetzt in der Lage, Verwaltungs- und Dienstleistungstätigkeiten an Standorte in den neuen EU-Ländern zu verlagern, da junge, leistungswillige, gut ausgebildete und billigere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, deren Löhne um 2/3 niedriger sind als in Deutschland:

„So wird Europas Osten zum Babel der deutschen Dienstleistungsindustrie. Die Deutsche Lufthansa hat ihr Zentrum für Finanzbuchhaltung und Verkaufsabrechnung in Krakau errichtet, Infineon lässt die Gehälter seiner deutschen und österreichischen Mitarbeiter bei dem Outsourcing-Dienstleister EDS in Budapest abrechnen, Siemens baut eine 300 Mitarbeiter starke Abteilung für Konzernbuchhaltung in Prag auf. Dort stehen auch das europäische Logistik-Verwaltungszentrum der Deutsche-Post-Tochter DHL und ein Verwaltungszentrum der Commerzbank. Bertelsmann Dienstleistungstochter Arvato bedient von Callcentern in Posen und Stettin aus deutsche Touristik- und Telekommunikationsunternehmen“ (Wirtschaftswoche 3.4.2006, S. 26).

Nach einer Analyse der Deutschen Bank Research und des deutschen IT-Branchenverbandes Bitkom steigt der Umsatz in den nächsten Jahren deutlich an. Dieser Verlagerungsprozeß hat bei den Banken und Versicherungen gerade erst begonnen. Auf der Basis genannter Studien wollen von 305 befragten Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ein Großteil in den kommenden Jahren das „Nearshoring“ nach Mittel- und Osteuropa noch verstärken. In den nächsten 10 Jahren fallen nach einer Analyse der Unternehmensberatung A.T. Kearney mehr als 100 000 Verwaltungsjobs in deutschen Unternehmen weg. Das Volumen der ausgelagerten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten könnte sich bis 2020 (Booz Allen Hamilton) auf mehr als 150 Milliarden Dollar verzehnfachen. Sowohl die Flexibilität und Qualifikation und der Preis der Ware Arbeitskraft an billigeren Standorten sind von hoher Attraktion. Unabhängig von der Standortfrage entwirft Rainer Thome (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik, Uni Würzburg) ein „Worst case“-Szenario für die nächsten zehn Jahre: Danach werden in diesem Zeitraum in Deutschland durch den Einsatz moderner Informationstechniken 6,7 Millionen Arbeitsplätze überflüssig werden (vgl. Dagmar Deckstein, Das Verschwinden der Dienstleistungen, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 87 vom 16.4.1998).

In diesem Verlagerungsprozess geht es jedoch noch um weitere Überlegungen. So sollen neue Unternehmenseinheiten Pilotprojekte für neue Prozess- und Organisationsmodelle stellen, die später im gesamten Unternehmen eingeführt werden. Eingeführt werden E-Business, die Vernetzung von Verwaltungstätigkeiten in der Fläche, flexiblere Organisationsformen und ein „neuer Typ von Arbeitnehmern“: nicht mehr in starre Hierarchien eingebunden, flexible Aufgabenprofile, vielseitig, veränderungsbereit.

Dieser Trend zum Offshoring lässt sich nicht mehr aufhalten. Nach Einschätzung von McKinsey ist bisher erst ein Zehntel des Offshore-Potenzials erschlossen und die große Verlagerungswelle steht erst noch an (Wirtschaftswoche 3.4.2006). Es wird also ein Trend sichtbar, dass die Betroffenen durch einen mittel-/langfristigen Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt sich nicht mehr ausschließlich im

klassischen Schichtenindex „die da unten“ definieren lassen. Das Bedrohungspotenzial ist in der sozialen Mitte angekommen und konfrontiert die Betroffenen mit einer bisher unbekannten Erfahrung:

„Die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger der unteren Schichten kannte man nicht persönlich... Die langen Gänge der mehrstöckigen Ämter, in denen solche Menschen stempeln gingen oder ihre Stütze abholten, würde man nie kennen lernen.

Bröckende Gewissheiten. Man mag murren, wenn man morgens früh raus muss und die Arbeitskollegen einem wieder nur Knüppel zwischen die Beine werfen, doch man hat den Glanz in den Augen, Spannung um das Kinn. Man kennt den Weg, den man heute und morgen einschlagen wird, und das macht die Schritte sicher. Man denkt, das sei eine Eigenschaft, die einem innewohnt, doch man weiß nicht, was die Arbeitsamt-Mitarbeiter wissen: Zu viel Arbeitslosigkeit gräbt sich über die Zeit genauso tief in ein Gesicht ein wie zu viel Macht. Wer jeden Morgen ausschlafen kann, dem fehlt die Kraft im Körper, die zielgerichtete Bewegung, das Blut in den Wangen, die Zuversicht in den Augen. Beschämt wirkt der, irgendwie schuldbeusst oder gespielt souverän. Auf das Wohlwollen eines Gegenüber ist er in hohem Masse angewiesen. Er weiß, dass er nichts zum Bruttosozialprodukt beiträgt und verbirgt die Sorge, dass das so bleibt. Von solchen hält man sich lieber fern, Nähe könnte Ansteckungsgefahr bedeuten...

Es gibt keinen Grund, warum der Mittelstand oder die Klasse einen Stock höher mehr Mitgefühl verdient hätte als die ‚Kleinen‘, die schon immer jede Krise zuerst betroffen hat. Der Unterschied liegt darin, dass die Fallhöhe größer ist und die Landung unsanfter wirkt, wenn man weiß, dass Freunde und Arbeitskollegen sich weiterhin darüber beschweren, dass sie morgens früh aufstehen müssen und einen Kurztrip nach Barcelona planen, während man selbst nun in den langen Gängen des Arbeitsamtes nach der richtigen Zimmernummer sucht, umringt von Leuten, zu denen man nicht gehören wollte: die mit den aussichtslosen Gesichtern. Gewiss hat man ihnen auch schon in der U-Bahn gegenübergesessen, nur hat man sie da nicht erkannt, denn sie unterscheiden sich mit ihren Bügelfalten ja nicht von einem selbst. Hier im Arbeitsamt schaut man aneinander vorbei.

Im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit mag es noch gelingen, einen wohlgeordneten Anschein zu erwecken: Die Bezüge bleiben relativ hoch, man erinnert sich noch gut an das, was man beruflich geleistet hat und kann sich nicht vorstellen, dass aus der misslichen Lage ein Dauerzustand werden könnte, auch sind die Klamotten noch nicht aus der Mode. Doch wenn im zweiten Jahr nur noch Arbeitslosengeld II gezahlt wird, also 345 Euro für alles außer Miete und Krankenkasse, bricht einiges zusammen. Zuerst die Selbstverständlichkeit.

Man weiß schon gar nicht mehr, wo man sich noch bewerben soll, ist aber noch mit Menschen befreundet, die ein Haus auf Ibiza haben und ein Abonnement in der Philharmonie oder sich jederzeit einen Kaffee leisten können. Sie tragen weiterhin diese Sicherheitsgesichter, während man selber auf Treibsand steht. Eine arbeitslose Steuerfachgehilfin: ‚Ich bin erschüttert, wie schnell man rauskommt und wie schwer wieder rein.‘ Sie fügt hinzu: ‚Ich fasse nicht mehr so richtig Fuß.‘

Und so werden aus wohlgeordneten Bürgern Straßenkämpfer, die ihre Geschichts- und Fremdsprachenkenntnisse als Gelegenheits-Stadtführer anwenden, zum Überangebot von Taxifahrern beitragen, ihrem Kind keine Bildungsreise mehr finanzieren können, ihre Kleidung im Secondhand-Shop erwerben, weil sie auf Qualität nicht verzichten wollen, aber eigentlich müssten. Auf einmal bekommt die Leere, die sie früher vielleicht einmal in einem Meditationskurs gesucht haben, einen ganz neuen Sinn. Sie denken lieber nicht mehr so weit in die Zukunft wie früher. Vielleicht finden sie mal wieder einen Job, aber bestimmt nicht für immer... - alles ist ins Wanken geraten.“ (Elisabeth Ligensa, Die neue Mitte ist arbeitslos, in: http://www.cicero.de/97.php?ress_id=6&item=564).

Bildete der „Bürger“ im 19. Jahrhundert die Klasse der Besitzer der Produktionsmittel, bei dem die Prämissen der „Selbstständigkeit“, „Individualität“ und „Eigenverantwortung“ ein Selbstverständnis und Motor des Tuns waren, so wurden für die Nachkriegsdeutschen bürgerliche Werte, bürgerliche Bildung und bürgerliche Kultur Leitbild und Leitkultur, in der sich die sozialen Mittelschichten (Gewerbetreibende, Selbständige, Handwerker, Manager, höhere und mittlere Angestellte, Beamte, Intellektuelle Künstler etc.) mit einem neuen Selbstverständnis etablierten, und zum Leitbild der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) mutierten. Wesentlichstes Identitätsmerkmal dieser Sozialschichten war/ist der Anspruch, sich seine Statusposition und die damit verbundenen existenziellen Grundlagen über subjektive Leistungsanstrengungen zu sichern. „Jeder ist seines Glückes Schmied“ ist eine tiefsitzende Identitätsstruktur gegenüber einer stärker kollektivistischen Schichten- und Klassenidentität unterer Statuspositionen. Ökonomische Grundlage dieser Selbsteinordnung war der langanhaltende Wohlstandszuwachs der Nachkriegsjahrzehnte, und fand in den sechziger und siebziger Jahren einen Höhepunkt der Entfaltung. Diese Stabilitätsphase beginnt in unterschiedlichen Dimensionen zu bröckeln,

seitdem sich die ökonomische Krise negativ stabilisiert, die Einkommensschere sich wieder öffnet und die gesellschaftlichen Aufstiegs motive sich über das internalisierte Leistungssprinzip nicht mehr per se realisieren lassen. Nicht nur für das „untere Drittel“ der Gesellschaft verschärft sich die Lebenslage, sondern die seit den 90er Jahren einsetzende polarisierende sozioökonomische Differenzierung zieht auch die Mittelschichten zunehmend in den „Sog nach unten“. So sank nach Daten des Forschungsinstituts Zuma (Spiegel 24/2006) die Zahl der Westdeutschen, die sich selbst zur Mittelschicht zählen, während die Zahl der „Unterschichtendeutschen“ massiv anstieg (Ost-West-Differenzierung). Unabhängig von der Eindeutigkeit der soziologischen Klassifizierung wächst quer durch die Milieus die Angst „nach unten abzurutschen“. Die Angst, arbeitslos zu werden und die Verunsicherung des verlässlichen Besitzes, der Verlust des Schutzes der Solidarität (Veränderungen der sozialstaatlichen Sicherheitszonen) könnte eine oben-unten-Dichotomie („oben“ die „Heuschrecken“ und „unten“ die „Sozialschmarotzer“) auslösen, die die bisherige politische Kalkulierbarkeit der sozialen Mitte gefährdet. Aus diesen fundamentalen Verunsicherungen resultiert, dass sich die Mitte der Gesellschaft nicht mehr stabil reproduziert. Der Verzicht auf Kinder ermöglicht es, berufliche Karriere zu machen, bürgerlich zu leben, zu wohnen und zu konsumieren. Die gewohnten Sicherheiten und Selbstverständnisse sind instabil und fließend geworden.

Die Befürchtungen, dass die bisher tragende integrative Säule der Gesellschaft zu bröckeln beginnt, ist sowohl auf dem Hintergrund der Veränderung politischer Orientierungsmuster („Verlust der politischen Mitte“), wachsender Fremdenfeindlichkeit (siehe Studie Heitmeyer 2006) und einer fundamentalen Verunsicherung bisher eingespielter Lebensentwürfe beschreibbar:

„Als der promovierte Maschinenbauingenieur Klaus Stadler 1995 bei Hoechst in Frankfurt anheuerte, gratulierten ihm die stolzen Eltern zur Lebensstellung. Von den Turbulenzen, in die er durch die Zerschlagung des Konzerns hineingeraten würde, ahnte er damals nichts.

In den folgenden elf Jahren erlebte Stadler acht verschiedene Organisationsstrukturen und Geschäftsleitungen. Er musste mit ansehen, wie Mitarbeiter entlassen wurden, war selbst auch immer wieder von Kündigung bedroht. Mit jeder Umorganisation musste er wieder von vorne anfangen, musste sich neu beweisen, neu positionieren. „Unglaublich, was das Zeit und Energie gekostet hat“, sagt er. Arbeitstage von 12 bis 14 Stunden wurden die Regel. Heute pendelt Stadler zwischen zwei Wohnorten, führt eine Wochenendbeziehung und will deshalb keine Kinder. Aber seinen Job, den hat er noch“ (in: Wirtschaftswoche 18.12.2006, S. 25).

Ähnlich dürften sich immer mehr Biografien beschreiben lassen: Existenzunsicherheit, erhöhte Anforderungen an Mobilität und Flexibilität, fundamentale Verunsicherung von Zukunftsplanung, und die Preisgabe des Bedürfnisses nach eigenen Kindern (siehe auch R. Sennett, Der flexible Mensch). So wächst auch für Akademiker zunehmend das Armutsrisiko (Steigerung von 1997 von 2,3 Prozent auf 5,2 Prozent), die Zahl überschuldeter Haushalte hat sich gegenüber 1993 (Schuldenreport der Verbraucherzentrale 2006) auf mehr als 3 Millionen verdoppelt. Vor allem im Westen sind immer mehr erwerbstätige mittlere Einkommensgruppen betroffen. Bürgerliche Standards (Haus kaufen, Kinder kriegen etc.) sind fundamental in Frage gestellt. Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Immobilien hat sich seit 1995 fast vervierfacht. Partnerschaften werden in der Logik des Job-Nomadentums immer schwieriger, und die Organisation elementarer Versorgungsfunktionen (Kita etc.) wird auf dem Hintergrund der desolaten deutschen Infrastrukturen immer prekärer, da klassische Sozialstrukturen (Versorgung der Kinder durch Großeltern) immer schwieriger zu realisieren sind. Der Hort der Familie als Stabilitätsanker ist immer weniger verfügbar. Bei steigender Steuer- und Abgabenbelastung (die primär von den Mittelschichten getragen wird) wächst nicht nur die Entfremdung zum politisch-gesellschaftlichen System, sondern auch die Verweigerung, die Kosten des Sozialstaates („Alimentierung der unproduktiven Teile in der Gesellschaft“ – siehe Unterschichtendebatte K 5) weiterhin tragen zu wollen. Und so bleibt die gesellschaftspolitisch brisante Frage des Soziologen Hradil: „Die materielle Zufriedenheit der Mittelschicht war immer Garant für politische Stabilität. Wenn dieses Fundament Risse bekommt, was hält die Gesellschaft dann noch zusammen?“ (in: Wirtschaftswoche 18.12.2006).

11. Die „Arbeitsgesellschaft“ in der Paradigmenfalle

Aufgrund der strukturellen und statistisch signifikanten Ausgangslage am Arbeitsmarkt und deren Verbindung mit hypothetischen Trendprojektionen lässt sich die Hypothese von einer grundlegenden Legitimationskrise der „Arbeitsgesellschaft“ in ihrer jetzigen Architektur aufstellen, und mit der Frage verbinden, ob die gesellschaftlichen und politischen Eliten auf diese strukturelle Ausgangslage adäquate Konzepte entwickeln, die diesem Krisenszenario gerecht werden.

Kern der Krise ist die „Arbeitsgesellschaft“ selbst, der „Geist des Kapitalismus“, die Weltsicht, der antagonistische und pathologisch dynamisierte Produktions- und Beschleunigungswahn, das gebrochene Naturverhältnis, und der Anspruch, alle Tätigkeiten mit der Schablone der „Erwerbsarbeit“ zu organisieren und zu bewerten. Die Tiefenschichten dieser „Arbeitsgesellschaften“ gilt es zu beleuchten und zu hinterfragen, um dieses destruktive Steigerungsprojekt der Ausbeutung der Naturressourcen und der menschlichen Ressourcen in seinem Wesen zu identifizieren, ohne deren Erkenntnis der Blick für das szenarisch „Andere“ nicht frei wird. Denn in kaum noch zu steigernder Weise werden die Lebensgrundlagen ausgeplündert und verwüstet, und die globale Raubökonomie deformiert die globalen Lebensbedingungen entlang eines zentralen Zieles: Von Bedeutung ist nur, dass das eingesetzte Geld (Kapital) durch die dazwischengeschaltete Warenproduktion und Dienstleistungsökonomie vermehrt wird. Diese Dynamik der Unersättlichkeit als konstitutives Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise, diese Sackgasse der Bacon-Hypothese, wonach jeder wissenschaftlich technische Fortschritt letztlich immer auch so sozialem und kulturellem Fortschritt führt, diese Logik des „Projektes der Moderne“ als Gesamtheit muß auf den Prüfstand gestellt werden, weil deren Dysfunktionen sichtbarst zu Tage treten. Die aktuellste und fundamentalste Krisenmanifestation ist die Krise der „Arbeitsgesellschaft“ in ihrem Kern: der Verlust und die radikale Transformation des Arbeitsmarktes in den beschriebenen Dimensionen. Denn diese institutionell organisierte und habituelle Rücksichtslosigkeit im „Projekt der Moderne“ hat sich selbstverstärkend so im entfremdeten, lebensfeindlichen und naturwissenschaftlich dominierten männlichen Machbarkeitswahn auf der Grundlage der Erschaffung synthetischer Welten stabilisiert, dass der Fortschrittsmythos der Neuzeit, diese waren- und verschwendungsintensive Lebensweise, zur Warenidentität in den Menschen geworden ist, die scheinbar keine Alternative außerhalb dieses Circulus vitiosus kennt. Diese ruhelose Unersättlichkeit ist keine anthropologische Konstante, sondern Ergebnis eines Systems der „Produktion von Bedürfnissen“ und der historisch konstituierten und sozialisierten Lohnarbeitssozialisation, das von folgender Grundlogik angetrieben und perpetuiert wird:

„In der europäischen Neuzeit entsteht eine ebenfalls sehr befremdliche ökonomische Weltanschauung, die in früheren Jahren auch schon kritischer betrachtet wurde: Die kapitalistische Logik der reinen Geldvermehrung, die eine maßlose Dynamik der Unersättlichkeit erzeugt durch den Übergang von Ware-Geld-Ware zu Geld-Ware-Geld. In den Marktgesellschaften war Geld ein Tauschmittel zwischen den Waren, die einen Gebrauchswert hatten und das Ziel des Unterfangens waren. Im Kapitalismus sind die Waren ein Zwischenglied zur uferlosen Geldvermehrung. Ihr Gebrauchswert ist belanglos. Wichtig ist nur, dass das eingesetzte Geld (Kapital) durch die dazwischen geschaltete Ware größer wird. Zusammen mit der großen Maschinerie des kapitalistischen Industrialismus entsteht so eine Produktionsweise, die ihre Nachfrage nicht mehr abwarten kann und darum gleich mit erzeugt. Das hat schon Marx beschrieben, und viel später begriffen das auch andere Ökonomen und Konsumforscher...

Der so zugerichtete Industriemensch hat keine Orientierungen und Maßstäbe mehr, die anzeigen, wann ‚genug‘ ist, was ein ‚zufriedenstellendes‘ Ziel ist, wann ein Gebrauchsgegenstand nicht mehr ‚verbesserungsbedürftig‘ ist. Diese ruhelose Unersättlichkeit ist keine allgemeine menschliche Eigenschaft. Sie ist produziert worden, und die ‚Produktion von Bedürfnissen‘ läuft heute auf Hochtouren. Allein in Deutschland arbeiten etwa 400 000 Menschen in der Produktpropaganda, um uns immer neu etwas aufzuschwatzen...

Der ‚heilige Markt‘ (Kurnitzkü) wird als Götze erkannt. Die Marktlogik ist effizient zur Erzeugung unverschämten Reichtums für wenige Rücksichtslose, sie ist sehr ungeeignet zur Schaffung von Bedingungen für ein nachhaltiges ‚gutes Leben‘...

Die warenintensive Lebensweise ist nicht in der Lage, immaterielle Bedürfnisse nach Selbstbestätigung, Anerkennung, Zuneigung und Liebe zu befriedigen. Der industrielle Sperrmülldurchsatz durch die Haushalte türmt nicht nur Müllberge auf, sondern erzeugt auch permanent frustrierte Wesen, die immer irgendeinem ‚Nachholbedarf‘ hinterherhecheln. Materielle Genügsamkeit, eine Lebensweise mit erheblich weniger Kram, der letztlich nur Mühe, Geld und Lebenszeit kostet, eröffnet die Chance für die Wiedergewinnung von Genußfähigkeit und Muße. Beides ist dem Industriemenschen

weitgehend abhanden gekommen“ (Otto Ulrich: Wege zur Überwindung des industriellen Arbeitsmythos? in: <http://www.umdenken-boell.de/arbeit/refullri.html>, S. 4f.).

Neben den politisch-strategischen und konzeptionellen Entscheidungen zur Bewältigung der „Arbeitsmarktkrise“ steht ein grundlegender gesellschaftlicher Lernprozeß an, der die Aufgabe/Modifikation der bisher internalisierten kollektiven Identität der Lohnarbeitssozialisation zum Gegenstand hat. Das christliche Paradigma, „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“ findet in neuen historischen Kontexten (Hartz-IV) seine prinzipielle Aktualisierung und Bestätigung und verweist darauf, dass wir mitten in einem Restaurationsprozeß stehen, in dem Fragestellungen über „Das Ende der „Arbeitsgesellschaft“ (Rifkin) noch nicht ernsthaft gestellt werden. Die monastische Parole „Ora et labora“ hat sich zwar in einer Bedeutungsdimension zunehmend verflüchtigt, klammert jedoch das „lobora“, als würde mit diesem kollektiven Bedeutungsverlust eine unüberbrückbare kollektive Sinnkrise zwangsläufig sein. Die Prämisse, dass wir nicht nur von der Arbeit, sondern längst schon für sie leben – diese Paranoia des „workaholic“ und „homo oeconomicus“ – ist kollektiv kulturelle und psychosomatische Realität und scheinbar unentrinnbarer Kreislauf, der außerhalb der Frage der materiellen Existenzsicherung anzusiedeln ist. Was für das antike Denken und Leben Kennzeichen der Unfreiheit und dem christlichen Mittelalter suspekt war, bekam mit dem Aufstieg und der Expansion der kapitalistischen Produktionsweise eine atemberaubende Eigendynamik. Während der englische Philosoph John Locke in der Arbeit die Keimform des Eigentums entdeckte, Adam Smith sie zum Ursprung des Reichtums erklärte, vollendete Karl Marx dieses kulturelle Upgrading, in dem er die Arbeit zur Quelle aller Produktivität und damit zum Prototyp aller modernen Arbeitstheorien erhob. Sein Ansatz, Arbeit als „eigentliche menschliche“ Tätigkeit zu definieren, und sie als unverrückbares anthropologisches Sinnbildungsreservoir zu exponieren, passt ja wohl auch nicht zu seiner explizierten Zielsetzung der sozialen Revolution, nämlich die „Arbeit abzuschaffen“. Das „Ideal der Selbsterstellung des Menschen durch den technischen Umbau der Natur“ hat sich in der „Moderne“ zu einem immer gigantischeren und verzehrenden Wettlauf verselbständigt. Die Arbeit hat nicht die erhoffte Erlösung aus der „Knechtschaft“ gebracht, sondern desorientiert durch hohen Rationalisierungs- und Flexibilisierungsdruck auf lange Sicht jedes Handeln, löst Bindungen von Vertrauen und Verpflichtungen und untergräbt die wichtigsten Elemente der Selbstachtung (Richard Sennett, Der flexible Mensch). Diese spannungsgeladene Ambiguität im Verhältnis zur Arbeit als dem höchsten Wert und Gut überzieht alles Denken und Handeln über die vorherrschende menschliche Tätigkeitsform auf kapitalistischem als auch ehemals kommunistischen Terrain. „Emanzipation durch Arbeit“, „Held der Arbeit“, „Arbeit macht frei“ sind Ideologiekomponenten aus unterschiedlichen Kontexten, die grundsätzlich die Frage nach der Pervertierung des „Arbeitsethos“ bedingen und auf eine Grundsatzfrage herauslaufen: „Wieviel Arbeit braucht der Mensch?“. Reduziert sich dies Logik im Hegelschen Imperativ: „Der Barbar ist faul, und unterscheidet sich vom Gebildeten dadurch, dass er in der Stumpfheit vor sich hinbrütet, denn die praktische Bildung besteht eben in der Gewohnheit und in den Bedürfnissen der Beschäftigung“? (G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, 1821). Oder bleibt zuguterletzt die beißende Konfrontation Kants in einer anthropologischen Dimension, „dass Paviane sprechen könnten, wenn sie nur wollten; sie täten es nur deshalb nicht, weil sie sonst befürchten müssten, zur Arbeit herangezogen zu werden“. Die Tatsache, dass sie uns ‚auszugehen‘ scheint bzw. sich in einem strukturellen Transformationsprozeß befindet, wirkt aktuell wie ein Schock in die spätmodernen Gesellschaften, und wirft die Frage nach der „Fehlsozialisierung“ auf, die das Bedeutungsmonopol der Lohnarbeit als Stiftung von „Sinn“ und „Identität“ destruiert, und die Befürchtung nach der leer laufenden „Freizeit“ zum Gegenstand hat. Friedrich der Große fokussierte den Zeitgeist und skizzierte zugleich eine bisher nicht aufgelöste gesellschaftspolitische und anthropologische Aufgabenstellung: „Wir sind auf der Welt, um zu arbeiten, denn der Geist braucht etwas, das ihn beschäftigt, (...) das seine Aufmerksamkeit fesselt; sonst ergreift ihn Überdruß und macht ihm sein Dasein zu unerträglichen Last.“ (Burneileit 1981: 18). Der aktuelle Verlust bzw. seine Transformation wirkt in unserer Gesellschaft immer noch wie der Ausschluß vom Leben selbst, wie ein Rausfallen aus der Welt der Gemeinschaft der Produzierenden. Die biblische Verknüpfung von Arbeiten und Essen ist der Prototyp einer Exklusionsdrohung, die am „Ende der Arbeitsgesellschaft“ bedrohliche Dimensionen aufwirft.

Wenn der Prozeß von den „Rändern“ zur „Mitte“ sich in der skizzierten Dynamik fortsetzt, stellen sich für diesen gesellschaftlichen Grundprozeß mehrere **Fragen**: Wie organisiert die Gesellschaft die Legitimationsfrage nach den Voraussetzungen materieller Existenzmittel? Wie sozialisiert sie sich neu auf dem Hintergrund der zunehmenden Entsubstanzialisierung von Arbeit für wachsende Bevölkerungsschichten und der notwendigen Enttheroisierung derselben?

Wie kommt es zu einer neuen Bedeutungslogik im Spannungsfeld „Labora et ora“? Denn „beten“, um arbeiten zu können, nicht aus der Welt zu fallen, aus dem Zwangszirkel „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ herauszutreten, ist eine unbeantwortete gesellschaftspolitische Frage ersten Ranges. Es reicht jedoch schon, den Blick für eine Neubewertung der Arbeit an und für sich zu öffnen, bevor die Verhältnisse über uns hinweggehen. Denn so, wie die Antworten auf diese Fragen aktuell politisch nach dem bekannten Strickmuster des „Weiter-so“ gegeben werden, ist die Sackgasse vorprogrammiert und die Chance für einen intelligenten kollektiven Lernprozeß gefährlich nach hinten verschoben (Debatte um Grundeinkommen, „Tätigkeitsgesellschaft“, „Zivilgesellschaft“ etc.).

So ist die Hoffnung auf die demografische Entwicklung und deren ambivalente Deutung Damoklesschwert und Rettungsanker zugleich: Die Frage, ob die Arbeitslosigkeit von selber verschwindet, weil es an Nachwuchs fehlt, ist Gegenstand professioneller Analysen. So kam das Prognos-Institut im Auftrag der Rürup-Kommission zu dem ernüchternden Ergebnis, dass für das Jahr 2020 noch 7 Prozent Arbeitslose vorausgesagt wurden, und dass bei der sehr optimistischen jährlichen Wachstumsquote von 1,7 Prozent. Denn während das „Wachstum“ stagniert bzw. einseitig exportstimuliert ist, geht der ‚Produktionsfortschritt‘ über alle Prognosen hinweg. Diese Prozesse zeigen, wie sinnlos das Gerede von der „demografischen Katastrophe“ ist, anstatt das Verhältnis des Produktivitätsfortschritts mit einer neuen Verteilungsphilosophie und einer Neudefinition der „Arbeitsgesellschaft“ zu beantworten.

Der aktuelle und vielzitierte „Aufschwung“ bei anhaltender Skepsis der „Bürger und Konsumenten“ entzieht sich einer Lösung, da sich dieser strukturelle Widerspruch in der Logik des Marktes von selber erklärt:

„Im vergangenen Jahr ging es den Deutschen in ihrer Gesamtheit (BIP) so gut wie nie zuvor in der Geschichte. Die Bürger haben Produkte und Dienstleistungen im Wert von mehr als 2300 Milliarden Euro geschaffen... Der Aufschwung ist da, die Wachstumsschwäche überwunden. Und die Experten sind sich einig in der Einschätzung, dass der Boom keine Eintagsfliege ist... Die Börse liefert das Feuerwerk zum Fest... Ein Unternehmen nach dem anderen kündigt an, seinen Aktionären mehr Geld zu verteilen...“

Jetzt ist der Aufschwung da, aber vielen fehlt noch der Glaube... ‚Was diesen Aufschwung von früheren Wachstumsphasen unterscheidet, ist das fehlende Zutrauen der Mehrheit, an dieser Entwicklung teilhaben zu können‘, schreibt die Allensbach-Chefin Renate Köcher, ‚sei es in Form von Beschäftigungschancen und einer höheren Sicherheit der bestehenden Arbeitsplätze, sei es durch deutliche Lohn- und Gehaltserhöhungen‘... Eine gut ausgelastete Wirtschaft setze eine ‚dynamische und im Grund konsumfreudige Bevölkerung voraus‘ schrieb Ludwig Erhard. Daran mangelt es derzeit noch. Der private Konsum hat zwar zugenommen, real allerdings nur um 0,8 Prozent. Vielen Bürgern fehlt entweder der finanzielle Spielraum oder die Zuversicht. Die Einkommen haben sich 2006 extrem ungleich entwickelt“ (Die Zeit, 1.3.2007).

12. „Ende“, „Krise“ oder „Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft“?

Die Frage nach der „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ ist von zentraler Bedeutung für die von mir beabsichtigte Trendprognose und den daraus abzuleitenden Konsequenzen für die gesellschaftlichen Reproduktionsfunktionen. Ich folge hierbei der These von Hirsch (2006), dass unter kapitalistischen Produktionsbedingungen die Arbeit als Quelle von Mehrwert überhaupt nicht „ausgehen“ kann, ohne das System in eine fundamentale Krise zu stürzen. Diesem grundsätzlichen ökonomietheoretischen Missverständnis von der These des „Endes der Arbeitsgesellschaft“ unterliegen nach Hirsch all diejenigen, die die „Endzeiten“ immer dann ausrufen, wenn sie reale Veränderungen nicht verstehen.

So hat die von Jeremy Rifkin postulierte These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ eine vordergründige Plausibilität, in dem er auf das globale Anwachsen von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verweist, und die vermeintlich niedrigen Arbeitslosenquoten in den USA und England mit dem Hinweis konterkariert, dass die Erklärung für den US-Wirtschaftsboom in den 90er Jahren in der gigantischen privaten Verschuldung zu suchen sei. Dieses Wirtschaftswachstum per Kreditkarte gelte auch für England. Rifkin geht davon aus, dass „die Arbeit langfristig verschwindet“, und diese Entwicklung unumkehrbar ist. Wir befinden uns somit mitten in einer Umwälzung, die die industrielle Revolution noch übertrifft. Computer und Informationstechnik machen immer mehr Menschen ganz überflüssig. Die These, dass durch neue Techniken auch neue Arbeitsplätze entstehen, weist er zurück:

„Das ist die Hoffnung, an die wir uns seit Jahrzehnten geklammert haben. Die kapitalistische Logik sagt, dass technologischer Fortschritt und gesteigerte Produktivität alte Jobs vernichtet, dafür aber genauso viele schaffen. Aber die Zeiten sind vorbei... Sehen Sie, ich verdiene einen Teil meines Einkommens damit, die Chefs großer Konzerne zu beraten. Wenn ich die Frage, ob sie in Zukunft noch Zehntausende von Mitarbeitern haben werden, dann lachen die laut los. Die Wirtschaftsführer wissen längst, wo die Reise hingeht... Wir vollziehen gerade einen Wandel hin zu einem Markt, der zu allergrößten Teil ohne menschliche Arbeitskraft funktioniert“ (Interview „Langfristig wird die Arbeit verschwinden, in: www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564).

Der Denkfehler Rifkins liegt in der pauschalen Generalisierung eines in der Großindustrie angelegten Trends, der vor allem auf der Technologieentwicklung basiert, die jedoch in derselben Konsequenz (qualitativ und quantitativ) nicht pauschal auf alle Sektoren (Produktion, Dienstleistungen und Staatsfunktion) übertragen werden kann. Mit Sicherheit gebührt Rifkin das Verdienst, die These von der „Vollbeschäftigung“ grundlich zu desillusionieren, zurecht auf den Freisetzungstrend aufgrund der Technologieentwicklung zu verweisen, und die plausible These zu formulieren, dass dieser Prozeß der Freisetzen der kapitalistischen Produktionsweise immanent ist.

Zum Kapitalismus gehört gerade als immanente Gesetzmäßigkeit dieser Produktionsweise, dass durch die permanente Umwälzung der Produktions- und Arbeitsbedingungen und die zyklische Produktion einer industriellen Reservearmee Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit zum Selbstverständnis gehören. Das quantitative Ausmaß und die qualitativ-strukturellen Veränderungen in der abhängigen Lohnarbeit sind jedoch im spezifischen Kontext einer neoliberal-globalisierten Ökonomie zu bestimmen. Dabei ist die zentrale Erkenntnis, dass immer mehr Menschen materiell von der Lohnarbeit abhängig werden, und mittels dieser ihre materielle und soziale Reproduktion immer schwieriger und widersprüchlicher realisieren können, da die bisherigen Grundlagen klassischer Vollarbeitsverhältnisse zunehmend aufgelöst werden.

Die Weltwirtschaft durchläuft aktuell eine schleichende „Jobrevolution“, die ähnlich dem einstigen Industrialisierungsprozess als eine epochale Wende zu bezeichnen ist, da sich für die meisten Erwerbstätigen das Arbeitsleben grundlegend ändert. Zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf, dass im Zeitraum von 1991-2004 knapp 20 Prozent der regulären Arbeitsplätze (Vollzeit, sozialversicherungspflichtig) abgebaut wurden, und sich parallel (auch in anderen europäischen Ländern) die Arbeitslosigkeit verfestigt hat, so sind die bevorstehenden Veränderungen von einer nie zuvor erlebten Radikalität. Nach einer Prognose von Boston Consulting (Manager Magazin 4/2006) wird bis zum Jahre 2015 ein weiteres Viertel der Industriebeschäftigung abgebaut. Die Hoffnungen auf eine Kompensation im Dienstleistungs-/Servicesektor sind deswegen trügerisch, weil selbst im Bereich der hochqualifizierten Dienstleistungstätigkeiten durch die Potenziale moderner Kommunikationsmittel keine Garantie mehr auf einen Arbeitsplatz am „Standort Deutschland“ besteht:

„Die Sturmfluten kommen gefährlich nahe – die Niedriglohnkonkurrenz trifft selbst die gehobenen Mittelschichten. Auch sie werden erfasst von jenem Tornado, der die bestehenden Verhältnisse durcheinander wirbelt. Nur im Auge des Wirbelsturms, da geht es relativ ruhig zu.“ (Manager Magazin, 4/2006, S. 123).

„Im Auge des Wirbelsturms“ meint folgende fundamentalen Trends: Während alle standardisierten Arbeitsplätze kompensierbar, reproduzierbar und an andere Standorte verlagert werden können, gehört den „Kreativen“ die Zukunft. Wo nur noch das Lohnkostenargument greift, haben selbst Akademiker in den industriellen Zentren keine Sicherheiten mehr. Die Differenzierung unter dem Titel „Innovation“ bildet die Trennlinie zu den „Entbehrlichen“. „Kreativität“ entsteht und manifestiert sich im Kontext von Teamwork. Größtmögliche Freiheiten und Selbststeuerung in freien Netzwerken vs. Einordnung in starre und demotivierende Linienorganisationen erfordern einen vollkommen neuen Stil der Steuerung: „cultivate and coordinate“ statt des etablierten „command and control“.

Ein grundlegender struktureller Trend für die „Ausdifferenzierung zu einer neuen Klassengesellschaft“ (Wirtschaftswoche 21.5.2007) ist, dass „Globalisierung“ und Marktoffenheit in immer mehr Unternehmen das „Ende der Einheitsbeschäftigten“ zur Konsequenz haben. „Ungleiches Gehalt für gleiche Arbeit“ ist das aufgesetzte flächige Programm der Spaltung betrieblicher Belegschaften nach unterschiedlichen Status- und Gehaltspositionen als Konsequenz immer rigiderer Spar- und Kostenprogramme, so dass „der Sog nach unten unbegrenzt erscheint“ (Wirtschaftswoche 21.5.2007):

„Ob Auto- oder Chemieindustrie, Bau- oder Chipfabrik, in Luftfahrt oder Einzelhandel, Nahverkehr oder Krankenhaus – am liebsten würden die Unternehmen in dieser Situation einfach den tiefstmöglichen Lohn ausloten. Wären da nicht streikende Gewerkschafter und gesetzliche Privilegien, unüberwindbare Standortbedingungen und Flächentarifverträge. In dieser Situation bleibt den Unternehmen praktisch nur, schrittweise in den eigenen Reihen den Einheitsbeschäftigten abzuschaffen. Von wegen gleicher Lohn für gleiche Arbeit... Der Trend in den Betrieben geht zur Mehrklassengesellschaft: aus teuren alteingesessenen und billigen neuen Mitarbeitern, aus Stammbeschaftungen und ausgeliehenen Leuten, aus Vollzeit- und Teilzeitkräften, aus Minijobbern und Subunternehmen.“

Christian Scholz, Professor für Personalmanagement an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, hat diese Entwicklung bereits in den Begriff des ‚virtuellen Unternehmens‘ gepackt. Dort arbeiten nur noch wenige festangestellte Experten, unterstützt von temporär engagierten Managern, hoch qualifizierten und hoch bezahlten Freiberuflern sowie eine große Masse weniger qualifizierter ‚Tagelöhner‘, die immer stark an den Rand gedrängt würden. Die Vielfalt der Beschäftigungsformen würde in jedem Fall zunehmen, sagt Scholz. „Aber der globale Wettbewerb lässt vielen Unternehmen gar keine andere Wahl“ (Wirtschaftswoche, 21.5.2007, S. 57 f.).

Dass dieser Prozess aktuell massiv implementiert ist/wird, lässt sich an den Konfrontationen bei der Telekom (5/2007) ebenso belegen, wie bei den weniger spektakulären Entwicklungen beim Chemiekonzern Bayer (Joint Venture mit Lanxess), bei der Deutschen Lufthansa, C&A, Air Berlin, der Deutschen Post, BMW (Werk Leipzig), dem Bau (Subunternehmen) u.a. Die Zeitarbeit ist gemessen an der Beschäftigtenzahl der am schnellsten wachsende Wirtschaftszweig, und eine in allen Branchen gültige und gängige Methode zur Senkung der Personalkosten. Klaus Dörre (Professor für Soziologie Uni Jena) geht von einer Millionen betroffener Menschen aus, die sich im Dreiecksverhältnis zwischen Verleiher, Entleiher und Zeitarbeitnehmer bewegen und verdingen. Dieser strukturelle Ausdifferenzierungsprozess bildet sich zwischenzeitlich in vier Klassen ab: ein immer kleiner werdender Kern von Festangestellten („Besitzstandswahrer“), Beschäftigte mit Zeitverträgen, Leiharbeiter (die schon mal bei der jeweiligen Firma eingestellt waren) und Leiharbeiter ohne Firmenvergangenheit. Die personalstrategische Doppelfunktion, Geld zu sparen und eine langfristige Personalflexibilisierung zu erreichen, liegt auf der Hand, ebenso wie die Konsequenzen für die Betroffenen.

Die Arbeit konzentriert sich immer mehr auf die städtischen Ballungsräume, deren kulturelles Umfeld „metropolitane Innovationskollektive“ anzieht und eine hochgradig qualifizierte und differenzierte Dienstleistungslandschaft abbildet. Diese Tätigkeiten stehen nicht unmittelbar im Sog des internationalen Konkurrenz- und Kostendrucks. Diese „wissensbasierte“ Kreativelite, die selbständig wie ein Unternehmer agiert, steht als kleiner Kern für eine Population, die sich dem Kosten- und Rationalisierungsdruck weitgehend entziehen kann. Demgegenüber steht das Potenzial von „schwach“ Qualifizierten, für die die Arbeitsmarktforscher eine „Brasilianisierung“ der Verhältnisse erwarten. Sie werden sich als Gelegenheitsjobber verdingen und jede Arbeit annehmen (in der Logik von Hartz-IV). Sie werden länger arbeiten müssen, Rentenerwartungen, Ersparnisse und Lebenserwartung stehen in einer negativen Entwicklung. Nicht das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ steht auf der Tagesordnung, sondern

eine qualitativ neue Blaupause kapitalistischer Produktionsverhältnisse, in denen die Konditionen für die Ware Arbeitskraft härter und restriktiver werden und sich die Reproduktionsbedingungen gravierend verschärfen.

Die Krise des fordischen Nachkriegskapitalismus gelangte an die Schranke der Kapitalverwertung und verlangte nach einem kapitalistischen Ausweg aus den zyklischen Krisenprozessen unter Aufgabe der keynesianischen Reformpolitik. Der globale Drang, sich von den Fesseln der Nationalstaatlichkeit und unprofitablen Regulierungen und von der lebendigen Arbeit zu befreien, kennzeichnet die „post-fordische“ Umwälzung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse. Was also ansteht, ist nicht das „Ende der Arbeitsgesellschaft“, sondern ihre grundlegende Neuorganisation und Neukonfiguration im Rahmen der neoliberalen „Globalisierung“ und der fünften Investitionsperiode der BRD.

Waren die vorangegangenen Perioden

- Erste Interventionsperiode (1948-1952): Ersatz von Produktionsmitteln.
- Zweite Interventionsperiode (1952-1970): Erweiterungsinvestitionen.
- Dritte Interventionsperiode (Anfang der 1970er Jahre): Rationalisierungsinvestitionen.
- Vierte Investitionsperiode (Anfang der 1990er Jahre): Umstrukturierung der Produktion auf der Basis der Mikroelektronik und Automation in Verbindung mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit (Umwälzung der technologischen Grundlage von Industrie und Verwaltung)

noch transformatorisch angelegt, so ist der Übergang in die fünfte Phase als Strukturkrise im Reproduktionsprozeß des Kapitals zu beschreiben, die synchron mit der wissenschaftlich-technischen Revolution mit einer gleichzeitig verlaufenden Überproduktionskrise identisch ist, und Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bedingt. Diese 1993 eingeleitete fünfte Investitionsperiode basiert auf der bereits weitgehend vollzogenen Einführung der Mikroelektronik, Automation, Telekommunikation und Biotechnologie im Kontext einer zunehmenden Konzentration und Zentralisation des weltmarktbeherrschenden monopolistisch organisierten internationalen Kapitals: mit einer beschleunigten Internationalisierung der Produktion, einem expandierenden Kapitalexport, und der Neuorganisation der internationalen Arbeitsteilung als Projekt des Neoliberalismus.

Mit der tendenziellen Auflösung des fordischen Lohnarbeitsparadigmas und der zunehmenden „Flexibilisierung“ der Arbeitsverhältnisse lösen sich bekannte Abhängigkeiten und Verpflichtungen sukzessive auf. „Arbeit“ wird immer mehr zu einem Moment gesellschaftlicher Desintegration und Spaltung in relativ privilegierte Beschäftigungskerne und marginalisierte Sektoren, wobei die „Sicherheitszonen“ zunehmend unter Druck geraten. Trotz aller Differenzierungen verschärft sich die Krise für die abhängige Lohnarbeit generell. Der Preis für die Ware Arbeit kommt immer stärker unter Druck. Das einzige signifikante „Wachstum“ findet offensichtlich bei der Arbeitsbelastung, in der zunehmenden Hektik und im Stress statt. So liegt seit drei Jahren der Reallohnverlust laut Statistischem Bundesamt bei 2,7%. Hinzu kommt, dass die reale Lohnentwicklung um ein Drittel hinter den Tarifabschlüssen zurückbleibt, da allein in der Metallindustrie 459 Abweichungen (Stern 3/2006) von den Tarifverträgen vorliegen. Auf diesem Hintergrund ziehen die Verbraucherpreise signifikant an, eine drei-prozentige Mehrwertsteuer ist implementiert, so dass die minimalen Tarifierhöhungen von den steigenden Verbraucherpreisen und Gebühren neutralisiert werden. Und dieser Krisenzyklus droht in den nächsten Jahren weiterzugehen. Diese Lohndeflation erklärt sich aus dem Zusammenspiel der „Globalisierung“, dem verschuldeten Staat (der auf breiter Front Personal- und Sachkosten senkt) und der *Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse*. Ein Trend zur Individualisierung der Gehaltsverhandlungen (zunehmende Lohnspreizung und Spaltung in Gewinner und Verlierer) tun ein Übriges. Da verhalten selbst Bot-schaften von Adam Posen (Washingtoner Institut for International Economics), der massiv vor der Weiterführung dieser Strategie der Lohndeflation zur „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“ warnt (Stern 3/2006: 65).

Was also als eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“ in vielfachen Publikationen dargestellt wird, ist also die Krise der Formation des „Fordismus“, die sich nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, den besonderen Bedingungen des Ost-West-Konfliktes und des „Kalten Krieges“ herausgebildet hatte. Die Spezifika dieses Modells sind bekannt:

- hoher Grad an Staatsinterventionismus;
- Konzentration auf die Entwicklung der Binnenmärkte;
- ausgebaute tarifvertragliche und gesetzliche Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherung;
- Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit.

Die in den siebziger Jahren aufgebrochene Krise des „Fordismus“ erklärt sich aus den Grenzen der Kapitalverwertung und der daraus abgeleiteten neoliberalen Globalisierungsoffensive (mit der Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses, der Abkehr von der Politik der Vollbeschäftigung und der umfassenden sozialen Sicherung, mit einer zunehmenden Tendenz, sich von der „lebendigen Arbeit zu befreien“). Und diese mit einer signifikanten Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und der Zunahme des „informellen Sektors“ („Aufwertung“ der Hausarbeit, freiwillige soziale Arbeit, „Bürgerarbeit“, „informelle Ökonomie“, „deregulierte“ Beschäftigung). Beck (1998) ist einer der profiliertesten Propagandisten dieser Strategie. In dieser Perspektive geht es also nicht um das „Ende“, sondern um eine grundlegende Neuorganisation und Neukonfiguration der „Arbeitsgesellschaft“. Andre Gorz spitzt diese Debatte mit dem Terminus der „Südafrikanisierung“ der Gesellschaft zu, und meint damit: die Besserverdienenden kaufen sich Freizeit, oder mehr noch Zeit für mehr Arbeit und Warenkonsum durch Beschäftigung billiger Dienstleistungsarbeitskräfte (Gorz 1989).

Im ökonomietheoretischen Diskurs über Rationalisierung und Mehrwertproduktion lässt sich die These von der „strukturellen Überschußbevölkerung“ (Hirsch 2006) plausibel argumentieren, die entweder marginalisiert oder staatlich alimentiert wird. Dieser Trend lässt sich in der Logik der kapitalistischen Produktionsweise der neoliberalen Globalisierung nicht aufhalten. Die bekannten Reaktionen aus unterschiedlichen Positionen/Rollen und Perspektiven lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Konzepte zur Erhaltung der traditionellen „fordistischen“ Arbeitsgesellschaften: repräsentiert durch die traditionelle sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik (Umverteilung der Arbeit durch massive Verkürzungen der Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit, Ausdehnung der Teilzeitarbeit, Kopplung der Lohnarbeitsverhältnisse an soziale Sicherungssysteme und ein starkes kapitalistisches Wachstum).
- Grundlegende Neuorganisation der Beschäftigungsverhältnisse und der sozialen Sicherungssysteme. Zentral hierfür stehen Stichworte wie „Entkopplung von Arbeit, Einkommen und sozialer Sicherung“, Einführung einer „Grundsicherung“ unabhängig vom Lohnarbeitsverhältnis (mit der realen Konsequenz laufender Marginalisierungs- und Spaltungsprozesse durch Schaffung entsprechender institutioneller Formen – mit einer Tendenz zum Arbeitszwang). Diese Position wird zwischenzeitlich aus unterschiedlichen Perspektiven argumentiert, und lässt sich keiner eindeutigen Lagerposition mehr zuordnen (siehe auch Ausführungen zum Grundeinkommen im Kapitel F 13.1.3.).

13. Modelle einer neu definierten „Arbeitsgesellschaft“

Auf dem Hintergrund der strukturellen Krise der „Arbeitsgesellschaft“ wächst bei den politisch-gesellschaftlichen Eliten die Einsicht in die Notwendigkeit des „Umbaus der Arbeitsgesellschaft“, ohne dass in dieser Debatte ein Konsens sichtbar wäre. Den meisten „Umbau“-Konzepten ist gemeinsam, dass das

fordistische Vollbeschäftigungsmodell als historisch abgeschlossen gilt, und nicht wiederholt werden kann. Deswegen soll in der folgenden Analyse eine Darstellung und Bewertung aktuell diskutierter Konzepte vorgenommen werden, um hieraus Hinweise daraus zu gewinnen, wo der gesellschafts-politische und arbeitsmarktpolitische Trend einer mittelfristigen Dekade hingehen könnte, und welche Fragestellungen und Konsequenzen dieses für bildungspolitische Grundsatzdebatten haben kann.

13.1. Lohnersatzleistungen als Kompensations-Strategien

Zwei Jahre nach der „tiefgreifendsten Sozialreform der letzten 30 Jahre“ (Hartz-IV) hat dieser Eingriff nicht nur einen „neuen Typus von Armut“ hervorgebracht, sondern durch die strukturellen Verwerfungen am Arbeitsmarkt das Potenzial von Menschen vergrößert, die ihren Lebensunterhalt (Existenzminimum) mit ihrer Lohnarbeit nicht mehr aus eigenen Ressourcen heraus realisieren können. Nachdem sich Hartz-IV als die „teuerste Sozialreform der letzten Jahre“ (FAZ 1.6.06) entpuppt hat, konzentriert sich die Suche nach den „Schuldigen“ wie selbstverständlich auf den „Missbrauch“, und dem daraus abgeleiteten Versuch, mit einem Bündel gesetzlicher Verschärfungen den Zwang zur Aufnahmen einer „Arbeit“ zu verschärfen. Getreu der „Bürgerpflicht“, den Unterhalt durch privaten Gelderwerb selbst zu verdienen, wird dieser sittliche Imperativ (ohne Diskussion der strukturellen Hintergründe) in unterschiedlichsten Facetten in der öffentlichen Debatte ausgetragen, um eine ‚verkehrte, gänzlich unmoralische, gemeinwohlschädigende und nicht zu dulddende Lebenseinstellung‘ zu diskreditieren. „Missbrauch“ und „Sozialbetrug“ zu inkriminieren und „Schlupflöcher“ zu stopfen, die „zum Missbrauch einladen“, das ist der Kontext, in dem die Modelle konzipiert werden, die dem gesellschaftlich normativen Grundsatz entsprechen: „Kein Geld für Nichtstun“.

Dabei sind die Arbeitslosen nur die Hälfte des Problems, dem die Hartz-IV-Reformer zu Leibe rücken wollen. Denn das Potenzial von Menschen, die trotz Beschäftigung staatliche Hilfe zum „Lebensunterhalt“ beantragen, wird immer größer, weil das Ausmaß der Lohnrückerei (verschärft und legitimiert durch den Globalisierungsprozess) für immer mehr Menschen die materielle Grundlage destabilisiert, und den Staat zu Kompensationsleistungen zwingt. Auf dieser Grundlage des lohnkostensenkenden Umgangs der Unternehmer mit ihren Belegschaften (und dieses unter tatkräftiger Mitwirkung des Sozialstaates) ist der deutsche Arbeitsmarkt mit einem wachsenden Potenzial von „working poor“ belegt, deren Betroffenen ihre elementaren Reproduktionskosten nicht mehr aus eigenen Mitteln bestreiten können. In der Annahme, das die „Scham der Betroffenen gesunken sei“ (SZ, 2.6.06), staatliche Transferleistungen anzunehmen, aktualisiert die bekannten Gegenmaßnahmen des repressiven Sozialstaates, der mit einem Bündel an „schärferen Kontrollen“ auf diesen sozialen Tatbestand reagiert. Die Grundlage für diesen Prozess leitet sich aus einer schlichten Erkenntnis ab:

„Ausgangspunkt... ist allemal, dass die Lohnarbeit als Lebensmittel nichts taugt. Sie werden fällig, weil durch die Lohnarbeit nicht einmal die Reproduktion derer gesichert ist, die auf sie als Einkommensquelle verwiesen sind. Die Betroffenen sind am Ende einer sozialpolitisch betreuten Karriere nach unten angelangt, sie sind arbeits- und damit einkommenslos; nicht vorübergehend, sondern schon länger und absehbarerweise auf Dauer; per staatlichem Beschluss wurde die Galgenfrist, in der die Arbeitslosenversicherung noch zahlt, immer kürzer; Rücklagen, soweit so noch vorhanden waren, sind aufgebraucht, so dass sie schließlich ohne alle Mittel dastehen und sich und ihre Familie aus eigener Kraft nicht einmal mehr erhalten können...

Auch wenn diese Hilfsbedürftigen aus ökonomischer Sicht nichts Erhaltenswertes zu bieten haben, auf ihre Arbeitskraft aktuell und auch künftig niemand mehr Wert legt, der Staat daher auch immer weniger Gründe hat und sieht, sie als Bestandteil einer ohnehin schon viel zu großen Reservearmee in Schuss zu halten, gibt es dafür offenkundig immer noch genügend ordnungspolitische Gründe: Die verarmten Massen sollen ihre Fassung behalten, nicht als Pöpel angenehm auf fallen, in einem ja ansonsten ja wunderbar funktionierenden Gemeinwesen nicht störend in Erscheinung treten – also kurzum: ihm keine Probleme bereiten“ (in: Gegenstandspunkt, 4-06: 141-142).

Um das „soziokulturelle Existenzminimum“ immer größerer Potenziale von prekären Verhältnissen zu sichern, sind unterschiedliche Modelle in der Diskussion und in Pilotprojekten angelegt: Kombilohn,

Mindestlohn, Initiative 50plus etc., um in einer Mischung aus Niedriglöhnen und staatlichen Kompensationen die Existenz auf einem Minimum zu sichern. Da die Mindestlöhne im Markt (teils unter voller tarifvertraglichen Legitimation der Gewerkschaften) ständig sinken, werden die gesetzlichen Regelungen für das „Existenzminimum“ auch ständig nach unten korrigiert.

13.1.1. „Mindestlöhne“

Reinhardt Bispinck (Tarifexperte beim WSI) sieht für jede entwickelte Volkswirtschaft ein alarmierendes Zeichen, wenn selbst mit einer Vollzeitbeschäftigung nur ein Lohn realisiert werden kann, mit dem die Reproduktionskosten nicht mehr ausreichend abgedeckt werden können. **Deutschland** repräsentiert im internationalen Benchmark einen **Ausnahmestatus**, da es hier keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt, die eine flächendeckende Tarifbindung haben. Hierbei liegen viele der untersten Tariflöhne mit 4 bis 6 Euro brutto inzwischen voll im Niedriglohnbereich. Dass in diesem Markt etwas nicht stimmt, ist zwischenzeitlich auch auf dem Schreibtisch der Bundeskanzlerin gelandet: „Wir dürfen nicht zulassen, dass in Deutschland Jobs für 50 Cent Stundenlohn angeboten werden, und den Rest regelt der Steuerzahler“ (Der Spiegel 2/06).

Der Vergleich im europäischen Kontext belegt (Studie der Hans-Böckler-Stiftung 2006, Schulten/Bispinck/Schäfer), dass die unteren Lohngruppen in Deutschland am wenigsten verdienen, dass gesetzliche Mindestlöhne im europäischen Kontext das Einkommen der Geringverdiener stabilisieren und sie vor Sozialdumping schützen. Gleichzeitig haben nach dieser Untersuchung Mindestlöhne nicht zum (in der deutschen Debatte) behaupteten Abbau von Arbeitsplätzen geführt. In Großbritannien ging mit Einführung von Mindestlöhnen sogar die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent zurück. Die Studie belegt aber auch, dass es keine Korrelation zwischen der Einführung von Mindestlöhnen und neuen Jobs gibt. Jedoch überwiegen nach Ansicht der Böckler-Stiftung die positiven Erfahrungen mit der Einführung von Mindestlöhnen: mit positiven Konsequenzen für die monetären Handlungsspielräume der Betroffenen und zur Ankurbelung der Binnennachfrage. 2,6 Millionen Menschen arbeiten derzeit in Deutschland für weniger als 7,50 Euro Brutto in der Stunde. Dass sich in den abgeleiteten Konsequenzen in der Mindestlohndebatte die Positionen zwischen gewerkschaftlichem und neoliberalen Lager polarisieren, liegt in der Natur der Philosophien und Interessensvertretungen. So wundert es nicht, wenn das ifo-Institut (Werner Sinn) die These vertritt, dem Niedriglohnwettbewerb aus Osteuropa können heimische Firmen nur standhalten, wenn sie die Löhne senken. Ein Mindestlohn sei ökonomisches Gift und führe zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit. Jedoch wird in den meisten vom WSI ausgewerteten Studien, in denen Auswirkungen der Mindestlöhne analysiert wurden, keine solche Konsequenz höherer Arbeitslosigkeit festgestellt. In 18 von 25 EU-Staaten existieren Mindestlöhne. In den meisten westeuropäischen Staaten liegen die Mindestlöhne zwischen 8 und 9 Euro (in der zu erwartenden Differenzierung zwischen den Ländern West-, Süd- und Osteuropas). Während es in Deutschland eine Bezahlung nach Tarif nur noch für knapp zwei Drittel in Westdeutschland und 50 Prozent in Ostdeutschland der Beschäftigten gibt, ist in Italien das Recht auf ein faires Entgelt sogar in der Verfassung festgeschrieben. Abweichungen können zum Klagegegenstand erhoben werden. Somit rangiert Deutschland am unteren Ende der reichen EU-Kernstaaten. Auf dem Hintergrund dieser europäischen Disparität plädieren die WSI-Autoren für die Einführung einer europäischen Mindestlohnnorm.

Die Forscher zeigen auf, dass in Deutschland der Markt für untere Lohngruppen am wenigsten reguliert ist, mit der Konsequenz, dass viele Arbeitnehmer zu derart niedrigen Gehältern arbeiten müssen. Die abgeleitete Folge mündet in der Empfehlung der Studie, einen Mindeststundenlohn in der Höhe von 8-10 Euro einzuführen. Diese Regelung sei auch deswegen dringend geboten, da mittlerweile 45 Prozent der Beschäftigten im Osten und 30 Prozent der Beschäftigten in den alten Bundesländern nicht mehr durch Tarifverträge geschützt sind. Von einer Festlegung eines Mindestlohnes würden nach

Berechnungen der Autoren 2,7 Millionen Arbeitnehmer profitieren, zumal der Anteil der prekären Arbeitsverhältnisse rasant zunimmt.

Da der Anteil der Arbeitnehmer in den Niedriglohngruppen europaweit ständig wächst, wird die Debatte über ‚Niedriglohnempfänger‘ schärfer. Schon 1989 wurde in der ‚Sozialcharta‘ der Europäischen Union gefordert, für jede Beschäftigung ein gerechtes Entgelt zu bezahlen, ein Entgelt das ausreicht, um sich einen angemessenen Lebensstandard zu erlauben. 1997 veröffentlichte die Kommission erstmals in dem „Lagebericht über gerechte Arbeitsentgelte“ (EU9702103N) eine Position, wonach in den meisten Mitgliedsstaaten einen ausreichender gesetzlicher Rahmen zur Durchsetzung gerechter Arbeitsentgelte zur Verfügung steht. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten betrachtete jedoch eine direkte Einmischung in die nationale Lohnpolitik als unerwünscht. Außerdem waren die Einflüsse von nationalen Regierungen auf die Lohngestaltung gering. Sukzessive verschob sich der Schwerpunkt der EU-Politik auf die Bekämpfung der Armut, sozialer Ausgrenzung (Kernthema des Lissabonner Modernisierungsansatzes) und der Verbesserung der ‚Arbeitsqualität‘. Eine Vergleichbarkeit der Niedriglohnjobs in Europa ist aus quantitativen methodischen und qualitativen Gründen schwierig. Eine europaweite vergleichende Analyse liegt mit der Vergleichsstudie der EIRO vor.

Dabei reicht ein Blick ins europäische Ausland, um nachzuvollziehen, dass mit einer grundsätzlich anderen Philosophie und Konzeption nicht die Horror-Szenarien leitend sind, sondern der politische Pragmatismus, der zu effektiven Lösungen führt. In Großbritannien ist es seit 1999 gelungen, mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes einen Paradigmenwechsel und eine Korrektur des von der Thatcher-Regierung eingeführten ruinösen Lohnwettbewerbs vorzunehmen. Trotz der Dezentralisierung der Flächentarifverträge, einer hohen Lohnspreizung (mit drastischem Anstieg der Armutspotenziale) stellten sich in Deutschland positive Beschäftigungseffekte in den kritischen Zielgruppen des Arbeitsmarktes nicht ein.

Die neue Labour-Regierung wurde 1997 mit ihrem Versprechen zur Einführung eines nationalen Mindestlohnes gewählt. Der NMW (National Minimum Wage) sollte Beschäftigte vor ausbeuterischen Löhnen und Unternehmer vor unfairer Wettbewerb schützen. Zur Konzeptionalisierung, Implementierung und Evaluation wurde die LPC (Low Pay Commission) eingerichtet. Der Mindestlohn sollte ein Bruttostandardlohn sein. Der NMW trat am 1. April 1999 in Kraft. Durch diesen gesetzgeberischen Schritt wurde eine Basis für eine faire Bezahlung gelegt, ohne dem Anspruch gerecht zu werden, alle Familienkonstellationen ausreichend vor Armut zu schützen. Deswegen wurden parallel mit der Einführung der NMW die Zuschüsse für Familien (Family Credits) überprüft, und durch bedarfsorientierte Zuschüsse zur Lebensführung (Working Families Tax Credits) ergänzt. Zugleich wurde eine Erweiterung der Zuverdienstmöglichkeiten beschlossen, eine Heraufsetzung der Einkommensgrenzen und eine Erhöhung der Zuschüsse zur Kinderbetreuung eingeleitet. Wurden 1997 rund 750.000 Familien unterstützt, waren es 2004 2,3 Mio. (Finn 2005: 25).

Eine Evaluation der Auswirkungen des NMW zeigt folgende Effekte dieses Programms auf:

- Der Informationsgrad von Beschäftigten und Unternehmen war außerordentlich positiv.
- Rund 1,5 Mio. Beschäftigte profitierten von diesem Programm. Es kam zu einer deutlichen Erhöhung der Löhne im unteren Einkommensbereich. Zwei Drittel der Betroffenen sind Alleinerziehende und von diesen wiederum zwei Drittel Teilzeitbeschäftigte. Der Anteil aus ethnischen Minoritäten ist sehr hoch. Repräsentierte Berufsgruppen sind: Verkäuferinnen, Hilfskräfte in der Pflege, Kindergärten und in anderen persönlichen Dienstleistungen, FrisörInnen, Beschäftigte von Sicherheitsdiensten etc.
- Der überwiegende Teil der Anspruchsberechtigten erhielt auch den NMW.
- Die Lohnsumme wurde durch den NMW um ca. 0,5% gesteigert, ohne spürbare Effekte auf die Beschäftigung (beschäftigungspolitisch neutral).

- Probleme wurden bei kleinen und mittleren Unternehmen festgestellt, die in Konkurrenz mit dem informellen Sektor stehen oder über keine Preissetzungsmacht verfügen.
- Auswirkungen des NMW auf die Produktivität ergaben, dass ein beachtlicher Teil der Firmen arbeitsorganisatorische Veränderungen vornahm und in neue Technologien und Weiterbildung investierte.
- Der NMW zeigte positive Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen (Rückgang der Staatsausgaben für Einkommenssubventionen und Anstieg der Steuereinnahmen).

Die Einführung des NMW kann als Erfolg eines zentralen arbeitsmarktpolitischen Erfolges gewertet werden, weil auf der Basis einer grundlegenden Entideologisierung der Debatte britische Unternehmerverbände für dieses Programm geworben werden konnten, und zugleich eine Überwindung des statischen Denkens der Lehrbuchökonomie erfolgte (ganz im Gegensatz zur Ideologisierung der deutschen Debatte). Durch den ernsthaften Willen der britischen Regierung zur Implementierung wurde die staatliche Subventionierung von Ausbeuterlöhnen und gleichzeitig eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (mit dem Potenzial neuer staatlicher Handlungsspielräume) eingeleitet. Über allem steht natürlich die positive Beschäftigungsbilanz. Der beachtlich steigende Anteil im Niedriglohnsektor (Bosch/Kalina 2005; Bosch/Weinkopf 2006) erzwingt einen Paradigmenwechsel in der deutschen Debatte. Die britischen Erfahrungen geben wichtige Hinweise für den Implementierungsprozess und Anschauungen, wie negative Beschäftigungswirkungen vermieden und eine breite Akzeptanz erreicht werden kann.

Grundlegend lassen sich Merkmale identifizieren, die zu Niedriglöhnen führen:

- Größe des Unternehmens
- Sektor/Industrie
- Beruf
- Eigentumsverhältnisse im Unternehmen (staatlich, privat, „dritter“ Sektor)
- Familienstand
- Geschlecht
- Alter
- Ausbildung/Qualifikation
- Typ des Arbeitsvertrages und des Beschäftigungsverhältnisses.

Danach sind von Niedriglöhnen vor allem Frauen, junge Menschen, Hilfsarbeiter, befristet beschäftigte Arbeitnehmer, Auszubildende, Arbeitnehmer mit niedrigem Dienstalter, arbeitende Rentner, Studenten, Witwer, geschiedene bzw. allein stehende Personen und Immigranten betroffen. Schwerpunkte von Tätigkeiten mit Niedriglöhnen sind: Verkauf, Personaldienste, Gastronomie, Pflege, Reinigung, Sicherheit und zahlreiche andere Hilfstätigkeiten. Auch Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie Leih- und Saisonarbeit sind mit Niedriglöhnen verbunden. Ebenso spielt die Präsenz und Stärke einer Gewerkschaft eine große Rolle.

Trotzdem zeigt die Niedriglohnstudie des IAB auf, dass der Niedriglohnsektor kein ausschließliches Sammelbecken von gering Qualifizierten ist. Niedriglöhner sind auch nicht überwiegend jung und unerfahren. Fast zwei Drittel sind älter als 25 Jahre. Zwei von drei Niedriglöhnern haben eine Berufsausbildung bzw. sogar ein Studium. Zum großen Teil sind die niedrigen Löhne nicht individuell durch die Person des Geringverdieners zu erklären, sondern durch die Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftsbereichen. Rund 80 Prozent der Geringsverdiener arbeiten in Kleinst- und Kleinbetrieben, 63 Prozent im Dienstleistungssektor, 17 Prozent in Privathaushalten.

Hervorzuheben ist u.a. die massive Zunahme der Stellenangebote in Zeitarbeitsunternehmen, die mittlerweile zur wichtigsten Job-Quelle auf dem Arbeitsmarkt geworden ist. Während vor allem große

Konzerne weiterhin massiv reguläre Arbeitsverhältnisse abbauen, kommen Impulse für Neueinstellungen vornehmlich aus der Zeitarbeiterbranche. Zwischenzeitlich ist die Grenze der Vermittlungen über eine halbe Millionen schon überschritten (Stuttgarter Zeitung 16.8.2006). Hierbei ist von Bedeutung, dass jeder dritte Leiharbeitnehmer von der Agentur für Arbeit als „Hilfsarbeiter“ geführt wird.

Die politisch ungelöste Debatte über „Mindestlöhne“ findet auch in diesem Segment eine Entsprechung. So sind die Verhandlungen zwischen DGB, Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) bisher noch nicht zielführend gewesen. Dieser Entscheidungsprozess steht in einer starken Abhängigkeit eines offenen Entscheidungsprozesses über „Mindestlöhne“ auf Bundesebene. Der aktuelle Dissenz in der Großen Koalition (prinzipieller Widerstand der CDU/CSU) lässt die Prognose zu, dass in dieser Politikkonstellation keine Angleichung an europäische Standards zu erwarten ist, zumal nach jüngsten Verlautbarungen von Bundeskanzlerin Merkel dem Thema eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes eine klare Absage erteilt wurde: „Es wird keinen flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohn geben“ (Arbeitgebertag in Berlin, zitiert in: Die Zeit 7.11.2006). Dass hierfür die vielzitierte „Wettbewerbsfähigkeit“ erhalten muss („Lohnkonkurrenz aus Osteuropa und aus Fernost“) ist genauso selbstverständlich, wie die konsequente Missachtung aller internationalen Erfahrungen, und die banale Tatsache, dass nicht die Lohnkosten, sondern die Lohnstückkosten Grundlage eines soliden Benchmarkansatzes sind.

Die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte aus Osteuropa verschärft schon heute den Lohndruck auf deutsche Niedrigverdiener und erhält bedrohliche Ausmaße durch die in 2009 eintretende „Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU“ (gültig für die neuen ost-europäischen Länder). „Wenn nichts geschieht, geht es mit den Verdiensten weiter bergab“ (Der Spiegel 11/2007). Nachdem der Einfluss von Gewerkschaften und Tarifverträgen in vielerorts geschwunden ist, befindet sich die Bezahlung vieler Serviceberufe schon heute im freien Fall. Durch die EU-Richtlinien würde sich dieser Absturz noch weiter beschleunigen. Obwohl alle europäischen Regierungen gesetzliche Verdienstgrenzen festgesetzt haben, gehört die Bundesrepublik zu den Ausnahmeländern, in denen weiterhin über eine solche Regelung gestritten wird. Und diese auf dem Hintergrund, dass nach Expertenschätzungen vier Millionen Polen, Ungarn und Rumänen zur Arbeit in den Westen drängen. Die Verwerfungen lassen sich schon heute in der Fleischerindustrie studieren (gravierende Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte, Tarifanarchie und verschärfte Ausbeutung). Und selbst das vielzitierte „Jobwunder“ in der Zeitarbeitsbranche wäre in Gefahr. Und über allem steht das Damoklesschwert entlang der Prämisse der industriellen Logik (Kommentar zur 6,5%-Lohnforderung der IG-Metall): „Allein die verlangte Erhöhung entspricht dem absoluten Verdienst eines unserer Industriearbeiter in China“ (Der Spiegel 11/2007: 177).

Der nahe liegende Schritt einer Angleichung an europäische Standards wird vor allem von den Unternehmensverbänden und der CDU blockiert (die Union lehnt einen flächendeckenden Mindestlohn prinzipiell ab). Das vorliegende „Kompromisspapier“ (20.6.2007) stellt sich gegen einen generellen Mindestlohn. Die SPD erklärt die Bemühungen um einen gesetzlichen Mindestlohn als gescheitert, und positioniert sich mit diesem Thema in der Wahlkampfstrategie 2009. Die Ausweitung des „Entsendegesetzes“ (die Tarifparteien bestimmen in Branchen mit mindestens 50 % Tarifbindung ihre Lohnuntergrenze selbst) ist die politische Kompromissformel. Diese Kondition betrifft jedoch nur einen kleinen Ausschnitt der betroffenen Branchen. Der DGB beharrt grundsätzlich auf der Forderung von mindestens 7.50 Euro pro Stunde, während die Unionspositionen und die Arbeitnehmerverbände sich paradigmatisch der neoliberalen Argumentationsfigur verschrieben haben: Die Unternehmen werden auf festgeschriebene Mindestlöhne weiterem Arbeitsplatzabbau, Rationalisierung und Produktionsverlagerung reagieren. Die aktuell (7/2007) beschlossene „Neuordnung des Niedriglohnsektors“ perpetuiert die Politik des „Flickenteppichs“: Die Lohnkostenzuschüsse für 100 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose ist nicht nur eine Verhinderungshandlung für eine Mindestlohnregelung, sondern

setzt das Muster der staatlichen Lohnkostenbezuschussung fort, ohne dass den betroffenen Arbeitslosen damit eine strukturelle Perspektive in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

Grundlegend bleiben bei allen Variantendiskussionen in der Großen Koalition politisch-strategische oder schlichte monetäre Motive handlungsleitend: Lehnt die Kanzlerin eine diskutierte Erhöhung des Hartz-IV-Satzes an den Mindestlohn prinzipiell ab, bleiben bei der SPD monetäre und wahltaktische Motive in der Mindestlohndebatte grundlegend:

„Müntefering fürchtet, dass eine Erhöhung des Regelsatzes von derzeit 347 E im Monat dazu führt, dass noch mehr Geringverdiener einen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen haben. Er fordert deswegen im Falle einer Erhöhung die Verbindung mit einem generellen Mindestlohn – und schärft damit das soziale Profil der SPD...

Steinbrück betonte, der Staat müsse ohne Mindestlohn noch mehr Geld ausgeben, um die Einkünfte der Niedrigverdiener auf Hartz-IV-Niveau anzuheben... Der Arbeitsminister habe daher zu Recht eine Erhöhung an die Einführung des Mindestlohnes gekoppelt, sagte Steinbrück“ (Financial Times, 20.8.2007).

13.1.2. „Kombilohn“

Das immer wieder aktualisierte Konzept der „Kombilöhne“, niedrig bezahlte Tätigkeiten („Niedriglohnsektor“, „geringsqualifizierte Jobs“, „Einfacharbeitsplätze“) durch öffentlich finanzierte Zuschüsse aufstocken, ist derzeit wieder in der politischen Debatte der Großen Koalition. Hierbei gibt es zwischen CDU, CSU und SPD unterschiedliche Vorstellungen, wie dieser Aufschlag aussehen soll. Widersprüche ergeben sich sowohl in Fragen der Finanzierbarkeit als auch in der SPD-Position, Mindestlöhne auf tariflicher oder gesetzlicher Basis auszuweiten. Grundsätzlich hat die SPD das arbeitsmarktpolitische Ziel, den „Niedriglohnsektor kräftig auszubauen“ (Handelsblatt 1.1.2006) und formuliert keinen grundsätzlichen Widerspruch gegen die Implementierung eines „Kombilohnes“, wenn die Zielsetzung des Ausbaus des Niedriglohnsektors damit erreicht wird. Während der DGB mit der Einführung der Mindestlöhne eine „Haltelinie nach unten“ festlegen will (Engelen-Kefer), formieren die Unternehmerverbände eine unversöhnliche Position gegen die Einführung von Mindestlöhnen: „Für Deutschland wäre ein Mindestlohn eine ökonomische Katastrophe“ (Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschafts-Instituts, in: Handelsblatt 10.1.2006).

Ausgangspunkt der Debatte um den „Niedriglohnsektor“ war die im Jahre 1999 aufgesetzte Auseinandersetzung um das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, mit dem aktiv jene kritischen Zielgruppen im Arbeitsmarkt angegangen werden sollten, denen wegen fehlender/mangelnder Qualifikation, langen Phasen der Arbeitslosigkeit und geringen Verdienstaussichten am Arbeitsmarkt ein dauerhafter Ausschluss aus dem Beschäftigungssystem droht. In der Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Zielgruppen wird seitdem der Schlüssel zur Entschärfung des Arbeitslosenproblems gesehen.

Im Rahmen der Kombilohn-Debatte wurden zahlreiche – primär von Ökonomen konzipierte Fördermodelle - vorgelegt, die vor einer flächendeckenden Einführung in regional begrenzten Modellversuchen erprobt werden sollten. Die bekanntesten sind das

- *Projekt der Stadt Köln zur Förderung der Beschäftigung von gering Qualifizierten;*
- *Einstiegsgeld in Baden-Württemberg;*
- *Mainzer Modell*
- *Hamburger Kombilohnmodell.*

Während Lohnkostenzuschüsse zum Standardinstrumentarium der Arbeits- und Sozialämter gehören, sind Einkommensbeihilfen für Beschäftigte als ein neuer Ansatz zu definieren.

Die Besonderheit des „Kölner Modells“ ist dadurch gekennzeichnet, dass sich der Ansatz nicht ausschließlich auf die Erhöhung der monetären Anreize beschränkt, sondern auch auf die Lösung sozialer Problemlagen der Betroffenen durch Fallmanager/innen und Vermittler/innen der Sozialverwaltung, die die gesamte Lebenslage der Ratsuchenden bei der Unterstützung berücksichtigen. (Zielgruppe: gering-qualifizierte Sozialhilfebeziehende).

Der Modellversuch „Einstiegsgeld in Baden-Württemberg“ (initiiert vom Sozialministerium) begann im Januar 1999 in neun Stadt- und Landkreisen und endete im August 2002. Das Spezifikum dieses Ansatzes ist, dass zeitlich befristet ein geringer Einteil des Erwerbseinkommens von Sozialhilfebeziehern auf die Sozialhilfe angerechnet wurde. Dem Modell lag die Hoffnung zugrunde, dass so Geförderte nach Ablauf der 12-monatigen Förderung weiterhin in Beschäftigung bleiben. (Zielgruppe: Langzeitarbeitslose und Sozialhilfebeziehende).

Das „Mainzer Modell“ war Bestandteil eines arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms der Bundesregierung (Juli 2000 bis März 2003), um die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse zu fördern. Die zunächst regionale Erprobung sollte bundesweit implementiert werden. Die Bundesanstalt für Arbeit war (im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums) für die Durchführung des „Mainzer Modells“ verantwortlich (operative Umsetzung in 181 Arbeitsämtern mit rund 660 Geschäftsstellen) (vgl. Hollederer et al. 2002). Das „Mainzer Modell“ wurde vorzeitig im März 2003 beendet. Die Bundesregierung begründet das Ende mit der neuen Regelung zur geringfügigen Beschäftigung im „Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Mini- und Midi-Jobs“) und deren mangelnde Kompatibilität mit dem „Mainzer Modell“. (Zielgruppe: gering Verdienende insb. mit Kindern).

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat dem 2002 gestarteten Hamburger Kombilohnmodell einen nachhaltigen Erfolg bescheinigt. Die befristete und zielgruppenorientierte Förderung wettbewerbsschwächerer Personen habe zu einer deutlichen Verbesserung der Beschäftigungschancen geführt. Aufgrund von Mitnahme-, Substitutions- und Drehtüreffekten führe dies aber nicht zu einer allgemeinen Erhöhung der Beschäftigung. Nach Auslaufen der Förderung wurden 73 Prozent der Teilnehmer vom Arbeitgeber übernommen. Alle anderen zeitgleich gestarteten Modellversuche seien dagegen nur auf geringes Interesse gestoßen und mittlerweile wieder eingestellt worden (Stuttgarter Zeitung 28.11.2006).

Die Kombilohn-Modelle gehen im Regelfall nur von der Stellgröße finanzielle Zuschüsse aus, ohne die anderen Kontextvariablen (fehlende Kinderbetreuung, Mobilitätsprobleme, sprachliche Defizite etc.) zu berücksichtigen. Diese Aspekte hat das Modell der Stadt Köln am besten abgedeckt, während im „Mainzer Modell“ und beim „Einstiegsgeld in Baden-Württemberg“ die finanziellen Zuschüsse im Mittelpunkt standen. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass die Effekte dieser Modelle weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. In der wissenschaftlichen Begleitung des „Mainzer Modells“ kam das IAT (Institut für Arbeit und Technik) zu der Erkenntnis, dass das Projekt kaum neue Jobs geschaffen hat, die Mitnahmeeffekte hoch sind, und dass es für die Arbeitgeber kein Problem ist, auch schlecht bezahlte Stellen zu besetzen – mit oder ohne staatliche Zuschüsse. Sowohl im Gutachten des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) als auch des IDW (Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln) wird den Modellen ein verschwindend geringer Erfolg bescheinigt. In diesen Stellungnahmen bleibt unthematisiert, dass alle Kombimodelle durch weitere Maßnahmen der Auflösung gesicherter Arbeitsverhältnisse begleitet werden: Ausweitung der Leiharbeit, Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln mit entsprechenden Sanktionen.

Obwohl diese wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, wird das Programm der „Kombilöhne“ aktuell politisch-propagandistisch instrumentalisiert und hinsichtlich der zu erreichenden Effekte überhöht:

„Der Unionsmarktexperte Ronald Pofalla schlägt flankierend die Warnung der Wissenschaft in den Wind, wonach die flächendeckende Einführung eines staatlich bezuschussten Niedriglohnsektors ein kaum kalkulierbares Haushaltsrisiko, sprich: Milliardenkosten bedeuten würde – es sei denn, Sozialleistungen würden entsprechend gesenkt. Pofalla sagt dann auch nicht: kostet nichts, sondern: wird ‚aufkommensneutral finanziert‘. Der frühere Wirtschaftsweise Rolf Peffekoven spricht Klartext. Sein Vorschlag: Arbeitslosengeld II und Weiterbildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit (BA) drastisch kürzen, um Kombilöhne finanzieren zu können“ (FR 3.1..2006).

Während die Zielsetzung, den Niedriglohnsektor „kräftig auszubauen“, einen weitgehenden Konsens findet, liegt der Dissens in den Methoden. Befürworter des Kombilohnes bewegen sich im Spektrum der Arbeitgeberverbände (Hundt), der CDU (einschließlich der Kanzlerin) und des ifo-Instituts (Werner Sinn). Kritiker finden sich vor allem in der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi („Kombilöhne jedweder Art drücken die Tariflöhne“), beim Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und der SPD, die mit ihrem Anspruch „keinen neuen Subventionsmoloch“ schaffen zu wollen, die neoliberalen Prämissen vollends zu sozialdemokratischen Programm erhebt: „Das hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun“ (Fraktionsvize Proß, in Handelsblatt 1.1.2006).

Dass neben den monetären Überlegungen und den Konsequenzen einer Budgetverschiebung/-kürzung das „Modell Kombilohn“ weitestgehend wirkungslos bleibt, belegt die neue IAT-Studie zu Stellenbesetzungsprozessen im Bereich ‚einfacher‘ Dienstleistungen“ (Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit). Eine zentrale Erkenntnis dieser Studie ist, dass die befragten Firmen nicht zu wenig BewerberInnen für offene Stellen haben, sondern umgekehrt: Viele Firmen konstatieren eine „Bewerberflut“ auch bei Jobs mit niedrigem Lohn, eher ungünstigen Arbeitsbedingungen und schlechtem Image. Damit wird die bekannte Diskrepanz zwischen dem Arbeitsplatzangebot und Arbeitsplatznachfrage als das eigentliche arbeitsmarktpolitische Grundproblem sichtbar, (und nicht die Hartz-IV-fokussierte Vermittlungsthematik), und konterkariert alle Klischees in der unseriösen „Faulenzer- und Drückeberger“-Kampagne.

Die schlichte Berechnung des Staates in der Kombilohn-Debatte ist, dass die Lohnsubventionierung weniger kostet als das Arbeitslosengeld. Im besonderen Fokus liegen vor allem alle über 50 Jährigen, die ein bis zwei Jahre die Chance haben, Arbeitslosengeld I zu erhalten. In der „Initiative 50 plus“ sollen sie nach dem Willen der Regierung für die fragliche Zeit (in der sie vom Staat noch mehr Geld zu erwarten haben), mittels eines auf zwei Jahre befristeten Zuschusses in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen irgendwie zwischen‘gelagert‘ werden, um dann im dritten Jahr das niedrigere Alg II zu erhalten.

Obwohl die skizzierten Pilotprojekte sichtbar keine Lösung der flächigen strukturellen Entwicklung/Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse herbeiführen, macht die Aktualisierung dieser Debatte deutlich, dass

- die Lernfähigkeit der politischen Entscheidungsträger begrenzt ist;
- die Hilflosigkeit im Umgang mit diesen strukturellen Problemlagen wächst;
- die Spaltung des Arbeitsmarktes zunimmt und sich verfestigt;
- massive Transferleistungen zugunsten der Arbeitgeber erfolgen, ohne im Niedriglohnsektor relevant neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- diese Arbeitsmarktstrategie auf Kosten der Basisleistungen der Bundesagentur für Arbeit und der Hartz-IV-Empfänger realisiert wird (beabsichtigte Kürzung von Alg. II um 30 Prozent);
- Dumpinglöhne im Niedriglohnsektor implementiert werden (sollen).

Das politische Entscheidungsfeld steht in dem Widerspruch, die flächendeckende Einführung der „Kombilohn-Modelle“ mit übertriebenen Projektionen hinsichtlich der Arbeitsmarkteffekte in die politische Debatte zu geben, andererseits dieses Modell nicht zur Regel werden zu lassen, da sich diese Lohnsubvention für die Unternehmen viel zu lukrativ rechnen könnte: „Wir wollen schließlich Arbeitsplätze schaffen und keinen Selbstbedienungsladen für findige Unternehmer“ (Merkel, in SZ 3.1.06).

Auf dem Hintergrund einer mäßigen Bilanz im Langzeitarbeitslosigkeits- bzw. Niedriglohnbereich hat die Politik allerlei Lösungsvorschläge unterbreitet, um den Spagat zu überbrücken, einerseits Arbeitgebern die Einstellung von Geringsqualifizierten lukrativ zu machen, und zugleich den Betroffenen ein angemessenes Einkommen zu garantieren. Neben den bekannten Mitnahmeeffekten sind die unsystematischen Lohnzuschläge zum Alg II nicht sehr motivierend, da jeder Euro mehr wieder vom Alg II abgezogen wird – oftmals komplett. Konzepte, um aus diesem Widerspruch herauszukommen, sind von verschiedenen Stellen gemacht worden: Ifo-Institut, Institut der deutschen Wirtschaft, Sachverständigenrat etc. Das von vielen bejubelte „Bofinger-Modell“ (Mitglied des Sachverständigenrates) beinhaltet zwei ergänzende Komponenten, die das Einkommen eines Arbeitnehmers mit niedrigem Lohn anheben sollen: Eine Steuergutschrift in Höhe der Sozialbeiträge und ein erhöhtes Kindergeld. Dieses Konzept hat jedoch mehrere Schwachstellen: Wer Geld vom Staat haben will, muss jedoch eine richtigen Stelle antreten – ein kleiner Teilzeitjob gilt nicht. Die Verknüpfung von Arbeitszeit und Transferhöhe sorgt dafür, dass Ledige nur bis zu einem Stundenlohn von 18 Euro Brutto die Gutschrift erhalten. Dagegen können Verheiratete noch mit einem Stundenlohn von 29 Euro einen Anspruch geltend machen. Die Anrechnung von Erwerbseinkommen auf den Alg-II-Anspruch wird dahingehend kritisiert, dass eine Vollzeittätigkeit finanziell nicht attraktiv ist. Dementsprechend spiegelt sich das Verhalten der Betroffenen in der Statistik wieder: Über die Hälfte derer, die ihren Lohn mit ergänzender Alg-II aufstocken, haben nur einen Minijob (iwd, 1.2.2007). So bleibt als Reümee zum Bofinger-Modell:

„Im Vergleich zum Status quo müssen alle betrachteten Haushaltstypen in nahezu allen Einkommensbereichen Einbußen hinnehmen. Im Extremfall hat eine Alleinerziehende mit einem Kind und einem Bruttoeinkommen von 1400 Euro über 180 Euro weniger zur Verfügung als im geltenden System des ALG II mit Hinzuverdienst. Lediglich diejenigen, die garnicht arbeiten, haben genauso viel wie jetzt im Geldbeutel. Bofinger und seinen Mitstreitern ist dieser Sachverhalt aber offenbar bekannt. Denn die finanzielle Lücke wollen sie mit einem nicht näher spezifizierten Wohngeldanspruch schließen. Letztlich bleibt die Frage, warum kompliziert sein muss, was auch einfacher geht. Für die Verbesserung der Anreizstruktur reicht es aus, die bisherige Staffelfung bei der Anrechnung von Erwerbseinkommen auf das ALG II...durch einen einheitlichen Satz zu ersetzen. Diese Komponente des Modells – und nur sie – ist sinnvoll. Ein anderes heißes Eisen wird ohnehin nicht angepackt: die unklare Zuständigkeit zwischen Bund und Kommunen beim ALG II“ (in: iwd, 1.2.2007, S. 5).

Mit dem jüngsten Vorstoß des Bundeskabinetts (6/2007) für das Modell des „Kommunal-Kombi“ verschärfen sich die Auseinandersetzungen über die Arbeitsmarktpremissen. Mit dem geplanten „Beschäftigungszuschuß“ sollen 100.000 zusätzliche Stellen für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose über 25 Jahre geschaffen werden (Kosten 1,7 Milliarden Euro). Die massive Kritik der Unternehmensverbände (Hundt) an diesen Plänen („Rückfall in ABM-Zeiten“), zielt darauf, dass diese „öffentliche Beschäftigung im großen Stil“ die Chancen im ersten Markt keinesfalls erhöhe (Ude, Präsident des Deutschen Städtetages). Es sei völlig unrealistisch, neben den mehr als 300.000 Langzeitarbeitslosen in Ein-Euro-Jobs noch weitere 100.000 solcher Stellen zu schaffen, ohne dass dies Auswirkungen auf den regulären Arbeitsmarkt habe. Demgegenüber verteidigt die Bundesagentur für Arbeit dieses arbeitsmarktpolitische Instrument mit der Begründung, dass „wir auch eine Verantwortung für die Menschen haben, die es nicht alleine schaffen“ (FAZ 28.6.2007).

13.1.3. „Grundeinkommen“

Die wachsende Erkenntnis, dass der Gesellschaft wohl nicht „die Arbeit ausgeht“, Projektionen auf eine „Vollbeschäftigungsperspektive“ jedoch illusionär sind, führen zu der Suche nach Konzepten im gesellschaftspolitischen Umgang mit diesem Tatbestand. So argumentieren die Befürworter des „Grundeinkommens“, dass prinzipiell nicht mehr genügend Arbeit für alle da sei, und es deshalb unhaltbar ist, Hartz-IV Empfänger mit ständig neuen Drohungen den Zugang zur „Arbeit“ abzurufen. Eine Verpflichtung zur Arbeit soll es nicht mehr geben. Deutschland produziere auch in Zukunft genügend Wohlstand, um allen Bürgern soziale Teilhabe auf einem Basisniveau zu ermöglichen. In dieser Debatte gehen die

Befürworter expertisengestützt von einer prinzipiellen Finanzierbarkeit dieses Ansatzes aus, und lassen sich in ihrer Motivation von drei grundlegenden Annahmen leiten:

- Die Grundbedürfnisse aller Menschen sind dank des technischen Fortschritts mit geringem Aufwand zu befriedigen.
- Da es immer weniger Erwerbsarbeit bedarf, und das Ziel einer mit den Sozialsystemen kompatiblen Vollbeschäftigung utopisch sei, führt sich das Modell der klassischen Erwerbsarbeit ad absurdum.
- Der heutige Sozialstaat gängelt seine Bürger, mischt sich immer mehr in sein Privatleben ein und behandelt sie als Bittsteller.

Deswegen ist die wahre Freiheit nur durch die Einführung eines „Grundeinkommens“ zu gewährleisten. Dabei stehen hinter den Konzepten „Solidarisches Bürgergeld“, „Existenzgeld“, „bedingungsloses Grundeinkommen“ etc. jedoch unterschiedliche Entwürfe, monetäre Vorstellungen und Motive. Auf dem Hintergrund einer „Grundsicherung“ wäre der Arbeitsmarkt dann ein „richtiger Markt“, und dieses Konzept würde konsequent zu einem anderen Arbeitsbegriff führen. Schon der Philosoph Bertrand Russel fordert vor 50 Jahren ein „Bürgergeld“ (Essay „Lob des Müßiggangs“).

In dieser Diskussion erstaunt nicht nur, das Ablehner und Befürworter in keine klassische Lagertheorie passen, sondern auch die Vielfalt der zugrundegelegten Prämissen und Begründungszusammenhänge:

- Thüringens Ministerpräsident Althaus (CDU) argumentiert, dass die ständig steigende Sockelarbeitslosigkeit und die demografische Entwicklung weiter steigende Sozialausgaben bedingt, und folgert, dass ein „radikaler Schnitt“ notwendig sei. Deswegen sind alle Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Bafög, Kindergeld, Wohngeld, Elterngeld, Rente) abzuschaffen, und eine „Bürgergeld“ in Höhe von 600 Euro an jedermann auszuzahlen. Nur für Kranken- und Pflegeversicherung käme der Staat zusätzlich auf. Gleichzeitig sollen die Steuern auf 25 Prozent auf alle Einkommen (1600 Euro) gesenkt werden. Nach Berechnungen der Konrad-Adenauer-Stiftung würden die zugrundegelegten Kosten das gegenwärtige Sozialbudget nicht überschreiten. Nach Althaus ist Hartz-IV auf Dauer nicht zukunftsfähig. Deswegen sei ein „Systemwechsel“ notwendig. Das „solidarische Bürgergeld“ verbinde die individuelle Leistungsbereitschaft mit dem Gedanken der gesellschaftlichen Solidarität. Vollbeschäftigung ist demnach kurz- und mittelfristig nicht zu realisieren. Da Teilzeitjobs und gering entlohnte Arbeit genügend vorhanden sind, würden sich Menschen mit einem abgesicherten Grundeinkommen diesen Tätigkeiten als Zuverdienst verstärkt zuwenden. Durch die Trennung von Sozialstaat und Arbeitsmarkt bekämen wir einen dynamischen Arbeitsmarkt. Das alte System der sozialen Sicherung ist nach Althaus nicht mehr zukunftsfähig. Die „soziale Marktwirtschaft“ solle mit den Zielen Sicherheit zu schaffen und zugleich Leistung zu honorieren erneuert werden.

„Ich stehe hinter dem Koalitionsvertrag mit der SPD. Aber ich glaube nicht, dass wir mit unseren Reformen die bestehenden Systeme mittel- oder langfristig erfolgreich sichern können. Sie stammen aus den 1950er-Jahren und passen in ihrer Grundkonstruktion nicht mehr zur heutigen offenen Gesellschaft mit maximaler Freiheit, fragmentarischen Lebensverläufen und demografischen Problemen. Die Menschen brauchen viel mehr Flexibilität, als wir ihnen zur Zeit bieten können. Deshalb ist es notwendig, einen ganz neuen Ansatz zu verfolgen“ (TAZ 13.1.0.2006, S. 4).

Ähnlich positioniert sich CDU-Generalsekretär Potfalla, warnt jedoch vor möglichen Konsequenzen. Kritiker argumentieren, dass das Modell „Bürgergeld“ wenig mit Sozialromantik zu tun hat, sondern ein anderes Modell des Arbeitszwanges repräsentiere. So erstaunt es auch nicht, dass im „Konzept Althaus“ (in Abstimmung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung) auch eine prinzipielle Ablehnung von Mindestlohnstandards und Kombilöhnen enthalten ist: „Lohnpolitik ist Sache der Tarifpartner, eine staatliche Intervention muß ausbleiben“ (FAZ, 9.4.2007).

- Auch Bundespräsident Köhler positioniert sich für eine „Art Grundeinkommen“:
„Wir könnten über eine Art Grundeinkommen nachdenken. In Amerika gibt es etwas, was negative Einkommensteuer genannt wird: Wer nichts verdient, erhält eine Grundsicherung vom Staat“ (TAZ 27.11.2006).
 Die Idee einer „negativen Einkommenssteuer“, die Sozialleistungen ersetzt und Geringverdiener bezuschusst, stammt von Milton Friedmann (verstorbenen US-Ökonom). Die FDP hat diesen Ansatz ihrem Konzept des „liberalen Bürgergeldes“ zugrundegelegt, sich aber nicht von der Verpflichtung zur Arbeit verabschiedet.
- Die Linkspartei fordert eine Grundabsicherung von 950 Euro. Hinzu kämen Wohngeld und andere Leistungen. Nach internen Berechnungen wurde dieses Modell jedoch wieder verworfen, da die Höhe dieses Ansatzes 70% der deutschen Wirtschaftsleistungen fordern würde.
- Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) schlägt ein Grundeinkommen von 7.500 Euro im Jahr für jeden Bundesbürger vor (625 Euro monatlich). Dieses Geld erhält jeder, auch wenn man sich um keinen Job bemüht. Dafür werden alle anderen Sozialleistungen (Arbeitslosengeld I und II, Rente, Kindergeld etc.) abgeschafft. Unklar ist, ob der Krankenversicherungsbeitrag aus dem Grundeinkommen finanziert werden muss. Die neoliberalen Prämissen schlagen in diesem Ansatz am ungeschminktesten zu Buche:
„Mit dem Grundeinkommen (600 Euro abzüglich 200 Euro Krankenkasse) würden die Menschen eine Basis-sicherung erhalten. Deshalb können die Löhne sinken, besonders für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte... Wir schlagen vor, den Kündigungsschutz abzuschaffen, und auf Mindestlöhne zu verzichten. Diese Schutzmaßnahmen brauchen wir nicht mehr, wenn alle das Grundeinkommen erhielten... Die politische Debatte über das Grundeinkommen wird breiter. Immer mehr Menschen finden das Modell attraktiv“ (Ingrid Hohenleitner, Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, in: TAZ 27.3.2007, S. 3).
- Ein dem „Grundeinkommen“ verwandtes Konzept ist die sog. Sozialerbschaft (Grözingen, Maschke, Offe), die auf Chancengleichheit zielt. Dieses aus den USA stammende Konzept soll auf deutsche Verhältnisse adaptiert werden. Danach bekommt jeder Bundesbürger zu seinem 18. Geburtstag vom Staat 60.000 Euro als Startkapital, um damit sein Leben zu gestalten. Zugriff auf die erste Tranche des Geldes haben jedoch nur diejenigen, die ein Studium aufnehmen. Alle anderen bekommen lediglich Zinsen ausgezahlt. Ab dem 21. Lebensjahr kann jeder, der das Abitur oder eine abgeschlossene Lehre vorweisen kann, die Auszahlung des Geldes beantragen. Die „Sozialerbschaft“ soll durch Einsparungen bei der Sozialhilfe und dem Arbeitsgeld finanziert werden.
- Die Skeptiker gegenüber dem Konzept des „Grundeinkommens“ streuen im Parteien- und Gewerkschaftsspektrum wie folgt:
- Die Gewerkschaften sind die schärfsten Gegner dieses Modells. Nach H.J. Luckroh (IG Metall) wäre das Grundeinkommen die Kapitulation vor der Vorstellung, die Arbeitslosigkeit überhaupt bekämpfen zu können. Befürchtet würde eine generelle Entwertung der Arbeit und ein Angriff auf die Arbeitsgesellschaft schlechthin: „So geht man mit Leuten um, die man aus dem Arbeitsprozess raushaben will“ (Luckroh: „Stilllegungsprämie“). Ähnlich positioniert sich Ver.di und plädiert für einen allgemeinen, branchenunabhängigen, gesetzlichen Mindestlohn. Für Luckroh droht sogar die „Zerschlagung des Sozialstaates“ und damit die Bedrohung des „Kerns des gewerkschaftlichen Zuständigkeitsbereichs“, nämlich die Tarifautonomie. (TAZ 27.11.2006).
- Einig sind sich die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern. Diese sehen (z.B. BDA) „Fortentwicklungsmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II. Aktuell forderte der BDA Korrekturen bei Hartz-IV und die Abschaffung „leistungsfeindlicher Zuschläge“.

- Die SPD positioniert sich mit Müntefering(scher) Klarheit und Eindeutigkeit: „Kein Thema“. Es sei „nicht umsetzbar“ und „nicht konsensfähig“.
- Die Debatte der Grünen manifestiert sich als eine Spaltung der grünen Basis (Votum für ein bedingungsloses Grundeinkommen) und der Parteispitze (bedarfsorientierte Grundsicherung). Die Parteispitze plädierte dafür (Kongress 11.3.2007), Hartz-IV zu „humanisieren“ („Weniger Schikane, bessere Leistungen, weniger Bürokratie“). Dieser Widerspruch zwischen Basis und Führung soll auf dem Bundesparteitag in Nürnberg (11/2007) bearbeitet werden, nachdem die Parteiführung die rot-grünen Sozialgesetze mitverantwortet. Die Grundsatzfrage der Parteibasis heißt: „Wollen wir weiter an Hartz IV herumschrauben oder eine neue Sozialpolitik entwerfen?“ (Palmer)
- Erstaunlich sind die Eindeutigkeiten und Begründungen von Götz Werner (Drogerie-Unternehmer DM). Sein Votum für ein uneingeschränktes Grundeinkommen erklärt er wie folgt:

Teilhabe sei ein Menschenrecht und Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben (Artikel 1 des Grundgesetzes). Diese Würde zu schützen sei Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Der Mythos der Vollbeschäftigung sei eine Lüge. Er negiert konsequent die Logik der Arbeitsgesellschaft: Den Zusammenhang von Wohlstand, Selbstachtung, Identität, Zugehörigkeitsgefühl und Erwerbsarbeit. Das „manische Schauen“ auf Arbeit mache nur krank. Erstmals nach 5000 Jahren Menschheitsgeschichte böte sich die Chance, objektiven gesellschaftlichen Überfluss einer anderen Verteilungslogik zu unterwerfen.

Die Wertigkeit nicht-produktionsbezogener Tätigkeiten müsse neu definiert werden. Fehlender Respekt, Anerkennung und Stigmatisierung ergeben sich aus einer reduzierten Form des Arbeitsbegriffs und dessen Gratifikation/Sanktionierung im Kontext der „Arbeitsgesellschaft“.

Die politische Reduktion auf die biblische Prämisse „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“ aktualisiere sich vor allem in der Gestalt von Franz Müntefering: „Müntefering ist ein paar hundert Jahre zurückgeblieben“. Nach Werner brauchen wir kein „Recht auf Arbeit“ sondern ein „Recht auf bedingungsloses Grundeinkommen“ (Bemessung soll ein bescheidenes aber würdevolles Leben ermöglichen: 800-1000 Euro mit schrittweiser Steigerung). Die Finanzierung sei auf der Basis der Berechnungen der Konrad-Adenauer-Stiftung realisierbar. Steuerliche Grundlage dieses Modells sei ausschließlich eine sozialgestaltbare Mehrwertsteuer (50%).

Grundlage für sein Modell ist nicht nur die Einsicht in die Illusion der Vollbeschäftigung und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und eine zunehmende Exklusion, sondern ein positives Menschenbild. Der Mensch sei ein spirituelles und ein mit Vernunft und Freiheit begabtes Wesen, das nach Sinnbezügen strebt, und nicht dem materialistisch reduzierten Weltbild unterliegt, dessen Konsequenz „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ unterliegt.

- Heiner Flassbeck (Chefökonom der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung Unctad in Genf) argumentiert gegen das Konzept vom bedingungslosen Grundeinkommen, da vor allem Gut-verdiener davon profitieren, die es nicht brauchen, und mit dem Prozedere eine „sinnlose Umverteilungsmaschine“ in Gang gesetzt würde. Seine Berechnungsgrundlage von 800 Mrd. Euro jährlich ergibt ein Delta von 460 Milliarden Euro (zum heutigen Sozialbudget). Eine massive Steuererhöhung für die wohlhabenden Einkommensgruppen (50%) sei die Bedingung für die Finanzierbarkeit. Diese „irrsinnig hohe Steuerquote und ein gewaltiges Umverteilungskuddelmuddel in der obersten Hälfte der Einkommenspyramide“ führen nach seiner Bewertung das Modell des Grundeinkommens ad absurdum, zumal die Unternehmen das garantierte Grundeinkommen nutzen könnten, normale Löhne entsprechend zu kürzen. Die logische

Spirale zwischen sinkendem Realeinkommen, drastische Senkung der Nachfrage nach Konsumgütern, konjunktureller Einbruch und steigender Arbeitslosigkeit mache diesen Denkansatz vollkommen inakzeptabel (in: TAZ. 15.12.2006).

- Joachim Hirsch hebt den Tatbestand hervor, dass ein Thema, das die Tagesordnungen von Arbeitsloseninitiativen, SozialarbeiterInnen und einigen verstreuten Intellektuellen gefüllt hat, plötzlich mit dieser Aufmerksamkeit auf der politischen Agenda des politischen Mainstreams steht. Er verweist auf die x-beliebige Auslegbarkeit dieser Schlüsselkategorie:

„Inzwischen scheint das Thema ‚Grundsicherung‘ allmählich auf der Tagesordnung des politischen Main-streams anzukommen. Was dies bedeutet, setzt vorab eine Klärung der Begriffe voraus. ‚Grundsicherung‘ kann vieles bedeuten, von materieller Unterstützung noch unterhalb der Armutsgrenze bis hin zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens angesichts der gegebenen gesellschaftlichen Möglichkeiten, von der Perfektionierung eines Überwachungs-, Kontroll- und Disziplinierungsnetzwerkes bis zur Schaffung der Bedingungen für selbstbestimmte Tätigkeit. Insofern stellt das bedingungslose, allgemeine und materiell ausreichende Grundeinkommen oder Existenzgeld etwas ganz anderes dar als viele andere ‚Grundsicherungs‘-Modelle, die derzeit gehandelt werden“ (S.1).

Grundsicherungsmodelle sind also nicht grundsätzlich emanzipativ: sie können dazu dienen, soziale Spaltungen akzeptabel zu machen, oder die Diskriminierung von Frauen zu verstärken („Das macht seine Anziehungskraft für Konservative und Neoliberale aus“).

Hirsch hinterfragt die Gründe für den sich aktualisierenden Trend zum Thema „Grundsicherung“, und argumentiert, dass ökonomisches Wachstum die Armut vergrößert und gesellschaftliche Spaltungen vertieft. Deswegen sei das Nachdenken darüber, „wie die Ausgegrenzten und überflüssig Gemachten so weit ruhig gestellt werden könnten, dass der Standort politisch stabil bleibt“ die zentrale Ursache für diesen Diskurs (plus der Tatsache, dass die hergebrachten Sozialversicherungssysteme angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung vor dem Kollaps stehen). Deswegen gewinne der Anspruch auf materielle Existenzsicherung unabhängig von der Lohnarbeit im allgemeinen Bewusstsein an Legitimität. Es gehe also immer weniger um das *Ob*, sondern um das *Wie*. Nach Hirsch sind die Höhe und die Bedingungslosigkeit zentrale Größen dieser Debatte. Vor allem aber wird es darauf ankommen, für das „Grundeinkommen als Bestandteil einer allgemeinen sozialen Infrastruktur zu kämpfen“ (S.3). Ein konsequenter Ausbau der sog. öffentlichen Güter (gegen den herrschenden Privatisierungstrend) sei unabdingbar, um grundlegende Bedürfnisse wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Verkehr zu entkommerzialisieren, und sie in dezentralen Strukturen der Selbstverwaltung zu überführen, um so auch zu einer demokratischen und humanen Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen zu gelangen. (in:http://www.links-netz.de/K_texte/_K_hirsch_grundeinkommen.html).

Die breit gestreute Kritik an Modellen des „Grundeinkommens“ beinhaltet u.a. auch, dass

- Normalverdiener der Mittelschicht bei Verlust ihres Jobs sofort abstürzen;
- vom Sozialstaat bei den meisten Modellen nichts mehr übrig bliebe;
- durch den Abbau der „Sozialbürokratie“ neue Arbeitslose erzeugt würden;
- ein schockartiges Absinken des Lohnniveaus befürchtet wird;
- die Finanzierbarkeit nur bei dem sehr niedrigen „Bürgergeld“ (Althaus) möglich wäre;
- der Ausstieg aus der Arbeitssozialisation (Homo oeconomicus) kein Äquivalent in der positiven Projektion einer neuen Sozial- und Kulturorientierung findet, da sich heute schon belegen lässt, dass soziales Engagement nicht von Arbeitslosen und sozial Marginalisierten/Exkludierten ausgeht, sondern von privilegierten Arbeitsplatzbesitzern;
- sich durch monetäre Grundsicherung ein schichtenspezifischer Ausschluss aus dem Arbeits- und Berufsleben entwickelt, da die „soziale Norm der Arbeit“ schleichend erodiert;

- auf Dauer die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialstaates in Gefahr geraten.

Nimmt man das Spektrum der Diskussionen zum vorliegenden Thema aus der Widersprüchlichkeitsbetrachtung heraus, dann wird deutlich, dass in den gesellschaftspolitischen Eliten (in unterschiedlichen Ausprägungen) die Fragen nach dem Umgang mit der Krise der „Arbeitsgesellschaft“ Konturen annimmt, und mit deren objektiven Zuspitzung ein Drift in diese Debatte hereingetragen wird. Um eine Orientierung für weitere Entwicklungsprojektionen zu erhalten, sollen Ableitungen für eine Trendbetrachtung im Kapitel „Tätigkeitsgesellschaft“ differenzierter vorgenommen werden. Bisherige Grundeinkommens-Experimente (Manitoba-Versuch in Amsterdam, soziale Experimente in Kanada und USA, Öldividende in Alaska etc.) sollen wegen ihrer schwierigen Vergleichbarkeit hier nicht weiter betrachtet werden. Diese sich zunehmend auch im „bürgerlichen Lager“ breit machende Debatte manifestiert jedoch (bei allen Unterschieden) das wachsende Bewußtsein über die sich strukturell verfestigende „Krise der Arbeitsgesellschaft“, deren Ausgang für die Exklusionsdebatte zentral ist, da sich in ihr mehr als eine monetäre Verteilungsdebatte abbildet, sondern die Teilhabefrage am gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozess massiver denn je stellt. Ich wage jedoch für eine mittelfristige Trendbetrachtung die Hypothese, dass die Fortführung der Hartz-IV-Logik (im Kontext der „Agenda 2010“) die grundlegende politische Strategie bleiben wird (zumal sich die beiden großen Kirchen auf diesen herrschenden Elitenkonsens dank McKinsey eingeschwungen haben). Unabhängig vom Ausgang politischer Entscheidungsprozesse bleibt gegenüber zu vorschnellen Lösungsansätzen folgende kritische Überlegung im Raum:

„Die meistdiskutierte Alternative dürfte dabei derzeit die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen sein. Viele Motive, die dieser Diskussion zugrunde liegen, teilen wir. Das Anliegen, dass in einer der reichsten Gesellschaften der Welt wenigstens die physische Existenz in einer weitgehend angstfreien Form zu sichern sein sollte, ist mehr als legitim. Weiterhin beschreibt die Forderung nach Selbstbestimmung auch in einer Situation der materiellen Abhängigkeit ein richtiges soziales Bürgerrecht. Und die Rede vom ‚Fördern und Fordern‘ hat mehr als nur einen schalen Beigeschmack, solange in der realen Praxis die immerhin in diesem Wortpaar enthaltene Selbstverpflichtung der staatlichen Seite mehr als unzulänglich eingelöst worden ist. Aber der Ansturm auf die nicht gerade üppigen Ein-Euro-Jobs zeigt vor allem eines: Menschen wollen Anerkennung durch bezahlte Beschäftigung. Stutzig machen sollte auch, dass der überwiegende Teil der ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagierten gleichzeitig berufstätig ist. Der Ausschluss insbesondere aus dem Arbeitsleben löst bei einer großen Mehrheit keinen Mobilisierungsschub aus, sondern genau das Gegenteil. Wir fragen: Was braucht zum Beispiel ein junger arbeitsloser Mensch ohne Ausbildungsplatz und mit schlechtem Schulabschluss? Wer verhilft ihm zu gesellschaftlicher Anerkennung, Respekt, Einbindung in die Gesellschaft? Welche Wege für eine tatsächliche Armutsbekämpfung muss der Staat und muss die Gesellschaft gehen? Müssen wir uns entscheiden zwischen Grundeinkommen und Infrastruktur plus Basissicherung oder gibt es einen dritten Weg? Gleichzeitig muss natürlich die Frage gestellt werden: Ist das bedingungslose Grundeinkommen auch für Liberale deswegen so attraktiv, weil sich scheinbar mit einem Schlag all die lästigen Folgeerscheinungen sozialer Exklusion und die Aufwendungen zu ihrer Behebung erledigen, oder weil es – wie im Althaus-Modell – schlicht eine Kürzung der Sozialleistungen darstellt? Egal, welches Finanzierungsmodell am Ende steht: Auf gar keinen Fall darf es zu einer Stilllegung der Förder-, Bildungs- und Sozialpolitik der Schwachen kommen..“

Wir setzen allen Strategien zur Ausgrenzung einen radikalen Anspruch auf Teilhabe und soziale Bürgerrechte entgegen. Hauptziel staatlicher Politik muss es sein, den Einzelnen zur Teilhabe am öffentlichen (Zusammen-)Leben zu befähigen und mit dieser Teilhabe zu rechnen. Wir wollen eine Gesellschaft von sozial und politisch handlungsfähigen Menschen. Dieser Aufgabenstellung werden aber sowohl der ‚versorgende‘ als auch der ‚aktivierende Staat‘ nicht gerecht“.

(Kurth/Göring-Eckardt: Sozialpolitik zwischen Repression und Illusion, in: <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune01-07/akurth.htm>, 14.03.2007, S. 3).

Der strukturelle Verstoß gegen die zentrale grundgesetzliche Prämisse („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) ist und bleibt die primäre Hartz-IV-Provokation: der staatlicher Zwang in ein Arbeitssystem, dessen Chancen, an den ersten und zweiten Arbeitsmarkt anschließen zu können, gegen Null tendieren. Insofern weist die Debatte um das „bedingungslose Grundeinkommen“ nicht nur auf die Systemkrise des deutschen Sozialstaates hin, sondern provoziert zugleich einen Bruch mit dem Hartz-IV-System, und konfrontiert zugleich mit dem vorherrschenden Menschenbild des Zwangs zur Sozialisierung per Lohnarbeit. Steht Hartz-IV für das Prinzip der Vergesellschaftung per Zwang, fokussiert das „bedingungslose Grundeinkommen“ die Sozialisierung durch Würde. Der Anspruch auf einen Para-

digmen-/Systemwechsel (Umlenkung von 800 Milliarden Euro) zur Vermeidung von struktureller Armut setzt jedoch einen Mentalitätswechsel voraus, zu dem nur ein Teil der gesellschaftspolitischen Elite unter angemessenen Standards bereit ist, und erfordert einen grundsätzlichen mentalen Transformationsprozess zur Relativierung/Neudefinition der Lohnarbeitssozialisation gegen neoliberale Strategien. Nach deren Motiven wären mit einer einzigen Maßnahme alle bisherigen Säulen des Sozialstaates obsolet. Das viel gescholtene „bürokratische Monster“ wäre damit erledigt. „Grundeinkommen für alle“ – den Rest regelt der Markt unter dem Motto „Gegen Anspruchsdenken und Mitnahmementalität, für weniger Staat“. Neoliberale Hungerlohnmodelle (z.B. Straubhaar, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstitut: 400 Euro) repräsentieren diese Position:

„Nahezu alle Argumente von Horst Siebert fallen wie ein Kartenhaus in sich zusammen“ (Schrumpfung der Produktion; Entwöhnung der jungen Generation von der Arbeit; Expansion der Schattenwirtschaft; markanter Rückgang des Arbeitsangebotes etc.).. „wenn man seinen in der Tat abstrusen Vorschlag von 1500 Euro pro Monat einen... Vorschlag eines Grundeinkommens von 100 Euro pro Monat entgegenhalten würde. Da es aber einer ernsthaften Diskussion unwürdig ist, mit immer absurderen Pro-Contra-Argumenten aufeinander loszugehen, kann es helfen, einen Schritt zurück zu machen zum Kern von Problem und Lösung.

Die Idee eines bedingungslos gewährten Grundeinkommens will nichts mehr als eine Steuerreform. Es geht darum, die komplexe und wenig effiziente deutsche Umverteilungsmaschinerie zu vereinfachen und zu verbessern... Völlig unstrittig ist es, dass die ökonomische Sinnhaftigkeit der Grundeinkommensidee mit der Höhe des bedingungslos gewährten Transfers steht und fällt... Die Höhe des Grundeinkommens festzulegen ist der Knackpunkt und bleibt eine politische Entscheidung...

Es ist die große Illusion vieler, dass mit einem Grundeinkommensmodell die Masse der Deutschen keine Steuern mehr bezahlen, sondern nur noch von Transfers leben würde. Das Gegenteil ist der Fall: genauso wie heute bliebe der überragende Teil der deutschen Wohnbevölkerung netto Steuerzahler. Das Grundeinkommen ist nichts anderes als ein Steuerfreibetrag in Höhe des Existenzminimums – so wie er bereits heute in Deutschland allen gewährt werden muss...

Es gilt, der Bevölkerung zu offenbaren, welche ökonomischen Folgen mit welcher positiven Wahlentscheidung verbunden sind, dass beispielsweise ein Grundeinkommen von monatlich 600 Euro zu Brutto-Steuersätzen von 50 Prozent führt und eines von monatlich 800 Euro zu Brutto-Steuersätzen von 60 Prozent, und welche Rückwirkungen sich daraus auf das individuelle Verhalten ergeben“ (Thomas Straubhaar, 9.7.2007, in: FAZ.NET, S. 1 ff.).

Auf die Gefährdungen in der obigen Logik verweist auch Christoph Butterwegge (TAZ, 24.5.2007). Danach wäre die Politik nicht nur der Pflicht enthoben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern würden sich auch die Optionen verschärfen, weitere soziale Deregulierungen (Kündigungsschutz, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall etc.) durchzusetzen. Würden (fast) alle bisherigen Transferleistungen in einem Grundeinkommen aufgehen, hätten Neoliberale ihr Ziel erreicht, das traditionsreiche Sozialversicherungssystem zu zerstören, und könnten den Systemwechsel noch dazu als Wohltat für die Bedürftigsten darstellen. Deswegen bleibe das nicht auf Erwerbsarbeit gegründete und „leistungslose“ Einkommen eine Utopie, die nur von wirtschafts- und sozialpolitischen Nahzielen (gesetzlicher Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und einer Grundsicherung) ablenkt, „die ihren Namen verdient“.

13.1.4. Wildwuchs subventionierter Minijobs

Der Anspruch der Großen Koalition, den Niedriglohnsektor neu zu ordnen, mit den Zielen

- damit einfache Arbeit sich wieder lohnt
- Arbeit nicht arm macht
- Hartz-IV kein „Luxusleben“ ermöglicht
- die Arbeitskosten sinken und
- neue Jobs entstehen

führt zur zunehmenden Orientierung auf das Modell der Kombilöhne (mit zahlreichen Feldversuchen von Mainz bis Hamburg). Die populärsten Konzepte (Ifo-Modell, Magdeburger Alternative, Sachverständigenrat) wollen den Niedriglohnsektor ausbauen. Subventioniert werden Unternehmen und Be-

schäftigte. Nach Koalitionsplanungen soll der Niedriglohnsektor im ersten Halbjahr 2007 neu geordnet werden, um die Langzeitarbeitslosigkeit mit staatlichen Lohnsubventionen zu bekämpfen. Die Grundsatfrage heißt: Wie bringt man Arbeitslose dazu, einen schlecht bezahlten Job anzunehmen? Antwort: In denen ihnen der Staat einen zusätzlichen finanziellen Anreiz bietet. In diesem Ziel liegen die Ansätze der Koalitionspartner jedoch auseinander. Während die SPD durch „Steuergutschriften“ (Grundlage ist der Vorschlag des Wirtschaftssachverständigen Peter Bofinger) die Jobs für Geringverdiener abgabenfrei machen will, setzt die Union auf eine Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten zum Alg II sowie spezielle Kombilohnprogramme für Arbeitslose unter 25 und über 50 Jahre. Die SPD zeigte sich auch aufgeschlossen gegenüber Kombilohnmodellen, und definiert eine spezifische Variante: Ein zusätzlicher Teil des Verdienstes von Beschäftigten würde aus staatlichen Kassen stammen. Der Staatszuschuss wäre aber auf die Höhe der Sozialausgaben – rund 20 Prozent des Lohns – beschränkt. Bedingung für die Reform sei, dass die Sozialversicherungen keine Einbußen hinnehmen müssen. Die Fokussierung der SPD auf die Mindestlohn-Debatte trägt ausgeprägte wahlstrategische Züge.

Die grundlegenden Überlegungen des Würzburger Ökonomieprofessors Peter Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates) im „Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich“ (Auftrag des Sächsischen Wirtschaftsministeriums) bewegt sich einerseits gegen Positionen der Mehrheit des Sachverständigenrates (Plädoyer, den Basissatz von Hartz-IV um ein Drittel zu reduzieren), reproduziert zugleich Ideen des Kölner Sozialwissenschaftlers Fritz Scharpf und der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung aus den 1990er-Jahren, und ist eng verwandt mit der Idee der „negativen Einkommenssteuer“ (Milton Friedman, Begründer der neoliberalen Schule). Dieses Konzept wäre jedoch in der Praxis für Hartz-IV-Empfänger nicht attraktiv, weil nach Abzug der Sozialabgaben nicht selten weniger Geld bleibt, als sie durch das Alg II und die darin enthaltenen Zuverdienstmöglichkeiten haben.

Während die CDU „grundsätzlich bereit“ ist, über die Vorschläge der SPD zu diskutieren („man kann sich aber auch andere Dinge vorstellen“ – Merkel), spricht sich die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di gegen den Plan der SPD aus, da damit eine „negative Einkommenssteuer“ eingeführt würde, dessen Ziel es sei, dass die Abgabensenkung als Lohnsenkung beim Arbeitgeber ankommen. Das Ergebnis wäre eine staatlich organisierte und subventionierte weitere Umverteilung zu Lasten der Löhne und zugunsten der Gewinne. Die jüngsten Vorstöße von Wirtschaftsminister Klose (auf der Basis eines Gutachtens des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit /IZA) beinhaltet den Zwang zur Arbeitspflicht für Hilfeempfänger mit der Projektion auf Schaffung von 1,4 Millionen neuen Stellen „in der Art des Ein-Euro-Jobs“. So pendeln die parteipolitischen Optionen zwischen der Orientierung auf europäische Vergleichsstandards, und einer Verschärfung schon vorhandener staatlicher Repressionsansätze, ohne eine rationale Antwort auf die arbeitsmarktstrukturelle Misere des Missverhältnisses von Angebot und Nachfrage zu geben. Das Gutachten des IZA (im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums) prognostiziert neben den 1,4 Millionen Stellen für Geringverdiener ein Einsparvolumen der öffentlichen Haushalte von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Damit wäre ein strukturell verfestigtes Arbeitsmarktsegment im Niedriglohnsegment geschaffen. Man darf gespannt sein, wie sich aus dieser politischen Gemengelage eine konzeptionelle Richtung herauskristalisieren wird.

Da diesen Modellansätzen die falsche Diagnose zugrunde liegt, muss die Therapie zwangsläufig an den Problemursachen vorbeigehen. Denn die hohe Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter ist kein primäres Problem hoher Lohnspreizungen (die Lohnungleichheit steigt seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich). Während die Zahl der Niedriglöhner ständig zunahm, stieg die Zahl dieser Zielgruppen von 20 auf 25 Prozent. Ursache sind also Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt und ein verschärfter Wettbewerb um die offenen Stellen. Es fehlt also nicht an Arbeitsanreizen sondern an Arbeitsplätzen. Deswegen schaffen niedrigere Sozialleistungen und ein verschärfter Arbeitszwang keinen einzigen neuen Job. Durch die Einbeziehung der Lohnnebenkosten wird die Diagnose nicht plausibler. Die

politische Hauptstoßrichtung konzentriert sich aktuell auf das Ziel, gering bezahlte Vollzeitjobs zum Integrationsmodell zu erheben. Dabei trägt die Definition „existenzsichernder Beschäftigung“ schon bei einem 30-Stunden-Job für 750 Euro im Monat. So ist der angelegte Großversuch auf der Basis des Bofinger-Modells mit der Zielsetzung aufgesetzt, hunderttausende Langzeiterwerbslose in die Kategorie der „Niedrigverdiener“ zu verschieben und damit zwei zentrale Effekte zu bewirken:

- „Niedrigverdiener“ stehen dann nicht mehr in der Statistik der Hartz-IV-Empfänger (obwohl nach Berechnungen von Ver.di gerade Hartz-IV empfangende Teilzeittjobber mit dem Bofinger-Modell schlechter gestellt wären).
- Die Firmen profitieren von den staatlich oder privat subventionierten „Niedriglöhnern“, auf die sie sich dann stabil einrichten könnten (mit den bekannten Effekten der strukturellen Verfestigung dieses Arbeitsmarktsegmentes und der Verdrängung von Normalarbeitsplätzen).

Zu diesem aufgesetzten Trend in der Arbeitsmarktpolitik resümiert Barbara Dribbusch:

„Die aktuellen Verhältnisse sind bezeichnend: Wir haben in Deutschland rund fünf Millionen Hartz-IV-Empfänger. Davon üben nur eine halbe Millionen Leute nebenbei einen Minijob mit maximal 400 Euro Verdienst im Monat aus. Dabei gibt es hierzulande mehr als sechs Millionen Minijobber,... die außerhalb noch einen anderen Job haben. Offenbar bekommen viele Arbeitslose von den Unternehmern gar nicht die Chance, einen Minijob auszuüben, um sich dann mit der ‚Stütze‘ und dem Hinzuverdienst einzurichten‘.

Bofinger und seine Kollegen wollen die sozialversicherungsfreien 400-Euro-Jobs nun abschaffen. Die Arbeitgeber sollen dadurch angehalten werden, mehr sozialversicherungspflichtige 30-Stunden-Stellen einzurichten. Doch diese Idee ist wirklichkeitsfremd: Weder die SPD und schon garnicht die Union werden die 400-Euro-Jobs streichen. Wer diese Arbeitsmöglichkeit verbietet, dem ist die Wut von sechs Millionen minijobbenden WählerInnen sicher. Es ist also zu vermuten, dass neue 30-Stunden-Stellen für Erwerbslose einfach nicht entständen.

Das Bofinger-Papier hat dennoch einen großen Verdienst: Das Thema Niedriglöhne wird konzeptionell aufgegriffen. 1,9 Millionen Vollzeitbeschäftigte ackern zu weniger als acht Euro brutto die Stunde. Millionen schlecht bezahlte Teilzeitbeschäftigte kommen hinzu. In Deutschland wächst ein Dienstleistungsproletariat heran. Dort finden sich auch viele Leute mit Berufsausbildung“ (TAZ 19.1.2007, S. 11).

So haben Programmatiken wie das „Europäische Jahr der Chancengleichheit“ (eröffnet von Familienministerin von der Leyen und EU-Kommissarin Spidla, Berlin, 30.1.2006) sicher einen PR-Effekt, den es politisch-strategisch zu nutzen gilt, an der beschriebenen Ausgangslage der sich zuspitzenden sozialen Disparitäten ändern Postulate solange nichts, bis sie mit konkreten strukturpolitischen Programmen und Ressourcen hinterlegt sind.

Ausschlaggebend für den Arbeitsmarktzustand ist das komplexe Zusammenwirken von makroökonomischer Politik, des Steuer- und Transfersystems, der Arbeitsmarktpolitik, der Institutionen des Arbeitsmarktes und ihres Regelwerkes. Damit ist allen reduktionistischen Ansätzen wenig Aussicht auf Erfolg beschert:

„Eine Reform der geringfügigen Beschäftigung ist überfällig. Die 6,5 Millionen Mini- und Midijobs fördern die Aufspaltung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, drücken das Lohnniveau und senken die Qualifizierungsanforderungen. Eine Brücke in reguläre Beschäftigung gibt es nicht. Vielmehr hat sich der Verdrängungswettbewerb durch Nebenjobber, Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner noch verschärft. Die steuer- und sozialversicherungsrechtliche Privilegierung dieser Jobs gehört abgeschafft. Die Erfahrungen mit der vorletzten Reform geringfügiger Beschäftigung (1999) zeigen, dass Firmen dann wieder verstärkt reguläre Jobs schaffen.

Zudem sollen reguläre Niedriglohnjobs durch geringere Sozialabgaben attraktiver werden. Der öffentliche Zuschuss soll die Arbeitnehmer zu Lohnkonzessionen bewegen. Bei höherem Nettoeinkommen sinken dann die Bruttolöhne und Arbeitskosten. Wie in den neoklassisch ausgerichteten Kombilohnmodellen steigt die Nachfrage nach einfacher Arbeit.

Hier setzt die Kritik an: Positive Beschäftigungseffekte hat ein abgabenfreies Erwerbseinkommen nur, wenn die Steuerfinanzierung der Zuschüsse nicht zu Lasten des Konsums unterer und mittlerer Einkommensbezieher geht. Der lange Marsch in den Lohn- und Verbrauchersteuerstaat macht dies eher unwahrscheinlich...

Insgesamt zeigt sich: Kombilöhne sind beschäftigungspolitisch weitgehend wirkungslos. Beschränkt auf einzelne Zielgruppen und verknüpft mit Qualifizierungsmaßnahmen können arbeitnehmersseitige Kombilöhne Einkommen sichern und

die Beschäftigungsfähigkeit erhöhen. Solche Instrumente gibt es aber längst. Dringend gehandelt werden muss bei der Reform geringfügiger Beschäftigung und der Einführung existenzsichernder Mindestlöhne“ (Dirk Hirschel, Chefvolkswirt des DGB, in: Financial Times, 23.11.2006).

13.1.5. Laborversuche

Ein in der Kleinstadt Bad-Schmiedeberg (Sachsen-Anhalt) laufender Modellversuch, mit unkonventionellen Ansätzen die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, ist insofern von Interesse, weil auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse eine Ausweitung über eine zweite Modellstadt in die Fläche (Landkreis, Großstädte, Ballungsräume) aktuell politisch diskutiert wird („Bad Schmiedeberg ist jetzt ein Ort, zu dem Politiker pilgern“ – Der Spiegel, 10/2007).

Der Anspruch, „Arbeit für alle zu schaffen“ und notfalls unter Zwang, beweist die Janusköpfigkeit der aktuellen Debatte. Da trotz Ich-AG's, Zeitarbeit und Einstiegsgeld die Arbeitslosenquote bei 18 Prozent stabil war, entwickelten kommunale Entscheidungsträger in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt ein Konzept, Langzeitarbeitslose weit weg vom ersten Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Bundes, der Ländern und Kommunen (800 Euro Brutto). Ein unbefristetes Arbeitsverhältnis im Projekt „Bürgerarbeit“ steht nicht nur im Widerspruch zur gültigen Gesetzeslage, sondern bricht auch mit dem bisher gültigen Paradigma: „Wer arbeiten will, wird Arbeit kriegen, richtige Arbeit, auf dem ersten Arbeitsmarkt“.

Das beschriebene Pilotprojekt bricht konsequent mit dem Versprechen, Deutschland könnte jemals wieder eine „Gesellschaft der Mitte“ werden, und verabschiedet sich zugleich von der Illusion, Deutschland könne seine strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit jemals in den Griff kriegen. Diese strukturelle Versperrung zum ersten Arbeitsmarkt („Die Globalisierung hat einen Betondeckel in die deutsche Gesellschaft gezogen“ – Der Spiegel 10/2007) betrifft ein immer größeres Potenzial von Langzeitarbeitslosen, das mit diesem Modellversuch in einem „dritten Arbeitsmarkt“ festgeschrieben und damit strukturell marginalisiert/exkludiert wird: in der Rolle der „Bürgerarbeiter“. Dabei sind die Methoden zur Erzeugung der „Akzeptanz“ dieser Rolle eine abermalige Verschärfung vorliegender Hartz-IV-Praktiken - und dessen Effekte die mögliche Legitimation für eine weitere flächige Implementierung. Die Folgen für die subjektive Befindlichkeit sind jedoch ambivalent:

„Ihre Rente, sie bleibt mies, daran wird auch die Bürgerarbeit nichts ändern. Und auch sonst hat sich viel verändert. Streng genommen ist sie immer noch arbeitslos. Zehn Stunden pro Woche soll sie sich bewerben, vorstellen bei Betrieben. Sie tut es nicht. Warum auch.

Aber einen Unterschied gibt es. Annelies Strobel fühlt sich nicht mehr arbeitslos, zum ersten Mal seit 15 Jahren. Es gibt die Chance, dass die Bürgerarbeit mehr sein wird als ein Pilotprojekt, es gibt die Chance, dass Strobel für die Kirche in Bad Schmiedeberg bis zur Rente arbeiten wird. Und an diese Chance klammert sie sich. Ein Euro-Jobs und ABM-Stellen boten ihr das nie. Trifft Strobel Bekannte, sagt sie nicht mehr: „Ich bin arbeitslos“, sie sagt jetzt: „Ich bin bei der Kirche“. Dieser Satz ist ihr viel wert.

Verbringt man ein paar Tage in Bad Schmiedeberg, spricht man mit Bürgerarbeitern, mit Bürgerarbeiterinnen, liest man, was sie den Journalisten von Lokal- und Regionalzeitungen erzählt haben, dann bekommt man den Eindruck, die meisten sind zufrieden damit, wieder etwas tun zu können, irgendwas... Geredet wird darüber, wie angenehm es ist, eine „Aufgabe zu haben, eine unbefristete“.

Sieht man einmal von den bekannten Verdrängungseffekten für den ersten Arbeitsmarkt ab, dann realisiert sich hier ein kostenneutrales Modell mit strukturellen Wirkungen („Der Staat, nicht der Markt schafft Arbeit für alle“), das die ganze Ambivalenz manifestiert: Einerseits verifiziert sich die subjektive Zufriedenheit der objektiv „Ausgeschlossenen“ durch die Integration in die Gesellschaft unter Ausschluss aus dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt als Mitglied des „dritten Arbeitsmarktes“. Diese „kostenneutrale“ Senkung der Arbeitslosenquote von 15,9 Prozent auf 6,3 Prozent verführt zur Nachahmung in größeren Dimensionen und treibt die aktuelle Debatte in den Konzeptkontext von „Tätigkeits-

gesellschaft“ und Arbeitszwang (im Anliegen des „öffentlichen Interesses“). Dieses Pilotprojekt verdeutlicht die Gratwanderung und die Gefährdungsrisiken der aktuellen Debatte.

14. Resümee

Mit dem ausgebreiteten Prozess des neoliberalen Marktradikalismus einher geht die Umstrukturierung des sog. 2. Arbeitsmarktes und seinen verstärkt autoritären Disziplinierungsinstrumenten zur Erzwingung von Arbeit und einer Verschärfung des allgemeinen ökonomischen Zwangs zur Arbeit. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im ersten Sektor und die Arbeitspflicht für „Unproduktive“ sind zwei Seiten derselben Medaille des Deregulierungsprozesses. In allen OECD-Ländern wird das Modell implementiert, die „Krise der Produktivität“ mit der Verbilligung der Ware Arbeitskraft und der Verschärfung des ökonomischen Zwangs zur Arbeit zu lösen: durch Reduktion der Löhne, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Abbau von Sozialstandards. Während die Vollbeschäftigung ad acta gelegt wird, werden verstärkt niedrig entlohnte, befristete und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, der Arbeitsmarkt aufgespalten und hierarchisiert, dereguliert und flexibilisiert. Diese Aushöhlung und Flexibilisierung bisheriger Standards ist weitgehend unter Teilnahme der Gewerkschaften tariflich geregelt. „Tarif“ ist also kein Wert an sich.

Die „Arbeitsgesellschaft“ wird trotz ihrer strukturellen Krise weiterhin zur Norm und Arbeit zum Wert an und für sich erhoben, die für immer mehr Menschen „um jeden Preis“ anzunehmen ist. Diese Verschärfung des ökonomischen Zwangs zur Arbeit geht einher mit einer zunehmend repressiveren Verpflichtung zur Arbeit unabhängig vom ökonomischen Nutzen. Der sog. 2. Arbeitsmarkt übernimmt zunehmend die Funktionen der Ausdifferenzierung, Hierarchisierung, Auslese der Erwerbslosen, Entlastung kommunaler Haushalte, verbilligte Abwicklung kommunaler Dienstleistungen, der Verschleierung der Erwerbslosenstatistik, das Zwischenparken von Erwerbslosen, in der Hoffnung einer Integration/Reintegration in ungesicherte Segmente des 1. Arbeitsmarktes. Parallel zum Prozess der Prekariisierung etabliert der sog. 2. Arbeitsmarkt zunehmend die staatlich vermittelte repressive Arbeitspflicht durch immer offeneren Disziplinierungs- und Kontrollinstrumente gegen Erwerbslose. Und dieses, obwohl zumindest für die westlichen Bundesländer der 2. Arbeitsmarkt zunehmend seine ökonomische Funktion verliert. Der überwiegende Anteil der Erwerbslosen in diesem Segment verliert auch mit größten Qualifizierungsanstrengungen den Anschluß an die Dynamik der Informations- und Wissensgesellschaft, an die Prozesse der „schlanken“ Produktion und Verwaltung. Nur eine verschwindende Minderheit der Langzeitarbeitslosen hat eine Chance.

Trotzdem bleibt dieser Beschäftigungssektor wichtig, weil über ein differenziertes und abgestuftes Instrumentarium von Beschäftigungsformen, Anreiz- und Sanktionsmitteln die permanente Auslese als Scharnier zum 1. Arbeitsmarkt funktional ist, und zum zweiten die Absenkung der Löhne und permanente Kürzungen staatlicher Transferleistungen dazu beitragen, den ökonomischen Druck auf den Preis der Ware Arbeitskraft zu erhöhen. Die aktuelle Umstrukturierung des 2. Arbeitsmarktes geschieht jedoch nicht nur auf dem Hintergrund einer Erhöhung des ökonomischen Drucks, selbst die schlechtesten Jobs anzunehmen, sondern vor allem unter dem Aspekt einer allgemeinen Arbeitsverpflichtung. In diesem Ansatz der Weiterführung der Prämissen der „Arbeitsgesellschaft“ scheint jede Möglichkeit einer bedarfsorientierten Existenzsicherung getilgt, und durch die allgemeine Prämisse ersetzt, dass es keine wie auch immer geartete staatliche Leistung ohne Verpflichtung zur Arbeit gibt. Priorisiert wird die systematische und notfalls erzwungene permanente Rotation von Erwerbslosen zwischen Erwerbslosigkeit und prekären staatlichen oder nicht-staatlichen Beschäftigungsverhältnissen, d.h. staatliche Sicherung der Existenz muß verdient werden, und zwar unabhängig von seinem ökonomischen Mehrwert. Als Mittel zur Durchsetzung einer autoritär-repressiven Verpflichtung zur Arbeit gilt die abgestufte Eskalationsdrohung der Strafe der absoluten Einkommenslosigkeit. Der in der Debatte

„Bündnis für Arbeit“ kreierte Ansatz der Etablierung eines „Niedriglohnsektors“ (Arbeitsgeberbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung werden vom Staat getragen und steuerfinanziert) - als Grundanliegen des „aktivierenden Sozialstaats“ - soll die „Dienstleistungslücke“ schließen, und den Niedriglohnsektor etablieren unter Bedingungen „echter Niedriglöhne“ und einer deutlichen Verschärfung der Lohnspreizung. Die Etablierung eines neuen „Dienstleistungsproletariats“ ist eine strukturelle Konsequenz dieses arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Trends.

15. Von der „Arbeitsgesellschaft“ zur „Tätigkeitsgesellschaft“?

Die Frage nach zukünftigen Arbeits- und Gesellschaftskonzepten auf dem Hintergrund des beschriebenen Krisenszenarios zwingt sich auf, jedoch ist es kein leichtes Unterfangen, auf diese komplexe gesellschaftspolitische Herausforderung plausible Antworten zu geben. Ist schon der vielschichtige Versuch, die Ausgangslage analytisch plausibel zu fassen („Risikogesellschaft“, „postindustrielle Gesellschaft“, „multikulturelle Gesellschaft“, „Arbeitsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Multioptionsgesellschaft“ etc.) ein schwieriger Prozess, so ist die Konstruktion tragfähiger Konzepte für die Bewältigung der sichtbaren Krise umso widersprüchlicher. In den unterschiedlichsten Ländern wurden/werden von verschiedenen Autoren und Kommissionen zum Teil gleichlautende, zum Teil auch sich widersprechende Diagnosen und Konzepte in die Debatte eingespeist (Beck 1996, 2007; Bergmann 1997; DGB EXPO 2000 Büro (Hg.) 1996; EKD 1996; Gorz 1998; Giarini/Liedtke 1998; Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997; Lutz 1995; Mutz 1997; Rifkin 1995; Saiger 1998; Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998 etc.).

Sind sich einige soziologische Repräsentanten in der Ausgangsdiagnose der „strukturellen Krise der Arbeitsgesellschaft“ offensichtlich einig

„Zwei Prozent Arbeitslose, Normalarbeit als Regelfall, soziale Identität und Sicherheit qua Job: Das ist Geschichte. Doch die Politiker bringen nicht den Mut auf, die bittere Wahrheit über das Ende der Vollbeschäftigung auszusprechen. Auf der ganzen Welt wächst die Zahl der sogenannten ‚dauerhaft vorübergehend Beschäftigten‘...“ (Ulrich Beck, SZ-Interview, 20./21. März 1999)

„Wir können nicht davon ausgehen, dass wir die Arbeitsgesellschaft in alle Zukunft verlängern. Wir haben es in allen europäischen Staaten mit einer Umverteilung von Arbeitslosigkeit zu tun. In Deutschland ist es schon ein Drittel, in England die Hälfte, die nicht mehr in den normalen Arbeitsverhältnissen gesichert sind“ (U. Beck, taz-Interview, 13.06.1997).

„Wir werden uns auf den Zustand dauerhaft einrichten müssen, dass ein Großteil der Bürger beiderlei Geschlechts in ‚normalen‘ Arbeitsverhältnissen kein Unter- und Einkommen findet“ (Claus Offe, taz, 6.10.1994),

so sind die Ursachenbeschreibungen des soziologischen Mainstreams die Basis für die konzeptionellen Sackgassen, um Wege aus dieser Krise zu begründen:

„Es ist wichtig zu erkennen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte so groß ist, dass wir mit sehr viel weniger Arbeitskräften mehr Güter und Dienstleistungen erzeugen können... Der Mensch(!) ersetzt sich (!) durch intelligente Technologien“ (Beck SZ-Interview).

Kann die Bescheinigung des „Endes der Arbeitsgesellschaft“ (fordistischen Typs) noch mit empirischer Plausibilität belegt werden, so ist das Konstrukt der „Arbeitsgesellschaft“ (zur Umschiffung des Tatbestandes, dass wir es mit logischen Konsequenzen einer kapitalistischen Strukturkrise zu tun haben), das Resultat eines selbstaufgelegten Denkverbotes einer domestizierten Wissenschaftsdisziplin, die konsequent im Konzept der „Tätigkeitsgesellschaft“ landen muß, und nicht nur in einen realpolitischen Widerspruch zu politischen Prämissensetzungen gerät:

„Erwerbsarbeit bedeutet nun mal existentielle Absicherung. Alternativen sind sozialer Transfer – und die müssen irgendwo erwirtschaftet werden. Nein, nein: Der normale Mensch ohne großes Erbe muß über die Erwerbsarbeit sein Einkommen erzielen (Familienministerin Bergmann, ZEIT-Interview vom 29.4.1999).

Bei dem Versuch einer definitorischen Neubestimmung von „Arbeit“ konkurrieren verschiedene Modelle und deren Repräsentanten mit ihren Sprachregelungen um die begriffliche Hoheit, um eine semantische Neubesetzung des klassischen Arbeitsbegriffs durch ein Spektrum an Aktivitäten auch jenseits der (lohnarbeitsbezogenen) Erwerbsarbeit zu finden. Dabei schwebt ein Bild einer Gesellschaft vor Augen, das neben Staat und Wirtschaft zusätzliche Möglichkeiten der „Zivilgesellschaft“ oder „Tätigkeitsgesellschaft“ erkennt und anerkennt:

„Ein Begriff von Arbeit, der offen ist zu anderen menschlichen Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Vorstellung von einer neuen Balance der verschiedenen gesamtgesellschaftlich notwendigen und wünschenswerten „Arbeiten“ (Deitling 2000).

In dieser Perspektive befindet sich nicht die „Arbeitsgesellschaft“ in der Krise, sondern die „Erwerbsgesellschaft“. Beck geht einen anderen Weg, „Tätigkeit“ als Überbegriff für Lohn- und Bürgerarbeit zu etablieren. Das Konstrukt der „Tätigkeitsgesellschaft“ ist das Ergebnis der Zusammenführung verschiedener zivilgesellschaftlicher Diskurse, und dient zunehmend zur Rettung der Arbeitsideologie durch semantische Extensionen und zur Aufrechterhaltung der Basis kapitalistischer Wertvergesellschaftung. Das ideologische Credo der „Tätigkeitsgesellschaft“ sagt nach Mutz, das alles, was die Menschen tun,

„innerhalb des Bereichs der Erwerbsarbeit oder jenseits des Bereichs der Erwerbsarbeit, in den Familien, in den Haushalten, im Engagement, oder im Bereich dessen, was wir „Eigenarbeit“ nennen, dass all diese Tätigkeiten für unsere Gesellschaft gleich wichtig sind“ (Mutz 2000).

Dabei ist es das Ziel der Konstrukteure des Konzepts der „Tätigkeitsgesellschaft“, durch eine konstruktive Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft die „Krise der Erwerbsarbeit“ als „gesamtgesellschaftliche Chance“ zu vermitteln, denen folgende Prämissen zugrundeliegen:

- Wir leben in einer Erwerbsgesellschaft, die es hin zur „Tätigkeitsgesellschaft“ fortzuentwickeln gilt (Transformation der Erwerbsarbeitsgesellschaft).
- Die bisherige Erwerbsarbeit stellt eine Vereinseitigkeit menschlicher Potenzialentwicklung dar.
- Die „Tätigkeitsgesellschaft“ hat das Ziel einer höheren Verteilungsgerechtigkeit.
- In diesem Modell sollen neuen Formen der Arbeit initiiert bzw. ausgebaut werden.
- Beabsichtigt ist eine neue Beantwortung der Frage nach dem Sinn menschlicher Tätigkeiten.
- Die „Tätigkeitsgesellschaft“ bedingt, dass die vorhandene Erwerbsarbeit weiter geteilt werden muß.
- Dezentrale Organisationsformen bestimmen das wirtschaftliche und menschliche Handeln.
- Die Frage nach sozialer Sicherheit soll auf höherem Niveau beantwortet werden als in der traditionellen Erwerbsgesellschaft. Im Vordergrund steht deswegen ein „Recht auf Einkommen“.
- Freiwillige, intrinsisch motivierter Mitgestaltung an gesellschaftlichen Aufgabenstellungen wird ein besonderer Stellenwert beigemessen.

Die in Deutschland (ausgelöst durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen: „Internationales Jahr der Freiwilligen“ 2001) aktualisierte Diskussion, wie neue Potenziale für Freiwilligentätigkeiten zu erschließen sind, ist motiviert durch die Einsicht, dass viele der in der Vergangenheit professionalisierten Hilfeleistungen vom Sozialstaat nicht mehr zu erbringen sind. Die Grundthese besteht darin, die beschränkte Perspektive auf die ausschließliche Erwerbsarbeit (Lohnarbeit) zu überwinden und die Tatsache zu akzeptieren, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen „wertschöpfend gearbeitet“ wird, ohne dass sie im Rahmen der Erwerbsgesellschaft bezahlt werden. Die „Ehre“ als „Münze“ für diesen gesellschaftlich notwendigen Einsatz reicht immer weniger aus. In diesem Diskurs-Kontext setzte der Deutsche Bundestag zur Ausdehnung der ehrenamtlichen Tätigkeiten eine Enquete-Kommission zur

„Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2000) ein, mit der Aufgabenstellung, „konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten“ (vgl. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/2351.) Diese hauptsächlich von Männern geführte Debatte zur Belebung von Ehrenamt und „bürgerschaftlichem Engagement“ fokussiert in den vorgeschlagenen „gemeinnützigen“ Tätigkeiten „typisch weibliche Tätigkeiten“, die in Wirklichkeit eine Verschleierung des Trends zu weiterer Rationalisierung und Flexibilisierung weiblicher Erwerbsarbeit, und damit zur Verminderung weiblicher Erwerbschancen beinhalten. Dass auf dem Hintergrund des „Verschwindens“ traditioneller Arbeit viele gesellschaftlich nützliche, nicht monetarisierte und monetarisierbare Tätigkeiten ungetan bleiben, verlockt sichtbar (in Rückbesinnung auf Werte wie „Gemeinwohlorientierung“ und „Solidarität“) zu einer Strategie „weibliches Arbeitsvermögen“ für die Felder Umwelt, Bildung, Gesundheit, Sterbebegleitung, Betreuung von Obdachlosen, Asylbewerbern, Lernschwachen etc.) zu aktivieren (siehe definierte Tätigkeitsfelder der Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission). Vor allem Frauen sollen sich Aufgaben widmen, die ihnen offenbar „auf den Leib“ geschrieben sind: die Pflege der Kinder, der Fußböden und des Gemeinwohls (vgl. Ulrich Beck, *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt/M. 1999: 145). Da „ehrenamtliches Engagement“ eine gewisse Zeitsouveränität voraussetzt (und 89 Prozent aller Teilzeitarbeitsplätze mit Frauen besetzt sind) liegt es ziemlich auf der Hand, wer als Adressat für die Ausweitung ehrenamtlicher Tätigkeiten ausersehen ist.

So verstärkt sich (unabhängig von der Motivationsstruktur ehrenamtlicher Tätigkeiten) ein auch im Ehrenamt angelegter geschlechtsspezifischer Modus: eine klassische Differenzierung in typisch männliche (Parteien, Gewerkschaften, kulturelle Vereinigungen, Sportvereine) und weibliche (Kranke, Alte, Behinderte, Kinder und Jugendliche) Tätigkeiten. Somit perpetuiert sich eine typische geschlechtshierarchische Arbeitsteilung mit einer Tendenz zur Deprofessionalisierung weiblicher ehrenamtlicher Tätigkeiten. Dieser widersprüchliche Kompromiss zwischen der Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, Handlungserweiterung und sozialer Anerkennung und einer Konservierung geschlechtsspezifischer Rollenmuster ist unverkennbar, und muß u.a. bei dem Aufruf zur Ausdehnung gemeinwohlorientierter Tätigkeitsbereiche ebenso kritisch befragt werden, wie die Perpetuierung des Leitbildes des männlichen Hauptnährermodells.

E. Senghaas-Knobloch (1998) hat auf dem Hintergrund einer fortschreitenden Krise der Arbeitsgesellschaft eine Systematisierung gängiger Lösungsvorschläge vorgenommen. Dabei unterscheidet sie „erwerbsarbeitszentrierte“ von „neubewertungsorientierten“ Konzepten. Zu den ersteren rechnet sie

- neoliberale Deregulierungskonzepte;
- Konzepte der Arbeitszeitverkürzung (Umverteilung von Arbeit);
- negative Einkommenssteuer (Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich);
- preiskorrigierende Konzepte (Ökosteuern: Spielräume für beschäftigungsfördernde Verbilligung von Arbeitskosten).

Zur den „neubewertungsorientierten“ Konzepten zählt sie Vorschläge, die darauf gerichtet sind, Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und arbeitsfreien Zeiten zu erleichtern (z.B. „Bürgergeld“)

Das diskutierte Modell der „Tätigkeitsgesellschaft“ wird als Dreissektorenmodell aus Staat, ökonomischem Sektor und Zivilgesellschaft gedacht. Der Staat repräsentiert den öffentlichen Sektor als Moderator, Koordinator und Motivator zwischen Markt und „Bürgergesellschaft“. Dabei soll dieser Sektor zugunsten der Förderung neoliberaler Wirtschaftspolitik und dem Rückzug aus den sozialen Sicherungssystemen schmal gehalten werden. Stattdessen soll die „Bürgerselbstverantwortung“ (Empowerment) gestärkt werden. Im zivilgesellschaftlichen Jargon ist dies der „Wechsel von einer alimentierenden hin zu einer aktivierenden Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“. Demnach soll der marktwirtschaftliche Sektor von allen marktwirtschaftlichen Behinderungen befreit werden (Senkung von Steuern, Inno-

vationsförderung, mehr Wettbewerb, Flexibilität, Deregulierung, Privatisierung, Senkung der Kosten der Arbeit, Entwicklung eines Niedriglohnssektors). Dagegen wird der Sektor der „Zivilgesellschaft“ imaginiert in Bildern von kommunitären (lokalen) Netzwerksstrukturen, einer „Marktplatzdemokratie“ (Bürgerfonds), und hauptsächlich über „soziales Kapital“ gratifiziert („Belohnung statt Entlohnung“: Zertifizierung bürgerschaftlichen Engagements, öffentliche Ehrungen, fuzzy money etc.):

„Mit seinen Vorschlägen zur ‚Bürgerarbeit‘ hat Ulrich Beck (vgl. z.B. Beck 1998) ebenfalls ein Hausfrauisierungskonzept vorgestellt, das jedoch insofern naiver und zynischer ist, als es sich um die Frage der Bezahlung und materiellen Existenzsicherung kaum kümmert. ‚Bürgerarbeit‘... soll freiwillig, also ohne Arbeitszwang geleistet werden und gesellschaftlich insofern nützlich sein, als damit der Bedarf an reproduktionsnotwendigen Dienstleistungsarbeiten abgedeckt werden soll, den die kapitalistische Ökonomie von sich aus nicht zur Verfügung stellt. ‚Belohnt‘ werden soll sie vor allem durch größere gesellschaftliche ‚Anerkennung‘. Beck denkt dabei sogar an die Verleihung von Orden. Soweit die ‚BürgerInnen‘ ihren Lebensunterhalt nicht anders beschaffen können, sollen sie in den Genuß einer Grundsicherung kommen, die von Beck nach dem Muster der Sozialhilfe gedacht wird. Zusätzliche Mittel sollen aus dem Socialsponsoring von Unternehmen fließen. ‚Bürgerarbeit‘ soll ‚selbstorganisiert‘ sein, wobei Beck allerdings an die Gründung von ‚Gemeinwohlunternehmen‘ nach dem Muster des kapitalistischen Betriebs denkt. Auch diesbezüglich wird das kapitalistische Prinzip der ‚Selbstorganisation‘, nämlich unternehmerische Freiheit nicht verlassen. Die ‚Gemeinwohlunternehmen‘ sollen von kommunalen ‚Ausschüssen der Bürgerarbeit‘ lizenziert, koordiniert und überwacht werden. Becks Ziel lautet ganz einfach: ‚Sozialkosten zu sparen, aber gleichzeitig soziale Leistungen zu verbessern‘ (Beck, 334). Der neoliberale Blickwinkel eines in Schwabing verkehrenden verbeamteten Professors, der ganz gerne etwas mehr kostenlose oder billige Dienstleistungen zur Verfügung hätte, ist unverkennbar. Oder um einen aufstrebenden Jungmanager zu zitieren, der auf die Frage, was für ihn Dienstleistung sei antwortete: ‚Auf der Autobahn im Stau ein kühles Bier serviert zu bekommen‘ (Spiegel 4/1999, S.67) – von wem wohl“ (Joachim Hirsch, Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/hirsch.html>, 8/9).

In der „Zukunftskommission Sachsen und Bayern“ bildeten Beck und M. Miegel (neoliberaler Hardliner) eine gemeinsame Think Tank, in der die Forderung, zukünftig „Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit“ zu finanzieren, die unverhohlene Ankündigung der Einführung von Zwangsarbeit beinhaltet. Das ganze Konstrukt wurde dann im Abschlußbericht als Übergang von der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ zum „Beginn einer neuen unternehmerischen Wissensgesellschaft“ plakatiert. Das „Münchener Modell“ beinhaltet die Idee der Drei-Sektoren-Kooperation und beansprucht einen Pilot-Charakter. Dabei versuchen die Vertreter des „Münchener Modells“ (Mutz, Beck u.a.) das Projekt als „Win-Win-Konstellation“ auszuweisen: Die öffentliche Hand wird ‚entlastet‘, die Unternehmen gewinnen durch den „Humankapitalzuwachs“ ihrer caritativ tätigen Mitarbeiter, und die „Zivilgesellschaft“ durch den Ausbau und die Stärkung ihrer Strukturen. Die angestrebten „Dialogzentren“ (in denen Arbeit/Tätigkeit vermittelt wird) sollen über Stiftungen der Wirtschaft finanziert werden. Dabei sagt in diesem Konstrukt der Terminus „freiwillig“, dass die Tätigkeit unendgültig erfolgen soll. Zur Hülle der ‚freiwilligen Ehrenamtlichkeit‘ in den Filetbereichen sozialen Engagements gehören sozial abgesicherte Berufstätige in gehobenen Positionen in ihrer Freizeit, in der geldwerte soziale Skills und die Legitimation der „Tätigkeitsgesellschaft“ erworben und hinterlegt werden. Im repressiven Kern dieses Konzepts der „Tätigkeitsgesellschaft“ gehört, dass Arbeitslosen „Zeitwohlstand“ unterstellt wird, der umverteilt werden müsse, als sozialer Ausgleich zwischen denen die Arbeit haben, und die keine besitzen. So halten Rifkin und Beck zwar in ihren Konzepten an der „Freiwilligkeit“ fest, formulieren ihre Positionen aber so, dass zwanghafte Umsetzungen evoziert werden. So fordert z.B. der Club of Rome in seinem Drei-Schichten-Modell der Gesellschaft offen Zwangsarbeit (in Form von unbezahlten 20-Stunden-Jobs) für Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger. Die Kinder haben schon einen Namen: CBOs (Community Based Organizations). Das Konzept der „Zukunftskonzeption der Freistaaten Bayern und Sachsen“ beinhaltet einen radikalen Bruch mit den Institutionen der sozialen Marktwirtschaft und Inkaufnahme tiefgreifender sozialer Verwerfungen und negativer Folgen für die „sozialen Verlierer des Modernisierungsprozesses“. Beck u.a. verpfandern mit ihrem Konzept der „Bürgerarbeit“ (allerdings ohne Bürgergeld) - in einem unerschütterlichen Glauben an die „Selbsteilungskräfte des freien Marktes“ - die Forderung nach immer mehr „Flexibilität der Individuen“ in der heraufziehenden „unternehmerischen Wissensgesellschaft“.

Somit konzeptionalisiert das Modell der „Tätigkeitsgesellschaft“ alles, was die neoliberale „Modernisierung“ des Kapitalismus herbeizitiert: Demontage des Sozialstaats, eine weitgehende Neoliberalisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Kontrolle der Gesellschaft durch die Aufrechterhaltung der „Arbeits-„/„Tätigkeitsgesellschaft“. Das Konzept der „Tätigkeitsgesellschaft“ ist dem zivilgesellschaftlichen Diskurs untergeordnet, wobei „Zivilgesellschaft“ als bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit einer starken Betonung des sozialen Engagements verstanden wird. Die intellektuell dominanteren Positionen in dieser heterogenen Debatte repräsentieren die Vertreter der „Tätigkeitsgesellschaft“ (Beck, Rifkin, Mutz, Sennett, Tönnies, Club of Rome), die ihre Konzepte in Pilotprojekten zunehmend implementieren und im Wesentlichen die öffentliche Debatte mit ihren Publikationen prägen. Analysiert man die Empfehlungen der verschiedenen „Zukunftskommissionen“, so fällt auf, dass sie eher Repräsentanten neoliberal-konservativer Politik sind, die einerseits eine „tiefgreifende Krise der Arbeitsgesellschaft“ konstatieren, in ihren Lösungsvorschlägen weitgehend an den zentralen Paradigmen der Arbeitsgesellschaft festhalten. Das systematische Herunterspielen der notwendigen Rolle des Staates gehört ebenso zum neoliberalen Strategiediskurs, wie der Versuch, die Tugend der „Gemeinschaft“ zu feiern, bei gleichzeitiger Radikalisierung der globalisierten Marktdynamik.

Das Potenzial für „bürgerschaftliches Engagement“ wird in etlichen empirischen Studien (Anheier; Toepler 2002; Gensicke 2006; Priller, Zimmer 2006) beschrieben. Nach Gensicke ist das Ausmaß von „Gemeinschaftsaktivitäten und freiwilliges Engagement im Vergleichszeitraum 1999-2004 gestiegen, und differenziert sich (auf der Basis eines „Freiwilligensurveys“) nach folgenden Untersuchungsvariablen: Bundesländer, Aktivitätsbereiche (Sport/Bewegung, Schule/Kindergarten, Kultur/Musik, Soziales, Freizeit/Geselligkeit, Jugend- und Bildungsarbeit), Kirchenbindung, Wertorientierung, Bildungsniveau, Alter, Haushaltsstruktur. Insgesamt interpretiert Gensicke das sehr heterogene Potenzial als „Chancen der Zivilgesellschaft“, als „großes Potenzial für eine Ausdehnung und Intensivierung des freiwilligen Engagements“ und als gute „Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft als Kern einer bewussten Bürgergesellschaft“ (S. 16). Zugleich ahnt Gensicke, dass in dieses Bild (das es methodologisch und zielgruppenspezifisch zu problematisieren gilt) die neoliberalen Interventionen einwirken, dessen Ausgang für ihn unklar bleibt:

„Die Stärkung der Zivilgesellschaft in Deutschland fällt in eine Zeit großer wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche, die mit erhöhten Belastungen und Anstrengungen für die Bevölkerung einhergehen. Die Belastungen der Bevölkerung bzw. bestimmter Gruppen sind seit dem Erhebungszeitraum des zweiten Freiwilligensurveys weiter gestiegen. Es wurden Sozialreformen durchgeführt (Hartz-IV), die zu ungleich tieferen Einschnitten als alle früheren Sozialreformen führen bzw. noch führen werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit soziale Umbrüche, zu denen auch noch die Folgen des demografischen Wandels kommen, sich zukünftig auf die Zivilgesellschaft in Deutschland auswirken werden“ (S.16).

Vielleicht könnten bei dieser Antwortsuche die Untersuchungen von Heitmeyer (2004/2006) eine Teilantwort geben.

Die in der empirischen Plausibilität des „bürgerschaftlichen Engagements“ zentrale ausgeklammerte Frage nach den arbeitsmarktrelevanten und damit monetären Wirkungen beantworten Priller/Zimmer (2006) in folgenden Ausführungen:

„Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht hat der Dritte Sektor in Deutschland, wie zahlreiche Studien zeigen, sein Schwergewicht in den wohlfahrtsstaatlichen Kernbereichen: Gemäß unserer Deutschlandstudie war mehr als jedes zweite Beschäftigungsverhältnis ein Arbeitsplatz im Bereich Soziale Dienste oder Gesundheitswesen. Vor dem Hintergrund kann künftig im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dritten Sektor nicht zu viel erwartet werden. Ein ‚Jobmotor‘, von dem in nächster Zeit ein ‚Beschäftigungswunder‘ in unserem Land ausgehen wird, ist der Sektor insofern nicht, als gerade die beschäftigungsintensiven Organisationen, nämlich die Mitgliedereinrichtungen der Wohlfahrtsverbände, eng in die sozialstaatliche Daseinsvorsorge eingebunden und daher von den derzeitigen finanziellen Problemen der Sozialversicherungssysteme sowie der öffentlichen Hand stark betroffen sind. Ferner lässt sich im Bereich Gesundheitswesen, insbesondere bei den Krankenhäusern, ein Trend zur Gründung von GmbHs und damit ein Wechsel vom Dritten Sektor in den Markt feststellen“ (S. 16).

Zugleich verweisen Priller/Zimmer in ihrer Untersuchung auf die Schwierigkeiten, bürgerschaftlich Engagierte für Leitungstätigkeiten sowie für die Übernahme freiwilliger unbezahlter Tätigkeiten zu gewinnen, und das Engagement auf Dauer sicherzustellen. Sie problematisieren die Verzahnungsmöglichkeiten mit strukturellen Entwicklungen des ersten Arbeitsmarktes (Teilzeitarbeit) und beziehen sich damit auf eine Strukturbesonderheit von Dritte-Sektor-Organisationen: das Neben- und Miteinander von Lohnarbeit als hauptamtlicher Beschäftigung und ehrenamtlichem bürgerschaftlichem Engagement. Die Tatsache, dass die in Deutschland jährliche geleistete ehrenamtliche Tätigkeit dem Volumen von ca. 400.000 Vollarbeitsplätzen entspricht (Priller/Zimmer, S. 20), ließe auch andere arbeitsmarktkonzeptionelle Schlüsse als die postulierte „Ehrenamtlichkeit“ zu. Das vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ (6.7.2007) reflektiert einerseits auf den gesellschaftlichen Bedarf, zeigt jedoch gleichzeitig die Grenzen aktuellen staatlichen Handelns in dieser zentralen gesellschaftspolitischen Frage auf: Die steuerfreie „Übungsleiterpauschale“ und die Neufestlegung für den Spendenabzug klammert nicht nur kleine Vereine aus dieser Regelung aus, sondern tangiert die ehrenamtliche Tätigkeit für alle, die sich mindestens zwanzig Stunden (monatlich) um Alte, Kranke und Behinderte kümmern, gar nicht. An dieser Gesetzesgrundlage lässt sich aufzeigen, dass der „große gesellschaftliche Entwurf“ auf die Krise der „Arbeitsgesellschaft“ aus den aktuellen Politikkonstellationen nur unzureichend hervorgehen kann.

15.1. Der „zivilgesellschaftliche“ Diskurs als Ausweg?

Lieferte die antitotalitäre Opposition Osteuropas wichtige Anstöße für die Konzeptionalisierung der Idee der „Zivilgesellschaft“ als Zentralbegriff einer postmarxistischen Gesellschaftskritik, so ist in der westlichen Adaption und Diskussion und deren politischen Implementierungsversuchen die Ambivalenz und Instrumentalisierungsabsicht unübersehbar. Der über weite Strecken antistaatliche (sowie Ökonomie und Sozialstaat ignorierende) Diskurs hat weitgehend dazu beigetragen, dass der Terminus und ‚das‘ Konzept der „Zivil- und Bürgergesellschaft“ zu einem allseits instrumentalisierbaren Modebegriff geworden ist, den es entweder inhaltlich zu füllen oder zu vermeiden gilt. So ist dieses Konstrukt in den vergangenen und aktuellen politischen „Reform“-Debatten mit einer demokratietheoretischen Ambivalenz belegt: Einerseits finden sich in dieser Debatte Stoßrichtungen und Konzepte gegen einen bürokratischen, paternalistischen Sozialstaat mit radikaldemokratischen Ursprüngen und der Wiederentdeckung basisdemokratischer Grundverständnisse der Zivilgesellschaft. So sollen durch gemeinnützige Initiativen, ehrenamtliche soziale Engagements und die Stärkung der Beziehungen im kommunalen Lebensraum soziale Räume und Kulturen geschaffen werden, die den Bürgern Teilhabe und Mitgestaltung ermöglichen. Gleichzeitig ist unübersehbar, dass der Appell an die „Zivil- und Bürgergesellschaft“ den Abbau und die Legitimation staatlicher Leistungen und Verantwortlichkeiten im Kontext des neoliberalen Transformationsprozesses („Sozialstaatskrise“) zum Ziel hat. Der programmatische Anspruch, die Gesellschaft „an die Strukturen der modernen Ökonomie heranzuführen“ (Gerhard Schröder, in Süddeutsche Zeitung, 24.3.2000, 19) steht paradigmatisch für die Legitimation und das politische Konzept der „Reformpolitik“ der „Agenda 2010“: Abdanken des Staates aus seinen bisherigen Sozialstaatsbindungen zugunsten der Privatisierung und Kommerzialisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche.

Auf dem Hintergrund der Erosion des Politischen zugunsten der Dominanz der Ökonomie droht dem Konzept der „Zivilgesellschaft“ die Gefahr, zur ideologischen Begleitmusik der Anpassung an die ökonomischen „Sachzwänge“ im Kontext der neoliberalen „Globalisierung“ zu werden. Zur Beantwortung der zentralen Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der Politik gegenüber der Ökonomie hat der zivilgesellschaftliche Diskurs bisher wenig beigetragen. Im Gegenteil:

„Der Verdacht lautet, das gefällige Reden von der Zivilgesellschaft beschönige die hässliche Tendenz zur ökonomischen Privatisierung und trage dazu bei, die zivilisierenden Gestaltungsmacht des Staates zugunsten deregulierender Märkte zu untergraben. David Rieff... geht so weit, die Befürworter der Zivilgesellschaft als nützliche Idioten der Globalisierung zu bezeichnen. Tatsächlich lässt sich der Begriff der Zivilgesellschaft sowohl mit dem Kampf der Bürger um politische Handlungsmöglichkeiten wie auch mit dem Rückzug des Staates zugunsten marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Selbstregulierung verbinden“ (Winfried Thea 2004, S. 197).

Die aus dieser Kritik abgeleitete **Hauptthese** heißt, dass das Konzept der „Zivilgesellschaft“ nur im Kontext einer umfassenden Konzeption der politischen Demokratisierungsprozesse zu begründen und zu legitimieren ist, die als Ziel einen kollektiven Gegenauklärungsprozess gegenüber dem eingeleiteten antidemokratischen und antihumanistischen neoliberalen Transformationsprozess formuliert wird. Sonst droht die Instrumentalisierung des „zivilgesellschaftlichen“ Programms im Sinne einer weiteren Funktionalisierung und Entpolitisierung. Insofern ist die Formulierung einer weitreichenden Perspektive in der *Erkämpfung* selbstbestimmter gesellschaftlicher Räume programmatischer Auftrag. Ungeachtet aller Details geht es um den Aufbau einer „dritten Sphäre“ zwischen dem Nahumfeld und der vom allgegenwärtigen Staat kontrollierten und gesteuerten Gesellschaft / des „öffentlichen Lebens“. Dieser Anspruch manifestiert sich in Europa in den unterschiedlichsten Strömungen und Programmtiteln: „Parallel Society“, „Second Society“, „Second Culture“, „Interdependent Society“, „Non-Political Policals“ etc.

Insofern hat das Programm der „Zivilgesellschaft“ in den osteuropäischen Staaten einen anderen Stellenwert für den Emanziationsprozess von den kommunistischen Herrschaftssystemen als die inhaltlichen Motive und Begründungszusammenhänge in den westeuropäischen Gesellschaftssystemen, obwohl der eingeleitete Globalisierungsprozess Erscheinungsbilder in den osteuropäischen Staaten hervorruft, die den Herausforderungen der kapitalistischen Zentren angenähert werden. Die Adaption der zivilgesellschaftlichen Programmatik in das zeitgenössische politische Denken in Westeuropa und Nordamerika fiel nicht zufällig zusammen mit der Krise und dem Niedergang des Neomarxismus in der Parallelität des Systemzusammenbruchs des Sowjet-Imperiums. Die in diesem Gefolge spontanen und etablierten sozialen Bewegungen lassen sich unter dem Titel „Zivilgesellschaft als plurale Gegenmacht“ zusammenfassen, die eine effektivere Einwirkung auf Staat, Parteien und Ökonomie zum Thema hatten/ haben. Die Zielsetzung und Hoffnung auf Erweiterung der politischen Handlungsmöglichkeiten und eine demokratische Partizipation führt(e) zu höchst ambivalenten Ergebnissen: Einerseits hat die theoretische Debatte zur „Zivilgesellschaft“ an Breite gewonnen und hat sich in unterschiedlichen Fokussierungen abgebildet. Andererseits hat sich diese Debatte mit dem zentralen Vorwurf auseinanderzusetzen, „Schmieröl im Getriebe“ zu sein, weil sie eine fundamentale sozioökonomische Veränderung der kapitalistischen Grundstrukturen unterläuft, und damit Verursachungsstrukturen unangestastet lässt. Das im aristotelischen Denken angelegte Bedürfnis des „zoon politikon“ (die herrschaftsfreie Assoziation freier und gleicher Bürger) als Basis für das Programm „societas civilis“ konterkariert Herrschaft-, Befehls- und Gehorsambeziehungen mit dem zentralen Anspruch der „Selbstregulierung der Bürger“ (entscheidender Stellhebel zur neoliberalen Programminstrumentalisierung):

„Zu ‚Zivilgesellschaft‘ gehört ein hohes Maß an gesellschaftlicher Selbstorganisation, z.B. in Vereinen, Assoziationen und sozialen Bewegungen, mit entsprechenden Ressourcen wie Kommunikationsfähigkeit, Bildung und Vertrauen. Zu ‚Zivilgesellschaft‘ gehören legitime Vielfalt, der geregelte Konflikt und ein spezifischer Umgang mit Gewalt: deren Zähmung, Einhegung und Minimierung. Zu ‚Zivilgesellschaft‘ gehört eine Kultur der Zivilität, einschließlich der Hochschätzung für Toleranz, Selbstständigkeit und Leistung sowie Bereitschaft zum individuellen und kollektiven Engagement über rein private Ziele hinaus“ (Bischoff 2007, S. 226).

Es ist offensichtlich kein Zufall, dass das republikanische Grundmotiv demokratischer Revolutionen immer dann fokussiert wird, wenn es um prinzipielle Auseinandersetzungen mit totalitären Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts geht. So zielt die „Zivilgesellschaft“ in ihrer progressiven Selbstbestimmung auf eine andere Form politischer Legitimation, die einerseits die dominante Sphäre des Marktes zügelt, und sich im Anspruch auf neue Bürgerfreiheiten neu legitimiert, und vor allem dem Primat der Politik wieder einen angemessenen Stellenwert gibt. Vor allem die moralphilosophisch (Smith) eingeklagte Integration von Ethik und Ökonomie (Einbindung ökonomischen Handelns) gilt als zentrale

Herausforderung einer Gemeinwohlorientierung, die in unterschiedlichen Prämissensetzung von Konservativen, Linken und deliberativen Demokratietheoretikern eingefordert wird. Diese mit dem Konzept der „Zivilgesellschaft“ verbundenen weitreichenden Hoffnungen an eine Re-Vitalisierung bekannter Demokratieziele haben jedoch Voraussetzungen von komplexer Natur, die einen starken Widerpart in der Folge des „Washington Konsens“ hat, dessen Privatisierungs- und Deregulierungsprämissen die Gesellschaft schon erheblich gedreht haben. Ob die internationale Attraktivität der „Zivilgesellschaft“ als systematische Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft aufrecht erhalten werden kann, und der Dualismus von Staat und Gesellschaft durch das Modell der Dreiteilung (Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaftsgesellschaft) transformatorisch ersetzt werden kann/soll, ist nicht zuletzt ein Anspruch an die gesellschaftlichen Eliten, aus der sichtbaren Krise der „Arbeitsgesellschaft“ alternative Auswege zu finden, mit denen sich eine neue politische Legitimation erreichen lässt. Ob die deliberativen, auf zivilgesellschaftlichen Strukturen basierende Demokratie ein höheres Maß an Inklusion, Gleichheit und Diskursivität realisieren kann als die bisherigen Institutionen und Repräsentanten der repräsentativen Demokratie entzieht sich jeder Prognostizierbarkeit.

Trotz aller Widersprüchlichkeiten und Ungeklärtheiten ist die Suche nach einer neuen Vergesellschaftungsform die ultima ratio intellektueller Herausforderungen, da die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ fordristischen Typs unübersehbar und unumkehrbar ist. Ein sinnvoller und humaner Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen muß durch folgende Anforderungen geprägt sein, um ein eigenes Politikprofil vor falschen Adaptionen zu schützen:

- Soziale und materielle Absicherung dürfen sich nicht ausschließlich über die Erwerbsarbeit definieren; grundlegende Veränderungen des Systems der sozialen Sicherheit.
- Erhebliche Reduktion der Erwerbsarbeitszeit der Männer.
- Neudefinition der Geschlechterspezifika (bezahlte vs. unbezahlte Arbeit).
- Infrastrukturen, die es Frauen ermöglichen, sich gleichberechtigt an der Erwerbsarbeit, der Gesellschafts- und Bürgerarbeit, der Eigenarbeit und autonomen Tätigkeiten zu beteiligen.
- Wir brauchen neue Konzepte von Erwerbs- und Bürgerarbeit, von Bildung und Muße, von Pflege und Erziehungsarbeit (für beide Geschlechter).
- Wir brauchen eine „Ökonomie des Genuß“ (Gebrauchs- vs. Tauschorientierung).
- Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums; getragen durch eine Leitbildorientierung an den Prinzipien Solidarität und Gerechtigkeit (als Gegenparadigma des neoliberal deformierten Menschenbildes).
- Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors (Bildung, Kultur, Soziales).
- Wir brauchen eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit (Gorz), in der sich die Menschen in der dann „frei“ gewordenen Zeit neu konfigurieren können.
- Verringerung struktureller Massenarbeitslosigkeit (in Verbindung mit wachsender Prekarität) durch andere Verteilungsmodelle: radikale Arbeitszeitverkürzung etc.
- Neue Lern- und Lebensformen im Umgang mit den „neuen Armutspotenzialen“ (Aktivierung und Reintegration).
- Gegensteuerung gegen den Zerfall solidarischer gesellschaftlicher Potenziale.
- Veränderung der Ambilanzen in der Zeitökonomie (zu wenig Zeit vs. zu viel Zeit). Intelligente Gestaltung von Arbeitsorganisationen entlang der Bedürfnisse nach flexibler Zeitsouveränität.
- Entkopplung von „Tätigsein“ und monetarisierter Arbeit.
- Quantitative und qualitative Veränderungen der Bedeutung der traditionellen Arbeit.
- Neue Wertschätzungen (ideell und monetär) von „Tätigkeiten“, die nicht der Lohnarbeitslogik unterliegen.
- Realisierung von „Grundlohn“-Modellen: Die mit dem Grundlohn potenziell ermöglichte „Sozialzeit“ zielt auf humane, soziale und ökologische Dienstleistungen. Die Realisierung von

- „Sozialzeit“ ist von hoher Bedeutung für die Neuverteilung von Tätigkeiten, für die Sicherung gesellschaftlich relevanter Leistungen und die Umsozialisierung des „Lohnarbeitssubjektes“.
- Neudefinition und Neuaufteilung menschlicher „Tätigkeitszeit“ (Freizeit, Arbeitszeit, Sozialzeit). Ökonomische Tätigkeiten sind einzubetten in gesellschaftliche und natürliche Prozesse. Die Marktökonomie ist zunehmend zugunsten einer Versorgungsökonomie zurückzudrängen
 - Förderung und Neubewertung sozialer, ökologischer, humaner und sinnstiftender Leistungen durch Förderung freiwilliger und obligatorischer Sozialzeit.
 - Installierung eines öffentlichen geförderten Arbeitsmarktes (im Sinne eines zweiten oder Komplementärmarktes). Der zweite Arbeitsmarkt funktioniert projektbezogen, in dem die Kommunen die Federführung übernehmen.
 - „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ sind als normatives Konzept inhaltlich zu begründen. Dieses beinhaltet die Aufgabe, den Anspruch auf ein „gutes Leben“ als Gegenentwurf zum destruktiven neoliberalen Gesellschaftsmodell zu operationalisieren.

Ein zentrales Ergebnis einer solchermaßen realisierten Neudefinition von „Arbeit“ entspräche einem grundlegenden Paradigma eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs:

„Die Zeit der Nicht-Arbeit ist dann nicht mehr notwendigerweise bloße Zeit zum Ausruhen, für Erholung, Zerstreuung und Konsum; sie dient nicht mehr zur Kompensation der Mühen, Zwänge und Frustrationen der Arbeitszeit.“ Stattdessen „kann die verfügbare Zeit von Tätigkeiten ausgefüllt werden, die man ohne ökonomische Zwecksetzung unternimmt und die das Leben des einzelnen sowie der Gemeinschaft bereichern“ (Gorz 1994, S. 328).

Der Grundsatz **„Weniger arbeiten, damit alle arbeiten – und besser leben“** (zitiert nach Gorz 1988; 151) definiert die Vision und die Programmatik eines alternativen Gesellschaftskonzeptes.

Die Fragen nach der politischen Implementierung sollen/können hier nicht beantwortet werden. Jedoch ohne Visionen gibt es keine Ziele und keine neuen Wege. Während die konkrete Ausgestaltung einer zukünftigen alternativen Gesellschaftskonzeptes realisiert ist, müssen unter dem Druck der Krise konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung konzeptionell gedacht sein. Ob es eine neue Synthese zwischen „neuen sozialen Bewegungen“ und einem intervenierenden aktiven Staat kommt, ist erst einmal der Blochschen Logik des „Prinzips Hoffnung“ unterworfen. Konsens herrscht jedoch in der Diagnose: Die „Arbeitsgesellschaft“ (post)fordistischer Prägung befindet sich in einer irreversiblen Struktur- und Legitimationskrise. Die Analyse diskutierter Alternativmodelle zeigt auf, dass die meisten Modelle den Kapitalismus voraussetzen, und ein strikt antikapitalistischer Kurs keine realistische Perspektive erhält. Sozialdemokratische Ansätze zur „Zähmung des Kapitalismus“ (Primat der Ökonomie als „Sachzwang“ plus neoliberaler Programmatik zur „Eigeninitiative“ und „Flexibilität“), und Ansätze, eine eigene Ökonomie innerhalb der großen Ökonomie zu etablieren, durchbrechen nicht die in der Gesamtanalyse aufgezeigten destruktiven Konsequenzen der ökonomischen Logik der Konkurrenzorientierung. Solange die neoliberale Variante den gesamtgesellschaftlichen Takt vorgibt, darf in den Reihen solidarischer Ökonomieprojekte aus der Reihe getanzt werden. Die innere Landnahme dieser Projekte findet erst dann statt, wenn es sich in lohnenden Marktsegmenten „rechnet“ (z.B. Biokost in den Regalen der Supermärkte). Insofern bleiben (egal in welcher Absicht und Ausdrucksform) die Projekte der „solidarischen Ökonomie“ (siehe Kongress „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“, 2006) aufs engste mit dem Kreislauf des kapitalistischen Gesamtkörpers verbunden. Und so bleibt die unbeantwortete Frage nach den Effekten der „Subversion aus der Nische?“ für einen alternativen Gesellschaftsentwurf:

„Vielleicht gibt es tatsächlich kein richtiges Leben im falschen Leben. Aber zumindest gibt es den Vorschein eines richtigen Lebens – der dann aufblitzt, wenn Menschen sich als Menschen anstatt als Waren behandeln, wenn sie einander helfen, anstatt sich niederzukonkurrieren, wenn sie miteinander füreinander arbeiten, und sei es auch nur in den Nischen von Kleinprojekten. Sozialkritisch, sagt der Zyniker. Nicht totzukriegen reale Utopie, sage ich. Es lebe die solidarische Ökonomie“ (Rucht 2006, S. 45).

Ob das Beispiel der Gemeinde Haseloff („Haseloff statt Hartz-IV“) ein transferierbares exemplarisches Modell sein kann, soll hier nicht bewertet werden. Eine Kurzdarstellung sollte jedoch Grundlage zur Sensibilisierung für mögliche Optionen sein:

„Haseloffs (Bürgermeister) Idee: Nicht länger die Folgen der Arbeitslosigkeit mildern, sondern mit Arbeitslosengeld, Hartz-IV, Wohnungszuschuss, Eingliederungshilfe Arbeitsplätze schaffen, ‚marktforn‘ und ‚wettbewerbsneutral‘. Es ist so etwas wie eine immerwährende ABM – unbefristet und sozialversicherungspflichtig, für Langzeitarbeitslose mit ‚Vermittlungshemmnissen, etwa Ortsgebundenheit, unpassende Qualifikation und höherem Alter. Diese Leute bekommen nun Arbeit im sozialen Bereich, ihr Name: ‚Bürgerarbeit‘...“

Der frische Ton der Altvordern ist auch Rainer Haseloff eigen. Der Mann hat etwas von Simplicissimus. Wo das Knäuel ganz fest verschlungen ist, wo die einen Experten mal an diesem Ende, die anderen an jenem ziehen, da hilft nur noch Schlichtheit. Das Geld aus den Töpfen zusammengekratzt, den arbeitslosen Menschen gegeben und eine Aufgabe dazu: Du, Gudrun, meldest dich mit Britta im Altenheim beim Herrn Neumann. Da könnt ihr den Alten was vorlesen, und wenn das Wetter schön ist, geht ihr spazieren, vielleicht backt ihr ihnen mal was, die haben auch Waffeleisen. Und du, Heinz, meldest dich bei Pastor Krause und installierst die Adventslichter auf dem Kirchturm...

So vertraut wird es wohl nicht zugegangen sein bei den Vermittlungsgesprächen mit den 331 Erwerbslosen aus Bad Schmiedeberg im Wittenberger Arbeitsamt. 108 fanden auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Job oder werden weitergebildet, 131 kamen für die Bürgerarbeit in Frage, 30 von ihnen wurden bis Anfang Dezember eingestellt, und die Arbeitslosenquote der Stadt stürzte in den Keller: Im September 15,6 Prozent, Mitte November 9,1 Prozent. Ende des Jahres soll sie bei 2,8 Prozent liegen – Vollbeschäftigung.

Natürlich ist alles gesetzeswidrig. Es ist verboten, das Geld zur Existenzsicherung und das Geld zur Arbeitsförderung in einen Top zu werfen, um damit Sozialbeiträge und einen Lohn von etwa 800 Euro für gemeinnützige Arbeit zu bezahlen. Und natürlich fürchten Handwerk und Gewerbe, dass ihnen Aufträge verloren gehen. Trotzdem, wenn es gut geht, werde man eine Bundesratsinitiative starten, um die entsprechende Gesetzesänderung anzuschieben“ (in: TAZ, 16./17.12.2006).

So bleibt die Hypothese, dass die im neoliberalen Modell induzierten antagonistischen Widersprüchen neue politische Konstellationen hervorbringen, die mit den Folgen des Fehlens ethischer, sozialer und ökologischer Kontrollen neue sozialpolitische Ordnungsmodelle korrespondieren. Die Grundlagen für eine neue ethisch und sozialpolitisch befriedigende Ordnung zukünftiger „Arbeits“-/Tätigkeits“-„Zivil“-Gesellschaften liegen in Fragmenten vor. Auf die strukturelle „Krise der Arbeitsgesellschaft“ lassen sich eben keine leichten Antworten geben. Es ist davon auszugehen, dass es der „Arbeitsgesellschaft“ nicht gelingt, durchaus vorhandene Arbeit in bezahlte Erwerbsarbeit zu transformieren. Plausibel ist jedoch die Prognose, dass bei Weiterführung des neo-liberalen Kurses nicht nur die Entsolidarisierung und die ökonomische und soziale Spaltung der Gesellschaft fortgeführt und zugespitzt wird, sondern dass mit Weiterführung der Tertiärisierung (Anteilsgewinn des Dienstleistungsbereiches bei Abnahme des sekundären Sektors) die „Dienstleistungsgesellschaft“ in eine „tertiäre Krise“ mündet, worauf die Verhältnisse in den USA einen Vorgeschmack geben („Beschäftigungswunder“ mit wachsender sozioökonomischer Ungleichheit und ausgeprägten Armutspotenzialen). Nur ein Rückgriff auf einen neuen sozial- und beschäftigungspolitischen Interventionismus wird diesen Trend signifikant drehen können (Rückbesinnung auf keynisiensches Steuerungsinstrumente in Verschränkung mit „neuen sozialen Bewegungen“). Dabei muss die Prämisse handlungsleitend sein, dass sich der „Umbau der Arbeitsgesellschaft“ nicht durch technisch-organisatorische Modelle und Planskizzen realisieren lässt, sondern nur im Rahmen politisch-sozialer Kämpfe und den daraus resultierenden Lernprozessen. Das Leitmotiv einer solchen alternativen Gesellschaftskonzeption könnte von folgendem Anspruch motiviert werden:

„Arbeit im anthropologischen Sinn kann nie verschwinden, solange die Menschheit existiert. Arbeit als Gestaltung und Pflege der Natur. Diese Definition sagt jedoch nichts aus über die gesellschaftlichen Beziehungen und Produktionsverhältnisse, über die Arbeit, die wir tun, und die Arbeit, die man hat, tut man immer nur für andere, die sie entlohnen und fremdbestimmen... Die gesellschaftlich geregelte und sozial eingebettete Arbeit wird systematisch abgebaut, ohne dass sich die Menschen die zeitlichen Räume aneignen können, die durch den Abbau dieser Arbeit freigesetzt werden. Diese Wiederaneignung der Zeit und Aufhebung der fremdbestimmten Arbeit ist aber gemäß der Auffassung, die Marx von Hegel übernommen hat, der eigentliche Sinn der Geschichte: es soll die Arbeit überwunden werden zur freien Selbsttätigkeit. Die Möglichkeiten dafür zeichnen sich ab. Wir müssen lernen, sie wahrzunehmen.“

Wir müssen zuerst einmal anerkennen, dass die Zukunft nicht in gesicherten, dauerhaften, vollzeitigen Lohnarbeitsplätzen liegen, sondern im Wechsel zwischen immer kürzeren Perioden bezahlter Arbeit und immer längeren

Perioden freier Selbsttätigkeit. Die gesellschaftliche Geltung und Anerkennung muss von der Lohnarbeit auf die Selbsttätigkeit verlagert werden. Das ist möglich, weil das sogenannte ‚Humankapital‘, also Ideenreichtum, Kreativität, Lernfähigkeit, heute im Verwertungsprozess wichtiger ist als das Sachkapital... Selbst einfache Erwerbsarbeit verlangt ein Bildungsniveau, das die Ausbildungszeit bei weitem übersteigt und sich hauptsächlich durch freie Selbsttätigkeit und in zwischenmenschlichen Beziehungen entwickelt... Nirgendwo steht geschrieben, dass Arbeit nur dazu dienen soll, an einen Arbeitgeber verkauft zu werden, der sie sich aneignet.“

(in: ak – analyse & kritik vom 23.9.1999: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/selbstaendig.html>, S. 4).

Die zentrale systemkritische Frage, ob der Kapitalismus mit seinem „Latein zu Ende ist“, ist genauso unbestimmt wie die Antwort auf die Frage, welche Veränderungen evolutionär plausibel projiziert werden können, ohne sich in zu wagen Spekulationen zu verlieren. Radikale Zusammenbruchstheorien bleiben für den kapitalistischen Transformationsprozess genauso widersprüchlich wie vereinfachte lineare Projektionen in die nächste Stufe einer neu definierten „Moderne“. Die zentrale Frage ist, ob es möglich ist, innerhalb des Kapitalismus eine alternative Gesellschaft aufzubauen, die als transformatorischer kollektiver Lernprozess angelegt ist, und kriseninduziert eingeleitet wird:

„Der Kapitalismus verändert sich während seiner Krise, aber verfällt nicht ‚von selbst‘. Den ganzen ‚Verfallsgedanken‘ als Verfall-an-sich würde ich als historischen Begriff fallen lassen. Er ist unbrauchbar, weil er zu bestimmt ist...“

Die zweite Antwort stammt u.a. von Moshe Machover, der der Auffassung ist, dass es mehrere Indikatoren für die ‚Reife‘ des Kapitalismus gibt: die Arbeitsproduktivität, die sich im 20. Jahrhundert alle 30 Jahre etwa verdoppelt habe; der Umfang der Integration des Weltmarktes; und das Maß, in dem die Warenlogik das Leben der Menschen beherrscht.

Beide Auffassungen lassen vermuten, dass der Kapitalismus noch viele Entwicklungsmöglichkeiten hat. Ein alternatives Gesellschaftsmodell ist allein in molekularen Formen und Veränderungsprozessen zu erkennen... Und alle Indikatoren scheinen darauf zu verweisen, dass die Expansion des Kapitalismus... bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Noch sind große Teile der Welt und viele Lebenssphären nur zu einem sehr geringen Teil oder gar nicht der Warenökonomie einverleibt. Zwar zeigt das ökonomische Wachstum nur in den alten Teilen des Weltkapitalismus in den letzten 35 Jahren eine niedergehende Tendenz, aber dem gegenüber steht, dass die aufsteigenden Ökonomien von China, Indien und anderen Ländern noch über ein ungeahntes Wachstumspotenzial verfügen und das Weltsystem als Ganzes noch Jahrzehnte vorantreiben können.

Ich würde darum behaupten wollen, dass der Kapitalismus noch lange nicht erschöpft ist und dass der weitere Durchmarsch des Kapitalismus sich höchstwahrscheinlich noch Dutzende von Jahren – wenn nicht noch mehr – fortsetzen wird...

Die Herausforderungen für die kommenden Jahre erscheinen als überwältigend... Wie müssen wir uns den Übergang zu einer selbstbestimmten sozial-ökologischen Gesellschaft vorstellen?... Ist es möglich, eine alternative Gesellschaft innerhalb des Kapitalismus aufzubauen, in der diese dann allmählich die Oberhand gewinnt?... Der Aufbau selbstbestimmter sozial-ökologisch gestalteter gesellschaftlicher Verhältnisse ist eine transnationale Angelegenheit geworden (van der Linden, S. 17 ff.).

F Demografie: Fakten, Entwicklungen und Konsequenzen

Die demographische Entwicklung wird aus unterschiedlichsten Motiven und Perspektiven in der gesellschafts- und industriepolitischen Debatte angeführt, um die gesellschaftliche Entwicklungslinien in den Industrieländern im allgemeinen, und im Systemvergleich mit einer deutschlandspezifischen Zukunftsprojektion zu versehen, aus der spezifische Politikentwürfe abgeleitet werden. Die demografische Entwicklung dient zunehmend als Legitimation einer Gerechtigkeitsdebatte im intergenerativen Vergleich, aus dem sowohl sozialpolitische Restriktionen als auch Legitimationen für eine private Vorsorge abgeleitet werden. Unabhängig von den Zielen, Prämissen und der Seriosität dieser Debatte scheinen jedoch Zeiten vorbei, in denen der Bundeskanzler auf die Prognosen von Geburtenrückgang und Bevölkerungsschwund ironisch antwortete: „Das macht nichts, das gibt mehr Platz auf den Parkbänken“ (FAZ.NET, 14.03.2007: 1).

Ulrich Beck charakterisiert den Streit um die Bevölkerungsentwicklung als „falschen Alarmismus“, da nach seiner Analyse nicht Deutschland sondern die „ganze Welt altert“, und verweist auf den Tatbestand der „demografischen Polarisierung“ und einen in der globalen Perspektive paradoxen aber realistischen Doppeltrend: Einerseits wächst die Bevölkerung so schnell, „dass alle Probleme explo-

dieren, und zugleich so langsam, dass alle Probleme explodieren“. Der allgemeine Bevölkerungsrückgang in Europa geht einher mit einem phänomenalen Zuwachs der Weltbevölkerung im 20. Jahrhundert. Diese radikale Polarisierung der demografischen Entwicklung im Weltmaßstab veranlasst Beck zu der Feststellung, dass dieses Ineinandergreifen von abnehmender und zunehmender Bevölkerung, zwischen und innerhalb einzelnen Nationen die ethnischen Herrschaftsverhältnisse in Frage stellt. Bevölkerungsrückgang und Alterungsprozess summieren sich zu einem historischen Trend. In einer „kosmopolitischen“ Perspektive schlussfolgert Beck:

„Weder sind die Probleme des Rückgangs oder des Wachstums der Bevölkerung einer nationalstaatlichen Kausalität unterworfen, noch können sie primär im Rahmen einer nationalstaatlichen Kausalität bewältigt werden. Noch immer tun wir so, als seien die Probleme des Bevölkerungsrückgangs, des Alterns der Gesellschaft deutsche oder italienische oder polnische oder spanische Probleme. Doch wohin man in Europa schaut, überall eine ähnliche Situation“ (Ulrich Beck, Falscher Alarmismus, Süddeutsche Zeitung, 11.8.2006, S. 11).

Fakt ist, dass die demografische Entwicklung durch zwei statistische Größen bilanziert und extrapoliert wird: die Entwicklung der Altersstruktur und die Entwicklung der Geburtenrate. Was einerseits als der „großartigste Fortschritt in der Menschheitsgeschichte gesehen wird (Vaupel 2006), dient anderen wiederum dazu, das Szenario „demografische Zeitbombe“ zu skizzieren. Ohne hier die komplexe Diskussion zum Thema abbilden zu können, lassen sich jedoch folgende Tendenzen plausibel argumentieren:

- In Deutschland lag 2004 die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau auf dem Tiefstand von 1,36. Für eine stabile Bevölkerungsentwicklung wären jedoch 2,1 Kinder notwendig. Da die Geburtenquote seit drei Jahrzehnten auf ähnlichem Level stagniert, ist seither jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die der Eltern. Durch diese Dynamik beschleunigt sich der Verlust von Jahr zu Jahr.
- Lange konnte dieser Verlust durch Zuwanderungen aus dem Ausland kompensiert werden. Seit 2003 ist dieser Trend gebrochen und die Bevölkerung der Bundesrepublik nimmt kontinuierlich ab, zumal die Einwanderungsquoten stagnieren bzw. rückläufig sind und die Auswanderungsquoten zunehmen. Die Schrumpfrate lag in den Jahren 2000 bis 2005 bei durchschnittlich 0,18 Prozent, der höchste Wert aller westlichen Länder. Berücksichtigt man die Migrationsdaten, so wird aus dem Rückgang zwar ein leichtes Plus von 0,09 Prozent pro Jahr, aber auch dieser Wert ist der niedrigste unter allen westlichen Ländern. Die Ursache liegt nicht in einer hohen Sterberate, sondern in einer extrem niedrigen Geburtenrate.
- Wir müssen von einem deutlichen Ost-West-Gefälle bei den Kinderzahlen ausgehen. Nach dem Fall der Mauer brach die Zahl der Kinder pro Frau im Osten auf einen Wert von 0,7 ein. Bei einer Kinderzahl von 1,37 im Westen und 1,3 im Osten ist aktuell von einer Angleichung auszugehen.
- Größere Städte sind generell kinderarm. Ohne die Ursachen zu beleuchten, geht ‚den‘ Städten zunehmend das demographische Fundament verloren.
- Seit Jahrzehnten nimmt in Deutschland die Zahl der Kinderlosen und auch der Geschwisterlosen zu, wenn auch die Zweikindfamilie immer noch die häufigste Strukturvariante ist.
- In den nächsten Jahrzehnten wird die Lebenserwartung der Deutschen um rund 2,5 Jahre pro Dekade zunehmen (Vaupel). Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt tendenziell. Die Menschen werden immer älter und zeugen immer weniger Nachwuchs. Besonders zeigt sich dieser Trend in Deutschland, Italien, Spanien und Japan. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland selbst bei einer jährlichen

Nettozuwanderung von 100.000 Personen von derzeit 83 Millionen auf noch 70 Millionen im Jahr 2050 schrumpfen. Dieser Trend scheint irreversibel zu sein, und lässt sich durch keinen neuen „Babyboom“ beeinflussen.

- Die vorliegenden Daten aus Frankreich verdeutlichen, dass ein einmal eingeleiteter Prozess seine Zeit braucht, um Fehlsteuerungen zu korrigieren. So hatte Frankreich vor einem Jahrhundert die niedrigste Geburtenrate Europas, und liegt heute mit einer Quote von 2,1 Kindern je Frau an der europäischen Spitze. Die Ursachen für diese Trendwende sind:
 - Es dominiert das Leitbild des Zwei-Verdiener-Haushaltes und verfügt über die größte Variationsbreite an öffentlichen und privaten Betreuungsmöglichkeiten. Die Berufstätigkeit von Müttern wird systematisch gefördert und infrastrukturell flankiert.
 - Das Fundament für eine familienfreundliche Gesellschaft wurde in Frankreich früh gelegt. Die familienpolitischen Ressourcen fließen vor allem in Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten. Es gibt also einen signifikanten Zusammenhang zwischen dieser Strukturpolitik und der Beschäftigungsquote der Frauen. Auch die 35-Stunden-Woche erleichtert die Vereinbarkeit von Job und Familie.
 - Frankreichs „Kindersegen“ hat auch sozio-kulturelle Gründe. Kinder zu haben „gehört dazu“.
 - Auch steuerlich wird die Berufsfähigkeit der Mütter gefördert. Betreuungskosten können direkt von der Steuerschuld abgezogen werden. In der Regel bezahlen Familien mit drei Kindern keine Einkommsteuern mehr, während das deutsche Ehegattensplitting den Trauschein belohnt. Weitere Steuererleichterungen werden an die Bedingung geknüpft, dass beide Eltern arbeiten
- Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind komplex: Aus wirtschaftlicher Sicht droht aus der Mischung eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften und des Rückgangs der Konsumkraft eine wirtschaftliche Dauerstagnation. Die derzeitige Wachstumskrise/Stagnation könnte schlimmstenfalls nahtlos in eine länger anhaltende Schrumpfung des BIP (Bruttoinlandsprodukt) übergehen (Gefahr einer Dauerrezession). Auf den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum hat der US-Ökonom Rober Solow (Nobelpreisträger der (Ökonomie) bereits in den Fünfzigerjahren hingewiesen. Nach Einschätzung des Präsidenten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Horst Sieber wird sich das „Gesicht der deutschen Wirtschaft dramatisch verändern“. Nach einer Studie der Deutschen Bank Research wird der Mangel an Arbeitskräften das Wachstumspotenzial jährlich im 0,5 Prozentpunkte schmälern (Wirtschaftswoche, 20.5.2006: 20). Dieses unter der Annahme, dass das Potenzial an Zuwanderern nicht mehr unbegrenzt zur Verfügung steht. Dieses Negativ-Szenario könnte noch dadurch verschärft werden, dass aufgrund dieser strukturellen Bedingungen Investoren andere Standortvarianten bevorzugen. Die zentralen hypothetischen Konsequenzen sind im Bereich der Rentenkrise, der Altersarmut und einer wirtschaftlichen Stagnation anzusiedeln. Zugleich wächst in vielen Unternehmen die Angst, dass die Belegschaft vergreist und der qualifizierte Nachwuchs ausgeht. Zugleich ist eine Fachkräftekompensation aus Osteuropa nur begrenzt möglich, da das Demografieproblem einen ähnlichen Verlaufsprozess nimmt. Zunehmend versuchen Firmen dem drohenden Wissens- und Erfahrungsverlust durch gezielte Schulungs- und Weiterbildungsprogramme, Gesundheitsförderung, innovative Arbeitszeitmodelle und internen Mitarbeitertransfers gegenzusteuern, obwohl der aggressive Personalabbauprozess (noch) linear weitergeführt wird. Wenn auch das Top-Management vielerorts das Problem noch nicht ausreichend ernst nimmt, so steigt jedoch der Stellenwert des „Diversity Managements“ im professionellen Diskurs zunehmend.

- Eine heute schon gravierende anhaltende Konsum- und Nachfrageschwäche (als Konsequenz eines neoliberalen Steuerungs-Paradigmas) wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit durch diesen demografischen Trend verschärfen. Eine lang anhaltende Konsumflaute ist naheliegend (Zusammenspiel von Lohnstagnation, Sozial- und Rentenkürzungen, Angstsparen und Vergrößerung des Armutspotenzials und Demografie). Immer mehr ältere Menschen gleiten in schwächere Einkommensgruppen ab. Auch wenn die „Babyboomer“ in Rente gehen, werden weitere Rentenkürzungen, steigende Lebenserwartungen, explodierende Kosten für die medizinische Versorgung das Konsumverhalten negativ tangieren.
- Eine Gegensteuerung gegen diesen Trend ist konzeptionell auf folgenden Ebenen möglich:
 - eine ‚Steigerung‘ der Geburtenrate;
 - Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland;
 - eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit;
 - eine breite bildungspolitische Mobilisierung, um ‚brachliegende‘ Bevölkerungsschichten (z.B. Migrantenkinder) ausreichend zu qualifizieren und zu integrieren;
 - vermehrter Einsatz von Robotern, Computern, Maschinen;
 - eine noch verschärfte Leistungsausbeute der Menschen in den Betrieben.

Alle möglichen Varianten beinhalten Risiken und Grenzen und erfordern kollektive Lernprozesse, zumal sich diese Strukturprobleme noch mit einer anderen Entwicklung potenzieren, die in der vollen Tragweite erst langsam ins öffentliche Bewusstsein dringt: die sozialen und sozialräumlichen Disparitäten.

Trotz aller ernstzunehmenden demografischen strukturellen Veränderungen lässt sich ein Trend in den öffentlichen Debatten identifizieren, Probleme der Gesellschaft „fahrlässig zu demografisieren“ (A-Börsch-Supan, Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts für Ökonomie und demographischen Wandel). So ist die Diskussion des Zusammenhangs zwischen der massiven Steigerung unserer Lebenserwartung (und der damit einhergehenden Belastungen des Rentensystems) nach Aussage der Forschungsergebnisse des „Wiener Instituts für Demographie“ nicht in einen Zusammenhang mit einer Veränderung des Geburtentrends zu setzen. Die These vom „Wohlstandsverlust durch Kinderlosigkeit“ kann von der Bevölkerungswissenschaft nicht geteilt werden, da der Großteil des heutigen Wirtschaftswachstums auch in Zukunft erhalten bleibt, und dass es eine untergeordnete Rolle spielt, wie viele Kinder in den nächsten Jahrzehnten zur Welt kommen. Ob die Geburtenrate bei 1,4 bleibt, auf 1,1, absinkt oder auf 1,9 ansteigt: langfristig bringen alle Prognose-Szenarien das gleiche Wachstum und einen Anstieg des Bruttonationaleinkommens pro Einwohner. Mit der vielzitierten „Pyramide“ werde ein Bild von einem natürlichen Soll-Bild generiert (Stephan Beetz, Bevölkerungsgeograf), das nie existiert hat. Es gäbe in der Geschichte keine Gesellschaft, deren Aufbau man als „natürlich“ bezeichnen könne. Wenn heute die ehemals so „gesunde Form der Bevölkerungspyramide nach dem Bild einer Tanne als erstrebenswertes Ideal dargestellt werde, sei das schlichtweg Unsinn“ (DIE ZEIT, 8.6.2006: 36). Die „Tanne“ stehe für das Unverständnis (und deren mediale Reproduktion), den Wandel einer freien Gesellschaft entlang einer normativen Demografie zu diskutieren. Der Politologe Butterwegge (Uni Köln) erblickt gar in der gegenwärtigen Debatte eine „Biologisierung“, deren Motiv nicht die zahlenmäßige Größe der Bevölkerung der Bundesrepublik sei. Diese ließe sich auch durch Einwanderung konstant halten. Butterwegge begründet seine These mit der Kopplung der aktuellen Debatte zwischen niedrigen Geburtenraten und drohender Überfremdung. Insofern sei im deutschen Demografiediskurs eine völkische Komponente nicht zu übersehen. Hondrich (2007) postuliert die These, dass der Geburtenrückgang „ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist“.

Nicht die Bevölkerungsschrumpfung an und für sich ist das Problem, sondern die großen strukturellen Veränderungen des demografischen Wandels in den Dimensionen sozialräumliche Disparitäten, Jung und Alt und Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. So wird die gesamtwirt-

schaftliche Erwerbsquote (Anzahl der Erwerbstätigen bezogen auf die Gesamtbevölkerung) deutlich sinken, da ab 2010 die ins Berufsleben eintretenden Jahrgänge kleiner werden, und die starken Jahrgänge der Babyboomer ab ca. 2015 in Rente gehen. Bei etwa gleicher Anzahl von Konsumenten in 20 bis 30 Jahren wird es wesentlich weniger Erwerbstätige geben, die Güter und Dienstleistungen produzieren. Ob diese strukturellen Veränderungen durch einen weiteren technologischen Produktivitätsfortschritt, eine Korrektur der bisherigen Frühverrentungspolitik, eine intelligente Einwanderungspolitik oder eine Erhöhung der Frauenerwerbsquoten kompensiert werden können, ist ein offener Prozess. Sichtbar wird jedoch, dass ein weiterer marginalisierungs- und exklusionsbedingter Ausschluß immer größerer Bevölkerungsteile aus der gesellschaftlichen Produktivität nicht nur inhuman für die Betroffenen ist, sondern auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv wäre.

Ohnedies ist der Fokus in dieser Debatte zu entemotionalisieren und aus der ausschließlichen Krisenbetrachtung herauszunehmen, zumal sie zunehmend im Sinne des neoliberalen Paradigmenwechsels instrumentalisiert wird:

„Aus Sicht von Arbeitnehmern wäre ein Bevölkerungsrückgang sogar positiv. Die qualifizierte Arbeitslosigkeit erledigt sich durch die Demografie von selbst“, meint der Mannheimer Forscher. Akademiker ohne Job dürfte es in 30 Jahren kaum noch geben. Der neueste Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und ebenso das Schweizer Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos sagen eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis 2030 voraus. Bei konstant bleibender Geburtenrate. Wohlstandsverfall durch Kinderlosigkeit? Die Forschung kann diese These nicht stützen...

Erst wenn wirtschaftliche und soziale Herausforderungen wieder als solche diskutiert werden – und nicht als Problem der biologischen Reproduktionsrate –, kann die Familienpolitik das tun, was sie eigentlich soll: Menschen die Verwirklichung eines Kinderwunsches ermöglichen. Mehr nicht.

Nur das versprechen langfristig auch mehr Geburten, sagt James Vaupel, Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock. Schweden ist in seinen Augen ein gutes Beispiel: Dort hat eine solide demografische Debatte schon zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Zielvorstellung war dabei nicht eine bestimmte Geburtenrate, und es war nicht der schwedische Volkstod, der die Politiker zum Handeln trieb. Sondern die Vision, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Gleichberechtigung – auch der Geschlechter – das oberste Ziel ist. Bis heute bekommt in Schweden jede Frau durchschnittlich mehr als zwei Kinder.“ (DIE ZEIT, 6.6.2006, S. 36).

1. Deutsche Spezifika der Demografie

Im internationalen Vergleich lässt sich belegen, dass Gesellschaften, die durch massive Umbrüche verunsichert sind, auch durch eine besonders schwache Bevölkerungsentwicklung charakterisiert werden können. So stürzte die Quote in der ehemaligen DDR von 1,54 auf 0,77 Kindern pro Frau ab und erholte sich in den letzten Jahren auf 1,2. In keinem Land der Welt sind nach 1990 so wenige Kinder geboren worden, nirgendwo altert deswegen die Bevölkerung so rasant. Dieser Prozess geht mit einer massiven Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte einher. Der Sog des Bevölkerungswandels in den „neuen Bundesländern“ erfasst(e) alle Lebensbereiche. Insofern dient(e) der Osten dem Westen als ausgeprägter Jungbrunnen frischer und qualifizierter Arbeitskräfte. In Ostdeutschland entwickelt sich zunehmend sichtbar ein „demographisches Beben“ (Uwe Müller 2005), dass die deutsche Gesellschaft nachhaltig erschüttern wird. Vor allem die Auszehrung mittlerer Altersgruppen (20-40-Jährige) schlägt gravierend zu Buche:

„Hier vollzieht sich die Entwicklung im Zeitraffer und wird zum Alltagsphänomen. Innenstädte, die selbst an verkaufsoffenen Samstagen verwaist wirken, Kindergärten und Schulen, die mangels Nachfrage gleich reihenweise schließen, Bahnstrecken, für deren Aufrechterhaltung es nicht genügend Kunden gibt, komplette Wohnquartiere, die wegen fehlender Mieter abgerissen werden – allesamt Zeichen, die von einem radikalen Wandel künden...

Die Bevölkerung in Deutschland wurde praktisch umverteilt. Von 1990 bis 2003 haben die zehn alten Bundesländer rund vier Millionen Einwohner hinzugewonnen, vor allem durch ausländische Zuwanderung. Ein knappes Drittel davon aber ging zu Lasten der fünf neuen Länder, deren Einwohnerzahl um rund acht Prozent (mit Berlin: sieben Prozent) abgenommen hat. Die größten Nutznießer waren Baden-Württemberg und Bayern...

Doch es sind eben nicht ganze Städte, die von der Landkarte verschwinden. Dabei wäre das, theoretisch betrachtet, die beste Lösung der schrumpfenden Gesellschaften. Denn die Kosten wachsen ins Unermessliche, wenn sich die Probleme über die Fläche verteilen. Zugleich gefährden sie in der Breite eine der wichtigsten kulturellen Errungenschaften der Neuzeit: Die Substanz und die Werte der Stadtgesellschaften, deren emanzipiertes Bürgertum die Ideale der Demokratie hervor- gebracht hat, werden zunehmend ausgehöhlt – die Leere verdrängt die Lebendigkeit der Stadt“ (Uwe Mülle 2005, S. 105 ff).

Diese ostdeutschen Spezifika in der demografischen Entwicklung sollen jedoch nicht über die **generell kritische Lage Deutschlands** im internationalen Vergleich hinwegtäuschen. James W. Vaupel (Max-Planck-Institut in Rostock) verweist auf die Problematik, dass das eigentlich deutsche Problem nicht der demografische Wandel an sich darstellt, sondern die „demografische Ignoranz“. Nach den letzten offiziellen Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes (2006) sinkt die Bevölkerung bis 2050 von derzeit 82,4 Millionen Einwohner auf 69 bis 74 Millionen. Zudem werde das Land zunehmend „vergreisen“. Bei den zugrundegelegten Varianten wird eine Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung angenommen, und die Prämisse formuliert, dass dieser Rückgang der Bevölkerung durch keine der aufgesetzten Gegenmassnahmen mehr aufzuhalten sei. Weder eine Erhöhung der Geburtenrate oder eine schneller steigende Lebenserwartung noch eine stärkere Zuwanderung könnten diesen Trend noch stoppen. Als zentralen Grund für diesen Bevölkerungsschwund nannte Rademacher (Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes) das weiter ansteigende jährliche Geburtendefizit.

Ein zentrales deutsches Spezifikum ist, dass die Bevölkerung Ostdeutschlands um rund 30 Prozent abnimmt; die Zahl der Erwerbstätigen geht sogar um 40 Prozent zurück. Diese Entwicklung wird enorme Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Gefüge haben. Genaue Prognosen für die Arbeitsmarktentwicklung lassen sich wegen der unkalkulierbaren Dynamik des ökonomischen Sektors nicht machen. Jedoch lässt sich heute schon belegen, dass die stärkere Ausschöpfung der „Ressource Frau“, eine starke Einwanderung und eine konsequente Ausschöpfung aller „Begabungsreserven“ eine notwendige Konsequenz dieses Trends sein wird, wenn sich auch nach Aussagen des Statistischen Bundesamtes der Trend nicht mehr grundsätzlich „drehen“ lässt. Und selbst die Ressource „Einwanderer“ steht aufgrund der strukturellen Veränderungen in den Ostblockländern nicht mehr grenzenlos zur Verfügung.

Die Gründe für diesen zunehmenden Trend zur Kinderlosigkeit sind vielschichtig (veränderte Ökonomie der Fertilität; Wertewandel; Erwerbsorientierung von Frauen; lange Ausbildungszeiten; Rivalität zum Konsumismus etc.). Vor allem der Trend unter Akademikerinnen, den Widerspruch zwischen Beruf/Karriere und Kindern gegen die Mutterschaft zu entscheiden, ist nicht nur ein quantitatives Problem. „Der Trend zu einer verstärkt egozentrischen Lebensausrichtung... ist über die letzten Jahrzehnte hinweg unübersehbar und empirisch nachgewiesen“ (Allensbacher Studie 2004: 34). Wenn auch die vielzitierte Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen (40%) durch aktuelle Untersuchungen (5/2006) des DIW Berlin (in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung) auf einen Anteilswert von ca. 30% relativiert wurde, so bleibt das strukturelle Problem einer soziologischen Spaltung der Gesellschaft ein ernstzunehmendes Faktum, das sich vielschichtig in der Gesellschaft manifestieren wird, vor allem in der Korrelation zwischen gesellschaftlicher und sozialer Exklusion und der Entwicklung sozialräumlicher Disparitäten.

2. Demografische Entwicklungen und sozialräumliche Disparitäten

Die Diskussion der „sozialräumlichen Disparitäten“ hinkt der realen Entwicklung dieses Prozesses schon weit hinterher. Der Wettbewerb zwischen den Regionen hat die bundesrepublikanische Landschaft schon ausgeprägt zwischen „Gewinner- und Verliererzonen“ dynamisiert („demografischer Klau“), dessen Konsequenzen für die Wirtschafts- und Sozialstruktur dramatisch sind. Die wachsende Konkurrenz der Regionen um produktive und gut qualifizierte junge Menschen trägt zu einer Veränderung der

Altersstruktur (mit infrastrukturellen, politischen, sozialen und kulturellen Konsequenzen) ganzer Regionen bei und gefährdet damit deren Stabilität. Ohne Konsumenten und Nachwuchs und gut qualifizierte Arbeitskräfte ist eine stabile ökonomische und soziale Entwicklung in einem offenen Marktsystem nicht möglich.

In der Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Die demografische Lage der Nation“ wird die differenzierte Landschaft der „Verlierer- und Gewinnerregionen“ abgebildet, und bietet eine gute Grundlage für unterschiedlichste Szenarien. Die Grundaussagen „Der Süden bleibt zukunftsfähig – im Osten häufen sich die Probleme – der Nordwesten überrascht“ charakterisieren die Polarisierung zwischen den alten und den neuen Bundesländern und zeigen zugleich Krisenregionen auch in den alten Bundesländern auf: Ruhrgebiet, Saarland, Küstenstädte Kiel, Bremerhaven, Wilhelmshaven etc. Die Korrelation und Dynamisierung dieses Entwicklungstrends mit der demografischen Abwärtsentwicklung ist sichtbar. Die Trennung zwischen Ost und West verfestigt sich. Wirtschaftliche und demografische Trends verändern sich in weiten Teilen Baden-Württembergs, Bayerns, im Westen Niedersachsens, im Rhein-Main-Gebiet und in NRW (außerhalb des Ruhrgebietes) positiv. Allein der Abwanderungsprozess aus den neuen Bundesländern von 513.000 Frauen (1991-2004) hat hier die soziale und demografische Struktur radikal verändert (63% aller Fortzügler waren weiblich). Insgesamt ist mit der Wiedervereinigung die größte innerdeutsche Wanderungsbewegung mit einer ungeahnten Verschärfung sozialräumlicher Disparitäten ausgelöst worden (Abwanderung von 1,5 Millionen Menschen). In einer Prognose bis 2020 setzt sich dieser Trend fort und „entleert“ ganze Regionen weiter. Der vorhandene Trend wird sich durch den aus der Globalisierungsdynamik abzuleitenden Standortwettbewerb verschärfen, und mehr „Verlierer“- als „Gewinner“-Regionen hervorbringen. Schon heute sind einige Städte (z.B. Hoyerswerde, Gera, Dessau, Pirmasens, Bremerhaven) in vielen Funktionalitäten massiv gestört (Infrastrukturen, soziale Dienstleistungen etc.) und mit der Etikette des „Zerfalls“ belegt. Dieses Stigma stabilisiert sich und dynamisiert diesen negativen Kreislauf. Die „Aussage Hoyerswerda ist überall“ (Berliner Institut) ist sicher zu pauschal formuliert, sensibilisiert sicher für den strukturellen Trend. Die Wanderungen sind in Verbindung mit den niedrigen Geburtenzahlen der Grund für erhebliche Bevölkerungsverluste in den neuen Bundesländern, und verschärfen die Beschäftigungskrise und den Zusammenbruch ganzer Industriebereiche (flankiert mit massiven politischen Fehlern der „Wiedervereinigungspolitik“: Währungsreform, Industriepolitik, Management). Zurück bleiben in den Krisenregionen die soziale Schwachen.

„Die individuelle Entscheidung für oder gegen Kinder soll und muss frei bleiben, aber an den Anreizen kann die Politik einiges ändern. Gefordert sind hier vor allem die Kommunen, also jene Ebene, auf der die Bürger den Staat direkt erleben. Nebenbei bemerkt: Für viele Kommunen ist eine aktive Bevölkerungspolitik überlebenswichtig. Die deutsche Gesellschaft wird eben nicht im gesamten Bundesgebiet gleichmäßig schrumpfen. Vielmehr kommt es zu einer räumlichen Polarisierung zwischen Regionen, die weiterhin Bevölkerungszuwächse verbuchen, und Gegenden, die allmählich aussterben. Wo die Bevölkerung wächst, gedeiht auch die Wirtschaft. Es gibt Jobs, eine hochwertige öffentliche Infrastruktur, eine insgesamt optimistische Atmosphäre. Umgekehrt durchleiden Regionen mit negativer Bevölkerungsdynamik einen ökonomischen Niedergang und die mobilen Fähigen wandern auf der Suche nach besseren Entfaltungschancen in wachsende Regionen ab. Dadurch beschleunigt sich die Polarisierung. Dieser Prozess ist in Deutschland längst sichtbar: Während sich in Ostdeutschland – vor allem die Nordhälfte –, aber auch beispielsweise das Ruhrgebiet entleeren und einen unaufhaltsamen ökonomischen Niedergang entgegensehen, verbuchen die alten Bundesländer, vor allem die Ballungsräume im Süden (München, Stuttgart, Frankfurt etc.) eine wachsende Bevölkerungsentwicklung. Eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahrzehnten beschleunigen wird, wie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung prognostiziert“ (Henrik Müller 2006, S. 189).

In einer repräsentativen Untersuchung „Gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“? analysieren R. Block und K.Klemm in den Indikatoren „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Wirtschaft und Finanzen“, Bildungseinrichtungen“ sowie „Familiärer Hintergrund zehn- und fünfzehnjähriger Kinder“ länderspezifische Unterschiede, und kommen im Gesamtresümee zu der Aussage, dass sich die Entwicklungsdynamik in der Ost-West- und Nord-Süd-Achse polarisiert („Deutschlands Länder driften auseinander“).

Die Mehrheit kommunalpolitischer Entscheidungsträger orientiert sich noch an den Steuerungszielen des Wachstums und der kleinräumlichen Konkurrenz als projizierte demografische Rahmenbedingungen, obwohl die Kernbotschaften der unterschiedlichsten Modellberechnungen bis 2050 dramatisch andere Prämissen formulieren (Statistisches Landesamt 2004, Mäding 2002, Müller, Siedentop 2004). Raumplanung und Regionalforschung gehen davon aus, dass sich der aktuelle Dekonzentrationsprozess auch in Westdeutschland fortsetzen wird. Ab 2015 bis 2020 wird sich der „Stagnations- und Schrumpfungspfad“ (Müller/Siedentop 2004) in Westdeutschland zunehmen (Bevölkerungsrückgang in Gemeinden aller Raumkategorien). Sub- bzw. Desurbanisierungsprozesse werden stagnieren bzw. teilweise in Reurbanisierung umschlagen. Generell kann davon ausgegangen werden, dass in immer mehr Kommunen die Nachfrage nach Infrastrukturleistungen sowie nach Dienstleistungen rückläufig ist, und eine realistische Chancen-Risiko-Analyse notwendig macht (z.B. Städte- und Verkehrsplanung, Alten-, Familien-, Bildungs- und Integrationspolitik). Anstehende erste Folgen des Wandels lassen sich schon heute wahrnehmen: rasch schrumpfende Anmeldezahlen in Kindergärten und Grundschulen, Rückgang der Bevölkerungszahlen von Ortskernen, Singularisierungstendenzen, Wohnungsleerstände etc. Diese Entwicklung verläuft sehr heterogen (Länder, Gemeinden, Stadt/Land, Sektoren). Die Binnenwanderungsprozesse werden durch den zunehmenden innerdeutschen Standortwettbewerb vorhandene Disparitäten verschärfen („Gewinner-/Verliererzonen“). Als Folge dieses Prozesses wird sich die Siedlungsstruktur tiefgreifend verändern. Im ungünstigsten Fall werden sich Zersiedlungsprozesse mit Entleerungen ganzer Ortskerne mit sozialer Segregation und dem Verlust gewachsener Strukturen entwickeln. Die Aufrechterhaltung des heutigen infrastrukturellen Niveaus wird immer schwieriger, und verschärft sich durch eine dramatische Zuspitzung interkommunalen Wettbewerbs um Einwohner. Diese Ausdifferenzierung in Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsräume (Abschied vom Wachstumsparadigma) erfordert ein neues kooperativeres Muster kommunalpolitischen Handelns. Der Zwang für Konzepte bürgerschaftlichen Engagements, Selbstorganisation und Selbsthilfe wächst auf dem Hintergrund dieses strukturellen Entwicklungspfades. Ob dieser gesellschaftliche Lernweg frühzeitig erkannt und eingeschlagen wird, ist ein offener Prozess.

Zentrale Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung über den demografischen Wandel sind (Datenbasis: 3000 bundesdeutsche Städte und Gemeinden sowie 323 Landkreise):

- Der Wettbewerb um Einwohnerinnen/Einwohner, gute Arbeitsmöglichkeiten, attraktive Lebensbedingungen und gute Standortqualitäten nimmt zu.
- Mit einer langfristig stabilen Bevölkerungsentwicklung können nur diejenigen Kommunen rechnen, die auch ökonomisch attraktiv sind und genügend Nachwuchs an motivierten und gut qualifizierten Arbeitskräften haben.
- Die Hälfte der untersuchten Kommunen schrumpft. Die Zahl der Einwohner in der Bundesrepublik wird bis 2020 um insgesamt 1,4 Prozent abnehmen.
- Die regionalen Entwicklungen werden sich stark voneinander unterscheiden und durch ein Patchwork von Gewinner- und Verliererzonen gekennzeichnet sein.
- Alle Kommunen altern. Gravierender als die Schrumpfung oder das Wachstum ist die Veränderung der Altersstruktur. Das Durchschnittsalter wird sich erhöhen, die Zahl der Kinder immer stärker abnehmen. Tendenziell erhöht sich der Alterdurchschnitt dann, wenn vor allem junge Menschen abwandern. Die Bevölkerung schrumpft und mit den jungen Menschen gehen auch die potenziellen Eltern.

- Ein klar erkennbares Faktum ist die Korrelation von Demografie und Ökonomie. „Die Menschen folgen den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen“. Vor allem mit dem Verlust der ökonomischen Basis in der Kommune werden häufig starke Bevölkerungsschrumpfungsprozesse ausgelöst.
- Es lässt sich ein deutlicher Trend „Zurück in die Städte“ feststellen. Grund ist die Konzentration einer prosperierenden Wirtschaft in den Städten, und die steigende Attraktivität des urbanen Lebens für viele kommunale Zielgruppen. Verschiedene Gründe sind erkennbar: --
 - günstigere Arbeitsplatzentwicklung;
 - Freizeit- und Erlebnisangebote sind vielfältiger.

Die analytische Differenzierung in städtische Demografietyphen (Großstädte) bietet eine gute Grundlage für kommunalpolitische Handlungsstrategien und Maßnahmen. Gestaltungsfelder, die dem Grundgedanken der Prävention unterliegen, sind:

- Zukunftsorientierte Seniorenpolitik.
- Kinder- und familienfreundliche Politik.
- Ausbalanciertes Infrastrukturmanagement.
- Urbanität und Flächenentwicklung.
- Sozialer Segregation entgegenwirken – aktive Integrationspolitik betreiben (sozial stabile und integrative Stadtteilpolitik).

3. Strukturelle Entwicklungen des ländlichen Raumes

Die disparaten Entwicklungsprozesse städtischer Lebensräume im Kontext der globalisierten Entwicklungsdynamiken finden in den ländlichen Räumen eine strukturelle Entsprechung, und finden spezifisch in den östlichen Bundesländern eine eigene Dynamik. Die Kernprozesse des „Modernisierungsschubs“ haben zur Überlagerung von zwei Grunddynamiken geführt: ein struktureller Umbruch im System der agrarischen Massenproduktion (Erosion der Erwerbsarbeit, Auflösung der Bindungen der Landbevölkerung an die Agrarcluster), einhergehend mit einem gravierenden kulturellen Umbruch in den Lebensführungsmodellen der Individuen und Familien und den Hinwendungen auf (groß)städtisch expandierende moderne Dienstleistungsräume. Diese kulturellen und wirtschaftlichen Modernisierungen transformieren die Geschäftsgrundlage und gesellschaftliche Strukturen und Identitäten, dessen zentralen Ergebnisse und Folgen sich auf folgenden Ebenen beschreiben lassen:

1. Erosion der Erwerbsarbeit und Rückgang oder Verlust des Erwerbseinkommens für größere Teile der Bevölkerung.
2. Veränderungen/Verlust strukturbestimmter Entwicklungsgrundlagen/-funktionen von Dörfern und Landstädten.
3. Abwanderung und demografischer Strukturwandel (Alterung, Rückgang der Bevölkerung, Verlust von Qualifikationspotenzialen, Verschiebung der Geschlechterproportionen).
4. Ausdünnung der Infrastrukturen (Schulen, Bildung, Versorgung, Gesundheit). Abnehmende Differenzierung des Versorgungsangebots.
5. Funktionsverlust alter Netzwerke. Rückgang sozialer Bindungen, Ausdünnung sozialer Netzwerke und Bindungen speziell für Überflüssige und Tendenzen zu einer partiellen Gettoisierung.
6. Erhöhte Mobilitätswänge zur Aufrechterhaltung der Arbeitsplatzsicherung mit verschärften Kosten- und Zeitbudgets.

In einer ausführlichen Expertise des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist die dichte Kopplung individueller Gefährdungsbereiche und öffentlicher Bewältigungsmöglichkeiten und sich

häufender multibler Problemlagen ausführlich dargestellt. Der Prozess zwischen Umbruch und Auflösung ist analytisch zu differenzieren in den Variablen Bundesland/Region, sozialer Schichtenindex etc. Tendenziell lässt sich jedoch aufzeigen, dass die strukturellen Wandlungsprozesse für den ländlichen Raum erhebliche Brechungen bisheriger Lebensführungen beinhalten und die These relativieren, die strukturellen und sozialen Verwerfungen seien eine ausschließliche Angelegenheit (groß)städtischer Sozial- und Lebensräume.

Auf dem Hintergrund dieses strukturellen Wandels brechen nun in vielen ländlichen Kommunen die Schülerzahlen weg, und erzwingen „Gemeinschaftsschulen“ in unterschiedlichsten strukturellen und pädagogischen Ausprägungen. So ist die Paul-Guenther-Schule im sächsischen Geithain Deutschlands erste staatliche Gemeinschaftsschule. Unter der Prämisse „in Geithain werden die Kinder knapp“ (Der Spiegel 8/2007) durfte im Sommer 2005 keine der weiterführenden Schulen am Ort eine fünfte Klasse (wegen zu geringer Anmeldezahlen) einrichten. Damit war Schulversuch implementiert, der zwischenzeitlich nicht auf Geithain beschränkt bleibt. In Sachsen, das wie alle neuen Bundesländer vom Kindermangel betroffen ist, startet bereits eine zweite Gemeinschaftsschule, sechs weitere Anträge liegen zur Entscheidung im Kultusministerium vor. Und auch in den westlichen Bundesländern hat der „Schülerschwund“ erste Auswirkungen. So sind einige Gemeinden Nordrhein-Westfalens kurz davor, ihre Lehranstalten zusammenzulegen, um den „Standort“ zu erhalten.

Auf dem Hintergrund dieser strukturellen Entwicklungen im ländlichen Raum erlebt das Konzept der „Gesamtschule“ eine auffällige Renaissance, ohne dass hinter ihm die Grundphilosophien der sozialdemokratischen Bildungspolitik der siebziger Jahre erkenntlich würden. Durch das Fehlen dieses konzeptionellen Hintergrundes sind die Organisationsformen der „Gemeinschaftsschulen“ nicht so fixiert, und gelten oft als die einzige Schule vor Ort, die nicht mit der Konkurrenz der Gymnasien zu kämpfen haben. Dass sich bei diesen strukturell erzwungenen Schulfusionen die Lager unterschiedlichster Bildungsphilosophien und Interessen polarisieren, liegt auf der Hand. Es wird für die pädagogische und erziehungswissenschaftliche Reflexion von großer Bedeutung sein, diesen Trend wahrzunehmen, angemessen zu analysieren und daraus auf dem Hintergrund der Debatte um die „Ganztagsschule“ und die „innere Schulreform“ die angemessenen Konsequenzen zu ziehen. So hat z.B. das Bundesland Schleswig-Holstein die „Gemeinschaftsschule“ per Gesetz in 2007 eingeführt, und postuliert damit das „Ende des Aussortierens“ (Bildungsministerin Erdsiek-Rave, SPD), obwohl als Zugeständnis an den Koalitionspartner CDU die „Gemeinschaftsschulen“ zwar als Option im Schulgesetz stehen, dieses aber auch zulässt, dass sich Haupt- und Realschulen zu sog. Regionalschulen zusammenführen lassen bei Erhalt der Gymnasien. So werden auch in Schleswig-Holstein „Gemeinschaftsschulen“ vorerst dort implementiert, wo die Kommunen aufgrund der Schülerentwicklungen keine andere Wahl haben. Zu welchen strukturellen und (schul)pädagogischen Konsequenzen dieser Trend im ländlichen Raum führt, und ob er Überstrahlungen auf die aktuelle bildungspolitische Debatte hat, bleibt abzuwarten.

G Migration als Zu- und Abwanderung

Migration als Zu- und Abwanderungsprozess ist ein globales Phänomen (räumliche Bewegung und Veränderung der Lebensmittelpunkte über eine bestimmte räumliche Entfernung), und repräsentiert sich in Deutschland über ein differenziertes Spektrum von Migrantengruppen:

- EU-Binnenmigranten;
- Familien- und Ehegattennachzug von Drittstaaten;
- Arbeitsimmigration aus Nicht-EU-Staaten (Werksvertrags-, Saison- und befristete Arbeitsverhältnisse);

- zugewanderte Spätaussiedler;
- Zuwanderungen von Asylsuchenden und Konventionsflüchtlingen;
- Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen.

Migration ist also nicht mit Einwanderung gleichzusetzen, sondern besteht aus Zu- und Abwanderungsbewegungen innerhalb einer Gesellschaft. In diesem Verhältnis hat Deutschland eine rückläufige Zuwanderungstendenz zu verzeichnen. Dieses ist nicht ohne Bedeutung, da in Deutschland die Migration ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Bevölkerungsentwicklung ist, die zentral die Einwohnerzahl und die Sozialstruktur tangiert. Die nach dem 2. Weltkrieg (sich teilweise überlagernden) Wanderungsströme (Vertriebene/Flüchtlinge: 1944-1955; Flüchtlinge/Übersiedler aus der ehemaligen DDR: 1945-1961; Arbeitsmigranten: 1961-1973 und seit 1989; Aussiedler aus Ost-/Südosteuropa: seit 1988; Übersiedler aus Ostdeutschland im Zuge des Zusammenbruchs der DDR: 1989-1999; Flüchtlinge/Asylbewerber: seit Mitte der 80er Jahre) haben die bundesdeutsche Gesellschaft massiv geprägt, und viele ungelöste Integrationsfragen hinterlassen, die sich auf dem Hintergrund eines zu erwartenden Anstiegs in den kommenden Jahren verschärfen werden. So weist die Bevölkerungsstatistik auf der Datenbasis des Statistischen Bundesamtes (2007) folgende Strukturmerkmale der Menschen mit Migrationshintergrund aus:

- In Deutschland leben mittlerweile 15,3 Millionen Menschen, die aus anderen Ländern zugewandert sind. Von ihnen sind insgesamt 8 Millionen eingebürgert. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung beträgt somit 18,6 Prozent.
- Fast jedes dritte Kind unter fünf Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund.
- Mit 14,7 Millionen leben 96 Prozent von ihnen in Westdeutschland und hier vor allem in den Großstädten.
- Fast 62 Prozent von ihnen kommen aus Europa (Türkei: 14,2%; Russland: 9,4%; Polen: 6,9%; Italien: 4,2%; Rumänien, Serbien, Montenegro: 3%; Bosnien und Herzegowina: 2,3%; Griechenland: 2,2,%).
- Die Zugewanderten sind schlechter qualifiziert als vergleichbare deutsche Populationen (10% keinen Schulabschluss, 51% keinen beruflichen Abschluss), sind darüber hinaus seltener erwerbstätig und häufiger arbeitslos, und stehen dem Arbeitsmarkt immer häufiger nicht zur Verfügung. Es dominiert der Status des Arbeiters/der Arbeiterinnen.

Da Deutschland (und die west-europäischen Länder) aus arbeitsmarktpolitischen und demografischen Motiven unbedingt auf eine weitere Migration angewiesen ist, ist die Bilanz der Ausgangslage eine zentrale Voraussetzung zu der Einschätzung vorliegender Handlungsbedarfe:

- Durch ein natürliches Bevölkerungswachstum und durch Nettozuwanderungen hat „die“ ausländische Bevölkerung gegenüber der deutschen Bevölkerung relativ stärker zugenommen.
- Durch sektorale Strukturanpassungsprozesse sind die ausländischen Beschäftigten stärker von diesen Veränderungen (Arbeitsplatzabbau in produzierenden Bereichen) betroffen. Sie haben in einem sich entwickelnden hochwertigen Dienstleistungsbereich (mit einer durchschnittlich schlechteren Qualifikationsstruktur) ungünstigere Voraussetzungen. Dies betrifft vor allem auch die Ausgangslage vieler ausländischer Jugendlicher. Hier liegt ein objektives Potenzial der gesellschaftlichen Entkopplung vor, wenn die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt in bekannten statistischen Größenordnungen nicht umgekehrt werden kann.

- Der Bevölkerungsaufbau wird sich gravierend verändern. Die Bevölkerung der westlichen Länder wird mit steigender Tendenz immer „farbiger“.

Der Prozess der „Globalisierung“ verschärft weltweit quantitativ und qualitativ Migrationszwänge, die sich im Spannungsfeld von Bootsflüchtlingen bis zur Abwanderung von Spitzenwissenschaftlern an amerikanische Eliteuniversitäten etc. bewegen. Dazwischen liegen Millionen ganz normaler Zuwanderer in fast allen entwickelten Ländern der Erde. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Zahl der Migranten fast verdoppelt. Der Durchschnitt der Zuwanderer in den hochindustrialisierten Staaten bewegt sich um 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es gibt keine Anzeichen, dass dieser Trend schwächer wird, das Gegenteil ist der Fall (Ire Peter Sutherland, Uno-Sonderbeauftragter für Migration). Nach deren Prognosen wird sich der Anteil der weltweiten Migranten bis 2025 durch eine umfassende Liberalisierung des Welthandels massiv erhöhen. (Wirtschaftswoche 11.12.2006).

Der wirtschaftlich motivierte „Kampf um die besten Köpfe“ hat sich schon heute massiv verschärft, und wird weiter an Dynamik gewinnen. Immigrationspolitik wird zunehmend nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien ausgerichtet und damit sozial zunehmend selektiver. Vor allem Australien hat konsequenter als alle anderen Industrieländer seine Politik darauf hin orientiert, dass beruflich qualifizierte Zuwanderer den Wohlstand der Einheimischen mehren helfen. Während weltweit qualifizierte und gesteuerte Zuwanderung ein Selbstverständnis geworden ist, zeigen sich in vielen europäischen Ländern weiterhin Ressentiments und die Einschätzung, dass ihre Regierungen über Jahre die „Falschen ins Land gelassen“, und mit dieser Politik eine Fülle von aktuellen und zukünftigen sozialen Problemlagen geschaffen haben.

Auf dem Hintergrund der industriepolitischen und demografischen Debatte versucht der EU-Justizkommissar Frattini (im Kontext einer negativ ausgefallenen Befragung zur Akzeptanz weiterer Migrationen) die Bevölkerung auf die ökonomische und volkswirtschaftliche Notwendigkeit weiterer Einwanderungen einzustimmen, obwohl nach Einschätzung der Bevölkerungswissenschaft das heute schon sichtbare Delta sich durch einen ausschließlich an Migration orientierten Ansatz nicht mehr schließen lässt. Während sich in Deutschland das Verhältnis zwischen Ein- und Auswanderung zwischenzeitlich zugunsten der Auswanderungsquote verschoben hat, ist die deutsche Einwanderungspolitik im internationalen Vergleich immer noch stiefmütterlich, und befindet sich zunehmend in der Kritik wirtschaftlicher Repräsentanten, die vor allem den (hoch)qualifizierten Arbeitskräftemarkt durch Einwanderung abdecken wollen. Vor allem die Tendenz der sozialen Unterschichtung durch die sog. „Gastarbeiter“-Populationen dringen zunehmend als gesellschaftspolitische Herausforderung ersten Ranges ins Bewusstsein. Hierbei wird die Debatte um den volkswirtschaftlichen Nutzen der un-/niedrig-qualifizierten Migrantenstruktur vor allem in den USA kontrovers geführt (Georg Borjas, Harvard University vs. David Card (University of California in Berkeley)). Während in Deutschland keine vergleichbaren Studien vorliegen, ist die Debatte über die Integration der Migrantenkinder auf dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse voll entfacht und mit negativen Bildungs- und Arbeitsmarktprojektionen belegt.

In der kontroversen Migrationsdebatte stehen national und international folgende Themen im Fokus der Betrachtung:

- Die weltweite quantitative und qualitative Verschärfung der Migration (Globalisierungsfolgen)
- Die Kopplung dieser Debatte mit der negativen demografischen Entwicklung in den industriellen Kernländern.
- Die Debatte um die soziale Unterschichtung durch die „negative Auswahl“.
- Zunehmende Zweifel an der „Integrationsfähigkeit- und bereitschaft“.
- Themen der sozialen und sozialräumlichen Disparitäten.
- Kosten-Nutzen-Betrachtungen qualitativer Einwanderungsprozesse.

Für die USA macht Prof. Borjas eine negative Kosten-Nutzen-Bilanz auf, und kommt für Europa zu einer noch negativeren Trendprojektion:

„Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob die wenig qualifizierten Einwanderer von heute den sozialen Aufstieg – Grundlage für die gesellschaftliche Assimilation – überhaupt schaffen. Genauso gut ist es möglich, dass sich eine neue Unterschicht herausbildet...“

Europa unterscheidet sich von uns vor allem bei der Arbeitsmarktflexibilität. Da die europäischen Löhne starrer sind als in den USA, fällt es der Wirtschaft schwerer, die Zuwanderer zu absorbieren. Höhere Arbeitslosigkeit der Einwanderer und höhere staatliche Transfers an diese Personen sind die Folge.... Vieles spricht dafür, dass Hochqualifizierte den Industrieländern mehr nutzen als wenig Qualifizierte. Mit ihrem Know-how treiben sie Innovationen voran und kurbeln langfristig das Wachstum an. Zudem zahlen sie wegen ihres hohen Einkommens mehr Steuern und entlasten so die öffentlichen Haushalte. Aus globaler Perspektive ist das Problem jedoch komplexer. Denn die wenig entwickelten Herkunftsländer leiden unter der Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte“ (in: Die Wirtschaftswoche 11.12..2006, S. 46).

1. Integrationsdebatte im ökonomischen, bildungs- und gesellschafts-politischen Fokus

Hatte in der historischen Rückschau das Postulat „Deutschland braucht Gastarbeiter“ noch eine ungebrochene Eindeutigkeit (Gäste verlassen nach einer bestimmten Zeit wieder den Ort des Gastgebers), so ist die heutige politische Programmatik „Deutschland braucht Zuwanderer“ von ambivalenter Natur. Jemand zu „brauchen“ hat den Charakter des Hilferufes: ‚Wir brauchen dich‘, weil

- unsere Bevölkerung altert und abnimmt;
- dies Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die Infrastruktur, die sozialen Sicherungssysteme, die Innovationsfähigkeit und die Verringerung der gesellschaftlichen Dynamik hat;
- wir trotz hoher struktureller Arbeitslosigkeit einen Facharbeitermangel haben;
- es wichtig ist, hochqualifizierte Zuwanderer zu gewinnen, die sich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integrieren lassen;
- unser Wohlstand nur gesichert werden kann, wenn.....

Die Liste der gesammelten „Sachzwänge“ ließe sich beliebig erweitern. Sichtbar wird der Kern: Einwanderungspolitik als gesellschaftliche Kompensationsstrategie ist über alle Parteiengrenzen hinweg eine funktionale Notwendigkeit, und dieses auf der Basis einer im internationalen Vergleich defizitären „Ausländerpolitik“ und gesetzgeberischer Grundlagen, und einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit quer durch alle Sozialschichten. So empfiehlt in dieser Logik die „Zuwanderungskommission der Bundesregierung“ ein „flexibles Zuwanderungssystem zu entwickeln, das den jeweiligen zahlenmäßigen und qualifikationsbezogenen Entwicklungen auf der Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes Rechnung tragen kann“.

Der Unterschied zur damaligen Anwerbungsphase der „Gastarbeiter“-Population liegt darin, dass die mit diesen Menschen induzierten gesellschaftspolitischen Problemlagen zu vermeiden sind, und damit eine selektive Anwerbung für die zukünftigen gesellschaftlichen Bedarfe des „Einwanderungslandes“ Grundlage der „Ausländerpolitik“ sein soll. Zur „Sicherung des langfristigen Wohlstandes“ werden folgende Eckpunkte einer „arbeitsmarktorientierten Zuwanderungspolitik“ formuliert:

- Temporäre und dauerhafte Zuwanderung.
- Auswahl dauerhafter Zuwanderer nach der „Integrationsfähigkeit“ (Testverfahren und Punktesysteme).
- Temporäre Zuwanderung soll kurzfristige Engpässe am Arbeitsmarkt mildern.

- Zuwanderer mit befristetem Aufenthalt können über das Punktesystem einen Daueraufenthalt erhalten.

Das in der deutschen „Ausländerpolitik“ angelegte Spannungsverhältnis zwischen Integrationszwang und Ausgrenzungsbedürfnis wird in dem neuen „Zuwanderungsgesetz“ und den damit verbundenen „Integrationsvorschriften“ (Integrationskurse etc.) fortgeführt, und mit zusätzlichen Sanktionsforderungen bei Verhaltensabweichungen aktualisiert. So liegt die „Zumutbarkeit“ im „Ermessensspielraum“ der Behörden. Das in der bundesdeutschen „Ausländerverordnung“ angelegte Ziel, den Aufenthalt von „Ausländern“ zu beenden, definiert sich auch heute noch über die populäre „Rückkehrförderung“. Migranten und Migrantinnen sollen unter Rückgriff auf die „Ordnungsverfügungen zur Förderung der Ausreise“ des Zuwanderungsgesetzes zur Rückreise „motiviert“ werden können. Der aktuelle Dissens (7/2007) über den Beschluss eines „Nationalen Integrationsplans“ für die „Eingliederung der Ausländer“ (Fernbleiben türkischer Verbände vom „Gipfel“) verdeutlicht gravierende konzeptionellen Widersprüche und bisher ungelöste Implementierungsthemen.

Der vom „Rat für Migration“ herausgegebene „Migrationsreport 2006“ (erscheint alle zwei Jahre) hebt hervor, dass mit der Reform des Ausländergesetzes (1990), dem unter Rot-grün reformierten Staatsbürgerschaftsrecht und dem Zuwanderungsgesetz durchaus ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, aber im konkreten Falle die Politik weit hinter die selbst gesteckten Ziel zurück. Vor allem die Steuerung hochqualifizierter Einwanderer sei ebenso verfehlt worden wie die Regelung der „Geduldeten“. Vor allem würde durch die Verknüpfung des Themas „Integration“ mit der Sicherheitspolitik vieles konterkariert. So sind auch Regelungen zum Bleiberecht und Zuwanderungsgesetz neu zu verhandeln, weil elf EU-Richtlinien neu in deutsches Recht umzusetzen sind

Unter dem Druck neuer Sachzwänge („Wir brauchen euch“) empfiehlt die Zuwanderungskommission der Bundesregierung unter dem Titel „Rechtliche Aspekte der Integration“ folgende Massnahmen:

- Eine großzügigere Handhabung der Zulassung von Mehrstaatlichkeit (Migranten der ersten Generation und ihre Ehepartner).
- Die Voraussetzungen für den Familiennachzug sind erfüllt, wenn der Lebensunterhalt der Familien durch eine Erwerbstätigkeit des nachziehenden Familienangehörigen gesichert werden kann.
- Ein vollständiger Ausweisungsschutz für im Inland geborene oder aufgewachsene Kinder, Jugendliche und Heranwachsende aus Migrantenfamilien.
- Eine rasche Umsetzung der EU-Richtlinie.
- Berücksichtigung der Integrationskonzepte (Niederlande, Schweden) und abzuleitende Schlussfolgerungen.
- Entwicklung einer Gesamtstrategie für Zuwanderung.
- Verbesserung der Behördenorganisation.

In der Vorlage eines 400 Seiten starken Gesetzespaketes zur Generalüberholung des Ausländerrechtes scheint zwischen Union und SPD ein Kompromiss in der Integrationspolitik in Aussicht, in dem die Möglichkeit besteht, dass durch Positionsveränderungen der CDU Deutschland als Einwanderungsland kein bestrittenes Dogma mehr ist (unter Berücksichtigung weiterhin gültiger Aufenthaltsbeschränkungen und der Bindung der Aufenthaltserlaubnis an einen Arbeitsplatznachweis). Dieser „Modernisierungsansatz“ entspricht nur den Konsequenzen der geführten Arbeitsmarkt- und Demografiedebatten, sondern pendelt sich pragmatisch auf europäische und internationale Selbstverständlichkeiten ein. Dabei scheinen die jüngsten Verschärfungen zur „Reform des Zuwanderungsrechts“ (5/2007) (Verschärfungen der Voraussetzungen für Einwanderungen und Familiennachzug) keinen Widerspruch zu bilden.

Bleiben die weiteren Konditionen für neue Zuwanderungspotenziale noch ungeklärt (und wiederum primär wirtschafts- und bevölkerungspolitisch motiviert), so dringen die Folgen der ökonomistisch reduzierten Anwerbungsstrategie der sog. „Gastarbeiter“-Population sukzessive ins öffentliche Bewußtsein, und bestimmen die Kontroverse über die vermeintlich notwendigen Strategien der „Integration“, („Leitbilddebatte“ etc.). Das über Jahre kultivierte Credo, nicht als „Einwanderungsland“ verstanden werden zu wollen, hat einen Zustand aus Konzeptionslosigkeit, Versäumnissen und Ignoranz hinterlassen, und den Anspruch auf kulturelle Pluralität moderner Gesellschaften konterkariert. Migration wird dominant als Problem thematisiert. Der Anspruch an innergesellschaftliche Pluralisierung trifft auf einen kulturell weitgehend stabilen kollektiven Stereotyp „kultureller Anderartigkeit“. Eine positive Einschätzung von Einwanderung und Vielfalt ist kein verbreitetes Kulturgut, obwohl die demografische Entwicklung und der Arbeitskräftebedarf im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ eine Preisgabe der bisherigen Politikstrategie erzwingt. So ist der von den Arbeitgeberverbänden viel beschworene Mangel an qualifizierten Fachkräften ein Affront gegen die innenpolitische Prämisse, die „Tore der Festung Europas“ abzuschotten. Dieser Widerspruch kommt jedoch zunehmend in Bewegung durch Vorschläge zu einem Punktesystem, mit dessen Hilfe man die Anwerbung Hochqualifizierter nach dem Vorbild der USA steuern will, um gleichzeitig die Fehler aus den Praktiken der sog. Gastarbeiterphase zu verhindern (Getreu dem Motto: „Wir brauchen mehr Ausländer, die uns nutzen, und weniger, die uns ausnützen“ – Beckstein CSU). Dieses an der erfolgreichen Praxis der Einwanderungsländer (Neuseeland oder Kanada) orientierte Auswahlverfahren (Ausbildung, Sprache etc.) wurde schon im Jahre 2000 von der „Zuwanderungskommission“ vorgeschlagen. Dass dieses Projekt kein Gutmenschenprojekt ist, sondern ein pragmatischer Ansatz als Reaktion auf die demografische Entwicklung, versteht sich von selber. Trotz des „demografischen Drucks“ und den Forderungen der Arbeitgeberverbände und dem DGB ist auf den politischen Entscheidungsebenen immer noch Blockade angesagt: Die Widerstände aus den Reihen der SPD und die massivsten sicherheitspolitisch begründeten Verschärfungen erschweren zunehmend Einwanderungsbedingungen („Antitürkeiklausel“).

Zugleich wird mit diesem Kompensationsansatz nicht nur die zunehmende Schwierigkeit einer differenziellen Anwerbungspraxis deutlich, sondern auch eine neugeartete innenpolitische Problematik. Die Propagierung einer solchen Einwanderungspolitik fördert sowohl den „Brain Drain“ aus ärmeren Ländern, und vernachlässigt zugleich das vorhandene eigene „Humankapital“ von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Unterschichtenpotenzialen. Statt gutausgebildeten Frauen adäquate familienpolitische Rahmenbedingungen zu setzen, den Zwang zur Frühverrentung durch Hartz-IV abzuschwächen und Jugendlichen ein ausreichendes Potenzial an Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen, wäre ein ausschließlicher Rückgriff auf ein Einwanderungspotenzial ein Thema unter dem Stichwort „Risiken und Nebenwirkungen“.

1.1. Integrationsziele, Integrationsangebote, Integrationseffekte

Während die allgemeinen politischen Programmatiken auf „Integration“ geschaltet sind, gibt es keine validen Erkenntnisse, ob die eingesetzten Ressourcen für diese Zielsetzung die gewünschten Effekte erreichen. An Angeboten zur „Integration“ herrscht hierzulande angeblich kein Mangel. Doch diese Vielfalt der „Integrationsangebote“ von Bund, Ländern, Kommunen und freien Trägern sind nicht die Lösung sondern ein Teil des Problems. Eine Koordination, Effektenanalyse und Kostenbilanz findet nicht statt. Jeder „integriert“ vor sich hin. Eine von Fachleuten schon lange angemahnte Harmonisierung der Förderstrukturen ist bisher ausgeblieben. Ein Überblick über diese Szene ist schwierig bis unmöglich. Allein auf Bundesebene engagieren sich bislang zehn Ministerien mit Kampagnen, Aktionstagen, Studien etc. in diesem Feld.

Aber welchen Nutzen stiften die versprengten Fördermillionen (Schätzungen der Zuwanderungskommission: 100 Millionen Euro jährlich)? Von Chancengleichheit könne keine Rede sein, kritisiert Marie-

luise Beck (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), und untermauert damit die Ergebnisse der PISA-Studien zur spezifischen sozialen Selektivität des deutschen Schulsystems gegenüber Migrantenkindern. Die Sorgen um die sozialen Desintegrationserscheinungen (Verweis auf die Krawalle in Frankreich) und die Arbeitsmarktbedürfnisse mündet in der Forderung nach einer „Integrationsoffensive“ (Gerd Landsberg, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes), die die bekannte Nützlichkeitsargumentation zur Grundlage hat:

„Wir können es uns angesichts des demografischen Wandels gar nicht erlauben, Jugendliche mit Migrationshintergrund schlecht auszubilden und links liegen zu lassen“ (in: Die Zeit, 1.12.2006).

Bleiben also Konzept, Implementierung und Evaluation einer konsistenten „Ausländerpolitik“ vage, widersprüchlich und ökonomistisch orientiert, fokussiert die öffentliche Debatte (aktualisiert durch die Ergebnisse der PISA-Studien) zunehmend bekannte Problemlagen der Sozialisations- und Qualifikationsdefizite von Migrantenkindern und –jugendlichen, und nimmt damit die ‚unzureichenden Leistungen‘ der Schulen ins Visier, ohne den (primär) verursachenden politisch-gesellschaftlichen Kontext zur Ausgangslage der Analyse zu machen.

1.2. Migrantenkinder und -jugendliche als spezifische Problemgruppe des Bildungs- und Ausbildungssystems und zukünftigen Arbeitsmarktes

Eine Sonderauswertung der PISA-Studie fokussierte nachgelagert ein weitgehend aus der Fachdebatte verdrängtes Thema: die Qualifikations- und Sozialisationssituation der Migrantenkinder (in Deutschland geboren) im deutschen Schulsystem. Schlüsselaussage der PISA-Bewertung ist, dass sich in Deutschland (entgegen dem Trend in anderen untersuchten Ländern) die Schulleistungen der Kinder mit der Aufenthaltsdauer der Eltern verschlechtern, und sich damit die Chancen dieser Kinder im Arbeitsmarkt signifikant negativ darstellen. Die OECD-Bildungsdirektorin B. Ischinger wies darauf hin, dass sich die Ungleichheiten in der sogenannten zweiten Migrantengeneration sogar noch verstärkt haben. Da diese Kinder ihre gesamte Schulzeit im deutschen Schulsystem verbracht haben, ist die Frage nach den Ursachen von großem Interesse, und wird in der öffentlichen und fachlichen Debatte auf folgende Analyseebenen fokussiert:

- Ethnische Segregationen im Grundschulbereich.
- Die Konzentration benachteiligter Schüler in den Hauptschulen.
- Die soziologische Struktur der Migranteneltern (Qualifikation, berufliche Tätigkeit, soziale Status etc.) (Spiegelbild der Einwanderungspolitik der 60er und 70er Jahre).
- Die frühe Selektion im dreigliedrigen Schulsystem.
- Problemursachen für die Bildungsbenachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund lassen sich nicht ausschließlich bei Defiziten mangelnder Sprachkompetenz lokalisieren.
- Die Inkonsistenz und Widersprüchlichkeit ausländerpolitischer Rahmenbedingungen
- Beträchtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Es scheint erst einmal plausibel zu sein, dass die PISA-Ergebnisse im Wesentlichen die nicht oder schlecht kompensierten Ausgangslagen der Einwanderungspolitik der 60er und 70er Jahre widerspiegeln. Die primäre Rekrutierung niedrig(aus-)gebildeter und qualifizierter „Gastarbeiter“ bilden einen negativen Reproduktionskreislauf von biographischen Ausgangslagen (Migranten, Tätigkeitsstruktur im industriellen Produktionssektor, Integrationsstatus, Bildung, Qualifikation und sozialer Lage). Auf diese Blaupause der Lebenslagen wirken selektive und separierende Schulsysteme und –kulturen verschärfend und verdeutlichen, dass die aktuelle Debatte um die zu intensivierende „Sprachförderung“ nur einen Teil der Problematik abbildet (siehe auch Ergebnisse der RWI-Studie 2005). Nach Aussagen der RWI-Studie haben folgende Faktoren Einfluss auf das Abschneiden der Testteilnehmer: Geschlecht,

Nationalität, Klassengröße, Lehrermangel, Ausbildungs- und Qualifikationsstatus der Eltern sowie Zugang zu Computern und Internet.

Auf diesem ernüchternden empirischen Hintergrund hat der OECD-Bildungsexperte A. Schleicher vor wachsenden Problemen bei der schulischen und gesellschaftlichen Integration gewarnt. („Die Probleme werden größer werden“). Schleicher sieht keine Korrelation zwischen dem Anteil von Migrantenschülern und dem Bildungserfolg, da die Schulleistungen in anderen Ländern mit höheren Anteilen besser sind:

„Erschreckend ist vor allem, dass in Deutschland auch die ausländischen Schüler der zweiten Generation, die in Deutschland geboren sind, bei PISA so schlecht abschneiden“ (Schleicher in: Kölner Stadtanzeiger, 15.5.2006).

Obwohl im internationalen Vergleich die Misserfolgsquote (in Bezug auf formale Abschlüsse) eine der niedrigsten ist, hat die soziale Marginalisierung von ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss zugenommen. So verlassen (immer noch) 20 Prozent der Jugendlichen (ohne deutsche Staatsangehörigkeit) die Schule ohne einen Hauptschulabschluss. Sowohl eine generelle Verlängerung der Schulzeit (um ein Jahr), die erhöhte gesellschaftliche Bildungsnorm, das Fehlen formaler Abschlüsse ergeben die Gefahr eines negativen stabilen Kreislauf für gesellschaftliche Ausschlusskarrieren, die weitestgehend als individuelles Fehlverhalten interpretiert werden. Mit dem amtlichen Stempel des Defizitären minimieren sich die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. So ist seit 1994 der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Gesamtzahl der Auszubildenden bundesweit von 9,8 auf 4,4 Prozent gesunken, und produziert neben den biografischen Konsequenzen zunehmend arbeitsmarktpolitische Sorgen (IHK, HWK):

„Es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem aber der Jugendlichen, diesen gefährlichen Trend zu stoppen... Wenn die Integration nicht gelingt, werden wir viele soziale Probleme haben... In Stuttgart sind 45 Prozent der Kinder Migranten. Leider haben viele ihrer Familien eine ‚nur schwache Bildungsorientierung‘... Für IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Richter ist unabdingbar, dass das Potenzial an Lehrstellenbewerbern ausgeschöpft wird. ‚Wenn die Unternehmen die notwendigen Fachkräfte nicht finden, um ihr Wachstum zu bewältigen, gehen sie woanders hin‘ (Stuttgarter Zeitung, 16.1.2007).

Es bleiben Perspektiven im „Parallelsystem ergänzender Angebote“ (Heike Solka 2003), mit dem Ziel, ‚Versäumnisse‘ auszugleichen und sie ‚ausbildungs- und beschäftigungsreif‘ zu machen. Die mit diesen Massnahmen einhergehende negative Homogenisierung und erneute institutionelle Ausgliederung setzt nicht selten den Kreislauf der Negativkarrieren fort. So münden nach Erkenntnissen einer Studie des Deutschen Jugendinstituts zu solchen Übergangsmustern nur 30 Prozent in einer stabilen Ausbildung oder Beschäftigung (Solka 2003). Ähnliche Ergebnisse ergeben sich aus Erkenntnissen des Jugendsofortprogramms JUMP. So verfestigen sich Muster einer „Arbeitslosigkeits-Maßnahmen-Karriere“, nach denen Jugendliche von Station zu Station weitergeschoben werden. Im Idealfall bleibt diesen Jugendlichen noch ein sehr kleines Segment von Ausbildungsberufen im Handwerk, in der Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft, also jenen Beschäftigungssegmenten, die sowohl instabil und schrumpfend sind, und für das Potenzial der Prekarität disponieren. Das Risiko einer diskontinuierlichen Erwerbskarriere und einer generellen Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt ist signifikant (siehe u.a. Solga 2003, Kristen 2003).

Es wird also deutlich, dass nicht die Frage der Staatsangehörigkeit, sondern stärker der Migrationshintergrund von Bedeutung ist. Dass auf dem Hintergrund einer so spezifischen Migrationsstruktur ein innerdeutscher und internationaler Vergleich methodisch problematisch ist, sei hier nur am Rande erwähnt. Während in Deutschland die Kluft zwischen den einheimischen Schülern und Einwandererkindern am größten ist, lobt die OECD-Studie die klassischen Siedlerländer Kanada, Neuseeland und Australien als vorbildlich. Die Studie nimmt diese drei Länder als Beweis, dass hohe Zuwandererquoten nicht notwendigerweise die Integration behindern, wenn auch darauf hingewiesen werden muß, dass die soziale Schichtung der Einwanderer nicht vergleichbar ist. Trotzdem schneiden

in Österreich und in der Schweiz beispielsweise Kinder türkischer Migranten besser ab als in Deutschland:

„Das deutsche Bildungssystem wird also den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft nur unzureichend gerecht. Auch mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Integration wirkt sich das Bildungswesen nachteilig aus: die Trennung ethnischer Grenzziehungen findet bereits in der Schule statt. Das Verfehlen der strukturellen Integration verschärft die soziale Segregation. Der Migrationsforscher und –pädagoge Paul Mecheril weist darauf hin, dass Migrationskinder- und -jugendliche durch das Schulsystem nicht nur schlechter gestellt werden. Sie fänden sich auch an untergeordneten Positionen und in marginalen Handlungsräumen einer gesellschaftlichen Ordnung wieder und entwickelten dort spezifische Selbstverständnisse, Identitäten und Habitusformen...“

Zu einer ähnlichen Feststellung gelangt auch Georg Auernheimer – Professor für Interkulturelle Pädagogik an der Universität zu Köln: Die Trennung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformen mit der Konzentration der Migrationsjugendlichen an Haupt- und Sonderschulen fördere die Vorstellung von einer natürlichen Ungleichheit nach Begabung und ethnischer Herkunft...“

Die starke äußere Differenzierung im deutschen Bildungssystem weckt die Illusion der Leistungshomogenität. Lehrer und Lehrerinnen werden für den Umgang mit Heterogenität nicht qualifiziert. Die Orientierung an leistungshomogenen Lerngruppen beeinflusst den Unterrichtsstil und schafft keinen Anlass zur Verbesserung diagnostischer Kompetenzen. Die schwächeren oder schwächer erscheinenden Schülerinnen und Schüler können immer ‚nach unten‘ abgegeben werden. Die Konzentration leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler wirkt sich dabei leistungsmindernd aus, weil sie sich nur schwer gegenseitig anregen können. Empirische Untersuchungen zeigen, dass leistungsheterogene Gruppen den Schwächeren zugute kommen, ohne dass die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. Die internationalen Schulleistungsvergleiche zeigen, dass integrative Schulsysteme mit heterogenen Lerngruppen klar überlegen sind“ (Lisa Britz, Bildung und Integration, <http://www.bpb.de/themen/TJ9J7T.html>, S. 5f.).

Die ausgeprägte Unfähigkeit deutscher Schulen, soziale Benachteiligungen auszugleichen oder abzumildern, steht im Kontext einer bisher verneinten und verleugneten Faktizität „Deutschland als Einwanderungsland“, und immensen Versäumnissen deutscher Bildungspolitik und Schulen. Die Unklarheiten der deutschen Haltung zur Einwanderung bzw. teils offener Widerstand dagegen sind eine zentrale Erklärung für die im internationalen Vergleich weitgehend defizitäre pädagogische Ausgangslage, und dies auf dem Hintergrund von 7,3 Mio. „Ausländern“ und der Tatsache, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wächst. Dabei ist das Problem der Kinder mit Migrationshintergrund nicht ihre quantitative Bildungsbeteiligung, sondern die Qualität ihrer Förderung. Diese sind auf Haupt- und Sonderschulen deutlich überrepräsentiert. Die soziostrukturelle Tatsache, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufig bildungsfernen Schichten entstammen, lässt auf der Grundlage vorliegender empirischer Daten und gesellschaftspolitischer Projektionen eine Formation einer Unterklasse entlang ethnischer Grenzziehungen befürchten, wenn nicht gesellschafts- und bildungspolitisch diesem angelegten Trend konsequent entgegengewirkt wird. Bis heute findet die Tatsache des Einwanderungslandes keine politische Entsprechung, sondern fokussiert und verschärft trotz international sichtbar anderer Modelle der Multikulturalität (Kanada, Großbritannien, Schweden, Niederlande) den Assimilationsdruck. Während in den genannten Ländern pädagogische und strukturelle Antworten frühzeitig formuliert und praktiziert wurden (mit vorliegenden Integrationserfolgen), ist in Deutschland kein konsistentes Konzept erkennbar. Und dieses, obwohl der Anteil als auch die nationale und ethnische Vielfalt (Arbeitsmigranten der 1960er Jahre, Übersiedler, Spätaussiedler, Sinti/Roma, Asylsuchende, Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge) zugenommen hat. Die ausschließlich an der Logik der „Haushaltskonsolidierung“ orientierte Sparpolitik (siehe Baden-Württemberg) erlaubt die Hypothese, dass die bildungspolitisch notwendigen zusätzlichen finanziellen Ressourcen nicht nur nicht zur Verfügung gestellt sondern sogar noch gekürzt werden. Die im „Nationalen Aktionsplan“ angelegten monetären Mittel („zweistelliger Milliardenbereich“) entziehen sich aus dem jetzigen Status der qualitativen Analyse, da die dahinter liegenden Programmatiken nicht publiziert sind.

Im internationalen und europäischen Vergleich fällt für Deutschland auf, dass die staatliche Integrations-Programmatik sowie die öffentliche Debatte zur Migration nicht in der Wertschätzung sozialer und kultureller Vielfalt (Diversity-Kompetenz) betrachtet wird, sondern in einem ausgeprägten Fokus der verbreiteten Kulturkonflikt-Hypothese steht. Diskriminierungserfahrungen und Identitätsprobleme ge-

hören nicht zufällig zu einer breiten Erfahrung von Kindern und Jugendlichen, die dazu noch alle Merkmale der Abgrenzung und Exklusion erfahren (Schule, Wohnviertel etc.). Gegenüber Eltern und Verwandten (Ausgangskontext) fühlen sie sich oft „verdeutscht“ und gegenüber „den Deutschen“ bleiben oft Gefühle der Fremdheit und Ambivalenz. So ist die Einschätzung der Identitätsprozesse in vergleichender Perspektive hilfreich: Befragten Jugendlichen an Schulen in London und Rotterdam fiel es leichter, die eigene Herkunft und „Kultur“ ihrer Eltern positiv zu definieren, und befragte Gleichaltrige in Großbritannien verstanden sich als integrale Bestandteile eines multikulturellen Mosaiks, dessen Gruppen alle den gleichen Respekt verdienen. Das Konzept der kulturellen Vielfalt wird weniger als Problem denn als gesellschaftliche Ressource gesehen. So wird Diversität in Schweden, Kanada und den Niederlanden bewußt in Leitbildformulierungen der Schulen fixiert und ist Teil des schulischen Curriculums. Zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen gehört die Fähigkeit, die gewohnten Strukturen des Denkens und Handelns in Frage zu stellen, die Anerkennung von Vielfalt, der offene Umgang mit Unbekanntem, die Sensibilisierung für unterschiedliche Einstellungen, soziale und kulturelle Orientierungen und dem Abbau von negativem Abgrenzungsverhalten. Evaluationsstudien führen den Nachweis, dass Programme des interkulturellen Lernens zu Prozessen der Reflexion und Einstellungen beitragen. Zwar hat die KMK (1996) eine Empfehlung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ herausgegeben, die viele positive Ansätze enthält. Der Grad der Implementierung ist jedoch sehr heterogen, zumal die schulischen strukturellen Voraussetzungen (Halbtagschule) für solche Lernprozesse nicht gerade ideal sind. Die Schule als Community Center zur Kommunikation und Kooperation mit den Eltern, zur Einbindung und Vernetzung einer Schule ins Stadtviertel und der Öffnung der Schule für das gesellschaftliche Umfeld werden erheblich durch neue Organisationsformen und unterrichtliche Gestaltungsoptionen (Projekte etc.) gefördert. Erfolge an deutschen Schulen (Regenbogenschule in Berlin-Neukölln, die Riesengebirgsoberschule in Berlin-Schöneberg-Nord und der Werner-Stephan-Oberschule in Berlin-Tempelhof und die jüngst vom Bundespräsidenten mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Schulen) belegen das Gelingen bewußter pädagogischer Konzepte und Praktiken. Vor allem die frühstmögliche Sprachförderung (unter Zugrundlegung geeigneter Diagnose-Verfahren) und Ganztagsangebote sind die zentralen (unter vielen) Stellhebel zur schulischen und gesellschaftlichen Integration. Analog zu den britischen „centers of early excellence“ sollte vor allem in den Bereichen mit hoher Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen ressortübergreifend (Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbehörden) abgestimmt gearbeitet werden.

Markus Otterbachs formuliert zum Thema „Migration und Bildung“ folgende Hypothesen:

- Ungleiche Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung sind als Folge schichtspezifischer Sozialisationsprozesse, wie ungleiche Verteilung von ökonomischen, kulturellem und sozialem Kapital zu interpretieren.
- Bildungs- und Ausbildungsdifferenzen sind unterschiedlichen Migrationskontexten geschuldet (Migrationshintergrund, Aufenthaltsdauer, Bildungsstand vor der Migration etc.).
- Die relativ geringe finanzielle Ausstattung der Eltern der Migrantenkinder verhindert eine ausreichende Unterstützung außerschulischer Förderung.
- Vor allem in hochqualifizierten Berufen sind Migrantenjugendliche unterrepräsentiert.
- Eine überwiegende Zuweisung (nach Abschluss der Primarstufe) in niedrig qualifizierende weiterführende Schulen (Haupt-, Sonder- und Realschule) begrenzen die Bildungs- und Lebensbiografien signifikant. Lehrer beurteilen Leistungen von Migrantenkindern schlechter (institutionelle Diskriminierung).

- Schichtenspezifische Selektionsmechanismen, institutioneller Stigmatisierungen und fehlende Anerkennung interkultureller Kompetenzen bewirken ein einseitiges Bildungsverhalten der Migranten, das heißt: sie orientieren sich in ihrer Berufswahl überwiegend an sog. „einfachen Berufen“ (Ottersbach 2005).

Zuwenig ist bisher im öffentlichen Bewusstsein der Tatbestand verankert, dass auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die Vergeudung vorhandenen Potenzials bei gleichzeitiger Knappheit qualifizierter Arbeitskräfte die Notwendigkeit gezielter Förderung und Entwicklung der Migrantenkinder eine zentrale Aufgabe sein muß, um nicht nur sozialen Parametern zu entsprechen, sondern um auch die blanke funktionale Notwendigkeit (volkswirtschaftlich/demografisch) hervorzuheben. „Deutschland kann sich qualitative Mängel bei Bildung und Ausbildung ökonomisch nicht leisten – auch und gerade nicht am ‚unteren‘ Ende der Qualifikationspyramide“ (Block/Klemm, S. 7). Konsequenz aus den Daten abgeleitet betonen die PISA-Forscher, dass die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund die zentrale bildungspolitische Herausforderung für die nächsten Jahre sei; vor allem müsse es Deutschland gelingen, die Korrelation sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Qualifikations-/Kompetenzerwerb zu verringern. Eng verwoben mit der dürftigen Ausbildungssituation ist die über Jahre verfehlte Einwanderungs- und Integrationspolitik. Jahrzehntlang ist es nicht gelungen, hunderttausenden Migrantenkinder gleichen Bildungschancen wie dem deutschen Nachwuchs zu ermöglichen. Talente und Fähigkeiten von Migrantenkinder- und jugendlichen bleiben in noch größerem Ausmaß verschüttet als in der deutschen Population.

Die Empfehlungen der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung fokussieren folgende Handlungsfelder für das Gestaltungsfeld Schule und Migration:

- Auf dem Hintergrund einer spezifisch deutschen Ausprägung der Defizit- und Kulturkonflikt-Hypothese gilt es, nicht nur Vielfalt zu akzeptieren, sondern mit dieser auch professionell umzugehen. Dieser Nachholbedarf erklärt sich auch aus der politischen Ignoranz gegenüber der Einwanderungsrealität.
- Eine Professionalisierung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten (Ausbau als Bildungseinrichtungen) sollen nicht nur kognitive, soziale und sprachliche Förderung zum Ziel haben, sondern interkulturelle Bildung und Erziehung im Elementarbereich bewirken. Einbeziehung der Eltern (besonders die Mütter) und Konzepte zweisprachiger Sprachförderung sind Grundlagen, um das Zusammenwirken zwischen Familien und Regeleinrichtungen zu verbessern.
- Das Potenzial von Bildungsrichtlinien und Schulbüchern (wirksame Instrumente und Medien) soll verbessert werden, um kollektive Selbst- und Fremddarstellungen zu verändern. Eine Schulpädagogik der Antidiskriminierung, Qualitätsstandards zu ihrer Evaluation, Schulprofile und ein kooperativer Umgang mit Eltern und außerschulischen Partnern stehen im Fokus notwendiger Veränderungen.
- Die Vielfalt sprachlicher Ressourcen (Mehrsprachigkeit für alle Kinder) gilt es zu pflegen und weiterzuentwickeln. Ein Bruch mit der eigenen Sprachentwicklung soll vermieden werden. Unterrichtskonzepte sind auf die Vielfalt der Sprachentwicklungen zu adaptieren. Deutsch als Zweitsprache gehört zum Kerncurriculum über die ganze Schulzeit. Zusätzlich bedarf es der Förderangebote für die normale Unterrichtszeit und der Förderung der Fachsprache.
- Um diesen Anforderungen zu entsprechen, muss mehr Personal mit Migrationshintergrund in den vorschulischen Einrichtungen und in den Schulen eingesetzt werden (mehr qualifizierte ErzieherInnen und LehrerInnen mit Zweisprachigkeit).

Empfehlungen der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung, Schule und Migration. Für einen besseren Umgang mit Heterogenität, in: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_126.asp.

Die Vorschläge von Ulf-Preuss-Lausitz sollen ergänzend hinzugefügt werden:

- Vermeidung aller Sonderklassen für Migrantenkinder.
 - Beendigung der Möglichkeit, Migrantenkinder in Sonderschulen für Lernbehinderte abzuschicken.
 - Einbeziehung von Künstlern, Geschäftsleuten, Sportlern, sozialen Aktivisten in Vereinen aus Herkunftsländern in extracurriculare Angebote.
 - Einbeziehung erfolgreicher Migrantenjugendlicher/Jungerwachsener in den Unterricht/in Projekte.
 - Mehrperspektivisches Curriculum (Geschichte, Literatur, Kunst, Sprachen, Sport, Mathematik, Naturwissenschaften).
 - Deutsch-Lern-Kurse für Eltern/Mütter von Migrantenkindern am Vormittag (bei gleichzeitiger Sicherung der Betreuung kleinerer Kinder).
 - Vereinbarungen mit Migranten-Vereinen usw. über Kooperationsprojekte (Nutzung des Schulgebäudes am Nachmittag).
 - Angebote von Nachhilfekursen und anderen AG's durch qualifizierte Migrantenjugendliche/-Studierende vor allem in Schulen sozialer Brennpunkte.
 - Ausstellungsmöglichkeiten zur Darstellung der Kunst von Migranten.
- Aktive Gestaltung von Schulprogrammen mit Inhalten der Lebenslage von Migranten.
(in: http://www.chancengleichheit.org/texte/foren/F3/p_lausitz.html, S. 1-4).

Eine umfassende Anpassung des Bildungssystems an die Erfordernisse einer Einwanderungsgesellschaft bleibt weiterhin auf der Agenda deutscher Bildungspolitik. Ob trotz der Länderhoheiten in Bildungsfragen der Bund mit einem angekündigten „Masterplan“ (Schavan) signifikant in dieses Geschehen eingreifen kann, bleibt mit Skepsis abzuwarten.

1.2.1. Soziale Exklusion von Migrantenkindern in „Lernhilfeschulen“/ „Förderschulen“

Die Überrepräsentation von Migrantenkindern in den Sonderschulen für Lernbehinderte (SfL) ist nicht vom Himmel gefallen und differiert je nach Bundesland. An diesem empirischen Tatbestand ändern auch alle euphemistischen Versuche nichts, diesen bildungspolitischen Skandal hinter dem Terminus „Förderschule“ verschwinden zu lassen. Die kulturalistischen Deutungen der sozialen Exklusion von Migrantenkindern (Individualisierung und Zuschreibung mangelnder Integrationsbereitschaft) unter weitgehender Ausblendung der sozialen Lagen (Arbeitslosigkeit, Armut, sozialräumliche Segregation etc.), können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bildungspolitischen Versäumnisse und die fehlenden und mangelnden Förderungskompetenzen des Regelschulsystems (strukturell, pädagogisch, methodisch-didaktisch, diagnostisch etc.) zentrale Ursachen dieses Selektions- und Stigmatisierungsprozesses sind. Die frühe Aufteilung der Kinder in die Sortierung des viergliedrigen Schulsystems bedingt eine frühzeitige Vererbung von Bildungsprivilegien als auch Bildungsarmut, und dient zugleich der Entlastung des Regelschulsystems (insbesondere der Grundschulen, indem ungenügende Deutschkenntnisse bei Migrantenkindern nicht selten in „Lernbehinderungen“ transformiert werden).

Somit hat sich die SfL mit einem Anteil von 62% zu einer Schule der sozial benachteiligten Jungen entwickelt (Schumann 2007). In Ballungsräumen mit einem besonders ausgeprägten Migrantenanteil ist die SfL zu einer Gettoschule für Migrantenjungen geworden. Somit wird oft die strukturell bedingte soziale

Segregation durch die Segregation im Schulsystem noch verschärft, und der *circulus vitiosus* für heranwachsende Kinder und Jugendliche geschaffen, der in seinem spezifisch deutschen Ausprägungsgrad im krassen Widerspruch zur internationalen Entwicklung steht. Nach Einschätzung der National Coalition für die UN-Kinderrechtskonvention verletzt Deutschland nicht nur deren Normen, sondern ignoriert bis heute konsequent erfolgreiche nationale Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht von ziel-different lernenden Schülerinnen und Schülern. Die bekannte Legitimation der „Schon- und Schutz-raumfunktion“ der SfL kommt in der internationalen Debatte immer mehr in eine Argumentations- und Legitimationskrise. Die mit der strukturellen Ausgrenzung bekannte „institutionelle Beschämung“ durch den stigtabehafteten Sonderschulstatus spezifiziert Schumann (2007) in Bezug auf Migrantenkinder und -eltern dahingehend, dass die doppelte gesellschaftliche Randgruppensituation (ethnischer Minderheitenstatus und Stigma des Sonderschülers) die Gefühle der Unterlegenheit, der Wertlosigkeit, Ohnmacht und Ausgrenzung und die psychosoziale Belastung verstärkt, und vor allem für Migrantenjungen eine ausgeprägte Kollision mit deren patriarchalisch geprägten Anerkennungsbedürfnis bedeutet.

1.3. Wachsende Dynamik der Desintegration in den Großstädten

Wenn der Prozess der Integration unter Bedingungen ökonomischen Wachstums, expandierende Arbeitsmärkte, urbaner Städte, (deren sozial-räumliche Segregation minimiert sind), kultureller Toleranz und Vielfalt (unter Beachtung universell gültiger Menschenrechte) eine zentrale Grundlage/Voraussetzung ist, dann sind die Chancen für Integrationsfortschritte in größerem Ausmaße auf dem Hintergrund vorliegender Analysen nicht gut. Legt man die Tatsache zugrunde, dass von allen in Deutschland lebenden „Ausländern“ 80 Prozent in den Großstädten und Ballungsräumen leben, dann lassen die heutigen vorliegenden Daten zu strukturellen Entwicklungen ein Negativ-Szenario wahrscheinlicher werden, als zu euphemistische Integrationsprojektionen: Geburtendisparitäten (zur deutschen Bevölkerung), weitere Zuwanderung ‚kritischer Populationen‘, Rückgang der heimischen Bevölkerung, Homogenisierung (soziologisch, kulturell), Entwicklung der Arbeitsmarktstruktur, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfedichte, wachsende Armutspotenziale, Bildungs- und Qualifikationsdefizite etc. sind heute schon empirische Realität, und verleiten aus extrem betroffenen Perspektiven (z.B. Hamburg) zu einer scheinbar hoffnungslosen Ausweglosigkeit:

„Inzwischen haben wir in Deutschland, zumindest in den größeren Städten, sehr verfestigte Parallelgesellschaften, und zwar so verfestigt, das ich nicht glaube, das noch wirkliche Integrationserfolge erzielt werden können. Ich glaube, das ist ‚verloren‘. Das ist eine sehr bittere Aussage, weil das etwa 85 Prozent der hier gegenwärtig lebenden Türken betrifft.“ (Hans-Ulrich Klose, in: Walter Siebel 1997).

Die vorliegenden Vergleichsdaten und die Zukunftsprojektionen der demografischen Entwicklung belegen eine deutliche Verschiebung der Bevölkerungsanteile zugunsten der Zuwanderer. Diese Disparitäten bilden sich am deutlichsten in den Großstädten und Ballungsräumen ab, in denen Geburtenanzahl, weitere Zuwanderungen, Alterung, Geburtenquote und der Rückgang/Wegzug einheimischer Bevölkerung die Bevölkerungsstruktur radikal verändern. So weisen Projektionen für das Jahr 2010 (vgl. Birg 1999) einen Ausländeranteil in der Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren von zwischen 40 und 50 Prozent aus. In Berlin (West) z.B. wird der Anteil der Ausländer bei den unter 20-Jährigen bis 2015 auf 52 Prozent ansteigen. In Duisburg, Berlin, Hamburg und andern Großstädten konzentriert sich die ausländische Wohnbevölkerung auf einzelne sozial schwache Stadtteile. Sozial selektive Wanderungsprozesse verschärfen die soziale Segregation. Somit nimmt die „soziale Entmischung“ zu, und bedingt sich verstärkende Wirkungsmechanismen sozialer Abschottung und homogener ethnischer Kulturen, mit allen bekannten Phänomenen der Lebensräume (Dienstleistungsinfrastruktur etc.). Deutsche und Ausländer leben meist (nicht zuletzt wegen der Sprachbarrieren) isoliert nebeneinander. In einer vom nordrhein-westfälischen Sozialministerium beauftragten Studie zur Integrations- und Desintegrationsproblemen (Schröder 2002) beschreibt der Autor die Integrations-Desintegrationsdynamik

zwischen Deutschen und Türken als zunehmend problematisch. Aufgrund ihrer Befragungsergebnisse weisen sie auf die

„außerordentliche Brisanz gesellschaftlicher Desintegration nicht nur bezüglich der Einstellung zu Konflikten, sondern auch zu möglicher Gewalt“ hin und kommen zu dem Schluss, „dass wir von einem erheblichen interethnischen Konfliktpotenzial zwischen der ‚einheimischen‘ Mehrheitsbevölkerung und der hier zum großen Teil bereits in der zweiten oder dritten Generation lebenden türkischen Minderheit ausgehen müssen“ (Schröder, S. 191-192).

Die negative Korrelation zwischen hoher Arbeitslosigkeit, überproportionaler Beteiligung am Sozialhilfebezug, Legitimationskrisen von in islamischen Kulturkreisen gültigen Männlichkeitskonzepten, ein hohes Maß abgebrochener Schulbiografien und fehlender Berufsausbildung etc. weisen schon heute Integrationsdefizite aus, die sich auf dem Hintergrund neuer struktureller Verwerfungen (Krise klassischer industrieller Arbeitsplätze) und neuen Anforderungen der „Wissensgesellschaft“/„Dienstleistungsgesellschaft“ massiv verschärfen werden, wenn keine fundamentalen Veränderungen eingeleitet werden:

„Fallen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe weg, so verlieren mehr Ausländer ihr Beschäftigungsverhältnis als Deutsche. Gelingt der Stadt hingegen eine wirtschaftliche Revitalisierung zu gunsten neuer Industrien und eines Ausbaus des Dienstleistungssektors, so haben sie wiederum auf Grund ihrer mangelnden Qualifikation geringe Chancen, eine neue Anstellung zu finden“ (Friedrich, S. 253)

Mit diesen Folgen (einer an den Interessen der Großindustrie ausgerichteten) Ausländerpolitik der Sechzigerjahre sind die Kommunen zunehmend überfordert:

„Es kommen Menschen ohne Aussicht auf Arbeit. Arbeitslosigkeit und Verarmungsprozesse könnten die bislang hohe Integrationskraft der Städte zunehmend in Frage stellen. Phänomene der Globalisierung erschweren lokale Handlungsansätze. Die Zuwanderung fällt heute mit Problemen zusammen, die der Wandel für die Städte mit sich bringt“ (Brech 1997, S. 17).

Auch die jetzige Debatte nährt die Befürchtung, dass aus dem integrationspolitischen Desaster der Sechziger- und Siebzigerjahre wenig gelernt wird. Es geht in den Begründungszusammenhängen in erster Linie mal wieder um „wettbewerbsfähiges Humankapital“ (Sechster Familienbericht zur Lage von Familien ausländischer Herkunft in Deutschland, 2000). Dabei liegt eine zentrale Expertenempfehlung darin, die niedrige Kinderzahl durch einen „Bevölkerungsimport“ entlang bekannter ökonomistischer Logik lösen zu wollen:

„Auch hier sind die Parallelen zum Outsourcing globalisierten Wirtschaftens überdeutlich: Was sich gegenwärtig als sozialer Ausdifferenzierungsprozess von Reproduktionsaufgaben aus dem Zentrum in die Peripherie der Moderne vollzieht, ist aus Sicht dieser Moderne als ‚lean (re)production‘ zu bezeichnen“ (Brech S. 28).

Die zentralen strukturellen Entwicklungsdaten stärken die Annahme eines Negativ-Szenarios einer weiteren ethnischen Abschottung/Marginalisierung/Exklusion/Gettoisierung in den Großstädten und Ballungsgebieten. Es spricht vieles dafür, dass sich die „Integrations“konflikte weiter verschärfen, und die Tendenz zur sozialen Verfestigung und Reproduktion naheliegt, wenn nicht

- eine abgestimmte Integrations- und Zuwanderungspolitik das politische Handeln leitet;
- notwendige Ressourcen für eine „Bildungsoffensive“ zur Verfügung gestellt werden, die das pädagogische Handeln vor allem in den „Brennpunktschulen“ unterstützt;
- adäquate arbeitsmarktpolitische Modelle zur Heranführung vor allem für Jugendliche an den Arbeitsmarkt definiert und implementiert werden;
- öffentliche und mediale Berichterstattung nicht dazu beitragen, dem Bild „des Ausländers“ ein anderes Gesicht gibt.

1.4. Abwanderungen als Krisensymptom und Krisenverschärfung

Während sich der dargestellte Prozess der sozial Marginalisierten/Exkludierten zunehmend verfestigt, und ein Potenzial der „Immobilien“ hervorbringt, kristallisiert sich ein anderer Pool der gesellschaftlichen Entwicklung heraus: das immer größer werdende Potenzial von Menschen, die sich durch die Entscheidung zur Auswanderung eine positivere Projektion ihrer privaten und beruflichen Entwicklungsperspektiven erwarten. So wuchs in der Zeitspanne von 2002-2005 das Potenzial der Auswanderer um ein Viertel an (2005: 14415). Zugleich kehren immer weniger aus dem Ausland zurück, so dass das Auswanderungssaldo seit langer Zeit erstmals negativ zum Einwanderungspotenzial ist. Dabei sind dies jedoch nur die offiziellen Zahlen. Die Empirie lässt keinen Zweifel mehr an dem Tatbestand, dass Deutschland zum Auswanderungsland geworden ist.

Neben der quantitativen Betrachtung ist die qualitative Analyse dieses Prozesses von Bedeutung. Während das Potenzial der prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse mit den beschriebenen Risiko- und Gefährdungsmerkmal signifikant wächst, verlassen vor allem hoch motivierte, mobile und gut ausgebildete Menschen das Land, während die Struktur der Einwanderer nach Deutschland deutlich die Merkmale „arm, ungelernt und wenig gebildet“ trägt. Laut einer OECD-Studie verliert kaum ein anderes Industrieland so viele Akademiker ans Ausland (Australien, Kanada, Neuseeland, Schweiz, Österreich, Dänemark, USA etc.). Dieser als „DDR-Effekt“ bekannte Prozess charakterisiert den Tatbestand, dass ein Land hauptsächlich jene Kräfte verliert, die flexibel, qualifiziert und offen für Veränderungen sind. Dieser Grundprozess verschärft die Probleme der „demografischen Krise“ zusätzlich. Neben den volkswirtschaftlichen Konsequenzen lässt sich schon heute ein gravierender Fachkräftemangel in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor konstatieren, der durch den „Abfluss der Hirne“ noch weiter verschärft wird, zumal die Zahl der Einwanderer so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr liegt:

„Gerade die Bundesrepublik mit ihrer alternden und schrumpfenden Bevölkerung ist auf qualifizierte Einwanderer angewiesen. Eigentlich müssten – nur um den Bevölkerungsstand zu halten – unter dem Strich 200 000 bis 300 000 Ausländer einwandern. Tatsächlich kamen im vorigen Jahr netto lediglich knapp 80 000 Menschen ins Land.

Und ebenso unzweifelhaft ist der Trend, dass gerade jene Länder, die ihre Zuwanderung aktiv steuern, ökonomisch weitaus besser dastehen. In Kanada, Australien oder in den USA wächst die Wirtschaft kontinuierlich und stärker als in Deutschland, dort liegt die Arbeitslosenrate durchweg niedriger. Die verbreitete Furcht, dass Zuzügler Einheimischen die Jobs wegnehmen, ist offenbar unbegründet...

So verhindert die Bundesrepublik weiterhin den Zuzug, statt ihn intelligent zu steuern. Ausländische Spitzenleute werden Deutschland weiterhin meiden, während umgekehrt die deutsche Elite hinauszieht in die Welt“ (Der Spiegel 44/2006, S. 112).

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade (Leiter des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien – IMIS) sieht Deutschland in einer „migratorisch suizidalen Situation“, da die verfehlte Einwanderungspolitik eines Vierteljahrhunderts strukturelle Verwerfungen hervorgebracht hat, die sich kaum korrigieren lassen: der Antagonismus zwischen dem hohen qualifizierten und mobilen Auswanderungspotenzial und den Strukturen der klassischen „Gastarbeiter“-Population. Nach seiner Einschätzung droht Deutschland eine regelrechte Auswanderungswelle mit dramatischen und bislang kaum abschätzbaren Konsequenzen für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Den schon vorliegenden empirischen Tatbestand, dass deutsche Fachkräfte zunehmend abwandern und ausländische Deutschland zunehmend meiden, beschreibt die Forschungseinrichtung der Deutschen Bank Research (DB Research) als sichtbaren Trend wie folgt:

„Während der Braindrain zunehmend diskutiert wird, stößt die abnehmende Zahl der Zuwanderer dagegen bedauerlicherweise kaum auf Beachtung in den Medien. Ein Grund dafür könnte sein, dass deren Rückgang in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit und umfangreichen Integrationsproblemen von vielen als bedrohlich oder sogar nützlich angesehen wird. Dabei sind beide Phänomene als Teil eines Grundproblems (sprich einer sinkenden Nettozuwanderung) anzusehen – mit langfristig gravierenden Folgen“ (in: Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft, 6. April 2006).

So projiziert Jürgen Strube (Präsident des europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbandes – Unice) den zukünftigen Fachkräftemangel (in 15 Jahren) auf drei Millionen. Und eine Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2005) befürchtet, dass der Rückstand Deutschlands durch die „doppelte Bestenauswahl“ mittelfristig festgeschrieben wird, und vor allem extrem innovative Bereiche davon betroffen werden. Dieser „Export von Fachleuten“ würde schon deswegen gravierende Auswirkungen haben, da zukünftige Weltmarktpositionen über das Potenzial für Innovationen entschieden werden. Dem steht gegenüber, dass rund 45 Prozent aller „Jobs“ auch im Ausland getätigt werden können (Nutzung der Vorteile der Niedriglohnländer). Dass im internationalen „Wettbewerb um die besten Köpfe“ die USA das „Humankapital ansaugen, und zwar aggressiv und mit allen Mitteln des Wettbewerbs“ (Max Huber, Vizepräsident des DAAD) macht deutlich, wie scharf der Kampf um das qualifizierte „Humankapital“ geworden ist, und welche Anreize und Attraktoren für Qualifizierte zur Auswanderung vorliegen, zumal sich die Möglichkeiten in den europäischen Nachbarländern (Schweiz, Österreich, Niederlande, Großbritannien, Frankreich) immer attraktiver für Fachkräfte gestalten (Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes 2005, Forsa-Umfragen).

Unabhängig von den sicher sehr differenzierten Motiven und Verläufen der Auswanderungs- und Einwanderungsprozesse verschärft dieser Trend bekannte gesellschaftliche und ökonomische Problemlagen zusätzlich: die Polarisierung zwischen Qualifizierten und Niedrig-/Unqualifizierten, zwischen „Mobilen“ und „Immobilien“. Die abzuleitenden volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen (in der Dynamik des Globalisierungsprozesses) verdeutlichen das bildungspolitische Paradigma: Arbeit und Bildung sind die Scharnierstellen, um die sich die Gesellschaft dreht.

H Familienpolitik im Spannungsfeld zwischen „Modernisierungs“-Paradigma, fiskalischer Logik und wertkonservativer Familienideologie

Es gehört zum genuinen Anspruch und Aufgabenspektrum der Familienpolitik, politische Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Steuerungselemente zu implementieren, die dem grundgesetzlichen Ziel (Artikel 6) entsprechen, Familien zu schützen, zu unterstützen und entlasten. Die Familienpolitik definiert sich als Teilbereich der Sozial- bzw. Bevölkerungspolitik. Die verschiedenen familialen Leistungen und Funktionen umfassen u.a.

- die Sicherung der Generationenfolge,
- die zentralen Erziehungs- und Bildungsfunktionen,
- die hauswirtschaftliche Funktion der Deckung des elementaren Lebensbedarfes der Familienmitglieder,
- die Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen.

Hierbei ist in jüngerer Zeit eine Fokusverschiebung des grundlegenden Beitrages der Familienpolitik zum Ausbau und zur Reproduktion des „Humanvermögens“ im Sinne des neoliberalen Paradigmas (siehe z.B. Fünfter Familienbericht) unter besonderer Beachtung der Wirtschafts- und Sozialordnung zu beobachten. Der Wandel des traditionellen Leitbildes der Familie erhielt seit der Publikation des Fünften Familienberichtes (1993/1994) den Fokus einer „neuen Familienorientierung“ zwecks „Zukunftssicherung des Humanvermögens“. Somit mutierte die sozialpolitische Debatte immer stärker zur Familienpolitik, und wurde/wird zunehmend im Spannungsfeld von demografischer Debatte, Sozial-, Arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Defizitanalyse als Dreh- und Angelpunkt der Gesellschaftspolitik instrumentalisiert, und durch die persönliche Diktion der Familienministerin von der Leyen dynamisiert. Dieser neue „Familienfundamentalismus“ (Ebert 1995) erhält zunehmend Züge einer pronatalistischen Sozial-, Familien- und Bevölkerungspolitik:

„Sie geht von der Diagnose aus, dass gesellschaftliche Strukturprobleme, sei es am Arbeitsmarkt, in der Einkommensverteilung, am Wohnungsmarkt, im Verkehr und im Städtebau, in der Chancenverteilung zwischen Männern und Frauen oder im Bildungswesen, in erster Linie zu Lasten von Kindern gehen“ (Ebert 1995, S. 367).

Die **familienpolitische Anpassung an das „Modernisierungs“-Paradigma** ist insofern von Bedeutung, weil die identifizierten oder vermeintlichen „Leistungsgrenzen“ der Familien zunehmend zum Anlass staatlicher Interventionen und Kompensationsstrategien im Übergang zu „postindustriellen“ Bedingungen werden. Es ist somit der Anspruch und die Aufgabe einer systematischen Familienpolitik, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen für eine möglichst gute Leistungsentfaltung der Familien zu schaffen, und sie dauerhaft zu sichern (nach den Prinzipien der familiären Freiheit, der ausgleichenden Gerechtigkeit als auch der Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit). Als Folgerung aus der PISA-Studie verweist der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen explizit auf die bildungspolitische Bedeutung der Familie, da die grundlegenden Fähigkeiten und Motivationen für schulische Lern- und lebenslange Bildungs- und Qualifizierungsprozesse der nachwachsenden Generationen in den Familien geschaffen werden sollen. Daher müsse die Familienpolitik in enger Wechselbeziehung von Schule, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, um eine Verengung der aktuellen Debatte auf die Probleme der Schulorganisation und Leistungsstandardisierung zu vermeiden. Da sich das Segment der Familienpolitik als Schaltstelle der gesellschaftlichen Sozialisations- und Reproduktionsleistungen im Sinn der gesellschaftlichen „Modernisierung“ identifiziert, und als zentraler Steuerungsauftrag definiert und legitimiert, spiegelt sich in dieser Debatte auch das Spannungsfeld von „Tradition“ und „Moderne“ auffällig wider, und unterliegt zunehmend und transparenter der neoliberalen Wirtschaftlichkeitslogik:

„Altbundeskanzler Gerhard Schröder hatte die Familienpolitik noch als ‚Gedöns‘ abgetan. Heute könnte er sich das nicht mehr erlauben. Die Kinderbetreuung ist zum Lieblingsthema der Politik geworden, und SPD und Union fechten einen Wettstreit aus, welche Partei die kompetentere ist in Sachen Familie...“

Deutschland hängt international hinterher, wenn es um Betreuungsangebote für die Kleinsten geht... Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen will den Notstand in der Kleinkindbetreuung nicht länger hinnehmen. Auch das von Rot-Grün beschlossene Tagesbetreuungsbaugesetz stellt sie nicht zufrieden. Danach müssten bis 2010 in den westdeutschen Bundesländern 230.000 neue Plätze entstehen, was einem Versorgungsgrad von 17 Prozent entsprechen würde. Die Familienministerin will aber die Zahl der Krippenplätze bis 2013 auf 750.000 verdreifachen und damit 30 Prozent aller Eltern eine Betreuung anbieten... Die Kosten werden auf rund drei Milliarden Euro im Jahr geschätzt...

Derzeit stehen in Berlin sämtliche Familienleistungen des Staates auf dem Prüfstand. 185 Milliarden fließen jedes Jahr in die Familienförderung... Die Summe kann sich im Vergleich mit anderen sehen lassen. Die Ergebnisse weniger... Immer mehr Politiker fordern deshalb zur Effizienzsteigerung eine Umschichtung der Mittel. Weg vom Geldverteilen hin zur Infrastruktur... Wie teuer ein mehr an Kinderbetreuung den Staat wirklich kommt, darüber streiten die Experten. Dabei fällt auch der Begriff der ‚demographischen Rendite‘: Bund und Kommunen sparen durch die aktuelle demographische Entwicklung Geld. Weil weniger Kinder geboren werden, muss der Bund weniger Kindergeld auszahlen. Länder und Gemeinden weniger für Kindergärten und Schulen ausgeben...

Weil öffentliche Betreuungsangebote fehlen, behelfen sich Familien in Deutschland mit Tagesmüttern, Au-pair-Mädchen, Kinderfrauen oder privaten Netzwerken aus Verwandten und Freunden. Zunehmend bekommen sie auch Unterstützung aus der Wirtschaft. Unternehmen entdecken, dass sich eine familienfreundliche Personalpolitik lohnt. Wegen des drohenden Facharbeitermangels wird es immer wichtiger, weibliche Mitarbeiter schnell wieder aus der Elternzeit zurückzuholen. Deshalb setzen Unternehmen auf familienfreundliche Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Telearbeit und Kinderbetreuung“ (FAZ, 9.3.2007, S. 14).

Der Anspruch auf eine „familienfreundliche Gesellschaft“ (Motto: „Ohne Kinder hat Deutschland keine Zukunft“ – Koalitionsvertrag CDU, CSU, SPD) artikuliert sich in seinen Zielen im „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“ (2005-2010). Sowohl der Anspruch, die „Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung“ zu stärken als auch die Prämisse, „dass die Herkunft eines Kindes nicht über seine Bildungs- und Lebenschancen entscheiden“ darf, liegt dem Vertrag unverbunden zugrunde, ohne diesen Anspruch auf empirische und konzeptionelle Plausibilität zu hinterfragen:

Die zunehmende „Schwächung der typischen Sozialisationsnetze (Familie, Nachbarschaft), der vermehrte Rückzug aus der Erziehungsverantwortung und -fähigkeit sowie die Ausprägung der Trennlinien zwischen den Generationen und denjenigen, die Kinder haben und denjenigen, die keine Kinder haben, erfordern einen neuen gemeinwesenorientierten Ansatz der

Förderung, Unterstützung und Hilfe für Familien i.S. einer verzahnten, kombinierten und in die Gemeinde hinein geöffnete Angebotsstruktur.

Der hier hinterlegte Anspruch auf sozialraumbezogene Kristallisationspunkte (Angebote der Frühförderung, Betreuung, Lebenshilfe, Bildung, Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention und Hilfeplanung) reflektiert einerseits auf die immer kritischer werdenden (schichtenspezifischen) Lebenslagen eines Teils der Bevölkerung, setzt andererseits auch Maßstäbe, die weder den monetären (vor allem kommunalen) Möglichkeiten noch einer realistischen Durchsetzbarkeit entsprechen, da hier im wesentlichen zur Realisierung der familienpolitischen Ziele das Konstrukt der „Zivilgesellschaft“ unterlegt ist (das im Kapitel E 15.1. kritisch hinterfragt worden ist). Der Fokus auf die

- Leistungsfähigkeit erwerbstätiger Eltern;
- familienfreundliche Arbeitsbedingungen;
- finanzielle Förderung (Einkommensersatzfunktionen, Eröffnung der Wahlmöglichkeiten zur Kinderbetreuung, Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit);
- Harmonisierung der Leistungen (Familienkassen „neuen Typs“);
- Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben;
- Unterstützung von Familien „in besonderen Lebenssituationen“;
- Sicherung und Stärkung von Kindern und Kinderrechten;

beinhaltet nicht nur eine ausgeprägte Orientierung an den „Leistungsträgern“ der Gesellschaft, sondern hat in bezug auf die Arbeitslosigkeits- und Armutsbetroffenen auch die unzweideutige Aufforderung, sich den Prämissen und Konsequenzen von Hartz-IV anzupassen.

Mit der Diskussion um die Einführung des „Elterngeldes“ und den fundamentalistischen Positionierungen der Familienministerin von der Leyen ist die Auseinandersetzung über die familienpolitischen Konzepte zur Lösung gesellschaftlicher struktureller Problemlagen in eine neue Phase eingetreten. Die Formel für den Paradigmenwechsel heißt: Frauen sollen mehr Kinder bekommen, Väter sollen (befristet) zu Hause bleiben, Kinder sollen nach christlichen Werten erzogen werden, und infrastrukturelle Anpassungen an die internationalen/europäischen Standards sind einzuleiten. Somit ist das „Erziehungsgeld“ an die Bereitschaft der Väter für eine definierte ‚Auszeit‘ gekoppelt. Zentral ist in dieser Diskussion jedoch, dass mit der Einführung des „Elterngeldes“ eine Abkehr von der bisherigen Familienpolitik vorgenommen wird: Familienpolitik ist nicht mehr gleichbedeutend mit einem sozialpolitischen Anspruch gekoppelt, sondern der Staat will nach diesen Prämissen dafür sorgen, dass der „produktive Kern“ dieser Gesellschaft sich reproduziert. Ob damit das Problem der „Kinderlosigkeit“ (vor allem der „Leistungsträger“) relevant beeinflusst werden kann, darf im Vergleich mit anderen Nationalstaaten trefflich bestritten werden, obwohl dieses das übergeordnete familienpolitische Ziel ist („Die Steigerung Studien primär als Ergebnis staatlich ausgebauter und finanzierter Bildungs- und Versorgungsstrukturen (u.a. Kita-Versorgung) interpretiert werden, während die Einführung des „Elterngeldes“ in Deutschland in der hoch defizitären Versorgungssituation keine signifikante Veränderung herbeiführen würde, zumal sie eine ausgeprägte Fokussierung auf die „Leistungsträger“ dieser Gesellschaft vornimmt.

Die eingespielten Instrumente heißen Kindergeld, Ehegattensplitting und Erziehungsurlaub plus Erziehungsgeld (und aktuell „Betreuungsprämie“) Dieser familienpolitische Paradigmenwechsel im Spannungsfeld von Tradition und „Moderne“ spaltet nicht nur das konservative Politiklager, sondern fokussiert und differenziert gesellschaftliche Zielgruppen nach dem Muster der Teilhabe und Nichtteilhabe am gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess. So ist die von der CSU eingespielte geplante „Betreuungsprämie“ (zur Aufwertung der Hausfrauenehe und Aufwertung aller Frauen, die ihre Kinder lieber zu Hause aufziehen) nicht nur von monetärer Bedeutung

(1,5 Milliarden), sondern gegenüber der Zielsetzung, vor allem Kinder aus den Unterschichten einer institutionellen Kompensation (Vorschule) zuzuführen, möglicherweise kontraproduktiv. Schon heute ist die Motivation von Unterschichteneltern und Migrantenfamilien, ihre Kinder in Krippen und Vorschuleinrichtungen zu schicken, nicht von ähnlicher statistischer Signifikanz wie bei Müttern mit einem hohen Bildungsniveau.

Eine zentrale Bedingung gesellschaftlicher Teilhabe ist nun mal der Besitz eines reproduktionsfähigen Arbeitsplatzes. Diese Unsicherheiten gelten zunehmend selbst für jene Zielgruppen, die sich als Träger der „Leistungsgesellschaft“ in weiten Teilen dem Widerspruch zwischen Kindern und Karrieren gegen die soziale Reproduktion mit Kindern entschieden haben/entscheiden. Der Gleichberechtigungs- und Emanzipationsanspruch findet selbst für qualifizierte Frauen nach dem ersten Kind seine Schattenseite: Teilzeitjobs, Gefährdung beruflicher Karrieren, steuerliche Konsequenzen des Ehegattensplitting etc. Es überrascht deswegen nicht, wenn sich immer mehr Akademikerinnen ihrer „gesellschaftlichen Verantwortung“ entziehen, und sich das demografische Grundsatsthema nicht nur quantitativ, sondern auch zunehmend qualitativ stellt: Welche sozialen Schichten geben welchen Beitrag zu sozialen/biologischen Reproduktion dieser Gesellschaft?

Anders als z.B. in Frankreich kann der Lohn für Kinderbetreuung (Tagesmütter) oder Haushaltshilfen nur begrenzt von der Steuer abgesetzt werden. Die negativen arbeitsmarktpolitischen Effekte sind einerseits der Entzug von (hoch)qualifizierten Arbeitskräften und das Nichtschaffen neuer haushaltsbezogener Arbeitsmöglichkeiten. Dabei bieten sowohl Island, Schweden und Norwegen den Beleg dafür, dass die Faustformel ‚Höhe der Berufstätigkeit der Frauen und positive Geburtenrate‘ miteinander positiv korrelieren, wenn eine zentrale Voraussetzung gegeben ist: eine Versorgungsinfrastruktur, die es Frauen ermöglicht, Kinder zu bekommen und trotzdem Karriere zu machen. Alle finanziellen Vergünstigungen sind in Schweden an die Kinder gekoppelt – der Trauschein allein bringt hier nichts. Der Bevölkerungswissenschaftler Klingholz fordert deswegen eine Orientierung an skandinavischen Modellen, um das demografische Problem zu lösen. Die Bundesregierung müsse demnach

- die Verantwortung der Männer für die Kindererziehung fördern;
 - flächendeckende Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr garantieren;
 - Eltern bei vorübergehendem Rückzug aus dem Beruf finanziell fördern;
 - den Unternehmen Anreize bieten, sich familienfreundlicher zu verhalten.
- (Der Spiegel 17/2006: 45)

Sowohl die Angebote für die Betreuung von Vorschulkindern (Krippen, Horte und Kindertagesstätten) als auch der Ausbau von Ganztagschulen sind im internationalen Maßstab defizitär (siehe Birgit Fix 2007, Benchmark zwischen Finnland, Frankreich, Schweden, Deutschland). So lässt sich an den Staaten mit einem familienfreundlichen Gesellschaftsklima (Frankreich, skandinavische Länder) die Verträglichkeit von hoher Frauenerwerbsbeteiligung und Geburtenrate signifikant positiv belegen. Diese Länder mit Ganztagschulen und öffentlichen Infrastrukturen haben sowohl höhere Geburtenraten, mehr erwerbstätige Frauen, und laut PISA-Studie Kinder mit besseren Leistungen. So lässt sich auf der Basis des Benchmarks von Birgit Fix zusammenfassend resümieren, dass „Deutschland in der Familienpolitik andere Prioritäten setzt als Finnland, Schweden und Frankreich. In Deutschland werden Geldtransferzahlungen an die Familien bevorzugt. Im Unterschied dazu wird deutlich weniger Geld in den Ausbau des Dienstleistungsangebotes für Familien investiert“ (S. 6). Wenn auch die komplexe Analyse sozialer Reproduktion hier nicht abgebildet werden kann, zeigen doch die relevantesten Vergleichsstudien, welche Themen wir in Deutschland nachzuarbeiten haben. Die aktuellen politischen Absichtserklärungen („Kita wird kostenfrei“) determinieren sich nicht nur über die ungeklärten Finanzierungsgrundlagen, sondern auch über die komplizierten Kompetenzverflechtungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Und so bleibt vorerst das Prinzip Hoffnung („Kindergarten macht schlau“, Institut der deutschen Wirtschaft), und die wirtschaftslogische Prämisse von A. Plün-

necke (Institut der deutschen Wirtschaft): *„Wir müssen das Potenzial der bildungsfernen Schichten stärker erschließen. Das ist nicht nur sozial. Es hilft auch der Wirtschaft, die gute Fachkräfte braucht“* (TAZ, 12.12.2006). Und auch die mahnenden Worte des Bundespräsidenten sollen nicht unerwähnt bleiben: „Unsere Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik und unsere Infrastruktur hinken den Veränderungen der Familie hinterher“ (TAZ, 12.12.2006). Und auch hier die immer wiederkehrende immanente Logik, die jeden Ansatz auf eine rationale ganzheitliche gesellschaftspolitische Zukunftsplanung konterkariert:

„Der reine Ausbau von Kindergartenplätzen lohnt sich für den Staat nicht... Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für das Unternehmensnetzwerk Wissensfabrik, die heute vorgestellt wird. Die Ergebnisse geben der aktuellen Debatte um bessere Kinderbetreuung eine fiskalische Dimension. Die SPD und die Familienministerin von der Leyen fordern, Kindergartenplätze auszubauen und kostenfrei zu machen. In der Union stößt von der Leyen damit jedoch auf teils massive Kritik...“

Nach Berechnungen des IW führen die zusätzlichen 3,6 Mrd. Euro für den Ausbau von Kindergartenplätzen für Drei bis Sechsjährige und die Übernahmen der Beitragskosten nur zu einer Rendite von drei Prozent. Dabei werden die nötigen Investitionen mit höherer Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen durch ein besseres Bildungsniveau verrechnet. Der Kindergartenbesuch wirkt sich bereits jetzt positiv auf das Bildungsniveau und das Einkommen aus.

Eine Rendite von drei Prozent liegt jedoch unterhalb der Kapitalmarktrendite für langfristige Bundesanleihen von derzeit 4,1 Prozent. Damit wäre es für den Staat sinnvoller, die aufgrund des demografischen Wandels frei werdenden Mittel nicht allein in den Ausbau der Kindergärten zu investieren, sondern zum Abbau von Schulden zu verwenden“ (Financial Times, 15.2.2007).

Die Bilanzierung der familienpolitischen Leistungen (2005: 184 Milliarden Euro = 145 familienbezogene Leistungen) durch das von der Familienministerin geleitete „Kompetenzzentrum“ (Ministerielle, externe Berater und Wissenschaftler) fokussiert eine größere Zielgenauigkeit und bessere Übersichtlichkeit. Dabei bleiben die Hauptstoßrichtungen (Abschaffung der Kita-Gebühren und Einfrieren der Kindergeld- und -freibeträge) zwischen SPD und CDU umstritten. Einigkeit herrscht jedoch in dem Ziel einer stärkeren Bündelung der Leistungen, mit denen die avisierten Ziele realisiert werden sollen. Widersprüche bleiben bei einer besseren Unterstützung von Familien mit Kleinkindern, Unterstützung kinderreicher Familien und einer besseren Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern.

In der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm der CDU wird das Gewicht von der Bedeutung der Ehe auf die Förderung der Familie verschoben. Der in Form eines „Impulspapieres“ erneuerte Familienbegriff reproduziert einerseits die bisher gültigen wertkonservativen Grundpositionen („Kein Staat kann die Leistungen an Solidarität ersetzen, die in den Familien erbracht werden“), akzentuiert andererseits die Funktion des Interventionsstaates (zur Schaffung politischer Rahmenbedingungen), „in denen wieder mehr Menschen ihren Wunsch, eine Familie zu gründen, in die Realität umsetzen“ (FAZ, 25.10.2006). Der Ergänzungsanspruch der drei Grundwerte (Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit) legt jedoch einen eindeutigen Akzent auf die „Freiheit“, in dem der Anspruch auf „Selbstverantwortung und Mitverantwortung“ hervorgehoben wird, und definiert damit die Bedingtheit der „Solidarität“: „Wer auf die Solidarität des Staates baut, hat auch Pflichten dem Staat gegenüber“. Wer auf dem Hintergrund subjektiver und struktureller Verursachungen diesem Anspruch nicht nachkommen kann, unterliegt der Logik von Hartz-IV und dem Erziehungsanspruch des Staates gegenüber den „sozialen Unterschichten“ (siehe auch Kapitel K 5. und 5.1.). Die von Bundeskanzlerin Merkel geforderte „Einmischung – für Kinder“ entfaltet sich in seiner ganzen Widersprüchlichkeit: Sie sehe eine Spaltung der Gesellschaft „in Menschen, die ein Herz für Kinder haben auf der einen, und Kinder, die es unglaublich schwer haben auf der anderen Seite“ (TAZ, 18.12.2006). Die politische Reaktion auf skandalisierte Misshandlungsfälle setzt nicht auf helfende Unterstützung der überforderten Eltern im Erziehungsprozess, sondern auf staatliche Zwangsmassnahmen: Gesetzesforderung (Bundesrat) auf verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen („Us“) mit Sanktionscharakter bei Nichteinhaltung, angedrohte Streichung des Kindergeldes etc. Anstatt den Kinderschutz strukturell zu verbessern, steht nach Aussagen der Kinder- und Jugendverbände „das Kinder- und Jugendhilfesystem vor dem Kollaps“ (Präsident des Kinderschutzesbundes Heinz Hilgers – 18.12.2006), weil viele Jugendämter wegen finanzieller Auszehrung an Personalmangel leiden.

Die mit der Diskussion der Unicef-Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in 21 Industrieländern im konservativen Politiklager aufbrechenden Diskussionen sind insofern von Interesse, da sich auch hier die Spaltung in „Modernisierer“ und konservative Kräfte abbildet. Der von der Familienministerin von der Leyen geforderte Paradigmenwechsel (gestützt auf die Unicef-Studie) zum forcierten Ausbau von Betreuungsplätzen wird aus wertkonservativer Perspektive scharf angegriffen: „Familie darf keine Unterabteilung der Arbeitsmarktpolitik sein“ (Glück CSU) – „Hausfrauen sind keine Rabenmütter“ (Kauder CDU) (FAZ 15.2.2007). So warnte Unions-Fraktionschef Kauder davor, das Familienmodell mit berufstätiger Mutter in den Mittelpunkt zu stellen. Nicht nur die Sorge um die staatlichen Mehrausgaben, sondern auch die Sorge um das konservative Image der Partei nähren diesen Streit. Zusätzliche Ausgaben für die Familien seien „wegen des Konsolidierungskurses nicht finanzierbar“ (Financial Times 15.2.2007).

Der sich laut artikulierende Widerspruch im konservativen Lager ist deswegen von analytischem Interesse, weil sich an ihm exemplarisch das gesellschaftliche Spannungsfeld eines „Modernisierungs“-Prozesses aufzeigen lässt, der sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen immer stärker artikuliert. Die starke Konvergenz zu anderen Politikfeldern in der Großen Koalition (Einwanderung, Sozialreformen, Haushaltssanierung) findet in der Familienpolitik einen exemplarischen Ausdruck, und ist nicht nur erklärbar durch die ausgeprägte Dynamik der Familienministerin von der Leyen beim politischen Implementierungsversuch ihrer familienpolitischen Programmatik:

„Ristau-Winkler und von der Leyen eint die Überzeugung, dass moderne Familienpolitik vor allem berufstätige Frauen fördern müsse, damit Arbeit und Kinder besser vereinbar werden. Die Hausfrauenehe ist für sie eine Lebensform, die sich die Gesellschaft nicht mehr leisten kann. Vom ‚ökonomischen Charme‘ der Familie ist in einem Grundsatzartikel des Ministerialen die Rede...“

Kein Thema ist in der CDU/CSU derzeit so umstritten wie die Familienpolitik, viele Konservative sehen in den Zielen der Ministerin einen Verrat an den Grundsatzwerten der Union“ (Der Spiegel, 8/2007, S. 30).

Die Spaltungslinie im neokonservativen Lager ist die eine Seite des Widerspruchs. Auf dem Hintergrund der strukturellen Verwerfungen in der Gesellschaft ist der Deltavergleich im internationalen Benchmark nicht nur ernüchternd, sondern der sozial- und familienpolitische Fokus auf die wirklichen Problemlagen dieser Gesellschaft (Marginalisierungs- und Exklusionsprozesse) sozial selektiv und elitär. Der „ökonomische Charme“ der Familie hat aus unterschiedlichen Betroffenheiten differenzierter Bedürfnisartikulationen mit ungleichen Lobbywirkungen. Die programmatische familienpolitische Grundausrichtung auf „K,K,K“ (Kind, Kita, Karriere) begründet die Familienministerin aus der Hypothese über die Verschärfung des globalen Wettbewerbs:

„In Zukunft müssen Frauen wie Männer viele Aufgaben gleichzeitig erfüllen: die Kinder erziehen, die Älteren pflegen und auch noch für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes sorgen. Wenn wir das nicht hinbekommen, wird dieses Land kinderlos und international abgehängt“ (In: Wirtschaftswoche 12.2.2007, S. 40).

Auf diesem Hintergrund geht es der Familienministerin um eine fundamentale Neugestaltung der Familienpolitik. Grundaussage ist, dass die staatlichen Familienausgaben von 184 Mrd. Euro jährlich nicht zu den gewünschten Effekten geführt haben. Die Bilanz der eingesetzten Milliarden sei mager: So liege Deutschland im europäischen Vergleich sowohl mit der Geburtenrate als auch mit der Beschäftigungsquote der Frauen unter dem europäischen Durchschnitt. Der mit dieser Grundhypothese einhergehende Umverteilungsprozess bewegt sich zwischen vier Kostenblöcken: Kindergeld und Kindersteuerfreibetrag, Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Krankenversicherung und öffentliche Investitionen in Kinderbetreuung. In diesem Prioritätenprozess will von der Leyen die mangelhafte Kinderbetreuung bis zum Jahre 2013 um insgesamt 750.000 Kita-Plätze und Tagesmutterangebote für unter Dreijährige bereitstellen. Also eine Verdreifachung des bisherigen Angebotes. Die damit verbundenen Kosten sollen dann von anderen Titeln (z.B. Kindergeld) umgeschichtet werden. In

sechs Jahren soll für jedes dritte Kleinkind ein Platz in der Kinderkrippe oder bei Tagesmüttern zur Verfügung stehen, und ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bestehen.

Vor allem die Industrie unterstützt von der Leyens Kita-Pläne. So rechnet die „Initiative Wissensfabrik“ (Studie beim Institut der deutschen Wirtschaft in Auftrag gegeben) vor, dass eine Investition von 10 Milliarden Euro pro Jahr in gebührenfreie Kindergartenplätze, bundesweite Bildungsstandards und höher qualifiziertes Personal jährlich eine Einsparung von 4,2 Milliarden Euro erbringt, da der Staat dementsprechend weniger Ausgaben für Nachqualifizierung in Kinder und Jugendliche aufzuwenden habe. Und (so der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Braun):

„Elterngeld und bessere Kinderbetreuung sind zwei Seiten derselben Medaille. Eine gute Kinderbetreuung ist unbedingte Voraussetzung für die von Betrieb und Eltern gewünschte rasche Rückkehr in den Beruf“ (Handelsblatt 16.2.2007).

Dabei ist die Strategie von der Leyens nicht weit von der Vorgänger-Regierung entfernt. Die „kopernikanische Wende in der Familienpolitik“ konzentriert sich im Rahmen des „Modernisierungs“-Paradigmas auf

- die Aktivierung der brachliegenden Ressourcen Frau (Mittelschichtsfrauen, Akademikerinnen, Selbstständige);
- einer Bündelung und Neuausrichtung der Kostenstrukturen der bisherigen Familienpolitik („Milliardengrab Familien“: 184 Milliarden jährlich);
- der Einführung des Elterngeldes;
- einem flächigen Infrastrukturausbau der Kleinkind- und Vorschulversorgung;
- und flankierend in der Bildungspolitik: eine flächige Einführung der Ganztagschule.

In den familienpolitischen Zielsetzungen wird sie (bei allen innerparteilichen Kontroversen) im Entwurf des neuen CDU-Programms (5/2007) gestützt und flankiert, in dem auf wesentlichen Politikfeldern neue „Modernisierungs“-Akzente gesetzt werden, u.a. auch für die Familienpolitik. Wenn auch moderat verpackt wird der Paradigmenwechsel vom bisherigen christlich-konservativen Familienbild vorgenommen: „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen... Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in andern Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen“. Kindererziehung und Familienarbeit sei nicht alleine die Aufgabe der Frauen.

Diese Anpassung an die gesellschaftlichen „Modernisierungserfordernisse“ geschieht auf dem Hintergrund der Adaption und Ableitung der PISA-Diskussion und vergleichender Benchmarks, die das „Modernisierungs“-Defizit aufgezeigt haben. Dass die Konsequenz, mit der dieser Paradigmenwechsel eingeleitet und implementiert werden soll, zur Polarisierung zwischen den gesellschaftlichen Lagern beiträgt, erhält eine gewisse Plausibilität. Da der notwendige strukturelle gesellschaftliche Wandel so signifikant benchmarkorientiert untermauert ist - lässt sich bei aller notwendigen Diskussion der Reduktion dieser Politik auf die Funktionalität dieses Strukturwandels - der Zwang, darauf strukturelle Antworten geben zu müssen, auch im politisch-konservativen Lager nicht mehr leugnen:

- So lebt nach Untersuchungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung fast jedes Kind nicht mehr in einer klassischen Familie. 15 Prozent leben ohne Vater, 2 Prozent ohne Mutter, mit unverheirateten Eltern 6 Prozent und im Patchwork-Modell 9 Prozent, während in den fünfziger Jahren 98 Prozent in einer klassischen Familie geboren wurden.
- Blieben Mitte der sechziger Jahre noch zwei Drittel der Ehefrauen zu Hause, um sich um ihre durchschnittlich 2,5 Kinder zu kümmern, so sind es heute nur noch gut ein Drittel.

- Die traditionelle Alleinverdiener-Familie gerät zunehmend in die Defensive.
- Der Vergleich europäischer Länder (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) stützt die These, dass dort, wo die Scheidungsrate höher ist und mehr Frauen berufstätig sind, aber die Versorgungsinfrastruktur angepasst ist (Schweden, Finnland, Dänemark, Frankreich) die Geburtenrate höher ist als in Deutschland. Da, wo die Versorgung der Kinder gesellschaftlich organisierter ist und Frauen keine Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und/oder in ein unerwünschtes Lebensmodell zurückzufallen, findet dieses auch seinen Niederschlag in der Bereitschaft, einen Kinderwunsch zu realisieren.
- Der Wandel zur „Dienstleistungsgesellschaft“ verstärkt den Bedarf nach qualifizierten Frauen. Diese Veränderung ist also eine Frage der Ökonomie und nicht der Ideologie.
- Deutschland garantiert seit 1999 gerademal einen Halbtagskindergartenplatz, die Anzahl der Kindergartenplätze hat jedoch keine signifikante Auswirkung auf die Geburtenziffer (Berlin-Institut im Europa-Vergleich). Dort, wo es im europäischen Systemvergleich mehr Plätze für die bis zu Dreijährigen gibt, registrieren die Statistiker eine höhere Fertilität. Denn wer sich auf eine dreijährige berufliche Auszeit einlässt, riskiert die Reintegration in den Beruf.
- Während in Deutschland ca. 70% aller Kosten direkt an die Familien gezahlt werden, sind in vergleichbaren Ländern (z.B. Dänemark) die Investitionen in die Infrastruktur umgekehrt. Hier setzt das Umverteilungs-Paradigma der „modernen Familienpolitik“ an: Neuinvestitionen in Kinderkrippen, Kindergartenplätze, Horte, Ganztagschulen.
- Dass die „moderne Familienpolitik“ als „Mittelschicht-Förderungsprogramm“ kritisiert wird, und das Geringverdiener benachteiligt werden, gehört zur Grundcharakteristik dieses Politikan-satzes, ebenso wie die These, dass „Geld keine Babys“ erzeugt. Denn das Familien Zeit, sichere Rahmenbedingungen (Arbeitsplätze und Kinder-Infrastrukturen) brauchen, ist eine Banalität, die sich jedoch mit den deutschen Realitäten grundsätzlich in Widersprüchen be-findet.

Die aktuelle Debatte verschärft sich noch über die Auseinandersetzungen des „Familiensplittings“ (Erweiterung des Ehegattensplittings um eine Kinderkomponente), dessen Verteilungswirkungen eine weitere Bevorzugung von Gutverdienenden, und eine gravierende Benachteiligung von Paaren mit Kindern und einem geringen Einkommen zur Folge haben. Dieser politisch-strategische Ansatz zur Gewinnung neuer Wählerschichten außerhalb des klassischen konservativen Milieus aktiviert nicht nur die beschriebenen innerparteilichen Spaltungstendenzen, sondern verschärft den skizzierten sozialen Spaltungs- und Selektionsprozess (wenn dieses publizierte Konzept auch erstmal bis zum Herbst 2007 von einer beauftragten Expertengruppe hinsichtlich der Verteilungswirkungen bewertet werden soll).

Die selektiv dargestellten Herausforderungen an die heranwachsende Generation bedürfen jedoch anderer Lösungsansätze angesichts der gesellschaftlichen Differenzierungs-, Exklu-sions- und Verwerfungsprozesse als die Postulate und Konzepte privilegierter Eliten und Bil-dungsbürger, deren Vorstellungen zum offiziellen Politikkonzept erhoben werden sollen, ohne ausreichende Sensibilität für die gravierenden Problemlagen der gesellschaftlich marginalisier-ten/exkludierten Gesellschaftsschichten.

Die Herausforderungen an die zukünftigen Generationen als Bildungs- und Erziehungsprozess fokussiert von der Leyen, und setzt damit Maßstäbe an die sozialisatorischen und systemischen Voraussetzungen:

„Wenn wir nicht anfangen, unseren Kindern bestimmte Werte in der Erziehung mitzugeben, dann nehmen wir ihnen später große Chancen. Denn wer innerlich gefestigt ist, hat es leichter im Leben; Werte geben auch in schweren Zeiten Orientierung. Unsere Kinder haben eine Welt mit großen Veränderungen vor sich, sie werden sehr hart arbeiten müssen, sie werden viel Verantwortung für uns, die ältere Generation, übernehmen müssen. Das Rüstzeug geben wird ihnen am Anfang in die Hand“ (Der Spiegel, 17/2006, S. 31).

Diesem Anspruch steht die These von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ gegenüber, in der das Leben mit Kindern als deutschlandspezifische Problemlage eines „alles in allem kinderfeindlichen oder doch zumindest kinderentwöhntem Land“ problematisiert wird. Diese „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber dem Leben mit Kindern wurde schon 1994 u.a. von der Sachverständigenkommission (Fünfter Familienbericht) unter folgenden Aspekten thematisiert:

- Einerseits ist eine erfüllte Partnerschaft mit Kind(ern) im Wertkanon und in den Lebensentwürfen von Männern und Frauen aller Altersklassen weiterhin fest verankert. Andererseits kommen Familien als Orte des Vertrauens, der Fürsorge und der Verlässlichkeit mit dem strukturellen Zwang zu Flexibilität und Mobilität in der Erwerbswelt zunehmend in einen Widerspruch.
- Obwohl sich die überwältigende Mehrheit junger Frauen und Männer (16-24 Jahre) Kinder wünschen, müssen wir für Deutschland ein hohes Maß an dauerhafter Kinderlosigkeit konstatieren. Das sich verschärfende Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie macht offensichtlich für eine immer größere Zahl junger Paare die Umsetzung „doppelter“ Lebenspläne immer schwieriger. Insgesamt verzichtet ein wachsender Teil der jüngeren Generation generell auf Kinder. Dieser deutsche Sonderweg der Familienentwicklung (Fertilitätsverhalten) definiert den gegenwärtigen Strukturwandel.
- Im Vergleich aller Bevölkerungsgruppen sind Kinder und Jugendliche inzwischen am häufigsten von Sozialhilfe abhängig. Familien sind gegenüber anderen Lebensformen ohne Kinder deutlich benachteiligt, und der Familiensektor schrumpft signifikant.
- Trotz massiver Veränderungen in den Lebensformen der Menschen hat die deutsche Familienpolitik am Familienleitbild der Hausfrauenehe festgehalten, wurden die sich verändernden Bedürfnisse an die Gestaltung des Alltags mit Kindern zwischen Erwerbs- und Familienwelt weitgehend ignoriert.
- Zwischenzeitlich enden 35 Prozent aller Ehen in einer Scheidung. Zu den weit verbreiteten familialen Lebensformen gehören alleinerziehende Elternteile mit ihren Kindern. Familien haben entlang ihrer Biografien eine zunehmende Zahl von Umbrüchen und Neukonstellierungen („Patchwork-Familien“).
- Ein vergleichbarer Struktur- und Kulturwandel ist in der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in den Familien nicht zu verzeichnen. Die Sorge- und Hausarbeit (Kinder und pflegebedürftige Angehörige) fällt weiterhin in die Zuständigkeit von Frauen und Müttern.
- Die Entscheidung für Kinder führt häufig (mit einem ausgeprägten Schichtenindex) zu prekären Lebenslagen oder mündet in Armut. Die über Jahrzehnte deutsche Kultivierung der „Privatisierung“ der Kinderfrage manifestiert sich auch darin, dass das Großziehen von Kindern zu beträchtlichen finanziellen Nachteilen führt. Kinder stellen einen dermaßen beträchtlichen Kostenfaktor dar, dass die vom Bundesverfassungsgericht mehrfach angemahnte Einkommens- und Steuergerechtigkeit bis heute konterkariert wird. So werden die Standards in den Konsum- und Wohnungsmärkten von kinderlosen Haushalten mit zwei Einkommen und nicht von Familienhaushalten bestimmt. Durch die Verschiebung nachwachsender Alterskohorten verschiebt

sich die Richtung für Kinder, deren Eltern keine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, zunehmend in materielle Armut und Bildungsarmut als auch in soziale Exklusionslagen.

- Die soziologische Ehemogenität (Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse) trägt zur Reproduktion sozialer Schichtungen bei, so dass die soziale Vererbung von Bildungsarmut eine zentrale Erklärung der Entwicklung „neuer Unterschichten“ ist.
- Schon im Übergang zur Elternschaft bestehen erhebliche Defizite an familienbegleitenden und unterstützenden Diensten (Trennungen/Scheidungen nehmen oft in dieser Phase ihren Ausgangspunkt).
- Die infrastrukturellen Voraussetzungen (Kindergarten, Ganztagschule etc.) sind im Benchmark-Vergleich extrem defizitär, und verhindern bisher eine konzertierte Aktion zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Schichten und Bildungsgruppen.
- Insbesondere die Übernahme der Fürsorge- und Erziehungsarbeit für Kinder korreliert bei Frauen mit signifikanten Benachteiligungen bei Karrierechancen, beruflichem Wiedereinstieg als auch der Alterssicherung. Die männliche Normalbiografie mit der außerhäusigen Ernährerrolle ist weiterhin handlungsleitend.

Im Raum steht nicht ein ideller Appell „Ermutigung zum Leben mit Kindern“, sondern die Schaffung von Rahmenbedingungen, die im bekannten europäischen Systemvergleich den klassisch deutschen „Modernisierungsrückstand“ kompensieren.

Will man die heutige familienpolitische, demografische und kinderbezogene deutschlandspezifische Debatte (Delta-Analyse) angemessen einordnen, ist ein Blick in die historische Rekonstruktion der politischen und familienpolitischen Rahmenbedingungen unerlässlich:

„Ein Staat ohne Gerechtigkeit, so lehrt schon Kirchenvater Augustinus, sei nichts anderes als eine große Räuberbande. Die Familien in Deutschland können ein Lied davon singen. Seit 1961 wurde sie mit Hilfe des Steuerrechts ausgeplündert. Damals erreichten die Kinderfreibeträge ihren historischen Höchststand... Danach ging es nur noch bergab: Bis zur Abschaffung der Freibeträge und ihrer Ersetzung durch das einheitliche Kindergeld... erfolgte keinerlei Anpassung mehr... Erst ab 1983 kamen wieder Freibeträge hinzu, die aber ebenso kümmerlich wie das Kindergeld blieben.

Keine Kinder zu haben rechnete sich also immer mehr. Zumal sich herumsprach, dass sie bei der Rente seit 1957 ebenfalls hinderlich waren. Da kam die ‚Pille‘ Mitte der sechziger Jahre gewissermaßen wie gerufen. Der drastische Geburtenrückgang seit den siebziger Jahren verschlimmerte wiederum die Situation für die Familien zusätzlich, da die Konkurrenz der durch Unterhalt nicht belasteten Kinderlosen in allen Markt Bereichen, namentlich dem Wohnungsmarkt, erdrückend wurde... Längst sprach die Fachwelt von einem System der Kinderstrafsteuern. Jedes Wolfsrudel habe mehr Instinkt für die Nachwuchssicherung als unser hochzivilisiertes Staatswesen, geißelte 1984 der damalige Verfassungsgerichtspräsident Wolfgang Zeidler die Politik: sie beschließe ‚Gesetze, die zu nichts anderem taugen, als in Karlsruhe zu scheitern‘. Er stieß freilich auf taube Ohren. So kam es dann, wie es kommen musste: Mit einer Serie von Paukenschlägen erinnerte das Bundesverfassungsgericht seit 1990 an den Artikel 6 des Grundgesetzes. Diese Norm verpflichtet die Politik zur Familienförderung, weshalb Benachteiligungen erst recht verboten sind. Die Bonner Reaktionen blieben indes kosmetisch. Substantiell änderte sich nichts. Im Gegenteil: Den Familien wurde mit Mehrwertsteuererhöhungen und einer exorbitanten Steigerung der Abgabenlasten zur Sozialversicherung vollends das Genick gebrochen. Lag 1961 die Abgabenbelastung bei Arbeitnehmer-Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zusammen noch bei rund 18 Prozent, kletterte sie bis heute auf über 40 Prozent. Hinzu kommt die Belastung mit indirekten Steuern. Mit jedem Prozentpunkt Mehrbelastung verstärkte sich zwangsläufig der relative Vorsprung an verfügbarem Einkommen bei den Kinderlosen... Eine Explosion der Familienarmut, ablesbar an den Sozialhilfezahlen, war die zwangsläufige Folge...

Diese Tatsache erzwingt erst recht fundamentale Reformen. Denn krasser und familienfeindlicher als bei der parafiskalischen Beitragsstruktur kann das Prinzip der Belastungsgleichheit gar nicht verletzt werden: kein Existenzminimum, keine Progression, dafür aber Luxusfreibeträge in Gestalt der Beitragsbemessungsgrenzen ausgerechnet für die leistungsfähigsten Einkommen. Mit dieser Einnahmestruktur ist eine vollkommen sozialstaatswidrige Umverteilung von unten nach oben und damit eine stetig wachsende Schieflage zu Lasten der Familien vorprogrammiert. Ausgerechnet die Solidarsysteme gefährden damit zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schaffen die Risiken, vor denen sie schützen sollen.

Die Reform wird damit zur Schicksalsfrage des Sozialstaates“ (Jürgen Borchert/Sozialrichter, in: <http://www.familienpolitik-online.de/html/lastesel.htm>. 09.02.2007).

Diese historische Rekonstruktion wird in der Stellungnahme der Robert-Bosch-Stiftung (15.12.2005) (Vorsitzender der Kommission Prof. Dr. Kurt Biedenkopf) plausibel aktualisiert:

„Familien tragen gegenüber Kinderlosen unverhältnismäßige Belastungen. Die Kosten der Kinder werden weitgehend von den Eltern aufgebracht. Ihr ‚Nutzen‘ kommt weitgehend der Allgemeinheit und damit auch all jenen zugute, die nicht in Kinder investiert haben. Die Kosten der Kinder werden privatisiert, ihr späterer Nutzen wird sozialisiert“ (Presseerklärung der Robert-Bosch-Stiftung, 15.12.2005).

So müssen trotz der offiziell ausgewiesenen Rekordausgaben für die Familienförderung viele Eltern in Deutschland mit immer weniger Geld auskommen. Besonders für kinderreiche Familien haben sich die Abgaben- und Steuerbelastungen seit der Regierungsübernahme der Großen Koalition (2005) drastisch erhöht und damit die Reproduktionsbedingungen einschneidend verändert. Vor allem die Belastungen der Mehrwertsteuererhöhung (3 Prozent), der Wegfall der Eigenheimzulage, die Kürzung der Pendlerpauschale, die Streichung von Familienkomponenten im öffentlichen Dienst und die Kürzungen beim Kindergeld erklären diesen Negativstatus. So geht nach Aussagen des Geschäftsführers des Deutschen Familienverbandes Stressing „bei großen Familien der Hauptanteil des Einkommens in der Regel in den sofortigen Konsum“ (Die Welt, 8.9.2007).

1. Konzept der „nachhaltigen Familienpolitik“: Orientierung am Leitbild der voll berufstätigen und gutverdienenden Eltern

Im Konzept einer „nachhaltigen Familienpolitik“ belegt Bert Rürup im Kontext der „Humankapital“-Theorie die Kopplung familienpolitischer Ziele und Prämissen mit den Funktionalitäten des Arbeitsmarktes, der Bevölkerungspolitik und gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsnotwendigkeiten. War die Grundintention einer konservativ definierten Familienpolitik die Erhöhung der Geburtenrate bei gleichzeitiger Reduktion der Frauenerwerbstätigkeit, so strebt die „nachhaltige Familienpolitik“ eine Erhöhung der Geburtenrate bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit von Frauen an. Der Anspruch, durch die Beteiligung von Müttern am Erwerbsleben zugleich die Armut von Familien bzw. Kindern abzubauen, erweist sich auf dem Hintergrund der soziologischen und arbeitsmarktstrukturellen Entwicklungen mehr als Legitimationsansatz zur Reduktion der staatlichen Transferkosten denn als realistische arbeitsmarktpolitische Perspektive für marginalisierte/exkludierte gesellschaftliche Gruppen/Schichten. Der Verweis auf die Entwicklungen und Bedingungen skandinavischer Länder („...dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht mit einer geringeren Geburtenrate einhergehen muss“) (S. 2) bleibt dort oberflächlich, wo der fehlende Systemvergleich das entscheidende Faktum ausblendet: den unterschiedlichen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und sozialpolitischer Rahmenbedingungen.

Unter den Voraussetzungen dieses typisch deutschen Defizits ist der Verweis auf die Funktionalität des Elterngeldes (Opportunitätskosten) widersprüchlich und oberflächlich, weil sowohl die monetäre und ökonomistische familienpolitische Motivation als auch das Ausblenden ihres sozial selektiven Charakters analytisch inakzeptabel ist. Der Hinweis, dass das eigentliche demografische Problem in der überdurchschnittlichen Kinderlosigkeit gut ausgebildeter Frauen liegt (S. 4), unterstreicht nicht nur den Ansatz zur konzeptionellen Fundamentierung des Elterngeldes, sondern zugleich auch den familienpolitischen ‚blinden Flecken‘ gegenüber den Armuts- und Marginalisierungspotenzialen in unserer Gesellschaft. Wenn die „Qualität des Humankapitals eine Schlüsselfunktion“ im aktuellen und zukünftigen Systemwettbewerb ist, dann ist die Fokussierung auf die „produktiven“ Teile in der Gesellschaft äquivalent mit der aktuellen politischen Debatte einer notwendigen politischen Konzentration auf die „Leistungsträger“ dieser Gesellschaft. Dass unter sozialen und demografischen Ge-

sichtspunkten einer starker Fokus auf die Marginalisierungs-/Exklusionspotenziale (mit ihren Kindern) in der Gesellschaft gelegt werden müsste, entgeht den Autoren und Promotoren der „nachhaltigen Politik“ offensichtlich. Die Fixierung auf die Verbesserung der Erwerbsoptionen gut ausgebildeter Mütter unterstreicht nicht nur den sozial selektiven Charakter aktueller Familienpolitik (wider das Gebot des Bundesverfassungsgerichtes, dass es zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen keine steuerlichen Ungleichbehandlungen geben darf), sondern unterstreicht, dass Erwerbsarbeit an die Stelle bisheriger Familienpolitik treten soll. Bisherige Familienstrukturen sollen zugleich den Erfordernissen einer globalisierten Arbeitswelt angepasst werden. Dieses soll in einem Politik-Mix aus Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, betrieblicher Personal- und Einwanderungspolitik realisiert werden (Strategiepapier des BDI und IW 2005: „Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor“). Dieselbe Stossrichtung postuliert die „Allianz für die Familie“, die Zeichen setzen will für eine „nachhaltige Familienpolitik“, weil

- unsere Gesellschaft eine höhere Geburtenrate braucht;
 - unsere Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte und eine höhere Erwerbsquote der Frauen angewiesen ist;
 - im Benchmarking (Norwegen, Island etc.) Geburtenzahlen und höhere Erwerbsquoten keine widersprüchlichen Ziele sind (wenn die Rahmenbedingungen stimmen);
 - Opportunitätskosten (mögliche Nutzung und Erträge einer Alternativaktivität) keine Determinante des Geburten- bzw. Fertikalitätsverhaltens sein dürfen;
 - unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen.
- (<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Familie/familie- und -arbeitswelt.html>, 25.01.2006).

Die Notwendigkeit „nachhaltiger Familienpolitik“ unterliegt in dem bekannten Mix ausschließlich einem ökonomischen Kalkül unter der Annahme zentraler demografischer Veränderungen. Da der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren ab dem Jahre 2010 merklich zurückgeht, und negative Effekte des Arbeitskräfterrückgangs auf das wirtschaftliche Wachstum unterstellt werden (Gruesacu/Rürup 2005), soll durch die Maßnahmen einer „nachhaltigen Familienpolitik“ der zahlenmäßige Rückgang der Erwerbstätigen „entschärft“ werden durch eine Erhöhung der Geburtenrate und die Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote (zur Vermeidung/Abmilderung des zukünftigen Arbeits-/Fachkräftemangels). Unterstellt wird in diesem Ansatz, dass das „Humankapital“ von großer Bedeutung für die „Wachstumsdeterminate technischer Fortschritt“ ist. Sowohl Quantität als auch Qualität des „Humankapitals“ kommt eine Schlüsselfunktion zu, da der Anreiz, bei Verknappung der Arbeitskräfte in neue Technologien zu investieren, eher unsicher ist. Die derzeitige Symbiose der „Modernisierungsfraktion“ organisiert einen enormen Veränderungsdruck auf bisherige Strukturen und Kulturen der Gesellschaft. So geht die Revolutionierung der Kleinkindbetreuung durch die Familienministerin von der Leyen einher mit den Konzepten und Strategien der Industrie- und Handelskammern zur Stärkung des „Erfolgsfaktors Familie“, ebenso wie die „Modernisierungs“-Korrespondenz mit den Konzepten des „Aktionsrates Bildung“ unübersehbar ist. Ganz unter der Prämisse: „Wir haben keine Zeit, wir müssen schneller werden“ (TAZ 16.4.2007).

Da eine kurz-, mittel- bis langfristige Erhöhung der Geburtenrate sich einer linearen Plan- und Machbarkeit entzieht, die „Nachfrage nach Kindern“ jedoch hoch ist, ist der Rückgriff auf Zuwanderung notwendig, um den Altersquotienten konstant zu halten. Dabei wird das „politische Fassungsvermögen“ von Zuwanderern jährlich die Größe von 3,4 Millionen bei weitem übersteigen. Szenarische Varianten lassen jedoch zur Gesamtentwicklung keine verlässlichen Aussagen zu:

„Wir haben verschiedene Szenarien berechnet, um deutlich zu machen, dass eine Familienpolitik, die nicht versucht, unterschiedliche Maßnahmen zu kombinieren, mit einiger Wahrscheinlichkeit nur einen sehr begrenzten Effekt auf die Geburtenentwicklung haben kann. Hingegen vermuten wir, wenn auch mit der gebotenen Vorsicht, dass ein ‚Policy Mix‘ aus unterschiedlichen Strategien erfolgreicher sein wird...“

Jedoch gehen wir nicht davon aus, dass durch familienpolitische Maßnahmen eine Kumulation aller Effekte erreicht werden kann. Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, dass eine geringere Kinderlosigkeit, mehr Mehrkinderfamilien, mehr Teilzeit

arbeitende Frauen und eine frühe Geburt der Kinder dazu führen, dass die einzelnen recht geringen Effekte von 0,1 bis 0,2 sich auf Dauer addieren und die Geburtenrate auf über 2 erhöhen. Wir haben dieses Szenarien durchgerechnet, um deutlich zu machen, dass eine Familienpolitik, die sich nur auf eine Maßnahme konzentriert, nur sehr geringe Effekte hervorrufen kann, während eine integrative Konzeption möglicherweise doch dazu beitragen kann, dass sich Deutschland wieder dem europäischen Durchschnitt nähert“ (Hans Bertram/Wiebke Rösler/Nancy Ehler 2005, S. 13).

Dass quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsplätze eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sind, kann als gesellschaftspolitischer Allgemeinplatz zwischenzeitlich übernommen werden. Deutsche Realität ist jedoch das vorherrschende Modell der familiären Arbeitsteilung, bei dem Müttern weiterhin der Großteil der Erziehungs- und Betreuungsarbeit zufällt.

Dabei wird zugleich deutlich, dass mit einer allgemeinen demografisch-bevölkerungspolitischen Betrachtung die gesellschaftspolitische und soziologische Tiefenstruktur der Entwicklung weitestgehend ausgeklammert bleibt. Der parteipolitische Streit um das „Genshagen-Papier“ ist nicht nur unter Wahlkampfmotiven zu interpretieren. Der eigentliche Dissens geht tiefer und kristallisiert sich um zwei Fragen: Ob man sich von der Leitidee „jedes Kind ist uns gleich viel wert“ ein weiteres Mal wie beim geplanten einkommensabhängigen Elterngeld verabschiedet. Und: Ob man Frauen mit Gesetzeskraft motivieren will, nach dem ersten Jahr wieder in den Beruf einzusteigen. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, dass die „Leistungsträger“-Debatte eine Ausweitung auf die „Förderungswürdigkeit von Kindern“ findet. Somit ist der sozialelektive Politikansatz in der Debatte. Es gehört zum Zynismus dieser Diskussion, dass der Ausbau der Kinderbetreuung u.a. aus Einsparungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (1,5. Milliarden Euro) erfolgen soll.

Neben den genannten zentralen Zielen ist der Ansatz zur Bekämpfung der „Armut in den Familien“ auf das Problem der Nichterwerbstätigkeit der Alleinerziehenden fokussiert. Die beabsichtigte Aktivierung für den Arbeitsmarkt wird sowohl mit sozialisatorischen als auch sozialpolitischen Argumentationen flankiert, ohne die strukturellen Problemlagen dieser Zielgruppe angemessen zu berücksichtigen, obwohl Forderungen zum eltern- und kindgerechten Ausbau der Infrastrukturen und flexiblen, d.h. familienorientierten Arbeitszeiten zu begrüßen sind.

Die ordnungspolitisch motivierte Begründung für die Familienpolitik unterstreicht die zentralen Funktionen der Familien, die zum Erhalt der Gesellschaft und des Wirtschaftssystems beitragen (Reproduktions, Haushalts-, Sozialisations- und Altersvorsorgefunktion), die in ihrem Paradigmenwechsel von Hülkamp/Seyda (2004) wie folgt begründet wird:

„Viele familienpolitische Maßnahmen fördern das Alleinverdienermodell, das lange Zeit das am häufigsten praktizierte Familienmodell war, inzwischen aber immer seltener gelebt wird. Dazu zählen das Erziehungsgeld und die Elternzeit in der derzeitigen Ausgestaltung, das Ehegattensplitting sowie die kostenlose Mitversicherung von nicht erwerbstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung. All dies unterstützt eine längere Unterbrechung der Erwerbsbiographie der Frau, statt eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen. Des Weiteren wirken andere institutionelle Gegebenheiten, wie etwa die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen und ein Karriereknick durch Teilzeitbeschäftigung, als Faktoren, die eine traditionelle Rollenverteilung verstärken“ (S. 64 f.).

2. Siebter Familienbericht im Zeichen des „Modernisierungs“-Paradigmas

Der 7. Familienbericht (2005) mit dem Titel „Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und sozialer Zusammenhalt“ reflektiert das sich zuspitzende gesellschaftspolitische Problem, dass die Balance zwischen Familie und Arbeitswelt im Lebenslauf durch die Veränderungsdynamik der Arbeitswelt und im

gesellschaftlichen Überbau immer schwieriger zu realisieren ist. Untersucht werden Wandel und Stabilität der Familie, Veränderungen von Arbeit, Bildung und Wirtschaft, Geld- und Zeitökonomie von Familien, Generationenbeziehungen sowie Veränderungen in den Geschlechterrollen. **Zentrale Prämisse** ist, dass die bisherigen staatlichen Leistungen für die Familien nicht zu Ergebnissen wie in vergleichbaren europäischen Ländern beigetragen haben, und nicht ausreichend auf die Herausforderungen der Zukunft (demografische Entwicklung) ausgerichtet sind. **Die Fokussierung der Familienpolitik auf die „Ressource Kinder“ manifestiert die zunehmende Instrumentalisierung der Sozial- und Familienpolitik auf ökonomische Nützlichkeitsabwägungen.** Gemessen an den Kriterien Geburtenrate, Vereinbarkeit, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz haben nach Expertiseinschätzungen 50 Jahre Familienpolitik zu „wenig befriedigenden Ergebnissen“ geführt.

Deswegen beabsichtigt die „nachhaltige Familienpolitik“ einen gestalterischen Mix aus Infrastrukturmaßnahmen, familienorientierter Arbeitszeitpolitik und effizienten Geld-Transferleistungen, und begründet und legitimiert sich in diesen Konzepten aus einer Benchmarkorientierung mit anderen Ländern:

- Ausbau einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung (als Voraussetzung dafür, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können und Kinder durch eine frühe Förderung bessere Chancen erhalten). Das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung wird als Pflichtaufgabe der Kommunen gesetzlich festgeschrieben. Zugleich soll in Kooperation mit Partnern der Wohlfahrtspflege (BAGW), dem Tagesmütterverband, der Wirtschaft (DIHK) und den Kommunen ergänzend zur Kindertagesstätte der Ausbau einer familiennahen Tagespflege (Aktionsplan Tagespflege) angestrebt werden.
- Das einjährige Elterngeld als Einkommensersatz soll in Analogie zum skandinavischen Modell das bisherige Erziehungsgeld weiterentwickeln, ohne dass der beschriebene sozial-selektive Charakter und die sonstigen in Skandinavien implementierten sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Analyse berücksichtigt werden.
- Die Absetzbarkeit der Betreuungskosten (bei den beruflich bedingt entstehenden Kinderbetreuungskosten) soll steuerlich verbessert werden. Diese Maßnahme gilt als eine Flankierung des Elterngeldes sowie dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Hierbei wird die Absetzbarkeit von Betreuungskosten als eine „Investition in die Steuerzahler von morgen“ und dadurch als „Ausdruck einer nachhaltigen Finanzpolitik“ dargestellt, und damit die ökonomistisch-monetäre Neuausrichtung der Familienpolitik unterstrichen.
- Die Reduzierung der Armutsrisiken von Familien und Kindern ist am wirkungsvollsten dadurch zu realisieren, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern unterstützt und deren Alltagskompetenzen gestärkt werden. Eine frühe Förderung der Kinder und zielgenaue Fokussierung von Geldleistungen sollen helfen, Armut zu durchbrechen.
- Durch eine Bündelung der Geldleistungen (Familienförderung ist bisher zu unübersichtlich organisiert) sollen Familien zielgenauer und effektiver gefördert werden (unterschiedliche familienbezogene Leistungen sollen in einer Familienkasse zusammengeführt werden). Durch diese Zusammenlegung soll eine höhere Transparenz, Verlässlichkeit und Steuerbarkeit erreicht werden. Familien sollen Leistungen aus einer Hand erhalten.
- Der betriebswirtschaftliche Nutzen einer familienfreundlichen Arbeitswelt ist nach Meinung der Autoren vielfältig belegt, und „immer mehr“ Unternehmen erkennen den Nutzen von Familienfreundlichkeit. Im Rahmen der „Allianz für die Familie“ setzen sich Prominente aus Wirtschaft,

Wissenschaft und Gewerkschaften „wirkungsvoll“ für eine familienfreundliche Arbeitswelt ein, natürlich auf „freiwilliger Basis“. Drei Schwerpunkte sind von der „Allianz für die Familie“ definiert:

- Stärkung betrieblich geförderter Kinderbetreuung.
 - Verbesserung der Bedingung für den Wiedereinstieg nach der Familienphase.
 - Stärkere Integration familienorientierter Maßnahmen in betriebliche Vereinbarungen.
 - Qualitätsstandards und –fortschritte in der Familienfreundlichkeit sollen regelmäßig gemessen, international verglichen und in der Folge optimiert werden. Geeignete Instrumente sind von der „Allianz für die Familie“ entwickelt worden (Benchmarking der Bertelsmann-Stiftung).
- Da Familienfreundlichkeit ein „Standortfaktor“ ist, der „nicht nur die Lebensqualität sondern auch die Wertschöpfungs- und Wirtschaftskraft von Kommunen und Regionen erhöht, sind „Lokale Bündnisse“ der „operative Unterbau“ für die „Allianz der Familie“ (Zusammenarbeit von Kommunen, Kammern, Verbänden, Wirtschaft, sozialen Organisationen zur attraktiven Gestaltung von Lebensbedingungen für Familien).
 - Die „Allianz für die Familie“ wird als Teil eines gesellschaftlichen Konzeptes für eine „nachhaltige Familienpolitik“ definiert, wonach „starke Partner“ aus Wirtschaft, Verbänden und Politik eine „neue Kultur der Familienpolitik“ implementieren wollen. Mit der „Initiative Verantwortung Erziehung“ (abgestimmt mit den beiden großen Kirchen) soll ein Mentalitätswandel für die wichtigste Zukunfts-„Ressource“ herbeigeführt werden: „Unsere Kinder“.
 - Auf der Basis vorliegender Daten (Familienatlas 2007: Auftrag Familienministerium an Prognos) lässt sich eindrucksvoll die Hypothese verifizieren, dass eine gute kommunale Familienpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen (Betreuungsangebote, Frauenarbeitsquote, Bildungswesen etc.). So ist z.B. in ostdeutschen Kommunen das familienpolitische Engagement stärker als in den westlichen Bundesländern. Trotzdem bleiben diese Regionen durch hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderungsquoten unattraktiver für junge Eltern als westdeutsche Gemeinden:

„Die vier Aspekte – Beruf und Familie, Wohnen, Bildung und Freizeit – setzt Prognos dann noch einmal in Beziehung zu den demografischen und den Arbeitsmarktdaten der Kreise – denn die schönste Kinderbetreuung kann wenig familienfreundliche Wirkung entfalten, wenn sich für die Eltern keine Arbeit findet... Die Kreise mit den schlechtesten Gesamtaussichten sind allerdings alle westdeutsch und finden sich sowohl in den ehemaligen Stahl- und Kohlrevieren des Ruhrgebiets als auch entlang der früheren innerdeutschen Grenze... Geburtenrate und Kinderbetreuungsquote stehen in keinem zwingenden Zusammenhang“ (Die Zeit, 4.10.2007, S. 22).

Wichtig für meine Marginalisierungs-/Exklusionshypothese sind die Ausführungen des 7. Familienberichtes im Titel „Familien im Kontext – familienarme Städte“. Die hier aufgezeigten Befürchtungen einer „stark zunehmenden Segregation“ und zunehmender Polarisierungen in den unterschiedlichsten familiären Reproduktionsbereichen (vor allem Familien mit Migrationshintergrund und einer höheren Zahl von Kindern; Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und Alten; dem Gegenpol einer zunehmenden Population erfolgreicher Singels) bestätigen die von mir positionierte Grundhypothese der sich zuspitzenden sozialräumlichen Disparitäten (einschließlich „kinderfreier Zonen“, „Vergreisung“ und Schrumpfung von Städten).

Von hohem diagnostischem Wert ist die von der Kommission vorgenommene Zukunftsprojektion in folgender Perspektive:

„Die Vorstellung von stetig voranschreitenden Karrieren und sicheren Einkommenssteigerungen hat sowieso keine Zukunft mehr. Es wird auch im Erwerbsleben zu immer mehr Patchwork-Konstruktionen kommen, die ein Aufbrechen des klassi-

schen Lebenslaufmodells hervorbringen werden. Die kontinuierliche Erwerbsbiographie war eine ‚Illusion der Kohl-Ära‘, die überholt ist. Die Kommission ist überzeugt davon, dass spätestens in 10 Jahren die hier vorgeschlagenen Modelle Realität zu werden beginnen.“ (In: Zukunft: Familie. Informationen zum 7. Familienbericht, www.fruitmarket.de, S. 19).

Grundlegend fokussiert das Konzept der „Nachhaltigen Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung“ ein Konzept der nationalen Strategie für eine „kinderfreundliche Gesellschaft“ in folgenden Parametern:

- Stärkung der wirtschaftlichen Grundlage von Familien.
- Ausbau des Angebots von öffentlichen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten für Kinder.
- Stärkere Ausrichtung der Gesellschaft an den Bedürfnissen von Kindern.
Herstellung des Zusammenhangs familienpolitischer Leistungen auf die Steigerung von Geburtenziffern.
- Steigerung der Erwerbstätigkeit der Frauen.
- Investitionen staatlicher Mittel verstärkt in Infrastrukturleistungen und weniger in familienorientierte Transferleistungen.
- Oberste Priorität der Familienpolitik hat die Herstellung einer besseren Balance zwischen Familie und Arbeitswelt.

Nicht nur die inhaltlichen Zielsetzungen, sondern auch die Verquickung der Kommission mit zentralen Strukturen der Think Tanks (Bertelsmann-Stiftung, VW-Stiftung, Deutsches Jugendinstitut, Allianz für die Familie), ihren theoretischen Grundpositionen an Konzepten der „forcierten Modernisierung“ und der Philosophie der „selbstorganisierten Aktivierung“ belegen den Tatbestand einer engen familienpolitischen Grundausrichtung am „Modernisierungs“-Paradigma, um die Funktionalität an die Erfordernisse des „Systemwandels“ zu erhöhen.

Die Hinorientierung auf eine zunehmend dysfunktional werdende Systemrationalität bietet jedoch für immer weniger Betroffene eine Lösung, die das Spannungsfeld von Familie und beruflicher und gesellschaftlicher Teilhabe akzeptabel zu integrieren in der Lage ist. Entlang dieses Widerspruchs polarisiert sich zur Zeit die familienpolitische Debatte:

„Im Augenblick gibt es Streit zwischen Müttern. Zwei Fronten stehen sich unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite der Barrikade befinden sich die Vertreterinnen der Vereinbarkeitstheorie. Sie proklamieren die grundsätzliche Vereinbarkeit von Kindern und Karriere und haben seit vielen Jahren eine große Anhängerschaft. Auf der anderen Seite stehen die Apologeten des alten Familienmodells. Sie gehen davon aus, dass eine Vereinbarkeit von Kindern und Karriere strukturell unmöglich ist, und bekommen in der augenblicklichen Krise immer mehr Zulauf. Beide Fronten haben sich publizistisch bisher hinlänglich geäußert. Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen dabei die Fragen, wer recht hat – die Vollzeitmutter oder die voll berufstätige Mutter – und welches der beiden Modelle unsere Zukunft bestimmen sollte...“

Die Familie ist einer der letzten Zufluchtorte. Sie ist keine Idylle, sie ist kein Puppenheim. Aber sie ist dem Ideal nach noch immer ein Gegenmodell zur Allgewalt der Ökonomie und der Beschleunigung. Sie organisiert sich nach dem Prinzip der Solidarität, nicht dem der Konkurrenz. Ihr Kapital ist der glücklich erlebte Augenblick, nicht das irgendwann erreichte Ziel, der abgearbeitete Dienstplan. Sie gehorcht dem Herzens-, nicht dem Effizienzprinzip. Wenn sie diese Eigenschaften verliert, verliert sie sich selbst. Wenn sie sich nicht schützt, zerstört sie ihre Effizienzgrundlage. Aber wie will sie sich schützen? Wie kann sie ihre eigene Logik gegen die Arbeitswelt behaupten? Darum wird es in der Zukunft gehen. Und nicht darum, weiterhin daran herumzurätseln, wie man die Frauen dem Arbeitsprozess teilweise oder ganz oder gar entzieht, um sie als lebende Schutzschilder vor dem bedrohten Familienraum aufzustellen.

Der berühmte Satz von Tolstoj, dass alle glücklichen Familien sich gleichen und alle unglücklichen auf ihre besondere Weise unglücklich seien, hat sich in unserer Zeit umgekehrt. Das Unglück der Familien ist strukturell, das Glück individuell geworden. Wir wären gut beraten, wenn es uns gelänge, die alten Tolstojischen Proportionen wiederzufinden, ohne uns in Tolstojische Lebens- und Eheverhältnisse zurückzumanövrieren. Die rundum entlastete Einstundenfamilie, wie sie am Horizont moderner Familienpolitik aufscheint, ist ein struktureller Glücksverhinderer. Vorbildlich dazu geeignet, strimlinienförmige Berufsverläufe, Vereinsamung und Erschöpfung der braven Modernisierungsteilnehmer zu garantieren. Die durch Kinder

unbehinderte Arbeitszeit der Eltern genießt allgemeine Anerkennung und staatliche Förderung, die durch Arbeit unbehinderte Familienzeit muß noch entdeckt – und geschützt werden. Denn ohne Familienzeit gibt es keine Familien. Und ohne Familien gibt es keine Kinder. Wer alles auf einmal haben will, wird bald gar nichts mehr haben. Nichts außer einer sensationell ausgestatteten Einsamkeit und einem verpassten Leben“ (Iris Radisch, Schluss mit dem Streit, in: Die Zeit 15.2.2007: 54).

3. Entgrenzte und entgrenzende Ökonomie und deren Konsequenzen für die familiäre Reproduktionsfähigkeit

Lassen sich die Prozesse des Arbeitsmarktes, sozialpolitische Adaptionenleistungen und soziologische Veränderungsprozesse noch statistisch plausibel und valide abbilden, so ist die Suche nach Antworten auf die möglichen Wirkungen des neoliberalen Globalisierungstrends auf die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Reproduktionsebenen prinzipiell schwieriger. Trotzdem soll hier der Versuch unternommen werden, einige Plausibilitäten darzustellen und zugleich Fragehorizonte zu eröffnen, die für eine erziehungswissenschaftliche und pädagogische Reflexion naheliegend sind, und in anderen Forschungsschritten eruiert werden müssen. Hier wird die These formuliert, dass die Veränderungen im wirtschaftlichen und technologischen Bereich nicht ohne Auswirkungen auf die privaten Beziehungen der Menschen und ihr persönliches Erleben bleiben. Wenn es auch keinen Beweis für eine lineare Abhängigkeit zwischen Globalisierungseffekten und Veränderungen in den Vergesellschaftungs- und Beziehungsformen geben kann, so sind spezifische Grundprozesse und Anforderungen allgemein bekannt: Individualisierung, Flexibilität, Mobilität (mit den beobachtbaren Effekten der Veränderungen der Bindungsformen ohne gemeinsamen sozialen Nahraum, einer starken Ausrichtung der Menschen auf die Steigerung des eigenen Marktwertes, der Ausweitung der Wahlmöglichkeiten durch Loslösung von traditionellen Strukturen etc.), und vor allem den beschriebenen Effekten gesellschaftlicher, sozialer und sozialökonomischer Polarisierungen (Armut, Prekarisierung, Marginalisierung/Exklusion):

„Durch die neoliberale Globalisierung büßt auch die ‚Normalfamilie‘... an gesellschaftlicher Bedeutung ein. Neben sie treten andere Lebens- und Liebesformen, die meistens weniger materielle Sicherheit zu gewährleisten vermögen (Single, sog. Ein-Eltern-Familie, Stief- bzw. ‚Patchwork-Familie‘, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Partnerschaften). Der britische Soziologe Anthony Giddens bezeichnete Ehe und Familie als ausgehöhlte Institutionen‘, weil sich ihr Wesen durch die Globalisierung verändert habe...

Der flexible Kapitalismus‘ von dem Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber und Hans-Jürgen Urban sprechen, wird zum Totengräber der Normalfamilie. Einerseits verlangt er, dass die jungen, hoch qualifizierten Menschen beiderlei Geschlechts so mobil sein müssen, dass sie bereit sind, heute in Kiel und morgen in Konstanz (wenn nicht gar in London, Tokio oder New York) zu arbeiten; andererseits sollen sie sesshaft genug sein, um eine Familien zu gründen und Kinder zu erziehen...

In aller Regel löst der ‚flexible Mensch‘ diesen Konflikt durch den Rückzug aus seinen sozialen Bindungen, die früher das Leben bestimmten. Mobile Menschen und ihre Familien (...) sind mit vielfältigen Belastungen konfrontiert, die sich nachteilig auf das körperliche und seelische Wohlbefinden auswirken und die Familienentwicklung verzögern oder verhindern können, wobei Frauen diesen Mobilitätsfolgen noch stärker ausgesetzt sind als Männer“ (Butterwegge/Kluntz/Zeng, 2005, S. 64).

Der Entwicklungsprozess befindet sich bereits in voller Dynamik. Ein zentraler Aspekt der neoliberalen „Globalisierung“ ist eine zunehmende Unberechenbarkeit und Unsicherheit, die vor allem arbeitsmarktstrukturell induziert ist. Die Veränderungsprozesse durchdringen zunehmend das private und persönliche Leben der Menschen. Die Anforderungen an den „flexiblen Menschen“ (Richard Sennet), nämlich umfassend beruflich und privat „flexibel“ zu sein, stehen im krassen Widerspruch zu Stabilitätsanforderungen privater Lebensplanung, die nicht durch eine flexibilisierte Singelkultur geprägt sind. Vor allem Planung und Grundlagen von Familienbeziehungen erfordern Verlässlichkeit, Konstanz, Kontinuität, Dauer und Langfristigkeit der Lebensplanung, die vor allem mit Kindern und Jugendlichen ein wahres Kontrastprogramm zum geforderten Lebensstil des „flexiblen Menschen“ abgeben. Die ökonomisch geforderte Flexibilität/Mobilität als ein zentrales Kernelement der „Globalisierung“ gerät in einen strukturellen Konflikt mit der so bedeutungsvollen Konstanz

und Stabilität in den intimen Beziehungen, und bedingt für eine wachsende Mehrheit eine Gratwanderung einer chronischen und riskanten Kosten-Nutzenentscheidung. Als Folge der Anpassungsentscheidungen an den ökonomischen Grundprozess befürchtet Richard Sennet einen allgemeinen „Drift“, ein orientierungsloses und zielloses Dahintreiben eines Menschen, der nicht nur äußerlich stabiler Verhältnisse verlustig gegangen ist, sondern diese Stabilität sogar in sich selbst und in seinen intimen Beziehungen verloren hat. Die diagnostische Frage heißt: Wohin führen diese Globalisierungsprozesse in Bezug auf die intimen Beziehungen der Menschen? Hierbei werden intime Beziehungen nicht als erotisch-sexuelle Beziehungsformen verstanden, sondern als Metapher für relevante Beziehungen, die das Lebensgefühl und die Lebenssicherheiten prägen und konstituieren. Während die äußeren Strukturmerkmale des Wandels (Individualisierung, Mobilität/Flexibilität, Veränderungen der Bindungsformen etc.) beschreibbar sind, ist die Beschreibung der Veränderungen der inneren Strukturen mit den Ausführungen von Sennet zum Grundthema erhoben. Sind Anpassungsfähigkeit, Mobilität, Flexibilität, Bindungslosigkeit neue Schlüsselqualifikation und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme am „modernen Leben“, und sind all diejenigen, die in alten Strukturen und Kulturen verharren, die „Verlierer“ dieses Prozesses?

Wird „Globalisierung“ in den Wirkungsdimensionen Finanzen, Wirtschaft, Kultur, Politik/Gesellschaft und soziale Beziehungen verstanden, dann haben die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien die „Globalisierung“ vorangetrieben, und damit die Welt für die Menschen „kleiner“ gemacht. Die schnelle Überbrückung kontinentaler Distanzen und damit die räumliche und zeitliche Verdichtung globaler Beziehungen haben die zwischenmenschlichen Beziehungen stark verändert. Sekunden-schnelle Nachrichtenübertragungen (e-mail), die Entstehung künstlicher Räume (cyberspace) oder die Nutzung des weltweiten Informationsnetzes (Internet) erzeugen künstliche Wirklichkeiten und Beziehungen (virtuel realities, virtuel relations), verändern die persönlichen und intimen Beziehungen und Verkehrsformen und bedingen eine permanente und weltumspannende Erreichbarkeit und eine Veränderung der Raum- und Zeitstrukturen. Virtuelle Beziehungen und Realitäten haben heute eine eigenständige Qualität und erzeugen Rückwirkungen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen selbst.

In der Bamberger Studie „Globalife; Lebensläufe im Globalisierungsprozess – Veränderungen im Bildungs-, Beschäftigungs- und Familiensystem moderner Gesellschaften“ (Auftragsstudie der Volkswagenstiftung 2006) analysiert Prof. Blossfeld in einer repräsentativen Umfrage (18 Länder Europas und Nordamerikas) die Veränderungsprozesse und kommt zu folgenden Auswirkungsebenen:

- Unter jungen Menschen geht die Zukunftsangst um. Besonders Haupt- und Realschulabsolventen sind von Ängsten vor Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, vor verschärftem Wettbewerb und der Abwanderung von Arbeitsplätzen geplagt. *„Die Jungen müssen sich zunehmend mit befristeten Arbeitsverträgen, phasenweise niedrigem Verdienst und qualitativ schlechter Arbeit anfreunden.“* Diese habe Auswirkungen auf die gesamte Lebensgestaltung: *„Wer nicht weiß, ob er nächstes Jahr Arbeit hat, schiebt die Familiengründung auf.“*
- Ambivalent stellen sich die Konsequenzen für Frauen dar. *„Den Job suchenden Zweitverdienerinnen fliegt ein bunter Strauß kleiner Chancen zu“, für die Alleinverdienenden „dagegen erschweren offene Arbeitsmärkte das Leben – besonders den Müttern.“* Die *„Globalisierung wälzt ihre Unsicherheiten auf die Frauen ab.“* Sie verlieren den in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereits erworbenen Boden, und weibliche Lebensverläufe werden erneut dichotomisiert: *„Die einen ziehen sich wieder auf die Familie zurück, die anderen versuchen sich mit Patchworkkarrieren durchzuschlagen.“*
- In Deutschland trifft laut der Studie die neue Unsicherheit des Arbeitsmarktes hochqualifizierte Frauen am empfindlichsten, denn *junge Frauen „müssen sich zunehmend mit befristeten Arbeitsverträgen, phasenweise niedrigem Verdienst oder qualitativ schlechter Arbeit*

anfreunden.“ Die geringe Geburtenrate in Deutschland hängt laut Blossfeld unter anderem mit der wirtschaftlichen Unsicherheit zusammen, da Beruf und Familie immer schwieriger zu vereinbaren seien.

- Somit trifft nach Aussagen der Bamberger Studie die neue Unsicherheit des Arbeitsmarktes hochqualifizierte Frauen am empfindlichsten, denn befristete Arbeitsverträge, schlechtere Verdienstmöglichkeiten und qualitativ schlechtere Arbeitsbedingungen motivieren nicht und tragen zur Planungsunsicherheit bei. So bestätigt sich auf der Basis der vorliegenden Forschungsergebnisse von Blossfeld nicht nur die These der Abhängigkeit beruflicher Planungssicherheit und sozialem Reproduktionsverhalten, sondern auch die geschlechtsspezifische Benachteiligung selbst hochqualifizierter Frauen.
- Auf der Makroebene bietet die „Globallife“-Studie eine dargestellte Sozialgeschichte von fünf zu identifizierenden Länderclustern, die mit ihren spezifischen Konzepten der Arbeitsmarkt- und Bildungsregulierungen geschlossene Gesellschafts- und Beschäftigungssysteme erzeugen. Während das deutsche, holländische und teilweise das französische System als „konservativ“ eingestuft wird, bildet das „liberale“ Ländercluster (England, Kanada und USA) den Kontrast. Entsprechend offen und flexibel ist der Arbeitsmarkt, ein System, in dem das „Hire-and-Fire“-Prinzip herrscht, die Gewerkschaften schwach sind und die persönlichen Ressourcen zum entscheidenden Erfolgskriterium werden. Der „familienzentrierte“ Cluster (Spanien, Italien) und der „postsozialistische“ Cluster haben ihre jeweiligen Spezifika. Unabhängig von der Problematik einer homogenen Clusterung lässt sich auf der Basis unterschiedlicher Untersuchungen die Behauptung aufstellen, dass in den Länder des „skandinavischen“ Clusters Frauen deswegen mit dem Widerspruch zwischen Beruf und Privatheit am besten umgehen können, weil die staatlichen Unterstützungsleistungen hier am effektivsten organisiert werden. Eine zentrale positive Konsequenz vor allem für hochqualifizierte Frauen ist die Entwicklung der Geburtenrate.
- Ungleiche Chancen definieren und fixieren Lebensläufe, die sich nach den Kriterien Alter, Bildung und Geschlecht Chancen erklären lassen. Eine Differenzierung nach genannten Länderclustern weist erhebliche Unterschiede aus. Da die Bildung zum zentralen Kriterium für die Gewinner-Verlierer-Zuordnung wird, verschärft sich das „Bildungsproletariat“ der Unqualifizierten zum weltweiten Problem: „Unsere globalen Analysen zeigen, dass die globale Entwicklung die Ungleichheiten noch vertieft.“ Dieser sich verschärfende Trend lässt sich durch folgende Strukturmerkmale charakterisieren:
 - Die zunehmende Bedeutung von Wissen und Information (Wissensgesellschaft).
 - Zunahme hochqualifizierter Arbeitsplätze und wachsende Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien.
 - Außergewöhnliche Produktivitätssteigerung, definiert durch rasches Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosenzahlen.
 - Immer stärker erforderliche Flexibilität/Mobilität und massive Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge.
 - Zunahme der Zukunftsunsicherheit und weiterer Verunsicherung in der Stabilität der sozialen Beziehungen.
 - Zunehmende Standortkonkurrenz zwischen den Nationalstaaten (vor allem mit beschriebenen Konsequenzen für den Abbau der Sozialstaatsfunktionen).

Auf diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Familien (in differentieller Betrachtung) besonders mit den Konsequenzen des „Wandels“ konfrontiert werden. Die Bereitschaft, langfristige Bindungen einzugehen, zu heiraten und eine Familie zu gründen, gerät in einen immer schärfer

werdenden Grundkonflikt mit den Anforderungen einer dynamisierten Arbeitswelt, in dem das „Projekt Privat“ ein zugespitzter Balanceakt wird. Verwertbarkeit und marktgerechtes Verhalten gerät immer stärker in das normative Spannungsfeld zu gemeinschaftsbezogenen Werten (Solidarität, Verlässlichkeit, Verantwortlichkeit, Rücksicht etc.). Zugleich schwächt die „Globalisierung“ durch seine strukturelle Logik (Deregulierung, Privatisierung) den Sozialstaat und damit in unterschiedlichen Ausprägungen den Schutz der Familien: Durch diesen Transformationsprozess der Sozialstaatsfunktionen relativiert sich der Schutzauftrag des Staates (Artikel 6 des GG) durch das Zurückdrängen staatlicher Transferleistungen. Mobilitätsanforderungen reduzieren die von den Zwängen der Erwerbsarbeit freigestellte Zeit, und somit die gemeinsame Familienzeit. Flexibilisierungszwänge in den Arbeitszeitmodellen zerreißen zunehmend innerfamiliäre Zusammenhänge und Planbarkeiten. Das Modell „Flexicurity“ (Dänemark) wartet in Deutschland noch auf eine Realisierung.

Ob Familien- und Gesellschaftspolitik diese strukturellen Auswirkungen schon ausreichend erkannt hat, muss bezweifelt werden. Konzepte des „Elterngeldes“ beschreiben einen kleinen Ausschnitt der Gesamtproblematik, ohne jedoch befriedigende Antworten auf diese Herausforderungen zu geben. Notwendig ist eine gesellschaftliche Debatte, die sich auf folgenden Dimensionen bezieht:

- Um den negativen Folgen der neoliberalen „Globalisierung“ auf die Familien entgegenzuwirken, bedarf es einer verstärkten Berücksichtigung im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Familienpolitik muss sich unabhängig von Nützlichkeitsabwägungen um die Schaffung von kinder-, eltern und familienfreundlichen Rahmenbedingungen bemühen (soziale Infrastrukturen, Bildungsinvestitionen, Entlohnung der Erziehungsarbeit, existenzsicherndes Kindergeld etc.).
- Dem sichtbaren Vordringen eines auf Entsolidarisierung und Eigennutz ausgerichteten gesellschaftlichen Grundprozesse und Menschenbildes muß wieder ein Wertefundament gegenübergestellt werden, das sich über Solidarität, Verantwortung, Würde etc. definiert, und hierfür differenzierte Lebens- und Arbeitsformen herausbildet und fördert.
- „Globalisierungsverlierer“ sind kein naturgegebenes Schicksal, sondern die logische Konsequenz eines sich immer sozial-darwinistischer entwickelnden Gesamtsystems. Vor allem die Entwicklungen gesellschaftlicher Ausschlusspotenziale bedürfen der besonderen sozial- und bildungspolitischen Aufmerksamkeit und nicht einer Verschärfung einer zunehmenden Repressionspolitik.

4. Zeitstrukturwandel und Folgen für die Arbeits- und Reproduktionssphäre

Verdichtung, Beschleunigung, Deregulierung, Individualisierung, Zeitmanagement, neue Zeitbindungen und die Ökonomisierung der Zeit sind bekannte Trends der „Moderne“, die sich im Kontext der „Globalisierung“ verallgemeinern und verdichten (vgl. Garhammer 1999: 64 ff., 463 ff.). In fast allen Lebensbereichen dominiert der Grundsatz, „Zeit einzusparen, um Zeit zu gewinnen“, ohne dass die Pathologie dieses Zeitmusters hinterfragt oder gar aufgebrochen würde. Dominiert das Muster „Zeit zu sparen“ die Gesetze der Ökonomie, so wird durch die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche auch das Gesetz der Zeit zunehmend vergemeinschaftet, und mit dem Variablen „Leistung in der Zeit“, Temposteigerung, Hochgeschwindigkeitsgesellschaft, Hochleistungsgesellschaft, flexibilisierte Gesellschaft, Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft, Gesellschaft ohne Zeit oder Nonstop-Gesellschaft (vgl. Rinderspacher 1982, 1985, 1988; Garhammer 1994, Beck 1997, Sennett 2000, Giddens 2001 u.a.) in Zusammenhang gebracht, und zum Konzept der „Moderne“ der westlichen Industrienationen verdichtet. Die Klage „Ich habe keine Zeit!“ steht als Metapher einer gesellschaftlichen Normalität, dessen pathologischer Gehalt und anthropologischer Widersinn zunehmend konterkariert wird durch die Besinnung

kulturvergleichender und historischer Perspektiven, war es doch der Anspruch aller großer Kulturen, die Zeit des „Geschäftens“ so zu durchbrechen, dass für soziale und/oder kontemplative Tätigkeiten Raum war. Die calvinistisch/zwinglianische oder puritanisch geprägte Prämisse „Zeit ist Geld“ als Grundlage des kapitalistischen Arbeitsethos (Max Weber) erfährt im aktuellen Kontext eine neue Dynamik, so dass die Sachzwanglogik der betrieblichen Zeitökonomie sich weltweit gegen die humane Zeitökonomie zunehmend durchsetzt, und den Traum von der Verkürzung der Normalarbeitszeit und den Traum von der Zeitautonomie zunehmend desillusioniert. Die Globalisierung der Geld-, Güter- und Arbeitsmärkte und die damit verbundenen Deregulierungen haben Konsequenzen für eine umfassende Reorganisation der sozialen Zeit (Arbeits-, Ladenöffnungszeiten, Schul- und Studiendauer etc.).

Sind Transformationen von Zeitstrukturen grundsätzlich Reaktionen auf geschichtliche Erfahrungen, ökonomische und sozialen Veränderungen, neue naturwissenschaftliche Veränderungen sowie zivilisatorische Neuerungen, so hat sich der Wettlauf der Zeiger auf einer Uhr (abstrakte metrische Zeitkonstruktion in der temporalen Struktur Newtons) durch die Entwicklung der Zeittechnologie (Atomuhr) mit der Reduzierung der zyklischen Zeitkonzeption auf die lineare und messbare Zeit zum kollektiven Zeitmuster etabliert, mit dem nicht nur die Macht und Strukturierung der Menschen erfolgt, sondern die Dialektik von Zeitökonomie (digitalisierte Zeit) und neoliberal globalisierter entfesselter Ökonomie zusammenwirken. „Die Zeit der Flexibilität ist die Zeit einer neuen Macht“ (Sennett 2000: 75). Als Medium der Tempo- und Produktionseffizienzsteigerung menschlicher Arbeit führt sie nicht zur Aufhebung zeitlicher Strukturiertheit, sondern organisiert sich flexibler unter dem Druck des zeitwirtschaftlichen Kalküls. Die Verkürzung von zeitlichen und räumlichen Standards sind für den Anspruch des globalisierten Modus konstitutiv und weltweit in unterschiedlichen Ausprägungsgraden implementiert („Weltzeit“ – Luhmann 1975; Altvater/Mahnkop 1999; Garhammer 1999 u.a.), mit dem Anspruch, diese Selbstverständnisse mit den Gesetzen einer allumfassenden Ökonomisierung zu synchronisieren. Es geht also in dieser Betrachtung um den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel, Zeitvorstellungen/Zeitmustern und den daraus resultierenden sozial wirksamen Zeitstrukturen und deren Wirkungen auf die unterschiedlichsten sozialen Konstellationen.

Gegenwärtig befinden sich die „modernen“ Gesellschaften in einem gravierenden Strukturwandel von der Industrie- zur „Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft“, getrieben und geprägt durch die Dynamik der „Globalisierung“. Der damit einhergehende Strukturwandel der Zeit (Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebszeiten und der Arbeitsverhältnisse) erschwert nicht nur zunehmend die Planbarkeit sozialer und privater Aktivitäten, sondern zugleich die gesellschaftlichen Rhythmen allgemein. Der strukturelle Wandel der Beschäftigtenstrukturen und der Beschäftigungsverhältnisse, nämlich die Schrumpfung des „Normalarbeitsverhältnisses“, der massive Ausbau von Nacht-, Schicht-, Wochenend- und regelmäßiger Mehrarbeit, und der Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse) haben zwingende Auswirkungen auf die privaten Gestaltungsoptionen, und somit vor allem auf die Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Diese Dynamik führt schlussendlich zu einer grundlegenden Veränderung der gesamten urbanen Rhythmen. Die Dominanz ökonomischer Taktgeber, die Arbeits-, Betriebs- und Öffnungszeiten prägen das öffentliche und private Leben. Die Ursachen dieser Entwicklung sind:

- Der technologische Wandel (neue Transport- und Kommunikationstechniken).
- Die „Globalisierung“ (Erhöhung der internationalen Marktkonkurrenz und der ökonomischen Vernetzung).
- Der Bedeutungszuwachs des Zeitfaktors in der Ökonomie als einem zentralen Kernelement im internationalen Wettbewerb.
- Die Individualisierung betrieblicher Arbeitsorganisationen.

In einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Berlin) zum Thema „Kommunale Zeitpolitik“ (in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung) bündeln die Autoren ihre zentralen Erkenntnisse wie folgt:

„Die Unterschiedlichkeit individueller Zeitmuster, hauptsächlich von Arbeitszeiten, führt zu sozialen Problemen, da die gemeinsamen Zeiten beispielsweise einer mehrköpfigen Familie immer seltener deckungsgleich sind. ‚Pinnbrett-Familien‘ sind ein Phänomen dieser Entwicklung. Die Koordination von Zeiten wird aufgrund dieses ‚Auseinanderdriftens‘ und der Individualisierung von Zeit immer schwieriger und zunehmend technikabhängiger – mobile Erreichbarkeit ist bereits für die Organisation des Alltags notwendig... Die Flexibilisierung von betrieblichen Zeiten führt auch zu abnehmender Planbarkeit von Weiterbildung, gesellschaftlichem Engagement, Privatleben usw.“ (Deutsches Institut für Urbanistik, <http://www.difu.de/presse/komzeit2.shtml>, 04.09.2006, S. 3).

Aus dem beschriebenen Wandel der gesellschaftlichen Zeitstruktur lassen sich folgenden **Erkenntnisse/Prämissen** ableiten:

- Die Beschleunigung und Verknappung der Zeit verschärft das vorhandene Spannungsverhältnis von Produktions- und Reproduktionszeit. An die Stelle einer gerichteten Vorwärtsbewegung tritt die Wahrnehmung und Erfahrung einer gleichsam bewegungslosen und in sich erstarrten Steigerungsspirale (Ros 2005). Aus der Dynamik der arbeitsspezifisch strukturierten Zeit auszusteigen verbietet sich durch die arbeitspolitischen tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen und die gelebten Standards in der Konsum- und Reproduktionssphäre. So ist nach einer WSI-Studie (2007) (in Zusammenarbeit mit der Sozialforschungsstelle Dortmund und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) die „normale“ Fünftagewoche für die meisten Beschäftigten zur Ausnahme geworden. 35-42 Wochenstunden (ohne Schichtdienst, Überstunden und Gleitzeit) gelten nur noch für 13 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Seit 1989 hat sich die Quote der in klassischer Normalarbeit Beschäftigten halbiert. Insgesamt sind nach vorliegenden Daten 40 Prozent aller Beschäftigten „von einer extremen Flexibilität betroffen“ (Stuttgarter Zeitung, 8. 5.2007: 9).
- Die zunehmenden Spaltungen des sozialen Raumes (Arbeit und Privat) erzwingen nicht nur immer höhere räumliche Mobilität, sondern absorbieren auch immer mehr Mobilitätszeit, die für die soziale und individuelle Reproduktion fehlt. Mobilitätsanforderungen globalisieren sich.
- Trotz der gravierenden Disparitäten im Spannungsverhältnis Arbeit und Arbeitslosigkeit und dem darin enthaltenden Potenzial, durch eine andere gesellschaftliche Verteilung vorhandener Arbeit die zentrale Pathologie der „Arbeitsgesellschaft“ zu entschärfen, arbeiten im Arbeitssystem immer weniger immer mehr, während die aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen nicht nur die Erfahrung des Ausschlusses, sondern die Sinnlosigkeit unstrukturierter Zeit zu verarbeiten haben. Beide Zeitmuster haben unterschiedliche Konsequenzen für die Lebensorganisation und bringen spezifische Sozialisationseffekte hervor.
- Durch die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes (Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse) müssen die Betroffenen (als Konsequenz der materiellen Restriktionen) immer mehr Lebens-/Arbeitszeit investieren, um ihre materiellen und sozialen Lebenszusammenhänge zu organisieren und zu reproduzieren (Tendenz zu amerikanischen Verhältnissen). Dieses betrifft vor allem Populationen mit betroffenen Kindern und Jugendlichen (Alleinerziehende, Migranten, kinderreiche Familien) mit prekären Arbeitsverhältnissen.
- Durch die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Restriktionen (Hartz-IV) und die Rücknahme zusätzlicher Transferleistungen werden die materiellen Grundlagen für immer mehr Betroffene chronisch instabil und repressiv erfahrbar, und die sozialen, physischen und kulturellen Grundlagen immer stärker von Mechanismen der sozialen Marginalisierung bzw. Exklusion geprägt. Zugleich konzentriert sich die staatliche Sozial- und Familienpolitik immer stärker auf die

Schichten der sozialen „Leistungsträger“ und relativiert zunehmend die Zuständigkeit für die gesellschaftlichen Risikogruppen.

I Zwischenresümee aus der bisherigen Analyse

Aus den in den vorangegangenen Kapiteln vorgenommenen sozio-ökonomischen, sozial- und gesellschaftspolitischen Analysen lässt sich die Arbeitshypothese formulieren, dass der neoliberale Globalisierungs“trend“ ein (überschaubarer) (in)stabiler Grundprozeß ist, aus dem zentrale soziostukturelle und gesellschaftspolitische Veränderungen beschreibbar sind, die für gesellschaftswissenschaftliche, soziologische, erziehungswissenschaftliche und (schul)pädagogische Fragestellungen von großer Bedeutung sind: die Marginalisierungs-/Exklusionsgefährdung spezifischer gesellschaftlicher Populationen – mit wachsender Tendenz im Kontext einer allgemeinen kollektiven Verunsicherung in den Zonen der Prekärität und Exklusion.

Es lassen sich aktuell keine relevanten strategisch-politischen gesellschaftlichen Eliten oder politische Machtkonstellationen identifizieren, die diesen sozio-ökonomischen Grundtrend brechen bzw. wenden könnten (außer dass er an seiner immanenten finanzpolitischen und ökonomischen Widersprüchlichkeit zerbricht: Szenario-Variante). Mit dem Ausgang der Bundestagswahl 2005 und der Bildung der „Großen Koalition“ kann die Prämisse formuliert werden, dass einerseits der Promotor der „Agenda 2010“ abgewählt wurde, paradoxerweise jedoch in der beschriebenen Politikkonstellation der neoliberale Grundprozeß prinzipiell fortgeschrieben wird: massiver Abbau der Staatsverschuldung (mit allen bekannten Restriktionen), weitere Forcierung des Sozialstaatsabbaus und damit die Prognostizierbarkeit der Konsequenzen für die Arbeitsmarkt- und Gesellschafts- und Bildungspolitik. Eine prinzipielle Revision der Hartz-IV-Gesetze ist nicht zu erwarten, außer einer Verschärfung. Die aktuellen Debatten in der SPD um eine „Korrektur der Agenda 2010-Politik“ (Beck 10/2007) sind mehr wahltaktischer und machtpolitischer Natur als eine grundlegende Abkehr von der eingeleiteten „Agenda“-Politik Schröders. Zwar bildet der „Kampf gegen den Neoliberalismus“ eine rhetorische Klammer zwischen den Kräften des Linksbündnisses und Teilen der Gewerkschaften (vor allem Verdi und IG Metall). Doch hinter dem verbalen Pseudoradikalismus steht die weitgehende strategische Hilflosigkeit beim Kampf gegen den weiteren Abbau der sozialen Standards, und der Konzentration auf Defensivstrategien (versuchte Sicherung der tarifvertraglichen Standards) für das organisierte Klientel der „Arbeitsplatzbesitzer“. Aus dieser defensiven Position verhallt der Ruf nach Stärkung des Sozialstaates unter den Bedingungen einer Transnationalisierung der Politik und der Fragmentierung und Individualisierung gesellschaftlicher Interessenartikulation. Realpolitische Konstellationen mit keynsianistischer Steuerungskonzepten zur Belebung der Binnennachfrage sind nicht in Sicht. Die Gewerkschaften haben sich weitgehend in bekannter korporativer Logik der gesamtwirtschaftlichen Rationalität unterworfen. „Bündnisse für Arbeit“ gehören der Vergangenheit an. Weder Konzepte der kollektiven Reduzierung der Arbeitszeit noch Forderungen nach signifikanten Lohnerhöhungen stehen auf der Tagesordnung. Stattdessen herrscht auf dem Hintergrund einer massiven Schwächung der „Gegenmacht“ (massiver Mitgliederschwund und Instrumentalisierung der „Standortfrage“) eine „Akzeptanz“ der Erhöhung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und ein weitgehender Verzicht auf das entscheidende Mittel des „Arbeitskampfes“. Insofern ist aus der jetzigen Perspektive eine verschärfte Fortsetzung des neoliberalen Politiktrends im Rahmen der Großen Koalition zu erwarten. Damit haben alle bisherigen Prämissen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Transformation des Sozialstaates weiterhin eine Gültigkeit. Die aktuellen „Entspannungen“ auf dem Arbeitsmarkt tangieren nicht die zentralen strukturell induzierten Fragestellungen des Arbeitsmarktes (Prekarisierung, Marginalisierung/Exklusion) und die Konsequenzen der „Haushaltskonsolidierungspolitik“.

Durch die vorherrschende Konzentration der Politik auf rein arbeitsmarktpolitische Instrumente – und den Empfehlungen der Mainstream allein auf die Reduzierung der Arbeitskosten und Deregulierungskonzepte des Arbeitsmarktes – werden integrierte Strategien der Geld-, Lohn-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik sträflich vernachlässigt, und das auf dem Hintergrund des tendenziellen Steuerungsverlustes der nationalen Politik. Vor allem die restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist durch die nationale Politik kurzfristig kaum beeinflussbar (mit den bekannten negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung). Mit der Verschärfung des Defizit-Verfahrens durch die EU verliert die Bundesregierung einen Teil ihrer Haushaltssouveränität, in dem sie milliardenschwere Einsparungen realisieren muß. Bis 2008 stehen zudem halbjährliche Berichte über die Haushaltssanierung auf dem Programm. Bundesfinanzminister Steinbrück trug diese Verschärfung nicht nur mit, sondern unterstrich das Ziel, das Drei-Prozent-Kriterium 2007 „deutlich zu unterschreiten“. Die abgeleitete Konsequenz ist, dass die sozialpolitischen Spielräume noch enger werden. Exemplarisch steht die aktuelle Auseinandersetzung zwischen den Positionierungen des Finanzministers gegenüber den monetären Forderungen z.B. der Familienministerin (Mittel für Krippen-/Kita-Ausbau).

Die niedrigen Lohnabschlüsse der letzten Jahre (Nullrunde) perpetuier(t)en den negativen Kreislauf stagnierender Binnennachfrage, und korrelieren negativ mit den Interventionen der Finanzpolitik (Haushaltsdefizit, niedrige Investitionsquote der öffentlichen Hand, Investitionen in kommunale Infrastruktur, in Bildung und Erziehung). Ohne eine integrierte abgestimmte strategische Vorgehensweise ist eine Überwindung der vorliegenden Stagnation der Binnennachfrage nicht möglich. Eine Analyse der Realpolitik perpetuiert sichtbar das Muster des „Weiter-so“.

Der immer wieder aus neoliberaler Perspektive argumentierte Zusammenhang zwischen steigenden Reallöhnen und sinkender Beschäftigung ist sowohl in empirischer als auch in theoretischer Perspektive nicht haltbar. Seit rund einem Jahrzehnt wird in Deutschland eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die auf der Basis einer (Nominal-)Lohnzurückhaltung das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen beabsichtigt. Im Vergleich mit den USA, Großbritannien und den Euro-Mitgliedsländern weist Deutschland mit Abstand die niedrigsten Zuwächse bei den Nominallöhnen und den nominalen Lohnstückkosten auf, und manifestiert zugleich das theoretische Dilemma der Mainstream-Ökonomie. Real zeigt sich in allen Industrieländern eine signifikante trendmäßige Korrelation zwischen dem Wachstum der nominalen Lohnstückkosten und der Inflationsrate, während eine Korrelation zwischen Reallöhnen und Beschäftigung nicht existiert. Diese Logik zur Strangulierung der Binnennachfrage (verschärft durch Kürzungen der sozialen Sicherungssysteme und einer restriktiv ausgerichteten Fiskalpolitik) eskaliert die deflationären Tendenzen bei einer expansiven Steigerung der Exportquoten. Solange dieser Kreislauf nicht durch einen politischen Paradigmenwechsel durchbrochen wird, ist von einer weiteren krisenhaften Zuspitzung auszugehen.

Mit der Regierungserklärung „Gemeinsame Verantwortung tragen – Mut und Menschlichkeit“ ist die Fortsetzung und Verschärfung der neoliberalen „Reform“politik programmatisch garantiert.

In Abwandlung der Regierungserklärung Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ postuliert Kanzlerin Merkel die neoliberale Prämisse „Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen“, die synonym mit der PR-Kampagne „Du bist Deutschland“ zu bewerten ist.

Die im aktuellen Entwurf des Grundsatzprogrammes der CDU (5/2007) zentrale Botschaft „Mehr Freiheit, weniger Staat“ formiert nicht nur die neoliberale Programmatik für neue mögliche Politikkonstellationen, sondern verdeutlicht auch die Kompatibilität zwischen neoliberalen und konservativen Politikkonzepten. Wahltaktische (Zwischen)Kompromisse sollen über die strategischen Ziele nicht hinwegtäuschen.

Die Politik der Großen Koalition manifestiert sich als verschärfte Version der „Agenda 2010“ :

„Die Lage ist ernst, und der Konsolidierungsdruck ist hoch, wenn wir der nachfolgenden Generation tragfähige Staatsfinanzen übergeben wollen... Seit Jahrzehnten wird kontinuierlich die Illusion geschürt, der Staat könne immer neue und umfassendere Leistungswünsche befriedigen. Die Aufgaben- und Ausgabendynamik hat eine Verschuldungsdynamik in

Gang gesetzt, die durchbrochen werden muß.“ (Koalitionsvertrag: <http://www.wsws.org/de/2005/nov2005/koal-n15.shtml>, S. 5).

Es geht in der politischen Zielsetzung der Großen Koalition ausschließlich um die Sanierung des Haushaltes. Von der Nachkriegsdoktrin des sozialen Ausgleichs in der Philosophie der „sozialen Marktwirtschaft“ keine Spur im Koalitionsvertrag. Mit dem weiteren „*Umbau der sozialen Sicherungssysteme*“ und der weiteren Entfesselung des „Marktes“ werden die Gräben der sozialen Spaltung und der gesellschaftlichen Ausgrenzung tiefer. Der Vertrag, so Prof. Hengsbach (Prof. für christliche Gesellschaftsethik) verstärke die ungerechte Verteilung der Lasten. Die sozialen Einschnitte trafen beispielsweise die Langzeitarbeitslosen schärfer als die Mittelschichten. Die politische Klasse, so Hengsbach, lebe „meilenweit entfernt von der Lebenssituation der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger“ (Deutschlandradio Kultur, 15.11.2005). Auf diesem Hintergrund fordert Hengsbach eine „Neudefinition des Begriffes Gerechtigkeit“. Man müsse „normative Antworten“ auf die Probleme der Gesellschaft finden. Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert hierzu wie folgt:

„Der politische Pragmatismus, der hier durchschlägt und voraussichtlich die künftige Regierung tragen wird, folgt einer Logik, die ebenso paradox wie folgerichtig ist... Jede Politik, die sich der wirtschaftlichen und sozialen Krise widmet, kann auf absehbare Zeit nur noch eine Gestaltung der Asymmetrien sein. Keine politische Rezeptur schafft es noch, das immer dramatischere Auseinanderklaffen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu verhindern, keine schafft es mehr, die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft aufzuhalten, gar nicht zu reden von den Asymmetrien zwischen den reichen und armen Ländern, von denen der gewaltige weltweite Umverteilungsdruck ausgeht.“ (<http://www.wsws.org/de/2005/nov2005/koal-n15.shtml>, 24.12.2005, S. 6).

Auf diesem Hintergrund bedeuten „Mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit“:

- Schrittweise Versuche zur Abschaffung des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen und „Kettenverträgen“.
- Einführung von Studiengebühren.
- Schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre („Solidarische Altersversorgung und Generationengerechtigkeit“).
- Erhöhung der Mehrwertsteuer (massive Einschränkungen der Massenkaufkraft).
- Kürzung der Pendlerpauschale und Abschaffung der Eigenheimzulage.
- „Umbau“ der Kranken- und Pflegeversicherung.
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Einsparungen von 7 Mrd. Euro bei Hartz-IV.
- Senkung des Rentenzuschusses bei Hartz-IV-Empfängern.
- Weitere Verschärfung des Sparkurses bei der Bundesagentur für Arbeit (obwohl eine Aufstockung der Mittel für Fort- und Weiterbildungsangebote notwendig wäre) – mit bekannten Überschüssen in 2006.
- Unterhaltspflicht der Eltern für ihre Kinder bis zum 25. Lebensjahr.
- Erhöhung des Rentenbeitrages.
- Nullrunden für Rentner (Festschreibung für die kommenden Jahre).
- Einhaltung des Euro-Stabilitätspakts (bis 2007).
- Einführung der „Reichensteuer“ (Prof. Hengsbach: ein „symbolischer Witz“).

Die Aussage Merkels („Wir stehen mindestens vor der Quadratur des Kreises, wenn nicht vor der Kugelmachung des Würfels“) charakterisiert nicht nur den naturwissenschaftliche Sozialisationstyp Merkel, sondern die Hilflosigkeit der politischen Eliten, den Widerspruch zwischen dem Maas-trichtorgetriggerten „Haushaltskonsolidierungsansatz“ und den degressiven Konsequenzen für die Binnennachfrage und die Spielräume für Sozialausgaben aufzulösen.

Die „Kugelmachung des Würfels“ (Merkel) kommt in einem sehr aufschlussreichen Streitgespräch zwischen Heiner Geißler (CDU) und dem Unions-Geschäftsführer Norbert Röttgen zum Ausdruck, in dem nicht nur die Verunsicherung des politisch-konservativen Lagers im globalisierten Kontext, sondern auch die systemimmanente Denkgrenze zum Ausdruck kommt:

ZEIT: Die Globalisierung ist ja kein neues Phänomen. Warum kommt die Politik trotzdem nicht vom Fleck bei der Suche nach Antworten, Herr Geißler:

GEISLER: Die politischen Parteien betreiben eine Inzuchtdiskussion, wie auch die Wirtschaftswissenschaften und die Kirchen. Sie diskutieren alle Möglichkeiten innerhalb des derzeitigen ökonomischen Systems, das aber als solches falsch ist. Deswegen kommt man zu keinem positiven Ergebnis.

DIE ZEIT: Solange Angela Merkel keine Antwort hat, haben Sie eine?

GEISLER: Wir brauchen eine neue Ordnung, eine internationale sozial-ökologische Marktwirtschaft, den Gegenentwurf zu einer Diktatur des Anarcho-Kapitalismus mit einem Shareholder-Value.

RÖTTGEN: Ich weiß aber nicht, wer sie vertritt. Die CDU jedenfalls nicht. Wir setzen auch heute auf eine wertgebundene Wirtschaftsordnung.

GEISLER: Vielleicht in der Theorie. In der Praxis sind Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt Siegesmeldungen an der Börse: ein ziemlich perverses System, dass von den Neoliberalen auch noch beklatscht wird. Die soziale Marktwirtschaft kannte aber noch den geordneten Wettbewerb. Wir haben in der Weltwirtschaft keine Ordnung mehr, sie ist vielmehr eine Welt der Anarchie. Es gibt keine Gesetze, keine Regeln, keine sozialen Übereinkünfte. Von diesem System profitieren sowohl die Mafia und die Drogendealer als auch der Terrorismus, weil bei diesem System nur noch ein Gesichtspunkt eine Rolle spielt, nämlich das Interesse des Kapitals. Die CDU muss erkennen, dass der pure Kapitalismus genau falsch ist wie der Kommunismus.

RÖTTGEN: Die CDU ist gerade mit der sozialen Marktwirtschaft einen neuen Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus gegangen. Das gilt auch heute. Ich fürchte aber, dass es komplizierter geworden ist, weil die soziale Marktwirtschaft bei ihrer Einführung ja darauf basierte, das Wirtschaftssystem und Nationalstaat deckungsgleich waren. Jetzt entzieht sich aber die Wirklichkeit immer mehr dem Zugriff des Nationalstaates. Nach meinem Verständnis muss der Staat heute deshalb anders agieren: Ein Teil der Gestaltung von Globalisierung ist, dass wir kulturell, politisch und wirtschaftlich an ihr teilnehmen.

ZEIT: Das ist aber ein Plädoyer für den Rückzug des Staates.

RÖTTGEN: Nein, das ist ein Plädoyer für eine neue Ordnungspolitik und ein modernes Staatsverständnis. Der moderne Staat verhandelt nach außen mit den verschiedensten supranationalen Akteuren – UN, Weltbank, WTO und NGOs –, um gemeinsame Wettbewerbsregeln und soziale und ökologische Standards festzulegen. Deshalb brauchen wir keinen Weltstaat, aber einen globalen Ordnungsrahmen. Nach innen müssen wir unseren Standort wettbewerbsfähiger machen. Wenn wir internationale Konzerne im Lande halten wollen, brauchen wir international wettbewerbsfähige Steuersätze.

GEISLER: Diese werden dem Staat seit Jahren von den internationalen Konzernen abgepresst, in dem sie – global aufgestellt – die Nationalstaaten gegeneinander ausspielen. Sie sind die eigentlich Mächtigen – nicht die UN mit ihren Dependancen.

RÖTTGEN: Du bestreitest etwa, was einer inneren Logik folgt. Der große Trend, der dazu führt, dass wir in Deutschland Arbeitsplätze verlieren, hat seine Ursache darin, dass die Produktionsbedingungen an anderen Orten dieser Erde günstiger sind, dass die Kosten geringer sind und dass die Produktivität höher ist. Hier können wir besser werden. Wir setzen deshalb auf Bildung, auf Elite und Exzellenz, auf Förderung von Wissenschaft und neue Technologien.

*GEISLER: Letzterem stimme ich ausführlich zu – wenn wir es nur täten. Wo bleiben deine Wettbewerbsregeln und sozialen und ökologischen Standards – zumindest in der EU? **Lohndumping ist nicht die Lösung der Probleme. Große Konzerne wie E.on oder Telekom machen Milliarden Gewinne, treiben die Kapitalrendite nach oben. Und anstatt in Forschung, Innovation und neue Technologien zu investieren, werden zehntausende Menschen entlassen und dem so verachteten Sozialstaat buchstäblich vor die Tür gekippt.** Ist das in Ordnung? Genauso indiskutabel ist, dass Hedgefonds, wie etwa die Texas Pacific Company, eine kerngesunde Firma wie Grohe hoch spekulativ mit Krediten aufkaufen, mehr als tausend Mitarbeiter feuern und die Firma im Ganzen oder in Teilen mit Gewinn wieder verkaufen kann. Das ist nicht zu akzeptieren.*

RÖTTGEN: Das sagt kein Mensch. Ich habe doch von der Ordnungspolitik mit neuem Standard gesprochen.

GEISLER: Endlich sagt das jemand aus der Führung der CDU.

RÖTTGEN: Ich finde, dass du es dir zu einfach machst.

GEISLER: Im Gegenteil. Es könnte sonst für die CDU ziemlich kompliziert werden.

RÖTTGEN: Du nimmst einen Teil der Wirklichkeit für das Ganze.

GEISLER: Ich fordere doch gerade, dass wir die Probleme endlich angehen. Die parteipolitische Landschaft wird in vier Jahren ganz anders aussehen, wenn die Union keine Antwort gibt, wie die Welt von morgen aussehen soll. Denn ich muss ja auch den 15- oder 20-Jährigen eine Perspektive geben. Die fragen danach, wie sie mit 26 eine Familie gründen und Kinder in die Welt setzen sollen, wenn sie gar nicht wissen, wohin der Laden geht. Eine solche Perspektive ist nicht da.

RÖTTGEN: Dann müssen wir an ihr arbeiten. Sie könnte nach meiner Überzeugung in einer neuen Verantwortungskultur liegen, die Politik, Unternehmen und Bürger gleichermaßen einbezieht. Verantwortungskultur bedeutet, dass wir Leistung bejahen und den Bildungsschwächeren würdevolle Teilhabe in der Gesellschaft verschaffen, nicht nur einen Abstellplatz. Du, Heiner, hast in den siebziger Jahren die soziale Frage aufgeworfen: Wie kann der Staat denen eine Stimme geben, die keine

haben? Heute stellt sich die neue soziale Frage anders: **Wie können wir all denen Teilhabe ermöglichen, die ohne Chancen sind?** Die Antwort muss die gesamte Gesellschaft geben. Ich plädiere zum Beispiel dafür, staatliche Regulierungen von Unternehmen zu reduzieren, um ihr freiwilliges Engagement für die Gesellschaft zu aktivieren. Von dieser 'Corporate Social Responsibility' profitieren die Unternehmen übrigens auch ökonomisch. Selbstbindung und Verpflichtung sind die Kennzeichen einer modernen Bürgergesellschaft der Zukunft.

GEISSLER: Lieber Norbert, das halte ich mit Verlaub für Lyrik. Das können die Firmen schon heute, siehe Porsche, Bertelsmann, BMW, die im Übrigen auch nicht rücksichtslos rationalisieren.

RÖTTGEN: Was du Lyrik nennst, nehmen viele Unternehmen heute äußerst ernst. Im Übrigen sind **Rationalisierungen grundsätzlich notwendig**, sie sind die Voraussetzung für den Wohlstand von morgen. Dagegen würdest du auch nichts unternehmen.

GEISSLER: Aber selbstverständlich würde ich etwas unternehmen.

RÖTTGEN: Man muss aufhören, den Menschen Scheinlösungen zu präsentieren und die Allmacht der Politik zu suggerieren.

GEISSLER: **Aber Wirtschaft und Kapital sind ein Teil der Res publica und haben den Menschen zu dienen und nicht sie zu beherrschen.** Warum sollten etwa Spekulanten, Fondsvertreter, die nur in Quartalsabschnitten denken und innerhalb von drei Monaten nur Rendite erzielen wollen und am Unternehmen selbst überhaupt kein Interesse haben, auf der Aktionärsversammlung ein Stimmrecht haben?

RÖTTGEN: Entschuldigung, Heiner, **dazu hat der Staat doch gar nicht das Recht.** Er kann doch nicht dem Eigentümer sagen, er dürfe kein Interesse an der Rendite seines Unternehmens haben, weil er sonst ein Spekulant sei.

GEISSLER: Es geht um das langfristige Interesse, dass der Betrieb auch in fünf Jahren noch etwas wert ist. Das hat der Spekulant nicht.

RÖTTGEN: Natürlich muss man Auswüchse bekämpfen, ohne aber die Freiheit des Unternehmens zu beschneiden.

GEISSLER: Richtig. Aber wir zwei haben in der Ausländer- und Menschenrechtspolitik immer die Verfassung hochgehalten. Sie gilt auch hier: **Eigentum verpflichtet und muss zugleich dem Allgemeinwohl dienen**, heißt es in Artikel 14 Grundgesetz. (in: Die Zeit, 29/2006).

Während sich die politischen Repräsentanten in wiederholenden Debatten aufhalten, artikulieren die Wirtschaftsverbände nicht nur ihre Enttäuschung über den jetzigen Kompromissansatz der Großen Koalition ('Es fehle der Mut, die Haushaltskonsolidierung durchgreifend von der Ausgabenseite anzugehen', Präsident BVR Pleister), sondern erheben explizit klare **Forderungen an die weitere Ausgestaltung des politischen Kontextes:**

- radikale Steuerreform mit drastisch gesenkten Steuertarifen;
- das Abkoppeln der Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitskosten;
- betriebliche Bündnisse für Arbeit;
- drastischer Bürokratieabbau;
- einen Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte jenseits der Tarifverträge (weitgehend abgestimmte Forderungen von BDI, BGA, Zentralverband des Deutschen Handwerks, IHK).

In der Hoffnung oder dem Wissen, dass diese Wunschkarte nicht erst in der nächsten Legislaturperiode angegangen wird, pflegen die Wirtschaftsjuden Deutschlands (WJD) das „Prinzip Hoffnung“:

„... natürlich ist dieses Papier nicht der Weisheit letzter Schluss. Das Entscheidende muß noch kommen – und wird auch kommen, wenn wir jetzt das nötige Vertrauen vorschießen... Was nützt es, jetzt schon das Klima so schwarz zu reden, dass die Arbeitsgrundlage davonschwimmt? In beiden Parteien sitzen die Reformer längst in den Startblöcken. Lassen wir sie doch erst einmal starten.“ (<http://www.mittelstanddirekt.de/Desktopdefault.aspx?tabid=35&tabindex=0¢erm...> 16.11.2005, S. 2).

Um den Einfluss ökonomischer Repräsentanten auf die Gestaltung von Politikkonzepten zu erhöhen, soll zukünftig eine **Managerrunde** Bundeskanzlerin Merkel regelmäßig beraten (Der Spiegel 13.3.2006). Das Rationalisierungs- und Entlassungsmanagement der deutschen Wirtschaft (Zetsche/Daimler-Chrysler; Hambrecht/BASF; Kleinfeld/Siemens; Kluge/McKinsey; Bomhard/Münchener Rück) stehe mit der „wirtschaftspolitischen Kompetenz“ zur Verfügung, damit sich die Kanzlerin mit diesem „festen Kreis mehr Rückhalt in der Wirtschaft sichern“ kann (Der Spiegel, 13.3.2006). Vor allem der Daimler-Chrysler-Chef Zetsche repräsentiert mit seiner zynischen Philosophie „Des Morgens kommen die

Kosten zum Tor rein, und abends gehen sie zum Tor raus“ einen Industriekurs des blanken Kostenmanagements, der in seinen möglichen Auswirkungen auf die Politikberatung nicht ohne Konsequenzen auf zukünftige Politikkonzepte und –programme sein könnte.

Die Herstellung von „mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt“, bessere „Investitions- und Verwertungsbedingungen“ für die Unternehmen als Voraussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind seit Jahrzehnten Leitlinien der Politik als Reaktion auf die Forderungen der Unternehmensverbände und neoliberaler ‚Denkfabriken‘, denen die aktuelle Politikkonstellation in weiten Teilen der „Agenda 2010“-Politik entspricht, ohne den sozialen und gesellschaftspolitischen Desintegrationserscheinungen gegenzusteuern.

Dass der ‚Geist‘, der da aus der neoliberalen ‚Flasche‘ gelassen wurde, allmählich zu entgleiten droht, schlägt mental auch allmählich bei den Sozialdemokraten durch. Die Identitätskrise, der massenhafte Wählerverlust und eine wachsende Legitimationskrise dringen zunehmend ins Bewusstsein:

„Die Dynamik der wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung hat alte Ungerechtigkeiten wieder aufleben lassen und neue Unsicherheiten hervorgebracht. Trotz erheblicher Anstrengungen in den letzten Jahrzehnten ist nur unzureichend gelungen, über das Bildungssystem ein deutlich höheres Maß an Chancengleichheit herzustellen. Der dauerhafte Ausschluss von Menschen aus dem Erwerbsleben ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ein ökonomisches Problem... Neben die klassischen Ungerechtigkeiten sind neue Unsicherheiten des Nicht-Zurechtkommens mit dem beschleunigten Wandel getreten. Nicht nur in der Wirtschaft und der Arbeitswelt, sondern auch im Lebensalltag hat sich in der jüngeren Vergangenheit eine Kultur der kurzen Frist und der Unverbindlichkeit herausgebildet. Nicht jeder kommt mit den Anforderungen an mehr Flexibilität und dem Druck zur allgegenwärtigen Selbstvermarktung klar. Diese sozialen und kulturellen Spaltungen zeigen sich auch in der räumlichen Dimension. Sie sind in unseren Innenstädten ebenso sichtbar wie in der drohenden Verödung ganzer Regionen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet, wenn sich auf Dauer eine neue Unterschicht von materiell und kulturell Ausgegrenzten verfestigt. Klar ist: allein im finanziellen Bereich lassen sich die Problem nicht lösen. Eine frühzeitige soziale und kulturelle Integration der heranwachsenden Generation ist der Schlüssel zur Verhinderung dieser gesellschaftlichen Spaltungen.“ (Perspektivantrag auf dem SPD-Parteitag, 17.11.2005; in: <http://www.sozialismus.de/socialist/pages/comment.php?para=1300>, 14.12.2005, S. 2).

Wenn es auch zu gravierenden Widersprüchlichkeiten zwischen der politischen Programmatik und der realpolitischen Umsetzung kommt, die als strukturelle Konsequenz dieses politischen Zweckbündnisses zwangsläufig sind, so ändert dieses nichts an der grundsätzlichen neoliberalen Formation dieser Politikkonstellation. Die Widersprüchlichkeiten in den Themen Gesundheitsreform, Reform der Unternehmenssteuer, die angekündigte Generalrevision der Hartz-Gesetze, der Bürokratieabbau, die Pläne zur Einführung des Kombilohnes bzw. Mindestlohn etc. sind Ausdruck einer spezifischen Paralyse dieses Bündnisses und dem Versuch, den Spagat zwischen „Reform“ und politischer Legitimationskrise nicht antagonistisch werden zu lassen. Nicht zuletzt die Debatte über „soziale Ausgrenzung und Unterschichten“ und dem Versuch der Sozialdemokraten, die „Leistungsträger“ dieser Gesellschaft wieder stärker in den parteipolitischen Fokus zu nehmen, macht diese Zerreißproben deutlich.

Die Arbeitshypothese reflektiert zugleich die mögliche Szenario-Variante, dass der neoliberale Globalisierungsprozeß den worst-case beinhaltet: das Kollabieren des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems. Diese Variante ist jedoch analytisch zu komplex und zu theoriegeleitet, als dass sie die Arbeitshypothese leiten könnte, bewegt sich jedoch nicht grundsätzlich außerhalb jeglicher Plausibilität.

J Alte und neue Formen der gesellschaftlichen Spaltungen

Strukturelle Massenarbeitslosigkeit und damit hoch korrelierend wachsende Armutspotentiale verändern seit den 80er Jahren die meisten westlichen Industriegesellschaften tiefgreifend. Schleichend

(aber statistisch signifikant) entwickeln sich zentrifugale Tendenzen in den kapitalistischen „Arbeitsgesellschaften“, die diese strukturell verändern. Die wachstumsfixierte Ideologie und die damit einhergehende Produktionsweise findet keine signifikanten Lösungen im Zusammenspiel mit der politischen Repräsentanz, ja die ökonomische Logik ist selbst zum Motor der Arbeitsplatzvernichtung geworden. Arbeitslosigkeit droht schon seit den 80er Jahren in Westeuropa zum Dauerzustand auf hohem Niveau zu werden. War Arbeitslosigkeit in früheren Epochen eingebettet in eine Expansion von an- und ungelernter Industriearbeit, schrumpft gerade dieses Beschäftigungssegment seit Jahren kontinuierlich. Dieser Trend wird sich verschärft fortsetzen (Technologieentwicklung, Verlagerung in „Billiglohnländer“ etc.). Eine Kompensation des Verlustes im Dienstleistungssektor ist nur im begrenzten Umfang zu erwarten. Das Ergebnis dieses Prozesses ist eine gespaltene Arbeitslosigkeit mit immer größer werdenden Potenzialen ungelernter Arbeitskräfte, mit der Gefahr des vollständigen Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt. Der Preis der amerikanischen „Alternative“ wäre/ist eine extreme Polarisierung der Erwerbsbevölkerung mit einer rasant wachsenden Zahl von „working poor“. Strukturelle Arbeitslosigkeit, dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, Prekarisierung und wachsende Armutspotenziale stehen in einem kausalen Zusammenhang. Die gesellschaftliche Brisanz dringt immer mehr in den Fokus unterschiedlicher Disziplinen. „Underclass“ und „exclusion“ sind zentrale Begriffe, mit denen in den Medien wie in den Sozialwissenschaften dieser Prozeß thematisiert wird. Diese Diskussion wird in Deutschland nachgelagert aufgenommen, da sich die Konsequenzen dieser strukturellen Entwicklungen (ethnische Segregation, wachsende räumliche Konzentration von Armutspotenzialen in sog. „Problemvierteln“ etc.) nicht so abgebildet haben wie in anderen vergleichbaren Ländern. Zur Debatte stehen jedoch nicht nur die „Ausgeschlossenen“ selber, sondern auch die zukünftige Integrationsfähigkeit westlicher Gesellschaftsformationen.

Die „Rückbesinnung“ der Sozialwissenschaften auf die Problematik der gesellschaftlichen Spaltungen fand Anfang der 80er Jahre auf dem Soziologentag „Krise der Arbeitsgesellschaft?“ statt, wurde jedoch zugleich wieder abgemildert durch die positive Zukunftsprojektion, dass objektiv und subjektiv die Erwerbsarbeit ohnehin ihre gesellschaftliche Bedeutung verliere (vgl. Dahrendorf 1983; Offe 1983, S. 56). Danach brach diese Debatte weitgehend wieder ab und fand nur vereinzelt ein Interesse in Forschungsaktivitäten („Ausgrenzung durch arbeitslosigkeitsbedingte Armut“, vgl. Balsen u.a. 1984; Lompe 1987; Breckner u.a. 1989): Somit weist Geißler zurecht darauf hin, dass der „Mainstream“ der deutschen Soziologie in den 80er Jahren von den klassischen Frage- und Aufgabenstellungen der „Ungleichheitsforschung“ abrückte, und dieses als ein typisch deutsches Phänomen zu kennzeichnen sei (vgl. Geißler 1996: 324).

Mittlerweile lässt sich auf dem Hintergrund einer dramatisch zugespitzten Lage und der Zukunftsprojektion das Problem nicht mehr übersehen, und Fragen nach einer „Rückkehr der Klassengesellschaft“ (Brock 1994, 71) nehmen sich in dem ansonsten ausgeprägten Individualisierungsfokus ihren Raum. Aus systemtheoretischer Sicht stellt Luhmann (1995: 147) fest, „dass es doch Exklusionen gibt“. Es gehöre geradezu zur Logik der „Funktionssysteme“ moderner Gesellschaften, dass diese Menschen ausschließen und in eine Dynamik umfassender Marginalisierung hineinziehen. Für Habermas besteht die doppelte Gefahr – durch die Entstehung einer „underclass“ – einer Endsolidarisierung im Innern und einer repressiven Abschottung nach außen. Beide Tendenzen würden den „universalistischen Kern“ von Demokratie unterminieren (Habermas 1995a, 186f.; vgl. auch Habermas 1995a, 104; Habermas 1995b).

1. Metaphern der sozialen Transformation

Theoretisch stehen die verwendeten Fachtermini „exclusion“, „social exclusion“ und „underclass“ dem Konzept der sozialen Ungleichheit nahe, sind aber in der internationalen Diskussion theoretisch und empirisch umstritten. Es erscheint deswegen angemessen, sie als erkenntnisleitende „Metaphern

der sozialen Transformation" (Katz 1993, S. 440) anzusehen und zu nutzen. Vor allem die Stadtforscher nutzen „exclusion“ und „underclass“ als neue Formen der sozialen Ungleichheiten im umfassenden Zusammenhang zunehmender „Marginalisierung“ oder „Peripherisierung“ (vgl. Mollenkopf/Castells 1991, S. 16f, 399-418; Katz 1993, S. 452-454). Die Begriffe „exclusion“ und „underclass“ orientieren sich auf den Kontext der Peripherisierung und verweisen auf eine soziale Spaltungslinie, die nicht in klassische Schichtungs- und Klassenschemata passt. Zusammenfassend positioniert Wilson die soziale Lage der „underclass“ entlang zweier zentraler Merkmale: „marginal economic position“ und „social isolation“ (Wilson 1991: 475). Wenn beides empirisch zutrifft, spaltet sich in diesem Verständnis die „Peripherie“ gewissermaßen von der Erwerbsgesellschaft ab.

Ein großer Teil der europäischen Literatur über „social exclusion“, „underclass“ und „soziale Ausgrenzung“ gilt den Langzeitarbeitslosen, während sich die US-amerikanische Diskussion über „underclass“ stark auf die schwarze und puertoricanische Bevölkerung in den Armenvierteln der Großstädte konzentriert. In der deutschen Debatte wird „underclass“ zum Sammelbegriff für Randgruppen im traditionellen Sinne für Obdachlose und Arme verwendet. Der Bezug zur gegenwärtigen Beschäftigungskrise besteht darin, dass **Arbeitslosigkeit und Armut seit den 80er Jahren eine immer größere Rolle spielen.** Hess und Mechler benutzten bereits in den 70er Jahren den Begriff der „**Unterschicht**“, um die Lage der Armen in der Bundesrepublik zu charakterisieren.

Der „Underclass“-Begriff unterliegt in den USA einer stärker individualistischen Tradition wie der französische Begriff der „exclusion“. Dementsprechend wird in den USA Armut weit stärker als individuelles Scheitern gedeutet, ohne dass daraus eine gesellschaftliche Verantwortung erwächst, die über die Wohltätigkeit einzelner hinausgeht. Im Gegensatz dazu nimmt in der deutschen Debatte der Anspruch auf soziale Integration den Rang eines kollektiven Klassenkompromisses („Sozialpartnerschaft“) im Sinne eines sozialstaatlich geregelten Leitbildes ein. Zugleich spielt die Kopplung kollektiver sozialer Regelungen mit der Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle, und verweist zugleich auf deren Gefährdung dieses integrativen Kerns im Kontext der Massenarbeitslosigkeit.

Wenn sich „Inklusion“ auf die unterschiedlichen Dimensionen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (ökonomisch, kulturell, sozial, politisch) erstreckt, und die Basis der sozialen Bürgerrechte bildet, dann hat umgekehrt „Exklusion“ die Logik eines „negativen Verstärkereffektes“ (Luhmann 1995: 148) nämlich: **Ausgrenzung in einer Dimension des gesellschaftlichen Lebens zieht Ausgrenzung in weiteren nach sich, in einem Prozeß der „Marginalisierung bis hin zu gänzlichem Ausschluß“.**

In der internationalen Literatur besteht weitgehender Konsens über die **zentralen Dimensionen der sozialen Ausgrenzung:**

Ausgrenzung am Arbeitsmarkt:

Diese liegt vor, wenn die Rückkehr oder der Eintritt in den regulären Arbeitsmarkt auf Dauer versperrt ist. Diese Menschen gehören damit nicht einmal zur „aktiven Reservearmee“ und zählen zu den „Entbehrlichen“.

Ökonomische Ausgrenzung:

Hier ist der Verlust der Fähigkeit gemeint, innerhalb des regulären Arbeitssystems für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Eine finanzielle Transferleistung des Sozialstaates oder die Abhängigkeit von minder bewerteten Einkommensformen sind die Grundlage.

Kulturelle Ausgrenzung:

Bedeutet, von den Möglichkeiten abgeschnitten zu sein, entsprechend gesellschaftlich anerkannten Verhaltensmustern, Lebenszielen und Werten zu leben und bei Abweichung negativ sanktioniert zu

werden. In der internationalen Literatur ist die Debatte der Folgen kulturellen Ausschlusses als Folge von Arbeitslosigkeit und Armut kontrovers.

Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation:

Diese Dimension bezieht sich sowohl auf die Reichweite als auch auf die qualitative Gestaltung sozialer Beziehungen und sozialer Identitätsbildung. In der „Underclass“-Diskussion wird gesellschaftliche Isolation unter zwei Aspekten thematisiert: in der Betrachtung sozialer Netzwerke, die als Ressourcen der Bewältigung der Arbeitslosigkeit und Armut gelten können, und der zur Verfügung stehenden „role models“ für Jugendliche. Gesellschaftliche Isolation meint in diesem Kontext primär den Kontaktverlust zu den im Erwerbssystem verankerten sozialen Klassen, und damit das Schrumpfen ökonomischer Handlungsspielräume und sozialer Alternativen.

Räumliche Ausgrenzungen:

Räumliche Konzentration und soziale Isolation korrelieren hoch miteinander. Die „underclass“ ist in der Regel auf bestimmte städtische Viertel konzentriert (räumliche Konzentration und Abtrennung derjenigen, die sich in gleicher oder ähnlicher sozialer Lage befinden – mit allen Konsequenzen für die kommunalen Steuerungsfelder: Beschäftigungskrise, Finanzknappheit bei zunehmenden Sozialausgaben und Immigration in den Großstädten).

Institutionelle Ausgrenzung:

Drei Institutionen sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Schule und Ausbildungseinrichtungen; Institutionen der Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut (Arbeitsamt und Sozialämter); öffentliche und private Dienstleistungen.

Je nachdem, wie scharf der Bruch zwischen „innen“ und „außen“ stattfindet, verläuft der Prozeß der „Peripherisierung“ / „Marginalisierung“ / „Exklusion“. Die deutsche Diskussion um die „dynamische Armutsforschung“ befindet sich in der Gefahr, die Tatsache der Fluktuation gegen die Verfestigung auszuspielen: „Verzeitlichung“ und „Entstrukturierung“ seien charakteristisch für die Armut und warnen vor einer Dramatisierung“ der Debatte (vgl. Leibfried/Leisering 1994; Zwick 1994b; zur Kritik Gerstenberger 1994)

„Weder aus der Perspektive der Einkommensverteilung noch hinsichtlich der untersuchten Sozialhilfeklientel lassen sich Anzeichen einer dauerhaften, gar ‚klassenmäßigen‘ Verfestigung von Armutslagen erkennen... Vor dem Hintergrund der Befunde der dynamischen Armutsforschung ist die Vorstellung einer stabilen Marginalisierung eines unteren Bevölkerungsteils zu relativieren. Es handelt sich nicht um die Abspaltung im Sinne einer Abschottung gegen die höheren Bevölkerungsgruppen, sondern im Gegenteil, Wechsel zwischen unteren und höher gelegenen Segmenten sind häufig und eher typisch als die Ausnahme.“ (Stephan Leibfried u.a., Zeit der Armut, a.a.O., S. 336).

Demgegenüber stehen die Positionen von Hanesch (1995: 181; vgl. Sopp 1994: 65-67) der schon in den 90er Jahren für die Bundesrepublik einen „beträchtlichen Umfang einer Reproduktion von Armut“ diagnostizierte. Vor allem die Dauerarbeitslosigkeit würde (Kronauer 1995a: 203-205) von den offiziellen Statistiken systematisch unterschätzt (zum Problem der Unterschätzung der Langzeitarbeitslosigkeit auch Wagner 1995).

Forschung und Gesellschaftspolitik stehen vor der besonderen Herausforderung, das Zusammentreffen beider Phänomene analytisch zu erfassen und die adäquaten Konsequenzen daraus abzuleiten: die Ausbreitung zeitlicher befristeter Arbeitslosigkeit und Armut in bisher kaum betroffenen Bevölkerungsschichten und die Zuspitzung von Armuts- und Arbeitslosigkeitsslagen bis hin zur Ausgrenzung bei Populationen, die für eine stabile Existenz im Arbeitsmarkt die schwächsten Ressourcen haben. Mit Hartz-IV ist das Potential zur Verwischung der Grenzen zwischen diesen beiden Zonen massiv gewachsen. Massenarbeitslosigkeit führt unter den Bedingungen eines zunehmend restriktiven Arbeitsmarktes zu kollektiven Angst- und Verunsicherungsgefühlen vor dem sozialen Abstieg. Der größer werdende Pool der „Entbehrlichen“ verschärft diese Ängste noch (vgl. Kronauer u.a., 1993: 126-172;

223-229). An den Prozessen in den USA lässt sich anschaulich analysieren, wie die um ihren Abstieg fürchtende Mittelklasse auch politisch den Bruch mit den „Armen“ vollzieht: Sie verweigert ihnen den sozialpolitischen Schutz (vgl. Wacquant 1996). Ob diese Prozesse der Aus- und Abgrenzung sich im europäischen Transformationsprozeß wiederholen bleibt abzuwarten.

Die Versuche, den neuen Sozialformationen einen angemessenen Namen zu geben – sei es „underclass“, „Schicht der Dauerarbeitslosen“ (Kronauer u.a. 1993: 229) oder „Nicht-Klasse von Nicht-Arbeitern“ (Gortz, zitiert bei Offe 1983: 56) bleiben unbefriedigend, solange diese gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse nicht in einen konsistenten analytischen gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen eingebettet werden.

K Soziostrukturelle Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse im Fokus konträrer Paradigmen

Die Debatte über die gesellschaftlichen Transformationsprozesse im Zeitalter der „Globalisierung“ und der „Europäischen Integration“ spiegelt die Brisanz der zunehmenden sozialen Ungleichheits- und Ausgrenzungsprozesse: alte Formen der sozialen Ungleichheit werden verschärft und neue hervor-gebracht. Dieser Prozeß ist nicht als eine vorübergehende Erscheinung oder marginale Anomalie zu beschreiben, sondern als eine strukturelle (ökonomisch induzierte) neue Qualität der Disparitäten, die zunehmend mit den gesellschaftspolitischen Leitideen „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ in einen antagonistischen Widerspruch gerät.

Nach einer relativ stabilen – wenn auch kurzen Phase – des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in den industriellen Zentren brechen neoliberal induzierte gesellschaftliche Widerspruchsformen auf, die die Frage nach klassen-/schichttheoretischen Sichtweisen und Interpretationen neu stellen, da die sichtbaren strukturell bedingten Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse mit klassischen soziologischen und politologischen Deutungsansätzen nicht mehr adäquat abgebildet werden können. Die sich verschärfenden quantitativen Entwicklungen der Ausgrenzungs- und Verarmungsprozesse schlagen in eine neue gesellschaftliche Qualität und Dynamik um, die eine soziostrukturelle Sichtweise dieser gesellschaftlichen Transformation erfordert. War die manifeste Seite der Spaltungs- und Verarmungstendenzen bisher immer noch von dem Arbeitslosigkeits-Paradigma geprägt („Arbeitslosigkeit hat kein Gesicht“), so sind im Laufe der Hartz-IV-Debatte kollektive Deutungsmuster über die strukturellen Bedingtheiten und subjektiven Auswirkungen in einer neuen Bewusstseinsqualität und eine wachsende Politisierung unübersehbar. Damit soll der weitgehend noch gültige Tatbestand der differenzierten Erscheinungs- und Verarbeitungsformen der kollektiven Betroffenheiten von Ausgrenzung und Randständigkeit nicht ausgeblendet werden:

„Die Armen sind... in einer Unzahl getrennter Gruppen aufgesplittet, die miteinander meist nicht in Verbindung stehen und deshalb nicht in der Lage sind, gemeinsames Bewusstsein, Organisation und Handlungsweise zu entfalten. Sie leben in verschiedenen ‚Sparten‘ der Gesellschaft und erleiden eine soziale Disqualifizierung durch den Verlust des Gruppenzusammenhalts und das Fehlen eines organisatorischen Gerüsts.“ (H. Herz, 1968, S. 152).

In der beschriebenen Logik einer neoliberal formierten „Globalisierung“ und deren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsfunktionen ist hier die These gewagt, dass die Epoche des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus sich in einem programmatisch definierten Übergangs-/Auflösungsprozeß befindet, und sich die Auswirkungen in neuen Lebenslagen strukturell abbilden lassen. Wirtschaftswachstum und technologische Progression haben sich von der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung entkoppelt und eine zugespitzte Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Formationen geschaffen, die in einer Trendbetrachtung qualifiziert werden muß:

- Die beschriebenen Industrieprozesse haben zu einer differenzierten Verfügungsstrategie über die „Ware Arbeitskraft“ in den betrieblichen Belegschaften geführt: die Aufspaltung zwischen tendenziell abnehmenden Kernbelegschaften (mit spezifischen Privilegierungen aber auch repressiv erzwungenen Anpassungsleistungen: Druck auf Löhne, soziale Sicherungssysteme, Arbeitszeiten, Unsicherheit des Arbeitsplatzes), und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Zeit- und Leiharbeit) kann als ein zentraler Grundprozess identifiziert werden. Um die Kernbelegschaften entwickelt sich eine immer breitere Zone extrem belasteter, niedrig entlohnter und sozial unsicherer Arbeitsverhältnisse.
- „Ein neues Proletariat ist im Entstehen, dem die kollektiv geregelten Normalarbeitsverhältnisse und die sozial-staatlichen Vermögenssurrogate für die Wechselfälle des Daseins zunehmend fremd werden. Es wird über den aktuellen Krisenzyklus hinaus langfristig durch die Erfahrung von Erwerbslosigkeit, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von ‚zweiten‘ und ‚dritten‘ Arbeitsmärkten und von abrupt eintretenden Armutsphasen geprägt sein.“ (Karl-Heinz Roth 1994, S. 41).*
- Wir erleben aktuell eine Neustrukturierung der Klassengesellschaft unter neuen Vorzeichen und vor allem in neuen quantitativen und qualitativen Dimensionen: Die „Überflüssigen“ werden an den Rand der Gesellschaft (in eine Zone der Unsicherheit/Prekärität oder gar Exklusion gedrängt), in der sich Armut und Ausgrenzung als feste Größen einer strukturellen Entwicklung etablieren, und zugleich durch die Bewusstheit auf diese sozialen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse zu einer kollektiven Disziplinierung beiträgt.
 - Waren diese Bedrohungs- und Ausgrenzungserfahrungen bisher für die sozialen „Unterschichten“ prägend, so ist diese existenzielle Verunsicherung bis in die sozialen „Mittelschichten“ vorgedrungen. Arbeitslosigkeit trifft nicht nur die gering Qualifizierten: es gibt sichtbar keine stabilen lohnarbeitsabhängigen Beschäftigungszonen mehr, die sich der Dynamik der globalisierten Ökonomie prinzipiell entziehen könnten. Das von Robert Castel beschriebene Bild von der „Wiederkunft des massenhaften Verwundbarkeit“ schien als Bild überwundener Armutsphasen plausibel, kommt jedoch in neuen Ausprägungen zurück. Die Spaltungslinien verlaufen durch diejenigen, die (noch) Arbeit haben und den Arbeitslosen und vor allem diejenigen, die keine realistische Perspektive der Reintegration in den 1. und 2. Arbeitsmarkt mehr haben.
 - Waren bisher Zweifel in der politischen, gesellschaftlichen und soziologischen Diskussion über einen Trend zur Neuformierung der Klassensegmentierung angezeigt, so zeigen die beschriebenen Grundprozesse die Notwendigkeit an, die Konsequenzen dieser sichtbaren Segmentierung und Differenzierung ohne theoretische Scheuklappen anzuschauen, und ihr ein theoretisch konzeptionelles Gesicht zu geben. Die neuen Ausgrenzungsformen erzwingen eine unvoreingenommene Betrachtung, die sich bewußt in einem Widerspruch zu bisher unwidersprochenen sozialwissenschaftlich kolportierten Thesen bewegt, die die gesellschaftlichen Phänomene jenseits des antagonistischen Interessenskonfliktes von „Kapital und Arbeit“ zu deuten versuchten. Nach meiner Einschätzung bewegen wir uns faktisch in einem neuen gesellschaftlichen Spaltungsprozeß, der die herkömmlichen Klassenunterschiede zusätzlich vertieft. Danach sind die „neuen“ Formen der Spaltung, Unterprivilegierung und Verarmung von den „alten“, sozio-strukturell bedingten Ungleichheitsbedingungen nicht zu trennen.
 - Die beschriebenen Trends lassen sich als eine Neugestaltung des klassengesellschaftlichen Gefüges beschreiben. Es entstehen neue fließende Grenzlinien zwischen den bisher „stabilen“ gesellschaftlichen Hauptgruppen. Hat sich die These von der „nivellierten Mittelschichtsgesellschaft“ (Schelsky) schon in seinem historischen Diskussionskontext nicht plausibel verifizieren lassen, so ist der aktuelle Kontext dadurch gekennzeichnet, dass die bisher ins Spiel

gebrachte und häufig modifizierte „Drittelhypothese“ unter dem Druck des beschriebenen neoliberalen Globalisierungsprozesses und dessen Konsequenzen einer Modifikation bedarf:

„Ob durch die Spaltungsprozesse auch innerhalb der subalternen Schichten langfristig die ‚Übersichtlichkeit‘ traditioneller Klassengrenzen verloren geht, ist eine Frage, die nicht so vorschnell beantwortet werden sollte, wie es manchmal geschieht. Wenn der Umbau der Klassengesellschaft im gegenwärtigen Tempo voranschreitet, werden neue Grenzlinien entstehen und die Differenzen zwischen den gesellschaftlichen Hauptgruppen markanter ausfallen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Eine strukturelle Konstanz in den Grundlinien dürfte gemeinsam mit relationalen Verschiebungen innerhalb der Klassenblöcke auftreten. Momentan scheint es so, dass Vorstellungen zu einer Drittelung der Gesellschaft in einem herrschenden Block, ein mehrfach gegliederte Mittelfeld mit auskömmlichen Lebensbedingungen und einer sozialen und ökonomischen Dispositionsmasse, die aus dem letzten Bevölkerungsdrittel besteht, noch von einem ungerechtfertigten Optimismus geprägt ist... Zwar sind die Entwicklungen noch nicht abgeschlossen, die Grundzüge des Gesellschaftsumbaus jedoch schon zu erkennen: Das neue Klassengefüge fundiert in einer Neuformierung des herrschenden Blocks, in dem nur noch beschränkt Platz für die traditionellen Mittelschichten ist. Exakt zu diesem Zeitpunkt, als eine angeblich neue ‚Mitte‘ zur politischen Universalkategorie avancierte, begann die allmähliche Erosion des Status, begannen Unsicherheit und soziale Orientierungslosigkeit ein ehemaliges Gefühl der Selbstsicherheit zu überdecken.

Die Rationalisierungswellen sind momentan in den ‚Weiße-Kragen-Abteilungen‘ angekommen... Nicht auszuschließen ist, dass die Mittel- und Oberschichtssegmente zukünftig gemeinsam nur noch einen Umfang von kaum mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Auf kaum ein Drittel der Bevölkerung dürfte sich...der Umfang einer ‚neuen‘ Zwischenschicht belaufen. Sie kann – im Vergleich zur übrigen Bevölkerung – als relativ privilegiert eingestuft werden, wird aber nur noch phasenweise den Gewißheits- und Einkommensstatus der traditionellen Mittelklassen besitzen. Auch ihre Existenz wird von Unsicherheit, vom Zwang zur ‚Flexibilität‘ in jeglicher Hinsicht geprägt sein. Phasenweise können sie sich als ‚Gewinner‘ der Umgestaltung fühlen, ohne sich aber des Erreichten je sicher zu sein. Langfristig dürften besonders die neuen Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose die Biographiemuster der Mitglieder der ‚neuen Mittelschicht‘ nachhaltig prägen. Durch den Zwang, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen, wird die soziale Rückstufung institutionalisiert, die temporäre Unsicherheit einer Arbeitslosigkeitsphase durch die reale Gefahr eines lebensgeschichtlichen Bruchs überlagert.

Nur wenig bleibt im Mahlstrom der kapitalistischen Neuformierung von den soziologischen Trugbildern einer, die traditionellen Klassengrenzen nivellierenden, ‚Mittelstandsgesellschaft‘ übrig. Die Unsicherheit wird universal. Auch temporär Privilegierte können sich in der Gruppe der ‚Verlierer‘ der Umwälzungen wiederfinden, jener Hälfte der Bevölkerung, die zur ökonomischen Dispositionsmasse degradiert, nur noch einen unsicheren Platz innerhalb und häufiger auch am Rande des Erwerbssystems erwarten kann. Der schon mehrfach prognostizierte ‚Abschied von der Klassengesellschaft‘ scheint erneut aufgeschoben.“ (Werner Seppmann, 2005, S. 784).

Auf diesem Hintergrund der greifbaren Entwicklung der sozialen Disparitäten muß der theoretische Forschungsstand als unbefriedigend wahrgenommen werden (Berger 2004; Berger/Schmid 2004; Hradil 2004, Weiß 2002, 2004): Sowohl die zunehmende Arbeitsteilung zwischen empirischer Ungleichheits- bzw. Sozialstrukturanalyse und Ungleichheits- bzw. Gesellschaftstheorie können u.a. als Ursache für diesen Status herangezogen werden. Am stärksten beeinflusst wurde jedoch die theoretische Verschiebung der vergangenen beiden Jahrzehnten durch das Paradigma strukturierter Ungleichheit unter dem Einfluß der Diagnosen einer „Pluralisierung von Lebenslagen“ und der Definition „horizontaler“ Disparitäten, die mit den Beiträgen von Hradil (1999), Geißler (1996) und Frerichs (1997) neue Akzente bekamen. Ging es in diesem Prozess noch um eine kritische Distanz zu vorherrschenden Klassen- und Schichtmodellen, so zielten die Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf das Programm einer postmodernen bzw. subjektivierten Sozialstrukturanalyse (vgl. u.a. Beck 1986; Bude 1988), die sich ganz den horizontalen Ungleichheiten zuwandten. Der hier auch diskurspolitisch-rhetorisch angelegte Trend, den Wandel von Strukturen und Ausprägungsformen sozialer Ungleichheit (unter Vernachlässigung der Kontinuitäten in den zugrunde liegenden strukturellen Konstellationen) in den Vordergrund zu stellen, kennzeichnete diese Debatte. Die Position von Jürgen Kaube „Sie ist wieder da, sie war nie weg“ (FAZ 11.10.2004) kennzeichnet das soziologische Dilemma in der theoretischen Positionierung. Weiß beschreibt diese theorie-systematische Problematik wie folgt:

Klassentheorien „müssen entweder voraussetzen, dass Ungleichheit so eindimensional strukturiert ist, dass die Zwangsläufigkeit einer Klassenbildung kaum von der Hand zu weisen ist. In diesem Fall sehen sie sich aber außerstande, diverse

Ursachen von Ungleichheiten oder ethnischen Machtasymmetrien angemessen zu berücksichtigen (Weiß u.a. 2001). Oder sie gehen wie die Mehrzahl neuer Theorien davon aus, dass Ungleichheit auf unterschiedlichen Wegen entstehen kann. Dann ist zu klären, wie diverse Ungleichheiten aneinander anknüpfen und sich zu theoretisch rekonstruierbaren Klassenlagen verdichten“ (Weiß 2004, S. 218).

Rainer Geißlers Kritik an der Entwicklung der deutschen Sozialstrukturanalyse und deren ideologischen Gefährdung positionierte erstmals in den achtziger Jahren die Debatte um die soziologische Bestimmung von „Klasse“ und „Schicht“ mit dem Hinweis, dass die Neuorientierung der Sozialstrukturanalyse „inzwischen zu neuen Einseitigkeiten führt und dabei Gefahr läuft, wichtige fortbestehende Ungleichheitsstrukturen zu unterschätzen oder gar zu übersehen und damit ideologisch zu verschleiern.“ (Geißler 1996: 319). Diesen seit Mitte der 60er Jahre bestehende Streit zwischen neomarxistischen Klassentheoretikern und nichtmarxistischen Sozialstrukturforschern gilt es aufzulösen und zu integrieren. Die Ablösung der Klassen- und Schichtenanalyse durch die „Paradigmen-Revolutionäre“ (Geißler) (Kreckel: „Soziale Ungleichheiten“; Beck: „Jenseits von Klasse und Stand“; Hradil: „Die Ungleichheit der Soziallage“; Berger 1986: „Die entstrukturierte Klassengesellschaft“; Bolte 1990: „Die pluraldifferenzierte Wohlstandsgesellschaft“) ist dort zu problematisieren, wo durch diesen neuen Perspektivenpluralismus fortbestehende vertikale Strukturen und deren sich verschärfende Bedeutung nicht mehr wahrgenommen werden, und die ursprüngliche Fragestellung der Sozialstrukturanalyse der Ungleichheitsforschung (soziale Ungleichheiten in sozialkritischer Absicht zu diagnostizieren und sie zu mildern) im Trend des Mainstream der deutschen Sozialstrukturforscher untergeht. Die Aussage Geißlers, dass die Ungleichheitsforschung zur „Vielfaltsforschung“ ausufert, und die Lebenschancenforschung zur Lebensstilforschung verengt wird, muß hier geteilt und unterstrichen werden. Nach Geißler besteht allgemein die Tendenz, „dass vertikale Strukturen wegdifferenziert, wegpluralisiert und wegdynamisiert werden. Sie werden mit einem Schleier von Prozessen der Individualisierung, Differenzierung und Dynamisierung verhüllt und unkenntlich gemacht“ (Geißler 1996: 323).

Nach wie vor stimmig ist die schon 1983 von Reinhard Kreckel formulierte Feststellung, „dass alte und neue, nationale und internationale, vertikale und nicht-vertikale Ungleichheiten ein gemeinsames begriffliches und theoretisches Dach benötigen, weil es sich dabei heute um ein zusammenhängendes Problem handelt“ (Kreckel 1983: 8).

Auf dem Hintergrund des skizzierten Kontextes der „Globalisierung“ sind die Fragen gesellschaftlicher Ungleichheiten theoriensystematisch und historisch sicher näher an den Traditionen von Marx und Weber und zentralen Prämissen der Kritischen Theorie. Ihr geht es

„nicht nur um Zwecke, wie sie durch die vorhandenen Lebensformen vorgezeichnet sind, sondern um die Menschen mit allem ihren Möglichkeiten. Insofern bewahrt die Kritische Theorie über das Erbe des deutschen Idealismus hinaus das der Philosophie schlechthin; sie ist nicht irgendeine Forschungshypothese, die im herrschenden Betrieb ihren Nutzen erweist, sondern ein unablässbares Moment der historischen Anstrengung, eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt (...) (Kritische Theorie) zielt auf die ‚Emanzipation des Menschen aus versklavenden Verhältnissen (...). (Sie) hat die Erkenntnis festgehalten, dass die freie Entwicklung der Individuen von der vernünftigen Verfassung der Gesellschaft abhängt. Indem sie den gegenwärtigen Zuständen auf den Grund ging, wurde sie zur Kritik der Ökonomie. Kritik jedoch ist nicht identisch mit ihrem Gegenstand (...). Im Unterschied zum Betrieb der modernen Fachwissenschaften ist jedoch die kritische Theorie der Gesellschaft auch als Kritik der Ökonomie philosophisch geblieben“ (Horkheimer 1970, S. 58 f.).

Die Konsequenzen aus dieser Theorieposition lassen sich wie folgt komprimiert zusammenfassen: Die Kritische Theorie formuliert eine Theorie der Gesellschaft, die eine fundamentale Kritik an den Strukturen dieser Gesellschaft mit dem Ziel ihrer tiefgreifenden Veränderung verbindet, und sich angesichts der hegemonialen Stellung der Ökonomie zur Kritik der Ökonomie geworden ist, und die leitenden Prinzipien der Verfassung „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ als utopische Perspektive fixiert. Somit zielt die Kritische Theorie auf die Emanzipation aus inhumanen und unwürdigen Bedingungen, ohne die politisch-strategischen Implikationen eines solchen Politikprozesses an dieser Stelle zu diskutieren.

1. Soziale Exklusionsprozesse: Konzept und aktuelle Entwicklungen

Seit Ende der 80er Jahre zeichnet sich in der politischen Öffentlichkeit als auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion eine Akzentverschiebung über Arbeitslosigkeit und Armut ab. Die Fokusverschiebung beinhaltet die Fragestellung, wie sich die Gesellschaft unter dem Einfluß dieser soziostrukturellen Problemzonen verändert. In dieser Debatte wurden eine Reihe neuer (bzw. neu interpretierter älterer) Begriffe eingesteuert, an denen sich diese Akzentverschiebung verdeutlicht. Die bekanntesten sind „Exklusion“ und „underclass“.

Die Europäische Gemeinschaft fasste 1989 den Beschluss, Programme und Aktionen gegen Arbeitslosigkeit und Armut unter das Motto des Kampfes gegen „social exclusion“ zu stellen, und fokussierte damit die Besorgnis, dass angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und wachsender sozialer Disparitäten ein Teil der Bevölkerung von der Gesellschaft entkoppelt werden könnte. Seitdem ist in der sozialwissenschaftlichen Debatte der Prozess aufgesetzt, den Exklusions-Begriff von Klassen- und Schichtenmodellen, Marginalisierungs- und „underclass“-Konzepten und Armutsdefinition abzugrenzen, und das Exklusions-Verständnis zu präzisieren. Das hierbei in der Debatte entstehende Paradoxon, einerseits den Exklusions-Begriff zu verwenden, andererseits ihn mit Kategorien der Sozialstrukturanalyse zu belegen, relativiert nicht nur die Spezifika des Exklusionsbegriffes, sondern mindert auch seinen analytischen Wert. Deswegen sind die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zu gängigen soziostrukturellen Kategorien und Konzepten zu definieren:

- Der in der Soziologie verbreitete Konsens, die Positionierung des Individuums in einer Gesellschaft nach den Ressourcen Prestige, Bildungsstand, Beruf, Geld und Macht etc. zu bestimmen, wird in der Exklusionsdebatte um den Anspruch erweitert, den gesellschaftlichen Ausschluss von grundlegenden Anrechten auf Teilhabe und Anerkennung in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens (z.B. Arbeitsmarkt, Mindestmaß an materiellem Wohlstand) zu thematisieren. Gerade das Herausfallen aus sozialen Netzen macht einen wichtigen Unterschied des Exklusionsbegriffs zu gängigen Sozialstrukturkategorien deutlich, da die Eingebundenheit in soziale Netze in der Sozialstrukturanalyse weitgehend unberücksichtigt geblieben ist.
- Da die Sozialstrukturanalyse die Ungleichverteilungen von Ressourcen im Zentrum der Betrachtung hat, fokussiert sie die „Armen“, die „Deprivierten“, die „Minderprivilegierten“, während das Exklusionskonzept über die Fragen der ungleichen Ressourcenverteilung hinausgeht, in dem hier Anrechte und Ansprüche vorausgesetzt werden, an denen sich die jeweiligen Lebensverhältnisse bemessen lassen, und politische Kompensationsstrategien daraus abgeleitet werden können. Die Abhängigkeit einer Deltabewertung von gesellschaftlichen Standards und Erwartungshaltungen definieren Maßstäbe der sozialen Zugehörigkeit. Obwohl Armut und Arbeitslosigkeit wichtige Merkmale sozialer Exklusion sind, umfasst die Betrachtung im Exklusionskonzept immer auch die Vorstellung einer gewissen Dauerhaftigkeit einer prekären Lebenslage. So sind Exkludierte nicht nur „draußen“, sondern sie werden auch strukturell am „Hineinkommen“/„Zurückkommen“ in die Gesellschaft gehindert. Mit diesen „verschlossenen Türen“ korrespondiert ein Mangel an Handlungsoptionen und Zukunftsperspektiven. So erscheint die Lage der Exkludierten nicht nur als prekär, sondern auch schwer veränderbar. Gerade diese analytische Konsequenz verleiht dem Exklusionskonzept einen besonderen Akzent und eine sozialpolitische Brisanz, da alle skizzierten Umbruchprozesse (Umbruchhypothese) des neoliberalen Globalisierungsprozesses das Potenzial der Exkludierten vergrößert und sie in dieser Lebenslage strukturell verfestigt.

Auf europäischer Ebene wurde in den 1990er Jahren ein Paradigmenwechsel vorgenommen, so dass die Perspektive von der „Armut“ zur „Ausgrenzung“ gewechselt wurde. Die heutigen Schlüsselbegriffe der Soziologie und Sozialpolitik „Soziale Exklusion“ und „Inklusion“ stammen aus der französischen

gesellschafts- und sozialpolitischen Debatte, und manifestierten sich in den drei Armutsprogrammen der EU (1975-1980; 1984-1988; 1989-1994). Das französische Verständnis von „Exklusion“ gründet auf einem Selbstverständnis von Gesellschaft als einem Kollektiv, das für seine Mitglieder die notwendigen Lebensbedingungen/-standards ermöglichen muss, d.h. die Einbindung in die „Solidarität der Gesellschaft“ ist die Voraussetzung für eine weitere Ausgestaltung von Lebensqualität und Wohlstandsniveau. In dieser Perspektive ist der Fokus nicht primär auf die unzureichende Mittel des Lebensunterhaltes gerichtet, sondern auf die Gefahr des Ausschlusses bzw. Herausfallens aus den gesellschaftlichen Integrationszusammenhängen (Theorietradition Durkheims und Foucault). Deswegen ist es das dominante Motiv der gesamten französischen Sozialgesetzgebung, die Wiederherstellung einer umfassenden Wiedereingliederung in die Gesellschaft anzustreben. Diese ist definiert über die Verfügung materieller Mittel, erfordert aber längerfristig eine grundlegende berufliche und soziale Integration.

Die so definierte „Exklusions“-Programmatische wurde von der EU aufgegriffen und vertieft, und mündete von dort in der politischen Programmatische und Forschungsförderung der Europäischen Gemeinschaft. „Soziale Ausgrenzung“ gilt als das deutsche begriffliche Äquivalent.

Demgegenüber steht das „underclass“-Konzept (von Gunnar Myrdal in die amerikanische Debatte eingesteuert) in einem anderen Kontext und einer eigenständigen Theorietradition, und hat einen zentralen Platz in der angelsächsischen Diskussion über Armut eingenommen:

„Die US-amerikanische underclass-Diskussion der 80er und 90er Jahre betonte die marginale Anbindung an den Arbeitsmarkt, verbunden mit gesellschaftlicher Isolation und der Reproduktion der underclass-Position: einerseits die sozialräumliche Segregation in Ghettos, andererseits den Verlust der Verbindung zur über Erwerbsarbeit vermittelten Lebensweise der Mehrheitsgesellschaft der USA. Ferner tragen die Kombinationen benachteiligender Faktoren (Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Niedrigeinkommen, schlechte Wohnverhältnisse, schlechte infrastrukturelle Ausstattung der Viertel) zur Konstitution eines sozialen Mechanismus der Selbstverstärkung und Selbstverlängerung von Ausschließung bei. Die gemeinsame Schnittmenge von ‚underclass‘ und ‚exclusion‘ besteht in der Kombination von Ausschluss vom Arbeitsmarkt mit dem Verlust sozialer Einbindung, ein drittes Element – der Prozess des Verlustes gesellschaftlicher Teilhabe – muss hinzukommen. Diese neue Struktur sei sozialstrukturell nicht angemessen erfasst. (Karl August Chasse, Was trägt der Exklusionsbegriff zur Diagnose der Gegenwartsgesellschaften bei?, in: Widersprüche Heft 92, S. 122).

Der amerikanische Anthropologe Oscar Lewis fundierte mit seinem Konzept „The Culture of Poverty“ den amerikanischen „underclass“-Begriff, dem die These der intergenerativen Fortpflanzung und die These der Verfestigung bzw. Persistenz von Armut zugrundeliegt. So bildet sich nach Lewis mit den prekären Lebensbedingungen unter armen Slumbewohnern (Basis seiner internationalen Feldstudien) eine spezifische „Kultur der Armut“ heraus, die über familiäre Sozialisationsprozesse von einer Generation zur anderen weitergetragen und tradiert wird, und die Kultur selber einen Beitrag durch Handlungsmuster und Wertorientierungen zur Verfestigung von Armut leistet. Die Kritik am theoretischen Bezugsrahmen bezieht sich sowohl auf die begriffliche Unschärfe der „Culture of Poverty“ als auch auf das Ausblenden der Prägungen außerfamiliärer Sozialisationsagenten, die die Thesen der Stabilität, Konstanz und Geschlossenheit einer „Kultur der Armut“ problematisieren (vgl. z.B. Goetze 1992; Knecht 1999). In den normativen Wertungen seiner Daten kommt Lewis zu impliziten und expliziten Negativbewertungen, aus denen die Einschränkung sozialpolitischer Unterstützung von Armen abgeleitet werden kann, und im inhaltlichen Duktus (ohne das sich Nolte explizit auf Lewis bezieht), in der aktuellen neo-konservativen „Klassendebatte“ seinen Niederschlag findet: So behauptet Lewis, die Situation armer (schwarzer) Familien in den innerstädtischen Gettos der USA sei nicht durch strukturelle Benachteiligung, Rassismus und Stigmatisierung verursacht, sondern durch eine Kultur des Müßiggangs und des sozialen Faulenzens (ausführlich dazu Kronauer 2002: 52 ff.).

Die Popularisierung des „underclass“ Begriffs durch Gunnar Myrdal („Challenge to Affluence“, 1965) erweitert die Sicht auf die Ursachen (auf die Unstimmigkeiten zwischen Angebot und Nachfrage nach Qualifikationen), wodurch die Gruppe der An- und Ungelernten strukturell bedingt unter Druck gerät, und in einen „vicious circle“ (Myrdals entscheidende Kategorie) den gesellschaftlichen Ausschluss her-

beiführt. Myrdals Begriff der „underclass“ bezieht sich auf eine anhaltend arbeitslose oder zumindest unterbeschäftigte Bevölkerungsschicht.

Die nachgelagerte „underclass“-Debatte engte sich stark rassistisch ein, und dominierte die sozialpolitische Debatte in den USA mit dem Ziel, den Abbau des Sozialstaats zu legitimieren und moralisches und kulturelles Fehlverhalten zu sanktionieren. In der Weiterführung der Myrdalschen Konzeption der „underclass“ durch W. J. Wilson (Studie „The truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and the Public Policy“) zielt er auf eine Neubestimmung des „underclass“-Begriffs, in dem er die von Lewis begründete Persistenzthese problematisiert, und unterstreicht in seiner Studie „The truly Disadvantaged“ (1987) die Bedeutung des Arbeitsmarktes für den Ausschluss der Schwarzen. Der ökonomische Ausschluss sei die zentrale Erklärung für die Herausbildung der „underclass“. Durch diesen Ausschluss wird der „vicious circle“ in Gang gesetzt: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung leiten einen Verarmungsprozess ein, der zur Veränderung „schwarzer“ Wohngebiete führt, der wiederum zur Abwertung und zum Zerfall von Wohngebieten („filtering down“ oder „downgrading“) beiträgt. Diese kumulativen Prozesse führen dann in die bekannten Erscheinungen der sozialen Isolation.

Wilson definiert die zentralen Attribute der „underclass“ wie folgt:

1. Zugehörigkeit zur farbigen Bevölkerungsschicht.
2. Bewohner städtischer Armutsviertel (sozialräumliche Konzentration, die mit sozialer Isolation von der Mehrheitskultur einhergeht).
3. (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, insbesondere in Verbindung mit Armut/Unterversorgung und Sozialstaatsabhängigkeit (marginale ökonomische Position).

Nach Wilson ist unter Zugrundlegung dieser Lebenslagekriterien sozialer Aufstieg aus der „underclass“ quasi unmöglich. Dabei führt Wilson die intergenerationale Reproduktion der „underclass“ auf deren sozialen Habitus zurück. Anders bei Bourdieu, der die Statusvererbung um den Gesichtspunkt der Herrschaft (Einfluss der Schule auf die Reproduktion) erweitert, der bei Wilson in dieser Form nicht auftaucht.

Eine Übertragung des „underclass“-Konzeptes auf die heutige bundesrepublikanische Debatte ist nicht nur wegen der Unterschiedlichkeit der staatlichen und ökonomischen Interdependenz beider Gesellschaftssysteme (unterschiedliche Eingriffe in die kapitalistischen Akkumulationsprozesse: Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung), sondern auch wegen der Unzulänglichkeiten der theoretischen und methodischen Zugänge der „underclass“-Konzeptionen schwierig, wenn sich auch phänomenologisch etliche Entwicklungsprozesse unter dem Einfluss neoliberaler „Reform“-Prozesse ähnlich darstellen lassen (z.B. Herausbildung einer gettoisierten „underclass“ durch die Deregulierung des Wohnungsmarktes und den massiven Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau).

Die Debatte um die beiden Zentralbegriffe „underclass“ und „Exklusion“ ist äußerst kontrovers, findet jedoch einen gemeinsamen Nenner in dem Selbstverständnis, dass Arbeitslosigkeit und Armut als gesellschaftliches Verhältnis betrachtet werden, nämlich ein Verhältnis von Zugehörigkeit und Ausschluss. Die divergierenden Vorstellungen zum Verhältnis von „Dinnen“ und „Draußen“, zwischen „Inklusion“ und „Exklusion“ sind für das Analysemodell von erheblicher Bedeutung, da das von Wilson gezeichnete Bild einer sozialen Insel für amerikanische Gettosituationen grundgelegt ist, der Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft jedoch mangels Differenzierung nicht gerecht wird, die jedoch im Exklusionskonzept in der Idee der „Gleichzeitigkeit von Innen und Außen“ gut angelegt ist. Während also das Konzept „underclass“ eine festgeschriebene soziale Lage definiert, und die Frage nach der Reproduktion dieser Lage im Vordergrund steht, fokussiert der Exklusionsansatz stärker den Prozesscharakter sozialer Ausgrenzung. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich das Innen-Außen-Verhältnis im Prozess der Ausgrenzung zuungunsten sozialer Inklusion verschieben kann. Ein Konsens

zwischen beiden Modellen besteht darin, dass eine wachsende Zahl von Menschen in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften am Arbeitsmarkt marginalisiert wird, bis hin zum gänzlichen Ausschluß aus der Erwerbsarbeit und anschließender gesellschaftlicher Isolation. „Gesellschaftliche Isolation“ meint im weitesten Sinne einen Ausschluß von Teilhabemöglichkeiten gemessen am gesellschaftlichen Standard, und zunehmender Auflösung sozialer Bindungen oder/und deren Beschränkung auf den Kreis der Benachteiligten. Bezüglich der Dynamik sozialer Ausgrenzungen mahnt Castel in seinem Aufsatz „Fallstricken des Exklusionsbegriffs“ (2000) an, sich stärker den Prozessen im Inneren der Gesellschaft zuzuwenden, die die soziale Ausgrenzung erzeugen, dynamisieren und stabilisieren. Dabei fokussiert Castell die Veränderungen innerhalb des ökonomischen und politischen Systems, die mit den Termini „Globalisierung“, „Liberalisierung“, „Tertiärisierung“ und „Rationalisierung“ beschrieben werden.

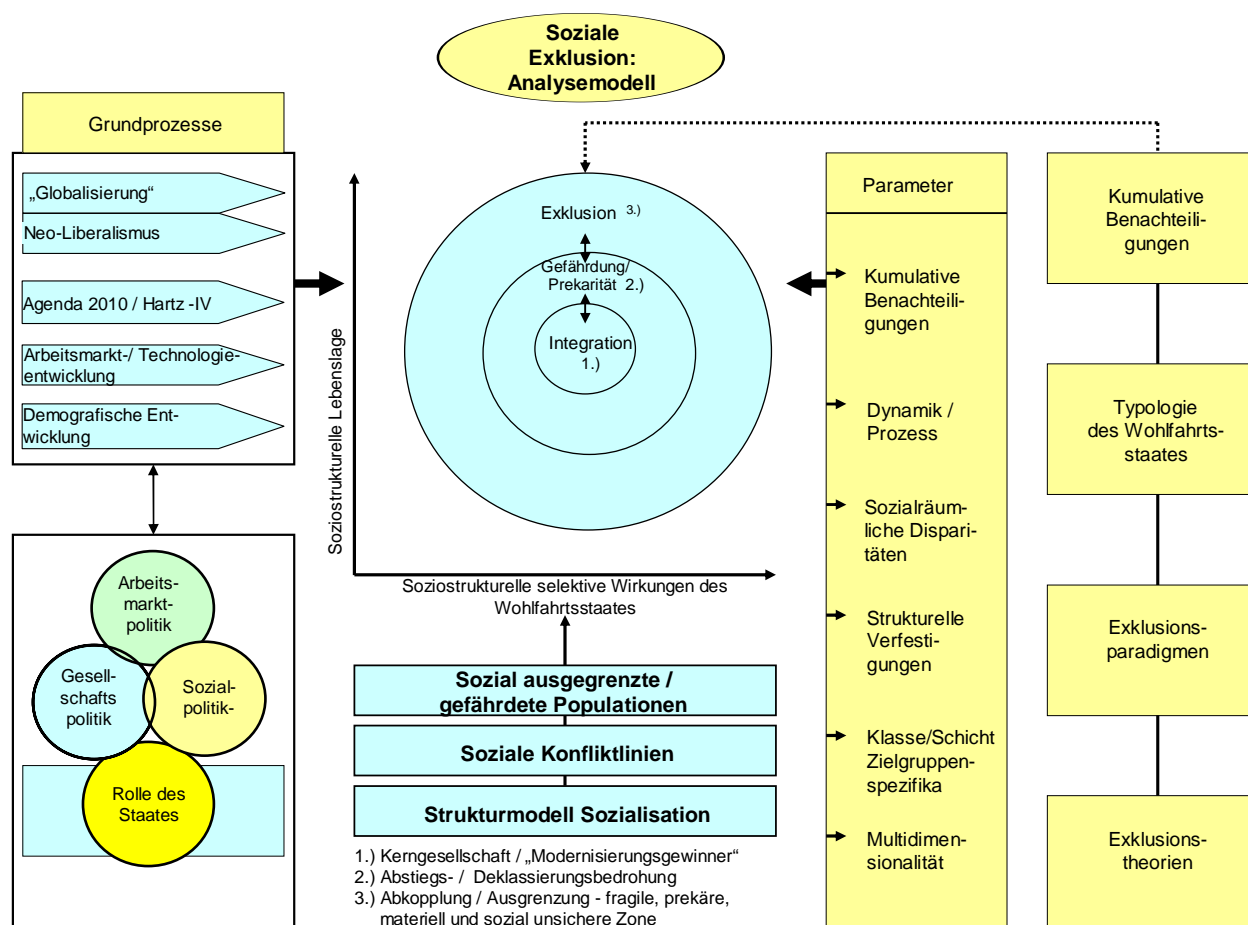
Das vor allem der Sozialberichterstattung zugrundegelegte „Lebenslagenkonzept“ zielt darauf ab, durch eine mehrdimensionale Analyse von Lebensqualität eine monokausale Reduktion zu überwinden, und zugleich die Wechselwirkungen zwischen einzelnen Wirkungsebenen zum Selbstverständnis der Analyse zu machen. Danach werden Einschränkungen der Lebensqualität in der Wechselwirkung von materiellen und immateriellen Ressourcen (z.B. Bildung, Gesundheit, soziale Netzwerke) gesehen und interpretiert, und damit eine Kopplung mit dem Exklusionsansatz ermöglicht. Dies ist gesellschaftstheoretisch insofern fruchtbar, als damit die im Exklusionsansatz angelegte schematische Innen-Außendifferenzierung überwunden werden kann. Die mehrdimensionalen Perspektiven des Lebenslagenansatzes sind sowohl theoretisch, diagnostisch als empirisch von Bedeutung. Durch die Fokussierung auf die objektiven Parameter der „Lebenslage“ ist die Analyse von der Schwierigkeit enthoben, die subjektiven Verarbeitungsweisen der „Lebenslage“ beschreiben zu müssen, obwohl die Lebenslagen in ihrer objektiven Strukturiertheit immer in einer Wechselwirkung stehen mit den kognitiven Deutungs- und Verarbeitungsmustern, die sich mit den äußeren Lebensbedingungen in einer wechselseitigen Abhängigkeit entwickeln. In diesem Verständnis meint der Begriff „Lebenslagen“ die Gesamtheit der sozialen Zusammenhänge, in denen Personen ihre materiellen und immateriellen Möglichkeiten realisieren können. Hierbei sollen die Operationalisierungsprobleme der empirischen Sozialberichterstattung (vor allem die Auswahl der Dimensionen und Kriterien als auch der Vorwurf eines „fragmentarischen“ und „additiven“ Ansatzes) hier nicht näher betrachtet werden, da die Reduktion der Komplexität der Lebenslagen-Bereiche, deren Systematisierung, Priorisierung und Interdependenzen ein schwieriges empirisches Unterfangen ist.

Die in der Luhmannschen Theorie der autopoietischen Systeme angelegte Prämisse der multiplen Einbindung in vielfältige soziale Bezüge bezeichnet Luhmann als „Inklusion“, die Nicht-Zugehörigkeit zu anderen Teilsystemen als „Exklusion“. In diesem Verständnis ist jede Person mehrfach inkludiert und vielfach exkludiert. Auch eine Exklusion von mehreren Teilsystemen ist danach kein Problem, da durch eine „strukturelle Kopplung“ der Teilsysteme zwar die Möglichkeit der „Marginalisierung“ bestimmter Personen/Gruppen zur Konsequenz haben kann, aber keinen generellen Ausschluss aus der Gesellschaft, sondern nur eine Exklusion von gesellschaftlichen Teilsystemen bedeutet. Die Bedingung für einen Ausgleich ist jedoch die zeitliche Beschränkung der Exklusion und die Unabhängigkeit der Teilsysteme voneinander. Eine Verknüpfung von Teilsexklusionen hat jedoch die Konsequenz eines statusverhärtenden Effekts (Statusverhärtung am „unteren Rand“ – „Marginalisierung“), und dies wohl häufiger mit gravierenden Konsequenzen für die Lebenslage der Betroffenen als von Luhmann wahrgenommen.

Während die Systemtheorie zwischen der Leugnung des Exklusionsproblems oder deren Überhöhung hin- und hergerissen ist (Luhmann 1995), lebt die Version des „Underclass“-Begriffs bei Murray u.a. (angelsächsische Diskussion) von der moralischen Dichotomisierung (Kritik Herbert Gans, 1995). Mit Luhmanns Versuch, Exklusionsprozesse mit dem systemtheoretischen Konzept „moderner Gesellschaften“ zu harmonisieren, setzt sich Kronauer in seinen Publikationen intensiv auseinander. Er

verdeutlicht an der Rolle von Geld und Erwerbstätigkeit als Vermittler gesellschaftlicher Teilhabe und der Zuweisung von Lebenschancen, dass Luhmann zwar in der empirischen Beschreibung diese Interdependenz anerkennt, sie theoretisch aber nicht integrieren kann.

Die in der Systemtheorie nicht geklärte Diskussion des „Entweder-Oder“ lässt sich in Bezug auf Georg Simmel (1983) auflösen, da das „Dinnen-Draußen-Verhältnis“ keinen logischen Gegensatz bildet, sondern als Einheit gesehen wird. Simmels Analyse kann somit ein Lösungsansatz zum Verständnis des heutigen Exklusionsproblems sein, weil sich die heutige Arbeitslosigkeits- und Armutsthematik in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften grundlegend von denen früherer Epochen unterscheidet, da diese Erfahrungen der Betroffenen auf einem historisch einmaligen Hintergrund materiellen Wohlstandes und einer rechtlich-institutionellen Einbindung auch der unteren Sozialschichten in die bürgerliche Gesellschaft zu reflektieren sind. Zugleich ist das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe im subjektiven Erleben des Ausschlusses, der Nicht-Teilhabe zu sehen, wenn auch die materiellen Restriktionen (Hartz-IV) die objektiven Parameter zunehmend auf Ausschluss verschieben. Nach M. Kronauer gehört die Thematik von „Exklusion“ und „Inklusion“ nicht zu den Grundelementen von Luhmanns Theorie, sondern ist erst Mitte der 1990er Jahre in die systemtheoretische Debatte eingeflossen. Bartelheimer (2004) verzichtet in seiner Sozialberichterstattung auf diese Leitbegriffe, da sie systemtheoretisch geprägt seien. Damit wäre jedoch eine Entkopplung der deutschen Diskussion von dem europäischen Diskursmodell eingeleitet, und damit eine Entkopplung von der EU-politischen Programmatik. Aus diesem Theoriedissens ergibt sich der Anspruch, das Konzept der sozialen „Exklusion“ und „Inklusion“ zu reformulieren und mit dem Anspruch des „Lebenslagenkonzeptes“ zu verbinden. Lebenslagen sind nicht nur additiv aufzuführen, sondern in einem Kausalitätsmodell in einer strukturellen Kopplung mit aktuellen gesellschaftlichen Grundprozessen darzustellen:



Das vertikale und aus der Erwerbsarbeit abgeleitete Statusbild der Klassen-/Schichtenmodelle sozialer Ungleichheit wird überlagert – aber nicht aufgehoben - von einer Polarisierung von „Innen“ und „Außen“. Die abgestuften Positionen der Einbindung beschreibt Martin Kronauer (1997) mit den Termini „Integration“, „Vulnerabilität“ und „Exklusion“. Kronauer verweist auf die zentrale Bedeutung des Exklusionsbegriffs, um die aktuellen Strukturumbrüche in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften erfassen zu können. Damit ist mit dem Terminus „Exklusion“ ein wichtiger Perspektivwechsel vorgenommen worden, um die zunehmende Aufspaltung spezifischer Bevölkerungsteile durch Arbeitslosigkeit und Armut oder soziale Randständigkeit analytisch angemessen beschreiben und einordnen zu können. Hierbei ist es wichtig, den Exklusionsbegriff analytisch deutlich von anderen Kategorien der Sozialstrukturanalyse abzugrenzen und die Unterscheidung kriterienorientiert zu definieren:

1. Es gehört zum soziologischen Konsens, die Positionierung innerhalb einer Gesellschaft nach den Ressourcen Geld, Macht und Prestige vorzunehmen. Demgegenüber fokussiert der Begriff „Exklusion“ den Ausschluß von grundlegenden Anrechten auf Teilhabe und Anerkennung in unterschiedlichen Bereichen des sozialen Lebens (z.B. Arbeitsmarkt). So macht der Exklusionsbegriff im Verhältnis zu Sozialstrukturkategorien den Unterschied da deutlich, wo es um das Herausfallen aus sozialen Netzen geht, und eine ausschließliche Reduktion auf den materiellen Lebensstandard konzeptionelle Grundlage ist. Damit öffnet sich der Blick für eine multidimensionale Analyse von Betroffenheiten und Interventionen.

2. Während die Sozialstrukturanalyse eine Ressourcenungleichverteilung (Geld, Macht, Prestige) in bezug auf Arme, Deprivierte und Minderprivilegierte fokussiert, geht der Exklusionsansatz über Fragen der ungleichen Ressourcenverteilung hinaus, und formuliert Anrechte und Ansprüche, an denen die jeweiligen Lebensverhältnisse justiert werden können und damit operationalisierbar werden. Die Verortung der betroffenen Personen in der Gesellschaft, der Bezug auf die Ressourcenausstattung (Lebensstandard, Bildung, Erwerbsstatus etc.) und die Festlegung von Maßstäben, an denen sich die soziale Integration bemisst, sind Eckpunkte des Exklusionsverständnisses.

3. Die Betroffenheiten von Armut und Arbeitslosigkeit beinhalten zugleich die Vorstellung einer gewissen Dauerhaftigkeit und prekären Lage, unter denen Exkludierte nicht nur „draußen“ sind, sondern auch vor „verschlossenen Türen“ stehen, und ein „Hineinkommen“ schwierig bis unmöglich ist. Dieser Blickwinkel bildet einen wichtigen Unterschied zu bisherigen Betrachtungen sozialer Benachteiligung, die primär zur Beschreibung aktueller Lebensverhältnisse und der sozialen Herkunft dienen. Somit beschreibt Exklusion grundsätzlich einen Mangel an Handlungsmöglichkeiten und Zukunftsoptionen, die es den Betroffenen schwer machen, aus einer schwierigen, prekären Lebenslage eigenständig herauszukommen. Ein zentrales Problem (neben der materiellen Restriktion) der Kumulation von Defizitlagen/Deprivationen ist das Risiko eines dauerhaften Ausschlusses aus der Gesellschaft. Der Lebenslagenansatz beschreibt daher völlig zu Recht Armut unter dem Gesichtspunkt kumulierter Deprivation, ohne jedoch den Aspekt der „sozialen Teilhabe“ angemessen zu betrachten. Ohne das Problem der Messbarkeit gelöst zu haben, eröffnet der Exklusionsansatz einen veränderten Blick auf die Phänomene sozialer Ungleichheit.

Die Gleichzeitigkeit des „Drinnen“ und „Draußen“ als gesellschaftlichem Spannungsverhältnis - von der marginalen Position im Arbeitsmarkt bis zum gänzlichen Ausschluß und gesellschaftlicher Isolation – manifestiert sich in verschiedenen Dimensionen:

1. In der ökonomischen Dimension (Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssystem): Zunehmende Marginalisierung und Ausschluß aus der Erwerbsarbeit an die Peripherie (Un- und Angelernte, Migranten/innen und (alleinerziehende) Frauen mit einer wachsenden Zone der „Vulnerabilität“ - (Castel).

2. In der politisch-institutionellen Dimension (Sozialstaat und politische Rechte): wachsende Kluft zwischen formal zuerkannten Rechten und ihrer realen Substanz bzw. Verschärfung der rechtlichen Ansprüche (Hartz-IV). Diese zunehmende Aushöhlung der sozialen Rechte umfasst sowohl materielle Absicherungen als auch Zugangsgarantien zu Bildung und Gesundheitsvorsorge. Arbeitslosenunterstützung (Alg II) und Sozialhilfe bleiben hinter dem anerkannt gesellschaftlichen konsumtiven Standard zurück. Sozialstaatliche Behörden (Arbeitsamt, Sozialamt) erweisen sich in der Erfahrung immer mehr als Institutionen der Stigmatisierung, sozialer Kontrollen und Sanktionen.

3. In der kulturellen Dimension spitzt sich die Diskrepanz zwischen den eigenen Zielen und Erwartungen und den Realisierungsmöglichkeiten insofern zu, als die Nicht-Teilhabe durch die Ausbreitung des Massenkonsums und der Massenmedien diese Diskrepanzerfahrung verschärft.

4. In der Dimension der sozialen Kontakte: in der Erfahrung, materiell mit anderen nicht mehr mithalten zu können, und der Konsequenz des Rückzugs und der sozialen Isolation.

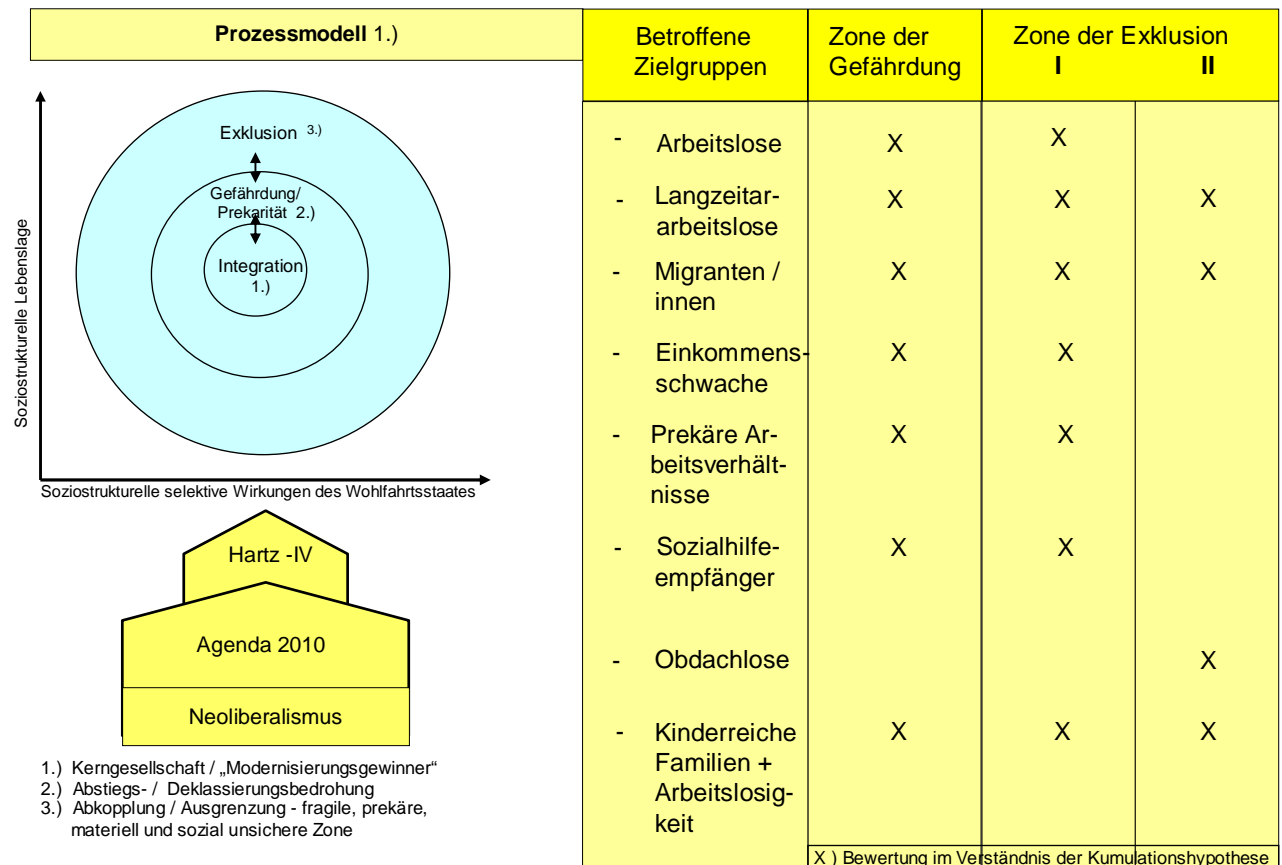
„Exklusion führt dann in eine eigenständige soziale Lage hinein, wenn die Abhängigkeit von öffentlicher Fürsorge anhält, weil die Betroffenen an der ökonomischen Produktion und Reproduktion der Gesellschaft nicht teilnehmen, im ökonomischen Sinne ‚überflüssig‘ geworden sind, aber auch sonst – und diese weitere Bedingung ist wichtig – keinen positiv definierten Platz in der Gesellschaft (Rentner, Vorruhestandler usw.) einnehmen können. Diese Positionsbestimmung charakterisiert recht genau die Situation der wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen in Deutschland heute. Die soziale Lage von ‚Draußen‘ wird reproduziert und damit zu einem Merkmal der Sozialstruktur, wenn einerseits die Gesellschaft Exklusionsprozesse in Gang hält, wenn andererseits die Individuen, die in diese Lage geraten, keine Möglichkeit mehr sehen, aus ihr herauszukommen und sich ihr im eigenen Handeln unterwerfen. Auch dies trifft mittlerweile auf eine wachsende Zahl von Menschen in der Bundesrepublik zu...“

Je schärfer sich die neuen gesellschaftlichen Spaltungen profilieren werden, desto mehr müssen wir damit rechnen, dass Begriffe wie Ausgrenzung, die Ausgegrenzten, Underclass oder Armutsghettos von denen aufgegriffen werden, die weit mehr als um ihr eigenes Wohl als um das der Betroffenen besorgt sind. Das Drinnen-Draußen-Schema wird dann zur Waffe derer, die etwas zu verteidigen haben. Der Ausgrenzungsbegriff, der dabei in Anschlag kommt, ist der des Entweder-Oder.

Die Argumente sind bereits deutlich vernehmbar und ihre typischen Muster sind bekannt: Wer ‚draußen‘ vorbleibt, ist selber schuld und verdient keine Unterstützung; Unterstützung verdirbt nur den Charakter und führt zu einer Kultur der Armut. Oder aber: Das ‚Innen‘ ist die beste aller Welten, deshalb muß man die, die ‚draußen‘ stehen, in die Gesellschaft hineinpressen, unter welchen Arbeits- und Lebensbedingungen auch immer“ (Martin Kronauer /1999, S. 13/14).

Bei dieser Differenzierung muss unbestritten sein, dass die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen und die „soziale Einbindung in Nahbeziehungen“ (Castell 1996) als die wichtigsten Zugangsquellen zu Anerkennung und Status, Bildung und Einkommen und anderen Formen sozialer Teilhabe zu sehen sind. Ausschluss vom Arbeitsmarkt bedeutet dagegen den teilweisen nahezu vollständigen Verlust der Teilhabechancen (vgl. Kronauer 2002: 108). Erwerbsarbeit wird zur zentralen Quelle im Zugang zu den Formen sozialer Teilhabe und zum zentralen Kriterium sozialer Ausgrenzung und sozialer und gesellschaftlicher Isolation. Dabei sind in der Analyse die sozialhistorischen Veränderungen von Relevanzstrukturen und Schwellenwerten zu berücksichtigen.

Eine Typisierung von Zielgruppen nach den Zonen der Gefährdung zeigt (trotz der These eines dynamischen Prozesses zwischen den Zonen) einen eindeutigen Gefährdungsindex für die Risikogruppen der sog. sozialen „Unterschicht“ auf. Diese Klassifizierung unterstreicht nicht nur die Plausibilität eines wachsenden Marginalisierung-/Exklusionspotenzials, sondern verdeutlicht die politischen, gesellschaftlichen, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Handlungsbedarfe:



Dynamik durch markt- u. sozialpolitische Einflüsse zwischen den Zonen

Entwurf: LUDWIG

Trotz der produktiven Debatte um „Exklusion“ und „Inklusion“ (Schwinn 2004) muß zugleich auf deren diagnostische Beschränkung verwiesen werden. Löste einerseits das Bild der „Innen-Außen-Spaltung“ bisherige Konstruktionen der geschichteten „Mittelstandsgesellschaft“ und der „postmodernen“ und der „postindustriellen“ Veränderungen der Sozialstruktur auf, so suggeriert andererseits das Bild der „Innen-Außen-Spaltung“ den Eindruck des Vorhandenseins eines stabilen und homogenen gesellschaftlichen Zentrums der „integrierten Mitte“, und fokussiert gleichzeitig die ausschließlichen Problemlagen der Zone der Exkludierten. So besteht die Gefahr, die Dynamik und das Prozesshafte der Entwicklung auf dem Hintergrund der beschriebenen Globalisierungs- und Technologieentwicklung aus dem Auge zu verlieren, und die Dynamik zwischen den drei Zonen zu übersehen (siehe Schaubild S. 285). Somit verweist „Exklusion“ (als nicht sozialstrukturanalytische Kategorie) als eine Metapher des sozialen Wandels auf eine Krise zentraler gesellschaftlicher Integrationsinstanzen: Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat. Dieser strukturelle Zusammenhang der Gefährdung sozialer Stabilität, der Prekarität des Wohlstandes, der Verunsicherungen beruflicher Positionen, den Folgen des Entzugs sozialer Sicherungen etc. wird in der klassischen Exklusionsdebatte nicht präzise genug herausgearbeitet. Der von Robert Castel (2000) in die sozialpolitische Debatte eingeführte Begriff der „Vulnerabilität“ integriert die sozialstrukturelle und die sozialpolitische Dynamik in den von Castel definierten drei Zonen des sozialen Lebens: die Zone der Integration, der Vulnerabilität und der „desaffiliation“, d.h. der Abkopplung oder Ausgrenzung. Castel spricht angesichts der organisatorischen und rechtlichen Prekarität der Beschäftigung, der Lockerung und des Verlustes der sozialen Bindungen und der Neujustierung staatlicher Politikprämissen von einer Ausweitung der Zone der Vulnerabilität als „Zone sozialer Wahrscheinlichkeiten“, in der Abstiegs- und Deklassierungsängste einher-

gehen mit Aufstiegs- und Stabilitätshoffnungen, d.h. die Mitte der Gesellschaft ist in ihrer bisherigen Stabilität bedroht. Materielle Restriktionen und soziale Verunsicherungen sind nicht nur das Erfahrungsgut an den gesellschaftlichen Rändern. Die Gefährdung der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky 1965) und die „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) zentrieren die Analyse aus der gesellschaftlichen Mitte heraus, die einen Erosions- und Verunsicherungsprozeß in den bisher nicht erschütterten drei Selbstverständnissen erfährt: Dem Zusammenspiel von Statuserhalt, Wohlstandsicherung und Abstiegsvermeidung. Dieses Selbstverständnis bisheriger Statusreproduktion hat sich zum kollektiven Lebensmuster entwickelt und gerät nun zunehmend in eine fundamentale Verunsicherung. Der Verlust der sozialintegrativen Kräfte von Staatsfunktionen und fordistisch ausgelegten Unternehmenskulturen, die Kalkulierbarkeit beruflicher Biographien/Karrieren, die Anforderungen an betriebliche und gesellschaftliche Flexibilisierungen, die Verschärfung um die sich verknappenden Ressourcen des Zugangs zu qualifizierten beruflichen Statuspositionen und die Auflösung der Perspektiven von Beschäftigungssicherheiten, die Brüchigkeit sozialer Positionen, die Gefährdung des arbeitsrechtlichen Schutzes etc. konterkarieren die bisherigen sozialen, strukturellen und psychischen Sicherheitszonen. Das „Modell Deutschland“ befindet sich in Auflösung.

Es muß eine Anforderung an eine politische Soziologie sein (Castel), diesen Prozess der Auflösung/Erosion einer regulierten Arbeits- und Sozialwelt, der Entwertung des „Öffentlichen“, der Dekollektivierung der Arbeits- und Sozialbeziehungen zum Analysegegenstand eines gesellschaftspolitischen und soziostrukturellen Trends zu machen, d.h. soziale Ungleichheiten und deren dynamische Entwicklung auf der Basis einer Analyse von Klassenlagen und Ungleichheitslagen in den Fokus dieser Disziplin zu rücken, und die normative Seite der Sozialwissenschaften wieder zu etablieren:

„Anzustreben ist die Etablierung einer Staats- und Gesellschaftswissenschaft, die nicht nur empirisch beschreibt, sondern auch in der Tradition der Aufklärung die politische Gesellschaft neu entwirft. Der Staat und die von ihm garantierte Rechtsordnung bleiben die Adresse, unter der Fragen nach Gerechtigkeit, nach der guten Gemeinschaft, nach Lebensbedingungen für freie und selbstbewusste Menschen gestellt werden“ (Di Fabio 200, S. 81).

Die notwendige Kritik am Konzept der „sozialen Exklusion“ (mangelhafte Einbettung in eine Theorie der sozialen Integration; die Drinnen-Draußen-Dichotomie) suggeriert einen Absenz von Zwischenlagen (Schichten-/Klassenkonzept). Zentrale Schwachstellen des Konzeptes sind:

- die Annahme von Homogenität (Kategorie der „Ausgeschlossenen“);
- die Annahme sozialer Immobilität (Annahme einer weitgehend statischen Underclass);
- Annahme der lokalen Fixiertheit und einer gesonderten Moral;
- eine dominante Fokussierung auf Armut und Deprivation einer sozial ausgeschlossenen Underclass.

Das Konzept neigt zudem zur Individualisierung und vernachlässigt die strukturellen Ursachen. Eine Überwindung durch eine klassen-/schichtenspezifische Ergänzung und eine Einordnung in eine politische Strategie ist dringend geboten.

Eine politisch-strategische Brücke bilden die Konzepte der EU. Das Modell der sozialen Exklusion hat sich innerhalb der EU und in der Programmatik der Europäischen Kommission als zentrales Konzept etabliert, in der Anwendung einer europäischen Beschäftigungspolitik und der Entstehung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung sozialer Exklusionen. Das strategische Ziel der Schaffung einer größeren sozialen Kohäsion innerhalb der EU bewegt sich jedoch im beschriebenen Spannungsfeld (Kapitel C 2) sozialpolitischer Ziele und Prämissen und neoliberalen wirtschaftspolitischen Grundausrichtungen.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten werden im Sinne der Programmatik der Europäischen Kommission aufgefordert

- die definierten Arbeitsmarktp Probleme (Zugang zum Arbeitsmarkt, Ausbildung, Qualifizierung) zu bekämpfen;
- präventive Strategien und aktive Maßnahmen zur Integration zu entwickeln;
- der Marginalisierung und den Exklusionsrisiken entgegenzuwirken;
- angemessene Maßnahmen zu implementieren, die an den Bedürfnissen zur Integration sozialer Randgruppen in den Arbeitsmarkt orientiert sind.

Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums, qualitativ hochwertiger Beschäftigung, der Verringerung des Risikos von Armut und sozialer Ausgrenzung. In den „nationalen Aktionsplänen“ wird vor allem Langzeitarbeitslosigkeit als zentraler Faktor für die Erhöhung des Armuts- und Ausgrenzungsrisikos bewertet. Bei aller Widersprüchlichkeit des Konzeptes und der praktischen Politikkonsequenzen muß die europäische Programmatik gegen die wachsenden Exklusionstendenzen handlungsleitend für gesellschafts- und sozialpolitische Strategien sein, denn die realen Ausgrenzungsprozesse aus dem Arbeitsmarkt und aus der Gesellschaft sind mehr als eine nur theoriegeleitete Projektion:

„Soziale Exklusion ist nicht erst seit ein paar Jahren eine wachsende Erscheinung. Die klassischen Erscheinungsformen sozialer Marginalisierung treten seit mindestens zwanzig Jahren immer geballter in Milieus auf, in denen sich Einkommensarmut und Transferbezug, Bildungsferne und Sprachprobleme, Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit konzentrieren. Trotz zweier Reichtums- und Armutsberichte aus der Rot-Grünen Regierungszeit begegnet die Mehrheitsgesellschaft des Phänomen des sozialen Ausschlusses mit bemerkenswerter Ignoranz.

Soziale Exklusion wird in Zukunft der Gesellschaft und der Wirtschaft einen hohen Preis abverlangen. Dort, wo die klassischen Erscheinungsformen sozialer Marginalisierung seit Jahren vorhanden sind, verbreiten sie sich immer schneller. Den negativen sozialstaatlichen Befunden zur Armutsentwicklung folgen mittlerweile alarmierende Zahlen zur Bildungsentwicklung. So ist nach einer Erhebung des Instituts der Deutschen Wirtschaft die Bildungsexpansion in Deutschland zum Stillstand gekommen: Während seit Jahrzehnten die Jüngeren im Durchschnitt stets ein höheres Qualifikationsniveau besaßen als die ältere Generation, sind wir inzwischen mit einer starken Abwärtsdynamik konfrontiert...

Nimmt man die Zahlen ernst, so droht die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in die ‚Produktiven‘ und die ‚Überflüssigen‘. Das Problem dieser Entwicklung ist nicht nur ein ökonomisches: Ebenso dramatisch für den Einzelnen ist das Fehlen gesellschaftlicher Anerkennung, das frustrierende Gefühl, ersetzbar zu sein und nicht mehr gebraucht zu werden. Nicht umsonst ist ‚Respekt‘ der Schlüsselbegriff für viele Jugendliche – sowohl in den französischen Vorstädten als auch bei uns. Ansehen und Ehre haben für sie den gleichen Stellenwert wie monetäre Sicherheit. Mit dieser Werthierarchie machen die Jugendlichen deutlich, woran es ihnen in dieser Gesellschaft vor allem fehlt: Zugehörigkeit, Achtung, Wertschätzung. So dramatisch die Situation in schlichtweg armen und bildungsfernen Milieus ist, so ist das Auseinanderdriften der Gesellschaft längst kein Prozess mehr, der nur auf diese beschränkt bleibt. Er betrifft potenziell alle. Deswegen müssen Staat und Gesellschaft eine klare Botschaft an jeden einzelnen aussenden und einen grundsätzlich anderen Anspruch formulieren: ‚Wir können und wollen auf keine und keinen verzichten, jeder und jede wird gebraucht! Wir wollen jedem und jeder ein würdiges Leben ermöglichen...‘

Je schwieriger die politische Bearbeitung des Problems der sozialen Exklusion erscheint, desto energischer werden vermeintliche Patentlösungen und Entschlossenheit suggerierende Strategien feilgeboten. Da die Versuche, das Problem der sozialen Exklusion über Arbeitsmarktpolitik zu lösen, nur begrenzt erfolgreich sind, bilden sich im aktuellen Diskurs zwei politische Hauptlinien heraus: Zum einen die repressive Strategie der Armenbekämpfung, zum anderen illusionäre Strategien wie die eines bedingungslosen Grundeinkommens. Beide Linien – so gegensätzlich sie auch zu sein scheinen – verfolgen das Projekt der weit reichenden und endgültigen Ausgrenzungen“ (K. Göring-Eckardt und M. Kurth 2006, S. 1-3).

2. Klassen-/Schichtenspezika: Wider die Nivellierung von Betroffenenheiten

Die zentrale Frage, ob sich unter den Strukturmerkmalen der Arbeitsplatzentwicklung (Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohnsektor, Prekarisierung) und der Kopplung an Strategien der „Transformation des Sozialstaates“ die Etablierung einer „neuen Unterklasse“ beobachten lässt, die in diesem Status auch verifiziert werden kann, ist von herausragender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Mit dieser

Entwicklung eines grundlegenden Wandels gesellschaftlicher Schichten-/Klassenstrukturen haben sich verschiedene Autoren beschäftigt. Denn die Frage, ob das statistisch beschreibbare Potential von aus der Arbeitsgesellschaft „Ausgeschlossenen“ mit einer soziologischen und politologischen Typisierung (Klasse, Schicht) belegt werden kann, ist in der Literatur umstritten.

Dahrendorf bemerkt zur Existenzfrage einer „Unterklasse von sozial Marginalisierten“, dass es systematische Prozesse ihrer Rekrutierung, ihrer Abgrenzung und der Prägung ihres Verhaltens geben müsse. Nach seiner Einschätzung fällt es schwer, dieser Population eindeutige schichtenspezifisch homogene Merkmalszuschreibungen (physische Konzentration, Herausbildung einer eigenständigen Kultur, soziale Netzwerke, Organisationsformen etc.) zuzuschreiben. Im Gegenteil sei deren Lebenslage gekennzeichnet durch eine wachsende soziale Entfremdung und die grundsätzliche Frage des „Nicht-Gebraucht-Werdens“, und nicht durch die Konstituierung einer sozialen und politischen Schichten-/Klassenidentität. Dahrendorf folgert, dass es wenig Sinn macht, den sozialen Strukturen tiefe Spaltungen nachzusagen, wenn aus dieser keine sichtbaren sozialen und politischen Auseinandersetzungen folgten. Für ihn gilt es als ausgemacht, dass es in den gegenwärtigen OECD-Gesellschaften keinen Klassenkonflikt zwischen den „Besitzenden“ und „Besitzlosen“ gibt.

In seinen Thesen zur „Risikogesellschaft“ stellt Beck die grundsätzlichen Geltungsbedingungen für das Konzept der sozialen Klassen in Frage. Nach seiner Auffassung gibt es im Anspruch der modernen Ungleichheitsforschung für das Konstrukt der sozialen Klassen und Schichten keine empirische Entsprechung mehr. An ihre Stelle trete, so Beck, die individualisierte und enttraditionalisierte „Nachklassengesellschaft“. In dieser werden soziale Disparitäten und Ungleichheiten nicht mehr als Klassenschicksal erlebt, sondern im Kontext einer klassenzusammenhanglosen Individualisierung. Somit sind die sozialen Ungleichheiten keineswegs beseitigt, sondern unterliegen einer Umdefinition persönlicher sozialer Risiken (z.B. Armut, Arbeitslosigkeit). Die somit individualisierten gesellschaftlich verursachten Probleme manifestieren sich direkt in psychischen Befindlichkeiten/Belastungen/Pathologien. Diese Lebenslagen eignen sich jedoch nicht zum Aufbau sozialer Netze von kollektiv geteilten Problemwahrnehmungen und einer Hinwendung zu politischen Organisationsformen.

Für Treu ist das Entstehen einer politischen Bewegung der Dauererwerbslosen durch das Fehlen einer Organisationsphilosophie in Form eines gemeinschaftlichen Bewusstseins und eines Denkmodells gekennzeichnet. Somit gibt es kein Medium, in dem eine bewusste Verarbeitung ihrer gesellschaftlichen Lage und daraus abgeleiteter politischer Handlungsstrategien sichtbar werden.

Auch Gewerkschaften fokussieren nicht die Interessenlagen dieser Zielgruppe. Deren Interessen gelten primär der Lohnsicherung und der Wahrung des Besitzstandes ihres gewerkschaftlichen Klientels.

Alles in allem verfestigt sich das Bild der Verneinung einer „neuen sozialen Unterklasse der sozial Marginalisierten“. Danach ergibt sich die „Nichtklasse der Marginalisierten“ durch Fragmentierung und Heterogenität resignativ – ohne Verhandlungsmacht und Lobby – in ihr Schicksal und verweilt in politischer Apathie: mit einer hohen Affinität zu extremen Politikkonzepten. Eine wachsende Zahl von Sozialwissenschaftlern definiert die Gesellschaft jenseits von Stand, Klasse und Schicht: Die auffälligsten Äußerungsformen gesellschaftlichen Wandels im ‚modernen Europa‘ sind demnach die Erosion und das Verwischen früher manifester Klassenstrukturierung (insb. Beck 1983, Beck 1986, Berger 1986, Hradil 1987, Berger und Hradil 1990). Aus dieser Perspektive ist weder die Konzeption der sozialen Schichtung noch die einer Klassenstruktur geeignet, die soziale Strukturierung der aktuellen Gesellschaftsformation zu beschreiben. Nicht „Klasse“ und „soziale Schicht“, sondern „Milieu“, „Lebensstil“, „Individualisierung der Lebensführung“ etc. seien die zeitgemäßen begrifflichen Konzepte. Konstatiert wird die Entkopplung von „objektiven“ Arbeits- und Lebensbedingungen und „subjektiver“ Lebensweise in der „Erlebnisgesellschaft“ sowie die Bedeutungszunahme von Geschlechts-, Alters-, Generations- und Bildungsunterschieden gegenüber sozioökonomischen Positionsunterschieden.

Andere Autoren (z.B. Giddens 1973, Bourdieu 1982, Therborn 1987, Bader und Benschop 1989, Kreckel 1990, Crompton 1993, Esping-Andersen 1993, Koch 1994) benutzen den Klassenbegriff im Konzept der Soziologie der multidimensionalen Ungleichheit als grundlegende Dimension der sozialen Lagen und Beziehungen in der Gesellschaft mit dem Anspruch auf notwendige Differenzierungen, indem sie die vertikale Differenzierung durch eine horizontale ergänzen (zuerst bei Bergmann u.a., 1969). Veränderungen der Sozialstruktur werden begrifflich berücksichtigt und Differenzierungen innerhalb der „kapitalistischen Klassengesellschaft“ wahrgenommen. In dieser kontroversen Analyse wird manifest, dass Befunde empirischer Analysen vom jeweiligen theoretischen Standort abhängen. Je nachdem also, ob die These eines Kapitalismus ohne Klassen, einer Entstrukturierung der Klassengesellschaft oder die These einer modifizierten, differenzierten Klassengesellschaft unterstellt wird.

Als Resultat einer fundamentalen Kritik an der sog. bürgerlichen Soziologie und einer fundamentalen „Rekonstruktion“ der Marxschen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft haben sich in den 70er Jahren „kritische Soziologen“ mit der Untersuchung gesellschaftlicher Verhältnisse auf der Basis der Klassentheorie und der empirischen Klassenanalyse befasst (Projekt Klassenanalyse PKA 1973 und 1974, Institut für marxistische Studien und Forschungen IMSF 1973, Beckenbach u.a. 1973 und 1975, Bischoff u.a. 1982, Erbslöh u.a. 1987), und sich damit gegenüber dem Mainstream der strukturfunktionalistischen Schichtungstheorien positioniert. Unter Bezugnahme der sich aktuell verstärkenden Prozesse des „postfordischen“ Sozialabbaus, steigender Massenarbeitslosigkeit, Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und den wachsenden Erscheinungsformen der „neuen Armut“ postuliert Roth (1994) sogar eine „Wiederkehr der Proletarität“ sowie die Wiederbelebung proletarischer Denk- und Handlungsmuster.

Die konträren soziostrukturtheoretischen Diskurse stehen sich also unversöhnlich gegenüber: Die akademische Soziologie begründet ihre Grundpositionen mit der notwendigen Fokussierung „mittelschichtspezifischer“ Phänomene im sozialen Kontext der „Modernisierungsgewinner“; die marxistischen Vertreter berufen sich auf die Lagemerkmale der pauperisierten, marginalisierten und ausgegrenzten „Modernisierungsoffer“. Trotz dieses Abgrenzungskonsenses gab/gibt es im Lager kritischer bzw. explizit marxistischer Sozialwissenschaftler kontroverse Debatten über die angemessene Interpretation und Anwendung der Marxschen Klassentheorie (IMSF 1973/Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“, PKA 1973 und 1974).

3. Pluralisierung und Individualisierung

Hradil (1992) vermeidet in seinem Bericht über „Sozialstruktur und gesellschaftlichen Wandel“ den Begriff der Klassenanalyse der europäischen Gesellschaften, da er den Klassen- als auch den Schichtenbegriff für ungeeignet hält, mit ihm analytisch gesellschaftliche Realitäten abzubilden. Es gälte sich stattdessen auf „neue Dimensionen der Ungleichheit“ (zwischen Männern und Frauen, zwischen Altersgruppen oder Geburtskohorten, zwischen Nationalitäten sowie Regionen) zu konzentrieren. Benachteiligte Lebenslagen/sog. Problemgruppen (Arme, Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Asylbewerber, Drogenabhängige, Behinderte) sind demnach nicht mehr mit der Klassenanalyse zu bestimmen. Diese Sichtweise der „horizontalen Disparitäten“ (wie zwischenzeitlich in allen Sozialstrukturanalysen und Theorien anerkannt), legt Hradil besonderen Wert auf die sozialen Prozesse der „Modernisierung“, die sich in individualisierten und pluralisierten Lebensführungen niederschlagen, also nicht erklärbar sind aus der Logik des Ökonomischen, der Klassenlagen und Schichtungsgefüge. Auf der Basis empirischer Untersuchungen der westdeutschen Bevölkerung spricht Hradil (1993: 682 ff) von einer dreifachen Pluralität:

- Die Menschen denken und handeln im Allgemeinen unabhängig von äußeren sozialen Determinanten, insbesondere von Schicht- und Klassenzugehörigkeiten.

- Die sichtbare Äußerung von Lebensweisen ist ausdifferenzierter als es den Klassen- und Schichtungsmustern entspräche.
- Die Zugehörigkeit zu Milieus und Lebensstilgruppen ist heutzutage eine wichtige Determinante für Konsumverhalten, politisches Verhalten etc. – individuelle Lebensweisen sind danach nicht mehr von objektiven/kollektiven Lebensweisen abhängig.

Im Gegensatz zu Schelsky sieht Hradil diese Entwicklung zu größerer Pluralität der Lebensstile und eher individuellen Optionen der Lebensgestaltung als Polarisierungsvorgang in der Sozialstruktur moderner Gesellschaften, bei dem eine breite Mitte von Minderheiten „nach unten“ ausgeschlossen wird und ähnliche Schließungsprozesse „von oben“ wirksam sind (Hradil 1993: 686).

Als Resümee länderübergreifender Analysen (europäische Länder) formuliert Hradil (1992: 82):

„(Die) Beseitigung von Stände- und Klassengrenzen sowie die Abschwächung von Schichtgrenzen beseitigt freilich soziale Ungleichheit nicht. Statt eines verelendeten Proletariats oder einer benachteiligten Unterschicht wurden Rand- und Problemgruppen ausgegrenzt. – Eine ‚Dienstklasse‘ von hochqualifizierten Angestellten und Beamten hob sich aus der Masse der Arbeitnehmer zunehmend heraus. – Armut existiert nach wie vor (teils ‚traditionelle‘; teils ‚neue‘, S.H.)... Große, eher noch wachsende Eigentums- und Einkommensabstände trennen insbesondere die Unternehmensbesitzer und die freiberuflich Tätigen von den Unselbständigen, – Geburt und Vermögen verschaffen immer noch (illegitime) Vor- und Nachteile. Bildung und Beruf führen zu erheblichen, zwar weitgehend legitimen, aber die Lebens- und Durchsetzungschancen der Menschen stark beeinflussenden Ungleichheiten“.

Hradil interpretiert also seine Daten nicht in einem klassentheoretischen Kontext. Statt den massiven sozialen Wandel analytisch in den Kontext kapitalistischer Produktionsweise zu stellen, fasst er diesen Veränderungsprozeß unter den in den soziologischen Mainstream geläufigen Modernisierungsbegriff, um die Veränderungen in den europäischen Gesellschaftsformationen zu beschreiben.

4. Klassenverhältnisse und soziale Klassen: aktuelle soziostrukturelle Veränderungen

Die Analytiker der Klassentheorie formulieren in Abgrenzung zu den Repräsentanten der Analytiker der Sozialstruktur (Hradil, Erikson und Goldthorpe 1992, Bloosfeld u.a. 1993, Crompton 1993) die Position, dass es zwischen der Klassenlage der einzelnen und ihren sozialen Chancen einen zwingenden Zusammenhang gibt, da eine Korrelation zwischen Klassenstruktur, der Einkommenshöhe, dem Bildungsgrad, den Arbeits- und den Wohn- und Lebensbedingungen unübersehbar ist. Noll und Habich (1990: 184 f.) kommen zu dem Ergebnis,

„dass soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik nach wie vor vertikal strukturiert ist. Wie die zwischen den hier unterschiedenen Klassenlagen zu beobachtenden Wohlfahrtsdifferenzen dokumentieren, werden die Lebensbedingungen der Bundesbürger auch weiterhin in beachtlichem Maße von ihrer eigenen oder der Stellung des Haushaltsvorstandes im Produktionsprozeß und den damit verbundenen Belohnungen, Chancen, Risiken und Belastungen bestimmt“.

Koch (1994) nimmt diese Argumentation auf und zieht auf der Basis seiner Analyse des empirischen Materials den Schluß, dass die These von der Disjunktion der Klassenlage und der Lebensweise nicht haltbar ist, und dass ein „Zusammenwirken“ von Ungleichheiten generierenden Faktoren und spezifischen Gesellschaftsformationen des Kapitalismus und seiner Gesellschaftsdynamik unterstellt werden muß. Er geht in seinem theoretischen Konzept der heutigen Gesellschaft von einer Klassengesellschaft aus. Ausgerüstet mit diesem „relativ konkreten Klassenmodell“ (das im Wesentlichen ein Modell von Klassenlagen ist), macht sich Koch an den empirischen Nachweis, die Bundesrepublik nach wie vor als „Klassengesellschaft“ zu charakterisieren. Der Zusammenhang zwischen Klassenstruktur mit Dimensionen der sozialen Ungleichheit wird anhand von Daten zur Einkommensentwicklung, zu den Haushaltsausgaben und Wohnungsbedingungen, zu Einstellungen, Wertorientierungen/Bewusstsein, Freizeitverhalten und Lebensstilen veranschaulicht. Mittels dieser Ergebnisse bestätigt Koch, dass ein

enger Zusammenhang besteht zwischen der Klassenlage und den ungleichen Alltagsverhältnissen der Bevölkerung. Die Entkopplung zwischen Klassenlage und Lebensführung ist demnach nicht zu halten.

Groh-Samberg (2005) stützt die These von der „Rückkehr der Klassengesellschaft“, in dem er belegt, dass die Armut in Deutschland seit den 70er Jahren nicht nur langsam aber stetig zunimmt, sondern dass die betroffenen Populationen einen eindeutigen Klassencharakter ausweisen. Groh-Samberg untersucht Armut nach Dauer, Klassenstrukturen und im Hinblick auf Einkommensarmut und „Lebenslagen“, und differenziert auf der Basis der Typisierung „Wohlstand“, „Prekarität“ und „Armut“. Seine Forschungsergebnisse über den Untersuchungszeitraum von 1984 bis 2004 lassen sich komprimiert wie folgt zusammenfassen:

- Die dauerhafte Einkommensarmut nimmt in Ost und West zu. Immer mehr Menschen erhalten über mehr als zwei Jahre weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes.
- Es entsteht eine neue Schicht der Mehrfachbenachteiligten (geringes Einkommen, schlechte Wohnung, Arbeitslosigkeit, geringe bis gar keine Rücklagen). Danach zeigt sich im Westen ein Anstieg der mehrschichtigen, andauernden Armut von 7,5 auf 10 Prozent, im Osten wächst quasi die Armut „von unten nach oben“. Die mehrfachen Armen werden mehr (von 8 auf 12 Prozent), und auch die prekäre Grauzone (Abrutsch-Risiko) wird tendenziell größer. Im Osten wie im Westen verfestigen sich die Armutsgrenzen.
- Groh-Samberg diagnostiziert einen engen Zusammenhang zwischen Armut und Klassenstruktur (stabil und ansteigend seit Mitte der 80er Jahre). Drei Viertel der dauerhaft und mehrfach armen Personen stammen aus der Arbeiterklasse. Vor allem Arbeiterfamilien mit mehreren Kindern sowie ausländische Arbeiter/-innen, und erst recht ausländische Arbeiterfamilien gehören in Deutschland zum Kern der Armut. Vor allem weisen die Daten ein deutliches Ansteigen des „Dienstleistungsproletariats“ aus, bei denen die Armutsrisiken dramatisch ansteigen.
- Insgesamt bilanziert die Studie von Groh-Samberg, dass sich soziale Ausgrenzungen und gesellschaftliche Polarisierungen strukturell verfestigen. Der Befund bestätigt den Tatbestand der „klassenspezifischen Chancenungleichheiten“, und untermauert damit Ergebnisse jüngerer Bildungs- und Mobilitätsforschungen als auch die in den PISA-Studien belegten signifikanten strukturellen Benachteiligungen von Kindern aus Arbeiter- und Migrantenfamilien. Die vermeintlich „Neue soziale Frage“ entpuppt sich als eine Zuspitzung der „alten“ Prämisse (im Kontext neoliberaler „Globalisierung“): „Die Arbeiterklasse“ ist am stärksten vom ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel betroffen. Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungslagen tragen dazu bei, dass immer mehr der gering qualifizierten Arbeiter und deren Familien in Armut abrutschen.

Die allgemeinen Vorwürfe gegenüber marxistischen Klassentheoretikern

- mechanistische Bestimmung der historischen Mission der Arbeiterklasse;
- die Tendenz zur Verallgemeinerung bei der Zugrundelegung von Klassikertexten;
- den Kurzschluß von der objektiven (sozialökonomisch determinierten) Lage auf die subjektive Bewusstseins- und Handlungsebene (in Ermangelung eines angemessenen Subjektivitätskonzeptes);
- der Tragfähigkeit der Marxschen Klassenkonzeption in der theoretischen Fundierung;
- der vulgärmarxistischen Unterstellung der Arbeiterklasse als lage-, interessen- und bewußtseinshomogenes Subjekt

sollen hier nicht Gegenstand der Auseinandersetzung sein, wenn es darum geht, die sozio-ökonomischen Grundtrends der aktuellen Entwicklung klassentheoretisch zu positionieren, zumal es unstrittig zu sein hat, aus der objektiv soziostrukturellen „Lage“ (so die Kritiker) nicht kausalmechanisch die konkreten Bewusstseinsentwicklungen und Handlungsdispositionen der „gesellschaftlichen Individuen“ abzuleiten. Deswegen wird in der sozialstrukturtheoretischen Debatte eine konsequente methodologische und begriffliche Trennung zwischen objektiver Struktur und subjektiver Bewusstseins- und Handlungsebene vorgenommen.

Zwei grundlegende soziostrukturelle Veränderungen in der kapitalistischen Systemreproduktion sind demnach im historischen Verlauf heranzuziehen: a) eine zunehmende und irreversible Bedeutungsabnahme des Fabrik- bzw. Industrieproletariats und b) eine Expansion der Handels-, Transport- und Dienstleistungssektoren in Verbindung mit der Bedeutungszunahme geistiger und verwaltender Tätigkeiten. Die Folge dieses strukturellen Prozesses ist eine wachsende Ausdehnung, Umschichtung, Ausdifferenzierung und Heterogenisierung/Pluralisierung der Lohnarbeit und der lagespezifischen Lohnarbeitsformen. Die strukturelle Auflösung des „präfordischen“ Proletariats als historische Erscheinungsform von Lohnarbeit ist also Bestandteil dieser analytischen Sichtweise. Als Folge dieses Prozesses hat sich der Anteil der lohnabhängigen Mittelschicht und der lohnabhängigen Intelligenz stark erhöht. Mit der Erschließung und Ausweitung nichtindustrieller ökonomischer Tätigkeitsbereiche, der massiven Umwälzung der Produktionstechnologie, der Bedeutungszunahme zuliefernder Bereiche der materiellen Produktion, der Ausdehnung staatlicher Interventions-, Vermittlungs- und Regulierungsaktivitäten verändert sich sowohl die quantitative Dimension als auch die sektorale Verteilungsstruktur der Arbeitskräfte (Deppe 1984: 178). Nach Kreckel (1992) kristallisieren sich innerhalb der „Klasse der Lohnabhängigen“ qualitativ unterschiedliche arbeitsmarktbezogene Profile heraus:

1. Rechtlose Arbeitskräfte (illegale Einwanderer und SchwarzarbeiterInnen).
2. Marginalisierte Gruppen (un- und dequalifizierte weibliche, ältere und behinderte Arbeitskräfte; Jugendliche ohne ausreichende Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse; GastarbeiterInnen; HeimarbeiterInnen, befristet und (Teilzeit-)Beschäftigte; in ABM Beschäftigte).
3. Un- oder dequalifizierte „Normalarbeitskräfte“.
4. Angelernte SpezialarbeiterInnen und einfache Angestellte.
5. „In sich“ chancenungleiche Facharbeitskräfte (a. bedrohte Facharbeiterqualifikationen; b. marktgängige Fachqualifikationen; c. aufgewertete Fachqualifikationen).
6. Akademische Fachqualifikationen.
7. Abhängige Erwerbspositionen mit Leitungs- und Managementfunktionen.

Diese arbeitsmarktstrategische, sektorale und qualifikatorische Ausdifferenzierung der Lohnabhängigen vollzieht sich in einer Dynamik, die für die Marginalisierungs-/Exklusionshypothese von zentraler Bedeutung sein wird, d.h. die Ungleichheitsrelationen reproduzieren sich auf zunehmend abgesenkten und sich polarisierenden Niveaus der sozioökonomischen Lebenslagen. Die Krise der fordistischen Regulierung des Kapitalismus und der daraus erklärbaren neoliberalen/-konservativen Wende wird zur quantitativen und qualitativen Herausbildung und Verschärfung neuer Armutsverhältnisse und soziostruktureller Ungleichheits- und Polarisierungstendenzen beitragen. Das dauerhafte Brachliegen und spekulativ fixierte variable Kapital und damit die Verschärfung der Krise der „Arbeitsgesellschaft“ (Herausbildung einer Masse von chronisch ausgegrenzten und überschüssigen Arbeitskräften im Weltmaßstab) vollzieht sich unabhängig von Konjunkturzyklus und ist Ausdruck der weltweiten kapitalistischen Krise. Dieser objektive Ausdifferenzierungsprozeß der „Klasse der Lohnabhängigen“ setzt nicht die These von der Herausbildung divergenter Interessenlagen, der subjektiven Bewältigungsstrategien und der lohnarbeitstypischen Existenz- und Reproduktionsweisen außer Kraft. Die Auflösung der traditionellen Form der „Arbeitersozialisation“, die Individualisierung der Lebensführung, die Auflösung traditioneller Sozialmilieus, die Individualisie-

rung der bürokratisch verwalteten und repressiv gegängelten Arbeitsmarktschicksale reproduzieren den Vereinzelungseffekt moderner Vergesellschaftungsweise, verknüpft mit der soziokulturellen Fremdbestimmung durch Massenmedien, Warenästhetik, Kultur- und Freizeitindustrie als Medien für die Erzeugung von Pseudo-Sinn. Dieser fremdbestimmte Individualismus mit teilweise gravierenden gesellschaftlichen Desintegrationserscheinungen, dem weitgehenden Zerfall von Vergemeinschaftungs- und Kommunikationszusammenhängen, erzwungener individualistischer Risikoverarbeitung (in der Legitimationsfalle bürgerlicher Leistungsideologie) erzeugt Widersprüche, Krisen und Gefühle individueller Unzulänglichkeiten, die von keiner Schicht- oder Klassenidentität getragen werden. Das Erlebnis ist die Erfahrung der individuellen Krise als Entfremdungs- und Verdinglichungserfahrung beschriebener soziostruktureller Differenzierungs- und Vereinzelungsprozesse. Diese krisen- und modernisierungsbedingte Aufspaltung in divergierende Interessensgruppen („Arbeitsplatzbesitzer“, Arbeitslose; gesicherte und peripher Beschäftigte; „Stammebelegschaften“ und Marginalisierte; unterschiedliche Lohn- und Qualifizierungsgruppen etc.) ist der subjektive Faktor im Kontext der „Klasse der Lohnabhängigen“.

Angesicht dieser objektiven gesellschaftlichen Komplexität sozialer Ungleichheitsverhältnisse kann schwerlich eine abstrakte Vorentscheidung darüber getroffen werden, welche Dimension der Ungleichheit (Klasse, Schicht, Geschlecht, ethnische Gruppenzugehörigkeit) bedeutsamer ist. Vielmehr geht es einerseits in subjektwissenschaftlicher Perspektive darum, die individuell erfahrene konkrete Konstellation sozialer Ungleichheitsbeziehungen in ihrer standortspezifischen Verdichtung zu erfassen, d.h. die subjektive Bedeutsamkeit der Klassen-, Schicht-, Geschlechts- und ethnischen Gruppenzugehörigkeit in ihrer jeweils spezifischen Wechselwirkung und Vernetzung zu rekonstruieren, ohne andererseits den Blick dafür zu verlieren, dass es trotz teilweiser gravierender Strukturveränderungen nach wie vor einen engen Zusammenhang zwischen der Klassenlage und den extrem ungleichen Alltagsverhältnissen der Bevölkerung gibt. Ein Zwischenresümee aus der von Koch u.a. repräsentierten theoretisch-empirischen Untersuchung ist, dass es plausible Argumente und ausreichende Befunde gibt, die Veränderungen der Sozialstruktur in Europa klassentheoretisch zu interpretieren. Dem liegt die These zugrunde, dass mit der Analyse der primären Produktion und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums (Kapital und produktive Arbeit) beginnend die Umverteilung innerhalb der Klassen zu untersuchen ist, einschließlich der staatlichen Umverteilung der Einkommen in Form von Steuern, Abgaben und Transferzahlungen in Form von Sozialleistungen, Renten usw., um auf dieser Grundlage die Klassenpositionen der privaten Haushalte zu ermitteln (Bischoff u.a. 1982). Auf einer solchen Grundlage eines ausdifferenzierten „Raums sozialer Positionen“ können dann Untersuchungen der symbolischen Dimension sozialer Ungleichheit beginnen, wie sie sich in den „Lebensstilen“ manifestieren.

Kreckl (1990) vertritt die These (obwohl explizit gegen die analytische Brauchbarkeit der Marxschen Wertheorie eingestellt),

„dass eine soziologische Analyse des makrosozialen Kräftefeldes, das die Aufrechterhaltung von struktureller Ungleichheit und Unterdrückung in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften gewährleistet, keineswegs ohne Rückgriff auf das Konzept der abstrakten Klassenverhältnisse von Kapital und Arbeit gelingen kann.“ (Kreckel 1990: 51)

5. Herausbildung einer „neuen Unterschicht“

Die hochgradig selektive Dynamik am Arbeitsmarkt, die Arbeitsmarktprogramme (Hartz-IV), die selektiven Prozesse des deutschen Schulsystems (PISA-Studien) und die Entwicklungen der sozialräumlichen Disparitäten bedingen und verschärfen einen soziologischen Differenzierungs- und Polarisierungsprozess, der in der aktuellen Debatte mit dem Terminus der „neuen Unterschicht“ abgebildet wird, und alle Merkmale der gesellschaftlichen Exklusion trägt (Bildungsabschlüsse, Aus-

schluß aus dem Arbeitsmarkt, soziale, ethnische, schichten-soziologische und lebensweltbezogene Homogenisierungen).

Der dynamisierte Prozess der heutigen „Wissengesellschaft“ und der beschleunigte Transformations- und Auflösungsprozess der alten Industriegesellschaft eröffnet einerseits neue Chancen und Perspektiven für diejenigen, die über Bildung, Wissen, Kompetenzen, Netzwerke etc. verfügen, und dynamisiert zugleich eine Polarisierung in der Gesellschaft entlang dieser Anforderungen. Zwar hat die Destruierung konventioneller Erwerbsbiografien auch für Akademiker die Berufs- und Aufstiegsaussichten instabiler und unkalkulierbarer gemacht, jedoch lässt sich auf der Basis der Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenstatistiken die These formulieren, dass diejenigen mit akademischem Zertifikat die großen Gewinner der deregulierten und wissensbasierten Gesellschaft sind, wenn auch die globale Analyse verdeutlicht, dass die internationale Konkurrenz der „Wissensarbeiter“ (auf der Basis moderner Kommunikationstechnologien) sich zunehmend verschärft und gewohnte Sicherheiten in Frage stellt. Die klassischen Ungleichheitsmerkmale, nämlich Bildung und soziale Herkunft, werden wieder signifikant wirksamer, die binnenzentrierten Sozialhomogenitäten und sozialen Abschließungstendenzen verstärken sich. Tendenzen zur Segregation des urbanen Raumes schreiten massiv voran. Während ganze Stadtteile verwahrlosen und veröden, prosperiert in anderen der Wohlstand. Diese Gleichzeitigkeit des Ungleichen birgt eine höchst brisante Spannung und gefährdet zunehmend den Zusammenhalt der Gesellschaft. Der bisherige soziale Konsens wird brüchiger. Diese wachsende Wohlstands- und Erlebniskluft, die sich nach den 1980er Jahren sukzessive herausgebildet hat, verschärft sich weiter, die bildungarmen und sozial-ökonomisch deprivierten Schichten bekommen zunehmend den Status der Entbehrlichen und Überflüssigen.

„Die Antisozialstaatlichkeit der neoliberalen Wirklichkeitsinterpretation hat nach zwei Jahrzehnten der diskursiven Hegemonie nicht zu einer in Teilen fraglos wünschenswerten Deregulierung von verknöcherten Bürokratien und zu einem löblichen Anstieg selbstverantwortlicher Individualität geführt, sondern auch zu einer Durchlöcherung sozialstaatlicher Normen – wie Fairness, Ausgleich, Integration, Verknüpfung, Zusammenhalt, Solidarität – und zu einer Destruktion sozialstaatlicher, klassenintegrierender Kohäsion stiftender Institutionen. Die neuen zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen sind demgegenüber weit mehr gruppenbezogen, mittelschichtslastig; sie greifen nicht nach unten, verschränken die heterogenen Gruppen nicht in vertikaler Dimension, wie es die alte Sozialstaatlichkeit noch als zentrale Maxime verfolgte. Insofern führt die neoliberale ‚Wirklichkeit‘ nicht zur befreienden Individualität, sondern – je weiter gesellschaftlich nach unten reichend, desto stärker – auch zu einer negativen Individualisierung. Im ‚neuen Unten‘ bleiben die Einzelnen für sich, netzwerksunfähig, handlungsgehemmt, vereinsamt, ungehört. Sie stören dadurch die Gesellschaft nicht mehr, bereichern und befruchten sie aber auch nicht, wie einst noch die sozialistisch-proletarischen Gegenkulturen.“

Die neue ‚Wirklichkeit‘ ist tribalistischer als die alte wohlfahrtsstaatliche Vergangenheit. Die Brücken zwischen den Gruppen sind brüchiger, die Dialoge von oben nach unten verdünnen sich...

Nach zweihundert Jahren Erfahrung mit der kapitalistischen Produktionsweise wissen wir, wie mächtig deren Trieb zur Selbstbeschädigung, zur Zerstörung der eigenen Voraussetzung ist, wenn nicht starke Gegenkräfte im sozialen System oder in Gestalt eines steuerungsfähigen Staates diese Tendenz zur Autodestruktion konterkarieren. Will die Demokratie – übrigens der Kapitalismus – überleben, soll es weiterhin intakte Märkte, funktionierenden Wettbewerb geben, dann werden die modernen Gesellschaften den Primat des Politischen, den Vorrang des Bürgers vor dem Konsumenten zurückerobern müssen, dann werden sie ordentlich ausgestattete, verlässlich funktionierende Bürokratien brauchen, werden Institutionen zu reetablieren und zu erneuern haben, die der Parzellierung der Gesellschaft entgegenwirken und die verbliebenen integrativen Fäden wieder fester miteinander verweben. Denn setzt sich die institutionelle Entleerung der Gesellschaft fort, dann fehlen die Puffer zwischen den Gruppen, dann prallen die Konfliktlager ohne Struktur und Filter unmittelbar aufeinander, dann sind populistische Bewegungen schwer noch aufzuhalten, dann werden Proteste elementarer, weniger domestiziert, kurz und brutal: gewalttätiger ausbrechen.“ (Prof. Franz Walter, Uni Göttingen, Geteilte deutsche Wirklichkeit in: TAZ 27.9.2005).

Hatte der „Prolet von einst“ noch ein geschlossenes Klassenbewusstsein, ein einheitliches und gültiges Feindbild, veritable Gegner und eine ausgeprägte Arbeiterkultur- und personale/kollektive Identitäten, so haben wir es bei den heutigen anwachsenden Arbeitslosigkeit-, Armuts- und Marginalisierungs-/Exklusionspotentialen mit vollkommen neuen individuellen und kollektiven Bewusstseins- und Lebenslagen zu tun:

„Der neue Arme ist kein Wiedergänger des alten. Vor allem an seinem mangelnden Bildungsinteresse erkennen wir den Unterschied. Er besitzt keine Bildung, aber er strebt ihr auch nicht entgegen. Anders als der Prolet des beginnenden Industriezeitalters, der sich in Arbeitervereinen organisierte, die zugleich auch Arbeiterbildungsvereine waren, scheint es, als habe das neuzeitliche Mitglied der Unterschicht sich selbst abgeschrieben. Selbst für seine Kinder unternimmt er keine allzu großen Anstrengungen, die Tür in Richtung Zukunft aufzustoßen. Ihre Spracherziehung ist so schlecht wie ihre Fähigkeit, sich zu konzentrieren. Der Analphabetismus wächst im gleichen Maß, wie die Chancen auf Integration der Deklassierten schrumpfen. Die Amerikaner sprechen in der ihnen eigenen Direktheit von ‚white trash‘, weißem Müll.“

Das neue Proletariat als homogene Klasse ist erst in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Überall in jenen Industrienationen, die sich die führenden nennen, bildet es sich heraus. Die moderne Volkswirtschaft hat offenbar nichts zu bieten für Leute, die wenig wissen und dann auch noch das Falsche.

Das Auftauchen der neuen Unterschicht fällt nicht zufällig mit dem Abschied der Industriearbeitsplätze zusammen. Der Prozess der Deindustrialisierung ist für Europa womöglich bedeutender als die einheitliche Währung und die allgemeine Verfassung. Die Zerfallsprozesse im inneren der Gesellschaft bedrohen den Westen heute stärker als der internationale Terrorismus, auch wenn die Politiker sich auf die Bekämpfung von Letzterem konzentrieren.

Demokratie und Marktwirtschaft können durch Bomben erschüttert, aber nicht beseitigt werden. Der ökonomische Erosionsprozess aber, von dem hier die Rede ist, entzieht dem Westen erst die Jobs, dann das Geld und am Ende auch die demokratische Legitimation.“ (Gabor Steingart 2006, S. 257-258).

Auf der Basis der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“ (2006) lässt sich nicht nur der empirische Tatbestand der „Unterschichtung“ verifizieren, sondern zugleich eine augenfällige Aufgeregtheit in der politischen Parteienlandschaft identifizieren. Wenn es auch die genuine Zielsetzung der Studie war, Aufschlüsse über zukünftige Wahlchancen der SPD zu erhalten, so sind die nicht beabsichtigten Nebeneffekte sowohl von empirischem als auch politischem Interesse. So reicht das Reaktionsspektrum auf diese Studie von Leugnung, Umdefinition und Verursachungsprojektionen und den Fantasien, dass dieser strukturelle Entwicklungstrend eine gesellschaftliche Dynamik auslösen könnte, die die gesellschaftlichen und demokratischen Grundlagen gefährdet. So überbieten sich die politischen Deutungskünstler an bisher unbekannter Kreativität: Verbietet sich Franz Müntefering (SPD) in bekannter Manier apodiktisch die Einteilung der Gesellschaft in „Oben und Unten“ („Es gibt keine Schichten in Deutschland“) („Formulierung lebensfremder Soziologen“), so besteht ein großkoalitionärer Konsens darin, den Begriff „Unterschicht“ aus der öffentlichen Debatte nehmen zu wollen, einfach, weil diese gesellschaftliche Realität nicht sein darf.

Dabei weisen die Ergebnisse der Studie alle Merkmale dessen auf, was aus der Sicht „lebensfremder Soziologen“ Unterschichten-Merkmale in der Tradition klassischer Schichtensoziologie sind (wenn auch der Fokus dieser Studie thematisch anders gesetzt war):

- einfacher Bildungsgrad,
- geringe berufliche Mobilität,
- schwach ausgeprägter Aufstiegswille,
- hohe strukturelle Arbeitslosigkeit oder Arbeitsplatzunsicherheit,
- niedriges Haushaltseinkommen,
- kaum Wohnungseigentum oder finanzielle Rücklagen,
- geringen familiären und sozialen Rückhalt,
- negative Selbsteinschätzung („Verlierer“-Identität),
- das Gefühl, vom Staat allein gelassen zu sein,
- Abschottung gegen „Ausländer“,
- ausgeprägte Resignation,
- das Gefühl, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein.

Dieser Status des sog. „Prekariats“ (Autoren der Studie) lässt sich nach einer quantitativen Analyse auf acht Prozent der deutschen Bevölkerung (zwanzig Prozent im Osten und vier Prozent im Westen)

übertragen, und verdeutlicht, wie groß das gesellschaftliche Marginalisierungs-/Exklusionspotenzial (schon) ausgeprägt ist, ohne die beschriebene (noch anstehende) Entwicklungsdynamik zu berücksichtigen. Diese Potenzial von 6,5 Millionen betroffenen Deutschen belegt Kurt Beck (SPD-Vorsitzender und offensichtlich Promotor dieser Studie) mit folgendem Resümee: „Früher gab es in armen Familien, auch in meiner eigenen, das Streben der Eltern: ‚Meine Kinder sollen es einmal besser haben.‘ Es besteht die Gefahr, dass dieses Streben in Teilen der Gesellschaft verloren geht“ (FAZ 17.10.2006).

Fakt ist offensichtlich (unabhängig von der Definitions-Irritation „Klasse“, „Schicht“, „Milieu“, „Prekariat“), dass ca. 8 Prozent der Deutschen in prekären, unsicheren und/oder gar perpektivlosen Lebensverhältnissen leben, ohne große Hoffnung auf signifikante Veränderungen:

„Tatsächlich ist die Unterschicht von heute anders als die Unterschicht von damals; der moderne Unterschichtler hat den Aufstiegsglauben verloren und das Klassenbewusstsein; das Proletariat konnte sich darauf verlassen, gebraucht zu werden, das Prekariat lebt in der Gewissheit, überflüssig zu sein...“

2,8 Millionen Deutsche sind Hartz-IV-Empfänger, 4,2 Millionen sind arbeitslos, 11 Millionen gelten offiziell als arm; auffällig ist, dass über die Hälfte der Arbeitslosen Langzeitarbeitslose sind, also ohne Aussicht auf Besserung leben. Dieser Anteil steigt sogar, er hat sich in den letzten 10 Jahren bei denen, die mindestens zwei Jahre arbeitslos sind, versiebenfacht...“

„Dass der deutsche Unterschichtler es besonders schwer hat, aus dem sozialen Ghetto wieder herauszukommen, belegen auch die Armutsuntersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft und die Pisa-Tests. Demnach bestimmt die soziale Stellung der Eltern, wie gut die Kinder in der Schule sind, sie wird vererbt: Wenn die Schulleistungen nach dem Berufsstatus der Eltern differenziert werden, ergeben sich zwischen Kindern aus oberen und unteren Milieus – verglichen mit anderen Ländern – in Deutschland besonders große Leistungsunterschiede“ (Der Spiegel 43/2006, S. 29-30).

War vor allem in Reihen der SPD die Neigung groß, die eigenen „Netzbeschmutzer“ (Schreiner, Engelen-Kefer: „Eine zentrale verschärfende Ursache dieses Problems sind die Hartz-IV Gesetze der rot-grünen Koalition“) öffentlich zu rügen und sie wieder auf Parteilinie zu bringen, so organisieren sich die „Therapien“ in bekannten Stereotypen und Kurzschlussreaktionen:

- Kinder müssen früher gefördert werden (um später bessere Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten Benachteiligter gestärkt“ werden. (Bundeskanzlerin Merkel).
- Es müsse mehr Geld für Schulen in „sozial schwierigen Stadtteilen“ investiert werden (Heiko Maas, saarländischer SPD-Vorsitzender).
- Die CDU (Generalsekretär Potfalla) spricht sich gegen eine Aufstockung der staatlichen Hilfen aus („Es geht darum, gezielte Anreize zu setzen, damit sich Leistung lohnt“, FAZ 17.10.2006). Eine Überarbeitung der Hartz-IV-Gesetze müsse vor allem zum Ziel haben, die „Leistungsmotivation zu stärken“.
- Familienministerin von der Leyen (CDU) kündigte ein „Frühwarnsystem“ zur Unterstützung vernachlässigter Kinder an.
- Die Debatte über diese Studie soll in die Gestaltung des SPD-Grundsatzprogramms einfließen: SPD-Chef Beck will einen „Bildungsaufbruch“ organisieren (beitragsfreie Kindergärten und der Ausbau der Ganztagschulen). Zugleich solle der politisch-strategische Fokus auf den „Leistungswilligen“/„Leistungsträgern“ dieser Gesellschaft liegen. Beck will der Mittelschicht das Gefühl zurückgeben, dass man ihnen „nicht nur ständig nehme, sondern auch etwas gebe“.

So sind es nicht zuletzt die Wohlfahrtsverbände (Paritätischer Wohlfahrtsverband und Caritas), die darauf verweisen, dass diese Debatte mal wieder „reflexartig“ geführt wurde, ohne die dahinterliegenden Ursachen seriös zu analysieren. Vor allem der Kinderschutzbund verweist auf den Tatbestand, dass 99 Prozent der Verwahrlosungsfälle in armen Familien registriert werden, und die

wachsende Zahl der Fälle eine „ganz fatale Folge von Hartz-IV“ sei (Präsident Hilgers in: Die Welt, 18.10.2006). So sei eine ganz gravierende Folge von Hartz-IV die Trennung von Jugend- und Sozialhilfe. Früher habe sich der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes automatisch um Sozialhilfefamilien gekümmert. Diese sind jedoch durch die „Reform“ weggefallen. Als wesentliche Ursache für das Entstehen einer „Unterschicht“ nannte Hilgers den Anstieg der Dauerarbeitslosigkeit und den Abstieg etlicher Menschen mit der Einführung der Arbeitsmarktreform Hartz-IV, in dessen Folge sich die Zahl der (mit)betroffenen Kinder auf zwischenzeitlich zweieinhalb Millionen erhöht habe („Die Kinder haben kaum eine Chance, da heraus zu kommen“).

Das gesellschaftliche Massenphänomen ist zwischenzeitlich auch zum Thema des Soziologentages (Kassel 2006) geworden. Die „neue Sichtbarkeit des Sozialstatus“ („Am Zustand der Zähne könne man heute ablesen, wo jemand steht“ – Heinz Bude) beinhalte (neben beschriebenen Phänomenen) auch, dass 15 bis 20 Prozent der Berufsschüler (nach Umfragen mit Berufsschullehrern) „ausbildungsmüde“ seien, und das Gefühl weit verbreitet ist, dass sich „die Mühe nicht lohnt“. Es gehe nicht um das „Oben und Unten“, sondern um das „Drinnen und Draußen“. Es handelt sich um ein „unauffälliges menschliches Elend“, so der Soziologe Andreas Willisch: „Schlechtes Essen, billige Unterhaltung und endlos viel Zeit“. Ganze Gruppen lebten in „sozialer Exklusion“. Es gibt Menschen (so Willisch und Bude in einer Hamburger Edition zum „Problem der Exklusion“), „deren Einkünfte unter dem Existenzminimum liegen und sich trotzdem auf eine selbstverständliche Weise als Teil des Ganzen fühlen. Doch auf der anderen Seite finden sich Bezieher eines durchaus ihren Bedarf abdeckenden Transfereinkommens, die die Hoffnung auf eine Existenz in eigener Regie längst aufgegeben haben (Die Welt, 18.10.2006). Das wachsende Forschungsinteresse zur Soziologie der „Underclass“ manifestiert sich u.a. am SOFI-Projekt „Internationaler Vergleich zur Soziologie der ‚Underclass‘ (2006) als auch an einem von der VW-Stiftung finanzierten Symposium zum Thema „Social Exclusion and New ‚Urban Underclass‘“ (in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin und dem Institut für Soziologie der Universität Oldenburg). Damit nähert sich die soziologische Debatte einem gesellschaftlichen Transformationsprozess, der in einer kritischen Reflexion zu Becks „Schöne neue Arbeitswelt – Vision: Weltbürgerschaft“) wie folgt charakterisiert wurde:

„Mit Vollzug der Globalisierung ziehen in die postindustriellen Industriegesellschaften des Westens Strukturen (insbesondere Armutsszenarien) ein, die bisher nur aus der ‚Dritten Welt‘ vertraut waren (ausgezeichnet analysiert in Bourdieu et. Al, 1997). Nichts anderes meint die These von der ‚Brasilianisierung des Westens‘ als Metapher für die Durchsetzung eines konsequent neoliberalen Paradigmas. Nach der Lesart von Beck vollzieht sich die Durchsetzung der westlichen Arbeitsgesellschaft keineswegs als universeller Prozeß einer materiellen Rationalisierung auch der Sozial- und Kultursysteme, sondern kann durchaus in andere kulturelle – und soziale Lebenswelten eingepasst werden... Die Globalisierung nimmt Einfluß auf die soziale Strukturierung der Gruppen im sozialen Raum, die in Globalisierungsgewinner, prekäre Hochqualifizierte, Working Poor und lokalisierte Arme der ‚Underclass‘ differenziert werden kann. Eine Strukturierung, die vermutlich noch präziser gefaßt werden muß und insofern nur heuristischen Wert hat. Jedenfalls aber hat sich die Arbeitsgesellschaft derartig verändert, daß von dem Ende des ‚Modell Deutschland‘ sicher gesprochen werden kann“. (zitiert aus: <http://www.jurawelt.com/literatur/rechtssoziologie/169>).

So in der Realität angekommen (in allmählicher Überwindung des Kunstbegriffs der Adenauerzeit „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“) kann man darauf gespannt sein, wie lange diese aufgeschreckte Debatte um die „neue Unterschicht“ anhält, und vor allem, welche substanziellen Konsequenzen daraus abgeleitet werden. Es ist jedoch zu befürchten, dass der Kommentar von Andrea Seibel die dominante Leitlinie neoliberaler Deformationen sein und bleiben wird:

„Schon lange spürt man, dass das soziale Gefüge in der Bundesrepublik Risse zeigt. In den 80ern prägte Peter Glotz die Formel von der Zwei-Drittel-Gesellschaft, um anzudeuten, dass im unteren Teil der Pyramide das Streben zur Mitte an Kraft verlor und Absonderungstendenzen sichtbar wurden. Es war ein Warnruf. Da hatte der Sozialstaat schon kräftig Fett angesetzt. Der Aufstiegsimpuls via Bildung galt besonders in der frühen Nachkriegszeit als Ausweis für Erfolg. ‚Wohlstand für alle‘ war die Parole von Ludwig Erhard und ‚nivellierte Mittelstandsgesellschaft‘ ihr soziologisches Wunschbild. Aber des Guten wurde zu viel.

Wenn Kurt Beck heute von lustlosen und leistungsunwilligen Menschen spricht, ist dies für einen Sozialdemokraten späte Erkenntnis, doch besser spät als nie. Ja, wir haben eine Unterschicht, und das ist nicht gut so. Die Unterschicht ist zwar auch

eine der materiellen Armut, aber mehr noch der Bildungsferne und Antriebslosigkeit. Sozialdemokraten vom Schlage eines Ottmar Schreiner sitzen weiterhin dem fatalen Irrtum auf, noch mehr Verteilungsstaat würde bessere Ergebnisse zeigen. Im Gegenteil: Das Vollkasko-Angebot des Staates hat diese Zustände zementiert. Damit haben Politiker und Bürokraten jahrelang geglaubt, Gutes zu tun: Er sollte vor allem ruhigstellen. Immobilität und Angst vor der Freiheit haben sich eingeschrieben in unsere Mentalität. Und die Mitte muss für alles zahlen" (in: <http://www.welt/data/2006/10/16/1072928.html>)

Die Aufrufe zum „Zusammenhalt einer Nation“ und die Floskeln zur „Schicksalsgemeinschaft“ (Bundeskanzlerin Merkel), die Negation sozialer Unterschichten (Vizekanzler Müntefering) manifestieren die Hilflosigkeit im Umgang mit dem gesellschaftlichen und soziologischen Tatbestand einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Das wachsende Armutspotenzial ist mit klassischen Mitteln der Arbeitsmarksteuerung nicht mehr zu kompensieren. Die aktuelle Variante des „Aufschwungs“ findet ohne das untere Drittel statt. Die Kosten der deutschen Einheit und die „Globalisierung“ haben tiefere Spuren der sozialen Verwerfung hinterlassen, als sich die politischen Repräsentanten dieses öffentlich eingestehen können. Die extreme Streuung von Vermögenswerten und Schulden (Studie der Bundesbank (2006) belegt die anwachsende soziale Polarisierung von Armut und Reichtum (siehe auch Studie des statistischen Bundesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung):

„Klassengesellschaften waren die anderen, die Marktwirtschaften mit der hässlichen Fratze der Armut, Länder wie Großbritannien oder die USA, wo der Gegensatz von Arm und Reich schon immer zum Grundkonsens gehörte. In Deutschland dagegen waren selbst die Eliten stolz darauf, dass ‚Wohlstand für alle‘ mehr als nur eine Polit-Parole war. Inzwischen gilt das längst nicht mehr, daran kann auch der ausufernde Wohlfahrtsstaat nichts ändern.

Zwar gibt die Bundesrepublik, gemessen an der Wirtschaftsleistung, mit 700 Millionen Euro fast genauso viel Geld für soziale Zwecke aus wie die europäischen Spitzenreiter Schweden und Dänemark. Bei den Bedürftigen jedoch kommt immer weniger an, wie eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Bei wichtigen Sozialindikatoren wie dem Ausmaß der Kinderarmut, dem Anteil der Langzeitarbeitslosen oder der Beschäftigungsquote Älterer rangiert die Bundesrepublik inzwischen weit hinten im internationalen Vergleich. Entsprechend ist der deutsche Wohlfahrtsstaat mittlerweile einer der ineffizientesten in ganz Europa, so das Fazit der Analyse.

Noch bitterer ist die Erkenntnis, dass der Sozialstaat das Aufstiegsversprechen an seine Bürger nicht mehr einhalten kann: die Aussicht, dank Bildung und staatlicher Förderung seiner Herkunft zu entkommen. Wer das Pech hat, in die Unterschicht hineingeboren zu werden, bleibt meist auch in der Unterschicht. ‚Bildungschancen werden vererbt‘ heißt es im Armutsbericht der Bundesregierung“ (in: Der Spiegel 50/2006, S. 27).

Und es bleibt zum Abschluss die Warnung vor der Illusion, strukturelle Arbeitsmarkt- und Gesellschaftsprobleme mit bildungspolitischen Interventionen lösen zu wollen, ohne den Stellenwert dieser zentralen gesellschaftlichen Reproduktionsfunktion zu relativieren:

„Die ‚frühkindliche Förderung‘ müsse verbessert werden, ließ die Kanzlerin verlauten, das kann nicht schaden; aber noch so viele Kindergärten und Ganztagschulen können nichts daran ändern, dass die dann besser Gebildeten und Ausgebildeten irgendwann irgendwelche Arbeitsplätze finden müssen. Schon jetzt ist zu beobachten, dass mehr Abiturienten – abgeschreckt durch Studiengebühren – Lehrstellen suchen und sie so den guten Realschülern und Hauptschülern wegnehmen... So wie die Politik daran gescheitert ist, mit mehr Bildung Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Natürlich muss man Kinder gut und besser bilden, in allen Schichten, aber der Unterschicht zu versprechen, das sei der Weg zu sicheren Arbeitsplätzen, ist so wirklichkeitsfremd wie die Behauptung, es gebe keine Unterschicht. Der Blick auf die Unterschicht ist immer der Blick der Mittelschicht. Sie schaut meist weg, aber wenn sie hinschaut, entdeckt sie Florida Rolf, Viagra-Kalle und andere ‚Sozialschmarotzer‘. ‚Die offizielle Gesellschaft‘, sagt Ralf Dahrendorf, ‚hat den Armen noch stets ihre Lebenslage zum Vorwurf gemacht‘. Und manchmal klingt das schon wie der Aufstand der Reichen gegen die Armen. Zu glauben, mangelnde Bildung, schlechtes Essen und rüdes Benehmen seien der Kern des Unterschichtenproblems, ist nichts mehr als der Lebensrost der Mittelschicht“ (Der Spiegel 43/2006, S. 30).

Glaubt man den offiziellen Kommentatoren, dann scheint die historisch gewachsene und jetzt manifest werdende Lage großer Bevölkerungsteile verfahren und in den Interventionsmöglichkeiten begrenzt zu sein, ja sich in einer Negativspirale struktureller Begrenzungen zu paralysieren:

„Die Politik zeigt sich fantasielos; ein Bürgermeister will mit ‚Kontrollversuchen‘ das Elend eindämmen, eine Ministerin setzt auf mehr Paragraphen, die Kanzlerin appelliert an ‚die Familie‘. Das demonstriert Bildungsdefizite auf höchstem Niveau. Die Armutsforschung erläutert doch seit Jahrzehnten geduldig, dass Familien in prekären Lebenslagen gerade nicht über genügend Ressourcen verfügen, um Belastungen zu bewältigen... Es fehlt an Netzwerken, praktischer Hilfe, finanzieller Unterstützung, an Zuwendung und Wertschätzung, es fehlt an allem, um Ehekrisen, Arbeitsplatzverlust, Geldnot, Erziehungsprobleme abzufedern. Dazu kommen Krankheiten, psychische Störungen, Drogensucht. Es hilft gar nichts, die heile Familien zu beschwören, weil Familie unter solchem Gewicht zermahlen wird. Drohungen laufen ins Leere.

Der Staat übt sich in Vernachlässigung, wo Partnerschaft gefragt wäre. Selbst zu Wirtschaftswunderzeiten wurden kühl ganztägige Krippen, Kindergärten und Schulen verweigert – ‚zu teuer, Kinder! –, die heute, in Zeiten der Krise, den Kindern der Ärmsten ein sicherer Hafen, eine Gegenwelt, eine Schule der Solidarität sein könnten und auch Kindern der oberen Schichten gut täten. Kaum jemand denkt daran, solche Kitas und Schulen in fürsorgliche Nachbarschaftszentren zu verwandeln, wie sie sich in England hundertfach in Krisenzonen bewähren.

Die Herausforderung besteht darin, die schicksalhafte Verbindung zwischen den Problemen der Erwachsenen und dem Leid ihrer Kinder zu kappen. Stattdessen geht in Hamburg, wo die Zahl der kleinen Kinder mit Hilfe zum Lebensunterhalt in den vergangenen 20 Jahren von 4400 auf über 20 000 stieg, der Arbeitsplatzverlust der Eltern mit dem Rausschmiss aus der Ganztagskita einher. Spareffekt: zehn Prozent der Plätze in Problemstadtteilen... Einzelbetreuung für behinderte Kinder? Gnadenlos zusammengestrichen. Das Wort ‚Kaputtsparen‘ erhält eine neue düstere Note....

Die Volksparteien reagieren mit ihren alten Reflexen: Außerhalb ihrer potenziellen Reichweite darf es keine ungezogene soziale Wirklichkeit geben, alles und alle sind im Prinzip integriert. Die Semantik, der Aufwand an beschönigenden Formulierungen belegt aber nur, dass beide Koalitionäre fest entschlossen sind, an den kleinen sozialpolitischen Lösungen festzuhalten, die noch im Rahmen des Großen Waffenstillstands möglich sind: die Hartz-Gesetze zu verbessern, auf ihre Effekte zu warten und zum Erhalt der Systeme den Abgabendruck auf die Steuerzahler zu erhöhen. Ein integriertes sozialpolitisches Konzept, das den gesellschaftlichen Ausschlussmechanismus am unteren Ende der Sozialskala Einhalt geböte, ist nicht in Sicht. Die bittere Wahrheit ist, dass eine Generation von Langzeitarbeitslosen nichts anderes zu erwarten hat, als Transferleistungen. Und wenn es ganz bitter kommt, nicht einmal das“ (Die Zeit, 19.10.2006, S.1).

5.1. Politisierung und Ideologisierung der „Unterschichten“-Debatte

Paul Nolte kann als führender Repräsentant der Publikationen einer neuen kulturalistischen Klassentheorie eingestuft werden, mit der neo-konservative Intellektuelle die Deutungshoheit über strukturelle gesellschaftliche Verwerfungsprozesse herbeiführen wollen, und zwischenzeitlich einen nicht unbedeutenden Teil der öffentlichen Debatte mit ihrer Paradigmensetzung bestimmen. Nolte diagnostizierte 2004 mit seinem Reformaufruf „Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik“ die Existenz einer „neuen Unterschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland, und verbindet mit dieser Behauptung die Grundlegung einer klassentheoretischen Positionierung, nach der die Existenz der Klassengesellschaft als gegeben hinzunehmen, und das „Klassenbewusstsein“ als Einsicht in dieses Phänomen neu zu bestimmen, und an die bürgerliche „Leitkultur“ anzupassen ist. Zentrale Eckpunkte der kulturalistischen Klassentheorie sind:

- Extreme Vermögens- und Einkommensunterschiede werden als gegeben hingenommen.
- Die Angehörigen der „Neuen Unterschicht“ seien durch sozialstaatliche Alimentierung kulturell verwahrlost (Zigaretten, Alkoholkonsum etc.).
- Sie sind nicht in der Lage, sich an die Normen und Werte der „bürgerlichen Leitkultur“ (Nolte) anzupassen.
- Mit ihren „Defiziten“ (Bildung, Teilhabe, Anstrengung etc.) werden sie immer mehr zum Problem des „Standortes Deutschland“.

Demnach gibt es kein Verständnis und ein politisch-strategisches Motiv, die strukturellen Verursachungen dieser Ausschlussmechanismen zum Gegenstand der Analyse zu machen, sondern Nolte will die Strukturen der Klassengesellschaft unthematisiert und unangetastet lassen, zugleich aber die „neuen Unterschichten“ mit einem Erziehungsprogramm domestizieren. Die kulturalistische Klassenanalyse ist nicht nur reduktionistisch, sondern auch ideologisch geprägt, fokussiert und reduziert sie doch die

vermeintlich „neue Unterschichtendebatte“ auf Themen der Kultur und Verhaltensabweichungen, die (als hätte man Pestalozzi zugrundegelegt) stark an die Konzepte der „Armenerziehung“ aus feudalistischen Epochen erinnern. Dieses Comeback einer neuen Klassentheorie reproduziert nicht nur einen schematischen Defizitansatz „der“ Unterschichten (underclass = Ernährungsdefizite, Bewegungsmangel, Sprachdefizite, Bildungsrückgänge, übermäßiger Fernseh- und Handykonsum), sondern wendet sich auch bewusst gegen einen strukturellen und historischen Klassenbegriff (vgl. Heinrich 2004), in dem die Frage des dialektischen Zusammenspiels von Klassenlage und Klassenbewusstsein auf die Verhaltensdimension (als „Fehlverhalten“) reduziert wird. Diese schon in der „Religions-Debatte“ erprobte **Versuch einer kulturalistischen Reduktion** (Huntington) struktureller Verursachungen humanen Verhaltens findet einen populistischen Resonanzboden, und leitet aus diesem reduzierten Kausalverständnis problematische Interventionen ab. Es ist nicht nur das unzureichende Analyseinstrumentarium der kulturalistischen Klassentheorie, sondern der **Beginn einer neuen Ideologisierung strukturell induzierter sozialer Ungleichheitslagen** und deren mediale Reproduktion:

„Die neuen kulturalistischen Klassentheorien und die damit verbundene Behauptung, es existiere eine ‚neue Unterschicht‘, fallen hinter die bisherigen klassen- und milieutheoretischen Erkenntnisse zurück oder ignorieren den aktuellen Stand in der klassentheoretischen Forschung. Deren Einsichten müssen kulturalistische Klassenanalysen allerdings ignorieren, da sie nicht über Macht- und Herrschaftsverhältnisse sprechen wollen, sondern öffentliche Gegenmaßnahmen auf Formen der Regulierung des Verhaltens Betroffener reduzieren wollen. Das gesellschaftspolitisch verheerende solcher Redeweisen ist die damit angestrebte und im Rahmen der genannten Hartz-Gesetze auch bereits gesetzlich fixierte Präferenz von Fürsorgelogiken gegenüber Sicherungslogiken. Denn die Rede von der ‚neuen Unterschicht‘ verschiebt das bisherige, sozialstaatlich verfasste Verhältnis dieser beiden wohlfahrtsstaatlichen Logiken zu Ungunsten der ersteren“ (Widersprüche, 25. Jg., Heft 98, 2005, S. 10).

Diese auch in der deutschen Soziologie angelegte Tendenz zur Auflösung sozialer Ungleichheiten durch Individualisierungstheoreme wurde von Geißler (2002: 143) mit dem Kommentar versehen, dass diese Auflösungsthese den ideologischen Bedürfnissen der „Dienstleistungsgesellschaft“ entgegenkommt, und auch einen Niederschlag in populären sozialdemokratischen Argumentationsmustern gefunden hat. So wird (analog der konservativen Unterschichtenthese) Bildung als Lösung des „Unterschichtenproblems“ präsentiert.

Identifizieren materialistische Klassen- bzw. Milieutheorien Strukturen und Herrschaftsverhältnisse von Klassengesellschaften (wie Pierre Bourdieu) (ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital) als Erklärungsansatz sozialer Ungleichheiten und Herrschaftsformen, so ist für die neuen kulturalistischen Klassentheoretiker die strukturell verursachte soziale Ungleichheit nicht im Fokus der Betrachtung und Publikation. Nicht die Veränderung der Kontextbedingungen „falscher“ subjektiver Lebensführung steht auf dem Programm, sondern die „unzivilisierten“ Lebensführungsweisen sind an die „bürgerliche Leitkultur“ (Nolte) anzupassen. Diese Klagen über die „Unkultur der Unterschicht“ repräsentieren den bekannten überheblich-furchtsamen Blick der „Bürgergesellschaft“ auf das Proletariat, der „Ober- auf die Unterstadt“ und auf die „Schmuddelkinder“. Diese (nicht mehr in der Gestalt der an bürgerlichen Werten der „Mittelstandsgesellschaft“ sozialisierten SPD-Arbeiterschaft auftretend) repräsentieren nicht nur alle negativen Verhaltensmerkmale (Glotze, Pommes, Hamburger, Gameboy, Video-Spiele, Alkohol, Bildungsferne etc.), sondern lassen ihre Kinder auch noch „verkommen“, und sozialisieren diese nicht entlang der bürgerlichen „Leitkultur“: Bildung, Zielperspektiven, Beherrschung, Selbstreflexion, Leistung, Gemeinnutzen etc. Demnach sehen die neuen kulturalistischen Klassentheoretiker in den strukturellen sozialen Ungleichheiten selbst kein Problem, sondern die Schwierigkeit liege

„dagegen in der fehlenden Einsicht in diese Realitäten der gesellschaftlichen Struktur und der sozialen Ungleichheit“ und ein dementsprechendes ‚Klassen-Bewusstsein‘. Zu verändern gelte es daher nicht die Kontextbedingungen subjektiver Lebensführung, um den Gesellschaftsmitgliedern Handlungsoptionen zu ermöglichen bzw. ihre beschränkten Handlungsoptionen zu vergrößern. Vielmehr müssten die Mitglieder der ‚neuen Unterschicht‘ unabhängig von der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Zugangsmöglichkeiten dazu angehalten werden, ihre ‚unzivilisierten‘ Lebensführungsweisen wieder der ‚bürgerlichen Leitkultur‘ (Nolte) anzupassen“ (in Widersprüche, 25. Jg. Heft 98, 2005, S. 3).

Dass die vielpostulierte „politische Mitte“ die geforderte Balance zwischen „Eigenverantwortung und sozialer Sicherheit“, „Individualismus und Gemeinwohl“ und „Modernisierung und Gerechtigkeit“ (SPD-Bundesgeschäftsführer Machnig) selber zunehmend weniger realisieren kann, charakterisiert nicht nur das Motiv des aktuellen Bemühens der SPD um die „Leistungsträger der Gesellschaft“, sondern verdeutlicht zugleich, dass eine zunehmend selbst destabilisierter „bürgerliche Mitte“ immer weniger die ihr zugeordnete Leitbildfunktion wahrnehmen kann. Die Programmatik des Abschieds von der „Verteilungsgerechtigkeit“ hin zur „Leistungsgerechtigkeit“, der politische Angriff auf die „Mitnahmenqualität“ und der Appell an „mehr Bescheidenheit“ repräsentiert einerseits den gesellschafts- und sozialpolitischen Paradigmenwechsel, und richtet sich in seinen praktischen Konsequenzen gegen immer größere Teile betroffener Sozialschichten bis in die bürgerliche Mitte.

Während die „Unterschichten“ (die immer weniger mit der alten Industriearbeiterklasse identisch sind) bürgerliche Verhaltensleitbilder über Bord geworfen haben („Warum sonntags mit dem Anzug auf die Strasse, wenn es im Jogging-Anzug bequemer ist“), hält das Bild über die „bürgerliche“ Normenfassade zumindestens der Äußerlichkeit nach. So wird in der Rede von der „neuen Unterschicht“ eine Bedrohungskulisse für die Mehrheitsgesellschaft aufgebaut und politisch instrumentalisiert, und mit dem Generalverdacht belegt, den Sozialstaat „abzuzocken“ und unangepasstes Verhalten zu reproduzieren. Und wenn der „Sozialbetrug“ auf eine bisher ungewohnte Plattform der politischen Agitation zu heben ist, hat auch der Rückgriff in faschistoide Metaphern einen neuen Legitimationsraum:

„Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005, S. 10).

Die konzeptionelle Ausblendung vertikaler Klassenstrukturen, und die Anpassungsstrategien an die Normen der Mehrheitsgesellschaft beinhalten auch Neudefinitionen der Verursachungen des „Fehlverhaltens“, die in ihren Konsequenzen für politische Strategien höchste Aufmerksamkeit verdienen, da sie den „Sozialstaat“ zum Verursachungsprinzip erklären, und damit den neoliberalen Paradigmenwechsel ideologisch flankieren. So haben die „neuen Unterschichten“ nicht nur kein Interesse an den Werteorientierungen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern sichern sich durch sozial-staatliche Transferleistungen ihre „unzivilen“ und „unvernünftigen“ Lebensverhältnisse:

„Das Beispiel des schichtenspezifischen Rauchens oder Alkoholkonsums illustriert bereits, dass gerade in materiell prekären Verhältnissen – sagen wir einmal abstrakt – finanzielle Ressourcen in ein Verhalten investiert werden, das die Grenzen dieser Verhältnisse eher verstärkt als durchbricht. Schließlich sprechen wir von Milieus, in denen die Klienten und Transferempfänger unseres Sozialstaates, um es noch vorsichtig zu sagen, deutlich überrepräsentiert sind (Tagesspiegel, 25.7.2004).

Wird einerseits die Tatsache sozialer Ungleichheiten zum unverrückbaren Faktum der „freiheitlichen Gesellschaft“ stilisiert, so sind die damit verbunden gesellschaftspolitischen Probleme nicht mehr eine Frage der ungleichen Zugänge zu Ressourcen und deren Nutzungsmöglichkeiten, sondern vielmehr gelte es, die Formen der „falschen Lebensführung“ zu bearbeiten: „Aus materieller wird sozial-kulturelle Armut“ (Nolte in einem Interview mit dem Deutschlandradio im März 2005).

Diese ganz neue Variante der „Unterschichten“-Diskussion um „Integration“ und „Parallelgesellschaft“ kulturalisiert vor allem sozial skandalöse Verhältnisse und soziale Ungleichheiten, Diskriminierungen, Stigmatisierungen, Unterdrückung und Ausbeutung. Diese an die in den 1980er und 1990er Jahren anknüpfende anglo-amerikanische sozialwissenschaftliche Diskussion der „(urban)underclass“ (Beschreibung eines städtischen Subproletariats, das sich auf Transferzahlungen des Wohlfahrtsstaates eingrichtet habe) trägt alle ideologischen Versatzstücke der aktuellen „Unterschichten“-Debatte mit gut zehnjähriger Verzögerung. Somit erübrigen sich lästige Fragen nach den strukturellen Bedingungen

ausreichenden und gesunden Wohnraums, ausreichenden Kita-Plätzen, den Ursachen von Arbeitslosigkeit und Armut. Dass sich dieser bürgerliche Fokus auf die „Unterschicht“ bis in die Wohlfahrtsverbände und Kirchen hinein verbreitet hat, muss beunruhigen. In der Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur „Armut in Deutschland“ wird das Bild einer Persönlichkeit skizziert, das auf Ansprüchen des bürgerlichen Bildungssubjektes basiert: Ansprüche auf „Zielperspektiven“, „Selbstbeherrschung“, „Selbstreflexion“ etc. Diese „inneren Kompetenzen“ fehlen dem „Milieu der Armut“ in überdurchschnittlichem Maße. Doch Trost der Kirche ist in Sicht, denn „die Armen haben auch Stärken“: „Diese Stärken bestehen z.B. Spontaneität, der Fähigkeit zu Überleben, im Humor und in durchaus lustbetonten Gemeinschaftsformen. Erfahrungen gemeinsamen Feierns sind ganz wesentliche Punkte des Kontakts zu Armen und ihrer Anerkennung und Aktivierung“ (Rat der EKD: Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Gütersloh 2006).

Diese Fokussierung des „wohlfahrtsstaatlichen“ Arrangements als zentraler Erklärung der Herausbildung der „neuen Unterschicht“ und deren Verhaltensweisen (dequalifiziert, demotiviert, isoliert, konsumabhängig) projizieren nicht nur das Bild der Homogenität der „neuen Unterschicht“, sondern implizieren und postulieren zugleich reduktionistische Therapien der „Aktivierung“, des „Entzugs“ und der „Umerziehung“, die hoch kompatibel mit den Philosophien von Hartz-IV und dem Konzept des „aktivierenden Sozialstaates“ sind. Die staatlichen Unterstützungssysteme als Ursachenkonstruktion der „Kultur der Armut“ beinhaltet konsequent die Ableitung bekannter Interventionen. Nicht die Sicherung der strukturellen Lebensführung, auf dessen Basis sich notwendige sozialpolitische und bildungsstrategische Interventionen begründen müssen, ist das Anliegen und Ziel, sondern die Aktualisierung und Reproduktion des Konzeptes einer Erziehung des „Armen zur Armut“ (Pestalozzi). Dieser formulierte in seinen Briefen an Tschanner, das die „armen Leute“, sich „in der Art, sich zu erhalten, nach den Ressourcen bequemen müssen, welche nach den Lokumständen eines jeden Distrikts den Armen offen stehen“ (Pestalozzi 1777/1932:19). So habe sich Armenenerziehung an den „Beschwerlichkeiten aller niederen Unterhaltungswege“ auszurichten (ebd.). Ansonsten würden Menschen mit einer „satten, ruhigen, gleichen Lebensart“ hervorgebracht, die die „Zufälle und Einschränkungen der untersten Klassen (...) nicht mehr tragen mögen und doch keine Fertigkeiten besitzen, sich herauszuheben“ (ebd.: 21).

Diese kulturalistische Grundkonstruktion hat zwischenzeitlich ein verbreitetes mediales Abbild in den unterschiedlichsten Publikationen und Berichterstattungen erhalten, in denen die These der Abhängigkeit vom Sozialstaat (und deren Verhaltensperpetuierung), und das inszenierte Bild von den „Verwahrlosten“ und „Asozialen“ bereits breiten Raum und Prägung eingenommen hat. Somit ist die Armut „keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste“ (Stern 52/2004). Dieser Stereotyp entspricht voll der populistischen Vermarktung der Nolteschen Semantik der „soziokulturellen Verarmung der neuen Unterschicht“. Die Prägung einer „neuen Unterschichtenkultur“ ist die konsequente Folge dieses Konstruktionsansatzes. Diesen simplifizierten reduktionistischen Erklärungsansätzen folgen die vereinfachten sozial- und bildungspolitischen Therapien auf dem Fuße. Dabei können dann auch die Grenzen zur propagandistisch aufbereiteten Feindbildkultur zunehmend verschoben werden: „Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“ (Broschüre des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit 2005). Die Beck’schen Entgleisungen (SPD) gegenüber dem „faulsten Arbeitslosen Deutschlands“ (Bild) und die massenhaft zustimmende Post in der SPD-Zentrale stehen exemplarisch für einen Cluster politikwirksamer Muster der Emotionalisierung der „Anständigen“: Sprach der ehemalige Bundeskanzler Schröder den Arbeitslosen das „Recht auf Faulheit“ ab, bezeichnete Clement Hartz-IV-Empfänger als „Parasiten“, je deutlicher wurde/wird, dass die Klientelpolitik als Veranstaltung der Mittelschicht die Aufteilung in „Gewinner“ und „Verlierer“ zum Gegenstand hat, bei dem sich die öffentlichen Attacken zunehmend mit dem neuen Grundsatzprogramm der SPD im Widerspruch bewegen: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit“ (S. 11). Die Abkehr vom Konzept des „nachsorgenden Sozialstaates“ hin zum Konzept des „vorsorgenden Sozialstaates“ als Leitbild für die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts ist

von der neoliberalen Prämisse geprägt, dass „jeder Mensch Verantwortung für sein eigenes Leben trägt“:

„Unser Verständnis von Politik widerspricht jedem Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr in totalitärer Herrschaft abzugleiten“ (zitiert in: TAZ, 6.17.1.2007, S. 4).

Dieses intendierte Ausblenden der Macht- und Herrschaftsverhältnisse als strukturelle Verursachung von Armut und Marginalisierung/Exklusion ist das genuine Anliegen der kulturalistischen Klassentheorien, und bedingt zugleich konsequent die Forderung nach öffentlichen Gegenmassnahmen zur Formung und Regulierung der „defizitären“ Verhaltensweisen der betroffenen „neuen Unterschichten“. Dieses ist eine schon in Hartz-IV gesetzlich fixierte Präferenz von Fürsorgelogiken gegenüber Sicherungslogiken in seiner beabsichtigten Verschiebung des neoliberal untermauerten neuen Subjektbegriffs (siehe auch Kapitel B 1.12.), und eine Legitimation der Arbeitsmarktreform und der Neudefinition der sozialstaatlichen Zuständigkeiten (Beweispflicht der Arbeitsbereitschaft als Anspruch von Unterstützung und Förderung). Die Konstruktion in der Rede von der „neuen Unterschicht“ beinhaltet das Bild und Szenario der „Bedrohung der Mehrheitsgesellschaft, den Stereotyp von der „neuen Mitnahmegleichheit“ der „neuen Unterschicht“, und deren Bereitschaft zum „Abzocken des Sozialstaates“. Diese Konstruktionen sind nicht nur die Basis für medial inszenierte Feindbild- und Angstprojektionen, sondern haben das volle Potenzial inszenierter gesellschaftlicher Spaltungstendenzen in der Population des „ehrlichen Mittelschichtlers“, der durch seine eigenen Leistung, seinen Fleiß und seine Anstrengung auch noch für die „Faulen“, „Immobilien“, „Schmarotzer“ in dieser Gesellschaft vom „Wohlfahrtsstaat“ geschöpft wird.

Um den Erziehungsanspruch zu den „neuen Unterschichten“ auch legitimatorisch abzusichern, werden in den Reihen des politischen Konservatismus selbst bisher unangetastete christdemokratische Selbstverständnisse umgeworfen: „Keine Einrichtung, keine Sorge des Staates kann die Familie ersetzen“ (Konrad Adenauer, in „Der Spiegel“ 49/2006). Stattdessen publiziert die CDU unter dem Titel „moderne Familienpartei“ ein Programm der „Pflichtuntersuchungen für Kinder“, ein obligatorisches Kindergartenjahr für alle, eine flächendeckende Einführung von Sprachtests im fünften Lebensjahr, die Ganztagschule etc. Diese staatlichen Interventions- und Kompensationsansätze speisen sich aus dem Bild einer defizitären familiären Lebenslage (vor allem der „neuen Unterschichten“), das durch skandalisierte Medieninszenierungen flankiert, aber (leider) auch durch seriöse sozialwissenschaftliche Untersuchungsergebnisse (z.B. Hurrelmann) eine Legitimationsgrundlage erhält. Die Ableitung des Konzeptes des „aktiven Staates“ im Umgang mit „verwaorsten Elternhäusern“ und der „Neuausrichtung der CDU-Familienpolitik“ verweisen einerseits auf die gewachsenen gesellschaftlichen Problemlagen, verdeutlichen jedoch zugleich die gewachsene staatliche Kontroll- und Repressionspolitik gegenüber den „neuen Unterschichten“, ohne deren Verursachungen zu thematisieren, geschweige denn sie relevant beseitigen zu können.

So ist der Noltesche Denkansatz dann auch konsequent zu Ende zu führen: Die „neue Unterschicht“ hat nicht das Potenzial, sich aus dieser Lage zu befreien, und es liegt auch nicht in der Absicht der Propagandisten der „neuen Unterschicht“. Man müsse sich, so Nolte, „von der Illusion verabschieden, die Armut abzuschaffen und die Unterschicht kollektiv zu einer bürgerlichen Mittelklasse machen oder soziale Ungleichheiten überhaupt aufheben zu wollen“ (Nolte 2004: 44). Es ist das explizite Ziel, dass sich die Angehörigen der „neuen Unterschicht“ (unter weitgehendem Verzicht auf sozialstaatlichen Schutz) und unter Anpassung an die bürgerliche Mehrheitskultur in ihre Lebenslage einfinden sollen. Diese schon im 17. Jahrhundert geprägte Prämisse der Armenerziehung (Pestalozzi), nämlich dass die Armen sich im Rahmen ihrer Ressourcen zu bewegen haben, ohne die gesellschaftlichen Muster und Standards zu gefährden, hat offensichtlich wieder eine neue Legitimationstheorie gefunden, ohne sich explizit auf Pestalozzi zu beziehen.

Die kulturalistische Verschiebung des analytischen Fokus von Fragen der strukturellen sozialen Ungleichheit auf Fragen der „individuellen Verantwortung“ liegt konsequent im Kontext der neo-liberalen Umgestaltungen, in dem u.a. das „autonome Subjekt“ (Befähigung zur selbstverantwortlichen Gestaltung der Lebensführung) ein zentrales Sozialisationsziel ist. Nicht mehr ungleiche Macht- und Ressourcenverhältnisse sind dann für das individuelle Versagen mit heranzuziehen, sondern die Zuschreibungen sind somit individualisierbar. Konzepte und Strategien der Neuen Rechten in den USA begründen und legitimieren „Empowerment“ (kommunitaristische Ideen der Nachbarschaftshilfe) mit der Behauptung, mit der Kürzung der Sozialhilfe Armen zu mehr Selbstständigkeit zu verhelfen. Dieses Tor zu individualisierungstheoretischen Deutungsmustern ist zwischenzeitlich weit aufgestossen worden, und bestimmt auch Teile des Bildungsdiskurses. Speziell aus dem Milieu der Liberal-Intellektuellen (Leitmilieu der „Wissensgesellschaft“) ist eine Tendenz zur Naturalisierung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse zu beobachten, die die Betonung des gesellschaftlichen Wandels hin zur „globalisierten Wissensgesellschaft“ zum Gegenstand hat. In diesem Ansatz ist zugleich das Potenzial zur Legitimation gesellschaftlicher Marginalisierungsprozesse enthalten („Modernisierungsverlierer“). Die Deutungshoheit und symbolische Herrschaft beinhaltet die beschuldigende Zuschreibung, die individuellen Möglichkeiten nicht genutzt zu haben (Billingsmayer 2005). Diese individuelle Eigenverantwortung für gesellschaftlichen Aufstieg findet ihre Entsprechung in der Negation struktureller Determinanten. Solange die Fragen sozialer Ungleichheiten von der Betrachtung sozialer Herrschaft und struktureller Ungleichheitsbedingungen entkoppelt bleiben, ist der gesellschaftlich skandalisierte Tatbestand der „Klassengesellschaft“ jederzeit instrumentalisierbar (Vester et. Al. 2001). Die Legitimation zur strukturellen Ungleichheitsdebatte ist ausgesprochen und nur von dem Bemühen überlagert, nicht die Balance in dieser Ungleichheitsrelation zu verlieren:

„Es wird nicht ohne den Mut zu künftig größeren sozialen Unterschieden gehen, diese dürfen aber nicht so weit reichen, dass die Gesellschaft auseinander bricht“ (Kannengießer, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und Unternehmer, in: Arbeitgeber 1/2 2005).

Die Gefahren zukünftiger gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse wird auch vom Autor der Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ Frank D. Karl nicht ausgeschlossen:

„Es ist falsch, die Diskussion nur auf Deutschland bezogen zu sehen. Denn wir haben vermutlich noch alle die Bilder der brennenden Pariser Vorstädte vor Augen. Die Segmente am unteren Rand der Gesellschaft sind ein Phänomen, das es in allen europäischen Staaten gibt, nur in jeweils unterschiedlicher Ausprägung und mit unterschiedlichen Reaktionen darauf. Ich glaube nicht, dass französische Verhältnisse so schnell auch in Deutschland auftreten werden. Aber ich sage auch ganz klar: es ist nicht völlig auszuschließen, dass auch bei uns Resignation und Frustration in Wut und Aggression umschlagen können“ (in: http://www.cicero.de/97.php?ress_id=9&item=1398).

Zwischen der konservativen und sozialdemokratischen Variante lassen sich folgende ideologische Gemeinsamkeiten identifizieren:

- Armut ist die Schuld/Folge fehlender Bildungschancen und die mangelnder Bereitschaft/Anstrengung.
- Die „Unterschicht“ bedroht die Mitte der Gesellschaft.
- Leugnung materieller Ursachen zur Konstituierung der „Unterschicht“.
- Kulturalistische Sichtweise auf die „Unterschicht“.
- Bildung wird als Lösung angesehen.
- Der bisherige Sozialstaat ist ein Hindernis.

5.2. Bildung: ein Instrument gegen Armut und Marginalisierung/Exklusion?

Die „Unterschicht der Unproduktiven und geistig Verwahrlosten“ (Steingart 9/2006: „Spiegel Online“) werden vor allem im sozialdemokratischen Argumentationsmuster mit der Projektion belegt, „Bildung als Lösung des Unterschichtenproblems“ anzubieten. Wachsen in der konservativen Rhetorik und in der realen Praxis (Zwangsdeutschkurse, Verfolgung von schwänzenden Kindern und Jugendlichen durch die Polizei: „autoritäre Bildung“/Keller, Schöller 2002) repressive Konzepte zur Krisenbewältigung heran, so erhält in der sozialdemokratischen Variante (z.B. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung) der Ansatz, Bildung als die alleinige zu bekämpfende Ursache materieller Armut zu fokussieren. Bildung mutiert zu einer Art perpetuum mobile, mit dem sich die Krise der Staatsfinanzen (Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften) als auch das Problem der Armut lösen lassen (Kontext: Aufstiegsversprechen in der „Wissensgesellschaft“). Dieser sozialdemokratische Politikwandel hatte nicht nur eine tiefgreifende Veränderung des Wertsystems zur Voraussetzung (Akzeptanz neoliberaler Politikdominanz), sondern bildete zugleich die Voraussetzung und den Einstieg in die „Agenda“-Politik. Diese im „Schröder-Blair-Papier“ angelegte Debatte verfolgte eine Neudefinition des Gerechtigkeits- und Sozialstaatsverständnisses, die mit den „Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“ (24.4.2006) eine Formalisierung erhielten.

Soziale Gerechtigkeit im „vorsorgenden Sozialstaat“ sei nur durch eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit zu realisieren. Durch das selbstaufgelegte Nichteingreifen in den Markt wird der kompensatorische Anspruch des Staates zur Verbesserung der „Chancengleichheit“ aufgegeben, und mit dem Anspruch auf die liberale bzw. utilitaristische Leistungsethik versehen. Bildung ist also ein Kernelement des neuen sozialdemokratischen Leitbildes vom „vorsorgenden Sozialstaat“. So hat sich die Sozialdemokratie dem Markt als gesellschaftlichen Steuerungsinstrument untergeordnet, und die Bereitschaft gefordert, „dorthin zu gehen, wo die Arbeit ist“ (SPD 2006). Der „Aktivierungsstaat“ fördert die Logik der Dominanz marktförmiger Verwertbarkeiten.

Mit dem Anspruch zur „Rettung der Unterschicht“ durch Bildung fokussiert die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ die Milieutypen des „abgehängten Prekariats“, und definiert in diesem Anspruch Bildung als den zentralen Hebel zur Problembekämpfung. Der hier enthaltene Versuch, die fortschreitende Prekarisierung von Erwerbsarbeit nicht primär als Strukturprinzip des aktuellen Kapitalismusmodells (vgl. Brinkmann u.a. 2006: 11) zu definieren, sondern diese zentrale Systemthema zum Bildungsthema zu stilisieren, zeigt die Mechanismen der Verkehrungen struktureller Verursachungen, ohne den zentralen Stellenwert von Bildung im Qualifikations- und Sozialisationsprozess zu schmälern. So hat das Allheilmittel Bildung schon heute seine Plausibilitätsbrüche: So haben Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen den höchsten Anteil der Bildungsabschlüsse im Tertiärbereich, und zugleich doppelt so hohe Arbeitslosigkeitsquoten wie in den alten Bundesländer.

Die hohe soziale Selektivität im deutschen Bildungssystem und die Erkenntnis, dass Armut in Deutschland Bildungsarmut hervorbringt, belegen nicht nur den Anspruch auf substanzielle Bildungsreformen (inneren und äußere Schulreform). Die sichtbaren Tendenzen zur Privatisierung von Bildungsmärkten und den damit einhergehenden Verschärfungen von Leistungsdisparitäten und Chancenungleichheiten entlarven sowohl die Chancengleichheits-Rhetorik als auch die Verschärfung der Bedingungen für Chancenungleichheiten im Bildungs- und Ausbildungssystem:

- Zunehmende Verdrängung von Hauptschülern im Ausbildungssystem durch Realschüler und Gymnasiasten (teilweise als Folge der Einführung von Studiengebühren). Dieses ist auf dem Hintergrund der Tatsache zu bewerten, dass der negative Trend zur Bereitstellung der Wirtschaft von Ausbildungsplätzen anhält, und eine Erweiterung des Angebotes von weiteren „Kostensenkungen, Flexibilisierungen und Entbürokratisierungen“ abhängig gemacht wird.

- Verschärfte Abhängigkeit von Studium und Sozialstatus durch Einführung von Studiengebühren und Studienkrediten.
- Maßnahmen zur Schullaufbahn: Konzepte zum Vorziehen des Einschulungsalters und der Zurückstellung „nichtschulfähiger Kinder“ (mit einem signifikanten Schichtenindex) (NRW).
- Maßnahmen, die die Einzelschulen betreffen: Maßnahmen zur Lernstandserhebung (NRW) zur Erzeugung eines Schulmarktes. Zugleich wird durch die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke die Tendenz zur sozialen Segregation und Gettobildung verschärft.

So lässt sich der Trend beobachten, dass der Staat immer stärker (bei gleichzeitiger Beschneidung der Ressourcen) in die private Lebensführung vor allem der „Unterschichten“ eingreift:

„Von der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bis hin zur Bildungs- und Gesundheitspolitik geriert sich der Wohlfahrtsstaat wie ein einziger ‚großer Erzieher‘, ein pädagogischer Leviathan. Mit seinen Konzepten und Institutionen einer ‚aktivierenden Sozialpolitik‘ greift er immer penetranter in die private Lebensführung und die biographischen Orientierungen der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Milieus ein, als ob hier die Ursache des Übels zu finden wäre. Der Widerspruch zwischen der politischen Rhetorik von Teilhabegerechtigkeit, Aktivierung, Fallmanagement und Hilfe aus einer Hand und der tatsächlichen Politik fortgesetzter Leistungskürzungen und einer im historischen Vergleich ungeheuerlichen Beschneidung von sozialen Bürgerrechten ist zum Zerreißen groß. Er ist aber zu einem großen Teil auch Ausdruck für den Realitätsverlust der politischen und akademischen Eliten und für die strukturelle Arroganz einer Klassengesellschaft“ (Groh-Samberg, 2006, S. 98).

6. Armut, Prekarität und soziale Exklusion

War Armut in der sozialpolitischen Diskussion in Deutschland über Jahrzehnte kein relevantes Thema öffentlicher Debatten, so hat sich dieser Sachverhalt in den letzten Jahren mit den krisenhaften Entwicklungen der Ökonomie fundamental geändert. Mit dem Antritt der rot-grünen Regierung hat die Regierungskoalition erstmals als Bundesregierung die Existenz von Armut expertisenmässig untersuchen lassen und deren Ergebnisse publiziert. So wird die Existenz von Armut (mit unterschiedlichsten quantitativen und qualitativen Belegen und Ausdeutungen) kaum mehr bestritten, und zum Gegenstand einer Integrationspolitik erhoben. Armut, Ausgrenzung und Desintegration beherrschen die sozialwissenschaftliche und sozialpolitische Fachdiskussion unter weitgehender Zugrundlegung des „relativen Armutsbegriffs“ und (in Abhängigkeit von jeweiligen Wissenschaftspositionen) als Ressourcenkonzept (Priorität der Einkommenslage), oder als multidimensionales Phänomen (Lebenslagenkonzept). In der europäischen Programm- und Politikdebatte ist der Begriff der „Armut“ durch den Terminus der „social exclusion“ abgelöst worden. In der Diskussion über die „neue Armut“ wurde vor allem auf die Gefahr wechselseitiger Verstärkung zwischen der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, der Unterversorgung mit Einkommen sowie der Unterversorgung in weiteren Lebensbereichen hingewiesen (vgl. z.B. Lompe 1987; Kronauer 1993 und 1999):

„Die sich abzeichnende Dualisierung der Armut impliziert nicht nur eine weitere Fragmentierung der Klassengesellschaft, vielmehr auch eine soziale Schließung. Neben der Oben-unten-Spaltung tritt eine Innen-außen-Spaltung der Sozialstruktur, die der Exklusionsbegriff erfasst. ‚Exklusion führt dann in eine eigenständige soziale Lage hinein, wenn die Abhängigkeit von öffentlicher Fürsorge anhält, weil die Betroffenen an der ökonomischen Produktion und Reproduktion der Gesellschaft nicht teilnehmen, im ökonomischen Sinne ‚überflüssig‘ geworden sind, aber auch sonst - und diese weitere Bedingung ist wichtig - keinen positiv definierten Platz in der Gesellschaft... einnehmen können. Die sozialräumliche Segregation nimmt gleichfalls zu: Auch deutsche Städte zerfallen in regelrechte Luxusquartiere und sozialbenachteiligte Wohngebiete, die man entweder als ‚soziale Brennpunkte‘ bezeichnet oder euphemistisch ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungs- bzw. Erneuerungsbedarf‘ nennt“ (Butterwegge/Klundt/Zeng 2005, S. 56).

Vorbei sind die Zeiten, als die „soziale Frage“ als endgültig gelöst angesehen wurde (Dahrendorf: „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“). Als eines der reichsten Länder steht Deutschland zu-

nehmend als eine gespaltene Gesellschaft im 21. Jahrhundert in der öffentlichen Debatte. Die Armutsrisiken sind schichten-/klassenspezifisch ungleich verteilt und verschärfen sich durch die disparaten strukturellen Entwicklungen vor allem im Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das Potenzial der schon heute von Armut Betroffenen und denjenigen, deren Wohlstand heute in der Zone von „relativ“ und „prekär“ anzusiedeln sind, lässt sich auf dem Hintergrund der Annahme weiterer struktureller Verschärfungen plausibel extrapolieren, solange das Zusammenspiel von Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik weiterhin am neoliberalen Paradigma orientiert bleibt. Und es gibt keinen Anlass, an dieser Kontinuität zu zweifeln.

Die öffentlichen Armutsdiskurse (politisch, publizistisch, wissenschaftlich) sind von unterschiedlichen Akzentuierungen (Verharmlosung, Beschönigung, punktuellen Skandalierungen) und divergenten Fokussierungen geprägt, als auch von einer großen Zurückhaltung der Sozialwissenschaften. Dieses Thema passte lange Zeit weder in das „wohlfahrtstaatliche“ Selbstbild der BRD, noch war die Tradition der Armutforschung kompatibel mit Forschungsdiskursen z.B. in den angloamerikanischen Ländern. Materielle Notlagen und gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse wurden kaum zur Kenntnis genommen. Die nahezu boomartige Entwicklung der deutschen Armutforschung in den 90er Jahren ist die Resonanz auf die sich entwickelnden gesellschaftlichen strukturellen Problemlagen. Trotz aller Divergenzen besteht in der Armutforschung ein weitgehender Konsens über folgende Aspekte:

- Armut ist von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen/Gegebenheiten abhängig.
- Armut ist in hochentwickelten Gesellschaften wie der Bundesrepublik ein relatives Phänomen, also keine Frage des physischen Überlebens, sondern eine Frage des menschenwürdigen Lebens.
- Armut lässt sich nicht auf materielle Zusammenhänge reduzieren und tangiert weitere Dimensionen der Unterversorgung (Gesundheit, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe etc.).
- Armut ist familien- und haushaltsbezogen zu betrachten, weil sie alle Mitglieder eines Subsystems betrifft. Armut und Deprivation werden an Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Ausprägungen vermittelt.
- Armut ist in der objektiven und subjektiven Zeitstruktur sowie hinsichtlich der räumlich-kontextuellen Bedingungen darzustellen.

Eine Politisierung der Armutforschung und -diskussion auf dem Hintergrund der Dominanz neoliberaler Politikkonzepte nimmt mit der zunehmenden Transparenz der Hintergründe und Verursachungen zu, da die individuelle Armutforschung zunehmend mit der quantitativen und qualitativen gesellschaftlichen Gesamtentwicklung in Erklärungsnot kommt. Vor allem die sozialwissenschaftliche Debatte über „Dynamik“ vs. „Statik“, „Verzeitlichung“ vs. „Verstetlichung“ (Kronauer 1999) hat den deutschen Diskurs stärker als den angloamerikanischen geprägt. Die Orientierung der Forschungsansätze auf eine Gesellschaftstheorie war wegen der positivistischen Forschungs- und Erkenntnisorientierung vielfach Tabu. Prämissen von Butterwegge (2000) positionieren sich bisher noch als Minderheitenmeinung mit der Gefahr der Etikettierung des „Unwissenschaftlichen“:

„Armut stellt in fortgeschrittenen Industriegesellschaften wie der Bundesrepublik eine Verletzung sozialer Bürgerrechte und eine Beeinträchtigung der Demokratie dar, ganz unabhängig davon, wie lange dieser Zustand dauert. Armut erweckt Mitleid und bestenfalls ein schlechtes Gewissen, nichts oder wenig gegen ihr Entstehen unternommen zu haben. Deswegen muß sie zusammen mit ihrem Pedant, dem in relativ wenigen Händen konzentrierten Reichtum, thematisiert werden, soll daraus kritisches Bewusstsein und gesellschaftspolitisches Handeln erwachsen: Wer über Armut spricht, darf von dem in dieser Gesellschaft extrem ungleich verteilten Reichtum nicht schweigen... Aufgrund ihrer riesigen materiellen Ressourcen wäre die Gesellschaft der Bundesrepublik durchaus in der Lage, Verarmungsprozesse zu verhindern oder doch so weit zu entschärfen, dass keines ihrer Mitglieder akuten Mangel leiden müsste. Es bedürfte dazu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums“ (Butterwegge 2000, S. 45).

Auf diesem skizzierten Forschungshintergrund liegen zwischenzeitlich eine Fülle von Analysen und Daten vor, die nicht nur von Forschungsinteresse sind, sondern zwischenzeitlich auch Grundlage staatlicher und kommunaler Interventionspolitik sind:

- Die Entwicklung der Einkommensarmut und des Sozialhilfebezuges/Hartz-IV und der zunehmenden Prekarität.
- Die Zusammensetzung der Armutsbevölkerung.
- Die zeitliche Dimension von Armut und Unterversorgung.
- Die sozialräumliche Verteilung von Armut.

Wesentliches Erkenntnisinteresse (neben der quantitativen Entwicklung) ist die Veränderung der Struktur der Einkommensarmen, die sich mit den skizzierten soziökonomischen strukturellen Veränderungen vor allem im Arbeitsmarkt von den traditionellen Gruppen der Sozialhilfeempfänger (ältere Menschen, Randgruppen etc.) zu den Betroffenen der „neuen Armut“ verschoben haben. Waren bisher Mehrfachbetroffenheiten von Einkommensarmut, Bildungs-, Arbeits- und Wohnungsunterversorgungen nur bei einigen wenigen Prozent der Bevölkerung zu verzeichnen (vgl. Hanesch u.a. 1994), so ist vor allem das Anwachsen der „Multiproblem“-Haushalte und die Dynamik des Anwachsens der „underclass“ in sozialräumlichen Kontexten besorgniserregend, und definiert sich in der Gefahr eines „Teufelskreises der Armut“. Dabei ist auf der Basis der SOEP-Befunde (bei aller Notwendigkeit einer großstädtischen Fokussierung) darauf hinzuweisen, dass Einkommensarmut nicht nur ein großstädtisches Problem ist. Wenn auch einiges dafür spricht, dass die aus dem amerikanischen und europäischen Kontext stammenden Hypothesen nicht schematisch auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können, so lässt sich zwischenzeitlich plausibel ein Wirkungszusammenhang zwischen arbeitsmarktinduzierten Strukturveränderungen und staatlicher „Konsolidierungs- und Umbaupolitik“ argumentieren, von dessen Auswirkungen vor allem die Kommunen betroffen sind.

Aufgrund der US-Amerikanisierung der Wirtschaft („Shareholder“-Kapitalismus), des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsstaates zeichnet sich heute in Deutschland eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur ab, die einerseits das Armutsrisiko bis in die Mittelschichten hinein vergrößert, Perspektivlosigkeit, Not und Verelendung der Lebenslagen immer größerer Bevölkerungsteile (mit einem ausgeprägten sozialen „Unterschichten“-Index) und einer zunehmenden „ethnischen Unterschichtung“ der Gesellschaft zur Folge hat. Die duale Armutsstruktur definiert sich einerseits über die armen Erwerbslosen (niedrige oder fehlende Lohnersatzleistungen) und die erwerbstätigen Armen, deren Lohn trotz Arbeit für eine gesicherte Existenz nicht ausreicht („working poor“ – Niedriglohnsektor). Diese verfestigt sich vor allem in der zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit. Während die Dauerarbeitslosen ohne Hoffnung auf eine Reintegration in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt den „sozialen Bodensatz“ bilden, repräsentieren die Niedriglohneempfänger eher das „Treibgut“ des neoliberalen Globalisierungsprozesses und der spezifischen deutschen Sozial- und Steuerpolitik, die die Polarisierung zwischen „Arm und Reich“ immer stärker forciert:

„Der Aufschwung ist da – doch die Masse der Arbeitnehmer hat davon wenig... Die Globalisierung drückt weiter auf die Löhne und die abhängig Beschäftigten müssen den ausufernden Sozialstaat weitgehend allein finanzieren... Die sogenannten Markteinkommen von Arbeitern und Angestellten sind in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Zudem zahlen sie mehr als andere Bevölkerungsgruppen in das soziale Sicherungssystem ein... Der Lebensstandard der Arbeitnehmer hat sich von der Wirtschaftsentwicklung weitgehend abgekoppelt. Die Konjunktur brummt wie seit langem nicht; die heimische Exportindustrie meldet Absatzrekorde in Serie: Gewinne, Aktienkurse und Managergehälter explodieren – aber viele Beschäftigte haben seit Jahren keine Lohnerhöhung bekommen, anderen wurden Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt, wieder andere verloren ihren Job und mussten schlechter bezahlte Stellen antreten... Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jahrelang sank, wuchs das Heer der Rentner, Pensionäre und Arbeitslosen. Im Gefolge schnellte die Abgabenlast der Arbeitnehmer nach oben, und die verfügbaren Haushaltseinkünfte gingen in den vergangenen Jahren zurück... Sie müssen erleben, wie sich ihre einst in Tarifverträgen und Betriebsrenten geordnete Arbeitswelt in eine partiell rechtsfreie Wildwest-Ökonomie verwandelt, in der es nur noch darum zu gehen scheint, das Lohnniveau immer weiter zu drücken. Sie müssen hinnehmen, dass sie in vielen Berufen nur noch als Zeitarbeiter, Minijobber oder Scheinselbständige gefragt sind... Selbst liberale Wirtschaftsblätter wie der Londoner ‚Economist‘

beschreiben die Globalisierung mittlerweile als ‚giftiges Gemisch aus Ungleichheit und stagnierenden Löhnen‘.... Tatsächlich schränkt der globale Wettbewerb das Potenzial für Lohnsteigerungen gewaltig ein... In den vergangenen fünf Jahren, so zeigt die Studie der Berliner Forscher, sind die Bruttoverdienste in durchschnittlichen Beschäftigtenhaushalten um rund vier Prozent gesunken...

Selbst dort, wo die Tarife weiterhin galten, sorgten Ausnahmeregelungen und Öffnungsklauseln dafür, dass die Abweichung von der Norm bald zur Regel wurde. Quer durch alle Branchen macht mittlerweile über die Hälfte aller Betriebe von der Möglichkeit Gebrauch, ergab eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Von der ‚Auflockerung des Flächentarifs‘ spricht WSI-Forscher Reinhard Bispinck. Besonders groß fallen die Zugeständnisse regelmäßig dort aus, wo die Gewerkschaften schwach sind... In manchen Branchen werden inzwischen selbst niedrigste Tariflöhne, mehr oder weniger legal, noch weiter nach unten gedrückt...

Niedrige Tarifabschlüsse, Inflation, Lohndrift: Was die Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren einbüßten, war zu einem Teil der schlechten wirtschaftlichen Lage und den Zwängen der Globalisierung geschuldet. Für den vierten Schwundfaktor aber sorgte der Staat. Er drückt, wie in kaum einem anderen Land Europas, die Kosten seiner Sozialsysteme den Arbeitnehmern auf...

Kein Zweifel: Im Land des amtierenden Exportweltmeisters ist die Klasse der abhängig Beschäftigten zum pathologischen Fall geworden – überall grassiert die Schwindsucht. Am oberen Ende der Berufs- und Verdienstskaala flüchten die Leistungsträger in die Selbständigkeit. Unten sinken immer mehr Malocher – freiwillig oder gezwungen – in die armselige Sicherheit des Hartz-IV-Netzes ab. Wer Mitte 50 ist, strebt so schnell wie möglich in die noch immer gutgepolsterte Frühverrentung. Die Übrigen sind der doofe Rest, der alles bezahlt – sie bilden die wahre Unterschicht. Etwas ist ins Rutschen gekommen, und das reicht über die Budgets privater Haushalte weit hinaus: Es unterspült die Grundfesten der Gesellschaft“ (Der Spiegel, 14/2007, S. 22 ff.).

Berücksichtigt man in der Analyse die dargestellten Entwicklungstendenzen (im Bereich der Ökonomie, des Arbeitsmarktes und Sozialpolitik), so sind vermehrt Abstiege und Deklassierungsprozesse aus bisher gesicherten Zonen in prekäre Einkommenslagen zu befürchten. Und je mehr eine reiche Gesellschaft sich mit diesen sozioökonomischen Prozessen in eine Legitimationskrise manövriert, umso notwendiger sind Differenzierungs- und Spaltungsprozesse zu bewerten, die in unterschiedlichsten medialen Konstruktionen von den realen Ursachen (mit nicht geringem Erfolg) abzulenken versuchen: „Kampf der Generationen“ (Demografie- und Rentendebatte), „Sozialschmarotzer“-Kampagnen etc. Diese in der Sozialgeschichte der Armut sich wiederholende Logik der Aufspaltung in „wirklich Bedürftige“ und den „eigentlich Unwürdigen“ perfektioniert sich mit den Möglichkeiten der heutigen Medienpotenziale im Prozess laufender Skandalierungen eines „gesellschaftlichen Verteilungskampfes“. Halten die wohlfahrtsstaatlichen Agenturen programmatisch am Ziel sozialer Integration noch fest, so verwischen sich zunehmend die öffentlichen Debatten über Ausgrenzung durch Nicht-Hilfe bzw. den Abbruch derselben, wenn die Integration (Scheitern einer Inklusion) misslingt und die Tolerierung von Exklusion einen Legitimationsraum bekommt:

„Heute zeichnet sich ab, dass einem zentralen Exklusionsrisiko für den einzelnen, dem Mangel eigener Handlungsressourcen, eine Vielzahl von möglichen Inklusionsantworten gegenüber stehen wird bzw. muß, weil die traditionelle Antwort der Integrationspolitik versagt. In dem Maße, in dem die Teilnahme an der Gesellschaft und die sich daraus ergebende Anerkennung weniger eine Usurpation der Person durch die Gesellschaft, sondern vielmehr eine aktive und selbstgesteuerte Beteiligung der Subjekte an sozialen Prozessen ist bzw. sein soll, wird die konkrete, in materiellen und persönlichen Ressourcen fundierte Möglichkeit zu dieser Beteiligung, jenseits der bloß formalen Berechtigung hierzu, das entscheidende Inklusionskriterium darstellen“ (Beisenherz 2000, S. 150).

6.1. Der politische Armutsdiskurs zwischen Leugnung und Umdefinition

Die aufgezeigten Konsequenzen des wirtschaftspolitischen Kurses des globalisierten „Casinokapitalismus“ und der dynamisierten Technologieentwicklung manifestieren sich in der Stabilisierung struktureller Massenarbeitslosigkeit, einem weiteren massiven Sozialabbau, einem Anwachsen der Armutspotenziale (als Folge dieses Grundprozesses), Marginalisierungsprozessen immer größerer Bevölkerungsteile, einem tendenziellen Bedeutungsverlust des ersten Arbeitsmarktes, dem Ansteigen prekärer Arbeitsverhältnisse und einem kollektivem Angstklima unter dem Damoklesschwert der „Stand-

ortdebatte". Die aktuelle Diskussion um die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze aktualisiert nicht nur vor allem die von einigen Wohlfahrtsverbänden aufgezeigte Defizitsituation der materiellen Grundversorgung, sondern verdeutlicht auch den Zynismus im politischen Umgang mit den anwachsenden gesellschaftlichen Armutspotenzialen:

„Im Koalitionsstreit über den Mindestlohn wird die Politik die Armen im reichen Land bald wieder vergessen. Mit Armut mag sich niemand befassen. Es wird ignoriert, dass sie stetig und bedrohlich wächst... Die Wohlfahrtsverbände warnten 2003 vor neuer Armut durch Hartz-IV, niemand hat auf sie gehört. Ihre Prognose überholt jetzt die Realität. Nichts hat die Armut gelindert, weder der Aufschwung noch die sinkenden Arbeitslosenzahlen. Immer mehr Menschen, nun schon 7,4 Millionen, sind von Hartz-IV abhängig. Selbst wenn sie einen Job finden, brauchen sie oft zusätzlich Sozialhilfe, weil die Familien von Dumpinglöhnen nicht leben können... Niedriglöhne haben die Armut verhärtet... Nirgendwo in den westlichen Industrienationen, von den USA abgesehen, leben Kinder länger in Armut als in Deutschland, überall in Europa hat man bessere Rezepte. Fast zwei Millionen Kinder hängen von der Sozialhilfe ab, in Städten wie Bremerhaven oder Halle fast jedes zweite Kind. Der Staat ignoriert das. Es ist bekannt, dass diese Kinder häufiger krank und in ihrer Entwicklung behindert sind als solche aus besseren Verhältnissen, dass sie in der Schule versagen. Die Sozialhilfe gibt ihnen nicht genug für Bildung, Kleidung und Nahrung... Die Kinder sind benachteiligt und sie werden es ihr Leben lang bleiben... Wenn sich Armut weiter ungehindert ausbreitet wie eine Seuche, dann wird es gefährlich. Armut raubt dem Staat die Zukunft. Der bejubelte Aufschwung in Deutschland ist nur ein Teil der Wahrheit: Wer auf die inflationären Zahlen in den Armutsstatistiken schaut, wird nicht mehr von Aufschwung reden“ (in: Süddeutsche Zeitung, 13.8.2007, S. 4).

Meine zentrale Hypothese heißt: Armut ist in Deutschland weit verbreitet und befindet sich in einem strukturell verursachten Trend nach oben. Armut und Ausgrenzung sind nicht mehr Randphänomene bisheriger klassischer Armutspotenziale, sondern bedrohen (als Konsequenz von Hartz-IV) auch immer stärker die gesellschaftliche Mitte, wenn auch der Fokus der Betroffenheit eine noch signifikante „Unterschichten“-Logik hat. Vor allem hier zeichnet sich ein Trend struktureller Ausgrenzung und Marginalisierung auf dem Arbeitsmarkt ab, der schichtensoziologisch zu analysieren ist, mit noch zu spezifizierenden gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Konsequenzen. Das Armutsrisiko entwickelt sich entlang der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, und betrifft vor allem Alleinerziehende und ihre Kinder, kinderreiche Familien, Migrantenfamilien und Langzeitarbeitslose. H.G. Beisenherz (2000) gebührt das Verdienst, die unterschiedlichsten Armutsformen mit dem Terminus der „Globalisierungsarmut“ adäquat eingeordnet zu haben, handelt es sich hierbei doch um einen ganz neuen Armutstyp als Konsequenz der radikalen Konsequenz des ökonomischen Primats gegenüber kulturellen und sozialen Standards und Traditionen. An die Stelle einer Reintegrationsphilosophie tritt das „Management von Inklusions- und Exklusionsprozessen“. Durch die programmatische neoliberale Zielsetzung einer umfassenden Selbstverantwortlichkeit des „Selbst-Unternehmers“ stellt das neue Leitbild den Legitimationsrahmen für gesellschaftliche Teilhabe oder Ausschluss.

„Die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Generalisierung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen der Standortpolitik als ‚soziales Scheidewasser‘, das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarmer) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarmer) andererseits spaltet. Was man ‚Dualisierung der Armut‘ nennen kann, reproduziert die ‚klassische‘ Doppelstruktur sozialer Ungleichheit auf erweiterter Stufenleiter. Während die Dauerarbeitslosen ohne Hoffnung auf Reintegration den ‚sozialen Bodensatz‘ im Gegenwartskapitalismus bilden, verkörpern die Niedriglohnpfänger/innen, oftmals Migrant(innen) und ethnische Minderheiten entstammend, eher das ‚Treibgut‘ dieses Globalisierungsprozesses.

Bereits seit geraumer Zeit bildet die Bundesrepublik... eine hohe Armutsstruktur aus: Den armen Erwerbslosen, die wegen niedriger oder fehlender Lohnersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückgeworfen werden, treten die erwerbstätigen Armen zur Seite, deren Leben im gesicherten Wohlstand nicht ausreicht. Während sich die Langzeit- und perforierte bzw. Mehrfacharbeitslosigkeit älterer und/oder gering qualifizierter Personen zur Dauerarbeitslosigkeit verfestigt und die Betroffenen ansatzweise eine soziale Schicht völlig Deklassierter, d.h. vom Arbeitsmarkt wie auch von der gesellschaftlichen Teilhabe Ausgeschlossener (‚underclass‘) bilden, nimmt die Zahl jener Personen/Haushalte, deren Einkommen trotz kontinuierlicher Lohnarbeit in Form eines oder mehrerer Arbeitsverhältnisse nicht oder knapp über der relativen Armutsgrenze liegt (‚working poor‘), gleichfalls zu. Auch in der Bundesrepublik hat sich während der 90er Jahre ein breiter, seinem Umfang nach oft unterschätzter Niedriglohnsektor herausgebildet, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfasst“ (Ch. Butterwege, Armutsforschung, Kinderarmut und Familienfundamentalismus, in: Butterwege, Kinderarmut in Deutschland, Frankfurt a.M., 2000).

6.2. Die Armut in der Deutungshoheit der politischen Repräsentanz

Während die Regierung Kohl die Existenz von Armut weitgehend negierte, da die Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung (Rechtsanspruch auf Sozialhilfe) eine realpolitische Definition von „Armut“ nicht zulasse („Die Sozialhilfe bekämpft Armut, sie schafft sie nicht“, Bundes-Drucksache 13/3339, 2), sah sich die rot-grüne Koalition mit dem regierungsamtlichen „1. Armuts- und Reichtumsbericht“ (Bundes-Drucksache 14/5990) veranlasst, eine sozialpolitische Bestandsaufnahme des Status quo vor dem Amtsantritt dieser Koalition vorzunehmen. Hiermit wurde der Umfang von Armut erstmals aus regierungsamtlicher Perspektive untersucht und dargestellt, und mit dem beträchtlichen gesellschaftlichen Reichtum in Beziehung gesetzt. Damit wurden die bisherigen nicht regierungsamtlichen Armutsberichte (DGB, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, AWO, Hans-Böckler-Stiftung u.a.) um eine weitere Analyse ergänzt, mit dem Anspruch, diese Berichterstattung regelmäßig fortzuschreiben. Damit kommt (obwohl nicht explizit ausgewiesen) die Bundesregierung dem EU-Anspruch zur Erstellung Nationaler Aktionspläne nach, in denen die nationalen Regierungen Zielsetzungen und Lösungswege zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung festlegen müssen. Hierbei sind Vertreter der Länder, Kommunen, der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, die Sozialpartner, Verbände und Wissenschaftler vertreten, um mit einem wissenschaftlichen Gutachtergremium die Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu erarbeiten und zu publizieren. Dieser Schritt fiel der rot-grünen Regierung deswegen nicht allzu schwer, bilanziert doch dieser „1. Armuts- und Reichtumsbericht“ ausschließlich die soziale Entwicklung zu Zeiten der Kohl-Regierung.

6.3. Die Armutspolitik der rot-grünen Koalition

Eine Analyse der Geschichte des deutschen Sozialstaates erklärt das Phänomen, dass Armutspolitik kein eigenes Politikfeld ist, und dass das Interesse an dieser gesellschaftspolitischen Thematik in der deutschen Sozialpolitik eher gering zu veranschlagen ist. Der politische Fokus liegt primär in der Sicherung der Lebensstandards abhängig Beschäftigter. Sozialdemokraten und Gewerkschaften orientieren sich eher – wie es Clinton formulierte – an den Interessen von „people who work hard and play by the rules“. Mit dem „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (ab dem 1.1.2005 in das neue SGB XII übernommen) machte die rot-grüne Koalition einen ersten Schritt zu einer statusunabhängigen, bedarfsorientierten Grundsicherung. Dieses Gesetz und die „Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ blieben jedoch die einzigen Projekte der Armutspolitik, bis mit Hartz-IV eine pauschalierte Sozialhilfe festgelegt wurde, die am realen Bedarf (vor allem in Haushalten mit Kindern) völlig vorbeigeht.

Schon die Sozialhilfe wurde ihrem eigenen Anspruch, ein bedarfsorientiertes soziokulturelles Existenzminimum zu gewährleisten, nicht mehr gerecht. Die Entwicklung der Regelsätze belegt in bedrückender Weise die Entkopplung vom realen Bedarf und deren weitere Fortschreibung. Spätestens 1993 hätte eine Überprüfung der Regelsätze auf der Stichprobenbasis von 1988 stattfinden müssen. Stattdessen entschied sich die Regierung Kohl aus haushaltspolitischen Begründungen, sich von der bedarfsorientierten Anpassung der Regelsätze zu verabschieden, und den Anstieg der Regelsätze zu deckeln. Erst mit der vom Bundesrat verabschiedeten neuen Regelsatzverordnung (14.5.2004) wurde die Bemessung der Regelsätze wieder auf aktuellere Daten (EVS: Einkommens- und Verbraucherstichprobe) bezogen. Diese Bemessung ist auch für das Alg II bzw. das Sozialgeld die Grundlage. Neben dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband gab es Positionen von einer Fülle profilierter WissenschaftlerInnen, die die Regelsatzverordnung kritisierten, und zu ähnlichen Feststellungen kamen wie die Bundesausschüsse für Arbeit und Sozialpolitik sowie für Frauen und Jugend (in ihrer Stellungnahmen zur aktuellen Regelsatzverordnung):

„Die Ableitung des Eckregelsatzes ist nicht hinreichend transparent, insbesondere die Festlegung der Vomhundertanteile an den einzelnen Verbrauchsausgabenanteilen in § 2 Abs. 2 der Verordnung sind aufgrund der amtlichen Begründung allein nicht nachvollziehbar: teils handelt es sich offensichtlich um willkürliche Setzungen“ (Deutscher Bundesrat 2004).

In seinem Rechtsgutachten aus dem Jahre 2005 stellte Prof. Däubler zusammenfassend fest:

„Die Ankopplung der Regelleistung an die Einkommens- und Verbraucherstichprobe des Statistischen Bundesamtes ist als solche nicht zu beanstanden. Das verfassungsrechtliche Ziel wird jedoch verfehlt, weil aus den Niedrigeinkommen gerade solche Bedarfe als nicht regelsatzrelevant ‚herausgerechnet‘ werden, die für die ‚Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft‘ wesentlich sind. Auch entsprach das vom Gesetzgeber praktizierte Verfahren nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen“ (Däubler 2005, S. 41).

Insgesamt ist ein aktueller **Wandel im gesellschaftlichen Armutsdiskurs zu beobachten**. Vor allem mit der Implementierung von Hartz-IV hat sich das kollektive Bewusstsein über die Dimensionierung gesellschaftlicher (vor allem arbeitslosigkeitsbedingter Armut) und über die Dynamik des gesellschaftlichen Abstiegs verändert, zumal mit dem Entfall der Arbeitslosenhilfe der Puffer fehlt, mit dem der freie Fall in die Hartz-IV-Logik (vor allem für die sozialen Mittelschichten) aufgefangen wird. Die bundesweiten Proteste, eine Fülle von nationalen und internationalen Armutsstudien (und teils auch eine Veränderung in der medialen Berichterstattung) sind ein Teil der Erklärung für einen zunehmenden Bewusstseinswandel. Damit jedoch dieser kollektive Erkenntnisprozeß nicht zu weit geht, sind die Ideologen des Systems präsent. Während Wüllenweber (2004) eine Neudefinition von Armut vornimmt („Das Elend ist keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste. Der Unterschicht fehlt es nicht an Geld, sondern an Bildung“), greift der Historiker Paul Nolte zu folgender Argumentationsfigur:

„Die Kultur und der Lebensstil der Unterschichten hat sich in weiten Bereichen von der ökonomischen Basis, von materiellen Notlagen längst entkoppelt... Mehr Geld jedenfalls führt nicht automatisch zu Investitionen gegen die Grenzen der Marginalität, sondern wird tendenziell innerhalb der eigenen Klassenstruktur investiert, wodurch die Mauern der Marginalisierung eher weiter gefestigt werden“ (Nolte 2004, S. 65).

Und nach dem Renate Schmidt (2005) öffentlich dementierte, mit Hartz-IV sei das Armutspotenzial (und vor allem die Betroffenheit von Kindern) größer geworden, ist ihr Hinweis, „Armut habe nicht nur mit Geld zu tun... Entscheidend ist, ob eine Familie es versteht, mit Geld umzugehen“ (garniert mit dem Hinweis, dass die Ernährung bei McDonalds eben doch ungünstiger ist als ein preiswerter selbstgekochter Eintopf) ein exemplarischer Beitrag zum Themenfeld politischer Instrumentalisierung. Mit dieser populistischen Diktion konnte sie sich auch auf Prämissen und Ergebnisse des „2. Armuts- und Reichtumsberichtes“ beziehen.

6.4. **Aktuelle Aspekte in der Armuts-Debatte**

Unter dem Titel „Die Angst vor dem Absturz. Langsamer Abschied von einem Tabu: Armut in Deutschland“ charakterisiert Jeanette Goddar einen veränderten gesellschaftlichen Bewusstseinsstand über die Dimensionen und gesellschaftlichen Gefährdungspotenziale der vorliegenden Problemlagen. Die **„Angst vor dem Absturz“** ist seit der Implementierung von Hartz-IV schon lange kein reduzierbares Thema der „Unterschichten“ oder des „abgehängten Prekariats“, sondern ein schichtenübergreifendes Bedrohungspotenzial. Dieser bekannte soziologische Tatbestand dringt zunehmend in das öffentliche Bewusstsein, und wird durch aktuelle Studien (Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans Böckler-Stiftung) jeweils neu skandalisiert, ohne eine Prognose zu wagen, wie schnell die kollektive Verdrängung wieder greift. Denn **„neu ist nichts von den Dingen, über die wir zur Zeit reden... Was neu ist: man spricht über sie.“** Das ist höchst erfreulich“ (Das Parlament, 30.10.2006: 3). Der gesellschaftliche „Armutsskandal“ lag und liegt in der Verdrängung. Denn vom Zeitpunkt der „Neuen sozialen Fragen“ (H. Geißler) bis heute haben sich zwei gravierende Veränderungen ergeben: Quantität und Struktur der Armutspotenziale haben sich massiv verändert. Geblieben ist, dass die **Massenarbeitslosigkeit** (speziell die Langzeitarbeitslosigkeit) die

primäre Ursache von (primär materieller) Armut ist, in dessen Kontext soziale, psychologische, kulturelle Folgen zu reflektieren sind, die durch die Arbeitslosen- und Armutsforschung (bei allen Detailunterschieden) grundsätzlich eruiert sind. Neben den bekannten Zielgruppenspezifika (Migranten, Allein-erziehende, Langzeitarbeitslose, arbeitslose kinderreiche Familien) kristallisiert sich als Konsequenz des strukturellen Wandels des Arbeitsmarktes eine zentrale Quelle der Armuts-genese heraus: das wachsende Potenzial des „Prekariats“.

So stellt sich nach einer jüngsten Studie (2006) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung die Situation der Einkommensarmut (sozioökonomischer Panel) wie folgt dar: Insgesamt stieg die Einkommensarmut von 12 Prozent (1999) auf über 17 Prozent (2005). Hauptbetroffene der Armut sind Arbeiter, insbesondere gering Qualifizierte, Arbeiterfamilien mit Migrationshintergrund oder mit mehreren Kindern. Zehn Prozent der Bevölkerung leben nach diesen Daten in verfestigter Armut. Ihr Einkommen liegt bei 43 Prozent des Durchschnittseinkommens (Financial Times Deutschland, 22.03.2007).

6.5. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Seit dem Beschluß des Bundestages vom 27.1.2000 ist die jeweils amtierende Bundesregierung mit der regelmäßigen Vorlage eines „Armuts- und Reichtumsberichtes“ beauftragt. Bezog sich der erste Bericht auf die Bilanz der Ära Kohl, so beschreibt der zweite Bericht ausschließlich die Situation der Regierungszeit der rot-grünen Regierung, und kann bemessen werden an dem Anspruch aus dem ersten Koalitionsvertrag: *„Die Bekämpfung der Armut ist ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung. Besonders die Armut von Kindern muß reduziert werden“*.

Der vorliegende Bericht ist in Aufbau und Gliederung mit dem ersten Bericht weitgehend identisch, und lässt somit eine Vergleichbarkeit der Entwicklungen zu. Der Bericht gliedert sich in zwei Hauptteile: Teil A „Zentrale Trends und Herausforderungen“ kann als eine Bestandsaufnahme gesehen werden, während Teil B „Maßnahmen der Bundesregierung“ die politischen Antworten auf die Diagnose formuliert. Der beschriebene Untersuchungszeitraum beginnt 1998 und endet überwiegend mit Angaben zu den Jahren 2002 und 2003. Die Auswirkungen der Reformen am Arbeitsmarkt (Hartz-Gesetze) konnten in diesem Bericht nicht berücksichtigt werden.

Obwohl in der politischen Diskussion häufig absolute Armutsdefinitionen unterlegt werden, bedient sich der Bericht eines „relativen Armutsbegriffs“. Danach wird Armut am durchschnittlichen Lebensstandard der Gesamtbevölkerung bemessen. Somit ist ein Armutsrisiko dann gegeben, wenn der Anteil der Personen in Haushalten, deren „Bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwertes (Median) aller Personen beträgt. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutsrisikogrenze 938 Euro. Damit orientieren sich die Sachverständigen an den Vorgaben der EU.

Nach vier Jahren Studium und 370 Seiten Gutachten tun sich die Sachverständigen schwer, Armut „messbar zu machen“:

„Armut und Reichtum sind als gesellschaftliche Phänomene untrennbar mit Werturteilen verbunden. Hinter jeder Interpretation des Armuts- und auch des Reichtumsbegriffs und hinter jedem darauf beruhenden Messverfahren stehen Wertüberzeugungen. Deshalb ist die Aufgabe, Armut ‚messbar‘ zu machen, im streng wissenschaftlichen Sinn nicht lösbar. Möglich ist aber, ein differenziertes Bild über die Gesellschaft und über soziale Ungleichheit zu zeichnen“ (S. 5).

Man erklärt also sehr ausführlich das Faktum der Armut zum methodischen Problem seiner Erfassbarkeit und beschreibt den „relativen Armutsbegriff“ wie folgt:

„In Gesellschaften wie der unseren liegt das durchschnittliche Wohlstandsniveau wesentlich über dem physischen Existenzminimum. Hier ist ein relativer Armutsbegriff sinnvoll, um Problemlagen angemessen zu erkennen“ (S.8).

So lassen sich die Armutsforscher nicht darauf ein, die Relation der Armut zu bestimmen, und alles, was nicht mit Hungern oder Verhungern in Zusammenhang gebracht werden kann, zur „relativen“ Armut zu erklären und erweitern den „Armutsbegriff“ um eine weitere Dimension:

„Einkommensarmut ist jedoch lediglich – wenngleich oft sehr wichtiges – Element für die Identifikation von Armut. Darüber hinaus haben auch nicht-materielle Ressourcen (wie zum Beispiel Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenzen) maßgeblichen Einfluß auf die individuellen Verwirklichungschancen“ (S. 11).

Vor allem bei der Bestimmung des Forschungsgegenstandes „Reichtum“ haben die Sachverständigen sowohl in der Diagnose als auch in der Therapie ihre Bestimmungsprobleme:

Zur Diagnose: „Gegenwärtig kann eine vollständige Operationalisierung des sehr komplexen Ansatzes der Teilhabe- und Verwirklichungschancen noch nicht gelingen. Geeignete Messinstrumente müssen erst noch weiter entwickelt werden.“ Vor allem „bei der begrifflichen Fassung von Reichtum kann nicht in analoger Weise wie bei Armutsfragen an eine etablierte Forschungsrichtung, konzeptionelle Vorarbeiten und empirische Arbeiten angeknüpft werden.“

Die Therapie: „Die Bundesregierung hat angesichts der noch weitgehend diffusen begrifflichen Fassung von Reichtum die Forschungsaktivitäten im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung insbesondere zur obersten Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung intensiviert.“ (S. 11).

6.5.1. Zentrale Erkenntnisse des „2. Armuts- und Reichtumsberichtes“

Die wichtigsten Ergebnisse des Berichtes:

- Das Armutsrisiko ist zwischen 1998 und 2003 von 12,1% auf 13,5% angestiegen. 2003 lebten 1,1 Millionen Kinder von Sozialhilfe. Ihre Sozialhilfequote ist mit 7,2% mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.
- Vermögen sind in der Gesellschaft ungleich verteilt: Während die unteren 50% der Haushalte über etwas weniger als 4% des Nettovermögens verfügen, beträgt diese Quote bei vermögensstarken 20% der Haushalte rund 2/3 des Nettovermögens. Auf die obersten 10% entfallen alleine 47% des Nettovermögens und damit 2% mehr als 1998. Hierbei ist das Betriebs- und Gebrauchsvermögen nicht einmal mit verrechnet, über die nach Angaben des SOEP rund 6% der Haushalte verfügen.
- Durch Erbschaften werden jährlich durchschnittlich 50 Milliarden Euro zwischen den Generationen transferiert.
- Im Jahre 2002 waren ca. 8% aller Haushalte – 3,13 Millionen – überschuldet. Dies entspricht einem Anstieg von 13% gegenüber 1999.

Während die Analyse und Darstellung der Vermögensentwicklung durchaus differenziert ist, lässt dieser Anspruch bei der Einkommensentwicklung zu wünschen übrig. Die wachsenden Einkommensungleichheiten und die Wirkungen des Steuersystems bedürfen genauso einer eingehenden Betrachtung wie die ungerechtfertigten Abschreibungsmöglichkeiten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Dieses wurde auch vom Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2003/2004 angemahnt. Ebenso ist das Betriebs- und Verbrauchsvermögen nicht mitgerechnet. .

Die wichtigsten Ergebnisse zur **Sozialhilfe in Deutschland:**

- Ende 2003 waren 2,828 Millionen Menschen auf Sozialhilfe und weitere 280.000 Personen auf die deutlich niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen.

- Die durchschnittliche Quote liegt bei 3,4%, wobei vor allem Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit 7,2% betroffen sind; Ausländer 8,4%; junge Erwachsene 4,5%. Frauen sind häufiger betroffen als Männer (3,7 zu 3,1%). Ältere Menschen haben eine Bezieherquote von 0,7%.
- Das mit Abstand höchste Armutsrisiko tragen alleinerziehende Frauen (26,3%).
- Es gibt eine erhebliche verdeckte Armut. Geschätzt wird, dass auf drei Sozialhilfeempfänger 1,5 bis 2 weitere Berechtigte kommen. Ein Viertel bis zwei Fünftel bestehender Ansprüche wird nicht wahrgenommen.
- Der Zahl der Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen wuchs 2003 auf 1,61 Millionen, davon gut 809.000 in Einrichtungen.

Die Behauptung der Regierung, die Regelsätze seien bedarfsgedeckt definiert, wird sowohl von Wohlfahrtsverbänden als auch Vertretern der Wissenschaft massiv in Frage gestellt. Nach unwiderlegten Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind die Regelsätze um mindestens 19,5% zu niedrig bemessen.

Der Bericht versucht den Eindruck zu erwecken, als werde Einkommensarmut durch mangelnde persönliche Bereitschaft gefördert, Erwerbsarbeit aufzunehmen. Der diskrepante Tatbestand der Nachfrage-Angebots-Relation wird nicht thematisiert und baut somit eine Analogie zur Hartz-IV-Debatte auf.

Die wichtigsten Ergebnisse zu *Lebenslagen von Familien mit Kindern*:

- Die Armutsgrenze von Familienhaushalten ist im Zeitraum von 1998-2003 von 12,6% auf 13,9% gestiegen.
- Mit der Kinderbetreuungsquote von 8,6% fällt Deutschland signifikant hinter Länder wie Dänemark, Schweden oder Frankreich zurück.
- Die Erwerbstätigkeitsquote von Müttern ist im europäischen Vergleich niedrig.
- Immer mehr Kinder in Deutschland wachsen in vielfältigen Familienformen auf. Der Anteil der Einelternfamilien an allen Familienformen wächst kontinuierlich.
- Es ist in Deutschland bisher nicht gelungen, das Armutsrisiko für Familien, insbesondere für Einelternfamilien, deutlich zu senken.

Wenn auch die Regierung behauptet, mit einem monatlichen Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro pro Kind, steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, Erhöhung des steuerfinanzierten Erziehungsgeldes um 10% und Steigerung des Wohngeldes die Situation der Familien wesentlich gebessert zu haben, so lässt sich nicht übersehen, dass sich das Armutsrisiko von Familien erhöht hat und dieses nahezu in allen Familienformen. Der Familienlastenausgleich hat nicht verhindert, dass das bedarfsorientierte Nettoäquivalenzeinkommen von Familien gegenüber dem von Ehepaaren geringer gestiegen ist. Ebenso berücksichtigt der Bericht die steigende Belastung durch indirekte Steuern ebenso wenig, wie den Wegfall bisheriger freiwilliger kommunaler Leistungen. Der Bericht berücksichtigt das Armutsproblem im „Working poor“-Potenzial zu wenig, obwohl aus der Sozialhilfestatistik sichtbar ist, dass 31,4% der Ehepaare Sozialhilfe trotz vorhandenem Erwerbseinkommen beziehen

Die wichtigsten Ergebnisse zum Thema *Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkt*:

- Das Armutsrisiko von Arbeitslosen ist von 1998 bis 2003 von 33,1% auf 40,9% gestiegen. Die Beschäftigungsschwelle (am BIP-Wachstum) liegt bei 1,5%, das Wachstum lag dagegen im Zeitraum 2001/2002 nur bei 0,8% bzw. 0,1%.
- Bei Frauen liegt die Erwerbstätigenquote 2003 bei 58,8%, bei Männern bei 70,9%.
- Die Zahl der geringfügig Beschäftigten hat sich im Zeitraum 1999-2002 um 511.000 auf 4,17 Millionen erhöht und ist bis 1.4.2003 auf 4,8 Millionen angestiegen. Daneben sind zusätzlich 1,66 Millionen einem Mini-Job als Nebenbeschäftigung nachgegangen.

- Der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg von 1998-2004 von 37,4% auf 38,45 (mit dem Schwerpunkt bei älteren Arbeitnehmern). Bisher gibt es keine nachhaltigen Maßnahmen zum Abbau dieser Quote.
- Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit liegt bei 8,8 Monaten. Schwerbehinderte sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.
- Der Anteil ausländischer Arbeitsloser stieg wieder an, auf 20,4% in 2004.
- Arbeitslose sind eher krank und sterben früher.

Obwohl der Mangel an Arbeitsplätzen in der internationalen Fachdiskussion als ein zentrales strukturelles Arbeitsmarktproblem identifiziert ist, wird in dem Bericht der Eindruck erweckt, als sei Arbeitslosigkeit wesentlich ein individuelles Problem. Zugleich wird das beschriebene Problem der Zunahme prekärer Arbeitsbeziehungen, die Gefahr der zunehmenden Chronifizierung der Langzeitarbeitslosigkeit und die zunehmende Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen als strukturelles Problem des Arbeitsmarktes gar nicht bzw. nicht ausreichend thematisiert.

Die wichtigsten Ergebnisse zur *Versorgung mit Wohnraum*:

- Die Versorgung mit Wohnraum hat sich im genannten Zeitraum verbessert (quantitativ und qualitativ).
- Der Anteil der Mietbelastungen nahm in den neuen Ländern zu und in den alten ab.
- In den Städten ist eine zunehmend soziale Polarisierung festzustellen.

Mit der Wohngeldleistungs-Novelle (1.1.2001) wurden die Wohnkostenbelastungen der einkommensschwachen Haushalte gesenkt. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ versucht man der beschriebenen Polarisierung zu begegnen.

Die wichtigsten Ergebnisse zur *gesundheitlichen Situation und Pflegebedürftigkeit*:

- Von Armut betroffene Menschen werden signifikant häufiger krank und sterben früher.
- Kinder und Jugendliche sind die am meisten von Armut betroffene Gruppe und leiden entsprechend häufig unter Beeinträchtigungen (Sprachauffälligkeiten, psychosomatische Defizite, emotionale, soziale und psychische Störungen). Das Ernährungsverhalten speziell bei Jugendlichen (Konsum von Obst und Gemüse, ohne Frühstück aus dem Haus, jedoch mehr Süßigkeiten und Softdrinks) ist sehr kritisch zu bewerten (Schichtenindex).

Während der negative Zusammenhang von Armut und Gesundheit zwar zugestanden wird, werden die differenzierten Hintergründe jedoch nicht weiter analysiert. Vertiefte Analysen wie die von Rolf Rosenbrock: „Wenn du arm bist, musst du früher sterben“ (in: Rock, Joachim (Hrsg.) 2005: Sozialpolitik mit Zukunft) könnten hier behilflich sein. Ebenso wäre es vonnöten, die Erschwerung zum Gesundheitssystem für einkommensarme Menschen durch wachsende Verpflichtungen durch Zuzahlungen zu berücksichtigen.

Die wichtigsten Ergebnisse zur *sozialen und wirtschaftlichen Situation von Migranten/ Migrantinnen*:

- Seit 2003 lebt in Deutschland an Anteil von fast 9% (7,3 Millionen) Ausländern/Ausländerinnen. Die Zahl der Asylbewerber lag 2004 bei nur 35.607, die Zahl der Spätaussiedler bei 73.000.
- Das Armutsrisiko stieg im Zeitraum 1998-2003 von 19,6% auf 24%.
- 2003 erhielten 265.000 Menschen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Der Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfebeziehern liegt bei ca. einem Fünftel.
- Präventive Gesundheitspolitik erreicht Ausländer sichtbar schwerer als Deutsche.

Integrationsprobleme von Aussiedlern werden nur eingeschränkt beschrieben, die Probleme der 500.000 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus werden nicht hinreichend reflektiert.

Die wichtigsten Ergebnisse zur *Bildung – Schlüssel zur Teilhabe*:

- Es besteht weiterhin ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem Bildungsstatus (PISA: Faktor 3,1).
- Der Zugang deutscher Kinder zum Gymnasium ist 4,4 Mal höher als von Migrantenkindern.
- Die Lesekompetenzunterschiede sind in keinem untersuchten Land größer als in Deutschland.
- Nur 11% der Kinder mit „niedriger“ sozialer Herkunft nehmen ein Hochschulstudium auf.
- In der Altersgruppe der 20-29jährigen bleiben 1,36 Millionen Menschen (14,9%) ohne beruflichen Bildungsabschluß.
- Die Bildungsausgaben stagnieren auf niedrigem Niveau (4% 1991, 4,3% 2001).
- Die Zahl der Hauptschulabgänger und der Auszubildenden, die direkt in die Beschäftigung wechseln, sinkt.
- Männer und Frauen haben in der Bildungsbeteiligung in den letzten 10 Jahren erheblich aufgeholt.

Der Bericht belegt deutlich, dass Armut zu Bildungsdefiziten beiträgt bzw. diese verschärft, ohne dass sie im bestehenden Schulsystem kompensiert werden. Der Bund verweist in diesem Punkt auf die Bildungshoheit der Länder, ohne jedoch Instrumente auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung und Fördermaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt weist der Bericht aus, dass es eine zunehmende skandalöse Ungleichheit in der Vermögensverteilung gibt; ein signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Armut besteht; Armut „relativ“ gesehen wird; die gestiegene Armut sich besonders gravierend bei Kindern und Jugendlichen abbildet; Arbeitslosigkeit im hohen Maße zur Armut führt; jeder zehnte Haushalt bereits überschuldet ist.

6.5.2. Bewertung des Berichtes

Nach unzähligen Versuchen früherer Kabinette, das Faktum der Armut totzuschweigen, ist es sicher das Verdienst der rot-grünen Koalition, als erste Bundesregierung überhaupt das Anliegen der schiefen Eigentumsverteilung, sozialer Unterversorgung und Ungleichheiten expertisenmäßig zu erfassen.

Gravierende Mängel und neoliberale Expertenempfehlungen lassen sich jedoch nicht übersehen:

- Konzeptionell versucht man zwar in Anschluß an den ersten Bericht, Armut qualitativ zu erfassen und nicht ausschließlich auf mangelnde finanzielle Ressourcen zu reduzieren, erliegt jedoch der Versuchung, den Gerechtigkeitsbegriff in Frage zu stellen, um die massive Umverteilung der materiellen Ressourcen in der Gesellschaft von „unten nach oben“ mit der Bereitstellung von „Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ zu definieren, und damit (wie in den vorangestellten Definitionen sichtbar) die Dimension der materiellen Bedeutung zu relativieren.
- Die Aufwertung der „Generationengerechtigkeit“ als neuem sozialen Kampfbegriff ist ganz auf die Legitimationsbedürfnisse der rot-grünen Koalition zugeschnitten, mit dem verdeckt werden soll, dass die Trennlinie der sozialen Ungleichheiten sich innerhalb der jeweiligen Generation verschärft, und die soziale Problematik nicht zwischen „Alt und Jung“, sondern als analytische Kategorie zwischen „Arm und Reich“ zu implementieren ist.

- Der Bericht verwischt die strukturellen Verursachungszusammenhänge wachsender Armutspopulationen und einem sich vermehrenden Reichtum in bestimmten sozialen Schichten.
- Um die empirisch nicht zu leugnende wachsende (Kinder-)Armut zu erklären, müssen externe Schocks“ (11. September 2001, Irakkrieg, US-Bilanzskandale, Zusammenbruch des IT-Booms etc.) herhalten, um die zunehmende Wachstumsschwäche als konjunkturellen Einbruch und nicht als strukturelles Problem zu identifizieren. Diese Erklärungen sind weitgehend identisch mit regierungsamtlichen Deklarationen.
- Der Bericht negiert weitgehend die doppelte Spaltung im vereinten Deutschland: Die Spaltung zwischen Ost und West wie „Oben und Unten“. Die strukturell bedingten regionalen und sozialen Disparitäten dieses spezifisch deutschen Prozesses finden in der Analyse keine Berücksichtigung.
- Obwohl Empfehlungen mit eindeutig neoliberalen Akzent gemacht werden, wird das neoliberale Konzept der „Standortsicherung“ nicht in die Analyse zur Erklärung sozialer Polarisierungen/Marginalisierungen einbezogen.
- Es besteht ein deutlicher Trend in diesem Bericht, sowohl bei der Operationalisierung des Armutsbegriffs als auch bei der zu Hilfenahme alternativer Gerechtigkeitsbegriffe, die Bedeutung des Einkommens für die Messbarkeit von Armut zu relativieren. Dieses wird durch offizielle Interpretation aus ministerialer Sicht (Renate Schmidt) nochmals unterstrichen.
- Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass der Bericht keine akzeptable Trennung zwischen Analyse und politischer Bewertung vornimmt. Der Bericht ist zu einem erheblichen Teil eine Darstellung und Rechtfertigung der Politik der Bundesregierung. Politische Maßnahmen werden erst ab 2001 angeführt und beziehen sich wesentlich auf die „Agenda 2010“, deren Ergebnisse und Wirkungen nicht im Berichtszeitraum reflektiert werden können. Die Forderung der Wohlfahrtsverbände nach einer unabhängigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung kann hier nur unterstrichen werden.

Zusammenfassend lässt sich die Einschätzung von Hans-Jürgen Marcus (Caritasdirektor im Bistum Hildesheim und Sprecher der Nationalen Armutskonferenz) nicht ganz von der Hand weisen:

„Leider zeigt die Analyse, dass der Bericht unter dem Eindruck steht, die Reformpolitik der Bundesregierung zu rechtfertigen. Wenn der Bericht darauf hinweist, dass die Regelsätze in der Sozialhilfe für Kinder unter 7 Jahren um 10% erhöht wurden, gleichzeitig aber verschweigt, dass sie für über 7 jährige um 5% und für 14-18 jährige um 10% gekürzt wurden, dann ist das eben höchstens die halbe Wahrheit. Insgesamt kommt es zu einer schwierigen Vermischung von Analysen und politischer Bewertung. Man sollte diesen Bericht der Bundesregierung in die Hände eines unabhängigen Sachverständigenrates legen. So geschieht es beispielsweise beim Kinder- und Jugendbericht oder bei Bericht zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den Sachverständigenrat. Auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens unter Einbeziehung der Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände und Initiativen könnte dann eine öffentliche Auseinandersetzung über die Bewertung der sozialen Lage in Deutschland kommen“ (Marcus, Hans-Jürgen 2005, S. 1f.).

Und dieses auf dem Hintergrund der ernüchternden Bilanz von sieben Jahren rot-grüner Koalitions-politik, die mit der bekannten Prämisse im ersten Koalitionsvertrag angetreten war:

„Seit 1965 hat sich der Anteil der Kinder in der Sozialhilfe auf nahezu das 16fache erhöht. Etwa alle 10 Jahre verdoppelt sich der Anteil der Kinder in der Sozialhilfe gemessen an ihrer Altersgruppe. War 1965 in Deutschland jedes 75 Kind auf Sozialhilfe angewiesen war es 2002 jedes siebte. Das ist eine Versechzehnfachung. In Deutschland lebt jedes 10. Kind in relativer Armut, das sind 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In Deutschland ist damit die relative Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen. Dies zeigt, wie sehr wir in unserem Land von einer Infantilisierung und Familisierung der Armut sprechen müssen. Besonders betroffen sind nach wie vor Familien mit nur einem Elternteil und Familien mit Migrationshintergrund. Armut stellt eine Verletzung von Grundrechten dar

und ist nicht nur eine finanzielle Frage. Sie umfasst auch Aspekte wie Zugang zur Bildung und zu angemessenem Wohnen, eine qualitative Gesundheitsversorgung, Zugang zu Pflege und Betreuung von Kindern und älteren Menschen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für lebenslanges Lernen oder kulturelle Teilhabe...

Die Armut in Deutschland ist seit 1998 von 12,1% auf 13,5% weiter angestiegen, auch insbesondere die Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Einkommens- und Vermögensverteilung hat sich weiter auseinander entwickelt. Kinder und Jugendliche sind überproportional von Armut betroffen. 19% aller Jugendlichen oder fast jeder fünfte lebt in Armut. Gegenüber 1998 ist das ein Anstieg und fast ein Drittel. Auch bei Kindern bis 15 Jahre ist der Anteil mit 15% überdurchschnittlich. Hauptursache ist neben der Armut in Migrantenfamilien und der hohen Arbeitslosigkeit die hohe Armut in Familien von allein Erziehenden. Diese Frauen haben wegen mangelnder Kinderbetreuung geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Staatliche Transferleistungen können das nicht kompensieren“ (Marcus, Hans-Jürgen 2005, S. 1).

Wie sehr der **Bericht** in den politischen Empfehlungen **vom neoliberalen Zeitgeist geprägt** ist, lässt sich an folgenden Positionierungen illustrieren:

„Der Bericht verdeutlicht, dass das Armutsrisiko in erheblichem Umfang mit Arbeitslosigkeit korrespondiert. Wenn aber Arbeitslosigkeit die Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, dann muß sich sozial gerechte Politik vorrangig an der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt orientieren... Das weist auf die zentrale Bedeutung von Wirtschaftswachstum hin.“ Dazu müssen „die Lohnnebenkosten weiter sinken... usw. (S. 194 ff.). Weitere Therapievorschläge sind: „Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit... weitere Senkung der Lohnnebenkosten... neue Formen der privaten Sicherung... Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit im Niedriglohnbereich“ (S. 196ff).

Vor allem die **Realisierungsphase von Hartz-IV** ist für die Analyse von herausragendem Interesse: Diese Reformen erweisen sich als per Gesetz verordnete Armut. Mit den Regelsätzen im SGB II sowie auch im SGB XII bleiben die Leistungsbezieher/innen weit unter der festgelegten Armutsrisikogrenze von 938 Euro. Auch der Mehrbedarf für Alleinerziehende kann Kinder nicht vor Armut sch tzen. Der VAMV (Verband alleinerziehender Mütter und Väter) bewertet die Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut als völlig unzureichend. Der deklarierte „Paradigmenwechsel in der Familienpolitik“ konzentriert sich schwerpunktmäßig auf den Ausbau von Betreuungseinrichtungen und nicht so sehr auf notwendige Transferleistungen zur Entlastung von Familien.

Nützlich wäre es mit Sicherheit auch, in zuk ftigen Berichten den Auswirkungen von Armut auf die psychische, physische und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein eigenständiges Berichtskapitel zu widmen, um die Auswirkungen von Armut auf die Lebenslagen stärker zu fokussieren. Trotz der kritischen Betrachtung ist der Bericht nicht nur wegen seiner Existenz von Bedeutung (regierungsamtliches Dokument), sondern sensibilisiert für die Dimensionen der gesellschaftlichen Marginalisierungs-/Exklusionspotenziale, die sich seit der Publikation des Berichtes durch die Hartz-IV-Implementierung und die strukturellen Arbeitsmarktprozesse weiter vergrößert und chronifiziert haben.

7. **Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen als Folge struktureller sozioökonomischer und sozialpolitischer Verwerfungen**

Auf dem Hintergrund beschriebener Armutsentwicklungen und einer zunehmenden Prekarisierung von Lebenslagen ist die Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen (2,3 Mio/Studie Kinderschutzbund 2006) zunehmend Gegenstand öffentlicher Erörterungen und unterschiedlichster Studien. Der gesellschaftliche Anachronismus zwischen demografischem Wandel (und dessen strukturellen Konsequenzen) und einer zunehmenden „Infantilisierung von Armut“ beschreibt die Verstetigung des Phänomens, dass **Kinder nach wie vor die am häufigsten von Armut betroffene Altersgruppe (mit schichtspezifischen Auspr gungsmerkmalen) bilden**. Eine in den 90er Jahren aufgebaute „Sockelarmut“ weitet sich (auf dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit, strukturellen Verwerfungen des Arbeitsmarktes, Hartz-IV) zunehmend aus. Nach Schätzungen des Kinderschutzbundes (2006) wird diese Quote auf 2,3 Millionen veranschlagt. Vor allem die Hartz-IV-Gesetze konterkarieren die Bemühungen um Armutsbek mpfungen, in dem sie Langzeitarbeitslose samt ihren Familienangehörigen in den F rsorgebereich abdrängen, und dafür sorgen, dass Kinderarmut „normal“ wird. Dieses wirkt sich auf Kinder vor allem

der „sozialen Unterschichten“ desaströs aus. Die mit Hartz-IV einhergehenden Leistungskürzungen treffen hauptsächlich Langzeitarbeitslose, ihre Familien und Kinder. Seit der Einführung von Hartz-IV ist die Zahl armer Kinder auf einen Höchststand geklettert. Nach der „Bremer Studie“ lebten trotz Wirtschaftsaufschwung und sinkender Kinderzahl im März 2007 1,929 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Familien, die von Alg II abhängig sind. Diese Zahlen werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) bestätigt. In diesem Bemessungszeitraum wurde in neun von 16 Bundesländern ein neuer Höchststand registriert. Nach Butterwegge ist Hartz-IV „eine Rutsche in die Armut“, deren Hauptbetroffene zunehmend Kinder und Jugendliche sind.

Trotz der aktuellen guten Konjunktur ist die Anzahl der Kinder signifikant gestiegen, deren Eltern von Sozialleistungen abhängig sind. Die Quote der Betroffenen stieg innerhalb eines Jahres um mehr als zehn Prozent. Nach einer Erhebung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. (BIAJ) lebt demnach fast jedes sechste Kind in Deutschland von Sozialhilfe. Die Berechnungen des BIAJ basieren auf den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Nach den aktuellsten Daten des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) (8/2007) lebten mehr als 1,9 Millionen Kinder, die jünger als 15 Jahre alt sind, auf Sozialhilfe-Niveau. Das entspricht einem Zuwachs von 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Berücksichtigt man noch die Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren, lebten derzeit insgesamt 2,6 Millionen Kinder in Deutschland in Familien, deren Eltern Alg II oder Sozialhilfe beziehen. Besonders die Kinder in ostdeutschen Städten sind von Armut betroffen. So übersteigt nach Berechnungen des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) in zehn Kreisen der Anteil der „Kinder in Armut“ (jünger als 15 Jahre) die 40-Prozent-Marke (FAZ 27.8.2007)

Der Veränderung in den einzelnen Bundesländern ist insofern von Interesse, da der Anstieg im wirtschaftlich starken Bundesland Baden-Württemberg mit 12,6 Prozent (149.000) Kindern in 2006 am höchsten lag, gefolgt von Rheinland-Pfalz (12,5 Prozent), Bayern (11,7 Prozent). Der Zuwachs der von Sozialhilfe abhängigen Kinder stieg in Westdeutschland (11 Prozent) deutlich stärker als in Ostdeutschland (7 Prozent). Die vorliegenden Daten zeigen eindeutig, dass die ärmeren/armen Familien mit Kindern vom wirtschaftlichen Aufschwung faktisch nicht profitieren (Süddeutsche Zeitung, 23.4.2007). Grundsätzlich gilt für die weitere qualitative Analyse die Positionierung von Butterwegge (2000):

„Obwohl es hierzulande weder die Armengettos am Rande der Großstädte – wie in den USA – noch das Phänomen der Straßenkinder nach Südamerikanischem Muster gibt, machen sich die berufliche Perspektivlosigkeit und soziale Exklusion vieler Menschen schon im Kindesalter bemerkbar. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das neoliberale Projekt des ‚Umbaus‘ der Gesellschaft und ihres Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die nicht mehr das Maß an Sicherheiten haben wie die Nachkriegsgeneration: Von der gezielten Aushöhung des ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ (erzwungene Teilzeit- und Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Werkverträge und Scheinselbständigkeit) durch die Arbeitgeberseite über den durch erhöhte Mobilitäts- und Flexibilisierungserwartungen der globalisierten Wirtschaft noch beschleunigten Zerfall der ‚Normalfamilie‘ bis zur ‚regressiven Modernisierung‘ des Sozialstaats verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der heute Erwerbstätigen wie der ihnen nachfolgenden Generationen“ (Butterwegge 2000, S. 49).

Dabei blieb Kinderarmut in der Armutsforschung lange Zeit ausgeblendet. Gegenüber der traditionsreichen und theoretisch wie empirisch weitentwickelten angloamerikanischen und skandinavischen Armutsforschung war der deutschsprachige Pedant lange ein „Stiefkind der Fachwissenschaften“ (Butterwegge 2005). Mit dem Rückgriff des „Lebenslagenkonzeptes“ in diese Diskussion wurde die Alltagswirklichkeit von Kindern als Ressourcenansatz zunehmend in den Forschungsfokus gerückt. Nach Gerhard Weiser (1956) ist darunter jener Spielraum zu verstehen, der einem Menschen nachhaltig zur Befriedigung seiner Interessen zur Verfügung steht, um den Sinn seines Lebens zu bestimmen. Damit ist konzeptionell die Verbindung zwischen objektiven Aspekten der jeweiligen Lebensbedingungen mit dem subjektiv empfundenen und erfahrenen Spielraum der Lebenswelt definiert. Somit ist eine einseitige Fokussierung auf die Einkommensarmut problematisiert. In diesem Verständnis ist eine an der

Lebenslage ausgerichtete Armutsbestimmung mehr als der Nachweis von Benachteiligungen in materieller und immaterieller Art, die sozialstatistisch abgebildet werden kann. Mit dem Anspruch der dualen Armutsforschung wird zugleich eingefordert, einen verengten, biografisierenden und individualisierenden Betrachtungswinkel aufzugeben, um die Dramatik der Kinderarmut im Kontext der Weltmarktdynamik zu interpretieren, und deren Phänomene sowohl in den Bezugsrahmen einer fundierten Gesellschaftskritik als auch in Zusammenhang der „Dualisierung“ von Armut zu setzen („underclass“, „working poor“). Denn ohne die Einordnung der Phänomene in den ökonomischen, sozialen und politischen Grundprozess muß die Analyse und Auseinandersetzung oberflächlich, symptomorientiert und hilflos bleiben. Somit muß Armut/Kinderarmut als eine spezifische Form der Klassenstrukturierung als auch eigenständiger Reproduktionsformen struktureller Ungleichheiten im Kontext des neoliberalen Paradigmas und des „Globalisierungs“-Prozesses analysiert und begriffen werden.

Strukturen und Folgen von Kinderarmut sind besonders abhängig von den länderspezifischen familien- und sozialpolitischen Konzepten und Traditionen, wohlfahrtsstaatlichen Modellen und deren Philosophien und Leitbildern (Kaufmann 2001). Hanesch (2000) bestätigt in seiner Armutsstudie die These von einer Korrelation zwischen Wohlfahrtsregimetyten und dem Umfang an Einkommensarmut/Kinderarmut (Wirkungen von Sozial-, Familien- und Kinderpolitik).

Bei allen statistischen und methodischen Differenzierungen der Einzelstudien lassen sich jedoch plausible Gefährdungsrisiken und -konstellationen beschreiben, die für die betroffenen Kinder und Jugendlichen von Bedeutung sind:

- Langzeitarbeitslosigkeit
- Erwerbstätigkeit in Niedriglohnsektoren
- „Working-poor“-Status
- Trennung/Scheidung
- Überschuldung
- „Frauenarmut“.

Besonders betroffen sind Kinder aus Familien mit einem oben beschriebenen Erwerbsstatus, Ein-Eltern-Familien, Kinder mit Migrationshintergrund, Familien mit drei oder mehr Kindern und Kinder in sozial segregierten Quartieren in Großstädten:

„Zu Beginn des 21. Jahrhunderts nimmt in Deutschland die Anzahl der Menschen in Armut zu – trotz eines insgesamt hohen Wohlstandsniveaus. Diese Entwicklung geht einher mit Tendenzen einer zunehmenden sozialen Polarisierung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und manifestiert sich in einem größer werdenden Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich.

Im Zeitverlauf betrachtet scheint zwar die individuelle Verbleibdauer in Armutslagen eher rückläufig zu sein. Armut trifft aber heute eine größere Anzahl von Menschen – darunter viele Kinder. Und es gibt nach wie vor einen harten Kern von Armen, bei denen das soziale Phänomen mehrdimensionaler Deprivation intergenerationell weitergegeben, das heißt an die Kinder „vererbt“ wird.

Doch nicht nur den Personen in verfestigten bzw. sequenziellen Armutslagen muss sozialpolitische Aufmerksamkeit zuteil werden, sondern auch jenen, die in prekärem Wohlstand leben... Schließlich sind jene Personen zu betrachten, die zwar in Vollzeit erwerbstätig sind, aber dennoch als arm gelten, weil das erzielte Einkommen nicht bedarfsdeckend ist (Working poor)... Folgt man der begründeten Zukunftsprognose eines eher moderaten Wirtschaftswachstums, einer Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und teilt die Einschätzung, dass Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ihre Rationalisierungspotenziale auch in Zukunft entschieden nutzen werden, so ist ein Abrutschen eines Teils der heute in prekärem Wohlstand lebenden Menschen unter die Armutsgrenze keineswegs auszuschließen...

Aus familienwissenschaftlicher und sozialisationstheoretischer Perspektive ist das hohe Verbleibsrisiko in Armut von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern, bei Mehrkindfamilien und bei ausländischen Familienhaushalten als problematisch anzusehen: zum einen mit Blick auf die aktuelle Lebenssituation, zum anderen mit Blick auf die Entwicklungschancen der Kinder. Der vorübergehende Sozialhilfebezug und die Erfahrung, durch Eigeninitiative und passfähige Unterstützungsangebote wieder zur Normalität zurückgefunden zu haben, können in der Tendenz eine die Persönlichkeit stabili-

sierende und Resilienz fördernde Wirkung haben. Dagegen läuft der Dauersozialhilfebezug auf Desillusionierung, auf soziale Isolation und die Erfahrung von Stigmatisierung hinaus. Für die heranwachsende Generation ist das vielfach gleichbedeutend mit einer weitgehenden Exklusion von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit.

Kinder brauchen eine gelingende Kindheit, ein zufriedenes und ausgeglichenes Herkunftsmilieu, materielle Sicherheit und die Vermittlung des Gefühls von Zuversicht und Zukunftsperspektive. Diese Bedingungsgefüge fehlt in Elternhäusern, in denen die Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben, Geldmangel und persönlich erlittene Niederlagen bei der Jobsuche auftreten. Die Beeinträchtigung von Wohlbefinden und Gesundheit geht mit einem Selbstwertverlust, häufig mit übermäßigem Alkoholkonsum einher und beeinträchtigt das Familienklima und die Beziehungen zu den Kindern... Ohne hierbei einen Kausalzusammenhang zu unterstellen, belegen unterschiedliche Untersuchungen aus der Familien- und Sozialisationsforschung die Tendenz einer Kumulation von Benachteiligungen entlang des weiteren Lebenslaufs von Kindern (Bertelsmann-Stiftung 2006, S. 7 f.).

Trotz des Postulates im rot-grünen Koalitionsvertrag (1998), die Armut von Kindern reduzieren zu wollen, ist die Bilanz ernüchternd. Im Kontext der allgemein gestiegenen Armutspotenziale sind Kinder und Jugendliche überproportional betroffen, so dass das Potenzial der „Infantilisierung“ und „Familiialisierung“ der Armut im Vergleichszeitraum 1998-2005 um fast ein Drittel angestiegen, und die Frage nach den vielschichtigen Auswirkungen dieses Prozesses für eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen expertisenmäßig zu beantworten ist.

„In ihrem Sozialbericht 2000 gelangte die Arbeiterwohlfahrt (AWO) zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Millionen Kinder und Jugendliche (rund 15 %) morgens oft ohne Frühstück in den Kindergarten oder in die Schule kommen, häufig aufgrund von Fehl- und Mangelernährung krank sind, selten bis gar nicht an Klassenfahrten oder ähnlichen Ausflügen teilnehmen und deutlich eingeschränkte Zukunftschancen besitzen...

In einer Gesellschaft notleidend bzw. unterversorgt zu sein, in der keiner oder kaum einer viel hat, ist wahrscheinlich viel weniger bedrückend, diskreditierend und folgenreich, als in einer Gesellschaft arm zu sein, in der es scheinbar als ‚normal‘ gilt, dass Kinder ein Handy besitzen und teure Markenkleidung tragen“ (Butterwegge/Klunt/Zeng 2005, S. 121 f.).

7.1. Soziale Disparitäten im Kindes- und Jugendalter

In der signifikanten Zunahme der Armut von Kindern und Jugendlichen lässt sich die Verschränkung zweier paralleler gesellschaftlicher Entwicklungen aufzeigen: Grundsätzlich ist sie eine Manifestation einer Polarisierung zwischen haushaltsspezifischen Lebensformen. Denn Kinder zu haben ist in Deutschland ein zunehmendes Armutsrisiko. Die zweite Linie dieses Prozesses beschreibt die sozialen Ungleichheiten von Kindern/Jugendlichen bzw. deren Familien als Phänomen der „vertikalen“ Ungleichheiten der Lebenslagen und Lebenschancen mit dem zunehmenden Gefahrenpotenzial der Ausgrenzung spezifischer Teile einer nachwachsenden Generation. Die vorliegenden Daten (z.B. SOEP 2004) lassen sich als Seismograph eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstrends betrachten und interpretieren:

„Ohne hier in Details gehen zu wollen, legen wir im Folgenden einen komplexen Armutsindikator zu Grunde, der neben dem Einkommen auf den vier Lebenslagedimensionen – Wohnungsverorgung, finanzielle Rücklagen, materielle Lebensstandards und Arbeitslosigkeit für einen Zeitraum von fünf Jahren – basiert. Der Vorzug eines solchen Indikators liegt darin, materielle Lebenslagen differenzierter erfassen zu können. So lässt sich die extreme Armut, die durch ein dauerhaftes Zusammenwirken von Einkommensarmut und materiellen Lebenslagedeprivationen gekennzeichnet ist, abgrenzen von (zeitlich) temporären und von (multidimensional) inkonsistenten Armutslagen. Zugleich treten Formen der Prekarität oder Vulnerabilität – also des Lebens an der Grenze zur Armut – hervor. Auf der anderen Seite lassen sich die Personen in gesichertem Wohlstand abgrenzen, die dauerhaft von Einkommensprekarität und Lebenslagedeprivationen geschützt sind, wobei eine weitere Gruppe im instabilen Wohlstand zumindest zeitweise in prekäre Lagen gerät. Durch die Kombination einer multi-dimensionalen und längsschnittigen Messung von Armut lässt sich die Validität des gebildeten Indikators deutlich erhöhen. Das ermöglicht nicht nur eine präzisere deskriptive Analyse von Armut in Deutschland, sondern schafft auch eine bessere Grundlage für die Analyse der Auswirkungen von Armut von Kindern.“ (Olaf Groh-Samberg/Mathias Grundmann 2006, S. 12/13).

Die Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen durch Armut bildet seit den 90er Jahren einen zunehmenden Schwerpunkt der Armutsforschung. Dieser als „Infantilisierung von Armut“ bezeichnete Prozess lässt sich an der Entwicklung der Sozialhilfe verifizieren, und wird durch die repräsentative Längsschnittstudie des Sozioökonomischen Panels (SOEP) in einem sechsstufigen Phasenmodell abgebildet und statistisch hinterlegt. Danach leben etwa acht Prozent der deutschen Bevölkerung in extremer, weitere acht Prozent in temporärer oder einseitiger Armut und etwa 10 Prozent in einer dauerhaften Lage der Prekarität. Diese drei Gruppen (ca. ein Viertel der Bevölkerung) bilden das sozialpolitische Risikopotenzial der Armut, wie es auch im deutschen Reichtums- und Armutsbericht dargestellt ist. Für weitere neun Prozent der Bevölkerung sind die Existenzbedingungen phasenweise oder in einzelnen Lebensbereichen kritisch.

Dabei sind die Armutsrisiken für Kinder und Jugendliche ausgeprägt durch die sozialen Merkmale ihrer Herkunftsfamilie bestimmt, d.h. es lassen sich extreme schichten-/klassenspezifische Differenzen belegen. Auf der Datenbasis der Längsschnittstudie SOEP tragen vor allem Kinder aus der Arbeiterklasse (56 Prozent aller armen Kinder stammen aus einfachen Arbeiterhaushalten und 24 Prozent aus Facharbeiterhaushalten) die Hauptrisiken. Eine nochmals verstärkte Risikogruppe bilden die Arbeiterfamilien mit Migrationshintergrund, bei der sich eine klassen- und migrationsspezifische Lebenslage sozialer Ungleichheit definieren lassen. Der Tatbestand der Polarisierung zwischen Haushaltstypen (mit und ohne Kinder) und die soziostrukturellen und ethnischen Polarisierungen sind mit dem Terminus der „Infantilisierung“ nicht spezifisch charakterisiert.

Die Frage nach den Auswirkungen und den Bewältigungsstrategien objektiver Armutslagen von Kindern und Jugendlichen ist komplex und erschließt sich sicher nicht über monokausale Erklärungsversuche, d.h. es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen materieller Armut und dem Entwicklungsprozess betroffener Kinder und Jugendlicher. Doch

„der Zielkonflikt zwischen der möglichst schnellen Überwindung der Armutslage und einer Minimierung psychosozialer Spannungen und Konflikte durch eine Adaption an die begrenzten materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen beschreibt zugleich ein zentrales Spannungsfeld in den Erfahrungen und Orientierungen benachteiligter und ausgegrenzter Jugendlicher. Der lebens- und erfahrungsweltliche Grundkonflikt zwischen der Orientierung am Herkunftsmilieu, die – zumindest eine Weile – Handlungssicherheit und soziale Integration verbürgt, und der riskanten Orientierung am sozialen Aufstieg durch Bildung, der in seiner institutionellen Selektionslogik nur für eine kleine Minderheit ausgelegt ist, ist in der ethnographischen Tradition der Jugendforschung häufig beschrieben worden und gewinnt offenbar eine erneute Aktualität. Als ‚Hängen Bleiben‘ beschreibt etwa eine jüngere Studie die Exklusionsdynamik ostdeutscher Jugendlicher, die den unvermeidlichen biographischen Bruch mit den Cliques-, Familien und Quartiersstrukturen benachteiligter Großsiedlungen und die Umorientierung auf geographische und soziale Mobilität zu spät oder gar nicht mehr vollziehen und als ‚Verlierer‘ zurückbleiben.“

Die eher sozialpsychologisch orientierte quantitative Forschung zu den Bewältigungsformen der Armut erscheint, zumal in diesem Kontrast, befangen von einer klinischen bzw. administrativen Perspektive auf die ‚Bewältigung‘ von Armut. Sie kann den Lebenswelten und Sozialisationsverhältnissen der betroffenen Kinder allein darum nicht gerecht werden, weil Armut in der Regel weder als eine begrenzte ‚Episode‘ im Lebens- noch als isolierbarer ‚Stressor‘ im Entwicklungsverlauf auftritt, sondern als eine zusätzliche Belastung im Kontext klassenspezifischer, ethnischer und milieuspezifischer Benachteiligungen und Differenzierungen.“ (Groh-Samberg/Grundmann 2006, S. 11/12).

7.2. Psychosoziale Auswirkungen von Armut auf Kinder und Jugendliche

Die sozialwissenschaftliche Forschung in Deutschland hat seit Mitte der 1990er Jahre eine Reihe von Studien über die Konsequenzen der Armut auf die vielschichtige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hervorgebracht, die mögliche Auswirkungen auf die unterschiedlichen Dimensionen der Persönlichkeitsentwicklung beschreiben. Hierbei muß festgestellt werden, dass die hiesige Armutsforschung in bezug auf Kinder und Jugendliche noch in den Anfängen steht, und das Spiegelbild der Verdrängung der öffentlichen und politischen Debatte zu diesem Themenkomplex darstellt. So haben die vorliegenden Studien im Forschungsbenchmark nicht den Umfang und den Grad der Systematisierung

erreicht, der notwendig ist, um plausible Aussagen zu den Auswirkungen in den Bereichen Kognition, emotionale, soziale, gesundheitliche und Verhaltensentwicklung zu machen, obwohl die Impulse aus der internationalen Forschung (forschungsmethodologische und inhaltliche Aussagen) für die Interpretation möglicher Auswirkungen eine angemessene Grundlage sein können. Zentral ist in diesem Forschungsinteresse das Ausmaß und die Bandbreite der Konsequenzen in den genannten Dimensionen, die Grundlage für Therapie, Prävention und politische Entscheidungsprozesse sein können. Die frühzeitige Erkennung von Risikogruppen eröffnet zumindest im politischen Diskurs die Chance der Sensibilisierung für notwendige Interventionen in den Bereichen der Frühprävention, Familien- und Jugendhilfe, der Reform des Bildungswesens etc. Von besonderem Interesse ist in dieser Diskussion die Frage nach den Kausalitäten in Bezug auf die zentralen Risikogruppen: Alleinerziehende mit Kindern, kinderreiche Familien und Migrantenhaushalte und nicht typisierbare Risikogruppen (z.B. Alkoholismus, Persönlichkeitsstörungen, gesundheitliche Belastungen). Dabei ist die Bandbreite kindlicher Belastungen und angenommener und realer Entwicklungsfolgen von Kindern und Jugendlichen in Armut groß, und unterliegt auf der Basis vorliegender nationaler und internationaler Studien einer nachvollziehbaren Plausibilität, ohne an dieser Stelle die komplexen forschungstheoretischen und forschungsmethodologischen Diskurse und Differenzen abbilden zu können.

So kann auf der Basis der AWO-ISS-Studie (2000) exemplarisch argumentiert werden, dass Kinder aus Familien mit Einkommensarmut im Vergleich zu Gleichaltrigen aus sozial und finanziell gesicherten Verhältnissen in den Dimensionen

- materielle Grundversorgung
- kulturelle Lage
- soziale Lage
- gesundheitliche Lage

signifikante Belastungen aufweisen, die die Entwicklung in sprachlichen, sozialen und gesundheitlichen Indikatoren negativ tangieren, so dass vielfach von multiplen negativen Beeinträchtigungen ausgegangen werden kann.

So birgt Armut ein erhöhtes Risiko für differente gesundheitliche Belastungen:

- Überlebensgefährdung bei Säuglingen durch deprivierte Lebenslagen;
- höhere postnatale Säuglingssterblichkeit;
- erhöhtes Risiko von Frühgeburten;
- erhöhter Anteil von Säuglingen mit geringem Geburtsgewicht oder Unterernährung;
- akute und chronische Krankheiten: Eisenmangel, Durchfälle, Infektionskrankheiten, schweres Asthma, Kopfschmerzen,
- Mortalitätsrate durch Unfälle.

Die Untersuchung von Böhn/Kuhn (2000) zeigt auf, dass gerade sozioökonomisch unterprivilegierte Mütter signifikant mehr entwicklungsgestörte Kinder haben; auch entbinden viele zu früh. Eine Analyse der Langzeitentwicklung frühgeborener Kinder zeigte, dass knapp ein Drittel von ihnen unter schwerwiegenden Lernstörungen, Verhaltensauffälligkeiten und Intelligenzentwicklungsstörungen litten. Gleichzeitig erhalten diese Kinder erschreckend häufig eine unzureichende oder gar keine dringend notwendige Frühförderung/Therapie (Böhn/Kuhn 2000) oder diese werden abgebrochen. Eine Einschulungsuntersuchung im Land Brandenburg belegte den Zusammenhang zwischen schichtensoziologischen Indikatoren und der Notwendigkeit, das Kind noch vor dem Schuleintritt pädagogisch und therapeutisch zu fördern. Fast jedes fünfte Kind aus sozial benachteiligten Familien wurde zu einer entsprechenden Frühförderung überwiesen (Einschulungsuntersuchung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz 2000). In dem hier vorliegenden untersuchten Landkreis lassen sich die vorliegenden Unter-

suchungsergebnisse mit den höchsten Arbeitslosenquoten in Deutschland positiv korrelieren. Sie wachsen in diesem sozio-ökonomischen Lebensraum 27 Prozent der aufwachsenden Kinder einem niedrigen elterlichen Sozialstatus zuordnen. In diesen Populationen konnte das Gesundheitsamt doppelt so viele frühförderfähige Befunde bei Kindern aus genannten Sozialschichten feststellen. Die medizinischen Befunde in den Symptomclustern Sprachstörungen, Einschränkungen im Hören und Sehen, psycho-somatische Störungen, Einnässen und psychiatrische Erkrankungen weisen einen eindeutigen Schichtenindex (korreliert mit Arbeitslosigkeit) auf.

In seiner Studie über die soziale Lage und den Gesundheitszustand von Kindern hat Klaus Hurrelmann (Professor für Sozial- und Gesundheitswissenschaften und Leiter des Collaborating Center for Health in Children and Adolescents – HBSC) der Weltgesundheitsorganisation hervorgehoben, dass sich Gesundheitszustand, Wohlbefinden und psychische Gesundheit in erschreckendem Maße verschlechtern und einen Lebenslagenindex aufweisen. Je länger die Arbeitslosigkeit der Eltern dauert, desto größer werden die vielschichtigen Belastungen für alle Betroffenen und vor allem die Kinder. Die Studie des Kriminologischen Forschungszentrums Niedersachsen (KFN) zeigte, dass die innerfamiliäre Gewalt unter den Bedingungen wirtschaftlicher und sozialer Belastungen (Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit) signifikant ansteigt. Von 10.000 befragten Schülern gab demnach die Hälfte an, in ihrer Kindheit unter Anwendung psychischer Gewalt erzogen worden zu sein. Junge Migranten waren zweibis dreimal häufiger betroffen. Gerade Migrantenpopulationen spiegeln den Zusammenhang zwischen sozialer Lage, problembelasteten Familienverhältnissen und späterer Gewaltbereitschaft wieder. Wie der „Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung dokumentiert, ist das Armutsrisiko der Migranten erheblich höher als das der Gesamtbevölkerung. Dass Gewalt in sozioökonomisch benachteiligten Schichten signifikant häufiger auftritt, wird durch verschiedenste Untersuchungen bestätigt. Arbeitslosigkeit, relative Armut und Perspektivlosigkeit, desolate und belastete Eltern-Kind-Beziehungen, Versagensgefühle, Unsicherheiten und Zukunftsängste als permanente Erfahrung sind der Humus für Gewaltmanifestationen als einer Ausdrucksform. Überproportional viele Kinder entwickeln unter chronischen Belastungsformen psychische Störungen, Verhaltensauffälligkeiten, Lernschwierigkeiten etc. Dabei spielt das Ernährungsverhalten eine wesentliche Rolle. Je knapper die finanziellen Ressourcen, desto schlechter ist auch die Ernährung (fast-foot-Sozialisation)

Diese Grundaussagen korrelieren mit den Ergebnisse der repräsentativen Untersuchung des Robert-Koch-Instituts (Kinder- und Jugendstudie 2007 im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums: Untersuchungsbasis 18 000 Kinder und Jugendliche). Die Analyse spezifischer Untersuchungsvariablen (körperliche Krankheiten, psychische Krankheiten, Ernährung, Stillen, Drogen, Sport) ist für meine Betrachtung insofern von Interesse, da sie in den Grundaussagen die schichten-/klassenspezifische Belastungshypothese für Kinder und Jugendliche aus „armen Familien“ (sozial benachteiligte Familien und Familien mit Migrationshintergrund) mit repräsentativen Aussagen verifiziert. In dieser international beispiellosen Studie werden „alarmierende“ Ergebnisse repräsentiert: In allen Untersuchungsvariablen sind Kinder aus „armen Familien“ mit einer deutlichen Häufung von psychische Störungen, Unfällen, Krankheiten, Übergewicht und Gewalterfahrungen gekennzeichnet:

„Diese Schicht hat alle Nachteile auf einmal... In dieser Gruppe findet man eine Häufung von Risikofaktoren, eine Häufung von Unfällen, Krankheit, Übergewicht, Umweltbelastungen, eine schlechte gesundheitliche Versorgung und häufigere psychische Auffälligkeiten“ (Studienleiterin Kurz, in: Stuttgarter Zeitung, 22.5.2007, S. 10).

Bei diesen Kindern (häufig mit einem Migrationshintergrund) fehlen vor allem die „Schutzfaktoren“: feste soziale Einbindung und ein gutes Familienklima (familiäre Ressourcen). Zwischen diesen „Schutzfaktoren“ und dem Risikoverhalten gibt es nach Meinung der Forscher eine eindeutige Korrelation. Insgesamt zeigt die Studie eine signifikante Verschiebung von akuten zu chronischen Krankheiten und von somatischen zu psychischen Störungen auf. Es gebe immer mehr „Störungen der Entwicklung, der Emotionalität und des Sozialverhaltens“ mit ausgeprägter schichtenspezifischer Gesamtcharakteristik.

Intelligenz, Sprache und schulische Entwicklungen korrelieren negativ mit geringer elterlichen Berufsposition, Einkommensarmut und geringen Bildungsressourcen, und bedingen überproportional Nachteile in den kognitiven Leistungen als auch in der Sprach- und Intelligenzentwicklung (schon im Vorschulalter). Mit zunehmender Dauer der elterlichen Arbeitslosigkeit und Armutslage fallen die Werte negativer aus. Vor allem die negative Korrelation zwischen sozialen Indikatoren und Schulleistungen sind in den Ergebnissen der PISA-Studie signifikant und plausibel hinterlegt. Ebenso lassen sich kritische Entwicklungen in den Variablen soziale Kompetenzen und Beziehungen zu Gleichaltrigen (mangelnde Einbindung in schulische und außerschulische Peer-Gruppen: fehlende Mittel und Ressourcen und Stigmatisierungsprozess) belegen. Selbstwert und emotionale Stabilität (Schamgefühle, Unsicherheit, Akzeptanz, Wertschätzung der eigenen Person) sind im Vergleich mit ökonomisch besser gestellten Gleichaltrigen massiv belastet. Ebenso lassen sich emotionale Parameter plausibel argumentieren: Ängstlichkeit, Traurigkeit, Depressivität, Feindseligkeit, Aggressionen und psychosomatische Erkrankungen.

Diese aus der Stress- und Belastungsforschung plausibel dargestellten Folgen von Armutslagen erklären sich auch aus den Spezifika der alltäglichen Einschränkungen und Belastungen:

- eingeschränkte Konsummöglichkeiten;
- Verschuldung;
- Mehrarbeit der Eltern (Zusammenhang zur Diskussion Prekariat);
- unsichere Zukunftsperspektiven;
- Einschränkungen der Ausgaben und drohender Statusverlust;
- psychische Beeinträchtigungen der Eltern (Nervosität, Reizbarkeit, depressive Verstimmungen);
- weniger Zuwendung und Unterstützung;
- emotionale Belastung der Eltern;
- hart strafende Erziehung;
- Beeinträchtigungen der Ehebeziehungen;
- Alkoholkonsum;
- Spannungen, Streitereien;
- fehlendes Geld für die Teilhabe an sozialen Aktivitäten und Bildungsmöglichkeiten;
- Wohnungswechsel und soziale Vernetzung (Mietrückstände, Zwangsräumungen – verschärft durch Hartz-IV);
- Veränderung innerfamiliärer Rollenmuster;
- Anregungsgehalt familialer Interaktionen;
- stark erhöhter Fernsehkonsum.

Diese innerfamiliären Belastungen korrelieren häufig mit außerfamiliären Konfliktebenen (geringe Einbindung in Peer-Netze, vermehrte Ablehnung durch Gleichaltrige, geringe Popularität deprivierter Kinder und deren Verhaltensprobleme) im Kontext soziostruktureller marginalisierter/exkludierter Lebenslagen und Lebensräumen.

So wird im ersten regierungsamtlichen Dokument des ersten „Armuts- und Reichtumsberichts“ der Bundesregierung (2001) der allgemeine Schluss gezogen, „dass belastete Lebensbedingungen durch niedrige Einkommen, schlechten Zugang zur Bildung, mangelhafte Wohnsituation und Arbeitslosigkeit (...) Auswirkungen auf die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten (haben) und zu einem schlechten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung führen“ können. Bei allen Problemen und Einschränkungen (methodisch und empirisch) der Sozial- und Gesundheitsberichterstattung kann auf der Basis vorliegender Studien als gesichert gelten, dass materielle Armut immer auch Auswirkungen auf die Gesundheit hat, so dass Personen in benachteiligten und deprivierten Verhältnissen überproportional gegenüber der Durchschnittspopulation gefährdet sind. Als Ursachenkomplex gilt das Zusammenspiel von niederem sozialen Status, materieller restriktiver Lebenslage, Zukunftsperspektiven und geringem Gesund-

heitsbewusstsein. Nach Klocke (2001:25) beeinflusst die Armutslage das gesundheitliche Befinden und das Lebensgrundgefühl der Heranwachsenden durchweg negativ:

„Die erhöhte psychosoziale Morbidität der Kinder und Jugendlichen aus den sozial schwachen Familien weist auf Konsequenzen für die kindlichen und jugendlichen Sozialbeziehungen und die Sozialisation hin. Rückzug aus sozialen Kontakten und eine zunehmende Einsamkeit, wie es als Reaktionsmuster von armen Menschen im Erwachsenenalter bekannt ist, zeigt nach den präsentierten Befunden seine Gültigkeit auch für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in Armutsfamilien“.

So lässt sich auf der Basis vorliegender Untersuchungen nicht nur die aktuelle gesundheitliche Situation, sondern auch das spätere gesundheitliche Verhalten von Kindern und Jugendlichen negativ korrelieren: Rauchen, Drogengebrauch, Zahnhygiene, Fast Food, Mangel-, Fehl- und Unterernährung etc.

Es stabilisiert sich immer häufiger in definierten Armutspopulationen der „Teufelskreis der Armut“ im Zusammenspiel materieller Armutslagen, psychosozialen Belastungen und Symptomen, Bildungsbenachteiligungen, disparater medizinischer und psychosozialer Versorgung und sozialräumlichen Exklusionstendenzen, auf dessen Basis sich die Lebensperspektiven und Inklusionschancen auf dem Hintergrund der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strukturveränderungen zunehmend verschlechtern, und das Gefahrenpotenzial einer intergenerationalen Verfestigung von Armut aufweisen:

„Die psychosozialen Folgen von Armut und die Bewältigungsstrategien der Kinder hängen nach den vorliegenden Erkenntnissen sehr stark von den Familienverhältnissen (Beziehungsqualität und Belastungsfähigkeit) der Armutsdauer sowie dem Verhältnis der (Unter-)Versorgungslagen zueinander (Einkommen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und soziale Netzwerke) ab. Es lassen sich verschiedene, auf die Lebenslage und -welt der Kinder bezogene Armutstypen herausfiltern. Dadurch gelingt eine Vermittlung zwischen Strukturen und Handlungen (sog. Bewältigungsstrategien) der Kinder“ (Butterwege, Klundt, Zeng 2006, S. 146).

Obwohl vor einer einseitigen Defizit- und Opferorientierung zu warnen ist, und die Wirkungsprozesse nicht schematisch gedeutet werden können, gibt es doch eine hohe Plausibilität für die Position von Roland Merten (2001), dass „es keinen Zweifel an der Tatsache gibt, dass Deprivationen unterschiedlichster Art die Entwicklung, Lernmöglichkeiten und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen negativ beeinflussen. Auf dem Hintergrund erheblicher Differenzen in den vorliegenden Forschungsergebnissen (in der Bewertung der Effekte von Armut, prekärer Lebenslagen) verweist Merten (2001) auf den „Möglichkeitscharakter“ der Wirkungen spezifischer Lebenslagekonstellationen. Beisenherz (2002) sieht die Gefahr des verschärften Versagens integrativer Mechanismen bei gleichzeitiger Ausweitung der Exklusiongefährdungen für die Kinder:

„Damit weitet sich die Schere zwischen formellen Inklusionsversprechen und materieller Teilhabe an der Gesellschaft: Assimilation oder Integration in eine Gesellschaft, deren Strukturen zunehmend monetarisiert und technologisiert sind, findet für eine tendenziell wachsende Gruppe der Bevölkerung nicht mehr statt. Wo dies der Fall ist, ist das Risiko der armen Kinder besonders hoch: Sie laufen Gefahr, lebenslanglich ausgeschlossen zu bleiben, wenn Ausschließung schon früh zu greifen beginnt und es dadurch zu selbststabilisierenden Exklusionskarrieren kommt...“

Kinderarmut, vor allem wenn sie aufhört, ein marginales Phänomen zu sein, signalisiert das Versagen des Systems in allen Dimensionen der tragenden Legitimation und Selbstthematisierung liberal-kapitalistischer Demokratien. Kinderarmut betrifft das für kapitalistische Demokratien bisher zentrale Legitimationsmuster für den Fortbestand sozialer Ungleichheit, nämlich die rhetorische Figur der Chancengleichheit und die praktischen Anstrengungen zur Realisierung dieses Anspruchs“ (Beisenherz 2002, S. 88).

7.3. Kinderarmut und sozialräumliche Disparitäten

Die beschriebenen soziostrukturellen und schichtensoziologischen Unterschiede in der Betroffenheit von Kinderarmut haben tendenziell auch immer sozial-räumliche Ausprägungen, die statistisch über die

„Sozialgeld-Dichte“/„Hartz-IV-Haushalte“ definiert sind, und eine Differenzierung im Nord-Süd-Gefälle, zwischen den Bundesländern, zwischen Städten und Landkreisen und zwischen Stadtteilen aufweisen.

Die sozialräumlichen Disparitäten und mit ihnen die Armutsrisiken von Kindern steigen mit der Wohnortgröße, so dass von sozialraumspezifischen Erscheinungsformen von Kinderarmut vor allem in den Großstädten ausgegangen werden muss (Studie AWO und ISS 2000).

Dominierte bisher in der Armutforschung die Sichtweise, Risikofaktoren (Ursachen und Ausmaß belastender Lebensbedingungen) an Kriterien wie Bildungs- und Berufsstatus der Eltern, Trennung/Scheidung sowie das Aufwachsen in „Multiproblemfamilien“ festzumachen (Risikopopulationen: Kinder erwerbsloser Eltern, kinderreiche Haushalte, Alleinerziehende und Migrantenfamilien), so wird zunehmend (auf dem Hintergrund der sozialen Disparitätsprozesse in städtischen Zentren) der Fokus auf strukturelle benachteiligte Lebensräume gerichtet. Hierbei erweisen sich kontextuelle Risikofaktoren wie beengte Wohnverhältnisse, Wohnungsumfeld, lückenhafte, gesellschaftliche und institutionelle Infrastruktur als Variablen für die Risikoanalyse gelingender oder misslingender Sozialisationsprozesse (siehe Breittfuss/Dangschat 2005). Der in der Kindheitsforschung seit längerem eingeleitete Paradigmenwechsel von einer Defizit- zu einer Ressourcenorientierung („protektive Faktoren“ der sog. Resilienzforschung) identifiziert zentrale Faktoren für den Sozialisationsverlauf im frühen Kindesalter: gute Eltern-Kind-Beziehung, soziale Kompetenzen, Kontakte ins soziale Umfeld, aktives Problembewältigungsverhalten von Kindern und Eltern und familiäre Freizeitaktivitäten.

7.4. Kinderarmut als Lebenslage, soziale Ungleichheit und Verschärfung der Bildungsmisere

Die Schülerleistungsstudien TIMS, PISA und zuletzt IGLU haben deutlich herausgearbeitet, dass es Deutschland um das Einlösen des Chancengleichheitspostulats schlecht gestellt ist: Die soziale Herkunft für den Schulerfolg ist weiterhin ein ausschlaggebender Faktor; es existiert ein großes Leistungsgefälle zwischen den besten und schwächsten Schülern; die Förderung der Schwächsten ist äußerst unbefriedigend. Zehn Prozent der Bevölkerung haben weder einen Hauptschulabschluß noch eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dieser gesellschafts- und bildungspolitische Tatbestand wird mit dem Terminus „Bildungsarmut“ umschrieben. Seit TIMSS und PISA wird in Deutschland über die Ursachen schlechter Leistungen (im Benchmark) diskutiert, eine befriedigende wissenschaftliche Analyse und daraus abgeleitete adäquate Konsequenzen liegen jedoch bis heute nicht vor.

Die Annahme eines circulus vitiosus endet in dem Bild eines relativ stabilen Prozesses von „Bildungsarmut“ und „sozialer Armut“, der vom Bundesvorsitzenden der AWO Manfred Ragati als „Armut wächst mit“ charakterisiert wurde, um die soziale Vererbung der „Bildungsarmut“ zu thematisieren. In dieser Betrachtung wurde der Zusammenhang von Armut/Kinderarmut und Bildungsmisere entlang dem in den neunziger Jahren geltenden Mythos ausgeblendet, dass es diese Tatbestände qua Definition einfach nicht gibt. Der erziehungswissenschaftlich belegte Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Bildungsbenachteiligung (und deren massiven Auswirkungen auf die Bildungskompetenz der Kinder in Verbindung mit der weitgehenden mangelnden Förderungskompetenz unserer Schulen) untermauert die These von der strukturellen Reproduktion sozialer Ungleichheiten, definiert über ein soziales Variablenbündel (Einkommen, Wohnung, schulische und berufliche Qualifikation, sozialer Status, Staatsangehörigkeit, materielle, kulturelle und soziale Ressourcen, Kompetenzen der Familie, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation und Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen/Kita, Schule etc.). Hauptbetroffene sind: Migranten mit Kindern, Alleinerziehende und schichtenspezifischer Kinderreichtum im Kontext von Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und Armut. Im Grundverständnis des Lebenslageansatzes werden unter den Bedingungen von „Armut“ soziale Ungleichheiten hervorgebracht und in folgenden Dimensionen reproduziert: die materielle Ver-

sorgung/Grundversorgung des Kindes (Wohnen, Nahrung, Kleidung, Partizipationsmöglichkeiten); die Versorgung im kulturellen Bereich (sprachliche und kulturelle Kompetenzen, Bildung, kognitive Entwicklung); die Situation im physischen und psychischen Bereich (Gesundheitszustand, körperliche und psychische Entwicklung); die Situation im sozialen Bereich (soziale Kontakte, soziale Kompetenzen).

So belegt die Studie des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Frankfurt am Main) (2005) den Zusammenhang von Entwicklungsdefiziten im Vorschulalter und Armut ebenso, wie in den Detailanalysen der kulturellen Lebenslagen von armen und nichtarmen Kindern folgende Defizite identifiziert wurden: Defizite im Sprach-, Spiel- und Arbeitsverhalten auf dem Hintergrund komplexer Belastungssituationen in den Familien; unzureichende Förderung durch öffentliche Institutionen (Kindergarteneinrichtung, Ergotherapie, Logopädie usw.); angespanntes Familienklima und wenig kindzentrierter Familienalltag; hoher Aufwand mit geringem Erfolg, das Familieneinkommen zu sichern und damit weiterer Kompetenzverlust, die Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsaufgaben positiv auszufüllen. So verwundert es nicht, wenn in der o.g. Studie nur 69 Prozent der armen Kinder (gegenüber 88 Prozent der nichtarmen) regulär eingeschult werden. In der Vertiefungsstudie „Armut im frühen Grundschulalter“ wird die Tendenz aufgezeigt, dass ausgerechnet die Kinder aus definierten Armutsverhältnissen (die schon im Vorschulalter als multibel depriviert eingestuft waren) im Grundschulalter weiterhin die gravierendsten Benachteiligungen erleiden. Die Benachteiligungen in den ersten beiden Schuljahren werden nicht ausgeglichen, sondern verschärft. Der Rückgriff dieser Kinder auf familiäre Ressourcen ist begrenzt, da sie selber häufig keine sozialen Kontakte (mehr) haben, die Wohnverhältnisse beengt sind, die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung reduziert und der Erlebnis- und Erfahrungsraum im Wohnungsumfeld häufig eingeschränkt sind. Hinzu kommt die hohe psychische/ physische Belastung (Kraftlosigkeit, Überforderung, Resignation der Mütter) und der Ausfall der Väter als Ernährer und Erzieher und das Gefühl des Kontrollverlustes. In diesem Kontext sind die betroffenen Kinder weitgehend auf sich selber gestellt, im Spannungsfeld familiärer Belastungen, schulischer Anforderungen und gefährdeter sozialer Integration:

„Soziale Selektion oder Exklusion ist also auch Teil des Schulalltags und setzt sich im Weiteren ungebrochen fort. So verwundert die Erkenntnis nicht, dass arme Kinder mehrheitlich die Hauptschule besuchen und nicht das Gymnasium. Arme Jungen erreichen maximal einen Hauptschulabschluss, oftmals noch nicht mal diesen, und arme Mädchen schaffen höchstens den Realschulabschluss.

Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration aller Kinder werden schon in der Grundschule nicht ausreichend realisiert. Verschärfend kommt hinzu, dass es kaum öffentliche Unterstützung in Gestalt von Betreuungs- und Förderangeboten gibt. Es scheint so, als seien die Kinder im frühen Grundschulalter die vergessenen Kinder der Kinder- und Jugendhilfe“ (Gerda Holz 2003, S. 5).

So verstärken sich soziale Selektion oder Exklusion mit schulischen Prozessen negativ kumulativ, und belegen den Tatbestand, dass soziale und Bildungsbenachteiligungen bereits in den ersten beiden Schuljahren durch die Schule nicht nur nicht ausgeglichen sondern verstärkt werden. Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration aller Kinder werden schon in der Grundschule nicht angemessen realisiert, öffentliche Unterstützungen in Form von Betreuungs- und Förderangeboten sind defizitär. PISA 2000 hat aufgezeigt, dass ein Aufwachsen in Armut lebenslange Konsequenzen hat. Ein Gegensteuern ist nur durch eine Verbesserung der gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, eine Stärkung der elterlichen Ressourcen und eine Schärfung des gesellschaftlichen und pädagogischen Bewusstseins möglich. Denn Schule, Kinder- und Jugendhilfe sind nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Die für Deutschland (und Frankreich) spezifische Trennung zwischen Bildungs- und Sozialpolitik steht nicht nur im Widerspruch zum Rahmenkonzept der europäischen Integration (Bildung und soziale Sicherung als Sozialpolitik), sondern verdeutlicht das deutsche Paradigma, nämlich: anhaltend niedrige Investitionen in die Bildungs- und immer höhere in die Sozialpolitik. Die Konsequenzen sind bekannt:

„Wer bislang auf Bildungsarmut hinwies, dem wurde entgegnet: ‚Diese Kinder können es nicht besser‘, sie sind dumm. Großbritannien, Finnland und (Süd-)Korea zeigen deutlich, dass die Umwelt dieses Könnens-Potenzial ganz erheblich ausschöpft oder, wie in Deutschland, unterfordert bzw. begrenzt. Structure matters: Die ‚Schulumwelt bestimmt die erreichbaren

Kompetenzstufen. Absolut gemessene Bildungsarmut ist vermeidbar, wie der PISA-Erfolg von 14 Ländern zeigt. Ferner können so auch Gruppen, die zertifizierungsarm, aber kompetenzreich sind, stärker ins Bildungssystem integriert werden (Jutta Allmendinger/Stephan Leibfried 2003, S. 17).

Die empirischen Analysen auf der Basis der SOEP-Jugendbiographiedaten bestätigen massive Einflüsse materieller Armut auf den Bildungsweg (besuchte Schulform, erreichten Schulabschluss, Übergangsempfehlung der Grundschule). So erhöht Armut in allen sozialen Herkunftsklassen das Risiko, nicht über die Grenzen der Hauptschule hinauszukommen. Negative Effekte addieren sich, wenn Risikofaktoren kumulieren. Die SOEP-Analysen unterstreichen den Zusammenhang von Armut und sozialer und ethnischer Herkunft, da die materielle Armut ein zusätzlicher Risikofaktor ist, der den strukturellen Zusammenhang sozialer Herkunft und Lebenschancen von Kindern nochmals negativ verstärkt, zumal sich in einfachen Arbeitermilieus die traditionelle Orientierung an der fordistischen Arbeitssozialisation perpetuiert, und sich damit eine Entkopplung von den qualifikatorischen und sozialisatorischen Anforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft zu beobachten ist. Aus dieser sich massiv verändernden Dynamik gewinnen Armut und soziale Ausgrenzungen ihre wahre Bedeutung. Der Zusammenhang zwischen Niedrigeinkommen, relativer Armut und sozialer Exklusion liegt nicht nur durch die Defizite verfügbarer ökonomischer Ressourcen nahe, sondern verstärkt zwischenzeitlich durch empirische Hinweise den Verdacht, dass ein Zusammenhang zwischen signifikanten Einkommensverlusten und relativer Armut (und damit verbundenen sozio-ökonomischen Deprivationen) zur Produktion und dem Erhalt des Humanvermögens von Kindern nahe liegt. Einkommensengpässe wirken sich nicht nur auf das Familienklima, die Paarbeziehung und Eltern-Kind-Beziehung und die schulischen Leistungen von Kindern aus, sondern bedingen nicht selten, dass die materiellen Investitionen in die Ausbildung („Humankapital“) ihrer Kinder beeinträchtigt werden. Obwohl ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang auf die Bildungschancen von Kindern methodisch zu problematisieren ist, belegen Becker/Lauterbach (2004) auf der Basis einer breiten empirischen Studie für West- und Ostdeutschland die intergenerationale Vererbung des Humanvermögens durch Armut und sozioökonomische Deprivation.

So haben Arbeiterkinder wegen primärer und sekundärer Herkunftseffekte nicht nur ungünstigere Bildungschancen als Kinder aus höheren Sozialschichten, sondern sie leben auch häufiger in Armut. Die schon immer ungünstigeren Bildungschancen von Arbeiterkindern verschärfen sich durch die armutsbedingten Lebenslagen. So haben nach den vorliegenden Daten Kinder aus Armutslagen und prekärem Wohlstand eine niedrigere Wahrscheinlichkeit auf das Gymnasium als auch auf die Realschule zu wechseln. Speziell für Westdeutschland gibt es signifikante Hinweise für herkunftsbedingte Selektivitäten von Armutsrisiken und daran geknüpfte Bildungsentscheidungen. Von allen ursächlichen Risiken sind - neben der sozial benachteiligten Versorgungsklasse - die ohnehin bildungsbenachteiligten Familien in der Arbeiterklasse verstärkt betroffen. Die Autoren begründen die Hypothese, dass eine Kumulation der Benachteiligungen langfristig zur Persistenz von herkunfts-spezifischer Ungleichheit beiträgt.

Den zunehmend aufbrechenden Widersprüchen wachsender Ungleichheiten im Kindes- und Jugendalter werden in der öffentlichen Debatte (PISA, Berlin, Erfurt etc.) einfache Reaktionsmuster entgegengestellt, an denen sich die diagnostischen, pädagogischen und sozialpolitischen Reduktionen ebenso gut beschreiben lassen, wie an den immerwiederkehrenden gesellschaftlichen Grundmustern und Bereitschaften bekannter Projektionsleistungen:

„Gegen Gewalt und Chancenlosigkeit helfe nur Erziehung und Leistung. Die neokonservative Pädagogik feiert nicht nur im konservativen Lager fröhliche Urständ. Der Ruf nach mehr Härte und Disziplin im Klassenzimmer, die Wiedereinführung von ‚Kopfnoten‘, die Forderungen nach strengerer Auflagen für Eingewanderte, rasch Deutsch zu lernen und bei Auffälligkeiten unmittelbar Sanktionen einzusetzen, die kritischen Töne gegen die ‚Kuschelpädagogik‘ in der Schule und die populistischen Schuldzuweisungen an die ‚überforderten‘ Eltern sind politische Gemeinplätze einer reaktionären Pädagogisierung sozialer Struktureffekte“ (Groh-Samberg/Grundmann 2006, S. 18).

7.5. Unicef-Studie zur Lage der Kinder in 21 Industrieländern

Eine Vergleichsstudie (2006) des Kinderhilfswerks Unicef zur Lage der Kinder in 21 Industrieländern hat dem deutschen Streit über Quantität und Qualität der Kinderbetreuung neue Nahrung gegeben, da Deutschland in dieser Benchmarkstudie in den zentralen Untersuchungsvariablen „nur Mittelmaß“ in der Bewertung war, wenn es darum geht, verlässliche Lebensumwelten für die junge Generation zu schaffen. Auf der Basis auch anderer vergleichender Untersuchungen wundert es nicht, wenn das internationale Ranking einerseits zugunsten der Niederlande und den skandinavischen Staaten, und negativ zuungunsten jener Länder ausfällt, in denen das neoliberale Gesellschaftsparadigma die ausgeprägtesten Spuren hinterlassen hat (USA, Großbritannien). So steht Deutschland vor allem im Vergleich der Investitionen in frühkindliche Betreuung am Ende des Rankings.

Unicef hat erstmals die Lage der Kinder anhand von sechs Dimensionen umfassend verglichen: materielle Situation, Gesundheit, Bildung, Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen, Lebensweise und Risiken sowie eigene Einschätzung der Kinder und Jugendlichen. Für den Bericht wurden Daten aus internationalen Studien und Untersuchungen auf Länderebene ausgewertet. Die zentralen Aussagen der Studie sind:

- Die Wirtschaftsleistung eines Landes allein entscheidet nicht über die Situation der Kinder.
- Bei der frühkindlichen Betreuung ist Deutschland hinsichtlich der Investitionen in infrastrukturelle Programme Schlusslicht.
- Besorgniserregend ist das Risikoverhalten der Jugendlichen (Hauptgrund Rauchen, Alkoholkonsum)
- Mehr als die Hälfte der 15-jährigen Deutschen sagen, dass ihre Eltern kaum Zeit haben, sich mit ihnen zu unterhalten.
- Erschreckend niedrig sind die Erwartungen an die berufliche Zukunft. Mehr als 30 Prozent rechnen damit, keinen qualifizierten Arbeitsplatz zu finden.

So sind trotz der vielfachen Postulate über die „Investitionen in das Wohl der Kinder“ die Widersprüche zu den Fakten signifikant: Deutschland gibt zwar ca. zwei Prozent des Bruttosozialproduktes für Transferleistungen für Familien mit Kindern aus. Doch Dänemark z.B. investiert zusätzlich erheblich in die Infrastruktur für Kinder (Krippen, Kindergärten), und wendet insgesamt 3,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Familien mit Kindern auf. So haben vor allem die skandinavischen Länder mit aufeinander abgestimmten Programmen sowohl die wirtschaftliche Situation von Familien positiv flankiert als auch verlässliche Lebenswelten für Kinder geschaffen. Nicht zu Unrecht formuliert die UNICEF-Vorsitzende Heide Simonis ihre scharfe Kritik an der deutschen Misere:

„Alle reden von kinderfreundlicher Politik. Trotzdem soll eine bessere Infrastruktur für Kinder keine Mehrkosten verursachen... diese Einstellung muss sich ändern, sonst bleibt Deutschland Mittelmaß für Kinder – und setzt die eigene Zukunftsfähigkeit aufs Spiel“ (<http://www.unicef.de/4264.html> 15.02.2007).

Noch akzentuierter formuliert Prof. Hans Bertram (Autor der vertiefenden Studie zur UNICEF-Analyse) seine Kritik an den deutschen politischen Eliten:

„Politik für Kinder ist in Deutschland meist nur ein Mittel zum Zweck, um Arbeitsmarktprobleme zu entschärfen oder die Rentenkassen zu füllen. Es fehlt ein politisches Gesamtkonzept, damit Kinder aus benachteiligten Familien endlich eine faire Chance erhalten“ (<http://www.unicef.de/4264.html> 15.02.2007).

Aus der Unicef-Analyse resultieren Forderungen, die mit anderen bildungs-, familien- und sozialpolitischen Empfehlungen weitgehend kompatibel sind:

- Kindergruppen, Kindergarten und Schule sind so zu organisieren, dass sie den Bedürfnissen von Kindern und Eltern entgegenkommen (Ganztagsschulen und Ausbau von Bildungs- und Förderangeboten für benachteiligte Familien).
- Bildungs- und Förderangebote zur Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunft.
- Die städtischen Kommunen müssen der sichtbaren und sich dynamisierenden Gettobildung entgegenwirken. Integrationslernen soll das Auseinanderdriften der Gesellschaft bremsen.
- Die Politik muss ihre zersplitterten Ressourcen bündeln und die Kinder in den Mittelpunkt stellen. Die Aufnahme der Kinder in die Verfassung und ein Kinderrechtsbeauftragter auf Bundesebene könnten diesen Politikansatz stärken.

7.6. Interventionsebenen

Geht man von der zentralen Prämisse und Erkenntnissen der Armutsforschung aus, dass insbesondere Kinderarmut mehr beinhaltet als materielle Restriktionen, sondern vielfältige Beeinträchtigungen, Benachteiligungen und Belastungen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Freizeitgestaltung etc. zur Konsequenz hat („Lebenslagenansatz“), dann können notwendige Interventionen auf diese Lebenslagen nur multidimensional sein. Gegenstrategien sind danach zu bewerten, ob sie den vorliegenden gesellschaftlichen Skandal signifikant verbessern. Das Klima der Empörung über diesen gesellschaftspolitischen Missstand variiert je nach öffentlicher Skandalisierung, und wird flankiert mit dem Hinweis, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die ökonomische Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb gefährdet ist (weil sie genannte Problemlagen zur Folge hat: Gewinner und Verlierer seien somit eben die zwangsläufige Konsequenz).

Da selektive Interventionen auf die Problemlage wenig wirkungsvoll sind, plädiert F. Bertsch (2002) für eine integrale Strategie der Armutsbekämpfung, die im Wesentlichen folgende Ziele zu verfolgen hat:

- Die Sicherung der Chancen und Möglichkeiten zur Bewältigung einer eigenständigen Lebensführung.
- Die soziale Flankierung ökonomischer Modernisierungsprozesse.
- Die Verteidigung des inneren Friedens.

Bertsch differenziert seine Interventionsüberlegungen zwischen Armutsprävention (Bildung, Beratung, Beteiligung, Vermittlung von Bewältigungsstrategien, Reorganisation der Infrastruktur kommunaler Lebensräume) und Armutsbekämpfung (keine Reduktion auf Einkommenstransfers, sondern Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit der Betroffenen).

Butterwegge (2006) verweist darauf, dass es zur Beseitigung der Kinderarmut keinen Königsweg gibt, aber zahlreiche Einzelmaßnahmen, die er auf folgende Politikfelder projiziert:

- Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Familienpolitik
- Bildungspolitik
- Gesundheits- und Sozialpolitik (einschl. Kinder bzw. Jugendhilfe)
- Stadtentwicklungs- und Wohnungs(bau)politik.

Er kommt in seiner Analyse zu folgenden zentralen Einschätzungen und Grundpositionen:

- Da die Aushöhlung und Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ eine zentrale Ursache für das Anwachsen der Kinderarmut ist, verweist Butterwegge auf die Notwendigkeit der Bewahrung des Flächentarifvertrages und notwendigen Regelungen für einen Mindestlohn (wie in den meisten europäischen Ländern selbstverständlich).
- Durch den strukturellen Wandel der „Normalfamilie“ sind Eltern und Kinder auf einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat angewiesen, der Brüche und Krisen der Betroffenen abfedert. Problematisch bewertet Butterwegge nicht die Höhe der familienpolitischen Transferleistungen sondern deren Struktur. So wird die Erhöhung des Kindergeldes (als wichtigste Sozialleistung in diesem Bereich) für Kinder in kritischen Lebenslagen deswegen zum Bumerang, da diese wichtige Sozialleistung auf die Hilfe zum Lebensunterhalt wie auf das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld (Hartz IV) angerechnet wird:

„Statt alle Eltern gegenüber Kinderlosen materiell besser zu stellen, wie es die traditionelle Familienpolitik tut, müssen sozial benachteiligte Kinder gezielt gefördert werden. Dabei sollte ihre Unterstützung unabhängig von der Familienform wie von der Erwerbsbiographie der Eltern erfolgen. Rechte eines Kindes leiten sich aus seiner Identität als Kind, nicht aus seinem Verhältnis zu einem anspruchsberechtigten Elternteil ab. Unser System der sozialen Sicherung ist nicht nur Erwerbsarbeits- und ehezentriert, vielmehr auch stark erwachsenorientiert. Die Rechtsposition von Kindern muß verbessert und institutionell verankert werden, dass sie autonome Subjekte mit eignen Bedürfnissen und Ansprüchen sind. Eine derart verstandene Kinderwohlfahrtspolitik ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, deren einzelnen Elemente, Programmtelle und Instrumente bislang unzureichend in ihren Wirkungen auf die Wohlfahrt und Lebenschancen von Kindern untersucht worden sind. Obwohl die Eheförderung – statt einer Kindesförderung – als eine grundlegende Fehlorientierung der Familienförderung gilt, bietet die Umwandlung des Ehegatten in eine Familiensplitting keine Lösung.“ (Butterwege 2006, S. 35).

- Die Forderung nach einem weiteren Ausbau öffentlicher Erziehungs- und Bildungseinrichtungen (Ganztagsschulen, KiTas, Horte, Krippen, Freizeiteinrichtungen, Erziehungsberatungsstellen, schulpyschologische Dienste) dominiert gegenüber den Ansprüchen eines weiteren „Familienleistungsausgleichs“. So seien Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote für sozial benachteiligte Familien wirksamer als eine Anhebung des Kindergeldes und steuerlicher Freibeträge. Mit dieser Positionierung organisiert sich Butterwegge nicht nur Widersprüche in der Akzeptanz restriktivster materieller Ausgangslagen der Betroffenen, sondern fundiert seine Bildungsforderungen auf dem Sockel weiterer restriktiver Sozialstaatsinterventionen. Produktiv sind seine Anmerkungen zum Konzept der Ganztagschule:

„Ganztagsschulen, die Kindergarten-, Krippen- und Hortplätze ergänzen sollten, haben einen doppelten Nutzeffekt: Einerseits können von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert werden, andererseits ihre Mütter leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme eher meistern lässt. Durch die Ganztagschule als Regelschule lassen sich soziale Handicaps kompensieren, weil eine Versorgung der Kinder mit gesunder Nahrung (gemeinsames Mittagessen) eine systematische Förderung bestimmter Schülerinnen und Schüler bei der Erledigung von Hausaufgaben und eine sinnvollere Gestaltung des Nachmittags möglich sind.“

„So wichtig mehr Ganztagsbetreuung ist, so wenig reicht sie aus, um Bildung stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Gleichwohl stößt die öffentliche Reformdebatte selten bis zu den Wurzeln des Problems vor, der Drei- bzw. Viergliedrigkeit des Schulwesens in Deutschland. Wer von der Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bevölkerungsschichten jedoch nicht sprechen will, sollte auch von der Ganztagschule schweigen. Diese war stets ein Ziel reformpädagogischer Bemühungen, degeneriert aber zur bloßen Verwahrnastalt, wenn sie nicht in eine umfassende Strukturreform und ein Gesamtkonzept integriert wird, das soziale Selektion vermeidet...“

„Wenn alle Kinder mehr Bildung bekommen, konkurrieren sie um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen. Fehlende oder mangelnde (Schul-)Bildung kann die Armut potenzieren und zementieren. Sie ist jedoch nur der Auslöser, nicht die Ursache materieller Not. Bildung ist deshalb auch nur ein begrenzt taugliches Mittel, also keine Wunderwaffe im Kampf gegen die (Kinder-)Armut, weil sie zwar durch soziale Diskriminierung entstandene Teilhabedefizite junger Menschen mildern, aber nicht verhindern kann, dass materielle Ungleichheit auf deren Arbeits- und Lebensbedingungen durchschlägt.“

Gerade wer Bildung als Sozialpolitik begreift, müsste verhindern, dass von der Schule über den Weiterbildungssektor bis zur Hochschule alle Institutionen dieses Bereichs privatisiert werden. Denn das heißt, die Eintrittsbarrieren für Sprösslinge weniger gut situerter Familien zu erhöhen“ (Butterwege 2006, S. 36).

- Da sozial Marginalisierte Angebote der Früherkennungs- bzw. Vorsorgeuntersuchung (U1 bis U9) nur selten wahrnehmen, zeigen Schuleingangsuntersuchungen erhebliche Beeinträchtigungen von Kindern aus sozial unterprivilegierten Schichten.
- Kommunen (Städte und Gemeinden) sind wegen sinkender Steuereinnahmen und steigender Sozialausgaben immer weniger in der Lage, Regelaufgaben im Kinder- und Jugendhilfebereich zu erfüllen (freiwillige Leistungen sind per se die Ausnahme). Damit fällt eine wichtige Interventionsmöglichkeit zur Bekämpfung der Kinderarmut aus den Potenzialen der Sozial- und Jugendarbeit aus. Dieser Trend verdeutlicht, dass die aus dem neoliberalen Kontext begründbare staatliche Sparpolitik in einen immer offeneren Widerspruch zu elementaren Versorgungsansprüchen im Beratungs- und Betreuungsbereich gerät (siehe auch D. Baum 2003) und die „strukturelle Exklusion“ (R. Merten 2001) verschärft.
- Da sich die (Kinder-)Armut schwerpunktmäßig in den Großstädten in spezifischen Stadtteilen („Soziale Brennpunkte“) konzentriert, ist die Frage nach den Verursachungen und Verschärfungen auf die Ebenen der Raumplanung, Wohnungs(bau)politik und Stadtentwicklung (neben den arbeitsmarktpolitischen Hintergründen) deswegen zu richten, weil sich in den neoliberalen Stadtentwicklungsmodellen die strukturelle Ungleichheitslogik und Disparitätenbildung weiter verschärft (Bernt/Fritsche 2005). Zugleich problematisieren Bernt/Fritsche auf diesem strukturellen Entwicklungshintergrund zu Recht die Wirkungsmöglichkeiten des Konzeptes der „Sozialen Stadt“. Denn je mehr aufgrund der Kapitalorientierungen im Wohnungs- und Immobilienmarkt preiswerter Wohnungsbestand rückläufig ist, umso mehr verschärft sich die sozial-räumliche Segregation und der sich fortsetzende soziale Verdrängungswettbewerb.

„Die selektive Privilegierung von Inhalten im Konzept ‚Quartiersmanagement‘ kann deshalb maximal für ein begrenztes Gebiet und einen begrenzten Zeitraum die schlimmsten Fehler der ‚normalen‘ Stadtentwicklungspolitik abmildern. Die ‚Soziale Stadt‘ ist aber weder Allheilmittel noch sollte sie als Substitut für eine kohärente, strategische und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattete Stadtentwicklungspolitik aufgefasst werden.“ (Bernt/Fritsche 2005, S. 217).

Klinger/König begründen ihre „Sieben Rezepte gegen die Armut“ (Die Zeit, 19.10.2006: 5) damit, dass es bei der Bekämpfung der Armut um die „Durchsetzung der Rechte als gleichberechtigte Bürger“ geht, und der Erfolg möglicher Maßnahmen nicht in der Fortführung mit den Mitteln bisheriger Sozialpolitik liegt, sondern in einem „Patchwork vieler einzelner Maßnahmen“:

- Armuts politik muss mehr sein als die Politik für die Mittelschicht. Die Fokussierung auf die „neue Mitte“ („people who work hard and play by the rules“) beinhaltet eine Prioritätensetzung der auf dem Arbeitsmarkt Privilegierten (klassischer Vollzeit-Arbeitnehmer). Dabei sei die Solidarität zwischen der Mittelschicht und den Ausgeschlossenen für die künftige Sozialpolitik von zentraler Bedeutung. So zeigte die Ausgestaltung des Elterngeldes die Verletzung des Gebotes der Solidarität mit den Armen.
- Armuts politik kann nur wirksam sein, wenn sie sich nicht am alten Sozialstaatsmodell orientiert (Modell national begrenzter Industriegesellschaften: Sozialversicherungspolitik), sondern Menschen befähigt, durch aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, um Armut und sozialen Ausschluß zu verhindern.

- Armuts politik muss auch Bildungspolitik sein, und dieses vor allem auf dem Deutschland-spezifischen Hintergrund eines hochgradig sozial selektiven Bildungssystems. Die Forderung nach einer „Mindestbildung“ (in bezug auf den Wissenschaftsexperten Wolf Lepenies) beschreibt als Ziel den Mindestanspruch auf einen Hauptschulabschluss oder den Abschluss einer Berufsausbildung, ohne den Armut und sozialer Ausschluss vorprogrammiert sind.
- Armuts politik funktioniert nur als eine Querschnittsaufgabe. So macht nach Meinung der Autoren Großbritannien vor, wie mit dem Programm „Early Excellence Centres“ Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik miteinander verbunden werden können. Von dem Konzept der „frühpädagogischen Stützpunkte“ (umfassendes Spiel- und Lernangebot unter Einbeziehung der Eltern) profitieren die Kinder, zumal die Kindergärten als Servicestelle für viele Familien im Stadtbezirk etabliert sind.
- Armuts politik ist eine Frage einer Politik des „sozialen Respekts“, gesteuert durch die zentrale Frage: „Wie können Menschen ein sinnvolles Leben führen, auch, wenn sie keinen Arbeitsplatz finden?“ Dieses setzt den Abschied von einer zentralen Lebenslüge voraus: Die Illusion der „Vollbeschäftigung“. Nur wenn die „job first“-Politik aufgegeben würde, entwickeln sich neue Perspektiven über die „Arbeitsgesellschaft“ hinaus. Die legitimierte Erkenntnis, dass Millionen Menschen keine Chance mehr auf einen Vollzeitjob haben, sei die Voraussetzung dafür, dass sich neue gesellschaftliche Perspektiven entwickeln können. Alle Versuche, einer etablierten Illusion hinterherzulaufen, verschärfen das Problem und verhindern neue gesellschaftliche Modellentwürfe.
- Armut braucht engagierte Armuts politiker. Es gebe zwar in allen Parteien Sozial-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungspolitik, aber keinen einzigen Armuts politiker. Dieses habe einen Grund:

„Keine Partei hat den Armen und Ausgegrenzten etwas mitzuteilen, mit Ausnahme vielleicht der Linkspartei, die ja selbst ein Produkt des Widerstandes gegen Agenda 2010 und Hartz-IV ist. Aber auch sie vermag den stummen Protest schon längst nicht mehr zu binden.“

Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im März 2006 betrug 44,2 Prozent – historischer Tiefstand für die Bundesrepublik. Dieses Ergebnis erzählt mehr über die soziale Spaltung des Landes und seine Folgen als alle parteipolitischen Programmpapiere zusammen. Wir sind Zeuge einer aufschlussreichen Merkwürdigkeit: Je offensichtlicher sich die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer teilt, desto mehr schließen die Parteien ihre Reihen. Sie erlauben kaum noch Abweichungen. Sie überlassen die Verlierer sich selbst – und Super Nanny auf RTL“ (Die Zeit, 19.10.2006, S. 5).

8. Europäischer Kontext: Armut und soziale Ausgrenzungen

Armut und deren Folgeerscheinungen sind kein nationales Problem, sondern sind vor allem wegen der supranationalen Einflüsse der EU auf die nationalstaatlichen Gestaltungsoptionen von großem Interesse. Denn trotz der noch großen Unterschiede in den wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystemen ähnelt sich der vorhandene Problemdruck: ökonomische Strukturkrisen, strukturelle Massenarbeitslosigkeit, demografische Entwicklungen, Folgen sich ändernder Erwerbs- und Familienbiographien etc. sind Umbruchmerkmale der europäischen Gesellschaften, in denen die „soziale Qualität“ Europas auf der Strecke zu bleiben droht, da sich die neoliberale Formierung als Rahmenphilosophie durchzusetzen beginnt.

Seit Mitte der siebziger Jahre widmet sich die EU der Bekämpfung von Armut mit unterschiedlichen Programmen, die in folgendem Phasenverlauf zu sehen und zu bewerten sind: Im ersten (1975-1980) und zweiten (1984-1988) Armutsbekämpfungsprogramm dominierten Armutsdefinitionen sowie ver-

gleichende Analysen politischer Maßnahmen gegen Armut. Erst im dritten Armutsprogramm (1989-1994) wurde der Fokus auf die ausschließlich finanzielle Betroffenheit relativiert und der mehrdimensionale Charakter der Armut hervorgehoben. Ins Zentrum sozialpolitischer Überlegungen europäischer Grundsatzdokumente und sozialpolitischer Strategien tritt – vor allem angeregt durch die französische Debatte um „exclusion sociale“ - die Ergänzung des Armutsverständnisses auf umfassende gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten, die neben einem gesicherten Ressourcenzugang auch politische Teilhabe und Partizipationschancen beinhalten. Diese Diskussion fand in der Zehn-Jahres-Strategie des Europäischen Rates in Lissabon seinen Niederschlag, die u.a. eine Stärkung des europäischen Sozialmodells und die Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung umfasst. Diese analytische Erweiterung des Armutsproblems im politischen Raum ist nicht folgenlos: Während sich „Armut“ primär auf einen materiellen Ressourcenmangel konzentriert, fokussiert der Ausgrenzungsdiskurs mehrdimensionale soziale Benachteiligungen und gesellschaftliche Gefährdungen. Damit richtet diese Position den Anspruch auf eine Gewährleistung sozialer Rechte, partizipativer Teilhabe und sozialer Integration. Zugleich liegt einer solchen mehrdimensionalen Betrachtung die Annahme sich gegenseitiger Verstärkungen sozialer Benachteiligungen zugrunde, nämlich als Ausschluß von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten. Mit dieser Perspektivverschiebung vom Ressourcenmangel zu Teilhabeaspekten ist der größte analytische Gewinn für die Betrachtung sozialer Benachteiligung gegeben. Einkommen ist somit nicht mehr der einzige Indikator für prekäre Lebenslagen. Neben Verteilungsaspekten findet die Analyse von Handlungsspielräumen immer mehr Beachtung, und die Notwendigkeit einer mehrdimensionalen und dynamischen Perspektive ist weitgehend zugrundegelegt (Glatzer/Hübinger 1990). Dabei verweist der Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ auf die Annahme, dass sich die Gesellschaft mehr und mehr polarisiert und auch die Befindlichkeit und Verunsicherung der sozialen Mittelschichten widerspiegelt. Dieser länderübergreifende Prozess von Ausschluss und Marginalisierung - definiert über die empirischen Befunde von relativer Einkommensarmut, Deprivation, mehrdimensionaler Unterversorgung, gesellschaftlicher Teilhabe und subjektiver Ausgrenzungserfahrung - kann als positiver Perspektivwechsel gesehen werden, ohne die größere Heterogenität der materiellen Ressourcenverteilung zwischen den Ländern der europäischen Union und im innergesellschaftlichen Vergleich aus den Augen zu verlieren. Vor allem die Bezieher von Niedrigeinkommen sind in allen Ländern von monetärer Unterversorgung betroffen, und damit mit einem hohen Deprivationsrisiko belastet (Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit, Alleinerziehende, kinderreiche Familien). Es lässt sich im europäischen Vergleich eindrucksvoll belegen, dass Ressourcenmangel mit geringer Teilhabe einhergeht (Petra Böhnke, 2002). Anomie und Ängste sind umso weiter verbreitet, je schlechter die materielle Ressourcenausstattung ist.

Trotz des notwendigen Verweises auf die Wirkungen supranationaler Rahmenbedingungen (Dienstleistungsvertrag etc.) ist Petra Böhnke (2002) in folgender Konsequenz zuzustimmen:

„Sozialen Ausgrenzungsprozessen wird dabei nicht mit einer länderübergreifenden Strategie zu begegnen sein; sie stehen im Gegenteil in enger Verbindung mit wohlfahrtsstaatlichen und nationalspezifischen Eigenheiten, mit dem allgemeinen Niveau an Lebensqualität in einem Land und den zur Verfügung stehenden Unterstützungsnetzwerken. Obwohl Desintegration, anomisches Verhalten sowohl individuelle Ängste und Sorgen mit Arbeitslosigkeit und Armut deutlich in Verbindung stehen, folgt ihr Ausmaß doch nicht proportional der Verbreitung derartiger struktureller Benachteiligungen, sondern wird maßgeblich von deren Relativität und vorhandenen Bewältigungsmustern in nationalen Kontexten bestimmt. Diese Erkenntnis gerät angesichts der enormen konzeptionellen Gestaltungsfunktion europäischer politischer Akteure auf dem Gebiet der Armutsberichterstattung etwas in Vergessenheit und ist doch maßgebliche Voraussetzung, um Ausgrenzungsrisiken in ihrer Entstehung zu begreifen und Maßnahmen zu ihrer Verhinderung vorantreiben zu können“ (S. 132).

L Psycho-soziale Konsequenzen neoliberaler gesellschaftlicher Transformationen: „Homo oeconomicus“ als tragfähiges Leitbild?

Die Antwort auf die Frage, wie der globalisierte Kapitalismus unsere Lebens- und Arbeitsformen in den Sphären der Produktion, Zirkulation und Konsumtion-/Reproduktion verändert, bedarf neben den be-

schriebenen strukturellen Veränderungen in Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft einer Erweiterung des Blickwinkels auf die psychosozialen Folgen dieses neuen Vergesellschaftungsprozesses, d.h. der Beschreibung der Signatur dieses gesellschaftlichen Umbruchs. Denn die **Prämisse** der Gesellschaftsdiagnose ist, dass die aktuellen strukturellen Veränderungen der Ökonomie, der Gesellschaft, der Kultur, der privaten Welten und der Identitäten der Subjekte einen fundamentalen Zeitenwechsel markieren, dem die gesamte Gesellschaftsformation unterworfen ist/wird. Bisherige Selbstverständnisse der hinter uns liegenden Epoche des fordischen Kapitalismus stehen zur Disposition.

War das Modell des „rheinischen Kapitalismus“ unter dem programmatischen Titel der „sozialen Marktwirtschaft“ auf eine Balance zwischen Kapital und Arbeit ausgerichtet, so ist die politische Stoßrichtung des **Neoliberalismus** gegen diese Korporationen gerichtet sowie gegen jede Form des „Kollektivismus“ und „Sozialismus“. Das **zentrale Paradigma** lautet: *„Liberalismus ist... das Gegenteil von Korporatismus: der Liberalismus setzt auf Wettbewerb, der Korporatismus meidet ihn“* (Hank, 2000:116). Der Neoliberalismus, dessen theoretische Basis dominant in den Wirtschaftswissenschaften zu suchen ist, definiert das **Menschenbild des „homo oeconomicus“** (in Anlehnung an Adam Smith) dergestalt, dass menschliches Handeln an „Eigenliebe“ und „Selbstinteresse“ orientiert ist. Der Soziologe W. Tönnies beschreibt das Menschenbild des „homo oeconomicus“ wie folgt:

„Keiner wird für den anderen etwas tun und leisten, keiner dem anderen etwas gönnen und geben wollen, es sei denn, um einer Gegenleistung willen, welche er denn um einer Gegenleistung willen, welche er dem Gegebenen wenigstens gleich achtet“ (zitiert nach Hadjar, 2004, S. 52).

Diese **neoliberale Anthropologie**, die „Wettbewerb“ und „Selektion“ unter den Prämissen des Marktes als Naturkonstante stilisiert, und in diesem Selbstverständnis „Sozialstaatlichkeit“, „Verteilungsgerechtigkeit“, „Unterstützung der Schwächeren durch die Starken“ negativ etikettiert und wirtschafts- und gesellschaftspolitisch als kontraproduktiv einstuft, verändert in diesem Selbstverständnis nicht nur den Grundkonsens in dieser Gesellschaft, sondern rückt gefährlich in die Nähe der Prämissen des Sozialdarwinismus. Danach ist „gerecht“, was der Markt hergibt:

„Hier sollte hervorgehoben werden, dass Gerechtigkeitsüberlegungen keine Rechtfertigung für eine Korrektur des Marktergebnisses abgeben, dass vielmehr die Gerechtigkeit (im Sinne der Behandlung nach gleichen Regeln) von jedem verlangt, das hinzunehmen, was ein Markt, in dem jeder Einzelne sich fair verhält, liefert“ (Hajek 1969; zit. n. Hank, 200, S. 98).

Und damit die Logik der gesellschaftlichen Ungleichheiten auch seine moralische Legitimation erhält, positioniert sich Hank (in bezug auf den Bildungssektor) wie folgt: „Die neue Ungleichheit belohnt Bildung und bestraft Unbildung“ (Hank, 2000: 61).

Dieses **anthropologisch stilisierte Konstrukt des „homo oeconomicus“** wird auf die Spitze getrieben, wenn der Nobelpreisträger für Ökonomie Gary S. Becker das Wesen des Menschen auf ein Nutzen maximierendes Verhalten reduziert:

„Sei es der Kinderwunsch, die Wartezeiten in Sprechzimmern oder ein Theaterbesuch, Kochen, Putzen und Essen, ja selbst Heiraten, so Becker, unterliege einer Kosten-Nutzen-Rechnung: ein Mensch heiratet, wenn der Nutzen, den er von der Heirat erwartet, die Nutzen übersteigt, den er sich vom Alleinleben oder von der weiteren Suche nach einem Partner verspricht. Ebenso beendet eine verheiratete Person die Ehe, wenn der antizipierte Nutzen des Alleinlebens oder einer Ehe mit einem anderen Partner den Nutzen übersteigt, der durch eine Trennung entsteht“ (Becker, 1982, zit. n. Baeriswyl, 200, S. 53f.).

Diese **Eindimensionalität des neoliberalen Leitbildes des „homo oeconomicus“** widerspricht nicht nur den Grundprämissen human- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern stellt eine kaum nachvollziehbare Reduktion des Menschen (auf den Erwerbstrieb) im Kontext der Zivilgesellschaften des 21. Jahrhunderts dar, mit dessen Implementierungskonsequenzen die Kooperationssubstanz der Gesellschaft unterminiert wird. Dass diese neoliberalen Grundprämissen im Widerspruch zur durchschnittlichen Alltagsbedürftigkeit stehen, beschreibt selbst der radikalste Vertreter des Neoliberalismus

M. Miegel (Direktor des Bonner Institutes für Wirtschaft und Gesellschaft), und definiert damit sehr anschaulich das neoliberale Zwangsmodell gegen die anthropologischen Grundbedürfnisse:

„Der Mensch neige von Natur aus zum Müßiggang, wolle sich nicht übermäßig anstrengen und hetzen lassen, würde am liebsten sein Leben lang im selben Beruf arbeiten, lege darauf Wert, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können und wünsche sich obendrein noch ausreichend Freizeit“ (Reheis, 2003, S. 287).

Weil diese Bedürfnisanmeldung im neoliberalen Zeitgeist nicht sein darf, sondern (permanent und strukturell angetrieben) einem dauerhaften Destruktionsprozess unterworfen wird (Wettbewerb, Konkurrenz, Kosten, Speed, Speed), sind die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit, Armut, prekärer Arbeitsverhältnisse nicht nur eine logische Konsequenz dieses kapitalistischen Grundprozesses, sondern werden auch noch mit all seinen psychosozialen Folgen hingenommen und legitimiert: Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit, Zerstörung/Beeinträchtigung längerfristiger Lebensplanung, Stress, Überforderung, soziale Spaltungen und Ausdifferenzierungen.

Während in Folge der 68er-Bewegung die gesellschaftlichen Verhältnisse als die primären Verursacher menschlichen Verhaltens definiert wurden, ist jetzt eine gravierende Prämissenverschiebung zu beobachten: „Jeder ist seines Glückes (oder Unglückes) Schmied“. Welche Entsprechung diese ideologische Reduktion schon in den gesellschaftlichen Verhältnissen gefunden hat, entzieht sich einer empirischen Basis, erhält jedoch als Programmatik einen ernstzunehmenden Stellenwert. Die Psychologie des „Shareholder Value“ hat seinen psychischen Pedant in der „Gier“. „Geiz ist geil“ mutiert zu einer gesellschaftlichen Programmatik im Konsumsektor, spiegelt die Grundbefindlichkeit des Marktsubjektes nach Teilhabe am kapitalistischen Verteilungsspiel in der Rationalität des „economic man“ (Nyssen 2003: 57ff) und reproduziert sich in der sozialen Kaskade:

„Das veränderte gesellschaftliche und betriebliche Klima wird in Form von Erwartungs- und Leistungsdruck von den Eltern an die Kinder weitergegeben... Durch die allseits geforderte Effizienzsteigerung von Schule, Berufsausbildung und Universität kommt es zu einer Dominanz von individualisierter Leistung gegenüber solidarischem Verhalten. Gewalt in Kindergärten und Schulen sowie Verlust von sozialem Engagement an Hochschulen (stattdessen: einseitige Ausrichtung auf eine reibungslose Karriere) auf der einen Seite und Zunahme von Süchten aller Art sind nach Jüngst zwei Seiten einer Medaille... Kersting befürchtet, dass der ‚ökonomische Imperialismus‘... in andere Lebensbereiche überschwappt, überaus schlechte Gewohnheiten erzeugt und die Moral verdirbt“. (M. Baberg: Psychosoziale Folgen neoliberaler Umstrukturierung der Gesellschaft, Fachhochschule Oldenburg, Fachbereich Sozialwesen, Emden, November 2004).

In einer empirischen Studie hat Hadjar (2004) die Auswirkungen der Ellenbogenmentalität untersucht, und eine Trendwende beobachtet, in der in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen und immer früheren Lebensaltern Konkurrenzbeziehungen dominieren, die mit der Messung von Dominanzideologien des kanadischen Soziologen John Hagan auf der Basis des Konzeptes des „Hierarchischen Selbstinteresses (Leistungsorientierung, Machiavellismus, Konkurrenzdenken und Individualismus) (in Hadjar 2004) einhergehen. Diese Ergebnisse unterstreichen, dass die neoliberale Vergesellschaftung grundlegende Veränderungen der zwischenmenschlichen Verkehrsformen zur Folge hat:

„Deutschland ist zu einer Neidgesellschaft geworden. Es wuchert der Neid der Besitzenden auf die Besitzlosen. Dabei könnte man auch am kleinen und so abseitigen Beispiel der Spargelstecher durchaus die großen Probleme von Hartz IV zu klären versuchen. Man müsste nur andere Fragen stellen.. Hartz IV ist ein Gesetz zu Lasten der bürgerlichen Mitte. Hartz IV betrifft jene Menschen, die einst über eine Eigentumswohnung und einen Zweitwagen verfügten und, wenn sie beides hatten und die Kinder groß waren, Urlaub auf den Malediven machten. Die sich für die Regeln des Sozialstaates schon deswegen nicht interessierten, weil sie einen sicheren und ordentlich bezahlten Beruf hatten. Die sich einst ihre Arbeit aussuchen konnten. Die sich nicht träumen ließen, je in ihrem Leben mit dem Arbeitsamt in Kontakt zu kommen...“

Es ist die Mittelschicht, die feststellen muss, dass plötzlich auch für sie selbst und nicht mehr nur für die anderen da unten die soziale Sicherheit, die Kontinuität und die Lebensplanung bedroht sind. Es ist die Mittelschicht und nicht die Unterschicht, die aus ihrer Interessenlage heraus gegen Hartz IV Sturm laufen müsste. Stattdessen wächst die Wut gegen die, denen es schlechter geht.

Solange der eigene Arbeitsplatz sicher war, solange der Reallohn jedes Jahr ein bisschen mehr wurde, solange auf den Mallorca-Urlaub die Reise an fernere Strände folgte, war es noch leichter, Mitgefühl mit den Armen zu haben. Die eigene Sicher-

heit machte den Blick frei für die Not der anderen. Die eigene Sicherheit und die daraus resultierende Selbstsicherheit erlaubte dem Bürgertum sogar die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle innerhalb der Gesellschaft, erlaubte ein Gespür dafür, dass es einen Zusammenhang zwischen dem eigenen Wohlergehen und der Not der anderen geben könnte. Und dass der Abstand womöglich doch nicht ausschließlich mit der eigenen Leistung zu erklären ist. Dort, wo die Selbstsicherheit in sich zusammenfällt, wo die Sicherheiten bröckeln, beginnen Menschen, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten – in der trügerischen Hoffnung, trotz heftigen Gegenwinds als Radfahrer noch vorwärts zu kommen“ (Stefan Geiger, Die auf der Arche: Nach uns die Sintflut. Stuttgarter Zeitung, 15. Juli 2006).

Den Transfer von Tugenden, Anforderungen und Qualifikationen aus dem Erwerbsleben in die privaten Sozialisationsinstanzen ist Richard Sennett in seinem Essay **„Der flexible Mensch“** nachgegangen. Stellenwechsel, Wohnungswechsel, Verlust persönlicher Beziehungen zu Nachbarn und Freunden, Schwinden von Loyalitäten, Aufgabe langfristiger Lebensplanungen charakterisieren einen Zustand des „Dahintreibens“ (**drift**), den Sennett charakterisiert als **„bleib in Bewegung, geh keine Bindungen ein, bring keine Opfer“** (29). Die mit diesem Grundzustand einhergehenden sozialen Desintegrations- und Mobilitätsprozesse des global mobilen und flexiblen Individuums entbehren des Gefühls der Kohärenz, der Verwurzelung und erfordern neue Charakterstrukturen des „flexiblen Menschen“, den Baberg (2004, 29) als **„proteische Persönlichkeit“** kennzeichnet.

„Diese Fragmentierung der Selbstbilder korrespondiert mit einer Vielzahl von inkohärenten und gegeneinander isolierten Beziehungen. Diese ziehen uns in diverse Richtungen und laden uns ein, so viele verschiedene Rollen zu spielen, dass das eigentliche Konzept eines authentischen Selbst mit erkennbaren Charakteristika aus dem Blick gerät“ (Rifkin 2000, S. 282).

Sennett (1998) liefert eine weniger optimistische Analyse gegenwärtiger struktureller Veränderungen in der Arbeitswelt. Nach seiner Sicht **„überschreitet der „neue Kapitalismus“ alle Grenzen, demontiert institutionelle Strukturen, in denen sich für die Beschäftigten Arbeitsplatzsicherheit, Berechenbarkeit und Berufserfahrung sedimentieren konnten.“** An diese Erfahrung relativer Sicherheit tritt die Erfahrung einer „Drift“: „langfristige Ordnungen“ transformieren sich zu einem „neuen Regime kurzfristiger Zeit“, in der es **„immer schwieriger wird, Identifikationen, Loyalitäten und Verpflichtungen aufzubauen und zu leben.“** Anstelle institutioneller Muster treten netzartige Strukturen. Die „Stärke schwacher Bindungen“ korrespondiert mit dem Anspruch auf grenzenlose und permanente Flexibilität, auf dessen Hintergrund „feste Charaktereigenschaften“ zunehmend dysfunktional werden. So entsteht der **Menschentyp des „flexiblen Menschen“**: ein „nachgiebiges Ich, eine Collage von Fragmenten, die sich ständig wandelt, sich immer neuen Erfahrungen öffnet – das sind die psychologischen Bedingungen, die der kurzfristigen, ungesicherten Arbeitserfahrung, flexiblen Institutionen, ständigen Risiken entsprechen“ (S. 182). Wir haben es heute offensichtlich mit einer **„fluiden Gesellschaft“** oder „liquid modernity“ (Baumann 2000) zu tun, in der alles Statische und Stabile zur Disposition steht. Die durchgängige Fluidität der neuen Vergesellschaftungsformen setzt bisherige gesellschaftliche Regulative zunehmend außer Kraft (Enttraditionalisierung, Wertewandel, tiefgreifende Individualisierung, explosive Pluralisierung, Auflösung von Bindungen und Loyalitäten, Flexibilität und Mobilität). Diese **strukturellen gesellschaftlichen Dynamiken** prägen zunehmend die objektiven Lebenszusammenhänge der Gesellschaft. Auf dieser Anforderungs- und neuen Sozialisationsbasis ist Lebenskohärenz immer schwieriger zu gewinnen. Sennett äussert erhebliche **„anthropologische Zweifel an der Möglichkeit dieses „flexiblen Menschen“.** Die wachsende Gemeinschaftssehnsucht interpretiert er als regressive Bewegung, eine „Mauer gegen eine feindliche Wirtschaftsordnung“ hochzuziehen (S. 190):

*„Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die **Sehnsucht der Menschen nach Verwurzelung** in einer Gemeinde. All die emotionalen Bindungen modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht: die Ungewissenheit der Flexibilität; das Fehlen von Vertrauen und Verpflichtung; die Oberflächlichkeit des Teamworks; und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts ‚aus sich machen zu können‘, das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen“ (S. 189 f.).*

Heiner Keupp (2004) geht seiner Analyse noch einen Schritt weiter und beschreibt seine Grundpositionen wie folgt:

„Das Leben in der Wissens-, Risiko, Zivil-, Einwanderungs-, Erlebnis- und Netzwerkgesellschaft verdichtet sich zu einer verallgemeinerbaren Grunderfahrung der Subjekte in den fortgeschrittenen Industrieländern. In einer „ontologischen Bodenlosigkeit“, einer radikalen Enttraditionalisierung, dem Verlust von unstrittig akzeptierten Lebenskonzepten, übernehmbaren Identitätsmustern und normativen Koordinaten. Subjekte erleben sich als Darsteller auf einer gesellschaftlichen Bühne, ohne dass ihnen fertige Drehbücher geliefert werden. Genau in dieser Grunderfahrung wird die Ambivalenz der aktuellen Lebensverhältnisse spürbar. Es klingt natürlich für Subjekte verheißungsvoll, wenn ihnen vermittelt wird, dass sie ihre Drehbücher selbst schreiben dürften, ein Stück eigenes Leben entwerfen, inszenieren und realisieren könnten. Die Voraussetzungen dafür, dass diese Chancen auch realisiert werden können, sind allerdings bedeutend. Die erforderlichen materiellen, sozialen und psychischen Ressourcen sind oft nicht vorhanden und dann wird die gesellschaftliche Notwendigkeit und Norm der Selbstgestaltung zu einer schwer erträglichen Aufgabe, der man sich gerne entziehen möchte. Die Aufforderung, sich selbst bewußt zu inszenieren, hat ohne den Zugang zu den Ressourcen, etwas zynisches...“

Rüdiger Safranski (2003) stellt mit dem Titel seines letzten Buches die Frage „Wie viel Globalisierung verträgt der Mensch?“ und dieser Frage wird man sich notwendigerweise stellen müssen, wenn man das aktuelle Spektrum identitätspolitischer Muster in den Blick nimmt. Allerdings stelle ich sie nicht philosophisch-anthropologisch, weil auf dieser Ebene die Antworten unzureichend essentialistisch ausfallen. Ich versuche eine sozialpsychologische Antwort und die formuliert die Frage anders: Wie gut sind Menschen auf eine global-gesellschaftliche Entwicklung vorbereitet, die die Selbstverständlichkeiten und Normalitäten ihres Alltags grundlegend in Frage stellt und welche Ressourcen bräuchten sie, um diese Veränderungen produktiv gestaltend und als Chance für neue Lebensentwürfe zu nutzen?

Ich sehe drei sozialpsychologisch unterscheidbare identitätspolitische Antwortmuster:

1. Die (irrationale Furcht) vor der Freiheit, die sich in regressiven Strategien Schutzmauern gegen Veränderungen errichtet.
2. Die (legitime) Sorge um das Eigene, die den Anspruch auf den eigenen Weg oder die eigene Heimat gegen eine globalisierte Vereinheitlichung aufrechterhält.
3. Die Chance kosmopolitisch-hybrider Selbstentwürfe, die genutzt wird, um sich produktiv gestaltend an einer zivil-gesellschaftlichen Perspektive der Globalisierung zu beteiligen“. (Heiner Keupp 2004, S. 12f).

Vor allem das erste Identitätsmuster weist nach Keupp Merkmale eines regressiven Angstmilieus auf, das nach Baumann (1999) in vier Dimensionen die gegenwärtige Ungewissheit charakterisiert: Die neue Weltordnung; die universelle Deregulierung; andere Sicherheitsnetze; essenzielle Unsicherheit und formbare Weichheit der Welt. Diese fundamentalen Verunsicherungen können nach Keupp eine Basis für Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus, Nationalismus, Sicherheit, Eindeutigkeit und Heimat bilden. Grundlegende Fragen nach den psychologischen Grenzen der „Freiheit“ und den spezifischen Verarbeitungsformen in unterschiedlichsten Milieus und sozialen Schichten sind nicht ausreichend empirisch argumentierbar, entziehen sich jedoch nicht dem Anspruch auf theoretische und historische Rekonstruktionen. Vor allem die Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer (2002-2007) unter dem Titel „Deutsche Zustände“ sensibilisieren für die mentalen Reaktionen auf die aktuelle soziokulturelle-politische Situation. Auffallend in dieser Untersuchung ist, dass die Abwehr- und Projektionsmuster (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Islamphobie, Etabliertenvorrechte, Sexismus) gepaart sind mit der Einschätzung, dass sich die eigene Lebenssituation verschlechtert hat. Gleichzeitig wächst das Gefühl, keinen Einfluss mehr nehmen zu können. Die Identitätsarbeit dieses beschriebenen Typs ist defensiv und will den „Container des Nationalstaates“ (Keupp) nicht verlassen. Dieses Potenzial der „Immobilien“ ist ja gerade jenes, das arbeitsmarkt- und sozialpolitisch bedingt strukturell wächst, und ein nicht zu übersehendes Reservoir politischer Radikalisierung darstellt. So entstehen „Widerstandsidentitäten“ (im Sinne von Castells), die eine Trennlinie für eigene kulturelle Entwicklungen, regionale Besonderheiten und soziale Standards bilden, denen nicht per se die Etikette „regressiv“ und damit „fortschrittsfeindlich“ angehängt werden kann. Es müssen Antworten gefunden werden, wie die Menschen auf die fundamentalen strukturellen Veränderungen globalisierter Gesellschaften reagieren können, die gekennzeichnet sind von

- tiefgreifenden kulturellen, politischen und ökonomischen Umbrüchen;
- Wertewandel und neuen Lebenskonzepten;
- Pluralisierung und Entstandardisierung familiärer Lebensmuster;
- wachsenden Disparitäten im Zugang der Menschen zu materiellen, sozialen und symbolischen Ressourcen, d.h.: der Zugang zu materiellen, kulturellen, sozialen und psychischen Ressourcen ist eine zentrale Voraussetzung für eine selbstbestimmte und gelingende Identitätsarbeit und authentischen Lebenssinn;
- zunehmender Migration und daraus resultierenden Erfahrungen kultureller Differenzen und Patchworkbeziehungen;
- wachsendem Einfluss der Medien etc.

Die jetzige Allianz von philobatischen Neigungen (Raeithel 1993, 64) und kapitalistischen Strukturen (Jüngst 2004) zur Charakterisierung der Besonderheiten amerikanischer Kultur wird nicht tragfähig sein, um die sich abbildenden Widersprüche noch zu integrieren. Birnbaum (2004, IV) beschreibt die dahinterstehende Ideologie wie folgt:

„Mit Fleiß und Arbeit kann jeder es in den USA zu etwas bringen, der Markt ist eine gottgegebene Institution. Das beinhaltet, dass man auf die, die es offenbar wegen eigener Charakterschwäche nicht geschafft haben, herunterblicken kann“

Wenn die instrumentellen Nützlichkeitsbeziehungen in den sozialen Interaktionen dominieren, die Pflege enger Beziehungen hinderlich und Authentizität dysfunktional wird, und die Ökonomisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen weiter um sich greift, transformiert sich die Kultur und gefährdet die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft. Das Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ ist das Äquivalent zur „Shareholder“-Kultur. Ausprägungen zum Philobatismus und zum „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) beschränken sich nicht auf die USA. Die sichtbare Transformation des rheinischen und asiatischen Kapitalismus in ihren Ausdrucksformen der Ich-AG's, des Selbstmarketing, einer expandierenden Selbstentfaltungsindustrie, der „Geiz ist geil-Mentalität“, der ‚Kleine-Mann-Teilhabe‘ an der Aktienspekulation sind sichtbare Zeichen dieses Transformationsprozesses. Wettbewerbsorientierung bei gleichzeitiger Destruierung des sozialen Zusammenhaltes durch Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung schwächen die sozialen Bindungskräfte und verändern den gesellschaftlichen Konsens. Tempo, Leistungsbereitschaft, Flexibilität und totale Verfügbarkeit für die Arbeit charakterisieren Anforderungen an einen neuen Typus der Lohnarbeiters, die als neue „Schlüsselqualifikationen“ zugleich ein hohes Maß gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und Selektivität bedingen:

„Der neue Kapitalismus nimmt Abschied von den alten hierarchischen Strukturen, der fordischen Arbeitsteilung mit der Stereotypisierung der Arbeitsvorgänge, den äußeren Zwängen und vorgeschriebenen Laufbahnordnungen, die bei aller Enge und Gewalttätigkeit Halt und Orientierung boten. Die Verantwortung für die nun notwendig werdenden ungeheuren Anpassungsleistungen wird zum Individuum verlagert; das Individuum muß flexibel auf wechselnde Anforderungen reagieren, sich immer neu justieren, sich umqualifizieren, um durch permanente Selbstveränderung und unbeschränkte Mobilität seine profitable Verwendbarkeit, seine employability, zu gewährleisten... Employability als Ziel eigenständiger Persönlichkeitsbildung, das ist die Benutzung des Emanzipationspathos der Moderne zum Zwecker radikalster Entfremdung... Nicht mehr die aktive Gestaltung des eigenen Lebens durch das Individuum gilt als Lebensideal, sondern die umfassende Selbstinstrumentalisierung für heteronome Zwecke, das Gebrauchtwerdenkönnen, ein Leben im Passiv... Der eigentliche Triumph des neoliberalen Selbstdressurprogramms bestünde darin, diese radikale Entfremdung tatsächlich als Gipfel menschlicher Autonomie erscheinen zu lassen und sie so akzeptabel zu machen. Darum wird die rastlose Anpassung des eigenen Selbst an die wechselnden Bedingungen seiner Verwertbarkeit von den Propheten des Neoliberalismus als Entfaltung der eigenen Persönlichkeit gefeiert, der Zwang zu exzessiver Mobilität als Befreiung aus provinzieller Enge und Abhängigkeit, die uferlose Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Job-Hopperei als Überwindung nervtötender Routine.“

(Johanno Strasser 2000, zit. n. Heiner Keupp, Zwischen Gemeinsinn und Selbstsorge. Soziokultur in der Gesellschaft der ‚Ichlinge‘, in: http://www.soziokultur.de/lagnw/_seiten/keupp.htm).

„Die Zeit
flieht.
Der Mensch
Muß sie
einfangen.
Er ist
ein Jäger der Zeit.

Würde der Mensch
etwas langsamer laufen,
könnte er feststellen,
dass
auch die Zeit
etwas langsamer flieht.

Doch er läuft
nicht langsamer,
eher schneller,
denn er ist
ein moderner Mensch.
Moderne Menschen sind
Jäger der Zeit.

Oder die Gejagten“

(in: Schwarzenwald/Gerdt: Lebe den Augenblick, Herder Freiburg).

Es kann die plausible Prämisse formuliert werden, dass sich der gesellschaftliche Strukturwandel nicht auf die äußeren materiellen Bedingungen menschlicher Existenz beschränkt, sondern die Einsichten von Max Weber, Norbert Elias oder Erich Fromm und Richardt Sennett („The corrosion of character“, 1998) nährt, dass jede Epoche ihren neuen Sozialcharakter hervorbringt, und diejenigen gefährdet und demontiert, die den neuen Anforderungen in Organisationen und Gesellschaft nicht mehr entsprechen wollen oder können, und eine spezifische Irritation hinterlassen:

„Dass die Nation immer weniger jene gestalterische Kraft aufbringt, die notwendig ist, um sie als echte Bezugsgröße von Wir-Identität auszuweisen, scheint unbestreitbar. Als Wohlfahrtsstaat, als Rechtsstaat, als Kulturnation haben viele moderne Nationalstaaten nicht mehr jene Bindungskraft, die ihre Bürger zu Patrioten vereinen könnte, die zu Altruismus im nationalen Rahmen bereit sind. Die kläglich versandete Diskussion um eine deutsche Leitkultur ist nur ein Zeichen dafür. Die Wir-Identität als Nationalbürger ist längst brüchig geworden, der Individualismus, die Ich-Identität heute so stark wie nie. Von einem allgemein kosmopolitischen Bewusstsein, mit der Welt als Bezugsgröße, mithin einer Wir-Identität, die der Globalisierung angemessen wäre, ist allerdings wenig zu spüren. Damit befinden wir uns, moralisch gesehen, in einer Zwickmühle. Entweder wir verharren in einem Zustand, der unseren Blick weitgehend auf den Nationalstaat fokussiert, ohne dass dort die Entscheidungen getroffen würden, die uns betreffen und die wir beeinflussen könnten, oder wir entwickeln unsere Wir-Identität weiter, so dass sie tatsächlich den ganzen Globus zur Bezugsgröße nimmt, dann aber so schwach wird, dass niemand mehr zu Opfern für diese abstrakte und ferne Gemeinschaft bereit ist. Der vollendet egoistische Kosmopolit, das bindingslos durch die Welt jettende Individuum, der Ich-starke Weltbürger, nur noch am Glück und Fortkommen interessiert, ist die moralische Bedrohung der Globalisierung“ (Klaus Goergen: Globalisierung und Moral, Vortrag im Rahmen des Fachverbandes Ethik/LV Baden-Württemberg in Esslingen, 3.5.2002, S. 4).

Prinzip Hoffnung? Einer der interessantesten Analytiker der Gegenwartsgesellschaften M. Castells (der in einer großangelegten Analyse die gesellschaftlichen Transformationen der Weltgesellschaft in den Blick genommen hat), rückt die elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten ins Zentrum seiner Globalisierungstheorie und verbindet mit diesem Trend das Entstehen einer „network society“ (so der Titel des ersten Bandes der Castell'schen Triologie), die nicht nur weltumspannende Kapitalverflechtungen, Produktions- und Dienstleistungsprozesse ermöglichen, sondern auch kulturelle Codes und Werte globalisieren, und zugleich eine strukturelle Basis für eine neue Vergesellschaftungsform schafft. Für Castells bedeutet die Netzwerksgesellschaft „einen qualitativen Wandel in der gesellschaftlichen Erfahrung“ (1996: 477). Die Konsequenzen dieser Netzwerksgesellschaft „breiten sich über

den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben (Castells 1991: 138).“

Eine „Versöhnung von Rationalität und Emotionalität“ (Neil Postmann 1999) als ein Prozess der „zweiten Aufklärung“ steht auf der Tagesordnung und nährt sich vom „Prinzip Hoffnung“, dass der in den 90er Jahren aufgesetzte Trend zu einem egozentrischen Individualismus keine gesellschaftliche Sackgasse bedeuten muß. Es ist zu prüfen, ob alternative Gesellschaftsentwürfe („Zivilgesellschaft“, „öko-soziale Marktwirtschaft“ etc.) eine tragfähige Basis bilden können, und ob das objektive und subjektive Potenzial für diesen notwendigen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel vorhanden ist. „Bürgerschaftliches Engagement“ als Schnittmenge des Gemeinwohl- und Demokratiediskurses, des Diskurses sozialer Sicherung und des Tätigkeitsdiskurses fokussiert ein gesellschaftliches Potenzial etablierter Sozial- und Bildungsschichten, das Keupp (2004) mit folgender These umschreibt und Grundlage späterer Analyse sein soll:

„Ein tiefgreifender Wertewandel hat die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erfasst. Selbstentfaltungswerte gewinnen und traditionelle Pflichtwerte verlieren an Bedeutung. Diese Entwicklung wird oft als Tendenz zum Egoismus missverstanden. Es ist vielmehr eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative, Eigensinn und Selbstsorge, die eine wichtige Quelle bürgerschaftlichen Engagements darstellt...

Nun zeigen die entsprechenden Studien, dass das moderne Subjekt keineswegs ein ‚Einsiedlerkrebs‘ geworden ist, sondern im Durchschnitt ein größeres Netz eigeninitiiert sozialer Beziehungen aufweist, als es seine Vorläufergenerationen hatten: Freundeskreise, Nachbarschaftsaktivitäten, Interessengemeinschaften, Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen. Es zeigt sich nur zunehmend auch, dass soziökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen offensichtlich besondere Defizite aufweisen bei dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiativen Beziehungsarbeit. Die sozialen Netzwerke von ArbeiterInnen z.B. sind in den Nachkriegsjahrzehnten immer kleiner geworden. Von den engmaschigen und solidarischen Netzwerken der Arbeiterfamilien, wie sie noch in den 50er Jahren in einer Reihe klassischer Studien aufgezeigt wurden und in der Studentenbewegung teilweise romantisch überhöht wurden, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das ‚Eremitenklima‘ ist am ehesten hier zur Realität geworden. Unser ‚soziales Kapital‘, die sozialen Ressourcen, sind ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt zu unserem Zugang zu ‚ökonomischem Kapital‘ (S. 18).

Unter der Prämisse „Raus aus dem Hamsterrad“ entziehen sich immer mehr „Leistungsträger“ dem wachsenden Druck in der Arbeitswelt und der zunehmenden Sinnkrise. Unter dem Titel „Downshifting“ formiert sich (aus den USA kommend) zunehmend auch in Europa eine Bewegung, die entlang der Philosophie „Wer weniger arbeitet, lebt besser“ eine Abstimmung mit „den Füßen“ repräsentiert. Der Boykott gegen die Anforderungen eines immer mehr gesteigerten Arbeitstempos, der Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit und dem Diktat chronisch gepredigter Flexibilität repräsentiert einen Gegentrend, der nicht mehr wegzureden und deswegen von Bedeutung ist, weil sich zunehmend qualifizierte Leistungsträger diesem Modell der „Moderne“ verweigern. Sie fahren zugunsten einer anderen Lebensqualität die Arbeitszeit herunter, reduzieren/verändern ihre Ansprüche auf Beförderung und Berufsziele und entziehen sich einem Überstundentrott. Das Motto „Weniger arbeiten, mehr leben“ („Simplify your life“) füllt die Bestsellerlisten und repräsentiert ein gutes Stück einer wachsenden Akzeptanz- und Legitimationskrise des kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsmodells vorliegender Diktion.

Die Bestimmung von aktuellen Bildungszielen und Schlüsselqualifikationen zur Reproduktion des „Gemeinwohls“ ist mehr als die Summe betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Kalkulationen und wird von Negt (1998) mit den Anforderungen auf fünf Schlüsselqualifikationen argumentierbar:

1. Identitätskompetenz: Aufgeklärte Umgangsweise mit bedrohter und gebrochener Identität.
2. Technologische Kompetenz: Gesellschaftliche Wirkungen begreifen und Entscheidungsvormögen entwickeln.
3. Ökologische Kompetenz: Pflegerischer Umgang mit Menschen, der Natur und den Dingen.
4. Gerechtigkeitskompetenz: Sensibilität für Enteignungserfahrungen, Wahrnehmungsfähigkeit für Recht und Unrecht, für Gleichheit und Ungleichheit.

5. Zivilgesellschaftliche Kompetenz: Sich aktiv in die Gestaltung des Politischen und Sozialen einmischen.

1. Modell menschlichen Verhaltens

Es ist der genuine Gegenstandsbereich der Sozialisationsforschung, die Vermittlung von Individuum und Gesellschaft zu begründen, da der Verlauf der Individualentwicklung von den Anforderungen und Normen der Gesellschaft geprägt ist:

„Sozialisationsforschung, die nicht naiv verfahren will, muß aber die Abhängigkeit und Geformtheit des ontogenetischen Sozialisationsprozesses und der unmittelbar auf ihn einwirkenden Institutionen von der übergreifenden gesamtgesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Struktur theoretisch berücksichtigen und rekonstruieren.“ (Ottomeyer 1980, S. 161).

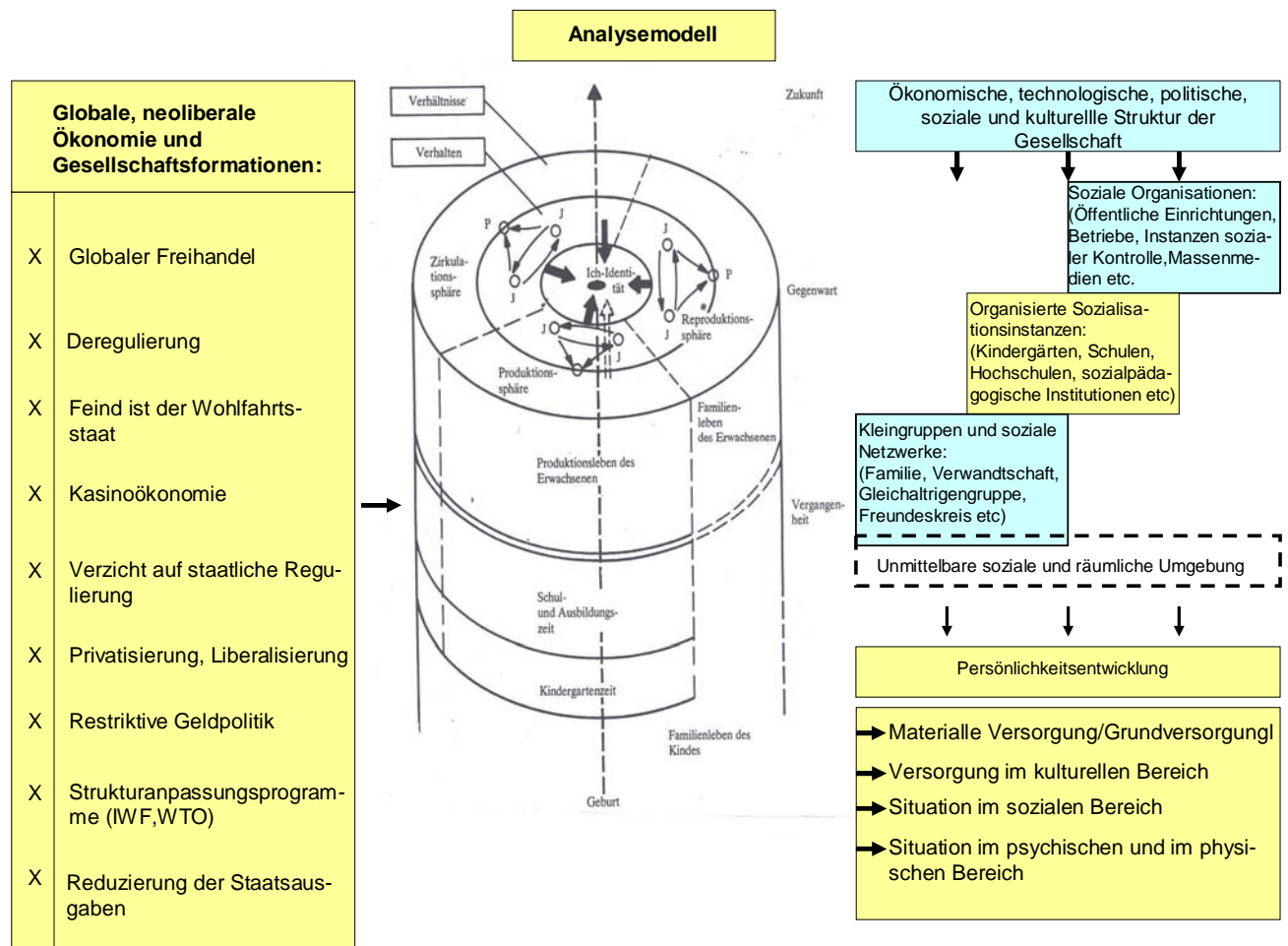
Die zentrale Frage nach den Bedingungen der Identitätsbildung heranwachsender Generationen in historisch spezifischen Kontexten muß auf dem Hintergrund eines Modells des menschlichen Verhaltens in gesellschaftlichen Verhältnissen abbildbar sein, um einem individualistischen oder funktionalistischen Reduktionismus entgegenzuwirken. Diese „Dialektik von Verhältnissen und Verhalten“ hat Ottomeyer in einer noch bestehenden Gültigkeit beschrieben, und soll deswegen Grundlage einer erweiterten Modellkonstruktion werden, in die ich die Prämissen der neoliberalen Globalisierungskonzeption einordnen werde (siehe Grafik S. 348).

Der Position Ottomeyers, dass sich jede Theorie der Sozialisation oder Vergesellschaftung dem Anspruch stellen muß, das Problem der Vermittlung beider Reproduktionsprozesse (der des kapitalistischen Systems und des Individuums) zu integrieren, wird mit der Marxschen Kategorie der „Charaktermaske“ beschrieben. Die „Charaktermaske“ bildet ein Gefüge zwingender Verhaltensanforderungen, „denen die Individuen bei Strafe ihres Untergangs in der Konkurrenz nachkommen müssen“ Diese schon von Fromm beschriebene Vorstellung einer „sozialen Selektion“ von Verhaltenseigenschaften und „Sozialcharakteren“ verweist auf den „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx, MEW 23, S. 765) und grenzt sich von der Rollentheorie ab:

„Die Charaktermaske des privat-egoistischen Warenbesitzers dominiert in der Sphäre der Zirkulation; die Charaktermaske des entfremdeten, aber gleichwohl noch kooperierenden Lohnarbeiters dominiert in der Sphäre der Produktion; und die Charaktermaske des konsumierenden, die verschlissene Arbeitskraft reproduzierenden und kompensierenden Arbeiters und Familienmitglieds dominiert die Sphäre der Konsumtion. Das Alltagsleben ist systematisch in Stücke gerissen, die das Individuum in seiner Identität wieder zusammenzufügen hat. In jedem dieser Stücke wird die triadische Struktur identitätsbildender menschlicher Praxis in ihrer Einheit von sachlich-gegenständlichem und zwischenmenschlichem Bezug auf verschiedene Weise gebrochen“ (Ottomeyer 1980, S. 167).

Eine Abgrenzung gegenüber Vertretern des „soziologischen Objektivismus“ (Durkheim, Berger&Luckmann), den Positionen der „Frankfurter Schule“ (Verfahren einer rein negativen Bestimmung von Subjektivität als Konsequenz der Rekonstruktion ihrer gesellschaftlichen Deformation; Tendenz zur Totalisierung der Entfremdung; Trennung von Arbeit und Interaktion bei Habermas), und reduktionistischen Konstruktionen zur Begründung einer historisch-materialistischen Theorie des Subjekts (Brückner, Vinnai, Duhm, Schneider) ist die Grundlage für Ottomeyers Prämisse, dass nicht „alle Katzen grau sind“:

„Die Formbestimmtheit eines Gegenstandes oder einer Sozialbeziehung durch die ökonomischen Verhältnisse, in die sie eingebettet sind, muß nicht bedeuten, dass ihre Struktur der der Verhältnisse eindeutig analog ist“ (S.172).



Entwurf LUDWIG

Ottomeyer entscheidet sich im Rekonstruktionsprozess der Identitätsbildung durch gesellschaftliche Verhältnisse dafür, die sozialisierenden und identitätsformende Wirkung der kapitalistischen Ökonomie im Alltagserleben der Erwachsenen zu beginnen, bevor die Einbettung der ontogenetischen Sozialisations- und Identitätsbildungsprozesse untersucht wird. Die Gliederung des sozio-ökonomischen Reproduktionsprozesses beinhaltet die Sphären der Zirkulation, Produktion und Konsumtion (bzw. individuelle Reproduktion). Ist in der Zirkulationssphäre die Ware das Medium der Interaktion und Identitätskonstitution, so definiert sich die „Ware Arbeitskraft“ in der Produktionssphäre wie folgt:

„Um ein bestimmtes Lohnresultat seiner Arbeit zu erreichen, welches das einzige und abstrakte Produkt unter seiner Kontrolle verbleibt, muß der Lohnarbeiter sich selbst, seine Kräfte und Fähigkeiten instrumentalisieren. Seine eigene produktive Tätigkeit wird nun zum bloßen Mittel für Ziele, die außerhalb in der Späre der individuellen Reproduktion und Konsumtion liegen. Die Fähigkeit zu einer isolierten und zähen Selbstinstrumentalisierung unter der Dominanz von reproduktiven und Lohninteressen ist ein zentrales Erfordernis der Identitätsbildung von Lohnarbeitern. Dazu gehört auch die Fähigkeit, sich zumindestens temporär in eine monotone und abstrakte Raum- und Zeiterfahrung zu begeben, von der man weiß, dass sie tendenziell identitätsauflösend wirkt“ (S.180).

Zu dieser Rolle ‚des‘ Lohnarbeiters gehört eine ständige Gefährdung durch wachsenden Kosten- und Effizienzdruck, Arbeitsteilung (Kopf- und Handarbeit), laufende Dequalifizierungen, Polarisierungen von Qualifikationen, wachsende Ansprüche an Mobilität und Flexibilität und schließlich die kollektive Existenzbedrohung durch ‚Freisetzungen‘ im Kontext des neoliberalen Transformationsprozesses, in dem es immer schwerer wird, eine stabile Identitäts- und Existenzbalance zu finden.

In der Modellkonstruktion repräsentiert der innere Kreis den Reproduktionsprozess der Individuen im Kontext ihrer erfahrbaren Alltagstätigkeit, während der äußere Ring den Reproduktionsprozess der kapitalistischen Ökonomie (die Verhältnisse) abbildet. Hiernach wird jede der triadischen Strukturen durch die Ökonomie gebrochen und bestimmt. Das vorliegende Modell der horizontalen und vertikalen Identitätsbildung bezog sich noch weitgehend auf die kapitalistische Gesellschaft im Allgemeinen, und muß durch die Untersuchung des historischen Trends der neoliberalen „Globalisierung“ aktualisiert werden. Denn die Brüche und Umbrüche in der ökonomischen Sphäre sind in der Reproduktionssphäre immer schwerer auszugleichen, und steigern das gesellschaftliche Potenzial misslingender Sozialisationsprozesse und die Bewältigung von Lebenslagen. Die großen Gesellschaftsdiagnostiker der Gegenwart sind sich in ihrem Urteil relativ einig, dass die aktuellen und gesellschaftlichen Umbrüche in der Ökonomie, in der Gesellschaft, in der Kultur, in der Privatheit und der Identität der Subjekte massive Wirkungen hinterlassen.

Die Verbindungslinien zum sozialisationstheoretischen Paradigma und Analysemodell sind hier gegeben, da es das Anliegen der Sozialisationsforschung ist, sich als integrierte Gesellschafts- und Interaktionstheorie (Hurrelmann 1976) zu verstehen. Dieser Ansatz ist geprägt von der Verknüpfung gesellschaftlicher Strukturdimensionen (ökonomischer, politischer, kultureller, ökologischer) mit Prozessen sozialisatorischer Interaktionen in verschiedenen Sozialisationsinstanzen. Die zentrale Prämisse ist, dass sich die Persönlichkeit des Menschen in keiner Phase ihrer Genese gesellschaftsfrei herausbildet und deswegen nur auf der Basis der historisch aktuellen Lage sinnvoll analysierbar ist:

„Grundprämisse unseres Modells ist die ...formulierte These, dass sich die menschliche Persönlichkeit in keiner ihrer Merkmale gesellschaftsfrei herausbildet, sondern stets einer konkreten Lebenswelt, die gesellschaftlich historisch vermittelt ist. Die physisch-psychischen Grundbegebenheiten für die Entwicklung des Menschen... folgen zum Teil ihren eigenen immanenten Gesetzmäßigkeiten, doch sind diese Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlich (mit)konstituiert und sozial überformt... die gesellschaftlichen Setzungen überlagern die physisch-psychischen Entwicklungskomponenten... Ein Strukturmodell der Sozialisationsbedingungen muß... von den unmittelbaren situativen sozialen und räumlichen Umweltkonstellationen ausgehen. Diese sozioökologische ‚Lebenswelt‘ wird ihrerseits durch verschiedene soziale Institutionen und durch die allgemeine ökonomische, technologische, politische, soziale und kulturelle Formation des gegebenen historisch gewachsenen Gesellschaftssystems konstituiert und strukturiert“ (Geulen/Hurrelmann 1980, S. 64).

Sozialisation als einen historisch konkreten Vergesellschaftungsprozess zu begreifen ist der Anspruch, bei dessen Rekonstruktionen

- die methodischen und konzeptionellen Fehler der soziologischen Schichtungsmodelle nicht reproduziert werden dürfen;
- keine Schemata unmittelbarer Wirkungen zwischen den einzelnen Aggregatebenen hergestellt werden;
- es keinen Subjekt-System Widerspruch gibt;
- gesellschaftspolitisch geleitete Erkenntnisprozesse grundlegend sind;
- der anspruchsvollen Forderung nachgegangen wird, eine Sozialisationstheorie als integrierte Gesellschafts- und Interaktionstheorie (Hurrelmann) zu unterlegen.

„Die Erkenntnisabsicht soziostruktureller Sozialisationsforschung geht dabei weit über das hinaus, was in diesem Beitrag behandelt werden soll. Die Auswirkungen einer Strukturdimension industrieller Gesellschaften, der sozialen Ungleichheitsstruktur, auf Struktur und Prozeß familialer Sozialisation. Diese Forschungsrichtung ist zunächst hinlänglich genau mit der sog. ‚schichtenspezifischen‘ Sozialisationsforschung bezeichnet. Ihr Verdienst ist es, Auswirkungen der im Schichtenkontext nur sehr unzulänglich erfassten objektiven Lage einer Familie im gesellschaftlichen Ungleichheitsgefüge auf verschiedenen Dimensionen des familialen Sozialisationsprozesses nachgewiesen – und sehr bedingt – letzteren wiederum als Ursachenzusammenhang für unterschiedliche Persönlichkeitseigenschaften und Fähigkeiten des Kindes aufgezeigt zu haben. Stark vereinfacht lautet ihre zentrale Erkenntnis: Mit abnehmender Stellung einer Familie im System gesellschaftlicher Ungleichheiten ist diese in ihrer Wirkung sich kumulativ verstärkenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Benachteiligungen und Belastungen ausgesetzt, die sich auf die Prozesse sozialisatorischer Interaktion auf der Familienebene und auf die Qualität räumlich-sächlicher Objektwelt derart auswirken, dass eine optimale Entwicklung emotionaler, sozialer,

motivationaler, sprachlicher und kognitiver Kompetenzen der Kinder zunehmend unwahrscheinlich wird. Damit scheint es dieser Forschungsrichtung gelungen, eine Ursachenkette für die bedrückende Tatsache der Perpetuierung sozialer Ungleichheitsstrukturen in entwickelten Industriegesellschaften trotz formaler Gleichheit individueller Entfaltungschancen vom Dunkel ins Dämmerlicht befördert zu haben“ (Steinkamp 1980, S. 254).

2. Armut und Verarmung und psychosoziale Repräsentanz

Unterschiedlichste Debatten im Kontext von „Globalisierung“, Grenzen des Sozialstaates, gesellschaftlichen Polarisierungen, Unsicherheiten bis in die Mittelschichten, Marginalisierung und Exklusion haben nicht nur einen „neuen Armutsdiskurs“ ausgelöst, sondern auch auf mögliche (trendstabile) psychosoziale und gesellschaftspolitische Folgewirkungen hingewiesen. Das sich verschärfende Spannungsfeld wachsender Prekariatspotenziale (mit einem signifikanten „Unterschichten“-Fokus) und Schnittstellen zu einem absteigenden und verunsicherten Mittelschichtspotenzial wirft die plausible Frage auf, ob das historische Dreieck der Dispositionen von autoritärem Staat, autoritärer Ökonomie und autoritärer Persönlichkeit (klassische Autoritätsstudien: Adorno/Horkheimer, Fromm, Reich etc.) für die heutigen Vergesellschaftungsprozesse weiterhin einen Erklärungswert für die aktuelle sozialpsychologische und gesellschaftspolitische Dynamik haben kann. Denn unter der sichtbaren Preisgabe des bisherigen Stabilitätsvierecks Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Exportgleichgewicht sind diese Fragen über individuelle und kollektive Stabilitätsannahmen dringend zu stellen und zu beantworten:

„Moderne soziologische Studien unterstreichen die komplexe Strukturierung der Armut und vor allem der Verarmungsprozesse. Wenn (Lohn-)Arbeit verschwindet, wenn Chancen ausbleiben und Potenziale keine Nachfrage mehr finden, nicht mehr akzeptiert werden, dann nimmt Enttäuschung zu, lebt man im Getto der Unterklasse oder verliert in Netzen von Enttäuschten Opportunitäten aus den Augen: Diese Verschränkungen mit ihren verschiedenen Ausformungen bezüglich Armut und Verarmung rücken ins Forschungszentrum. Betont werden die Spaltung der Gesellschaft und der Ausschluss aus der dominanten Deutung des Sozialen. Das Zusammenspiel aus Struktur und Deutung bereichert. Alles wird komplexer: Selbst mit der guten Ressource Bildungskapital kann man sich angesichts flexibler Arbeitsverhältnisse und einer Abfolge von ‚Jobs‘ und Praktika dennoch bedrängt fühlen und Furcht vor kommender Armut haben; trotz misslicher Lebensverhältnisse kann man sich in der Gesellschaft aufgenommen fühlen, wenn man seine Ressourcen als stabil und akzeptiert erfährt. Maßgeblich sind also Chancenzurechnungen und Ressourcenbewertungen...

Flexibilisierung, ‚Drifting‘, ‚Patchwork‘-Biografie, passage, ‚time-spacecompression‘, Globalisierung (bzw. Glokalisierung) sind Stichworte, die einen rapiden Wandel anzeigen, der sozioökonomische und sozialpsychologische Begründungen aufweicht und Orientierung zum täglichen Geschäft werden lässt. Zu den Strukturmerkmalen der Armut und den Ausdifferenzierungen der Klassen, Geschlechter, Regionen, Kulturen, Ethnien und Religionen kommen objektiv gegebene wie subjektiv empfundene Unsicherheiten hinzu. Die Einschätzung einer Lage als prekär, als unsicher und verarmungsträchtig wird selbst für teilprivilegierte Gruppen Studenten und ehemals privilegierte Berufe wie Banker und Journalisten wahrscheinlicher. Armut wird unten bleibender, aber auch in der Mitte erfahrbarer, sie ist da und rückt näher. Die ‚nivellierte Mittelstandsgesellschaft‘ des ‚Wirtschaftswunders‘ ebenso wie die feste Einteilung in ein Drittel Armut und zwei Drittel Mitte und Reichtum ist perdu. Ebenso ist eine automatische Sinngabe qua Bildung obsolet geworden. Vielmehr unterscheiden neuere Beiträge zwischen der Verfestigung einer neuen Unterklasse der Gelegenheitsarbeiter und Niedriglohneempfänger und ‚wachsenden Spannungen in der Mittelschicht‘. Die Mitte spaltet sich in gesicherte und prekäre ‚Wohlstandspositionen‘, teilweise bereitet sich wegen der befürchteten Verarmung ‚Statuspanik‘ aus. Diesen zwei Gruppen steht die ‚zunehmende Abkopplung der Oberklassen‘ gegenüber... Prekäres findet parallel zum Verlust an Zukunft Eingang in sozioökonomische Lagen“

(Eike Hennig: Von Unterschichten und Leistungsindividualisten. Neue Formen der Armut und Verarmung, in: <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune06-06/ahennig.htm>, 14.3.2007, S. 4-5).

Auf diesem sozioökonomischen Hintergrund ist die Erforschung der Deutungsmuster einer „Gesellschaft im Reformprozess“ (Wilhelm Heitmeyer) über die Dialektik der Zentrifugalkräfte einer „Konfliktgesellschaft“ (Genese rechtsextremer und ethnozentrischer Einstellungen) von außerordentlichem Interesse für relevante sozialpsychologische Entwicklungslinien von Gesellschaftsformen im Umbruch und deren riskanten Entwicklungsprozessen („gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Einflusslosigkeit und Verstärkung, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Zunahme sozial bedingter Ängste, Nichtwählen, Parteien-

verdruss etc.). Denn die zunehmenden Belastungsstrukturen durch den globalisierungsinduzierten „Wandel in der Arbeitswelt“ finden einerseits einen immer ausgeprägteren Ausdruck in dem wachsenden Anteil (psychisch und stressbedingt) von Krankheitsausfällen (laut aktueller Statistiken der Rentenversicherer sind seelische Erkrankungen die häufigste Ursache von Berufsunfähigkeit und Frühverrentung – in: Die Zeit, 13.9.2007: 72), und produzieren auch problematische und bekannte Entlastungsmechanismen, die als genuiner Gegenstandsbereich der Sozialpsychologie einzuordnen sind.

3. Sozialstudie „Deutsche Zustände“ (W. Heitmeyer)

Die aktuellen repräsentativen Ergebnisse des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Heitmeyer) sind insofern für meine Analyse von Bedeutung, als sie einerseits die zunehmende soziale gesellschaftliche Polarisierung aufzeigen und bestätigen, andererseits verdeutlichen, dass dieser Prozess stark im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist und auf eine breite Ablehnung stößt. Zugleich wird die wachsende Furcht sozialer Mittelschichten vor dem sozialen Absturz und deren psycho-sozialen Verarbeitungsprozess deutlich. Entgegen dem Mainstream der soziologischen Ungleichheitsforschung positioniert das Team von Heitmeyer die zentrale Erkenntnis, „*dass die traditionellen vertikalen Ungleichheitsstrukturen nach wie vor relevant sind.*“ (S. 40). Dabei lässt sich sowohl auf der Basis des „Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung“ als auch einer Studie der Unternehmensberatung Cap Gemini Ernst & Young sowohl eine Unterschätzung des Privatvermögens Wohlhabender als auch eine enorme Umverteilung des Privatvermögens von „unten nach oben“ in den letzten 10 Jahren belegen – mit der Konsequenz der Zunahme gesellschaftlicher Armuts- und Sozialhilfepotenziale. Die schon vorhandenen deutlichen Polarisierungstendenzen in der Verteilung von „unten nach oben“ haben sich danach gravierend zugespitzt.

Das Spannungsfeld zwischen einer breiten Linkswendung in breiten Bevölkerungsteilen gegen die kapitalistische Entwicklungsdynamik und die Zunahme feindseliger Einstellungen gegenüber Ausländern, sozialen Minderheiten und Randgruppen ist hierbei von besonderer Bedeutung. Von Interesse ist, dass die Zunahme wirtschaftlicher und existentieller Unsicherheit nicht individueller Verantwortung zugeschrieben, sondern als eine Konsequenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems identifiziert wird:

„Soziale Spaltungen können in sozialen Spannungen zwischen Arm und Reich transformiert werden und nehmen im Bewusstsein der Bürger eine zentrale Stellung ein.“ (S. 54).

In den befragten Items der Untersuchung ergeben sich folgende Tendenzen:

- „Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer“.
- „In Deutschland werden immer mehr Menschen an den Rand gedrängt“.
- „Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik“.
- „Gegen soziale Missstände wird in Deutschland zu wenig protestiert“.

Hierbei zeigt sich (bei aller Unterschiedlichkeit in den Einzel-Items), dass sich die Mehrheit in der repräsentativ befragten Bevölkerung gegen die soziale Spaltung in der Gesellschaft ausspricht.

Obwohl, so Heitmeyer, „eine kritische Haltung gegenüber der Gesellschaft infolge der bestehenden Ungleichheitsstrukturen nicht oder nur marginal zu einer Erhöhung menschenfeindlicher Auffassungen führt“ (S. 65), lässt sich nicht übersehen, dass seit vier Jahren in Deutschland die Fremdenfeindlichkeit kontinuierlich ansteigt, und dieses nicht nur an den sozialen Rändern. Wo in einer Gesellschaft der Krise Gefühle der Machtlosigkeit und Orientierungslosigkeit und die Ängste vor sozialem Abstieg zunehmen, und sich dieses auch tatsächlich für immer mehr Menschen in Erfahrung umsetzt, zeigen sich zunehmend „Verstörungen“, „Desintegrationsängste“ und negative Zukunftsprojektionen.

Die solchermaßen in der Sozialpsychologie (Adorno, Horkheimer, Fromm etc.) bekannte Bereitschaft zu Negativprojektionen gegenüber den „Schwachen“ und „Fremden“ artikuliert sich im Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Dass in diesem Prozess der zunehmenden gesellschaftlichen Bedrohung und gesellschaftlichen Desintegration „Personen in mittlerer Soziallage“ eine verstärkte Ablehnung gegenüber „Ausländern“ zeigen, ja, dass die politische Mitte sich in Sachen Rassismus, Antisemitismus und Hass auf Obdachlose nicht wesentlich von den rechts stehenden Populationen unterscheidet, lässt aufhorchen. Dieser Abgrenzungs- und Abwertungsmodus gegenüber dem irgendwie „Fremden“ ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: Im Sinne der politischen Instrumentalisierung; der sozialen Abgrenzung und der damit verbundenen Exklusion marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen; dem Ausfall wichtiger gesellschaftlicher Schichten hinsichtlich „bürger-schaftlichen Engagements“, und vor allem auf dem Hintergrund der Tatsache, dass die Demografie-debatte offensichtlich in ihren strukturellen Konsequenzen um eine signifikante Kompensation durch Zuwanderungspotenziale nicht herumkommt. Dieser Widerspruch lässt sich am aktuellen Wahlkampf in der Schweiz exemplarisch aufzeigen: So steht die breite Akzeptanz einer Welle fremdenfeindlicher Propaganda („Zottel rettet die Schweiz“) der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei (SVP) (2007) mit ihren rassistischen Tendenzen im Widerspruch zu der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, dass die Schweiz händeringend qualifizierte Arbeitskräfte sucht. Das aktuelle Schweizer Beispiel steht repräsentativ für einen aufziehenden Struktur- und Kulturkonflikt der Gegenwart und nahen Zukunft der Industriegesellschaften.

In der aktualisierten Untersuchung 2006 präsentiert Heitmeyer die Ergebnisse der Langzeitstudie (Die Zeit, 14.12.2006), und bestätigt damit ein signifikantes Anwachsen feindseliger Mentalitäten gegenüber schwachen Gruppen. Er beschreibt drei auffällige Entwicklungslinien:

- Das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit wächst (deutliche Zustimmung zum Item, dass es ‚zu viel Ausländer im Lande gebe, und sie nach Hause geschickt werden sollten, wenn die Arbeitsplätze knapp sind‘).
- Ebenso hat die Islamfeindlichkeit spürbar zugenommen als auch der Antisemitismus.

Dabei fallen vor allem die Einstellungsänderungen bei den mittleren Soziallagen ins Gewicht, also jenen gesellschaftlichen Populationen, die bisher als synonym für Solidarität der Lebensweise, Leistungs- und Aufstiegsorientierung, sowie Einstellungen ohne extreme Positionen galten:

„Nun zeigt sich eine beunruhigte und beunruhigende Mitte, denn die Kontrolle über die eigene Lebensplanung und das Reservoir von Anerkennungsmöglichkeiten werden in der Gesamtentwicklung von Desintegrationsängsten und –erfahrungen auch für sie prekär, und feindselige Mentalitäten greifen Platz“ (Heitmeyer, in: Die Zeit, 14.12.2006).

Jedoch nicht nur der Schichten-Index, sondern die Auswirkungen der sozialräumlichen Disparitäten sind von besonderem Interesse. So unterscheidet sich das Ausmaß der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ deutlich zwischen Stadt und Land. Besonders besorgniserregend sind die feindseligen Entwicklungen in dörflichen Siedlungsstrukturen Ostdeutschlands. Hier tragen Abwanderungen gut ausgebildeter junger Menschen zur Verschärfung systematischer sozialer Selektionseffekte bei, und homogenisieren das Verhalten derjenigen, die bleiben. Der Teufelskreis von niedrigem Bildungs- und Qualifikationsstatus, höherer Angst vor Arbeitslosigkeit, einem größeren Gefühl politischer Machtlosigkeit und mangelnder sozialer Unterstützung stabilisiert sich, und radikalisiert die kollektiven Projektions- und Abgrenzungsmechanismen, mit der Gefahr des Abdriftens ganzer Regionen, und der Gefährdung der demokratischen Ordnung. Patriotismus- und Nationalstolz-Kampagnen erzeugen eine höchst ambivalente und gefährliche Dynamik, mit dem zunehmend die Abwertung des Fremden einhergeht, und eine wichtige psychisch-mentale Stabilisierung in Zeiten zunehmender Desintegration erhält.

Heitmeyer adressiert seine Studienergebnisse mit der Zielsetzung an die herrschende Elite, den Bogen nicht zu überspannen, und die soziale Spaltung nicht noch weiter zu verschärfen: „Eliten in Wirtschaft,

Politik, Medien und Kultur, die sich diesen Zusammenhängen nicht stellen, vernachlässigen ihre Verantwortung für den sozialen Frieden" (S. 68).

Die jüngste Studie über die „gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt“ (Institut Polis 2006, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung) belegt die These einer stark ausgeprägten autoritären Mentalität in Deutschland, die sowohl im Osten und Westen, in Unter-, Mittel- und Oberschichten vorherrscht, und bei Älteren, geringer Gebildeten mit niedrigem Haushaltseinkommen sowie in Ostdeutschland besonders ausgeprägt ist. Vor allem die negativen Projektionen auf „die Ausländer“ stimmen vor allem auf dem Hintergrund der notwendigen demografischen Konsequenzen (Erhöhung des Zuwandereranteils) besonders bedenklich. Dem allgemeinen positiven Wertgefüge „glückliches Familienleben“, „Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit“ stehen vor allem im Osten Gefühle der Orientierungslosigkeit und ein ausgeprägter Fatalismus gegenüber. Die Ergebnisse dieser Studie korrelieren hoch mit den schon 1981 beschriebenen Grundaussagen der Sinus-Studie, in der das rechtsextreme politische Einstellungspotenzial beschrieben wurde, wonach 13 Prozent der Wahlbevölkerung ein „ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ repräsentierten. Das „autoritär gestimmte Potenzial“ belief sich nach dieser Studie 1981 auf 37 Prozent. Die in der legendären Untersuchung über den „Autoritären Charakter“ (Adorno) angelegte gesellschaftspolitische Problematik ist unabhängig von der Frage vergleichender Quantifizierbarkeit nicht nur weiterhin präsent, sondern kann sich auf dem Hintergrund beschriebener struktureller Entwicklungen gefährlich eskalieren:

„Rechtsextremismus ist bei denen, die sozial schlechter gestellt sind, besonders verbreitet, aber es ist beileibe kein reines Unterschichtenphänomen. Und erst recht sind die autoritären Einstellungen dahinter ein Problem der bürgerlichen Mitte geblieben, die sich bereitwillig zur staatlichen Protestkundgebung gegen den Rechtsextremismus versammelt, die NPD verbieten möchte, mit dem Finger auf ein paar Außenseiter am Rande zeigt und guten Gewissens unverändert die Reflexion über ihre eigenen Widersprüche, Ängste und Ressentiments abwehrt“ (Die Zeit, 9.11.2006).

Die Entwicklungen in Frankreich, wonach über 20 Prozent der Franzosen hinter den programmatischen Zielen des FN-Präsidentschaftskandidaten J.M. Le Pen stehen (z.B. Resozialisierung minderjähriger Straftäter mit militärischem Drill in Erziehungslagern) verdeutlicht, welche Dynamik die sich zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüche im politisch-gesellschaftlichen Überbau erhalten können (Der Spiegel 4/2006: 141.) Nicht ohne begründete Sorge beschreibt W.A. Perger (in: Die Zeit, 18.1.2007) eine politische Entwicklung, die von den Widersprüchen von „Globalisierung, Sozialabbau und Zuwanderung“ geprägt sind:

„Kritische Befunde über den Zustand der liberalen Demokratie kommen aus allen Teilen Europas. Und allenthalben häufen sich Befürchtungen, das System der offenen, demokratischen Gesellschaft könnte seinen Höhepunkt bereits überschritten haben... Anlässe oder Vorwände für staatsbürgerliches Missvergnügen gibt es genug: Globalisierung, Reformdruck, Sparzwänge, Zuwanderung, neue soziale Ungleichheiten, ethnische Spannungen, Sicherheitsdefizite, Zukunftsängste der Mittelschichten, Hoffnungslosigkeit der Unterschichten, und das alles auf einmal in einem einzigen historischen Augenblick.

Die daraus herrührende emotionale Melange aus vagen Befürchtungen und konkreten Verlust Erfahrungen ist die optimale Mischung für neue antidemokratische Bewegungen. Quer durch Europa sind diese populistischen Konjunkturritter anzutreffen und verbreiten Schrecken, vor allem unter den etablierten Parteien... Sie sickern ein ins Milieu der traditionellen Mitte, ernten Zustimmung in Teilen des Bürgertums, noch mehr im Milieu der politisch Frustrierten und Verdrossenen... Historisch betrachtet ist das der ‚populistische Moment‘. Die Verführer warten auf den Verführer. Oder, um mit dem Sozialwissenschaftler Helmut Dubiel zu sprechen: das ist die ‚Stunde der Rattenfänger‘. Insofern stehen die westlichen Demokratien am Eingang zu dem Tunnel, der in eine andere politische Qualität des Zusammenlebens führen dürfte. Die neue Ordnung am Ende dieser Reise hieße aller Voraussicht nach zwar noch Demokratie, mit der Regierungsform und der politischen Kultur der offenen westlichen Gesellschaft hätte sie aber nur Restfunktionen gemeinsam – Wahlen, Parteien, gelegentliche Regierungswechsel, ein bisschen Sozialstaat, viel Sicherheitskräfte, in Deutschland aber natürlich den Bildungsföderalismus. Im Übrigen entstünde aller Wahrscheinlichkeit nach aber jene nachdemokratische Welt, die Colin Crouch in seinem Buch Post Democracy warnend beschreibt: ein formaldemokratisches Gemeinwesen mit relativ wenig Spielraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und demokratischen Meinungsstreit, mit viel Effizienz, wenig diskursivem Schnickschnack und im Zweifel einen kunterbunten berlusconesken Unterhaltungsindustrie, die ihre Konsumenten gnädig betäubt...

Zur Debatte stehen die Belastbarkeit und Leistungsfähigkeit der Demokratien. Der in vielfältigen Umfragen, seriösen oder oberflächigen, gemessene Vertrauensverlust der Bürger, das sinkende Interesse an der Politik und die in den meisten Ländern sinkende Wahlbeteiligung werden zunehmend als Problem empfunden. Sie entfalten eine eigene, sich selbst beschleunigende Wirkung...

Viel weiter als heute war vor dreißig und mehr Jahren die Debatte über Formen der Bürgerbeteiligung. Sie ist heute schon wieder reduziert auf die Rolle von Schöffen vor Gericht. Partizipation als Demokratieprinzip ist von der politischen Tagesordnung nahezu verschwunden, kommunale Behörden sind daran nicht interessiert. Aber auch Bürger selbst zeigen nur in Ausnahmefällen Anteilnahme an Gemeindeangelegenheiten. Es ist eine Spirale des Nichtmachens: keine Einladung oder Ermunterung, kein Interesse oder Engagement" (S. 3).

Die Forschungsergebnisse von Heitmeyer sind für meine Analyse auf folgenden Ebenen von Bedeutung:

- Der Intergrationsbereitschaft zur Aufnahme einer höheren „Ausländerquote“ zum Ausgleich des Demografiefaktors.
- Dem integrativen Verlust der sozialen Mitte bei der Bewältigung der sichtbaren gesellschaftlichen Desintegrations- und Marginalisierungs-, Armuts- und Exklusionsprozesse:

„Wenn es um den Zustand dieser Gesellschaft geht, dann ist, schon allein aufgrund ihres Umfangs, vor allem die politische und soziale ‚Mitte‘ relevant. ‚Mitte‘ war bislang quasi ein Syndrom für Solidität der Lebensweise, Leistungs- und Aufstiegsorientierung sowie Einstellungen ohne extreme Positionen. Diese Mitte prägte unsere Vorstellungen von Normalität, sie galt als Garant der politischen Stabilität. Unsere Analysen zur Situation der sozialen Mitte zeigen bei ungefähr einem Fünftel dieser Personen prekäre Situationen und damit verbundene Abstiegsängste... Die Beunruhigung der Mitte wächst also... Offensichtlich wirken Tendenzen der sozialen Desintegration auch auf politische Einstellungen ein, insbesondere in einer Gruppe, die davon in der alten Bundesrepublik weitgehend verschont geblieben ist. Dieser Befund spiegelt sich auch in dem wachsenden Ausmaß an Orientierungslosigkeit (vgl. Hüpping 2006) und wahrgenommener sozialer Bedrohung wider (vgl. Zick/Küpper 2006)...

Beide Entwicklungen, die wachsende Desintegration und der damit verbundene Einstellungswandel, haben inzwischen politische Reaktionen ausgelöst. Private Stiftungen sorgen sich um die ‚Zukunft der Mitte‘, die SPD denkt über einen politischen Paradigmenwechsel zugunsten der ‚leistungstragenden Mitte‘ nach. Andere Volksparteien suchen nach Werten, die als Orientierungsmarken dienen sollen. Doch haben sie Strategien gegen den rabiaten Kapitalismus, Mittel gegen die wachsende Furcht vor Desintegration? Antworten stehen bislang noch aus. Das gilt auch für die grundlegende Frage ‚Was hält die Gesellschaft zusammen?‘ (Heitmeyer 2007, S. 27ff.).

- Der signifikanten Entwicklung sozialräumlicher Disparitäten (mit allen beschriebenen Konsequenzen).
- Den kontextuellen Einflüssen auf die schulische Lern- und sozialen Integrationsprozesse.
- Der konstruktiven Lernfähigkeit der Gesellschaft im Umgang mit extremen gesellschaftlichen Bruchstellen (ökonomisch, sozial, gesellschaftspolitisch).

Wenn die aktuelle Wahrnehmung der Vorgänge wachsender Spaltung und Desintegration der Gesellschaft ein Indikator für diesen Prozess der Lernfähigkeit darstellt, dann ist die Prognose für den weiteren Prozess nicht optimistisch zu bewerten. So ist das geringe öffentliche Interesse an der Veröffentlichung einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juni 2006 zur sozialen Ungleichheit in Deutschland (höchstes Niveau seit Beginn der Datenerhebung im Jahre 1984), und die damit verbundene negative Prognose („Arm und Reich werden weiter auseinanderdriften“) symptomatisch. Während unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse der „soziale Kitt“ dieser Gesellschaft brüchig wird, setzen die politischen Repräsentanten zunehmend auf Kampagnen der Defokussierung: „Du bist Deutschland“; „Leitkultur“-Debatte; „Pakt für Erziehung“; Beschwörungen der „Schicksalsgemeinschaft“ etc. Die „Lust am Patriotismus“ als kulturellem Bindemittel (FIFA-WM) ist nicht nur von

begrenzter Haltbarkeitsdauer, sondern dazu auch noch politisch gefährlich (siehe Zekri in: Heitmeyer 2007). Die These vom Zusammenhang zwischen zunehmender Desintegration und Identitätsbeschwörungen, Leitkulturdebatten, Integrationseinforderungen und Patriotismusinszenierungen (Heitmeyer 2007:40) erhält eine nachvollziehbare Plausibilität. Wie riskant es ist, zunehmende Desintegrationsprozesse mit kollektiven Identifikationen zu kompensieren, zeigen die Ergebnisse von Becker/Wagner und Christ (in Heitmeyer 2007) durch den Nachweis einer signifikanten Korrelation zwischen Nationalismuskampagnen und einer Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen:

„In einer Zeit, in der die Gesellschaft zum Gegenstand eines betriebswirtschaftlichen Geländespiels geworden ist, in dem die Demonstration von Stärke und Macht einen zentralen Wert darstellt, wird der andere Pol dieses Kontinuums, der Umgang mit Ohnmächtigen und Schwachen, zum Gradmesser der Zustände in einem Land“ (Heitmeyer 2007, S.16).

Der gesellschaftlich strukturelle Trend dieser „expansiven Landnahme“ (Dörre 2007) enthüllt den Prozess der immer aggressiveren Enteignung des sozialen Eigentums (tarifliche Normen, Mitbestimmungsrechte, Sozialleistungen, öffentliche Güter etc.) durch die neoliberale Logik des Finanzmarkt-Kapitalismus (Übergang zu einer rekommodifizierenden Sozial- und Arbeitsmarktpolitik), der die Rahmenbedingungen für einen immer größeren Teil des „homo oeconomicus“ zunehmend einengt, und damit sozialpsychologische Reaktionsmuster hervorruft bzw. diese stabilisiert und/oder eskaliert:

„Es ist eine Tendenz zur Überanpassung an die ökonomischen Leistungsimperative des Finanzmarkt-Kapitalismus, die – durch politische Entscheidungen verstärkt – den Humus erzeugt, in dem menschenfeindliche Orientierungen gedeihen... Es mag sein, dass sich diese Orientierungen in absteigsbedrohten Regionen kumulieren; doch schon die soziale Differenzierung innerhalb kleiner Wirtschaftsräume wird dafür sorgen, dass Menschenfeindlichkeit und Rassismus kein exklusives Phänomen absteigender Regionen bleiben. Eine Politik, die gegensteuern will, wird nicht umhin kommen, der finanzkapitalistischen Landnahme deutliche Grenzen zu setzen und das Soziale auf neue Weise wiederzuentdecken... Von einer solchen Richtungsänderung ist die offizielle Politik einstweilen weit entfernt. Es ist durchaus möglich, dass die Logik des Finanzmarkt-Kapitalismus eine Legitimationskrise des Systems erzeugt und ‚Selbstschutzbewegungen‘ (Polanyi 1977) provoziert, die – das belegen die GMF-Daten eindringlich – durchaus einen antidemokratischen Charakter ausprägen können“ (Dörre 2007, S. 246, in: Heitmeyer 2007).

4. Shell-Jugendstudie: „Die Toleranz sinkt“

In der aktuellen Shell Jugendstudie (Autor Hurrelmann) zeigt sich eine zunehmende Verunsicherung der Jugend in Deutschland, die in all ihrer Differenzierung deutlich macht, dass die kollektive Grundbefindlichkeit im globalisierten Kontext auch eine Entsprechung im Bewusstsein und Empfinden von Jugendlichen gefunden hat. Welche Zukunftsaussichten Jugendliche entwickeln, korrespondiert eng mit ihren aktuellen Lebensumständen (Familie, Schule, Freizeit) und mit ihren Sozialisationserfahrungen.

Wesentliche Ergebnisse der Studie sind:

1. „Die“ Jugendlichen stehen Ausländern ablehnender gegenüber als noch vor weniger Jahren (Jugendstudie 2002.) „Die Toleranz sinkt“, sagte der Soziologe Hurrelmann. Das Item ‚Sie fänden es besser, wenn Zuwanderer in ihrer Heimat blieben‘, korrespondiert mit der Einstellung, dass jeder dritte Jugendliche nichts davon hält, z.B. neben Aussiedlern aus Russland zu wohnen. Hinsichtlich des weiteren Zuzugs von Migranten nach Deutschland dominiert bei der Mehrheit der Jugendlichen inzwischen eine ablehnende Haltung, und dieses schichtenübergreifend. Dieser Einstellungswandel findet eine Entsprechung in der Erfahrung von zwei Dritteln ausländischer Jugendlicher, sich wegen ihrer Nationalität diskriminiert zu fühlen. Dieses Ergebnis überrascht deswegen, weil in der Vorgängerstudie (2002) das Bild einer weltgewandten Generation entworfen wurde. Die jetzt zu beobachtende verengende Besinnung auf den eigenen Kulturkreis geht mit einer grundlegenden Skepsis gegenüber dem Globalisierungsprozess und dem europäischen Einigungsprozess einher. Die Autoren der Studie beobachten eine

tiefgreifende Verunsicherung in Gegenwart und Projektionen auf die Zukunft. So ist nicht nur die „Europa-Euphorie“ einer realistischeren Betrachtungsweise gewichen; vor allem die „Globalisierung“ problematisieren Jugendliche in Abwägung zwischen Freizügigkeit und kultureller Vielfalt stärker in den möglichen Konsequenzen (Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität etc.). Grundlegende Beobachtung ist eine stärkere Schließung „nach außen“ bzw. eine verengende Besinnung auf den eigenen Kulturkreis.

2. Die Studie zeichnet das Bild einer Jugend, die sehr leistungsbereit ist, aber starke Zweifel hat, ob ihre Leistungsmotivation in der Arbeitswelt eine Verankerung erfährt. Stärker als alle Generationen zuvor haben sie Angst davor, später ohne Job, ohne Geld und ohne Rente dazustehen. „Schon Schüler sorgen sich um ihre Altersvorsorge“ (Hurrelmann). Deutlich stärker besorgt sind sie, später keinen adäquaten Arbeitsplatz zu finden bzw. ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Auch die generelle Angst vor der schlechten wirtschaftlichen Lage und vor steigender Armut ist auffällig. In Bezug auf die gesellschaftliche Zukunft hat der Optimismus deutlich abgenommen.
3. So wundert es die Forscher der Studie nicht, dass ein ausgeprägter Trend einer Rückbesinnung auf den „Glückshort Familie“ zu beobachten ist. Das traute Heim mit Vater, Mutter, Geschwistern „als der Heimathafen“ (Hurrelmann) korrespondiert mit der Höhe des Bildungsgrades. So leben 73 Prozent der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren noch bei ihren Eltern. Diese ausgeprägte Familienorientierung ist in den letzten vier Jahren noch etwas gestiegen. Dieser Trend lässt sich auch plausibel mit den strukturell gewachsenen Schwierigkeiten der Loslösung („Generation Praktikum“, Verlängerung der Ausbildungsphasen etc.) erklären. Die markantesten Brechungen mit einer positiven Orientierung auf ihre Ausgangsfamilien sind vor allem bei Jugendlichen aus unteren sozialen Schichten zu beobachten.

Gleichzeitig wächst die Zahl junger Erwachsener, die auf eine Realisierung von Kindern und Familie verzichten.

Ob sich darüber hinaus ein Wandel zu traditionellen Werten ableiten lässt, geht aus der Studie nicht eindeutig hervor. Sichtbar ist eine stabile Werteorientierung (bei beiden Geschlechtern) auf die Nahorientierung (Freundschaft, Familie) und ein erhöhtes Streben nach persönlicher Unabhängigkeit. Männliche Jugendliche setzen einem weiblichen Wertebewusstsein (soziale Bindungen und Normen) ein ausgeprägteres konkurrenz- und wettbewerbsorientiertes Lebenskonzept gegenüber. Dieser Kontrast hat sich im Vergleich zur Studie 2002 eher verstärkt. Die der Untersuchung (2006) zugrundeliegenden Wertetypen und deren statistischen Häufigkeiten (Materialisten, Idealisten, Macher, Unauffällige) sollen in dieser kurzen Ergebniszusammenfassung nicht berücksichtigt werden.

4. Eine generelle Politikverdrossenheit lässt sich aus der Studie nicht ableiten. Insgesamt interessiert sich die Jugend wieder stärker für parteipolitische Belange, jedoch mit einem ausgeprägten Bildungs- und Schichtenindex (Gymnasiasten und Studierende). Demgegenüber ist die große Masse desinteressiert, und gerade in den östlichen Bundesländern wächst die Unzufriedenheit über die Demokratie, und eine zunehmende Tendenz der Hinwendung zu rechts-extremen Politikkonstellationen. Trotz eines leichten Anstiegs (Vergleich letzte Shell Studie) ist das Interesse an Politik weiterhin niedrig ausgeprägt, wenn auch ein mehrheitlicher Konsens auf die Selbstverständnisse der Demokratie beruhigend klingen („Internalisierung“ ihrer Prinzipien gepaart mit Zweifeln an der Effizienz des Handelns politischer Akteure). Grundsätzlich stellt die Politik für die Mehrheit der Jugendlichen keinen eindeutigen Bezugspunkt mehr dar, an dem man sich orientiert und persönliche Identität gewinnt.

Im Item „Engagement für andere“ wird sowohl eine starke Schichtenabhängigkeit deutlich als auch eine Orientierung im Engagement für die Motive auf Aktivitäten, die der persönlichen Befriedigung dienen (und aus denen man einen persönlichen Gewinn ziehen kann). Diese ausgeprägte individuelle Nützlichkeitsmotivation ist sowohl für die Einschätzung sozialgemeinschaftlicher Potenziale als auch auf die Frage zu fokussieren, wie tragfähig die sozialen Kompetenzen sind/bleiben, wenn bisherige Grundsicherheiten (Arbeit, Existenz, gesellschaftliche Zugehörigkeiten etc.) grundlegend destabilisiert werden.

Resümierend lässt sich aus der Jugendstudie die Konsequenz argumentieren, dass sich massive Verunsicherungen in fundamentalen Existenzfragen (Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Status) als auch negative Projektionen in die Zukunftsgestaltung bilanzieren lassen. Für die Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen einer zukünftigen globalisierten Welt sind die Einstellungsmodalitäten nicht allzu ausgeprägt auf Akzeptanz ausgerichtet. Sorgen um die Zukunft, Leistungsstreben, Familiensinn und Verantwortungsbereitschaft brechen zunehmend die Charakteristika von Jugend, nämlich Unbekümmertheit und Unbeschwertheit.

M Transformation und soziale Spaltung in den Metropolen

Seit den achtziger Jahren lässt sich mit dem Übergang in die postfordistische Phase (Transformation des sozialstaatlichen Kompromisses) ein grundlegender struktureller Wandel der sozialen Realitäten in den städtischen Metropolen beobachten, der von fundamentaler Bedeutung für die These sozialer Marginalisierung-/Exklusionsprozesse ist. Waren in der fordischen Phase Prämissen leitend, in den Raumkonzepten sozial-räumliche Ungleichheiten aufzuheben, so dominieren in der postfordischen Phase zunehmend Konzepte und deren Implementierung, die strukturell auf Differenzbildung und sozialen Ausschluß angelegt sind. Dieser Wandel von Selbstverständnissen der sozialen Daseinsvorsorge hin zum neoliberalen Durchbruch zum „Unternehmen Stadt“ beinhaltet einen fundamentalen Paradigmenwechsel mit gravierenden sozial- und bildungspolitischen Konsequenzen. So ist nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (2007) das Potenzial kommunalen Wohnungseigentums auf 100 Milliarden zu veranschlagen, und steht für Investoren bereit, um die kommunalen Schuldenlasten mit diesen Erlösen abzubauen. Bei Realisierung dieser Verkäufe an Investoren verschärft der Marktmechanismus im Wohnungssektor die Situation für die sozialen Schwachen dadurch, dass der relative Schutz durch Mietbindung im Staatseigentum durch die Profitmotive privater Investoren aufgehoben und folgender Selektionsmechanismus in Gang gesetzt wird:

„Der Zweck eines privaten Unternehmens ist es, Gewinne zu machen und auf das eingesetzte Kapital eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Gerade Finanzinvestoren im Immobiliensektor stehen unter einem hohen Rechtfertigungs- und Renditedruck ihrer Anleger. Alles muss sich rechnen. Ihr Geschäftsmodell ist immer das gleiche: Sie zerlegen den erworbenen Wohnungsbestand, die Filetstücke werden an die Mieter oder an Fremde verkauft. In den Wohnungen, die nicht veräußert werden, versuchen sie einkommensschwache durch leistungsstarke Mieter zu ersetzen. Die schlechten Bestände werden schließlich sich selbst überlassen, hier stranden die Mieter mit hohem Ausfallrisiko. So funktioniert Marktwirtschaft in der Wohnungswirtschaft...“

Die Gruppe einkommensschwacher Mieter nimmt immer mehr zu, und in Gebieten mit ohnehin starkem Problemdruck verstärkt sich dieser. Vor allem im Osten Deutschlands aber auch im Westen entwickeln sich städtische Gebiete mit großen Leerbeständen und Nachfragerückständen parallel zu Stadtteilen, die sich Prosperität und großer Beliebtheit erfreuen. Als Umzugsmotiv geben immer mehr Leute die negative Veränderung der Sozialstruktur der Nachbarschaft an“ (Frank Bielka, Vorstand der Degewo-Gruppe, Berlin, in: FAZ, 20.7.2007, S. 45).

Grundlage des fordistischen Entwicklungsmodells war eine gesamtgesellschaftlich relativ ausgewogene Wohlfahrtssituation auf der Basis einer prosperierenden Ökonomie, mit dem nationalstaatlichen Raumbezug, in dem Politik, Ökonomie und Soziokultur in einem relativ kohärenten Verhältnis zueinander standen. Auf dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Fordismus kommt es im nationalen Städte-

system zu einer zunehmenden Heterogenisierung und Ausdifferenzierung in schrumpfende/stagnierende und prosperierende Metropolen/Stadtteile. Da die zentralstaatlichen Steuerungs- und Ausgleichsfunktionen (durch Transferleistungen) schwächer werden, gewinnen die lokalen Entwicklungsmodelle zunehmend an Bedeutung zur Stärkung der sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen. Dieser Wandel der staatlichen Regulation unter der Entwicklungsdynamik des globalisierten Kapitalismus bedingt und verschärft einen Trend zu einer vielfach gebrochenen und widersprüchlichen sozialräumlichen Matrix im Kontext des „Wettbewerbsförderalismus“. Dieser zunehmende Standortwettbewerb zwischen den Ländern und Städten passt sich an die veränderten Standortstrategien der Unternehmen an, und verschärft die ökonomischen Strukturkrisen durch die Rivalität zwischen den Stadtregionen. Privatisierungskonzepte für öffentliche Dienstleistungen forcieren aggressive Strategien der Standortprofilierung, und drängen bisherige Konzepte der sog. Daseinsvorsorge (Bereitstellung von Infrastrukturen und Zuständigkeiten für den sozialen Wohnungsbau durch den Staat) in den Hintergrund. Dieser Prozess wird durch das Wechselspiel des massiven Abbaus industrieller Arbeitsplätze, wachsender Sozialausgaben und des Rückgangs von Gewerbesteuerung massiv verstärkt.

Mit diesem strukturellen Veränderungsprozess parallel verlaufen Imagekonzepte, die eine rankinggeleitete Differenzbetrachtung gegenüber anderen Städten verbinden mit dem Postulat sozialräumlicher Homogenisierung (Boyer 1995). Ein expansiver Kurs der Headquarter Economy und des finanzindustriellen Sektors (Anlage des überschüssigen Kapitals in global gestreuten Immobilienbesitz) bedingt eine zunehmende Ausdifferenzierung und Hierarchisierung des städtischen Raumes mit einer Vorherrschaft des Waren- und Dienstleistungssektors (bauliche und kommerzialisierte Ausrichtung der City nach dem Modell von Malls). Parallel zu diesem Prozess läuft eine Umorientierung der Lokalpolitik zu einer nachhaltigen Reduzierung öffentlicher Infrastrukturleistungen und der zunehmenden Fokussierung der knappen monetären Mittel auf wenige kommerzielle Großprojekte (Unterhaltungsindustrie, ‚Erlebnis‘- und ‚lifestyle-Produkte in den Bereichen Konsum, Freizeit, Entertainment). In diesen Kontexten kommerzieller ‚Erlebniswelten‘ erzeugt soziale Heterogenität Irritationen und Störungen, die nicht in das Mall-Modell der Innenstädte passen.

Parallel mit der Kommerzialisierung der City verläuft eine Strategie der Aufwertung zentrumsnaher Stadtteile, indem einkommensstarke Bevölkerungsgruppen angeworben werden. Eine gezielte Aufwertungsstrategie (z.B. des „Planwerkes Innenstadt“, Berlin) beinhaltet einen gewichtigen Paradigmenwechsel der Wohnungsbaupolitik unter dem Titel von der ‚Mieter- zur Eigentümerstadt‘ (Sewing 1997), indem gezielt ‚eigentumsfähige‘ Bevölkerungsgruppen angeworben werden. Mit diesem Prozeß der Aufwertungsstrategien (Territorialstrategien einkommensstärkerer Haushalte) einher geht eine Verschärfung der räumlichen Distanzierung zu den unteren Schichten/Klassen, gefördert durch das neue neoliberale Paradigma präventiver und selbstgesteuerter Verantwortung.

Neben systematischen Vertreibungspraktiken durch organisierter „Immobilienhaie“ genügen in der Regel schon die Gesetze des Immobilienmarktes, um die Bevölkerungsstruktur ganzer Stadtteile „sanft“ und fast „natürlich“ zu verändern. In vielen europäischen Großstädten verändern sich zurzeit die alten, einfachen Wohngebiete, sofern sie den Wandel nicht schon hinter sich haben. Die Geografen Christophe Guilluy und Christophe Noyé (2004) beschreiben die erfolgreiche „Gentrification“ (soziale Umstrukturierung und Aufwertung/Verbürgerlichung eines Stadtteils) in fünf Etappen:

- Wegzug der Arbeiter, die durch Angestellte, Pioniere (Künstler, Studenten, alternative Hausbesetzer) verdrängt werden.
- Aufwertung des Viertels (es etabliert sich ein Kulturleben).
- Ankunft von Führungskräften (Arbeiter ziehen weiterhin weg, auch die Angestellten werden weniger).

- Die Zahl der Führungskräfte etc. steigt weiter auf Kosten der einfachen Bevölkerung und einer Verdrängung der Pioniere.
- Bautätigkeit und Immobilienspekulation, Stadterneuerung: Fußgängerzonen, Parks etc. Das ehemalige Arbeiterviertel wird „verbürgerlicht“, ein neuer Lebensstil entsteht. Der Stadt wird ein „Fun-Image“ verpasst (zugunsten der neuen Dienstleister etc.). Die „Kultur“ dient als Stellhebel für kommerzielle Interessen. Spekulanten und „neue Milieus“ spielen nicht selten Hand in Hand.

Dieses beschriebene Phänomen breitet sich in der Marktlogik massiv aus, und tritt in allen regionalen Zentren und Departement-Hauptstädten mit einem boomenden Immobilienmarkt auf, gefördert durch die Kommunen, um im „Standortwettbewerb“ um die neuen „Leistungseliten“ nicht abzuhängen. Mit der Herausbildung dieser neuen exklusiven Lebensräume geht einher die Stagnation des sozialen Wohnungsbaus. In der Stadtgeografie spiegelt sich somit stets der Wandel der Produktionsverhältnisse wider. Waren im 19. Jahrhundert Arbeitersiedlungen prägend (um die nomadisierende Arbeiterschaft an die Fabriken zu binden), dominierten in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ expandierende Wohnsilos (Sozialwohnungen) das städtische Bild. Nachdem jedoch im Rahmen der „Globalisierung“ nicht nur ein massiver sozialer Ausdifferenzierungsprozess eingesetzt hat, verschärft sich (vor allem in den städtischen Zentren) die Trennung der Wohngebiete nach Arm und Reich, und fördert und eskaliert den gesellschaftlichen und sozialen Segregationsprozess. Das wohlhabende Klientel der „Leistungsträger“ drängt immer mehr Gesellschaftsschichten an den sozialen Rand der „stummen Peripherien“.

Dieser strukturelle Prozeß, der das Postulat der ‚sozial durchmischten Stadt‘ schärfer denn je konterkariert, verschärft sich noch durch die Tatsache, dass der Großteil der Migranten sich in städtischen Lebensräumen konzentriert. Zugespitzt durch die kommunalen Vergaberichtlinien in der Tradition des deutschen Sozialwohnungsbaus kommt es zu einer Konzentration von Bevölkerungsgruppen in Stadtteilen, die die schon vorhandene Entwicklungen sozialer Disparitäten noch verschärfen. Diese sozial-räumliche Polarisierung in deutschen Metropolen - und deren massenmedial produzierte Etikettierung als „Ausländergettos“ - ist als struktureller Trend zu betrachten, der zugleich Steuerungs- und Ordnungskonzepte hervorbringt, mittels derer ‚zum Schutze der öffentlichen Ordnung‘ alle Störungen eliminiert werden, die dem Klischee der ‚sauberen und sicheren Stadt‘ widersprechen (Obdachlose, Drogenkonsumenten etc.):

„Nachdem der Typus der ‚gefährlichen Klassen‘ im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts zugunsten sozialstaatlicher Normalisierungsstrategien zurückgedrängt wurde, erfährt er gegenwärtig eine erneute Aufwertung. Allerdings mit dem großen Unterschied, dass diese Gruppen nicht mehr als subversives oder rebellisches Potential eingeschätzt werden, sondern nur noch als Projektionsfläche für populistische Kampagnen dienen. Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses verstärkt Bestrebungen, die Krise mit ordnungspolitischen Mitteln zu bearbeiten. Die sozialen Polarisierungsprozesse werden zunehmend nicht mehr aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit, sondern als Problem der öffentlichen Sicherheit und Ordnung thematisiert. Zu den bevorzugten Diskriminierungsobjekten zählen neben Flüchtlingen und Migranten jene sozialen Klassen, die aus dem vorherrschenden Produktivitäts- und Leistungsmodell herausfallen. Das strategische Moment solcher Moralisierung- und Bedrohungsszenarien besteht darin, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu definieren, Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen und den Zugang zu materiellen Ressourcen zu begrenzen“ (Klaus Ronneberger, Auf dem Weg zur neofeudalen Stadt, in: http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/ronneberger_neofeudale_stadt.shtml, S. 9/10).

Diese sozialen Differenzierungen und Polarisierungen neoliberaler Deregulierungsprojekte verstärken soziale Grenzziehungen, räumliche Distanzierungen und soziale Vermeidungsstrategien unter dem Dach einer neuen moralischen Ordnung im Übergang von der Disziplinar- zu einer Kontrollgesellschaft. Eine Absicherung exklusiver Sozial- und Lebensräume erfolgt zunehmend in einer Überwachungs- und Kontrolllogik, aus der heraus eine wachsende Fragmentierung der Gesellschaft mit fixierten territorialen Grenzziehungen erfolgt und sich durch soziale Homogenisierung auszeichnet (mit ordnungspolitischen Absicherungen und Überwachungen gegenüber der Klasse der „Entbehrlichen“). So beschreibt der Stadtsoziologe Jens Dangschat in vielen Studien den sich seit den 70er Jahren

verschärfenden Trend einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Hamburg, und kennzeichnet Hamburg als die am stärksten polarisierte Stadt in Deutschland, da sie durch das betriebswirtschaftliche Paradigma der Kommunalpolitiker dahin gestaltet wurde, die Stadt primär als Wirtschaftsstandort zu definieren. Diese „Instrumentalisierung der Stadtentwicklungspolitik“ teilt die Räume in Sieger und Verlierer der ökonomischen Umstrukturierung“ (Die Zeit 3.8.2006). Die Balance zwischen finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Richtungsentscheidungen sei gekippt, und das Ergebnis ist eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und eine fortschreitende soziale Aufspaltung Hamburgs in arme und reiche Stadtteile (Prof. Ossenbrügge, Wirtschaftsgeograf Uni Hamburg, in: Die Zeit 3.8.2006). Stadtteile wie Jenfeld werden nach Dangschat als „Raum der Verlierer“ an den Rand verlagert, in der sich alle bekannten Mechanismen gettoisierter Stadtteile beschreiben lassen.

1. „Integrierte Stadtteilentwicklung“: Konzept und Hintergründe

Auf dem Hintergrund der stadtsoziologischen Erkenntnisse über die „Sozialspaltung der Städte“ als strukturellem Entwicklungsprozess (nicht als Übergangsphänomen) hat die interdisziplinäre Diskussion über „integrierte Stadtentwicklung“ Hochkonjunktur, und findet ihren Ausdruck in unterschiedlichsten Programmen (Bund-Länder-Kommission) und Handlungskonzepten auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Dieser fachliche Diskurs geht einher mit der Auseinandersetzung über die Zukunft des Sozialstaates und der neoliberalen Paradigmen Diskussion. Ob die Programmphilosophie eine Revitalisierung sozialintegrativer Konzepte der Stadtentwicklung oder einen Sozialstaatsumbau im Sinne eines workfare-Staates zum Ziele und zum Ergebnis hat, ist von entscheidender analytischer Relevanz.

Die Sozialraumspaltungen („sozialräumliche Dreiteilung“: Reiche, soziale Mittelschichten, Armuts-potenziale) und die Entwicklung sozialer Polarisierungen nehmen europaweit in den (Groß-)Städten zu (vgl. Krummacker/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt 2003). Diese von den Stadtsoziologen beschriebene „residentielle Segregation“ (Dahme/Wohlfahrt 2002) führt in den Städten zunehmend zu einer Konzentration von armen und immobilen Mietergruppen in Armutsquartieren (mit der Gefahr einer kaum noch steuerbaren Gettobildung), und entsprechenden Verwahrlosungs- und Kriminalitätsentwicklungen. Auf diesen faktisch belegbaren und sich prognostisch verschärfenden strukturellen Trend lassen sich zentrale sozialstaatliche, länderspezifische und kommunale Interventionen (Sozialpolitik und Stadtentwicklung) beobachten, die diesem Segregationsprozess verschiedenster Klassen und Schichten gegenzusteuern versuchen. Gesellschafts-, Arbeitsmarkt-, Einkommens- und Wohnungsmarktentwicklungen sprengen zunehmend das „Integrationsmodell der europäischen Stadt“, das auf dem Hintergrund relativer Vollbeschäftigung, relativ stabiler sozialstaatlicher Sicherungssysteme und einer sozialkompensatorischen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik seinen Erklärungsansatz findet. Durch den strukturellen Wandel der Umfeldbedingungen kommt dieses relativ stabile Gefüge zunehmend in einen Prozess der Instabilität durch:

- Die neoliberalen Globalisierungsprozesse/Internationalisierung der Kapitalmärkte (mit der Zunahme der strukturellen Massenarbeitslosigkeit, massiver Anstieg der prekären Beschäftigungsverhältnisse und dauerhaft ‚Überflüssigen‘).
- Die Finanzkrise öffentlicher Haushalte.
- Die sukzessive Deregulierung sozialer Sicherungssysteme (Sozialversicherungen und Sozialhilfe).
- Die Deregulierung sozialstaatlicher Wohnungspolitik.

- Die Suburbanisierung der Städte (Wegzug der sozialen Mittelschichten in bessere Stadtteile; Auflösung der Innenstädte; Segregation).
- Eine folgenreiche Entkopplung von Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit mit dauerhafter Ausgrenzung sozialer Gruppen aus regelmäßiger Erwerbsarbeit und einer Verfestigung von Armutsstrukturen (sozialräumliche Kumulation sozialer Probleme).
- Spaltungen innerhalb der Quartiere zwischen Ethnien, Generationen, Lebensstilen.
- Den demographischen Wandel, eine zunehmende Erosion familiärer Selbsthilfepotenziale, Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft, Singularisierung und Pluralisierung der Lebensstile, Ost-West-Wanderung, Zuwanderung von Migranten/Migrantinnen, Anstieg der Anzahl Allein-erziehender mit Armutsgefährdung und kontinuierliche Zunahme des „Armutsrisikos Kind“.

Auf diesem strukturellen Entwicklungshintergrund lassen sich nach Krummacher (2003) vier **Typen sozialräumlicher Armutskonzentration** identifizieren:

- Städtische Obdachlosengettos (überwiegend von sozialhilfebedürftigen Großfamilien bewohnt).
- Kleinräumige Neubaugettos (hohe Sozialmieten, Wohnungsleerstände, Vandalismus, hohe Jugendarbeitslosigkeit, hohe Sozialhilfeempfängerquote etc.).
- Altbaugebiete mit hoher Armutskonzentration (Arbeiterviertel mit traditionell niedrigem Einkommensniveau, hohem Sozialhilfeempfänger-, Arbeitslosen- und Ausländeranteil – jedoch noch relativ stabil).
- Altbaugebiete mit Verelendungscharakter (Empfänger von Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Kleinstrenten. Es dominieren schon äußerlich sichtbare räumlich-bauliche Verfallserscheinungen)

In vielen Stadtgebieten ist eine Ausweitung großräumiger Armutsstadtteile („Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“) zu beobachten.

Die Kumulation sozialer Benachteiligungen (Einkommen, Status etc.) verschärft sich in den Armutsquartieren zur Quelle zusätzlicher kollektiver Benachteiligungen. Die Erosion des ehemaligen Integrationsmodells der „sozialintegrativen Stadt“ ist ein Faktum, auf das mit staatlichen Sonderprogrammen („nachhaltig sozialintegrative Stadtteilentwicklung“) in folgenden Handlungsfeldern reagiert wird: Wohnen/Wohnungsumfeld, soziale und kulturelle Infrastrukturen, lokale Ökonomie und Beschäftigung, Ökologie, Aktivierung/Stärkung sozialer Netzwerke, Öffentlichkeitsarbeit, Sicherheit, Bürgerbeteiligung.

Für die Beantragung/Inanspruchnahme von Fördermitteln werden folgende Qualitätsstandards (Programm der „Sozialen Stadt“) definiert:

- Ressortübergreifende Bündelung (Ressourcen, Fördermittel).
- Integrierte Handlungskonzepte (mit städtebaulichen und nicht-investiven Maßnahmen).
- Beteiligung und Aktivierung der betroffenen Bewohner.
- Einbindung und Vernetzung lokaler Akteure im Stadtteil/Quartier.
- Neue Verwaltungs- und Managementstrukturen/-Konzepte (Stadtteil-/Quartiersmanagement).
- Programmbegleitung und Evaluation mit dem Anspruch auf Transferierbarkeit..

2. Konzept der „Sozialen Stadt“

Das im Jahre 1999 initiierte Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten („Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ in Berlin), das zwischenzeitlich auf 16 Bundesländer (161 Gebiete in 123 Städten) ausgeweitet wurde, ist ein erster richtiger und notwendiger Schritt, um den wachsenden Problemen in spezifischen Stadtteilen (sozialräumliche Segregation) gegenzusteuern. Die Bewertung dieses Ansatzes deckt ein Spektrum von Befürwortung („Endlich nehmen sich Bund, Länder und Kommunen den drängenden sozialen Problemen in den Städten an“) bis massiver Kritik ab, nachdem das zur Verfügung gestellte finanzielle Volumen für diesen Prozeß als unverhältnismäßig und das Konzept als nicht wirksam, ja instrumentalisierend (im Sinne des „aktivierenden Sozialstaats“) dargestellt wird. Allenfalls könnte es eine Bedeutung als symbolische Politik haben – es handele sich nur um eine Aufstockung der fast ausschließlich investiv orientierten Städtebauförderung, mit der man vorliegende soziale und ökonomische Probleme nicht bewältigen könne.

Dabei ist unbestritten, dass eine Neuorientierung der Städtebauförderung auf der Tagesordnung stehen muß, um die Folgen des massiven gesellschaftlichen Strukturwandels (mit den Termini „Globalisierung“, Tertiärisierung, Suburbanisierung, Regionalisierung, Entsolidarisierung, Polarisierung umschrieben) konzeptionell und politisch-strategisch angehen zu können. Denn der gesellschaftliche Tatbestand zunehmender sozialräumlicher Spaltungen in Abhängigkeit von Sozialstatus, Bodenwerten/Mietniveau, Image etc. ist ein Faktum, auf das in einer koordinierten und integrierten Vorgehensweise von Städtebauförderung, kommunaler Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau, Sozial- und Jugendhilfe und Bildungspolitik geantwortet werden muß. Hierbei ist eine neue fachübergreifende Kooperationskultur und damit der Überwindung enger Ressortzuschnitte eine zentrale Voraussetzung städtischer Entwicklungsperspektiven (in der Verschränkung der programmatischen Grundprozesse „Lokale Agenda-21-Prozesse“ und „Soziale Stadt“). In beiden Konzepten stehen integrative und integrierte Handlungskonzepte im Zentrum, um Entstehung und Verfestigung sozialer Belastungen und Benachteiligungen durch offensive und präventive Konzepte zu verhindern. Demnach müssen alle Akteure zu integrierten, kooperativen und aktivierenden Strategien zusammengeführt werden.

Das Neue und Ungewohnte am Programm „Soziale Stadt“ ist die beabsichtigte Vernetzung mit Trägern nichtinvestiver Politik (vor allem die Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände in die Stadterneuerung) jenseits der vertikalen Fachkumpaneel. Der 1999 mit dem Programm „Moderner Staat – moderne Verwaltung“ einsetzende Paradigmenwechsel zum „aktivierenden Staat“ ist der Rahmen, in den sich das Programm „Soziale Stadt“ konzeptionell einfügen lässt. In diesem Verständnis ist die Kooperation innerhalb von Staat und Gemeinden und die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure (Wirtschaft, Wohlfahrtsverbände etc.) konstitutiv. Mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E B C) (initiiert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) ist auf Länderebenen (Bremen, Hamburg, NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt) eine Form der Mittelkoordination institutionalisiert worden.

Eine Vielfalt unkonventioneller Initiativen (Runde Tische, Agenda-Gruppen, Stadtteilforen, Selbsthilfeorganisationen) schaffen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ Aktionsräume. Zentraler Prüfstein für das Programm wird sein, inwieweit die Stadtverwaltungen adäquate Organisationsstrukturen schaffen, in denen die Mitgestaltung durch lokale Akteure möglich wird. Die Verschränkung der Modernisierung der Verwaltung und einer bürgernahen Verlagerung von Verantwortung ist der Dreh- und Angelpunkt zur Realisierung einer „neuen Zivilgesellschaft“ auf lokaler Ebene. Die Institutionalisierung eines „Quartiersmanagements“ (Empowerment, Koordination der Vor-Ort-Aktivitäten, Projektentwicklung) ist ein weiterer wichtiger Baustein lokaler Vernetzung und Steuerung. Der Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes ist ein notwendiger Schritt zur Implementierung mit folgenden Anforderungen und Zielen:

- Erfahrungsaustausch beteiligter Akteure im Rahmen zentraler und dezentraler Veranstaltungen;
- Aufbau eines kontinuierlichen Berichtswesens;
- Begleitprogramme vor Ort;
- Best-Practice-Analysen;
- Evaluierung von Programmen.

Hierbei ist es vor allem notwendig, internationale Erfahrungen in der Umsetzung sozialorientierter Stadtteilentwicklungskonzepte zu berücksichtigen (z.B. Niederlande und Großbritannien):

„Aus Erfahrungen mit bereits installierten Ansätzen der sozialorientierten Stadtteilentwicklung und den Diskussionen im Vorfeld der Programmumsetzung lassen sich einige Handlungsprinzipien und -voraussetzungen ableiten, die der ‚Sozialen Stadt‘ förderlich sein können. Danach werden Erfolg oder Misserfolg der Programmdurchführung unter anderem davon abhängen, inwieweit es gelingt,

- *den ‚besonderen‘ Entwicklungsbedarf in einzelnen Stadtteilen durch eine fundierte und politisch legitimierbare Gebietsauswahl in Abstimmung zwischen allen betroffenen Ressorts, Ämtern, Sparten oder Fachbereichen konsensfähig zu machen;*
- *querschnittsorientierte und quartiersbezogene Strategien zu entwickeln, ohne den gesamtstädtischen Bezug aus den Augen zu verlieren;*
- *problem- und ortsadäquate Organisations- und Managementstrukturen zu etablieren;*
- *die Umsetzung des Programms als offenen Prozess und gemeinsames Lernprogramm zwischen allen Akteuren zu gestalten;*
- *den von den Gemeinden geforderten integrativen Charakter der ‚stadtentwicklungspolitischen Handlungskonzepte‘ sicherzustellen;*
- *das Missverständnis abzubauen, integratives Handeln bedeute für den einzelnen Politikbereich, generalistisch zu agieren und zu versuchen, Aufgaben anderer Politikfelder zu übernehmen statt mit ihnen zu kooperieren;*
- *durch gesamtstädtische Monitoringsysteme frühzeitig auf problematische Entwicklungen in Stadtteilen aufmerksam zu werden und so eine Umkehr vom reaktiven zum präventiven Ansatz zu ermöglichen.“*

(Heidede Becker, Rolf-Peter Löhr: „Soziale Stadt“, Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/2000, http://www.bpb.de/publikationen/OV6VHA,7,0,Soziale_Stadt.html, Kapitel VII, S. 2).

Dieses **rot-grüne Reformprojekt** weist jedoch **zentrale strukturelle und konzeptionelle Schwächen** aus, auf dessen Hintergrund die Wirksamkeit dieses Konzeptes zur Lösung anstehender Probleme massiv bezweifelt werden muss:

- Mit dem Programm „Soziale Stadt“ (angesiedelt im Bauministerium) wird erstmals ein Prozess ko-finanziert, der explizit soziale Ziele verfolgt und sich nicht auf Bau- und Verkehrsinvestitionen reduziert. Sozialintegrative Handlungskonzepte (Bauen, Wohnen, Ökonomie, Soziales) haben den Anspruch, den zunehmenden sozialräumlichen Polarisierungen entgegenzuwirken. Damit wird eine Fortführung der Vorläuferkonzepte der 1980er Jahre (Konzept der „behutsamen Stadt(teil)erneuerung“ und dem Konzept der „stadtteilbezogenen Sozialarbeit“ bzw. der „quartiersbezogenen Gemeinwesenarbeit“) vorgenommen. Die im Programm der „Sozialen Stadt“ formulierten Ziele sind recht deutlich sozialkompensatorisch und sozialintegrativ angelegt, obwohl der sozialkompensatorische Ansatz sich auf klein-räumliche soziale Integration reduziert, in dem die Akzeptanz einer dauerhaften sozialräumlichen Ungleichheit angelegt ist. Strukturelle Widersprüche sind somit unübersehbar: So bedingt die Zuständigkeit des Bauministeriums für das Programm „Soziale Stadt“, (Refinanzierung u.a. über eine überdurchschnittliche Mittelstreichung im Sozialen Wohnungsbau) eine strukturelle Ambivalenz. Ebenso

ist der Charakter eines zeitlich befristeten Programms ein struktureller Widerspruch zu dem Zielanspruch einer „nachhaltigen, sich selbsttragenden Stadtteilentwicklung“.

In dem Programm „Soziale Stadt“ ist nicht die ganzheitliche Betrachtung des Lebensraums Stadt als Gesamtheit, sondern die Fokussierung auf bestimmte Stadtteile gemeint. Hierzu hat Häußermann (2002: 72ff) aufgezeigt, dass den strukturellen Problemen mit quartiersbezogener Politik nicht beizukommen ist, da Ursachen und Rahmenbedingungen benachteiligter Stadtteile nicht zum Gegenstand der Betrachtung gemacht werden, und damit der Fokus nicht auf eine „sozial integrierte Stadtentwicklung“ gelegt ist (losgelöst von der begrenzten Reichweite kommunaler Politikansätze). Es ist deswegen der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass es in diesem Programm nicht primär um eine Unterstützung der Lebensbewältigung, sondern um eine funktionale Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen geht, mit dem ordnungspolitischen Ansatz der Befriedung einer gespaltenen Stadt.

- Die Transformation der Sozialstaatsfunktion (vom „konservativ-korporatistischen“ zum „aktivierenden Sozialstaat“) und damit die massiven Eingriffe in die kompensatorischen Leistungen des Sozialstaates (Annäherung an den „liberal-residualen“ Typus – zur Typisierung siehe Heinze/Schmidt/Strünck 1999) macht die Grenzen und Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit lokaler Sozialpolitik deutlich. Das Leitbild „aktivierender Staat“ und „aktive Gesellschaft“ repräsentiert einerseits die Kontinuität deutscher Sozialpolitik (Subsidiaritätsprinzip), zugleich aber auch die aktuelle Verschärfung mit der Parole „Fordern und Fördern“, wonach nur „selbstaktive Teilnahme“ die Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen bedingt. So steht das Konzept der „zivilen Bürgergesellschaft“ in dem Verdacht, Gemeinschaft und Zwang auf der einen Seite und Selbststeuerung und Selbstverantwortung auf der anderen Seite im Rückgriff auf neoliberale und kommunitaristische Elemente zu verbinden, zumal die Kommunen nicht selten Vorreiter bei Privatisierungsstrategien, Outsourcing, Verleasen und Teilprivatisierungen sind, mit denen sich der Krisenzyklus von Arbeitsplatz- und Sozialabbau und Armutsentwicklung weiter verschärft. Dieser aktive Teil der Kommunen an der Verschärfung des Krisenzyklus wird allzu oft in der Debatte über die Finanzkrise der Kommun Haushalte übersehen. So korrespondiert die gesamtstaatliche Deregulierungsstrategie mit lokalpolitischen Deregulierungsprogrammen, und tragen so strukturell zum Prozess der sozial-räumlichen Spaltung der Städte bei.

„Was einst Sand im Getriebe war, gilt heute als ‚soziales Kapital‘ – dies könnte zum Einen ein Anzeichen für den wachsenden aufgeklärten Durchblick in Politik und Verwaltung sein, zum Anderen aber auch – aus einer anderen Perspektive betrachtet – ein Indiz für eine besonders perfide staatliche Strategie zur Vereinnahmung dysfunktionaler Bestrebungen und zur Befriedung aufrührerischer Elemente. Doch egal, welchem Erklärungsversuch man anhängt: Wem an aktiven Bürgerinnen liegt, muss die Chancen der aktuellen Konzepte nutzen, sie aber auch in ihren Grenzen und Verführungen analysieren. Nach Produkten, neuer Steuerung und Haushaltskonsolidierung entdecken die deutschen Kommunen derzeit – unterstützt von Bertelsmann-Stiftung, Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) und Hans-Böckler-Stiftung – den aktivierenden Staat, die Bürgergesellschaft und, parallel dazu oder als Folge davon, das Quartiersmanagement.“

(Gaby Grimm & Wolfgang Hinte: „Soziale Stadt“: Tops und Flops, in: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/lernprogramm/gwa/aufsaeetze/grimm_hinte_soziale_stadt.htm, 30.12.2005).

- Auf der Basis bisheriger Programmevaluationen ist es schwierig, eine Zwischenbilanz zu ziehen. So wird in der Literatur auf die mangelnde Programm-Evaluierung (Wirkungs-Monitoring) verwiesen. Eine Fülle von Projektbeispielen weist in sozialintegrativen Projekten (Wohnen, Verkehr, soziale Infrastruktur, Ökologie, Beschäftigung/Qualifizierung, Familien, Stadtteilschulen, Zuwanderung, Konfliktmediation etc.) konkrete Verbesserungen der Quartiers-situationen aus, ohne jedoch die ökonomisch verursachten Ausgrenzungen auffangen und kompensieren zu können. Beschreibbare Erfolge sind am ehesten bei Wohnfeldverbesserungen, Baumaßnahmen und Infrastruktureinrichtungen zu belegen. Auf dem Hintergrund

steigender Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und Wohnungsnot, Hartz-IV-Folgen und Entwicklung von „working poor“ muss es jedoch als Illusion entlarvt werden, mit Instrumenten der sozialen Stadtteilentwicklung soziale Segregationsprozesse aufhalten oder korrigieren zu wollen. So kritisiert der Stadtsoziologe Häußerman nicht zu unrecht, dass durch eine bessere monetäre Grundausrüstung der Menschen als auch durch eine kompensatorische Sozialpolitik viele soziale Problemlagen verhindert bzw. abgeschwächt werden könnten, und somit der implementierte Programmaufwand überflüssig würde. Flankierende Maßnahmen wie anwaltliche Vertretung von Mieterinteressen, flexiblere Strukturen der Jugendhilfe, Entwicklung sozialer Infrastrukturen etc. bewirkten ihr übriges. So sei die Umsetzungspraxis der Lokalpolitik ein typischer „Inkrementalismus“ mit einem „mehr oder weniger perpektivisch geleiteten ‚muddling through‘ (Krummacher/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt, 2004: 6).

„Aktuelle und frühere Ansätze und Untersuchungen zur Bürgerbeteiligung zeigen, dass durchsetzungsschwache, von Armut und Ausgrenzung betroffene Minderheiten mit den herkömmlichen Instrumenten der Bürgerbeteiligung nur schwer erreicht werden und daher oft auf der Strecke bleiben“. Gelungene Beteiligungen von durchsetzungsstärkeren Bevölkerungsgruppen richten sich dann unter dem Siegel von ‚Ordnung und Sicherheit‘ leicht gegen die schon ohnehin marginalisierten und unbeliebten Minderheiten (ethnische Minderheiten, auffällige Jugendliche, Suchtabhängige und Wohnungsnotfälle) (vgl. Eick/Grell 2002). Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage, ob eine Vorgehensweise, die sich zur Aufgabe macht, Beteiligungen als Strategie für ein nicht näher definiertes soziales Gemeinwesen einzufordern, nicht eine nachhaltige Veränderung sozialer Schutzrechte beinhaltet: ‚Sozialstaatliche Standards sind nun nicht mehr als Schutzrechte einzufordern, sondern die Bürger sollen ihr Verhalten und ihre Erwartungen an den Staat praktisch ändern. Die Standards des lokalen Sozialstaats sollen nicht als Leistungen abgerufen, sondern praktisch reformuliert werden, wenn es um das Verhältnis von Bürger/Staat im Sinne eines ‚aktivierenden Staats‘ geht (vgl. Walther 2002: 28)“ (Krummacher/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt: Soziale Stadt, Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement: Soziale Strategie für einen lokalpolitisch flankierten Sozialstaatsabbau oder Revitalisierung von sozialer Stadtteilentwicklung?, in: http://www.stadteitarbeit.de/Seiten/Theorie/krummacher/soziale_stadt.htm).

Zugleich verweisen Krummacher u.a. (2005) zu Recht auf die dominanten Zielsetzungen des „Neuen Steuerungsmodells“ als auch auf die mangelnde Kompatibilität von Verwaltungsmodernisierung und raumorientierter Reorganisation der Verwaltung (Verantwortungs- und Arbeitsteilung zwischen öffentlichem, privaten und „Dritten Sektor“ und Binnenmodernisierung von Staat und Verwaltung). Eine nicht unbedeutende Konsequenz für die traditionelle Gemeinwesenarbeit sieht Krummacher in der Etablierung einer auf Zielvereinbarungen basierenden Output-Steuerung und dem etablierten Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit auf „themen- und projekt-unspezifische Prozesse“. Der Widerspruch zum Professionsdiskurs in Fachkreisen der sozialen Arbeit (Einzelfallorientierung vs. „Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip“/„Stadtteilbezogene Arbeit“) ist nicht ohne Bedeutung, da die professionelle Orientierung/Ausrichtung von Planung und Stadtsoziologie und „Sozialer Arbeit“ nicht kompatibel ist. Und zum bisherigen Stellenwert der sozialen Arbeit im Konzept der „Sozialen Stadt“ resümieren Grimm & Hinte:

„Trotz des ganzen Geredes von Einmischung und Empowerment hat die Jugendhilfe bis heute kein wesentliches Feld im Programm ‚Soziale Stadt‘ besetzt. Das vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegte E & C-Programm (Entwicklungen und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C) erweist sich bereits in den seitens des Ministeriums vorgelegten Formulierungen als konzeptionell relativ dürrig und verschwommen und dient – trotz der engagierten und kompetenten Arbeit der SPI-Regiestelle – eher als Etikett für die Beantragung von eng auf den Jugendhilfebereich bezogenen Mitteln, die nur an wenigen Orten das dortige Quartiersmanagement nachhaltig anreichern oder gar prägen. Im Grunde zeigt sich an den nur mühsam besetzten Einflussbereichen der Sozialen Arbeit im Programm der ‚Sozialen Stadt‘ auch die Versprengtheit der konzeptionellen und praktischen Innovation aus den 70er Jahren. Wir haben in Deutschland eben nicht eine quantitativ und qualitativ ins Gewicht fallende Gruppe gut ausgebildeter Gemeinwesenarbeiterinnen. Es gibt bis heute (abgesehen von dem ISSAB in Essen) keine langfristig bestehende Ausbildungsinstanz für Gemeinwesenarbeit im Hochschulbereich. Wir verfügen nicht über gewachsene und einflussreiche berufsständische Organisationen, die ohnehin wenigen Zusammenschlüsse unterschiedlicher Gruppierungen oder Einzelpersonen schwanken irgendwo zwischen Sektierertum, engagierter Verwirrung und strategischer Unbeweglichkeit, und das ein Remake von eher betagten (aber immer aktuellen Aufsätzen) von Dieter Oelschlägel und Wolfgang Hinte die derzeit aktuellste und wohl auch am breitesten angelegte Publikation zur Gemeinwesenarbeit ist, spricht nun wirklich Bände hinsichtlich der Entwicklung des öffentlich geführten Diskurses in der GWA“ (Gaby Grimm & Wolfgang Hinte: „Soziale Stadt“: Tops und Flops, in: http://www.stadteitarbeit.de/Seiten/lernprogramm/gwa/aufsaeetze/grimm_hinte_soziale_stadt.htm, 30.12.2005, S. 4).

Krummacher u.a. (2005) kommen in ihrer abschließenden Bewertung des Konzeptes der „Sozialen Stadt“ zu folgende Positionen, die ich hier ausdrücklich unterstreiche:

„Die Ursachen der fortschreitenden Sozialspaltung bzw. kleinräumlichen Segregation der städtischen Teilgesellschaften und der Herausbildung von benachteiligten Stadtteilen mit ihren sich verfestigenden Armutsspiralen sind überwiegend exogen begründet und rühren nicht aus den betroffenen Stadtteilen selbst (Arbeitslosigkeit, Verarmung der ‚Überflüssigen‘, Sozialstaatsabbau, schichtenspezifische Individualisierungen und selektive Wanderungen). Ergänzend zu den individuellen Verarmungsprozessen bewirken sie zusätzliche kollektive Benachteiligungen und konflikthafte Desintegrationsprozesse der Stadtteilm Bewohner/innen.

Teile der Politik haben die darin begründeten Entwicklungstendenzen erkannt und versuchen quartiersbezogen mit Sonderprogrammen zur integrativen Stadtteil-/Quartierserneuerung gegen zu steuern.

Die formulierten Leitziele der Programme zielen auf die Verbesserung der Lebenslagen und soziale Integration in den benachteiligten Stadtteilen, auf integrative Handlungskonzepte bislang getrennter Sektoralpolitiken (Wohnen, Arbeit, Wirtschaft, Soziales) und auf stärkere Bürger-, Akteurebeteiligung (Demokratisierung der Planung) ab.

Offen ist bislang auch noch, inwieweit diese Programme nicht als Bestandteil einer umfassenden Staats- und Verwaltungsmodernisierung gewertet werden müssen, die sich in zentral- und lokalstaatliche Konzepte von sozialer Deregulierung, der Abwälzung von sozialstaatlicher Verantwortung auf die zivile Bürgergesellschaft mit der Absicht von zentral- und lokalstaatlichen Einspareffekten einbettet (‚aktivierender Sozialstaat‘). Dies spricht in Verbindung mit der kommunalen Finanzmisere und den durchsetzungsstarken Akteureinteressen in den Kommunen für die Haupttendenz eines lokalpolitisch flankierten Sozialstaatsabbaus:

Vorerst lassen sich aus unserer Sicht folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Im Bewusstsein der begrenzten Reichweite von kommunaler Politik gegenüber sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung ist eine sozialintegrative Stadtpolitik begrenzt möglich. Sie muß aber für die Gesamtstadt gewollt werden. Das Hartz-Konzept und die Agenda 2010 zum Sozialstaatsumbau weisen darauf hin, dass die Politik gegenwärtig sich darauf konzentriert, den Kampf gegen die Arbeitslosen und die Armen im Sinne einer workfare-Strategie zu führen... Insofern stehen die sozialen Stadtprojekte vor der Herausforderung, mit wenig durchsetzungsfähigen Instrumenten kleine Verbesserungen zu erreichen, die durch die vorgelagerten sozialpolitischen Entscheidungen konterkariert werden.

2. Die Programme ‚Soziale Stadt‘ und ihre strategischen Instrumente Sozialraumorientierung, Stadtteil-/Quartiersmanagement und ihre Umsetzung garantieren keine sozialintegrative Politik zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in benachteiligten Stadtteilen. In Abhängigkeit von den gesetzten Leitzielen, der Steuerung von Politik und Verwaltung und ihrer Umsetzung ‚vor Ort‘ können und werden Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement oft als Sparstrategie und Instrument zur Kolonialisierung und Ausgrenzung von durchsetzungsschwachen Minderheiten genutzt.

3. Angesichts dessen ist eine sozial engagierte Quartierspolitik nur möglich, wenn sich die sog. Quartiersmanager/innen und ihre Anstellungsträger ihres gemeinwohlorientierten Integrationsauftrages für eine ‚Soziale Stadt‘ für ‚alle‘ besinnen und eine kritische Wächter- und Lobbyfunktion für durchsetzungsschwache Minderheiten einnehmen. In den Professionsdiskursen, in der Aus- und Weiterbildung und in der Praxis bedarf es noch vieler Anstrengungen dazu. Sie haben nur eine Chance, wenn es ihnen gelingt, im Rahmen der lokalen Akteurearena eine relative Unabhängigkeit durchzusetzen und zu behaupten.“ (Krummacher u.a., S. 11+12).

3. Die Krise in den „sozialen Brennpunkten“ als Prüfstein für die Programmatik der „Sozialen Stadt“

Sozialräumliche Konzentrationen (ökonomisch, sozial und kulturell) von marginalisierten Bevölkerungsgruppen (als Folge sozio-ökonomischen und sozialräumlichen Strukturwandels vor allem in den Großstädten) sind ein seit einem Jahrzehnt sich verschärfendes Problem in den USA und zunehmend auch in Europa; neue Strukturen der sozialen Ungleichheit werden hervorbracht und verschärfen sich. Die aus der neoliberalen Globalisierungsanalyse abgeleitete Arbeitshypothese ist die Grundlage weiterer Betrachtung über die sich unter bestimmten sozio-ökonomischen und politischen Konstellationen zuspitzenden Prozesse in gesellschaftlichen „Krisenzonen“, in denen die Herausbildung neuer Ungleichheitsstrukturen (Spaltung der Stadt, Ausgrenzung, wachsende Armutsbevölkerung, Zunahme der Sozialhilfeempfänger, Langzeitarbeitslose/Dauerarbeitslose, Einkommensarmut und ethnische Konzentrationen) eine strukturelle Verschärfung erfährt. „Ausgrenzung“ definiert sich in ökonomischer, institutioneller, sozialer, sozialräumlicher und kultureller Perspektive.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ ist bei der politischen Repräsentanz diese gesellschaftspolitische Brisanz in der Wahrnehmung angekommen, ohne dass damit die Frage beantwortet wäre, ob die

konzeptionelle Vorgehensweise und die zur Verfügung gestellten Ressourcen zur Prävention und Krisenintervention geeignet sind. Die dargestellte (aus dem Globalisierungskontext abgeleitete) Spar-„Logik“ des „aktivierenden Sozialstaates“ bildet einen analytischen Rahmen zur Entwicklung und Dynamisierung dieser sozialräumlichen Disparitäten.

Hat Julius W. Wilson in den 80iger Jahren in den USA mit seiner These, in den USA entstehen mitten in den Großstädten „new urban underclass“, noch heftige Debatten ausgelöst, so ist die europäische Öffentlichkeit mit den bürgerkriegsähnlichen Ereignissen in den französischen „Vorstädten“ im Oktober 2005 mit einer nicht für möglich gehaltenen „sozialen Explosion“ konfrontiert worden, die die Frage nach der Wirksamkeit präventiver Konzepte in professioneller Perspektive stellt. Entscheidend ist, daß die räumlichen Marginalisierungs-/Exklusionsprozesse allmählich (und gelegentlich brachial) durch solche sozialen Eruptionen in den Wohlfahrtszentren Europas ins Bewusstsein dringen.

Die aus dem ökonomischen und sozialen Wandel resultierenden Veränderungen in den Großstädten (Strukturwandel des Arbeitsmarktes mit dem massenhaften Verlust unqualifizierter Arbeitsplätze; Finanznot der Städte; Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung) verschärft die sozialräumliche Polarisierung und soziale Segregation. Da es sich hierbei um strukturelle Prozesse handelt, die nicht mit kurzfristigem Aktivismus „gedreht“ werden können, ist auch die bisherige Charakteristik als „soziale Brennpunkte“ nicht mehr angemessen.

Ökonomischer Strukturwandel, Denationalisierung ökonomischer Regulierungen, Abbau sozialstaatlicher Fürsorge/Sicherungssysteme, verstärkte Marktorientierung der Wohnungsversorgung (Wegfall der Sozialbindungen), Dienstleistungsorientierung und starke Spreizung der Einkommensverteilung bedingen ein immer größer werdendes Potenzial von „Überflüssigen“, das sich über einen vielschichtigen sozialen Selektionsprozess in den „Quartieren“ der Großstädte konzentriert. So ist z.B. die Schulsituation in den „Quartieren“ ein wesentlicher Grund für Familien/Haushalte mit Kindern, belastete Wohnquartiere zu verlassen. Am Ende dieser sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Transformation von Lebensräumen könnte das Getto des 21. Jahrhunderts stehen. Sozial selektive Zu- und Wegzüge bedingen eine Konzentration problembeladener Populationen, dessen Prozess der Abwärtsentwicklung („Fahrstuhleffekt“) sich laufend verschärft.

Dieser Prozess verläuft jedoch nicht homogen, sondern unterliegt einer Fülle relevanter Differenzierungen. Nicht kulturell und soziale homogene, sondern sehr heterogene und konfliktreiche Milieus sind hier Grundlage der Analyse (Robert Park: „Mosaik aus kleinen Welten“). Waren traditionelle Sozialmilieus (Arbeiterviertel) und subkulturelle Gruppen in Sanierungsgebieten noch stark sozial vernetzt, historisch-kulturell und durch eine Klassen-/Gruppenidentität geprägt, so ist die heutige soziale Konzentration marginalisierter/exkludierter einheimischer Bewohner mit Zuwanderern/Migranten eher von Differenzierung/Individualisierung, sozialer Distanz, Fragmentierung und negativem Image geprägt. „Modernisierungsverlierer“, sozial Auffällige und sozial Diskriminierte bestimmen das Milieu, Normen, Lebensstile, Verhaltensweisen und Infrastrukturen. Drogenhandel, Gewaltkriminalität, Verwahrlosungserscheinungen und soziale Bedürftigkeit gehören zu den Erscheinungsbildern.

Prekäre Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/Hartz-IV, Sozialhilfe und Armutsrenten bedingen Armut und mangelnde soziale Sicherung und Abhängigkeiten von Transferzahlungen. Betroffen sind vor allem Alleinerziehende und Migranten. Die Gruppe der „Gesicherten“ (Voll-Erwerbstätigkeit und Rente deutlich über 1000 Euro) ist gegenüber den „Nicht-Gesicherten“ (knappe Ausgabenspielräume) und den Marginalisierten in einer deutlichen Minderheit.

Der Verlust sozialer Kontakte (als Folge der Arbeitslosigkeit), der Rückzug ins Private, die Reduzierung sozialer und kultureller Aktivitäten als Folge des Geldmangels und vergleichsweise kleinere Netzwerke der Unterschichtsangehörigen beschränken soziales Handeln wiederum auf

das benachteiligte Milieu. Ebenso ist der Verlust integrierender und sozial und politisch aktiver Gruppen (Familien, Erwerbstätiger, Qualifizierte) ein homogenisierender und destabilisierender Faktor, der auch in quartiersbezogenen Institutionen, Vereinen und Initiativen einen Niederschlag findet. Die Homogenisierung und die Außenstigmatisierung manifestieren sich in: Verwahrlosung von Gebäuden, Straßen, öffentlichen Plätzen und die Vernachlässigung der Versorgungsinfrastruktur. Die soziale und personale Identität verstärken die Neigung zu sozialem Rückzug und Resignation. Diese „Ghettos ohne Mauern“ (Henner/Mechler) reproduzieren und verschärfen multiple und kumulative Benachteiligungen. „Nix wie weg hier“ ist sowohl Motiv als auch Begrenzung

Die Ressource Sozialbeziehungen ist jedoch differentiell zu betrachten. Denn die Art und Intensität sozialer Beziehungsgeflechte definiert sowohl den Umgang mit materiellen Mängellagen als auch den Grad sozialer Isolierung und die Gefahr der Verfestigung der Marginalisierung/Exklusion.

Kontakte in Verwandtschaftsnetze und Freundeskreise, „Fürinander-da-sein“ in den Familienbeziehungen differieren stark. Vor allem die Aussiedler haben ein „dörfisches Ausmaß“ an gegenseitiger Unterstützung (Bürkner 1998). Türkische Männer verbinden enge Freundschaftskontakte und Aktivitäten in Vereinen, Treffpunkten und Moscheen. In der türkischen Bevölkerung hat sich eine Vielzahl von Clubs, Initiativen, Vereinen etabliert. Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen deutscher Armutshaushalte leben dagegen eher in sporadischen, angespannten, konfliktbeladenen und oberflächigen Beziehungen (Niepel 1994), und Haushalte deutscher und südeuropäischer Herkunft sind überwiegend in Sport- und Freizeitvereinen außerhalb des „Quartiers“ aktiv, während Vereinsaktivitäten in Armutshaushalten eher selten sind.

Diese differenzierte zielgruppenspezifische Betrachtung macht jedoch einige Grundlinien sichtbar: Subgruppenspezifische Homogenisierung und Beziehungsgefüge, wachsende Fluktuation unter den Hausbewohnern, geringe nachbarschaftliche Beziehungen/Hilfen im „Quartier“, Konflikte in der Hausgemeinschaft („nächtlicher Lärm“, „mangelnde Sauberkeit“, offener Streit und Gewalttätigkeiten), Konflikte im Außenraum (Polizeieinsätze, Belästigungen, handgreifliche Auseinandersetzungen etc.), Meidung bestimmter Bereiche des „Quartiers“ („schlechte Ecken“), Wahrnehmung von „Festungen“ („die Türken“).

Bei aller notwendigen Differenzierung und Spezifizierung lassen sich jedoch Strukturmerkmale benachteiligter Stadtteile identifizieren, die unabhängig von ihrer empirischen Ausprägungsgraden für die weitere Analyse von Bedeutung sind:

- unzureichende Versorgung mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen;
- fehlende/mangelnde Freizeitangebote und defizitäre soziale Infrastruktur;
- gesellschaftliche Marginalisierung des Wohnquartiers;
- beengte und qualitativ unzureichende Wohnverhältnisse;
- Verwahrlosung von öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsanbindungen und Gebäuden;
- inadäquate und zielgruppenunspezifische Bildungs-/Weiterbildungseinrichtungen;
- behördliche Desinteresse bzw. Mangelverwaltung;
- defizitäre medizinische Versorgung;
- innerethnische Spannungen;
- Alkohol- und Drogenmissbrauch;
- erhöhte Gewalt- und Kriminalitätsbelastungen;
- Mangel an Beratungs- und Betreuungsangeboten;
- fehlende politische Lobbyisten.

3.1. „Soziale Brennpunkte“ und ethnische Majoritäten

Die strukturellen Entwicklungen in den (groß-)städtischen „sozialen Brennpunkten“ sind vielschichtig und haben einen zentralen sozial-/gesellschafts- und bildungspolitischen Fokus: Die massive Veränderung der Sozialstruktur/-kultur durch die zunehmende sozialräumliche Konzentration von Migranten und deren Kindern. Die mit den sozialen Selektionen einhergehenden Tendenzen zur Gettobildung lassen sich nicht mehr auf Berlin-Kreuzberg/-Neukölln/Wedding reduzieren, sondern sind ein flächiges (groß-städtisches Phänomen deutscher Stadtviertel, z.B. Hamburg-Veddel und Jensfeld, Duisburg Bruckhausen, Frankfurt Gallusviertel, Köln Kalk etc.) mit Wachstumspotenzial als Konsequenz der demografischen und soziostrukturellen Entwicklung, und des signifikanten Wegzugs deutscher Bevölkerungsschichten. So wurde nach der Veröffentlichung des „Sozialdatenatlas Kinder und Jugendliche“ (Stuttgart) nicht nur sichtbar, dass eine „Gesamtstrategie für soziale Brennpunkte fehlt“ (Stuttgarter Zeitung, 22.3.2007). Es wurde sogar von öffentlichen Repräsentanten der Überraschung Ausdruck gegeben, dass mehr als die Hälfte der Stuttgarter Kinder Migranten sind.

Die vorliegenden Daten sind alarmierend und unterliegen zugleich unterschiedlichen und stark kontroversen Deutungen: In Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil wächst die Arbeitslosenquote besonders schnell (bundesweit sind über 25% der Türken ohne Arbeit, in manchen Stadtteilen Berlins nähert sich die Quote der 50%-Marke) – ausländische Jugendliche sind zunehmend chancenlos auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Ein Viertel verlässt die Schule ohne Abschluß. Während 65% der deutschen Jugendlichen eine Ausbildung absolvieren, liegt die Quote bei ausländischen Jugendlichen bei 35% - Tendenz fallend.

„Die Perspektivlosigkeit produziert bizarre Blüten: Für eine WDR-Dokumentation antwortete die Mehrzahl der nach ihrem Berufswunsch befragten Türken: Türsteher. Vom Disco- und Rotlichtbezirk ist es nicht weit zum kriminellen Milieu. ‚Viele Jugendliche ohne Aussicht auf einen Job machen eine Karriere als Drogendealer oder Zuhälter‘, weiß Heimann (Jugendhilfeplaner der Stadt Köln). Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) entfallen auf türkische Jugendliche dreimal so viele Gewalttaten wie auf ihre deutschen Altersgenossen. ‚Die Lebenswelt junger Menschen wird immer mehr zur Winner-Loser-Kultur‘, klagt KFN-Direktor Christian Pfeiffer. ‚Wer auf die Seite der Verlierer gerät, ist in Gefahr, seine Frustration in Gewalt umzusetzen.“ (Capital 25/2005, S. 36).

Ein Resultat nicht gelungener/gelingender Integrationsprozesse ist die wachsende Entfremdung zur Kultur des Gastlandes und die häufig damit einhergehende „Zuflucht in den Islam“ und die Herausbildung einer „Parallelgesellschaft“, die sich sicher am ehesten in den städtischen „Gettos“ identifizieren läßt. Ob diese sozialen Lebensräume ‚aufzubrechen‘ sind, wird zunehmend von Experten bezweifelt, wenn nicht ein radikaler Paradigmenwechsel und die damit verbundenen strukturellen, monetären und konzeptionellen Antworten gegeben werden.

Hierbei ist jedoch eine schematische Übernahme des Konzeptes der „Parallelgesellschaften“ zu problematisieren, und auf dem Hintergrund der aktuellen Forschungslage wie folgt zu differenzieren:

Unter dem Titel „Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung“ legen Halm/Sauer (2005) in ihrem Untersuchungsdesign fünf Indikatoren zur Definition von „Parallelgesellschaften“ zugrunde:

- Ethno-kulturelle bzw. kulturell-religiöse Homogenität.
- Nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche sowie weitgehende Möglichkeiten der ökonomischen Segregation.
- Nahezu komplette Verdopplung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen.
- Formal freiwillige Segregation.
- Siedlungsräumliche oder nur sozial-integrative Segregation, sofern die anderen Merkmale alle erfüllt sind.

Sie kommen auf diesem Kriterienhintergrund bei der Untersuchung türkischer Parallelgesellschaften in NRW (Längsschnittuntersuchung) zu der Feststellung, dass „Parallelgesellschaften von Zuwanderern zumindest in Deutschland in diesem Sinne nicht existieren“ (S. 19), dass jedoch auf der Basis empirischer Befunde eine „Zwangsläufigkeit der Entstehung ethnischer Schichtung“ (S.20) zu beobachten ist, die zu einer „zunehmenden ethnischen Schließung“ führt (S.20). Zugleich lässt sich ein wachsender Trend zur religiös-kulturellen Homogenität beobachten, der sich auf dem Hintergrund einer generalisierten Abwertung des Islam in der Mehrheitsbevölkerung verstärkt, und Rückzugstendenzen auf das eigene ethnische Milieu zur Konsequenz hat. Auf dem Hintergrund zunehmender „islamophober Einstellungen“ (Leibold/Kühnel 2003) lässt sich nach ZfT-Umfragen (Zentrum für Türkeistudien) ein Trend belegen (nach dem „11.9.2001“), dass die Religiosität unter den Muslimen zugenommen hat, und diese fundamentalen Grundorientierungen starker religiöser Bindungen mit einer geringen deutschen Sprachkompetenz als auch mit einem niedrigen sozioökonomischen Familienstatus korrelieren (Brettfeld/Wetzels 2004). Trotz einer relativ starken ethnischen Homogenität der Netzwerke sehen Janssen/Polat (2005) die von ihnen beschriebenen türkischen Lebenswelten nicht völlig von deutschen Lebenswelten abgetrennt. Generell sind Verarmungspotenziale (mit den jeweiligen sozial-ethnischen Schichtungsmerkmalen) stärker von zunehmender Desintegration, Rückzugs- und Abschottungstendenzen betroffen, vor allem eine spezifische Gruppe: die der türkisch-muslimischen Minderheit. Janssen/Polat (2005) sehen ein verschärftes, dauerhaftes Ausgrenzungsrisiko der Migranten und deren Nachfolgegenerationen in unserer Gesellschaft, und hier vor allem im Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt.

Grundsätzlich ist die Analyse des Verhältnisses von Integration und Segregation komplex, und durch die vorliegenden Untersuchungen nicht grundlegend zu beantworten, weil sich dieser Prozess in einer komplizierten gesellschaftlichen Dynamik bewegt. Ob die Herausbildung/Existenz von „Parallelgesellschaften“ real ist und eine Entwicklungsperspektive hat, ist sicher in folgenden Dimensionen zu analysieren: der Grad der religiösen Homogenität; die lebensweltliche Segregation; die zivilgesellschaftliche Segregation; die siedlungsräumliche Segregation und die Integrationsperspektive, die ihnen die „Aufnahmegesellschaft“ zur Verfügung stellt. Es gibt einen weitgehenden Konsens unter Stadtsoziologen, dass die wohnliche Segregation von Migranten weniger durch deren sozialen Bindungskräfte bedingt ist, sondern durch deren Sozialstatus und die Mechanismen des Wohnungsmarktes (preisgünstiges Wohnen für einkommensschwache Schichten) bzw. durch Restriktionen der Wettbewerbschancen durch Diskriminierung (u.a. Alisch/Dangschat 1998, Heitmeyer u.a. 1998). Gegenüber einer weitverbreiteten Meinung, Migranten (resp. türkischer Herkunft) wollten per se ein isoliertes Eigenleben führen, ist die Annahme plausibel, dass die strukturellen Selektions- und Homogenisierungsmechanismen verfestigt werden durch die Verschlechterung gesamtgesellschaftlicher Klimafaktoren, in dessen Gefolge die sozialen Schließungstendenzen sich verschärfen (siehe auch Untersuchungen von Heitmeyer). Der restriktiver werdende Assimilationszwang (Einbürgerungstests etc.), und eine weitgehende mangelnde Lernbereitschaft der „aufnehmenden Gesellschaft (mit einem schwach ausgeprägten multikulturellen Selbstverständnis) bringt vielfache sozialisatorische Effekte aus diesem Adaptionsprozess hervor (Preis der Selbstverleugnung/Überanpassung, multikulturelle Patchwork-Identitäten etc.)

Bildungspolitisch ist von hoher Signifikanz die Korrelation zwischen Segregation und Deutschkenntnissen, formalem Bildungsniveau und beruflicher Stellung. Gerade im Bildungssektor ist das Ver-sagen der Integrationspolitik zu begutachten. Laut PISA-Studie sind die schulischen Misserfolge eng mit der sozialen Herkunft aus Migrantenfamilien verbunden. Mit massiven Investitionen in die Vorschul-erziehung muß diesem schon bei einer ganzen Generation kritischen Qualifizierungs- und Sozialisationsprozessen gegengesteuert werden. Die Vermittlung der Bedeutung des Stellenwertes der Bildung für die gesellschaftliche Integration gehört zu den zentralen Aufklärungszielen der Elternarbeit. Dieses kann vor allem durch die Einbeziehung z.B. türkischer Organisationen und Persönlichkeiten

öffentlichen Ansehens geschehen, sowie generell die Nutzung der Ressourcen ethnischer Potenziale bisher zu wenig berücksichtigt werden:

„Auch die ethnische Wirtschaft könnte zum Instrument der Hoffnung werden. In keiner Bevölkerungsgruppe ist die Selbstständigkeit so groß wie bei den Türken. 60000 Unternehmer sind in Deutschland tätig, das reicht vom kleinen Einzelhändler an der Ecke bis zum großen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. ‚Kapital ist wegen der hohen Sparquote vorhanden‘, ... ‚es fehlt aber am Know-how.‘ Würde dieses nachhaltig gefördert, könnten ethnische Firmen ein wirksames Mittel gegen die Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern sein – und sie könnten auch der deutschen Wirtschaft Impulse geben.“ (Capital 25/2005, S. 37).

Die in der öffentlichen Debatte dominant negativ fokussierten Schattenseiten des Kollektivismus/Familismus ‚der‘ Migrantenbevölkerung (Verzögerung der Autonomieentwicklung, der Einschränkung individueller Selbstbestimmung, die Zementierung repressiver Lebensformen) übersieht häufig die **positiven Ressourcen ethnischer Netzwerke** (emotionaler Rückhalt, Stärkung der Identität, materielle Unterstützungspotenziale sowie positive Einflüsse auf Sozialisationsverläufe). So belegen die Untersuchungen von Nauck (2000) zu Erziehungsstilen italienischer, griechischer und türkischer Eltern, dass der empathische Erziehungsstil positiv gegenüber einem autoritär rigiden platziert werden muß. Es scheint jedoch müßig, die Vielfalt und Heterogenität der Entwicklungsverläufe sozialwissenschaftlich signifikant abbilden zu wollen, (mit der immer wiederkehrenden Problematik, dass die Prozesse schneller sind als deren Beschreibung), um dann wiederum mit Zeitverzögerung auf politische Reaktionen zu warten, deren Instrumente immer weniger zu greifen scheinen. Es reicht die **plausible Erkenntnis**, dass ohne ethnische Netzwerke/„Soziotope“, ohne eine differenzierte ethnische Ökonomie, familiäre Selbsthilfe, soziale Nachbarschaftsbeziehungen, kulturelle und religiöse Selbstorganisationen bei gleichzeitiger Verschlechterung der sozialen Chancenstrukturen das Anomiepotenzial in den städtischen Lebensräumen schon ausgeprägter zu Tage getreten wäre. Friedrichs/Blasius (2000) kommen in ihrer Untersuchung zu subkulturellen Lebenswelten benachteiligter Stadtgebiete zu der Feststellung, dass ganz im Gegensatz zu bekannten stereotypen Zuschreibungen türkischer Bevölkerungsanteile eher als ein stabilisierender Faktor bewertet wurden. Diesen sicher sehr differenzierten Prozess gilt es mit geeigneten Programmen und Interventionen zu flankieren und zu unterstützen (sozialverträgliche Stadtentwicklungspolitik, Förderung ethnischer Netzwerke, Intensivierung der Bildungs- und Ausbildungsförderung, Bekämpfung der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt).

„Gefahr erkannt, Problem gebannt“. **Es bleibt die professionelle Einsicht, dass Präventionskonzepte nicht nur eine Forderung nach Chancengleichheit, sondern die ultima-ratio an die Voraussetzungen des sozialen Friedens sind.** Spätestens seit den bürgerkriegsähnlichen Krawallen in Frankreichs Trabantstädten (mit der Notbremse des aktivierten Notstandsrechts der 50er Jahre) liegt der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit auf der Frage nach den Hintergründen und strukturellen Verursachungen, wenn auch die ordnungspolitische Logik aktuell dominiert. Nachdem jedoch die Bilder brennender Autos, Barrikaden und öffentlicher Gebäude in den Hintergrund treten, schiebt sich die Frage in den Fokus der öffentlichen Debatte, ob denn solche Eskalationen auch in Deutschland möglich seien. Diese „verzweifelte neue Unterklasse“ artikuliert sich plötzlich mit einer solchen Wucht, wie sie selbst in extremen szenarischen Varianten nicht denkbar schienen:

„Die Logik dieser Unruhen, sagt ein Polizeisprecher, ist die Sezession – die Abtrennung und Verselbständigung ganzer Viertel und Gemeinden, Zonen eigenen Rechts, zu denen die Staatsmacht keinen Zutritt mehr hat, wenn sie nicht als feindlicher Eindringling empfunden werden will.“

Seit 25 Jahren gibt es in Frankreich Sonderprogramme, Pläne und Banlieue-Ministerien für die Problemviertel. Und ebenso regelmäßig brennen die Müllcontainer in den Vorstädten, mal in Paris, mal in Lyon, Straßburg oder Marseille. Fast hätte man sich daran gewöhnt.

Doch die Entwicklung eskaliert. Seit Januar hat es 70.000 Fälle von Vandalismus, Brandstiftung, Bandengewalt gegeben. Nicht weniger als 28.000 Autos sind angesteckt worden. Und es sind meist die Autos der Armen, die da lodern.

Die Brandsätze, die Steinwerfer, der Fanatismus – all das erinnert auch an das Unruhejahr 1968. Nur ist diesmal keine Avantgarde auf dem langen Marsch. Kein Satre, kein Cohn-Bendit hakt sich in der ersten Reihe unter..

Integration? 60 Prozent der eine Million niederländischen Muslime begreifen sich zuerst als Marokkaner oder Türken, sind oft stolz auf ihre Normen und Werte, suchen Geborgenheit in ihrer Gemeinschaft. So entstehen Parallelwelten. Von ,den

Holländern' reden Immigrationskinder wie von Feinden. Ihre Geschwister besuchen Koranschulen, Musliminnen mit Kopftüchern tauchen immer häufiger im Straßenbild auf. Schroffe Umgangsformen greifen um sich, etwa wenn Muslime und Einheimische in Amsterdamer Einkaufsstraßen einander rüde rempeln....

Was in diesen Tagen die öffentliche Ordnung in europäischen Städten erschüttert, ist ein verzweifelter Aufschäumen, ist richtungslose Gewalt mal gegen eine Staatsmacht wie in Paris, mal gegen andere Underdogs wie kurz zuvor in Birmingham... Die Kampfzone weitet sich aus, wie es der bleiche Autor Michel Houellebecq in seinem Bestseller formuliert. Und es sieht ganz danach aus, als würden die wurzellosen Zuwanderer das Leben in Europa auf dramatische Weise verändern. Birmingham und die Vorstädte von Paris geben eine Ahnung davon.“ (Der Spiegel 45/2005, S. 128 f.).

Unter dem Titel „10 Jahre bis Paris“ entwirft der „Fokus“ ein nicht ganz unrealistisches Bild der deutschen Realität in einer nahenden Zukunft:

„Ihre Gegner heißen Langeweile und Frust. ‚Was in Frankreich abgeht, sollten wir auch hier machen‘, ereifert sich Burak, 16. Der Türke fühlt sich ausgegrenzt und von der Polizei drangsaliert. ‚Bullen sind Arschlöcher‘, schimpft er. ‚Sie behandeln uns wie Abschaum und prügeln auf unsere Freunde ein‘... Während Deutschland die Frage diskutierte, ob der Funke überspringen könnte, standen in Berlin die ersten Autos in Flammen, dann in Bremen, Köln, Düsseldorf und München...

Warnend verweist Unions-Innenexperte Hartmut Koschyk (CSU) auf die ‚faktischen Parallelgesellschaften‘ in einigen Städten und das ‚hohe Frustrationspotenzial‘ junger Ausländer. Der Bürgermeister von Berlin Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD) hat in seinem Kiez ‚Strukturen jenseits unserer Rechtsordnung‘ ausgemacht, ‚in denen Friedensrichter nach eigenen Normen Recht sprechen‘.

Verheerend ist die Lage im Norden des Bezirks. Ein Drittel der jungen Einwanderer verlässt die Schule ohne Abschluss, 40 Prozent beenden gerade einmal die Hauptschule erfolgreich. ‚Die kriegen nie einen Job und bleiben auf Dauer Außenseiter‘, so Buschkowsky. ‚Wenn wir nicht eingreifen, haben wir in zehn bis 15 Jahren französische Verhältnisse.‘ Diese düstere Einschätzung korrespondiert mit neuesten Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung. Bereits im Jahre 2015 werde in Berlin die Hälfte der unter 40-Jährigen ausländischer Herkunft sein, prophezeit Stefan Luft, Politikwissenschaftler und Migrationsforscher an der Uni Bremen. Bei Kindern und Jugendlichen stellen die Migranten dann sogar die Mehrheit. In deutschen Ballungsräumen wird sich laut Luft ‚eine Dynamik der Desintegration‘ entwickeln, welche ‚die Vorstellungskraft der meisten Politiker übersteigt‘. Das enorme Konfliktpotenzial ist schon heute deutlich wahrnehmbar – etwa in den hauptstädtischen Bildungshorsten. In manchen Grundschulen beträgt der Anteil der Schüler nicht deutscher Herkunft nahezu 90 Prozent, in der Eberhard-Klein-Oberschule in Kreuzberg sogar 100 Prozent. Für die überwiegend aus türkischen und arabischen Familien stammenden Kinder sei dies der einzige Ort, an dem sie Deutsch sprechen, sagt Schuldirektor Bernd Böttig – und das auch nur mit den Lehrern: ‚Sobald wir uns umdrehen, reden sie in ihrer Sprache‘. Neben dem zunehmenden Einfluss des Islam – immer mehr Mädchen tragen Kopftücher – macht Böttig die schlechten Sprachkenntnisse als Kardinalproblem aus. An Matheaufgaben verzweifeln seine Schüler, weil sie die Texte schlichtweg nicht verstehen. Trotz motivierter Lehrer und kleiner Klassen könne die Schule das Dilemma ‚nicht mehr richten‘, kapituliert Böttig.

Je gebildeter jemand ist, desto besser lässt er sich integrieren, belegt eine noch unveröffentlichte Studie der Uni Bonn... Keine Probleme mit der neuen Heimat haben demnach jene Türken, die das Abitur gemacht haben. Im Gegenteil: Ihre Lebensentwürfe ähneln denen ihrer deutschen Altersgenossen... Gänzlich andere Wertvorstellungen haben junge Türken, die lediglich einen Hauptschulabschluss schafften: Ihnen sind die Deutschen weitgehend fremd. Nur die wenigsten können sich eine deutsch-türkische Beziehung vorstellen. Stattdessen ist es ihnen wichtig, dass der Partner religiös ist und aus einer angesehenen türkischen Familie stammt...

Experten verweisen darauf, dass die deutschen Verhältnisse mit denen in Frankreich nicht vergleichbar seien. Sozial entkoppelte Trabantensiedlungen am Rand der Großstädte findet man hierzulande kaum. In Berlin etwa leben die meisten Ausländer im Bezirk Mitte. Zudem bleiben die Eingewanderten nicht sich selbst überlassen. Sprach- und Integrationskurse, Streetworker-Betreuung, Runde Tische, Fördervereine – das soziale Sicherungsnetz fängt viele Problemfälle auf, die in Frankreich in einen Aufstand der am Rand Stehenden mündeten. Gleichwohl fühlen sich auch in Deutschland viele Migranten fremd. Fast ein Viertel aller Türken, so das Islam-Archiv in Soest, sieht sich ‚nicht integriert‘“ (Fokus, 46/2005, S. 46-48).

Die strukturellen demografischen Veränderungen vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen (Geburtenentwicklung, weitere Zuwanderungen, Rückgang und veränderte Alters- und Sozialstruktur der einheimischen Bevölkerung, soziale „Entmischung“) lassen sich prognostisch extrapolieren (Birg 2001). Sowohl die objektiven strukturellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt als auch die schwindenden Integrationspotenziale in der Gesellschaft lassen befürchten, dass der jetzige Befund (Studie Schröder 2002 im Auftrag des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums) einer wachsenden Desintegrationsdynamik zwischen deutscher und türkischer Bevölkerung zu einem erheblichen interethnischen Konfliktpotenzial führen kann, dessen gravierendsten Indikatoren Kriminalitätsentwicklung/Jugendkriminalität und Gewaltanwendung sind (repräsentative Untersuchung Pfeiffer 2000), die signifikant mit spezifischen

Lebensumständen (Arbeits- und Sozialhilfequoten der Eltern sowie Ausbildungs- und Integrationsperspektiven) korrelieren. Das **Szenario überforderter Kommunen** ist heute schon real und zeichnet sich in einer mittelfristigen und langfristigen Zukunftsprojektion ab:

„Die Städte und Ballungszentren sind mit den Folgen der Zuwanderung aus den Anwerbestaaten der Sechziger- und Siebzigerjahre ebenso konfrontiert wie mit den Folgen des großen Aufkommens an Asylbewerbern in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Die Folgen einer vorwiegend an den Interessen der Großindustrie ausgerichteten Arbeitszuwanderung der Sechzigerjahre sind angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels und einer Erosion hunderttausender Arbeitsplätze, hoher Arbeitslosigkeit und entsprechend überdurchschnittlicher Sozialhilfelasten bei gleichzeitigen Einnahmeverlusten vor allem beim Steueraufkommen. Vor dem Hintergrund tiefgreifender sozialer Umstrukturierungsprozesse in den Städten verschärft die Zuwanderung die aktuellen Probleme der Kommunen. Es kommen Menschen ohne Aussicht auf Arbeit. Arbeitslosigkeit und Verarmungsprozesse könnten die bisher hohe Integrationskraft der Städte zunehmend in Frage stellen. Phänomene der Globalisierung erschweren lokale Handlungsansätze. Die Zuwanderung fällt heute mit Problemen zusammen, die den Wandel für die Städte mit sich bringt.“

Deindustrialisierung und ständig an Geschwindigkeit gewinnende Rationalisierung führen zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit. Der Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft kann die weggefallenen Arbeitsplätze im industriellen Sektor nicht kompensieren. Auch deshalb nicht, weil die neuen Arbeitsplätze Qualifikationen erfordern, über die Zuwanderer häufig nicht verfügen. „Fallen Arbeitsplätze weg, so verlieren mehr Ausländer ihr Beschäftigungsverhältnis als Deutsche. Gelingt der Stadt hingegen eine wirtschaftliche Revitalisierung zugunsten neuer Industrien und eines Ausbaus des Dienstleistungssektors, so haben sie wiederum auf Grund ihrer mangelnden Qualifikation geringe Chancen, eine neue Anstellung zu finden.“ Mit diesem sich dramatisch verschlechternden Arbeitsmarkt sind gleichzeitig die Integrationschancen dramatisch gesunken.

Die abnehmende Integration in den Arbeitsmarkt verstärkt die Hinwendung zur eigenen ethnisch strukturierten Gemeinschaft und die Absonderung von der Mehrheitsgesellschaft. Zusätzlich werden diese Vorgänge durch die allgemein feststellbaren sozialen Spaltungsprozesse in den Städten gefördert. Das Konfliktpotenzial nimmt zu.

Die Zuwanderer und ihre Nachkommen treten um Arbeits- und Ausbildungsplätze und den Zugang zu sozialer Infrastruktur wie Kindertagesstätten in Konkurrenz zu einheimischen sozial Schwachen. Die zunehmende soziale Polarisierung in den Städten bringt es zwangsläufig mit sich, dass die sozial Schwachen überproportional große Integrationsleistungen zu erbringen haben und damit häufig überfordert werden...

Wesentliche Bedingungen gelungener Integration sind wirtschaftliches Wachstum und expandierende Arbeitsmärkte. Angesichts einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit fallen die Zuwanderer immer häufiger auf die sozialen Sicherungssysteme zurück. Dies stellt die Kommunen in Zeiten überlasteter öffentlicher Haushalte mit hohen strukturellen Defiziten vor ein Dilemma: Die Anforderungen steigen, während die Handlungsfähigkeit abnimmt...

Bei wachsenden sozialen Problemen und sinkender Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes spricht vieles dafür, dass sich die Konflikte in den Städten weiter verschärfen. Gleichzeitig verlieren sie zunehmend die politische und ökonomische Kraft, die Konflikte einzugrenzen oder gar zurückzudrängen...

Der Prozess der Integration „kann gelingen unter den Bedingungen resignierter Toleranz, universell gültiger Menschenrechte, ökonomischen Wachstums, expandierender Arbeitsmärkte und einer urbanen Stadt, die soziale Segregation und zugleich Räume unvollständiger Integration ermöglicht“. Wenn diese Feststellung grundsätzlich zutrifft, dann stehen die Chancen für Integrationsfortschritte größeren Ausmaßes nicht gut. Es zeichnen sich weder dauerhaftes und nennenswertes wirtschaftliches Wachstum noch eine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ab. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, des unverminderten Wanderungsdrucks nach Deutschland und der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union wird sich die Bundesrepublik Deutschland auf zunehmende Belastungen und Spannungen einstellen müssen.“ (Stefan Luft 2002, S. 15 f.).

So ist das Resümee des Integrationsbeauftragten der Stadt Stuttgart Gari Pavkovic ein Hinweis auf Notwendiges und zugleich das Prinzip Hoffnung, dass sich bei den politischen Entscheidungsträgern eine Einsicht für präventive Maßnahmen in sozialen Brennpunktgebieten herausbildet:

„Hinzu komme, dass die Stadt selbst mit Wohnungsprogrammen kaum Einfluss auf den Wohnungsmarkt und den Arbeitsmarkt nehmen könne. Beide Mechanismen führen aber zu einer Konzentration der Hartz-IV-Familien in bestimmten Wohnbezirken und somit auch Schulen und Kitas. Bildung sei aber ein entscheidender Faktor: „Wir brauchen mehr Qualität in der vorschulischen und schulischen Bildung und eine Aufwertung der Stadtgebiete.“ Dies könnte dadurch geschehen, dass gerade die Schulen in sozialen Brennpunkten besser ausgestattet würden als andere, nicht nur mit Computern und Sporthallen, sondern auch von den kulturellen Angeboten her, etwa, indem Kulturschaffende an die Schulen geholt werden könnten. Man brauche mehr Ganztagschulen „und keinen Bazar“ von Betreuungsangeboten. Pavkovic: „Man müsste wesentlich mehr in Brennpunkt-Kitas und Schulen investieren“ (Stuttgarter Zeitung, 22.3.2007, S. 25).

Damit sind die sichtbaren Phänomene Anlass zur Besorgnis und zu professionellen Handeln. Denn die Prozesse der Desintegration in „sozialen Brennpunkten“ sind schon weit fortgeschritten und dringen nur punktuell in die mediale Berichterstattung. Die Kriminalberichterstattung 2006 (Innenministerium) weist spezifisch für die Deliktgruppe jugendlicher Gewaltverbrechen vor allem in Ballungsräumen bei jugendlichen Ausländern eine Verdoppelung zu deutschen Vergleichsgruppen aus. Auszüge aus einem fachlichen Diskurs zwischen zwei Juristen (Reusch: Oberstaatsanwalt in Berlin; Sonnen: Hamburger Strafrechtsprofessor) sollen für die anstehende und strukturell eskalierende Thematik sensibilisieren:

R.: Gehen Sie doch mal durch Berliner Viertel wie Neukölln. Da gibt es Ecken, in die sich selbst die Polizei nur noch mit mehreren Streifenwagen traut... die Jugendlichen betrachten die Polizei als fremde Besatzungsmacht... 'Macht euch weg hier, das ist unser Kiez!'... Das ist ein Fass ohne Boden. Wenn in Traunstein ein paar Ladendiebstähle weniger begangen werden, nützt mir das in Neukölln-Nord wenig. Wir sehen in der täglichen Arbeit, dass das Problem förmlich explodiert... Und die Täter werden immer jünger...

Spiegel: Was für Typen sind das?

R.: Der klassische Straßenkriminelle ist jung, männlich und gehört der Unterschicht an. In keinem Land der Erde sind es die jungen Leute der Hautevolee, die massenhaft Gewaltdelikte begehen.

S.: Aber es wird auch an Gymnasien geprügelt und abgezogen. Im Übrigen haben auch die Jugendlichen aus der Unterschicht ganz bürgerliche Träume...

R.: Aber in den Problemkiezen ist eine eigene Welt entstanden. Inzwischen bessern schon Kinder mit sechs, sieben Jahren auf kriminelle Weise ihr Taschengeld auf. Sie lernen von Kindesbeinen, dass das Geld auf der Straße nur so rumläuft. Die betrachten jeden, der mit ehrlicher Arbeit sein Geld verdient, als ‚Opfer‘.

Spiegel: Im Jugendstrafrecht steht der erzieherische Gedanke im Vordergrund. Wie wollen Sie solche Kinder noch erziehen?

R.: Wir haben festgestellt, dass die herkömmlichen Methoden unser Klientel kaum erreichen. Freizeitarbeit, Ermahnungsgespräche, Betreuungsweisung, soziale Trainingskurse, das alles perlt an ihnen ab.

Spiegel: Also sperren wir vorsorglich alle ein?

R.: Das wäre vielleicht ein bisschen überzogen... Sobald sich ein Knabe in die falsche Richtung entwickelt, muss er eine Konsequenz verspüren, die ihm weh tut, und Knast tut weh.

S.: Das läuft doch dem Erziehungsgedanken völlig zuwider! Wir sollten die Palette von Möglichkeiten, die wir haben, besser nutzen: Streetworking im Kiez, Jugendhilfe, der Täter-Opfer-Ausgleich. Es geht um Betreuung im Sinne von Begleitung. Wir müssen Grenzen aufzeigen, ohne auszugrenzen.

R.: Die Forderungen von Professor Sonnen sind ja alle richtig. Nur fürchte ich, dass sie nicht finanzierbar sind. Wir stehen vor einem Mengenproblem. Es gibt zu viele Täter – und zu wenige, die sich darum kümmern können. In Teilen der Stadt besteht die Bevölkerung fast nur aus Problemfällen. So viele Sozialarbeiter, Jugendgerichtshelfer und Lehrer gibt es überhaupt nicht. Und wer sollte sie bezahlen?

S.: Wir haben doch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2006 zur Notwendigkeit eines Jugendstrafvollzugsgesetzes. In diesem Urteil steht, dass der Staat genau für diese Problemgruppe mehr Ressourcen zur Verfügung stellen muß. Da steht ‚muss nicht, soll‘.

R.: Das ist einfach gesagt vom Bundesverfassungsgericht, die müssen die Knete nicht auftreiben! Wir bewegen uns doch jetzt schon im Hamsterrad... Meistens betreiben wir nur eine Therapie der Symptome, keiner kümmert sich um die Bekämpfung der Ursachen. Dafür müsste man die sozialen Verhältnisse in diesen Wohnquartieren, die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung grundlegend ändern. Wir haben schlicht und ergreifend zu viel von der falschen Sorte... Knapp 80 Prozent meiner Täter haben einen Migrationshintergrund, 70 Prozent sind orientalische Migranten... Sie sprechen kein Türkisch, aber größtenteils kein Deutsch... Aber in diesem Land regiert das liberale Bildungsbürgertum, das in anderen Gegenden wohnt und nichts davon mitbekommt. Diese Leute lehnen sich zurück, schwingen große Reden und erbringen keinerlei Integrationsleistungen, die überlässt man der Unterklasse“ (in: Der Spiegel 19/2007: 42 ff.).

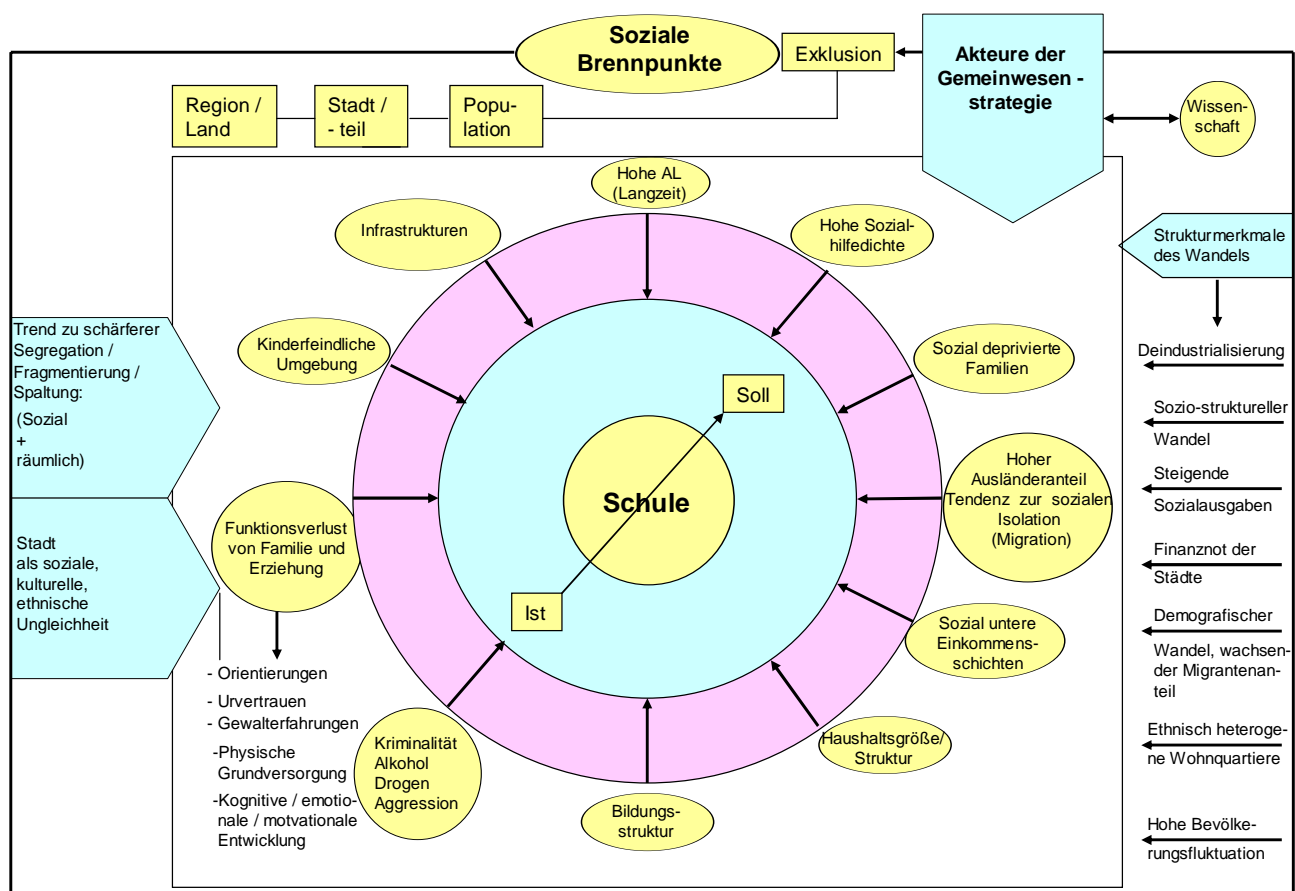
3.2. Schulen in „sozialen Brennpunkten“: Strukturelle und pädagogische Konsequenzen

Die aufgezeigten sozialen Marginalisierungs-/Exklusionsprozesse verschärfen sozio-strukturell und sozio-kulturell vorhandene Grundprozesse vor allem in (groß-)städtischen „sozialen Brennpunkten“, die besonderer präventiver Überlegungen kommunalpolitischer, schuladministrativer und begleitender wissenschaftlicher Konzepte bedürfen, um einer intergenerativen Reproduktion sozialer Exklusionen gegenzusteuern. Denn Schule ist als „Integrationsort“ in diesen Zusammenhängen überfordert, wenn keine adäquaten strukturellen und konzeptionellen Unterstützungen erfolgen, und die strukturellen Verursachungen durch die Illusion pädagogischer Lösungen kompensiert werden sollen.

So ist z.B. der Ansatz der baden-württembergischen Landesregierung, Lehrer in sozialen Brennpunkten besser zu bezahlen, im Rahmen einer Reform des Besoldungsrechts nachvollziehbar, jedoch dort zu kurz gesprungen, ja widersprüchlich und kontraproduktiv, wenn der Kultusminister die Mittel für die Schulsozialarbeit zusammenstreicht, und notwendige Entlastungen durch günstigere Arbeitsbedingungen und Strukturveränderungen (kleinere Klassen, weniger Unterrichtszeit, zusätzliches Lehrpersonal, Aufhebung des Konzeptes der Dreigliedrigkeit etc.) nicht zur Debatte stehen.

Der Themenkomplex „Schule in sozialen Brennpunkten“ ist ein genuin erziehungswissenschaftlicher Gegenstandsbereich, der folgende populationsspezifische Merkmale im Fokus der Betrachtung hat:

- hohe (Langzeit-)Arbeitslosigkeit;
- hohe Sozialhilfedichte;
- hoher Ausländeranteil (mit Kindern und Jugendlichen);



Entwurf LUDWIG

- ausgeprägte Bevölkerungsfluktuationen (Wegzug deutscher Mittelschichtsfamilien) – selektive Mobilität;
- soziale und ethnische Homogenisierung („Unterschichtung“ und ethnische Konzentration);
- Herausbildung nationalitätenspezifischer sozialer Infrastrukturen.

Die Identifikation räumlicher sozialer Zonen/Brennpunkte in stadtsoziologischer Sicht (Arbeitslosigkeit, Einkommenssituation, Sozialhilfebezug/Hartz-IV-Potentiale, Bildungsstruktur, Gesundheitszustand etc.) auf der Basis einer Sozialindizes- und Status-Indizes-Analyse ist eine grundlegende Voraussetzung

interdisziplinärer Präventionskonzepte, um nicht nur die Orte sozialer Exklusionen zu identifizieren, sondern die sich in diesen Sozialräumen kumulierenden sozial-psychologischen und materiellen Problemlagen zum konzeptionellen Ausgangspunkt für Gegenstrategien zu nehmen:

- erhöhter Anteil sozialdeprivierter Familien am äußersten Rande der Gesellschaft;
- Funktionsverlust von Erziehungs- und Sozialisationskompetenzen in den Familien;
- Aggressions-, Gewalt- und Kriminalitätspotentiale unter Kinder und Jugendlichen;
- ausgeprägter Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in den Schulen;
- kinderfeindliche Lebensräume;
- Mangel an familiärer/sozialer Geborgenheit und Zukunftsperspektive.

In diesen sozio-strukturellen Kontexten potenzieren sich bekannte schulische Problemlagen. „Lebensprobleme majorisieren die Lernprobleme“ (Hopf 2001), und die sich kumulierenden sozialen Probleme eilen den strukturellen Reaktionen und der notwendigen Professionalisierung der pädagogischen Repräsentanz voraus. Insofern ist die Krise der Schule ein Reflex auf die Krise der sozio-ökonomischen Umgebung der Schule, die die vorhandenen strukturellen Grundsatzthemen der Schule verschärft (siehe obiges Schema). Die „gespaltene Normalität“ (L. Böhnisch, 1994, S. 84ff.) der Organisation Schule manifestiert sich nicht zuletzt durch die Distanz zu den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und ihre pathogenistische Orientierung (Fixierung auf Defizitbereiche der Schüler: „Fehler finden und Fehler durch Übung vermeiden“, - „Schwächen tilgen“ (vgl. Antonowsky, 1997). In den Schulen manifestieren sich nicht nur zunehmende Segregationen, sondern sie sind zugleich Verursacher weiterer Segregationsprozesse – ein sich selbst verstärkender Zirkel. Daraus erwächst die Gefahr, dass die räumlichen und sozialen Marginalisierungen/Exklusionen sich gegenseitig potenzieren:

„Nach Ansicht der Gutachter entwickeln solche Wohn- und Lebensbedingungen ‚eine nach unten gerichtete Dynamik‘, in der Qualifikationen und Potenziale verfallen, wovon insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen sind, weil ihnen die Umgebung ‚wesentliche gesellschaftliche Erfahrungen und Lernprozesse nicht mehr vermitteln kann. Häufig besteht dann ein letzter Ausweg im Aufbau einer Lebensstrategie, die zur Kriminalisierung führt. (...) Die Negativspirale wird durch Wechselwirkungen zwischen Langzeitarbeitslosigkeit, Demoralisierung, geringem Bildungsniveau, zunehmender Kriminalität, Alkoholismus und Drogenmissbrauch in bestimmten Quartieren und bei bestimmten Gruppen genährt. Solche Gebiete werden in Frankreich als Orte der Exklusion bezeichnet.“ Einige Quartiere in den Stadtbezirken Kreuzberg, Wedding, Tiergarten und Neukölln gehören demzufolge in eine solche Kategorie.“
(GEW Berlin: Was brauchen Schulen in sozialen Brennpunkten? Berlin, 21.3.2003, S. 6/7).

Konzepte einer integrierten Stadt- (Lebensraum) und Schulentwicklung sind zwingend notwendig, um den zunehmenden sozio-strukturell bedingten Funktionsverlust von Erziehung in den Familien (mit einem hohen Anteil deprivierter Familien) aufzufangen:

„Bildungseinrichtungen in Verbindung mit sozialen, kulturellen und sportlichen Angeboten in der Stadt bzw. Gemeinde bilden so eine Verantwortungsgemeinschaft sowohl für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen als auch für die Zukunft lebenswerter Wohnquartiere.“

Um den Aufgabenwandel bewältigen zu können, ist die Entwicklung von zukünftigen Sozial- und Bildungseinrichtungen mit innovativen, organisatorischen und pädagogischen Konzepten, Netzwerken von Fachkräften ‚vor Ort‘ (u.a. Lehrkräfte, Jugendhilfe-Akteure, Kulturexperten/expertinnen, KünstlerInnen, Fachkräfte aus Handwerk und Wirtschaft etc.) und lokal-spezifisch notwendigen Dienstleistungsangeboten (u.a. Weiterbildungs- und Beratungsangebote, Kommunikationsräume, Werkstätten etc.) notwendig... Im Vordergrund stehen die Menschen mit ihren Interessen, ihren Fähigkeiten und ihren Bedürfnissen nach Erkenntnis und Gemeinschaft...“

Zukunftsschulen öffnen sich für vielfältige Zielgruppen und werden so zum Mittelpunkt des Wohnquartiers, einer Gemeinde oder eines innerstädtischen Bereichs. Da verschiedene Räume wie z.B. Bibliotheken, Mediotheken, Turnhallen, Aula und zentrale Versammlungsorte, Mehrzweck- oder Fachräume, Aufenthalts- und Essensräume, Verwaltungs- und Lägeräume... für unterschiedliche institutionelle Angebote sowie Akteure und BewohnerInnen eines Wohnquartiers nutzbar sind, ergeben sich nicht nur inhaltliche, sondern auch finanzielle Synergieeffekte.

Bei der Entwicklung und Realisierung von Umbauten bzw. Neubauten können unterschiedliche Budgets (wie etwa Bildung, Soziales, Jugendarbeit, Jugendhilfe, Erziehungsberatung etc.) zusammengeführt werden, um so die parallele Errichtung von gleichartigen Räumen mit jeweils eingeschränkten Nutzungszeiten zu vermeiden.

Die gleichzeitige Nutzung von Zukunftsschulen durch VertreterInnen etwa der Stadtteilarbeit, der Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendarbeit, der Senioren- und Kulturarbeit, der Weiterbildung sowie der Mitglieder von Vereinen, Stadtteilgruppen etc. gestaltet eine günstigere Kosten-Nutzen-Rechnung auch im laufenden Betrieb.

Zukunftsschulen sind modular aufgebaute Sozial- und Bildungseinrichtungen, die Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführende Schulen ebenso umfassen können wie Angebote der Weiterbildung und Qualifizierung, der Jugend- und Familienhilfe sowie der interkulturellen und Seniorenarbeit. Dabei berücksichtigen sie die spezifische Situation des Wohnquartiers. Auf der Grundlage sozialräumlicher Daten und der vorhandenen Infrastrukturangebote werden die Module miteinander verzahnt, die für den jeweiligen Standort sinnvoll sind.

In diesem Zusammenhang bietet sich auch die Chance für die verstärkte Kooperation von öffentlichen und privaten Trägern, von Staat und Wirtschaft zur partnerschaftlichen Entwicklung von Zukunftsschulen als Schulen im Wohnquartier“

(Gaby Grimm: Zukunftsschulen als Stadtteil- und Bildungszentrum im Wohnquartier, in:

<http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/grimm/zukunftsschulen.htm>, S. 3).

Auf diesem strukturellen Hintergrund sind organisatorische, pädagogische, methodisch-didaktische Konzepte (integriert in eine Gemeinwesenstrategie) zu entwickeln, die von folgenden Anforderungen geleitet sein sollen:

- Ganztagsschule als pädagogisch auszugestaltende Schulform.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedliche Institutionen, Entwicklung neuer Organisations- und Personalkonzepte (Integration von Vorschule, Schule, Jugendhilfe, Soziale Dienste, Erziehungsberatung, Verknüpfung von Trägern der Stadtteilarbeit, Qualifizierungs- und Weiterbildungseinrichtungen, privaten und öffentlichen Dienstleistungen etc.).
- Eine deutliche Verbesserung der schulischen Ressourcen (vor allem einer signifikanten Erhöhung der Personalmittel).
- Eine Stärkung der Schulen bei ihrer Schulentwicklung durch Fortbildung und Supervision.
- Neue Anforderungen an die Professionalität der pädagogischen Fachkräfte (unterrichten, beraten, moderieren, fächerübergreifende interdisziplinäre Zusammenarbeit etc.); eine sozialpädagogische Neuorientierung der Lehrkräfte.
- Erweiterte Unterrichtsinhalte: neben der Vermittlung von Basiskompetenzen Förderung sozialer und kommunikativer Kompetenzen (Musik, Theater, Kunst, Gesundheit, Bewegung).
- Zusätzliche Fördermaßnahmen wie Deutschkurse und Förderunterricht Deutsch als Zweitsprache
- Neue Formen der Unterrichtsgestaltung: fächerübergreifendes Lernen und Projektarbeit, interkulturelles und generationenübergreifendes Lernen, eigenverantwortliches Lernen (lernen zu lernen), soziale Praktika, neue Rhythmisierung des Unterrichtes, Differenzierungskonzepte etc.
- Entwicklung individueller Förderkonzepte, praxis- und lebensweltorientierter Lernformen (außerschulischer Lernorte), Berufsorientierung, neue Formen der Zusammenarbeit (lebenslagen-, generationen- und nationalitätenübergreifend).
- Systematische Professionalisierung (Weiterbildung, Beratung, Coaching, Qualifizierung) von Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Erzieher/innen, psycho-sozialen Fachkräften etc.
- Insbesondere ist eine systematische Verzahnung zwischen Schule und Jugendhilfe zu entwickeln.

Spätestens seit dem „Brandbrief“ Berliner Lehrer gegen die Gewalt in ihren Schulen überschlägt sich die Debatte über die Notwendigkeit der „Integration“ von Zuwandererkindern und deren vermeintlich plausiblen „Lösungen“, die zunehmend den Charakter ordnungsstaatlicher Interventionen (mit sich steigenden Repressionscharakter: Ausweisung nicht integrationswilliger Ausländer; Streichung von Sozialleistungen; Zwangsverpflichtung zu Sprachkursen etc.) erhalten. Die Definitionsvollmacht über ein prekäres gesellschaftspolitisches (und auch pädagogisches) Kernthema übernehmen zunehmend die Ordnungspolitiker.

Dabei sind die Phänomene aus der Berliner Rütli-Schule (exemplarisch für viele Bildungseinrichtungen) bedrückend und repräsentieren ein wachsendes Maß an pädagogischer Hilflosigkeit, und unterstreichen die Prämisse, dass isolierte pädagogische Interventionen die Misere nur noch verschlechtern können:

„Frau Eggebrecht schreibt:

„Wir müssen feststellen, dass die Stimmung in einigen Klassen zurzeit geprägt ist von Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz uns Erwachsenen gegenüber... Die Gewaltbereitschaft gegen Sachen wächst... Die negative Profilierung verschafft Anerkennung in der Peergroup. In vielen Klassen ist das Verhalten im Unterricht geprägt durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendem Auftreten. Lehrkräfte werden nicht wahrgenommen, Gegenstände fliegen zielgerichtet gegen Lehrkräfte durch die Klassen, Anweisungen werden ignoriert. Einige Kollegen gehen nur noch mit Handy in bestimmte Klassen, damit sie über Funk Hilfe holen können... In den meisten Familien sind unsere Schüler/innen die einzigen, die morgens aufstehen.... Schule ist für sie auch Schauplatz und Machtkampf um Anerkennung. Der Intensivtäter wird zum Vorbild.

Es wirkt wie eine Ansammlung vieler kleiner Kopien von Städten wie Karatschi oder Lagos, Städten also, die nicht mehr zu kontrollieren, nicht mehr zu regieren sind. In Deutschland sind es keine ganzen Metropolen, es sind bloß Viertel, aber sie sind abgetrennt vom Rest der Stadt, sie sind Ghettos. Und dort erscheint sich inzwischen eine verlorene Welt neben der ganz normalen deutschen Wirklichkeit geformt und längst verfestigt zu haben, die mit der anderen Wirklichkeit nichts mehr zu tun hat.

Aufklärung? Bildung? Lernen für Zensuren, sogar fürs Leben? Was soll der Scheiß? So reden die Bewohner dieser Welt. Ey, Mann, ey. Nutte, Killer, Krass. Es gibt viele ‚sch‘ und ‚ch‘-Laute in dieser Sprache, kaum noch ganzen Sätze. Dreckische Deutsche, so reden sie.

Und deutsche Kinder, 17 Prozent nur noch in der Rütli-Schule, aber anderswo 80 oder 90 Prozent, sind auch nicht konstruktiver, sprechen betont schlechtes Deutsch, sprechen den Slang der Einwanderer, denn Respekt bekommt, wer sich abgrenzt von der Welt jenseits des Ghettos, wer sich nichts gefallen lässt, wer nicht weich und zart ist... Und der Grat zwischen verbaler und körperlicher Gewalt ist an der Rütli-Schule eine filigrane, scheinbar willkürlich verlaufene Linie. In einem Klima, in dem der Satz ‚Verpiss dich, du Missgeburt!‘ als ganz normale Begrüßungsformel zwischen zwei Schülern gilt, ist schwer auszuloten, wann der Punkt erreicht ist, dass die Ehre nur noch mit Kickbox-Attacken wiederhergestellt werden kann...

All die Kurden und Libanesen von Neukölln sind geduldet, offiziell jedenfalls, aber mehr auch nicht. Darum dürfen sie nicht arbeiten, leben von Sozialhilfe, leben ganz unter sich auf ihrem Nebenplaneten. Und ihre Kinder lernen nicht Deutsch oder deutsches Leben, lernen nur ihre eigenen Regeln, lernen, dass sie in der Welt der Deutschen, der erfolgreichen Deutschen jedenfalls, ohnehin keine Chancen haben... Die Wirklichkeit von heute ist die, dass nicht ein Abgänger des letzten Jahrgangs der Rütli-Schule eine Lehrstelle erwirkt hat. Sie sind Ghetto-Kids, und sie wissen es. Und das Einzige, was ihnen Selbstbewusstsein bringt, ist die Kultivierung oder Verkultung dieser Ghetto-Welt. Ich bin Gangsta. Ich will gar nicht dazugehören. Leckt mich alle. Und fürchtet mich.... Gewalt in der Schule ist nicht neu. Neu ist die Normalität der Gewalt, dieser Alltag, der an vielen Orten aus Hass und Aggressivität besteht...

Als wichtigste Risikofaktoren hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen einmal die folgenden drei genannt: ‚Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, gravierende soziale Benachteiligung der Familie und schlechte Zukunftschancen der Jugendlichen selbst aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus‘. Das Risiko erhöht sich drastisch, wenn mindestens zwei der Faktoren zusammenkämen... Der Osnabrücker Kriminologe Hans-Dieter Schwind hat nach Durchsicht zahlreicher Untersuchungen über Gewalt an den Schulen immerhin einige Trends herausgearbeitet: Die Zahl der Schüler, die Schwierigkeiten in der Schule haben, nimmt zu, und deren aggressives Verhalten mündet oft in Gewalt; Hauptschüler und Sonderschüler sind häufiger Täter als Schüler anderer Schulformen; Gewalttätigkeiten gehen meist von einem kleinen Kreis aus, der zum Teil von Cliquen außerhalb der Schule beeinflusst wird; zu körperlichen Misshandlungen kann es heute schon aus nichtigem Anlässen kommen, mitunter ereignen sich die Angriffe auch völlig grundlos; der harte Kern der Rauflustigen trinkt mehr, geht häufiger in Discos und sieht mehr Gewaltvideos als die Mitschüler...

Und nun droht am anderen Ende der Hauptstadt, dem Arbeiterbezirk Wedding, die nächste Katastrophe: Lehrer der Theodor-Plievier-Oberschule haben ein Schreiben entworfen, das sich noch drastischer liest als die Hilferufe der Neuköllner Pädagogen. In ihrer Schule, so der Entwurf der Kollegen aus Wedding, hätten sie einen faktischen Ausländeranteil von 92,6 Prozent – eine Zahl, die den ‚Integrationsbegriff‘ geradezu ‚ad absurdum‘ führen würde. In einigen Klassen seien ‚bis zu 50 Prozent der Schüler nicht beschulbar‘. Ein Großteil der Schüler habe ‚keinerlei Empfinden für allgemeine Werte, Normen und Grenzen‘; und durch die Ballung dieser Problemfälle an der Brennpunktschule ‚entwickelt sich eine annäherungsweise anarchische Situation‘. Besonders die Quote polizeibekannter Kleinkrimineller sei ‚erschreckend hoch, gewaltbereite Intensivtäter mit erheblichem Einfluss‘ säßen ‚kurze Zeit nach ihrer Verurteilung‘ schon wieder im Unterricht...

Es ist nicht die Gewalt, die die Lehrerin von der Rütli-Schule als problematisch ansieht. Die direkte Gewalt, sagt sie und zuckt mit den Schultern, sei natürlich nicht schön, aber die gebe es an fast jeder Schule... es ist der Zermürbungskrieg, der sie so fertigmacht und dem die Versetzungsanträge geschuldet sind, die auch sie gestellt hat. Nur von dieser Schule weg, das wollen die meisten Lehrer...

Einige Lehrer versuchen, die Schüler, die sich nachmittags mit Gaspistolen und auch mit Messern bekämpfen, durch mehr Hausaufgaben und einen Verweis aus dem Klassenzimmer zu bestrafen. Christopher denkt, die Wiedereinführung der Prügelstrafe wäre effektiver.

„Alle finden ihr Leben scheiße hier, keiner hat Geld, keiner hat eine Chance“, das sagt Christopher zum Schluss, „man hat überall Probleme“, auf der Straße, in der Schule, zu Hause, und das bisschen Geld, dass sie haben, geben sie für Drogen aus. Christopher sagt: „Dann ist alles leichter. Man sieht die Dinge, die sonst fehlen.“ Alles ein Panoptikum? Ein außer Kontrolle geratener Stadtteil, doch ohne Aussagekraft für den Rest der Republik?“ (Der Spiegel 14/2006, S. 22-26).

Durch die Vergabe des ersten „Deutschen Schulpreises“ (Schulwettbewerb der Robert-Bosch-Stiftung) wurden neben der Dortmunder Grundschule allesamt Gesamtschulen der zweiten Generation (Kassel-Waldau, Max-Brauer in Hamburg, Jenaplan in Jena und Franzisches Feld in Braunschweig) ausgezeichnet, da sie als „Brennpunktschulen“ deswegen erfolgreich sind, weil sie sich konzeptionell gegen Konventionen des gegliederten Schulsystems und gegen Gesamtschulen als „Lernfabriken“ verhalten. Deswegen ist es ein Verdienst des „Deutschen Schulpreises“ (überreicht durch Bundespräsident Köhler, 12.12.2006), gelingenden Schulmodellen Bekanntheit und Ansehen zu verleihen. Wenig bis gar nicht wurden in der öffentlichen Debatte die abweichenden Merkmale der „Logik des Gelingens“ hervorgehoben:

- Schule als lernende Organisation;
- engagierte Schulleiter und Lehrer;
- Differenzierung als Förder- und nicht als Selektionsansatz;
- altersheterogene Lerngruppen;
- neu definierte Schülerkompetenzen und Modifizierung des Leistungsbegriffs;
- Einrichtung von Lernbüros (für die Klassen 5 und 6);
- Gestaltung der Lernräume;
- Sprachunterricht für Migrantenmütter und flankierende Betreuung von Kleinkindern.

Der oft übliche Grundsatz, bei einer „Belastung von 80 Prozent Ausländern kann man halt nix mehr machen“ wurde mit Konzept und pädagogischer Fantasie aufgehoben. Hierbei gilt es schon fast als selbstverständlich, dass die neuen Gestaltungsoptionen nicht mit Unterstützung der Schulbürokratien und der öffentlichen Meinung, sondern Schritt für Schritt gegen sie erkämpft werden mussten. Diese Beispiele machen also deutlich, dass die Opferdiskurse in den depressiven Zirkeln vieler Lehrerzimmer keine Zwangsläufigkeit sind. Es soll mit diesen Beispielen jedoch nicht die Illusion genährt werden, dass die strukturellen Probleme von Lebensräumen ohne oben genannte flankierende strukturelle Veränderungen in der Organisation Schule und dessen Umfeld realisiert werden können. Der postulierte Grundsatz „Gute Schule geht überall“ (Christian Füller, in: TAZ 12.12.2006) hat ein durchaus janusköpfiges Gesicht, und würde dann zum Problem, wenn das positive Gelingen dargestellter praktischer Projekte zu Anstrengungsformel für den „guten Pädagogen“ würde, anstatt das notwendige positive Zusammenspiel zwischen dem „subjektiven Faktor“ und strukturellen Veränderungen zur ultima ratio bildungspolitischen Handelns zu machen. Das folgende Beispiel vereint wohl exemplarisch einen realistischen Querschnittshorizont organisationaler Hilflosigkeit und pädagogischer Alltäglichkeit mit allen Merkmalen organisationaler Exklusionspotenziale, deren Aussagekraft sich nicht auf den „Rüttli“-Kontext reduzieren lässt:

„An der Bewerbungshotline teilte man mir mit, dass ich für eine Stelle als Vertretungslehrerin nur ein abgeschlossenes Hochschulstudium brauchte... Man solle sich gleich an die ausschreibende Schule wenden. Zwei Anrufe – eine katholische Schule in einem sozialschwachen Vorort von Köln war interessiert...“

Im Lehrerzimmer begrüßte man mich gleich mit „Ah, die Neue!“, und die einzige Frage lautete: „Wann können Sie anfangen?“ Die Not war groß in dem kleinen Kollegium, denn sollte die Stelle nicht besetzt werden, drohten Unterrichtsausfall für die Kinder oder unbezahlte Überstunden für die Lehrer... Ich dachte, man würde mich einweisen, begleiten, mir einen Arbeitsplan mit an die Hand geben. Stattdessen: Klassentür auf, ich rein, Klassentür zu. Allein mit 27 Kindern...“

Ein Tag, vier Stunden, und ich bin fix und fertig: 27 zum Teil präpubertäre Jungen und Mädchen, darunter: 16 ausländische Kinder; ein leicht autistisches Kind, das bald auf eine integrierte Schule gehen wird; ein Kind mit ADHS...

Ich will zwar weitermachen, denke aber an maximal 20 Stunden pro Woche Sprachunterricht, Leseförderung, Hausaufgabenbetreuung, Kunst. Und so weist man mir eine neue Stelle an der Nachbarschule zu, 17 Stunden... 24 Kinder sind in der dritten Klasse, darunter türkische, russische, deutschrussische sowie ein albanisches, ein italienisches und ein mazedonisches Kind. Die Schulleiterin und ich arbeiten zunächst gemeinsam, beginnen mit einer leichten Übung und lassen einen kurzen Text abschreiben. Das Ergebnis: Kein Kind schafft es fehlerlos, manche Texte sind kaum zu entziffern – im dritten Schuljahr... In der Klasse ist es meist laut, jeden Tag haben fünf bis zehn Kinder ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie haben Bücher nicht dabei, Hefte vergessen. Ich brülle oft, um für Ruhe zu sorgen...

Im Montagmorgenkreis der dritten Klasse, in dem die Kinder ihre Erlebnisse vom Wochenende erst aufschreiben, dann vortragen sollen, bringt ein türkischer Junge in zehn Minuten zu Papier: Ic wa chbil – ich war spielen. Wir sind im dritten Schuljahr... Und so lerne ich peu á peu kennen, was Schule in Problemstadtteilen bedeutet: mit Kindern umgehen, die jeden Morgen zu spät kommen, weil ihre Eltern nicht mit ihnen aufstehen und sie nicht rechtzeitig zur Schule schicken. Eltern mit geringer Bildung, wenig Geld, geringem Aufstiegswillen. Eltern mit Kindern, die also ganz auf sich allein gestellt sind – und deswegen so gut wie chancenlos...

Ich kann pädagogisch nicht leisten, was nötig wäre: in die Familie gehen, reden, Hilfsangebote suchen. Stattdessen fahre ich ein ums andere Mal weinend nach Hause, denn dass Kinder in meiner Stadt so leben, das war mir nicht klar... Ich habe vor Ort gesehen, was die Debatte um die sogenannte neue Unterschicht, um Kinderarmut, um Verwahrlosung der Kinder deutlich macht: Hier muss investiert werden. Denn diese Kinder haben sonst keine Chance" (Bericht einer Germanistin über den „abenteuerlichen Einsatz als Aushilfslehrerin an Kölner Schulen“, in: Der Spiegel 35/2007: S. 52/53).

Diese Sichtweisen gilt es schon deswegen zu schärfen, weil die staatlichen Aktivitäten auf den „Rüttli-kollaps“ die Frage nach einem relevanten Lernprozess und daraus abzuleitenden Konsequenzen nicht sehr optimistisch beantworten lässt. War die öffentliche Äußerung des Berliner Bürgermeisters Wowereit („Ich würde meine Kinder nicht auf diese Schule schicken“) entlarvend genug, so wurden nach Aussagen der Berliner GEW die Bilanz für die „Brennpunktschulen“ eher bescheiden: In Berlin bekamen 60 der 150 „Brennpunktschulen“ je einen Sozialarbeiter – zeitlich befristet und bezahlt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Zudem wurden 50 Lehrerstellen für die 55 Berliner Hauptschulen eingerichtet, allerdings nicht zusätzlich, sondern im Tausch für „neue“ Lehrer konnten im Gegenzug überforderte Pädagogen die Problemhauptschulen verlassen. In NRW sieht nach Einschätzung der GEW (NRW) die Lage nicht besser aus: Dort wurden in 2006 nach einem Sozialindex 1.100 neue LehrerInnen in „Brennpunktschulen“ (500 davon an Hauptschulen) eingesetzt. Jedoch: „Die werden für den Unterricht eingesetzt“ (TAZ 26.1.2007). Bei aller vordergründigen Plausibilität, strukturinduzierte Problemlagen mit zusätzlichen personellen Ressourcen angehen zu wollen, bleiben die nachvollziehbaren prinzipiellen Bedenken von Georg Auernheimer (Professor für Interkulturelle Pädagogik):

„Ich halte nichts davon, mit ein paar Lehrern oder Sozialarbeitern an der Oberfläche herumzudoktern. Binahe alle Bildungsexperten sind sich darüber einig, dass wir ein integriertes System brauchen, in dem die Schüler und Schülerinnen individuell gefördert werden. Aber die Politik ist in diesem Punkte beratungsresistent“ (In TAZ: 27.1.28.1.2007).

4. Stadtteilentwicklung als integrierte Aufgabe

Die negativen Auswirkungen des sozio-ökonomischen Strukturwandels erfordert (mit der Unterstellung einer Verfügbarkeit über angemessene finanzielle Ressourcen) ein Stadtteilentwicklungskonzept, das von Vertretern städtischer Verwaltung (Jugend, Planung, Soziales, Wohnen etc.), Volkshochschule, Kultureinrichtungen, Kirchen, Verbänden etc. konzipiert und in abgestimmten Teilprojekten (Wohnumfeldverbesserungen: z.B. Kinderspielflächen; Beschäftigung: Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss; Jugendhilfe: offene Freizeitangebote, Cliquenbetreuung etc.; Migranten: z.B. Sprachkurse) implementiert wird. Die Verknüpfung mit städtischen Initiativen der „Lokalen Agenda 21“ und dem Programm der „Sozialen Stadt“ ist konzeptionell zu berücksichtigen. Vor allem ist die abschließliche Defizitperspektive mit dem Ressourcenansatz auszutauschen, auch wenn die Ausgangsdiagnose erst einmal Handlungsunfähigkeit signalisiert:

„Die Politik versteht es bisher zu wenig, an den Fähigkeiten anzusetzen, die sozial Schwache und Migranten durchaus besitzen. Die Bewohner in prekärer sozialer Lage kombinieren mehr oder minder geschickt die – oft sehr problematischen – formellen und informellen Erwerbsmöglichkeiten mit Sozialleistungen und institutionellen Hilfen sowie mit gegenseitigem

Tausch von Hilfen, eingebettet in recht enge Sozialbeziehungen. Das Quartier stützt diese Fähigkeiten teilweise mit einigen prekären Arbeitsmöglichkeiten, oftmals billigen Mieten, sozialen Diensten und einer manchmal funktionierenden Nachbarschaft. Als Stütze wirkt es hauptsächlich für die dominierende Migrantengruppe der ‚Türken‘, die nur hier eine eigene Sub-Gesellschaft entwickeln kann. Auch einige Deutsche und Südeuropäer in prekärer Lage können hier eng und kostengünstig in Familiengruppen und Nachbarschafts-„Bastionen“ zusammenleben. Diese Fähigkeiten und Stabilisierungspotentiale sind positiv zu werten, aber sie haben etwas Einschließendes. Die Ressourcen der dominierenden Migrantengruppe haben wir möglicherweise unterschätzt – ihre Eigenarbeit, die in Moscheen und Cafés vermittelten gegenseitigen Hilfen, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilgruppen der ‚Türken-Community‘. Andere Migrantengruppen (Aussiedler, Südeuropäer) haben wir bisher nur in zu geringer Zahl interviewen können.

Die Mehrheit der Deutschen, der nichttürkischen Migranten und Minderheitengruppen unter den Türken erleben hauptsächlich die Nachteile des Quartiers. Konflikte, Unordnung und Vereinzelung werfen diese Haushalte auf ihre eigenen Fähigkeiten zurück. Wo diese ausreichen zur Stabilisierung der eigenen Situation, versuchen die Betroffenen wegzuziehen. Die Marginalisierten aber haben unzureichende eigene Fähigkeiten und bleiben an ein Viertel gebunden, das sie mehrheitlich ablehnen und das – außer bei Angehörigen der dominierenden Migrantengruppe – zu sozialem Rückzug und Passivität beiträgt. Allerdings hatten wir zu bestimmten, sozial definitiv ‚Ausgegrenzten‘ – verbitterten Einzelgängern, Alkoholiker- und ‚Chaos‘-Haushalten – zu wenig Zugang und wissen über sie noch zu wenig. Deutlich wurde aber jetzt schon: Das Problemviertel besiegelt soziale Marginalisierung – aber deren Ursachen liegen nicht im Problemquartier, sondern in der Erosion einfacher Beschäftigungsverhältnisse und in der Demontage der Sozialleistungen. Diese haben lokale Politikprogramme bisher nur mühsam und nur teilweise kitten können.

(Rolf Keim/Rainer Neef: Ressourcen für das Leben im Problemquartier, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2000, <http://www.bpb.de/publikationen/57V1O6,0,0>, Ressourcen_für_das_Leben_Proble..., Fazit S. 1-2).

Ob der Programm-„Kitt“ die notwendigen Wirkungen zeigen kann, entzieht sich vorerst jeder Prognostizierbarkeit. Es gibt eine hohe Plausibilität für die Hypothese, dass der neoliberal verursachte und begründete Sozialstaatsabbau, die staatliche Haushaltspolitik und die Ausweitung der ökonomisch-existentiellen Krisen in die gesellschaftliche „Mitte“ hinein die Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft und der politischen Eliten schwinden lässt, die notwendigen Ressourcen (monetär, sozial, mental) aufzubringen, um die analysierten gesellschaftlichen Krisenpotentiale mit intelligenten Konzepten zu entschärfen. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass nachgeschobene Interventionen und Programme mit der eingeleiteten sozialen Ausgrenzungsdynamik nicht mehr Schritt halten, zumal die Krisenaufwendungen zur Stabilisierung bürgerlicher Mittelschichten wachsen, da auch sie zunehmend von den neoliberalen Globalisierungskonsequenzen betroffen sind/werden.

Das „Prinzip Hoffnung“ für eine stadtteilorientierte soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit speist sich aus dem dialektischen Potenzial von „Behinderung“ und „Möglichkeitsraum“, dass jedoch nur dann eine positive Entwicklungschance erhält, wenn die politischen Rahmenbedingungen institutionelles Handeln mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, mit denen dann intelligentes professionelles Handeln eine Entfaltung finden kann:

„Quartier unter dem Lebensweltaspekt bedeutet also beides: Behinderung und Möglichkeitsraum.

Es bindet die Bewohnerinnen und Bewohner, soziale Benachteiligung verfestigt sich, Armut entfaltet kumulative Wirkungen. Der soziale Abstieg verringert die Handlungsfähigkeit der Menschen und führt zusammen mit Ausgrenzungsprozessen zum Verlust von Qualifikationen und Potenzialen.

Zum anderen bedeutet das Quartier stützende und tragende Struktur, die soziale Lagen stabilisiert, weiteres Ausrutschen verhindert, solidarische Netzwerke ermöglicht und Spielräume der Lebensbewältigung bietet.“

(Dieter Oelschlägel: Lebenswelten der Armut, in: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Oelschlaegel/Lebenswelten_der_Armut.htm, 27.12.2005).

5. Das Konzept der „Sozialen Stadt“ im europäischen Kontext

Ist in Deutschland das Politikfeld „soziale Stadtteilentwicklung“ noch ausgeprägt national und lokal verankert, so orientieren sich andere europäische Länder (Großbritannien, Niederlande, Frankreich) ausgeprägter am Konzept der Europäischen Kommission „Stadt- und Stadtentwicklung“. Zwischenzeitlich

haben fast alle Länder der Europäischen Union integrative Programmansätze für die Stadtteilerneuerung aufgesetzt, die den Empfehlungen des Europarates weitgehend folgen. Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ hat sich 1999 auch Deutschland an diesen Prozess angekoppelt.

Die Tatsache, dass heute **80% der europäischen Bevölkerung in Städten lebt** (mit ausgeprägten regionalen, strukturellen und sozialen Disparitäten) unterstreicht den Stellenwert des Politikfeldes „Stadt“ (vgl. Atkinson 2001). 1998 hat die Europäische Union („Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union: Ein Aktionsrahmen“) ihre Positionen konkretisiert und folgende Ziele definiert (die in 24 Aktionen zur Unterstützung des Zielsystems operationalisiert sind):

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Beschäftigung in den Städten.
- Förderung von Gleichheit, sozialer Eingliederung und Erneuerung und städtischen Gebieten.
- Schutz und Verbesserung der städtischen Umwelt in bezug auf lokale und globale Nachhaltigkeit.
- Beitrag zu einem guten Stadtmanagement und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Mit der „urban-audit-Initiative“ verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, Evaluationsdaten zu generieren, die bei der Ausgestaltung des europäischen Strukturfonds nach 2006 von Bedeutung sind. Mit dem politischen Anspruch auf „Verbesserung der Kohäsion im Städtischen Raum“ soll die Kohäsionsstrategie eine zweite Säule erhalten. Dieser strategische Ansatz in der Strukturfondsperiode 2000-2006 manifestiert sich in drei **Förderzielen**:

- Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand.
- Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen. Darunter fallen Industriegebiet, ländliche Gebiete, städtische Problemgebiete, Fischereiregionen.
- Förderung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und –systeme (vgl. Eltges 2002: 257).

Die im Ziel 2 fokussierten Problemzonen müssen sich durch folgende Kriterien definieren lassen:

- über dem Durchschnitt liegende Langzeitarbeitslosigkeit;
- hohes Armutsniveau incl. unzureichender Wohnverhältnisse;
- eine im besonderem Masse geschädigte Umwelt;
- eine hohe Kriminalitätsquote;
- ein niedriges Bildungsniveau der Bevölkerung.

Zugleich liegen dem europäischen Strukturfonds vier Prinzipien zu Grunde, die sich auch im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ wiederfinden:

- Programmplanung (nicht Einzelmaßnahmen sondern die Einbettung in eine Entwicklungsstrategie).
- Partnerschaft (Austausch der an der Entwicklung beteiligten Personen und Institutionen).
- Co-Finanzierung (keine vollständige Finanzierung von Programmen und Projekten).
- Bewertung (prozessbegleitende Evaluierung auf der Basis von Monitoring-Systemen).

Eltges (2002) kommt zu der Einschätzung, dass es an der Zeit ist, dass sich

„die Europäische Union 45 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge nicht mehr über Sektoren wie Landwirtschaft oder Kohle und Stahl definiert, sondern über die Vielfalt der Kulturen und Lebensweisen in den europäischen Städten und Regionen. Städte sind die ökonomischen Knotenpunkte der Union, aber auch die Orte der sozialen Ausgrenzung. Wenn es der europäischen Union tatsächlich gelingen sollte, ihre Politiken ‚stadtbezogener und stadtverträglicher‘ zu gestalten, so werden die Kommunen hieraus ihren Vorteil ziehen...“

Fest steht jedoch, dass die zukünftige Strukturpolitik ihren Schwerpunkt auf Maßnahmen mit nachprüfbarem Gewinn für Europa haben muss. Dies gilt vor allem für die Heranführung der neuen Mitgliedsstaaten an den Durchschnitt des europäischen Wohlstandsniveaus und gilt auch für die Regionen innerhalb der EUR15 mit erheblichem Entwicklungsrückstand. Daneben sollte die Strukturpolitik nach 2007 den Wachstumsbedingungen der europäischen Metropolregionen besonderes Augenmerk schenken. Schließlich machen diese Regionen durch ihre Wachstumsüberschüsse erst eine räumliche Verteilungspolitik möglich. Hierzu zählt der Ausbau der transeuropäischen Netze genauso wie der Kampf gegen soziale Ausgrenzung.“

6. Quartiersbezogene Förderprogramme, soziale Dienste und Projekte

Als Konsequenz wachsender sozialräumlicher Spaltungen (als Folge des wirtschaftlichen und sozialräumlichen Strukturwandels) wurden schon in den 90er Jahren viele Stadtteile als benachteiligte und besonders förderungsbedürftige Sozialräume ausgewiesen und Ziel sozialpolitischer Interventionsprogramme von Bund und Ländern (siehe auch meine Ausführungen zur „Sozialen Stadt“). In einer kaum noch darzustellenden Vielfalt punktueller Angebote auf kommunaler und Stadtbezirksebene (Modellprojekte zur Bewältigung von Kinderarmut, Verbesserungsmaßnahmen der sozialen Infrastruktur, Vernetzungsaktivitäten sozialer Akteure, sozialräumliche Neuausrichtung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Anpassung der Instrumente sozialer Arbeit) wird der Versuch unternommen, die Abkopplung benachteiligter Stadtteile von der übrigen Stadt zu verhindern bzw. deren Folgen zu relativieren. Die Vielfalt der eingeleiteten Maßnahmen variiert von der strukturellen Ebene der Gemeinwesenarbeit, Projekten und Initiativen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfen auf der Basis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes SGB VIII), bis hin zur sozialen Interaktionsebene von Fachkräften (Bildungs- und Sprachförderung, Beratung, Freizeitaktivitäten, Gesundheits- und Ernährungsförderung). Dieser zunehmende Wandel zur Sozialraumorientierung ist mit weitreichenden Vernetzungsanforderungen und einer Öffnung der Einrichtungen zum Stadtteil (Stadtteilkonferenzen, Ganztagsangeboten, Öffnung kommunaler Kinder-, Jugend- und Familienhilfeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen, Trägern außerschulischer Kinder- und Jugendfreizeitangebote) verbunden. Vor allem Projekte zur Verhinderung frühkindlicher Deprivationen sind auf dem Hintergrund der soziostrukturellen Armutsdaten (wachsende Zahl von Projekten im Kindertagesstättenbereich) und zur Bekämpfung der psycho-sozialen Armutsfolgen jüngerer Kinder von großer Bedeutung (Kleinkind-Sprachlernprogramme, Mütterkurse für Alleinerziehende, Sprachförderungsprogramme für Mütter mit Migrationshintergrund, hauswirtschaftliche Bildungsangebote etc.). Für ältere Kinder und Jugendliche dominieren sport-, erlebnis-, kultur- und medienpädagogische Aktivitäten, um reaktiv und präventiv die materiellen, kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Deprivationsfolgen abzumildern.

Hierbei ist vor allem der präventive Aspekt der Programme der Bundesregierung (Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005) hervorzuheben. Deutlich wird die Notwendigkeit angemessener Frühwarnsysteme (Sozialraumanalysen, kommunale Sozialarbeit, Auswertungen der Erfahrungen in Beratungsstellen, Expertenbefragungen etc.), damit Anzeichen von Fehlentwicklungen früh erkannt und zum Gegenstand frühzeitiger Interventionen gemacht werden können.

Grundsätzlich ist auf dem Hintergrund soziostruktureller Veränderungen von einer Verschärfung (im lang-/mittelfristigen Trend) zu räumlich segregierten Wohngebieten mit einer deutlichen Ausprägung der „urban underclass“ auszugehen. Dieser Prozess wird durch die Schnittmenge folgender Entwicklungslinien geprägt und verschärft:

- Auf dem Hintergrund von Länder- und Regionalvergleichen ist von einer wachsenden Zahl von Kindern in soziostrukturellen Krisenzonen auszugehen, die durch zwei Krisen einer historischen Koinzidenz verursacht sind: Einer zunehmenden Fragmentierung und Pluralisierung der Lebensformen (Bedeutungsverlust des „Ernährerehemann“-Modells) (Klammer 2005), und der Zunahme niedrig entlohnter (Teilzeit-)Beschäftigung (Migrantenfamilien, alleinerziehende Frauen und kinderreiche Familien).
- Einem Übergang in eine globalisierte Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft, in dessen Trend vor allem genannte Zielgruppen immer weniger Chancen haben, in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt integriert/reintegriert zu werden (mit allen Konsequenzen für ihre materielle, soziale, psychische und kulturelle Reproduktionsfähigkeit).

N Legitimationskrise und Mythen des staatlichen Schulsystems als Aufsatzzpunkt neoliberaler Bildungsstrategien

Um die Auseinandersetzung mit neoliberalen Bildungsstrategien nicht nur konzeptimmanent, sondern auch aus verständlichen Angriffsflächen des staatlichen Schulsystems ableiten zu können, soll an dieser Stelle die Auseinandersetzung mit bekannter Fundamentalkritik an der organisationalen und konzeptionellen Verfassung dieser zentralen gesellschaftlichen Reproduktionsstelle in zweifacher Hinsicht erfolgen: zur Identifikation fundamentaler systematischer Schwachstellen (und damit Angriffsflächen), und als Aufsatzzpunkt zur Ableitung alternativer Bildungsstrategien:

- Zwischen der Lebenswelt der Schüler und den normativen schulischen Orientierungen und Anforderungen besteht eine tiefgreifende Diskrepanz (Curricula, Bewertungen, institutionelle Normen), die Lehrer und Schüler belastet und frustriert.
- Schule nimmt kognitive, kulturelle und persönlichkeitsbildende Sozialisationsaufgaben nur unvollkommen und fehlerhaft wahr, und erzeugt (vor allem strukturell bedingt) Ungerechtigkeiten, Demütigungen und Deformationen.
- Der Anleitung und Durchsetzung des Lernens liegt ein obsoletes „Bevorratungskonzept“ (Weinert) zugrunde, dass den Ansprüchen auf „lebenslanges Lernen“ grundsätzlich widerspricht. Zugleich behindert es sinnerfülltes und sinnkonstruktives Erschließen von Welt.
- Aus dem Anspruch auf eine Erzeugung anschlussfähigen Wissens ergibt sich die Differenzierung der Curricula, der Lerngeschwindigkeit und der Lernstrategien als Voraussetzung der Anerkennung und Förderung von Differenz und Individualität.
- Strukturen und Curricula der Schule stehen seit Jahrzehnten in der Kritik, weil deren Inhalte nur zum Teil zukunftsrelevant sind. Zugleich erfüllt die Schule ihre Aufgaben nur sehr bedingt für eine Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen und Prozessen. Als Teil des öffentlichen Lebens und der Politik im Nahraum ist die Schule nur selten präsent.
- PISA hat erneut aufgezeigt, dass die Leistungsbilanz des deutschen Schulsystems sehr mäßig, die soziale Selektivität hoch ist, die herrschende Unterrichtstradition, eine didaktisch unproduktive Zeitorganisation, eine mangelnde Differenzkultur und Fehlertoleranz und eine defizitäre Kultur des Lernens (mechanisches Lernen von Gedächtnisinhalten) ausgeprägt sind.

- Kompetenzen wie Unterrichten, Beraten, Evaluieren, Fördern, Entwickeln, Moderieren und Coachen sind nur marginale Bestandteile der Lehrerbildung und entsprechend Spiegelbild dysfunktionaler Ausbildung und Praxis der Lehrer.

Ausgangspunkt der Analyse sollen bekannte Eckpunkte des Outputs des staatlichen Schulsystems sein, an dessen empirischer Realität Fragen und Orientierungen aufgebaut werden sollen, die den Mythos, dass nur ein staatlich organisiertes und kontrolliertes Schulwesen ein effektives und ausreichendes Bildungsniveau und Chancengleichheit sichert, problematisieren soll und ja deswegen Angriffsflächen für die neoliberalen Bildungsstrategien bieten:

- Das Potenzial von Schülern, das die Schule ohne (Haupt-)Schulabschluss verlässt.
- Das Potenzial ausländischer SchülerInnen ohne einen Abschluss.
- Das Potenzial von Schulverweigerern bzw. „Schulschwänzern“.
- Das wachsende Potenzial von „Schulmüden“.
- Das Potenzial „funktionaler Analphabeten“ (Döbert/Hubertus 2000).
- Die wachsenden Ausgaben für Nachhilfeaufwand.
- Signifikante psycho-somatischer Belastungsformen (Schulangst, psychophysische Überlastungssyndrome, Schulstress, Psychopharmaka etc.).
- Belegbare signifikante Ineffizienzen des Zeit-Mittel-Effekten-Aufwandes.
- Inakzeptable Wirkungen des „heimlichen Lehrplanes“.
- Zunehmende Zweifel an der Funktionalität der Qualifikations- und Sozialisationsfunktion in Bezug auf aktuelle gesellschaftliche und arbeitsmarktpolitische Anforderungsprofile.

Diese in der Entschulungsdebatte angelegte Fundamentalkritik (Illich 1970; 1972; Reimer 1972 u.a.) fokussiert zentrale Kritikpunkte der Verfasstheit der Organisation Schule als Orte „struktureller Gewalt“:

- das Monopol und der Zwangscharakter von Schule;
- das klassische Lehrer-Schüler-Verhältnis und
- die antidemokratische Binnenstruktur und Kultur von Schule in den zentralen Diagnosevariablen Lehrpläne, Selektionsfunktion, tayloristische Lehr-(Lern-)Organisation, Wirkungen des „heimlichen Lehrplanes“ etc.

Wurde diese Fundamentalkritik bisher aus einer identifizierbaren linkspolitischen Gesellschaftsanalyse abgeleitet, so ist die neoliberale Organisationskritik hinsichtlich ihres Outputs von Kriterien der Effizienz und der industriellen Verwertungslogik im „globalisierten Wettbewerb“ und dem Ziel geleitet, das bisherige Monopol des Bildungssektors durch eine Fundamentalkritik aufzubrechen, um das Grundlagen für eine Marktstrategie zu legen. Deswegen ist es für eine emanzipatorische erziehungswissenschaftliche Grundlagendiskussion wichtig, die Schulkritik und daraus abzuleitenden bildungspolitische und strategische Konsequenzen so abzugrenzen, dass sowohl die erkenntnisleitenden Interessen als auch die politischen Implikationen authentisch und unverwechselbar bleiben.

Dabei soll Schulkritik von der Prämisse ausgehen, dass Schule als staatlich verordneter Lernort in seiner jetzigen Verfasstheit zunehmend in eine Funktionalitäts- und Legitimationskrise gerät, die nicht erst seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse virulent ist. Der Mythos von der staatlichen Schule als dem einzigen und richtigen Ort für organisierte Bildungs-, Sozialisations- und Lernprozesse relativiert sich nicht nur an den skizzierten negativen Outputs und einer zunehmenden Flucht in (sich zunehmend schichtenspezifisch ausdifferenzierenden) private Bildungsorganisationen, sondern verifiziert sich auch durch die systematisch zu führende Diagnose des Nachweises der Antiquiertheit, zunehmender Legitimationsdefizite und Fragen nach der Sinnhaftigkeit dieses institutionell fixierten Lernortes:

1. Grundlegender institutioneller Innovationsbedarf ergibt sich aus den beschriebenen negativen Outputeffekten, die neben den bekannten Sozialisationseffekten für Lehrer und Schüler auch zwischenzeitlich unter Aspekten des Benchmarkings und des internationalen Systemvergleichs inakzeptable Dysfunktionalitäten aufweisen. Alle bisher vorliegenden OECD-Studien bestätigen die benchmarkorientierte defizitäre Ausgangslage. Der jüngste OECD-Bildungsbericht 2007 verdeutlicht, dass das deutsche Bildungssystem trotz marginaler Fortschritte (als Reaktion auf die PISA-Studien) im weltweiten Vergleich weiter zurückgefallen ist (vom Platz 10 auf Platz 22). Hervorstechende Defizite beziehen sich auf die Quote des akademischen Nachwuchses (quantitativ und qualitativ), die Quote der Ungelernten und Abbrecher und dem daraus resultierenden signifikanten Facharbeitermangel.

Verschulung und Verstaatlichung (Schulpflicht und Staatschulgedanke) (parallel zur Wehrpflicht) sind zentrale Säulen deutscher Bildungskultur, in dessen schulpolitischen Prämissen Verwaltungspolitik und Unterricht als „Verwaltungsakt“ gesehen werden. Diese staatliche Vormundschaft impliziert den Antagonismus zwischen Lern- und Verwaltungsorganisation (Zwänge bürokratischer Organisation vs. Ansprüchen von Bildung und Emanzipation). In diesem Verständnis hat die Aufrechterhaltung der Schulorganisation/Schulordnung Priorität gegenüber pädagogischen Zielen und Programmen (Rolle des Beamtentums). Die staatliche Vormundschaft führt zu einem Widerspruch zwischen Lern- und Verwaltungsorganisation, d.h. die Zwänge bürokratischer Organisation widersprechen dem Anspruch von Bildung und Organisation. Diese Verfasstheit von Bildung und Lernen (Verstaatlichung und Verschulung) führt zu verschiedenen Konsequenzen (Beamtensozialisation, strukturelles Gewaltverhältnis, Primat der Organisation vor pädagogischen Zielen etc.). Insofern muss jede „Reform“debatte über inhaltliche und curriculare Reformen hinausgehen, da es eines grundlegenden/fundamentalen politischen, strukturellen und mentalitäts-orientierten Wandels der Bildungskultur bedarf, der erziehungswissenschaftlich reflektiert und fundamentiert werden muss, soll diese Debatte nicht (unerkannt) in neoliberalen Konzepten landen.

2. Der im neoliberalen Globalisierungsdiskurs angelegte Funktionsverlust des Nationalstaates führt auch zu einem zunehmenden Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Orientierung und zur Entlegitimierung von Staatsschule. Die aus modernen Managementtheorien und -konzepten abgeleitete politische Forderung nach „Learning Communities“ oder „Lernenden Regionen“ begründet eine Aktivierung gesellschaftlicher Selbststeuerungs- und Selbstlernpotenziale und Konzepten, die im Kontext der Modelle der „Zivil- und Bürgergesellschaften“ neue Anforderungen an Lernprozesse bedingen, die im bisherigen institutionellen Kontext von Schule nicht mehr adäquat abgebildet und realisiert werden können. Diese im Agenda 21-Prozess angelegte Fundamentierung der „Bürger- und Zivilgesellschaft“ als Plädoyer einer neuen politischen Partizipationskultur erhält im Kontext unterschiedlicher Interessensartikulationen einen höchst ambivalenten Charakter. So sind Konzepte zur Entstaatlichung von Bildung, einer Abkehr von der Schulpflicht, einer neuen partizipativen Verfasstheit regionaler Bildungs- und Lernstrukturen, der Entgrenzung von Lernorten etc. insofern janusköpfig, als es unterschiedliche interessensgeleitete Adaptionen gibt, die in ihren Zielen und Motiven nicht immer eindeutig zu identifizieren sind. Eine fundierte Klärung und Abgrenzung der Begrifflichkeiten und Konzepte ist die zentrale Voraussetzung, um nicht in den Sog neoliberaler Gesellschafts- und Bildungsstrategien zu geraten.
3. Die These von Paul Goodman (1978), Schule verhindere Lernen, indem sie als geschlossene Anstalt künstliche Lernnischen organisiert und damit Kinder und Jugendliche von gesellschaftlichen Wirklichkeiten entfernt, ist ein zentrales Argument der Entschulungsdebatte - mit dem Anspruch auf die Verabschiedung vom „Modell Schule“. Der Fokus auf die Öffnung und Vernetzung der Lerninstitutionen mit gesellschaftlichen Räumen (in Verbindung mit dem

Anspruch des Paradigmas vom „lebenslangen Lernen“) führt hin zum Grundgedanken einer „lernenden Gesellschaft“ als Schlüssel zum 21. Jahrhundert“. Der erkenntnis- und wissenschaftstheoretisch im Radikalen Konstruktivismus angelegte Anspruch auf die Prinzipien der „Selbstorganisation“ und der „Autopoiesis“ hat Konsequenzen für die Optionen einer „Erzeugungs“- oder „Ermöglichungsdidaktik“ als paradigmatischer Grundsatzentscheidung fremdbestimmten oder selbsterschließender Wissensaneignungen und Lernprozesse. Mit diesem Anspruch wird das klassische und auf fremdorganisierten Wissenserwerb angelegte pädagogische Planungsdenken zur Disposition gestellt. In dieser paradigmatischen Konsequenz des Radikalen Konstruktivismus sind Orte und Gelegenheiten der Selbsterschließung von Wissen einen neuen Stellenwert gegenüber bisherig dominierenden Orten der mechanischen und verplanten Aneignung. Deswegen ist der Anspruch im Sinne Hartmut von Hentigs („Neu-Denken von Schule“) in der Perspektive „Lernen“ unter beschriebenen gesellschaftlichen Transformationsprozessen grundsätzlich neu zu denken. Ob der Anspruch, Schulen mittels „Reformen“ zukunftsfähiger zu machen (z.B. Neudefinition/Modernisierung klassischer reformpädagogischer Ansätze - siehe A. Holtz 1999 - mit einem Rückgriff auf Montessori, Korcak und Freinet) ausreicht, oder ob die Neuorganisation der „lernenden Gesellschaft“ („Zivil- und Bürgergesellschaft“) die konzeptionelle Grundlage sein kann, bedarf einer näheren und differenzierten Betrachtung und konzeptionellen Antwort. Das in der Idee des „Learning Communities“ (Zentren der Innovation und Veränderung) angelegte Modell des gesellschaftlichen Lernens destruiert die klassischen Formen des schulischen institutionellen Lernens. Das emanzipatorische Ziel der „Selbstorganisation“ im Kontext der Mündigwerdung für die Integrationsfähigkeit des Subjekts in der Vergesellschaftung muß jedoch z.B. klar abgegrenzt werden gegenüber neo-liberalen Prämissen der individuellen Risikoverlagerung als anti-sozialstaatlichem Programm.

4. Die fundamentale Kritik der Schule als Ort der Belehrung und nicht des Lernens wird von Arnold/Schüßler (1998) mit dem Anspruch versehen, schulische Lernprozesse von der „Erzeugungsdidaktik“ weg zur „Ermöglichungsdidaktik“ zu entwickeln, in der nicht mehr das „Lehren“ sondern das „Lernen“ im Mittelpunkt steht (Paradigmenwechsel in der Didaktik). Dieser schon von Hartmut v. Hentig (1985) aufgesetzte didaktische Perspektivwechsel (Widerspruch zwischen der Didaktik als Lehre vom „richtigen“ Lehren) in Beziehung zwischen Staatsschulpädagogik und der „Mathetik“ (Lehre vom „richtigen“ Lernen) freier Alternativschulen beinhaltet einen Verzicht auf eine systematische, durchrationalisierte und kollektive Belehrung (v. Hentig 1985), die einer neuen Legitimation und konzeptionellen Grundlage im Verständnis von Montessori, Goodman, Illich, Piaget, Holt u.a. bedarf. Zugleich sollte sie von der paradigmatischen reformpädagogischen Grundatzposition „vom Kinde aus“ geleitet sein. Diese lernpsychologische Synthese aus Prämissen und Erkenntnissen der Reformpädagogik, der Kognitions-, Lern- und Motivationspsychologie und der Hirnforschung hätten radikale Konsequenzen für die institutionelle und kulturelle Verfassung des staatlichen Schulsystems. Der Anspruch auf diesen Veränderungsprozess ist auch noch getragen von dem 1989 verabschiedeten „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ (Kinderrechtskonvention: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 6. Aufl. 1999), das zwischenzeitlich in verschiedenen nationalen Gesetzen und Verfassungen ihren Niederschlag gefunden hat. Die hierin enthaltenen Parameter

- Recht auf Versorgung (Gesundheit, Bildung, Freizeit, Wohnung = Versorgungsrechte)
- Recht auf Schutz vor Gewalt, Ausbeutung, Vernachlässigung (= Schutzrechte)
- Recht auf Beteiligung (aktive Rolle in der Gesellschaft = Beteiligungsrechte)

haben bezüglich ihrer menschenrechtlichen Bedeutsamkeit zusätzliche Anforderungen an die Institution Schule hinsichtlich der Bildungsinhalte, der Lern- und Lehrkultur, der organisationalen Verfassung, der Selektions- und Sanktionsmechanismen als auch dem Anspruch auf Nach-

haltigkeit und Demokratisierung. So steht der Anspruch auf eine flächendeckende Grundversorgung (Art. 28: Recht auf Bildung; Schule; Berufsausbildung) im eklatanten Widerspruch zur empirisch fundamentierten Schulrealität (z.B. PISA-Studien) als strukturbedingten Konsequenzen. Schule als Organisation (strukturinduzierte Selektionsinstanz) konterkariert nicht nur den Anspruch auf „Chancengleichheit“, sondern steht zunehmend auch im Widerspruch zu funktionalen Erfordernissen des gesellschaftlichen „Transformationsprozesses“ (gesellschafts-, bevölkerungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitisch). Schule als „Ort struktureller Gewalt“ (Ulrich Klemm 2007) führt zu der **Anforderung, Schule „neu zu denken“**. Dieses mit dem Anspruch,

- Schule nicht auf instrumentelles und abprüfbares kognitives Wissen zu reduzieren, sondern für das „Leben“ (gemeinwesenorientierte Bildung; globales und globales Lernen) zu öffnen (von „Learning Organizations“ zu „Learning Communities“);
 - neue Kooperationen zu bilden (regionale Arbeits- und Bildungsnetzwerke);
 - die gesellschaftlich-integrative und nicht die selektive Funktion zum Primat zu erheben;
 - Schule an lernorientierten und nicht (weniger) lehrorientierten Methoden und Didaktiken auszurichten;
 - das dreigliedrige Schulsystem konsequent aufzulösen (jenseits aller Ideologiedebatten);
 - einer Abschaffung des bisherigen Notensystems zugunsten der Entwicklung einer neuen Lernkultur (diesen Anspruch konterkariert die „PISA-Logik“);
 - der Beendigung einer bildungspolitischen Planwirtschaft (ohne damit in neuen korporatistischen Modellen zwischen Staat und Marktwirtschaft zu landen (siehe Kapitel N 6).
5. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2006) über den Ausbildungsmarkt verdeutlicht, dass die **duale Berufsausbildung** vor dem **Kollaps** steht. Die besten deutschen Kenner der Berufsbildung Baethge und Solga belegen in dieser Studie, dass ca. ein Fünftel eines Altersjahrgangs nach der Schule auf dem direkten Weg in ein Übergangssystem wechselt, das für viele Betroffene zur Warteschleife geworden ist, d.h. ca. 20 Prozent der 970.000 Schulabgänger landen in Deutschland unmittelbar im **Prekariat**. Nur 43 Prozent aller Jugendlichen schafften es 2004, einen regulären Ausbildungsplatz zu erhalten. Für immer mehr Jugendliche gibt es aus diesem Übergangssystem kein Entkommen mehr. Baethge und seine Koautoren befürchten zu Recht, dass die Ausgrenzungstendenzen für Absolventen bestimmter Schulformen (Haupt-, Sonderschule aber auch zunehmend Realschule) sich laufend verfestigen, und eine Vertiefung der sozialen Spaltung in Deutschland einerseits, und einen signifikanten Facharbeitermangel andererseits zur Folge haben. Die Tatsache, dass nur noch ein Viertel der Betriebe ausbildet, sei besonders alarmierend und verschärfe sich auch noch dadurch, dass immer mehr Abiturienten (wegen Studiengebühren etc.) ins duale System ausweichen, und damit die soziale Selektion im Zugang zum qualifizierten Arbeitsmarkt verschärfen. Die in die Ersatzmaßnahmen des „Übergangs“ investierten 8 Mrd. Euro wären sicher in einer intelligenteren Konstruktion des Bildungswesens besser angelegt, denn die Folgen für die Abgänger besonders für der unteren Schulformen sind gravierend. Hier wächst (bisher der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend entrückt), eine **„Generation Arbeitslos“** heran. Zwischenzeitlich hat nach Experteneinschätzungen die Halfte der Hauptschüler und 80 Prozent der Sonderschüler praktisch keine Chance mehr auf eine reguläre Ausbildung. Selbst 25 Prozent der Realschüler wechseln nach der Schule in die Unsicherheit des Übergangssystems. In bestimmten Berufen der IT-Branche oder kaufmännischen Laufbahnen haben längst die Gymnasiasten das Regiment übernommen.

Jugendliche und junge Erwachsene werden zunehmend gespalten in Markjugendliche und Maßnahmejugendliche. „Fürsorgliche Belagerungen“ in Form von „Betreuung“ und „Stützung“ schaffen für immer größere Potenziale eine Kunstwelt von Kursen, „Modulen“ und „Förderketten“, so dass es nicht falsch ist, von „Maßnahmegeschädigten“ zu sprechen, an dessen Ende nicht selten die „soziale Schließung“ und „Entgesellschaftung“ der „Modernisierungsoffer“ liegt.

Gegenüber diesem Prekarisierungsprozess ist die Debatte um die „Generation Praktikum“ prinzipiell zu relativieren, da der Bildungs- und Qualifizierungsbonus immer noch einen signifikanten Arbeitsmarktvorteil bedingt (siehe „Absolventenstudie“ der Hans-Böckler-Stiftung 2006), obwohl die Anzahl atypischer Beschäftigung mit befristeten Verträgen für viele Akademiker kein Übergangsphänomen mehr ist. Deswegen warnt der Soziologe Prof. Hans-Peter Bloosfeld davor, das Phänomen „Generation Praktikum“ nicht als Randerscheinung zu bewerten, sondern es als flächige Arbeits- und Lebensbedingungen im Zeitalter der „Globalisierung“ zu erkennen. So sind befristete Verträge, Teilzeit, Werks- und Honorarverträge, schlecht bezahlte Voluntariate und Traineestellen, selbständige Existenzgründungen und Gelegenheitsjobs zwischenzeitlich zur Grunderfahrung von „Globalisierungskindern“ geworden, die auch an etablierten Berufen nicht vorbeigehen. Das Phänomen der „Generation Praktikum“ ist also keine Medienhype, sondern eine für Tausende junge Menschen bedrohlich gewordene prekäre Realität. Diese „Content-Proletarier der modernen Wissensgesellschaft“ sind die verzweifelt um sozialen Aufstieg bemühten „precari“ (wie man in Italien sagt), die sich als „Generation 1000 Euro“ („milleuristi“) definiert, und ein eigenes „Exklusionsempfinden“ herausgebildet hat: ein vom Markt verordnete Infantilität, ein bis in die Dreißiger verlängertes WG-Leben, die Unfähigkeit eine Familie zu gründen, einen eigenen Sozialneid gegenüber den Etablierten etc. Muß der Titel von Preuss-Lausitz „Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder“ um die Dimension der „Globalisierungskinder“ erweitert und neu geschrieben werden?

Welche politischen Rahmenbedingungen (z.B. „Zivil- und Bürgergesellschaft“) geschaffen sein müssen, um die Bildungspolitik im Kontext eines gesellschaftlichen Transformationsprozesse neu zu begründen, ist nicht nur eine konzeptionelle Herausforderung, sondern eine Frage an die gesellschaftspolitischen Machtkonstellationen. Diese geben aktuell keinen signifikanten Anlass, dass in der „Bildungsfrage“ eine andere Logik mehrheitsfähig ist, als die in der PISA-Debatte angelegte neoliberale Bildungsstrategie. Nicht zuletzt steht auch die „Entschulungsdebatte“ in der Gefährdung einer neoliberalen Adaptionsstrategie.

Auf der Tagesordnung stehen notwendige Antworten auf den Anspruch einer „guten Schule“, die den Kriterien von Effizienz, Demokratie und Chancengleichheit entsprechen, in denen das Lernen Freude macht, und in denen die individuelle Förderung und das Kümern um benachteiligte Schüler zum Selbstverständnis gehört. Auf jeden Fall sollte verhindert werden, dass die Schule die „doppelte Benachteiligung“ reproduziert. Dabei sind die Motive der Veränderung des Schulsystems sehr heterogen. Orientieren sich die einen (Wirtschaft, Wissenschaft etc.) an Zielen der Systemoptimierung, so setzen andere (Gewerkschaften, Wissenschaftler, Teile der Kirche, des Handwerks) ihre Zielstruktur auf einen Transformationsprozess, der eng mit der Veränderung der Schulstruktur (integrierte Ganztagschule) und der Lernkultur einhergeht. Dieser Strang hat durch die Programmatik zur flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen und aktuellen schulpolitischen Entwicklungen (Sachsen: „Schulen mit besonderem pädagogischen Profil/Gemeinschaftsschulen“ und Schleswig-Holstein: „Integrative Weiterentwicklung des Schulsystems“ / Basis: Gutachten des Instituts für Schulentwicklungsforschung in Dortmund) realpolitische Ansatzpunkte gefunden, die den Ergebnissen einer repräsentativen Befragung entsprechen. Danach votierten zwei Drittel der Befragten auf folgende Frage mit Ja: „Während Deutschland das dreigliedrige Schulsystem bevorzugt, lassen die meisten anderen europäischen Länder die Kinder neun oder zehn Jahre zusammen, erst dann erfolgt die Trennung in

Gymnasium und Berufsausbildung. Diese Länder haben bei PISA gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt. Hielten Sie es für grundsätzlich richtig, wenn auch das deutsche Schulsystem in diese Richtung verändert werden würde“.

Dieses Ziel „langen gemeinsamen Lernens in einem integrativen System“ erhält in den Anforderungen von Fachleistungsindikatoren, Chancengleichheitsindikatoren, Indikatoren zur individuellen Förderung als auch in Indikatoren an eine integrative Organisation zunehmend Zuspruch aus unterschiedlichen Perspektiven. Ob die aus den PISA-Erhebungen abgeleiteten bildungspolitischen Strategien und Konzepte dem Anspruch der finnischen Schul- und Bildungsphilosophie („Kein Kind zurücklassen, niemanden beschämen, niemanden ausgrenzen“) gerecht werden kann, soll im folgenden Analyseschritt geprüft und bewertet werden. Die Sachzwänge (demografische Entwicklung, neue Qualifikationsbedarfe der Wirtschaft etc.) mögen Druck auf die Strukturfrage und eine neue Lernkultur bedingen, Fragen an gesellschaftspolitische und humanitäre Anforderungen sind damit noch nicht gestellt, geschweige denn, dass angemessene Antworten auf folgende These in Sicht wären:

„Aber warum müssen wir Deutschen es denn nun mit der Auslese gar so krass treiben. Auch die ‚Schule für alle‘ schafft es doch, unterschiedliche Schulabschlüsse zu produzieren – ohne Kinder gar zu früh in die Konkurrenz mit ihresgleichen zu treiben. Eine starke Vermutung geht dahin, dass diejenigen, die die Macht hätten, den öffentlichen Diskurs entsprechend zu lenken, letztlich kein Interesse an einem demokratischen Schulsystem haben. Sie hoffen ganz einfach, dass sie (als Politiker, Elternbeiräte, Kultusminister, Manager und Chefredakteure) und vor allem ihre Kinder als die Profiteure eines Systems mit demokratischem Defizit nach wie vor zu den Auserwählten zählen werden. Als vermeintliche Elite...

Schule ist nicht in erster Linie dazu da, den in ihr versammelten Subjekten zu Aufklärungs- und Selbstaufklärungsprozessen zu verhelfen. Vielmehr ist Schule in erster Linie eine ausgeklügelte Sortiermaschine, die den Menschen auf einen bestimmten Platz stellt. Je nach Konjunkturlage ist dieser Platz mehr oder weniger komfortabel. Das Ergebnis hat man zu akzeptieren. Pädagogen nennen das die Allokationsfunktion der Schule.

Was bleibt als Fazit: Die Schule ist keine demokratische Institution. Daran ändern auch alle mit viel Geld gestarteten Projekte nichts. Es geht in ihr nicht um Gleichheit sondern um Selektion. Da sollte man keine Scheu haben, das böse Wort zu benutzen. Noch ist weltweit niemandem ein Ersatz für die Schule zur Erfüllung der ‚Allokationsfunktion‘ eingefallen...

In jeder Schule arbeiten Menschen und Demokraten an emanzipatorischer und aufklärerischer Bildung. Für sie bedeutet das, dass sie als Pädagogen in einem unauflösbaren Widerspruch gefangen sind, dem sie nicht enttrinnen können. Schon Siegfried Bernfeld wusste, dass es dazu der Mentalität des Sysyphos bedarf: für die Demokratie erziehen in einer Institution, deren Existenz zwar demokratisch legitimiert ist, in der aber demokratische Spielregeln nicht gelten. Lehrer müssen also etwas Unmögliches leisten: die Schule zu einem Ort der gegenseitigen Anerkennung machen wollen – während sie qua System die SchülerInnen in Konkurrenz zueinander treiben. Und dabei ihren Schülern systematisch die Anerkennung versagen“ (Frank Nonnenmacher, J.W. Goethe-Universität Frankfurt, in: TAZ 3.1.2007, S. 18).

Schule muss also neu gedacht werden. Mit Blick z.B. auf die skandinavischen Länder, die Reformpädagogik, die Lernpsychologie etc. liegen die Veränderungsdimensionen auf der Hand:

- Schule muss sich für das Leben öffnen und sich nicht auf instrumentelles, reproduktives und abprüfbares Wissen reduzieren (Lernen im Alltag, Lernen am Modell, gemeinwesenorientierte Bildung).
- Schule muss sich für neue Kooperationen öffnen.
- Schule muss seine gesellschaftlich-integrative Funktion wahrnehmen können.
- Schule muss sich für lernorientierte Methoden öffnen. Die Schüler stehen im Mittelpunkt: selbstorganisiertes und –bestimmtes Lernen.

- Schule muss sich für neue Organisationsmodelle (Ganztagsschulen) öffnen, um neue Formen der Chancengleichheit zu realisieren, und sich den Erfordernissen gesellschaftlichen Strukturwandels anpassen.
- Eine sozial gerechte und leistungsfähige Schule muss die auf die Bildung leistungshomogener Schulzweige zielende Selektion suspendieren. Diese frühe (typisch deutsche) Selektion widerspricht nicht nur dem Gebot der Chancengleichheit, sondern steht auch mit den Zielen funktionaler gesellschaftlicher Qualifikations- und Sozialisationsanforderungen in einem zunehmenden Widerspruch. Die Schule hat einen zentralen Beitrag für eine sinnhafte Reproduktion der Gesellschaft zu erbringen.
- Abschaffung des Notensystems in der bisherigen Form.
- Ersetzung der Schulpflicht durch eine Bildungspflicht (Ende einer bildungspolitischen Planwirtschaft).
- Künftige Curricula sind von den Kompetenzen zu definieren, die Kinder und Jugendliche vor allem von zukünftigen Schlüsselqualifikationen her beherrschen müssen, um ihren Aufgaben in der Gesellschaft gerecht zu werden. Die Inhalte und Sozialformen orientieren sich an Prinzipien der Menschenrechte, Demokratie und Nachhaltigkeit.
- Regionalisierung und Pluralisierung der Schulaufsicht.
- Nicht der Obrigkeitsstaat und der Untertan dürfen länger Leitideen der Schul- und Lernkultur sein.
- Demokratie muss in der Schule erfahrbar werden.
- Förderung von Schlüsselqualifikationen (Eigenaktivität, Teamarbeit etc.).
- Vielfalt im Unterricht zur inneren Differenzierung von erlaubten Lernzeiten, Gegenständen und Medien der Weltaneignung.
- Die Schulen öffnen für lokale Experten, Organisationen und Netzwerke.
- Lehrer müssen in der Ausbildung dazu befähigt werden, den neuen Herausforderungen von Schule und Gesellschaft gerecht zu werden.

1. Bildungspolitische und bildungsstrategische Reflexionen: „Humankapital“ als Kapital

„Ein Kind ist kein Gefäß, das gefüllt, sondern ein Feuer, das entzündet werden will“ (Francois Rabelais, Humanist, Arzt, Mönch, 1494-1553)

„Kinder und Uhren dürfen nicht beständig aufgezogen werden. Man muß sie auch gehen lassen“ (Jean Paul, 1763-1825).

Konzepte und Programme der Deregulierung und (Teil-)Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge schienen lange Zeit in Deutschland den öffentlichen Bildungsbereich aus dem Zielkorridor neoliberaler Strategien herauszunehmen, obwohl die massive Kritik des öffentlichen Bildungsbereichs am „Konservatismus“, „Immobilismus“, „Bürokratismus“ etc. die Zielsetzung frühzeitig markiert hat. Die gängigen neoliberalen Diskurse erreichten – verglichen mit anderen gesellschaftlichen Sektoren – den Bildungs-

sektor weniger spektakulär und zeitversetzt, jedoch mit derselben prinzipiellen Logik. Zwischenzeitlich lassen sich praktische Wirkungen anhand von Lobby- und politischer Vernetzungsarbeit ebenso aufzeigen, wie sich die neoliberale Bildungsstrategien an konkreten Konzepten, Pilotprojekten und monopolistischen Bildungsplayern verifizieren lassen.

Die gegenwärtige bildungspolitische Diskussion wird weitgehend von Mythen wie „Autonomie“, Fähigkeiten des Marktes“ etc. mibestimmt und definiert, und manifestiert sich in einer Reorganisation der Hochschulen wie des Bildungswesens insgesamt. **Auch die Bildungslandschaft bleibt nicht von Ökonomisierungs-, Kommerzialisierungs- und Privatisierungstendenzen verschont.** Dabei ist schon von Interesse, wie Neoliberale die wachsende Bedeutung von Bildung begründen: „Bildung ist der wichtigste Rohstoff für Deutschland. Bildung und Ausbildung werden immer mehr zum entscheidenden Faktor für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, aber auch für den Erfolg der Volkswirtschaft insgesamt“ (Westerwelle 1998: 175). Somit wird Bildung nicht mehr als Menschen- und Bürgerrecht, als öffentliches Gut, Rechtsanspruch und demokratische Errungenschaft definiert oder als Beitrag zur Entwicklung der Persönlichkeit gesehen (siehe Dahrendorf 1965), sondern ausschließlich als Erfordernis des eigenen „Wirtschaftsstandortes“ und/oder des Marktes. **Markt, Leistung, Konkurrenz, Wettbewerbsorientierung, Standortnationalismus und Elitedenken sind zentrale ideologische Säulen neoliberaler Bildungsökonomie,** die Roman Herzog (1997: 28) in seiner berühmten „Rück-Rede“ programmatisch untermauerte:

„Auch wir müssen rein in die Zukunftstechnologien, rein in die Biotechnik, die Informationstechnologie. Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten, bei der wir uns Technologie- und Leistungsfeindlichkeit einfach nicht leisten können.“

In diesem Verständnis polemisierte Westerwelle schon frühzeitig in seinem Buch „Neuland“ gegen die „Kuschelecken-Pädagogen“, die Kinder durch „Leistungsverneinung“ nicht auf die Anforderungen des wirklichen Lebens vorbereiten:

„Leistung sollte die erste Bewertungskategorie sein. Das ist nicht unmenschlich, sondern macht unsere Gesellschaft und Wirtschaft offener, durchlässiger und vor allen Dingen weniger zertifikatsgläubig.“ (Westerwelle 1998, S. 179).

Diese **Hypostasierung der „Leistung“ zur Ideologie** durch Neoliberale und Lobbyisten legitimiert sich dann auch noch durch die Beschreibung einer Bildungsreduktion auf das „Wesentliche“:

„Muß ein Schreinerlehrling wirklich Politik oder Religion in der Berufsschule lernen, um ein guter Schreiner zu werden?“ (ebenda).

Auf dem Hintergrund einer solch begründeten Instrumentalisierung von Bildung hat der **humanistische Bildungsanspruch offensichtlich ausgedient**, da er die Funktionalität im Dienste der „Standortsicherung“ vermeintlich nicht einlösen kann, denn „nur durch Wettbewerb in der Bildung kann eine wettbewerbsfähige Bildung auf Dauer gewährleistet werden“ (Späth 1999: 149). Die Abkehr vom Humboldt'schen Bildungsideal definiert sich in neoliberaler Sicht als „Zeitenwende“ des gesamten Bildungswesens, in dem die **Wiederentdeckung des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum und „Humankapitalbildung“ konstitutiv** ist:

„Bildung, die anthropologisch zum Wesen der Menschen gehört, die in humanistischer Tradition ihren Zweck in der gebildeten Persönlichkeit hatte, wurde zur Zeit des Globalen Konkurrenzkapitalismus zu einem Mittel erfolgsversprechenden Kampfes um wirtschaftliche Vormacht“ (Paul Kellermann, 2003, S. 485).

Bei der „Reform des Bildungswesens“ geht es den Akteuren um eine **gesellschafts- und bildungspolitische Richtungsentscheidung von historischer Tragweite im globalisierten Kontext**: Soll das Bildungswesen weiterhin ein öffentlich finanziertes und kontrolliertes Gegenmodell zur Marktmodell bleiben oder nach dessen Prämissen umstrukturiert werden?

Die weitverbreiteten Vorstellungen und Konzepte und deren Hinnahme in der bildungspolitischen Landschaft sind sicher auch mit der bildungspolitischen und erziehungswissenschaftlichen Abstinenz in der Auseinandersetzung mit diesen gesellschafts- und bildungspolitischen Entwicklungslinien zu begründen. Der Mitte der siebziger Jahre fast vollständige Abbruch eines fachkritischen Diskurses über ‚Schule und die kapitalistische Gesellschaftsformation‘ (Altvater, E.; Huiskens F. 1971; Baethge, M. 1970) ist unter den Bedingungen der neoliberal globalisierten Grundprozesse dringend zu aktualisieren, zu revitalisieren und neu zu begründen, ohne deren Schematismen und Reduktionen zu reproduzieren. Denn die bildungsökonomische Debatte der 70er Jahre führte eine ähnliche Prämissendiskussion, die unter neoliberalen Rahmenbedingungen spezifiziert, differenziert und kontextuell neu eingeordnet werden muß.

Das grundsätzliche Erkenntnisinteresse der Bildungsökonomie, den optimalen Mitteleinsatz im Bildungs-/Ausbildungsbereich nach makro- und mikroökonomischen Gesichtspunkten zu analysieren, zu reflektieren und zu bewerten, ist konstitutiv für den Anspruch des Humankapitalkonzeptes in der Logik der Kosten-Ertrags-Analyse. Die Frage, welchen Beitrag das „Bildungskapital“ zum Wachstum der Ökonomie leistet (rate-of-return approach), war schon in der damaligen Debatte der Maßstab für die „Investition in das Humankapital“, und tangiert grundsätzlich die Frage nach der Staatsquote für diese „Investition in die Zukunft“. Waren die erkenntnisleitenden Interessen in der damaligen Debatte schon ähnlich (Hegelheimer 1968, Huiskens 1972), so findet sich in der aktuellen neoliberalen Gesellschafts- und Bildungsdebatte diese Grundsatzfrage nach der „bildungspolitischen Rendite“ eine Zuspitzung durch den aktuellen Kontext: die zugespitzten Krise der Staatsfinanzen und die neoliberale Politik der Privatisierung und Deregulierung.

Die aktuell beschriebenen neoliberalen Auswirkungen in die unterschiedlichsten Bereiche der Gesellschaft erheben den Anspruch auf eine differenzierte Analyse der Auswirkungen und Konzepte in die bildungspolitische Landschaft, in der ein fundamentaler Paradigmenwechsel stattfindet. Die Implikationen und Konsequenzen gegenwärtiger Bildungsstrategien im Prozeß der wirtschaftlichen „Globalisierung“ mit seiner zugespitzten Reduktion auf blanken Ökonomismus müssen nicht nur in den Wirkungen auf Wissensvermittlung und das Lernen, sondern auch in der schleichenden Transformation des Menschenbildes begriffen und vermittelt werden.

Um die Auswirkungen dieser globalen Veränderungsprozesse auf Bildung, Erziehung und Sozialisation begrifflich zu definieren, erweist sich für mich der Rückgriff auf den Marxschen Entfremdungsbegriff als analytisch hilfreich, weil er sowohl philosophische, subjekttheoretische als auch kritische politisch-ökonomische Aspekte integriert, und damit einer Verflachung einer analytisch integrierten Terminologie entgegenwirkt. Vor allem lassen sich mit ihm die Tendenzen der zunehmenden Versachlichung und Instrumentalisierung gesellschaftlicher Beziehungsverhältnisse auf Kosten lebendiger und authentischer menschlicher Austauschformen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionszusammenhangs charakterisieren. Diese so gemeinte Entfremdung ist also keine anthropologische Konstante, sondern Ergebnis und Ausdruck einer spezifischen Vergesellschaftungsform:

„Diese Wirtschaftsform wird erst unter gesellschaftlichen Bedingungen möglich, unter denen Kapital als Geld, das nach der Vermehrung des Geldes strebt, in die Produktionssphäre der Gesellschaft eindringt, was wiederum voraussetzt, dass diejenigen, die produzieren, von den Mitteln der Produktion getrennt sind und die Eigentümer der Produktionsmittel den gesellschaftlich produzierten Reichtum privat aneignen können. Diejenigen, die diesen Reichtum aber produzieren, müssen ihre Arbeitskraft als Waren verkaufen, um ihre Existenz sichern zu können“ (Mandel 1984, S. 56 f.)

In dieser Maxime der Verwertbarkeit und strukturellen Entfremdung ist die Auseinandersetzung bildungstheoretischer Diskussion im neoliberal globalisierten Gesellschaftsprozess zu führen, weil in ihm der Druck auf die ökonomische Ausrichtung des Bildungssystems enorm gewachsen ist. Die Indizien dieses Drucks sind signifikant: Privatisierung der Bildung, Schaffung eines Bildungsmarktes für Bildungskonzerne, Eliteförderung, Bildungsstandardisierung, Verkürzung der Schulzeiten, Kom-

primierung der Zeit in der Wissensvermittlung, Modularisierung von Ausbildungsgängen etc. Wenn in Deutschland die Einflüsse auf das Bildungssystem auch nicht so manifest sind wie in den angelsächsischen Ländern, so ist der neoliberale sichtbare Einfluß subtiler und vielleicht gerade deswegen wirkungsvoller.

Die mit diesem Ökonomisierungsprozess einhergehende Veränderung des Menschenbildes hat Günther Anders mit dem Terminus homo materia (1987: 21 ff.) zur Charakterisierung dieser versteckten Anthropologie geprägt, um die Verdinglichung der Kategorie des „Lernens“ in ideologiekritischer Perspektive begreifbar zu machen: die Betonung der „Humanressourcen“ als „Schlüssel der Zukunft“, als grundlegender „Standortfaktor“ im internationalen Konkurrenzkampf, schlicht als „wichtigster Rohstoff Deutschlands“ (Bundesregierung 2000: 34). Die Begriffe „Rohstoff“ und „Ressource“ definieren die Anthropologie des „homo materia“, denn „Rohstoffe“ werden abgebaut, bearbeitet und anschließend in eine „angemessene“ Form gebracht.

Die Veränderung im Selbstverständnis einer so verstandenen Bildungsökonomie drückt sich im „fit-machen“ für die globalisierte Welt aus, in dem Kinder und Jugendliche „besser, schneller und effektiver“ über hochselektive „Bearbeitungsformen“ dem zukünftigen Arbeitsmarkt als „Humanressource“ zugeführt werden sollen. Dabei fasst die neue Qualifikationsanforderung die Vielfalt menschlicher Fähigkeiten unter Beibehaltung des Koordinatensystems gesellschaftlicher Entfremdung. Es berücksichtigt sowohl kognitive, affektive und sozial-emotionale Dimensionen der Persönlichkeitsbildung, da der individualisierte Anspruch auf „Selbststeuerung“, „Selbstverantwortung“, „Selbstmanagement“ systemisch funktional erscheint.

Aus der Komprimierung, Verdichtung und Quantifizierung der Bildungszeit fallen nicht nur zentrale Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung (Zeit, Hingabe, Muße, Genuß, Gelassenheit, Liebe) heraus, sondern in diesem Anspruch ist die Verdinglichung der Mensch-Welt-Beziehung nochmals auf die Spitze getrieben in einem „technologisch-verdinglichten Zeitbegriff“ (Kofler 1982: 40), der zeitökonomischen Prämissen unterworfen ist und nahtlos auf die „Herstellung“ von Qualifikationen und Kompetenzen übertragen wird. Bourdieu/Passeron (1973) und Coleman/Hoffer/Kilgore (1982) definieren diesen Prozess als Verdinglichung menschlicher Wesenskräfte im Kontext bestehender Produktions- und Reproduktionszusammenhänge der Politischen Ökonomie.

Auch das theoretische Rahmenkonzept der PISA-Studie(n) beruht auf einem Qualifikationsverständnis einer verdinglichten Bildungsökonomie, das auf den Prämissen der OECD aufbaut:

„Beurteilungen der Qualifikationsbasis des Humankapitalstocks tendieren bestenfalls dazu, aus ‚Stellvertreterindikatoren‘ wie ‚Schulabschluß‘ gewonnen zu werden. Sobald das Interesse an Humankapital ausgeweitet wird auf Eigenschaften, die es den Menschen erlauben, ‚lebenslang Lernende‘ zu werden, wird die Unangemessenheit deutlich. Durch die direkte Befragung von Wissen und Fertigkeiten überprüft OECD/PISA das Ausmaß der Fähigkeiten junger Menschen, sich dem Erwachsenenalter zu stellen, und zum anderen (bis zu einem gewissen Grad) die Effektivität von Bildungssystemen“ (OECD, zit. Nach: Klausenitzer 2002, S. 48).

Diese supplementäre Entfremdung im Lernprozess reduziert das Wesen der Warenstruktur „Humankapital“ auf den Umstand, „dass ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Personen den Charakter der Dinghaftigkeit und auf diese Weise eine ‚gespenstische Gegenständlichkeit‘ erhält, die in ihrer strengen, scheinbar völlig geschlossenen und rationalen Eigengesetzlichkeit jede Spur ihres Grundwesens der Beziehung zwischen Menschen verdeckt.“ (Georg Lukacs 1986: 17 f.).

Die pädagogische Reproduktion der Entfremdung in seiner Angleichung an die Prämissen der Produktions- und Arbeitsorganisation finden nicht nur einen Ausdruck in der Zuspitzung der Konkurrenz- und Wettbewerbsphilosophie, sondern auch im Charakter der Verdinglichung von Bildungsinhalten, vorfabrizierten und standardisierten Lernmaterialien und einer zunehmenden Trennung von Inhaltsorientierung und Subjektorientierung. Die zunehmende Verwertungsorientierung von Wissen und Kom-

petenzen im Erziehungs- und Bildungsprozess nach Maßgaben und Maßstäben ökonomischer Gestaltungsdirektiven, die (weil zunehmend standardisiert) erfahrungs- und lebensweltliche Bezüge weitgehend ausblendet, zunehmend abstrakten Gesetzmäßigkeiten und Anforderungen des sich radikal wandelnden ökonomischen Systems folgt, ist ein wesentliches Charakteristikum dieses Veränderungsprozesses. „Verwertbarkeit“ als eigenständiges Merkmal von Bildung ist isoliert ein vollkommen untaugliches Kriterium zur Beurteilung schulisch vermittelter Kompetenzen, weil diese kognitivistische, lehrplanzentrierter Sozialisation zunehmend die Anforderungen an das „kulturelle und soziale Kapital“ in der Logik des „heimlichen Lehrplans“ unterminiert. Dieser verdinglichten, über das Notensystem repräsentierte Form der Leistungssozialisation in der Fassung modularisierter Lerneinheiten, muß dringend eine in der kritischen Theorie der Bildung begründete Prämisse entgegengesetzt werden, um die bildungstheoretische und erziehungswissenschaftliche Grundsatzdiskussion wieder zu revitalisieren:

„Die verschwiegene politische Funktion des Vorgangs bestand darin, dass eine von politisch-gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Bezügen freigehaltene ‚Allgemeinbildung‘ die fraglichen Handlungsgebiete aus der schulmäßig eingeübten Kritik entlässt. Vernünftige Kritik war dann beschränkt auf Sprach-, Text- und Kunstkritik, während die gesellschaftliche, die ökonomische und die technologische Tätigkeit des Menschen gerade durch die Trennung, die angeblich dem Prinzip der Bildung zufolge notwendig sein sollte, der Reflexion entzogen wurde. In ideologiekritischer Überspitzung kann man sogar sagen: indem die sozioökonomischen Strukturen für die Bildung als uninteressant erklärt waren, konnten sie umso sicherer für die Ausbildung als ein nicht hinterfragbarer Sachzwang gelten.

Ist das bildende Prinzip demzufolge rechtens nicht in einem Kanon fassbar, so könnte es doch in einem Kriteriensinne formulierbar sein, durch den sich die historisch angewiesenen Inhalte pädagogisch zu rechtfertigen hätten. Bildungstheorie müsste dann den politisch-gesellschaftlichen Anspruch aufnehmen, ihn im gleichen Zug aber auch brechen, in dem sie ihn zurückbezieht auf die Bedingungen der ökonomisch begründeten Herrschaft von Menschen über Menschen und gerade dies zu Bewusstsein bringt“ (Herdwig Blankertz, Bildung – Bildungstheorie, in: Christoph Wulf, Wörterbuch der Erziehung, S. 68).

Diese Herabsetzung von Bildung zu einer zeitökonomischen und damit einem Quantifizierungsanspruch unterworfenene Größe, diese billigere und effizientere ‚Bearbeitung der Human-Ressourcen‘ (und die damit verbundenen Unterwerfung unter die Logik einer Ökonomisierung und Qualifizierung) repräsentiert ja gerade die „unerfüllte Zeit des entfremdeten Bewusstseins“ (Kofler 1982: 41) in der neoliberalen Gesellschafts- und Bildungsstrategie. Eine Erziehung für das Selbst- und Weltverständnis heranwachsender Kinder und Jugendlicher - in der Zielsetzung einer einer nicht ausschließlich ökonomisch formierten und deformierten zivilen Gesellschaft mit genuin pädagogisch-bildungstheoretischen Maßstäben - konfrontiert zwangsläufig mit dem neoliberalen Reduktionismus eines immer irrationaler werdenden Gesamtsystems. Diese Kultivierung im „Zustand autonomer Entfremdung“ (Hardt/Negri 2002: 38), die permanente, strukturell induzierte Entwertung des Menschen durch die Degradierung seines Subjektvermögens, bleibt weder in individualpsychologischer noch in soziologischer, kultureller und gesellschaftspolitischer Perspektive ohne Folgen.

„Ein irrationales System kann sich jedoch nicht rational vermitteln, nicht einmal in der verkürzten Form der Rationalisierung, der auf den reinen Anwendungscharakter heruntergekommenen Ratio. Der gesellschaftliche Widerspruch wird vom Menschen real erfahren... Die Inkommensuralität des Systems wird immer unübersehbarer, der materielle Widerspruch wird auf eine bisher unbekannte Weise in psychologische Widersprüche übersetzt, die sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte unaufhaltsam und suizid produzieren.“ (Heydorn 1995/4, S. 122 f.).

Denn trotz des Drucks, die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion im Kontext des globalisierten Systemswettbewerbs zu befrieden, bleibt auch oder gerade der „dumpfe Zwang zur Mündigkeit“ (Konefke 1997: 49), der Anspruch frei handelnder Subjekte, deren Leitmotiv der Kant'sche Imperativ („Habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen“) bleibt.

„Dass Heranwachsende ihre Probleme im Verhältnis zur Welt und zu sich selbst thematisieren, dass sie in personalen Anerkennungsverhältnissen ihre Schwierigkeiten mitteilen können, dass sie das andere – das nicht in der Ware Identität eingeschlossene – Subjektvermögen artikulieren können: Diese Perspektiven wären Mindestanforderungen an eine Organisation schulischer Bildung und Sozialisation, die ihre Aufgabe nicht funktionalistisch auf verwertungsorientierte Bearbeitung von Humanressourcen beschränkt. Die im pädagogischen Verhältnis enthaltenen, Eigengesetzlichkeit konstituierenden Strukturmomente der Offenheit, des Vertrauens, des Zuspruchs kämen einer solchen Bildungsinstitution entgegen. Denn

wenn der Mensch auch ‚für fremde Zwecke herangezogen wird, so ist er im Umfeld seiner Erziehung auch Zweck an sich‘ (Gamm 1991, S. 194).

Freilich ist dies nur ein Funken Hoffnung, der die Zerstörungskraft der in der Verdinglichung verkapselten menschlichen Wesenskräfte nicht außer Kraft zu setzen vermag ohne die Macht einer sich vielleicht abzeichnenden sozialen Bewegung, die der Zentrifugalkraft neoliberaler Modernisierung das Projekt humaner Menschwerdung entgegensetzen könnte. Über das ‚Schicksal‘ der menschlichen Wesenskräfte in einer globalisierten Welt ist noch nicht entschieden“. (Armin Bernhard 2002, S.15).

Doch die Kräfte, die sich dem aufgesetzten Paradigmenwechsel entgegenstellen und die Auseinandersetzung sowohl ideologiekritisch als auch bildungspolitisch fundamentieren, haben sowohl im fachlichen als auch im öffentlichen Diskurs noch keine ausreichende Resonanz, um für die anstehenden Formierungen und Reduktionen zu sensibilisieren:

- Der Druck auf die Bildung wächst, effizienter und schneller die gewünschten Subjekteigenschaften hervorzubringen. Die Indizien dieses Drucks heißen:
 - Einführung von „Bildungsstandards“;
 - frühe Einschulung;
 - Verkürzung von Schulzeiten;
 - Modularisierung und Bachelorisierung von Ausbildungsgängen;
 - Versuche der Privatisierung von Bildung;
 - Elite- und Hochbegabtenförderung etc.
- Die in allen gesellschaftlichen Sektoren forcierte Strategie der „Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren“ (Polany 1978: 70) leitet im Bildungswesen einen paradigmatischen Wechsel ein, ein an Mündigkeit orientiertes Bildungsverständnis auf eine vulgärökonomische Dimension menschlicher Bildung als arbeitsmarktbezogener Qualifikation einzuleiten. Diese in den 1990er Jahren eingeleitete affirmative bildungsökonomische Debatte (z.B. Lepenies 2003; Kongress der McKinsey&Company; zahlreiche neoliberale „Bildungsinitiativen“) verschränkte sich mit den Prämissendiskussionen der PISA-Debatte, und formierte sich zunehmend zu einer neoliberalen Bildungsstrategie, deren wesentliches Ziel die „Herstellung von Humankapital“ (Bildung als Wertschöpfung, Bildung als wirtschaftliche Investition, Bildung als Bearbeitung des „Rohstoffs Mensch“) ist. Bildung wird somit zur Ware, die als entsprechendes Dienstleistungsangebot auf den Markt gegeben und damit käuflich ist.
- Wenn auch bis heute vor allem das allgemeinbildende Schulsystem durch Vorbehalte der EU vor dem Zugriff privater Konzerne geschützt ist, so sind doch die Bestrebungen auf dem Hintergrund der GATS-Vereinbarungen unübersehbar, die Marktlogik in diesem Marktsegment zunehmend zu entfalten. Die Folgen für eine demokratische Gesellschaft wären gravierend: Der zentrale Anspruch allgemeiner Bildung an die individuelle und kollektive Mündigkeit und Emanzipation würde wesentlich tangiert, und die Basis einer demokratischen Zivilgesellschaft gefährdet. Der von Günther Anders (1987: 21 ff.) definierte Begriff des „homo materia“ charakterisiert die neoliberale Reduktion („geistiger Rohstoff“, „Humanressource“ etc.) angemessen:

„Das ‚Schickal‘ von Rohstoffen ist bekannt: Sie werden geplündert, bearbeitet und in eine gesellschaftlich profitable Form gebracht. Das Kind als Rohling ist diejenige Quelle, aus der nach seiner schulischen Umarbeitung in Humankapital die verwertbaren Innovationen entspringen sollen. Der Mensch ist ein Rohstofflager: Dies ist die Kernaussage des neoliberalen Menschenbildes. Die menschliche Natur lässt sich beliebig für gesellschaftliche Erfordernisse nutzen. Die Menschen sollen mit denjenigen Wissensbeständen und Kompetenzen ausgestattet werden, die sie zum Humankapital werden lässt“ (Armin Bernhard, 2007, S. 5).

- Dem zugrundgelegten Menschenbild entspricht ein neues Persönlichkeitsideal der allseitig mobilen, flexiblen und veränderungsfähigen- und willigen Persönlichkeit an die laufenden Veränderungen des Marktes im Dienste der Unternehmen.
- Die unterstellte „Verwarenförmigung“ (Bernhard 2007: 6) von Bildung verschärft die sozialen Ungleichheiten für die „bildungsfernen“ Sozialschichten (Verfestigung schichtenspezifischer Selektionsmechanismen: Sprache, Intelligenzentwicklung, Motivation, Lerneinstellungen, Erziehungsstile) durch die Verschärfung des Leistungswettbewerbs, einer Reduktion auf standardisiertes, abprüfbares kognitives Wissen, Konkurrenz zwischen den Schulen (Rankingorientierung etc.). Die immer weitere Vorverlagerung der Wettbewerbs- und Konkurrenzorientierung in das frühe Kindesalter (Vor- und Grundschule) bedeutet nicht nur das „Ende der Kuschelpädagogik“, sondern das systematische Unterwerfen schon der Vor- und Grundschulkinder unter Qualifikationsanforderungen, Arbeit, ökonomischen Druck, soziale Erwartungen. Die negativen Konsequenzen für die Subjektentwicklung, die sozialen Bindekräfte und den Zusammenhalt der zivilen Gesellschaft hat O. Negt (2004) ausreichend problematisiert.
- Die entwicklungspsychologische Logik kindlicher Bildungs- und Sozialisationsprozesse wird zunehmend durch die Unterwerfung unter wirtschaftliche und zeitökonomische Aspekte negativ tangiert. Die ökonomischen Zwänge korrespondieren immer weniger mit der „Eigensinnigkeit von Kindern“. Bildung wird zu einem „gewaltförmigen Vorgang“, in dem die menschliche Individualität zunehmend Uniformierungsprozessen unterworfen wird: „Der Prozess der Bildung ist in den der Verarbeitung umgeschlagen... Die Verarbeitung lässt dem Gegenstand keine Zeit, die Zeit wird reduziert. Zeit aber steht für Liebe; der Sache, der ich Zeit schenke, schenke ich Liebe; die Gewalt ist rasch“ (Horkheimer 1981: 166).
- Die Zerstörung des Charakters der allgemeinen Bildung, die Störung der Sozialisation von Muße, Hingabe, Gelassenheit, Liebe, Kommunikation, Zeit als Anspruch humanistischer Perspektiven von Bildung kontrastiert sich in den Qualifikationsanforderungen der allseitigen Marktverfügbarkeit des neoliberalen Menschen. Die Zielsetzung einer „Verwarenförmigung“ des Menschen konterkariert den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule, und induziert zugleich eine Überforderung der Organisation Schule, da der Ökonomisierungs-/Qualifizierungsdruck notwendige Ressourcen für wachsende pädagogische Anforderungen bindet und entzieht. Die Ignoranz für die ökonomischen und gesellschaftlichen „Kosten“ nachgelagerter Sozialisationsdefizite (primär verursacht durch die dauerhafte Ausgrenzung vor allem von Kindern aus den „bildungsfernen“ Schichten) ist schon legendär.

2. Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen als Strategie

Zunehmend geraten im Zuge des allgemeinen Vordringens neoliberaler Strategien öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge europaweit unter Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck und prägen eine neoliberale „Reformpolitik“ auch in bisherigen gesellschaftlichen Schutzzonen, die nicht der ökonomischen Logik unterworfen waren. Dabei ist das semantische Verständnis zu schärfen: „privare“ heißt berauben. Etwas, was privatisiert wird, wird dementsprechend der öffentlichen Kontrolle entzogen. Dementsprechend kontrolliert nicht mehr die Gesellschaft den Markt, sondern der Markt die „Geschicke“ der Gesellschaft.

Seit Jahren nimmt jedoch eine expansive Privatisierungspolitik welt- und europaweit immer schärfere Konturen an, und hat zwischenzeitlich in Europa eine disparate Landschaft geschaffen, die von ausgesprochenem analytischen Interesse sein muß, um Prozesse in Deutschland angemessen bewerten und einstufen zu können. Denn auch im Bildungssystem organisiert die neoliberale Ideologie zwischen-

zeitlich Projekte mit hohem Realisierungsgrad, die nach den Prämissen der „Marktsteuerung“, „Effizienzorientierung“ und „Wettbewerbslogik“ implementiert werden. Diese Prozesse sind als fundamentale Veränderungen zu bewerten, da hiermit die historisch gewachsene Rolle des Staates und langjährig geformter Gesellschaftsmodelle radikal in Frage gestellt, und sie damit ökonomischen Effizienzkriterien und dem Profitstreben privater Akteure unterworfen werden sollen. Der Boden für einen solchen strategischen Transformationsprozeß ist auf dem Hintergrund der Krise der öffentlichen Haushalte und der Krise europäischer „Wohlfahrtsstaatsmodelle“ günstig, und wird durch den europäischen „Stabilitäts- und Wirtschaftspakt“ (Einhaltung der Maastricht-Kriterien) und die Liberalisierungsagenda der EU strukturell im Sinne der Reduzierung der öffentlichen Ausgaben unter Druck gesetzt. Das Projekt der europäischen Binnenmarktintegration und die neoliberale Marktöffnung (Dienstleistungsrichtlinien) sind in diesem Kontext von zentraler Bedeutung, wenn es um den „Legitimationsdiskurs“ einer grundlegenden Restrukturierung des öffentlichen Sektors geht. Somit ist die Diskussion um diesen Paradigmenwechsel dringend zu führen, um die Folgewirkungen eines solchen Prozesses gesellschaft- und bildungspolitisch zu analysieren. Denn die Annahme steht im Raum, dass private Akteure, die primär aus einer ökonomischen Motivation agieren, zentrale Anforderungen an öffentliche Dienstleistungsfunktionen nicht als Ziel haben: soziale Daseinsfürsorge, Gemeinwohlverpflichtungen, gesamtgesellschaftliche Gegensteuerungen in Prozesse sozialer Disparitäten, Chancengleichheitspostulate etc. Bei dieser Bewertung wird unterstellt, dass das Konzept der „Öffentlichkeit“ im Sinne „öffentlicher Dienstleistungen“ für Güter (Bildung, Gesundheit, Transport, Wasser- und Energieversorgung etc.) das Fundament einer demokratisch legitimierten und gestalteten Basis darstellt, einen uneingeschränkten Zugang aller Menschen zu diesen Ressourcen zum Grundsatz hat, und die Grundrechte der Menschen durch die Rolle des Staates sichert. Dieses normative Orientierungskonzept der gesellschaftspolitischen Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen wird durch das neoliberale Projekt des „schlanken Staates“ fundamental in Frage gestellt, und damit Transparenz, demokratische Einflussnahmen und Kontrolle in den Fundamenten der „menschlichen Sicherheiten“ (Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Alterssicherung, Wasserversorgung etc.) der Logik der Marktgesetze unterworfen (vgl. Altvater 2003). Die Fragen nach den sozioökonomischen Sicherheiten, der Versorgungssicherheit, den ökonomischen Folgen und der demokratischen Einflussnahme und öffentlichen Kontrolle sind hier zentral.

Aus deutscher und europäischer Perspektive realisiert sich die neoliberale Privatisierungsoffensive auf drei Ebenen:

- Durch das Liberalisierungsprogramm des Europäischen Binnenmarktes (das zusammen mit dem Dienstleistungsprogramm GATS eine globale Dimension erhalten hat).
- Auf der nationalen Ebene (mit den jeweils konzipierten und implementierten Programmen).
- Durch die betriebswirtschaftliche Reorganisation öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen.

Die aktuellen Liberalisierungs- Privatisierungsstrategien haben drei zentrale Bereiche des öffentlichen Sektors im Fokus aktiver Gestaltung:

- Das Staatskapital (z.B. staatseigene Banken, Industriebetriebe: Stahlwerke, Automobil- und Luftfahrtunternehmen).
- Öffentliche Infrastrukturleistungen (z.B. Telekommunikation, Post, Energie, Schienenverkehr, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung).
- Der Staatsapparat selbst (z.B. Sozialkassen, Bildungs- und Gesundheitswesen, Steuer- und Meldewesen, Justiz, Militär, Polizei).

Erreicht werden soll dieses Programm durch ein umfassendes Maßnahmenpaket und die Umsetzung der vier „Grundfreiheiten“: Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs.

In diesem strategischen Gesamtkomplex von Privatisierung und Liberalisierung kommt der betriebswirtschaftlichen Reorganisation öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen ein besonderer Stellenwert zu (Verwaltungsreform, Neue Steuerungsmodelle/NSM, New Public Management). Diese „Kulturrevolution“ im öffentlichen Sektor bedient sich verschiedener Instrumente und Verfahren industrieller und dienstleistungsorientierter Organisationsentwicklung (vgl. Pelizzari 2001):

- TQM (Total Quality Management)
- Neue Aufgabenverteilung zwischen Politik und Verwaltung
- Kostensenkungen
- Zerschlagung in selbständige Verwaltungseinheiten
- Private Struktur öffentlicher und privater Leistungserbringer
- Deregulierung des Arbeitsmarktes.

3. OECD-Strategien und deren Konsequenzen für die bildungspolitische Landschaft

Der folgende Analyseschritt geht von der Hypothese aus, dass mit den Prozessen der sozioökonomischen, sozialpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Transformation ein schleichender Parallelprozeß in der Bildungslandschaft stattfindet, der mit den anderen gesellschaftlichen Grundprozessen kompatibel ist. Mit den Verschärfungen gesellschaftlicher Disparitäten/Marginalisierungen/Exklusionen wird objektiv eine bildungspolitische Phase torpediert/unterwandert, die das explizierte Zentralziel größerer gesellschaftlicher „Chancengleichheit“ intendiert. Meinen Ausführungen ist die Hypothese vorangestellt, dass die neoliberale Reform der Bildungslandschaft objektiv die Benachteiligung / Ausgrenzung/ Exklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen/-Schichten zum Ergebnis (vielleicht sogar zum Ziel hat), und sich dieser Grundprozeß durch die beschriebenen Exklusionen verschärft.

4. Transformation des Bildungssystems im Kontext neoliberaler Strategien

Im Kontext neoliberaler Privatisierungsstrategien und der zugespitzten Finanzkrise des Staates sind Versuche umfassender Rationalisierungen auf nationaler Ebene (Verwaltungsreform öffentlicher Dienste) der Bezugsrahmen, in dem Restrukturierungsmaßnahmen des deutschen Bildungswesens auf der Tagesordnung stehen. Mit diesem Programm sind grundlegende Veränderungen in der Bildungslandschaft zu antizipieren.

In den 70er Jahren war der Reformanspruch auf eine größere Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems zur optimalen Begabungsausschöpfung fokussiert (zur Realisierung verbesserten Wirtschaftswachstums). Es gelang jedoch in Deutschland im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten nicht, in der Sekundarstufe ein integriertes Schulsystem zu implementieren und das dreigliedrige Schulsystem aufzulösen. Dieser „Modernisierungsrückstand“ im benchmarkorientierte Bildungswesen wurde durch die Beendigung der Bildungsexpansion (auf dem Hintergrund der sich verschärfender Finanzkrise des Staates und den Wirkungen der bildungspolitischen Gegenreform) in den darauffolgenden Dekaden festgeschrieben – die Rückführung der Kosten dominierte die Bildungsplanung ebenso, wie der gesellschaftliche Diskurs über die Delegitimation des „staats-bürokratischen Bildungswesens“. Die sicht-

baren Defizite des „Staatsschulwesens“ (mangelnde Effizienz/Effektivität, Innovation, Flexibilität, Qualität, Vielfalt, Wirtschaftlichkeit/Rechenschaftsbericht, bürokratischer Zentralismus, Standespolitik von Pädagogen und Verwaltungsbeamten) waren der Aufsatzpunkt für eine neoliberale Debatte von Rezepten zur Beseitigung dieser Defizite, die mit Konzepten privatwirtschaftlich verfasster Ökonomie geführt wurde: Dezentralisierung („Autonomie und Eigenverantwortung“, Vielfalt, Wettbewerb, Einsatz von Managern und Managementmethoden, Privatisierung, betriebswirtschaftliche Rechnungslegung etc.). Das Bildungssystem müsse zukünftig vor allem nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien organisiert werden, um den „pädagogischen Ertrag“ neu bewerten zu können. Diese vor allem vom Bertelsmann-Konzern (Bertelsmann-Stiftung) im Verbund mit Think Tanks, kommunalpolitischen Trägern, Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Hans-Böckler-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, IHK, BDI und Medien initiierte Debatte zur Zurückdrängung politischer Einflussnahme durch den Staat zugunsten ökonomischer Rationalisierungskriterien, wurde mit dem klaren Ziel geführt, den Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik einzuleiten, und damit den strategischen Prämissen von WTO, OECD, Weltbank, IWF, ASEAN, EU (European Round Table of Industrialists und der Transatlantic Business Dialogue) und NAFTA zu entsprechen. Diese supra- und internationalen Netzwerke stehen im Kontext der Globalisierung der Produktion, des Handels, der Dienstleistungen und des Finanzmanagements für die *Prinzipien der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung*, dessen zentraler Bestandteil der „Washington Consensus“ ist. Vor allem die Bertelsmann-Stiftung praktiziert einen korporatistischen Ansatz zur systematischen Integration unterschiedlichster gesellschaftlicher Akteure zur globalen Vernetzung eines Wettbewerbskorporatismus (Begleitung von Schulprojekten in 16 Bundesländern; Projekt „Schule & Co“/52 Schulen; Projekt „Selbständige Schulen“/237 Schulen etc. – vgl. Klausenitzer 2002a). Der speziell von der Weltbank (1995) zum Zwecke der ökonomischen Strukturanpassung lancierte Beitrag „Priorities and Strategies for Education“ - (mit dem Ziel, ein kohärentes Bildungsfinanzierungsprogramm zu definieren (vgl. Jonas 1997), nachdem die Staatsausgaben durch eine stärkere Ausrichtung des Bildungssystems nach ökonomischen Leistungskriterien vorzunehmen sind) - zeigt(e) die Richtung an, die von den transnationalen neoliberalen Diskursgemeinschaften (Think Tanks) eingeschlagen und gefordert wurde. Diese strategische Kommunikation verlief auf den Ebenen Weltbank, IWF etc., dem OECD-Komplex und auf der Ebene vielfältiger Organisationen und Expertengruppen auf nationaler Ebene.

Die Ansprüche an das neue Paradigma öffentlicher Verwaltung/Bildungsverwaltung werden von der OECD (2001) wie folgt definiert:

- Organisation internen und externen Wettbewerbs.
- Dezentralisierung auf operativer Ebene.
- Ausbau und Stärkung der Kapazitäten auf der strategisch-politischen Ebene.
- Nutzergebühren und Gutscheine.
- Alternativen zur öffentlichen Daseinsfürsorge: Privatisierung, Public-Private-Partnership etc.
- Qualität definiert sich als „Effizienz“.

Die zentrale politisch-strategische Absicht liegt in der „Rationalisierung der Politik“ durch Wettbewerb, Effizienzsteigerung, Flexibilisierung, Ökonomisierung der Binnenstruktur der Organisationen. Der einzuleitende Paradigmenwechsel wurde flankiert durch staatlicherseits durchgeführte Budgetkürzungen, wie es Anfang der 80er Jahre in Großbritannien praktiziert wurde. Die zentralen postulierten Stellhebel zur Erreichung der Effizienzgewinne vermitteln sich über die Organisation von Wettbewerb (Dezentralisierung von Autonomie und Eigenverantwortung, Qualitätssicherung und Rechenschaftspflicht) zwischen den Bildungseinrichtungen als auch deren Privatisierung (Öffnung ausschließlich staatlicher Bildungszuständigkeiten für privatwirtschaftliche Organisationen; Organisation von Wettbewerb und Quasi-Märkten; privatwirtschaftlich arbeitende Agenturen für Evaluation, Tests; Public Private Partnerships). Nach dem „cost-sharing-Prinzip“ der Weltbank sollen die Bildungskosten zunehmend privatisiert werden (Studiengebühren, Bildungskonten etc.).

Diese in den 90er Jahren vor allem von den Think Tanks und den Sachverständigenräten nach bekannten PR-Strategien eingeleiteten Argumentationsmuster haben heute die politischen Apparate und deren Repräsentanten erreicht, und werden in den politischen Begründungsmustern unter den Stickworten „Chancengleichheit“, „Selbstbestimmung“ und „soziale Gerechtigkeit“ implementiert und redefiniert und zum neuen Staatsziel erhoben. Am markantesten formuliert die Böll-Bildungskommission die Zielsetzung, wenn sie feststellt, dass

„angesichts des Zerfalls natürlicher Bindungen und Milieus, angesichts von Globalisierung und Individualisierung... es geboten (erscheint), den Zusammenhalt der Gesellschaft als vorrangige Aufgabe des Bildungssystems anzusehen“ (Böll II 2001, Kap II, S.3).

Die Zielsetzungen einer informellen bildungspolitischen großen bildungspolitischen Koalition (Parteien, Arbeitsgeber, Gewerkschaftsfunktionäre) werden in der Präambel der „Empfehlungen“ zu strategischen Herausforderungen definiert. In einer Verknüpfung der Zielsetzungen „chancengleicher Zugang“, „individuelle Orientierungsfähigkeit in der Fülle des Wissens“ und „lebenslanges Lernen“ artikuliert sich das bildungspolitische Leitmotiv der „postindustriellen Gesellschaft“. Dabei fällt vor allem der inflationäre Gebrauch des Begriffs der „Chancengleichheit“ auf, der im Gegensatz zu Selbstverständnissen der bildungspolitischen Debatte der 70er Jahre den Vorstellungen einer „gerechten oder guten Gesellschaft“ (Klausenitzer 2002: 64) entleert und der Individualisierungsstrategie unterworfen wird. Nicht mehr der kollektive Emanzipationsprozess ist angesprochen, sondern die Wettbewerbsfähigkeit des Individuums. So bringt die „Wirtschaftswoche“ (Nr.21/14.5.1998) diese Diskussion auf den Punkt:

„Faire Bildungschancen machen die teure, ineffiziente Sozialpolitik alten Stils entbehrlich. (...) Je durchlässiger das Bildungssystem, je leichter der soziale Aufstieg, desto schwieriger wird es für die Bequemen, staatliche Transfers zu fordern. Sie müssen die Konsequenzen ihres Verhaltens selbst tragen.“

Die eingeleiteten Entwicklungen legen die Frage nahe, inwieweit das gegenwärtig organisierte „institutional renewal“ (OECD) das Verhältnis von Schule und Gesellschaft neu definiert, inwieweit die neuen Steuerungsparameter in praktischen bildungspolitischen Konzepten implementiert sind/werden, und welche Konsequenzen ihnen heute schon zu unterstellen sind. Fakt ist, dass die Finanzkrise des Staates die Verlockung bietet, einer Trennung zwischen „Regulations- und Betreiberfunktionen“ (Staat: Finanzierung, Regulierung, Aufsicht und Kontrolle; Betreiber: Durchführung von Bildungsaktivitäten, Dienstleistungen für Infrastrukturmaßnahmen etc.) zu implementieren.

In der bildungspolitischen Debatte der BRD wurde eine mögliche Privatisierungsperspektive lange als irrelevant beurteilt, da die im Grundgesetz festgeschriebene Verantwortung des Staates für das gesamte Schulwesen (GG, Artikel 7(1): „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“) festgeschrieben ist:

„War die Übertragung von Aufgaben im Bereich der Reinigung von Bildungsinstitutionen von kommunaler Zuständigkeit auf private Träger schon seit Jahren übliche Praxis, so häufen sich in letzter Zeit Maßnahmen einer erweiterten Funktionsübertragung (outsourcing) z.B. in den Bereichen

- Gebäudereinigung und -erhaltung;
- Verpachtung von Schulen (bzw. deren Facility-Management in Form einer PPP);
- privates Catering für städtische Kindergärten und Horte der Stadt Frankfurt;
- sale-and-lease-back von Schulen und Verwaltungsgebäuden.

*Diese Beispiele des **outsourcen** von einzelnen bisher in staatlicher Regie betriebenen Funktionen sind Belege von nur einer der drei wesentlichen Privatisierungsstrategien. Die gegenwärtig weiter vorangetriebene Umsetzung einer an der Integration von Markt- und Management Elementen orientierten **Verwaltungsreform staatlicher Institutionen** ist – neben der Privatisierung von Teilen der **Finanzierung** von Bildungsinstitutionen.... – zentraler Bestandteil der aktuellen Restrukturierung....*

Diese Einheit von Rationalisierung und Privatisierung als Strategien zur Effizienzsteigerung bisher staatlich erbrachter und kontrollierter Maßnahmen kollektiver Daseinsvorsorge ist wesentlich für den gegenwärtigen Umbau:

Sie ergänzen einander und sind unterschiedlich eingesetzte Mittel im Hinblick auf das zentrale Ziel der Kostenreduzierung.

Noch befindet sich dieser institutionelle Umbau in der BRD in der Anfangsphase (die Weltbank spricht in diesem Kontext von einer ‚incremental strategy‘) – unter praktischer Mitwirkung von Bertelsmann-Stiftung, McKinsey, Unternehmensverbänden... und vielen IHKs. So ist gegenwärtig kaum ein Bundesland ohne zumindest ein Pilotprojekt zur (Teil-)Autonomisierung von Bildungsinstitutionen“ (Jürgen Klausenitzer, Thesen zu Rationalisierung und Privatisierung im Bildungsbereich, 2006, S. 3-4).

Der Bildungskommissionsbericht „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ enthält im wesentlichen alle Grundzüge neuer geforderter institutioneller Rahmenbedingungen: Wettbewerb unter den Schulen, teilautonome Schulen, Evaluation, Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen der ‚Wissensgesellschaft‘, modulare Strukturen, enge Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft. Während die konservativen Bildungspolitiken (BW, Bayern) die Selektions- und Allokationsfunktion des dreigliedrigen Schulsystems aufrecht erhalten wollen, um sie stärker den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen, lässt sich auf dem Hintergrund einer generellen Neuformierung der Bildungseinrichtungen eine klare Unterscheidungslinie zwischen sozialdemokratischer und konservativer Bildungspolitik immer schwieriger erkennen, sind die Entwicklungen und Tendenzen in den 16 Bundesländern doch sehr ähnlich orientiert:

- Verkürzung der Schulzeit (von 13 auf 12 Jahre).
- Einführung zentral verwalteter Abschlussprüfungen (in den Klassen 9, 10 und 13 bzw. 12 – Zentralabitur).
- Verschärfung der Anforderungen in Tests und Prüfungen.
- Zurücknahme von Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe (Revision der in den 70er Jahren eingeführten Oberstufenreform).
- Förderung von „Hochbegabten“ und „Fast-Track“-Schulbiographien.
- Reorganisation der Curricula (im Sinne traditioneller Werte und im Kontext der Debatte um ein „Kerncurriculum“).

Vor allem die sozialdemokratischen Bundesländer haben Elemente einer dezentralen und ergebnisorientierten Steuerungsstrategie der Bildungsverwaltung eingebracht und folgende Elemente einer Verwaltungssteuerung implementiert:

- Stärkung der Rolle des/der SchulleiterIn.
- Entwicklung von Schulprogrammen.
- (Teil-)autonomes Management (Budget, Kosten-Leistungsrechnung, Ablösung der alten Prinzipien der Kameralistik).
- Diskurs über Qualitätssicherung und Evaluation (vgl. Maritzen 1999).

Um diesen Veränderungsprozess nach der Logik von Markt und Management einleiten und legitimieren zu können, bedurfte es zuerst der Delegitimierung des alten Systems. Die Konstruktion eines neuen *common sense* geschieht auf dem strategischen Zielkorridor zur Senkung der Staatsquote, und damit der Veränderung der Rolle des Staates in einem ehemals staatsmonopolistischen Steuerungsfeld. Dieser Paradigmenwechsel in der Steuerung der (ehemals) „öffentlichen Daseinsvorsorge“ steht in Deutschland als Konsequenz eines strukturellen Wandels („Globalisierung“, „Informationsgesellschaft“ etc.).

Es gehört offensichtlich zur Strategie neoliberaler Restrukturierungen des Bildungswesens, die bildungspolitischen Ziele durch einen Rückgriff auf zentrale Begriffe kritischer Bildungstheorie zu verschleiern und sie einer Neudefinition zu unterziehen. Im Zentrum stehen dabei die Konzepte von „Selbstbildung“, „Eigenverantwortung“ und „Autonomie“, „Selbstreguliertes Lernen“, „Selbstständigkeit“, „Gestaltungsfreiheit“ - also zentrale Konstruktionen und Ziele der Reformpädagogik. Der neo-

liberale bildungstheoretische Diskurs fokussiert das Bild „autonomer Subjekte“, die sich als Akteure innerhalb einer pluralen Gesellschaftsformation selbst managen, sich im Prozess lebenslangen Lernens selbst organisieren, um den Herausforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft gewachsen zu sein. Insofern sind die im neoliberalen Bildungsdiskurs geforderten Schlüsselqualifikationen „Autonomie“ und „Selbstbestimmung“ nicht nur bloßes ideologisches Konstrukt, sondern Grundlage eines zu sozialisierenden selbstverantwortlichen, rational kalkulierenden und handelnden Subjektes. Lemke identifiziert gerade hier „das Spezifikum der neoliberalen Rationalität“ (2000: 38). Nach den Vorstellungen der OECD soll schon in der Schule die Fähigkeit zum Selbst-Management eigener Qualifikationen und der Suche nach Arbeitsplatznischen eingeübt werden. So zielt z.B. „Employability“ (als berufspädagogische Schlüsselkategorie) auf die von den Betroffenen selbst zu arrangierende permanente Anpassung beruflicher Qualifikationen an die sich wandelnden Bedingungen des Arbeitsmarktes. Dieser Zentralkategorie europäischer Beschäftigungspolitik hat sich die Bundesregierung in ihrem Aktionsprogramm „Innovation von Arbeitsplätzen in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ angeschlossen, und damit das Konzept der „Beruflichkeit“ zugunsten modularisierender Teilqualifikationen zur Disposition gestellt, um die Ware Arbeitskraft kurzfristigen Verwertbarkeiten zu unterstellen. Dieses 2002 zwischen den europäischen Bildungsministern vereinbarte Konzept zur Etablierung eines „europäischen Berufsbildungsraumes“ mit den Ansprüchen auf „Transparenz“ und „Vergleichbarkeit“ ist nicht nur ein konsequenzenreicher Affront gegen das duale System, sondern Exempel für die zunehmende Unterwerfung von Qualifikationsprozessen unter die Prämissen ökonomischer Rationalität. „Employability“ steht jedoch nicht nur für eine flüchtige Beruflichkeit, sondern auch für eine Individualisierung gesellschaftlicher Orientierungsmuster. Nicht nur formalisierte Wissensvermittlung ist das Ziel, sondern ein den neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen angemessenes Lernen: Flexibilität, Leistungssteigerung und Wettbewerbsoptimierung in einer globalisierten Wissensgesellschaft definieren den „soveränen Arbeitsplatz-gestalter“ (Mutz 2001) als einen neuen Typus des Lohnarbeiters, der in einer kognitiven Reduktion designt als Summe der Einzelteile eine neue gesellschaftliche Formation bilden soll (so der Titel der Europäischen Kommission „Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft“). Somit droht „Bildung“ immer mehr zu ökonomisch definierten Ware zu werden, mit dem Anspruch auf (Selbst)Produktion und dem Surrogat, der Einzelne können durch „eigenverantwortliches Handeln“ Autonomie gewinnen:

„Man muss die Rückwendung auf Eigenverantwortlichkeit in dem Sinne sehen, dass nun jeder Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft sein soll. Der ‚Arbeitskraftunternehmer‘ ist ja eine Sprachformel, die es vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat, die auch keiner in den Mund hätte nehmen können vor zehn oder fünfzehn Jahren. Oder nehmen Sie diesen gruseligen Begriff ‚Ich-AG‘: das bedeutet ja, die alleinige Verantwortung für das eigene Schicksal zu übernehmen nach dem Motto ‚Jeder ist seines Glückes Schmied‘. Das bedeutet eine Form der Individualisierung, die jedenfalls mit dem, was Kant unter Autonomie versteht oder was wir in der Reformpädagogik unter Autonomie verstehen, nichts zu tun hat. Die Mündigkeit und Urteilsfähigkeit der Menschen, die Erziehung zur Widerständigkeit der Menschen ist mit dieser Autonomie gar nicht gemeint, sondern Autonomie bedeutet, dass jeder irgendwie selbst zurecht kommen muss unter den globalen Marktbedingungen. Langfristig führt das auch zur Konkurrenz unter den Schulen mit ihren Angeboten, mit dem, was sie zu bieten haben. Das heißt also die Marktkonkurrenz auf dem Schul- und Universitätssektor...“

„Das sind gesamtgesellschaftliche Symbolspektren, die jetzt auch immer mehr die Arbeitsprozesse im Reproduktionsbereich erfassen, die sich bisher gegen Formen industrieller Produktion gesperrt haben, weil Bildung und Erziehung nicht in gleicher Weise zu begreifen ist, wie die Produktion eines Autos oder einer anderen beliebigen Ware. Die industriellen Zeitstrukturen dringen immer tiefer in die Poren auch der Bildungsprozesse ein.“ (Oskar Negt, Über den betriebswirtschaftlichen Imperialismus im Bildungswesen und die Schwierigkeiten, Alternativen zu entwickeln, in: Widersprüche, Heft 89, 9/2003, S. 8f.)

Im transnationalen Standortwettbewerb sind billige und billig qualifizierte Arbeitskräfte und somit das Thema „Bildung“ ein zentraler Faktor, den es „kostengünstig“ zu gestalten gilt. Hierbei spitzt sich der bekannte Dissenz zwischen einer Trendaussage des Spannungsverhältnisses „Dequalifikation“ (bedingt durch einseitig flexibilisierte und dequalifizierte Produktionsverhältnisse) vs. „Höherqualifikation“ insofern zu, als die objektiven strukturellen Trends im Arbeitsmarkt sich auf eine Polarisierung zwischen einer spezialisierten Kernbelegschaft und einer Mehrheit prekärer Beschäftigungsverhältnisse einpendelt.

Das Spektrum der Ansätze als Reaktion auf diese Ausgangslage reicht von der Requalifizierung im Beruf, der Reform der Hochschulen, den Debatten zur Schulreform (angeregt und ausgelöst durch die internationale PISA-Studie), bis hin zur Forderungen nach neuen gesellschaftlichen Elitekonzepten.

Der neoliberale Diskurs über eine unterstellte „Bildungskrise“ endet in den Fragmenten einer neoliberalen Bildungspolitik: eine Ausrichtung der Bildung auf arbeitsmarktorientierte Verwertungsinteressen, die Fokussierung des Leistungsprinzips und mehr Druck auf diejenigen, die diese Leistungsnormen nicht erfüllen können (zunächst durch Selektion im Schulsystem, Qualifizierungsversuche und schließlich Arbeit im Niedriglohnsektor). Die Aufspaltung in qualifizierte und hochproduktive und niedrig-qualifizierte Arbeitskräfte spitzt sich quantitativ und qualitativ zu. Die un-/niedrigqualifizierte Population wird als „bildungsresistent“ abgeschrieben und in den Niedriglohnsektor mit schlechten Arbeitsbedingungen abgedrängt.

Grundsätzlich wird im Standortwettbewerb eine Mobilisierung von Qualifizierungspotenzialen angestrebt durch Abkehr von umfassenden Bildungsabschlüssen (Einrichtung von flexiblen und ‚schlanken‘ Bildungsgängen/Bachelor) nach der Prämisse: Beschäftigungsfähigkeit für die breite Masse und Bildung für die Elite. Die Konsequenzen aus diesem Trend sind eine zunehmende Marktorientierung und Privatisierung von Bildung. Die Bildungseinrichtungen erhalten mehr Autonomie mit der Notwendigkeit, untereinander um Standards und „Drittmittel“ zu konkurrieren. Sowohl Differenzierung des Bildungsangebotes als auch marktförmige Vereinheitlichung und Ausrichtung an wertschöpfender Verwertbarkeit sind das Ziel. Somit wird „Bildung“ auf Ausbildung und Wissenserwerb verkürzt. „Unnützer Ballast soll abgeworfen und eine vermeintliche Praxisnähe befördert werden. Letztere zielt auf eine ideologische Subjektivierung von Bildungspraxen“ (Merkens 2002: 340). Unter dem Anspruch zum „lebenslangen Lernen“ konstituiert sich der Zwang eines Qualifizierungsdauerlaufs, in dem die „Subjekte ruhelos ihrer immer schneller verfallenden Brauchbarkeit hinterher rennen“ (Geißler 1998). Die Emanzipationsidee klassischer Bildungsideale wird dem Zwang der ökonomischen Verwertung der Bildung unterworfen. Permanente Qualifizierung und Requalifizierung tritt als objektiver Sachzwang auf, dem sich die Subjekte auf Gedei und Verderb zu unterwerfen haben. Ziel ist die Abschaffung jener Bildungshemmnisse, „die der Entfaltung der Produktivität und der Subjektvermögen der Individuen im Wege standen“; eine effiziente Gestaltung und Verallgemeinerung der Lernprozesse „sollte möglichst viele der zur Verfügung stehenden Humanressourcen in verwertbares Arbeitsvermögen verwandeln“ (Bernhard 2002: 316). Ergebnis eines solchen Prozesses wäre eine umfassende Ökonomisierung im Selbstkonzept unter der Prämisse des „unternehmerisch handelnden Menschen“. Die Optimierung des „Humankapitals“ unter dem Qualifikationsanspruch neoliberaler Reproduktionsbedingungen dominiert die Debatte.

„Wer es an Initiative, Anpassungsfähigkeit, Dynamik, Mobilität und Flexibilität fehlen lässt, zeigt objektiv seine oder ihre Unfähigkeit, ein freies und rationales Subjekt zu sein.“ (Bröckling u.a. 2000: 30). Der „Selbstbestimmungs“- und „Selbstverantwortungs“-Anspruch wird im neoliberalen Paradigmenverständnis zur Schlüsselqualifikation des neuen Sozialisationstyps erhoben. Die eingeklagte Selbstverantwortung reduziert sich hierbei auf die Ausrichtung des eigenen Lebens an betriebswirtschaftlichen Anforderungen der ‚intelligenten‘ Verwertung der eigenen Arbeitskraft in einem dynamischen und immer unkalkulierbareren Markt. Wer aus diesem Selbststeuerungsprozeß herausfällt, kann durch das Programm „Fördern und fordern“ resozialisiert werden, oder gleitet ab in eine strukturelle Marginalisierung/Exklusion. Die „Agenda 2010/Hartz IV“ zeigt in diese Richtung. „Eigenverantwortung“ formuliert sich als Systemanspruch an das Individuum, die sozialen Auffangnetze werden immer grobmaschiger, und dieser Individualisierungsprozeß mündet in eine systematische Zerstörung bisheriger gesellschaftlicher Solidaritätsmuster.

Trotz vielfältiger Kontroversen und einer gesellschaftlichen Polarisierung zeichnet sich eine breite Zustimmung zu den neoliberalen Reformen auch in der Bildungsdebatte ab. Die vor allem

selektiven Konsequenzen als Grundlage meiner Marginalisierungs-/Exklusionshypothese lassen sich schon heute signifikant belegen: Schichten- und klassenspezifische Ungleichheiten verfestigen und verschärfen sich. (Dörre, K./Röttger, B. (2006): Im Schatten der Globalisierung. Wiebaden).

Die Schule wird also zunehmend von der kapitalistischen Rationalitätslogik durchzogen, indem sie mit Zielen und Mitteln derselben operiert. Der Konkurrenzindividualismus wird lediglich durch „Teamwork“ unterstützt, wenn die Annahme zugrunde liegt, dass sie der Qualitäts- und Produktivitätssteigerung dient. „Gerechtigkeit“ und „Integration“ sind keine expliziten Bildungs- und Erziehungsziele. Die Betonung auf kurzfristige und messbare Ziele steht im Vordergrund. Gestresste und entfremdete Schüler sind das Ergebnis, die (Selbst-)Ausbeutung der Lehrer nimmt zu und die soziale Selektion (PISA) verschärft sich:

„Der Markt bleibt das primäre Organisationsprinzip, die Privatisierung schreitet voran, traditionelle Pädagogik wird befördert und es entstehen neue Strategien, den Eltern mehr Verantwortung zu übertragen und die Arbeit der Lehrer weiter zu managerialisieren, zu standardisieren, zu routinisieren und zu überwachen“ (Sharon Gewirtz, Die managerialistische Schule: Konsequenzen und Widersprüche der Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit in der Bildung, in: Widersprüche, Heft 89, 9/2003, S. 33).

Die Neoliberalismuskritik (explizit z.B. bei Negt) problematisiert in Bezug auf Karl Polanyi, dieser materialistische Individualismus trage zur Vernichtung der „menschliche(n) und natürliche(n) Substanz der Gesellschaften“ (Polanyi 1978: 19) bei. Dieses „frivoles Experiment“ erzwingt eine Anpassung aller Produktionsfaktoren an das Marktregime, und droht mit ihrer „Einsinnigkeit zweckrationaler Erwerbskalküle“ (Neckel 2003: 9) alles zu überformen. Was schon Polanyi 1941 befürchtete, nämlich das die Gesellschaft zum Anhängsel des Marktes wird, ist heute schon weitgehende sichtbare Realität geworden:

„Die politische Stoßrichtung dieses neoliberalen Projektes zielt zunächst einmal gegen die pädagogische ‚Planwirtschaft‘ staatlicher Schulverwaltung und Bildungsbürokratie. Dabei reduziert sich die neoliberale Programmatik von Autonomie und Eigenverantwortung im Hinblick auf jene Institutionen, die zukünftig zu Wettbewerbern auf einem zunehmend kommerzialisierten (Aus-)bildungsmarkt werden sollen, letztlich auf Budgetierung. Denn mit der in diesem Zusammenhang ebenfalls eingeführten out-put-orientierten Steuerung und einem Benchmarking geht paradoxer Weise zugleich eine Tendenz der Vereinheitlichung einher.

Diese beziehen sich nicht allein auf einen länderspezifischen bzw. nationalen Kontext – Beispiel Zentralabitur. Angestrebt wird mittlerweile ein einheitlicher europäischer Bildungsraum mit einem europäischen Bildungskanon und einem europäischen Kern-Curriculum. Ja, im Kontext dichter werdender internationaler Beziehungen werden entsprechende Diskurse über die Restrukturierung von Bildungssystemen zunehmend geprägt von externen Agenturen wie z.B. der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond, der OECD ebenso wie WTO/GATS. In diesen findet die neoliberale Verpflechtung von Ökonomie und Politik ihre gegenwärtige historische Form. Ganz im Gegensatz zur angestrebten Profilbildung einzelner Bildungsinstitutionen und der geforderten ‚neuen Lernkultur‘ ist zu befürchten, dass mit der wachsenden Bedeutung messbarer Ergebnisse (PISA/IGLU) im Zuge der Entwicklung einer ausgeprägten Prüfungskultur, das Unterrichtsgeschehen mehr und mehr auf die Prüfungen hin orientiert wird (‚teaching to the test‘).

Hintergrund dieses Widerspruchs ist zum einen sicher die Verschiebung der (bildungs-)politischen Legitimationsproblematik auf die einzelnen Bildungsinstitutionen. Zum anderen verbirgt sich dahinter jedoch auch das marktlogische Bestreben der Wirtschaft, die Kosten zur Herstellung der vom kapitalistischen Verwertungsprozess geforderten Qualifikationen möglichst auf andere zu verlagern. Von Steuer- und Abgabeleistungen immer mehr befreit, die ja auch der Bildung und Wissenschaft zu Gute kommen, trachten kapitalistische Großkonzerne und ihre Lobbyisten um so stärkeren Einfluss auf die Ausgestaltung von Lehre und Forschung in den Schulen und Hochschulen zu nehmen...

Das neoliberale Bestreben ist es deshalb auch, die Kosten für diese Qualifizierung zu möglichst hohen Anteilen den Lernenden und Studierenden bzw. deren Eltern aufzuerlegen. Indikatoren dafür sind z.B. die Konjunktur privater Nach- und Lernhilfezentren, sowie die Einführung von Studiengebühren und Bildungsgutscheinen. Dabei liegt die eigentliche Ursache für hohe Studienzeiten darin, dass immer mehr Studierende sich ihr Studium durch Arbeit selbst finanzieren müssen. Die Langzeitstudierenden angedrohten Zwangsmaßnahmen richten sich somit eindeutig gegen ökonomisch weniger Privilegierte. Und die im Zusammenhang mit zu langen Studienzeiten heute allseits propagierte ‚Entrümpelung‘ von Studieninhalten bezieht sich real auf die Ausmerzungen kritischer Gehalte“ (Michael May, 2003, S. 122).

Dieser nationale Prozess ist eingebettet (bzw. wird von diesem getriggert) in die neoliberalen Transformationsprozesse der EU. Mit der „Methode der offenen Koordination“ soll das strategische

Ziel der EU (Lissabon-Strategie) - „die Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ - realisiert werden“ (Mitteilung der Europäischen Kommission vom 14.11.03: 2). Grundlage ist die im „Grünbuch“ ausformulierte Zielsetzung:

„The development of a European dimension of education must be seen as an important factor in the adjustment of the educational process to the new economic, social and cultural environment“.

(Friedrich Buchberger&Irina Buchberger: Europa – eine Chance zur Reform von Schule und Lehrerbildung, in: <http://www.pa-linz.ac.at/team/homepage/BuchbergerF/FBpublicationslinkspaderborn.htm>, S. 4).

5. Restrukturierung des deutschen Bildungswesens an OECD-Standards?

Der im Kontext von OECD, WTO, Weltbank und EU vollzogene neoliberale Paradigmenwechsel zur Neuausrichtung des Bildungswesens (größere Kosteneffizienz, Senkung der Staatsquote etc.) brachte in Deutschland unterschiedliche bildungspolitische Aktivitäten hervor, die je nach politischem Colour variierten. Manifestierte sich die konservative Variante (Bayern, Baden-Württemberg) durch eine Verschärfung der Selektion in den Strukturen des dreigliedrigen Schulsystems, einer werteorientierten Ausrichtung und Konzepten der Eliteförderung, so lässt sich eine mehr sozialdemokratische Variante (Hamburg, Bremen, NRW) als eine „modernisierende“ Variante beschreiben, in denen der Transfer aus betriebswirtschaftlichen Markt- und Managementkonzepten mit kosteneffizienteren Steuerungsformen dominiert. „Chancengleichheit“, „Autonomie“, „Eigenverantwortung“, „Wettbewerb“, „Neue Verhaltenssteuerung“, „Qualitätssicherung“ und „Evaluation“ sind die programmatischen Eckpunkte, die im öffentlichen Diskurs dargestellt und neu definiert werden (und dieses im Kontext der ökonomischen und sozialstaatlichen Paradigmenwechsel), ohne dass die erziehungswissenschaftliche Diskussion ausreichend diesen Zusammenhang in relevanten Bezügen hergestellt hätte. Vor allem die bildungspolitischen Aktivitäten des „Aktionsrates Bildung“ (Initiative der Bayerischen Wirtschaft e.V.) radikalisierten die neoliberale Debatte um eine „Bildungsoffensive“.

In den Schwerpunkten laufender Modellversuche z.B. in Nordrhein-Westfalen (Projekt „Selbständige Schule“) und Baden-Württembergs sollen die operative Eigenständigkeit der Schulen in den Dimensionen Personalbewirtschaftung, Sachmittelbudgetierung und Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung erhöht werden. Die Sachmittelbudgets sollen sich aus Ressourcen des Landes und des Schulträgers aber auch aus Drittmitteln speisen (Fördervereine, Sponsoren, Spender etc.). Zugleich soll der Output der jeweiligen Schulorganisation durch eine Selbst- und Fremdevaluation mit einem Qualitätssiegel/Zertifikat versehen werden. Diese unter dem Titel „Eigenständigkeit im Schulwesen“ avisierten Strukturreformen hätten verschiedene Konsequenzen, die es zu reflektieren gilt. Im Projekt „Stärkung von Schulen im kommunalen und regionalen Umfeld“ („Schule & Co.“) wurde 1997 in NRW mit den Schwerpunkten „Qualitätsorientierte Selbststeuerung“ und „Entwicklung regionaler Bildungslandschaften“ dieser Paradigmenwechsel eingeleitet. Unter dem Anspruch größerer „Selbstständigkeit“, „Eigenverantwortung“ in personeller, finanzieller, pädagogischer und unterrichtsorganisatorischer Sicht wird ein Prozess reproduziert, der in der Wirtschaft bereits lange vollzogen ist, und von Managementprinzipien geprägt ist, die auf eine Optimierung der Binnenorganisation entlang betriebswirtschaftlicher Prämissen und Parameter orientiert ist:

- Personalmanagement
- Sachmittelbewirtschaftung
- Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung
- Innere Organisation und Mitwirkung in der Schule
- Neue Formen schulischer (Mit-)Verantwortung
- Qualitätssicherung und Rechenschaftslegung.

Diese organisationalen Eckpunkte gelten für die unterschiedlichsten Modellvorhaben (NRW, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen), vor allem in dem Anspruch auf Qualitätssicherung oder Evaluation (Zickgraf 2004). Im Zuge der „Verwaltungsreform“ erhalten die Schulen immer mehr Aufgaben, die zuvor von den Schulverwaltungen ausgeführt wurden. Zugleich wurden/werden die Schulaufsichten „verschlankt“ (Funktions- und Personalabbau), und in die Funktionen und Strukturen der „Selbstverantwortlichen Schulen“ (Schulteam, Gesamtkonferenz, Schulleitung) verlagert. Hierbei ist nicht definiert und klar geregelt, wie die „neuen Freiheiten“ für die Schule in personeller, finanzieller, pädagogischer und unterrichtsorganisatorischer Sicht aussehen sollen. Denn ob die Gestaltungsoptionen und -freiräume einen marktwirtschaftlichen/unternehmerischen Charakter erhalten, oder ob das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung im Sinne des „Lean-Managements“ definiert ist, hat erhebliche Auswirkungen auf das organisationale Handeln. Dabei sind schon heute (auch auf der Basis einer Benchmarkanalyse – siehe Beispiel Großbritannien) einige grundlegende Erkenntnisse hervorzuheben:

- Durch die Übertragung der Personalbewirtschaftung auf die einzelnen Schulen würde sich der arbeitsrechtliche Status der Beschäftigten auf Dauer erheblich verändern (Angestelltenstatus, geringe arbeitsrechtliche Sicherheit durch Zeitverträge). Dieses würde zu einer zunehmenden Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und zu einer massiven Status- und Einkommensungleichheit zwischen den Lehrern führen.
- Durch die Übertragung der Sachmittelbewirtschaftung auf die einzelnen Schulen und somit die Konstituierung als selbständige wirtschaftliche Einheiten erhöht sich der Zwang (Wettbewerbsdruck) zum Erwerb von Drittmitteln. Damit treibt die Abhängigkeit von privaten Geldgebern die Schulen immer stärker in Richtung Privatisierung mit allen Implikationen. Eine Ausdifferenzierung in „arme“ und „reiche“ Schulen bedeutet zugleich mit ausgeprägter Wahrscheinlichkeit auch eine zunehmende soziale Ausdifferenzierung des Bildungswesens. Die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke in NRW schafft die Voraussetzungen für soziale Segregationsräume. Als Ergebnis einer massiven Konkurrenz der Schulen untereinander relativiert sich der Anspruch einer flächendeckenden Versorgung mit guten Schulen für alle. Die Strategie der Verfolgung der „Eigenständigkeit im Bildungswesen“ läuft nach differenzierter Analyse perspektivisch auf eine Privatisierung des Bildungswesens hinaus, die Oskar Negt wie folgt charakterisiert:

„Wenn man heute von Autonomie und Dezentralisierung spricht, sind damit vor allem Maßnahmen zur Selbststeuerung der Sparhaushalte der Kommunen und Länder gemeint. Im Gegenteil. Für mich ist das Eindringen von betriebswirtschaftlichen Kategorien in das Bewusstsein der Menschen und somit auch in den Bildungsbereich... eine für die Demokratie höchst bedrohliche Tendenz.“ (Oskar Negt, in: E&W 5/2004, S. 18).

Dieser Trend wird natürlich von den Kultusbürokratien heftig bestritten, gibt jedoch im Rahmen der internationalen Politikzusammenhänge einen systematischen Sinn, und lässt sich plausibel (am Beispiel konkreter Projekte – siehe Kapitel N 6. Bertelsmann-Stiftung) argumentieren. Auch aus aktuellen parteipolitischen programmatischen Positionen lässt sich die Aufweichung der Grenzen dokumentieren:

„Dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollen (...) Bildung, Gesundheit und Sicherheit. Gleichwohl muss der Staat diese Güter nicht selbst bereitstellen“ (SPD 2006, S. 7).

Somit wird die Marktsteuerung z.B. von Bildung nur eingeschränkt abgelehnt. Auch die Zustimmung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Dienstleistungen im Bildungsbereich explizit mit einbezieht, passt in dieses Bild. Parallel tauchen Termini und Prioritäten auf, die man bisher nur von neoliberalen und konservativen Bildungspolitikern vernehmen konnte, u.a. das Bekenntnis zur Eliteförderung und begabungstheoretischen Argumentationen. Der von den Think Tanks eingeleitete neoliberale Bildungsdiskurs ist längst in den tragenden Parteien und Politikkonstellationen angekommen. Irritationen im politischen Handeln lassen sich selbst dann nicht feststellen, wenn z.B. durch das externe Expertengut-

achten die baden-württembergische „Verwaltungsreform“ als desaströs qualifiziert wird: „Die Reform ist tot“ ist das Urteil zu einem mehrere hundert Millionen schweren „Jahrhundertreform“, die keine Einsparungen erzielt, aber in der politischen und in der Verwaltungskultur ausgeprägte Kollateralschäden hinterlassen hat. Nicht der Abstand zu einer flächendeckenden Anwendung ist jedoch das Ergebnis dieser Expertise, sondern die „Nachbesserung“ (Stuttgarter Zeitung, 14.7.2007).

Diese Entwicklung kann mit der These flankiert werden, dass sie sich über eine Implementierung von Markt- und Management-Tools, und über eine Verschärfung des selektiven Charakters des dreigliedrigen Schulsystems definieren lässt. So ist vor allem in der konservativen Bildungspolitik eine ausgeprägte Ausrichtung an den Bedürfnissen der Wirtschaft, der Verschärfung der Selektions- und Allokationsfunktion und der Ausrichtung des Gymnasiums als Eliteschule im programmatischen Fokus. In diesem bildungspolitischen Trend wird eine Politik der „Chancengleichheit“ (im Sinne einer Kompensation gesellschaftlicher Benachteiligungen) marginalisiert oder lediglich instrumentell-technokratisch (im OECD-Verständnis als Beitrag zur sozialen Kohäsion) konzipiert. Außerhalb der Länderspezifika lassen sich jedoch in allen 16 Bundesländern folgenden Trends beschreiben:

- Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre.
- Einführung zentraler Abschlussprüfungen in den Klassen 9, 10, 13 bzw. 12.
- Verschärfung der Anforderungen in Tests und Prüfungen.
- Rücknahme von Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe.
- Curriculare Reorganisation im Sinne traditioneller Werte.
- Förderung von Hochbegabten im Zusammenhang der Ermöglichung von „Vielfalt und Elitebildung“.

Mit dieser leistungsfokussierten Ausrichtung des Bildungssystems wird der beklagte Selektionsmodus den Abstand zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten verschärfen, und nicht nur im konservativen Konzept ‚natürlicher eignungsbezogener Lerntypen‘ eine Legitimationsbasis finden. Die zunehmenden öffentlichen Debatte über „Schulrankings“ können als wichtige Eckpunkte der Ausdifferenzierung des Bildungssystems interpretiert werden, und stehen im Kontext der vielfach eingeleiteten Konzepte zur „Qualitätssicherung“, über dessen Auswirkungen ein Blick in schon implementierte Konzepte z.B. in Großbritannien hilfreich sein kann:

„Dass die Qualität einer Schule an deren Abschneiden in Rankingslisten zu beurteilen sei, als ob man die Qualität des Essens an der Zahl der Kalorien messen wollte, schrieb kürzlich die Sunday Times. Schlimmer noch: nach den sogenannten mock exams (Probeprüfungen) im Winter wird der Unterricht für die Examensklassen für einige Monate quasi ‚stillgelegt‘; er reduziert sich auf die Wiederholung des alten Stoffs, Bearbeiten vergangener Testpapiere und Vermittlung von Examentipps. Geradezu eine Katastrophe für neugierige und wissbegierige Schüler.

Der Druck, in den öffentlichen ‚performance tables‘ gut abzuschneiden, scheint an vielen Schulen dazu zu führen, pädagogische Grundsätze fahren zu lassen und nur noch auf Examensergebnisse zu schießen“ (Die Zeit, 15.2.2007, S. 20).

Der institutionelle Wandel und der Paradigmenwechsel wurde in Deutschland bisher in kleinen Schritten vollzogen, aber entscheidend in die definierte Richtung gedrängt, ohne dass es über die bildungspolitischen Folgen dieser strategischen Neuausrichtung eine ernsthafte professionelle Debatte (vor allem auch unter den betroffenen Lehrern) gegeben hätte. Der neue common sense über die neuen bildungspolitischen und pädagogischen Implikationen scheint oberflächlich vorhanden zu sein, da sich in der Schuldebatte ähnliche Kommunikations- und Etikettierungsprozesse abbilden wie in der neo-liberalen Staatsdebatte. Ähnliche Angriffsflächen auf die verkrusteten Strukturen und Konzepte der Schule im Anspruch auf Innovation, Kreativität und Marktanpassung organisieren eine Defensive, und erfordern eine Neuauflage einer schon in Vergessenheit geratenen bildungspolitischen Debatte der 70er Jahre über die Aufgaben und Funktionen der Schule jenseits der Qualifikationsvermittlung, seinem Verhältnis zum Beschäftigungssystem, der Rolle des Staates, verbändepolitischer Einflussnahmen etc. Die politische und erziehungswissenschaftliche Abstinenz ist im Gegensatz zur angel-

sächsischen Debatte augenscheinlich. Der fast vollständige Abbruch der Diskussion über „Schule und kapitalistische Gesellschaft“ in den siebziger Jahren hat die weitgehende Akzeptanz einer am Markt und Management orientierten Konzeption sicher erleichtert. Die neoliberale Delegitimierungsstrategie hatte bisher nur eine konzeptionslose Adaption zum Ergebnis, ohne dass die Neudefinition zentraler Konzepte wie „Chancengleichheit“ (Reduzierung auf gleiche Zugangschancen) oder „Autonomie“ (begrenzte institutioneller Eigenständigkeit auf der operativen Ebene mit Wettbewerbsorientierung und Kosten-Nutzen-Zielen) kritisch hinterfragt wurde. Dieser Restrukturierungsprozess des Bildungssektors ist nur als Bestandteil eines generellen Paradigmenwechsels (als abgestimmte Programmatik zwischen Staat, OECD und supranationalen Institutionen und transnationalen Konzernen - z.B. Bertelsmann) auf dem Hintergrund zentraler Umwälzungen angemessen zu interpretieren: „Informations-/Wissensgesellschaft“, „Globalisierung“, technisch-wissenschaftlicher Revolution etc.

Folgeabschätzungen eines solchen Paradigmenwechsels in der bildungspolitischen Landschaft liegen noch nicht vor. Dennoch lassen sich aus den zeitlich weit vorgelagerten Erfahrungen in Großbritannien einige Ableitungen vornehmen. Vor allem der Auftrag des Staates zur Bereitstellung eines flächendeckenden Schulangebotes, dem Integrationsauftrag und die gezielte Beschulung von Kindern mit spezifischem Förderungsbedarf muß thematisiert werden, wenn die Annahme nicht gänzlich konstruiert ist, dass private Träger mit ihrer betriebswirtschaftlichen Organisationslogik andere Ziele und Interessen verfolgen. Neben den bekannten Phänomenen eines monopolistisch organisierten Bildungsmarktes, der Ökonomisierung der Bildungsfunktionen, den Einsparstrategien in der Personalpolitik und der Konkurrenz der Schulen um „gute“ SchülerInnen ist vor allem die Gefahr der Verstärkung bestehender gesellschaftlicher Ungleichheiten hervorzuheben. Alternative Konzepte zu diesem bildungspolitischen Trend können sinnvollerweise nur im Kontext einer alternativen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik reflektiert und entworfen werden:

1. Es muß deutlich gemacht werden, dass eine Politik der „Eigenständigkeit im Bildungswesen“ auf eine Privatisierungs-Strategie hinausläuft, wie sie in der OECD-Logik angelegt, und in anderen europäischen Ländern (Großbritannien) schon weitgehend implementiert ist, und nicht zwangsläufig qua Wettbewerb zu verbesserten organisatorischen Voraussetzungen führt (mehr Haushaltsmittel, mehr Stellen, kleinere Klassen, bessere infrastrukturelle Bedingungen/Räume, Ausstattungen etc.).
2. Eine Privatisierung des Bildungswesens läuft auf eine noch schärfere als die vorhandene soziale Selektion raus. Auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen strukturellen Entwicklungsprozesse (Arbeitslosigkeit, Armut, Marginalisierungen, sozialräumliche Disparitäten, Exklusionen) wären die gesellschaftspolitischen Risiken immens. Bessere Qualitäten, höhere Effizienz und Innovationen im öffentlichen Bildungswesen sind notwendig, und nur erreichbar durch eine Professionalisierung von Organisationen (und der in ihnen agierenden Personen) unter staatlichem Hoheits- und Steuerungsanspruch, und unter professioneller Adaption nationaler und internationaler Innovationen (Benchmarkorientierung). Eine Lösung der sichtbaren Legitimations- und Identitätskrise des staatlichen Schulsystems durch eine Ausweitung/Expansion des privaten Bildungssektors ist die Garantie für die Verschärfung sozialer Disparitäten.
3. Die Realisierung einer demokratisch legitimierten Bildungspolitik ist nur sinnvoll im Rahmen einer alternativen Wirtschafts-, Gesellschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. In diesem Rahmen ist es möglich, Arbeitslosigkeit und Armut mit all seinen destruktiven Wirkungen abzubauen, soziale Sicherheit auf einem würdigen Niveau zu gewährleisten und öffentliche Dienstleistungen auszubauen und zu professionalisieren (einschließlich dem Bildungswesen).
4. Eine solche alternative Wende für den Ausbau öffentliche Dienstleistungen ist gebunden an eine Wende in der Steuerpolitik (siehe Modell Dänemark) mit einer konsequenten Abkehr vom

neoliberalen Konzept des „schlanken“ Staates einschließlich einer stärkeren Regulierung des Finanzsektors.

Um die Grundsatzthemen einer qualitativen Ausrichtung des Bildungssystems zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen angemessen beantworten zu können, sollen paradigmatische Eckpunkte von Dieter Keiner herangezogen werden:

„Die Frage danach, welche Verhaltensmuster, welche Haltungen, welche Erziehung und welches Wissen nationale Gesellschaften im Netzwerk weltweiter zwischenstaatlicher Beziehungen brauchen, um bestehen zu können, war und ist also eine der zentralen Fragen in der Ausgestaltung der Dialektik von Nationalstaat und Weltgesellschaft – und sie wird sich als eine nach der globalen Struktur des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts noch zuspitzen, gerade weil wir davon ausgehen müssen, dass dieser gekennzeichnet sein wird durch eine Struktur der Ungleichheit und Polarisierung, neuer Konkurrenzen und neuer Bündnisse, und dass sich für jeden Nationalstaat in den Zentren wie in den Peripherien die nicht leicht zu beantwortende Frage stellen wird, wo der Ort der jeweiligen Nation in diesem Spektrum von Konkurrenz und Polarisierung sein wird...“

Meine nun unpräzisierte Ausgangsthese ist, dass der Ort einer jeden nationalen Gesellschaft im aktuellen Restrukturierungsprozess des Weltkapitalismus entscheidend davon abhängen wird, was die jeweiligen nationalen öffentlichen Massenerziehungssysteme im Weltmaßstab zu leisten vermögen. Denn es wäre allzu vordergründig zu glauben, dass die tatsächliche Stärke der Gesellschaften in dem liegt, was sie kurzfristig ökonomisch erreichen können. Das, was sie ökonomisch erreichen können, wird entscheidend davon abhängen, welche politischen und kulturellen Ziele sie für ihre Gesellschaften haben und welche Ziele sie aufgrund des durchschnittlichen Bildungs- und Ausbildungsniveaus ihrer Bevölkerungen werden erreichen können... Es wird zur spezifischen Verantwortung der jeweiligen Nationalstaaten gehören, den notwendigen elan vitale, den eine Gesellschaft gebraucht, zu erhalten, zu erwecken, zu fördern und zu verhindern, dass eine allzu große Indifferenz gegenüber den politischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen entsteht – eine Indifferenz, die für die gesamte Gesellschaft nur dysfunktional sein kann – vom Elend des von dieser Indifferenz betroffenen einzelnen Menschen nicht zu reden.

Auf dieses Problem weise ich deshalb hin, weil gerade die entwickeltsten, reichen kapitalistischen Länder mit etablierten nationalen, öffentlichen Massenerziehungssystemen bestimmte Probleme nicht lösen können oder nicht lösen wollen: neue Formen des Analphabetismus, schwindende intellektuelle Ansprüche, niedrige Standards des Lehrens und Lernens, Jugendarbeitslosigkeit, gesellschaftliche Marginalisierung und Abwertung des Lehrerberufs und der für diesen Beruf notwendigen hohen wissenschaftlichen Ausbildung... Es wäre jedoch ein folgenreicher und populistischer Irrtum zu glauben, dass das partielle Versagen öffentlicher Erziehungssysteme in einzelnen Ländern gegen diese Systeme und für eine Privatisierung des öffentlichen Erziehungssektors sprechen würde... Vor dem Hintergrund der dargestellten Forschungsergebnisse und des Wissens über die komplexe, historisch entstandene systematische gesellschaftliche Gesamtfunktion öffentlicher Erziehungssysteme erscheint es undenkbar, dass der öffentliche Erziehungssektor in relevanten Teilen oder gar in toto privatisiert werden kann. Unter dieser Annahme stellt sich für die Nationalstaaten die Aufgabe einer qualitativen und quantitativen Verbesserung des öffentlichen Bildungs-, Erziehungs- und Wissensverhältnisse primär als Frage danach, mit welchen Mitteln, mit welchen Konzepten und mit welchen Zielen das öffentliche Erziehungswesen mit Blick auf die neuen globalen Polarisierungs- und Konkurrenzverhältnisse umgestaltet werden kann – und mit welchen Menschen, mit welchen Leistungsstandards, in welcher Zeit und mit einer wie zu gewährleistenden Kontinuität. Jede unbegriffene oder gar opportunistische Privatisierungsstrategie kann von diesen Aufgaben nur in langfristig gefährlicher Weise ablenken bzw. nur um den Preis einer weiteren kulturellen und ökonomischen Polarisierung in den jeweiligen Gesellschaften realisiert werden.

Die ausgewählten Länderbeispiele verdeutlichen..., dass die ökonomische Rationalität des Globalisierungsprozesses für nationale Entwicklungsvorhaben nicht die einzige Bezugsgröße sein kann, sondern dass es vielmehr darauf ankommt zu begreifen, dass die innere Stabilität demokratischer Gesellschaften auf ein einigermaßen stabiles Netz angewiesen ist, dass seine Tragfähigkeit und Flexibilität nicht durch neue Qualifikationen für neue technologische und ökonomische Anforderungen, sondern auch durch eine Verbesserung und Erhöhung des Niveaus der Massenerziehung für die neuen sozialen und kulturellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erhält...

Insofern könnte die größte Herausforderung der Beschäftigung mit der Reform des öffentlichen Erziehungswesens in den USA für Reformstrategien in anderen Ländern darin liegen, sich nüchtern, mit angemessenen Methoden und rechtzeitig, gesellschaftlichen Realitäten zu stellen, zu denen gehören Analphabetismus, Armut, Gewalt, ethnische und rassische Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, erodierende Familienverhältnisse, Strukturveränderungen im Bereich gesellschaftlicher Arbeit – und Bildungsreformstrategien mit Blick auf diese und andere Facetten gesellschaftlicher Wirklichkeit frühzeitig und behutsam einzupassen in gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse und so beizutragen zu einer integrierten Strategie gesellschaftlichen Wandels, in der die nationalen demographischen Entwicklungen wie die globalen Veränderungsprozesse

wesentliche Bezugspunkte sind. Der Verlust des Allgemeinen von Bildung und Erziehung im Sinne frühbürgerlich-radikaler Positionen, die forderten, dass alle Menschen an den gleichen Bildungsprozessen möglichst lange teilhaben müssen, kann in seiner ganzen Dramatik an den USA studiert werden und anderen Gesellschaften als Warnung dienen.“ (Keiner 1998, S. 173 ff.).

6. Die Bertelsmann-Stiftung als Promotor neoliberaler marktwirtschaftlicher Bildungsstrategien

Hauptakteur des ideologischen und konzeptionellen Prozesses in der neoliberalen Transformation des Bildungssektors ist die in Deutschland und im europäischen Kontext aktive Bertelsmann-Stiftung, deren Konzern- und Stiftungsstrategien zwischenzeitlich die Grenzen zwischen Philanthropie und Profitinteressen bis zur Unkenntlichkeit aufgehoben hat, so dass die Aktivitäten dieses Hauptakteurs dieser Transformation vom Soziologen Arno Klönne zwischenzeitlich als „Umsturz“ charakterisiert werden. In dem vom Böckelmann und Fischler herausgegebenen Bertelsmann-Buch lassen sich sowohl Philosophie, Weltansicht und Strategien explizieren, auf dessen Hintergrund Konzeptvorlagen für den Niedriglohnsektor, „Agenda 2010“, „Hartz-IV“, „Bündnisse für Arbeit“ etc. erstellt wurden, ebenso wie die Gründung des „Centrums für Hochschulentwicklung“ (CHE: Umbau der Hochschulen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, Einführung des Bachelor-Master-Studiensystems, Einführung der Studiengebühren) und des „Centrums für angewandte Politikforschung“ (CAP: Einflussnahme auf strategische Projekte, wie Entwurf einer europäischen Verfassung etc.). Es gehört zur expliziten strategischen Zielsetzung der Bertelsmann-Stiftung, auf gesellschaftliche Reformprozesse Einfluss zu nehmen, ganz in der Tradition der US-amerikanischen Think Tanks (vgl. Schöller 2001). In diesem Verständnis initiierte die Bertelsmann-Stiftung im Rahmen des durchgeführten Projektes „Cities of Tomorrow“ die Einführung neuer Steuerungsmodelle in den Kommunalverwaltungen im Sinne von „New Public Management“ (NPM) (vgl. Pelizzari 2001). Mittlerweile umfasst dieses Netzwerk 16 Städte aus Europa, USA, Kanada, Neuseeland und Japan und beeinflusst seitdem politische Reformen im Bereich kommunaler Verwaltungen durch eine Unternehmensstiftung.

Die professionell generierte Definitionsmacht an nationale Regierungen und in den öffentlichen Raum findet einen symbolischen Ausdruck durch die Vergabe des renomierten Carl-Bertelsmann-Preises (1990 vergeben für die gelungene Einführung neuer Steuerungsmodelle im Hochschulbereich und 1996 für vergleichbare „Innovationen“ im Schulbereich; ebenso gehören die Projekte „Cities of Tomorrow“ und „Staat und Verwaltung“ zu dem premiierten Projekten). Auf dieser Basis soll auch im Bildungsektor (vor allem durch die Einführung von NPM-Strukturen und die Kooperation der Bildungseinrichtungen in PPPs) eine Zurückdrängung des Staates zugunsten ökonomischer Rationalitätskriterien erfolgen. In diesem Selbstverständnis sollen auch die Bildungseinrichtungen ihre Angelegenheiten weitestgehend „autonom“ regeln (im Rahmen der von den Globalhaushalten zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen). Dabei ist es das gesetzte Ziel der Bertelsmann-Stiftung, Problemlösungen aus dem internationalen Kontext in die deutsche Reformdiskussion einzubringen: mit Konzepten wie „Empowerment of Management“, „Empowerment in the classroom“ etc.

Eine Expansion der Aktivitäten in das Bildungs- und Wissenschaftssystem wird zur Zeit europaweit verankert, indem für die Bildungsinstitutionen Grundsätze und Verfahren zur „Leistungsmessung und –optimierung“ implementiert werden sollen, die an den Kriterien der betriebswirtschaftlichen Effizienz ausgerichtet sind (Leistungskennziffer, Rankings, Evaluationen und sonstige betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente für Schulen, Universitäten, Bibliotheken etc.), und dieses natürlich mit softwaregestützten Instrumenten zur „Qualitätsverbesserung der Schulen“ aus dem Hause Bertelsmann. Diese im Prozesse der Abschaffung/Relativierung öffentlich allgemeiner Bildung aufgesetzte Privatisierungs- und Kommerzialisierungsstrategie ist eine konsequente marktwirtschaftliche Übersetzung der in den PISA-Studien angelegten OECD-Strategie zur „Optimierung des Bildungssektors“. Die schon in

den neunziger Jahren in NRW aufgesetzte Kooperation zur „betriebswirtschaftlichen Transformation“ des Bildungsektors wird in aktuellen Modellversuchen („Internationales Netzwerk innovativer Schulsysteme“ – 1997-2005) ausgeweitet und fortgeführt – unter „zentralen Denkanstößen für ein zukunftsfähiges Schulsystem“ (Reinhard Mohn) an die Bildungskommission in NRW. In das aktuelle Bertelsmann-Projekt „Eigenverantwortliche Schule und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen“ (2005 mit Starthilfe der niedersächsischen Landesregierung) sind 130 allgemeinbildende Schulen (auf den Weg in die „Eigenverantwortlichkeit“) eingebunden. In 16 Bundesländern benutzen 1.255 Schulen Verfahren der „Selbstevaluation der Schulen“ des Bertelsmann-Konzerns. Die Postulate der „Freiwilligkeit“ und „Autonomie“ verkommen zur Karikatur, da die Landesregierungen ihre Mittelzuweisungen und die Definition des „guten Rufs“ einer Schule von deren Teilnahme an Bertelsmann-Projekten abhängig machen (Bertelsmann-Repräsentanten sitzen zwischenzeitlich in den Kultusministerien der Bundesländer). So werden den „interessierten Schulen“ selbstverständlich „standardisierte Steuerungsinstrumente zur Planung und Evaluierung“ von Schulentwicklungsprozessen zur Verfügung gestellt, um mittels dieser Verfahren wettbewerbsgerechte „Berichte für die Schule“ zu erstellen, um die Bildungseinrichtungen „Schule“ sukzessive nach betriebswirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu transformieren. Insofern realisieren sich hier Stiftungs-Strategien der Rekonfiguration des „zivilgesellschaftlichen“ und edukativen Raumes mit gesellschaftspolitischen Weichenstellungen, die es in ihren Interessenslagen und Zielen zu identifizieren und auf ihre politisch-strategische Widersprüchlichkeit zu untersuchen gilt.

Das international geknüpfte Netzwerk der Bertelsmann-Stiftung definiert sich über nationale und internationale Kooperationen und personelle Verflechtungen. Dabei praktiziert die Stiftung einen korporatistischen Ansatz, um gesellschaftliche Repräsentanten systematisch in ihre Strategie einzubinden. Dabei dominieren drei Ziele:

- Das Streben, durch „Private Public Partnerships“ einen stärkeren Einfluss der Wirtschaft auf das Bildungssystem zu erhalten.
- Durch Einführung ökonomischer Rationalitätskriterien das Bildungssystem im Sinne des „New Public Management“ auszurichten.
- Durch eine Konzeptionierung von Modellen zur Bildungsfinanzierung eine Verhaltensänderung der „BildungskundInnen“ und –anbieter zu erzwingen (Privatisierung der Bildungskosten) (vgl. Keller/Schöller 2002). Mit der sichtbaren Konsequenz, dass sich durch den Marktansatz einer „finanziellen Eigenbeteiligung“ der soziale Selektionsprozess im Bildungswesen nochmals verschärft.

Der Implementierungsprozess dieser Strategien ist nicht selten mit dem Vorwurf von „Verschwörungstheorien“ belegt. Sowohl die Annahme eines generalstabsmäßigen „großen Plans“, als auch die Sicht einer situationsbedingten Zufallskonstellation treffen die Realität nicht. Dagegen dürfte die aktuelle Transformation des Bildungswesens mit Gramscis Begriff der „passiven Revolution“ adäquat umschrieben sein (Merkens 2002), da die Konstellation im Zusammenspiel eines monetären Knappheitsregimes (öffentliche Haushalte), Strategien der privatwirtschaftlichen Marktorganisation und dem Anspruch auf eine effektivere Ressourcensteuerung historisch eine einmalige Konstellation bietet, um Konzepte der „Deregulierung“ und „wettbewerbsorientierten Bildungsmanagement“ mental und real zu implementieren. Dabei spielen Leitbegriffe wie „Chancengleichheit“, „soziale Gerechtigkeit“ und „Selbstbestimmung“ eine zentrale Rolle auf dem flankierenden Parkett der Ideologieproduktion.

Die zugrundegelegten Methoden sind immer die gleichen: Leistungsvergleiche, Modellversuche, Fortbildung, Aufbau von Netzwerken und eine enge Zusammenarbeit mit staatlichen Instanzen. Alles dreht sich um Leistungskennziffern, Optimierungsmodelle, Kostenrechnungen, Rationalisierungen und

Kostensenkungen. Nach dieser Methode hat die Stiftung die Hochschul-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik entscheidend bestimmt und neoliberale Programmatiken konzeptionell definiert, ideologisch fundiert und auf den Weg der politischen Implementierung gebracht. Mit einer klaren strategischen Zielsetzung formuliert Müller-Bölling (Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung) die bildungspolitische Interessensgrundlage:

„Ich sehe die staatliche Aufgabe vor allem in der Finanzierung. Die Autonomie sollte so weit gehen, dass diese staatliche Finanzierung in private Trägerschaften geht. Diese privaten Träger hätten dann alle Möglichkeiten, das Beste daraus zu machen. Und diese Chance werden sie nutzen. Studien belegen, dass die Schüler autonomer Schulen bessere Leistungen bringen“ (in: Wirtschaftswoche 2.7.2007, S. 30).

7. „Chancengleichheit“ und „Gerechtigkeit“

Die von der Böll-Bildungskommission stilisierte Aussage, dass „Bildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei, impliziert die Annahme des „Zerfalls natürlicher Bindungen und Milieus angesichts von Globalisierung und Individualisierung“, auf dessen Hintergrund es geboten erscheint, „den Zusammenhalt der Gesellschaft als vorrangige Aufgabe des Bildungswesens anzusehen“ (Böll II 2001, Kap II: 3). Dass Bildung und Wissen auf dem Hintergrund neuer Anforderungsprofile (funktional und extrafunktional) einen neuen Stellenwert erhalten muss, ist in diesem Selbstverständnis unproblematisch, bekommt aber auf dem Hintergrund einer Neubewertung/-positionierung des Bildungssystems einen vollkommen neuen Akzent, da mit den Zielen des „chancengleichen Zugangs“, der „individuellen Orientierungsfähigkeit“ und dem Anspruch auf „lebenslanges Lernen“ das bildungspolitische Zentralmotiv der „postindustriellen“ Gesellschaft formuliert ist, dessen ideologischer Gehalt zu entschlüsseln ist. Der aktuell dominante Interpretationsrahmen fokussiert Bildungspolitik als Kompensationsstrategie für eine neoliberale Sozialpolitik (vgl. Bultmann/Klier 2002), in dessen Kontext der inflationäre Gebrauch des Begriffs der „Chancengleichheit“ steht, der schon 1999 von Gabriele Behler (NRW-Ministerin für Bildung und Wissenschaft) paradigmatisch für diese Debatte definiert wurde:

„Die Forderung nach Chancengleichheit im Bildungswesen war in den Anfängen der Arbeiterbewegung ein zentrales Instrument, über den die Befreiung der ganzen sozialen Gruppe angestrebt wurde. Heute hat sich die Blickrichtung von der sozialen Klasse hin zum Individuum verschoben. Es geht jetzt bei der Forderung nach Chancengleichheit mehr um die bestmögliche Ausstattung jedes Einzelnen“ (Behler 1999, S. 10).

Diese sozialdemokratische Programmatik „Klasse“ vs. „Individuum“ beinhaltet nicht nur eine Abgrenzung zu Kritikern kompensatorischer und entpolitisierender „Bildungsreformen“ der 70er Jahre, sondern manifestiert die Kontinuität sozialdemokratischer Ablehnung gesellschaftlicher Schicht- und Klassenmodelle (z.B. Münteferings Reaktion auf die sog. „Unterschichten“-Debatte, 2006). Somit wird das berechnete Ansinnen zur Herstellung strukturell fundierter gleicher Lebenschancen verschoben in die Verantwortung „des Individuums für die riskante Konstruktion seiner Biographie in der Konkurrenz“ (Bernhard 2001: 265).

Diese „modernisierungs“logische Kopplung des Programms zur Herstellung der „Chancengleichheit“ an die Legitimationsfigur des Sozialstaatsabbaus produziert die Ideologie „Jeder ist seines Glückes Schmied“ (in der Kopplung eines „Gerechtigkeitspostulats“), indem die Konsequenzen von Inklusion und Exklusion dem Individuum zugeschrieben werden, für das er persönliche Verantwortung zu übernehmen hat. Auf diesem Hintergrund eines „modernisierten Chancengleichheitsbegriffs“ ist dann die Kopplung von „fairen Bildungschancen“ und „ineffizienter Sozialpolitik“ realpolitisch zu definieren und zu implementieren:

„Faire Bildungschancen machen die teure, ineffiziente Sozialpolitik alten Stils entbehrlich... Je durchlässiger das Bildungssystem, je leichter der soziale Aufstieg, desto schwieriger wird es für die Bequemen, staatliche Transfers zu fordern. Sie müssen die Konsequenzen ihres Verhaltens selbst tragen“ (Wirtschaftswoche 14.5.1998).

So ist die Debatte um „soziale Gerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ im neoliberalen Diskurs im Umverteilungsprozess innerhalb des Bildungssystems angesiedelt, und dies ganz nach dem Leitmotiv der Böckler-Stiftung „Die verfügbaren Mittel sollen verteilungsgerechter eingesetzt werden“ (Sachverständigenrat Bildung 1998: 8). Nicht die Erhöhung der Bildungsausgaben im internationalen Benchmark an und für sich sind das Thema der Stunde, sondern die politische Verteilungsprozedur zwischen Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern zu(un)gunsten unterschiedlichen Klientels (chronisch unterfinanzierter Elementarbereich, Grundschule, Hauptschule, berufliche Schulen, Realschule vs. Gymnasium). Dieser „Nullsummenverteilungskampf“ innerhalb des Bildungssystem (Bultmann/Schoeller (2003) verführt zu der abgeleiteten These, dass dieser Prozess je nach Opportunitäten zugunsten einer Klientelpolitik ausgeht, die sich im Spannungsfeld von „Investitionen in soziale Brennpunkten“ und klassischer Privilegienorientierung (Gymnasialklientel) bewegt, und einer politischen Zerreißprobe entgegengeht (je nach aktueller Skandalisierung gesellschaftspolitischer Dynamiken, z.B. „Unterschichten“-Debatte).

8. „Lebenslanges Lernen“

Die schon vom „Club of Rome“ implementierte Programmatik des „Lebenslangen Lernens“ erhält in der neoliberalen Bildungsdebatte eine neue Akzentuierung und einen zusätzlichen Stellenwert im neuen Kontext von Individualisierungs- und Privatisierungsstrategien, da es künftig primär um eine Veränderung der „zeitlichen Struktur von Bildungsprozessen und -phasen zugunsten einer lebensbegleitenden Struktur“ geht (Böll III 2002, Kap. II: 2). Nach dieser Definition und Zielstruktur soll der Anspruch auf „lebenslanges Lernen“ zu einer Schlüsselkategorie zur Neupositionierung des gesamten Bildungssystems werden, und gilt sowohl als Alibi für Programme der Bildungsverkürzung im staatlichen Sektor, den Sachzwängen des Sparens und den monetären Umverteilungen im staatlichen Bildungsbudget, Verlagerungen und Entlastung der Erstausbildungen in die Weiterbildungssektor, der Ausrichtung auf Kurzstudiengänge etc.:

„Die notwendige und wünschenswerte Relativierung von sozialen Ausgrenzungsmustern in der frühkindlichen Bildung und in der Grundschule wird in der Immanenz dieses Ansatzes begleitet von einer Verstärkung der Selektionsmechanismen in späteren biographischen Bildungsphasen. Dazu zählt nicht nur die Einführung privater Kostenbeteiligung, sondern auch die Tatsache, dass alle hier diskutierten Expertengutachten etwa für eine Ersetzung der heutigen allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung durch ein ‚Auswahlrecht‘ der Hochschulen gegenüber Studienplatzbewerbern eintreten. Das ist die Konsequenz der Durchsetzung einer stärkeren Marktsteuerung, in deren Logik es liegt, dass Bildungsbeteiligung immer weniger über Rechtsansprüche, sondern stattdessen über individualisierte Vertragsbeziehungen reguliert wird. Die Modernisierung, mit der wir es hier zu tun haben, ist vor allem eine Modernisierung von Auslesemechanismen“ (Bultmann, T./Schoeller, O. 2003, S. 345).

Die schon vom „Club of Rome“ implementierte Programmatik des „Lebenslangen Lernens“ erhält so in der neoliberalen Bildungsdebatte eine bisher so nicht sichtbare Instrumentalisierung. Die „wissensgesellschaftliche“ Legitimation für die Programmatik des „Lebenslangen Lernens“ („wachsende Halbwertszeit des Wissens“ im Zyklus ökonomisch-technologischer Entwicklungen) ist einerseits ein Angriff auf die strukturellen und konzeptionellen Schwächen staatlichen Schulsystems („Wissen und Lernen auf Vorrat“), und reklamiert zugleich die eigenverantwortliche Zuständigkeit dieses permanenten Qualifizierungsprozesses in die Verantwortlichkeit und Risikozuschreibung für das Individuum in deregulierten Märkten. Diese auf kurzzyklische verwertungslogische Anpassungsleistung ausgerichtete Bildungspolitik negiert grundsätzlich die gesellschaftliche Relevanz „haltbarer“ und antizyklischer Wissens- und Bildungsbestände.

9. „Modernisierungs“-Dissenz

Mit den gutachtlichen Vorschlägen (erstes Jahresgutachten 2007) des „Aktionsrates Bildung“ (Initiative der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft) zu einer „radikalen Schulreform“ ist ein politischer ‚Stein ins Glashaus‘ geworfen worden, der eine aufgeschreckte Debatte zur Konsequenz hatte. Diese ist für die von mir diskutierte Privatisierungshypothese im Bildungswesen sehr aufschlussreich, da das Privatisierungsthema jetzt (wie beabsichtigt) in der öffentlichen Debatte implementiert wurde, und kontroverse Diskussion aus unterschiedlichen politischen Lagern ausgelöst hat.

Nicht nur die Zusammensetzung der am Gutachten beteiligten Wissenschaftler aus Bildung, Soziologie, Wirtschaft und Erziehungswissenschaften (Aktionsrat: Lenzen, Autor der Vorläuferstudie „Bildung neue denken“, u.a. siehe Kapitel N 7.1.) ist von Interesse, sondern die in dem 160seitigen Gutachten aufgeführten Schwachstellen und Handlungsfelder des deutschen Bildungssystem: zu starke Auslese („20 Prozent der Kinder verlieren den Anschluss“), „nennenswerte Lücken“ bei der Bildungsgerechtigkeit und zu wenig Effektivität derzeitiger Ganztagsangebote, und der Verweis auf die wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch nicht akzeptable Verschwendung der „Humanressourcen“ im globalisierten Wettbewerb. Dieser Ansatz ist weitgehend in seinem Erkenntnisinteresse kompatibel mit den Bildungs- und Demografieanalysen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die den Zusammenhang der demografischen Entwicklung als „deutsches Sorgenkind“ und der „Ressourcenverschwendung“ von „Kindern aus weniger privilegierten Elternhäusern“ (vor allem mit Migrationshintergrund) zunehmend problematisieren:

„Denn ohne die Förderung von Problemgruppen wird es nicht genügend kluge Köpfe geben, und ohne deren Know-how wird das Wohlstandsniveau hierzulande nicht zu halten sein“ (iwid, 24.5..2007, S. 8).

Die aus der Diagnose des „Aktionsrates“ abgeleiteten Handlungsfelder beziehen sich auf einen „radikalen Umbau“ des Bildungssystems:

- Die Verringerung der Heterogenität des Bildungswesens und dem Vorschlag auf eine „Zweigigliedrigkeit“ (Sekundarstufe und Gymnasien – und der Abschaffung der Hauptschule).
- Den Abbau der Hindernisse zwischen den Ländern.
- Bessere Förderung von Migrantenkindern und Kinder aus armen Familien. Um diese Kinder besser zu fördern, soll der Staat Zielvereinbarungen mit einzelnen Schulen schließen und erfolgreiche Einrichtungen belohnen.
- Einen Masterplan für mehr Bildungsgerechtigkeit“ (mit klaren Zielvorgaben und Finanzierungskonzepten).
- Flächendeckende, „echte Ganztagschulen“ (mit qualitativ hochwertigem Unterricht sowie außerschulischen Angeboten).
- Kindergartenpflicht ab vier Jahren sowie einen Rechtsanspruch auf Krippenplätze ab zwei Jahren.
- Kindergarten- und Vorschuleinrichtungen müssen ganztägig und kostenlos sein.
- Erzieher sollen zukünftig an Hochschulen ausgebildet werden (europäischer Standard).
- Eine Vorschulzeit eingeschlossen soll die Grundschulphase dann sechs Jahre dauern.

- Abschaffung des bisherigen Beamten-Systems bei Lehrern. Lehrer müssten regelmäßig ihre „Lizens“ durch die Teilnahme an Fortbildungen erneuern (befristete Lehrerstellen).
- Schulen sollen zwar staatlich finanziert, aber von privaten Trägern geleitet werden.

Die Kosten der geforderten radikalen Reformen des Bildungssystems werden auf 20 bis 30 Milliarden Euro quantifiziert.

Im Prinzip (nach schon bekannten neoliberalen Prämissen) nicht neu, aber in der publizistischen Offensive strategisch plziert, wird die Forderung nach einer Privatisierung der Schulen erstmals öffentlich so akzentuiert vorgetragen. Unter dem Anspruch einer weitgehenden „Autonomie“ sollen die privaten Betreiber dann laufende Lizenzen (Fortbildungsnachweise) legitimieren (Abhängigkeit für weitere Arbeitsverträge).

Die Reaktionen auf die gezielte Intervention des „Aktionsrates Bildung“ sind für die weitere Analyse von Bedeutung. Manifestieren die Reaktionen der GEW die bekannten Muster der Ablehnung (gegen Schulrankings und Privatisierung, Lohndumpings etc.), so sind die Positionierungen aus dem politischen Raum ambivalenter: Organisiert sich einerseits eine stabile Gegenposition gegen die Abschaffung der Hauptschule (vor allem CDU-Länder), so sind die Stellungnahmen zur angekündigten Privatisierungsstrategie von Interesse. Verweist die Bildungsministerin (Schavan) den Vorschlag mit dem Hinweis zurück, dass private Organisationen keine Garantie für mehr Qualität seien, und die Trägerschaft für ca. 40.000 Schulen ungeklärt ist, begrüßte der baden-württembergische Kultusminister Rau (CDU) den Vorstoß der Wissenschaftler als „Anreiz für weitere Diskussionen“. Er sei bereit, in „eine echte Debatte einzutreten“. Schulsysteme müssten über lange Zeit wachsen, deshalb könne man sie nicht schnell und radikal umstellen (Süddeutsche Zeitung, 9.3.2007). Auch die kritischen Stellungnahmen der des Philologenverbandes Baden-Württemberg und des VBE (Verband Bildung und Erziehung) sind in diesem Diskurs aufmerksam zu verfolgen:

- Vorschläge zu einem modifizierten Hochschulzugang werden als „Entwertung des Abiturs“ tituiert.
- Gymnasiale Bildung dürfe nicht nur unter dem Aspekt rein wirtschaftsorientierter Zielsetzungen gesehen werden („Schulen sind keine Wirtschaftsbetriebe, die passgerechte Schablonen produzieren sollen“ – VBE).
- Heftige Kritik an der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule kommt vom Philologenverband ebenso wie Forderung nach Aufrechterhaltung der vierjährigen Grundschulzeit.
- „Eine Privatisierung durch die Hintertür lehnen wir grundsätzlich ab“ (VBE, 24.5.2007).

Während R. Rodenstock (Präsident der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft) die Unabhängigkeit der Expertise und der Forscher hervorhebt, ist der Spaltpilz der Privatisierungsabsichten in der öffentlichen und fachlichen Debatte ausgestreut:

„Vieles spricht dafür, dass mehr Markt und Wettbewerb bei der ‚Produktion‘ der Bildungsgüter im Rahmen einer staatlich verbürgten Ordnung positive Folgen haben werden. ‚Bildung neu denken‘ bedeutet ordnungspolitisch eine konsequente analytische Trennung und dann eine neue Zuordnung von öffentlicher und privater Verantwortung, Finanzierung und ‚Produktion‘ im Bereich der Bildung...“

Das gegenwärtige ‚Staatsversagen‘ im Schulbereich lässt für viele Eltern nur einen Ausweg: die Flucht in die Privatschulen. Von 1992 bis 2005 hat sich die Zahl der Privatschüler in Deutschland um gut 43 Prozent auf 640 000 erhöht, während die

allgemeinbildenden staatlichen Schulen seit 1997 deutlich rückläufige Schülerzahlen verzeichnen. Dennoch besuchen hierzulande gerade einmal 6,7 Prozent aller Schüler eine nicht staatliche Bildungseinrichtung. In Frankreich sind es gut ein Fünftel, in England über 40 Prozent. In den Niederlanden und Belgien haben private Schulen einen höheren Marktanteil als die staatlichen. Die Flucht in die Privatschulen ist ein klarer Hinweis darauf, dass etwas am staatlichen Schulsystem nicht stimmt. Der Ausweg Privatschule ist aber keine generelle Lösung. Diese kann nur darin bestehen, die Schulen aus den öffentlichen Organisationsstrukturen herauszulösen. Schulträgerschaften werden über öffentlich- oder privatrechtliche Stiftungen oder über gemeinnützige Organisationsstrukturen geregelt. Die Finanzierung erfolgt über Platzgelder oder über Bildungsgutscheine. So kann ein produktiver Wettbewerb zwischen den Schulen und den Schultypen ins Leben gerufen werden. So werden gute und schlechte Schulen sichtbar.

Das real existierende Schulsystem kennt nur schlechte Schüler, die dann früh sortiert werden, nicht aber schlechte Schulen und Lehrer. Ein geordneter Wettbewerb zwischen den Schulen stärkt die Entscheidungsmöglichkeiten der Eltern und überlässt es ihnen, ob sie Gemeinschaftsschulen oder ein gegliedertes Schulsystem bevorzugen. Die Antwort auf die Schulmisere liegt in den autonomen und selbstständigen Schulen" (Dettling, W. u. D., Autoren des Reformkonzeptes „Bürgerschulen für alle“, in: Financial Times 12.9.2007, S. 24).

Es wird von essenziellem Interesse für die bildungspolitische Weichenstellung sein, wie sich dieser Prozess auf dem Hintergrund der „leeren Kassen“, einer umfassenden neoliberalen Strategie und Netzwerken, den Prämissen der „Haushaltskonsolidierungspolitik“ und den sichtbar wachsenden Legitimationsdefiziten des staatlichen Schulsystems entwickeln wird. Es ist offensichtlich, dass die „Modernisierungsfractionen“ in Politik und Gesellschaft bereit sind, im Sinne der Kostenreduzierung- und „Effizienzsteigerung“ der Bildungsorganisationen alle bisherigen Tabugrenzen aufzuheben, um der neoliberalen Strategie den Boden zu bereiten. Die Angriffsflächen bietet das staatliche Schulsystem durch seine beschriebenen tradierten Schwachstellen selber. Da die Trägheitsgesetze der staatlichen Entscheidungsbürokratien größer sind als der notwendige (benchmarkgetriggerte) Veränderungs-/Innovationsdruck, ist die Hypothese plazierte, dass der Legitimationsraum für die aufgezeigte Privatisierungsoffensive größer wird.

Augenfällig ist die sichtbare personelle Überschneidung und konzeptionelle Ähnlichkeit der Stoßrichtungen von Akteuren in dieser bildungspolitischen Offensive durch die Bertelsmann-Stiftung und den „Aktionsrat“ (Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft). Dem „Aktionsrat“ gehören führende deutsche Bildungswissenschaftler an (Lenzen, Prenzel, der den deutschen Teil der PISA-Studie leitete). Die „medienwirksame aber wissenschaftlich nicht fundierte“ „Studie zur Bildungsgerechtigkeit“ (Jahresgutachten 2007) (Kritik vom renommierten Bildungsforscher Klaus Klemm) verfolgt das klare Ziel, die öffentliche Debatte zu forcieren, um das Tor für die neoliberale Marktlogik auch im Bildungssektor weiter aufzustoßen:

„Tatsächlich herrschte um die PISA-Studien exakt die Sorte von medialem Tantam, wie OECD und andere Akteure der neoliberalen Transformation sie für die Durchsetzung ihrer politischen Ziel benötigen. Dies zeigt sich etwa daran, dass jetzt die Verantwortlichen der PISA-Studie ihr Renomee nutzen, um eine Privatisierung des Schulwesens und schlechtere Arbeitsbedingungen für LehrerInnen zu fordern...

Wenn man früher genauer hingeschaut hätte, hätte man es längst wissen können. Denn PISA ist nicht einfach ein OECD-Projekt, sondern von der OECD gemeinsam mit kommerziellen Bildungsdienstleistern und mit weitreichenden politischen Absichten unternommen worden. PISA, so stellt meine Berliner Kollegin Elisabeth Flitner fest, ist „ein Produkt transnationaler Bildungsdienstleister, das staatlichen Schulverwaltungen rund um den Globus angeboten wird....

Das heißt: PISA als Produkt profitorientierter Unternehmen ist aufs Engste mit dem Milliardengeschäft des weltweiten Marktes der Bildungstests verwoben. Und dieses Geschäft wird sich im Gefolge von PISA auch in Deutschland noch gewaltig ausdehnen“ (Lohmann, 2007, S. 7).

In der Vorgängerstudie/Gutachten (dieselben Autoren) „Bildung neu denken! Ein Zukunftsprojekt“ sind grundsätzliche Positionierungen in der neoliberalen Bildungsoffensive nachvollziehbar hinterlegt, und bieten einen guten Aufschluss über Ziele, Methoden, Interventionsansätze, Menschenbild etc. Deswegen ist ihre exemplarische Nachvollziehbarkeit von ausgeprägtem Erkenntnisinteresse.

10. „Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt“: Ein Exempel ökonomischer Instrumentalisierung

Die von der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft (vbw) bei der Prognos AG (Basel) in Auftrag gegebene **Studie über die Bedingungen des zukünftigen Bildungssystems** ist für die Analyse insofern von exemplarischer Bedeutung, weil sich in ihr sowohl die industrielle Verwertungslogik der Bildung als auch das damit explizierte neue Menschenbild aufzeigen lassen. Wenn man dieses Gutachten und seine Empfehlungen nicht isoliert betrachtet, sondern in ihm eine langfristig angelegte Argumentationsstrategie identifiziert, wird das Konzept des „unternehmerischen Menschen“ als „volkspädagogisches“ Leitbild sichtbar. Die Leifrage dieser Expertise heißt: Wie muß (nach dem Scheitern von zwei Bildungsreformen in den 50er und 70er Jahren) das deutsche Bildungssystem verändert werden, damit die Herausforderungen des europäischen und globalen Wettbewerbs bewältigt werden können? Dieses von der Basler prognos AG (unter der Gesamtreaktion von Dieter Lenzen im Auftrag der „Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft e.V.“) durchgeführte Gutachten – unter Beteiligung von 73 namentlich genannten und allgemein anerkannten Experten der Privatwirtschaft, Medien, pädagogischen Praxis und Erziehungswissenschaften, Psychologie und Sozialwissenschaften – ist insofern von Bedeutung, weil es in beiden Gutachten mit einer radikalen Kritik an der Gegenwart aufwartet, und zugleich unter Androhung existenzieller Krisen und Notlagen eine volkspädagogische Offensive für ein neues Menschenbild einleitet. Adressat der Kritik sind alle, die sich in den Betriebs- und Versorgungsstrukturen der Industriegesellschaft und des Sozialstaates eingerichtet haben. Man muß schon weit in die Geschichte der Bildungsdebatte zurückgreifen, um eine dermaßen apodiktische Vorgehensweise zur Legitimation eines „neuen Denkens“ zu identifizieren, um „Bildung neu zu denken“ und zu begründen.

Ausgangspunkt einer Soll-Konzeption ist die Ist-Aufnahme des deutschen Bildungssystems:

- Bürokratisierung, Verrechtlichung, Überregulierung, unnötige Staatseingriffe.
- Zu geringe Leistungsanreize für Lehrende und Lernende zur Förderung von Leistungs- und Wettbewerbsbereitschaft.
- Unzureichende Bildungsbeteiligung, zu geringe Quote der Leistungselite und zu große Quote der Leistungsschwachen und Benachteiligten.
- Lernziele, Unterrichtsinhalte und Lehrmethoden sind „modernisierungsbedürftig“.
- Revision des Bildungsverständnisses (mehr Verbindlichkeit, Standardisierung, Schlüsselqualifikationen).
- Deutlichere Orientierung an der Arbeits- und Berufswelt.
- Unzureichende öffentliche Finanzierung des Bildungssystems und Behinderung privater Initiativen.
- Reformunfähigkeit des deutschen Bildungssystems, weil mächtige Interessengruppen Veränderungen verhindern.

Aus dieser Standortbestimmung sind für die nächsten 20 Jahre folgende Veränderungen abgeleitet:

- Die Herausforderungen der „Globalisierung“ müssen im Bildungssystem erkannt und gelöst werden.
- Die Herausforderungen der Europäisierung (Vereinheitlichungsdruck auf Erziehung und Bildung, berufliche Mobilitätsanforderungen, Normierungsbedarf in Bezug auf Abschlüsse, Zertifikate und Leistungsstandards) sind zu bewältigen.
- Der demografische Wandel manifestiert sich als notwendige Kommunikation zwischen den Generationen und erhöht den Bedarf an Zuwanderung.

- Veränderungen in der Arbeitswelt sind zu bewältigen: beschleunigte Produktzyklen, Verschiebung in Richtung Dienstleistungswirtschaft, erhöhter Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften.
- Arbeits- und Beschäftigungsformen ändern sich grundlegend: zeitliche und räumliche Entkoppelung der Arbeitnehmer von ihrem „Betrieb“, längere Lebensarbeitszeit, Diskontinuitäten in der Erwerbsbiographie, Stärkung der Eigenverantwortung für die Lernbiographie.
- Veränderungen in der Lebenswelt: Spannungen zwischen Arbeit und Privatleben nehmen zu, soziale Beziehungen werden zunehmend belastet (Rückgang von Partnerschaften und Familien, Mehrpersonenhaushalten, Zunahme ethnischer Spannungen durch Siedlungs- und Wohnstrukturen).

Für ein „zukunftsfähiges Bildungssystem“ werden folgende **Konsequenzen** abgeleitet:

- Bestmögliche Ausbildung der nachwachsenden Generation.
- Deutliche Steigerung qualifizierter Arbeitskräfte.
- Offene Diskussion der Schwächen des bisherigen Bildungswesens.
- Erarbeitung von Leitbildern für Leben, Arbeiten, Lernen.
- Implementierung einer grundlegenden Reform bis zum Jahre 2020.
- Bildung als Vollzug des Lebens, der Arbeit und des Berufes.
- Individuen der Zukunft sind selbstverantwortlich und „unternehmerisch“ tätig.
- Individuen der Zukunft handeln „kompetent“, „verantwortungsvoll“, auch unter „Verzicht auf den eigenen Nutzen“.
- Das Bildungskonzept folgt dem Leitbild einer sozial verpflichteten Liberalität.
- Erziehung und Bildung sind auf Professionalität, Expertise und Exzellenz angewiesen.
- Bildung ist keine exklusive Staatsangelegenheit, sondern muß auch dem Markt und für private Initiative offen stehen.

Zur **Deregulierung** des Bildungswesens wird empfohlen, das der Staat

- seine Verantwortung für die Grundbildung vom 4. bis 14. Lebensjahr konzentriert;
- die Bildungsaufsicht im obrigkeitsstaatlichen Sinne durch Managementmodelle ersetzt wird;
- grundsätzlich keine Staatsprüfungen im Bildungsbereich durchgeführt werden;
- auf Wettbewerbsverzerrungen im Bildungsbereich verzichtet wird;
- die öffentliche Bildungsfinanzierung sich auf die *„sozial schlecht Gestellten, aber Leistungsfähigen reduziert“*;
- Qualitätskontrollen von privaten Akkreditierungsunternehmen durchgeführt werden;
- der Staat lediglich ein Zertifizierungssystem vorgibt, innerhalb dessen qualitätskontrollierter Wettbewerb stattfindet.

Darüber hinaus soll das deutsche Bildungswesen an internationale Standards angepasst werden (Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts, bilinguale Schulen, Auslandsaufenthalte etc.). Zur Sicherung einer „raschen Europäisierung“ wird empfohlen, dass der Staat europäische Standards im Unterricht und die Modularisierung durchsetzt, das traditionelle Bewertungssystem durch ein Credit-system ersetzt und die akademischen Abschlüsse an europäische Standards angepasst werden.

Die **Revision von Bildungszielen und Bildungsinhalten** zielen auf den primären und sekundären Bildungsbereich (Vermittlung von Basiskompetenzen) und für alle Bereiche auf Schlüsselqualifikationen: „soziale Kompetenz, Verantwortungsbereitschaft, Nachhaltigkeitsbereitschaft, Durchsetzungsbereitschaft, Kompromissfähigkeit, Selbstverwirklichungsmotiv, Leistungsmotiv, Selbstwirksamkeitserwartung, Unabhängigkeitsstreben, Stressresistenz, Ungewissheitstoleranz, emotionale Stabilität,

Optimismus, Unkonventionalität/Kreativität, Problemlöseorientierung, Risikobereitschaft und Selbstorganisationsfähigkeit“. Dazu soll das Bildungssystem ein „pro-aktives positives Persönlichkeitsbild verfolgen und vermitteln“: Identitätsbildung, Willenskraft, Wertorientierung, Verhaltenssicherheit, Autonomie, Verantwortung, Flexibilität und Anpassungsbereitschaft. In allgemeinen und arbeitsorientierten Bildungsgängen sind „unternehmerische Qualifikationen“ zu vermitteln, weil die „Zukunft nicht durch den Versorgungsstaat, sondern durch den internationalen Wettbewerb“ geprägt sein wird. „Unternehmerische Qualifikationen sind mit Schlüsselqualifikationen teilweise kongruent“.

Entlang dieser Zielsetzungen sind die Bildungseinrichtungen so zu organisieren, dass

- Schüler auf wesentlich höheren Leistungsniveau lernen;
- der Anteil höher qualifizierten Personals an der Bevölkerung dringend gesteigert wird;
- eine regelmäßige Qualitätsüberprüfung des Lehrpersonals, verwendeter Lehrpläne, eingesetzter Methoden und Medien durchzuführen ist;
- die Qualität von Bildungseinrichtungen zu dokumentieren und zu publizieren ist, damit Lernende eine begründete Schulentscheidung treffen können.

Zugleich ist die Leistungszertifizierung wesentlich zu verbessern (kontinuierliche Leistungsdiagnostik, quantitative und qualitative Leistungsbeurteilung, Zentralisierung von Leistungsüberprüfungen, Schulleistungsscreening der 4- bis 6-Jährigen vor der Einschulung). Zur Professionalisierung der Lehramtsstudenten wird eine siebensemestriges Grundausbildung, eine einphasige Lehrerbildung, zur Studienzulassung ein Leistungs- und Eignungstest und die Einbeziehung von Berufsexperten als Lehrende empfohlen. Zur Verbesserung von Theorie und Praxis dienen

- ein Austausch zwischen beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen;
- mehrmonatige Praxisphasen (in Ausbildungs- und Studiengängen);
- eine konsequente Angleichung zwischen akademischen und berufsbildenden Qualifikationen;
- handlungsorientierte, betriebsnahe Weiterbildung.

Differenzierung und Individualisierung zur Effektivierung des deutschen Bildungssystems sind durchzusetzen durch

- altersheterogene und voraussetzungshomogene Lerngruppen;
- Einsatz älterer Qualifizierter im Betrieb;
- Förderunterricht für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf (Migranten, ADS- und LRS-Kinder);
- konsequente unterrichtliche Binnendifferenzierung;
- Schulferien und andere lernfreie Zeiten sind für zusätzlichen Unterricht zu verwenden;
- Aufgabe des Anspruchs auf Chancengleichheit zugunsten des Gedankens der Chancengerechtigkeit.

Um einen „sparsamen Umgang mit Lebenszeit bei gesteigerten Lerneffekten“ zu ermöglichen, soll das Einschulungsalter auf das vollendete 4. Lebensjahr vorverlegt, die Begrenzung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr fixiert und auf Klassenwiederholungen verzichtet werden. Sowohl durch eine Begrenzung der Schulferien als auch durch eine „Verdichtung des Lernens im Rahmen einer Ganztagschule“ soll die Verkürzung und Optimierung der Lernzeit erreicht werden. So ist die zeitliche Standardisierung und die Verdichtung der Bildungsbiographien ein zentrales Anliegen. Verdichtung, Verfrühung und Verlängerung des Lernens sind Ausdruck dieser Strategie. „Lebenslanges Lernen“ und Arbeiten ist eine Verpflichtung gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft.

Insgesamt ist das Bildungssystem „deutlicher arbeitsmarktorientiert zu akzentuieren“ und ökonomischen Maßstäben zu unterwerfen, d.h. „Erleichterung der Privatisierung von Bildungseinrichtungen“. Dazu gehört dann auch konsequent eine „Kostenbeteiligung der Nutzer von Bildungseinrichtungen“. Um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ zu erhalten, muss „mit der Einleitung von Reformen unmittelbar begonnen werden“. Dieser „Reform“prozess sei auf dem Hintergrund der „Globalisierung“, einem erhöhten Innovationsbedarf, neuer Technologien, dem demografischen Wandel, dem bisherigen Staatsversagen im Bildungssektor und der monetären Krise des Staates unverzichtbar, zumal im internationalen Vergleich die Bildungsfinanzierung des deutschen Bildungssystems „ein Unikum“ darstellt. Es wird eine erhebliche höhere Bildungsfinanzierung, eine Umverteilung der Finanzierungslasten und eine bessere Positionierung im bisherigen OECD-Ranking (von Platz 22 auf Platz 3) anvisiert und der Grundsatz postuliert: „Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Und: Bildung ist teuer. Ein Verzicht auf Bildung ist noch teurer“. Der „neue Mensch“ soll für alle Dimensionen seiner Biographie selbst die Verantwortung übernehmen und aus den allgemein verbindlichen Regelungen der „kollektiven Sicherungssysteme“ entlassen werden. Sozialpolitik soll in dieser Betrachtung durch Bildungspolitik abgelöst werden.

Die zentralen Merkmale dieses Ansatzes sind:

- Bildungspolitik als Schlüssel zur Standortpolitik.
- Bildung im Fokus von Effizienz und ökonomischen Parametern.
- Zuspitzung einer extremen Leistungssozialisation.
- Anforderungen an die Persönlichkeitsentwicklung nach Maßstäben industrieller Selbstmanagement-Kompetenzen.
- Fokussierung auf Arbeitssozialisation im Kontext neuer Globalisierungsmaßstäbe.
- Förderung auf die Verwertbarkeit im industriellen Kontext.
- Eine systematische Neudefinition von Kindheit zur optimalen Nutzung der Human-Ressourcen.
- Eine Orientierung an einem neuen Typ des Lohnarbeiters (qualifikatorisch, psycho-sozial) mit einem hohen sozialen Selektionspotenzial.
- Leben wird als Berufsleben konzipiert: Menschsein als Berufstätigkeit und Bildung als Berufsausbildung:

„Bildung darf nicht im leeren Raum stattfinden, sondern muss sich am Vollzug des Lebens, der Arbeit und des Berufes orientieren.. (S.5) „In allgemeiner und arbeitsorientierter Bildung müssen unternehmerische Qualifikationen vermittelt werden (...) Unternehmerische Qualifikationen sind mit Schlüsselqualifikationen teilweise kongruent.“ (S.11).

In diesem Sinne einer industriearientierten Funktionalisierung von Bildung ist es konsequent, ein stärkeres Engagement der Industrie im Bildungsbereich zu fordern, und Bildung der industriellen Effizienzlogik zu unterwerfen. Bildungsbegriff und Menschenbild sind kongruent und werden den industriellen Verwertungsinteressen im Standortwettbewerb ohne Schnörkel angepaßt. Diese Form der „Ökonomisierung von Bildung“ steht in seinem Expertenanspruch für einen neuen Typus des begründeten Strukturwandels des Bildungswesens aus interdisziplinärer Perspektive mit radikalen Tabubrüchen und gesellschaftspolitischen Grenzüberschreitungen, die beachtenswert sind. Diese „neue Bildungspolitik“ sichert nicht nur ein ausreichendes Angebot für Prozesse individueller Persönlichkeitsentwicklung und der sozialen Kohäsion, sondern schreibt per Gesetz! ein System generell verpflichtender Aktivitäten der Diagnose, Beratung, Dokumentation und Steuerung der Lern- und Arbeitsprozesse vor. In diesem Verständnis wird Sozialpolitik auf basale Versorgungsleistungen für Ausnahmefälle begrenzt, da die neue Sozialpolitik Bildungspolitik zur Hilfestellung und Verpflichtung zur Weiterbildung ist, und Umschulung als permanentes Selbstmanagement gesehen wird. Die neue Dimension der verpflichtenden Beratung, Diagnose, Lenkung und Kontrolle bedingt als Ergebnis eine professionelle Er-

fassung der Menschen während des gesamten Lebenslaufes. Das System der neoliberalen flexiblen Ökonomie und des „schlanken“ Staates erfordert die Realisierung eines neuen Menschentyps.

Schon die Zusammensetzung der Kommission für diesen Bildungsbericht (im Auftrag eines ausländischen Instituts) unter redaktioneller Federführung eines bekannten deutschen Erziehungswissenschaftlers und Universitätspräsidenten (Dieter Lenzen) ist von Interesse: 73 namentlich genannte und allgemein anerkannte Experten (20 aus der Privatwirtschaft, 7 aus der Medienlandschaft, 12 aus der pädagogischen Praxis, 14 aus der akademischen Erziehungswissenschaft, 5 aus der akademischen Psychologie, vier akademische Sozialwissenschaftler, 2 Beamte aus dem bayrischen Kultusministerium und 1 Gewerkschaftsvertreter) arbeiteten an dieser Expertise und repräsentieren zugleich die Bedeutung dieses Berichtes.

Die zentrale Botschaft dieses Berichtes ist, dass die Orientierung der Menschen nicht mehr auf die alte (spezifische Strukturen, Identitäten und Mentalitäten prägende) „arbeitnehmerzentrierte Industriegesellschaft“, sondern auf die Vorgaben einer „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ zu fokussieren ist. Dieses prägt den Leitbildcharakter und die Umdeutung des Terminus „Unternehmer“ im Bilde der „Ich-AGs“: Selbstverantwortlichkeit vs. kollektive Sicherungssysteme, keine feste Anstellung der fordischen Prägung, permanente Anpassung an die Marktverhältnisse, Risikobereitschaft, Selbstverantwortung für Qualifikationen etc. sind die zentralen Botschaften.

Radikale Kritik an den Gegenwartsverhältnissen ist die Basis für eine Zukunftsprognose, die die Notwendigkeit „Bildung neu zu denken!“ begründet. In der Kritik werden alle adressiert, die sich in den Betriebs- und Versorgungsstrukturen dieser Gesellschaft und des Sozialstaates eingerichtet und ihre Fähigkeit zur Selbstverantwortung verloren haben, und die deswegen mit einer apodiktischen Forderung an die Notwendigkeit einer neuen Lebensführung herangeführt werden sollen. „Globalisierung“, Wettbewerbsdruck und demografischer Wandel entwerfen ein dramatisiertes Szenario, in dem eine „Verdichtung“ der Bildungsprozesse (Verfrühung, Verkürzung und zugleich lebenslange Verlängerung des „ernsthaften und angestregten Lernens“) unabdingbar erscheinen. Damit diese vermeintlich unvermeidlichen Anforderungen an das Lernsubjekt nicht nur instrinsisch gesteuert werden, bedarf es strukturierter und kontrollierter Lern- und Bildungsprozesse durch Modularisierung, Sequenzialisierung, Standardisierung, Objektivierung und Zentralisierung von Prüfungen.

Soll einerseits der Einfluß des Staates ersetzt werden durch die Konkurrenz privater Anbieter im Sekundarbereich, im Hochschulbereich und im Bereich der Fort- und Weiterbildung (Ökonomisierung der Bildung: „Das Bildungssystem mit Steuerungsregeln aus dem Unternehmensbereich zu reformieren“ (S. 323), werden dem Staat andererseits ein Fülle von Verpflichtungen zugeschrieben. Der Glaube, durch Deregulierung, Privatisierung und Konkurrenz einen selbsttragenden Prozeß auszulösen, trägt wohl nur begrenzt:

„Um diese Werte durchzusetzen, kann man sich nicht auf den guten Willen der Gesellschaftsmitglieder verlassen. Der Staat muß die Strukturen für den Erfolg solcher Leitbilder schaffen“, er hat eine „Sorge... für den Erfolg von Leitbildern“ (S. 99).

Zu diesen staatlich zu garantierenden Strukturen und Rahmenbedingungen gehören insbesondere die zeitliche Standardisierung und Verdichtung der Bildungsbiographien:

- Eine frühe (bundeseinheitliche Regelung) Einschulung mit vier Jahren.
- Die Verkürzung der Dauer der Bildungs- (10 Jahre) und Ausbildungspflicht (vier Jahre).
- Eine bundeseinheitliche Regelung für die Einführung einer Neustruktur der Sekundarstufe I.
- Die Einführung eines Pflichtjahrs für alle.
- Die gesetzliche Umstellung des Schulbetriebs auf Ganztagsbetrieb.
- Eine Verkürzung der Schulferien.

Zu diesen verbindlich zu setzenden Rahmenbedingungen gehört auch ein Spektrum verpflichtender pädagogischer Instrumente zur Lenkung und Kontrolle, Beratung und Diagnose und der Setzung neuer Prämissen:

- „Selbstbildungspflicht jedes Gesellschaftsmitgliedes“.
- Maßnahmen zur Definition und Durchsetzung der Wahrnehmung von Elternpflichten.
- Anlage eines Bildungs-Scheckheftes bei Schuleintritt.
- Einführung von „Regelungen für die Entscheidungen über die Verläufe von Bildungsbiographien“.
- Einführung eines Dokumentationssystems über die „individuellen Bildungsbiographien der Bürger“.
- Einführung eines „obligatorischen Systems der Bildungsbiographieberatung“.
- „Abstimmung des individuellen Kompetenzprofils mit Arbeitsplatzangebot und -bedarfslage in der Region“.
- Gesetzliche Regelung einer „Mindestqualifikationspflicht für Zuwanderer sowie für Langzeitarbeitslose“ und „Lernschwache“.
- Einführung einer obligatorischen berufsbegleitenden Weiterbildung.
- Einführung einer „Weiterbildungspflicht für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger“.
- Einrichtung eines „Dokumentationssystems für Bildungsbiographien“.
- Forderung nach Einführung einer „grundsätzlichen Erwerbstätigkeitspflicht“.
- „Ersatzlose Abschaffung einer Altersgrenze für Arbeit und Ausbildung“.

Diese Anforderungen an eine „neu gedachte Bildung“ als „ökonomisierte Bildung“ bedingen nicht nur Verfrühung, Verdichtung, Verlängerung des Lernens, sondern auch eine neue Zeitökonomie von Bildung, der einen neuen Menschentypus zur Voraussetzung hat. Max Weber beschreibt in seiner Abhandlung „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ den Typus des „innerweltlichen Asketen“, der durch methodische Lebensführung, kontrollierten Umgang mit der Zeit und einem spezifischen Arbeits- und Berufsethos die religiösen Wurzeln des Kapitalismus gebildet hat. Dieser historisch spezifische Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Protestantismus ist überwunden und nicht mehr tragfähig für das Modell des „entfesselten Kapitalismus“, und muß von der Vagheit der intrinsischen Selbststeuerung in ein pädagogisches Reglement genommen werden, um den „unternehmerischen Menschen“ für ein neues neoliberales Gesellschaftsmodell zu sozialisieren und dies zu implementieren. Diese Pädagogik aus gesetzlichen Verpflichtungen und professionaler Begleitung ist eine beabsichtigte Konsequenz einer gezielten Konstruktion des neuen „homo oeconomicus“. Im Kontext der Logik der „Modernisierungsstrategien“ übernimmt dieser „neue Mensch“ die Verantwortung für sich selbst im Sinne des Leitbildes des „unternehmerischen Menschen“, d.h. Sozialpolitik soll durch Bildungspolitik abgelöst werden, damit sich der Staat aus seinen traditionellen Verpflichtungen herausziehen kann. Die Studie zielt auf eine Privatisierung des gesamten Bildungssektors ab. Es geht dabei um viel Geld, denn der Bildungsmarkt ist weltweit einer der kostenintensivsten Bereiche. Dass die aufgeführten bildungsstrategischen Ansätze einen radikalen Eingriff in bisherige Verfassungsgrundsätze zur Voraussetzung und als Konsequenz haben, ist von besonderer gesellschaftspolitischer Brisanz und verdeutlicht, wie weit die neoliberale Elite (unter Beteiligung erziehungswissenschaftlicher Repräsentanz) den Umbau der Gesellschaft konzeptionell zu denken bereit ist, und das humanistische Bildungsideal schon weitestgehend demontiert hat. Wenn auch der Weg von programmatischen Überlegungen zur Implementierung komplex und widersprüchlich ist, wäre es jedoch professionell unseriös, dererlei bildungspolitische Vorstöße nicht ernst zu nehmen. Denn vor allem in Zeiten der „leeren Kassen“ fällt es den ökonomischen Interessenkoalitionen leichter, unter den gegebenen monetären „Sachzwängen“ ihre Bildungsoffensive in die strategische Zielstruktur zu bringen. Die pädagogische Entgrenzungsformel des „lebenslangen Lernens“ verspricht vor allem im Sektor der Erwachsenen- und Weiterbildung einen lukrativen Markt. Die Wirkungskraft dieser Bildungsdebatte sollte im Zeichen der neoliberalen Globalisierungsdebatte nicht unterschätzt werden. Die Koordinaten des Bildungssystems

sind schon massiv verschoben, und von der Tatssache geprägt, dass Repräsentanten der Pädagogik/Erziehungswissenschaften sich an dominante Trends anhängen und ihre professionelle Hilfe anbieten. Ein innerdisziplinärer Diskurs über diesen eingeleiteten Trend ist dringend geboten, indem ich mit den Worten des liberalen Zeitdiagnostikers Ralf Dahrendorf den erziehungswissenschaftlichen Trittbrettfahrern die anstehende Trendentscheidung verdeutliche:

„Die vielleicht schwerwiegendste Folge der mit Flexibilität, Effizienz, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität einhergehenden Werte ist die Zerstörung der öffentlichen Dienste. Der Begriff sollte eigentlich differenziert werden: Gemeint ist die Zerstörung öffentlicher Räume und der damit einhergehende Niedergang der entsprechenden Werte. Dem herrschenden Grundsatz von Zuckerbrot und Peitsche folgend, hat man jene Motive zuerst ignoriert und dann attackiert, die Menschen veranlassen, Dinge zu tun, weil sie richtig sind, oder auch weil sie ein Pflichtgefühl besitzen oder Engagement. Die Einführung pseudo-ökonomischer Motive und Kriterien in den öffentlichen Bereich beraubt diesen seiner wesentlichen Merkmale. Das staatliche Gesundheitswesen, das Recht auf Bildung, das garantierte Mindesteinkommen werden im Namen eines amoklaufenden Ökonomismus geopfert“ (Dahrendorf 1996, S. 18).

Der neue Stellenwert, der Bildung und Bildungspolitik zugeschrieben wird, um einen neuen Menschentypus hervorzubringen, der wohlfahrtsstaatliche Strukturen für seine Existenzorganisation nicht mehr braucht, ist insofern von zentraler Bedeutung, weil Sozialpolitik in dieser Perspektive durch Bildungspolitik abgelöst werden soll. Sozialpolitik als Recht auf basale Versorgungsleistungen soll auf Ausnahmefälle begrenzt werden. Die neue gedachte Sozialpolitik ist Bildungspolitik als Unterstützung und Verpflichtung zur Weiterbildung und Umschulung, als permanenter Zwang zur Qualifizierung. Verpflichtende Diagnose, Beratung, Lenkung und Kontrolle mit dem Anspruch auf professionelle Erfassung der Menschen während ihres gesamten (Bildungs-)Lebenslaufes sind neue Dimensionen einer Staatsfunktion, die nur mit massiven Eingriffen in das bestehende Verfassungssystem realisiert werden könnten. Einerseits soll der Staat nicht in das „Marktgeschehen“ eingreifen und sich aus traditionellen Feldern der Sozial- und Bildungspolitik zurückziehen, gleichzeitig aber neue Strukturen zur Verfügung stellen: von der frühen Kindheit bis zum Ende des Lebenslaufes:

„Das Modell der flexiblen Ökonomie und des ‚verschlankten Staates‘ steht und fällt mit der erfolgreichen Durchsetzung eines neuen Menschentypus – und zwar bei möglichst allen. Die Realisierung eines solchen Typus des ernsthaften lebenslangen Lernalters und Arbeiters ergibt sich möglicherweise nicht selbstverständlich aus den Anreizen und Auslesemechanismen des Marktes, sondern muß – zumindest für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger – durch ein System gesetzlicher Verpflichtungen und pädagogischer Kontrollen ergänzt werden, welches im krassen Gegensatz zu den Prinzipien dieses Gesellschaftsmodells steht, das mehr Freiheit verspricht“ (Zymek, 2006, S. 11).

11. Das neue Subjekt im neoliberalen Kontext

Die Betonungen und Forderungen von „Eigenständigkeit“, „Selbstverantwortung“, „Selbstsozialisation“ etc. als neue Leitnormen („Die neue Feier des autonomen Subjekts“, Beisenherz 2002) stehen nicht in der Tradition der Aufklärung, sondern bilden das Herzstück politischer und sozialer Ziele bei der Realisierung marktkonformer Beziehungen auf allen gesellschaftlichen Feldern im Sinne der Ökonomisierung der Subjektivität. So hat die Entwicklung des neoliberalen Gesellschaftsmodells seit den 70er Jahren tiefe Wurzeln im Prozess der historischen Transformation der modernen Subjektivität im Sozialisationskontext der neoliberalen Vergesellschaftung. So charakterisiert Gordon (1987) (im Anschluß an Miller/ Rose) den entscheidenden neuen Zug der Neuformierung der Subjektivität im Zeichen des Neoliberalismus damit, dass das Paradigma des „Unternehmers“ und der „unternehmerischen Verantwortung“ zum Modell und Anspruch an die neue Lebensführung erhoben wird. Diese totalisiert sich von der Produktion ausgehend über alle Lebensbereiche hinweg in der „Unternehmer-Subjektivität“. Parallel zum zunehmenden Bedeutungsverlust bisheriger Sinnsphären in Bildung, Kunst, Religion fokussiert dieser Prozess der Säkularisierung oder auch Profanisierung der Sinnproduktion durch die Produkte und Dienstleistungen des ökonomischen Systems die Abkehr von der Internalisierung von Normen und moralischen Verhaltenscodices hin zu einem kognitiv gesteuerten Marktverhalten des „homo oeco-

nomicus“ - zumal der Prozess der Ökonomisierung von Politik, Kultur und dem Sozialen auf der Ebene des Subjekts seinen Niederschlag gefunden hat und sozialisatorisch wirksam ist. Auf diesem Hintergrund wird die Fiktion durchgängiger Rationalität zum Maßstab gelungener Lebensführung und Sozialisation. Dieser Paradigmenwechsel im neuen Subjektbegriff ist für das künftige Kindheitsbild von entscheidender Bedeutung bei der Ausgestaltung des künftigen Marktsubjekts, da der Traditionscharakter den Anforderungen globalisierter Märkte (Anpassungsqualifizierung, Mobilität, Flexibilität etc.) dysfunktional entgegensteht, und sich dem rasanten Wechsel nicht anpassen kann. So ist schon seit den 60er Jahren die Verknüpfung von Wissensinhalten mit einer ethisch-moralischen Erziehung auf dem Rückzug, und öffnet für die jetzige neoliberale Offensive Tür und Tor. Diese Verlagerung kognitiver Kompetenzen im Umgang mit dem Markt (die „Selbst GmbH“ als neue Metapher für einen zügellosen Konkurrenz-Individualismus) ist in weiten Bereichen entmoralisiert und entpolitisiert:

„Die Veränderung des Subjektcharakters in der Postmoderne im Zeichen von Neo-Liberalismus und einer neuen Form der ‚gouvernementalität‘ im Sinne von Foucault und Rose bedingen also... eine Attribuierung voller ‚Bürgerrechte‘ für Kinder, ihre – jedenfalls tendenzielle – Gleichberechtigung als Marktteilnehmer in allen Märkten und eine entsprechende Veränderung der Sozialisation hin auf die Sozialisation als ‚Unternehmer‘...“

Zum anderen können Kinder an einem derart von internalisierter auf kognitive Steuerung umgestellten Gesellschaftsprozess nur teilnehmen, wenn ihnen die Ressourcen zur Verfügung stehen, an die diese Lernprozesse notwendig angebunden sind und mit denen sich die neue Autonomie realisieren lässt...“

Damit wird für die Teilnahmefähigkeit der Kinder am gesellschaftlichen Leben, die ihnen quasi abverlangt wird, die Frage materieller Ressourcen zentral. Armut wird eine Barriere beim Zugang zur Gesellschaft... Dem neuen Standard des selbstbestimmten, aktiven Subjekts aber kann das arme Kind von sich aus heute nicht mehr gerecht werden, selbst wenn z.B. das physische Existenzminimum garantiert wäre. Armut wird daher qua Armut – und nicht erst vermittelt über eine evtl. fehl laufende Sozialisation, durch einen unmoralischen Charakter oder sonstige Abweichungen von der Norm – zum Exklusionsrisiko für arme Kinder...

Damit wird Armut zu der entscheidenden Zwangsbarriere zur Teilhabe, d.h. zum Kriterium dafür, Menschenrechte in der Praxis real werden zu lassen. Die abstrakte Zuerkennung der Menschenrechte gerät unter Armutsbedingungen in Widerspruch zu den realen Möglichkeiten der Teilhabe an menschenwürdigen Verhältnissen und die Inklusion der Kinder läuft dann praktisch als Formalinklusion leer“ (Beisenherz 2002, S. 283 f.).

12. OECD-Standards und monetäre Bildungskrise

Waren die politischen Reaktionen auf den „PISA-Schock“ parteienübergreifend mit Forderungen auf eine „totale Kurskorrektur“ (Christian Wulff, CDU) und der Notwendigkeit, „Deutschland im Bildungsbereich weltweit auf einen Spitzenplatz“ zu bringen (Rot-Grüner Koalitionsvertrag 2002) umschrieben, so kann heute von einer „grundlegenden Reform des Bildungswesens“ keine Rede sein. Anstatt den dringend notwendigen Reformprozess im Bildungswesen ausreichend monetär zu flankieren, verharren die Bildungsetats auf unbefriedigendem Niveau oder werden weiter zusammengestrichen. So kam die Mahnung von Andreas Schleicher („PISA-Papst“) nicht von ungefähr: „Langfristig muss Deutschland mehr in Bildung investieren“ (Wirtschaftswoche 15.5.2006: 25).

So haben nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufwendungen für Vorschulen, Schulen und Hochschulen von 103 Milliarden Euro (2002) im darauffolgenden Jahr (nach dem PISA-Debakel) auf 102,2 Milliarden gekürzt. Seit 1995 sind die Ausgaben für Bildung von drei auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in der Tendenz von 3,55 auf 3,35 Prozent gefallen. So wurde bei den Ausgaben für Schulen seit Mitte der Siebzigerjahre noch stärker gekürzt: sie sind von drei auf zwei Prozent des BIPs gesunken. Klaus Klemm (Bildungsforscher Uni Duisburg/Essen) verweist auf den Widerspruch zwischen „Rhetorik und tatsächlicher Politik“. Diese skandalöse Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems wird vor allem im internationalen Benchmarking deutlich (siehe Wirtschaftswoche 15.5.2006: 26). Nach Klemm müssen Bund, Länder und Kommunen jährlich rund 17 Milliarden Euro zusätzlich investieren, um den Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP auf OECD-Durchschnitt zu heben. Aber nicht nur das quantitative monetäre Delta steht

zur Diskussion, sondern die im internationalen Benchmarking unhaltbare Verteilung der Mittel nach Bildungsstufen (Vorschulische Bildung, Primarstufe, Sekundarstufe I / II). So investiert Deutschland ausgesprochen schwach in die frühkindliche Erziehung und Bildung, also jene Entwicklungsstufen, in denen nach einhelligen Expertenmeinungen die höchsten Investitionen getätigt werden sollten, um präventive Effekte zu erzielen. Während die OECD einen Prozent (BIP) Investition für die vorschulische Bildung für notwendig hält, wendet Deutschland gerade 0,5 Prozent auf. Die Unternehmensberatung McKinsey hat ausgerechnet, dass jedes Jahr zusätzlich 6,5 Milliarden Euro ausgegeben werden müssten, um das Angebot im vorschulischen Bereich zu verbessern. Allein für die höhere Qualifizierung und bessere Bezahlung des Kita-Personals fallen 2,3 Milliarden Euro an. 2,1 Milliarden Euro wären notwendig, um jedem vierten Kind in der Altersgruppe unter drei Jahren einen Kita-Platz anbieten zu können. Derzeit haben lediglich 3 Prozent dieser Kinder einen Kita-Platz.

Wenn auch im Bund-Länder-Vergleich es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Ausgaben pro Schüler und dem Abschneiden bei den PISA-Tests gibt, ist unter Bildungsexperten unbestritten, dass notwendige monetäre Fundierungen eine zentrale Voraussetzung für einen qualitativen Sprung im Bildungswesen sind, um die erkannten strukturellen Mängel zu kompensieren, und die Grundlagen für die „Wettbewerbsfähigkeit“ in der globalisierten Welt zu legen. Denn die Ausgangslage ist nicht gerade positiv: So ist das Ausmaß der Fehlsteuerung und Ineffizienz des Schulsystems nach Untersuchungsergebnissen des Bildungsexperten Helmut Klein (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln) gravierend. Danach verlassen jährlich ca. 220.000 Schüler die Schulen ohne ausreichende Ausbildungsreife, darunter 80.000 bis 90.000 Jugendliche ohne Schulabschluss. Dadurch entstehen laut Klein Folgekosten in der Größenordnung von 3,7 Milliarden Euro im Jahr.

So ist Deutschland nach der Bewertung von Andreas Schleicher „von einer strategischen Perspektive für Bildung“ noch weit entfernt, hinkt in den Bildungsinvestitionen dem internationalen Wettbewerb hinterher und setzt zudem falsche Prioritäten.

13. Bildungsfinanzierung im Wechselbad von Staatsverschuldung und Demografie

Die aus den vorangegangenen Analyseschritten abgeleitete Notwendigkeit einer qualitativen Bildungsreform ist nicht zuletzt abhängig von den monetären Gestaltungsoptionen des Staates und dem Bewußtsein der politischen und gesellschaftlichen Eliten, zusätzliche oder (strukturell bedingt) freiwerdende Mittel in das deutsche Bildungssystem zu investieren. Die Versuchung, ‚freiwerdende‘ Ressourcen zur Ausgleiche von Haushaltsdefiziten und anderen Verwendungen zu benützen, ist nicht von der Hand zu weisen, und bewegt sich logisch im Selbstverständnis und der Praxis der „Haushaltssolidierungspolitik“. Die gravierendsten Auswirkungen lassen sich an der Bildungspolitik Baden-Württembergs verifizieren. So kommt der Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt (Uni Heidelberg) auf der Basis seiner Untersuchung (2006) zu dem Ergebnis, dass die vollmundigen populistischen Bildungsversprechen sich im Widerspruch befinden zur Faktizität des Deckelns von Bildungsetats in den letzten 30 Jahren, dessen Kontinuität im oben beschriebenen Selbstverständnis garantiert ist. Eine zentrale Ursache dafür sieht Schmidt in den bildungspolitischen Zuständigkeiten der Bundesländer, deren Finanzbudgets immer so knapp bemessen sind, dass „fast immer Konkurrenzsituationen entstehen, die die Bildung regelmäßig benachteiligen“.

Gemessen an ihrem Anteil am Bruttosozialprodukt gehen die Mittel der öffentlichen Hand kontinuierlich zurück. Deutschland ist zwischenzeitlich im OECD-Vergleich im unteren Drittel der Industriestaaten angekommen. Mit 4,3 Prozent des Sozialprodukts ist der Stand der Bildungsausgaben der 1970er Jahre erreicht. Dagegen investieren Staaten wie Dänemark (8,4%), Norwegen (7,6%), Schweden

(7,4%), ihres volkswirtschaftlichen Potenzials in Bildung (vgl. Memorandum 2008, S. 237). Danach müsste Deutschland jährlich 50 Milliarden Euro mehr in das Bildungssystem investieren, um auf einen vergleichbaren Level zu gelangen.

Ohne die Unterstützung des Bundes ist dieser Kraftakt (so Schmidt) nicht zu realisieren, da die deutschen Bildungsfinanzen international nicht konkurrenzfähig sind, und dieser Prozess durch die Förderalismusreform strukturell determiniert ist. Die Ausgangslage im Benchmarkvergleich ist somit nicht gerade rosig, zumal die KMK als schwerfällige und undemokratische Regelungsinstanz nicht als Korrektiv für diese föderalen Prozesse eingeschätzt werden kann. Die Grundstrukturen des deutschen Bildungswesens reproduzieren sich ohne Ende und werden konfrontiert mit der Position des Göttinger Berufsforschers Martin Baethge (2005), der eine Verschärfung der Situation prognostiziert, in dem er in seiner Analyse einen seit langem prognostizierten Kollaps eines Teils des deutschen Bildungsarrangements, die berufliche Ausbildung, darstellt.

Auf dem Hintergrund internationaler Bildungs-Benchmarks, der strukturellen Haushaltskrise und der spezifischen deutschen Problemlagen (Demografie, Kosten der deutschen Wiedervereinigung etc.) ist es von außerordentlichem Interesse, die von der Prognos AG (im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung) berechneten fiskalischen Spielräume (als Ergebnis der demografischen Entwicklung) genauer zu analysieren. In dem Bericht „Demographie als Chance: Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf“ (2006) kommen die Autoren zu folgenden Grundaussagen:

- Die Zahl der Schüler wird bis zum Jahre 2020 um mehr als 2 Mio zurückgehen (17 Prozent zum Vergleichszeitraum 2005.)
- Durch diesen Schülerrückgang reduzieren sich die Ausgaben der öffentlichen Hand (im Zeitraum 2006-2020) um ca. 80-100 Mrd. Euro.
- Die durch diese Entwicklung entstehenden monetären Handlungsspielräume für eine qualitative Entwicklung des Bildungssystems könnten nach Aussage der Autoren 75 Prozent der Kosten für eine „umfassende Reform“ abdecken, um die „Bildungsqualität auf ein international konkurrenzfähiges Niveau zu heben“ (S. 8):

„Eine umfassende Reform des Schulbildungssystems ist mit Mehrkosten verbunden. Sie entstehen in erster Linie durch die Einführung obligatorischer Ganztagschulen. Hinzu kommen zahlreiche Maßnahmen der Qualitätssicherung, von einer veränderten Lehrerbildung bis zur individuellen Beratung von Schülern bei der Gestaltung ihrer Lernbiographie“ (S. 9).

Im Bewusstsein, dass die bisherige bildungspolitische Praxis (verschärft auf dem Hintergrund skizzierter deutscher Sonderlagen) der Versuchung einer anderen Mittelverwendung unterliegen könnte, warnen die Autoren vor einer solchen Verwendung mit unüberschaubaren Folgen und antizipieren damit die realpolitische Praxis:

„Ein Verzicht auf umfassende Reformen in der Schulbildung verschlechtert mittel- und langfristig die Chancen Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Das gilt für Schulabsolventen, deren Perspektive auf gute Anstellungen im Inland oder im Ausland im Vergleich zu besser qualifizierten Absolventen aus dem Ausland sich eintrüben. Das gilt aber auch für Unternehmen, die ihren Erfolg auch auf den Weltmärkten zunehmend nur mit hochqualifizierten Mitarbeitern werden sichern können. Denn Unternehmen wählen ihre künftigen Mitarbeiter aus dem ‚Pool‘ der Erwerbsbevölkerung aus. Wenn deren Leistungsfähigkeit wegen eines qualitativ unzureichenden Bildungssystems im internationalen Vergleich zurückbleibt, mindert das die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und schwächt den Standort Deutschland...“

Eine anderweitige Verwendung der im Schulbereich freiwerdenden Mittel würde die öffentlichen Haushalte längerfristig nur scheinbar entlasten. Denn wenn im internationalen Wettbewerb Arbeitsplätze in Deutschland aufgrund mangelnder Qualifikationen nicht erhalten werden können, drohen potentiell höhere Sozialausgaben. Zudem fällt die Produktivität der Erwerbstätigen, ihr Einkommen und die damit verbundenen Steuereinnahmen ohne die Reformen dauerhaft niedriger aus. Darüber

hinaus können wegen mangelnder schulischer Bildung zusätzlich Ausgaben durch teure Nachqualifikationen im späteren Alter entstehen...

Die Veränderung der Schülerzahlen und die damit verbundenen Minderausgaben unterscheiden sich zwischen den Bundesländern. In realer Rechnung verringern sich die Ausgaben bis 2020 um bis zu 35 Prozent. Die stärksten Rückgänge bei den Ausgaben gibt es parallel zur Veränderung der Schülerzahlen in den neuen Bundesländern. Wegen der hier stark angespannten Haushaltslage besteht die Gefahr, dass die freiwerdenden Mittel in den allgemeinen Haushalt überführt werden" (S. 9-10).

Dass diese Befürchtungen nicht nur als bloße Projektionen erscheinen müssen, lässt sich am Beispiel der baden-württembergischen Landespolitik gut illustrieren: So werden in den Jahren 2007/2008 521 Lehrerstellen nicht wieder besetzt, auch wenn sie nicht aus dem Personalplan eliminiert werden. Der semantische Trick des Kultusministers Rau bei der Unterscheidung von „Stellenstreichung“ und „Nicht-besetzung“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es 521 Pädagogen in den Schulen weniger geben wird, und dass die Wahlkampfretorik (Landtagswahlkampf 2006: Freiwerdende Mittel aus den rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen werden für die Förderung der frühkindlichen Bildung, für den Ausbau der Ganztagschulen und für eine bessere Qualitätssicherung benötigt) schnell wieder der Logik des Rotstiftes unterworfen wird:

„2007 und 2008 will Finanzminister Gerhard Stratthaus die Ausgaben im Haushalt um drei Milliarden Euro kürzen. Da rückt ein gewisses Wahlversprechen ein wenig in den Hintergrund. Der Verzicht auf die Beschäftigung von 521 Pädagogen beschert Rau in den nächsten beiden Jahren Einsparungen in Höhe von rund 50 Millionen Euro.“ (In: Das Parlament, 25.9.2006, S. 9).

Verstöße gegen Koalitionsverträge, eine desaströse Personalplanung, 5000 ungenutzte (arbeitslose) Junglehrer, Bypass-Modelle des „Assistenten“ (auf 400 Euro-Basis), Vergrößerungen der Klassenstärken und pädagogisch bemäntelte Modelle (Integration Klasse 1 und 2) etc. repräsentieren den Flickenteppich bildungspolitischer Interventionen, die nicht nur einen Mangel an Professionalität repräsentieren, sondern den sichtbaren Politikprozess, die Kosten für den „Faktor Bildung“ unter den Prämissen der „Haushaltskonsolidierungspolitik“ so niedrig wie möglich zu halten. Es ist sicher kein Zufall, dass Kultusminister Rau zu den ersten Fürsprechern einer Privatisierungsstrategie im Bildungssystem gehört.

Fokussiert man die Analyse einen Augenblick auf eine industriepolitische Perspektive in dieser Debatte, dann ergeben sich schon ausreichend Widersprüche in diesem Prozess der ungeklärten Ausrichtung und Entwicklung des deutschen Bildungssystems. Erweitert man den Blick in der Analyse auf die internationalen Benchmarkzahlen, und die sozialen Kosten einer hypothetisch angenommenen Verschärfung sozialräumlicher und sozialer/gesellschaftlicher Disparitätenpotenziale, dann bekommt eine präventive Bildungsfinanzpolitik (als eine zentrale Voraussetzung zur qualitativen Neuorientierung des Bildungssystems) eine hervorgehobene Priorität:

„Um Deutschland auch in den kommenden Jahren wettbewerbsfähig zu halten, sind massive Investitionen in Ausbildung und Wissenserhalt sowie eine Neustrukturierung des Bildungssystems notwendig. Aber nicht nur ökonomische Notwendigkeiten erfordern es, das Humankapital in der Wissensgesellschaft intensiver zu nutzen und besser auszubilden. Die große Aufgabe der Integration, eine lebendige Bürgergesellschaft und das politische Klima im Land bedürfen ebenfalls eines gesunden Bildungsfundaments“ (In: Das Parlament, 25.9.2006: S. 12).

14. Liberalisierung und Privatisierungsstrategien in europäischen Bildungssystemen

Europäische Bildungssysteme unterliegen in sehr unterschiedlicher Ausprägung einem strukturellen Wandel durch die Einführung von Wettbewerbs- und Managementkonzepten, und einer zunehmenden Beteiligung privater Anbieter an der Bildungsfinanzierung und Gestaltung von Bildungseinrichtungen,

Inhalten und Konzepten. Vom „Weißbuch Bildung“ (EK 1995) zum „Memorandum über lebenslanges Lernen“ (EK 2000), von den Projekten „Leonardo“ und „Sokrates“ zum Projekt „e-Learning“ werden klare Umrissse einer europäischen Bildungspolitik sichtbar:

- Öffnung der Schule für die Wirtschaft.
- Flexibilisierung des Bildungssystems.
- Weiterentwicklung des Fernstudiums.
- Studiengänge Bachelor und Master.
- Konzept des „Lebenslangen Lernens“.
- Massiver Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien.
- Aufwertung von „Kompetenzen“ auf Kosten konkreter Wissensbestände.

Dieser Prozess der „Erneuerung“ in Anpassung an die technische und industrielle Entwicklung folgt folgender Prämisse:

„Nur wenn sie sich dem Wesen des Unternehmens... anpassen, können die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung beitragen“ (Groupe Reiffers 1996).

So wurden im Jahre 2000 auf der Konferenz in Lissabon die neuen Initiativen „e-Europe“ und „e-Learning“ lanciert, deren explizite Zielsetzung ist, die Bildungssysteme im Sinne der „Neuen Ökonomie“ zu modernisieren. Insofern lässt sich die These formulieren, dass die Schule an die neuen Anforderungen der kapitalistischen Ökonomie anzupassen ist, die durch die Grundprozesse

- technologische Innovationen als Faktor der Destabilisierung;
- Instabilität und Dualisierung der Arbeitswelt;
- Deregulierung, Flexibilisierung etc.;
- Rückzug des Staates aus den öffentlichen Verantwortlichkeiten und sozialen Sicherungssystemen charakterisiert werden kann.

Der strategische europäische Widerspruch eskaliert zunehmend in dem Spannungsfeld einer de jure Vorgabe zur Liberalisierung (z.B. Richtlinie), und den Positionen der EU-Kommission zu Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa. In diesen wird formuliert, dass die Wettbewerbsbestimmungen und Binnenmarktvorschriften der EU im Bereich der Bildungsdienstleistungen *nicht* abwendbar sind. In einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (1988) heißt es zudem, „dass der Staat mit der Errichtung und Erhaltung eines Bildungssystems keine gewinnbringende Tätigkeit aufnehmen will, sondern seine Aufgabe auf sozialem, kulturellem und bildungspolitischem Gebiet erfüllt“.

Dennoch ist der Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck von OECD, Weltbank, WTO, EU-Kommission und privatwirtschaftlichen Verbänden auf die Bildungspolitik so ausgeprägt, dass das Spannungsfeld zwischen der Ordnungsfunktion des Staates und den marktwirtschaftlichen Kräften immer stärker hervortritt (Hirtt 2002), da die zentrale Zielsetzung der EU, „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden (EU-Kommission 2000) diesen Prozess zunehmend steuert. Der „European Round Table of Industrialists“ (ERT) als europäischer (von den transnationalen Konzernen majorisierter) Unternehmensverband fordert insbesondere eine stärkere Ausrichtung des Bildungssystems und der Bildungsinhalte an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes (ERT 1995, zit. in: Hirtt 2002). Dieser geforderte Prozeß des Strukturwandels der europäischen Bildungssysteme ist bereits in Großbritannien seit Jahren implementiert. Elemente zur Einführung von Markt- und Wettbewerbsmechanismen, der Kommerzialisierung, Deregulierung und Privatisierung des Bildungswesens sind nach Hirtt (2002) und Klausenitzer (2002; 2006):

- Zentralisierung/Dezentralisierung: Einführung nationaler Bildungsstandards, einheitliche Curricula, Evaluationskriterien einerseits und größere politische und finanzielle Entscheidungsfreiheit („Autonomie“, „Selbstverwaltung“, „Deregulierung“, „Budgetierung“ der Bildungseinrichtungen) andererseits.
- Freie elterliche Schulwahl.
- Public-Private-Partnerships (PPP) und privates Sponsoring.
- Organisationsprivatisierung.
- Output-Orientierung: Bewertung von Schulen und Lehrpersonal nach den Leistungen, Erfolgen und Noten der SchülerInnen.

Mit der Politik „elterlicher Schulwahlmöglichkeiten“ wird unter den schematischen Prämissen „Wettbewerb“, „Auswahl“, „Regionalisierung“, „Handlungs- und Leistungsorientierung“ eine Zielsetzung mit dem Anspruch einer „Bildungsreform“ verfolgt, die nicht nur eine Einführung neuer Strukturen beinhaltet, sondern gesellschaftspolitische, soziologische, kulturelle und werteorientierte Konsequenzen hat. Die „freie Schulauswahl“ durch den „Kunden“ ist eine Hauptstoßrichtung in diesem globalen „Reform“prozess. So spricht die OECD davon,

„dass hochgradig zentralisierte, hierarchisch organisierte Strukturen durch dezentrale Managementunternehmen ersetzt werden, in denen Entscheidungen bezüglich Ressourcenverteilung und Leistungsangebot kundennäher getroffen werden und die somit Möglichkeiten der Rückmeldung von Kunden und anderen Interessenten bieten“ (OECD 1995, S. 8).

Diese Politik der „freien Schulauswahl“ beruht auf der Prämisse, mit ihr lasse sich die Leistungsfähigkeit (in Bezug auf Produktion und Verteilung) steigern, d.h.: die individuelle Auswahl „autonomer Kunden“ biete bessere Leistungsausgaben bei gleichzeitiger Gewährleistung von Gerechtigkeit. Die Realität – abgeleitet aus internationalen Benchmarkstudien – scheint jedoch eine andere zu sein.

So beschreibt Manfred Weiss, dass

„die Ergebnisse der internationalen Bildungsforschung bei der Untersuchung der Funktionsweise und Auswirkung von Quasi-Märkten im Schulbereich darauf hindeuten, dass die Funktionalisierung von Wettbewerb und Dezentralisierung keinerlei überzeugende Erfolge erzielt hat bei der Erreichung von Leistungszielen... Die bisherigen Ergebnisse deuten stattdessen darauf hin, dass Quasi-Märkte bestehende Ungleichheiten bei der Schulleistung und Chancen-Ungleichheit eher verstärken“ (Weiss 2001, S. 14).

Zu ähnlichen Feststellungen kommt eine Studienreihe in England (Levacic, Hardmann & Wolldts 1998; Levacic 1998; Levacic & Hardmann 1999), in der überzeugende Belege dafür angeführt werden, dass es keinen Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Schülerleistung gibt.

Nimmt man jedoch das zweite Anspruchskriterium „Gerechtigkeit“, so lassen sich interessante Erkenntnisse ableiten. So beschreiben Lauder, Hughes et al. (1999) im Schlusswort ihrer neuseeländischen Studie, dass auf der Nachfrageseite „Schüler mit hohem sozio-ökonomischem Status am ehesten die Gelegenheit haben, Schulen der Arbeiterschicht zu meiden, und die meisten von ihnen ergreifen diese“ (ebd.: 101). Auf der Angebotsseite würden die „Schulen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um sich vor der Härte des Marktes zu schützen“ (ebd.: 134). Danach würde der Markt die „Polarisation bei der Schulaufnahme, die bereits durch die Trennung nach Wohngebieten existierte, noch verschlimmern“ (ebd.: 135).

So lässt sich auf der Nachfrageseite durch internationale Studien belegen, dass bei einer privilegierten Schulauswahl Mittelschichtseltern Schulen mit hohem sozialen Status aussuchen. So belegt van Zantens für die Kommune Vitry (Vorort von Paris), wie die Flucht von Mittelschichtseltern in das anscheinendere Pariser Schulsystem oder in Privatschulen ein wachsendes System von Arbeiterschulen in Vitry hinterlässt. Noden, West, David & Edge (1998) beschreiben für Londoner Schulen eine soziale Selektivität im Aufnahmeprozess für höherleistende Schulen gegenüber Kindern aus der Arbeiter-

schicht: wie z.B. „die Verteilung von kulturellem Kapital und finanziellen Ressourcen und die (tatsächlichen und wahrgenommenen) Auswirkungen von verdeckter Selektion“ (ebd.: 16f.).

Der Trend einer breiter werdenden Kluft zwischen „begünstigten Schulen“ und den „Benachteiligten“ zeigt sich sowohl in England als auch in Schottland (Broccolichi & van Zanten, 2000: 58; Smith & Noble 1995; Bagley & Woods 1998). So kommen Moore & Davensport (1990) in ihrer Studie zu dem Schluß, dass die freie Schulwahl „in der Regel eine neue und subtilere Form der diskriminierenden Auslese“ (1990: 221) darstellt. Ihre Studie belegt

„eine überwältigende Tendenz hin zu einer Schaffung von Prozeduren und Standards bei jeder Stufe im Aufnahme-prozess, die ‚Problemschüler‘ aussortieren und die besten Schüler aufnehmen. Hierbei wird ‚beste‘ wie folgt definiert: Schüler mit einer guten akademischen Laufbahn, hohe Anwesenheitsraten, gutem Benehmen, guter Beherrschung von Englisch und keinen besonderen Lernschwierigkeiten“ (ebd.: 201). Ähnliche Tendenzen belegen Chenoweth (1987) und Wells & Associates (1998) für die USA.

Herschkoff & Cohen (1992) beschreiben am Beispiel Alabamas, wie staatliche Subventionierungen der ‚gewählten‘ Privatschulen zu einer Verringerung finanzieller Unterstützungen staatlicher Schulen führten, was in der Folge auch eine Stigmatisierung des staatlichen Schulsystems hervorrief. Vor diesem Hintergrund warnen sie davor, dass „jegliche Verbesserung der Bildung, die durch eine markt-orientierte Herangehensweise entstehen könnte, ihren Preis hat: die Schaffung einer Unterklasse der abgelehnten und unterfinanzierten Schulen“ (ebd.: 25).

In eine ganz ähnliche Richtung verweist Miron (1993) in seinem Bericht über ein schwedisches Programm. Danach förderte das schwedische Programm zunehmend soziale Trennung, da solche Schulen die Art ihrer Zugänge kontrollieren können.

Alles in allem belegen internationale Untersuchungen zur „freien Schulwahl“, dass deren Leistungsbilanzen äußerst dürftig, deren soziale Selektivität dafür umso ausgeprägter ist. Die Förderung und Verbreiterung dieser bildungspolitischen Strategie durch mächtige transnationale Agenturen, Politikunternehmen und kommerzielle Organisationen (Lieferung von „Bildungsdienstleistungen“) ist als ideologisches System auch in Deutschland aufgesetzt und befindet sich in unterschiedlichsten Bereichen in der Implementierungsphase. Diese neue bildungspolitische ‚Klassenpolitik‘ ist kompatibel mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, mit dem der Wandel der Bildungspolitik einhergeht. Dort, wo die imaginierte Zukunft der sozialen Mittelklassen bedroht ist, und wie Bourdieu (1988:163) formuliert, ein „allgemeines downclassing“ droht, organisieren sich Grenzziehungen der (noch) Privilegierten. Die zunehmende Verunsicherung und die wachsenden Risiken für die Mittelschichten haben ein sichtbares und sich verschärfendes Reaktionsmuster zur Konsequenz: die Intensivierung des Positionswettbewerbs durch Strategien der gesellschaftlichen Unterscheidung und Ab-/Ausgrenzung:

„Meritorische Ausschlussregeln stützen sich auf die Ideologie der individuellen Leistung in einem ‚offenen‘ und ‚gerechten‘ Wettbewerb... Die wachsende Bedeutung von ‚Markt‘-Regeln spiegelt den politischen Aufstieg des Neoliberalismus seit den späten 70ern in Großbritannien und den USA... Die Rechten konnten eine moralische Legitimität für ein Marktsystem in der Bildung beanspruchen, das in der Sprache von ‚Auswahl‘, ‚Freiheit‘, ‚Wettbewerb‘ und ‚Standards‘ gekleidet war“ (Brown 2000, ebd. S. 639).

Privatisierung und Spaltung sind die Folgen einer zunehmend restriktiver werdenden Haushaltspolitik neoliberaler Prägung, die die Schulen und andere Bildungseinrichtungen immer stärker in die Kommerzialisierung ihrer Aktivitäten drängt:

„So führt die Deregulierung der Bildung am Ende zu ihrer Kommerzialisierung. Wir haben uns inzwischen weit entfernt vom Konflikt zwischen der laizistischen und der konventionellen Schule. Was hier auf dem Spiel steht, ist der Gebrauch der Bildung für kommerzielle Zwecke, die Unterwerfung der Lehre unter das Profitgesetz. Die Groupe Reiffers (1996) nimmt kein Blatt vor den Mund: ‚Viele glauben inzwischen, dass die Zeit für die Abkopplung der Bildung von der Schule gekommen ist und dass diese Befreiung des Bildungsprozesses zu einer Kontrolle durch Bildungsanbieter führen wird, die innovativer sind

als die traditionellen Strukturen.' Das Terrain ist bereits vorbereitet: Die europäischen Verträge haben schon einmal vorsorglich die nationalen Kompetenzen begrenzt... Die Empfehlungen des ERT und die Vertiefungen der Europäischen Kommission begleiten und stimulieren auch einen tiefgreifenden Wandel hin zu einem gespaltenen Bildungssystem. Man muss sich, erklärt die von der Kommission eingesetzte Gruppe Reiffers (1996) ,vor allem für die beiden sozialen Extreme interessieren, denn diese sind am direktesten vom aktuellen Wandel betroffen: diejenigen, die über unterschiedlich hochwertige spezielle Qualifikationen verfügen und im internationalen Wettbewerb ihren Gegenstücken aus den anderen Regionen der Welt gegenüber stehen; und diejenigen, die aus der Wissensgesellschaft ausgeschlossen sein werden, weil sie nicht über die Mittel verfügen, an ihr teilhaben zu können (...) An beiden Polen müssen besondere Anstrengungen übernommen werden.“ (Nicco Hirtt 2002, S. 37).

Die marktorientierten Bildungsreformen in den Mitgliedsländern der EU weisen einen sehr heterogenen Status aus (unterschiedliche Organisationsformen und Zielsetzungen). Während Großbritannien, Italien und Deutschland den Deregulierungskonzepten und der Einführung von Wettbewerbselementen im Bildungssystemen offen gegenüber stehen, lehnt Frankreich eine solche Ausrichtung bis jetzt grundlegend ab (Hirtt 2002). Am ausgeprägtesten ist der Privatisierungstrend im Bildungswesen in Großbritannien fortgeschritten, und bietet sich deswegen als Fallanalyse hinsichtlich einer Effekten- und Folgenanalyse an.

Im Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung („Lehren und Lernen: Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft“, 1995) wird die bildungsstrategische Zielsetzung in den Gesamtzusammenhang großer Umwälzungen der europäischen Gesellschaften gestellt: „Globalisierung“ der Wirtschaft, Informationsgesellschaft, wissenschaftlich-technische Zivilisation. Bildungspolitik wird als integraler Bestandteil übergreifender wirtschafts-, sozial- und innovationspolitischer Bezüge gesehen. Ein zentraler Zielbereich ist demnach, „Schule und Unternehmen einander anzunähern“ (Öffnung der Bildungssysteme zur Arbeitswelt, Einbeziehung der Unternehmen in die Berufsbildung, Ausbau der Lehr(lings)ausbildung).

Mit den Studiengängen Bachelor und Master (Bologna-Prozess) wurde u.a. eine Beschleunigung des Studienprozesses, eine Angleichung der europäischen Hochschulsysteme und eine Erhöhung der Flexibilität und Mobilität intendiert. Nach den Ergebnissen einer umfassenden Studierbarkeitsstudie der Berliner Humboldt-Universität (2007) erfüllen viele Studiengänge ihre Qualifizierungsziele nicht (80 Prozent sehen im Bachelor-Studium keine ausreichende Berufsqualifizierung). Als Folge dessen streben zwei Drittel der Studierenden einen Masterabschluss an. Stress, Druck und Versagensängste verschärfen sich, führen zu zunehmenden Unsicherheiten und strukturellen sozialen Schieflagen. So gaben 80 Prozent an, mehr als 38 Stunden an der Hochschule zu sein und über 60 Prozent der Studierenden sind nebenher erwerbstätig. Wegen der in Bologna definierten Studienstruktur sind Studium und Job kaum miteinander vereinbar, so dass selbst die HRK (Hochschulrektorenkonferenz) den Umsetzungsstand der Bologna-Reform zwischenzeitlich kritisch beurteilt.

Die drei strategischen Ziele für Europäische Bildungsentwicklungen werden wie folgt umschrieben:

- a) Höhere Qualität und verbesserte Wirksamkeit der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU.
- b) Leichter Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle.
- c) Öffnung der allgemeinen und beruflichen Bildung gegenüber der Welt.

Diese strategischen Ziele sollen in dreizehn Unterzielen konkretisiert werden.

Ab 2000 ist das gemeinschaftliche Aktionsprogramm im Bildungsbereich „Sokrates“ in eine zweite Phase eingetreten (2006), mit der eine Reform von Schule und Lehrerbildung (Lehrerausbildung, Fort- und Weiterbildung, Schulentwicklung und professionsrelevante Forschung im Prinzipiellen) beabsichtigt ist. Das Motto (in Abwandlung eines Zitats von E. Fried) definiert ein neues Selbstverständnis: „Wer will, dass Schule und Lehrerbildung so bleiben, wie sie sind, will nicht, dass sie bleiben“ (in: Buchberger, S.

17). Der europäische Prozess der Einordnung der bildungsstrategischen Optionen in den gesamtstrategischen Zusammenhang ist also nicht ohne Bedeutung für die nationalen Bildungspolitiken, sondern definiert diese zunehmend in ihrer Ausrichtung:

„So genannte EU-Bereichs-Richtlinien haben unter der Anwendung des Prinzips der Trennung von Regulierer und Betreiber das öffentliche Monopol beendet und sie der disziplinierenden Logik des Marktes ausgesetzt (und damit auch die Voraussetzungen geschaffen für die Bildung privater Oligopole und Monopole). Nun hat in den letzten Jahren die EU-Kommission den Begriff der ‚Dienstleistungen von allgemeinem Interesse‘ (DAI) geprägt...

*Mit der Ausweitung der Ausschreibungsverpflichtung auch für die ‚Dienstleistungen im allgemeinen Interesse‘ (DAI) **strebt die EU-Kommission offensichtlich „eine umfassende Unterwerfung des kommunalen öffentlichen Sektors unter die Maximen des freien Wettbewerbs“ an**“ (in: Jürgen Klausenitzer: Thesen zu Rationalisierung und Privatisierung im Bildungsbereich, S. 9).*

14.1. Eine internationale Studie stimmt nachdenklich

Die 1998 publizierte internationale Studie von Whitty, Power, Halpin zur Privatisierung im Bildungswesen ist geeignet, die aktuelle Debatte einer Übernahme immer größerer (Teil-)Kosten des Bildungswesens durch private Haushalte (ein Kernstück neoliberaler Strukturanpassungspolitik) mit vergleichenden Erkenntnissen in Beziehung zu setzen.

In der Studie von Whitty, Power und Halpin, die in fünf OECD-Ländern die erfolgten Restrukturierungen der Bildungssysteme nach Maßgabe von Markt- und Managementprinzipien untersucht haben, kann helfen, die kontroverse Diskussion auf eine empirische Grundlage zu stellen. **Gemeinsame Züge der Rekonstruktionen der untersuchten Länder sind danach:** neoliberale Versionen veränderter Steuerungsregularien mit deutlichen Akzenten der Einführung von Marktmechanismen und neue Steuerungsmodelle „autonomer“ Schulen mit externer Kontrolle zur Verbesserung von Qualität, Effizienz und Effektivität als zentralbestimmte Performanz-Indikatoren. Eine zentrale Kontext-These der Autoren ist, dass die jeweiligen Restrukturierungen der Bildungssysteme, die Finanzierungsgrundlagen und Regulationsmodi Teil einer umfassenden neoliberalen Umstrukturierung des „Wohlfahrtsstaates“ hin zum „Wettbewerbsstaat“ sind, mit den flankierenden Begleiterscheinungen einer „Stärkung des Leistungsprinzips“ und einer verschärften schulischen Selektion. Zugleich wird die implizite Annahme und Zielsetzung transportiert, strukturelle Probleme der kapitalistischen Systemkonkurrenz durch eine Neuausrichtung des Bildungssystems lösen zu können. Exemplarisch hierfür steht eine zentrale Politikforderung Blairs: „education, education, education“ und die damit einhergehende Wiedererstarkung und Verstärkung der Humankapital-Theorie.

Dieser an den Beispielen der Länder England, Wales, Neuseeland, USA, Australien und Schweden aufgezeigte **Paradigmenwechsel** („Dezentralisierung und Autonomie; Wahlfreiheit, Vielfältigkeit, Autonomie, Effizienz, Effektivität, Professionalität“) in der Ausrichtung des öffentlichen Schulsystems wird von den Autoren zugleich unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf den Anspruch auf Chancengleichheit untersucht, mit dem Fokus auf alternative Reformmodelle jenseits neoliberaler Entwürfe und bürokratisch-paternalistischer Strukturen.

Bei aller Verschiedenheit der jeweiligen Länderspezifika weisen die untersuchten Länder ein beträchtliches Maß an Konsistenz auf:

- Eine Verlagerung von Finanz- und Managementkompetenzen auf untere Verwaltungsgliederungen.
- Stärkung der elterlichen Schul-Wahlfreiheit.

- Maßnahmen zur Stärkung zentralstaatlicher Instanzen (vor allem im Bereich der Curricula und Qualitätskontrollen: Prüfungen, Tests, Evaluationen mit Hilfe zentral festgelegter Indikatoren und Anforderungslevels).

In den untersuchten Ländern lässt sich ein starkes Vordringen von Management-Theoremen feststellen, die weitgehend an Annahmen allgemeingültiger Organisationsprinzipien und auf betriebswirtschaftlichen Prämissen orientiert sind. Führungsqualitäten wird im Rahmen der „business values“ ein hoher Stellenwert zugeschrieben. Diese Ausrichtung schlägt sich nach Meinung der Autoren in folgenden Entwicklungen nieder:

- Übernahme von Verwaltungsaufgaben (die vorher von anderen Ebenen der Schulverwaltung erledigt wurden).
- Polarisierung von Lehrern und Leitungsteams, wobei sich das Leitungsteam (auch als Konsequenz des finanziellen Drucks) eher als „chief executives“ denn als Pädagogen verstehen und in dieser Rolle verhalten.
- Ersatz professioneller Kollegialität durch Prinzipien des „corporate management“: Partizipation ist mehr symbolisch als real.
- Die Mitglieder der Schulleitung sind einem zweifachen Druck des Marktes ausgesetzt: den Eltern als „Kunden“ und den zentral definierten und verbindlich vorgegebenen Beurteilungs- und Erfolgskriterien der Evaluationsverfahren und league tables, auf die sie einflusslos sind.
- Eine veränderte Lehrerarbeit (mit dem Anspruch einer qualitativen Verbesserung: „empowering the teacher“ und „high employee involvement“), die jedoch in der Praxis mehr als Objekt von Politik und Verwaltung (Rechenschaftspflicht und Kontrolle) empfunden wird, und das auf dem Hintergrund zunehmender Verdichtung, Extensivierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse unter Schwächung kollektiver Interessenvertretung (Gewerkschaften). Auf diesem Hintergrund stellt sich nach der Analyse der Autoren das „empower-ing of teacher“ in der Regel eher als Deprofessionalisierung dar (vor allem als Folge des Verlustes von Einflußnahme).
- Neben der Einführung von Marktmechanismen sind zentral definierte Curricula und Prüfungen zentrale Elemente der Reform, mit deren Hilfe die Sicherstellung der Rechenschaftspflicht von Lehrern und Schule gewährleistet werden soll (standardisierte Performanzkriterien, Leistungstabellen, Indikatoren zur Bewertung der Leistungsfähigkeit der Einzelschulen). Einen Zusammenhang zwischen der Einführung von Reformen und ihrer besonderen Fähigkeit zur Leistungserbringung können die Autoren nicht konstatieren.
- Auch ein oft behaupteter Zusammenhang zwischen „autonom“ verwalteten Schulen und einer effektiveren Ressourcenverwaltung lässt sich nicht nachweisen. Vielmehr gehen größere Finanzressourcen in einen zunehmenden Verwaltungsaufwand und kostenintensive Marketingstrategien.
- In den untersuchten Ländern lässt sich die Entwicklung einer ausgeprägten Prüfungskultur (new culture of assesment) beobachten. Fokussiert wird die Bedeutung des Ergebnisses und nicht so sehr der Bildungs-/Erziehungs-Prozess. Diese „teaching to the test“-Kultur mit den standardisierten Curricular ist kontraproduktiv gegenüber pädagogischen Ansprüchen an einen offenen explorativen und integrativen Unterricht. Diese auf ausgeprägte Kontrolle und Prüfungssysteme abgestimmte Lernkultur steht in einem eklatanten Widerspruch zu den in hochindustrialisierten

Ländern geforderten Schlüsselqualifikationen (Problemlösungsverhalten, Teamfähigkeit, Flexibilität, Transferleistungen etc.).

- Die Autoren identifizieren eine stärker werdende Kommerzialisierung des Bildungswesens und seiner Wertesysteme: An Stelle von Kooperation, Gemeinschaft und Gleichheit treten Individualismus, Wettbewerb, Leistung und Differenz.
- Auf dem Hintergrund des Konzeptes der „autonomen“ Schulen spielt die Stärkung der Schulgemeinde/-meinschaft eine ausgeprägte Rolle. Nach Meinung der Autoren dominieren Vertreter mittelständischer Eltern die Szene. Die Autoren führen eine Reihe von Untersuchungen an, die die Schlussfolgerung nahelegen, dass die Realität weit hinter der Rhetorik von „community empowerment“ hinterherhinkt.
- Die von den Befürwortern unterstellte Korrelation dieses Schultyps mit den Parametern „Autonomie, Effektivität, Effizienz und Gleichheit“ lässt sich weder an Schülerleistungen noch an Innovationsindikatoren verifizieren. Indikatoren einer „guten Schule“ (professionelle Leitung, Konsens über Werte Ziele, Qualität von Lehren und Lernen, Kooperation zwischen Lehrern/Lehrern, Lehrern/Schülern/Eltern etc.) lassen sich im Verständnis einer Schuleffektivitätsforschung nicht belegen.
- Die Untersuchung belegt/bestätigt Ergebnisse von Untersuchungen der englischen Schulreform, nach denen „autonome“ Schulen und Elternwahlfreiheit zu einer Polarisierung von „stare and sink schools“ führten. Ganz im Gegensatz zu den Ansprüchen der Schulreformer, wonach die Schule ein Ort zur Kompensation gesellschaftlicher Benachteiligungen sein soll, verschärft die Reform die vorhandenen sozialen Disparitäten. Auf diesem Hintergrund ist die These nicht zu hoch gegriffen, dass es das objektive Ziel dieses Paradigmenwechsels in der Bildungspolitik sein kann, die objektiv größer werdenden sozialen Differenzen mit einem verschärften strukturellen Selektionsmodus zu etablieren.
- Zugleich bedeutet die Rückführung staatlicher Aufgaben/Ausgaben im öffentlichen Sektor:
 - Erhöhte Beiträge privater Haushalte und Gemeinden zur Bildungsfinanzierung.
 - Dezentralisierung der Bildungsinstitutionen und Schulverwaltungen zum Zwecke der Steigerung interner Effektivität und Kostenreduzierung.
 - Damit einher geht der Versuch, Klassenfrequenzen zu erhöhen, die Lehrerschaft zu reduzieren und die Gehälter zu senken.

Die Studie von Whitty u.a. macht deutlich, dass der globale Diskurs über eine Restrukturierung nationaler Bildungssysteme voll eingesetzt hat, und dieser Prozeß im Kontext der OECD-Strategien steht, den es differenziert zu bewerten gilt, um dem aufgesetzten Paradigmenwechsel und dessen praktischen Implementierungen eine angemessene Bewertung mit dem Ziel zu geben, zukünftige Bildungs- und Schulkonzepte auf ihre Fähigkeit zur Bewältigung von gesellschaftlichen Anforderungen zu bewerten, die eben mehr sind als kognitive Herausforderungen im internationalen Systemwettbewerb.

14.1.1. Effektenanalyse und Folgenabschätzung am Beispiel Großbritanniens

Am Beispiel der Entwicklungen des britischen Bildungssystems lassen sich die sozioökonomischen, sozialen und demokratietheoretischen Auswirkungen einer weitgehend privatisierten Bildungspolitik evaluieren, da sich die britische Bildungspolitik (in Anlehnung an die angelsächsischen Länder) seit den

80er Jahren in einem Prozeß der Umstrukturierung des Bildungswesens nach neoliberalen Vorbild befindet.

Diese Neuausrichtung nach den Prinzipien des Wettbewerbs, der Marktkräfte, freier Schulwahl, der Leistungsevaluierung, Schulautonomie, Schul-Rankings etc. begann bereits in der Thatcher-Ära mit einer Reihe gesetzlicher Veränderungen und bildet die Basis, auf der New Labour diesen Prozeß fortsetzt (Hatcher 2002, Ball 2003).

Auf der Basis der Literatur von Hatcher (2004, 2002a.), Ball (2003), Medosch (2001) und Gewirtz (2003) lässt sich das britische Bildungswesen in folgenden Dimensionen charakterisieren:

- Privatisierung der lokalen Schulbehörden.
- Fair Funding / Best Value.
- Privates Management öffentlicher Schulen.
- Auslagerung staatlicher Evaluierungsaufgaben.
- Private Finance Initiative (PFI).
- Sponsoring und Werbung.
- Schulen als Unternehmen: Die *Ware*, mit der Schulen unternehmerisch tätig werden können, ist Bildung.

Die Gründe für eine Zuspitzung der Privatisierungsstrategie des Bildungssektors durch die Labour-Regierung liegen auf der Hand:

1. Es liegt die Annahme zugrunde, dass im Sinne von Effizienz, Innovation und Berechenbarkeit die „Modernisierung“ des Bildungswesens nur unter Beteiligung der Wirtschaft realisiert werden kann.
2. Die Schulen sollen unter Einbeziehung des privaten Sektors stärker auf die Bedürfnisse von Industrie und Dienstleistung zugeschnitten werden.
3. Die Labour-Regierung erhofft sich durch private Investoren eine Entlastung der Staatsquote.
4. Die Förderung einer starken britischen Bildungsindustrie (die sich als „Global Player“ im wachsenden internationalen Dienstleistungsmarkt behaupten kann), liegt im strategischen Interesse der Labour-Regierung.

Diese Doppelstrategie einer zentralistischen und interventionistischen Ausrichtung des staatlichen Bildungssektors bei gleichzeitiger Stärkung des privaten Sektors („public-private partnership“) manifestiert sich in zwei strukturell bedeutenden Sektoren/Segmenten, die in ihrer langfristigen Bedeutung und Auswirkung in der aktuellen Literatur der Bildungsforschung und –politik bisher sträflich vernachlässigt wurde: In der Fremdvergabe zur privaten Finanzierung von Infrastrukturprojekten (Neubauten, Renovierungen, Versorgung mit Ausrüstungen und Betreiben von Einrichtungen) und der Fremdvergabe kommunaler Schulbehörden. Die eingesetzten Geldmittel stammen von Privatfirmen oder Konsortien. Der Privatier oder das Konsortium ist Eigentümer und Manager des Schulobjektes, und die Schule fungiert als Mieter. Die PFI (Private Finance Initiative) bietet für die Politik die Vorteile, dass ad hoc kaum noch Kapital benötigt wird, und die PFI-Kosten nach den Maastricht-Kriterien nicht als Staatsschulden definiert werden. Dass diese Projekte unter dem Strich teurer als öffentlich finanzierte sind (PFI-Projekte kosten nach Richard Hatcher (2002: 89) mindestens 10% mehr), stört die politischen Akteure deswegen nicht, weil der Zweck die Mittel heiligt: der Einstieg in den Bildungsmarkt ist das erklärte Ziel. Die gleiche Logik gilt für die Fremdvergabe kommunaler Schulbehörden nach der politischen Prämisse Tony Blairs „Entscheidend ist, was funktioniert“ (Hatcher 2002). Wenn es auch

bedeutende lokale Widerstände gegen diese Privatisierungs-Strategie gegeben hat, so ist doch der Großteil der PFI- und LEA-Privatisierungsprojekte ohne Widerstand realisiert worden, und es ist davon auszugehen, dass der genuine pädagogische Kernbereich (das Unterrichten) künftig auch von privaten, profitorientierten Anbietern mitgeprägt wird.

Folgen

Als Folge dieser Marktorientierung des Bildungswesens ergibt sich eine Herausbildung privater Dienstleistungsmonopole im Bildungssektor, der von einigen wenigen Unternehmen dominiert wird (z.B. Nord Anglia, Edison/US-amerikanisches Unternehmen). Über Programme wie „New ways of working“ und „Fair Funding / Best Value“ versucht die Labour-Regierung über eine Anreizpolitik den Bildungsmarkt weiter auszubauen.

Mit dem Wechsel der Zuständigkeiten vom öffentlichen zum privaten Sektor gehen nach Literatur-recherche folgenden Phänomene einher: Abbau von LehrerInnenstellen, keine Arbeitsplatzsicherheiten, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Verbot gewerkschaftlicher Organisation. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Lehrtätigkeit wird vermehrt auf die Verschiebung der Aufgaben und Prioritätensetzungen hingewiesen. Die freie elterliche Schulwahl verschärft bestehende Ungleichheiten beim Zugang zur Bildung und bei den Schulleistungen, anstatt die Leistungsfähigkeit der Schulen und SchülerInnen generell zu fördern (Ball 2003, Gewirtz 2003, Magotsiu-Schweizenhof 1999). Ebenfalls lassen sich negative Auswirkungen auf die Chancengleichheit für Minderheitenkinder beobachten, in dem bei der Schulwahl besonders Arbeiterkinder und Kinder afro-karibischer Herkunft benachteiligt sind, einschließlich der Polarisierung zwischen den Schulen hinsichtlich ihres Anteils von Migrantenkinder. Benchmarkorientierung und Evaluation von SchülerInnenleistungen bringen ein Ranking „attraktiver“ Schulen hervor, durch die gute SchülerInnen ihren Zugang finden, während solche mit Lernschwierigkeiten nicht in leistungsorientierte Schulen aufgenommen werden (Tomlinson 1998).

Selbst das neoliberale Postulat, Privatisierung würde effizientere und günstigere Dienstleistungen erbringen, lässt sich nach Hatcher (2002) nicht aufrechterhalten. Mit dem Zwang, öffentliche Bildungsausgaben zu reduzieren, werden extreme Einschnitte in soziale Einrichtungen im Bildungswesen vorgenommen, so dass Tomlinson (1998) darauf hinweist, dass spezifische Angebote für Minderheitenkinder/MigrantInnenkinder durch die Auslagerung behördlicher Aufgaben noch weniger Mittel zur Verfügung haben, und vor allem interkulturell ausgerichtete Bildungszentren geschlossen wurden. Zugleich geht Hatcher (2004) davon aus, dass die Lehrinhalte zukünftig noch stärker an Wirtschafts- und unternehmerischen Interessen ausgerichtet werden.

Exemplarisches Beispiel für diese Entwicklung ist der bildungspolitische Paradigmenwechsel der nordrhein-westfälischen Landesregierung, den von der rot-grünen-(Vorgänger-)Regierung eingeleiteten Prozess der Ökonomisierung des Bildungswesens voranzutreiben. Die Ausrichtung des Bildungssektors nach den ökonomischen Prinzipien „Eigenverantwortung“ und „mehr Wettbewerb“ bekommt durch die Implementierung des Projektes „Stiftung Partner für Schule“ (von Landesregierung und 28 Unternehmen getragen) eine zusätzlich Drift. Der Fokus (durch ehemalige Industriemanager repräsentiert) ist an industriellen Managementprinzipien und deren bildungspolitischen Prämissen ausgerichtet. Die Strukturfrage ist durch eine Absage an integrierte Ganztagschulkonzepte beantwortet. Die sichtbare Zielsetzung, das Gymnasium von anderen Schulformen strukturell zu entkoppeln (Haupt- Real- und Gesamtschüler, die nach der zehnten Klasse aufs Gymnasium wollen, werden in der Regel ein Jahr wiederholen müssen) verweist ebenso auf eine gewollte strukturelle Selektivität, wie die Aufhebung der Einzugsgebiete für Grundschulen. Dieser „Selbstbestimmungsansatz“ bei der freien Schulwahl verschärft die Herausbildung von „Ghettoschulen“, und stellt die Schulen in eine Wettbewerbsposition, deren wesentliches Ergebnis die Verschärfung der sozialen Bildungsselektion und in deren Konsequenz eine Zuspitzung der sozialen Disparitäten sein wird. (Financial Times, 5.12.2006). Anstatt diesen

strukturellen Trend zu unterbrechen, bleibt das sozialpolitische Trostpflaster einer „Stärkung der Schulen mit großen sozialen Problemen“.

15. Erstes Resümee aus dem neoliberalen Paradigmenwechsel im Bildungssektor

1. Der Druck auf das Bildungs-/Ausbildungssystem, sich im Markt als „Marktsubjekt“ zu positionieren, fokussiert das System Schule auf die zentralen quantifizierbaren und vorzeigbaren Indikatoren der Qualitätsmessung und deren Vermarktung. Diese Ressourcenbindung schwächt die pädagogischen Kompetenzen und Potenziale, die vor allem für die pädagogische Bildung und Betreuung von SchülerInnen mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten benötigt werden.

2. Der Markt erweist sich als ein Mechanismus der sozialen Spaltung. Rekrutierungs- und soziale Selektionsprozesse verschärfen sich unter dem Konkurrenzdruck der Systeme im Bilde der „guten Schulen“ vor allem für soziale Mittelschichten. Studien über das Bildungsverhalten machen deutlich, dass der Prozess der Auswahl einer Schule von sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebensbedingungen abhängig ist. Bereits vorhandene Ungleichheiten der Lebenslagen werden verstärkt und reproduziert. Hinter dem Schleier von Rationalität wird hinter der Instrumentalisierung der Begriffe („Autonomie und Eigenverantwortung“) eine neue Legitimationstheorie zur Begründung sozialer Ungleichheiten sichtbar („Jeder ist seines Glückes Schmied“)

3. In vielen angelsächsischen Ländern ist ein ausgeprägter Trend in eine Prüfungskultur zu beobachten. Anstelle der Bildungs- und Erziehungsprozesse dominiert eine Orientierung auf Überprüfbarkeit von kognitiven Leistungen. Die curriculare Orientierung wird dem Prüfungsfokus angeglichen. Die Renaissance eines pädagogischen Traditionalismus und einer geringeren Professionalität steht konträr zu dem Anspruch auf offene, erkundende und integrative Formen des Unterrichts (Verdrängung durch strukturierte und dominant ergebnisorientierte Formen des Lehrens und Lernens).

4. Der in der angelsächsischen Debatte formulierte Anspruch auf „empowering the teacher“ bricht sich in der Praxis durch die Rollenanforderungen auf Politik und Management. Ihre Rolle, Identität und ihre Ressourcen werden negativ tangiert durch zunehmende Verdichtung, Extensivierung und Prekariisierung ihrer Arbeitsverhältnisse (Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Schwächung gewerkschaftlicher Orientierungen, Outsourcing z.B. an private Träger für Musikunterricht, Sportvereine etc.).

5. Die meisten vorliegenden Untersuchungen belegen weder eine besondere Effizienz und Effektivität in Bezug auf Schülerleistungen noch auf eingeführte institutionelle Veränderungen. Der Anspruch der Übertragbarkeit betriebswirtschaftlicher Parameter und Philosophien auf Bildungsorganisationen mag in bezug auf die Organisation von Wettbewerb zwischen den Schulen, die Verknüpfung von zur Verfügung gestellten Ressourcen mit Tests, Prüfungen und reproduzierbarem Wissen eine bestimmte Tragfähigkeit haben, einen relevanten Beitrag zu heute notwendigen Schlüsselkompetenzen liefern diese Systeme nicht. Der Verlust von sozialer Erfahrung durch eine soziale Homogenisierung ist nur ein Teil des defizitären Erfahrens sozialen Lernens. Die Debatte über die „gute Schule“ und deren Qualität fokussiert nicht die Frage nach dem Beitrag der Schule zur Bewältigung zukünftiger Lebenssituationen, dem Beitrag zur Selbst- und Weiterkenntnis, der Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheiten und notwendigen Schlüsselqualifikationen. Die Funktionsweise kommerzieller Märkte ist meist hierarchisch, segmentiert und ungerecht.

6. Die transformierenden Kräfte von „Markt“ und „Management“ bedeuten nicht nur eine Ausrichtung an betriebswirtschaftlichen Logiken, sondern bedingen auch einen tiefgreifenden kulturellen und ethischen Wandel. Die Tendenzen aktueller Bildungsreformen sind keine technokratisch isolierbare Bildungsstra-

tegie, sondern ein neoliberales Gesellschaftskonzept im Kontext einer globalen neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

So ist die Benchmarkorientierung nicht nur konzeptionell in der PISA-Studie angelegt, sondern wird im globalen Systemwettbewerb zur ultima ratio bildungspolitischer Prämissenorientierung. Das Ziel der Europäischen Union (Lissabon-Gipfel), eine „wissensbasierte“ Wirtschaftspolitik zu betreiben, mit dem die EU im internationalen Konkurrenzkampf einen Wettbewerbsvorteil erreichen kann, ist der programmatische Rahmen. So wird durch die jüngste Publikation der OECD (Robert Barro, Harvard-Universität und Jong-Wha Lee, Korea University) zum weltweiten Vergleich von Bildungsniveaus die Schlussfolgerung publiziert, dass die USA und die Bric-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China) besser mit „Humankapital“ für die Zukunft ausgestattet sind als die EU-Länder (Bildungsdauer, Akademikerquote, Migrationspolitik für Facharbeiter, Veränderungsgeschwindigkeit des Bildungssystems und der Hochschullandschaft, Bildungsinvestitionen). So resümiert J. Pisani-Ferry (Ökonom und Leiter der Brüsseler Thinktank Bruegel):

„Zusammenfassend kann man sagen, dass die Ausrichtung auf Wissen richtig ist, es aber am Gefühl der Dringlichkeit mangelt. Europas Wohlstand wird nicht von Dauer sein, wenn die EU sich nicht um ihre zu geringen Investitionen in das Humankapital kümmert. Wenn ungefähr genauso viel staatliches und deutlich weniger privates Geld als in den USA in die Bildung fließt und die Zahl herausragender Bildungseinrichtungen viel geringer ist, muss Europa einen langsamen, aber stetigen Verfall seines Wohlstands hinnehmen. Europa muss unverzüglich damit beginnen, diesen gefährlichen Trend umzukehren.“ (in: Financial Times Deutschland, 28.8.2006).

7. Im Zuge der Verbetriebswirtschaftung von Bildungsinstitutionen verschwindet die Qualität der Bildung zunehmend hinter der Dominanz der „Effizienz“ von Fachleistungen (PISA-Logik). Die Ausrichtung auf die Neue Verwaltungssteuerung, Qualitätssicherung und Kosten-Leistungs-Rechnung definiert jedoch noch keine „gute Schule“, sondern eine Ausrichtung an Rationalisierung und Effizienzorientierung zum Zwecke der Kostenreduzierung. PISA ist ein willkommenes Kommunikationsmedium, um den gesellschaftlichen Druck für „notwendige Modernisierungen“ zu erhöhen. Die gesellschaftspolitische Intention, Kinder und Jugendliche auf dem Weg in eine Gesellschaft wirtschaftlicher Globalisierung „fit“ zu machen, besagt nichts anderes, als diese besser, schneller, effektiver und in kürzeren (hochselektiven) Bearbeitungszeiten einem zukünftigen Arbeitsmarkt zuzuführen.

8. Im Rahmen eines erweiterten Qualifikationsbegriffes (fluid, flexibel, mobil, wandlungsfähig, auf permanente Selbsttransformation angelegt, Qualifizierung auf die Erfordernisse der Wissens- und Informationsproduktion: marktkonforme Modularisierung) wird die Vielseitigkeit menschlicher Fähigkeiten zum Gegenstand der Betrachtung und einer Funktionalisierung dieser Ansprüche unterworfen. Unter dem Ziel der Quantifizierung, Komprimierung und Verdichtung von Bildungszeit dominiert der Fokus der Verwertbarkeit von Humanressourcen. Für Zeit, Muße, Hingabe, Gelassenheit, Entspannung, Glück etc. ist kein/kaum Raum. Integrierte Konzepte zum „Selbstmanagement“ haben den instrumentellen Charakter der (Selbst-)Reproduktionsfähigkeit zur Aufrechterhaltung der „Humanresource“ als „freies Marktsubjekt“. Grundbedürfnisse humaner Bildung bleiben unberücksichtigt. Auf eine historisch einmalige Produktion und Verwertung des kulturellen und sozialen Kapitals sind die Bestrebungen von Staat und Wirtschaft gelegt. Im Begriff der „Verwertbarkeit“ ist der Verwendungszusammenhang von Wissen und Kompetenzen nach Maßgabe ökonomischer Gestaltungsdirektiven angelegt. Die Zeitökonomie als Sozialisationsfaktor für heranwachsende Kinder und Jugendliche wird immer schärfer der Logik der Erwachsenenwelt angeglichen.

Bestes Beispiel für diesen „Effizienz“-Irrsinn sind die jetzt vorliegenden Ergebnisse, Erfahrungen und Widerstände gegen die in Bayern implementierte G 8. Knapp drei Jahre nach der Einführung des achtjährigen Gymnasiums präsentiert die LEV (Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern) eine Petition mit Korrekturforderungen, deren Ergebnisse auf einer großen Elternumfrage (141 Gymnasien) basieren (Antworten von 55 000 Vätern und Müttern) (Fokus 18/2007). Danach

- geben 75 Prozent der befragten G8-Eltern an, das Lernpensum belaste den Familienalltag;
- attestieren vier Fünftel ihrem Kind schulbedingten Stress;
- sind 50 Wochenstunden normal;
- liegt das tägliche Hausaufgabenpensum eines Sechstklässlers über jenem eines Zehntklässlers (G9);
- erhalten 25 Prozent der G8-Schüler Nachhilfe (mit einer Mindestausgabe von 100 Euro pro Monat);
- wird schleichend der Unterricht auf die Familien verlagert;
- führt die signifikante Überlastung der Schüler zu einer Verarmung des kulturellen Lebens an den Gymnasien (Beteiligung an Chor, Orchester, Schulspiel etc.);
- fehlt Kindern immer mehr Zeit und Muße, um Kraft zu schöpfen und sich zu regenerieren („ausgebrannte Funktionsmaschinen“);
- bleibt wegen des massiven Stoffdrucks kaum noch Zeit für die individuelle Förderung der Schüler;
- wird für „Sitzenbleiber“ aus dem G8-Kontext die Rückversetzung ein Nullsummenspiel ohne positive Effekte.

Mag die G8-Implementierung auch einen besonderen bayrischen Akzent erhalten haben, so sind die strukturellen Konsequenzen dieses bundesweit gültigen Ansatzes grundsätzlich in den leistungsverdichtenden und sozialisatorischen Konsequenzen zu reflektieren, und in den Zusammenhang der neo-liberalen Deformierung („Bildung als Standortfaktor“) zu stellen. Diese strukturell induzierte Überstressung heranwachsender Menschen verlagert die allgemein beobachtbaren burn-out-Syndrome der Erwachsenenwelt in kindliche und jugendliche Entwicklungsphasen, an deren Ende die Zunahme geschädigter Sozialisations- und Bildungsverläufe epidemische Ausmasse anzunehmen droht. Der Umgang des bayrischen Kultusministers mit den Forderungen der LEV (Straffung der Lehrpläne, Revision der Schulbücher, zehnprozentige Kürzung der Wochenschulstunden) belegt die Ignoranz der Schulbürokraten gegenüber den Folgen fehlgeleiteter Bildungspolitik, deren Konsequenzen neben den psychosomatischen, sozialen und motivationalen Folgen vor allem eine weitere Verschärfung der sozialen Selektion sein werden. Das Motto „Pauken, schlafen, pauken“ ist die paradigmatische Charakterisierung eines Bildungssystems, das sich zunehmend mit der Industrielogik kompatibel macht, und immer weniger Distanzierungsraum von dieser Destruktionslogik schafft: „Profit, Profit, Profit, Speed, Speed, Speed“ (J. Schrepp, DaimlerChrysler).

9. Dem ist gegenüberzustellen, dass „Verwertbarkeit“ kein Maßstab einer kritischen Theorie der Bildung sein darf, da es ein völlig untaugliches Kriterium für die Beurteilung schulisch vermittelter Wissensbestände, Kompetenzen und Sozialisierungseffekte ist. Positionen zur „Qualität des kulturellen und sozialen Kapitals“ (instrumentelle Fertigkeiten, Kulturtechniken, Basiskompetenzen) und Überprüfungen seiner „Konvertierbarkeit“ in ökonomisches Kapital (Baumert/Schümer 2001: 326) können keinen pädagogischen Maßstab bilden, wenn auch schulische Qualifikations- und Sozialisationsprozesse grundlegend auf die Befähigung orientiert sein müssen, sich als „Ware Arbeitskraft“ im Markt positionieren und verkaufen zu können. Jedoch ist eine dominante strukturelle Entwertung und Degradierung menschlichen Subjektvermögens auf eine verwertbare „Ware“ der eigentliche systemische Skandal, der im aktuellen neoliberalen Paradigmenwechsel auf die Spitze getrieben wird:

„Ein irrationales System kann sich jedoch nicht rational vermitteln, nicht einmal in der verkürzten Form der Rationalisierung, der auf den reinen Anwendungscharakter heruntergekommenen Ratio. Der gesellschaftliche Widerspruch wird vom Menschen real erfahren.... Die Inkommensurabilität des Systems wird immer unübersehbarer, der materielle Widerspruch wird auf einer bisher unbekannten Weise in psychologische Widersprüche übersetzt, die sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte unaufhaltsam und suizid produzieren.“ (Heydorn 1995/4: 122f.).

10. Der widersprüchliche Auftrag der Pädagogik konstituiert sich zwischen den Polen der gesellschaftlichen Verwertbarkeit und der Entwicklung des Menschen zu selbstbestimmtem und autonomem

Handeln, und seiner reflexiven Fähigkeit bei der Positionierung in dieser Gesellschaft. Aus dieser Widersprüchlichkeit der Orientierungen ist die Dialektik gesellschaftlicher Human"techniken" in Richtung einer humaneren Rationalität zu entwickeln. Pädagogik fragt unter Wahrnehmung gesellschaftlicher Realitäten nach Stellhebeln und Entwicklungszielen, die die Subjekte befähigen, die gesellschaftlichen Grundprozesse in eine humanere Perspektive zu transformieren, da „Entfremdung“ keine anthropologische Grundtatsache, sondern strukturell mit der Entstehung einer spezifischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform verknüpft ist. Eine grundlegende Positionierung ist in dem beschriebenen gesellschaftlichen Transformationsprozess auch deswegen notwendig, weil die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Bildungswesens Ersetzbarkeit/Überflüssigkeit dort erzeugen könnte, wo kommerzielle Anbieter in den Bereichen Fachdidaktik, Unterrichtsmethodik, Moderations- und Motivationstechniken, Lehr- und Lernmittel, Bildungsinfrastruktur etc. durch die Integration von Professionalität und Kapital in diesen Prozess neue Standards setzen. Der Weiterbestand und der gesellschaftliche Stellenwert der Pädagogik und Erziehungswissenschaften hängt u.a. auch davon ab, wie sie sich zu den gesellschafts-politischen Herausforderungen professionell positioniert, sich zugleich gegenüber aktuellen Forderungen des Mainstreams abgrenzt, anstatt sich mit vorhandenem Experten-Know-how in der Rolle des Experten und Beraters zur subjektiven Vorteilsnahme mit den Spielregeln des Marktes zu arrangieren (z.B. Lenz u.a.).

16. PISA-Logik: Verschärfung der sozialen Selektion oder Basis für eine emanzipatorische Bildungsstrategie?

In Deutschland findet seit den 90er Jahren eine zunehmende Debatte über die Reform des Bildungswesens unter den Leitbegriffen „Autonomie“, „Eigenverantwortung“, „Wettbewerb“, „Qualitätssicherung“, „Evaluation“, „Ergebnisorientierung“ und „New Public Management“ statt (vgl. Klausenitzer 2003, Magotsiu-Schweizerhof 1999, Nagel/Jaich 2002). In dieser Debatte geht es vor allem um die Restrukturierung des Bildungswesens auf dem Hintergrund des schlechten Abschneidens bei der PISA-Studie, die auch den Boden abgibt für weitreichende Forderungen nach Rationalisierung des Bildungswesens mit Privatisierungstendenzen: Public-Private-Partnership, Outsourcing (direkte Bildungs- als auch Infrastrukturleistungen), Schulsponsoring und Werbung, Budgetierung, neues Steuerungsmodell und Schulautonomie etc. Das explizierte Ziel der PISA-Studie(n) ist, den Regierungen der teilnehmenden Staaten regelmäßig Indikatoren zur Verfügung zu stellen, die der Verbesserung von politisch-administrativen Entscheidungen dienen. Schwerpunkte der PISA-geleiteten Schwachstellenanalyse des deutschen Bildungssystems sind:

- mangelnde erfolgreiche Eingliederung von Migrantenkindern;
- signifikanter Zusammenhang von sozialer Herkunft, Kompetenzerwerb und Zuordnung im drei (vier)gliedrigen Schulsystem – ungleiche Bildungschancen;
- mangelnde Bildungsbeteiligung von Jugendlichen aus Migrantenfamilien;
- defizitäre mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen;
- mangelnde Förderung schwacher aber auch besonders begabter Schüler;
- systemisch hervorgebrachte Tendenz zur Homogenisierung (grundsätzliche Schwierigkeiten, heterogene Schülergruppen angemessen zu fördern und zu fordern);
- hohe Zahl von Rückstellungen und Sitzenbleibern.

Die öffentliche und fachliche Diskussion fokussiert u.a. die Frage, inwieweit durch die Publikationen der PISA-Studien (PISA-E-Studie) die „Chancengleichheit“ wieder zu einem expertisengeleiteten Thema erhoben wurde, da die PISA-Studien u.a. auf den ausgeprägten selektiven Charakter des deutschen Bildungssystems abgehoben haben. Diese Fragestellung soll u.a. zum Ausgangspunkt für die Betrachtung

tung der PISA-Studien hinsichtlich einer konzeptionellen Verwertung für mein erkenntnisleitendes Interesse herangezogen werden.

Um sich dieser Fragestellung zu nähern, ist es notwendig, den Blick auf den politischen Kontext der bildungspolitischen Aktivitäten der OECD zu richten, ohne die die Ziele und Funktionalitäten der OECD-Bildungspolitik nicht angemessen interpretiert werden können.

Die Analyse der OECD hat die Betrachtung folgender Ebenen zum Gegenstand, um den Auftrag für die benchmarkgeleiteten internationalen Bildungsstudien richtig einordnen zu können:

- d. Die OECD als Plattform und politischer Aktivist eines globalen neoliberalen Paradigmenwechsels.
- e. Die Aufgaben und die Rollen der OECD als „wissenschaftlicher Institution“.
- f. Die vorliegenden Konzepte und Strategien zur Neuausrichtung und Restrukturierung des Bildungswesens als einem zentralen System der Staatsfunktionen.

Die OECD (zwischenzeitlich durch 29 Länder repräsentiert, zu 25% von den USA finanziert und mit einer marktwirtschaftlichen Philosophie ausgerichtet) definiert ihre Aufgaben wie folgt:

„...the OECD vacation has been to build strong economies in Member countries, improve efficiency, hone market systems, expand free trade and contribute to development in industrialized and developing countries...” (OECD, o.J.:7)

Danach ist der definierte Beitrag der Bildung zu wirtschaftlichem Wachstum und zur Arbeitsproduktivität ein Hauptaugenmerk und befindet sich in Abstimmung mit der Europäischen Kommission, die einen Sitz im höchsten Gremium der OECD hat, um eine internationale Kooperation und eine Harmonisierung und Standardisierung von Bildungsmaßnahmen realisieren zu können. Die Instrumente und Konzepte zur Analyse der Bildungssysteme und die Variablen und Stellhebel zur Förderung von „Human Resource Development“ sind fundamementiert durch die „Humankapital-Theorie“, und die „rate-of-return/Ertrags-Rechnung“ definiert.

Diese bildungsstrategische Passung mit einer globalen neoliberalen Wirtschaftspolitik („Globalisierung“) bedingt eine veränderte Rolle des Staates und der Effizienz seiner öffentlichen Ausgaben, Strukturanpassungen durch Liberalisierung (Finanztitel, Güter, Dienstleistungen, Deregulierung, Privatisierung) und die Strategie, Investitionen in das „Humankapital“ auf seine Funktionalität und Effizienz zu hinterfragen. Im Kontext des „Washington consensus“ besteht für die OECD die Herausforderung, für zukünftiges Regierungshandeln in einem *„institutional renewal of the public sector institutions“* (OECD, 1995a: 7). Die Veränderung der Steuerung öffentlicher Dienste („new public management“) zur Erhöhung von Effektivität, Effizienz und Senkung der Kosten ist eine zentrale Zielsetzung. Insofern ändert sich auch die Rolle der OECD von der eines Forums und Katalysators zu der eines „Akteurs der globalen Politik“ auf der Basis einer neoliberalen Philosophie, als Träger eines *„new consensus in educational policy“* oder auch *„post-keynesian education policy consensus“* (Henry, M. et al., 2001:55). Mit der Implementierung eines globalen Paradigmenwechsels und eines politisch-pädagogischen Konsensus, und der Bereitstellung „wissenschaftlich fundierter“ Analysen zur Entscheidungsfindung für Regierungen, etablierte sich die OECD als „wissenschaftliche“ Instanz, ohne dass die politisch-strategischen Implikationen in die Debatte über die PISA-Studien eingeblendet wurden.

Ohne die Analyse der normativen Implikationen der ökonomischen und politischen Ziele (Rückführung der öffentlichen Bildungsaufgaben/-ausgaben, Deregulierung, Privatisierung, konzeptionelle Instrumente der Humankapital-Theorie und der Ertrags-Rechnung) wird die Affinität zu zentralen Instrumenten und Prämissen von OECD zur Weltbank (Politik-Strategie: „Priorities and Strategies für Education“)

nicht sichtbar, und deren konzeptionelle Grundausrichtung nicht angemessen interpretierbar. Danach steht z.B. der Zuschnitt der Bildungsziele in Ableitung aus einer ökonomischen Analyse zum Beitrag des Wirtschaftswachstums und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, und muss in der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Logik messbare Ergebnisse hervorbringen. Diese Orientierung der Ausrichtung der Qualität als Effizienz („best value for money“) zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Bildungsdiskurses der OECD in Kopplung eines ökonomistisch-technizistischen Grundverständnisses von Bildung. Flankiert wird dieses Selbstverständnis von Konzepten des Umbaus öffentlicher Dienstleistungen (Wettbewerb, Nutzenorientierung, Dezentralisierung, Autonomie, Eigenverantwortung, Managementorientierung).

Diese Orientierung auf die „Kerngeschäfte“ öffentlicher Institutionen, und die Kopplung zwischen Finanzierung (teil-)autonomer Bildungseinrichtungen und dem Ausprägungsgrad der Zielerreichung beinhaltet die Gefahr, diese Ziele auf Kosten anderer Bildungsziele zu realisieren (nicht so wichtig eingestufte Fächer und pädagogische Aufgaben). Soziokulturelle Aufgaben, Konzepte zur Förderung von Chancengleichheit, Beiträge zur Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheiten lassen sich nicht als politischer und pädagogischer Anspruch identifizieren, so dass mit der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung von Bildungseinrichtungen zugleich eine Verschiebung von Zielen der Bildungssysteme einhergeht, die eine Zuspitzung in der GAT-Kampagne zur Privatisierung im Bildungswesen findet.

Die Veröffentlichung der PISA-Studien gibt zwar einen konkreten Anlaß, über spezifische Defizite des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich nachzudenken, und daraus angemessene Interventionen abzuleiten und zentrale Problemlagen – wie die extrem hohe soziale Selektivität – zu thematisieren. Dieser Betrachtungswinkel muß jedoch ergänzt werden um die Bewertung der Zielsetzung der bildungspolitischen Agenda der OECD, die einer ausgeprägten neoliberalen Prämissensetzung folgt: Privatisierung, Dezentralisierung und Outputorientierung im strikt ökonomistischen Sinne.

So sind die wichtigen Studienhinweise auf die hohe soziale Selektivität um die Chancengleichheit des deutschen Bildungssystems nicht getragen von einem sozialen Chancengleichheitsparadigma, sondern von der Identifikation eines „Modernitätsrückstandes“ gegenüber anderen OECD-Ländern, der neben den Befürchtungen einer mangelnden Ausschöpfung des „Humankapitals“ auch einen Prozeß der gesellschaftlichen Polarisierung antizipiert (Gefährdung der „sozialen Kohäsion“). Dieses an Krisenmanagementkonzepten orientierte Erkenntnisinteresse leitet sich nicht aus gesellschafts- und bildungspolitischen Zielen der sozialen Gerechtigkeit ab, sondern fokussiert ein heranwachsendes Krisenpotenzial, ohne die Ursachen für diesen Prozess selbst zum Gegenstand der Analyse zu machen. Denn in der Ökonomisierung, Privatisierung und Effizienzorientierung verbirgt sich nicht zuletzt ein Trend zu einer verschärften sozialen Selektivität im Kontext der Verteidigung und Verschärfung gesellschaftlicher Positionen und Chancen beim Zugang zum Arbeitsmarkt, der sich in der beschriebenen Dynamik befindet. Eine wesentliche Funktion der PISA-Studien besteht ja wohl auch darin, den notwendigen politischen und gesellschaftlichen Druck zu einer rigorosen Transformation des deutschen Schulsystems zu organisieren, und dieses auf dem Hintergrund des globalen neoliberalen Paradigmenwechsels (Funktion und Ziele der Think Tanks). Unter den beschriebenen Zielen und Prämissen der PISA-Studien ist die Hypothese gewagt, dass bei einer ungebrochenen Adaption und Implementierung in bildungspolitische Strategien eine Verschärfung der Reproduktion sozialer Ungleichheiten zu erwarten ist. Denn die Zielperspektive einer umfassenden Rationalisierung des Bildungswesens und die sich formierenden Bündnisse unterschiedlichster Verbindungen aus Politik und Wissenschaft gehen nicht von der Vorstellung einer breiten Bildung für alle aus, sondern betreiben unter Schlagworten wie „Vielfalt und Wettbewerb“ eine sich ausdifferenzierende Bildungs-/und Qualifizierungsperspektive (Reiffers-Kommission der EU, 1996: „attention to the top and the bottom rungs of the achievement ladder“). So bleibt der Anspruch von Dieter Smolka als Leitlinie für weitere Reflexionen und konzeptionelle Überlegungen:

„Die Schule muß die mathematischen, naturwissenschaftlichen und die Lese-Kompetenzen verbessern – keine Frage. Aber sie sollte auch die anderen wichtigen Kompetenzen und Bildungsziele im Auge behalten, die bisher nicht von PISA erfasst wurden, die aber zum Bildungsbestand einer demokratischen und humanen Leistungsgesellschaft zählen: (fremd)sprachliches, geographisches, kulturelles, historisches, ökonomisches, ökologisches, rechtliches und pädagogisches Wissen. Schule muß Schülerinnenn und Schülern die freiheitlichen und demokratischen Werte unserer Verfassung vermitteln. Neben solidem Fachwissen sind Leistungsbereitschaft, Selbstständigkeit, Verantwortung, Teamfähigkeit, Urteilsvermögen, Kreativität und Zivilcourage wichtig. Darum ist es notwendig, dass wir nicht nur Detailwissen vermitteln, **nicht nur Verstand und Gedächtnis schulen, sondern den ganzen Menschen bilden**“ (Dieter Smolka, 2005, S. 25).

Es läßt sich der Verdacht nicht abweisen, dass die bekannten Defizite des deutschen Bildungswesens nun zum Anlass und zum Vorwand genommen werden, um im Zusammenspiel mit Rationalisierungs- und Privatisierungsstrategien in anderen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen den institutionellen Rahmen der Bildungsverwaltung zu restrukturieren. Offensichtlich soll die PR-gesteuerte Dramaturgie über Qualitätsdefizite, Verkrustungen, Bürokratismus etc. einen Veränderungsdruck einleiten, der mit den zentralen Parametern „Qualitätssicherung“, „Effizienzmaximierung“ und „Wettbewerb“ geführt wird:

„Jenseits der Validität und Inhalte der Aussagen von internationalen Vergleichsstudien dienen diese der Legitimationsbeschaffung einer Restrukturierung des Bildungswesens, die sich weniger an Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit orientiert als an einer möglichst effektiven Produktion von Humankapital. Angesichts der oben angedeuteten Entwicklungsperspektiven der gegenwärtigen Bildungspolitik dürfte das auch für die Iglu-Studie und die diversen noch ausstehenden Nachfolger der PISA-Studie der OECD gelten.

Die Logik dieser Bildungspolitik erschließt sich, wenn man sie in den Kontext des allgemeinen Umbaus des Sozialstaats stellt. Dieser führt – neben der Rationalisierung – zu einer Verlagerung der Kosten von Ausbildung, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit auf Privathaushalte und damit zur (endgültigen) Aufkündigung des Anspruchs auf die Realisierung des Solidarprinzips. Eine solche Bildungspolitik bedeutet eine zunehmende Individualisierung von Risiken und Chancen für Erfolg und Versagen auch im Bildungswesen. Das bedeutet eine Entwicklung zu Lasten der so genannten ‚bildungsfernen Schichten‘, die in eben dieser Distanz gehalten werden sollen, und zum Vorteil der mit ‚höherem kulturellen und materiellem Kapital‘ ausgestatteten Mittelschichten, für die der Markt ein Mittel zur Wahrung ihrer Klasseninteressen darstellt“ (Klausenitzer 2003, S. 3).

Der durch die Veröffentlichung der PISA-Studie ausgelöste Druck in den politischen und bildungspolitischen Raum macht sichtbar, dass man sich auf der Oberfläche betrachtet in der Analyse und den Zielen einig zu sein scheint, zugleich jedoch der Spagat zwischen Zukunftsvisionen und realer Haushaltspolitik größer geworden ist, egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene. Der **Aktions-** **mus** und die **unkoordinierte Reparaturarbeit** manifestieren zugleich ein Höchstmaß an konzeptioneller Hilflosigkeit und mangelnder professioneller Strategie:

„Eine tiefgreifende Verunsicherung der deutschen Gesellschaft im Laufe der letzten Jahre ging vermutlich von den Pisa-Ergebnissen in ihrer Diskussion aus. Man hatte doch weithin als selbstverständlich angenommen, dass die deutschen Gymnasien und Universitäten zu den besten der Welt gehören. Man wusste wohl, dass es an manchen Schulen Schwierigkeiten gibt... es war ein schwacher Trost, dass Pisa den einen oder anderen Ansatzpunkt bot, alte Schirmmützen wieder aufzugreifen, etwa den Streit zwischen Gesamtschulbefürwortern und ihren Gegnern oder zwischen den Befürwortern stärker leistungsbezogener Selektion und denjenigen, die möglichst alle mitnehmen wollen. Zum einen, weil die Ergebnisse doch sehr deutlich machten, dass die Bildungspolitik in allen ihren bundesdeutschen Varianten mit Pisa ein schlechtes Zeugnis ausgestellt bekommen hatte und die innerdeutschen Leistungsdifferenzen zwar nicht zu verkennen sind, aber auch die besseren Bundesländer im internationalen Vergleich eben nur schwach abgeschnitten hatten.

Vor allem aber, weil die so intensiv geführte Schuldebatte in Deutschland um die Organisationsform und um die Strukturen des Bildungswesens an der Problematik ganz offenkundig vorbeigeht. Nähere Analysen der führenden Länder zeigen, dass es vor allem der Unterrichtsstil ist, der dort für die weit besseren Ergebnisse verantwortlich ist. Hinzu kommen ein kulturell bildungsfreundliches Umfeld und der feste politische Wille, in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen zu investieren. Der Pisa-Befund zeigt vor allem eines: Die Wandlung Deutschlands von der ehemaligen Bildungs- und Kulturnation zu einem politischen Zwerg, der sich fast ausschließlich über ökonomische Leistungen definiert, ist nicht ohne Folgen geblieben: Das Fundament dieses ökonomischen Erfolges, die Kenntnisse und Fähigkeiten, die Tugenden und Einstellungen, die diesen Erfolg erst langfristig sichern können, erodiert“ (J.Nida-Rümelin 2006, S. 12).

Die stilisierte „Ruck-Rede“ (Roman Herzog) hat der Begabungstheorie im deutschen Bildungswesen wieder neue Nahrung und Legitimationsgrundlage gegeben. Nicht die Erkenntnis des signifikanten Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungsniveau dominiert die Debatte, sondern Debatten und Konzepte für Eliteschulen, Kindergärten für Hochbegabte, Eliteuniversitäten, (erhöhte) private Gebühren für Bildungseinrichtungen etc. stehen im Vordergrund, und organisieren eine verschärfte Blaupause für eine Kette neuer Ausgrenzungen. Der konstruierte Widerspruch zwischen „Leistung und Chancengleichheit“, „Klasse und Masse“, „Quantität und Qualität“ im Bildungswesen auf dem Hintergrund der restriktiven öffentlichen Haushaltslagen (als Konsequenz der neoliberalen politischen Hegemonie) ist nicht nur eine typische deutsche Debatte, sondern verschärft das jetzt schon vorhandene Risikopotenzial des „begabungsgerechten“ drei(vier)-gliedrigen Schulsystems und der geringen Quote der Hochschulzugangsberechtigungen. Vernachlässigt werden die Potenziale aus sozial benachteiligten Elternhäusern (soziale deutsche Unterschichten und Migranten). Denn ohne ein breites und gut ausgebautes Fundament wird es auch keine Spitzenleistungen geben. Da die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft vom durchschnittlichen Bildungsniveau aller abhängig ist, ist das Volumen für die im internationalen Benchmark erhobenen Bildungsausgaben für den Status des Industrielandes Deutschland ernüchternd (drittletzter Platz von 24 Ländern). Sowohl die Stellung im Leistungsvergleichs-Ranking als auch die Bildungsinvestitionen, die Abhängigkeit des Bildungsniveaus von der sozialen Herkunft, Frauenerwerbs- und Geburtenquote, Ausbau der Ganztagschulen und inhaltliche Konzepte reflektieren auf einen bedrückenden Defizitstatus Deutschlands.

Durch die massive Kritik an der Qualität des deutschen Schulsystems reagieren vor allem Gymnasien (aber auch Realschulen) mit verstärktem Druck und einem Trend zur Profilierung, um zu belegen, dass die „Leistungsschwächeren“ die falsche Schule gewählt haben und schnellstens nach „unten“ sortiert werden müssen. Es dominiert noch stärker die „Leistungsfähigkeit“, die Auswahlprozesse verschärfen sich – die Begründungen liegen in der vielbeschworenen „Qualitätssicherung“. Die Forderungen auf Abschaffung der Hauptschule (Elternräte, GEW, Teil der Presse, Unternehmensverbände etc.) verschärfen sich einerseits, die Legitimationsversuche – siehe Bayern und Baden-Württemberg – ebenfalls. Obwohl die frühe Auslese und eine mangelnde Durchlässigkeit für die Misere verantwortlich sind, will Niedersachsen die Orientierungsstufe abschaffen. In Hessen werden die Bildungsgänge weiter abgeschottet (z.B. durch sog. „Laptop“-Klassen). Durch die Verkürzung der Schulzeit stehen nicht mehr Lehrer zur Verfügung. Die meisten Länder haben den Einstellungsbedarf durch Arbeitszeiterhöhungen der Lehrkräfte erheblich gesenkt. Für die Sekundarstufe fehlen weiterhin Förderkonzepte und für die Hauptschulen sind keine signifikanten Verbesserungen in Sicht, im Gegenteil: die Personaldecke wird immer dünner. Und wider besseres Wissen bleibt die KMK bei der Position, dass die Mängel des deutschen Schulsystems nichts mit der frühen (und später schwer zu korrigierenden) Auslese nach sozialer Herkunft zu tun haben.

Mit den 4,5 Mrd. Euro für den Ausbau der Ganztagschulen ist zwar ein Anfang gemacht. Für die der Schule vorgelagerten Kindertagesstätten (Ausbau von heute 3 Prozent auf 20 Prozent) und den notwendigen Finanzaufwendungen von vier bis fünf Milliarden (McKinsey) kommen allerdings die Kommunen auf. Und diese leiden bekanntlich unter chronifizierter Geldknappheit, die selbst durch die von der Bundesregierung angekündigten 1,5 Mrd. Euro (Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II) nicht gesichert sind. Die restriktive (am „Stabilitätspakt“ und der Maastricht-Politik orientierte) Haushaltspolitik wird auf die Spielräume bildungspolitischer Notwendigkeiten noch voll negativ wirksam, da das Primat der „Haushaltskonsolidierungspolitik“ unumstößlich das politische Handeln bestimmt.

Eine Adaption der Reformvorschläge der PISA-Studien für eine Ausgestaltung einer anstehenden „Bildungsreform“ beinhaltet folgende Eckpunkte, deren Realisierung einen massiven monetären und

konzeptionellern Investitions- und Handlungsbedarf bedingt, um die Defizite des internationalen Benchmarkdeltas auszugleichen:

- massiver Ausbau schulischer Ganztagsangebote;
- Verstärkung der Sprachförderung für „Risikogruppen“ (Migrantenkinder und deutsche bildungsbenachteiligte Kinder);
- Reduzierung der sozialen Selektion;
- Schüler sollen stärker individuell gefördert und gefordert werden;
- Intensivierung und Professionalisierung der Begabtenförderung;
- Stärkung schulischer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in pädagogischen, finanziellen und personellen Fragen; Schulen brauchen ein hohes Maß an pädagogischer Freiheit und Flexibilität, also weniger zentrale Regulierung;
- Einführung klar definierter, bundesweit geltender Standards und Verfahren zur geeigneten Qualitätssicherung (dieser Anspruch ist konzeptionell zu problematisieren: (siehe Kapitel Q 2.1.);
- Verbesserungen der Kontextbedingungen schulischen Lernens.

Die Analyse der realpolitischen bildungspolitischen Aktivitäten lässt jedoch die Hypothese zu, dass die konzeptionellen und monetären Angebote und die vielbeschworene „Neuausrichtung“ der Bildungspolitik von anderen Prämissen und Zielen geleitet ist.

16.1. PISA-geleitete Bildungsreform und induzierte Selektionsmechanismen

Eine zentrale Erkenntnis der PISA-Studien (2000 und 2003) ist, dass es keinen anderen vergleichbaren Staat gibt, in dem die Korrelation zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft so ausgeprägt negativ ist, und die aus diesem Erkenntnisprozeß abgeleiteten Konsequenzen so reduktionistisch sind.

Soziale Herkunft und ungleiche Bildungs- und gesellschaftliche Statuspositionen stellen sich als dramatisch dar, und bestätigen einen von der empirischen Bildungsforschung seit gut 50 Jahren belegten gesellschaftspolitischen Tatbestand, nämlich die Abhängigkeit der individuellen Bildungsbiografie von der sozialen Herkunft. Die strukturelle Bildungskrise in Deutschland wurde lange Jahre verdrängt. Dabei hatte das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung schon in einer Studie aus den Jahren 1968-1970 große Defizite im deutschen Schulsystem festgestellt, die im Gegensatz zur PISA-Studie heute kaum zur Kenntnis genommen wurden. Reformansätze blieben in Modellprojekten stecken, Innovationen verpufften und notwendige Modernisierungen verhakten sich in ideologischen Grabenkämpfen um die Gesamtschule. Insofern haben die vorliegenden internationalen Leistungsstudien (PISA) ein bekanntes Faktum aktualisiert, manifestiert und politisiert: Die Veröffentlichung der Vererbung sozialer Privilegien als Resultat „individueller Leistung und Begabung“. Diese Erkenntnis hat sich in der jüngsten PISA-Studie nicht nur bestätigt, sondern erneut akzentuiert, da die insgesamt leicht verbesserten Leistungsbilanzen die Leistungsdifferenz zwischen Hauptschülern und Gymnasiasten noch vergrößert haben. Auch wird die Korrelation zwischen Migrationshintergrund und Schulleistungsversagen ausdrücklich dokumentiert. Zugleich wurden die dramatischen Erkenntnisse der ersten PISA-Studie bestätigt, nach der mehr als ein Fünftel der 15-Jährigen als Risikogruppe einzustufen sind, weil sie nicht das Kompetenzprofil besitzen, eine Ausbildung zu absolvieren. Damit verifiziert sich die bekannte Erkenntnis des Modells der Sozialisationsforschung zur schichtenspezifischen Auslese des deutschen Regelschulsystems von Rolf:

„Die schichtenspezifische Auslese durch die Schule ist in der modernen Gesellschaft, in der die formalen Schranken für den Zugang zu weiterführenden Schulen gefallen sind, vor allem durch den zirkulären Verlauf des Sozialisationsprozesses bestimmt. Die Sozialisation durch den Beruf prägt in der Regel bei den Mitgliedern der sozialen Unterschicht andere Züge des Sozialcharakters als bei den Mitgliedern der Mittel- und Oberschicht. Während der Sozialisation durch die Familie werden

normalerweise die jeweils typischen Charakterzüge der Eltern an die Kinder weitervermittelt (...) Da die Sozialisation durch die Schule auf die Ausprägung des Sozialcharakters der Mittel- und Oberschicht besser eingestellt ist als auf die der Unterschicht, haben es die Kinder aus der Unterschicht besonders schwer, einen guten Schulerfolg zu erreichen. Sie erlangen häufig nur Qualifikationen für die gleichen niederen Berufspositionen, die ihre Eltern bereits ausüben. Wenn sie in diese Berufspositionen eintreten, dann ist der Zirkel geschlossen“ (Hans-Günter Rolff, 1997, S. 36).

Diese soziale Auslese bildungsferner Schichten erfolgt also effektiv und produziert zunehmend – unter Ausschluß einer schichtungssoziologischen Analyse – Legitimationsmuster bekannter individuumszentrierter Erklärungsansätze, bis der „Schock“ der PISA-Studien diesen Tatbestand wieder ins öffentliche Bewusstsein rückte. Das Vorhaben der UN-Menschenrechtskommission, durch einen Sonderberichterstatter das deutsche Bildungssystem auf die Annahme schwerer Versäumnisse in den Dimensionen „Chancengleichheit in der Bildung“ und „Förderung von Migrantenkindern“ untersuchen zu lassen, skandalisiert diese Thematik in einem übergreifenden politischen Raum (2/2006). Zuletzt waren im Auftrag der Uno-Menschenrechtskommission Berichte über das Recht auf Bildung in den Entwicklungsländern Botswana, Kolumbien und Indonesien vorgelegt worden, aber auch aus Problemregionen wie Nord-Irland, China und den USA. Die weltweiten PISA-Tests haben manifestiert, dass der Bildungsauftrag des Kindes in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat so abhängig von der sozialen Herkunft ist wie in Deutschland. Auf diesen unhaltbaren gesellschaftlichen und bildungspolitischen Tatbestand hat die Studie der Vereinten Nationen hingewiesen. Anstatt sich mit dieser Expertise seriös auseinanderzusetzen, verrennen sich die deutschen Kultursminister in unprofessionellen Reaktionen:

„Leider geriert sich nun auch Deutschland wie ein Schurkenstaat, der sich von der UN nichts sagen lassen will. Auf die Kritik des UN-Bildungsexperten Vernor Munoz haben die Kultusminister mit Hochmut reagiert, der ähnlich beschämend ist wie die miserablen Leistungen des deutschen Schulsystems. Wenn der Name Munoz fällt, rollen die Kultusminister mit den Augen. Ihnen passt es nicht, dass ihnen nun auch noch die UN vorwerfen, was Studien seit Jahren zeigen: In deutschen Schulen haben Migranten und Kinder aus armen Familien kaum Chancen; bei der frühen Aufteilung auf unterschiedliche Schultypen bleiben sie regelmäßig auf der Strecke...“

Und internationale Experten staunen eben sehr, wenn sie sehen, dass von Lehrern hierzulande erwartet wird, die Kinder nach vier Grundschuljahren in Begabte und Unbegabte, in Schnelle und Lahme, in künftige Handwerker und künftige Wissenschaftler einzuteilen.

Ein Drei-Klassen-Wahlrecht würde natürlich niemand akzeptieren, aber das dreigliedrige Schulsystem wird von Unionspolitikern immer noch verteidigt wie ein Heiligtum. Abgesehen von Österreich gibt es kein Land, in dem die Chancen so früh und rigide verteilt werden wie in Deutschland.

Das System ist eine Burg für Privilegierte, die Angst haben vor den Schmuddellkindern der Unterschicht. Es ist ein Relikt aus Zeiten der Ständegesellschaft: ein Anachronismus.

Dabei könnten es alle längst besser wissen. Man solle die ‚Langsameren unter die Geschwinden, die Schwerfälligen unter die Wendigen, die Hartnäckigen unter die Folgsamen‘ mischen, empfahl Johann Comenius, der große Pädagoge des 17. Jahrhunderts. ‚Wenn der Lehrer einen Begabteren entdeckt, so soll er ihm zwei oder drei Langsamere zum Belehren anvertrauen‘“ (in: Süddeutsche Zeitung, 22.03.2007, S. 2-3).

Auf diesem Erkenntnishintergrund und vor einer sich ökonomisch legitimierenden Bildungsreform (Effektivität, Effizienz, Evidenz, Erfolgsorientierung) ist die Hypothese zu formulieren, dass die beschriebene strategische Neuausrichtung öffentlicher Bildungssysteme die sozialen Ungleichheiten und Selektionsmechanismen verschärfen wird, und die Legitimationsmuster dafür schon sichtbar sind, obwohl die Rezeption der PISA-Studien doch dazu veranlassen sollte, alles zu tun, um den Spitzenplatz bei der schulischen Sozialauslese zu verlassen.

Die von der KMK und der Bundesbildungsministerin formulierten nationalen Bildungsstandards und deren Umsetzung in länderspezifische Kernlehrpläne sind zum Zentrum einer Bildungspolitik geworden, die an ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem gebunden und als Regelstandards formuliert sind. Sowohl die Dominanz von Leistungstests (die eine Kultur der „Testeritis“ erzeugen können), als auch das Fehlen von Instrumenten, Verfahren und Programmen zur Förderung von SchülerInnen (die Gefahr laufen, die definierten Standards nicht zu erreichen) stützen den Verdacht der Verschärfung der schulischen Selektion. Gerade die internationalen Vergleichsstudien (PISA, IGLU, TIMSS) zeigen auf,

dass Leistungsverbesserungen und Ziele der Verbesserung der Chancengleichheit nur durch systematische Unterstützung und Förderung erreicht werden können.

Die in der deutschen Öffentlichkeit diskutierte notwendige „Reform des Schulwesens“ wird unter dem dominanten Fokus des schlechten/mittelmäßigen Abschneidens bei Schulleistungstests im internationalen Vergleich diskutiert und begründet. Die Antwort auf dieses gemessene Mittelmaß ist ‚logischerweise‘ die Ausdehnung länderspezifischer, nationaler und internationaler Tests. Diesen hochproblematischen Trend problematisiert Preuss-Lausitz wie folgt:

„Ich habe an anderer Stelle ausgeführt..., dass der entscheidende Fehler der Leistungsmessung die Black-Box-Struktur der Untersuchungen ist: Sie können ein Ergebnis feststellen, können aber nichts darüber aussagen, wie sie zustande gekommen, d.h. sie geben keine empirisch abgesicherten Informationen über Verbesserungsmöglichkeiten. Sie hellen das Innere der Black Box nicht auf, sie wissen nicht, auf welchem Weg andere Ergebnisse zustande kommen könnten...“

Entgegen der anwachsenden Messerei, die auf einem kognitiv und abprüfbar verkürzten Leistungsbegriff beruht, die also die oben beschriebenen Qualifikationsanfordernisse in der Nachmoderne verfehlen, plädiere ich dafür, in jedem Bundesland und in jeder Schule in einem breiten öffentlich-demokratischen Verfahren jene Probleme herauszufinden, die tatsächlich dringend einer schulisch-pädagogischen Lösung bedürfen, und dafür Zeitpläne und didaktisch-bildungspolitische Lösungen zu entwickeln, die dann in ihrer Wirkung untersucht werden, auch mit quantifizierenden Verfahren...“

Nach innen, in den Schulen, besteht die große Gefahr, dass durch die Ausdehnung der Leistungstests

- die Lehrer sich in den Prüffächern von der Rahmenplanorientierung zu einer engen Lehrplan- und (Test-)orientierung rückbewegen;
- die multiple-choice-Klausuren zunehmen und damit gerade nicht vom ‚Lob des Fehlers‘ als einem Teil individueller und gemeinsamer Suchprozesse im Unterricht hineingerät...
- der Unterricht sich noch stärker von der Prozessorientierung zur Ergebnisorientierung hin bewegt;
- extracurriculare Aktivitäten im Sinne der Programmbildung einer Schule noch weiter in den Schattenbereich unserer Halbtagsschulen geraten;
- ein ganzheitlicher Bildungsbegriff (Schlömerkemper 1998) auf einen instrumentellen Leistungsbegriff reduziert wird, der nur abprüfbares Wissen und abprüfbare Sozialstandards misst.

Die empirische Aufhellung der Frage, wie effektiv die Zeit verbracht (und verbraucht) wird, die Kinder – und die Lehrer – in der Schule und für die Schule aufwenden, ist sehr nötig. Deswegen bin ich sehr für klassische Schulforschung, die ungelöste Probleme, einzelne Faktoren der Unterrichtsgestaltung, deren unterrichtlichen Rahmenbedingungen, der Lehrerbildung, der politischen Voraussetzungen usw. untersucht und nicht zuletzt die subjektiven Wahrnehmungen aller Beteiligten mit einbezieht. Alle diese Fragen werden jedoch von der neudeutschen Testomanie nicht aufgegriffen. Dabei muss zugleich betont werden, dass manche Fragen einer empirischen Prüfung gar nicht zugeführt werden können. Ob eine Gesellschaft beispielsweise ein integriertes Sekundarschulsystem haben will oder nicht, ist eine Werteentscheidung und nicht eine Frage der Schulforschung. Schulforschung kann nur untersuchen, was passiert, ob nach Grundsatzentscheidungen bestimmte Wege zu den beabsichtigten Zielen führen oder nicht, ob also andere Wege gegangen werden müssen.

Das Nützliche der gegenwärtigen Debatte über ‚Qualitätssicherung‘ liegt darin, dass die Schulen sich selbst und ihren Adressaten gegenüber gezwungen sind transparenter zu werden. Die Lehrer müssen nun, anders als früher, als sie nur sich selbst und allenfalls den Schülern und Eltern ihrer Klassen gegenüber Rechenschaft leisteten, als ganze Schule miteinander sprechen, und über sich selbst, über ihre Ziele, ihre eingeschlagenen Wege und ihre Erfolge und Mißerfolge klar werden. Neudeutsch nennen wir das Selbstreflexibilität...“

Darin liegt eine große Chance. Krisen sind dadurch definiert, dass sie kathartisch, also reinigend zu neuen Lösungen führen oder in den Untergang. Die Chance der Kritik an der vermeintlich ineffektiven Schule und der kritische Blick auf jede Schule kann die Vereinzelung der Lehrer aufbrechen, sie zu einem gemeinsamen pädagogisch-didaktischen, aber auch bildungspolitischen Gespräch über ihre Schule führen“ (Ulf Preuss-Lausitz, Wie schaffen wir Schulen der Zivilgesellschaft – für unsere Kinder des nächsten Jahrtausends?, in: http://www.bildung2001.de/beitragforum_1_2.html, S. 8-9).

Lassen jedoch die Adaptionen der PISA-Studien und die Übersetzung in bildungsstrategische Leitlinien und Programme überhaupt den Schluß zu, dass eine zentrale bildungspolitische Schwäche des deutschen Bildungssystems, nämlich ihre ausgeprägte soziale Selektivität, Ziel einer gewollten Veränderung ist? Oder gibt es eine Plausibilität für Deutungsmuster, die eine Aufrechterhaltung innergesellschaftlicher Machtasymmetrien über den schulischen Reproduktionskreislauf beabsichtigen, und dieses auf dem Hintergrund anhaltender Ökonomisierung und Radikalisierung neoliberaler Gesell-

schafts- und Bildungskonzepte, in denen emanzipative Bildungsideale keinen angemessenen Raum mehr finden? Denn ob Bildung als „erfolgreich“ definiert wird, findet eine Bewertung zunehmend im Fokus ökonomischer Erfolgskriterien und Grundverständnisse mit definierten Einschränkungen auf wirtschaftliche Verwertungsinteressen. Mit diesem Prozess der zunehmenden Ökonomisierung von Bildung finden Fragen nach Möglichkeiten/Wahrscheinlichkeiten einer Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten selten größere Beachtung in bildungspolitischen Debatten, obwohl Ergebnisse soziologischer und pädagogischer Bildungsforschung (Uwe H. Bittlingsmayer/Ullrich Bauer, 2005) ein solches Interesse nahelegen sollten.

Durch den anhaltenden und sich zuspitzenden Trend zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche – somit auch des Bildungssektors – entwickeln sich nicht nur objektive Trends zur Verschärfung gesellschaftlicher und schulischer Selektionen, sondern zugleich wächst die in der neo-liberalen Philosophie angelegte Akzeptanz/Legitimation für diese dynamisierten Prozesse gesellschaftlicher Ungleichheit. Gesamtgesellschaftlich verstärkt sich ein neoliberaler Common Sense entlang der Ideologie „Jeder ist seines Glückes Schmied“ (Vester 2004), der von einer breiten gesellschaftlichen Mitte getragen wird. Die Dominanz des ökonomischen Imperativs produziert ein großes Widerspruchspotenzial, in dem der Trend zur Instrumentalisierung und Ökonomisierung von Bildung verstärkt und somit die Funktion des Bildungswesens bei der Reproduktion sozialer Ungleichheiten stabilisiert wird. Eine weitere Reduzierung der Bildungsansprüche, die Verknappung der für den Bildungserwerb zur Verfügung stehenden Zeit und eine auf ökonomische Imperative ausgerichtete Lernkultur polarisieren die sozialen Widersprüche und Selektionsmechanismen ebenso, wie die Dominanz der Konzepte und Strategien zur Elitenbildung und Begabtenförderung. Das Spannungsfeld von Elitenrekrutierung/-qualifizierung zum Anspruch auf Demokratisierung von Bildungschancen wird größer. Die Schule ist wieder dabei, ihre entscheidenden Funktionen als Agentur der Vermittlung von Bildung/Wissen und als Selektions- und Allokationsinstanz sozial selektiv zu verstärken, der bekannte Gegensatz mittelschichtorientierter Schulkultur zur Sozialisationsprägung bekannter Unterschichtsmilieus (Dekulturation und „geheimes“ Curriculum des Herkunftsmilieus) tritt mehr denn je hervor. Die in der Epoche der Bildungsreformen angelegten kompensatorischen Reformbemühungen sind regressiv und der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg steht seit Mitte der neunziger Jahre wieder in einer ausgeprägt negativen Korrelation (vgl. Andrea Klocke 1998). Übergreifend lässt sich die Kritik an der „PISA-Logik“ wie folgt zusammenfassen:

„Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass unser Bildungswesen den Herausforderungen der Globalisierung nicht gewachsen ist. Die Zukunft der Bildung ist u.a. durch die Ergebnisse der TIMMS- und PISA-Studien wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Allerdings ist zu befürchten, dass die anstehenden Reformen im Bildungsreich unter dem Eindruck der Standortkonkurrenz und dem ‚Wettbewerb um die besten Köpfe‘ vor allem ökonomischen Kriterien folgen und vor allem jene Anforderungen betonen, die ein internationaler Arbeitsmarkt an die nachwachsende Generation stellt. Soziale, musisch-ästhetische, ethische und interkulturelle Kompetenzen, wie auch die Fähigkeit und Bereitschaft, sich in das politische Leben sachkundig und verantwortungsvoll einzubringen, geraten gegenüber Beschäftigungs- und Fremdsprachen-Qualifikationen allzu leicht in den Hintergrund. Dazu hin verschärfen weltweite Tendenzen zur Privatisierung von Bildungsleistungen und der Bildungsfinanzierung das Risiko insbesondere für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, sowie für Migrantenkinder und Behinderte, die Gefahr, von qualitativ höherwertigen Bildungsangeboten ausgeschlossen zu werden“ (Landeskongress „Globales Lernen in Baden Württemberg. Bildung für eine gerechte und zukunftsfähige Entwicklung“, Stuttgart 22.2.2003, S. 3).

Eine aktualisierte Inauguration notwendiger Bildungsreformen müsste sich von einseitigen ökonomistischen Bildungs-/Qualifizierungskonzepten lösen, und sich wieder an emanzipatorischen Ansprüchen von Erziehung, Pädagogik und Bildung messen lassen (vgl. Lutz Koch 1972), die u.a. eine konsequente Orientierung an der Zielsetzung einer Reduzierung von Bildungsbenachteiligungen hätte. So ist eine Etablierung einer umfassenden Gesamtschulstruktur/-kultur trotz PISA nicht ersichtlich. Die Dominanz der Zwei- oder Drei-Säulen-Modelle prägen als ideologische Variante einen Schulkonservatismus, der eine wirkliche (am internationalen Benchmark orientierte Konzeption) Schulstrukturreform verhindert.

Ohne eine umfassende Reform der deutschen Schulstruktur/-kultur werden auch Konzepte der „schulischen Autonomie“ und Ganztagskonzepte den Anspruch an kompensatorische Funktionen nicht erfüllen, sondern im Gegenteil zur Verschärfung der Bildungsungleichheiten beitragen. So ist das Vorbild der skandinavischen Länder, die z.B. auf einen Sonderschulzweig vollständig verzichten und kompensatorische Eingriffe durch integrierte Förderung im Regelschulwesen umsetzen, ein exemplarisches Beispiel für diesen Widerspruch, während deutsche Sonderschulen als parallele Bildungswege für Benachteiligtengruppen zu bewerten sind und mit neuen Titeln („Förderschule“) belegt werden. Parallel zu den strukturellen Konzepten sind selbstverständlich Schulkulturreformen zu implementieren (Neuorganisation der Lehrerbildung, Lehrmethoden, Lehrpläne, Betreuungsintensität nach dem Grad der sozialen Benachteiligungen etc.), die vor allem die Lehrer befähigen, im Kontext der Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung für die Verursachungen, Folgen und Mechanismen sozialer Benachteiligungen sensibilisiert und konzeptionell handlungsfähig zu sein. Welche gesellschaftspolitischen und bildungsstrategischen Voraussetzungen eine andere Erfolgsbilanz zum Ergebnis haben, lässt sich am „PISA-Sieger Finnland“ verifizieren. Diese Ausführungen können paradigmatisch sein für eine immer noch in den „Sternen“ stehende bildungsstrategische Ausrichtung der deutschen Bildungspolitik, und sind zugleich ein Diagnosespiegel zur Beschreibung bundesdeutscher Realitäten:

„Als meine erste Regierungskoalition ins Amt kam, war Finnland in einer Schuldenspirale gefangen. Zur Konsolidierung des Staatshaushaltes sparten wir vier Milliarden Euro ein, damals mehr als vier Prozent unseres Bruttosozialprodukts. Um gleichwohl unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, erhöhten wir trotz Einsparungen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 2,2 Prozent des Bruttosozialprodukts auf 3,2 Prozent, später auf 3,5 Prozent. Die Bildungsausgaben stiegen zwischen 1995 und 2003 real sogar um 16 Prozent, und wir bauten die Kindertagespflege kräftig aus. Dank dieser Weichenstellung zählt der finnische Staatshaushalt heute zu den solidesten der ganzen EU... Trotzdem war der PISA-Erfolg unseres Schulsystems auch für uns selbst eine Überraschung. Unser Spitzenplatz im internationalen Vergleich beruht auf einer vielseitigen Entwicklung der einheitlichen neunjährigen Grundschule.“

Geld ist dabei nicht alleinentscheidend. Finnlands Wettbewerbsfähigkeit stützt sich auf ein wirksames Innovationssystem. Erst das hohe Bildungsniveau der gesamten Gesellschaft ermöglicht unserer Wirtschaft die hochwertige Produktion. Offenheit und Zusammenarbeit in der Innovationskette von Universitäten, Unternehmen und Verwaltung steigern die Wirksamkeit des eingesetzten Geldes.

Nach Ansicht des Harvard-Professors Jeffrey Sachs ist das hohe Bildungsniveau aller Finnen, unabhängig von der sozialen Herkunft, ausschlaggebend für den volkswirtschaftlichen Erfolg. Das finnische Schulsystem steigert das Innovationspotenzial der Gesellschaft, indem es zu selbständigem Arbeiten anspornt und stures Auswendiglernen sowie Leistungswettbewerb zwischen Schülern meidet. Die Schüler schreiten im eigenen Tempo voran. Es geht dabei nicht um Gleichmacherei. Jeder Schüler erhält die Aufmerksamkeit, die seinem jeweiligen Lernfortschritt entspricht.

Besonders wichtige Faktoren sind die gute Hochschulausbildung von Lehrern (zu der auch die laufende Fortbildung während ihres Berufslebens gehört) sowie die Arbeitsmotivation durch eine Organisation ohne strenge Hierarchien. Zu den zentralen Prinzipien gehört die Vermeidung von regionalen Unterschieden. Laut Pisa sind die Leistungsunterschiede zwischen Regionen, Gesellschaftsgruppen und Schulen in Finnland außergewöhnlich gering. Gleichberechtigung hat bei uns eine starke Tradition. Mädchen schneiden in der Schule besser ab als Jungen, und der hohe Ausbildungsstand von Frauen ermöglicht die Teilnahme am Arbeitsleben insbesondere im öffentlichen Sektor. Zugleich zählt die Geburtenrate in Finnland zu den höchsten der gesamten EU.

Der Zusammenhang zwischen Investitionen in Bildung und einer kräftigen Volkswirtschaft wird von Neoliberalen häufig übersehen, wenn nach immer niedrigeren Steuern, immer weniger öffentlichen Ausgaben und immer weniger Staat gerufen wird. Doch eine solide Ausbildung beugt sozialer Ausgrenzung vor. Dadurch entfallen später kostspielige Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen, die eine nicht ausreichende Schulbildung kompensieren sollen. Die möglichst hohe Bildung der gesamten Gesellschaft steht der individuellen Förderung besonders begabter Schüler nicht entgegen. Laut OECD ist das finnische Bildungssystem so erfolgreich, weil es sozialen Ausgleich durch Bildung erreicht, ohne dabei die gezielte Unterstützung der besonders Begabten zu vernachlässigen.

Als kleine Volkswirtschaft sind wir darauf angewiesen, uns um jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft zu bemühen. In Zeiten sinkender Bevölkerungszahlen ist dies auch für größere Volkswirtschaften eine immer wichtigere Erkenntnis. Nach unserer Einschätzung beeinträchtigt ein mehrgliedriges Schulsystem mit früher Auslese die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Warum? Weil dieses System nicht ein gleichmäßig hohes Bildungsniveau der gesamten Gesellschaft ermöglicht. Der Kern der Mehrgliedrigkeit besteht ja gerade in den unterschiedlichen Ausbildungs-

graden, die diese unterschiedlichen Schulformen (zum Beispiel Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium) bieten...

Höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung sind in ganz Europa nötig, aber nur bei einem hohen gesamtgesellschaftlichen Ausbildungsgrad sinnvoll. Auch die Dienstleistungsbranche benötigt immer besser ausgebildete Arbeitskräfte, und in der Produktion haben ohnehin nur hochwertige Arbeitsplätze eine echte Zukunft in Europa." (Paavo Lipponen, Warum wir Finnen Pisa-Sieger sind, in: DIE ZEIT, 34/2005, 18.08.2005).

16.1.1. Irrwege der PISA-geleiteten „Testkultur“

Zwischenzeitlich wird die Auseinandersetzung über überregionale standardisierte Tests im Stile von Glaubenskriegen der zuständigen Professionen geführt (Sygusch 1999; Lange 1999; Bethge 1999), nachdem die Ergebnisse von TIMSS mit großer Publizität vorgestellt, und weitreichende Beschlüsse in der Bildungspolitik eingeleitet wurden. Nicht nur die weitverbreitete Testeuphorie steht zur Debatte, sondern die mangelnde/fehlende Abwägung der „empirischen Dampfwalze“ auf Risiken und Nebenwirkungen, deren mangelnde Adaption in der deutschen Bildungsdebatte unter völlig unzureichender Reflexion des kritischen Diskussionsstandes der OECD-internen Debatte stattfindet

„Bildungspolitiker müssen eine realistische Vorstellung davon entwickeln, was standardisierte Tests leisten können. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die besten Testverfahren mit Messungenauigkeiten behaftet sind und dass sie von begrenzter Gültigkeit und Nützlichkeit sind“ (OECD/CERI 1994, S. 38).

Weil diese professionelle Debatte unter dem Druck der Ereignisse die bildungspolitischen Entscheidungsträger entweder garnicht oder unzureichend erreicht hat, stehen wir wieder einmal in der Gefahr, dass in Deutschland mit schlecht geplanten und begründeten „Reformen“ mal wieder Schaden angerichtet wird. Denn die geforderten zentralen Prüfungen führen weder zu mehr sozialer Gerechtigkeit noch zu sinnvolleren Lernformen, wie die Erfahrungen aus anderen Ländern eindrucksvoll belegen.

Mit dem Vorwurf, Deutschland habe im Vergleich mit anderen Ländern bisher „zu wenig auf die Erträge schulischen Lernens“ geachtet, werden die überregionalen Testeinsätze und die Schulaufsicht begründet, obwohl durch vorliegende Vergleichsuntersuchungen (Baumert/Bos/Watermann 1998) Staaten mit Zentralabitur im Mittel schlechter abschneiden als Staaten ohne Zentralabitur. Weder aus TIMSS-II noch aus TIMSS-III lässt sich die Erkenntnis begründen, dass der überregionale Einsatz von Tests eine Verbesserung des Schulsystems zur Folge hat. Aussagen in der OECD-Studie über das Bildungssystem der USA hätten die ungebrochenen Apologeten der zentralistischen Testkultur nachdenklich stimmen müssen:

„Die permanent unbefriedigenden Resultate des US-Schulsystems haben zur Entzauberung der Methode... der Messung von Leistung durch standardisierte Tests geführt“...

Standardisierte Tests messen in der Regel isolierte Fertigkeiten, ohne Bezug zu dem Unterricht, den die Schüler hatten“ (OECD/CERI 1994, S. 130).

So ist neben den testtheoretischen und methodischen Problemen die Orientierung auf Faktenwissen und isolierte Fertigkeiten nicht nur ein Widerspruch zu geforderten Schlüsselqualifikationen, sondern auch ein Beitrag zur Verschärfung/Stabilisierung sozialer Ungleichheiten, da sich sowohl auf der Basis internationaler als auch nationaler Studien der Beleg führen lässt (u.a. Lehmann 1997; Schümer 1998; Ito 1997), dass durch die Nutzung privater Paukschulen und die sozialen Umfeldbedingungen eine erneute Selektionslogik zum Tragen kommt. So werden z.B. durch Rankinglisten Schulen in sozialen Brennpunkten systematisch aufgrund ihrer sozialen Populationsmerkmale benachteiligt. Der Anspruch, durch überregionalen Testeinsatz „Chancengleichheiten“ zu verbessern, entbehrt jeglicher Plausibilität:

„Berücksichtigt man den sozialen Hintergrund der Kinder, dann wird damit ein ungünstiges Signal an... Eltern gegeben, die für ihre Kinder eine Schule suchen, wo nicht relativ gute, sondern absolut hohe Testwerte erzielt werden“ (OECD/CERI 1994, S. 25).

In meiner Betrachtung soll die Diskussion um erhebliche Mängel der Testentwicklung zur TIMS-Studie (Hagemeister 1999: Validität von TIMS-II-Items und Konstruktionsmängel) nur erwähnt, aber nicht näher expliziert werden. Bedeutsamer ist die Feststellung, dass in Deutschland ein signifikanter Mangel an wissenschaftlichen Begleituntersuchungen zu Schulreformprojekten dazu beiträgt, dass alternative Prüfverfahren und Evaluationsdaten fehlen, um die Debatte über zentrale Prüfungen und Tests aus relevanten Praxisperspektiven gegen den aufgesetzten Trend zur Professionalisierung der Bildungsdebatte zu nutzen. Denn je mehr kurzzeitig prüfbare Leistungen zum primären Ziel der Schule werden, und je mehr Eltern und Schülern damit signalisiert wird, dass es auf „Leistung“ ankomme, desto mehr schränken sich die Handlungsspielräume für eine wirkliche qualitative innere und äußere Schulreform ein, da das Abfragbare und Abgeschlossene noch mehr in den Vordergrund gestellt wird (Schlömerkemper, 1998), und die sowieso schon vorliegenden methodisch-didaktischen und pädagogischen Reduktionen weiterhin verschärfen. Denn unter diesem kognitiven Ziele- und Messbarkeitsdruck im Rahmen des selektiven und repressiven dreigliedrigen Systems bleibt selbst unter pädagogischer Motivation der Lehrer strukturell kein (oder nur eingeschränkter Raum) für populationsspezifische alternative Konzepte („offenes Lernen“, Montessori, Freinet, Waldorf-Pädagogik etc.).

16.2. Folgerungen und Erweiterungen der PISA-Studien für die Schul- und Bildungspolitik

Eine zentrale Grundaussage der PISA-Studie ist, dass die Paukschule passe ist, und der internationale Wettbewerb andere Schlüsselqualifikationen (Kreativität, Handlungsorientierung, problem-lösenden Anwendungsbezug etc.) erfordert. Dies könnte als eine positive Herausforderung für eine grundlegende strukturelle und pädagogische Neuausrichtung gewertet werden, die in der deutschen PISA-Debatte jedoch anders diskutiert und adaptiert wurde. Neben den Forderungen zum Ausbau schulischer Ganztagschulen, der Verstärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich und den Grundschulen (mit dem Fokus auf „Risikogruppen“), der Stärkung schulischer Selbständigkeit und Eigenverantwortung dem Anspruch individueller Förderung, der Begabtenförderung etc. bedarf es jedoch der Konkretisierung der Kontextbedingungen des schulischen Lernens, die in der PISA-E-Studie angeführt werden. So liegt nach Einschätzung von Andreas Schleicher (OECD) der Fokus in Deutschland immer noch auf der Effizienzverbesserung des bestehenden Systems und nicht auf ernsthaften Strukturreformen. Ohne strukturelle Reformen würde das bestehende System immer teurer und immer ineffizienter (managermagazin 3/2007: 97).

Aus der Sicht der Schulpraxis müssen jedoch folgende zusätzliche Kontextbedingungen ergänzt bzw. besonders hervorgehoben werden, die es grundlegend zu problematisieren und zu bearbeiten gilt:

- die ministeriell verordnete Mehrarbeit;
- die Streichung der Stellenreserven;
- die zunehmende Zahl der Vertretungsstunden;
- die Erhöhung der Pflichtstundenzahl;
- die größeren Klassenfrequenzen;
- die zunehmende Zahl verhaltensschwieriger Kinder;
- verlotternde Schulgebäude und pädagogisch inakzeptable Lernumgebungen;
- Resignation und Ratlosigkeit in vielen Elternhäusern hinsichtlich der Erziehungsschwierigkeiten;
- Verstärkung der physischen und psychischen Stressfaktoren;
- die Altersstruktur der Lehrerkollegien;

- das mangelnde Ansehen des Berufsstandes.

Die damit verbundenen Forderungen an Schul- und Bildungspolitiker müssen schärfer akzentuiert werden:

- Verbesserung der sächlichen, personellen, schulorganisatorischen Rahmenbedingungen.
- Deutliche Senkung der Klassenfrequenzen und Wochenstundenzahlen der Lehrkräfte.
- Veränderung der Altersstruktur in den Lehrerkollegien.
- Verstärkte pädagogisch-psychologische Qualifizierung und praxisnahe Professionalisierung.
- Systematische Weiterbildung und Weiterqualifizierung.
- Supervision.
- Verbesserung der finanziellen Grundausrüstung des gesamten Bildungswesens.
- Veränderung der Schulorganisation im Verhältnis zu nationalen und internationalen Vergleichsstudien.
- Stärkung der Schlüsselqualifikationen der Lehrer (diagnostische und erzieherische Kompetenzen, Konfliktfähigkeit, Selbstmanagement, Methodenkompetenz etc.).

Vor allem zwingen sich aus dem internationalen Benchmark folgende Erkenntnisse auf, die sich wie Selbstverständnisse pädagogischer und erziehungswissenschaftlicher Reflexion anhören:

„PISA-Spitzenländer stellen Schulen und Lehrern größere Freiräume und wirksame Unterstützungsinstrumente zur Verfügung, um auf Herausforderungen fantasievoll reagieren zu können. Sie erwarten von diesen allerdings, dass sie mehr Verantwortung für die Lernerfolge der Schüler übernehmen. Vor allem Länder, die bei PISA Spitze sind, individualisieren das Lernen stärker und gehen mit der Verschiedenheit der Schüler konstruktiver um. Sie antworten auf die Verschiedenheit junger Menschen nicht mit starren Selektionsmechanismen, sondern halten ein offenes und integrierendes Lernangebot bereit, welches das unterschiedliche Potenzial der Schüler ausschöpft. Erfolgreiche PISA-Staaten benutzen Klassenarbeiten und Zensuren nicht in erster Linie zur Kontrolle, etwa um Leistungen zu zertifizieren und den Zugang zu weiterer Bildung zu rationieren, sondern arbeiten mit motivierenden Leistungsrückmeldungen, die Vertrauen in Lernergebnisse schaffen. Schlüssel zu besseren Lernergebnissen bleibt die Qualität des Unterrichts. Aber es wäre naiv zu glauben, dass sich die Qualität des Unterrichts allein, - oder maßgeblich – mit neuen Vorgaben oder didaktischen Konzepten beeinflussen ließe. Seit Jahrhunderten ist Deutschland Exportweltmeister in Pädagogik und Didaktik, doch warum kommen diese Konzepte nur in Ländern wie Finnland, Japan oder Kanada zum Tragen?“

„Sicher, es gibt auch in der deutschen Bildungslandschaft viele Schulen, die ausgezeichnete Arbeit leisten und hervorragende Ergebnisse erzielen. Aber: Ist dies wirklich das Resultat systemischer Verankerung von Qualität im Bildungswesen oder lediglich die Folge des unermüdlenden Einsatzes Einzelner innerhalb ihrer eigenen Schulen? Eine tief greifende Verbesserung der Qualität des Unterrichts hängt wesentlich ab von einer wirksamen Verknüpfung von Bildungszielen, Lehrplänen, Rückmelde- und Unterstützungssystemen, so dass die Lehrenden in den Prozess der strategischen Entwicklung des Bildungswesens eingebunden und über die Wirkungen ihres Tuns informiert sind. Erst dann wird Bildung von einer Angelegenheit der Verwaltung zu einer Sache der Handelnden, werden Wege geebnet für Lernende, Lehrer und Bildungsinstitutionen zu einer echten Teilhabe an und Mitgestaltung von gesellschaftlichen Aufgaben in einer wissensbasierten Gesellschaft.“ (Andreas Schleicher 2005, S. 2).

16.3. „Chancengleichheit“: eine zugespitzte Paradoxie im neoliberalen Kontext

Im Kontext der öffentlichen und fachlichen Debatte über den in der PISA-Studie aktualisierten Nachweis der (im internationalen Vergleichsstandard) besonderen sozialen Selektivität des deutschen Bildungssystems wird aus unterschiedlichen Perspektiven und Interessenslagen das bildungspolitische Postulat nach Herstellung der „Chancengleichheit“ bemüht.. Diese „alte“/neue Debatte verweist auf einen programmatischen Antagonismus der Debatte der 60/70er Jahre, der sich jedoch im neoliberalen Gesellschaftskontext verschärft und konzeptionell völlig ad absurdum führt.

Die Forderung nach „Chancengleichheit“ (Recht auf eine gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen) hat den aus der Philosophie der bürgerlichen Aufklärung abgeleiteten normativen An-

spruch auf einen allgemeinen Grundrechtscharakter, der im Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes manifestiert ist, und in der bildungspolitischen Debatte der 60/70er Jahre (OECD 1961 und 1967; Coleman-Report 1966; Postlethwaite 1967) einen zentralen Stellenwert hatte, in dem der soziologisch vielfach belegte Tatbestand der sozialen Auslesefunktion des Bildungswesens zum Thema gemacht wurde.

Ursache und Legitimationsgrundlage ist die Institutionalisierung des Leistungsprinzips als weithin akzeptiertem Mechanismus ungleicher Verteilung von „Belohnung“ oder Sanktion. Nicht mehr die Geburt (wie in feudalistisch-ständischen Gesellschaften), sondern durch eigenes verantwortliches Handeln definiert sich in der Konsequenz von leistungsbezogenen Bildungsbiographien gesellschaftliche Position und Status. Reinhard Kreckel (2004) hat diesen Prozess als „meritokratische Triade“ beschrieben: das Zusammenspiel von (ungleichen) Qualifikationen, (ungleichen) beruflichen Stellungen und Statuspositionen und abgeleitet (ungleichen) Einkommen. Diese „legitime“ Konsequenz der gesellschaftlich angewandten Leistungsphilosophie ist die zentrale Legitimationsgrundlage für die Akzeptanz sozialer und bildungsbezogener Leistungen.

Zugleich war neben dem Nachweis der Ungleichheit das Legitimationsproblem Gegenstand der Betrachtung. Bei gleicher terminologischer Grundlage war auch die damalige Debatte von unterschiedlichen Zielvorstellungen geprägt, die von widersprüchlichen Gesellschaftsbildern/-konzepten ausgingen. Zentrale ideologische Positionen zur Idee der „Chancengleichheit“ lassen sich gestern wie heute wie folgt charakterisieren:

1. Für die liberale Position gelten die Gesetzmäßigkeiten des Marktes (Marktwirtschaft) und der Leistung (Meritokratie). In diesem Selbstverständnis sind Maßnahmen zur Erhöhung der „Chancengleichheit“ oder Schutzmaßnahmen für Schwächere tendenziell schädlich und bedeuten eine Verzerrung des Marktprozesses.
2. Eine sozialstaatliche Position ist bestrebt, dort mit staatlichen Maßnahmen zu intervenieren, wo der Marktprozess sichtbar versagt. Das Ziel ist die Herstellung sozialer Gerechtigkeit (im Sinne der Angleichung der Lebensverhältnisse), nicht jedoch die völlige Gleichheit.
3. Die konservative Variante ist geprägt durch den Anspruch, die bestehende Ordnung zu erhalten. Werden Maßnahmen zwecks Erhöhung der „Chancengleichheit“ eher abgelehnt, so zwingt die Orientierung am christlichen Menschenbild zum Ausgleich größerer gesellschaftlicher Ungleichheiten/Ungechtigkeiten.
4. Dagegen erhebt die sozialistische Position den Anspruch, bestehende Ungleichheiten der Chancen möglichst vollständig zu überwinden. Diese Position argumentiert mit dem empirisch fundierten Nachweis, dass mehr „Chancengleichheit“ durch die Mittel der Bildungspolitik nicht realisierbar ist, weil die Ungleichheit im Bildungswesen wesentlich eine Folge gesamtgesellschaftlicher Disparitäten ist. Danach werden Positionen zur Herbeiführung von mehr „Startgerechtigkeit“ abgelehnt (liberale Position), da durch diese Herstellung der „Wettbewerbsfähigkeit unter Ungleichen“ nur der Konflikt zwischen „Privilegierten und Unterdrückten“ (Hänsel/Ortmann 1971: 432) kanalisiert wird, und das liberale Credo „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ideologisches Versatzstück sei. Demnach bedeutet „Chancengleichheit“ den Abbau aller Vorrechte und Benachteiligungen in der Gesellschaft und nicht nur eine Kompensation sozialer Benachteiligungen durch schulische Programme.

Reflektiert man die heutige Debatte auf dem Hintergrund dieser Modellvarianten, so lässt sich im neoliberalen Kontext eine Neudefinition sozialer Wertvorstellungen beobachten, der grundsätzlich eine Wandlung des sozialen Gerechtigkeitsbegriffs, und damit auch eine Neujustierung des Postulats der „Chancengleichheit“ unterstellt werden kann. Die neoliberale Öffentlichkeitsarbeit (über die öffentlichen Meinungsführer) hat dazu beigetragen, dass der Neoliberalismus (ursprünglich als

Wirtschaftstheorie eingeführt) zur beherrschenden Sozialphilosophie der Gesellschaft mutiert ist, und einen „modernen“ Gerechtigkeitsbegriff implementiert hat, der tief bis in die programmatischen Positionen der Sozialdemokratie verankert wurde. Das Motto „Leistungs- statt Bedarfsgerechtigkeit“ und „Sozial ist was Arbeit schafft“/„Vorfahrt für Arbeit“ ist zur zentralen Argumentationsfigur in der gesellschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Debatte geworden. Der Gerechtigkeitsgedanke zielt nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit (Bundeskanzler Schröder a.D.). Harald Schartau (SPD NRW) definierte die Umverteilungspolitik im „Zeitalter der Globalisierung“ so, dass sie weder zur Vollbeschäftigung noch zur sozialen Gerechtigkeit führe. Eine völlige Abkehr vom Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes vollzog jedoch der jetzige Finanzminister der Großen Koalition Peer Steinbrück. Er repräsentiert mit seinen Ausführungen den politischen Zeitgeist extremer sozialer Selektion:

„Soziale Gerechtigkeit muß künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muß sich Politik kümmern.“ (Finanzminister Steinbrück, zitiert in: Christoph Butterwege: Abschied von der Chancengleichheit, in: <http://www.jungewelt.de/2005/11-21/003.php>).

Mit dieser Kultur des „Förderungswürdigen“, der „Nachhaltigkeit“ und der „Eigenverantwortung“ kann die These gestützt werden, dass nicht nur die liberale Variante der Leistungsgerechtigkeit zur Disposition gestellt ist, sondern dass der neoliberale Gesellschaftsumbau und dessen ideologische Legitimation im Kontext einer großen neoliberalen Koalition stattfindet, in der der ganze „ideologische Ballast“ abgeworfen wird, der nach neoliberalen Prämissen im Wege steht. Eine Neudefinition des Zusammenhangs von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ wird von Olaf Scholz (ehemaliger SPD-Generalsekretär) exemplarisch für die ganze Richtung wie folgt geliefert: „Gerecht ist, was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selbst gerne gestalten möchten.“ (Butterwege, Abschied von der Chancengleichheit, 2005). Die Voraussetzungen gleicher Teilhabechancen in der Gesellschaft seien Bildung und Arbeit (Lohnarbeitssozialisation mit entsprechenden Qualifikationen), um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums ist für Scholz deswegen nicht opportun, weil der Sozialstaat schon ein sehr weitgehendes Niveau der Umverteilung (materielle Ressourcen und Einkommen) vorgenommen habe.

Angesichts der beschriebenen Realitäten von Massenarbeitslosigkeit, Armut, zunehmender Ausdifferenzierung der Gesellschaft nach Status-, Existenz- und Marginalisierungs-/Exklusionslagen - und deren Konsequenzen für die soziale Reproduktion von Lebenslagen - ist es eine Illusion der beschriebenen parteiübergreifenden technokratischen (nach betriebswirtschaftlichen Mustern definierten) Ausrichtung der Bildungspolitik, die postulierte „Chancengleichheit“ ernsthaft zu realisieren. Es weisen doch alle gesellschaftspolitischen Grundprozesse auf das Gegenteil der Postulate hin: die Verschärfung der sozialen Selektivität im Rahmen eines „modernisierten“ Bildungssystems.

Stefan J. Ball charakterisiert die „zunehmende Ungleichheit“ wie folgt:

„In der generellen Bewertung dieser Entwicklungen lassen sich zwei Positionen unterscheiden, wobei die eine mehr Gewicht auf nationale Besonderheiten legt, während die andere die globalen Trends für wesentlicher hält. Aufgrund einiger Jahre der Auseinandersetzung mit diesem Bereich halte ich die generellen Trends, die Gemeinsamkeiten, für bedeutsamer als die Unterschiede. Jedenfalls gibt es in vielen Ländern Untersuchungen, die belegen, dass z.B. die Entwicklung bezüglich Bildungszugang und Bildungsgleichheit sehr ähnlich ist, ungeachtet nationaler Besonderheiten aufgrund der jeweiligen Traditionen der Bildungssysteme. Es gibt zahlreiche Untersuchungen aus den USA... die belegen, dass diese Politik zusätzlich Vorteile für die weiße Mittelklasse mit sich bringt. Es gibt auch Untersuchungen aus Neuseeland, Australien, Frankreich und Großbritannien, die die gleichen sozialen Implikationen und Folgen von marktförmigen Bildungssystemen aufzeigen. Und es gibt sehr wenig Anzeichen für gegenteilige Entwicklungen. Nirgendwo hat man festgestellt, dass die Chancengleichheit verbessert worden wäre...“

In der Praxis gibt es einen fundamentalen Widerspruch zwischen Nachfrage und Autonomie auf der einen und Chancengleichheit auf der anderen Seite. Bildungssysteme neigen dazu, auf der Basis von Hierarchien zu funktionieren, die von der Suche nach Exklusivität befördert werden, d.h. die Nachfrage/Wahl einiger Eltern ist davon bestimmt, eine soziale exklusive Schule zu finden, eine Institution, zu der die anderen Kinder eben keinen Zugang bekommen können. Indem durch ein System der Wahlfreiheit und Autonomie versucht wird, Chancengleichheit zu erreichen, ergibt sich ein systemimmanentes Problem: Das System arbeitet auf der Basis, Chancengleichheit zu verweigern, indem es die Wahlmöglichkeiten für Eltern zur Verfügung stellt, die Exklusivität wollen... Ich denke, alle Untersuchungsergebnisse sprechen dafür: Marktelemente produzieren mehr Ungleichheit." (Stefan J. Ball im Interview mit Jürgen Klausenitzer: Zunehmende Ungleichheit, in: <http://www.linksnet.de/textsicht.php?id=594>, 14.12.2005: 1 f.).

Und die GEW (Landesverband Hessen) resümiert über die gegenwärtige Bildungspolitik:

„Die gegenwärtige Bildungspolitik zeigt keine ernst zu nehmenden Anstrengungen, die Ungleichheit der Bedingungen und Chancen für Bildung zu beseitigen. Statt dessen setzt sie auf die permanente Bedrohung und Kontrolle durch Tests und Prüfungen, welche die Leistungen von Schülern und Lehrenden erhöhen sollen. Standardisierung auf der gegebenen Basis von Ungleichheit der Bildungsangebote wird die soziale Spaltung und Hierarchisierung der Gesellschaft, soweit sie von Bildung abhängen, verschärfen. Das ist in einer freiheitlichen und demokratischen Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht hinzunehmen (...) Es ist nicht die Zeit, gelassen zuzuschauen, bis die Hoffnungen des technokratischen Umbaus des Bildungssystems wie Seifenblasen zerplatzen. Die Umstellung ist bereits äußerst wirksam. Ihr universeller systemischer Charakter verstellt auf lange Zeit den Raum für alternative Reformbemühungen. Sie etabliert Lenkungsstrukturen, die Wissenschaft und Bildung einseitig an externen Zwecken ausrichten und sie damit verhindern, anstatt möglichst viele Menschen für ein unverkürztes Weltverständnis und Wahrheitsstreben zu gewinnen.“ (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen, in: http://www.gew-hessen.de/index.php?&id=88&backPID=88&it_news=2784&cHash=... 14.12.2005: 4).

Eine schulstrukturelle Analyse verfestigt dieses Bild der strukturell induzierten sozialen Selektion. Außer in Berlin und Brandenburg (6-jährige Grundsschule) und in Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt (Orientierungsstufe) werden die SchülerInnen in allen anderen Ländern nach der Klasse 4 selektiert. Dieser Prozeß geht einher mit einer Expansion des Gymnasiums und deren gesellschaftspolitischen Positionierung. Dabei widerspricht der PISA-Bericht ausdrücklich der immer wiederholten gesellschafts-politischen Legitimationstheorie, wonach eine hohe Selektivität der Bildungseinrichtungen zu einem höheren Leistungsniveau beiträgt:

„Die Befunde widersprechen Deutungen, die hohe Leistungsniveaus an Gymnasien in erster Linie auf die Eingangsselektivität dieser Schulform zurückführen wollen. Differenzierte Analysen unterschiedlicher Leistungsgruppen zeigen einen moderaten positiven Zusammenhang zwischen relativem Schulbesuch an Gymnasien und der Qualität der Leistungsspitze. Möglicherweise wird mit einer Öffnung vorakademischer Bildungsgänge auch die Rekrutierungsbasis für Spitzenleistungen verbessert. Das entgegengesetzte Bild ist im unteren Leistungsbereich zu erkennen. Mit einem steigenden relativen Schulbesuch wachsen die Schwierigkeiten, im unteren Leistungsbereich angemessen zu fördern, um gymnasiale Mindeststandards zu sichern. Angesichts des im internationalen Vergleich eher schwachen Ausbaus vorakademischer Bildungsgänge in Deutschland ist die Sicherung von Mindeststandards kein Problem von Selektivität, sondern eines der Förderung und des professionellen Umgangs mit Leistungsheterogenität im Unterricht“ (PISA-Bericht, S. 231).

Die Prüfung des UN-Sonderberichterstatters Munoz (2/2006) und dessen Systemdiagnose macht deutlich, dass in der Bildungs- und Integrationsdebatte in Deutschland die Selbstgefälligkeit nicht mehr trägt: „Das ist wieder so eine total verkrampfte Aufregung“ (Bildungsministerin Schavan). Dabei liegen die Ergebnisse auf der Hand: Migrantenkinder erhalten weniger vorschulische Förderung, sie werden häufiger zurückgestellt, sie bekommen deutlich häufiger eine Hauptschulempfehlung, sie besitzen eine geringere Lesekompetenz, sie bleiben zu 20 Prozent ohne Schulabschluß. Dieses sind keine Zufallsergebnisse, sondern ein systembedingter Effekt, der auf eine zunehmende ethnische Differenzierung der Gesellschaft hinausläuft, und vom UNO-Sonderberichterstatter als Verletzung des Rechts auf Bildung interpretiert wurde. Und auch nach dem „PISA-Schock“ verlaufen nach dessen Ansicht die Prozesse nicht „immer in die richtige Richtung. Vor allem die weiter sichtbare scharfe Selektivität des deutschen Schulsystems gegenüber Migrantenkindern und Kindern aus ärmeren Schichten ist Gegenstand der Analyse und Problemprojektion in die Zukunft: In 20, 30 Jahren würden in Deutschland 40

Prozent der Schüler aus Migrantenfamilien kommen: „Wenn die Asymmetrie in der Ausbildung nicht behoben wird, steigt die Arbeitslosigkeit weiter“ (FAZ, 23.2.2006). Und so bescheinigt der Berliner Bildungssenator Böger den Munoz-Vorschlägen Brisanz: „Sie werden in Deutschland Eruptionen auslösen.“ (dito).

Und auch die oft behauptete These, das Abschneiden Deutschlands in den PISA-Tests sei u.a. auf den Anteil von Migranten-Schülern rückführbar, trägt nicht mit der notwendigen Plausibilität:

„Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und dem Bildungserfolg. Pisa hat gezeigt, dass es viele Länder mit einem weitaus höheren Anteil ausländischer Schüler gibt, die besser abschneiden als Deutschland. Erschreckend ist vor allem, dass in Deutschland auch die ausländischen Schüler der zweiten Generation, die in Deutschland geboren sind, bei Pisa so schlecht abschneiden.“ (Andreas Schleicher, Pisa-Beauftragter, in: Wirtschaftswoche 15.5.2006, S. 31).

Deswegen ist die bildungspolitische Debatte und deren professionelle Begründung mit der Zielsetzung der Verbesserung der Bedingungen auf mehr „Chancengleichheit“ an folgenden Parametern zu führen:

- Flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen (in Verbindung mit einer „inneren Schulreform“).
- Sechsjährige Grundschule.
- Freiheit und Autonomie für die Schulen.
- Gemeinsame Bildungsziele und gestalterische Freiräume, die den sozialen Kontextbedingungen entsprechen.
- Implementierung einer neuen Lernkultur (Leistung durch Fördern statt früher Selektion; hohes Maß an Durchlässigkeit; optimale Ausschöpfung des Lernpotenzials; Didaktik der Vielfalt; intelligenter Umgang mit Heterogenität; gezielte Förderung benachteiligter Kinder und von Jugendlichen (auf der Basis angemessener Ressourcenausstattung).
- Professionelle Förderung von Migrantenkindern (mit dem Schwerpunkt der Sprachförderung als Dreh- und Angelpunkt sozialer Integration).
- Eine bessere frühkindliche Förderung (quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagesstätten; ErzieherInnenausbildung; verstärkte Kooperation zwischen Elementar- und Primarbereich und eine Priorisierung der Bildungsfinanzierung dieser Sektoren).
- Verstärkung der Kooperationen zwischen kommunalen Einrichtungen, kirchlichen Einrichtungen, Jugendzentren, Kulturzentren, Sportvereinen, Betrieben, freiwilligen und sozialen Diensten (als Bildungs- und Erziehungspartner der Schule).
- Dezentrale und qualifizierte Unterstützungsangebote durch Einrichtung regionaler Pädagogischer Zentren, schulnaher Beratung und Fortbildungsmöglichkeiten; Integration externe Experten.
- Als Vorbild müssen diejenigen Ländern gelten, die im internationalen Bildungsbenchmarking in der Ausgestaltung integrativer Schulsysteme führend sind (Finnland, Kanada, Schweden, Dänemark).

So haben Programmatiken wie das „Europäische Jahr der Chancengleichheit“ (eröffnet von Familienministerin von der Leyen und EU-Kommissarin Spidla, Berlin, 30.1.2006) sicher einen PR-Effekt, den es politisch-strategisch zu nutzen gilt. An der beschriebenen Ausgangslage der sich zuspitzenden sozialen Disparitäten ändern Postulate solange nichts, bis sie mit konkreten strukturpolitischen Programmen und Ressourcen hinterlegt sind. Vielleicht trifft die zugespitzte Ironisierung des Karikaturisten Ulli Stein in folgender Aussage eine mehrschichtige schulische und gesellschaftliche Realität: „Cool: In den Sozialismus haben alle Skispringer Schanzengleichheit“ (in: PISA II: Es get aufwärz, Oldenburg 2006).

Die abschließende **These** (im internationalen Vergleich) ist, dass sich die Spannungslinien in der Debatte um „Chancengleichheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ erheblich verschärft haben, und eine neue Zuspitzung erfahren werden, solange sich diese negative Realität perpetuiert:

„Das Gefühl ist weit verbreitet (und hat vermutlich einen neuen historischen Höhepunkt erreicht), dass die neue Dynamik des Kapitalismus diese Lebenschancen weniger gerecht als zuvor verteilt, und mehr noch: dass die Reformen, die durch ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel erzwungen werden, zusätzlich Ungerechtigkeit verstärken, statt auf Ausgleich, Balance und Fairness hinzuwirken. Es dürfte inzwischen unbestritten sein, dass die erfolgsverwöhnten westlichen Nachkriegsgesellschaften, unter ihnen die Bundesrepublik, in eine neue schwierige Epoche eingetreten sind. Umstritten ist dagegen, welche Konsequenzen diese Entwicklung für jenes Ziel der ‚Gerechtigkeit‘ hat, das die großen Volksparteien in Deutschland seit langem gleichermaßen zum Kanon ihrer programmatischen Grundwerte zählen“ (Nolte, 2005, S. 17).

Mit der aktuellen Studie des Deutschen Studentenwerkes „18. Erhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden“ (2007) wird der sozial selektive Charakter des deutschen Bildungswesens noch einmal auf den Nenner gebracht. So gelingt 83 von 100 Akademikerkindern der Hochschulzugang, während es aus Familien ohne akademische Tradition nur 23 sind. Danach ist die Kommentierung des Präsidenten des Deutschen Studentenwerkes Dobischat konsequent, dass das „Studium zur Selbstreproduktion der akademischen Bildungsschichten“ geworden ist (TAZ, 20.6.2007), obwohl die Benchmarkquote für notwendige Hochschulabschlüsse im europäischen Vergleich defizitär und daraus die Notwendigkeit abzuleiten ist, andere Bildungsschichten für akademische Abschlüsse zu erschließen (siehe aktuelle OECD-Bildungsstudie, 2007).

16.4. Instrumentalisierung von „Bildung“ zur Lösung gesellschaftlicher Strukturprobleme

Der Stellenwert der „Bildung“ in den öffentlichen Debatten (staatstragenden Grundsatzreden, Parteiprogrammen etc.) ist unter dem Fokus der „zentralen Zukunftsressource“ hoch aufgehängt, und wird gekoppelt an Forderungen zum „lebenslangen Lernen“, „eigenes Bildungsmanagement“, als „lebenslange Bildungspflicht“. Kurzum: das „flexible“ und „marktgängige“ Lernsubjekt wird im Prozess der Verwarenförmigung von Bildung eingefordert. Adorno prägte einst, unter dem Eindruck der fordischen Bildungsreform der sechziger Jahre, den Begriff der „Halbbildung“, und skizzierte damit den zunehmenden Zerfall einer ihrer selbst entäußerten Bildung (Adorno 1972). Kritische Bildungstheorie findet hier ihren Ausgangspunkt, und muß sich in der Auseinandersetzung der neoliberalen Durchdringung gesellschafts- und bildungspolitischer Reformen positionieren, und dieser bloßen Selbstermächtigung des Ökonomischen zu Lasten des Sozialen, Politischen und Kulturellen bildungspolitische und bildungsstrategische Alternativen entgegenstellen. Grundlage ist eine dezidierte Kritik der ökonomischen Indienstnahme von Bildung mit ihren subtilen Umdeutungen emanzipatorischer Errungenschaften. Exemplarisch für diese instrumentelle Neubestimmung von Bildung soll die Empfehlung der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung (Edelstein/de Haan) zitiert sein, in der die Ambivalenz und der Effekt des „Trojanischen“ in dieser Debatte zum Ausdruck kommt:

„Das eigene Leben und die Gesellschaft selbstbestimmt und gemeinsam mit anderen rational und begründet gestalten zu können, ist ein wesentliches Ziel des Lernens. Das bedeutet Abschied nehmen von einer Schule der Passivität, die den Schülern zumutet, in der Schule wie im künftigen Leben auf Veränderungen bloß zu reagieren. Zugleich bedeutet dies, Bildungseinrichtungen zu schaffen, die zweierlei leisten: Erstens müssen sie alle Beteiligten, Lernende wie Lehrende, in vielfältigen Formen dazu motivieren, gern zu lernen und sich in neuen Lernarrangements zu bewegen. Zweitens müssen sie motivieren, Kompetenzen nicht nur für die Bewältigung, sondern auch für die selbsttätige Gestaltung der Zukunft zu erwerben. Schüler haben ein Recht auf eine befriedigende Zeit in der Schule, in der sie Kompetenzen für ihre berufliche, kulturelle, soziale und gesellschaftliche Zukunft erwerben.

Dabei müssen Innovationen im Bereich des Lernens drei bedeutsame Aspekte des gesellschaftlichen Wandels berücksichtigen: erstens die Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und darin eingeschlossen den fortschreitenden Prozess der Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche; zweitens den Rückbau des Sozialstaates und den Gestaltwandel von Beteiligung und Verantwortungsübernahme der Bürger in der Zivilgesellschaft; drittens den Prozess der Individualisierung. Diese übergeordneten Ziele und Aspekte des Wandels berücksichtigt die heutige Schule nur in eingeschränktem Maße. Sie ins Zentrum der individuellen wie der kollektiven Bildungsprozesse zu stellen, macht eine tiefgreifende Umgestaltung der Schule erforderlich“ (zitiert in: <http://www.ganztaegig-lernen.org/www/web405.aspx>, Von Schlüsselkompetenzen zum Curriculum. Lernkonzepte für eine zukunftsfähige Schule, S. 1).

In einer instrumentellen Doppelperspektive von neuen arbeitsmarkinduzierten Schlüsselqualifikationen, und sozial- und strukturpolitisch verlagerten Risiken in die individuelle Verantwortung beschreibt Edelmann (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) die Anforderungen an die Bildungsfunktionen und damit an die Schule wie folgt:

„Die Zukunft der Arbeit in entwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften beruht auf planungsintensiven Prozessen der Selbstorganisation, die von den individuellen Wirksamkeitsüberzeugungen, Evaluationskompetenzen, Planungsfertigkeiten, Kommunikations- und Verhandlungsfähigkeiten und sozialen Kompetenzen abhängt, um selbstregulierte und zielsichere Interaktionen in flachen Hierarchien konfliktarm, effizient und verantwortlich gestalten zu können. Ein Blick genügt, um den Stellenwert verantwortlichen Handelns in einer solchen Welt zu begreifen, in der eigenverantwortliche Initiative fast alles, mechanische Ausführung nach Vorschrift fast nichts mehr bedeutet... Der Restrukturierung der Arbeit entspricht die Aufgabe, in einer Welt der Unsicherheit und der Selbstverantwortung für die eigene Wohlfahrt Vorsorge zu tragen, also Risiken eigenverantwortlich abzusichern und für die persönliche Zukunft selbstverantwortlich voranzuplanen. Die Individualisierung der Lebensplanung, die aus dem Rückbau des kollektiven Risikoschutzes und wohlfahrtsstaatlichen Arrangements folgt, hat eine nachhaltige Veränderung der den Individuen angesonnenen Verantwortlichkeit zur Folge, die jedem von früh auf klar macht, dass er für seine Lebensplanung, seine Berufsentscheidung und sein Wohlergehen im Prinzip niemand anders verantwortlich machen kann, als sich selbst, und dabei spielt die Schule zunehmend eine bedeutsame Rolle, zur Zeit, im gegenwärtigen System, eine negative, potentiell indessen eine positive... Die Schule aber muss aus ihren verantwortungspädagogischen Anfängen in der nachautoritären, posttraditionellen Gegenwart für das Ensemble ihrer Aufgaben erst entwickelt werden. Diesem Entwicklungsprozess dient das Modellvorhaben „Eigenverantwortliche Schule“ (MES), so wie ich dies verstehe“ (Wolfgang Edelmann, Verantwortung in der eigenverantwortlichen Schule, in: <http://www.ganztaegig-lernen.org/www/web394.aspx>, S. 4-5).

In dieser Durchmischung sinnvoller pädagogischer, didaktischer und entwicklungspsychologischer Prämissen mit Grundpositionen neoliberaler Programmatik wird die ganze Janusköpfigkeit der bildungspolitischen Debatte deutlich, die in den zentralen Eckpunkten „Individualisierung“, „Rückbau des Sozialstaates“ und „Zivilgesellschaft“ ihren Niederschlag gefunden hat, und der intendierten oder unreflektierten Reproduktion unterliegt, und deswegen kritisch hinterfragt werden muss, zumal diese Debatte aus politischen-gesellschaftlichen Konstellationen geführt wird, die oberflächlich betrachtet erst einmal einer neoliberalen Repräsentanz unverdächtig sind.

Es gilt, diesen Prozess der ideologischen Landnahme im globalen Wandel von der Industrie- zur „Wissensgesellschaft“ (mit seinen Forderungen nach „flexiblen“ und „schlanken“ Bildungsgängen, nach Privatisierung und Marktorientierung) zu koppeln mit der Einsicht in jene Konzepte, die eine „neue Kultur des Lehrens und Lernens“ (z.B. Bayrisch-sächsische Zukunftskommission) und einen Paradigmenwechsel zum „lebenslangen Lernen“ etc. (Bertelsmann-Stiftung) implementieren wollen. Diese mit der Universalisierung der „Halbbildung“ einhergehende Subjektivierung von Bildungspraxen (Typus des Lernenden als „Bildungsunternehmer“) trifft zwischenzeitlich auf eine breite Zustimmung neo-

liberaler Bildungsökonominnen bis hin zu pädagogischen Repräsentanten (Lenze), deren Kritik an der „Überregulierung“ und „Bürokratisierung“ sich mit Zielen der „Autonomie und Selbstbestimmung“, einem „effektiven und effizienten Ressourceneinsatz“ immer breiterer Zustimmung sicher sein kann. Die Reformforderungen der siebziger Jahre nach „Demokratisierung“ und „Selbstbestimmung“ erfahren in einer semantischen Neubesetzung im Kontext der neoliberalen „Standortfrage“ eine Synthese mit Einbettungen in betriebswirtschaftliche Steuerungs- und Rationalisierungskonzepte. Die im neoliberalen „Modernisierungsdiskurs“ zu belegenden Einverleibung emanzipatorischer Prämissen und Selbstverständnisse fordert die politische Handlungsfähigkeit einer kritischen Bildungstheorie heraus. Diese ist aufgefordert, die gegenwärtigen ökonomischen, politischen und kulturellen Transformationsprozesse mit alternativen Bildungskonzepten zu konterkarieren: d.h. das Versprechen auf „Emanzipation durch Bildung“ zu politisieren. Denn die auch in der neoliberalen Bildungskritik sichtbare diagnostische Instrumentalisierung der signifikanten Schwachstellen und strukturellen Provokationen (Zwangscharakter von Schule, anti-emanzipatorische Binnenstruktur und -kultur von Schule, der bürgerliche Bildungskanon, die stundengetaktete Atomisierung von Lernprozessen, die ausgeprägten Selektionsmechanismen und Prüfungskulturen etc.) müssen Ausgangspunkt einer Kritischen Bildungstheorie sein, die jedoch die „Zukunft“ von Gesellschaft und Bildung anders definiert als bestehende Strukturen und Konzepte und deren neoliberalen „Modernisierungs“-Strategien. Es gilt dem Anspruch und der Illusion entgegenzutreten, dass Reformen im Schulsystem wertneutral zu definieren sind („Modernisierung“), und zugleich einen signifikanten Einfluss auf die empirisch belegte Reproduktion sozialer Ungleichheiten haben kann, solange sie zentrale Selbstverständnisse dieses Reproduktionskreislaufes unangetastet lässt. So belegen z.B. Bloosfeld und Shavit (1993) in ihrer 13-Länder-Studie empirisch den Tatbestand, dass die Expansion der Bildungssysteme und damit verknüpfte Schulreformen in den von ihnen untersuchten Staaten kaum zu einer Angleichung der Bildungsniveaus geführt haben, sondern lediglich die Selektionszeitpunkte und durchschnittlich erreichten Bildungsniveaus nach oben verschoben wurden, die Variationen der Bildungsabschlüsse jedoch unverändert blieben. Eine Angleichung der Bildungsniveaus konnten die Autoren lediglich in Schweden und den Niederlanden feststellen. Als deren Ursache sehen sie jedoch nicht diverse Schulreformen an, sondern eine Angleichung der sozio-ökonomischen Lebensbedingungen in diesen beiden Staaten. Daraus lässt sich der Schluss ableiten, dass soziale Reproduktion nicht/nur begrenzt über Bildung ausgeglichen werden kann, wenn nicht fundamental strukturelle, kulturelle Veränderungen im Zusammenspiel mit bekannten Anforderungen an die „innere Schulreform“ eingeleitet werden, die einer internationalen Benchmarkorientierung standhalten.

16.5. Die Rolle ‚der‘ Erziehungswissenschaften im Kontext der PISA-Adaptionen: Auftrag zur Ökonomisierung des Sozialen

Die öffentlichen Reaktionen auf die Veröffentlichung der ersten PISA-Studien sind vergleichbar (und trotzdem unterschiedlich) zu den politischen und wissenschaftlichen Identitätskrisen einer „Bildungsnation“ im Kontext des „Sputnik-Schocks“, dessen Menetekel des „drohenden ökonomischen und technologischen Niedergangs“ nicht nur die „deutsche Bildungskatastrophe“ (Picht 1964) ausrief, sondern als wissenschaftliche Reaktion darauf die erste Phase der Bildungsökonomie (postulierter Zusammenhang zwischen Qualifikation des „Human-Kapitals“ und erwünschten Wirtschaftszielen) konstituierte. Während der „Sputnik-Schock“ (1957) überraschend „am Himmel“ auftauchte, und danach zusätzliche Bildungsinvestitionen im Ost-West-Systemwettbewerb angemahnt wurden, ist PISA als ein von der OECD selbst erzeugtes, intendiertes und implementiertes Kommunikationsgeschehen zu interpretieren, in dessen Inszenierung (medial inszenierter „PISA-Schock“) auch die Erziehungswissenschaften involviert wurden/werden. Der Anspruch auf eine nachhaltige Ökonomisierung, Optimierung und Technologisierung der Erziehungs- und Bildungsprozesse tangiert in den an sie herangetragenen Aufgabenstellungen die Rolle und Identität dieser Disziplin in ihren professionellen Selbstverständnissen.

Die Anforderungen an die erziehungswissenschaftliche Forschung lassen sich aus der definierten „Umsteuerung des Erziehungssystems“ (Deutsches PISA-Konsortium 2001: 15) ableiten:

„PISA ist Teil des Indikatorenprogramms der OECD, dessen Ziel es ist, den OECD-Mitgliedsstaaten vergleichenden Daten der Ressourcenausstattung, individueller Nutzung sowie Funktions- und Leistungsfähigkeit ihrer Bildungssysteme zur Verfügung zu stellen“.

Damit ist sowohl die Neubestimmung der Funktion und Arbeitsweisen der Erziehung in der „modernen Gesellschaft“ definiert (vgl. Klausenitzer 2002 a, b) (Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften durch Rückbau des europäischen Wohlfahrtsstaates, der neoliberalen Umgestaltung des Arbeitsmarktes und einer Ökonomisierung des Bildungssystems), als auch der Anspruch an die begleitenden Wissenschaftsdisziplinen, für die Neuausrichtung des Erziehungs- und Bildungssystems sozialwissenschaftliche Analyse- und Steuerungstechniken zur Verfügung zu stellen. Mit den Instrumenten „performance agreements“, „performance measurement“, „programme evaluation“ soll unter dem Anspruch auf Effizienzsteigerung und erhöhter Rationalität die Neuausrichtung des Bildungs- und Erziehungssystems gesteuert und perspektivisch auf eine (Teil-)Privatisierung der „höheren Erziehung“ ausgerichtet werden. Zentralbegriffe für dieses semantische Vexierspiel sind „Autonomie“, „Bildung“, „Individuum“ und „Emanzipation“ etc., die von den theoretischen Begründungszusammenhängen der neuhumanistischen Pädagogik abgelöst, und im Geiste neuerer Organisations- und Systemtheorien positioniert wurden. Verdecktes Motiv der neuen Steuerungsziele und -techniken ist die Funktionalisierung der Erziehung im Sinne der ökonomistischen Prämissen.

Dabei ist nicht nur der fehlende Erfolgsnachweis der Adaption von Managementphilosophien, -strategien und -methoden (selbst im Industriekontext – siehe Malik 2000, Ertel 2003) zu problematisieren, sondern die grundsätzliche Frage zu stellen, ob eine beabsichtigte Transformation des Bildungs- und Erziehungssystems in ein Regime der ökonomischen Rationalität ein Prämissenwiderspruch ist, der nicht nur in seinen Implementierungsgrenzen, sondern schon in seiner Zielsetzung zu problematisieren ist. Die schematische Zielübertragung von Markt, Wettbewerb, Quality Management, Budgetierung etc. auf Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Bibliotheken etc. ist nicht nur auf dem Hintergrund des kläglichen Scheiterns der Konzepte der Bildungsökonomie der 70er Jahre zu reflektieren. Der Anspruch auf „ökonomische Verwertbarkeit“ und technische Machbarkeit von Erziehung und Bildung löst nicht nur den im humanistischen Menschenbild gebundenen Bildungsbegriff ab (Messner 2002, Fuchs 2003), sondern formuliert mit seinem Anspruch auf „Vergleichbarkeit“, „Operationalisier- und Messbarkeit“ im Verständnis des Qualitäts-Managements auch Anforderungen an die Erziehungswissenschaften, die eine Ähnlichkeit zum historischen erziehungswissenschaftlichen Diskurs um die sog. „empirische Wende der Erziehungswissenschaften“ (Brezinka, Roth) aufweist. Die in diesem Prämissenstreit über die Strategie der Ökonomisierung und Technologisierung angelegte Rolle und Anforderung an die nationalen Erziehungswissenschaften beinhalten die Wendung der Erziehungswissenschaften in eine empirisch-sozialwissenschaftliche Orientierung, und eine Umorientierung und Synchronisierung auf die Aufgabenstellungen der empirischen Bildungsforschung, Bildungsökonomie und des Bildungsmanagements.

Diese geforderte „empirische Wende“ der pädagogischen Wissenschaften („monitoring“) erfordert nicht nur das Ideal des Forschungstechnikers, sondern erklärt auch eine intellektuelle Problematisierung der Handlungsprämissen für unerwünscht, und trägt durch den reduzierten Anspruch zu einer Instrumentalisierung einer Wissenschaftsdisziplin für eine übergreifende nationale Zielsetzung bei. Wenn auch die bisherigen Erwartungen an eine unmittelbare Verwertung seitens der Erziehungswissenschaften bisher weitgehend unbeantwortet blieben (siehe auch Rolle Lenzen u.a.), so haben die PISA-Debatte und die nachgelagerten Forschungsaktivitäten die Forschungslandschaft doch erheblich verändert. Denn die als „reformunfähig“ gescholtene Bildungsverwaltung und -bürokratie ist offensichtlich gewillt (in Analogie zu Ingenieurwissenschaften), die Forderung nach technischer Anwendbarkeit der

Befunde zu intensivieren, ohne aus den Prämissendiskussionen des Positivismusstreites in der Soziologie und der „emprischen Wende der geisteswissenschaftlichen Pädagogik“ (Roth 1965) angemessene Konsequenzen abzuleiten.

Die mit der PISA-Debatte ausgelösten disziplininternen Auseinandersetzungen um die Federführung in der Theorie- und Forschungsdebatte sind nicht nur von den unterschiedlichsten Sichtweisen auf die Steuerungs- und Kontrollerwartungen geprägt, sondern vor allem auch durch den Dissens über das Verhältnis und Selbstverständnis zum Anspruch auf Linearität, Kausalität und Steuerbarkeit (interdisziplinäre Debatten in der Philosophie, Systemtheorie, Informatik, Neuro-Biologie etc.). Nicht zuletzt der Anspruch und die Illusion, gesellschaftlich induzierten Problemlagen relevant mit „Bildung und Erziehung“ begegnen zu können („Pädagogisierung sozialer Probleme“) bestimmt diese kontroverse neue und alte Debatte. Die Komplexität des Lehr-Lern-Geschehens entzieht sich nicht nur einer auf Standardisierung angelegten Messbarkeit/Vergleichbarkeit, sondern ist vor allem hinsichtlich oberflächlicher Kausalitäts- und Steuerungsannahmen mit der Luhmannschen Sichtweise konfrontiert:

„Sowohl in Richtung Ursachen, als auch in Richtung Wirkungen führt Kausalität in Endloshorizonte“ und dies „in beliebig viele benennbare Mitursachen und Mitwirkungen“ (Luhmann 1995, S. 12).

Sowohl Kausalitätskonstruktionen als auch Wirkungsannahmen von Interventionen sind verunsichert durch die Komplexität und Selbststeuerung vielfältigster Sozialisations- und Erziehungsmächte, die nicht zuletzt durch das erziehungswissenschaftliche Paradigma des „heimlichen Lehrplans“ mitbestimmt sind. Die schon seit Dilthey gültige Annahme über die „Autonomie“ und „Eigenwilligkeit“ der Zöglinge und die vielfältigsten erziehungswissenschaftlichen Erklärungsansätze zum komplexen Verhältnis von „Lehren und Lernen“, und der damit verbundene Erkenntnisrelativismus begründet einerseits das Bedürfnis nach erweitertem Erkenntnisinteresse, produziert andererseits einen professionellen Realismus eines technokratischen Machbarkeitsanspruchs:

„Das OECD-Projekt der Performance-Kultur basiert auf wackligen Prämissen: Die Suche nach Ursachen- wie nach Wirkungskausalität in der Erziehung, die die Voraussetzung für alle Versuche darstellt, Technologien zu entwickeln, die prognostizierbare Ergebnisse garantieren könnten, ist aus systematischen Gründen nicht erfolgreich gewesen und scheint auch in Zukunft wenig aussichtsreich. Weder ist das zu erziehende Individuum eine Trivialmaschine, die konstante input-output-Relationen hervorbrächte, noch ist mit dem homo oeconomicus zu rechnen, der nur rationale Entscheidungen entlang nur einer Rationalität trifft, noch ist der output von autonom operierenden Funktionssystemen und ihrer Organisationen zuverlässig von außen steuerbar. Das Kontingenzproblem, das Prozesse beschreibt, die weder natürlich, noch probabilistisch noch rational sind, sondern komplexen sozialen Mustern folgen, die nicht unabhängig von den Beschreibungen und Reflexionen der Teilnehmer sind, steht ihrer Steuerbarkeit entgegen. Trivialität und einlinige Rationalität werden aber im Human-Kapital-Konzept ebenso vorausgesetzt, wie sie in alle bildungstechnologische Programme Eingang gefunden haben“ (Frank-Olaf Radtke, Die Erziehungswissenschaft der OECD-Aussichten auf die neue Performanz-Kultur, Skript zum Forschungsseminar „Globalisierung als Argument im Erziehungssystem“, S. 128).

Die Frage von Margrit Stamm „Evaluation im Spiegel ihrer Nutzung: Grande idée oder grande illusion des 21. Jahrhunderts?“ (2003) bricht und beantwortet sich durch den Anspruch, Evaluation habe Anstöße zur Entwicklung, Optimierung und pädagogischer Praxis zu geben, und eine unverzichtbare Rolle in der Steuerung und Entwicklung der Bildungssysteme zu übernehmen (Altrichter/Posch 1997; Tillmann/Vollstädt 2001). Der genuine erziehungswissenschaftliche und pädagogische Anspruch, theoretisches Wissen in die pädagogische Praxis zu überführen, bricht sich am „Musterbeispiel einer erfolgreichen Evaluation“ PISA augenfällig:

„Bei näherem Zusehen erweisen sich die Folgen von PISA allerdings als problematisch. Denn die Evaluationsbefunde werden selten in dem Kontext übernommen, in welchem sie produziert worden sind, vielmehr werden sie häufig transformiert, reduziert oder so umgebogen, dass sie bildungspolitische Standpunkte legitimieren können. PISA wird damit zum Abbild der großen Verflochtenheit von Erkenntnis und Interesse, die sich in der Indienstnahme durch politisch-praktische Interessen, spezifische Verwendungszusammenhänge und Verwendungszwecke äussert. Die ‚Folgen von PISA‘ zeigen damit exemplarisch auf, dass sich Evaluationen keinesfalls lediglich durch das Ausmaß der Nutzung ihrer Ergebnisse für nachfolgende Entscheidungen, durch ausgereifte Methodologie oder technische Perfektion legitimieren lassen oder man

ihr Ausbleiben als alleinige Quelle eines möglichen Nutzungsdefizits interpretieren kann. Nutzungsprobleme artikulieren sich als Problemlagen in zwei pädagogisch bisher kaum gewürdigten Bereichen: Erstens als durch die Bildungspolitik generierte Transformationsproblematik, welche die Ergebnisse nicht so verwendet, wie sie von der Forschung erzeugt worden sind; zweitens als Wissenserschließungsproblematik, die sich in der fehlenden Interpretationskompetenz der Daten durch die Abnehmersysteme manifestiert... Selektive Verwendung einerseits und fehlende Interpretationskompetenz andererseits verweisen jedoch auf einen dritten Problembereich, auf die Frage nämlich, wer denn die Vermittlungsleistungen zu erbringen hätte, und wie diese zu gestalten wären" (Stamm, 2003, S.123).

16.6. Strukturelle Verschärfung durch schichtenspezifisch adaptierte private Bildungsindustrien

Die sich verschärfende Konkurrenz- und Wettbewerbsorientierung im Arbeitsmarkt findet eine vorge-lagerte Entsprechung im Bemühen vor allem in leistungssozialisierten Sozialschichten, den „Startpunkt“ im Qualifizierungs- und Bildungswettbewerb so weit wie möglich nach vorne zu verschieben, um die günstigsten und frühesten Ausgangslagen für ihr(e) Kind(er) im Bildungs- und Arbeitsmarktwettbewerb zu organisieren. Die vielschichtigen pädagogischen und entwicklungspsychologischen Fragestellungen dieses schon weit entwickelten Prozesses sollen hier nur angedeutet sein („Wunderkinder landen in der Psychiatrie“, Prof. Gerald Hüther, Klinikum Göttingen). Der Fokus liegt auf der Betrachtung der sich zuspitzenden sozialen Ausdifferenzierung im Qualifizierungs- und Bildungswettbewerb.

Als Folge des „PISA-Schocks“ und der damit einhergehenden Schärfung des Bewusstseins über die strukturellen Schwächen des deutschen Regelschulsystem im internationalen Benchmark treibt immer mehr Eltern (in Angst um die Zukunft ihrer Kinder) in schulisch vorgelagerte „Qualifizierungsprozesse“ eines breiten und ausdifferenzierten Bildungsmarktes. Das Geschäft mit der „Bildung der Kleinen“ („Prä-Vorschulkinder“) blüht, und stellt alle bisher bekannten Fragen zur „frühkindlichen Förderung“ in den Schatten. Die Adaption dieses in den USA eingeleiteten und geprägten Prozesses (von den Bildungsmonopolen gesteuert) ist geprägt durch Titel wie „Baby-Einstein“, „Baby Bach“, „Baby Shakespeare“ oder „Baby Van Gogh“ (Umsatz von Walt Disney 14 Milliarden) (Stern 44/2004: 67), und ist in der (Kauf-)Motivation der Eltern getragen von dem Anspruch, die kognitive Entwicklung ihrer „Kleinen“ zu fördern und zu steigern. Und dieses so früh wie möglich.

Dieser Prozess ist zwischenzeitlich auch in Deutschland angekommen. Unter dem Anspruch von „Förderung und Bildung“ treibt die Angst vor der Zukunft der eigenen Kinder in der immer selektiver werdenden Wettbewerbsgesellschaft zunehmend bedenkliche Stilblüten:

- Baby-Hirn-Fitness-Training: Kreuzweises Verschränken von Ärmchen und Beinchen soll wichtige neurale Verbindungen herstellen und somit die Voraussetzungen für logisches Denken schaffen.
- Besonders Eifrige lassen im IQ-Test für Zweijährige das Potenzial ihres Nachwuchses überprüfen, um sie anschließend in „Kreativlabors“ oder eine Fremdsprachenschule zu schicken.
- Der „PC-Pilotenschein“ für Vorschulkinder oder der Musikunterricht nach der „Suzuki-Methode“ sind ebenso ein Teil dieses Marktgeschehens, wie unüberschaubare neue Angebote mit den Titeln „Science-Lab“, „Early English“ (schon für Einjährige) oder „Mathjogs“.
- Im Grundschulalter geht es dann weiter mit professioneller Nachhilfe (im expandierenden Nachhilfemarkt) und exklusivem Schüleraustausch. „Potenzialchecks“ (Institut für Begabungsanalyse Youngworld in München) prüfen mit Intelligenz-, Kreativitäts- und Persönlichkeitstests das „Begabungsprofil“ (Stärken-Schwächen-Analyse), und erstellen „Prognosen“ zur Schul-

laufbahn bis hin zum Arbeits- und Sozialverhalten entlang der technizistischen Prämisse: „Wir messen das Talent, wie man Fieber mit dem Thermometer oder die Körperlänge mit dem Maßband misst“ (Stern 44/2004: 68).

- Die privaten „Helen Doron“-Sprachschulen bieten Kurse für Säuglinge ab drei Monaten an („Baby's Best Start“-Lektionen).
- Das US-Unternehmen „Fastrackids“ eröffnete im Januar 2007 seine erste Deutschland-Dependance. Der Bildungskonzern für drei bis sechsjährige Schüler verkauft ein Curriculum, das Merkmale einer gymnasialen Oberstufe trägt: In zwölf Blöcken von jeweils zwei Monaten stehen Mathematik, Kommunikation, Astronomie, Ökonomie und sogar „Überlebensstrategien“ auf dem Lehrplan. (Der Spiegel, 19/2007: 162).

Dieser aufgesetzte Trend hat marktinduziert eine Eigendynamik entwickelt, die bundesweit flächig implementiert wird/ist, und sich durch die Schwächen des öffentlichen Erziehungs- und Bildungssystems verschärfen wird, da die monetäre staatliche Krise und die bürokratisch induzierte und sich perpetuierende Innovationsblockade der Schulbürokratien die Prognose ermöglicht, dass sich trotz PISA-Aufregung das Verhältnis von Marktattraktionen und „Schulpädagogik“ weiterhin auseinander entwickeln wird. *„Frühförderung ist das Bildungsthema des Jahrzehnts. Dahinter wird die Diskussion um Elite-Unis verblassen“*, prognostiziert der Geschäftsführer von „didacta“ Reinhardt Koslitz (Stern 44/2004: 70). So ist nach Einschätzung der Sprachschulkette „Helen Doron“ Powell Deutschland im Moment der „am schnellsten wachsende Markt“. Nach Einschätzung des Frühpädagogen W. Fthenakis treibt die Eltern die Angst, „dass ihre Kinder nicht angemessen gefördert werden. Der Druck auf die Eltern wächst, nur ja keine Chancen auszulassen“, und dies auf dem Hintergrund, dass „sich der öffentliche Sektor nicht angemessen entwickelt hat“ (Der Spiegel, 19/2007: 162).

Nach dem angstinduzierten Grundsatz „Hauptsache, unsere Kinder müssen nicht in die staatliche Schule“, orientieren sich vor allem gut verdienende Angestellte und Freiberufler an privaten Bildungsanbietern, um im Spektrum von Montessori, Waldorf, internationalen und freien Schulen einen sozialen Ausdifferenzierungsprozess zu forcieren, von dem die Kinder aus „sozial benachteiligten Milieus“ strukturell ausgegrenzt werden/bleiben, und sich somit der soziale Disparitätenkonflikt um eine weitere Dimension verschärft. Der Wettbewerb in der globalisierten Leistungsgesellschaft hat erst richtig begonnen. Wer es sich „leisten“ kann, flieht aus der tristen Welt des staatlichen Bildungssystems. Zwischenzeitlich wünscht sich jedes fünfte Ehepaar einen Platz auf einer Privatschule für das eigene Kind. (B. Mahron vom Bundesverband Deutscher Privatschulen beschreibt die Nachfrage auf ca. 1,6 Mio Schüler (Stern 44/2004: 70). Seit 1992 ist die Zahl der Schüler an Privatschulen um mehr als die Hälfte auf jetzt 873.000 gestiegen (Statistisches Bundesamt 2007). Danach besucht schon heute jeder vierzehnte Schüler keine staatliche Schule mehr. Der Schwerpunkt der Privatschulorientierung liegt bei kirchlichen Trägern (mehr als die Hälfte), ein weiteres Fünftel geht zugunsten der Waldorfschulen (so der Verband der Privatschulen VDP). Der VDP begründet den steigenden und wachsenden Privatschulboom mit dem „PISA-Schock“ vor fünf Jahren, der viele Eltern verunsichert habe. Für diese bedarf es erheblicher monetärer Mittel, mittels derer die soziale Bildungsselektion um einen weiteren Aspekt verschärft wird. So besuchen laut Statistischem Bundesamt nur 3,8 Prozent ausländischer Schüler eine Privatschule. Dieser eingeleitete und sich eskalierende Trend in die Systeme der Privatschulen und der damit verbundenen Verschärfung der sozialen Disparitätenproblematik lässt sich an folgendem exemplarischen Beispiel in allen relevanten Dimensionen vermitteln:

„Es wird ein schöner, unbeschwerter Tag werden. Engagierte Lehrer treffen auf wissbegierige Kinder. Die Klassen sind mit höchstens 18 Schülern paradiesisch klein, der großzügige Campus wird gerade für 14 Millionen Euro umgebaut. Ein Gefühl von Zukunft, von Aufbruch liegt über dem von Wäldern umsäumten Areal im Südwesten von Berlin. Die 570 Schüler aus 40 Ländern genießen vom Kindergartenalter bis zur Hochschulreife täglich von 8 bis 18 Uhr die Aufmerksamkeit pädagogischer Profis. Auf Englisch, versteht sich. Theaterspielen ist ein Pflichtfach, die Zeugnisse sind zehn

Seiten lange Essays, Hausaufgabenhelfer und der persönliche Coach für persönliche Lebenskrisen stehen bereit. Wer hier zur Schule geht, legt das Fundament für eine internationale Karriere; wer hier abschließt, profitiert noch Jahrzehnte später im Beruf von wertvollen Alumni-Kontakten.

Bis zu 13 100 Euro pro Jahr kostet ein Schuljahr an der exklusiven Bildungsstätte. Hinzu kommen 3000 Euro Aufnahmegebühr und noch mal 1100 Euro extra pro Jahr für den Shuttle-Service...

Man muss nur von Kleinmachnow aus 20 Autominuten weiter nördlich in den Berliner Bezirk Neukölln fahren, um zu wissen, was Schädler meint. Dort, wo die Rüttli-Schule Schlagzeilen machte, herrscht kein Zukunftsgefühl, dort muss zuallererst die Gegenwart überstanden werden. Im vergangenen Schuljahr gab es in Neukölln 136 Fälle von körperlicher Gewalt...

Mit jeder Horrormeldung aus staatlichen Klassenzimmern verschwindet das Vertrauen in das staatliche Schulsystem. Im Jahre sieben nach Pisa hat sich in der Republik das Bild von aggressiven Kindern und überforderten Lehrern festgesetzt, von stupidem Unterricht in maroden Gebäuden, von planwirtschaftlicher Mangelverwaltung durch bornierte Bürokraten. Wer es sich leisten kann, flüchtet in die heile Welt der Privatschulen. Das schulische Quasi-Monopol des Staates beginnt zu bröckeln. Im Schnitt öffnet in Deutschland eine Privatschule pro Woche ihre Pforten. Seit 1992 ist die Zahl der Privatschüler um 43 Prozentpunkte gestiegen, im vergangenen Jahr verbuchten die Privaten ein Plus von 35 000 Schülern...

Für den Bielefelder Bildungssoziologen Klaus Hurrelmann ist das nicht überraschend. Er beobachtet seit Jahren ein ‚ständig ansteigendes Bildungsbewusstsein der Eltern‘. Sie setzen alle Hebel in Bewegung, um dem Kind eine optimale Ausbildung zu bieten. Im gleichen Maße stiegen die Erwartungen, nicht immer zum Wohl des Nachwuchses. Kindergarten? Möglichst mit einer Fremdsprache. Einschulung? Möglichst schon mit fünf Jahren. Abitur? Selbstverständlich, aber bitte mit einem Notendurchschnitt von besser als 2,0 – damit es auch klappt mit der Elite-Uni. All dies, glaubt Hurrelmann, spiele den Privaten in die Hände“ (Wirtschaftswoche 6.8.2007, S. 22 ff.).

Zugleich hat nach dem „PISA-Schock“ im Jahre 2001 die Zahl der Schüler, die privaten Zusatzunterricht erhalten, drastisch (um 25 Prozent) zugenommen (Vergleichszeitraum 2002-2006, Shell-Studie 2006). Danach erhält jeder vierte Schüler Nachhilfeunterricht. Immer mehr Grundschüler erhalten für den Sprung aufs Gymnasium außerschulische Unterstützungsleistungen, und verschärfen damit die schon vorhandene Schieflage in einer neuen Dimension.

„Gewinner“ und „Verlierer“ dieses Prozesses lassen sich unschwer prognostizieren. Zurück bleiben nicht wenige Pädagogen mit immer schwieriger werdenden „Lernpopulationen“. Das deprimierende Resümee ist, dass in Deutschland qualitative Bildung privat erkaufte werden muß, mit der Konsequenz einer sich verschärfenden sozialen Selektion, ohne damit im internationalen Benchmark wesentlich günstigere Voraussetzungen zu schaffen: So konnten die Milliardeninvestitionen die Defizite des staatlichen Bildungswesens nicht kompensieren, denn trotz dieses „fünften Rades“ schaffen nur 38 Prozent der Schüler die Hochschulreife (z.B. Schweden 74 Prozent). Die vertiefte qualitative Analyse über die strukturelle Krise des deutschen Bildungswesens hat noch gar nicht richtig begonnen. Verifiziert werden kann jedoch ein kompensatorisches Marktgeschehen, dass die vorhandenen und beschriebenen strukturellen Ungleichheits- und Disparitätenpotenziale weiter vertiefen wird. Die „Flucht aus dem staatlichen Schulsystem“ innerhalb der letzten zehn Jahre ließ die Zahl der Privatschüler von 150.000 auf knapp 640.000 anwachsen – mit stabilem Trend nach oben (Statistisches Bundesamt 2006). Ob Internat, internationale oder konfessionelle Einrichtungen: Für immer mehr Eltern gilt der folgende Anspruch für die Qualifizierung und Sozialisation ihrer Kinder:

„Privatschulen erscheinen vielen Eltern noch verlockender, seit die Pisa-Studie dem deutschen Bildungssystem ein mieses Zeugnis ausstellte und die Meldungen über Gewaltexzesse an Regelschulen nicht abreißen. Die Privaten scheinen attraktiver, seit Globalisierungsdruck und Jobangst ein optimales, hochflexibles Rüstzeug für die Zukunft verlangen“ (Fokus, 17/2007, S. 52).

16.7. „Vorschulerziehung“: Das Ende der Kindheit im „Standortwettbewerb“?

War die Debatte über die „Vorschulerziehung“ der 70er Jahre von ähnlichen Prämissen und Motiven getragen wie heute, so unterscheidet sich die heutige Diskussion über die „Vorschulerziehung“ und

Krippenplätze durch den veränderten Kontext, die Player und Prämissen, durch die diese Debatte ausgelöst und vorangetrieben wird.

Die Diskussion um die frühe öffentliche Förderung aller Kinder hatte in der historischen Auseinandersetzung eine Schlüsselstellung in den Bestrebungen und Programmen der Bildungsreform erhalten, und konzentrierte sich auf die institutionelle Erziehung der 3-6-jährigen unter Einbeziehung eines reformierten Schulbeginns. Die Kontroverse um diesen Ansatz bezog sich sowohl auf entwicklungspsychologische, lerntheoretische, pädagogische und politische Fragestellungen, und stand nicht zuletzt im Kontext des „Sputnik-Schocks“ als medieninszeniertem Systemwettbewerb, in dem der Faktor Bildung eine politisch-psychologische Dimension in Korrelation um die Debatte der „Chancengleichheit“ erhielt.

Diese damalige Debatte fußte u.a. auf historischen Konzepten

- der Armenerziehung des 18. Jahrhunderts,
- den Initiativen zur Versorgung von Kindern berufstätiger Mütter im Zuge der frühen Industrialisierung,
- der pädagogischen „Entdeckung“ der frühen Kindheit (in der Nachfolge Rousseaus),
- den ersten sozialpädagogischen Analysen des Industriezeitalters.

In Friedrich Fröbels Entdeckung des „Kindergartens“ als erster pädagogisch begründeter Institution hat sich (auf der Grundlage der Pestalozzischen Pädagogik und einer philosophisch-romantischen Theorie der Kindesentwicklung: Lehre von den frühen Sozialkontakten, Theorie des Kinderspiels, Theorie und Programmatik des Kindergartens) das Konzept und der Anspruch der „Früherziehung“ in der ganzen Welt ausgebreitet, und die unterschiedlichsten Begründungen und Legitimationen erfahren. So sind neben der Orientierung an der Fröbelschen Theorie des Kinderspiels und der Frühförderung andere Modelle und theoretische Einflüsse wirksam geworden: die sensualistisch orientierte Erziehung mit Selbsttätigkeitsmaterialien (Montessori), die tiefenpsychologisch orientierte Erziehung der Nursery und Infant School (Isacs), die strenger schulorientierte Ecole maternelle und die lerntheoretisch und kognitiv orientierte Schule zur Frühförderung der formalen Schulfähigkeit.

Dieser Mix aus politischen (z.B. Head-Start-Bewegung) und wissenschaftlichen (Sozialisationsforschung) Begründungszusammenhängen (z.B. Konzept der „kompensatorischen Erziehung“) hat in den Konzepten und Umsetzungsstrategien auf Bundes- und Länderebene unterschiedliche Ausprägungen erhalten, und keinen relevanten Niederschlag in abgestimmten Konzepten, Methoden und angemessenen theoretischen Einbettungen erfahren (Sprach-, Intelligenzförderung, Lesetraining, Curricula zur propädeutischen Förderung des naturwissenschaftlichen Verständnisses, soziale Rollenspiele, Phantasiespiel etc.). Spezifisch bei mittelschichtorientierten Elternpopulationen (Lern- und Leistungsmotive) hat diese historische Debatte einen Niederschlag gefunden, während die Effekte für die „benachteiligten“ Bildungs- und Sozialschichten zu vernachlässigen sind, und ein diffuser Angebotsmarkt von dieser Diskussion profitiert hat.

Die heutige Debatte hat (auf dem Hintergrund der PISA-Untersuchungen) einen bildungs- und familienpolitischen Akzent erhalten, mit dem Fokus des Ausbaus der Ganztagschulen und dem Ausbau einer flächigen Infrastruktur für die vorschulische Versorgung aller 3-6 Jährigen und neuen Kita-Plätzen, dessen Legitimation sowohl aus den Defiziten des heutigen Bildungssystems als auch aus industriepolitischen Anforderungen abgeleitet wird:

„Die Zahlen sind dramatisch und man fragt sich, warum nicht schon früher die Reißleine gezogen wurde: Im Jahr 2005 haben rund 78.000 junge Leute den Hauptschulabschluß nicht geschafft, rund 160.000 begannen eine berufsvorbereitende Maßnahme... jeder sechste Erwachsene hat keine Berufsausbildung.“

Dass dies nicht das Ende vom Lied sein darf, ist allen klar. Viele Experten und Politiker plädieren dafür, das Übel an der Wurzel zu packen und den Kindern möglichst dann schon Hilfestellung zu geben, wenn sie ihre ersten Schritte im Bildungssystem tun.

Ohne Geld geht das allerdings nicht. Doch das sollte diesmal – ausnahmsweise – kein allzu großes Problem sein: Weil die Schülerzahlen in den kommenden Jahren wegen des Bevölkerungsrückgangs sinken werden, muss der Staat ab etwa 2012 schätzungsweise 8 bis 10 Milliarden Euro jährlich weniger ausgeben. Und wenn er diese Mittel nicht einspart, sondern – zumindest teilweise – im Bildungssystem lässt, dann zahlt sich das aus.

Würden die Jüngsten früher gefördert, wären sie früher fitter in Mathematik, Naturwissenschaften und im Lesen. Dermaßen gerüstet, könnten die künftigen Jahrgänge höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Besser qualifizierte Beschäftigte sind erfahrungsgemäß weniger von Arbeitslosigkeit betroffen, erwirtschaften ein höheres Sozialprodukt, zahlen mehr Steuern und Sozialbeiträge.

Wie sich frühkindliche Bildung in Euro und Cent rentiert, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ausgerechnet. Dabei zeigt sich: Gezielte Bildungsinvestitionen sind gut, noch besser ist es aber, wenn sie mit Bildungsreformen Hand in Hand gehen“ (in: iwd, 15.2.2007, S. 4).

Diese ökonomistische Logik („Frühkindliche Bildung: Hohe Reformrendite“) durchzieht nicht nur die industriepolitische Debatte und einschlägige Publikationen, sondern artikuliert sich auch in der Unterstützung der Wirtschaft der Kita-Pläne des Familienministeriums. Der Bezug auf die Studie der „Initiative Wissensfabrik“ (Institut der deutschen Wirtschaft 2006) begründet den Grundsatz des DIH-Präsidenten Braun, dass „eine gute Kinderbetreuung eine unbedingte Voraussetzung für die von Betrieb und Eltern gewünschte rasche Rückkehr in den Beruf“ (Handelsblatt 16.2.2007) ist. So bringe eine Investition von 10 Milliarden Euro jährlich in gebührenfreie Kindergartenplätze (bundesweite Standards und höher qualifiziertes Personal) 4,2 Milliarden jährlich (Einsparungen für den Staat durch den Rückgang von Nachqualifizierungen für Kinder und Jugendliche). Die familienpolitische Mission von der Leyens (in den kommenden sechs Jahren 750.000 Kita-Plätze und Tagesmutterangebote für unter Dreijährige = Verdreifachung des existierenden Angebots) bringen nicht nur Widersprüche in der Finanzierungsfrage, sondern polarisieren auch das wertkonservative und „modernisierungsorientierte“ Politiklager. Das neue „Elterngeld“ ist in dieser Politikstrategie von der Leyens der erste Baustein (Höchstauszahlung 14 Monate), um Anreize für einen schnellen beruflichen Wiedereinstieg zu schaffen. Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder von einem bis drei Jahre ist die logische Folge des Elterngeldes und ist auch im Koalitionsvertrag verankert. Die Unterstützung dieser Pläne sowohl durch die SPD (vorrangig Finanzminister Steinbrück) als auch durch die Grünen (Saga) bedingt eine Umschichtung der jährlichen staatlichen Familienleistungen von knapp 185 Mrd. Euro zugunsten des Kita-Ausbaus als auch eine Neuregelung des Ehegattensplittings. Die politische Konstellation der Großen Koalition in dieser Frage scheint stabil zu sein – trotz aller innerparteilichen Querelen wertkonservativer Irritationen, und der leidigen Finanzierungsfrage. Unabhängig von der Finanzierung steht das Projekt auf dem Hintergrund zentraler qualitativer Parameter weitgehend auf tönernen Füßen, da die im Eiltempo aufgesetzte gesellschaftliche Großreform sichtbare Defizite aufweist, die bei Realisierung massive Folgeprobleme aufwirft, die in ihren Wirkungen sozialisatorisch folgenreich wären. Während Deutschland (vorgeführt durch den Benchmark) quantitativen Maßstäben von Krippenplätzen und vorschulischen Einrichtungen hinterherläuft, haben andere Nationen längst die Qualität ihrer Einrichtungen sichern und ausbauen können, während in Deutschland die „Qualität der Betreuung“ kaum angemessen (professionell) diskutiert wurde/wird:

- Nach dem Motto „bei kleinen Kindern kann eine Erzieherin nicht so viel falsch machen“ ist die Ausbildung der Erzieher/innen ebenso defizitär wie das Niveau frühkindlicher Pädagogik. Das Schema der „Anspruchslosigkeit“ scheint sich bei den unter Dreijährigen zu wiederholen. Zwar wurde in der öffentlichen Debatte viel über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestritten, jedoch von den Kindern war wenig die Rede.
- Während Wissenschaftler (Deutsches Jugendinstitut, Bertelsmann-Stiftung etc.) für Kinder zwischen null und 24 Monaten ein Betreuungsverhältnis eins zu drei, bei Zweijährigen eins zu fünf empfehlen, ist der Personalschlüssel in den heutigen Krippen doppelt so hoch. In Nieder-

sachsen ist es z.B. Praxis, dass zwei Erzieher/innen 25 Kinder betreuen. Der Entwurf des Kindergartengesetzes in NRW verschiebt die Verantwortung für die Gruppengrößen auf die Träger (Betreuung nach Kassenlage).

- Sind die Gruppen zu groß, liegt es nahe, dass die Satt-und-sauber-Pflege dominiert und in den Widerspruch zu einer notwendigen individuellen Förderung gerät.
- Frühpädagogische Konzepte (vergleichbar mit „Birth to three matters“ in Großbritannien im Auftrag der britischen Regierung) sucht man in Deutschland vergeblich. Eine ähnliche Leerstelle zeigt sich bei der Ausbildung der Erzieher/innen. Nirgendwo ist das Ausbildungsniveau so niedrig wie in den Kinderkrippen. Die qualifikatorische Basis für diejenigen, die einen großen Teil der 500.000 neuen Krippenkinder erziehen sollen, ist von benchmarkorientierten Standards noch weit entfernt.
- Ein ähnliches Dilemma weist die Forschungslandschaft aus. So werden Erzieher /innen nicht an einer Hochschule ausgebildet, und die Elementarpädagogik als akademische Disziplin fristet ein Schattendasein.
- Ein Drittel der vereinbarten Betreuungsplätze soll zukünftig über Tagesmütter abgedeckt werden. Doch die privaten Helferinnen unterliegen kaum Kontrollen und verdienen wenig. In einigen Bundesländern reicht ein Crashkurs von zwei Tagen, andere fordern 60 Stunden Unter- richtung für eine Erlaubnis zur Tagespflege. Diese „Nothelferrolle“ steht nicht nur im Wider- spruch zu vergleichbaren Standards (Schweden, Dänemark: dort sind Tagesmütter beim Jugendamt angestellt und bekommen ein Gehalt von durchschnittlich 2300 Euro im Monat), sondern hat auch nicht das pädagogische Profil, das der Wichtigkeit dieser sensiblen Sozialisationsphase angemessen wäre. Überlegungen des Bundesfamilienministeriums, min- destens ein Curriculum von 160 Stunden (Konzept DJI) verpflichtend zu machen, sind auf ihre Ernsthaftigkeit abzuwarten. Aktuell dominiert in Deutschland immer noch der Grundsatz „Der Anfang ist nicht so wichtig“.
- Insgesamt gilt das qualitative Resümee: „Andere Nationen investieren konsequent in früh- kindliche Bildung. Bei uns hingegen spielen Gruppengröße, Erzieherausbildung und die Ein- bindung der Eltern immer noch eine fatal untergeordnete Rolle“ (Die Zeit, 12.4.2007: 8).
- Es lässt sich weiterhin ein Trend beschreiben, dass immer mehr Eltern ihre Kinder frühzeitig einschulen wollen. Die Zahl hat sich innerhalb eines Jahrzehnts verdreifacht (von 2,5 auf 7,8 Prozent (Der Spiegel 25/2007: 68). Mehrere Bundesländer haben die Schulpflicht schon mehrere Monate vorgeschoben, so dass Erstklässler in Deutschland immer jünger werden. Damit wird der Trend „immer früher, immer flexibler“ stabilisiert, und die Grenze zwischen frühzeitiger Begabungsförderung und elterlicher Instrumentalisierung immer weiter verschoben. Wenn Deutschland auch im europäischen Benchmark (in den Niederlanden können Kinder z.B. mit vier Jahren in die Primarstufe geschickt werden) ein Regelungsdefizit zu haben scheint, ist dieser aufgesetzte Trend nicht nur ein Spiegelbild des sich verschärfenden Bildungswettbe- werbs (primär ausgelöst durch die neuen Leistungs- und Bildungsschichten), sondern zugleich auch eine zusätzliche Verschärfung bekannter sozialer Disparitäten. Unabhängig von entwick- lungspsychologischen Fragestellungen tragen die heterogenen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern (Bildungsföderalismus) noch zu einer weiteren Disharmonisierung in der Bil- dungslandschaft bei.

Dabei befindet sich diese „Neuorientierung der Früherziehung“ in einer logischen Kontinuität der Politik der rot-grünen Koalition. In dem Gutachten „Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der

Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003) wird einerseits auf die sozialisatorischen Ziele und Ansprüche (u.a. Verbesserung der Startchancen und Kompensation von Entwicklungsrückständen) der institutionalisierten „Früherziehung“ verwiesen, zugleich wird das spezifisch deutsche strukturelle Defizit im infrastrukturellen Status als auch der Betreuungsqualität Ausgangspunkt der politischen Debatte. Der Bezug auf die OECD-Standards leitete die Handlungsbedarfe, die Rahmenbedingungen für „Erziehung, Bildung und Betreuung“ (für die „Betreuung der Kleinsten“), als auch den Ausbau der Ganztagschulen. Im Kontext der „Nationalen Qualitätsoffensive“ soll zugleich die pädagogische Qualität evaluiert werden.

Zentrales Motiv und Auslöser für diesen Paradigmenwechsel (in der Schnittmenge von Familien- und Bildungspolitik) ist der Bezug auf das „wichtigste Humanvermögen“ in der „globalisierten Welt“ (S.6), auf dessen Hintergrund der quantitative und qualitative Veränderungsprozess der „Früherziehung“ begründet und realisiert werden soll. Im internationalen (vor allem europäischen) Benchmark wird die Versorgungslage im Krippenbereich (vor allem im Westen) als auch das Angebot im Kindergartenbereich (Angebot an Ganztagsplätzen) und die Versorgungslage im Hortbereich als „unzureichend“ dargestellt. Die volks- und betriebswirtschaftliche Logik in den Begründungszusammenhängen für eine höhere politische und gesellschaftliche Investitionsbereitschaft wird massiv unterstrichen:

„Ausgaben für Kindertageseinrichtungen sind Investitionen von hohem volkswirtschaftlichem Ertrag. Der positive Einfluss früher institutioneller Förderung auf den weiteren Bildungs- und Lebensweg spart in den Bereichen Schule, Sozialhilfe und Strafvollzug erhebliche Folgekosten ein. Jeder in Tageseinrichtungen investierte Euro bringt der Gesellschaft kurzfristig mindestens vier Euro Betrag, der durch Müttererwerbstätigkeit, Personalbeschäftigung in Kindertageseinrichtungen und Vermeidung von Arbeitslosigkeit Alleinerziehender erzielt wird. Der Ausbau von Tageseinrichtungen in Westdeutschland erzeugt erhebliche Einnahmeneffekte für die öffentliche Hand und die Sozialversicherungsträger. Er investiert in die Erwerbstätigkeit erwerbsloser Mütter und belebt den Arbeitsmarkt durch erheblichen Beschäftigungszuwachs im Bildungs- und Erziehungsektor“ (Gutachten...., S. 15).

Dieser volkswirtschaftliche Nutzen rechtfertigt demnach eine Umverteilung innerhalb der öffentlichen Haushalte und legitimiert auch eine Umverteilung im Bildungswesen z.B. durch die Abschaffung des 13. Schuljahres.

Ein „bedarfsgerechter Ausbau des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder“ soll sowohl eine „Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien“ als auch eine „Modernisierung und Neugewichtung der Bedeutung der frühkindlichen Förderung, Bildung und Erziehung“ zum Ziel haben, wobei der vorschulische Bildungsprozess weniger als Vermittlung von Wissen denn als Vermittlung „lernmethodischer Fähigkeiten“ („lernen zu lernen“) gesehen wird: Orientierungskompetenzen, soziale Kompetenzen, Empathie, Perspektivenübernahmefähigkeit, Rollenflexibilität, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Stärkung des Selbstwertgefühls, Selbstwirksamkeit, Selbstregulation, Neugier etc.

Neben den Ansprüchen auf Qualitätssicherung und Evaluation fokussiert das Gutachten die besondere „Berücksichtigung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen“, der Förderung von Kindern mit einem „anderen kulturellen Hintergrund“ und der notwendigen Professionalisierung von Fachkräften.

Auf dem Hintergrund der Erkenntnis, dass „die ersten sechs Lebensjahre eine Phase intensiven Lernens im Leben eines Menschen sind, muss die Bildung und Erziehung der Kinder in Deutschland ein Prioritätenthema erster Ordnung auf der politischen Agenda werden“ (S. 20), dem durch folgende „Empfehlungen an die Politik“ entsprochen werden soll:

- Quantitativer Ausbau des Systems der Tageseinrichtungen (Kinderkrippen, Tagesmütter) für Kinder (Kinder 0-3 Jahre) zur Förderung des Kindes und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

- Basis dafür ist die Entwicklung eines „pädagogischen Konzeptes für die außerfamiliale Bildung, Erziehung und Betreuung“ und eine Professionalisierung der Tagesmütter.
- Die Angebote an Betreuungsplätzen für dreijährige Kinder (Alterbereich 3 bis 6 Jahre) bedürfen generell eines weiteren Ausbaus, wobei der Bedarf an Ganztagsplätzen im Westen Deutschlands besonders forciert werden müsse.
- Der Rückgang der Kinderzahlen dürfe nicht zu einer Reduktion der Ressourcen und Investitionen führen.
- Die Tageseinrichtungen für Kinder von 0 Jahren bis zum Schuleintritt werden als „erste Stufe im Bildungsverlauf“ definiert.
- Erforderlich ist die Entwicklung von Bildungsstandards in Bildungs- und Erziehungsplänen und eine länderübergreifende Verständigung über Bildungsstandards bei Bejahung der „Vielfalt“. Dabei braucht die Entwicklung und Implementierung von Bildungsplänen als Prozess genügend Zeit.
- Förderung hat Anforderungen an die pädagogische Qualität in den Tageseinrichtungen (strukturelle, prozessuale und kontextuelle Aspekte). Für die Entwicklung und Überprüfungen sind geeignete Skalen und Instrumente zur Festlegung pädagogischer Qualität zu entwickeln.
- Evaluationsmaßnahmen dienen primär der Qualitätsentwicklung und nachrangig einer Qualitätskontrolle (Selbst- und Fremdevaluation zur Reflexion und Optimierung und sekundär zur Überprüfung von Daten). Evaluationsmaßnahmen dürfen nicht als administrativ-politisches Durchsetzungs- bzw. Disziplinierungsinstrument missbraucht werden, und müssen die kulturelle Diversität der Kinder in den Einrichtungen berücksichtigen. Die Durchführung von Evaluationsmaßnahmen sollte nicht „kommerziell ausgerichteten Instituten“ überlassen werden.
- Der Umgang mit behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern und generell „Risikokindern“ soll keinen Anlass zur Diskriminierung und Aussonderung bieten. Ein systematischer Ausbau präventiver Angebote mit Unterstützung mobiler Fachdienste (Diagnostik, Prävention) sowie eine Verlagerung von Familienbildungsmaßnahmen in die Kindertageseinrichtungen und Angebote für „Risikokinder“ und deren Eltern sollen sowohl zur Früherkennung als auch zur „Behandlung von Risikokindern“ beitragen.
- Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen (Strukturen, interdisziplinäre Teams, verbesserte Kooperation zwischen den Diensten und eine Professionalisierung der Fachkräfte) ist genauso notwendig wie eine differenzierte Forschungsförderung.
- Speziell bei Migrantenkindern sind Stärken früh zu identifizieren und zu fördern. Sprachförderung darf nicht erst kurz vor der Einschulung geschehen. Die Förderung und Anerkennung von Zwei- und Mehrsprachigkeit gehört wesentlich zur sprachlichen Bildung.
- Kindertagesstätten sind Orte der kulturellen Begegnung und fördern Dialog, Kommunikation und Kooperation zwischen den Eltern mit unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund.
- Eine Professionalisierung der Fachkräfte bedingt nachhaltige strukturelle und konzeptionelle Reformen (Erzieherausbildung auf Hochschulniveau; neues Ausbildungsprofil für Pädagogen).

- Vernetzung zwischen Forschung und Ausbildung, eine engere Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis.

„Krippe, Kindergarten, Hort, aber auch die Schule in ihren bisherigen Formen waren Einrichtungen des 20. Jahrhunderts. Für das 21. Jahrhundert werden neue Formen von Einrichtungen benötigt, in denen vielfältigere Angebote für Eltern und Beratungs- und Professionalisierungsangebote für die Fachkräfte miteinander verbunden sind. Die Entwicklung, Implementation und Evaluation neuer Formen, vergleichbar den Early Excellence Centres in England, ist in Angriff zu nehmen“ (S. 35).

Die hier positiv aufgesetzte Konzeptionalisierung der „Vorschulerziehung“ mit den primären Zielen, die Bildungschancen der Kinder zu optimieren, und gleichzeitig die Möglichkeiten der elterlichen Erwerbstätigkeit zu verbessern, manifestieren sich durch einen eklatanten Widerspruch zur konkreten Praxis:

- Während einerseits die Akademisierung der Ausbildung postuliert wird, werden in der Praxis vielfach aus Kostengründen Stellen von Erzieher/innen mit Fachschulausbildung zunehmend durch Mitarbeiter/innen mit Kurzqualifikationen eingesetzt („Pädagogische Hilfskräfte“ oder sog. „Zweitkräfte“).
- Ganztagsplätze werden bevorzugt an berufstätige Eltern vergeben und zugleich Eigenbeiträge der Eltern erhöht, und damit die soziale Selektion verschärft.
- Die Gruppengrößen werden zunehmend vergrößert, die Vorbereitungszeiten der Erzieher/innen zusehends eingeschränkt und in einigen Bundesländern der Betrieb vorhandener Integrationskindergärten aufgegeben.
- Von den Erzieher/innen wird einerseits eine ständige Bereitschaft zur beruflichen Weiterqualifizierung erwartet, andererseits wird immer weniger Raum für Fortbildungen gegeben. Stellen für Fachberatungen werden zunehmend abgebaut.
- Kindergärten werden zunehmend mit Erwartungen schulvorbereitender Qualifikationen konfrontiert, die sich immer mehr an den Bildungskriterien der Schule orientieren, während die bisherigen Aufgaben im Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsbereich immer weniger wertgeschätzt werden.
- Nach wie vor gibt es an den Hochschulen kaum Ressourcen für die Lehre zu elementarpädagogischen Qualifikationen.
- In Folge zunehmender Leistungsverdichtung, des Abbaus von Ressourcen, nicht ausreichender Qualifikation von „Zweitkräften“, zunehmender Erwartungen von Politik und Gesellschaft als auch der Zunahme von „schwierigen“ Kindern fühlen sich immer mehr Erzieher/innen überfordert und in ihrer Situation allein gelassen.
- Die geforderte „Akademisierung“ wäre ein Milliardenprojekt, das auf dem Hintergrund der geforderten 3,4 Milliarden Euro für den Ausbau der Infrastruktur völlig unrealistisch hinsichtlich seiner Realisierungschancen ist (Logik der neoliberalen Haushaltskonsolidierungspolitik).
- Es muss professionell bezweifelt werden, ob der Anspruch auf eine „Akademisierung“ als flächiges Programm überhaupt sinnvoll ist. Eine Profildifferenzierung in leitende Funktionen und „operative“ Qualifikationen (auf der Basis professioneller didaktischer/methodischer, entwicklungspsychologischer und pädagogischer Kompetenzen, kultureller Techniken und praktischer Alltagsfertigkeiten=handwerkliche Fähigkeiten) im Rahmen bisheriger Fachschulausbildung plus angemessener Rahmenbedingungen (Personalschlüssel, Qualifizierungsstruktur, Gruppen-

größe, Dienstleistungszentren für Kindertageseinrichtungen, Sachmittelausstattung, keine Reduktion auf vorschulische Bildungsaspekte) erscheint sicher sinnvoller als die postulierte „Akademisierung“. Diese Diskussion ist auf dem Hintergrund der strukturellen und finanziellen Mißstände vollkommen kontraproduktiv.

- Es muss verhindert werden, dass der Anspruch der Kindertageseinrichtungen als Vorschule unter dem Primat schulischer Kriterien die Ziele dominiert. Primär geht es weiterhin um die Integration von kindgerechter Betreuung, Erziehung und Bildung.
- Die formulierten Ziele, im Rahmen der „Früherziehung“ einen Beitrag zur Reduzierung der „Armutsrisiken für Kinder“ und zur „Reduzierung der sozialen Selektion im Regelschulsystem“ zu leisten, verschärfen den Druck in die „Früherziehungs“-Einrichtungen. Zugleich entschärfen sie den gesellschaftlichen Legitimationsdruck, andere Verursachungsquellen zu beseitigen und überfordern die Akteure dieser Einrichtungen.

Auf diesem skizzierten Hintergrund lassen sich folgende zentrale Bewertungen für den aufgesetzten familien- und bildungspolitischen Prozess vornehmen:

1. Es gehört zu den grundlegenden neoliberalen ökonomistisch begründeten Prämissen, die zentrale Wertschöpfungsgröße, die „Human Resources“ laufend zu optimieren, damit sie ihre zentrale Rolle im „Standortwettbewerb“ wahrnehmen kann. In diesem Verständnis gilt es also, „jegliche Verschwendung zu vermeiden“. Zu dieser Philosophie gehört auch, den Zeitpunkt dieser „Qualifizierung“ so weit wie möglich ‚nach vorne‘ zu verschieben. „Vorschulerziehung“ oder „frühkindliche Bildung“ ohne Zugrundelegung erziehungswissenschaftlicher, pädagogischer oder entwicklungspsychologischer Expertisen fokussiert frühzeitiges kognitives Lernen, das im Rahmen „vorschulischer“ Curricula (möglichst standardisiert) seinen Ausdruck finden soll.

Welche Entwicklungen und Ausprägungen dieser kognitive Qualifizierungsprozess finden kann, lässt sich am Beispiel des französischen Vorschulsystems illustrieren: In einem vorschulischen Wochenrhythmus von 26 Stunden sind Lernziele in Kompetenzbereiche (französische Sprache, Literatur, Rechnen, Sport, künstlerisches Werken) unterteilt. Die Lernziele sind landesweit vom Erziehungsministerium festgelegt. Unter dem Titel „Keine Zeit für Unsinn“ beschreibt Katja Barthels die Problematik:

„Wird denn hier garnicht gespielt, getobt, gealbert? ‚Natürlich dürfen die Kleinen auch spielen‘, betont Lionel. ‚Wir möchten sie aber sinnvoll beschäftigen... Dass ein Kind sich von der Gruppe löst, allein vor sich hin pusselt oder in den Pausenhof läuft – undenkbar. Individuelle Entfaltung, autonomes Denken und Selbstständigkeit sind dem Gemeinschaftsgefühl klar unterstellt. ‚Schon bei den Klassen der Kleinsten ist die pädagogische Zielsetzung vorrangig‘... ‚Man vergisst das Ausprobieren, Handeln, Experimentieren...“

Fabienne Becker-Stoll, Leiterin des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München, befürwortet Frankreichs Bestreben, die Basiskompetenzen der Kinder schon von klein auf zu fördern. Trotzdem rät sie davon ab, das französische System in deutschen Kitas zu kopieren: ‚Dank zahlreicher Studien aus der Entwicklungs- und Hirnbiologie wissen wir, dass der Erwerb von Fähigkeiten und Fertigkeiten in den ersten Lebensjahren am besten gelingt, wenn die Initiative vom Kind ausgeht...“

Im Gegensatz zu Deutschland wird in der französischen Grundschule auf vorhandenes Wissen aufgebaut und eine Teilnahme an der Vorschule stillschweigend vorausgesetzt, sagte Becker Stoll. ‚Die Kinder lernen in der Ecole maternelle alle Buchstaben kennen und schreiben, entwickeln ein Grundverständnis vom Zahlenraum bis 20 und können mindestens bis 10 rechnen‘. Vorschulunerfahrene Kinder fallen so schnell aus dem Raster. Sie können dem Unterricht nur schwer folgen, haben Probleme mit der Konzentration und sind an dem für Frankreich typischen Frontalunterricht des Lehrers noch nicht gewöhnt“ (in: „Die Zeit“, 26.7.2007, S. 62).

Wenn diese Strukturmerkmale des Vorschulsektors noch sehr landesspezifisch ausgeprägt sind, so lassen sich ähnliche Tendenzen in der PISA- und in der Standortdebatte nicht übersehen, zumal der Druck von den privaten Anbietermärkten seine eigene sozial-selektive Wirkung schon heute sichtbar macht.

2. Die aufgezeigte Kontinuität der Philosophie zwischen zwei politischen Dekaden findet eine Differenzierung in der Zuspitzung der Begründungszusammenhänge der „Früherziehung“ als Beitrag zur „Standortdebatte“ als auch als Stellhebel zur sozialen Krisenprävention. Die vorgestellten Konzepte reflektieren einerseits eine Deltabetrachtung auf dem Hintergrund internationaler Benchmarks, und verdeutlichen zugleich die Machbarkeitsgrenzen auf dem Hintergrund einer neoliberalen Haushaltskonsolidierungspolitik, deren Konsequenzen sich durch alle sozialen und bildungsbezogenen gesellschaftlichen Bereiche ziehen. Der Anspruch auf Reduzierung der Staatsquote begrenzt sowohl vollmundige Staatsinterventionen und öffnet zugleich Wege für unterschiedlichste Privatisierungsstrategien (Märkte). Die aktuelle Debatte um die Finanzierung der „Vorschulinvestitionen“ illustriert diesen Widerspruch auf exemplarische Weise.
3. Das Ziel, durch die Neugestaltung der vorschulischen Konzepte soziale Disparitäten zu entschärfen (positive Einflüsse auf „Armutsrisiken“, „Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit der Eltern“, „soziale Selektion im System Schule“) ist bei aller Notwendigkeit der Verbesserung dieses Sektors nicht nur eine Überforderung der hier arbeitenden Akteure, sondern auch eine Verschiebung der Zuständigkeiten. Notwendige Antworten für die Gestaltung einer kinderfreundlichen Umwelt, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und des strukturellen Umbaus des bisherigen Schulsystems müssen auf anderen politischen Zuständigkeitsebenen gegeben werden, ohne damit den zentralen pädagogischen Stellenwert der Frühförderung zu relativieren:

„Die Neigung, eine verspielte, lang dauernde Kindlichkeit als Voraussetzung einer glücklichen Kindheit zu interpretieren, entspringt der Vorstellung, dass Schulen eine disziplinierende Belastung bringen und den Kindern möglichst lange erspart bleiben sollten. Diese Vorstellung wird ständig und vielfältig widerlegt. Lernen richtig organisiert bedeutet Freude und Glück. Gerade kleine Kinder sind besonders neugierig, wissbegierig und lernbereit. Es kommt darauf an, ihrer natürlichen Aktivität und Lernbereitschaft entgegenzukommen, ohne sie zu überfordern oder sie in ein zu strenges Regelkorsett zu stecken. Verspielte Kindergärten sind nicht das Ideal. Sie sollten in Vorschulen transformiert werden. Vorschule und Schule sollten langfristig eine integrierte, aufeinanderbezogene Organisation bilden...

Diese Forderung erhält eine zentrale Bedeutung auch daraus, dass Kinder sehr frühzeitig vergleichbare Chancen für ein hohes Bildungsniveau erhalten müssen. Kinder aus bildungsfernen Schichten werden ohne frühe gleichwertige Anregungen und Bildung in Vorschulen die Benachteiligung durch das Elternhaus auch bei später intensiven Bemühungen des Staates bzw. der Schulen nicht mehr ausgleichen. Das gegenwärtig noch dominierende Halbtageschulkonzept bei Schulbeginn mit sechs oder sieben Jahren ist völlig unzureichend“

(Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, Autoren: G. Egbers, A. Fugmann-Heesing, U. Pfeiffer, U. Thomas, G. von der Groeben, Berlin 11/2005, in: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1402.html>).

4. Wie in der Darstellung der familienpolitischen Strategien beschrieben (Kapitel H), spielt nicht nur in der Familienpolitik die politische Strategie einer „nachholenden Modernisierung“ und der „Rückeroberung der Mitte“ eine zentrale Rolle. Die Konzeptkontinuität der rot-grünen Koalition bis in die heutige politische „Modernisierer-Fraktion“ (Große Koalition) ist trotz der Irritationen ins wertkonservative Lager („Frau zur Gebärmaschine degradiert“: Bischof Walter Mixa – „In der Bibel ist die Krippe ein Provisorium“: Kardinal Meissner – Handelsblatt 16.2.2007) durch die konfrontative „Innenpolitik“ der Familienministerin gegeben. Diese Grundorientierung an der gesellschaftlichen „Mitte“ defokussiert jedoch den notwendigen Blick auf die Handlungsbedarfe der zunehmenden Marginalisierungs-/Exklusionspotenziale (und deren Kinder) in dieser Gesellschaft. Die sichtbaren sozialen Desintegrationstendenzen erfordern monetäre Mittel, zielgruppenspezifische Konzepte, Infrastrukturen und qualifiziertes Personal. Dieser Zielgruppenbezug ist in der aktuellen Debatte nicht ausreichend fokussiert.

5. Der internationale Benchmark muss einer systematischen Analyse und daraus abzuleitenden Konsequenzen unterzogen werden:

- Ob die in Skandinavien (Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland) geltende Hochschul-ausbildung zielführend ist, ist nicht widerspruchsfrei.

- Großbritannien hat mit der Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen das weltweit ehrgeizigste Programm in Angriff genommen, und nach einer abgeschlossenen Testphase mit „Early Excellence Centres“ eine flächendeckende Implementierung von „Children Centres“ (kommunale Dienstleistungseinrichtungen für Kinder und Eltern) eingeleitet. Während Kinder vielfältige Anregungen erhalten, werden Eltern Fortbildungskurse, Gesprächskreise, Sprachkurse und verschiedene Hilfen zur Alltagsbewältigung angeboten. Dieses integrierte kommunale Konzept („Kronjuwelle der Labour-Politik“) muss als ein sehr vielversprechender Ansatz bewertet werden.

- Die präzise Strukturierung und Verbindlichkeit des „Headstart“-Programms in den USA (mit einem Anspruch, Eltern zur Mehrarbeit in der Institution zu motivieren) ist als rigides curriculares Vorschulprogramm zu problematisieren.

- Eine generelle Überprüfung des Entwicklungszustandes aller Kleinkinder (z.B. bei der U7 mit ca. 2 Jahren), einer abgeleiteten Kita-Pflicht und einem systematischen (ganztägigen) Vorschulangebot (vergleichbar der Ecole Maternelle in Belgien oder Frankreich) findet in Deutschland keine entsprechende Konsequenz. Es bedarf einer professionellen Debatte, die in Deutschland noch aussteht (vor allem, welche Konsequenzen nach einer Defizit-Diagnose aus der U8 zu ziehen sind).

- Qualitätssteuerung und -kontrolle der frühkindlichen Förderung sind in vergleichenden Staaten sehr heterogen (Selbst- und Fremdkontrolle, Qualitätsvergleiche und -publikationen). Eine adäquate Qualitätsdebatte steht in Deutschland noch aus.

6. Das Finanzierungsdilemma zwischen Bund, Ländern und Kommunen („Der Bund darf nicht, die Länder bringen's nicht, die Kommunen können nicht“) war im ständigen Kampf um die „leeren Kassen“ die zentrale Determinante für ein abgestimmtes und professionelles Vorgehen. Nach monatelangem Streit über die Finanzierung wird sich der Bund stärker als geplant und dauerhaft an den laufenden Betriebskosten der Einrichtungen beteiligen. Ab 2013 soll es einen Rechtsanspruch für unter Dreijährige auf einen Betreuungsplatz geben. Bis dahin soll die Zahl der Plätze auf 750.000 verdreifacht werden. Während die Länder den Kompromiss lobten, war das Echo bei den Kommunen zwiespältig. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund kritisierte den vereinbarten Rechtsanspruch. Dieser könne „sich zu einem Sprengsatz entwickeln, wenn bei seiner Einführung die 750.000 Plätze nicht reichen“ (Die Welt, 29.8.2007). Die in der öffentlichen Debatte eingeleitete Neubestimmung der gesellschaftlichen Priorität der „Früherziehung“ (als „Zukunftsinvestition“) wird ihre Bewährungsprobe erhalten, wenn sie folgenden Standards entsprechen soll:

- Rechtsanspruch auf öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung (auch für Kinder unter drei Jahren).
- Betreuungsangebote als Ganztagesplätze.
- Verbesserung des Zugangs von Kindern aus „bildungsfernen Schichten“.
- Entkoppelung der Finanzierung von der Finanzkraft der Kommunen.
- Bündelung finanzieller Ressourcen und effizienter und zielgruppenspezifischer Mitteleinsatz.

O Bildungspolitik und Bildungsziele der „Zukunft“

Die aktuellen gesellschaftlichen Grundprozesse (national und global) sind durch eine Vielzahl von Veränderungen geprägt, die im Spiegel eines Bildungsdiskurses einen Niederschlag finden müssen. Die aktuellen Herausforderungen für den Diskurs über Ziele und Inhalte des Bildungssystems auf dem Hintergrund eines dramatischen Umbruchs gesellschaftspolitischer Konzepte, dem abgeleiteten Menschenbild, den Normen und Auswirkungen von Bildungspolitik sind zu beantworten, ohne der Illusion aufzusitzen, strukturelle gesellschaftliche Trends, Entwicklungslinien und Problemlagen bildungspolitisch lösen zu können.

Wie Kinder und Jugendliche auf dem Hintergrund „unsicherer Zukünfte“ gebildet, qualifiziert und erzogen werden sollen, ist jedoch als genuiner Gegenstandsbereich der Erziehungswissenschaften zu etablieren, die im Spannungsfeld bürgerlicher (humanistischer) Bildungsideale, und einer zunehmenden Funktionalisierung durch die Repräsentanten des Humankapitalansatzes Antworten und Orientierungen geben muss. Antworten darauf, entlang welcher Philosophie, Prämissen, Ziele und Programme das staatliche Bildungssystem auszurichten ist, um zukünftige Generationen auf die Herausforderungen einer globalisierten Welt adäquat vorzubereiten, ohne sie technologisch und wirtschaftsfokussiert zu instrumentalisieren.

Entstand das bürgerliche Bildungsideal aus dem Bedürfnis, den bürgerlichen Stand gegenüber den Herrschenden zu emanzipieren (Bildung als Mittel der Legitimation der jeweiligen Stellung im sozialen Gefüge), so war schon früh das Motiv der ‚Brauchbarkeit‘ und ‚Industriosität‘ als Bildungsziel in den Prinzipien des Philantropismus und Utilitarismus (Gruber 1997) angelegt, in dem sie sich auf die praktischen Anforderungen der Sozial- und Berufswelt fokussierten. So war Bildung schon frühzeitig das Mittel, um den Menschen „für das wirkliche Leben zu erziehen, für Bewährung in Stand und Beruf, und zwar dadurch, dass die künftigen beruflich-gesellschaftlichen Anforderungen die Erziehung inhaltlich bestimmen und alle traditionellen Unterrichtsinhalte, die sich von der aufgeklärten Vernunft nicht rechtfertigen lassen, ausgeschieden werden“ (Blankertz, 1969: 149). Die Gegenreaktion auf diese ‚Brauchbarkeits‘-Philosophie der Aufklärungspädagogik durch die Neuhumanisten (z.B. Humboldt, Pestalozzi) - im Ideal der „Allgemeinbildung“ - war ein Gegenparadigma zur „verfrühten Spezialbildung“ oder „Spezialschulen“, „Standesbildung“ oder „Standeschulen“, und gegen die Dominanz von „Berufsbildung“ über „allgemeinmenschliche Bildung“ auf der Basis eines anderen Menschenbildes und anderer Methoden. Dem Humboldt'schen Bildungsideal nach sollte das Kind „zum schönen Charakter, zum vollen Menschen, nicht zum Berufstätigen oder zum Staatsbürger gebildet werden“ (vgl. Tennenbaum 2001). So forderte das bürgerliche Bildungsideal zwar ein, „zweckfrei“ zu sein, diente jedoch nach wie vor als soziales Distinktionsmerkmal, und erfüllte somit eine zentrale gesellschaftliche Funktion im sozialen Reproduktionsprozess als Legitimationsmittel für die gesellschaftliche Stellung.

Dieser historische Dissens findet seine Fortführung in der gegenwärtigen Bildungsdebatte. So wird der gegenwärtige Bildungsdiskurs von den Prämissen und Bildungszielen des Humankapitalansatzes dominiert. Die Struktur des heutigen Schulwesens als auch die Curricula weisen die Dominanz der kognitiven Wissensaneignung auf, und überformen somit den Anspruch der „individuellen Selbstentfaltung“ und der Aneignung von Werten des Humboldt'schen Bildungsideals. Im Zuge des Entwicklungsprozesses der bürgerlichen Bildungsprämissen

„findet eine Wertverschiebung statt: zugunsten der Vermittlung von Qualifikation und Wissen, von Wettbewerb und Leistung werden Humanität, Emanzipation, politische Bildung, Demokratiefähigkeit, Urteilkraft und historisches Bewusstsein in den Hintergrund gedrängt. Zweckrationalität bedrängt humanes Engagement“ (Gruber 1997, S. 178).

So ist der Bedeutungsverlust „der Allgemeinbildung“ signifikant, und eine tiefe Kluft zwischen „Bildung“ (im umfassenden persönlichkeitsorientierten Sinn) und „Ausbildung“ (als Qualifikation für definierte Aufgaben) manifest. Auf dem Hintergrund dieser Dichotomisierung und der Ausrichtung des Bildungs-

systems an der wirtschaftlichen „Nützlichkeit“ hat sich ein hochselektives System etabliert: nach Berufs- und Allgemeinbildung, nach Theoretikern und Praktikern, nach Kopf und Handarbeit. Mit der Etablierung der Bildungsnorm hin zur Ökonomisierung der Bildung trat nicht nur ein stärker gesellschaftlich determiniertes Menschenbild ins Zentrum, sondern die gesellschaftlichen Beschleunigungen und Destabilisierungen hinterlassen ein Defizit, das zugleich die Frage nach einer an Werten orientierten Bildung aufwirft:

„Es geht um eine uralte Sache: Die jungen Menschen müssen die Tauglichkeit der Tugenden erfahren, die wir ihnen ansinnen. Sie müssen die Werte an dieser Erfahrung bewusst machen. Anlaß und Ausgangspunkt sind die Aufgaben, die unser geschichtliches Leben uns stellt. Wir müssen sie im doppelten Sinn des Wortes wahrnehmen“ (von Hentig, 1999, S. 13).

So lässt sich neben der Dominanz des Humankapitalansatzes eine Richtung innerhalb des Bildungsdiskurses identifizieren („Bildung und Zivilgesellschaft“), die Bildung stärker subjektbezogen als Voraussetzung für Autonomie, Selbstbestimmung und „Bürger-/Zivilgesellschaft“ sieht, und Bildung als Voraussetzung zur Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben – unabhängig von der Erwerbstätigkeit – definiert. Bildung soll wieder in stärkerem Maße an der Ermöglichung der individuellen Entfaltung orientiert und auf „die Emanzipation des kritischen Menschen“ (Steiner 1998) bezogen sein. „Kritikfähigkeit“ spielt in diesem Bildungsverständnis eine zentrale Rolle, und richtet sich gegen die Reduktion von Lernen auf ökonomische Verwertungsinteressen. Die Gestaltungsoptionen sollen wieder zunehmend zum Individuum verlagert werden. Dieser subjektbezogene humanistische Bildungsansatz intendiert das zentrale Bildungs- und Entwicklungsziel der „Emanzipation“ des Menschen von gesellschaftlichen Determinanten. Lernen ist danach keine Reaktion auf wirtschaftliche Bedürfnisse, sondern eine Forderung der allgemeinen Menschenbildung. Diese Definition der humanistischen Zielsetzungen in sehr allgemeiner Form sind sicherlich im Bildungsdiskurs ein zentraler Grund für den zunehmenden Bedeutungsverlust des humanistischen Bildungsideals im Vergleich zum Stellenwert des Humankapitalansatzes.

Dieser altbekannte Dissenz zwischen humanistischen Prämissen und der herrschenden Dominanz des Humankapitalansatzes verschärft sich auf dem Hintergrund der „Globalisierung“ und „Modernisierung“, und bekommt durch die Zuspitzung der globalen Konkurrenzen („Standortdebatte“) eine Dynamik, die sich im Kontext der „PISA-Logik“ eindeutig auf die Ziele der beruflich verwertbaren Bildung (Qualifikationen, Fähigkeiten) verschiebt. „Lernen“ als Investition in Humankapital im Sinne der ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung potenziert sich im Anspruch des neoliberalen Transformationsprozesses. Die Verwertbarkeit von Bildung für das spätere Berufsleben verschärft sich auf dem Hintergrund immer höherer Anforderungen aus der Arbeitswelt und den damit verbundenen strukturellen Unsicherheiten an Arbeitsmarktorientierungen. Die Technisierung der Produktion, zunehmende Komplexitäten betrieblicher Aufgaben, „Globalisierung“ der Märkte und Informationen machen fachbezogene Spezialisierungen zunehmend obsolet. „Lebenslanges Lernen“ und die Ausprägung von „Schlüsselqualifikationen“ (Selbststeuerung, Team- und Projektarbeit, Methodenkompetenzen, Problemlösungskompetenzen, Bereitschaft zum lebenslangen Lernen, Mobilität, Flexibilität, vernetztes Denken etc.) definieren aktuelle und zukünftige Anforderungen an das Arbeitsmarktsubjekt, die in einen zunehmenden Widerspruch mit heutigen Unterrichtsmethoden und -strukturen schulischen Lernens geraten („Belehrungsschulen“). Das Konzept der „Schlüsselqualifikationen“ definiert neue zentrale Anforderungen der Arbeitswelt an die Arbeitskräfte der Zukunft, mit dessen Anforderungsprofilen das bisherige organisierte Lernen in staatlichen Schulen zunehmend schärfer konfrontiert wird. Die massive neoliberale Kritik am System Schule fokussiert nicht nur die Schwachstellen, sondern baut über die unterschiedlichsten Privatisierungskonzepte auch einen vielfältigen Druck zur „Modernisierung“ auf, der sich sowohl auf die Strukturen, Inhalte, Methoden, Medien, Rolle der Lehrenden als auch auf die Identität dieser Einrichtungen bezieht. Ziel ist eine Effizienzsteigerung und Ökonomisierung der schulischen Organisationen im Sinn des Humankapitalansatzes im Kontext der „Standortsicherung“. Die Prämissen des neoliberalen Bildungsmodells (Bildung als Wirtschaftsfaktor) definieren sich über die

ökonomische Verwertbarkeit von Bildung mit dem Ziel der permanenten Anpassungsfähigkeit an ökonomische Entwicklungen („Employability“) (mit einer wachsenden Bedeutung des Weiterbildungsektors und der Fähigkeit des Individuums, ständig die notwendigen funktionalen und extrafunktionalen Anpassungsqualifizierungen zu organisieren). Diese Risikoverlagerung von Bildung auf das Individuum ist eine wesentliche Erklärung für einen zugespitzten gesellschaftlichen Ausdifferenzierungs-/Marginalisierungs- und Exklusionsprozess („Leistungsprinzip“ und „Begabungsdifferenzierung“).

Es soll hier der Frage nachgegangen werden, ob die beschriebenen gesellschaftspolitischen Veränderungsprozesse in der offiziellen staatlichen Bildungspolitik und in der Explizierung von Bildungszielen schon einen sichtbaren Niederschlag gefunden haben und welche Prämissen diese steuern. Dabei soll hier unter Bildungspolitik die staatlich organisierte Ausgestaltung und Weiterentwicklung von Erziehungs- und Ausbildungsprozessen verstanden werden, die sowohl die Frage nach der Planungskompetenz des Staates, seinen Zuständigkeiten als auch den Grad der Unabhängigkeit staatlicher Interventionen zum Gegenstand hat. Dabei gehe ich davon aus, dass die Staatsaufsicht (die Gesamtheit der staatlichen Befugnisse zur Organisation, Planung, Leitung und Beaufsichtigung des Schulwesens) über das Schulwesen (Art. 7 Abs. 1 GG) als grundgesetzlich fixierte Aufgabenstellungen vor allem in den Dimensionen Herrschaft über die inhaltliche Ausrichtung (Lehrplan/Curriculum), Personal und Finanzen trotz aller skizzierten Privatisierungsprozesse weiterhin (vorerst) konstitutiv ist.

Die komplexe bildungstheoretische und bildungspolitische Debatte ist hier nicht Gegenstand der Reflexion. Die Verdrängung und Auflösung der Humboldtschen Theorie und Programmatik, nach der „die Bildung“ die Anregung aller Kräfte des Menschen initiiert, damit diese sich über die Aneignung der Welt entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit führen (in der Einheit und Harmonie von „Herz, Geist und Hand“ und dem Anspruch auf „Gleiche Bildung für alle“), scheint in der neoliberal diskutierten Bildungslandschaft vollzogen. Es dominiert der Anspruch auf Wissensvermittlung und marktgängiger Qualifikationen unter den Prämissen des „Standortwettbewerbs“. „Bildung ist das, was PISA misst“. In der standortpolitisch majorisierten bildungspolitischen Debatte bleibt kaum Raum für die Positionierung bildungspolitischer Gegenprämissen, die sich der Funktionalisierung entziehen und sich bewusst antithetisch positionieren:

„Bildung ist das, was bleibt, wenn man alles vergessen hat!“- Diese Antwort gibt Julian Nida-Rümelin auf die Frage, was Bildung ist, und unter dieses Motto könnte man auch die hier versammelten Reden und Schriften zur Bildungs- und Kulturpolitik stellen. In Anlehnung an einen Ausspruch von Mark Twain – „Bildung ist das, was bleibt, wenn der letzte Dollar weg ist“ – gründet Humanismus auf einem Menschenbild, das sich als notwendiges Gegenstück und sinnvolle Ergänzung zu der populären Skizze des homo oeconomicus begreift. Ein erneuter Humanismus ist der Motor der Umsteuerung weg von einer auf Nutzenanwendung und ökonomische Verwertbarkeit fokussierten Bildungs- und Kulturpolitik. Zweckfreiheit statt Instrumentalisierung, Respekt vor der Eigengesetzlichkeit von Forschung und Lehre, von Kunst und Kultur sind Leitsätze dieses Humanismus. Zum anderen ist Humanismus die Grundlage einer auf Kooperation und Anerkennung gründenden, eine soziale und politische Einheit formierenden Gesellschaft. Humanistische Werte – Freiheit und Gleichheit, Würde und Autonomie, Selbstachtung und Achtung anderer, Toleranz, Pluralismus, Gerechtigkeit – können nicht nur das Urteilen und Handeln jedes Einzelnen anleiten, sondern politisch verstanden, Normen für das gesellschaftliche Zusammenleben etablieren...

Mit dem Aufkommen des Neoliberalismus in den 80er Jahren löste eine ökonomische Legitimationsbasis die primär soziale Orientierung ab. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit hat sich immer deutlicher zum zentralen Kriterium des Erwerbs von Wissen entwickelt. Im Selbstverständnis der Deutschen ist die kulturelle Dimension eher schwach ausgeprägt – auch als Resultat der skizzierten Verdrängung kultureller Leitideen durch soziale nach 1968 und wirtschaftliche seit den 80er Jahren. Deutschland definiert sich im Grunde seit längerem nicht mehr als Kulturnation. Dies hat unübersehbare Auswirkungen auf den Status von Bildung... Angesichts dessen halte ich eine inhaltliche Neubestimmung für dringend erforderlich. Im Mittelpunkt sollte dabei eine Ausrichtung der Bildungspolitik an kulturellen Leitideen stehen. Die Bildungspraxis darf sich nicht nur an vordergründigen Erfordernissen der Sozial- und Wirtschaftspolitik orientieren, sondern muß grundlegende Dimensionen von Kultur in den Blick nehmen“ (J. Nida-Rümelin 2006, S.7ff.).

Und die FAZ beschreibt die aktuelle Bildungsprogrammatik ohne jeden Schnörkel wie folgt:

„Der Wert des Wissens richtet sich nach der Verwertbarkeit. Wissenserwerb soll nicht etwa Mündigkeit und Handlungsfähigkeit fördern oder Erkenntnis stiften“ (FAZ, 24.8.2007, S. 1).

Realität ist, dass die Bildungslandschaft mit Managementtheorien, Konzepten und abgeleiteten Methoden überzogen wird, und eine fortschreitende Ökonomisierung des Bildungssektors (mit einem ausgeprägten Controlling und Evaluationsanspruch) unter folgenden Rahmenbedingungen und Ausgangslagen zur Konsequenz hat :

- unterdurchschnittliche Schulleistungen (im internationalen Vergleich) im gegliederten deutschen Schulsystem der Sekundarstufe I;
- zu geringe Quote akademischer Abschlüsse;
- einmalige Kopplung der Bildungs- und Lebenschancen an die soziale Herkunft;
- mangelnde schulische und gesellschaftliche Integration von Migrantenkindern;
- ein Viertel aller Jugendlichen gehört zu einer Risikogruppe (berufliche Ausbildung);
- ein Drittel der Jugendlichen ist am Ende der Schullaufbahn geprägt durch Wiederholungen, Abstufungen, Schulformwechsel (und nicht zuletzt ‚überaltert‘);
- ineffektive und frustrierende Vergeudung von Lern-/Lebenszeit und dieses auf dem Hintergrund
- immer größerer Klassen;
- immer ‚schwierigerer‘ Schüler;
- einer Zunahme elterlicher Erziehungsabstinenz;
- von weniger Unterrichtsstunden;
- von immer weniger Schuljahren;
- alternder Lehrerkollegien.

Dies ist der empirisch begründbare Hintergrund, auf dem der Anspruch, immer mehr und ‚bessere‘ Bildung zu realisieren, formuliert wird: mit anderen und reduzierten Bildungszielen und Methoden (Edutainment, Educ@tion, didaktische Hyperlinks, know-ledge-maschines, Lern-Animation, Online-Learning, virtuelle Bildung, Download-Wissen usw.). Dieses technizistische IT-Verständnis von Bildung verlängert den methodisch-didaktischen Machbarkeitsanspruch der 60er und 70er Jahre unter der damaligen Federführung behavioristischer Prämissen.

Um diese divergierenden und gleichzeitig sich bildungstechnisch fokussierten Grundlinien der bildungspolitischen Debatte justieren zu können, bedarf es einer Ortsbestimmung dessen, was „emanzipierte Bildung“ meint, nämlich die Integration von gesellschaftlich notwendigen Qualifikationsanforderungen und einer Re-Kultivierung unserer Gesellschaft in zentralen Segmenten: Sprache, Religion/Ethik, Kunst, Musik, Sport, um der Eindimensionalität des „homo oeconomicus“ eine schul- und bildungspolitische und anthropologische Fundierung zurückzugeben: die Bestimmung des Menschen als „homo faber“ und als „homo ludens“. Beide genannte Daseinsformen sind kein Widerspruch, sondern ergänzen sich. Erst im Kontrast dieser Daseinsformen erfährt sich der Mensch sowohl als „Leistungsträger“ und/oder als „Spieler“.

In Vermittlung dieser Grundpositionen ist eine Debatte über die „kulturelle Identität“ zu führen, denn gerade in Zeiten der „Globalisierung“ ist Identitätsstiftung und Orientierung eine zentrale und zugleich schwierige Herausforderung, die das Spannungsfeld zwischen Orientierungen auf „globale village“ und Geborgenheit in Kultur, Geschichte, Tradition und Sprache zum Gegenstand der bildungspolitischen und pädagogischen Reflexion erheben muß. Ist die Abrechnung Nietzsches mit einem utilitaristischen Bildungsverständnis „Dem Menschen ist nur soviel Kultur gestattet, als im Interesse des Erwerbs ist“ die Grundlinie einer zu führenden Debatte? Aktualisiert und fixiert sich die Debatte mit einer immer größeren Selbstverständlichkeit auf die „Optimierung von Lernprozessen im Hinblick auf deren Reserven für ökonomisch verwertbare Arbeit“ (Ribolitz, 1995: 13)? Oder gibt es im Sinne Adornos eine realistische Chance für den Anspruch: Schule braucht Schutz vor dem Andrängen der Außenwelt?

In Abgrenzung zu einem ökonomisch-technizistischen Verständnis von „Bildung“ will ich in Anlehnung an Henning Kössler eine Richtung wagen, auf der sich die Grundverständnisse einer Bildungsdefinition und damit abgeleiteter Bildungsziele aufbauen und begründen lassen:

„Bildung ist der Erwerb eines Systems moralisch erwünschter Einstellungen durch die Vermittlung und Aneignung von Wissen derart, dass Menschen im Bezugssystem ihrer geschichtlich-gesellschaftlichen Welt wählend, wertend und stellungnehmend ihren Standort definieren, Persönlichkeitsprofil bekommen und Lebens- und Handlungsorientierung gewinnen. Man kann stattdessen auch sagen, Bildung bewirke Identität“ (Kössler, 1989, S. 56).

Der Anspruch auf eine umfassende Idee von Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts muß auch in Zeiten neoliberaler Marktlogik nicht überholt sein, denn angesichts globaler Wettbewerbsbedingungen und Szenarien der „Weltrisikogesellschaft“ wäre die Reduktion von Bildung auf das „Nützliche“ und „Verwertbare“ selbst in wirtschaftslogischer Sicht eine begründbare Sackgasse. Für diesen Sozialisationsanspruch bedarf es einer anderen qualifikatorischen und bildungsbezogenen Grundausstattung der Menschen. Individuelle Zukunftschancen, persönlicher und gesellschaftlicher Wohlstand sind u.a. auch das Ergebnis der Qualität des Bildungswesens und wissensbasierter Neuerungen. Bildung und Kultur sind inmitten beschleunigter und verunsicherter Veränderungen im globalen Kontext als Identitätsanker wichtiger denn je geworden. Ziel von Bildung kann deswegen nicht auf berufliche Qualifikationen des Arbeitsmarktes reduziert, sondern muß wieder offensiv als emanzipatorischer Eigenwert definiert werden. Sowohl der Zugang zum Erwerbsleben als auch zum gesellschaftlichen Leben sind Bedingungen einer gelungenen Identität. Insofern umfasst Bildung Wissensvermittlung als auch soziales Lernen, ästhetisch-kulturelle Kompetenzen im Sinne der Integration von „Herz und Verstand“, geistigen und praktischen Fähigkeiten unter dem Anspruch von Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Innovationsfähigkeit ist für eine wissensbasierte Ökonomie entscheidend. Es ist Zeit, dass die pädagogische und erziehungswissenschaftliche Profession in die Offensive geht, um aus ihrer Sicht begründete (Teil-)Konzepte für aktuelle und zukünftige strukturelle Herausforderungen formuliert. Dazu gehört eben auch, Bildung und Erziehung im 21. Jahrhundert neu zu begründen und zu legitimieren und sich nicht zum Anhängsel des offiziellen Mainstream zu machen:

„Es mag paradox klingen, aber was uns heute als moderne Schulreform verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Schritt zurück in eine längst überwunden geglaubte Zeit. Es war die Aufklärung, die den Grundstein für eine wirkliche bildungspolitische Revolution legte und damit vor rund zwei Jahrhunderten das Zeitalter der Modernisierung einleitete. Bildung, so der Grundsatz dieser Zeit, hat einen Wert an sich und begründet sich nicht durch ihre Nützlichkeit... Die heutige Bildungsdebatte bedient sich einer reformerischen Rhetorik, bietet aber erstaunliche Parallelen zum Zeitalter der Ständeordnung, als jeder nur das lernen musste, was er zum Leben brauchte.

Bildung basiert auf der Aneignung von Wissen, Lernen, Leistung und dem Streben nach einem höheren Verständnis der Welt. Sie geht einher mit der Entwicklung eines eigenen Geistes bzw. der Fähigkeit, selbständig zu denken und gibt größeren Zusammenhängen eine eigene Bedeutung, die weit über das persönlich Erlebte (oder Empfundene) hinausgeht. Dagegen steht die Instrumentalisierung von Bildung für politische und ideologische Zwecke“. (Sabine Beppler-Spahl: Instrumentalisierte Bildung, in: http://www.novo-magazin.de/78/novo_7810.htm).

Antonio Gramscis Verständnis von Erziehung und Bildung kann behilflich sein, in diesem komplexen Feld eine Orientierung zu geben, da er den Gegenstand der Pädagogik (und damit die Schlüsselstellung von Erziehung und Bildung) in eine umfassende Geschichtsphilosophie und Gesellschaftstheorie eingebettet, und grundsätzlich eine pädagogische Grundintention formuliert hat, nach der tiefgreifende Umgestaltungen der sozialen Verhältnisse an einer Neuformierung des Menschen nicht vorbeikommen.

Gramscis Grundposition ist deshalb von Interesse, da er nicht der Illusion unterliegt, strukturelle gesellschaftliche Veränderungsprozesse mit einem naiven Pädagogismus angehen zu können. Der qualitativ neue Zugang zum Pädagogischen (das Pädagogische dient Gramsci zum besseren

Verständnis historisch-gesellschaftlicher Prozesse) erlaubt ihm, der Politik und der Pädagogik eine Schlüsselstellung zuzuordnen, weil sie beide gestalterische Strukturelemente menschlichen Handelns repräsentieren. In dieser Sichtweise sind geschichtliche Prozesse nicht begreifbar und nicht erklärbar ohne die gestalterische Kraft von Erziehung und Bildung, die den jeweiligen Reproduktionserfordernissen und Machtverhältnissen geschichtlicher Sozialformationen unterworfen sind (Reproduktion gesellschaftlicher Charakterdispositionen, Schaffung von Verhaltensregulativen, Weltbilder, Bewusstseinsformen). Durch die Entwicklung eines historisch-gesellschaftlichen Subjektvermögens konstituiert Erziehung und Bildung neue Zivilisationselemente und damit eine neue Gesellschaftskultur:

„Die Mündigkeitsperspektive ist bei Gramsci untrennbar mit seinem politischen Konzept der Hegemonie verknüpft. Denn die Realisierung von Hegemonie ist an die edukative Fähigkeit der herrschenden Gesellschaftsgruppe geknüpft, also an ihre Fähigkeit zu führen. Diese edukative Fähigkeit müssen auch die Subalternen entwickeln, um eine kritische Gegenhegemonie bilden zu können. Der Wille des Menschen, sich selbst zu bestimmen, kommt in dieser Gegenhegemonie zum Ausdruck, sie ist die notwendige Bedingung der Realisierung dieser Selbstbestimmung. Die Grundlage dieser kritischen Gegenhegemonie ist die Bildung des Menschen, die wiederum an gemeinschaftlich initiierte Emanzipationsprozesse gebunden ist. Mit diesem Konzept gelingt es Gramsci, ein kritisches Verständnis von Mündigkeit zu entwickeln, das Mündigkeit an die Teilhabe an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen knüpft. Erziehung und Bildung ist also nicht bildungsökonomistisch reduziert auf die Aufgabe der Regeneration gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Als grundlegende Momente kultureller Hegemonie arbeiten sie vielmehr an der Schaffung der kulturellen, moralischen und geistigen Mentalität mit. Es ist genau diese Aufgabe, in denen die emanzipatorische Potenzialität von Bildung angelegt ist. Aufbau und Konsolidierung von Hegemonie erfordern die Besetzung der gesamten kulturellen Sphäre, die Expansion direkter Herrschaft in alle Bereiche der gesellschaftlichen Lebensweisen, der Zivilgesellschaft des Alltagslebens, der Innenräume des Subjekts. Dieser Vorgang der politisch-kulturellen Führung zielt auf den dauerhaften Konsens, die Zustimmung, die Anerkennung hinsichtlich der Leitideen und Projekte der dominanten Gesellschaftsgruppe. Das ist ein Prozess, der sich von der Gesamtorganisation der kulturellen Struktur und des Lebensstils über die kulturindustrielle Verbreitung der Leitvorstellungen, die systematische Beeinflussung des Alltagsverstands bis hin zu Erziehungs- und Bildungsprozessen erstreckt. Die praktische Pädagogik ist insofern an der Herstellung der kulturellen Hegemonie grundlegend beteiligt, als Erziehung und Bildung die Aufnahme von Kultur durch das Individuum überhaupt erst realisiert. Mit dieser Aufnahme von Kultur übernimmt das Kind die moralischen Maßstäbe, die Symbole, die sozialen Regeln, mit deren Hilfe Sozialisations- und Erziehungsprozesse kulturelle Hegemonie in den Subjekten herstellen. Erziehung und Bildung sind demzufolge Kristallisationspunkte für die gesellschaftliche Hegemoniebildung, aber auch Fermente ihrer Beanstandung und Erosion“ (Bernhard, 2006, S. 3).

Aus dem geschichtsphilosophischen Grundverständnis „Man muß Freiheit aus dem machen, was notwendig ist“, macht Gramsci Offenheit und Grenzen im geschichtlich konkreten Kontext deutlich, die „abgerungen“ und „gestaltet“ sein wollen. Einer emanzipatorisch orientierten Theorie und Praxis der Erziehung kann nicht gleichgültig sein, welcher Ausprägungsgrad des Konformismus vs. Selbstbestimmung eine Herausformung einer neuen Kultur zum Ergebnis hat. In Abgrenzung zur reformpädagogischen Anthropologie des Kindes leiten sich aus Gramscis Sozialanthropologie des Kindes andere bildungspolitische und schulpädagogische Konsequenzen ab. Seine Sozialanthropologie schließt eine „vorgesellschaftliche Natur“ des Kindes ebenso aus wie seine „präsoziale Spontanität“. Das Lernen des Kindes ist immer gesellschaftliches Lernen, das durch gesellschaftliche Erfahrung provoziert, angeleitet und pädagogisch begleitet sein muß. Insofern ist für Gramsci der Zwang in der Erziehung immer notwendiger Bestandteil. Die strukturelle Schwäche idealistischer Reformpädagogik und liberärer Konzepte im Kontext von Erziehung und Bildung konterkariert Gramsci mit der Prämisse, dass der Mechanismus gesellschaftlicher Reproduktion pädagogisch nicht außer Kraft gesetzt werden kann, ja es ist die Aufgabe der Schule, die neue Generation konform (soziabel, gesellschaftsfähig) zu machen. Dieses „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ kann durchbrochen und transformiert werden durch die Fähigkeit des geistigen Bruchs mit eingespielten Ideologien und Weltanschauungen, da der Mensch nicht nur Objekt fremdbestimmter Verhältnisse ist, sondern „Führer seiner selbst“. Da „Bildung“ bei Gramsci nicht primär ein Prozess der Wissensvermittlung, sondern der Heranbildung einer bewussten Persönlichkeit ist, nähert er sich mit seinem Bildungsverständnis („Selbstpotenzierung des Menschen“) dem humanistischen Bildungsideal, und meint mit „Selbstpotenzierung“ die „Selbstbearbeitung der inneren Natur“ des Menschen zu einer höheren kulturellen Ausprägung. Nur wenn der Mensch seine Biographie im Kontext seiner gesellschaftlichen Stellung

reflektiert, kann er „Führer seiner selbst“ werden. Bedingung für diesen individuellen und kollektiven Emanzipationsprozess ist eine qualitativ hoch stehende Allgemeinbildung, die mehr ist als enzyklopädisch akkumuliertes Allgemeinwissen. Gramscis „Schule für humanistische Bildung“ soll Menschen hervorbringen, die zur kritischen Wahrnehmung und Bewertung und zur Kontrolle der Gesellschaft befähigt sind. Diese „Selbstpotenzierung“ der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten kann nur über eine spezifische Infrastruktur von Bildung initiiert werden: eine Organisation der Erziehung und Allgemeinbildung der Persönlichkeit vom Kindesalter bis an die Schwelle der Berufswahl. Eine Affinität zu Humboldtschen Bildungsidealen ergibt sich aus dem Anspruch einer ausgedehnten allgemeinen Bildung als Grundlage für die Persönlichkeitsentwicklung. Somit steht eine permanente Erziehungs- und Bildungsarbeit im Fokus gesellschaftsverändernder Praxis: „Mündigkeit“ als die Fähigkeit des Menschen, gesellschaftliche Verhältnisse permanent zu reflektieren und zu verändern.

Auf diesem Hintergrund leitet Armin Bernhard (2006) folgende Thesen für die Bildung im Kontext des globalisierten Kapitalismus ab:

- Während die aktuelle Bildungsdiskussion (PISA) mit dem Anspruch auf „Standardisierung“ die Normierung kognitiver Leistungen meint, beschreibt Gramsci mit dem Begriff „Homogenisierung“ „eine gemeinsame Basis für Bildung zu schaffen, auf deren Boden kreative Bildungsgänge unterschiedlichster Individualitäten sich entwickeln können. Weil alle Kinder mit höchst disparaten Grundlagen in die Bildungsinstitution eintreten, muss diese auf die relative Homogenisierung sozialer, intellektueller und moralischer Grundlagen hinwirken, um eine Bildung zu organisieren, die die soziale Ungleichheit verringert. Eine Privatisierung von Bildung würde den Aufbau einer gemeinsamen Bildungsbasis für alle unterlaufen“ (S.10).
- Eine Demokratisierung von Bildung begründet die Notwendigkeit einer „äußeren Schulumgestaltung“ hin zu einer „Einheitsschule auf der Basis eines Allgemeinbildungskonzeptes für alle“. Bildungspolitik muß daher „ein Forum für ein bildungstheoretisch begründetes schulisches Kerncurriculum schaffen, um den geistigen Konformismus aufzubauen“.
- Eine „Demokratisierung von Bildung“ setzt eine systematische Vertiefung voraus. Eine Veränderung der Struktur von Bildungseinrichtungen bedeutet per se noch keinen bewusstmäßigen Fortschritt:

„Ein Demokratisierungseffekt in der Bildung ist durch eine äußere Schulreform nur dann zu erreichen, wenn sie nicht mit einer Verflachung, sondern mit einer Vertiefung der allgemeinen Bildung einhergeht. Jede Tendenz, die versucht, Demokratisierung durch den Abbau des Niveaus geistiger Fähigkeiten voranzutreiben, produziert nur den Schein von Bildungsdemokratie und schafft gemäß den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Kinder nur neue Bildungsungleichheit.“ (S.11.)

- Die „heiligen Kühe“ schulpädagogischer Theoriebildung (Erfahrungs-, Lebenswelt- und Subjektorientierung) bedürfen einer grundsätzlichen Überprüfung im Kontext massiver Beeinflussung der Kulturindustrie, die immer tiefer in den Prozess der Subjektentwicklung eingreift. Der Anspruch auf eine „synthetische Bildung“ (Gramsci) muß in kritisches Bewusstsein überführt werden. Die Provokation von „Selbstbildung“ durch Inhalte sozialer Bewegungen ist infrastrukturell zu unterstützen. Eine „Demokratisierung der Bildung“ muß mit der Schaffung eines Bildungsraumes einhergehen,

„in dem es Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird, ihre durch Globalisierung und Deregulierung noch verschärften Identitätsprobleme und die Strukturen ihrer unmittelbaren Lebenswelt zu bearbeiten. Dieser Bildungsraum darf einerseits die gesellschaftlichen Anforderungen an Bildung nicht ignorieren, andererseits muß er darauf angelegt sein, Bildung weit über die Qualifikationserfordernisse hinauszutreiben, um kritisches Bewusstsein zu erzeugen. Soll Kindern und Jugendlichen die bildende Auseinandersetzung mit ihren Problemen ermöglicht werden, muss Bildungspolitik auf die Rückeroberung der Zeit als Grundlage von Bildung orientieren. Jede Form der Akzeleration von Lernprozessen oder der Komprimierung von Bildungszeit verhindert die

Entwicklung von Reflexionsvermögen, das gerade für die Erschließung von Welt, damit letztlich auch für die geistige Abspaltung konstitutiv ist". (S.11/12).

Politisch-strategische und programmatische Anknüpfungspunkte ergeben sich aus der bildungspolitischen Konzeption der Europäischen Union (Kontext der Lissabon-Strategie), in der

- „Menschenrechte“
- „Demokratie“
- „soziale Inklusion“
- „Nachhaltigkeit“

als Leitwerte definiert und denen die Bildungssysteme der Mitgliedsländer verpflichtet sind. Diese sind programmatisch aufgefördert, ihre Schulen an diesen Normen zu orientieren, und in den Schulen „Demokratie zu lernen und zu leben“ (2005: Jahr der Demokratieerziehung). Werteorientierungen, Kompetenzen und Lebensformen sind auf fachliche und überfachliche Bildungsprozesse angewiesen, für die das zeitlich prohibitiv eng gesetzte Raster der Halbtagschule auflösen und mit Programmatiken der „inneren Schulreform“ zu gestalten ist. Kompensatorische Bildungsziele, soziale Integrationsleistungen - und eine Erhöhung der Chancengleichheit - brauchen neben den inhaltlichen Neubestimmungen eine Organisation schulischer Aufgaben und Arbeitsformen, in der die bestehende zeitliche Ordnung aufgelöst und neu definiert werden kann, weil sie den elementaren Verpflichtungen auf Entwicklungsförderung und Kindeswohl systematisch entgegensteht („Rückeroberung der Zeit“).

1. Bildung unter den Rahmenbedingungen der neoliberalen „Globalisierung“: „Agenda 21“: Global denken, lokal handeln?

Der programmatisch-strategische Anspruch, lokale und globale Vergesellschaftungsprozesse so zu gestalten, dass die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen nicht gefährdet werden, ist mit dem Terminus der „nachhaltigen Entwicklung“ abgedeckt, und enthält die Schlüsselkonzepte „Konzept der Grundbedürfnisse“ und die „Idee der Begrenzungen“. Dieser im Konzept des Club of Rome (Grenzen des Wachstums) angelegte systemtheoretische Terminus definiert primär den „Zustand eines Systems, das sich so verhält, damit es über unbeschränkte Zeit ohne grundsätzliche oder unsteuerbare Veränderungen (Zusammenbruch) existenzfähig bleibt und vor allem nicht in den Zustand der Grenzüberziehung gerät“ (Meadows: Die neuen Grenzen des Wachstums, 1992: 298).

Die dauerhafte Existenzfähigkeit der Erde und Ökosysteme ist zusammen mit der Realisierung der Grundbedürfnisse aller Menschen dieser und zukünftiger Generationen das zentrale Ziel der Nachhaltigkeit. Der Weg hierher ist die nachhaltige Entwicklung aller Gesellschaftsbereiche. In dem Erdgipfel (UNCED) (1992) in Rio de Janeiro wurde „Nachhaltigkeit“ als normatives internationales Leitprinzip der Staatengemeinschaft, der Weltwirtschaft, der Weltzivilgesellschaft sowie der Politik definiert. „Nachhaltigkeit“ gilt als Grundprinzip der „Rio-Deklaration“ und der „Agenda 21“ (konkretisiert in der Klimarahmen-Konvention, dem Kyoto-Protokoll und dem Aktionsplan von Johannesburg). „Nachhaltigkeit“ als Gegenpool zur Verschwendung und Ausplünderung von Ressourcen des Shareholder-Kapitalismus definiert sich seit dem Weltgipfel (Johannesburg) in einem Paradigmenwechsel mit den Schwerpunkten auf Konzepten und Methoden zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. So ist in der „UN-Dekade-Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005) Umweltbildung und „globales Lernen“ ein zentraler bildungspolitischer Auftrag, um die Gedanken und Ziele der Strategien nachhaltiger Entwicklung in der Gesellschaft zu verankern.

Der pädagogische Anspruch, Bildung als eine zukunftsfähige Entwicklung auf allen Ebenen des Bildungswesens in einer Querschnittsaufgabe zu implementieren, und Lerninhalte, -ziele und -methoden

an den Bedingungen veränderter globaler Herausforderungen zu orientieren, ist ein möglicher und notwendiger Schritt in der Tradition der „Agenda 21“ (1992: Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro). Die aus dieser Programmatik abgeleiteten breiten Engagements und lokalen Initiativen („Lokale Agenda“) bilden eine konzeptionelle Grundlage und Mobilisierungsbasis, an der es anzuknüpfen gilt, auch wenn die Zwischenbilanz für „Rio + 10“ ernüchternd ausfiel, und die wichtigsten der in Rio gesetzten Ziele verfehlt wurden. Die nachhaltige Gestaltung von Zukunft ist nach wie vor eine gesamtgesellschaftliche Bildungsaufgabe in der Dialektik von „Lokalität“ und „Globalität“, da sich die bekannte globale Ausgangslage gegenüber dem Status der aktuellen Debatte der „Agenda 21“ massiv verschärft hat, und die Dringlichkeit eines kollektiven Lernprozesses zu aktualisieren ist:

„Zur Abstraktion und Entgrenzung der Systeme gehören neben Wissensgesellschaft, Medienherrschaft, Globalisierung, globaler Interkultur und globaler Transformation des Gleichgewichts der Natur schließlich die Entterritorialisierung der Politik. Seit Jahrzehnten bemühen sich in Deutschland Schulen und die Zentralen für Politische Bildung, politisches Engagement unter Jugendlichen zu entwickeln und Partizipation am System der repräsentativen Demokratie zu erzeugen.“

Doch die Verdrossenheit gegen Politik und Politiker, das Misstrauen gegen die politischen Institutionen ist unter deutschen Jugendlichen und in Europa allgemein groß... Nun schwindet im Zuge der Europäisierung und Institutionalisierung von Politik, der Macht und der Entscheidungsmechanismen die Gestaltung der politischen Entscheidung immer deutlicher aus der Verfügung lokaler und nationaler Institutionen, abstrahiert sich immer stärker in übernationalen, häufig gesichts- und namenlosen Gremien und Bürokratien, deren Legitimität eigentlich nur Experten verstehen... Dennoch greifen diese fernen und im subjektiven Bewusstsein kaum repräsentierten Institutionen ständig auch in das Leben ein...

Ich fasse die sechs Bestimmungen der herausziehenden gesellschaftlichen Zukunft ein letztes Mal zusammen, um Ihnen den mentalen Zugriff auf die Innovationen zu erleichtern, die unsere Welt nachhaltig bestimmen werden. Die Folgen dieser Innovationen werden die Menschen in Zukunft bestehen müssen und dafür werden sie gebildet, sozialisiert und vorbereitet werden müssen:

Wissensgesellschaft mit der nur scheinbar paradoxen Eigenschaft der Destabilisierung vorhandener Informationsstrukturen, schnellen Veraltens und endloser Erneuerung und Expansion von Information und Wissen; Mediengesellschaft mit ihrer Eigenschaft der Distanzvernichtung und Bedürfnismanipulation; Globalisierung als Ablösung der industriellen Arbeitsgesellschaft einer traditions-homogenen ethnisch-kulturellen Einheit der Lebenswelt, die Destabilisierung des eingelebten Gleichgewichts der Natur auf dem Planeten mit weitreichenden Veränderungen unserer Lebensverhältnisse im Stoffwechsel mit der Natur und schließlich die Entterritorialisierung der Politik im Zeichen der Globalisierung der politischen Strukturen, Probleme und Regelungssysteme. Alles in allem handelt es sich um radikale Veränderungen gegenüber dem traditionellen, mehr oder weniger stabilen oder doch zumindest in der Nahentwicklung voraussagbaren, vergleichsweise konkreten und umschriebenen, von Beruf und Arbeit geprägten Gesellschaftssystem der jüngeren Vergangenheit mit weitreichenden Konsequenzen für die Individuen, die sich in dieser neuen Welt erhalten, orientieren, stabilisieren und bewähren müssen...

Angesichts der Unsicherheit der beruflichen, administrativen, (sozial)versicherungsrechtlichen, schließlich auch der berufsinhaltlichen und politischen Zukunft muss wenigstens das subjektive und eingelebte Vertrauen in die eigene Handlungs- und Krisenbewältigungskompetenz, die Überzeugung eigener Wirksamkeitschancen, zukunftsicher und einigermaßen krisenfest sein. Es muss auch unter schwierigen Bedingungen zu schaffen sein, eine Aufgabe zu meistern, eine Gefahr zu bestehen, eine Firma zu gründen, einen Beruf zu finden etc. Es war schon unter industriekapitalistischen Bedingungen mit einer gezielten Dynamik wichtig genug, in der Überzeugung zu handeln, man könne die eigenen wohlwollenden Ziele erreichen. Dabei haben gesellschaftliche Regulative, die relative Offenheit des Arbeitsmarktes, die Unterstützung durch berufsfördernde Maßnahmen, die wohlfahrtsgesellschaftlichen Eingrenzungen der Lebensrisiken Belastungen abgefedert und individuelle Verantwortlichkeiten eingegrenzt. In einer zivilgesellschaftlichen transformatorischen Kultur des gesellschaftlichen Lebens wird nun das individuelle Leben in viel höherem Maße als unter den Regulationen des Wohlfahrtsstaates in die eigene Verantwortung gelegt werden müssen. Das Individuum wird eine auf eigene Wirkungsüberzeugungen angewiesene Verantwortlichkeit für sich selbst wagen müssen. Umgekehrt wird die Zivilgesellschaft in ihrer Funktionsfähigkeit von der selbstwirksamen Organisation des eigenen Lebens abhängig sein. Deswegen benötigt die vorhersehbare Zukunft in einem bisher unerreichten Ausmaß und in einer neuen Qualität individuelle Handlungsbereitschaft, die sich gegen eigene innere Widerstände sowie gegen von außen gesetzte Beschränkungen durchzusetzen vermag...

Handlungsbereitschaft, motivierte Handlungsbefähigung und Überzeugungen eigener Wirksamkeit würden ohne Einbettung in einen gemeinschaftlichen Kontext, der dem Handeln über individuelle Bedürfnisse hinaus Sinn verleiht, leicht in bloße Durchsetzung egoistischer Interessen umschlagen. Zwar müssen wir in einer gesellschaftlichen Umwelt hoher Komplexität, die vor allem unter den weniger Privilegierten Handlungslähmung, Ohnmachtsgefühle, Demütigung und Depressionen erzeugen, die Handlungsbereitschaft und das Handlungsvermögen stärken. Zugleich ist die Situierung des Handelns in einem

psychologischen Kontext erforderlich, der das Vermögen und die Bereitschaft zu handeln, an Einsicht in den sozialen Handlungszusammenhang (zu)rückbindet. Wenn Handlungsbereitschaft aus dem Kontext der Einsicht in den sozialen Handlungszusammenhang entlassen wird, würde sie als rein egoistisches Motiv gegen gerechtfertigte Interessen und Perspektiven Anderer rücksichtslos durchgesetzt werden". (Edelstein 2002, S. 481).

Um jedoch mit diesem Anspruch nicht in der neoliberalen Paradigmenfalle zu landen, ist diese Debatte mit den unterschiedlichen Konzeptansätzen der Grundlohndiskussion, der ökosozialen Marktwirtschaft, der Wirtschaftsdemokratie etc. zu integrieren.

Die „**Agenda 21**“ ist Ausdruck eines globalen Konsenses von 179 Staaten über eine politische Programmatik zur Zusammenarbeit im Bereich Entwicklung und Umwelt auf höchster Ebene, und geht von der **Prämisse** aus, dass das Modell der westlichen Industrienationen nicht globalisiert werden kann, soll es nicht zu einem ökologischen, ökonomischen und sozialen worst case kommen. Der soziale Leitgedanke und das zentrale Ziel ist „**Gerechtigkeit**“ (Lebenschancen und -qualitäten, intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit). Seit ihrer Publikation wurde die „Agenda 21“ zu einer der wichtigsten neuen Orientierungsgrößen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung: Internationale Gremien, die EU, die Bundesregierung, Länderkommissionen und -konferenzen, Bundesländer, der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund, Nicht-Regierungsorganisationen und Forschungseinrichtungen haben die Bedeutung der „nachhaltigen Entwicklung“ für die Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit hervorgehoben, und ihr Handeln in der Politik, der Verwaltung, der Forschung und Entwicklung auf dieses Ziel ausgerichtet. In dem „Dreieck ökologischer Probleme“ (Umweltvergiftung und -zerstörung; Verschwendung endlicher Ressourcen; globale Bevölkerungsexplosion) stellt das „Dreieck der Nachhaltigkeit“ ein Modernisierungsszenario dar, in dem der Zukunfts- und Gestaltungsgedanke im Vordergrund steht. Dabei wird explizit hervorgehoben, dass globale nachhaltige Entwicklung ohne Suffizienz, ohne Verhaltensänderungen und einen Mentalitätswandel nur schwer realisiert werden kann. **Themenfelder** sind: Multikulturalität, Eine Welt, Globalisierung, Urbanisierung.

Das Schweizer Forum „Schule für eine Welt“ definiert Globales Lernen als

„die Vermittlung einer globalen Perspektive und die Hinführung zum persönlichen Urteilen und Handeln in globaler Perspektive auf allen Stufen der Bildungsarbeit. Die Fähigkeit, Sachlagen und Probleme in einem weltweiten und ganzheitlichen Zusammenhang zu sehen, bezieht sich nicht auf einzelne Themenbereiche. Sie ist eine Perspektive des Denkens, Urteilens, Fühlens, Handelns, eine Beschreibung wichtiger sozialer Fähigkeiten für die Zukunft“

zitiert in: http://www.learn.nrw.de/angebote/umweltgesundheit/medio/hinter/u_e/globalern/gl_07.htm, 29.01.2007:4).

und benennt vier **Leitideen**, die eine globale Perspektive vermitteln und dazu verhelfen sollen, sich den Globalisierungsprozessen pädagogisch nähern zu können:

- den Bildungshorizont erweitern,
- Identität reflektieren und Kommunikation verbessern,
- den Lebensstil überdenken,
- Verbindung von global und lokal herstellen und das Leben handelnd gestalten.

Die Reflexion der Ziele der UN-Dekade (als Herausforderung von Politik und Bildung: „Lernen für eine zukunftsfähige Welt“) beinhaltet einen Bezug auf Wissen, Werte, Verhaltensweisen und Lebensstile, die sich im **Konzept der „Zivilgesellschaft“** unter „Berücksichtigung globaler Aspekte“ abbilden, und im Nationalen Aktionsplan (NAP) für Deutschland jährlich fortgeschrieben werden. Er soll auf Beschluss des Bundestages ein Bestandteil der **„Nachhaltigkeitsstrategie“** der Bundesregierung werden. Die NAP enthält 62 bundesweite Maßnahmen (mit Evaluationskriterien) mit dem Ziel der „Veränderung von Einstellungen, Denkstilen und Verhaltensweisen der gesamten Bevölkerung“ (NAP, S. 5), und der Entwicklung „nachhaltiger Wirtschaftsweisen und neuer Konsummuster“ (Hamburger Erklärung der Dt. UNESCO-Kommission, NAP S. 9). Das Hauptziel im NAP, den „Gedanken der NE in allen Bereichen

der Bildung in Deutschland zu verankern“, wird zur Orientierung für die Beteiligten in vier strategischen Zielgrößen formuliert und in vier Teilzielen operationalisiert:

- I. Nr. 2 (Konzept Globales Lernen), 4 (Aus- und Fortbildung von LehrerInnen), 5 (Bedeutung lokaler Initiativen), 6 (Nachhaltigkeit) am Arbeitsplatz und im Freizeitbereich) 7 (Dienstleistungen, Produkte, eigenen Lebensstil auf Nachhaltigkeit hin beurteilen können)
- II. Nr. 1 (Schul-Netzwerke), 4 (Vernetzung der Vielzahl von Akteuren) und 5 (Unterstützung durch Servicestellen, Multiplikatoren)
- III. Nr. 1 (persönliche Gestaltungsoptionen erkennen), 4 (stärkere Beachtung durch die Medien)
- IV. Nr. 2 + 3 (Ausbau von Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit).

Der übergreifende Anspruch, „nachhaltiges Denken und Handeln zu entwickeln“, um „Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert“ auf eine NE hin zu modernisieren, wird mit der Charakteristik des IST-Zustandes untermauert, dass das „herkömmliche industriegesellschaftliche Modell als nicht nachhaltig und damit nicht mehr als zukunftsfähig“ (NAP, S. 3) eingestuft wird, und andere nachhaltige Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen sind.

Nachhaltigkeit im Verständnis der „Agenda 21“ bedeutet, die drei zentralen Dimensionen Ökonomie, Soziales, Ökologie unter Ausnutzung von Synergieeffekten und möglichst ressourceneffizient zu vernetzen, und auf eine zukunftsfähige Entwicklung auszurichten. Zu der übergreifenden Forderung nach Generationengerechtigkeit, Mobilitäts-, Gesundheits- und Konsumerziehung sowie Themen, die zum Spektrum des „Globalen Lernens“ zählen (und einer Orientierung an friedenspädagogischen und entwicklungspolitischen Bildungszielen), ist eine anspruchsvolle Zielsetzung formuliert, die in unterschiedlichsten Ausprägungen, Gestaltungen, Projekten und Vernetzungen einen Niederschlag gefunden hat. Damit wird die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ international und national zu einem der bedeutendsten Leitziele für Schule und Ausbildung. Zur Umsetzung dieser Programmatik beschloss die Deutsche UNESCO-Kommission (2003) die „Hamburger Erklärung“ (Empfehlungen für einen Aktionsplan), und berief dazu ein Nationalkomitee ein. Im Zusammenspiel von Experten/Wissenschaftlern, Deutschem Bundestag, der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz fand am 13.1.2005 in Mainz die nationale Auftaktveranstaltung zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ statt, mit dem Anspruch der Weiterentwicklung bisheriger BfnE-Aktivitäten, der Umsetzung in die Praxis, besserer Vernetzungen und dem Ausbau internationaler Kooperationen.

Dem BLK-Modellprojekt „21“ -Bildung für eine nachhaltige Entwicklung haben sich neben den Ländern (z.B. auch Baden-Württemberg) zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, pädagogische Initiativen und Bildungsstätten angeschlossen, um das „Prinzip der Nachhaltigkeit“ im nationalen Bildungssystem zu verankern. Insgesamt beteiligen sich 14 Bundesländer an dem Programm. Das Programm „Transfer 21“ schließt sich an das BLK-Programm „21“ an. Diese Schritte auf dem Weg zu einer Bildung für eine zukunftsfähige Entwicklung müssen reaktiviert, an die neuen Ausgangslagen adaptiert und stärker für schulisches und gesellschaftliches Lernen aufbereitet werden, denn:

„Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass unser Bildungswesen den Herausforderungen der Globalisierung nicht gewachsen ist. Die Zukunft der Bildung ist u.a. durch die Ergebnisse der TIMS- und PISA-Studien wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Allerdings ist zu befürchten, dass die anstehenden Reformen im Bildungsbereich unter dem Eindruck von Standortkonkurrenz und dem ‚Wettbewerb um die besten Köpfe‘ vor allem ökonomischen Kriterien folgen und vor allem jene Anforderungen betonen, die ein internationalisierter Arbeitsmarkt an die nachwachsende Generation stellt. Soziale, musisch-ästhetische, ethische und interkulturelle Kompetenzen, wie auch die Fähigkeit und Bereitschaft, sich in das politische Leben sachkundig und verantwortungsvoll einzubringen, geraten gegenüber Beschäftigungs- und Fremdsprachen-Qualifikationen allzu leicht in den Hintergrund. Dazu hin verschärfen weltweite Tendenzen zur Privatisierung von Bildungsleistungen und der Bildungsfinanzierung das

Risiko insbesondere für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, sowie für Migrantenkinder und Behinderte, die Gefahr, von qualitativ höherwertigen Bildungsangeboten ausgeschlossen zu werden.

Wir treten demgegenüber dafür ein, dass ein Bildungswesen so integrativ wie möglich gestaltet sein muss. Das Lernen in heterogenen Lerngruppen bringt ein herausragendes Potenzial für das soziale und interkulturelle Lernen. Eine Pädagogik der Vielfalt, das bereits frühzeitige Erlernen eines toleranten Umgangs mit Heterogenität im eigenen Lebensumfeld, kann ein Schlüssel dafür sein, Kompetenzen für den angemessenen Umgang mit den Verwicklungen und Freiheiten in der Weltgesellschaft zu erwerben.

Unter dem Titel eines „Globalen Lernens“ ist seit rund 10 Jahren ein Bildungskonzept in der Diskussion, das in diesem Sinne integrativ angelegt ist, einen multiperspektivischen Ansatz verfolgt und ganzheitliche Lernformen zur Geltung bringt. Globales Lernen ist dem Leitbild einer zukunftsfähigen globalen Entwicklung und den Menschenrechten verpflichtet und knüpft in erster Linie an die Erfahrungen der entwicklungspolitischen Bildung, der Friedenspädagogik und des interkulturellen Lernens an. Wir begreifen Globales Lernen als einen wesentlichen Beitrag zu einer umfassenden Bildungsreform, die auch der Ergänzung durch innovative Impulse aus anderen pädagogischen Arbeitsfeldern bedarf.

Wir verstehen Globales Lernen als eine pädagogische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Globales Lernen macht die weltweiten Verflechtungen erkennbar und erhellt die mit der Globalisierung verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, politischen und kulturellen Chancen und Risiken. Im Mittelpunkt globalen Lernens steht die Verwirklichung einer globalen Anschauungsweise in der Erziehung. Globales Lernen möchte Menschen dazu motivieren und dazu befähigen, an der Gestaltung der Weltgesellschaft engagiert und sachkundig teilzuhaben. Globales Lernen braucht neue Allianzen, es setzt auf die Vernetzung schulischer und außerschulischer Lernorte und Lernpartner. Globales Lernen ist nach unserem Verständnis vor allem ein Konzept sozialen Lernens, das sich nicht darauf beschränken kann, bloßes Wissen über Globalisierung oder Beschäftigungsqualifikationen zu vermitteln.“

(Landeskongress „Globales Lernen in Baden Württemberg. Bildung für eine gerechte und zukunftsfähige Entwicklung“, Stuttgart, 22.2.2003, Seite 3-4).

Dieser skizzierte Weg soll jedoch nicht an einer realistischen Standortbestimmung der Funktion und Rolle der Bildung in unserer Gesellschaft vorbeiführen. Eine Übersteigerung von Erwartungen an die Erziehung bei der Bewältigung globaler Probleme wäre ebenso falsch wie eine Unterschätzung, die zwangsläufig zu Resignation führen muß. Die entscheidende Frage ist, wie globale Gefährdungsthemen in die pädagogische Kommunikation übersetzt werden, und sich die zuständigen Professionen (Bildungspolitik und Erziehungswissenschaften) mit dieser Programmatik identifizieren, und sie in die unterschiedlichsten Bereiche des Bildungssystems zu transportieren und zu implementieren. So charakterisiert Seitz den jetzigen Implementierungsstatus eher negativ, indem er resümiert, dass

„...trotz der punktuellen Bemühungen einzelner Schulen und engagierter Lehrer um eine Erziehung zur internationalen Verständigung man feststellen muss, dass sich die Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft von der globalen Herausforderung noch reichlich unbeeindruckt zeigt. Der Freiburger Friedensforscher Arnold Bergsträsser beklagte im Jahre 1959, dass unsere Erziehungssysteme, die aus nationalkulturellen Grundauffassungen entstanden waren, noch weit davon entfernt sind, der neuen Weltlage des Jahrhunderts gerecht zu werden. Ich fürchte, seine ernüchternde Diagnose bleibt auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch gültig“ (Seitz, 2007, S. 5).

Diese eher ernüchternde Bilanz ist auf dem Hintergrund der Ergebnisse der empirischen Studie des Bremer Politikwissenschaftlers Michael Zürn zu reflektieren. Zürn belegt am untersuchten Beispiel Deutschland, dass die „Globalisierung“ ein Ausmaß der „De-Nationalisierung“ eingeleitet hat, dass es aus seiner Sicht legitim ist, vom Beginn einer neuen „Epoche“ zu sprechen (Konsequenzen auf das Verhältnis von kultureller, sprachlicher, wirtschaftlicher und politischer Einheit und Identität). Die Konsequenzen für das Bildungssystem sind naheliegend. Vor allem die vielschichtigen Konsequenzen der „Globalisierung“ für die konkreten Lebenswelten erzwingen eine Auseinandersetzung über die Hintergründe lokaler Erfahrung und globaler Verursachung vor allem im Kontext der untersuchten gesellschaftlich strukturellen Versachungen wachsender Marginalisierungs- und Exklusionspotenziale. Insofern erzwingt der skizzierte Wandel der „Globalisierung“ die Bildungs(politik,-einrichtungen) zu einer Einmischung aus professioneller Perspektive, und dies auf dem Hintergrund zunehmender Betroffenheiten im lokalen Kontext. Nicht zuletzt ist der enorme Druck auf die nationalen Bildungssysteme zur Anpassung an den sich verschärfenden Prozess des internationalen Wettbewerbs

Herausforderung für die verantwortlichen Akteure, sich mit der paradigmatischen Grundposition der deutschen Arbeitgeberverbände („Plädoyer für eine neue Bildungsoffensive“) auseinanderzusetzen, zumal diese Anforderungen sich schon in konkreten bildungspolitischen Gestaltungsoptionen realisieren:

„Zwischen den Bildungssystemen ist ein weltweiter Wettbewerb entstanden. Wollen wir in der internationalen Konkurrenz der Köpfe bestehen, müssen wir alles unternehmen, damit wir die Chancen des Standortes Deutschland nicht schon im Klassenzimmer verspielen“ (zitiert in: Klaus Seitz, Die Globalisierung als Herausforderung für Schule, Pädagogik und Bildungspolitik, 2007).

Der mit diesen Anforderungen einhergehende Prozess der Privatisierung/Kommerzialisierung des Bildungsmarktes, der Anpassung der Lernenden an den ökonomischen Bedarf, der Druck, die „besten Köpfe der Welt“ hervorbringen bzw. die „besten Köpfe der Welt“ nach Deutschland holen zu müssen, definiert den Anspruch und das Anforderungsprofil auf die Erzeugung der „Ware Arbeitskraft“ und die damit einhergehenden und sich verschärfenden Selektionen.

So bedürfen die Ziele „Gestaltungskompetenz für nachhaltige Entwicklung“, „Interdisziplinäres Wissen“, „Partizipatives Lernen“ und „Innovative Strukturen“ einer Konkretisierung durch operationalisierbare Programme und Inhalte, die nicht beliebig instrumentalisierbar sind. So verlangt z.B. ein Förderprogramm für nachhaltige Entwicklung eine mehrdimensionale Erweiterung der Bildungsziele und eine entsprechende Umgestaltung der Lehr- und Lernprozesse. Um den Zusammenhang zwischen erfolgreichem Wirtschaften, ökologisch sinnvollem Handeln und sozialer Gerechtigkeit in einer sinnvollen Balance zu halten, müssen neue Denk-, Motivations- und Verhaltensanforderungen grundgelegt werden, um zu Veränderungen zu gelangen. Sowohl die Erstellung von Schulprofilen und Schulprogrammen sind Grundlage für das Konzept der „lernenden Organisation“, in der die Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung pädagogisch und curricular fundiert werden kann. Konzentriert sich der Syndromansatz auf die komplexe Erfassung von nicht nachhaltigen Entwicklungen, so müssen in einem weiteren Schritt relevante (lebensraumorientierte) Handlungsfelder positiv fokussiert werden, und im Spektrum der Fächer Deutsch, Sprachen, musisch-ästhetische Erziehung, Religionsunterricht, Geographie, Philosophie/Ethik und politische Bildung plazierte, konkretisiert und mit folgenden Fragen belegt werden:

- In welcher Klassenstufe plazierte ich die Themen?
- Welche schulischen Aufgabenfelder und Fächer sind berührt?
- Welche Themen kann ich in den Regelunterricht integrieren?
- Was ist in Projekten zu bearbeiten?
- Wer sind schulische und außerschulische Kooperationspartner?
- Welcher administrativer Regulierungs- oder Deregulierungsbedarf besteht?
- Was sind sonstige Voraussetzungen für eine Implementierung?

Da die politisch-programmatische Implementierung der „Agenda 21“ sehr differenziert vorliegt (weit über 500 Kommunen in der Bundesrepublik sind daran beteiligt), und die praktische Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Themenfeldern (Verkehr, Arbeit und Soziales, Ernährung/Gesundheit, Internationale Partnerschaften, Konsum, Energie etc.) zu beschreiben ist, liegt eine Vernetzung der Gestaltungsoptionen der Schule mit lokalen und regionalen Initiativen und Einrichtungen nahe, um organisatorisches und inhaltliches Know-how zu transportieren und zu adaptieren. Durch solche lokalen Partizipationen und Vernetzungen erhöhen sich die Chancen, Intentionen der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu realisieren. Der Aufbau außerschulischer Unterstützungsstrukturen und Netzwerke für lokale und globale Aspekte/Themen ist von essenzieller Bedeutung; Zusammenarbeit mit regionalen Wirtschaftsbetrieben und Verbänden, Kooperationen mit kommunalen Einrichtungen, Bildungswerken, DGB, Umweltschutz- und Dritte-Welt-Verbänden etc. Eine Verknüpfung thematisch gefasster Arbeitsschwerpunkte mit der Organisationsstruktur des Netzwerkes ist notwendig,

um die Implementierung und Stabilisierung der Ergebnisse konzeptionell zu sichern. Die konzeptionellen, infrastrukturellen und qualifikatorischen Voraussetzungen müssen in dem beteiligten Netzwerk gesichert sein, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen. Das Motto **„Global denken – lokal handeln“** ist der programmatische Titel der Konzepte „Globalen Lernens“. Auf diesem konzeptionellen Hintergrund ist „Globales Lernen“ als pädagogische Antwort auf den Prozess der „Globalisierung“ zu interpretieren (als Weiterentwicklung des Dritte-Welt-Unterrichts und der Eine-Welt-Pädagogik), und ist zugleich Gestaltungsprinzip von Unterricht (globale Betrachtungsweise als neue Form der Welterschließung), und auf die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerichtet.

Inhaltlich hat Wolfgang Klafki (1993) in seinem programmatischen Aufsatz „Allgemeinbildung heute – Grundzüge internationaler Beziehung“ sieben Schlüsselprobleme definiert

- Krieg und Frieden;
- Sinn und Problematik des Nationalitätsprinzips im Zusammenhang mit Kulturspezifität und Interkulturalität;
- die ökologische Frage;
- rapides Wachstum der Weltbevölkerung;
- gesellschaftlich produzierte Ungleichheit innerhalb unserer Gesellschaft und im internationalen Vergleich;
- Gefahren und Möglichkeiten neuer Technologien;
- Subjektivität des einzelnen und die Ich-Du-Beziehungen.

Das Konzept des „Globalen Lernens“ basiert auf den vier Grundsäulen

- Horizonszerweiterung (Weltsicht) und Vernetzung (lokal – global)
- Zukunftsorientierung
- Wertschätzung kultureller Vielfalt und Orientierung an ethischen Prinzipien
- Öffnung der Lernformen

und orientiert sich an Leitbildern und dem Menschenbild von kultureller Vielfalt, Solidarität, Partizipation und ethischen Grundsätzen, und fußt auf der politischen Ebene auf Prämissen internationaler Strukturpolitik, die an globalen Risiken ansetzt und eine umfassende Konfliktprävention betreibt. Das Konzept lebt in dem Spannungsfeld von:

- Globalisierung und lokalen Handlungsoptionen.
- Komplexität und notwendiger Reduktion.
- Individualisierung und Universalisierung von Lebenserfahrungen.
- Ungewissenheit/Offenheit und dem Bedürfnis nach „Heimat“/Sicherheit.
- Identitätssuche und -bestimmung und Öffnung gegenüber dem „Fremden“.
- Zukunftsorientierung und der Auseinandersetzung mit der konkreten Gegenwart.
- Wissenserwerb/kognitives Lernen und dem Erlernen sozialer Fähigkeiten.

Auf dem Hintergrund der Charakteristika staatlicher Schulsysteme (staatsbürgerliche Nationalerziehung, anhaltender pädagogischer Provinzialismus und der Dominanz verschulter Belehrungskultur) formuliert Klaus Seitz (2007) folgende zentrale Thesen „Globalen Lernens“, dessen Grundgedanken in der Idee weltbürgerlicher Erziehung der europäischen Aufklärung, im pädagogischen Programm der Weltfriedensbewegung, in der „Education for all World Community“ (Genfer Völkerbund), in Paulo Freires Befreiungspädagogik definiert sind, um prekären Lagen der Welt mit den Mitteln der Erziehung zu begegnen:

1. Globales Lernen ist der Anspruch an eine weltbürgerliche Erziehung zur weltweiten Humanisierung der menschlichen Lebensverhältnisse.
2. Die Bildung von gestern ist den Aufgaben von morgen nicht mehr gewachsen. Wir brauchen keine Bildungsoffensive, sondern vor allem eine Bildungswende.
3. „Globales Lernen“ ist die Theorie einer alternativen pädagogischen Praxis, die für eine Neuorientierung schulischer und außerschulischer Bildung fruchtbar gemacht werden sollte.
4. So wenig es eine standortunabhängige Situationsdeutung der globalen Lage gibt, so wenig kann es eine standortunabhängige Beschreibung der Ziele und Aufgaben „Globalen Lernens“ geben.

„Globales Lernen“ zielt demnach auf eine Art des Denkens und eine Art und Weise des Lernens, die es ermöglicht, lokale Gegebenheiten in ihrer Einbindung in den globalen Kontext vorzunehmen, und mit ganzheitlichen Lernverfahren („Kopf, Herz und Hand“ – Bezug auf reformpädagogische Ansätze) das globale Leitziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ in pädagogische Praxis zu übersetzen (auf der Basis des internationalen Bildungsauftrages: Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Sechsjahresberichten der UNESCO etc.). Durch den „Umbruch“ der Globalisierungsprozesse erhalten viele Themen eine Dynamik, die sich nicht mehr auf die Dritte-Welt-Ebene reduzieren lassen, und bieten somit andere intrinsische Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit aufgeführten Themenfeldern. Trotz der KMK-Empfehlung „Eine Welt/Dritte Welt in Schule und Unterricht“ hat sich jedoch die Bildungspolitik dem Anliegen des „Globalen Lernens“ noch nicht wirklich gestellt.

Bei der Implementierung dieser Ziele in die schulische Praxis ist auf zentrale eklatante Schwächen der heutigen Schulen zu verweisen:

- Tradiert überkommener Fächerkanon mit einer parzellierten Weltsicht (vs. vernetztes Denken).
- Mangel/Fehlen an disziplinärem und systemisch-ganzheitlichem Denken.
- Fixierung auf die Vermittlung und Überprüfung abfragbaren Wissens (vs. Dynamik der Wissensvermittlung).
- Schulische Sozialisierung auf nationale Lebenswelten (vs. Internationalisierung der Bildung).

Daraus formuliert Seitz den Anspruch auf eine „Bildungswende“ und eine „andere Bildung“ (tiefgreifende Veränderungen der Inhalte, Methoden und Strukturen des Lernens), und nicht die Fokussierung auf „mehr“ Bildung. Die zentrale Implementierungsfrage heißt für Seitz: „Wie können wir auch unter den Bedingungen extremer sozio-ökonomischer Ungleichheit und krasser Differenzen in der Bildungsinfrastruktur internationale Bildungsk Kooperationen gestalten und einen gemeinsamen pädagogischen Diskurs über Konzepte Globalen Lernens führen?“ (S. 9).

Die Befähigung, Sachlagen in einem weltweiten und ganzheitlichen Zusammenhang zu sehen, ist elementar auf die Wahrnehmung und Ergründung von Situationen auf der Mikroebene angewiesen, und soll sich nicht im Rahmen eines „neuen Fachs“ realisieren, sondern ist als wesentliches Unterrichtsprinzip zu definieren, das im Kontext folgender möglicher Themenfelder seine Anwendung finden kann (Orientierung an Klafkis „gesellschaftsrelevanten Schlüsselproblemen“):

- Umweltzerstörung
- **Massenarmut**
- **Soziale Desintegrationsprozesse**
- Gewaltsame Konfliktaustragung
- **Migrationsbewegungen**

- Internationale Kriminalität
- **Ruinöse Standortkonkurrenz**
- **Spekulative Kapitaltransaktionen**
- **Bevölkerungsentwicklung**
- Unkontrolliertes Atompotenzial.

Dabei ist die Öffnung des Unterrichts/der Schule zu außerschulischen Einrichtungen Partnerschaften, Aktionen, Ausstellungen, Theater etc. ein prinzipieller Anspruch an eine andere Form des Lernens, um für die Lernenden aktive Lernrollen, vernetztes Denken und Handeln und Förderung der Konfliktfähigkeit zu implementieren. Die Prinzipien der „Globalität“ (Gerechtigkeit für alle, Komplexität, Universalismus, Verantwortungsethik – Hans Bühler) sollen primär in Projektwochen und projektartigem Unterricht Gestalt gewinnen, um die organisatorische Zwangsjacke unserer Schulen bewußt zu verlassen, und um eine andere Lernkultur zu implementieren. Die Spielräume der auf der Basis der KMK-Empfehlungen möglichen Handlungsoptionen beziehen sich auf

- die Integration globaler Themen bei der Entwicklung von Schulprofilen,
- Ausnutzung von Freiräumen und Gestaltungen von Richtlinien und Lehrplänen,
- die allmähliche Implementierung fächerübergreifenden Unterrichts.

Dieses unter Inanspruchnahme vielfältiger Hilfen für eine Durchführung von Unterrichtsvorhaben durch Greenpeace, UNICEF, BUND, Welthungerhilfe, terre des hommes, VENRO, kirchlichen Entwicklungsträgern, Ländernetzwerken und Aktivitäten des BMZ.

Die Konsequenzen für die Unterrichtsmethodik lassen sich wie folgt beschreiben:

- Weg von einer regionenzentrierten – hin zur globalen Weltsicht.
- Hin zu Methoden, die das Denken in Zusammenhängen und Systemen fördern.
- Hin zu Methoden, die den Schüler aktivieren.
- Hin zu Methoden des Engagements im konkreten erfahrungsbezogenen Lernen.
- Verbindung von Lernen und Lebensraumbezug.
- Keine Reduktion auf Methoden der Rationalität sondern Erweiterung von Methoden, die Phantasie, Kreativität und Emotionen zulassen.
- Weg von Methoden der Wettbewerbsorientierung – hin zu Methoden der Zusammenarbeit und Förderung der Solidarität.

Trotz aller Möglichkeiten und Perspektiven des Konzeptes zum „Globalen Lernen“ warnt Seitz (2007) jedoch zu Recht vor einer Überdehnung des pädagogischen Handlungsspielraumes und gesellschaftlicher Wirkungen, da die strukturell erzeugten prekären globalen und lokalen Lagen nur begrenzt bzw. garnicht mit den Mitteln und Reichweiten der Pädagogik zu lösen sind:

„Das Bildungswesen ist ohne Zweifel aufgefordert, einen pädagogischen Beitrag zur humanen Gestaltung der Globalisierung zu leisten – gleichwohl sind die Grenzen einer pädagogischen Weltverbesserung eng gezogen....“

Das Zusammenleben der Welt vollzieht sich vor allem unter dem Primat ökonomischer Imperative, die Bildung hinkt der wirtschaftlich vollzogenen Globalisierung hinterher, sie kommt, wie in dem Märchen von dem Hasen und dem Igel, immer zu spät und ist nicht Schrittmacher, bestenfalls Korrektiv des gesellschaftlichen Wandels.

In unseren Bildungssystemen werden sich in den nächsten Jahren unter dem wachsenden Globalisierungsdruck gewaltige Umbauten vollziehen. Die Gefahr liegt auf der Hand, dass dabei die Programmatik des lebenslangen Lernens und einer weltoffenen Erziehung unversehens für die Anpassung des Menschen an die Erfordernisse des kapitalistischen Weltmarktes funktionalisiert wird. Das Anliegen des Globalen Lernens, das an die aufklärerische Tradition weltbürgerlicher Erziehung anknüpft, steht im krassen Gegensatz zu den Weltbeherrschungsimperativen und den hegemonialen Strategien der wirtschaftlichen Globalisierung. Globales Lernen kann sich daher auch nicht in der Ausbildung internationaler Kommunikationskompetenzen und ‚weltmännischer‘ Gewandheit erschöpfen, die es dem Global Player erlauben, sich an allen Orten der Welt

strategisch erfolgreich und kulturell angemessen zu behaupten. Internationalisierung der Bildung meint mehr als die internationale Kompatibilität von Bildungsabschlüssen und Bildungsbausteinen und die Förderung der Fremdsprachenkompetenz. Was Not tut ist in erster Linie die Befähigung zur internationalen Verständigung und zur Kooperationsfähigkeit in einer Welt, die von enormen weltumspannenden Problemen gezeichnet ist, von Problemen, die nur noch auf der Grundlage einer globalen Partnerschaft gelöst werden können...

Eine zukunftsfähige Entwicklung lässt sich nicht verordnen, weil... Menschen nicht entwickelt werden können, sondern nur sich selbst entwickeln. Das Menschheitsprojekt einer global nachhaltigen Entwicklung muss scheitern, wenn es sich nicht auf die Teilhabe und Innovationsbereitschaft der Öffentlichkeit stützen kann. Angesichts der Grenzen der Wirksamkeit staatlichen Handelns gelten die Aktivierung der Öffentlichkeit, die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen und die Förderung der Bewusstseinsbildung mittlerweile als unverzichtbare Instrumente bei der Bewältigung der globalen Krisen. In dieser Verknüpfung zivilgesellschaftlicher Erneuerung und entwicklungsbezogener Bildung ist auch die entscheidende Spur für die zukünftige gesellschaftliche Rolle des Globalen Lernens gelegt.

Auch an dieser Stelle können wir wiederum an der konkreten Utopie des eingangs zitierten Visionärs Comenius anknüpfen, der nicht nur für eine Generalreform der Bildung, sondern auch der Politik plädierte. Bei allem pädagogischen Optimismus hat er zum Ausdruck gebracht, dass Bildung zwar ein notwendiges, aber noch kein hinreichendes Mittel für die Verbesserung der Welt sein kann. Nicht schon in der Bildung des Menschen, sondern erst in der Humanität seiner konkreten Lebensverhältnisse kommt seine Menschlichkeit zur Geltung.“ (Seitz, 2007a, S. 10/11).

So stehen Anforderungen und Skepsis in einem fruchtbaren Spannungsfeld und unterstreichen die Notwendigkeit, die bisherige bildungspolitische Defensive in Bewegung zu bringen. Denn trotz einer breiten Publikation der Inhalte der „Agenda 21“ und dem „Konzept der Nachhaltigkeit“ bleibt die Ausgangsdiagnose, dass trotz der vielfach publizierten „Schlüsselfunktion der Bildung für unsere Zukunft“ die Reaktionszeit von Bildungspolitik, Bildungstheorie und Bildungspraxis zu lang ist, um auf die skizzierten bedrohlichen Entwicklungen der Weltlage angemessen und wirksam reagieren zu können. Um auf diesem Hintergrund die Implementierungschancen und beabsichtigten Effekte zu erhöhen, ist das Konzept des „Globalen Lernens“ in hohem Maße von der Kooperation zwischen schulischer Praxis, entwicklungspädagogisch engagierten (lokalen und überregionalen) NRO's, Bildungsträgern, Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik abhängig. Die mit PISA eingeleitete „Bildungsreform“ ist keine tragfähige Basis, den Anspruch von Seitz auf eine „Bildungswende“ einzuleiten, da eine umfassende Bildungsreform im Sinn der „Agenda 21“ als „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ andere Implikationen beinhaltet als die eingeleiteten benchmarkorientierten Leistungsoptimierungen in der Spur kognitiver Reduktionen und marktinduzierter Qualifikationsanpassungen. Die ethischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Imperative „nachhaltiger“ Bildungsprämissen (mit den Hauptanforderungen an soziale Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit) erfordern eine Sozialisationsperspektive auf eine andere Vergesellschaftungsform als die bestehende und expandierende neo-liberale Ausrichtung. Die „Besser-Anders-Weniger-Triade“ einer zukunftsfähigen Entwicklung (Studie des Wuppertal-Instituts/Bund, Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, 1996) gilt als strategische Leitlinie eines fundamentalen Transformationsprozesses – auch im Anspruch einer interdisziplinären Zusammenarbeit der Natur-, Geistes-, Ingenieurs- und Sozialwissenschaften. „Nachhaltigkeit“ braucht zur Konzeptionalisierung und zur politischen Implementierung neue Allianzen und starke Partner. Auch Erziehung und Bildung steht vor zentralen Herausforderungen.

Wenn „der Bildung“ eine Schlüsselfunktion für den Weg ins 21. Jahrhundert zugeschrieben wird, dann muß die Vision für eine zukünftige Gesellschaft Gestalt annehmen. So hat zwar die Bundesregierung (2002) unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ eine nationale Strategie für eine „nachhaltige Entwicklung“ beschlossen (Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt, Generationengerechtigkeit und internationale Verantwortung), und konkrete Ziele und Handlungsfelder/Maßnahmen benannt (Überprüfung an 21 Indikatoren), ohne jedoch den zunehmenden Widerspruch zwischen einer „Wachstums- und Haushaltskonsolidierungspolitik“ und den Ansprüchen einer ökologisch und sozial ausgewogenen Entwicklung zu thematisieren. Der Druck aus intellektuellen Analysen zur Weltlage (Radermacher 2007; Beck 2007 u.a.) in Verbindung mit dem Küngschen Projekt „Weltethos“ nimmt jedoch zu,

und bietet eine Brücke, der erlahmenden bildungspolitischen Debatte über einen alternativen Zukunftsentwurf gegenüber dem Konzept der „PISA-Logik“ eine neue dringend notwendige Dynamik zu verleihen.

2. Bildungspolitische Reformpositionen als Antwort auf den neoliberalen Paradigmenwechsel

Es scheint plausibel hinterlegt zu sein, dass die skizzierte Dominanz neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht spurlos an der Bildungspolitik vorbeigezogen ist, und die genuin staatliche Aufgabe, nämlich das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, in immer schärferen Widerspruch zur neo-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftshegemonie gerät. Diese Entwicklungen verstärken in höchstem Maße vorhandene soziale Disparitäten und gefährden zunehmend den gleichen und freien Zugang zur Bildung. Im Zusammenspiel mit der Krise der Staatsfinanzen verstärken sich die Begrenztheiten, Bildung zu entstaatlichen, zu privatisieren und zu ökonomisieren, und die aus der demografischen Entwicklung (Rückgang der Schülerzahlen) möglichen monetären Freiräume nicht in die zentrale Zukunftsaufgabe „Bildung“ zu investieren.

Gerade auf diesem Hintergrund ist Bildung als allgemeines Gut der sozialstaatlichen Daseinsfürsorge zu bestimmen, und an die gesellschaftlichen vielschichtigen Veränderungsprozesse anzupassen. Bildung ist deswegen als „soziale Frage“ zu definieren, da der positive oder negative Abschluß dieses Prozesses den Zugang zu Arbeit und Beruf, und damit zu Wohlstand und Sicherheit fördert oder behindert, und einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion gesellschaftlicher Ungleichheiten leisten kann. Zugleich steigen die pädagogischen und erzieherischen Anforderungen an die Schule, weil Erziehungs- und Sozialisationsprobleme mitverursacht und verschärft werden durch

- negative Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit, Armut, Marginalisierung und Exklusion;
- eine immer größere Anzahl betroffener Kinder aus gescheiterten Ehen, aus Familien getrennt lebender Eltern und Alleinerziehenden;
- einen immer massiveren unkontrollierten Einfluss der Medien auf Kinder und Jugendliche;
- Defizite außerschulischer Sozialisationseinflüsse.

Auf diesem skizzierten Hintergrund bedarf es einer begründeten bildungspolitischen und -strategischen Gegenposition, die als konsistentes Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung erklärt ist, und sich auch in Zeiten der PISA-„Logik“ nicht von dem Anspruch auf folgende Prämissen abbringen lässt: Fördern statt Auslesen, Heterogenität statt Gleichmacherei, Individualität statt Konformität. Ohne eine Entkopplung der Bildungschancen des Einzelnen von seiner sozialen Herkunft - und einer Aufhebung an der Richtschnur der Funktionslogik einer profitorientierten Marktwirtschaft - lässt sich eine solche alternative Betrachtung nicht sinnvoll fundamentieren.

Die Debatte über ein neues übergreifendes Bildungsverständnis ist ebenso einzuschließen wie die Antworten auf angemessene strukturelle Konzepte. Denn die Prämisse, dass wir ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sind, in dessen Verfassung das Gebot zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung formuliert ist, und Chancengleichheit als Anspruch (ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Geschlecht oder Kultur) realisiert werden sollte, gilt als definiertes aber immer weniger publiziertes Selbstverständnis. Um diese Leitziele zu realisieren, bedarf es eines konzeptionellen Zusammenspiels von „äußerer“ und „innerer“ Schulreform. Merkmale der „äußerer“ Schulreform sind:

- Änderungen der Schulformen bzw. des Schulsystems (Gesamtschule/Ganztagsschule).
- Einführung einer flexiblen Schuleingangsphase.
- Stärkere Synchronisation mit den Vorschuleinrichtungen.

- Angemessene und differentielle Ressourcenausstattung (personell, sächlich).
- Abschaffung des Sitzenbleibens.
- Integrierte Sekundarstufe I (einschl. 9. Schuljahr).
- Stärkung der Schulautonomie.
- Änderungen im Konzept der Leistungsbewertung.
- Änderungen im Curriculum.
- Integration von Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, psychologische Beratung etc.

Die innere Schulreform beschreibt Veränderungen pädagogischer Strukturen, Konzepte und Organisationsformen auf der Ebene einzelner Schulen in folgenden Handlungsfeldern:

- Erstellen eines schulischen Leitbildes und Schulprogramms („corporate identity“).
- Neue Lehr- und Lernformen.
- Fächer- und klassenübergreifender Unterricht.
- Änderung der Schulkultur (AG's, Projekttag, Schul-, Klassenraumgestaltung) etc.

Nur ein konsequentes Zusammenspiel „innerer“ und „äußerer“ Schulreform erhöht das Potenzial auf Erhöhung der „Chancengleichheit“ für unterprivilegierte Kinder und Jugendliche, obwohl der Anspruch auf „Chancengleichheit“ und „Leistung“ sich immer antagonistischer gestaltet. Trotz dieser beschriebenen (zunehmend selektiver werdenden) Kontextbedingungen hat eine emanzipative Bildungspolitik sich einem förderorientierten, humanistischen und die Vielfalt bejahenden Selbstverständnis zu verschreiben, als auch den Anspruch an eine signifikante Erhöhung der Bildungsinvestitionen zur Erreichung definierter Bildungsziele:

1. Chancengleichheit, Demokratisierung, Emanzipation, Selbstbestimmung, Integration, Interkulturalität und Ökologie sollten Leitbegriffe eines bildungspolitischen Selbstverständnisses sein, die sich aus einer humanistisch begründeten Bildungs- und Gesellschaftsphilosophie ableiten lassen, und wegen ihres unverwechselbaren Anspruchs nicht instrumentalisierbar sind. Zugleich sollen sie bewußt an Prämissen und Überlegungen unvollendeter Bildungsreformen anknüpfen und über diese hinausweisen. Eine mit hohen sozialen, multiethnischen, ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Risiken ausgestattete Gesellschaft braucht nicht nur ein Gefährdungsbewusstsein, sondern auch wertebezogene Eckpunkte und Orientierungen, auf die sie sich hinentwickeln will.
2. Unter den Bedingungen der neoliberalen „Globalisierung“, Europäisierung und spezifisch deutschen Problemausprägungen (mit beschriebenen Konsequenzen) ist eine Vorstellung von einem staatlich geführten, demokratischen, pädagogisch und fachlich leistungsfähigen Bildungssystem (das die gesellschaftliche Zukunftsgestaltung wesentlich mitträgt) essentiell, und vor einer sichtbaren neoliberalen Privatisierungsstrategie zu schützen.
3. Marktförmige Organisationsformen des allgemeinbildenden Schulwesens produzieren Widersprüche auf den Ebenen der zugespitzten Dichotomisierung des Schulwesens (mit einem selektiven Charakter), der Qualitätsentwicklung, der Chancengleichheit, der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Statt einer Orientierung auf eine „Freiheit“ eines (teil-)privatisierten und kommerzialisierten Bildungsmarktes bedarf es der Ausweitung pädagogischer Freiheiten im Rahmen eines integrativen Konzeptes (Entwicklung von Fachleistungs-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz). Unverzichtbare Selbstverständnisse der Persönlichkeitsentwicklung sollten sein:

- Lebensweltliches Orientierungswissen.

- Keine kognitive Reduzierung, sondern Befähigung, Chancen und Risiken zunehmender individualisierter Lebensführung zu bewältigen.
- Bildung ist nicht nur auf die Herstellung einer beruflichen Qualifikation für die Arbeitswelt bezogen, sondern dient der Befähigung größtmöglicher Autonomie und sozialer Verantwortung in allen Lebensbereichen.
- Fragen der politischen Bildung und demokratisch-gesellschaftlichen Teilhabe.
- Sicherung der Grundverständnisse und Zusammenhänge von Ökonomie und Ökologie, der Reproduktions- und Erwerbsarbeit, Kultur und Technik als Elemente von Allgemeinbildung.
- Arbeitsorientierte und sozioökonomische Bildung (als Teil eines erweiterten Arbeitsbegriffs).
- Medienerziehung.
- Kulturell-ästhetische Bildung und Praxis und Auseinandersetzung mit ethischen Fragen.
- Bildungsprozesse lassen sich nicht nur auf die Binnenlogik von Bildungsinstitutionen beschränken. Non-formalen und informellen Lernprozessen ist ein gleichwertiges Augenmerk zu widmen, da die Komplexität von Lern- und Lebenswelten Gegenstand pädagogischer Betrachtung und Interventionen werden muß.
- Der prekär gewordene Gebrauchswert von Bildung (biografische und gesellschaftliche Relevanz von Lerninhalten) als auch das Problem der fehlenden Ernsthaftigkeit schulischen Lernens (Simulationscharakter) müssen Gegenstand einer kritischen Reflexion und abzuleitender Konsequenzen sein.

Diese fundamentalen Qualifizierungs- und Entwicklungsziele sollten Gegenstand einer **grundlegenden Curriculumrevision** sein, die sich zugleich an Selbstverständnissen des lebenslangen/lebensbegleitenden, exemplarischen und nachhaltigen Lernens orientiert.

4. Eine größere Selbständigkeit der Schulen mit dem Anspruch einer qualitativen Organisationsentwicklung (implizit Qualitätsentwicklung) soll zu größerer Autonomie und Selbstverantwortung führen, die nicht folgende Negativentwicklungen zur Konsequenz hat: Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse, Privatisierung, Kommerzialisierung, Ökonomisierung, Mängelverwaltung. Pädagogisch selbstverantwortliche Schulorganismen verstehen sich als Subjekt und nicht als Objekte ihrer Schul- und Qualitätsentwicklung.
5. Aktivitäten der **Qualitäts- und Standardsicherung** sowie interne und externe Evaluationen sollten in Übereinstimmung mit den Zielen pädagogischer und demokratischer Schulentwicklung und schüler-, handlungs- und problemorientierten Unterrichts stehen. Zentrale Abschlussprüfungen und standardisierte Schulleistungstests stehen diesem Anspruch entgegen. Evaluations-Instrumente können nur dann sinnvoll eingesetzt werden, wenn sie dem Anspruch einer pädagogischen Qualitätsentwicklung und Selbststeuerung der Schule entsprechen. Sinnvolle Qualitätsinstrumente und -maßnahmen können sein: Schulübergreifende Qualitätszirkel/Netzwerke, benachmarkorientierte Vergleiche, Fallstudien, pädagogische Konferenzen mit professioneller Moderation, Kooperationen mit Wissenschaft und Beratungsstellen. Flächendeckende und punktuelle standardisierte Fachleistungstests mit dem Anspruch auf Vergleichbarkeit entsprechen diesem Grundverständnis nicht. Zur pädagogischen Schul- und Qua-

litätsentwicklung sind ausreichende Ressourcen (Zeit, Budget und Fach-Know-how) zur Verfügung zu stellen.

6. Der oberste Anspruch der Bildungspolitik, für alle Schüler das Recht auf Bildung zu realisieren, kann in einem so extrem gegliederten Schulsystem nicht erfüllt werden. Deswegen ist eine (im Verständnis der Ganztagsschule) zentrale Voraussetzung eine strukturelle und integrative Schulreform zur Verbesserung der Chancengleichheit, der sozialen Kohäsion als auch aus schulplanerischen und finanziellen Gründen. Eine Orientierung auf die Binnenoptimierung der einzelnen Schulen ohne grundlegend strukturelle Veränderung (wie in der gegenwärtigen bildungspolitischen Landschaft zu beobachten) kann nicht zielführend sein. Eine Weiterentwicklung der Schulen als Teil kommunaler Bildungszentren (lebensweltliche Orientierung und außerschulische Lernorte) ist auf dem Hintergrund der beschriebenen gesellschaftlichen strukturellen Entwicklungen unverzichtbar. Ein neun-/zehnjähriger gemeinsamer Schulbesuch in ganztägig geöffneten Stadtteil- und Nachbarschaftsschulen ist nicht nur eine Annäherung an die Bedürfnisse struktureller Entwicklungen, sondern auch an internationale Selbstverständnisse. Insofern ist die Weiterentwicklung und Verbreitung integrierter Gesamtschulen das Gebot der Stunde.
7. Angemessene und verlässliche Rahmenbedingungen für schulisches Lernen und Arbeiten können nur auf der Basis materieller und personeller Ausstattungen erfolgen, die bedarfsge-
recht orientiert und planungssicher sind. Aufgaben- und Investitionsschwerpunkte sollten sein:
 - Schulen mit besonderen Problemlagen und erhöhtem Unterstützungs- und Förderungsbedarf.
 - Frühe Bildungs- und Sozialisationsphasen bis zum Ende der Grundschulzeit.
 - Bessere sächliche, personelle und schulorganisatorische Rahmenbedingungen.
 - Deutliche Senkung der Klassenfrequenzen.
 - Verringerung der Wochenstundenzahlen der Lehrkräfte.
 - Pädagogische Schul- und Qualitätsentwicklung.
 - Fort- und Weiterbildung der Lehrer (vor allem für Personal in Brennpunktschulen).
 - Generell: Reform der Lehrerausbildung mit den Schlüsselkompetenzen Moderationskompetenzen, Konfliktmanagement, Erziehung, Medienkompetenzen, Kooperations- und Präventionsfähigkeiten:
 - systematische Weiterbildung und persönliche Weiterqualifizierung (lebenswelt- und problembezogen);
 - verstärkte pädagogisch-psychologische Qualifizierung und praxisnahe Professionalisierung (zur Befähigung im Umgang mit immer schwierigeren Problemlagen der Schüler).

Um die regionalen und länderspezifischen Disparitätenentwicklungen budgetseitig auszugleichen, ist ein System des Finanzausgleichs auf Bundesebene eine zentrale Sicherung der monetären Entschärfung der strukturellen Disparitätenentwicklung.

Die oben angeführten Anforderungen und Prämissen für eine „Bildungswende“ stehen in einem deutlichen Widerspruch zu den aktuellen Systemanforderungen und den realen Arbeitsmarktprozessen, die sich zunehmend polarisierend und selektiv entwickeln. Ohne einen Paradigmenwechsel in der Gesellschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (siehe Diskussion „Zivilgesellschaft“) wird sich der gesellschaftliche Spaltungs- und Ausgrenzungsprozess gravierend verschärfen, und die „Kostenfrage“ aus einer anderen Perspektive beantworten.

2.1. Anforderungskriterien an eine „gute Schule“

Klafki (1998) verweist zurecht darauf, dass die Suche nach adäquaten Antworten auf die Frage nach Kriterien für eine „gute Schule“ bekannt sind und vielfach diskutiert und publiziert wurden, es jedoch an der Zeit ist, sie endlich in trag- und konsensfähige bildungspolitische und schulpraktische Konzepte zu fassen und diese zu implementieren. Unter der Prämisse, dass das Zusammenwirken der Prozesse der „inneren“ und „äußeren“ Schulreform notwendig ist, formuliert er (in Bezug auf Helmut Fend) den Anspruch, dass die „Wiederentdeckung der einzelnen Schule als pädagogische Handlungseinheit“ zentraler Erklärungsansatz für den unterschiedlichen Output ist (kognitive Leistungen, soziales Lernen, Schulzufriedenheit etc.), und die unterschiedlichen Effekte stärker erklärt als der Vergleich der durchschnittlichen Resultate der Schulen verschiedener Schultypen:

„Das Kollegium einer Schule kann im Zusammenwirken mit Schülern und Eltern pädagogisch Erhebliches bewirken, kann die eigene Schule zu einer ‚guten Schule‘ gestalten, ‚gut‘ nach dem vorwiegenden Urteil der betroffenen Schulleiterinnen und Schulleiter, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und Schüler sowie nach dem Urteil von Forschern“ (Klafki 2007, S. 3).

Wenn Klafki in seinem Ansatz auch der Gefahr ausgesetzt ist, die strukturellen Aspekte im Schulvergleich zu vernachlässigen, so sind die von ihm formulierten Messlatten für eine „gute Schule“ jedoch besonders zu würdigen, und als Maßstab für die Diskussion um die Konzeptionalisierung der „inneren Schulreform“ zu berücksichtigen:

- Pädagogische Einstellung des Kollegiums einer Schule: optimistische Einstellung und Erwartungen in bezug auf Kinder und Jugendliche, sie nehmen ihre Schüler ernst, trauen ihnen etwas zu, Schwierigkeiten sind überwindbar, den leistungsschwächeren Schülern gilt dieselbe Aufmerksamkeit wie den leistungsstärkeren.
- Das Ausmaß der Zielübereinstimmung in einem Lehrerkollegium und der Grad der Kooperation: Übereinstimmung in grundsätzlichen Zielen und Philosophien, ausgeprägter Grad an Kommunikation und Kooperation im Gesamtkollegium und Teilgruppen.
- Schulinterne Lehrerfortbildung: systematische Formen der Fortbildung, regelmäßige Konferenzen, pädagogische Tage, Kontinuität der Arbeit an relevanten pädagogischen Problemen der Schule.
- Schulleben: Schulfeste, außercurriculare Wahlangebote sportlicher, künstlerischer, technisch-gestaltender Art, Spielangebote, freie Kommunikationsmöglichkeiten im Schulgelände, Schulzeitungen, außerunterrichtliche Projekte, lebendige Schultraditionen.
- Qualität des Unterrichts:
 Schülerorientierung: eher auf Förderung denn auf Auslese ausgerichtet.
 Prinzip häufiger Rückmeldungen über die Lernprozesse (positive, anerkennende Grundhaltung).
 Überblick über das Unterrichtsgeschehen: gute Lehrer nehmen differenzierter wahr, was sich im Unterricht abspielt.
 Strukturierung des Unterrichts durch den Lehrer ermöglicht Durchblick auf Seiten der Schüler.

Unterschiedliche Nutzung der Unterrichtszeit: mehr Zeit für Unterricht, seltene Verspätungen, geringerer Ausfall der Unterrichtszeit, Schüler fehlen seltener, es wird weniger „gegammelt“ und „getrödel“.

- Lösungen organisatorischer Probleme auf der Ebene der ganzen Schule.

- Die Funktion der Schulleiterin/des Schulleiters:

Fähigkeit, die Ziele einer Schule zu vertreten.

Realisierung eines pädagogischen Konzeptes im kollegialen Konsens.

Organisatorische Kompetenzen.

Beratungskompetenz, Freiräume eröffnen.

Verankerung der Schule im kommunalen Umfeld.

- Kooperation mit Eltern.

- Zielperspektiven einer humanen und demokratischen Schule. Thesen zur Humanisierung und Demokratisierung der Schule.

- Alle Akteure müssen das Spannungsfeld zwischen Verfassungstext und Verfassungsrealität vor Augen haben.

- Freiräume müssen erhalten und bewußt gemacht werden (Interessensunterschiede, Auffassungsdiskrepanzen und Konflikte: wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell, religiös).

- Alternativen zum Bestehenden müssen gedacht werden (Richtung mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Humanität, Solidarität, Friedfertigkeit, Lebensqualität, Mitbestimmungsmöglichkeiten etc.).

- Schule muß der außerschulischen Wirklichkeit nahebleiben (außerschulisches Leben gezielt in die Schule hereinholen).

- Demokratisch und human ist eine Schule, wenn sie eine Kultur des Helfens, der Partnerschaften, Förderungsangebote, der inneren Differenzierung lebendig lebt und junge Menschen als ganzheitliche Wesen ernst nimmt.

- Entdeckendes, verstehendes und exemplarisches Lernen an relevanten Problemfeldern:

Friedenssicherung, Nord-Süd-Gefälle, Überwindung von Hunger und Elend, Umweltzerstörung/ Umweltschutz, Weltenergieversorgung, Emanzipation der Frau, Vorurteilsprobleme um die Minderheiten und Randgruppen, Beziehung zwischen den Generationen, Fundamentaldemokratisierung. Selbstreflexive Schule: Analyse, Kritik, Planung, Erprobung von laufenden Verbesserungsmöglichkeiten (Schulalltag, Lernkultur, soziale Beziehungen, Außenkontakte der Schule) gegen Erstarrungen und Ritualisierungen.

Diese wichtigen Eckpunkte und bildungspolitischen Prämissen Klafkis sind zu ergänzen und zu schärfen:

- Schule muss zum Lern- und Lebensort gemacht werden, indem die Aufgaben der Schule in einer veränderten Gesellschaft (Begegnung und Auseinandersetzung mit der „Risikogesellschaft: Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen, Prozess der sozialen, technischen und ökonomischen Naturausbeutung, wachsende Individualisierung und soziale Desintegration) wahrgenommen werden können. Schule soll zu einem Lebens- und Lernort werden, in dem der „Ernstfall“ (v. Hentig) erlebt werden kann, ohne ihm zu erliegen. Der Schule wachsen neue zusätzlich zu sozialisierende Aufgaben zu, die neue Kulturen und Organisationsformen des Lehrens und Lernens erfordern.

- Die Schule muß sich stärker zum Stadtteil/zur Gemeinde öffnen. Kulturelle, sportliche, künstlerische, ökologische, handwerkliche Ressourcen müssen stärker vernetzt werden, um den „Ernstfall“ Gesellschaft stärker im Lernraum Schule präsent zu machen.
- Schule als ökologischer Lernort muß die Neuausrichtung der Bildung stärker unter dem Anspruch auf Nachhaltigkeit (siehe auch Agenda 21-Debatte) fokussieren, und die Prämissen stärker im Nahraum Schule und Kommune zum exemplarischen Lerngegenstand machen.
- Kinder mit und ohne Behinderungen sollen intensiver in einem integrativen Schulsystem lernen (unter der Voraussetzung angemessener struktureller Voraussetzungen).
- Die Abschaffung der Hauptschule ist eine zentrale strukturelle Neuausrichtung auf eine gemeinsame Orientierung eines integrativen Sekundarstufen I - Verbundes mit einem einheitlichen Abschluß dieser Stufe. Alle Bildungsgänge sind durchlässig zu gestalten, kein Bildungsgang darf in die Sackgasse führen.
- Die Lehrerbildung und -fortbildung ist umfassend zu reformieren (siehe Ausführungen Kapitel P 4.4.-4.5.)

2.2. Entwicklung einer demokratischen und sozialen Lernkultur als Gegenpol zur Leistungs- und Konkurrenzsozialisation

Auf dem Hintergrund der soziostrukturellen Entwicklungslinien wird sich Schule als System stärker denn je (unter Voraussetzungen der inneren und äußeren Schulreform) um die Entwicklung sozialer, demokratischer und wertorientierter Kompetenzen bemühen müssen (kompensatorische Funktion), ohne den Überforderungen einer naiven und idealistischen Pädagogisierung strukturell induzierter Problemlagen zu erliegen. Gleichzeitig bedarf es bei der Konzeptionalisierung dieses Auftrags einer klaren Grenzziehung gegenüber der neuen Welle konservativ geprägter Erziehungsansätze („Schluss mit der Schmuspädagogik“, „Gegen Kuschelecken“, „Mehr Strenge mit Kindern“), die auf bekannten Repressionsparadigmen beruhen, und weder mit einem emanzipativen Demokratieverständnis noch mit den Anforderungen und Begründungen neuer Schlüsselqualifikationen kompatibel sind. Neue Ansätze sozialen Lernens sind gefragt, die zwischen den extremen Polen der Anweisungspädagogik, autoritären Zwangsmaßnahmen und Tugendinstruktionen einerseits, und einer permissiven „Gummiwandpädagogik“ und anbietenden Unverbindlichkeit andererseits zu begründen und zu implementieren sind.

Eine neue Schulkultur bedarf eines gemeinsamen Werterahmens, aus dem heraus Kinder und Jugendliche denken, urteilen und handeln, da die Verhaltenshäufungen (mit starkem Schichtenindex) mit den Titeln „egomanisch“, „rücksichtslos“, „unsozial“, „aggressiv“ etc. eine zentrale gesellschaftliche und organisationale Herausforderung darstellen. Dieser Raum eröffnet sich auch durch die heute schon sichtbare und in Zukunft noch dominanter werdende Tatsache, dass Schule auf dem Hintergrund der Bedeutungszunahme neuer Informations- und Kommunikationstechniken zunehmend ihr Monopol als Vermittler von Informationen und Wissen verliert. Die rasant anwachsenden Angebote des Marktes weisen der Schule mehr denn je die Aufgabe zu, methodische Kompetenzen zum Umgang mit Informationserschließung, -interpretation und -reduktion zu vermitteln, um mit dem Überfluss und dem Überangebot an Informationen und Bildern adäquat umzugehen.

Auf diesem Transformationshintergrund und einer Neupositionierung der Schule als „Ort des Lernens“ im Lebensraum ist der Entwicklung sozialer, interaktiver und kommunikativer Kompetenzen (Schlüsselqualifikationen) ein neuer Stellenwert zu verleihen, der vielschichtige pädagogische, methodisch-didaktische Konsequenzen hat, und vor allem die Rolle des Lehrers im Lehr- und Lernprozess

vollkommen neu definiert (siehe auch Kapitel P 4.4.-4.5.). Dieses neue Lern- und Lehrparadigma fußt sowohl auf neuen Ergebnissen und Modellvorstellungen der Neurobiologie und -physiologie und den Kognitionswissenschaften, die noch stärker von den Erziehungswissenschaften und der Schulpraxis (methodisch und didaktisch) in praktikable Unterrichtskonzepte überführt werden müssen. In diesem neu zu definierenden Lernverständnis und Lernkontext ist der Bedeutung und Entwicklung emotionaler Intelligenz und sozialer Dispositionen ein hoher Stellenwert beizumessen (siehe auch Golemann, 1996; Damasio, 1996), der neue konzeptionelle Antworten auf die Rollen des Lernenden, den Lernkontext, kooperative Lernverfahren, erfahrungsgeleiteten Kooperationsmöglichkeiten benötigt. Insofern muß die einseitige Fokussierung der Qualitätssicherungsdebatte auf die kognitiven Lernergebnisse (Schulleistungsmessung) konzeptionell erweitert werden um Qualitätsparameter der demokratischen und sozialen Gestaltung von Schule. Dieses einseitige benchmarkorientierte Hinterherhinken hinter internationalen Leistungsvergleichen ist insofern zu problematisieren, als in einigen europäischen Ländern neue Schwer- Schwerpunktprogramme implementiert werden, die wieder stärker auf „citizenship education“, „spiritual and moral development“, „community education“ und Schulethos programmatisch fokussieren, und die Verbindungslinie zwischen Schule und kommunalen Vernetzungen zum Gegenstand des Lernens erheben. Diese Verbindungslinie zwischen Schule und kommunalen Lebensräumen bietet ausreichende Lernarrangements für soziale, demokratische und werteorientierte Sozialisationsprozesse, die im Kontext der Konzepte der „Agenda 21“ und „Zivilgesellschaft“ ausreichend begründet sind. Für die sozialen Ziele

- Partizipation und Mitbestimmung
- Soziales Engagement und Kooperationsfähigkeit
- Diskursfähigkeit und Werteinternalisierung/-reflexion
- Empathie und Interkulturalität
- Konfliktfähigkeit
- Kommunikationsfähigkeit
- Vernetzungskompetenzen etc.

sind notwendige konzeptionelle, strukturelle und soziale Voraussetzungen zu schaffen, die nicht zuletzt einen Niederschlag in schulischen Leitzielen, -bildern finden sollten, um dem Stellenwert dieser Sozialisationsziele eine angemessene Verbindlichkeit zu verleihen. Die notwendigen Gegengewichte zu sichtbaren gesamtgesellschaftlichen Desintegrationserscheinungen sind in einer Neudefinition der Schule zu setzen, unter Voraussetzung angemessener Ressourcen und Qualifikationen. Das jetzige Wertedilemma des klassischen unterrichtlichen Lernens erzwingt eine Auseinandersetzung um die schulische Identität und die Moralentwicklung als Stufenprozess (vgl. Piaget, 1973; Kohlberg 1978; Oser, 1986 und 1988) durch Integration curricularer Inhalte in traditionelle Fächerinhalte und Projekte, die zur Stärkung moralkognitiver und emotionaler Kompetenzen beitragen. Der pädagogischen Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, wenn Einsicht und Energie für solche Lernarrangements bei den zuständigen Pädagogen gelegt sind. Nicht zuletzt die Einbeziehung kommunaler Ressourcen entscheidet über Erfolg oder Misserfolg dieses Ansatzes. Während Unterricht als erster Handlungsraum definiert werden kann, in dem Helfer- und Unterstützungskompetenzen gelernt werden können, ist das Organisationsleben Schule mit einer höheren organisationalen Komplexität zu sehen, in der politische Handlungskompetenzen einzuüben sind, die eine Brücke zur real existierenden Lebenswelt schlagen können. Das Lernziel des „Sich-um-andere-Kümmerns“ muss der aufgabenbezogene Schlüssel für neue Lernerfahrungen und Verantwortlichkeiten in Schule und Gesellschaft sein. Selbstgesteuerte Lernprozesse in peers dienen nicht nur der Entlastung des Lehrers, sondern sind als zentrale Sozialisationsziele („peer mediation“, Konfliktmanagement etc.) zu sehen, die als Äquivalent eine Neudefinition der Rolle des Lehrers u.a. als Coach und Moderator zur Voraussetzung hat. Das Diktum der ausgeprägten Nutzlosigkeit einer Belehrungs- und Bekehrungskultur setzt jedoch nachhaltige Veränderungen im pädagogischen Bewußtsein, in einem geänderten Rollen- und Organisationsverständnis (Strategie, Leitbild, Leitziele) als auch in einer veränderten Lernkultur voraus. Eine Neuintegration von

kognitivem, sozialem und methodischen Lernen steht an, ohne deren Konzeptionalisierung die „Schule der Zukunft“ ihren Aufgaben nicht gerecht werden kann.

Der individuelle, politische und gesellschaftliche Regelungsbedarf und Forderungen nach Partizipation (Agenda 21, Kinderrechtskonventionen der Vereinten Nationen, Weißbuchprozess auf europäischer Ebene etc.) wächst, und verbindet sich mit schon vorhandenen Instrumenten und Prozessen der inneren Schulreform: wachsende Schulautonomie, Leitbilder, Schulprogramme, Schulverfassungen, Modelle eines demokratischen Schulalltags, alternative Lehr- und Lernkulturen, fächer- oder stufenübergreifender Unterricht, Auflockerung des Stundenrasters, Projektunterricht, Binnendifferenzierung, selbstorganisiertes Lernen etc. „Schulen der Demokratie“ brauchen neue Schulkulturen, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte und demokratische Tugenden (Toleranz, Respekt, Solidarität), die jedoch nicht in einer reduktionistischen Lern- und Leistungskultur (G8) wachsen.

2.3. „Erziehung“ – ein Refugium des Wertkonservatismus im neoliberalen Kontext?

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Destabilisierung, Desorientierung und einem Funktionsverlust primärer Sozialisationsinstanzen wird der Ruf nach „Erziehung“ aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen wieder lauter, und u.a. an die Sozialisations- und Erziehungsinstanz Schule adressiert.

Ohne den komplexen erziehungswissenschaftliche Diskussionszusammenhang des Wechselverhältnisses von Erziehung – Erzieher – Erziehungstheorie – Erziehungsnormen – Erziehungspraxis – Erziehungsmittel hier abbilden zu können, ist es notwendig, den dargestellten gesellschaftlichen Transformationsprozess mit der Frage zu belegen, welche Instanzen in dieser Gesellschaft eine professionelle Antwort auf die notwendigen Integrationsleistungen geben sollen und können. Die Absicht und das Ziel des individuellen Vergesellschaftungsprozesses nach bewussten und unbewussten pädagogischen Regeln und Interaktionen ist kontroverser Gegenstand unterschiedlichster Wissenschaftspositionen, und tangiert sowohl den familiären Erziehungs- und Sozialisationsprozess als auch Mechanismen der öffentlichen Sozialisationsinstanzen, unter denen die Schule die zentrale (weil flächige) Instanz repräsentiert.

Die im Zentrum des Erziehungsdiskurses stehende Auseinandersetzung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft hat je nach historischen Kontexten unterschiedliche Antworten zu geben versucht (im jeweiligen Rahmen weltanschaulicher und philosophischer Positionen). Dabei lassen sich Ziele und Methoden der Erziehung im Selbstverständnis unterschiedlicher Erziehungsphilosophien und im Anspruch des Emanzipationsprozesses des Bürgertums mit dem Vorsatz belegen, durch eine Ausbildung internalisierter handlungsleitender/-steuernder psychischer Dispositionen äußere Kontrolle weitgehend überflüssig zu machen. In diesem Erziehungs- und Sozialisationsprozess kommt der Institution Familie eine herausragende Rolle zu, die sich im Verhältnis der elterlichen Autorität mit der des professionellen Erziehers verstärken und ergänzen soll. So ausgestattet soll der Heranwachsende mit der Befähigung zum „Handeln aus Einsicht“ sukzessive in die „Welt“ entlassen und für deren Lebensbewältigung befähigt werden. Die frühbürgerliche Pädagogik der Aufklärung, des Neuhumanismus und des deutschen Idealismus beabsichtigte, dass alle Menschen (unabhängig von ihren klassen- und schichtenspezifischen Ausgangslagen) zu sich selbst finden, sich voll entfalten und ihre Biografie bewußt planen können (Idee der „Menschwerdung“ des Menschen: Rousseau, Pestalozzi, Kant, Fichte). Danach wurde „Erziehung“ verstanden als Instrument einer umfassenden, die gesellschaftlichen (politische und ökonomische Umwälzungen) Veränderungen begleitenden Anspruchs für ein „gerechtes und moralisches Gemeinwesen“ (Rousseau).

Die in Deutschland dominierende geisteswissenschaftliche Repräsentanz der Erziehungstheoretiker (Nohl, Dilthey u.a.) definierte ohne die historisch-materialistische Analyse der Herrschaftsstrukturen und des Wertesystems den Anspruch, das Recht des Kindes und Jugendlichen und die Ansprüche der Gesellschaft einer „Umformung“ zu unterziehen (Nohl u.a.). Zugleich postulierten sie die „relative Autonomie des Kultursystems Erziehung“ zur Voraussetzung einer „Anwaltspädagogik“ als einem ersten Schritt der Professionalisierung pädagogischer Berufe. Diese idealistische Verhaftung wurde durch die Repräsentanten der „Frankfurter Schule“ in den Sozialwissenschaften und durch die Vertreter der kritischen Erziehungswissenschaften (Blankertz, Mollenhauer, Lempert u.a.) mit der Zielperspektive problematisiert, dass der Prozess der Mündigkeit des Individuums nicht loszulösen ist vom gesellschaftlichen Emanzipationsprozeß. Insofern ist die gesellschaftstheoretische Analyse der Systembeziehungen, der historischen Herrschaftsverhältnisse, der Abhängigkeiten und Interessenlagen Gegenstand der Ideologiekritik, und steht im prinzipiellen Widerspruch zu Positionen, deren Anspruch auf das Postulat der Werturteilsfreiheit von Wissenschaft (im Kontext positivistischen Wissenschaftsverständnisses) problematisiert wird.

Der aktuell propagierte Anspruch auf „Erziehung“ im Kontext neoliberal entfesselter Märkte erhöht nicht nur das Spannungsfeld wertkonservativer Wertevermittlung mit den Anforderungen neoliberal induzierter Befähigungen des Marktsubjektes (Schlüsselqualifikationen), sondern reflektiert auch zunehmend auf die Desintegrationserscheinungen in der Gesellschaft (z.B. Nolte mit seinem Erziehungsanspruch an die „neuen sozialen Unterschichten“). Dieser immer wiederkehrende Versuch, gesellschaftliche Strukturprobleme pädagogisch zu lösen oder zumindest in den „Griff bekommen“ zu wollen, karikiert sich nicht nur in der Analyse des antagonistischen Spannungsverhältnisse der schulischen Gleichzeitigkeit von „Chancengleichheits“-Postulaten und Selektion, sondern auch in dem Anliegen der „relativen Autonomie des Kultursystems Schule“. Diese in der PISA-Debatte diskutierte Widersprüchlichkeit einer weitgehenden kognitiv reduzierten Lernstrategie mit sozialen, ethischen und kulturellen Zielgrößen ist ausreichend thematisiert worden. Vor diesem aktuellen Diskussionshintergrund kommt der „Erziehung“ in unterschiedlichen Kontexten als gesellschaftlicher Instanz eine spezifische Vermittlungsrolle im Verhältnis zwischen „objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung“ (Holzkamp) zu, da die Handlungsmöglichkeiten nie ungebrochen, sondern immer im Verhältnis gesellschaftlicher Handlungsbehinderungen zu reflektieren und zu bestimmen sind.

Die Popularisierung und breite Resonanz der Publikation Bernhard Buebs (2006) ist nicht nur in seinen professionellen Begründungszusammenhängen (z.B. in dem Spannungsfeld von „Freiheit und Disziplin“) als regressiv zu bewerten, sondern auch in einer interdependenten Einordnung verschiedenster Publikationen, die eine „geistig-moralische Wende“ aus verschiedensten Fachperspektiven zum Ziel haben: z.B. Peter Hahne „Schluss mit lustig: Das Ende der Spaßgesellschaft“; Herwig Birgs „Die ausgefallene Generation“; Eva Hermanns „Das Eva Prinzip. Die Kultur der Freiheit“; Frank Schirrmacher, „Minimum“; Paul Nolte „Generation Reform“ etc. Diese Publikationen gehören zur Kampagne neokonservativer Veränderungen des geistigen Klimas in Deutschland mit der Zielsetzung einer „Umerziehung der Bevölkerung“ (Radtko 2007). Diese Beiträge reihen sich ein in die Bestrebungen einer „geistig-moralischen“ Wende jener wertkonservativer/nationalkonservativer Strömungen, die merken, dass das „freie Spiel der Marktkräfte“ die Desintegrationserscheinungen in der Gesellschaft verschärft, und staatliche Gegensteuerungen notwendig erscheinen lassen. Ohne jedoch Strukturprobleme in den Betrachtungswinkel einzubeziehen, postulieren sie einen Führungsanspruch in dem Themenkomplex „Bildung und Erziehung“ durch Rückgriff auf tradierte und problematische Konzepte, in dem sie die komplexen gesellschafts-politischen Verursachungszusammenhänge wieder elementarisieren und eine vermeintlich plausible Lösungsrezeptur anbieten. Die damit verbundene professionelle Frage nach dem günstigen Resonanzboden muß interdisziplinär aufgenommen und beantwortet werden (siehe auch Brumlik 2007).

Auf diesem Hintergrund ist die Debatte um eine „emanzipatorisch intendierte Erziehung“ (Bernhard) in einem normativen Spannungsfeld gefangen, das es zu begünden und zu legitimieren gilt:

„Eine tief greifende Umgestaltung der sozialen Verhältnisse kommt an der Neuformierung des Menschen nicht vorbei. Wer mit strukturellen Eingriffen in die Gesellschaft nicht zugleich die jeweils konkrete Lebensweise und den jeweils vorherrschenden Menschentyp verändernd bearbeitet, kann keine gesellschaftliche Alternativzivilisation entwickeln... Bildung und Erziehung zielen auf die Formung, Gestaltung und Entwicklung von Menschen, die der jeweiligen Konzeption, den Leitideen, der Ideologie einer Gesellschaft entsprechen sollen.“ Und: „Sie bearbeiten die Humanpotenziale im Sinne des Aufbaus des Subjektvermögens“ (Bernhard 2006, S. 10 f.).

Der Anspruch Bernhards, eine „kritische Gegenhegemonie“ zu bilden, damit der Wille des Menschen, sich selbst zu bestimmen, zum Ausdruck kommen kann, ist bestimmt durch Bernhards Orientierung an Gramscis „Konzept der Hegemonie“, in dem der Widerspruch zwischen Subjektgestaltung und dem freien Willen des Menschen, sich selbst zu bestimmen, die erziehungswissenschaftliche Prämissendiskussion eröffnet, und die pädagogische Grundsatzfrage nach den innerpsychischen Korrelaten für die gesellschaftlichen Reproduktionserfordernisse zur Beantwortung in den Raum stellt. Das Spannungsverhältnis von „Freiheit und Notwendigkeit“ beantwortet Bernhard in Anlehnung an Gramsci wie folgt:

„Die emanzipatorischen Möglichkeiten der Geschichte können nicht losgelöst vom konkreten Zwang der jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Verhältnisse freigesetzt werden, und Erziehung ist Teil dieses Zwanges“ (S. 12. f.).

Dieser im Erziehungsparadigma Gramscis angelegte „Kampf gegen die Natur“ im Anspruch der „Ver-gesellschaftung“ lehnt sich an die deterministisch-milieutheoretische Interpretation der 6. Feuerbachthese (Marx) und seiner Interpretation des Verhältnisses von Determination/Notwendigkeit und Freiheit an: „Der Mensch ist das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Wie Seve herausgearbeitet hat, ist jedoch Marx' These gerade nicht eine milieutheoretisch-deterministische Zurückweisung der idealistischen Individualtheorien zum Thema, da nicht die „Formung“ sondern die „Unterstützung“ selbstbestimmten Lebens in einer Welt von Zwängen und Fremdbestimmung erforderlich ist. Denn jede Hilfe bei der Vorbereitung auf ein selbstständiges Leben ist immer auch eine Vorbereitung auf Verwertbarkeit, Anpassung und Unterwerfung unter gesellschaftliche Spielregeln (z.B. Selektions- und Konkurrenzverhältnisse). M. Markard (2006) löst diesen Widerspruch wie folgt auf:

„Eine Kritische Psychologie will und kann Menschen nicht sagen, wie sie zu leben haben, weil Emanzipation nicht als fremdgesetzte Norm oder Normierung/Formierung gedacht werden kann. Der Standpunkt der Kritik der Kritischen Psychologie – als marxistischer Subjektwissenschaft – sind nicht perfekte Menschen in beliebigen Verhältnissen, sondern Verhältnisse, in denen der Mensch – mit Marx gesprochen – nicht mehr ‚ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen‘ ist, Verhältnisse, ‚worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist‘. Sofern diese Perspektive – gedanklich oder real – verallgemeinerbar ist, steht sie einer normativen Fassung von Erziehung entgegen. Standpunkt der Kritischen Psychologie ist also die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht eine Norm für die, die darin leben. Darin, so schätze ich, dürften Armin Bernhard und ich uns einig sein – die Differenz besteht darin, wie man dazu gewinnen kann, diese Perspektive zu teilen.

Wenn die Perspektive der Veränderung die Perspektive der Veränderung der Gesellschaft ist, dann kann Erziehung nur als von ihrer problematischen Form befreites Moment des Zugangs zur – komplizierter (und derzeit auch kälter) werdenden – Welt gedacht werden. Dagegen verschiebt die anfänglich erwähnte neue Erziehungsdebatte auf Erziehung und Erziehende, was eigentlich Problem gesellschaftlicher Widersprüche ist“ (Markard 2007, S. 8).

Deswegen kann der Anspruch auf „Erziehung“ zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse im Kontext institutioneller Erziehung und Sozialisation nicht losgelöst werden vom Verständnis gesellschaftlicher Ausgangslagen und einem Zielbild humaner Perspektiven. Ein Bild der Gesellschaftsveränderung (basierend auf politischer, pädagogischer, kultureller und ethischer Prämissen) als Gegenpart zur menschenbildreduzierenden und verachtenden Ideologie des neoliberalen Gesellschaftskonzeptes muß Antworten geben auf Prämissen, Ziele und Methoden auf Fragen der Bildung, Erziehung, Subjektwerdung und Befreiung in einer emanzipatorischen Perspektive. Erst eine solche Reproduktionsgrundlage in der kognitiven und emotionalen Grundausstattung der Multiplikatoren (Pädagogen etc.) ist eine Voraussetzung für einen gelingenden Bildungs- und Erziehungsprozess von Kin-

dern und Jugendlichen. Weltweite Sozialbewegungen im Kontext und Geiste der „Agenda“-Politik bieten nicht nur einen legitimierten Rahmen, sondern auch Konzept und Anregung für eine „Pädagogik der Hoffnung“ als Alternative der Mitmenschlichkeit, die sich als Gegenkultur zur zugespitzten Leistungs- und Konkurrenzpathologie etabliert, trotz aller strukturellen Zwänge und Reproduktionskreisläufe. Das Potenzial und die Sehnsucht nach Alternativen zum vorliegenden Gesellschaftskonzept, aber auch zunehmende subjektive und kollektive Leidensformen bieten Voraussetzungen für eine Initiierung kritischer Bildungs- und Entwicklungsprozesse im Verständnis der „Nachhaltigkeit“ und Kontinuität. Wenn auch Modelle einer kritischen Pädagogik (z.B. Paulo Freires) im Gefolge einer ökonomistisch verkürzten „Globalisierung“ und der Hegemonie des Neoliberalismus auch in der deutschen Bildungsdebatte zunehmend an Bedeutung verloren haben, so muss der befreiende Prozess der Bewusstseinsbildung (auch) dort eingeleitet werden, wo sich der strukturelle und konzeptionelle Raum dazu bietet. Ein humanisierendes Eingreifen in die Lage der Welt ist im Rahmen der „Agenda-Bildung“ nötig und möglich, weil das Humane sich nicht zwangsläufig durchsetzt, sondern erst durch das verantwortliche geschichtliche Handeln hervorgebracht werden kann. Das Bildungs- und Erziehungsverständnis Paulo Freires mit Überlegungen des Exodusphilosophen Ernst Bloch und des Befreiungspädagogen Joachim Heydorn (im Kontext der „Agenda“-Politik) kann eine Grundlage sein, aus der sich humane Bildungsziele extrahieren lassen, um durch Wissen, Können und Handeln im Kontext einer weitsichtigen und agendafähigen Kommunal- und Regionalpolitik (Konzept einer Community Education) Spuren zu legen für Perspektiven („Prinzip Hoffnung“), die eine heranwachsende Generation dringend braucht, soll sie nicht in Leistung, Konkurrenz, Konsumtismus und Perspektivlosigkeit abdriften. Diese institutionelle Entlastung und Kompensation ist umso notwendiger, als die These vom „Funktionsverlust der Familie“ sich im beschriebenen Kontext gesellschaftlicher Marginalisierungen/Exklusionen zunehmend destruktiver und hilfloser abzubilden beginnt:

„Die Reprivatisierung sozialer Kontakte, die immer noch der vorherrschende Modus der Konfliktbewältigung in diesem Lande ist, wird zu einer mächtigen Quelle innerfamiliärer, verhäuslichter Gewalt... Soziale Deklassierung, Arbeitslosigkeit, Entgesellschaftung und die mit ihr verbundenen Selbstwertkrisen entladen sich nicht in einem streitbaren Widerstand gegen die Verursacher der Misere, sondern versickern in stummer Verzweiflung, Alkoholismus und Resignation oder explodieren in Orgien häuslicher oder rassistischer Gewalt...“

Viele Eltern sind normunsicher und orientierungslos und wissen längst nicht mehr, woran sie sich in punkto Erziehung halten sollen. Verbindliche, auf konsistente normative Orientierungen bezogene Handlungsmuster haben sich zersetzt, die Ressourcen eines von Generation zu Generation weitergegebenen lebenspraktischen Wissens über die Grundtatsachen des Lebens scheinen verbraucht...“

Dennoch kommen die Eltern nicht umhin, ihre Kinder zu erziehen, ihren Trieben eine Form zu geben und ihr Über-Ich zu prägen. Diese anomische Situation wird zu einer Quelle von Stress und Unsicherheit und ruft das Gefühl einer chronischen Überforderung hervor... Wer den Anforderungen des flexiblen Kapitalismus Priorität in seiner Lebensplanung einräumt, tut gut daran, kinderlos zu bleiben. Kinder schränken – wie andere Bindungen auch – Mobilität und Flexibilität ein und gelten als Ursache von Verzicht, ja als eine Art von Behinderung... Es gibt gesellschaftliche Großwetterlagen, die im Sinne eines öffentlichen Klimas Gewalt wie im Treibhaus gedeihen lassen oder zumindest ihre Durchbrüche begünstigen. Zu denken wäre da nicht nur an die weltweit zu beobachtende Tendenz zur Rückkehr roher Gewaltförmigkeit in der Regelung politischer und sozialer Konflikte, sondern vor allem an die im Zeichen des Neoliberalismus betriebene Planierung und Plünderung des Sozialstaates...“

So erweisen sich die Gesellschaften des losgelassenen, entfesselten Marktes als gigantische Brutalisierungsmaschinen. Es macht einen nicht zu unterschätzenden Unterschied, ob man in einer Gesellschaft aufwächst und lebt, in der Schwachen und nicht oder weniger Leistungsfähigen solidarisch beigesprungen und unter die Arme gegriffen wird, oder in einer, in der sie der Verelendung preisgegeben und als so genannte Loser zu Objekten von Hohn und Spott werden... die Eigenschaften und Haltungen, die einen in der Konkurrenz weiterbringen: kalte Schonungs- und Skrupellosigkeit, Wendigkeit, eine gewisse Gewieftheit etc. überwuchern diejenigen, die dem im Wege stehen und die man bislang als die eigentlich menschlichen angesehen hat... Nicht nur der soziale Verkehr in einer über den Markt integrierten Gesellschaft, auch Erziehung und Sozialisation haben laut Peter Brückner die permanente Kriegsdrohung zu ihrem verborgenen Kern. Die im Kälteschein des Neoliberalismus sich entwickelnde ‚Kultur des Hasses‘ (Hobsbawn) ermuntert die Gewalt, aus der Latenz herauszutreten und manifest zu werden. Gefährdet sind Kinder, Obdachlose, all jene, die schwach sind und auffallen ohne Schutz“ (Eisenberg, 2005, S. 5 f.).

3. Qualifikationsanforderungen und Selektivität im jetzigen und zukünftigen Arbeitsmarkt

Im transnationalen Standortwettbewerb sind billige und billig qualifizierte Arbeitskräfte und somit das Thema „Bildung“ ein zentraler Faktor, obwohl die These zugrunde gelegt werden muss, dass primär mit innovativen Produkten, Dienstleistungen etc. die volkswirtschaftlichen Existenzgrundlagen im internationalen Wettbewerb erhalten werden können. In diesem ambivalenten Arbeitsmarktprozess spitzt sich der bekannte Dissens zwischen einer Tendaussage des Spannungsverhältnisses „Dequalifikation“ (bedingt durch einseitig flexibilisierte und dequalifizierte Produktionsverhältnisse) vs. Höherqualifikation insofern zu, als die objektiven strukturellen Trends im Arbeitsmarkt sich auf eine Polarisierung zwischen einer spezialisierten Kernbelegschaft und einer wachsenden Mehrheit prekärer Beschäftigungsverhältnisse einpendelt. Das Spektrum der Ansätze als Reaktion auf diese Ausgangslage reicht von der Requalifizierung im Beruf, der Reform der Hochschulen, den Debatten zur Schulreform (angeregt und ausgelöst durch die internationale PISA-Studie), bis hin zur Forderungen nach neuen gesellschaftlichen Elitekonzepten, und der aktuellen operativen unternehmerischen Strategie im Umgang mit dem „Fachkräftemangel“ (Ingenieure, Facharbeiter etc.).

Der neoliberale Diskurs über eine unterstellte „Bildungskrise“ endet in den Fragmenten einer neoliberalen Bildungspolitik: eine Ausrichtung der Bildung auf arbeitsmarktorientierte Verwertungsinteressen, die Fokussierung des Leistungsprinzips und mehr Druck auf diejenigen, die diese Leistungsnormen nicht erfüllen können (zunächst durch Selektion im Schulsystem, Qualifizierungsversuche und schließlich Arbeit im Niedriglohnsektor). Die Aufspaltung in qualifizierte und hochproduktive und niedrigqualifizierte Arbeitskräfte spitzt sich quantitativ und qualitativ zu. Die unqualifizierte und niedrigqualifizierte Population wird als „bildungsresistent“ abgeschrieben, und in den Niedriglohnsektor mit schlechten Arbeitsbedingungen abgedrängt. Demgegenüber steht heute schon der empirische Tatbestand (in Abhängigkeit und Modifikation konjunktureller Rückschläge) eines Mangels qualifizierter Fachkräfte (Maschinenbau, Chemie, Hightech-Branchen etc.). Schlagzeilen wie „Der Arbeitskräftemangel brems das Wachstum. Der Markt ist wie leergefegt“ (FAZ, 10.4.2007) ist der logische Gegenpol zu den bekannten Ausgrenzungspotenzialen. Dass dieser Mangel zwischenzeitlich das „größte Wachstumshemmnis“ ist (VDI), ist nicht nur das Ergebnis fehlgeleiteter Personalstrategien und mangelnder Begeisterung junger Menschen für technische Ausbildungsgänge, sondern auch ein Spiegelbild einer defizitären deutschen Sekundarschullandschaft, die sich den vermeintlichen „Luxus“ sozialer schulischer Selektivität erlaubt(e). Der vorliegende aktuelle empirische Tatbestand stärkt die These einer zunehmenden Polarisierung der nachgefragten Qualifikationsprofile.

Grundsätzlich wird im Standortwettbewerb eine Mobilisierung von Qualifizierungspotenzialen angestrebt durch Abkehr von umfassenden Bildungsabschlüssen (Einrichtung von flexiblen und ‚schlanken‘ Bildungsgängen/Bachelor) nach der Prämisse: Beschäftigungsfähigkeit für die breite Masse und Bildung für die Elite. Die Konsequenzen aus diesem Trend sind eine zunehmende Marktorientierung und Privatisierung von Bildung. Die Bildungseinrichtungen erhalten mehr Autonomie mit der Notwendigkeit, untereinander um Standards und „Drittmittel“ zu konkurrieren. Sowohl Differenzierung des Bildungsangebotes als auch marktförmige Vereinheitlichung und Ausrichtung an wertschöpfender Verwertbarkeit sind das Ziel. Somit wird „Bildung“ auf Ausbildung und Wissenserwerb verkürzt. „Unnützer Ballast soll abgeworfen und eine vermeintliche Praxisnähe befördert werden. Letztere zielt auf eine ideologische Subjektivierung von Bildungspraxen“ (Merkens 2002: 340). Unter dem Anspruch zum „lebenslangen Lernen“ konstituiert sich der Zwang eines Qualifizierungsdauerlaufs, in dem die „Subjekte ruhelos ihrer immer schneller verfallenden Brauchbarkeit hinterher rennen“ (Geißler 1998).

Die Emanzipationsidee klassischer Bildungsideale wird dem Zwang der ökonomischen Verwertung der Bildung unterworfen. Permanente Qualifizierung und Requalifizierung tritt als objektiver Sachzwang auf, dem sich die Subjekte auf Gedei und Verderb zu unterwerfen haben. Ziel ist die Abschaffung jener

Bildungshemmnisse, „die der Entfaltung der Produktivität und der Subjektvermögen der Individuen im Wege standen“; eine effiziente Gestaltung und Verallgemeinerung der Lernprozesse „sollte möglichst viele der zur Verfügung stehenden Humanressourcen in verwertbares Arbeitsvermögen verwandeln“ (Bernhard 2002: 316). Ergebnis eines solchen Prozesses wäre eine umfassende Ökonomisierung im Selbstkonzept unter der Prämisse des „unternehmerisch handelnden Menschen“. Die „Optimierung des Humankapitals“ unter dem Qualifikationsanspruch neoliberaler Reproduktionsbedingungen dominiert die Debatte.

„Wer es an Initiative, Anpassungsfähigkeit, Dynamik, Mobilität und Flexibilität fehlen lässt, zeigt objektiv seine oder ihre Unfähigkeit, ein freies und rationales Subjekt zu sein.“ (Bröckling u.a. 2000: 30). Der „Selbstbestimmungs“- und „Selbstverantwortungs“-Anspruch wird im neoliberalen Paradigmenverständnis zur Schlüsselqualifikation des neuen Sozialisationstyps erhoben. Die eingeklagte Selbstverantwortung reduziert sich hierbei auf die Ausrichtung des eigenen Lebens an betriebswirtschaftlichen Anforderungen der ‚intelligenten‘ Verwertung der eigenen Arbeitskraft in einem dynamischen und immer unkalkulierbareren Markt. Wer aus diesem Selbststeuerungsprozeß herausfällt, kann durch das Programm „Fördern und fordern“ resozialisiert werden, oder gleitet ab in eine strukturelle Marginalisierung/Exklusion. Die „Agenda 2010/Hartz-IV“ zeigt in diese Richtung. „Eigenverantwortung“ formuliert sich als Systemanspruch an das Individuum, die sozialen Auffangnetze werden immer grobmaschiger, und dieser Individualisierungsprozeß mündet in eine systematische Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität.

Trotz vielfältiger Kontroversen und einer gesellschaftlichen Polarisierung zeichnet sich eine breite Zustimmung zu den neoliberalen Reformen auch in der Bildungsdebatte ab. Eine Adaption und Neudefinition zentraler Programme/Begriffe aus dem Kontext sozialer Bewegungen der 1970er Jahre ist zu beobachten: „Lebenslanges Lernen“, „Autonomie“, und „Eigenverantwortung“ im Selbstverständnis neoliberaler Modernisierungsstrategien. Die vor allem selektiven Konsequenzen als Grundlage meiner Marginalisierungs-/Exklusionshypothese zeichnen sich schon heute ab: Schichten und klassenspezifische Ungleichheiten verfestigen sich.

Trotz einer millionenfachen Arbeitslosenquote und der darin enthaltenen Spaltung und Polarisierung der Qualifikationsprofile wird der „Mangel an Hochqualifizierten immer mehr zur Investitionsbremse“ (managermagazin 3/2007: 94), und sorgt für zunehmende Unruhe in den Chefetagen:

„Die deutsche Wirtschaft, das wird im Aufschwung deutlich, steckt in der IQ-Falle. Ein überkommenes Bildungssystem, eine alternde, stagnierende und bald schrumpfende Erwerbsbevölkerung, dazu die Auswanderungswelle der vergangenen Jahre – das sind die größten Wachstumsbremsen.

Die nationale Geistesschwäche wird das beherrschende Thema der nächsten Jahre sein. In den Topetagen der Wirtschaft erkennt man das Problem inzwischen.... Jetzt rächt sich, dass sich das deutsche Bildungssystem – von der Krippe bis zur Hochschule – viel zu langsam den Anforderungen der Globalisierung anpasst. Während andere Länder seit Anfang der 90er Jahre ihre Bildungskapazitäten massiv ausgebaut haben, hängt Deutschland in überkommenen Traditionen fest: Die frühe Aufteilung auf Haupt- und Realschule und Gymnasien unterbindet soziale Mobilität; das Festhalten an der betrieblichen Lehre hält heute junge Leute von der Hochschule fern... All das trägt dazu bei, dass auf dem Arbeitsmarkt letztlich zu wenige Hochqualifizierte ankommen... Der Akademikeranteil in den jüngeren Altersgruppen sinkt... Auf dem globalen Markt für Akademiker, sagen Berechnungen der OECD vorher, wird Deutschland in den nächsten Jahren Anteile verlieren. Bei gleich bleibenden Studierzahlen wird es in Zukunft nicht mehr gelingen, ältere Akademiker, die in den Ruhestand gehen, durch jüngere Topleute zu ersetzen...

Die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts braucht keine Leute mehr, die ihr Leben lang das Gleiche machen. Sie braucht flexible Geister, die sich schnell in neue Felder einarbeiten können. Bildungsexperten gehen deshalb davon aus, dass der Bedarf an Akademikern in der Wirtschaft fast unbegrenzt ist.

Der Zwang zur intellektuellen Aufrüstung ergibt sich auch aus der demografischen Entwicklung. Denn eine alternde und schrumpfende Bevölkerung kann nur noch Wachstum generieren, wenn sie es schafft, die immer kleinere Zahl von Beschäftigten höher zu qualifizieren. Nur eine Produktivitätsexplosion kann die demografische Krise verhindern. Deutschland ist auf diese Herausforderung schlecht vorbereitet. Die wirkliche Bildungsmisere komme erst noch, sagte Schleicher: „In zehn Jahren wird der Personalmangel eine völlig andere Dynamik annehmen.“

Ideen, Wissen, Kreativität – das ist der Rohstoff, aus denen sich in Zeiten globalen Hyperwettbewerbs noch margenträchtige Geschäfte entwickeln lassen. Kopieren und produzieren kann man fast überall. Die Welt ist zugesättigt mit wenig originalen und deshalb billigen Produkten. (managermagazin 3/2007, S. 97-98).

Da wird also eine „neue Ära der allgemeinen Kopfnappheit“ postuliert, um die jetzt schon die Personalstrategen ihre Aquisestrategien auslegen. Der Kampf um die „besten Köpfe“ tritt in eine neue Phase ein, und dies aus reiner betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit. Die deutsche Ausgangslage bei den Ausgaben für Hochschulbildung, dem Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss und dem heute schon vorliegenden qualifizierten Fachkräftemangel scheint im internationalen Benchmark nicht sehr günstig zu sein. Demografie und Bildungskrise werden diese Ausgangslage in den nächsten Jahren deutlich verschärfen. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die heute schon nicht „auf den fahrenden Zug aufspringen“ konnten, bzw. (falls nicht Quantensprünge im Bildungswesen eingeleitet werden) den steigenden Qualifikationsanforderungen weniger denn je entsprechen können. Die Prognosewahrscheinlichkeit auf die Verschärfung der bildungs- und arbeitsmarktinduzierten Ausschlüsse ist hoch zu veranschlagen, da der Prozess der Ungleichzeitigkeit schon ausgeprägt vorliegt.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass heranwachsende Generationen im Zeitalter der „Globalisierung“ eine Anpassung an die arbeitsmarktspezifischen Gesetze (Flexibilität, Prekarisierung) erbringen müssen, die die Lebenslagen konträr zu den Besitzständen der fordischen Phase gestalten werden. Die aufgesetzte Entwicklung wird sich zukünftig kaum abschwächen sondern eher noch weiter verschärfen. Statt Kontinuität ist die Bereitschaft zum vielfachen Wechsel und zum Arrangement mit einem vielfältigen Standardwechsel gefordert:

„Immer mehr Berufsfelder erzwingen zeitliche Flexibilität. Einen stabilen Lebensrhythmus kann kaum einer mehr entwickeln; permanent wechselnde Anforderungen verlangen nach permanenter Anpassung, sei es an Abendkurse, Nachtschichten oder Wochenenddienste. Wer da nicht mithalten kann oder will, hat auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen...“

Dieser Strukturwandel, der die Arbeitswelt insgesamt kennzeichnet, trifft nun die Jüngeren in besonders drastischer Weise. Während die Älteren, wenn sie Glück haben, noch durch Tariflöhne und Kündigungsschutz eine gewisse Absicherung haben, hat sich die Situation junger Leute geradezu dramatisch verschlechtert...

Welche flächendeckenden geographischen Ausmaße der Strukturwandel inzwischen annimmt, belegt eine großanglegte, quantitative und international vergleichende Studie mit dem bezeichnenden Titel ‚Globalisierung, Unsicherheit und Jugend in der Gesellschaft‘. Erfaßt wurden junge Männer und Frauen in 14 OECD-Ländern... Die empirischen Befunde belegen mit minutiösen Berechnungen und vielen Tabellen zunächst einmal die gemeinsame Grundlinie der überall wachsenden Unsicherheit...

„Jugendliche, die weniger Erfahrung am Arbeitsmarkt haben und die noch nicht den Schutz der heimischen Arbeitsmärkte genießen, sind den Kräften der Globalisierung stärker ausgesetzt, was sie zu den ‚Verlierern‘ der Globalisierung macht‘... Diejenigen am unteren Ende der Sozial- und Beschäftigungshierarchie sind den größten Risiken ausgesetzt...

Zwar rücken in der Ersten Welt die Risiken für die Jüngeren näher, zwar wachsen für sie die Unsicherheiten – doch weiterhin sind diese Länder das Traumziel für viele migrationswillige junge Leute in den Armutsvierteln der Welt. In der Folge treffen die Existenzängste der einen auf die Zukunftshoffnungen der anderen... beide, das ist der entscheidende Punkt, der Generation Global zugehörig. Was sich heute schon andeutet, wird zukünftig vielleicht noch schärfer hervortreten: Die Konturen eines globalen Verteilungskampfes zeichnen sich ab...

Globalisierung, ökonomisch verstanden, bedeutet nicht nur wirtschaftlichen Austausch und Öffnung der Märkte. Globalisierung bedingt auch mehr Konkurrenzkampf, schnelleres Tempo, verstärkten Innovationsdruck; und als Folge der globalen Anpassungszwänge mehr Privatisierung und Deregulierung, mehr Abbau von sozialen Rechten und Schutzgarantien“ (Beck/Beck-Gernsheim, 2007, S. 257 ff.)

P Das „Projekt Ganztagschule“: eine strukturelle und pädagogische Basis für eine zukunftsfähige Schule?

Mit dem Auf- und Ausbau von Ganztagschulen und ganztägigen Angeboten für Kinder und Jugendliche im Schulalter wird als Reaktion auf die Ergebnisse der PISA-Studien ein bildungspolitischer Paradigmenwechsel in Deutschland eingeleitet, der weitreichende Implikationen vor allem für die Schule und die Jugendhilfe hat. Unter dem Druck des internationalen Bildungs-Benchmarks werden Konzepte hof-

fähig, die mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) nicht nur monetäre Ressourcen (4 Mrd. Euro) für Strukturmaßnahmen ‚freispielen‘, sondern zugleich bisherige bildungs-, gesellschafts- und familienpolitische Tabus in Frage stellen:

Ganztagsschulen waren „im Westen Deutschlands lange tabuisiert. Ihnen wurde ein massiver Eingriff in die Sphäre der Familie unterstellt... Mittlerweile hat sich das Bild gewandelt. Ganztagsschulen erscheinen nicht mehr durchgängig als Konkurrent der Familie, sie werden nicht mehr ideologisch verdächtigt, bürgerliche Gesellungsformen zu verdrängen. Sie gelten vielmehr seit ein paar Jahren als eine zeitgemäße Antwort gewandelte Bedürfnisse von Eltern, Erwerbsarbeit und Erziehung von Kindern zu vereinbaren, auf neue Anforderungen und Erwartung an Bildung des Nachwuchses und auf bessere Förderung insbesondere von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen. Dazu hat vor allem der durch die Ergebnisse von PISA 2000 ausgelöste Schock und die darauf einsetzende bildungspolitische Debatte beigetragen, in deren Folge sich die alten ideologischen Muster als überholt erwiesen.“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, S. 485).

Mit den Ergebnissen der PISA-Studie wird auch für Deutschland fraglich, was bisher vor allem in konservativen Kreisen als unantastbar galt: die hierarchisch gegliederte Struktur des Bildungswesens. Jedoch verschwanden mit PISA die Verteidiger des gegliederten Systems nicht. Ihr Streben war nun eindeutig darauf fokussiert, eine Schulstrukturdebatte abzuwehren, und das gegliederte System auf keinen Fall als Verursacher des unbefriedigenden Abschneidens bei PISA erscheinen zu lassen, während sich die Verfechter der „einen Schule“ u.a. auf die integrierten Schulsysteme Skandinaviens beriefen. Denn die Fülle der Erkenntnisse über die dort vorgefundenen schulischen Realitäten ist ein-drucksvoll.

Auf der Basis der Ergebnisse der PISA-Studie lässt sich die These formulieren, dass Länder mit Ganztagsschulsystemen, die Strukturreformen mit relevanten Interventionen im Sinne einer „inneren Schulreform“ miteinander verbinden, nicht nur in den entscheidenden Leistungsparametern, sondern auch im Sozialverhalten positivere Ergebnisse ausweisen. Dies gegenüber Schulsystemen, in denen (wie in Deutschland) Schule auf wenige Stunden Unterricht am Vormittag konzentriert, die kognitive lehrplan-zentrierte Leistung in den Vordergrund gestellt und hauptsächlich in homogenen Lerngruppen gearbeitet wird. Dieser deutsche Sonderfall „Halbtagschule“ ist mit zentralen Merkmalen des deutschen Sozialstaates verknüpft:

- der verfassungsrechtlich festgelegte Vorrang der Familie bei der Kindererziehung;
- den politisch getrennten Zuständigkeiten für Kinderbetreuung und Bildung;
- der Dreigliedrigkeit des Schulsystems;
- den unterschiedlichen Statusdifferenzen und Professionalisierungsgraden zwischen den Berufsgruppen der Lehrer und Erzieher.

Diese historisch gewachsene und legitimierende Form des Halbtagschulsystems als Bestandteil einer soziopolitischen und soziokulturellen Gesamtkonstellation wurde punktuell durch zahlreiche Reformbewegungen (Kaiserreich und Weimarer Republik) in Frage gestellt, konnte jedoch als spezifisch deutsches Konstrukt der Korrelation der Halbtagschule und Dreigliedrigkeit nicht durchbrochen werden.

„Die Verantwortung für die Kindererziehung lag also in Deutschland vorrangig bei der Familie. Eine umfassende staatliche Verantwortung setzte erst bei der Schulbildung ein und beinhaltete hier über die Organisation als Halbtagschule einen ‚reinen‘, d.h. von Betreuung und Erziehung befreiten Bildungsauftrag. Diese Trennung von Bildung und Erziehung schlug sich nicht nur in unterschiedlich bundespolitischen Ressortzuständigkeiten für Bildung und Wissenschaft einerseits, Erziehung und Soziales andererseits sowie eher geringen Ausbau sozialer und haushaltsbezogener Dienstleistungen nieder. Sie hatte vor allem auch Auswirkungen auf die Berufsstruktur“ (Gottschall/Hagemann, 2002, S. 16).

Die deutsche Besonderheit einer strikten Trennung von Bildung und Erziehung - und einer defizitären Professionalisierung von Erziehungstätigkeiten - steht nicht nur im Gegensatz zu den Entwicklungslinien

Frankreichs und der angloamerikanischen Länder (Integration von Vorschulerziehung und Grundschulbildung, frühes Einschulungsalter, öffentliche Angebote ganztägiger Kinderbetreuung, Ganztagschulen), sondern gerät zunehmend in gravierende Widersprüche mit den Standards internationaler Benchmarks, und vor allem mit den strukturellen Erfordernissen gesellschaftlicher Transformationsprozesse:

„Wir haben argumentiert, dass die Halbtagschule als reine Unterrichtsschule in Deutschland seit gut hundert Jahren historisch verankert und bis heute im Sozialsystem und dem politischen System der Bundesrepublik fest ‚vertäut‘ ist. Gleichwohl gibt es gute Gründe, von diesem einmal eingeschlagenen Pfad abzuweichen. Denn nicht erst das schlechte Abschneiden deutscher Schüler und Schülerinnen in der PISA-Studie, auch weitere Gründe signalisieren, dass Deutschland hier im Vergleich zu anderen Ländern einen Modernisierungsrückstand hat: Dies sind der Wandel der Lebensformen, die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen, die zunehmende Multikulturalität unserer Gesellschaft, die Angleichserfordernisse nach der Wiedervereinigung...“

Betrachtet man gleichzeitig die Gesamtstruktur des Sozialbudgets, so sieht man, dass die Bundesrepublik erhebliche Sozialbudgetleistungen mit eher geringem Zukunftsprofil... mit vergleichsweise geringen zukunftsorientierten Leistungen (dazu gehört u.a. Bildung und Forschung) verbindet. Demgegenüber weisen Länder wie Kanada, Australien, Neuseeland und die USA zwar ein deutlich geringeres Sozialbudget auf, aber diese Budgets sind mit relativ hohen Ausgaben für Bildung und Forschung durch eine deutlich stärkere Zukunftsorientierung gekennzeichnet als der Sozialhaushalt der Bundesrepublik“ (Gottschall/Hagemann, 2002, S. 21/22).

Diese grundlegende Kritik am „Modernisierungs“-Rückstand Deutschlands wurde aktuell durch die EU-Kommission (3.3.2007 – „Kopfschütteln über deutsche Sonderwege“) in den Auswirkungen des Bildungsföderalismus und im Output des deutschen Bildungssystems (Zahl der Abiturienten, Akademiker, Studienabbrecher, Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg etc.) grundlegend kritisiert.

Dem Konzept „Zukunft Bildung und Betreuung“ liegt die aus der PISA-Studie abgeleitete Erkenntnis zugrunde, dass Deutschland nicht nur in den Schulleistungsvergleichen schlecht abgeschnitten hat, sondern dass gravierende strukturelle Schwächen des deutschen Bildungssystems aufgedeckt wurden, und das deutsche Bildungssystem eine ausgesprochen hohe soziale Selektivität und eine geringe Integrationsleistung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zum Ergebnis hat. Der Auf- und Ausbau von Gesamtschulen „bietet durch ihr Mehr an Zeit bessere Voraussetzungen für die Lösung dieser zentralen Probleme unseres Schulsystems (durch individuelle Förderung, bessere Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten, der Vereinbarkeit von Familien und Beruf). Zur Unterstützung und inhaltlichen Ausgestaltung der Ganztagsangebote dient ein Begleitprogramm der „Deutschen Kinder- und Jugendstiftung“ (DKJS) („Ideen für mehr! – Ganztägig lernen“) in Abstimmung mit „Regionalen Serviceagenturen“ und wissenschaftlicher Begleitung (DJI: Prof. Dr. Rauschenbach; IFS Dortmund: Prof. Dr. Holtappels; DIPF Frankfurt: Prof. Dr. Klieme).

Der mit der Diskussion um die Ganztagschule einhergehende quantitative und qualitative Bedarf hat eine Gemengelage unterschiedlicher Motive als Basis:

- das Motiv der Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- das Motiv pädagogischer Antworten auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen von Kindheit (Zunahme von Einzelkindern, schwindende Primärerfahrungen, steigende soziale Gewaltbereitschaft, Medienkonsum etc.);
- das Motiv veränderter Ansprüche an zukunftsweisende Lernprozesse;
- internationale Benchmarking-Studien;
- das Motiv des sozialen Ausgleichs;
- das Motiv, Schule als „Wettbewerbsfaktor“ zu optimieren („Schule in der modernen Leistungsgesellschaft“, BDI).

Gab PISA den entscheidenden Impuls für diesen „bildungspolitischen Paradigmenwechsel“, so ließ die qualitative Debatte zur inhaltlichen Ausgestaltung dieser Strukturentscheidung vorerst viele Fragen offen:

„Das Problem mit PISA beginnt aber erst nach den Befunden: Während die Zahlen eindeutig sind, ist die pädagogische Botschaft eher diffus und das konstruktive Potential nicht präzise ableitbar. Entsprechend kann sich jeder nach seinem Gusto aus unterstellten Kausalzusammenhängen nahezu beliebig programmatisch bedienen: Einheitsschulische Systeme sind offenbar leistungsfähiger, also: neue Gesamtschuldebatten – aber PISA zeigt sich nicht eindeutig, schon gar nicht sagt PISA, dass die leistungsstarken Einheitsschulsysteme des Auslands wie unsere – besonders leistungsschwachen – Gesamtschulen aussehen und arbeiten. Oder: Leistungsstarke Länder haben eher Ganztagschulen, also sagt Bundesbildungsministerin Bulmahn, es gibt Geld für Ganztagschulen. Nur, welches pädagogische Programm damit verwirklicht werden soll, das bleibt dabei unerörtert und PISA sagt das nicht. Sieht man von den Kontrollvariablen der sozialen Herkunft ab, dann haben die Studien nicht so sehr Ursachendiagnose betrieben, gar Unterrichtsprozesse intensiv beobachtet, sondern Leistung – „output“ – gemessen. Was kann man dann aber begründet tun, wenn man angemessen antworten will?“ (Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth, Humboldt-Universität Berlin, in Forum e, Verbandszeitschrift des VEB, September 2004, S. 6).

So dominieren dann auch in den öffentlichen Begründungszusammenhängen (Parteien, Wirtschaft etc.) wirtschaftliche und demografische Aspekte. Exemplarisch beschreibt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Absicht und Zielsetzung der Ganztagschul-Initiativen der Bundesregierung:

„Die Bundesregierung unterstützt mit dem Investitionsprogramm ‚Zukunft Bildung und Betreuung‘ den Auf- und Ausbau von mehr Ganztagschulen. Es ist eines der größten Bildungsprogramme, die es in Deutschland je gab, und stellt die Weichen für die dringend notwendige gemeinsame Bildungsreform von Bund und Ländern. Das Ziel: das deutsche Bildungssystem in zehn Jahren wieder an die Weltspitze zu bringen. Denn von der Qualität der Bildung hängt die Zukunft Deutschlands ab – die eines jeden Einzelnen wie die von Wirtschaft und Gesellschaft.“ (<http://www.ganztagschulen.org>).

Parallel zu den Verhandlungen über das IZBB (zwischen Bund und Ländern) hat der Schulausschuss des KMK den Begriff „Ganztagschule“ (3/2003) neu definiert. Demnach werden unter Ganztagschulen Systeme verstanden, „bei denen im Primär- oder Sekundarbereich I

- über den vormittäglichen Unterricht hinaus an mindestens drei Tagen in der Woche ein ganztägiges Angebot für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt wird, das täglich mindestens sieben Zeitstunden umfasst,
- an allen Tagen des Ganztagsbetriebs den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern ein Mittagessen bereitgestellt wird,
- die nachmittäglichen Angebote unter der Aufsicht und Verantwortung der Schulleitung organisiert und in enger Kooperation mit der Schulleitung durchgeführt werden und in einem konzeptionellen Zusammenhang mit dem Vormittagsunterricht stehen.

Es werden drei Formen unterschieden:

- In der voll gebundenen Form sind die Schülerinnen und Schüler verpflichtet, an mindestens drei Wochentagen für jeweils mindestens sieben Zeitstunden an den gängigen Angeboten der Schule teilzunehmen.
 - In der teilweise gebundenen Form verpflichtet sich ein Teil der Schülerinnen und Schüler an mindestens drei Wochentagen für jeweils mindestens sieben Zeitstunden an den ganztägigen Angeboten der Schule teilzunehmen.
 - In der offenen Form ist ein Aufenthalt verbunden mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot in der Schule an mindestens drei Wochentagen von täglich mindestens sieben Zeitstunden für die Schülerinnen und Schüler möglich. Die Teilnahme an den ganztägigen Angeboten ist jeweils durch die Schülerinnen und Schüler oder deren Erziehungsberechtigte für mindestens ein Schulhalbjahr verbindlich zu erklären.“
- (Ganztagschulverband GGT e.V.: Ganztagschulentwicklung in den Bundesländern 1/2004, in: www.ganztagschulverband.de, S.3).

Diese Definition läßt (als Folge des Einstimmigkeitsprinzips in der KMK: Kompromissniveau) den einzelnen Bundesländern die Freiheit, eigene Konzepte der Ganztagschule zu entwickeln, die nicht immer

an sinnvollen pädagogischen Standards, sondern am Zustand der Kassen der öffentlichen Haushalte orientiert sind.

1. Ziele der Ganztagsschule

In der Expertise von Merchel (2002) wird das Konzept der Ganztagsschule auf mehrere Ziele verpflichtet:

- Bildungspolitisch soll eine bessere Entwicklung der Kompetenzen aller Kinder und Jugendlichen sowie der Abbau herkunftsbedingter Benachteiligungen angestrebt werden.
- Familienpolitisch soll durch ein ganztägiges und bedarfsgerechtes Angebot eine bessere Balance von Familie und Beruf erreicht werden.
- Jugendpolitisch sind optimale Entwicklungsbedingungen für Kinder und Jugendliche zu realisieren.
- Arbeitsmarktpolitisch soll mit dem System ganztägiger Förderung und Betreuung das vorhandene Qualifikationspotential (vor allem der Frauen) besser zum Tragen kommen.

In dieser Perspektive **dominiert der Aspekt der Betreuung** als zentralem Motiv für das Ganztags-schulkonzept und lässt bildungspolitische Motive eher unbestimmt und vage. In den Stellungnahmen von Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen zeigt sich demgegenüber nicht nur eine große Zustimmung zum Ausbau der Ganztags-schulen, sondern es dominieren auch bildungspolitische Argumentationen gegenüber familien- und arbeitsmarktpolitischen Begründungszusammenhängen (siehe Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, S. 488). Über die Hälfte dieser Stellungnahmen erhofft sich von einem ganzheitlichen Bildungsansatz „Chancengleichheit“ und eine „Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder“ und eine Qualitätsverbesserung von Schule (AGJ; BDA; Bundeselternrat; BJK; DGB; Dt. Städtetag; EKD; Forum Bildung; GEW) (Zeller 2005: 3f.). Vor allem die Beteiligung der Jugendhilfe wird als eine tragende Säule des Konzeptes definiert. Es geht also im „Projekt Ganztags-schule“ um mehr als um eine andere Strukturvariante, sondern um die **Realisierung ganztägiger öffentlicher Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote**. Diesem Ziel wird der Terminus „Ganztags-schule“ nicht gerecht.

Die GEW formuliert in Ihrem Positionspapier „Ausbau von Ganztagsangeboten vorrangige Aufgabe“ (23.6.2001) folgende Anforderungen an das Konzept der Ganztags-schule:

- Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung und Erziehung, anregende/herausfordernde Freizeitaktivitäten, auf soziales Lernen, Förderung und Unterstützung.
- Das Streben nach Chancengleichheit.
- Das Recht der Eltern auf Erwerbsarbeit.
- Wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Interessen.

Hierbei kritisiert die GEW die Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen und bevölkerungspolitischen Begründungen und positioniert folgenden zentralen Reformanspruch:

„Die GEW sieht in Ganztags-schulen eine wichtige Voraussetzung für Schulreform. Die Lebenswelt der Kinder hat sich verändert, Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte müssen kooperieren, da jede Berufsgruppe für sich alleine nicht in der Lage ist, adäquat auf die veränderten Bedingungen einzugehen. Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit sind aufeinander abgestimmte Konzepte. Sozialpädagogische und schulpädagogische Fachkräfte arbeiten hier gleichberechtigt zusammen.“

Ganztägige Öffnung bedeutet nicht die Ausdehnung des Vormittagsunterrichts auf den ganzen Tag. Ganztags-schulen sollen Lern- und Lebensorte sein, die den starren Vormittagsunterricht im 45-Minuten-Takt überwinden, Lernprozesse rhythmisieren, außerschulische Lernorte und Freizeitaktivitäten einbeziehen, alternative Lernformen wie Projektlernen und

altersgemischte Lern- und Freizeitgruppen ermöglichen, selbständige und eigenverantwortliche Lernprozesse fördern, zusätzliche Interessengebiete erschließen sowie Stütz- und Fördermaßnahmen anbieten. Zusatzangebote von Eltern, Vereinen, Kirchen und Betrieben sind Teil des pädagogischen Konzeptes. Ganztagsschulen brauchen eine klare auf Integration, Chancengleichheit und Vielfalt zielende pädagogische Ausrichtung. Sie dürfen nicht zur Vertiefung von Aussonderung und zu sozialer Entmischung führen“ (S. 3).

Mit dieser Zielstruktur wendet sich die GEW gegen überhastete pädagogisch fragwürdige Billiglösungen von „Aufbewahrungsschulen“ ohne verbindliche Qualitätsstandards, und fordert vor allem zusätzliche Investitionen in zusätzliche Stellen für Pädagoginnen, räumliche Gestaltungen und Infrastrukturmaßnahmen. Der **Zusammenhang zwischen „innerer“ und „äußerer“ Schulreform ist die ultima-ratio.** Deswegen gilt es, das Konstrukt „Ganztagsschulen“ qualitativ über die Bestimmung von Halbtags-schulen mit Suppenausgaben, nach-mittäglichen Freizeitangeboten bzw. der Ausdehnung des Pflichtunterrichts auf den ganzen Tag zu definieren und eindeutige **Maßstäbe** festzulegen:

- Gute Ganztagsschulen sind Lern- und Lebensorte, in denen der starre 45-Minuten-Takt des Vornachmittagsunterrichts zu überwinden ist.
- Umstellung des Tagesrhythmus unter pädagogischen Aspekten.
- Lernprozesse sind zu rhythmisieren.
- Alternative Lernformen wie Projektlernen und altersheterogene Lerngruppen sind selbstverständlich.
- Außerschulische Lernorte und Freizeitaktivitäten werden einbezogen.
- Eigenverantwortliche Lernprozesse werden gefördert.
- Stütz- und Fördermaßnahmen sind eine zentrale Säule zum Ausgleich sozialer Chancenungleichheiten (Integration in den Tagesablauf).
- Eine professionelle Kooperation zwischen Lehrern, Sozialpädagogen und Jugendhelfern ist konstitutiv.
- Eltern und Alleinerziehenden wird die Sicherheit einer guten pädagogischen Betreuung gegeben.
- Eine konzeptionelle Einbindung der Hausaufgaben in den Tagesablauf (unter professioneller Betreuung) ist verankert.
- Neigungskurse, Hobbygruppen und Arbeitsgemeinschaften sind selbstverständlich.
- Außerschulische Fachkräfte werden einbezogen.
- Der Stellenwert reformpädagogisch orientierter Unterrichtsmethoden ist hoch.

Ein solches Schulprofil erfordert selbstverständlich eine ausreichend personelle Versorgung, anregungsreiche bauliche und räumliche Ausstattungen/Gestaltungen (Lern-, Ruhe-, Kommunikations- und Produktionsräume), eine angemessene Infrastruktur (Mensa, Schulbibliothek, Sportanlagen, Spielothek, Ruheräume, Einzelarbeitsplätzen mit Internetanschluss, Beratungsräume etc.). So ausgestattet wären Ganztagsschulen ein entscheidender Impulsgeber für eine Schulreform, mit der wichtige Kompensationsfunktionen realisiert und Zukunftsbewältigungen eingeleitet werden könnten. Mit der baden-württembergischen Variante, Ganztagsschulen nur mit ehrenamtlichen „Jugendbegleitern“ und einem freiwilligen Angebot einzurichten, wird verdeutlicht, dass die Messlatten für das Konzept „Ganztags-schule“ unterschiedlich gelegt sind. Die Verdopplung der Ganztagsschulen von 200 auf 400 in „sozialen Brennpunkten“ muß unabhängig von der konzeptionellen Ausgestaltung begrüßt werden.

Oberste Prämisse und Erkenntnisinteresse einer bildungspolitischen Debatte muss sein, dass das jetzt existierende extrem gegliederte Schulsystem den Ansprüchen und dem Recht auf Bildung für alle Schüler nicht gerecht wird. Deswegen ist die zentrale konzeptionelle Anforderung eine **strukturelle und integrative Schulreform** zur Verbesserung der Chancengleichheit, der sozialen Kohäsion als auch aus schulplanerischen und monetären Gründen. Eine Fokussierung auf die Binnenoptimierung ohne grund-legende strukturelle Veränderungen (wie in der gegenwärtigen Bildungslandschaft zu beobachten) kann

weder zielführend noch (auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Desintegrationsentscheidungen) sinnvoll sein. Eine Weiterentwicklung der Schulen als Teil kommunaler Bildungszentren (Verbindung mit außerschulischen Lernorten und Lebenswelten) ist auf dem Hintergrund beschriebener struktureller Entwicklungen unverzichtbar. Ganztägig geöffnete Stadtteil- und Nachbarschaftsschulen (nur unter den Bedingungen einer angemessenen Ressourcenausstattung) sind auf dem Hintergrund struktureller Entwicklungen als auch im internationalen Benchmarkvergleich ebenso das Gebot der Stunde, wie ein gemeinsamer neun/zehnjähriger Schulbesuch.

2. Entwicklungsstatus: Programme, Konzepte, fachliche und organisatorische Tendenzen der Ganztagsschul-Programmatik

Die quantitative Entwicklung der Ganztagschulen im Zeitraum von 2001-2003 (Steigerung um ca. 5%) sind kein Spiegelbild der realen Steigerung des Anteils von Ganztagsschulen, sondern lediglich eine Folge einer Neudefinition von Ganztagsschulen durch die KMK (2003). Nach dieser Definition werden z.B. Halbtagschulen, die mit einem Hort kooperieren, zu den Ganztagschulen gezählt. Im länder-spezifischen Vergleich ergibt sich ein sehr heterogenes Bild (überdurchschnittlicher Anteil von Sachsen, Berlin, Thüringen, NRW, Hessen und Brandenburg). Auch haben sich die Relationen zwischen den Schularten nur geringfügig verändert.

Erst mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ und den Landesprogrammen zum Ausbau von Ganztagsschulen wird offensichtlich eine Trendwende eingeleitet, ohne dass diese Entwicklung einheitlich verläuft. So sind beim „Bundesministerium für Bildung und Forschung“ (zuständig für die Mittelvergabe an die Länder) bis März 2005 insgesamt 3.030 Schulen für die Förderung gemeldet. Davon entfallen 67% auf neu einzurichtende Ganztagsschulen (Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, S. 494). Die Prognose geht von einem Anteil von ca. 25% an allen allgemeinbildenden Schulen aus, wobei der Schwerpunkt auf „offenen Ganztagsschulen“ liegt.

Die quantitative und qualitative Widersprüchlichkeit der programmatischen Vorgehensweise lässt sich am Beispiel Baden Württembergs abbilden. Postuliert die Landesregierung einerseits (22.2.2006), in der Zielstruktur in neun Jahren 40 Prozent der Schulen in Baden-Württemberg zu Ganztagsschulen auszubauen, so ergeben sich aus der qualitativen Analyse dieses Programms folgende Fragen und Widersprüche:

- Obwohl entgegen der ursprünglichen Planung zum Personalabbau keine Lehrerstellen gestrichen werden (1840 der rechnerisch frei werdenden Stellen sind für den Ausbau der Ganztagsschulen geplant), ist die Annahme eines linearen Rückgangs der Schülerzahlen (und damit die Legitimation für zu streichende Lehrerstellen) für berufliche Schulen und Gymnasien falsch, da erst Ende des Jahrzehnts rechnerisch Lehrerstellen frei werden. Der entstehende Eindruck, es ständen bald frei werdende Lehrpotenziale für das „Zweiklassensystem“ der Ganztagsschulen (Die Grünen BW) zur Verfügung, entspricht nicht der Realität.
- Das Zeitfenster zur Realisierung der Zielstruktur 40 Prozent Ganztagsschulen bis 2015 ist weit gesteckt und entspricht nicht den Notwendigkeiten, schnelle strukturelle und pädagogische Antworten auf die bildungs- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu geben.
- Der zweigleisige Ausbau (550 neue Ganztagsschulen für Grund- und Hauptschulen mit „besonderen sozialen und pädagogischen Aufgabenstellungen“ und Einrichtungen mit „offenen Angeboten“ unter Einbeziehung von „Jugendbegleitern“) bringt die Zuschreibung eines „Zweiklassensystems“ hervor. „Richtige“ (gebundene) Ganztagsschulen erhalten mehr Lehrerstellen, während die Schulen mit Ganztagsangeboten sich mit einem verdichteten Unterrichtsvormittag

und einem Angebot Ehrenamtlicher am Nachmittag begnügen sollen. Für diese Angebote können auch noch Gebühren erhoben werden.

- Der Philologenverband weist darauf hin, dass an vielen Gymnasien wegen der Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre schon „Ganztagsbetrieb“ herrsche, ohne angemessene räumliche und personelle Ausstattung.
- Ob kurzfristige populistische Vorgehensweisen oder solide Finanzierungskonzepte als Grundlage für eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung zur ultima-ratio politischen Handelns werden, lässt sich vom heutigen Stand nicht solide beantworten. Selbst wenn die strukturellen und monetären Voraussetzungen geschaffen würden, sind die konzeptionellen Fundierungen noch zu erarbeiten. Und an der monetären Bereitschaft und Fähigkeit darf erheblich gezweifelt werden (siehe Beispiel Baden-Württemberg), solange die Ressourcenfrage für eine „zukunftsorientierte Bildungspolitik“ immer noch im Spannungsfeld zu den Prioritäten der „Haushaltskonsolidierung“ steht.

Der überwiegende Teil der Ganztagsschulen fällt in die Kategorie der „offenen Ganztagsschulen“ (außerschulische Anbieter wie z.B. die Jugendhilfe sind für den Nachmittagsbetrieb zuständig und nur ein kleiner Teil der Schüler nimmt am ganztägigen Angebot teil). Hierbei differieren die Konditionen zwischen den Bundesländern erheblich. Nach vorliegenden Studien (polis-Befragung 2004, Rheinland-Pfalz; Ergebnisse des Wissenschaftlichen Kooperationsverbundes 2004 für NRW) werden die Angebote von den Eltern relativ positiv bewertet, während empirische Studien zur Zufriedenheit der SchülerInnen mit den ganztägigen Angeboten noch nicht vorliegen.

Im Abgleich zu Halbtagschulen ist für die Ganztagsschulen von höheren Kosten (Personal, Sachaufwände, Infrastruktur, bauliche Maßnahmen) auszugehen. Vor allem der Mehrbedarf von ca. 4000 Lehrerstellen dürfte die Personalkosten erheblich nach oben bringen. Pauschal kann nach Schätzungen der BLK von einem Mehrbedarf von rund 30% höheren Kosten für schulische Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte sowie Honorarkräften ausgegangen werden. Grundsätzlich können zu erwarteten Mehrkosten jedoch keine validen Aussagen gemacht werden. Bei den Richtlinien und länderspezifischen Vorgaben zur Personalstruktur und zum Personaleinsatz gibt es eine große Variationsbreite. Es dominiert heute weitgehend eine Arbeitsteilung zwischen Lehrern/Lehrerinnen für den Vormittags-Unterricht und die Nachmittagsbetreuung durch außerschulische Träger.

Die hauptsächlich strukturell geführte Bildungsdiskussion ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, wenn die Ganztagschule als das Wundermittel zur Heilung der deutschen Bildungsmisere dargestellt wird. Denn Erfolge der Schule vermitteln sich primär über die Qualität des Unterrichts im Kontext effizienter Organisationsgestaltung (Organisationsentwicklung). Dass die Professionalität der Lehrer über die Qualität einer Schule entscheidet, mag eine Binsenweisheit sein, ebenso die Feststellung, dass die Formel Geld und Schulleistung nicht zwingend positiv miteinander korrelieren (Vergleich PISA-Studie: Bildungsausgaben und PISA-Ranking zwischen den Bundesländern). Sowohl Auswahl, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, altersheterogene Zusammensetzung der Lehrerkollegien usw. sind Basics, die in Kombination mit strukturellen Veränderungen der Organisation Schule diese erfolgreich machen können. Zwischenzeitlich bringen auch die Prämissen der Hirnforschung professionellen Druck in diese Debatte:

„Unstrittig ist schon heute: die Vormittagsschule ist ein Auslaufmodell. Denn die Ganztagschule macht auch aus Sicht der Hirnforschung mehr Sinn. Aber nur dann, wenn sie neu strukturiert wird und sich auf das individuelle Tempo des einzelnen Kindes einlässt. In Ulm feilen Wissenschaftler und Lehrer an Kriterien für einen Stundenplan der Zukunft: kein 45-Minuten-Takt mehr, keine fünf verschiedenen Fächer hintereinander. Stattdessen: Auflockerung, viele Pausen, gesundes Frühstück, Bewegung, Spiel, dazwischen konzentriertes Arbeiten in altersgemischten Gruppen, in Lernlabors und im Schulgarten; vieles im Selbststudium und Projekten. Das Rezept heißt: raus ins Leben“ (Stern 38/2004, S. 152).

Die spannende Frage „Wie kann man einen ähnlichen Erfolg wie die skandinavischen Länder auch für Deutschland erzielen?“ (Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 10.2.20006) wurde mit dem Arbeitstitel dieser Tagung schon fast beantwortet: „Vorbildfunktion versus Entsorgungspädagogik – das deutsche und das skandinavische Bildungssystem im Vergleich“. Zentrale Aussagen dieser Tagung lassen sich wie folgt zusammenfassen. Sie dienen der Sensibilisierung der notwendigen inhaltlichen pädagogischen Debatte:

„Die ‚Finnen gaben zu bedenken, dass das finnische Bildungssystem doch seinerseits von Humboldt, Fröbel und auch von Bildungsexperten der DDR gelernt habe. Reiche mahnte eindringlich: ‚In Deutschland läuft momentan eine griechische Tragödie ab. Alle sehen was passiert, aber keiner kann das Unglück aufhalten‘, so der Bildungspolitiker. Förderalismus und Eliteuniversitäten seien die Stichworte für den Prolog dieser Tragödie.

Dagegen seien in Skandinavien Transparenz, Partizipation und der hohe Anteil für Bildung und Forschung am Bruttoinlandsprodukt (BIP), das bei 3,5 Prozent liege, wichtige Gründe für den Erfolg der nordischen Länder. Das deutsche Bildungssystem brauche eine neue Kultur des Lernens: ‚Wir sollten aus vielen finnischen Inseln deutsches Festland verbinden.‘...

Eine skandinavische Besonderheit in Dänemarks Bildungssystem ist die Sekundarstufe als eine Schule für alle. Dänemark, so Lars Hendrik Schmidt, habe zwar keine Revolution gehabt, aber eine große demokratische Tradition: ‚Schulen sind deshalb kulturelle Zentren mit starker Elternbeteiligung.‘ Individuelle Förderung und Selbstrespekt gehören zu den wesentlichen Bildungszielen. In Dänemark sind Schulleiter Vorbilder... In Dänemark gebe es keine Schulpflicht, sondern eine Unterrichtspflicht, womit die Schulen mehr pädagogische und ökonomische Verantwortung trügen. Viele Schulen werden auf private Initiative gegründet...

„In Finnland geht es immer zuerst um die Kinder“, sagte Rainer Domisch. Doch Schule habe den Auftrag, den Unterschied zwischen den Elternhäusern nicht noch zu vertiefen. Das Ansehen der Lehrerinnen und Lehrer sei in Finnland deswegen so hoch, weil ein ‚Paradigmenwechsel‘ stattfand: ‚Die Lehrer sind für die Kinder da‘. Es müsse nun gelingen, die große Bedeutung der Bildung der ganzen Gesellschaft klarzumachen,‘ so Domisch weiter. Wenn Schule in Deutschland neue Qualitätsmaßstäbe anstrebe, gewinne sie wieder Vertrauen. In der frühen Förderung schon ab Beginn der Vorschule sah Mats Ekholm ein geeignetes Mittel, um die Diskrepanz zwischen Elternhaus und Bildungserfolg nicht weiter zu verschärfen: ‚Rund 40 Prozent eines Jahrgangs ab zwei Jahren gehen bei uns in die Vorschule.“ (In: BMBF Ganztagschulen – Vorbildfunktion Skandinaviens vs. Entsorgungspädagogik, <http://www.ganztagschulen.org/5161.php>, S. 3f.).

3. „Strukturdebatte“ oder Rehabilitierung/Revitalisierung der Gesamtschulkonzeption?

Die durch die Publikation der PISA-Studien ausgelöste Schulstrukturdebatte trägt alle Züge der ideologisierten Bildungsdiskussion der 60er und 70er Jahre, nur mit dem Unterschied, dass die Legitimationsfragen diesmal von „außen“ gestellt werden. Somit wird ein Handlungsdruck im globalisierten Kontext aufgebaut, der eine andere Dynamik bedingt, als dies im historischen Zusammenhang des „Sputnik-Schocks“ der Fall war. Die Benchmarkaussage, dass das deutsche Schulsystem vergleichsweise leistungsschwach, extrem hierarchisch gegliedert und sozial selektiv aufgestellt ist, organisiert heute eine Defensive der Verteidiger des gegliederten Schulsystems, und macht ihre Gegenstrategie nicht auf Anhieb so transparent wie im Kontext der historischen Gesamtschuldebatte. Dagegen sehen sich heute die Verfechter für eine „Schule für alle Kinder“ durch PISA bestärkt, nicht nur auf die „PISA-Sieger“ und deren Bildungskonzepte zu verweisen, sondern zugleich an Prämissen der Bildungsreform anzuknüpfen, die ihren Niederschlag in erfolgreich implementierten Gesamtschulsystemen gefunden haben.

Obwohl die Repräsentanten des gegliederten Schulsystems mit den PISA-Ergebnissen eine neue Ausgangslage zu bewältigen hatten/haben, ist die nachgelagerte Schulstrukturdebatte alles andere als der Weg einer progressiven Erkenntnis und praktischen Politik. Schon kurz nach der Veröffentlichung der PISA-Studie (4.12.2001) verkündeten die Bildungsminister aller Bundesländer (6.12.2001!) „Handlungsfelder“, die sich nicht auf die untersuchte Sekundarstufe I bezogen, sondern auf die Vor- und Grundschulzeit, die Förderung Benachteiligter, auf Unterrichtsentwicklung und Evaluation, die Lehrerqualifizierung und die Entwicklung von Ganztagsangeboten. Um Handlungsfähigkeit zu beweisen und die öffentliche Debatte von der Grundsatzkritik am dreigliedrigen Schulsystem zu defokussieren, ver-

einbarten sie: Einführung von Zentralprüfungen, Schaffung von Einrichtungen der Qualitätsentwicklung, Lernstandserhebungen, Erlasse für Bildungsstandards, Einrichtung von Ganztagsangeboten, Eigenverantwortungen der Schule etc. Gleichzeitig führten die Bundesländer in bisher ungewohntem Tempo Schulstrukturmaßnahmen durch, die bildungspolitische Fantasien beflügeln, und eine einzigartige Paradoxie hervorbringen. Unter dem Motto, es gehe ja nicht um schulstrukturelle Fragen, finden Schulstrukturveränderungen statt, die nur ein Ziel haben können, nämlich die Verhinderung integrativer Konzepte:

- Aufhebung der Orientierungsstufe in Niedersachsen und Bremen.
- Errichtungsverbot für Gesamtschulen in Niedersachsen.
- Abschaffung aller Gesamtschulen bis Klasse 10 in Brandenburg.
- Aufweichung der integrierten Klassen 5 und 6 in Berlin und Brandenburg.
- Restriktive Festschreibung des dreigliedrigen Systems in Baden-Württemberg.
- Vorverlegung der Hauptschul- bzw. Realschulwahl von Klasse 7 auf Klasse 5 in Bayern.
- Neueinführung von organisatorisch verbundenen Haupt- und Realschulen in mehreren Bundesländern.

Diese Offensive scheint notwendig zu sein, weil die Forderung nach einer gemeinsamen „Schule für alle Kinder“ nicht nur mehr Anhänger erhält (Bundeselternrat, GEW, Medien, Parteien, Industrieverbände: Plädoyer für die skandinavische einheitliche Schulstruktur), sondern die Programmdebatten („Länger gemeinsam lernen“) auf essenzielle Anliegen der historischen Gesamtschuldiskussion fußen, die trotz aller ideologischen Verzerrungen weiterhin in der aktuellen Debatte von Bedeutung sein muß: Weil sie richtige Fragen gestellt, adäquate Konzepte entwickelt, und zugleich Implementierungserfolge vorzuweisen hat, die sich einer professionellen Bewertung nicht entziehen lassen. Das apodiktische Festhalten der baden-württembergischen Landesregierung an der Dreigliedrigkeit (Rau: „Es bleibt beim dreigliedrigen Schulsystem“) bekommt nicht nur deswegen eine besondere Note, weil sich Baden-Württemberg im Ländervergleich zunehmend eine Sonderrolle zementiert, sondern auch, weil aus den Reihen der Pädagogen „Druck von unten“ mit der Forderung nach einem anderen Schulsystem kommt. So forderten knapp vierhundert Schulleiterinnen/Schulleiter von Hauptschulen die Landesregierung in einem offenen Brief auf, das dreigliedrige Schulsystem aufzugeben, und „Kinder gemeinsam länger lernen zu lassen“. Nicht nur ihr Verweis auf internationale Studien, sondern ihre eigene Erfahrungsbilanz lässt sie zu dem Schluss kommen, dass „alle noch so gut gemeinten Förderprogramme für die Hauptschule nicht mehr weiterhelfen“ (Stuttgarter Zeitung, 9.5.2007: 6). Der aktuelle Schulstreit in NRW („Bei SPD und CDU ist von Kampf und Krieg die Rede“) trägt alle Züge einer ideologischen Eskalation, deren Ironisierung („Wer bedroht das Gymnasium – Die SPD oder der Schülermangel?“ – in: Die Zeit, 13.9.2007) auf dem Fuße folgt:

„Nachdem die SPD am vergangenen Samstag auf einem Parteitag die Gemeinschaftsschule zum Programm erhoben hatte, startet nun die CDU ‚die größte Kampagne seit der Bundestagswahl 2005‘ mit 200 000 Plakaten und 100 000 Postkarten. An allen 1907 Gymnasien sowie Haupt- und Realschulen könnte demnächst zu lesen sein. ‚Die SPD will diese Schule schließen‘. CDU-Generalsekretär Wüst sagte: ‚Wir brauchen kein neues Schulsystem, wir verbessern das bestehende‘. Die CDU hält am dreigliedrigen Schulsystem fest“ (FAZ, 31.8.2007, S.4).

Wenn auch die Berührungsängste mit international erfolgreichen Ganztagsschulformen immer neue begriffliche Stilblüten für Strukturvarianten hervorbringen („Gemeinschaftsschule“, „Neun macht klug“ etc.), bleiben doch die strategischen Antworten auf ein Konzept der schulischen Integration nebulös, obwohl die Implementierung von Gesamtschulen/Ganztagsschulen (mit unterschiedlichsten Länderausprägungen) zum Verhältnis „innerer“ und „äußerer“ Schulreform eine Basis bietet, auf der es aufzubauen gilt. Unabhängig von Negativassoziationen und Abwehrstrategien auf spezifische Programmtitel („Gesamtschule“) muß jedoch unbestritten bleiben, dass die Zielsetzung der Integration einer Strukturreform mit der „inneren Schulreform“ und einer Neudefinition und Professionalisierung der

Lehrerbildung/-ausbildung nicht in Frage gestellt sein darf, will man sich nicht vollkommen von internationalen (benchmarkdefinierten) Standards entkoppeln.

Die in den sechziger Jahren belegte „deutsche Bildungskatastrophe“ (Picht) trug ähnliche Merkmale der heutigen Debatte: negative Quote der Bildungsbeteiligung und Abiturientenquote, ungleiche Bildungschancen, finanzielle Ausstattung des Bildungssektors etc. In die Diskussion um die Gesamtschule gingen Anregungen aus entsprechenden internationalen Entwicklungen (vor allem Schulreformen in Schweden und England) ein, die in einer Konzeption der „Gesamtschule“ einen Niederschlag fanden, und sich in strukturellen Varianten der „additiven“ bzw. „integrierten Gesamtschulen“ abbildeten. Das primäre Ziel der integrierten Konzepte hieß: weg vom vertikalen zur horizontalen Schulorganisation. Zentrale konzeptionelle Begründungszusammenhänge für diesen Paradigmenwechsel waren:

- Das Recht eines jungen Menschen auf Bildung in einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft (Dahrendorf: „Bildung ist Bürgerrecht“).
- Für die Mehrzahl der Kinder mit 10 Jahren gibt es keine hinreichende Prognosewahrscheinlichkeit über den weiteren Bildungsweg. Die sog. „Begabung“ ist keine biologisch festgelegte Größe.
- Durch die herkömmliche schichtenspezifische Auslese sind Kinder aus sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen eindeutig benachteiligt. Die Konsequenzen klassen- und schichtenspezifischer Sozialisationseinflüsse werden im vorhandenen Schulsystem nicht nur nicht kompensiert sondern (schul-)strukturell verstärkt.
- In der Gesamtschule kann der Individualisierung und Differenzierung der Bildungsprozesse mehr Raum gegeben werden (Pflichtfächer, Kurssystem, alternative wählbare Wahlpflichtfächer, Differenzierung nach Grundkursen, Angebot an wahlfreien AG's etc.).
- Die Zielperspektive „soziale Koedukation“ bzw. „soziale Integration“ lässt sich im Gesamtschulsystem besser realisieren.
- Grundlegende Curriculumrevision (z.B. Hess. Rahmenpläne).

Der funktionale oder technokratische Ansatz begründete die Schulreform (ähnlich der heutigen OECD-Debatte) vorwiegend mit dem „Modernisierungsrückstand“ des überkommenen Bildungssystems zur besseren Ausschöpfung des Bildungspotenzials („Sputnik-Schock“) im Sinne der „Wissenschaftlichkeit“, „Mobilität“ und des „lebenslangen Lernens“, zur Steigerung der Effektivität und einer besseren Ressourcennutzung. Demgegenüber fokussierte der gesellschaftskritisch-politische und zugleich pädagogisch-emanzipatorische Ansatz einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess entlang der Leitziele „Mitbestimmung“, „Emanzipation“, „soziale Gerechtigkeit“, „mehr Demokratie“, kombiniert mit Forderungen nach grundlegender Curriculumrevision, Aufklärung gesellschaftlicher Verhältnisse im Unterricht, Überwindung der Isolierung der Einfächer zugunsten fächerübergreifenden Unterrichts, einer grundlegenden Revision des herkömmlichen Leistungsbeurteilungssystems, Demokratisierung der inneren Schulstrukturen etc.

Die Gegenaktionen der Gesamtschulgegner („DDR-Einheitsschule“, „Baader-Meinhof-Schule“, „kommunistische Kaderschmiede“ etc.) waren ebenso beständig wie erfolgreich (begünstigt durch die Zeit des „Kalten Krieges“ und den damit verbundenen ideologischen Grabenkriegen). Die bekannten Projektionen positionierten sich unter Aspekten der „Leistungs nivellierung“, „Vermassung“, Negierung „wertfreier Bildung“ etc. Trotzdem gab es am Ende der „Versuchsphase“ (1980) vor allem in Hessen, NRW und Berlin 200 Gesamtschulen (bundesweit 3,4% aller Schüler/innen). Hamm-Brücher (FDP) dokumentierte im „Bildungsbericht 70“ den Weg einer schrittweisen Einführung der Sekundarstufe I zu einem Gesamtschulsystem, das möglichst alle Jugendlichen zum Abitur I als einheitlichem Sekundarabschluss führen sollte. Auch der Bildungsgesamtplan der BLK (1973) sprach sich klar für die Organisationsform der integrierten Gesamtschule aus.

Evaluationsergebnisse der Begleitforschung (u.a. Fend) wurden Ende der 70er Jahre publiziert, und aktivierten die Debatte, welches der Schulsysteme bessere Ergebnisse bei Lernleistungen, Schulabschlüssen, Durchlässigkeit, sozialer Mobilität und Aufstiegsmöglichkeit und Schulklima hervorbringt. Danach war aus der Sicht der Kritiker das Urteil schnell publiziert: „Die Gesamtschulen haben sich nicht bewährt“. Dabei stimmt besonders bedenklich, dass der Gesamtbericht der Projektgruppe Gesamtschule der KMK die nachweislichen Stärken der Gesamtschulen (Chancengleichheit, Steigerung der Schulabschlüsse, Rückgang der Zahl der Sitzenbleiber, Kinder ohne Schulabschluss) in ihren Texten einfach unterschlägt und unkenntlich macht, und einen Forschungsbericht zu einer politischen Dokumentation instrumentalisierte. Bei jeglicher Evaluation ist zu berücksichtigen, dass die strukturellen Spezifika (Überlastung der Lehrer durch Beteiligung an Curricula und Organisationsplänen, neue zusammengestellte Lehrerkollegien, Lebensraumspezifika der Einzugsgebiete etc.) eine Vergleichbarkeit nur bedingt ermöglichten, zumal die Gesamtschulen von vornherein unter einem hohen Anpassungs- und Leistungsdruck standen.

1982 beschloss die KMK nach langen Verhandlungen und Kontroversen die „Rahmenvereinbarung für die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an integrierten Gesamtschulen“. Somit wurde die Gesamtschule aus dem „Versuchsstatus“ entlassen und als Regelschule anerkannt. Das bedeutete, dass die Länder nach eigener Landesgesetzgebung Gesamtschulen errichten konnten. Trotz des massiven Ausbaus (Hamburg, NRW, Saarland, Bremen, Berlin) wurde der politische Ansatz (Gesamtschule als ersetzende Schulform) aufgegeben, und zu einer „weiteren“ Schulform definiert. Dieses Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem und Gesamtschulen bewirkte, das „leicht lernende“ Schüler zum Gymnasium wechselten („creaming“) und das Image an Boden gewann, Gesamtschulen seien Schulen zur „Förderung schwieriger Schüler“. Diese Außenwahrnehmung (von den Gesamtschulgegnern auch gezielt publizistisch reproduziert) erschwert bis heute die Arbeit im Innern und die Selbstdarstellung nach außen, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Gesamtschulen stabile, selbstbewusste lernende Schulen sind, und sich einer breiten Unterstützung der Eltern sicher sein können. Ein Durchbruch zu einer flächigen Schulstrukturreform ist jedoch über die bisherigen Wege nicht zu realisieren. Insofern bietet die aktuelle Debatte über Ganztagschulen neue Möglichkeiten (unter dem internationalen Benchmarkdruck, der Demografiedebatte etc.) und neue Chancen, „alte“ und „neue“ Inhalte zu einer Integration „äußerer“ und „innerer“ Schulreform zu führen, die den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen entsprechen, und die zugleich ein signifikantes und unverwechselbares Profil zu neoliberalen Bildungsprämissen- und strategien bildet.

4. Prämissen und Bedingungen einer inneren Schulreform: Innovative Schulentwicklung

Es ist plausibel zu argumentieren, dass die Ganztagschule/Gesamtschule nicht per se ein Erfolgsmodell sein kann, sondern über spezifische Indikatoren und Erfolgsfaktoren zu beschreiben ist, die das Zusammenspiel von struktureller und innerer Schulreform zum Gegenstand haben. Die Zweckbestimmungen der Organisation Schule im antagonistischen Spannungsfeld von Qualifikation, Selektion und Integration definieren weiterhin die Quadratur des Kreises; danach lässt sich die Auflösung der Integrations- und Selektionsfunktion nicht realisieren sondern nur modifizieren. Von den frühbürgerlichen Emanzipationspostulaten der „neuhumanistischen“ Bildungsreformer bis über die Bildungsreformbestrebungen der 60er/70er Jahre ist der Anspruch auf eine Aufhebung des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs zugleich immer die endlose Bemühung des Sisyphus, den Kampf gegen die gesellschaftlichen strukturellen Realitäten führen zu wollen/zumüssen, um nicht per se im Zynismus elitärer (selektiver) Begründungs- und Legitimationszusammenhänge verhaftet zu bleiben. Die Antwort auf die Frage, wie sich das Postulat bürgerlicher Chancengleichheit aufrechterhalten lässt, und zugleich seine faktische Erfüllung verhindert werden kann, ist die zentrale Frage der Auseinandersetzung mit den Eckpunkten der Debatte struktureller und innerer Schulreform. Die schultheoretische Prämisse ist

und bleibt, dass das Konzept der Gesamtschule/Ganztagsschule den sozial selektiven Charakter des Bildungssystems nicht aufhebt, sondern die vorhandenen Ressourcen intelligenter einsetzt und den Entwicklungspotenzialen von Kindern und Jugendlichen ein größeres Maß an „Chancen“ einräumt: durch andere Strukturen und adäquatere pädagogische und methodisch-didaktische Konzepte und Professionalisierungsprofile der Lehrer. So bleibt eine bloße auf Schulstrukturen zielende Veränderung folgenlos, wenn nicht eine qualifizierte innere Schulreform damit Hand in Hand geht.

Grundsätzlich definiert sich Ganztagsschule nicht darüber, dass den „ganzen Tag Schule ist“, sondern sie bietet als Lern-, Lebens- und Erfahrungsort Optionen einer ganztägigen Bildung, an der unterschiedliche Professionen beteiligt werden müssen, die miteinander abgestimmt und vernetzt arbeiten (vgl. Coelen 2002; Münchmeier/Otto/Rabe-Kleberg 2002; Otto/Coelen 2004; Merchel 2004; Olk 2004; Reinhardt 2004), und im Rahmen einer ganztägigen Gestaltungsstruktur die traditionelle Schule erweitern und über folgende Handlungsfelder transformieren soll:

- Entwicklung eines Konzeptes der Organisationsentwicklung (Konzept, Implementierung, Evaluation – siehe Kapitel Q).
- Entwicklung eines gemeinsam getragenen pädagogischen Konzeptes (Lehrer, Schüler, Eltern, Jugendhilfe, Verbände, Kommunen etc.). Einbindung von Gremien und Akteuren, die am Entwicklungsprozess der Schule beteiligt sind.
- Professionalisierung der Schulleitung (vgl. Kempfert/Rolff 2002).
- Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen (personell, finanziell, räumlich, sächlich, qualifikatorisch).
- Professionelle Personalstrategie (einschl. Supervision).
- Regionale, schulübergreifende Netzwerke (im Verständnis „Lernender Organisationen“- Kapitel Q 1).
- Gesetzliche Regelungen für den Einsatz von Schulsozialarbeitern und der Kooperation mit der Jugendhilfe.
- Entwicklung eines neuen Verständnisses von Unterricht/Unterrichtsstrukturen und -abläufen. Ganztagsbildung durch (diagnostisch begründete) Bildungs- und Erziehungsangebote, die zielgruppenspezifisch adressiert sind.
- Schrittweise Umwandlung in voll gebundene Ganztagsschulen.
- Verbindung von angemessener Ressourcenausstattung und Engagement der Lehrer (organisatorisch, personell, räumlich, zeitlich, sächlich): Anforderungen an die Raumbedingungen bezüglich Freizeit, Verpflegung, Entspannung, Erholung, gemeinsame Aktivitäten.
- Abhängigkeit des Erfolges eines Schulkonzeptes vom Zusammenspiel aller an der Schule tätigen Professionen.
- Integration von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung.
- Integration von „Bildung, Betreuung und Erziehung“ im Rahmen einer neuen Schulkultur.
- Veränderte Unterrichtsorganisation und -gestaltung.
- Professionell gestaltete Förderkurse und Hausaufgabenbetreuung.
- Paradigmenwechsel von der defizit- zur stärkeorientierten Pädagogik (vgl. Durdel 2004). (Finnland: „Kein Kind darf verloren, beschämt, zurückgelassen werden“)
- Priorität der „weichen Faktoren“: „Das Wesen des Rades sind nicht die Speichen, sondern die Innenräume“!
- Öffnung der Schule in den kommunalen Lebensraum.
- Konsequente Strukturveränderung unter Preisgabe der Dreigliedrigkeit.

Prämisse ist, dass sich der neue Bildungsauftrag nur über eine veränderte Organisations-, Gestaltungs- und Inhaltsstruktur des schulischen Kontextes realisieren lässt, und sich nicht auf Verengungen in der Ableitung der „PISA-Logik“ einlassen darf. Eine Reduzierung auf die Dominanz des kognitiven Lernens

(unter Massgabe vergleichender Schulleistungsparameter) mündet in der „Logik des Misslingens“, und einer Verschärfung des sozialen Selektionscharakters.

Unter dem Titel „Thesen für eine „Gute Ganztagschule“ fassen Enderlein/Krappmann (2006) folgende Eckpunkte für die qualitative Bewertung zusammen:

- Hier werde ich ernst genommen, hier kann ich lernen und wachsen.
- Etwas zu lernen und zu können ist eine wunderbare Erfahrung.
- Hier wird mir das zugetraut und zugemutet, was ich leisten kann, und diese Leistung wird wertgeschätzt.
- Ich kann selber mitentscheiden, was ich erreichen möchte.
- Wenn ich etwas nicht schaffe, was ich erreichen möchte, wird mir geholfen.
- Ich kann mein Arbeitstempo selber bestimmen.
- Besonders profitiere ich von Projekten.
- Am Vor- und Nachmittag gibt es Angebote, die mich interessieren, und von denen ich lernen kann: Fahrrad reparieren, Gitarre spielen, Theater spielen etc.
- Wir sind nicht immer nur in der Schule sondern gehen auch an andere Orte.
- Es gibt so gut wie nie Hausaufgaben.
- Grenzen und Freiräume werden erklärt und fest vereinbart.
- Es gibt Regeln, die ich kenne.
- Die Erwachsenen fragen mich nach unserer Meinung und unseren Ideen.
- Hier gibt es Erwachsene, die mich mögen und schätzen.
- Ich brauche keine Angst vor der Schule zu haben.
- Wenn ich Energie habe, bekomme ich von den Erwachsenen etwas zu tun.
- Es gibt genügend Zeit und Orte, wo wir Kinder ganz für uns sein können.
- Die Mittagspause ist lang genug, um mich auszutoben, mich mit meinen Hobbys zu beschäftigen, zu lesen etc. Erwachsene sind in der unterrichtsfreien Zeit ansprechbar.
- Es gibt auf dem Schulgelände und im Schulhaus genug Platz und Gelegenheiten, um mit anderen zu spielen, Sport zu treiben, Kunststücke zu üben, zu experimentieren.
- Es gibt Bücher, Hefte, Zeitschriften, DVD's, Videos, Material zum Werken, Malen und Gestalten und Musikinstrumente.
- Die Räume sind sauber, freundlich und gepflegt.
- Es gibt ein gutes Mittagessen.
- Auch nach Schulschluss und in den Ferien ist meistens jemand in der Schule.

4.1. Demokratiepädagogik: Demokratie lernen und leben

Mit dem BLK-Gutachten „Demokratie lernen und leben“ (2001) liegt der erste systematische konzeptionelle Ansatz vor, auf die gravierende jugendpsychologische und jugendpolitische Lage in Deutschland zu reagieren, und eine pädagogische Antwort zu geben. Darin wird die besondere „demokratiepädagogische Verpflichtung der Schule“ hervorgehoben, der allgemeinen „Demokratieverdrossenheit“ und der staatlichen Reduktion des Bildungs-/Qualifizierungsauftrages auf Leistungsanforderungen ein Gegengewicht zu geben, um vor allem auf die Zunahme von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit professionell zu reagieren (Grundlage der Forschung: Beutel/Fauser 1995, Schubarth/Melzer 1995, Tillmann u.a. 1999). Die Wechselwirkungen zwischen langfristigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen (Anomie aufgrund von Verunsicherungen, Vereinzelungen, genereller Individualisierungsdynamik, Intensivierung der Konkurrenzverhältnisse, Schwächung institutioneller Bindungen) mit konsumindividualistischer Sozialisation und steigendem Medienkonsum und einer zunehmenden Sinnentleerung schulischer Lernerfahrungen sind Kontexte, denen in ihren destruktiven Auswirkungen gegengesteuert werden muss. Es ist davon auszugehen (und darin begründet sich nachdringlich die

Notwendigkeit dieses Ansatzes), dass die allgemeinen Desintegrationstendenzen in Gesellschaft und Schule (vor allem zielgruppenspezifisch) zunehmen (siehe auch Untersuchungen Heitmeyer), und eine demokratiepädagogische Strategie wichtiger denn je ist, ohne der Illusion zu erliegen, gesellschaftlich induzierte Strukturprobleme ausschließlich über diesen Weg lösen zu können.

Für die Phänomene der Entpolitisierung, Verdrossenheit, rechter Radikalisierung und Fremdenhass (im Kontext aggressiver Gruppen- und Cliquenbildung) beziehen sich die Autoren auf Erklärungsmodelle der makrosozialen Dynamik (Edelstein 1995, 2000; Krettenauer 1998; Eckert/Willems 1996), der familialen Sozialisation (Noack 1999), der Psychologie des Jugendalters (Noack 1998) und der Sozialpsychologie der Gruppe (Eckert/Willems 1996). Vor allem der an Durkheims Anomiekonzept orientierte Makro-Mikro-Ansatz fokussiert im zeithistorischen Umbruch der Industriegesellschaft („Globalisierung“) und dem lebenslauforganisierenden Arbeits- und Berufssystem zentrale Ursachen für den zunehmenden Verlust an Orientierung und Integration in das politisch-gesellschaftliche System. Unsichere Arbeitsmärkte und Sozialsysteme, hoch mobile Berufsverläufe und unsichere Zukunftserwartungen sind die Basis für zunehmende Verunsicherungen und Irritationen. Die Verlagerung politischer Entscheidungsprozesse in politische Entscheidungszentralen (EU, IWF etc.), und der signifikante Machtverlust der Politik zugunsten der Ökonomie bilden den Rahmen für Ohnmachtsgefühle und „oben-unten“-Projektionen. Vor allem das Potenzial der „Modernisierungsverlierer“ ist von Schulverdrossenheit, Anomie und Zukunftsängsten geprägt. Schule verliert zunehmend ihre motivierende und disziplinierende Kraft, zumal sich ihre zentrale Funktion der Leistungssozialisation mit einer ausgeprägten deutschen Selektivität verbindet. Auf dem Hintergrund wachsender Misserfolgserfahrungen wächst das Potenzial von Resignation, Depression, Schulstress, Revolte und Rebellion. Diese organisationalen und gesellschaftlichen Kontexte sind nach Meinung der Autoren das Einfallstor für „politikindifferente“ und „antidemokratische Einstellungen“ (Jugendstudien: Deutsche Shell 1997, 2000; Deutsches Jugendinstitut 1997), und repräsentieren Krisen und Umbrüche in den Grundlagen von Erziehung und Sozialisation in unterschiedlichsten Verarbeitungsweisen. Vorliegende Verhaltensphänomene laufen den Zielen der schulisch institutionalisierten politischen Bildung massiv zuwider, und korrelieren mit dem Massenphänomen des Rückzugs ins Private.

Auf diesem skizzierten Hintergrund hat Schule Antworten auf diese Entwicklungen zu geben, um die Sackgasse der bisherigen schulischen Gegensteuerungen zu überwinden durch eine „Einübung in die Praxis der politischen Lebensführung“ (in einer Verbindung von Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortungsübernahme im Rahmen von abgestimmten und vernetzten Projekten und Programmen innerhalb und außerhalb der Schule - im konzeptionellen Verständnis der „Zivilgesellschaft“). Erfahrungen im Nahbereich (Familie, Schule, Verein, Betrieb) sollen sozialisieren im Verständnis der Gleichheitsunterstellung, dem Achtungsgebot, dem Demütigungsverbot, dem Reziprozitäts- und Fürsorgeprinzip. Die Implementierung dieser Ziele hat gravierende Konsequenzen und Anforderungen an die jetzige Verfassung der Organisation Schule, zumal diese an der Reproduktion dieser Effekte erheblich beteiligt ist. Da Schule selber Medium des eingeleiteten „Transformationsprozesses“ ist, unterliegt sie nicht nur selber dem Anspruch auf Veränderungen, sondern trägt als wesentliche gesellschaftliche Sozialisationsinstanz gravierend zur Reproduktion oder Korrektur dieser Verhältnisse bei. So wird der direkte Zusammenhang positiver Lernerfahrungen (Lern- und Schulqualität als Kulturprämisse) und dem heranwachsenden Demokratiepotenzial unterstellt, und das bis heute unerfüllte Disiderat formuliert, dass es neben der Schule keine andere gesellschaftliche Organisation gibt, der eine Schlüsselfunktion bei der Heranbildung von Demokratiefähigkeit zugeschrieben werden muss. Erfahrungsgeleitetes und Erfahrung vermittelndes Lernen (Dewey) als Kontrast zum reproduktiven unterrichtlichen Lernen (abstrakte und lebensferne text- und wissensbezogene Didaktik) mit folgenden Schwerpunkten und Differenzierungen ist die prämissengeleitete Zielsetzung:

- Da die beschriebenen Syndromschwerpunkte (als zusammengehörige Verhaltensmerkmale) eine starke Manifestation in nicht-gymnasialen Schulzweigen finden (Haupt- und Förderschulen,

Mittel- und Sekundarschulen), ist eine zielgruppenspezifische Präventionskonzeption notwendig. Deutliche Differenzierungen des Gewaltphänomens über Regionen, Schultypen, Altersstufen und Geschlechter sind auf dem Hintergrund der Forschungsdaten zu konstatieren, mit der bekannten Ätiologie makrosozialer Strukturen (Familienmilieu, Medienkonsum, peer groups etc.).

- Das Phänomen Gewalt steht in einem komplexen Ursachenzusammenhang schulischer und außerschulischer Begründungszusammenhänge. Strukturen, Lehrerrolle, „heimlicher Lehrplan“, Lehr- und Lernformen und das Spannungsfeld von Integration und Selektion sind als zentrale Verursachungen in die Analyse zu integrieren.
- Wahrzunehmende Verhaltensphänomene („besorgniserregende Defizite an problemfokussierten Problemlösungsstrategien“), ein signifikanter Anstieg von Depressionen, mangelnder Impulskontrolle, Essstörungen, Suizide, Aggression und gewalttätigen Übergriffen unter mangelnder Frustrationstoleranz und einem Defizit an Empathiefähigkeit begründen die Notwendigkeit der Vermittlung konstruktiver Problemlösekompetenzen und der Schaffung einer prosozialen Disziplin. Mit dem amerikanischen Konzept der „Peer Meditation“ (Schüler helfen als neutrale Dritte ihren Mitschülern bei der Regelung interpersoneller Konflikte) können z.B. Störungen auf der Beziehungsebene geklärt und beseitigt werden. Jugendliche sollen ermutigt werden, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, um zu einer anderen schulischen Lernatmosphäre weitgehend selbstgesteuert beizutragen.
- Das Konzept der Peer-Meditation ist wie andere Lern- und Interventionsmethoden Teil eines Organisationsentwicklungsansatzes/Schulentwicklungsprozesses als ganzheitlichem Entwicklungskonzept, dem die heutige schulische Realität weitgehend konträr gegenübersteht.
- Interkulturelles Lernen und Kooperation sind auf dem Hintergrund zunehmender freier Wanderungsbewegungen in der EU und dem demografiebedingten Zwang einer weiteren Zunahme von Migranten für die politische und gesellschaftliche Stabilität essentiell. Somit erhalten die Integrationsbemühungen und -erfolge eine politische und pädagogische Schlüsselrolle ersten Ranges (strukturelle, soziale, kulturelle, persönliche und identifikatorische Dimension). Die Anerkennung des Fremden bedeutet: Achtung der Differenz, Assimilation, Akkulturation, Beherrschung unterschiedlicher Codes, Kompatibilität zwischen verschiedenen Kulturen und Normensystemen, Perspektivwechsel etc. Dieser Auftrag an die Schule, an außerschulische Bildungsträger und die Jugendhilfe im Kontext einer abgestimmten Integrationspädagogik ist methodisch im Verständnis von Lernen, Handeln, Reflexion und Aktion zu implementieren. Hierbei spielen Begegnungs- und Integrationsprojekte eine zentrale Rolle. Die zunehmende Hilflosigkeit der Schule mit dieser komplexen Herausforderung kann nur durch eine konsequente Kooperation mit außerschulischen Unterstützungsleistungen begründet und realisiert werden.
- Die Grundschule bildet als demokratische, humane und kindgerechte Schulform (in Affinität zu reformpädagogischen Programmatiken) günstigere strukturelle Voraussetzungen für einen Umgang mit Differenzen: Entwicklungs-/Persönlichkeitsdifferenzen, sozial-kulturelle Differenzen, Unterschiede des Lerntyps, der Lerngeschwindigkeit etc., um im Verständnis reformpädagogischer Orientierungen einer Atmosphäre der Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken. Wie sehr diese pädagogischen Optionen von den schulstrukturellen Gegebenheiten (z.B. Selektion nach dem 4. Schuljahr) abhängig sind, ist schon häufig thematisiert worden. Die wachsende Orientierung (PISA-Logik) an sachunterrichtlichen/kognitiven Themen und harten Leistungsanforderungen unterminiert zunehmend das Potenzial des sozialen Integrationslernens. Eine stärkere Orientierung an Kompetenzen und sozialen Erfahrungen (Projekte im

Rahmen einer Gemeinwesenstrategie) und weniger reproduktives Wissen sollen im Rahmen der Entwicklung eines sozialen und kulturellen Schullebens ebenso zielförderlich sein, wie elementare Grundregeln eines demokratischen Unterrichtsstils. Eine Schulkultur des Ausgrenzens, Bloßstellens, Vorführens, Ignorierens und der Diskriminierung beherrscht leider immer noch den Schulalltag, und sollte im Verständnis der Familienerziehung (§ 1631 des BGB) gesetzlich determiniert werden: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafung, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig“.

- Der Lernprozess der „Demokratiepädagogik“ als Programm einer transformatorischen Organisations-/Schulentwicklung setzt eine Professionalisierung von Lehrkräften und Schulleitungen voraus (Trainings- und Fortbildungsprogramme und Supervision).
- Die Förderung „demokratischer Tugenden“ und der sozio-moralischen Entwicklung als Auftrag eines zivilgesellschaftlichen Engagements folgt nicht den Regeln des dominierenden fachwissenschaftlichen Ansatzes der Wissensvermittlung (Ethik, politische Bildung, SMV), sondern braucht eine konzeptionelle Einbindung und methodisch-didaktische Fundamentierung in Konzepte der Gemeinwesenstrategie, die an den Optionen der Erfahrung und des „Ernstfalls“ und der Nachhaltigkeit orientiert sind. Nur so sind (Selbst-)Erfahrung, Motivation und Engagement zu fördern, um der vorliegenden Zunahme an Schulunlust entgegenzuwirken. Appelle an moralische Einsicht und Ermahnungen kompensieren defizitäre soziale Fähigkeiten nicht.
- Die aus dem Kontext des amerikanischen Pragmatismus abgeleiteten und grundgelegten Überzeugungen der Demokratie als Lebensform (Wahrheitsfindung, Werte-Entwicklung und gemeinschaftlicher Handlungskontext) umfassen Kooperationsformen in Verbindung von kognitivem und affektivem Lernen in multikulturellen und multiethnischen schulischen und außerschulischen Kontexten, mit der Pflege einer Konflikt- und Konsensfähigkeit, die im Rahmen eines Schulentwicklungsansatzes einen Raum finden kann. Voraussetzung sind autonome pädagogische organisationale Handlungsspielräume, die über die Logik der „Verwaltungsreform“ hinausgehen. Eckpunkt und Prämissen für einen solchen Prozess sind im Kapitel Q zur Organisationsentwicklung beschrieben. Die These, dass Schule weit mit ihren Ressourcen hinter den beschriebenen demokratiepädagogischen Aufgaben zurückbleibt, definiert Auftrag und Handlungsbedarfe auf dem Hintergrund sich verschärfender struktureller gesamtgesellschaftlicher Desintegrations- und Konfliktverschärfungen (siehe auch Studien Heitmeyer und Shell-Studie). Die zunehmenden Symptome soziomoralischer Deprivation und Anomie sind nicht nur ein Thema junger Menschen, sondern finden sichtbar zunehmend bis in die Mitte der Gesellschaft einen Resonanzboden. Die Korrespondenz forschungsgestützter Befunde mit den zunehmenden Verunsicherungen des Zugangs zur Arbeitswelt, erschwerten Berufsperspektiven und wachsende Zukunftsunsicherheiten (und den Strukturen und Kulturen der heutigen Schulen) bilden eine strategische Herausforderung an Gesellschaft und Schule, mit der das Schulsystem in seiner heutigen Verfasstheit (Strukturen, Kultur, Professionalität, Ressourcen, Strategie, Organisationsentwicklung) sichtbar überfordert ist.
- Eine Vielzahl verschiedener Forschungsbefunde lässt den positiven Umkehrschluss zu, dass adäquate schulische Bedingungen des Lehrens und Lernens umgekehrte Sozialisationseffekte hervorbringen (können). Das Abschieben von Verursachungszusammenhängen problematisierter Verhaltensweisen widerspricht nicht nur den Erfahrungen beschreibbarer schulischer Realitäten, sondern gilt nicht selten zur Legitimation unprofessionellen pädagogischen Handelns und den Bequemlichkeiten, das eigene professionelle Tun nicht benchmarkorientiert auszurichten.

Mit dem strukturellen Ausbau von Ganztagschulen und den damit verbundenen Konzeptionalisierungen korreliert auch der Anspruch, ganztägiges Lernen als Voraussetzung und Chance für Partizipation und Engagementförderung zu sehen, und damit die **Befähigung zum „bürgerschaftlichen Engagement“ und Demokratielernen zu entwickeln** (Implementierung als Bildungsziel in der Schule). Dieses setzt nicht nur eine Öffnung der Schule gegenüber der kommunalen Gemeinschaft voraus, sondern definiert mit dieser Zielsetzung Schule auch als wichtiges „Lernzentrum der lokalen Bürgergemeinschaft“. Dass die aktuelle Bildungsdebatte (TIMMS, PISA, IGLU) sich primär auf die Schulreformdiskussion (Konzentration auf den wissensorientierten Unterricht) fokussiert, ist in diesem Zusammenhang zu verdeutlichen, da Schule mehr als „Bildung“ zu sein hat, will sie ihren bildungs- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden.

Der Anspruch auf optimale Bildungs- und Teilhabechancen erfordert angemessene strukturelle Voraussetzungen und integrierte Bildungskonzepte („innere Schulreform“) im Zusammenspiel von Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe. Im Kontext eines erweiterten Bildungsverständnisses kommt dem Anspruch auf eine Sozialisation im Sinne „bürgerschaftlichen Engagements“ (kognitives, soziales Lernen, Partizipations- und Mitbestimmungskompetenzen) ein hoher Stellenwert zu. Der Anspruch auf „Civic Education“ braucht Konzepte und Lern- und Erfahrungsräume im Wechselspiel von „Lokalität“ und „Globalität“, die sowohl klare Bildungsziele aber auch geeignete Bildungsorte zur Voraussetzung haben. Der Wissenserwerb im Zusammenhang mit der Aneignung bürgerschaftlicher Kompetenzen erhält eine andere Intensität, Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit (als tayloristisch organisiertes und prüfungsrelevantes Wissen), und bietet mannigfaltige Voraussetzungen zur Persönlichkeitsbildung.

Das zentrale Ziel, Schule zu demokratisieren, um damit eine sozialisatorische Basis für eine Demokratisierung der Gesellschaft zu legen, geht von der Annahme aus, dass die heutige Schulkultur weitgehend durch Machtstrukturen, Sanktionskulturen und weitreichende Fremdbestimmung geprägt, autoritär und undemokratisch verfasst ist. In der Blaupause des Bildungswesens reproduzieren sich u.a. gesellschaftliche Verhältnisse und Identitäten, da die Schule die einzige Institution des Staates ist, die alle Mitglieder der Gesellschaft durchlaufen, und den prägendsten Faktor in der persönlichen Entwicklung darstellt. Meinungsbildungen, Inhalte und Denkhaltungen, herrschende Normen, Sitten, Weltanschauungen werden über Lehrpläne und Medien reproduziert, und im Wechselspiel mit den Wirkmechanismen des „heimlichen Lehrplans“ verhaltens- und persönlichkeitsprägend. Demokratielernen als kognitives Lernfeld des Sozialkundeunterrichts reicht also nicht aus. Ein fortschrittliches Bildungssystem steht für demokratische Teilhabe und Mitwirkung und eine umfassende Demokratisierung der Schule im Kontext des Konzeptes der „Agenda 21“.

Eine Verankerung dieser Ziele im Leitbild der Schule, eine angemessene Kommunikation und Implementierung in den kommunalen Raum, die Organisation von partnerschaftlichen Ressourcen und Netzwerken - und die konzeptionelle Abstimmung mit der Jugendhilfe (siehe 11. Kinder- und Jugendbericht – BMFSFJ 2002: 153 ff.) - ist eine notwendige strategische und konzeptionelle Voraussetzung zur Aktivierung von Lehrern, Schülern, Eltern und Netzwerkpartnern, die sich im strukturellen Rahmen einer Ganztagschule realisieren lassen. In Zusammenarbeit mit verschiedensten außerschulischen Akteuren entsteht ein anderes Verständnis von Schule mit einer neuen Lernkultur und anderen/besseren Förderungsmöglichkeiten der Schüler/innen (vor allem wenn potenzielle Ressourcen im kommunalen Kontext gesehen und intelligent ausgeschöpft werden). Dieser Anspruch auf Ganzheitlichkeit und Lebensweltorientierung im Konzept Ganztagschule in den Dimensionen der Erweiterung von Zeit und Raum (und deren professionelle Gestaltung) bietet neue Optionen in der Verknüpfung von kognitiven, sozialen und emotionalen Lernarrangements, die im Konzept einer „Civic Education“ umso erfolgreicher sein können, je mehr sie in Strategien einer „Community Education“ verbunden sind (Verankerung der Schule als wichtigen Lernort im kommunalen Kontext: Schule als „multiaktives Bildungszentrum“, Otto/Coelen 2004). Die Implementierung eines bürgerschaftlichen Leitbildes von

Schule bietet die Chance zur Integration von Schulentwicklung, Personalentwicklung, Organisations- und Unterrichtsentwicklung, und ist von einem hohen konzeptionellen Anspruch getragen, der jedoch in seiner lebensweltlichen Öffnung eine unabdingbare Voraussetzung ist, um die jetzige Legitimationskrise von Schule zu überwinden durch

- eine Erweiterung des Bildungs- und Erziehungsanspruchs;
- neuer Lern- und Arbeitsformen zur Überwindung einer tiefsitzenden Motivationskrise bei Lehrern/Lehrerinnen und Schülern;
- einer Integration in den kommunalen Lebensraum;
- der Implementierung von Zielen einer „inneren Schulreform“;
- einer Sozialisierung von Schüler/innen für gesellschaftliche Ernsthaftigkeiten;
- einer Partizipations- und Demokratieprägung;
- einer erhöhten Akzeptanz des schulischen Outputs für „abnehmende Märkte“ ;
- eine Sozialisation für gesellschaftliche Verantwortungsübernahme;
- strukturelle Entlastungen und Kompensationen vor allem für gesellschaftliche Marginalisierungs- und Exklusionsgefährdungen.

In diesem Selbstverständnis von Schule als „demokratischem Ort und partnerschaftlich orientiertem Lernzentrum im Gemeinwesen“ (vgl. Evers/Rauch/Stitz 2002) braucht das Konzept von „Civic Education“ eine Anerkennung und Verankerung in bildungspolitischen Strategien und Konzepten in einem emanzipativen Selbstverständnis, um nicht von neoliberalen Strategien der „Tätigkeitsgesellschaft“ instrumentalisiert und adaptiert zu werden. In den Schulgesetzen der Länder müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sich im Wesentlichen auf die Strategie der „Agenda 21-Politik“ beziehen könnten. Im Zusammenspiel mit einer klaren Strategie, neuen Strukturen, einer nicht betriebswirtschaftlich reduzierten Autonomie der Schule, angemessenen Rahmenbedingungen, Ressourcen und einer motivierten Lehrerschaft ist ein Einstieg in eine neue schulpolitische Perspektive zu wagen, ohne die die „PISA-Logik“ nicht nur die soziale Selektivität verschärft, sondern die Effekte strukturell induzierter kognitiver Reduktion schulischen Lernens (Demotivations-, Frustrations- und Aggressionspotenziale) verstärkt. „Kein Kind zurücklassen, kein Kind beschämen, kein Kind verloren gehen lassen“ ist nicht nur ein Anspruch an die Humanziele der Schule, sondern hat sowohl eine arbeitsmarktbezogene als auch eine demokratielogische Plausibilität.

Zwischenzeitlich haben sich 170 Schulen (40.000 Schüler) am Modellprojekt „Demokratie leben & lernen“ (2002 aufgelegt) beteiligt. Über den Zeitraum von fünf Jahren konnten damit differenzierte Erfahrungen gesammelt werden. Durch die Beendigung des Bund-Länder-Programms (2007) ist als Konsequenz der Förderalismusreform offensichtlich ein frühzeitiges Ende dieses Projektes eingeleitet worden. Eine Prognose über den weiteren Prozess ist schwierig.

4.2. Kooperationsmodelle zwischen Schule und Jugendhilfe

Der größte Anteil der außerunterrichtlichen Angebote wird von der Jugendhilfe erbracht (wenn auch das Spektrum der Kooperationen sehr unterschiedlich dargestellt wird). Es existiert in weiten Bereichen eine breite Palette von Themen, Angeboten und Trägern der Schule und Jugendhilfe. Eine konzeptionelle Interaktion ist eine zentrale Voraussetzung, um der Befürchtung von „Verwahranstalten mit Suppenküchen“ zu begegnen (GEW, 23.6.2001). In der Zielsetzung einer lebensweltorientierten Schulentwicklung als integriertem System für Bildung, Betreuung und Entwicklung sind folgende Parameter von Bedeutung:

- Gemeinsame Konzeptentwicklung zwischen Schule und Jugendhilfe.
- Öffnung der Schule zum Gemeinwesen/zur Lebenswelt.

- Einbeziehung der Angebote und Arbeitsformen der Jugendhilfe in den schulischen Regelalltag.
- Ausbau der Angebote sozialer Dienstleistungen an der Schule (verlässliche und tragfähige Strukturen).
- Entwicklung und Einsatz geeigneter Instrumente zur Steuerung und Evaluation.
- Bedarfsgerechte Angebote für Familien (z.B. Früh- und Spätbetreuung, Ferienangebote).
- Institutionelles Zusammenwirken von Bildungsorten und Lernwelten (Kinder- und Jugendhilfe, Schule, kommerzielle und nicht-kommerzielle Lernwelten, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit).
- Schulische Lernförderung statt elterlicher Hausaufgabenhilfen.
- Integrierte Bildungsgänge.
- Soziales Lernen und Förderung benachteiligter SchülerInnen.
- Integration von Nebenschulen und Förderung des Peer-Learning.
- Die Trias von Bildung, Betreuung und Erziehung muß die konzeptionelle Grundlage sein.
- Verankerung eines partizipativen Bildungsverständnisses mit dem Anspruch auf Herstellung von Chancengleichheit.
- Weiterentwicklung und Reformierung von Aus- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte.

Wenn auch in der Realität das additive Modell (unverbundenes Nebeneinander von Schule und Jugendhilfe) überwiegt, so ist in der Zielstruktur (mit einer akzeptablen Zwischenstufe des Kooperationsmodells: Miteinander von Schule und Jugendhilfe auf der Basis von Absprachen und Kooperationsmodellen) das integrierte Modell (gleichberechtigte Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe) anzustreben, um den Anspruch „Angebote aus einer Hand“ mittel- und langfristig zu realisieren. Nur so kann das Nebeneinander von Lehrkräften und Fachkräften im Nachmittagsbetrieb und die Annäherung an professionelle Qualifikationsstandards anvisiert werden, um folgenden Zielzustand zu realisieren:

„Ganztagsschule soll stärker den Bedürfnissen von Kindern gemäß gestaltet werden, der Schulalltag soll deshalb rhythmisiert werden, neue Lernformen sollen selbstverständlicher Teil des Unterrichts und außerschulischer Aktivitäten werden. Ganztagsschule soll, so können diese Erwartungen auch interpretiert werden, zu einer ‚Entschulung der Schule‘ beitragen, eine Öffnung der traditionellen Lehr- und Unterrichtsanstalt bewirken. Ob sich die Schule mit der Einführung und dem Ausbau von Ganztagsschulen in dieser Weise verändert, ist noch nicht absehbar. Beim derzeitigen Stand des Ausbaus von Ganztagsschulen und der Umsetzung der Landesprogramme spricht vieles dafür, dass dieser Anspruch bisher wenig eingelöst wird.“ (Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, S. 524).

4.3. Konsequenzen für die Lehrerauswahl/-qualifizierung und Organisationsentwicklung

Überlegungen zur Gestaltung der Lehreraus- /Fort- und Weiterbildung sollten von ein paar einfachen aber zentralen Fragen ausgehen und geleitet sein:

- Welche Kompetenzprofile brauchen SchülerInnen, um in der Welt von heute und morgen zu bestehen (beruflich, sozial, gesellschaftlich, psycho-physisch)?
- Welches sind Voraussetzungen für eine integrierte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (sozial, kulturell, wirtschaftlich)?
- Wie muß sich das Anforderungsprofil an die Organisation Schule verändern?
- Was müssen Lehrer können, um ihren SchülerInnen das notwendige Qualifikations- und Persönlichkeitsprofil zu vermitteln?
- Was müssen LehrerInnen für sich selber tun, um mit den wachsenden Anforderungen in ihrem „Kerngeschäft“ Unterrichten und Sozialisations-/Erziehungsarbeit plus neuen Anforderungen aus der Organisationsentwicklungsarbeit zurecht zu kommen, ohne in der Kumulation ihrer beruflichen Belastungsbiographien „auszubrennen“?

Nimmt man die letzte Anforderung heraus, dann ist in der empirisch-repräsentativen Beschreibung für die Situation der LehrerInnen erst einmal eine bedenkliche Ausgangslage skizziert. In den unterschiedlichsten Untersuchungen ist die spezifische physisch-psychosoziale Belastungsstruktur der Lehrerpopulation dargestellt und in (selektiven) Fachkreisen diskutiert worden, ohne dass hieraus signifikante Konsequenzen für die Lehrerauswahl-, fort- und weiterbildung als auch für begleitende individuelle und kollegiale Supervisionen (und notwendigen strukturellen Maßnahmen) gezogen worden sind.

Die aktuelle Langzeitstudie der Universität Potsdam (Uwe Schaarschmidt 2006) belegt auf der Basis von 18500 befragten/interviewten Lehrern, Studierenden und Referendaren (Forschungsauftrag des Deutschen Beamtenbundes) den erschreckenden Tatbestand, dass bei zwei Dritteln der Lehrer der Status der Gefährdung der psychischen Gesundheit vorliegt: Davon gehören 30 Prozent zum Risikotyp A (übermäßige Selbstüberforderung und Verausgabung), und weitere 30 Prozent zum Risikotyp B (Resignation und Erschöpfung, auf dem Wege zum Burn-out). Im Vergleich zu anderen Berufen formuliert Schaarschmidt das Resümee, dass kein Beruf eine so hohe physisch-psychische Belastungsstruktur aufweist wie der Lehrerberuf (egal an welchem Schultyp). Aufschlussreich in dieser Studie ist, dass neben den bekannten Indikatoren (große Klassen, Problemschüler, zu hohe Stundenzahlen) vor allem der Stress im Lehrerzimmer (Offenheit, Interesse füreinander, gegenseitige Unterstützung) eine besondere Wirkungsvariable darstellt. Dass hinter einem schlechten Schulklima eine schlechte Schulleitung zu vermuten ist, gehört einerseits zu den erkenntnisgeleiteten Banalitäten der Organisationsentwicklung, erhält jedoch für zu diskutierende Interventionsebenen einen zentralen Stellenwert.

Die Quintessenz der Studie kann damit umschrieben werden, dass kein Beruf eine so hohe physisch-psychische Belastungsstruktur aufweist wie der des Lehrers, egal an welchem Schultyp er arbeitet. Die von den Autoren vorgeschlagenen Interventionen beziehen sich auf die Veränderung der Klimafaktoren in den Lehrerzimmern und fokussieren bekannte Methoden des Anti-Stress-Trainings zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit.

Eine zentrale (bisher wenig fokussierte) Interventionsebene wird von den Autoren auf den Beginn des Prozesses gelegt: Die Auswahl von geeigneten Persönlichkeiten für den Lehrerberuf. Die Größenordnung von 30 bis 40 Prozent von Lehramtsstudenten, die für diesen Beruf nicht geeignet seien, mögen hinsichtlich des methodischen Quantifizierungsansatzes diskussionswürdig sein, liegen jedoch im Horizont der Plausibilität. Der von den Forschern entwickelte Eignungstest für Abiturienten mag als Orientierung für einen Berufswahlentscheidungsprozess eine erste Hilfe sein, zu fordern sind jedoch professionelle Auswahlstandards (AC), die in anderen beruflichen Professionen selbstverständlich sind. Unter dem Titel „Wo die Lehrer sitzen bleiben“ beschreiben Sussebach/Willicke anhand der Philosophie und Methoden der Lehrerauswahl in Finnland ein zentrales Benchmarkkriterium der international erkannten Erfolge des finnischen Bildungssystems:

„Matti Meri ist Professor für Pädagogik an der Universität Helsinki... Er ist der Mann mit dem Filter. Er siebt und siebt, in Helsinki wählt er die nächste Lehrergeneration aus. ‚Es gibt in Finnland keine schwierigere Prüfung als diese‘, meint er. Bevor ein einziger Schüler ausgesondert werde, blieben eher die Lehrer sitzen. Die meisten, bevor sie jemals einen Klassenraum betreten dürften... Damit man die besten Schüler der Welt bekomme, müsse man die besten Lehrer ausbilden...“

Ein finnischer Lehrer verdient zwischen 2000 und 3000 Euro brutto, ‚das ist nicht viel bei den Preisen hier‘, sagt der Professor. Doch der Beruf ist nach wie vor so sehr beachtet, dass sich jedes Jahr zehn Prozent aller Schulabgänger für ein Lehramtsstudium bewerben. Über Tage füllen sich in der Universität Säle mit jungen Menschen, die sich monatelang vorbereitet haben auf den Test ihres Lebens. Finnische Grundschullehrer müssen bis zur sechsten Klasse Finnisch, Mathematik, Erdkunde, Biologie, Geschichte, Physik, Chemie, Kunst, Sport, Handarbeit, Religion und Ethik unterrichten können – doch Meris Fragen zielen nur auf Pädagogik. Du willst Lehrer werden, dann begründe auch warum...“

Die besten 300 Bewerber lädt er zu Einzelgesprächen und Gruppeninterviews ein. 200 Kandidaten müssen noch durchfallen. Wer Meris Blick nicht standhält, wird das auch vor zwanzig Schülern nicht schaffen. Wer schnell die Körperspannung verliert, wird keinen Schultag durchhalten. Wer alles zu wissen glaubt, weiß nichts von Erziehung. ‚Wer sagt, er hält seine Stunde ‚erstens, zweitens, drittens...‘, den nehmen wir nicht. Wer die ganze Prüfung nicht einmal lacht, den nehmen wir nicht. Wer zu viel redet, den nehmen wir nicht‘. Meri könnte stundenlang darüber reden, warum er einen nicht nimmt.“

In Finnland darf niemand Lehrer werden, weil ihm nichts Besseres eingefallen ist oder weil er sich für etwas Besseres hält. Wir brauchen niemanden, der wunderbar Flöte spielt', sagt Meri, 'wir brauchen Menschen, die fragen: Wie erreiche ich, dass die Kinder gerne Flöte spielen?' (in: Die Zeit, 19.4.2007, S. 8).

Die pädagogische Zunft kann es sich auf dem Hintergrund vorliegender diagnostischer Daten und zukünftig anwachsender zusätzlicher Belastungen der Lehrer (psycho-soziale Veränderungen in der Schülerpopulation, neue Belastungen aus den Bürokratieeffekten der „Verwaltungsreform“/Qualitätssicherung etc.) nicht weiter erlauben, kein Optimum an Auswahl, Qualifikations- und Weiterbildungsprozessen und begleitender Supervision zum Selbstverständnis für diejenigen zu machen, die vermeintlich den Dreh- und Angelpunkt ökonomischer und sozial-integrativer gesellschaftlicher Anforderungen darstellen sollen, und in Finnland als die „Elite des Landes“ angesehen sind. Hierbei ist neben den individualpsychologischen Befähigungen zur Verbesserung des Selbstmanagement den strukturellen Parametern endlich eine angemessene Bedeutung zu verleihen, ohne deren Implementierung Anforderungen an die Personalauswahl und das Selbstmanagement „Schmieröl im Getriebe“ bleiben:

- flächendeckende Implementierung des Programms der Ganztagsschule;
- massiver Ausbau schulischer Ganztagsangebote;
- Stärkung qualitativer schulischer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in pädagogischen, finanziellen und personellen Fragen vs. zentralstaatlicher Regulierung/Bürokratisierung;
- qualitative Verfahren zur Qualitätssicherung (Selbstevaluation vs. marktinduzierter Standardverfahren);
- Reduzierung der Pflichtstundenzahlen;
- Senkung der Klassenfrequenzen, um angemessene Differenzierungsmodelle praktizieren zu können;
- Veränderung der Altersstruktur der Lehrer durch qualifizierte Neueinstellungen;
- Verbesserung der sächlichen, personellen, schulorganisatorischen Rahmenbedingungen;
- systematische Fort- und Weiterbildung;
- Supervision (kollegial und professionell);
- Verbesserung der finanziellen Grundausrüstung des gesamten Bildungswesens;
- Veränderung der Schulorganisation (im Vergleich zu Benchmarkstandards);
- Stärkung der Schlüsselqualifikationen der Lehrer (diagnostische und erzieherische Kompetenzen, Konfliktfähigkeit, Selbstmanagement, Methodenkompetenz etc.).

Dieser idealistische Forderungsanspruch läuft jedoch den neo-liberal begründeten Selbstverständnissen der Politik der „Haushaltskonsolidierung“ massiv zuwider. Die daraus resultierenden Kontra-Indikationen sind bekannt (Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Erhöhung der Klassenfrequenzen, Verlagerung von Bürokratieaufgaben durch Dezentralisierung etc.). Auf diesem Hintergrund lässt sich die Hypothese formulieren, dass die vielzitierten „Neuanfänge“ zur Absicherung der vielzitierten „Zukunftsherausforderungen“ noch so manche Lernschleife brauchen, bis wirksame strukturelle Konsequenzen entlang von validen Benchmarkkriterien politikfähig geworden sind. Ob dann die vielzitierte „Wettbewerbsfähigkeit“ und die Beiträge zur „Standortsicherung“ noch rechtzeitig realisiert werden können, beschäftigt offensichtlich mehr Repräsentanten der Wirtschaft als der Vertretungen staatlicher Schulträgerschaften - wenn auch mit bekannten Motiven: die sichtbare Innovationsdynamik in Fragen der Bildungsoptimierung kommt nachweislich aus der Ecke der Privat-Lobbyisten (Bertelsmann-Stiftung, Bosch-Stiftung etc.) und fordert dementsprechende Veränderungen.

Im „Länderbericht Deutschland“ (2004) werden sechs strategische Prioritäten identifiziert, die bei der weiteren Konzipierung bildungspolitischer Maßnahmen als Orientierungshilfe dienen, und in allen genannten strategischen Optionen dazu beitragen sollen, das identifizierte „Modernisierungsdefizit“ zu kompensieren:

1. Eine Neudefinition des Lehrerleitbildes.
2. Die Neugestaltung der Lehrererstausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung.
3. Maßnahmen zur Sicherstellung eines angemessenen Lehrkräfteangebots.
4. Die Entwicklung der Karriere- und Anreizstruktur.
5. Die Stärkung von Evaluations- und Rechenschaftslegung.
6. Die Modernisierung von Governance und Management.

Eingebettet in eine Schulmanagementphilosophie sollen demnach Lehrer auf der Basis eines neuen Leitbildes befähigt werden

- effektiv mit unterschiedlichen sprachlichen und sozialisatorischen Unterschieden der Schüler/innen umzugehen;
- sich sensibel mit kulturellen und geschlechtsspezifischen Fragen auseinander zu setzen;
- für Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt einzutreten;
- Lernschwierigkeiten und Verhaltensprobleme effektiv auszugleichen;
- neue Technologien zu nutzen und mit dem raschen Wandel von Wissensgebieten sowie mit neuen Ansätzen der Schülerbeurteilung Schritt zu halten;
- Schüler/innen auf Gesellschaft und Wirtschaft angemessen vorzubereiten.

Lehrerbildung wird dabei als ein „offenes und dynamisches System“ sowie als „fortdauernder Prozess“ definiert, mit dem Anspruch eines neuen Gleichgewichts zwischen der ersten und zweiten Phase:

- Verkürzung der Erstausbildungsdauer;
- eine stärkere Betonung der praxisbezogenen Komponenten;
- eine verbesserte Unterstützung der Schulen;
- eine institutionelle Struktur der Erstausbildung, die sicherstellt, dass die Arbeitgeber und der Berufsstand der Lehrer Einfluss auf Bildungsinhalte und Beurteilungen haben;
- Veränderungen, die zu einer Verringerung der fächer- und schulartbezogenen Fragmentierung führen;
- Verbesserung des Berufseinstiegs und der beruflichen Fort- und Weiterbildung.

Vergleicht man diesen „Modernisierungsansatz“ mit den Anforderungsprofilen und Prämissen der Lehrerauswahl und -qualifizierung im finnischen System, dann fällt nicht nur der unterschiedliche Modus der gesellschaftlichen Wertschätzung der Lehrerrolle auf, sondern vor allem die Sorgfalt im Auswahlprozess („Elite des Landes“). Auch der Professionalisierungsstatus universitärer Standards ist als Unterschied zu definieren. Vor allem aber der Kontext struktureller Rahmenbedingungen, die sich nicht über die restriktiven Strukturen und Kulturen der Dreigliedrigkeit definieren.

4.4. Die Preisgabe des „Lehr“-Paradigmas und neue Anforderungen an die Profession „Lehrer“

Nicht nur auf dem Hintergrund des Konzeptes zum „Lebenslangen Lernen“, und neuer geforderter Schlüsselqualifikationen an die „Ware Arbeitskraft“ wird zunehmend das Lehr-/Lernparadigma schulischer Qualifikations- und Sozialisationsprozesse problematisiert und in Frage gestellt, sondern auch durch neue pädagogische Anforderungen an die Organisation Schule und die Lehrerrolle. Da aus industriepolitischer Perspektive Bildung als „Schlüssel zur Standortpolitik“ definiert wird, kommt vor allem aus der Sicht der Think Tanks (Bertelsmann-Stiftung, Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft „Bildung neu denken“ u.a.) die schärfste Kritik an den „Ineffizienzen“ staatlicher Bildungspolitik, und wird mit der Leitfrage belegt, wie das deutsche Bildungswesen verändert werden muss, damit die Herausforderungen des europäischen und globalen Wettbewerbs bewältigt werden können. Grundlegend un-

terstellt wird, dass die Profession der Lehrer die vorhandene Misere nicht nur mit zu verantworten hat, sondern dass ihnen auch die notwendige Bereitschaft zur Veränderung fehlt. Um den „individualistischen Grundcharakter“ der Lehrerverberfession in Bewegung zu bringen, offeriert Jürgen Ölkens (2001) im Rahmen der PISA-Debatte unverblümt, welchem Ziel Evaluationen und Leistungsmessungen u.a. zu dienen haben:

„Das wird sich mit der Etablierung von Evaluationen und Leistungsmessungen sehr weitgehend ändern. Die Entwicklung in England seit 1987 zeigt, dass und wie sich die Lehrerverberfession auf Zielsteuerung umstellen lässt und damit ihren individualistischen Charakter aufgibt (Barber 2002). Das Prinzip ist einfach: die Autonomie und so die Verantwortung der einzelnen Schule werden erhöht, im Gegenzug werden die Kontrollen verstärkt und überhaupt erst in einer nennenswerten Qualität entwickelt. Verantwortung übernimmt die Schule für die eigene Leistungsfähigkeit, die sich in Zielen und Lernprogrammen umsetzt, deren Ergebnisse am Ende gemessen werden. PISA bildet nur im Grossen ab, was sich vor Ort überall entwickeln muss, wenn wirklich eine neue, vom Lehrstand des 19. Jahrhunderts abgegrenzte Professionalität der Bildungsinstitutionen entstehen soll. Heute ist der Stand abgeschafft und sind die Lehrkräfte individualisiert, ohne dass die Qualität überzeugt. Die Diskrepanz zwischen Aufwand und Ertrag ist dann der politische Schlüssel zur Schulentwicklung“ (Ölkens 2001, S. 3).

In der Diagnose des deutschen Bildungssystems (ausgelöst und verstärkt durch die PISA-Studien) in den Variablen Bürokratisierung, Überregulierung, mangelnde Veränderungsdynamik, Schlüsselqualifikationen etc. gerät das Verhältnis von „Lehren und Lernen“ immer mehr in den Fokus der kritischen Betrachtung. Damit rücken auch die Anforderung an die Neudefinition der Lehrerrolle und damit eine neue Form der Professionalisierung in dieses Spannungsfeld, und dieses mit der Anforderung einer regelmässigen Qualitätsüberprüfung des Lehrpersonals, verwendeter Lehrpläne, eingesetzter Methoden und Medien: Neuen Anforderungen an die Professionalisierung der Lehramtsstudenten mit der Maßgabe an Studienzulassungen (Leistungs- und Eignungstests), neuen Anforderungen an Differenzierung und Individualisierung, Förderung auf der Basis professioneller Diagnosen etc. Im Zentrum der Kritik (und damit neuen Anforderungen an den „Lehr-/Lernprozess“) steht die unterstellte Ineffizienz schulischen Lernens in der Bewertung der Einsatz-Mittel-Out-put-Relation und gesellschaftlich und industriepolitisch geforderter (fachlicher) Qualifikationen und Schlüsselqualifikationen. Unter der Anforderung „Auf die Lehrkräfte kommt es an“ werden neue Kompetenzen, Einstellungen und Dispositionen verlangt, die mit hohen Messlatten belegt sind. Danach ist „wirksamer Unterricht“

- schülerzentriert und auf individuelle Lernerfahrungen angelegt,
- integrativer Unterricht,
- differentieller Unterricht (unter Maßgabe struktureller und ressourcenadäquater Voraussetzungen),
- Verbindung zwischen Unterricht und Erziehung,
- dialogisches und soziales Lernen,
- systematisches, komplexes und klärendes Lernen,
- erfahrungsorientiertes und probehandelndes Lernen,
- authentische Erfahrung und Balance zwischen systematischem und situationsbezogenem Lernen,
- auf Leistung und Leistungsbewertung ausgerichtet.

Mit diesen Anforderungen an die Gestaltung von Lehr-/Lernprozessen verändert sich zugleich konsequent die Rolle der LehrerInnen weg von der Dominanz der Fachkompetenz und Wissensvermittlung, hin zur begleitenden Gestaltung, Unterstützung, Moderation, Beratung von Lernprozessen, mit dem Ziel des sukzessiven Aufbaus von Handlungskompetenz und Selbsttätigkeit und wirksamem und nachhaltigem Lernen. Das Zusammenspiel diagnostischer, pädagogisch-didaktisch-methodischer Kompetenzen, der professionelle Umgang mit Unterschieden/Ungleichzeitigkeiten und der konsequenten Förderung selbstgesteuerter Lernprozesse erfordert nicht nur strukturelle Verände-

rungen, sondern eine neue Rollen- und Methodenkompetenz, die das dominierende Primat des „Lehrens“ massiv in Frage zu stellen hat.

Da die eigentlichen Handelnden die Lehrer sind, repräsentieren sie den Dreh- und Angelpunkt der „inneren Schulreform“ (nur in Korrespondenz einer strukturellen Reform) - mit einer konsequenten Verbesserung von Qualifikation und Professionalität, Auswahl, Studium, Aus-, Fort- und Weiterbildung. Begleitende kollegiale und professionelle Supervision müssen miteinander verzahnt und auf populations-spezifische Anforderungen abgestimmt und optimiert werden, so dass die oben genannten Anforderungen an das neu zu definierende Verhältnis von „Lehren und Lernen“ zu einem Selbstverständnis entlang neuer gesellschaftlicher Anforderungen und lernpsychologischer Prämissen werden. Ulf Preuss-Lausitz formuliert in seinem „Lehrerleitbild“ 9 Kompetenzbereiche, die „sich aus dem Wandel wie aus dem Bestehenden ergeben“. Demnach brauchen Lehrer

- fachliches Wissen in zwei Bereichen;
- Kenntnisse über Kindheit und Jugend im Wandel;
- didaktische Kompetenzen und Moderationsfähigkeit bei Lernprozessen Einzelner und in Gruppen;
- Diagnose- und Bewertungskompetenz;
- Kompetenz zur Teamarbeit mit anderen Lehrern im Unterricht und in der Planung;
- Kompetenz zur Kooperation mit anderen professionellen Erwachsenen und mit Eltern;
- Gestaltungsbereitschaft und -fähigkeit in der „polis“ Schule, einschl Managementkompetenzen;
- politische Kompetenz zur Zusammenarbeit im regionalen Bereich (Netzwerksdenken, kommunale und kulturelle Kenntnisse);
- ethische Verankerung in einem „sokratischen“ Eid (Begründungsfähigkeit für Handeln, Selbst-Reflexivität, Veränderungsfähigkeit).

„Das hier skizzierte Lehrerleitbild ist die Beschreibung eines akademisch gebildeten Pädagogen, die oder der andere bei Lernprozessen begleitet, berät, anregt, einfordert, die oder der zugleich erkennbar – und damit kritisierbar – sich an eigenen Werten der demokratischen Zivilgesellschaft und einer an der Aufrechterhaltung des Lebens orientiert.

Ich scheue mich auch nicht, von ‚nötiger Glücksfähigkeit‘ zu sprechen. Unterrichten, Schulehalten darf, ja soll Lust bereiten, die jedoch nicht die Zurichtung anderer zur Voraussetzung hat, sondern das professionelle Engagement bei der Förderung und deren Entwicklung. Lehrer müssen immer versuchen, zwischen Nähe und Distanz zu ihren Schülern eine humane Balance zu halten. Das schaffen sie, wenn sie selbst mit sich im Reinen sind, wenn sie wissen, dass ihre Fähigkeiten durch die Heranwachsenden gebraucht werden und wenn sie zugleich eine wissenschaftliche Kenntnis von Lernprozessen, Lerntechniken, Lernbehinderungen (auch externer Art) und Lernsicherung haben“ (Ulrich Preuss-Lausitz: Wie schaffen wir Schulen der Zivilgesellschaft – für die Kinder des nächsten Jahrtausends?, in: http://www.bildung.2001.de/beitragforum1_2.html, S. 6-7).

Nach OECD-Daten droht in allen Industrienationen ein Mangel an qualifizierten Lehrern. In Deutschland scheiden in den nächsten zehn Jahren mehr als die Hälfte der Lehrer/innen altersbedingt aus dem Schuldienst aus. Dieser Generationenwechsel bietet nach Einschätzung der OECD die einmalige Chance grundlegender Veränderungen (unter verbesserten strukturellen Rahmenbedingungen, Bezahlung, Professionalisierung etc.). Die bis jetzt sichtbaren Reaktionen auf die diagnostizierte Krise des Bildungswesens zeigen in Deutschland leider eher in eine umgekehrte Richtung. Der „demografische Faktor“ wird offensichtlich nicht genutzt, um strukturelle Standards endlich an internationalen Normen (Schüler-Lehrerrelation etc.) anzugleichen, sondern unterliegt tendenziell der Logik der „Haushaltskonsolidierungspolitik“ und der Gefährdung des „Weiter-so“.

4.5. Das Finnische Bildungswesen als Benchmarkorientierung

Die vergleichenden Schulleistungsergebnisse der PISA-Untersuchungen fokussierten Finnland im internationalen Bildungsbenchmark als den PISA-Sieger, und provozierten die Fragen nach den Unterschieden und Spezifika des finnischen Bildungssystems. Diese Spezifika lassen sich wie folgt beschreiben:

- Grundsätzlich ist die vergleichende Auseinandersetzung nur sinnvoll in der Betrachtung der integralen Analyseebenen Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.
- Hiernach sind die Besonderheiten des finnischen Schulwesens u.a. mit der Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zu charakterisieren. Dieser zentrale und übergreifende Aspekt, nämlich die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von Kindern und Bildungs- und Berufschancen führt hin zum zentralen Kern mentaler und struktureller Befindlichkeiten von Gesellschaften. In Finnland ist diese vor allem für Deutschland typische „Entweder-oder“-Entscheidung nicht gestellt, denn die Berufstätigkeit beider Elternteile ist z.B. durch die flächendeckende Existenz von Gesamtschulen nicht negativ tangiert. Berufstätigkeit und Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft sind sowohl durch den gesellschaftlichen Konsens als auch die Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Frauen gegeben. Der enorme Ausbau des öffentlichen Dienstleistungssektors war im Bereich Bildung, Soziales und Gesundheit nur möglich, weil der Staat auf die Ressourcen qualifizierter Frauen zurückgreifen konnte. Sowohl eine durchgehende Kindertagesbetreuung als auch ein finanzieller Ausgleich während der Mutterschafts- und Elternschaftszeiten bedingen den Erfolg dieses Modells. Die relativ ausgeprägten Erziehungsprämissen, dass „Töchter auf eigenen Füßen stehen“ sollten, findet ihren Ausdruck in einer möglichst qualifizierten und existenzsichernden Ausbildung.
- Die Kindertagesbetreuung ist seit 1973 für Kinder im Vorschulalter gesetzlich garantiert und eine zentrale strukturelle Voraussetzung für die Berufstätigkeit beider Eltern. Der finnische Wohlfahrtsstaat bietet ein lückenloses System der Kinderbetreuung bis zum Schulalter an.
- Während der ersten sechs Schuljahre besuchen die Kinder die Primär- bzw. Unterstufe der Gesamtschule, und werden in dieser Zeit von einem Lehrer/einer Lehrerin in allen Fächern unterrichtet. Vom 7.-9. Schuljahr besuchen alle Kinder die Oberstufe der Gesamtschule (Fachlehrerprinzip und fakultativer Besuch von Kursen). Erst nach dem 17. Lebensjahr gehen die Schulwege je nach Neigung auseinander. Das System ist also durch einen hohen strukturell induzierten Integrationsanspruch geprägt – im konträren Verhältnis zur deutschen Ausdifferenzierungs-, Selektions- und Ausgrenzungspädagogik. Die Antwort auf Lernprobleme sind nicht Rückstellungen, Klassenwiederholungen oder Abschiebung auf andere Schulen, sondern individuelle Förderung und Ermutigung. Neugierde und Freude am Lernen werden nicht durch ein überzogenes Leistungsverhalten erstickt. Die Durchlässigkeit des finnischen Bildungssystems ist hoch. Heute erreichen über 80 Prozent eines Jahrgangs einen Abschluss auf dem Niveau einer Fachhochschule oder Universität. Nachhilfe ist nicht wie in Deutschland zu einem Wirtschaftszweig mutiert, sondern Bestandteil alltäglicher schulischer Arbeit. Fördern statt auslesen repräsentiert die Bildungsphilosophie.
- Ein signifikanter Unterschied in den pädagogischen und didaktischen Philosophien und Prämissen manifestiert sich also in dem Spannungsfeld von Noten-/Leistungssozialisation und „Lernen durch Begeisterung“. An fast allen Schulen gibt es ausreichende Förderstunden, LehrerassistentInnen, SchulsozialarbeiterInnen, Schulkrankenschwestern, Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. Das Schulsystem wird veranlasst, auf Probleme der Schüler sofort zu reagieren und nach Lösungen zu suchen, da es keine „Exit-Tür“ für schwierige Fälle

gibt. Zugleich macht Edelstein (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) auf einen wichtigen Prämissenunterschied aufmerksam:

„Nicht den Unterricht sollte man als Kerngeschäft der Schule definieren, wie das allenthalben geschieht. Das Kerngeschäft der Schule ist vielmehr die Herstellung von entgegenkommenden Verhältnissen für die Lernprozesse der Schüler. Das ist leichter für die Lehrer, die daran gemeinsam arbeiten können, als die fast unmögliche oder zumindest unsäglich schwierige Verbesserung des Unterrichts der dabei vereinzelt und isolierten Lehrerinnen und Lehrer. Die Verbesserung der Lerngelegenheiten ist der Schlüssel zu den Erfolgen der Finnen bei PISA, und sie ist der Schlüssel zu einer verantwortungspädagogischen Überwindung der schulischen Demütigung und Benachteiligung von allzu vielen Kindern und Jugendlichen in unserem Schulsystem“.
(zitiert in: <http://www.ganztaegig-lernen.org/www/web394.aspx>, S. 11).

- Ein entscheidender Erfolgsfaktor Finnlands ist eindeutig die flächige Implementierung der Gesamtschule. Dieses Bildungssystem ist das wichtigste Instrument für Chancengleichheit. Das wichtigste Ergebnis eines integrativen strukturellen, pädagogischen und didaktischen Ansatzes ist, dass das typisch deutsche „Sitzenbleiberproblem“ faktisch kaum vorkommt, da Lernprobleme der Schüler durch individuelle Förderstunden und den Einsatz von SonderpädagogInnen und LehrerassistentInnen bearbeitet und aufgefangen werden. Dieser Präventionsansatz ist nicht nur humaner, sondern gesamtgesellschaftlich funktionaler (Kompensationskosten, Funktionalität auf dem Hintergrund der Herausforderungen der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft etc.).
- Es lässt sich belegen (zentrale Botschaft der PISA-Studie), dass eine ausreichende Investition in Bildung und Soziales keine „unerträgliche“ Belastung der Wirtschaft darstellt, sondern dass ein allgemein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau für zukunftsorientierte und flexible Volkswirtschaften eine essentielle Voraussetzung ist. Trotz massiver öffentlicher Sparmaßnahmen genießt die Bildung im finnischen politischen und gesellschaftlichen System einen ganz anderen Stellenwert als in Deutschland.
- Die allgemeine Bildungsfreudigkeit der FinnInnen, die Realisierung einer flächigen Gesamtschulkonzeption und der hohe Stellenwert der Bildung in der finnischen Gesellschaft lassen sich als die entscheidenden Variablen für den Erfolg des finnischen Schulsystems identifizieren. Wie weit pädagogisch-didaktische Unterschiede der finnischen Schulen den Benchmarkunterschied erklären können, ist schwierig zu beurteilen. Der hohe soziale Integrationsprozess, das Klassenlehrerprinzip, die günstige Schüler-Lehrer-Relation, die Qualität der Lehrerbildung etc. lassen jedoch Schlüsse zu, die für eine weitere qualitative Analyse sicher aufschlussreich sein können.

Eine vergleichende Bildungs- und Systemanalyse wäre sicher notwendig und erkenntnisreich für die deutsche Bildungsdebatte, die dabei ist, eine verkürzte Adaption der PISA-Studien in reduktionistische praktische Konzepte zu gießen (mit prognostizierbarem Ausgang: siehe Analyse Kapitel N 12.). Auf diesem Hintergrund fällt die Analyse des finnischen Erziehungswissenschaftlers Meri über das deutsche Bildungssystem nicht gerade positiv aus:

„Spricht Matti Meri über Deutschland, klingt es, als hätten deutsche Schulen vor der Wirklichkeit kapituliert: Wer nicht mithalten kann, fällt hinten runter. Die Hauptschule ist für ihn ein Skandal, das fehlende Geld ebenfalls. Er kennt keine Schule in ganz Finnland, in der die Eltern Flure streichen, weil die Stadt dafür kein Geld ausgibt. Aber nicht nur die Politik sei schuld, sondern auch die Mentalität in deutschen Lehrerzimmern: dieses Fachidiotentum. „Viele von denen hätten die Prüfung bei uns nicht geschafft“.

Finnlands Schulsystem glich einmal dem deutschen, es war ihm sogar nachempfunden. Es trennte in Gut und Schlecht. Doch dann kam die große Schulreform, sie begann in der ländlichen Weite, Anfang der siebziger Jahre... Es gab dort einfach nicht mehr genügend Kinder für das zweigliedrige Schulsystem. Von Norden nach Süden wurden landesweit Gesamtschulen gegründet. Alle Gymnasien und alle Volksschulen wurden zusammengelegt, ausnahmslos. Bis zur neunten Klasse bleiben seither alle Schüler zusammen. Der Systemwechsel war für viele Lehrer so schockierend, dass an den Uni-

versitäten Studenten ihr Lehramtsstudium abbrechen und Pädagogen von den Schulen auf langweilige Posten in Stadtbüchereien flüchteten.

Auf dem Gymnasium waren bis dahin viele Schüler sitzengeblieben, und an die Volksschulen, die man ‚Abschiebeschulen‘ nannte, hatte man sich gewöhnt... Damals war man davon überzeugt, dass man nicht Lehrer sondern Schüler aussortieren müsse, damit am Ende eine kleine Elite herauskommt. Heute ist die Elite in der Mehrheit: Von jährlich 57 000 Schülern bleiben nur 200 ohne einen Abschluss, 46 000 verlassen die Schule mit Abitur oder Fachhochschulreife. Das sind 80 Prozent eines Jahrgangs, fast doppelt so viele wie in Deutschland...

Die Besucher lernten, dass Kinder erst mit sieben Jahren eingeschult werden, dass es Noten frühestens im dritten Schuljahr gibt, dass Schüler am Ende jeder Woche aufschreiben, was sie verstanden haben und was nicht. Warum gehen die Finnen so sanft mit ihren Kindern um? Wieso redet niemand von ‚Druck‘ und ‚Wettbewerb‘? Die Besucher waren schon irritiert, da übersetzte ein Dolmetscher immer wieder den Begriff tasa-arvo, die ‚Gleichheit‘ aller Schüler. ‚Es gibt keine Privatschulen hier?‘ – ‚Nein.‘ – ‚Sie haben Behinderte in den Klassen?‘ – ‚Ja.‘ – ‚Und haben wir richtig verstanden, dass sie die Kalorien der Mittagmahlzeiten zählen?‘ – ‚Natürlich.‘ Am Ende kopierten die Gäste die Stundenpläne. Sonst würde ihnen zu Hause niemand glauben...

In allen Studien über kinderfreundliche Lebensbedingungen schneidet Finnland glänzend ab. (in: Die Zeit 19.4.2007, S. 8/9).

5. Schulen in der „Zivilgesellschaft“ – Konzept und Antwort auf die Krise der Lohnarbeitgesellschaft?

Die im Kapitel G 14 grundlegend angelegte Kritik zum Konzept der „Tätigkeitsgesellschaft“ und die in den Kapiteln O (1, 1.1., 1.2.) angelegten Ausführungen für ein Gesellschaftskonzept der „Nachhaltigkeit“ bilden die Grundlage für den notwendigen Versuch einer Antwort auf die zentrale Frage, mit welcher Perspektive zukünftige schulische Qualifikationen und Sozialisationen auszurichten und zu begründen sind. Hierbei soll die Frage unberücksichtigt bleiben, ob die Lernfähigkeit staatlicher Schul- und Bildungsbürokratien sowohl in der inhaltlichen Adaption gesellschaftlicher Dynamiken als auch in ihrer Lern-/Veränderungsgeschwindigkeit notwendige Akzente setzt. Meine realpolitische Hypothese geht von der Annahme aus, dass der bildungspolitische Trend in der „PISA-Logik“ als auch in den monetären Restriktionen gefangen bleibt, und notwendige innovative Schübe aus dieser gesellschaftlichen Steuerungsebene nicht zu erwarten sind. Deswegen muß sich eine kritische erziehungs- und sozialwissenschaftliche Position von der Rolle einer „Hilfswissenschaft“ befreien, und den wissenschaftlichen Diskurs von den normativen Zwängen lösen, und sich als autonomes Wissenschafts-Subjekt positionieren. Dieses in der Annahme, dass das gesellschaftliche Diskurspotenzial mit der Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche wächst, und auch einen Niederschlag in gesellschafts- und bildungspolitischen Diskursen und Konzepten findet.

Wenn die Annahme der skizzierten „Krise der Arbeitsgesellschaft“ richtig ist, dann kann zukünftige Arbeitsmarktpolitik keine alleinige Antwort auf die strukturellen gesellschaftlichen Verwerfungen (hier vor allem Marginalisierungen und Exklusion) geben. Und wenn die Hoffnung auf den sog. demografischen Faktor eine (Teil-)Illusion für die beschriebenen Problemlagen ist, dann müssen Antworten gegeben werden, wohin junge Menschen zu qualifizieren und zu sozialisieren sind, die nicht ausschließlich im ersten Arbeitsmarkt zu suchen sind. Die Sackgassen sowohl der repressiven Strategie der Armenbekämpfung als auch der Strategien eines bedingungslosen Grundeinkommens (mit der Gefährdung einer endgültigen Ausgrenzung) sind in vorangegangenen Kapiteln ausreichend problematisiert worden. Der heutige Ansturm auf die nicht gerade üppigen Ein-Euro-Jobs macht deutlich, dass neben den monetären Interessen ein Grundmotiv weiterhin tragend ist: die Menschen wollen Anerkennung durch bezahlte Beschäftigung als wesentlichem Beitrag der gesellschaftlichen Teilhabe. Denn die Integration in das gesellschaftlich produktive Arbeitsleben braucht neue politische Philosophien und Strategien:

- Den Strategien der Ausgrenzung muss ein radikaler Anspruch auf Teilhabe und soziale Bürgerrechte gegenüber gesetzt werden. Primäres Ziel staatlicher Politik muss es demnach sein, den Einzelnen zur Teilhabe am öffentlichen Leben zu befähigen, d.h. ihn sozial, politisch und qualifikatorisch handlungsfähig zu machen. Dieser Anforderung wird sowohl der „aktivierende“ als auch der „versorgende“ Staat nicht gerecht, weil beide Konzepte in ihrem Kernbestand paternalistisch sind, und zentrale Dimensionen und Anforderungen an die conditio humana nicht einlösen. Nicht nur der Skandal der gesellschaftlichen Ausgrenzung, sondern auch der Verlust an für das Gemeinwesen wichtigen menschlichen Ressourcen erfordert ein radikales Umdenken und Umlenken in einer Befähigung zur Teilhabe (Empowerment). Dies bedingt ein Zusammenwirken von Aktivierung und Verteilungsgerechtigkeit auf der Basis klar definierter und gesetzlich verbindlicher Bürgerrechte/Mitwirkungsrechte.
- In diesem Selbstverständnis ist die Abhängigkeit von dauerhafter Solidarität und einer Bereitschaft zur gesellschaftlichen Kooperation für den Einzelnen unabdingbar. Kooperation ist jedoch nur möglich, wenn Spielräume und Handlungsalternativen ermöglicht werden und echte Optionen der Teilhabe vorliegen. Schon in den zentralen gesellschaftlichen Sozialisations-einrichtungen (Kindergarten, Schule) müssen Räume der Befähigung und Integration geschaffen werden. Beteiligungsangebote, Förderung gemeinschaftlicher Selbsthilfe, Förderung echter Selbstständigkeit, Investitionen in soziale und gesellschaftliche Strukturen im Rahmen einer professionellen Gemeinwesenstrategie sind Schlüsselemente einer Integrationspolitik, die nicht auf Einpassung der heute Aussenstehenden zielt, sondern auf deren Befähigung zur gesellschaftlichen Teilhabe. Ein Blick ins europäische Ausland zeigt Handlungsoptionen auf (z.B. britische „Early Excellence Centres“).
- Eine Neuorganisation und Neubewertung der Arbeit ist auf dem Hintergrund der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ unabdingbar. In zivilgesellschaftlichen Institutionen des sogenannten Dritten Sektors haben sich schon heute gesellschaftlich wertschöpfende Aufgabenstellungen etabliert (Kinderbetreuung und Altenpflege etc.), die in Zukunft auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung immer wichtiger werden, aber heute sowohl von der Imageposition als auch von der monetären Grundlegung unattraktiv sind. Es ist die Aufgabe des Staates, für diese Arbeitsbereiche bessere Rahmenbedingungen und Lohnniveaus zu etablieren, damit diese Berufsbilder attraktiver werden und eine angemessene Anerkennung erfahren. Dieser gesamtgesellschaftliche Lernprozess kann in Schule eingeleitet und fundiert werden (sozialisatorisch und qualifikatorisch). Dieser Prozess bleibt jedoch stecken, wenn der Staat nicht im Verbund mit zivilgesellschaftlicher Organisation (Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums, Verhinderung von materieller Armut) die Rahmenbedingungen organisiert, in denen sich neue zivilgesellschaftliche Kompetenzen herausbilden können. „Selbstbestimmung“ und „Teilhabe“ erfordern jedoch andere Voraussetzungen der Subjektwerdung als die heutig gültige Objektdegradierung sozialstaatlicher Regulierungs- und Diskriminierungsprogramme (Hartz-IV) mit den Folgen weitgehender gesellschaftlicher Ächtung (Grundsatzdiskussion siehe Kapitel E 15. – 15.1.).

Q Organisationsentwicklung der Schule: Konzept, Maßstäbe, Standards. **Integration von Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung**

Organisationsentwicklung als einem genuinen sozialwissenschaftlichen Konzept (Laboratoriumsmethode, Survey-Feedback-Methode, Aktionsforschung) mit dem primären Anspruch, Organisationen effektiver und humaner zu gestalten, ist zwischenzeitlich aus dem dominant betriebswirtschaftlichen Anwendungskontext zum konzeptionellen Bestandteil der Transformationsziele auch im öffentlichen Sektor

geworden, und in unterschiedlichen Konzepteinbindungen (z.B. EFQM) und Methodiken Grundlage von schulischen Organisationsveränderungen. Dabei steht OE prinzipiell für eine

- spezifische Form der Denkweise und Philosophie (Menschenbild) der Organisationstransformation,
- für eine bestimmte Art und Vorgehensweise und
- eine je spezifische Systematik und Methodik,

und ist eng mit Konzepten der Personalentwicklung und dem Qualitätsmanagement verbunden. Je nach theoretischen Begründungszusammenhängen und Anwendungskontexten dominieren betriebswirtschaftliche oder humane Ziele und Konzepte, u.a.

- Strategisches Management
- Total Quality Management (TQM)
- Lean Management (Kaizen, KVP)
- Change Management
- Business Process Reengineering
- Wertorientiertes Management
- Lernende Organisation etc.

In Abgrenzung zur klassischen Personalentwicklung bezieht sich Organisationsentwicklung auf die Veränderung von Organisationsstrukturen/-Prozessen/-Kulturen und die Entwicklung von Mitarbeitern in ihren organisatorischen Kontexten. Sie intendiert langfristige, systematisch herbeigeführte Veränderungen/Entwicklungen von Organisationseinheiten durch Lernen und Mitwirken aller Beteiligten (Betroffene zu Beteiligten machen) zur Optimierung der Organisation entlang definierter strategischer und operativer Organisationsziele. Je nach Ausgangsdiagnose können die Konzepte evolutionär aber auch revolutionär (Reengineering-Ansätze) sein. Veränderungsanlässe und Ziele streuen in unterschiedlichen Ebenen:

- Struktur- und Prozessveränderungen.
- Optimierung von Arbeitsabläufen und Schnittstellen-Reduzierung.
- Neuausrichtung von Machtstrukturen.
- Humanisierung der Arbeitswelt (mit dem Anspruch auf höhere Identifikation und Selbstverwirklichung).
- Erhöhung von Flexibilität, Innovations- und Veränderungsbereitschaft etc.

Zentrale Merkmale/Prämissen von Organisationsentwicklung sind:

- Geplanter Wandel.
- Umfassender Wandel (keine Detailänderung).
- Schwerpunkt der Veränderungen liegt auf Gruppen, Strukturen und Kultur.
- Langfristiger Wandel (kein kurzfristiges Krisenmanagement).
- Einbeziehung eines Change Agent (ohne den Veränderungsprozess als Spezialistensache zu sehen).
- Interventionen durch erfahrungsgeleitetes Lernen und Aktionsforschung (problemorientierte Organisationsveränderung gemeinsam mit den Beteiligten).
- Organisationsentwicklung ist prozessual und nicht linear gestaltbar (Preisgabe der Illusion vom beherrschbaren Prozess).

Im Regelfall finden Organisationsveränderungen marktinduzierte (Benchmarking) Auslöser, die dann in klassischen methodischen Schritten implementiert werden:

- Problemerkennung/-Definition
- Datensammlung
- Organisationsdiagnose
- Datenrückkopplung an die Betroffenen
- Erkennen und Vermittlung der Veränderungsnotwendigkeit
- Maßnahmenplanung
- Maßnahmendurchführung
- Erfolgskontrolle und Evaluation.

Zentrale Prämissen der Organisationsentwicklungskonzepte sind

- systemisch-ganzheitlich
- strategisch-zielorientiert
- evolutionär/nichtlinear/prozessual
- humanzentriert
- ergebnisorientiert, verbindlich, konsequent,
- Einbeziehung der Betroffenen in Konzept, Implementierung und Evaluation (nach der Prämisse „Betroffene zu Beteiligten machen“) – OE als soziales Lernen.

Im industriepolitischen Kontext findet eine zunehmende Anwendung der OE-Konzepte Raum, die von folgender OE-Prämisse von Knut Bleicher (St. Gallen) getragen ist:

„Wir arbeiten in Strukturen von gestern – mit Methoden von heute – an Problemen von morgen – vorwiegend mit Menschen, die die Strukturen von gestern gebaut haben – und das Morgen innerhalb der Organisation nicht mehr erleben werden“ (zitiert in: Annette Friedrich, Der Mensch als Gestalter oder Störfaktor in der Organisationsentwicklung? Hamburg 2006, S. 2).

Und da die krisenhaften Zuspitzungen in vielen Unternehmen (als Konsequenz einer radikalen Verschärfung der Marktkonkurrenz) existentielle Dimensionen erhalten, schwenken sich viele OE-Prozesse auf den Duktus des geistigen Vaters des Business Process Reengineering-Ansatzes Michael Hammer (Unternehmensberater) ein, mit dem das „Veränderungs“-Klima in vielen Organisationen gut charakterisiert werden kann:

„Ich mag den Spruch: Leute, wir gehen auf eine Reise. Die Verwundeten nehmen wir mit, Andersdenkende werden erschossen. Dieser Grad von Leidenschaftlichkeit ist das, was notwendig ist.“

Dass sich in diesen „Veränderungs“-Kontexten spezifische Sprachspiele etablieren, ist eine Frage der Wahrnehmung und Interpretation: „Der Mensch als Mittelpunkt“ – „Der Mensch als Mittel. Punkt!“ Oder: „Der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt – und damit immer im Weg“. Solcherlei Verarbeitungsformen sind das Spiegelbild sich verändernder Unternehmenskulturen im Zeichen der „Shareholder“-Logik und dem damit einhergehenden signifikanten bis desolaten Motivations- und Identifikationsverlust der Mitarbeiter in bisher nicht bekanntem Ausmaße (siehe u.a. DGB-Studie (2007) „Gute Arbeit“. Zentrale Aussage: „Jeder Dritte ist unzufrieden mit seinen Arbeitsbedingungen“).

Abstrahiert man von solchen aktuellen industriepolitischen Rahmenbedingungen der OE im Kontext der neoliberalen Transformationsstrategien, ergibt sich prinzipiell unter professionellen Maßstäben die Notwendigkeit von längerfristig angelegten, organisationsumfassenden Entwicklungs- und Veränderungsprozessen in Organisationen. Ziel und Anspruch ist es, die in den Organisationen tätigen Menschen in die Ziele und Hintergründe notwendiger Organisationsveränderungen einzuweißen, um sie nicht nur „mitzunehmen“, sondern sie zu aktiven Gestaltern der Veränderung zu machen, auch gegen anfänglich verständliche Widerstände. Ein Top-down-Verstoß gegen diesen Anspruch beinhaltet die „Logik des Misslingens“. Bei diesen Veränderungsprozessen ist nicht nur das Ziel, sondern auch der Weg von Bedeutung, den es zu beschreiten gilt, denn:

„Wenn du einen Menschen einmal satt machen willst, gib ihm einen Fisch. Wenn du einen Menschen auf Dauer sättigen willst, so lehre ihn das Fischen“ (chinesisches Sprichwort).

Zentrale Beraterfragen und Interventionen beziehen sich auf die Klärung

- des Objektes der Veränderung (Was soll entwickelt werden?),
- der Ziele der Veränderung (Warum soll entwickelt werden?),
- des Prozesses der Veränderung (Wie soll entwickelt werden?).

Schlüsselfaktoren der organisatorischen Transformation beziehen sich auf

- angemessene Antworten aus Einflüssen und Anforderungen der Umwelt;
- auf geeignete Antworten veralteter Organisationsstrukturen/-Prozesse und Kulturen;
- auf angemessene Entwicklungsräume individueller Selbstentwicklung.

Die Prämisse, das „Ganze ist mehr als die Summe der Einzelteile“, ist die Herausforderung an intendierte Synergieeffekte ($2+2=5$) der Organisationsentwicklung. In zahlreichen Evaluationsstudien sind folgende Ursachen des Scheiterns belegt:

- mangelnde Konzept- und Zielkommunikation;
- Betroffene nicht zu Beteiligten gemacht;
- irrealer Ziele;
- rigide top-down-Kultur;
- Missachtung evolutionärer Vorgehensweise;
- mangelndes Bewusstsein für den notwendigen „langen Atem“;
- kein ausreichendes Bewusstsein zu einem dialektischen Phasenverlauf;
- falsche Systemdiagnose;
- Kultur- und Veränderungsresistenz, Fehlen eines angemessenen Krisenbewußseins;
- falsche Methoden und Interventionen;
- keine/mangelnde Kommunikation von (Teil-)erfolgen;
- Schock-Interventionen (Reengineering-Ansätze);
- Legitimations- und Glaubwürdigkeitsprobleme des Managements.

Auf diesem skizzierten Konzept- und Erfahrungshintergrund gilt es der Frage nachzugehen, mit welchen Zielen, Konzepten und Methoden die Einführung von OE-Konzepten in schulischen Veränderungskontexten eingesetzt werden, um Schulentwicklungsprojekte zu realisieren. Dabei sind schulische Veränderungsprozesse schwerpunktmässig von folgenden Zielen getriggert:

- pädagogische Entwicklungen anstossen und die Unterrichtsarbeit optimieren;
- Ressourcen von Schulen/Schulgemeinden zu stärken/verbessern;
- Berufskompetenzen und professionelles Verhalten weiterzuentwickeln;
- Unterstützung im Berufsalltag;
- Schulentwicklungsprojekte und Reformen umsetzen etc.;
- Umsetzung neuer Rahmenlehrpläne und Richtlinien;
- Erstellung schuleigener Curricula;
- Verbesserung und Intensivierung der Kommunikation;
- Implementierung von Kooperationsplattformen;
- Neudefinition der Aufgaben der Schulleitung etc., und dieses unter zu Hilfenahme von:

Supervision

Coaching

Teamentwicklungen

Moderationen
Konfliktmanagement (Konfliktmediation, Konfliktberatung, Konfliktmoderation)
Krisenmanagement
fachlicher Beratung
Organisationsberatung
Schulentwicklungsplanung und –umsetzung
Qualitätsmanagement
Evaluationen (Selbst-/Fremd)
Einrichten neuer Führungsstrukturen
Professionalisierung pädagogischer Kompetenzen (Lehren, Lernen, Diagnose etc.)
Projektmanagement.

In diesem Verständnis konzentrieren sich Veränderungen in den Schulen auf folgende Schwerpunkte:

- **Organisationsentwicklung** (Schulentwicklung)
- **Personal- und Teamentwicklung**
- **Curriculumentwicklung**
- **Kooperation und Kommunikation**

und dieses unter Vermeidung der Reduktionen der klassischen OE auf das individuelle und soziale Lernen in der Gruppe. Der Fokus der Veränderung muß systemisch-ganzheitlich und von einem humanistischen Menschenbild getragen sein (siehe auch MacGregor 1971, X-Y-Theorie), als Abgrenzung zu techno-strukturalen Ansätzen. Insofern ist die Orientierung der Organisationsentwicklung an folgenden Prinzipien auszurichten:

- Integration von Humanität und Effizienz;
- Prozessorientierung;
- Beteiligung der Betroffenen - OE ist soziales Lernen;
- Ganzheitlichkeit;
- Integration der Schritte Diagnose, Planung, Aktion, Auswertung;
- geeignete Methoden der Organisationsgestaltung.

Der bereits in den 1980er Jahren aufgesetzte Prozess der Schulentwicklungsdiskussion („Schule als lernende Organisation“) erhält durch die abgeleiteten Konsequenzen der PISA-Rezeption und in Ableitung der Organisationsveränderungen („Verwaltungsreform“) eine neue Veränderungsdynamik, Motivation und Zielsetzung, und wird in einem bürokratischen top-down-Ansatz (mit unterschiedlichen Elementen und Methoden: Zielvereinbarungen, Qualitätssicherung, Leitbildentwicklung) in die Schulen getragen, und ruft bei den Betroffenen (Schulleitung, Lehrer) unterschiedlichste Reaktionen hervor. Die Frage nach Sinn und Zweck, Aufwand/Nutzen und vor allem den Hintergründen und Auslösern ist gestellt und zu beantworten.

Dieser top-down implementierte Veränderungsdruck auf die Organisation Schule trifft auf ein Klientel („Lehrer sind Beamte“), das mit dem Anspruch auf eine Professionalisierung der Organisation und dem pädagogischen Handeln nicht per se in Verbindung zu bringen ist, obwohl vorliegende Defizitanalysen des deutschen Staatsschulsystems, die strukturelle Überlastung im Lehrerberuf, psycho-soziale Indikatoren zur Schülerbefindlichkeit und signifikante Ineffizienzen der Organisation Schule auf der Hand liegen und Veränderungen notwendig machen. Damit notwendige strukturell-organisatorische Veränderungen in Verbindung mit der Programmatik der „inneren Schulreform“ nicht in einer Kopplung an die Prämissen der industriellen Managementlogik konzipiert und implementiert werden, bedarf es einer konzeptionellen Standortbestimmung für notwendige Veränderungsprozesse im Lernfeld Schule. Diese müssen pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen

Ansprüchen genügen (angelehnt an Prämissen der „Zivilgesellschaft“ und des „Globalen Lernens“), und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Emanzipation und nicht zur Reduktion einer technizistischen Organisationsoptimierung im Verständnis der PISA-Logik dienen. In diesem Verständnis sollte folgende Definition von Organisationsentwicklung von A. Friedrich handlungsleitend sein:

„Organisationsentwicklung ist erfolgreich, wenn der betroffene Mitarbeiter auch Mitgestalter ist. Der Mensch wird dann zum Störfaktor, wenn sein Veränderungswiderstand nicht ernst genommen wird. Organisationsentwicklung mit isolierten Maßnahmen ist überschaubar, und nur zu oft zum Scheitern verurteilt. Die Herausforderung für die Gestalter von Veränderungsprozessen besteht darin, die Komplexität des Organisationsgeschehens in allen seinen Facetten bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

Die Frage der Macht ist untrennbar mit dem Erfolg von Organisationsentwicklung verbunden. Organisationsentwicklung heißt, ganzheitliche Veränderungsprozesse zu gestalten. Dieses muß unternehmenspolitisch gewollt sein und mitgetragen werden.“ (Annette Friedrich 2006, S. 4).

1. Schulentwicklung als „Lernende Organisation“

Obwohl eine präzise organisatorische Bestimmung der „Schule als Organisation“ bislang aussteht, sind seit den Anfängen der Schulentwicklungsdiskussion in den 1980er Jahren unterschiedliche Ansätze zur Beschreibung der Schule als „Lernende Organisation“ gemacht worden. „Lernende Organisation“ charakterisiert eine anpassungsfähige, auf äußere Veränderungen reagierende Organisation, dessen Grad der Lernfähigkeit als „Organisationsintelligenz“ bezeichnet wird. Ein solches System befindet sich ständig in „Bewegung“: Anreize und Anregungen aus der Außenwelt werden adaptiert und genutzt, um die Wissensbasis und Handlungsspielräume der Organisation zu erweitern, und sie an die neuen Erfordernisse anzupassen. Faktoren wie Teamarbeit, Führungsstil, Kommunikation, Zeitkultur, Persönlichkeitsentwicklung, Elternzusammenarbeit, Fortbildung oder Konferenzkultur bestimmen ganz entscheidend, ob die Arbeitszufriedenheit und die Arbeitseffizienz zufriedenstellend verlaufen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass Veränderungen, die ausschließlich auf Personen/Gruppen fokussiert sind, nicht von Dauer sind, wenn sich die strukturellen Rahmenbedingungen nicht adäquat verändern. So lässt sich z.B. an den Belastungen von Lehrern/Lehrerinnen aufzeigen (z.B. Bauer/Kanders 1998), dass die Befragten 56 Prozent aller belastenden Faktoren auf die Untersuchungsvariablen „Organisation“ und „Administration“ zurückführen: „Lehrer (nehmen) im Bereich der schulischen Organisation am häufigsten fehlende Kontrollmöglichkeiten (wahr)“ (Bauer/Kanders, 1998).

Organisationale, kulturelle und personelle Voraussetzungen und Prinzipien für ein verändertes Organisationsverhalten sind:

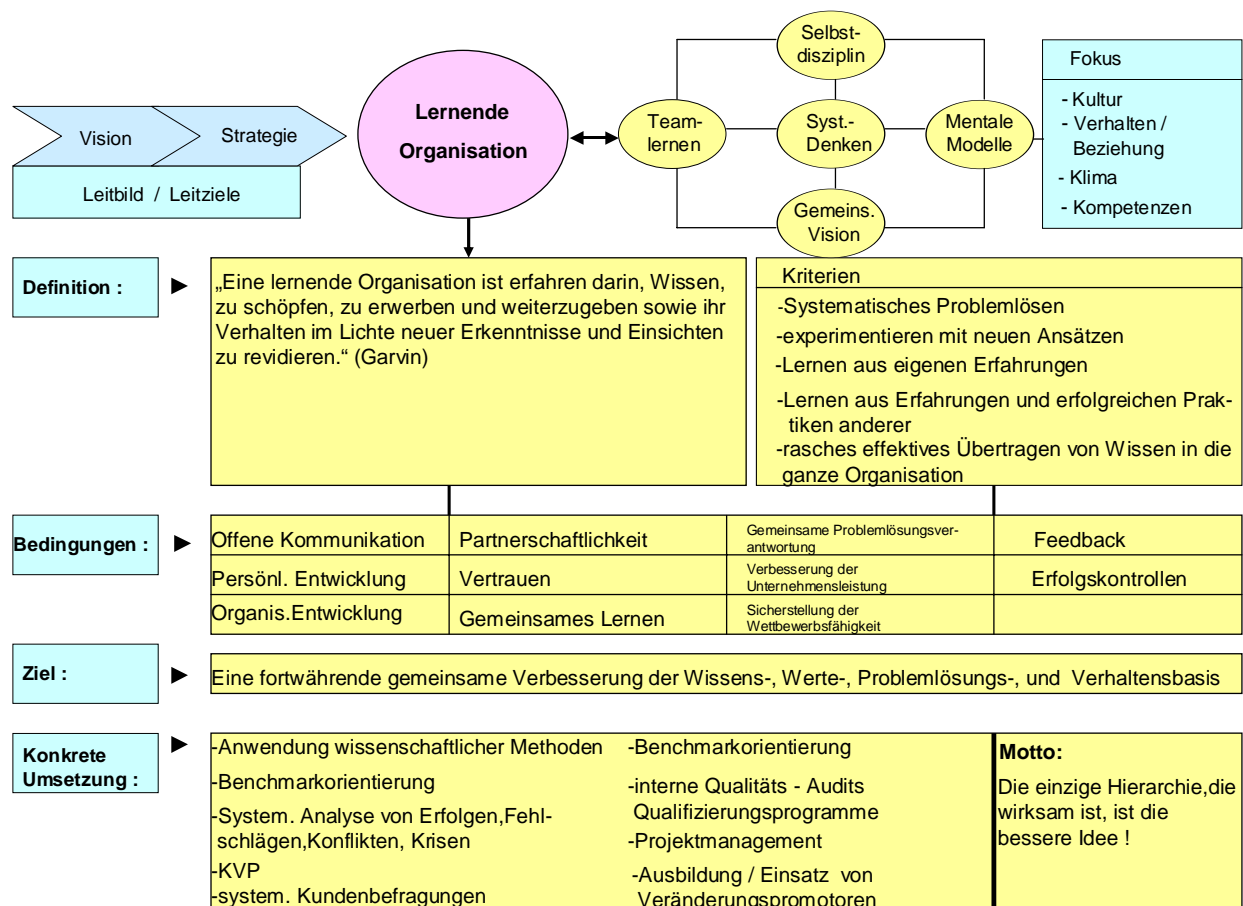
- Klare Visionen, gemeinsame Ziele (strategisch und operativ).
- Orientierung am Nutzen des „Kunden“.
- Kooperations- und Konfliktlösungsfähigkeit, Teamgeist und Vertrauenskultur.
- Prozessorientierung und Selbstregulation in Teams.
- Demokratischer und partizipativer Führungsstil.
- Unterstützung neuer Ideen (v.a. durch Führung).
- Ideenmanagement.
- Integration von Personal- und Organisationsentwicklung.
- Belohnung von Engagement und Fehlertoleranz bei riskanten Vorhaben („Gesucht wird nicht nach Schuldigen, sondern nach Lösungen“).
- Fähigkeit zur Selbstbeobachtung/Selbstreflexion.
- KVP (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess)- und Benchmarkorientierung.
- Denken in Systemen.

Senge definiert die fünf zentralen Disziplinen zum Aufbau einer lernenden Organisation wie folgt:

- Selbstführung und Persönlichkeitsentwicklung / Personal Master.
- Mentale Modelle (hinderliche mentale Modelle identifizieren und umpolen, um Offenheit für Umdenkungs- und Veränderungsprozesse zu erreichen).
- Gemeinsame Visionen (Formung einer Gesamtvision/eines Zukunftsbildes der Organisation).
- Teamlernen (Entwicklung von Gruppenintelligenz – Herstellung von Synergien).
- Systemisches Denken als eigentlicher Eckpfeiler der lernenden Organisation (Berücksichtigung von Abhängigkeiten und Wechselwirkungen im System).

Die angenommenen Effekte einer nach diesen Prinzipien gestalteten Organisationskultur werden auf folgenden Ebenen positiv hinterlegt:

- Wertsteigerung des Humankapitals,
- bessere Produktivität,
- steigende Arbeitszufriedenheit,
- erhöhte Problemlösungskompetenz,
- Reduktion von Risiken bei Entscheidungsprozessen,
- erhöhte Wahrnehmungsoberfläche.



Entwurf: LUDWIG

Der Bedarf nach organisationalem Lernen findet also dann einen Raum, wenn zunächst zwar wahrgenommene, aber nicht reflektierte Abweichungen zwischen postulierten Zielen und der Praxis bzw. zwischen Zielen und den Handlungsergebnissen bestehen, und Wege gesucht werden, wie diese diagnostizierte Lücke geschlossen werden kann. Dabei sind die von Probst (1992) geforderten „förderlichen Kontexte“ für die lernende Organisation von Bedeutung:

- Proaktivität (Antizipation von Erwartungen),
- Prosozialität (Antizipation von Barrieren) und
- Partizipation.

Schulische Veränderungsprozesse im Verständnis der Organisationsentwicklung und „Lernenden Organisationen“ finden bei den Organisationsmitgliedern nicht per se eine Zustimmung, da das soziale System Schule von einem hohen Grad an autonomen Prozessen geprägt ist. Schule (so Zech 1999) „reflektiert sich selbst generell vom Individuum her – sei es vom Schüler oder vom Lehrer. Bestimmte Systemgesetzmäßigkeiten geraten aus dieser Perspektive erst gar nicht in den Blick... Organisationen ... entwickeln aber ein eigenes Emergenzniveau, dessen Logik individuelles Handeln überformt oder präjudiziert.“ (ebd.: 75). In diesem Verständnis dominiert der Fokus auf das Individuum unter Vernachlässigung der strukturellen Bedingungen für das systemische Handeln. So geraten zentrale strukturinduzierte Verursachungen für das individuelle Verhalten (strukturell bedingte psychisch-physische Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern; neue Zeitmuster des Lernens und deren Auswirkungen auf Arbeitszeit, Unterrichtsstrukturen, Stundenverteilungen; strukturelle und kulturelle Selektionsmechanismen etc.) nicht ausreichend in den Blick. Somit wird Schule als Ganzes „weitestgehend als nicht veränderbare Größe akzeptiert und damit entpädagogisiert“, womit „ein Lernen der Schule als Organisation weitestgehend ausgeblendet“ ist (Geißler 1991: 39). Diese Sichtweise auf die subjektiven Voraussetzungen für Veränderungsprozesse darf jedoch nicht in einer elitären und deterministischen Zuschreibung enden, wie sie von Luhmann/Schorr (1979) formuliert wurde:

„Der Lehrer ist... niemals in der Lage, selbst die Erkenntnis zu gewinnen, die er zu seinem fachlich fundierten Unterricht oder gar zur Reform des Erziehungswesens benötigen würde. Sein Aufmerksamkeitspotenzial dafür ist zu gering“.

Mit den Angeboten und Handlungsfeldern der Organisationsentwicklung im Verständnis der „Lernenden Organisation“ (siehe Schema) werden Schulen in ihren definierten Veränderungsabsichten und -zielen unterstützt. Diese organisationalen Veränderungsprozesse können folgende Dimensionen beinhalten:

- Planung und Umsetzung von Schulentwicklungsprozessen/-projekten.
- Qualitätsmanagement (Unterstützung bei der Erarbeitung/Auswahl von Instrumenten der Qualitätsentwicklung/-sicherung).
- Neue Formen der pädagogischen Zusammenarbeit (kollegiale/teambezogene Zusammenarbeitsstrukturen, -kulturen, -methoden).
- Implementierung neuer Führungsstrukturen.
- Durchführung von Evaluationen (Standortbestimmungen, Selbst-Evaluationen, Prozess-Evaluationen, Reviews).
- Elternmitwirkung und SchülerInnen-Beteiligungen.
- Moderationen (Veranstaltungen, Problemlösungs-Workshops etc.)
- Gestaltung des schulischen Lebensraumes etc.

Eine grundsätzliche Synchronisation soll zwischen den OE-Aktivitäten und den Handlungsfeldern der Personalentwicklung erfolgen. Deren Aufgaben und Ziele müssen sich stärker an der Unterstützung der täglichen Arbeit der Lehrer orientieren, um diese in ihrem Alltagsprozess und in ihrer berufsbio-graphischen Entwicklung zu unterstützen. Angebote, die sich stärker auf die individuellen berufsbezogenen Anliegen richten, sind: Fachliche Beratung, Einzelsupervision, Krisenberatung, Gruppensupervision, berufliche Standortbestimmung. Dabei gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit, der Schweigepflicht des Beraters und die Anonymität der Ratsuchenden.

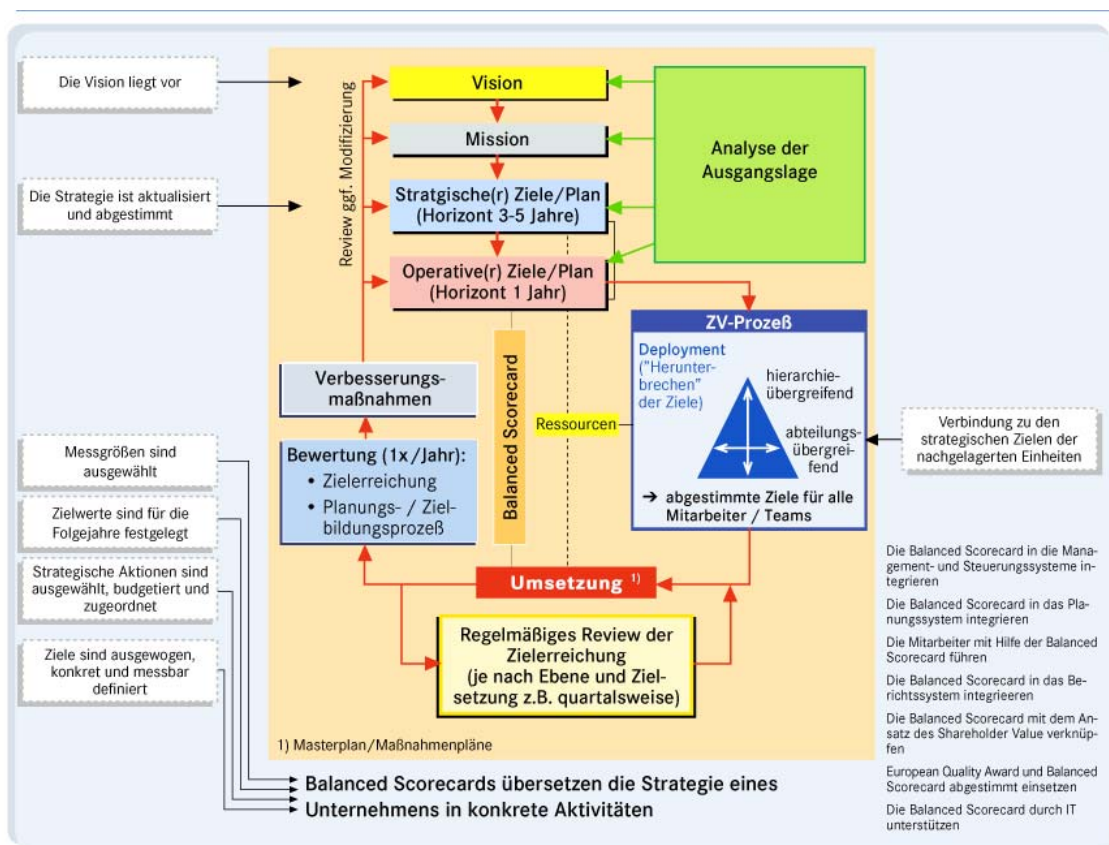
Teamentwicklungen und Konfliktmanagement umfassen die Felder Förderung der Teamkultur, Optimierung der Zusammenarbeit (durch Rollen-, Struktur-, Ressourcenanalyse und -veränderungen), Teamsupervision, Teamcoaching, Konfliktmanagement /Konfliktmoderation, -mediation, -beratung.

Lern- und Unterstützungsprozesse beziehen sich im Bereich der Unterrichtsentwicklung auf Aspekte, die die pädagogische Professionalität zum Thema haben:

- Reflexion und Weiterentwicklung der Lehr- und Lernformen.
- Gestaltung der Lernumgebungen.
- Beobachtung und Diagnose als zentraler Teil pädagogischer Professionalität.
- Schülerbeurteilungen.
- Adaption von Lehr- und Lernkonzepten als Grundlage der Differenzierung und des Zielgruppenbezugs (Migrantenkinder, „schwierige Schüler“) – Umgang mit Unterschieden und Vielfalt (Differenzierung, Individualisierung und soziales Lernen).
- Förderung eigenständigen und selbstgesteuerten Lernens.
- Sicherung von Kernkompetenzen und Schlüsselqualifikationen.
- Unterstützung bei Unterrichtsprojekten.
- Medienerziehung
- Gesundheit und Prävention.

2. Steuerungsmodell: Vision, Strategie, Ziele, Planung, Evaluation

Um notwendige Veränderungsprozesse nicht der Spontaniität der Akteure oder der oft beobachtbaren unsystematischen Betriebsamkeit („operative Hektik“) zu überlassen, bedarf es eines konzeptionellen Vorgehens, das sowohl einer spezifischen Systematik als auch dem oben beschriebenen Ansatz prozessualer Logik („Lernende Organisation“) zu entsprechen hat. In dem nachfolgenden Strategiemodell ist eine Management-Systematik zugrunde gelegt, die sowohl als Analyse- als auch als Planungsmodell gehandhabt werden kann:



Dabei ist für die schulische Adaption wichtig, dass für das organisationale Handeln

- die ständige Reflexion auf die Ausgangslage und die Umfeldbedingungen,
- das Zukunftsbild (Vision) einer zu gestaltenden und optimierenden Organisation,
- die strategischen und operativen Ziele,
- eine spezifische Systematik in der Vorgehensweise (Masterplan),
- die laufende Prüfung der Effekte des Tuns (Review),
- eine Abgleichung der Zielerreichung (Evaluation) mit der Ressourcenanalyse

vorgenommen wird. Und dieses im Verständnis eines Handlungsforschungsansatzes und nicht als Grundlage für vergleichende Schulforschungsansätze. Der laufende Vierschritt von Planen, Tun, Checken und Optimieren ist die notwendige Anforderung an einen permanenten Veränderungs- und Optimierungsprozess, um die pädagogischen und qualifikatorischen Anforderungen der Organisation Schule laufend zu verbessern. Nicht im reduzierten Verständnis der Industrielogik, sondern in dem Anspruch, Kinder und Jugendliche für die Herausforderungen gesellschaftlicher Zukünfte durch professionelles und organisationales Handeln zu befähigen.

2.1. Prozessorientierte und dezentrale Qualitätssicherung

Die „Reform des Schulwesens“ begründet sich aus dem Abschneiden bei Schulleistungstests im internationalen Vergleich und ökonomistischen Prämissen, und sucht u.a. die Antwort des gemessenen Mittelmaßes in der Ausdehnung von länderbezogenen, nationalen und internationalen Tests. Qualitätsentwicklung als Prozess hat längst den Bereich der Wirtschaft verlassen, und wird zunehmend für die Bildungseinrichtungen/Schulen (auf dem Hintergrund des PISA-geleiteten Reformdrucks) in unterschiedlichen Verständnissen und Modalitäten und Akteuren an die Schulen als Pflichtübung herangetragen. Der Kontext, aus dem der Zwang abgeleitet und begründet wird, ist der im Zuge der „Globalisierung“ formulierte Anspruch der Orientierung auf „internationale Standards“. Die Orientierung auf „Effizienzsteigerung“ bei „gleichbleibenden Finanzmitteln und Personaleinsatz“ (Schmirber 2000) ergibt sich aus der ökonomistischen Prämisse der „Humankapitaltheorie“, nach der sich Schule an der „Qualität ihrer Arbeit messen lassen muss“, wenn auch die (schul)pädagogische Arbeit schwieriger zu quantifizieren und zu qualifizieren sei. Auf diesem Hintergrund der globalisierungsbedingten Rahmenbedingungen („Standortwettbewerb“) ist der „Reformdruck auf die Schulen erheblich“ (Schmirber 2000), und erfordert deswegen die flächige Implementierung von Qualitätssicherungsverfahren in den Schulen, um die „Schulqualität“ ständig zu prüfen und zu optimieren. Als zentraler Wettbewerbsfaktor sind Bildung und Qualifikation ein „unentbehrliches Fundament für eine erfolgreiche wirtschaftliche Innovation unseres Landes“ (Schmirber 2000), ohne die unser „Hochlohnland“ bedroht ist. Auf dem Wege zur „Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft“ (mit weitreichenden Folgen für die Arbeitswelt) ist eine „Innovationsoffensive ohne Bildungsoffensive auf Sand gebaut“ (Schmirber 2000). Für diese „Software“ einer Volkswirtschaft gilt es nicht nur zu investieren, sondern der Kapitaleinsatz ist auf seinen Output zu bewerten und zu optimieren. Regelmäßige Leistungstests sind die ultima ratio, und eine „Kuschel- und Spaßpädagogik, die systematisch unterfordert, macht die Jugend nicht fit für das 21. Jahrhundert, und wird damit ihrer Verantwortung nicht gerecht“ (Schmirber 2000). Da für diese „Standortauseinandersetzung alle Bildungsreserven zu mobilisieren“ sind, steigt der Anforderungsdruck an die „Schule 21“ und wird die Schullandschaft im 21. Jahrhundert spürbar verändern:

1. Die Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Schulen wird spürbar zunehmen.
2. Die einzelnen Schulen treten in einen größeren Wettbewerb und größere Selbstständigkeit (Leistungsdifferenzierung und Profilbildung).
3. Die Anforderungen an die Schulleiter/innen werden professioneller und wie Manager in der Wirtschaft und Spitzenbeamte auf Zeit berufen.

4. Lehrkräfte werden stärker nach Leistung bezahlt.
5. Systematische und laufende interne und externe Weiterbildung wird Pflicht.
6. Die Leistungen werden regelmäßig (intern/extern) evaluiert. Schul-Rankings werden der Normalität angehören.
7. Das Ringen um „total quality“ und „Kundenzufriedenheit“ wird den Schulalltag ähnlich bestimmen „wie den Alltag in jedem Unternehmen“ (Schmirber, S. 24).
8. „Schule 21“ wird geprägt sein von mehr Wettbewerb, Eigenverantwortung, Bildungsinnovationen, noch mehr Qualität.

Der Anspruch der Evaluation, im Kontext eines Qualitätssicherungsanspruchs die kriterien-/methodenorientierte Beschreibung, Analyse und Bewertung von Organisationseinheiten vorzunehmen, fokussiert das zentrale Ziel der Qualitätssicherung durch Fremd- und/oder Selbstevaluation, und definiert sich professionell als Bewertung von „Produkten“ und „Dienstleistungen“ mit empirischen Methoden. Schul-evaluation gilt demnach als systematische, kriteriengeleitete Bewertung der pädagogischen Arbeit zum Zweck der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung auf der Basis und im Kontext des EFQM-Modells („European Foundation for Quality Management“), unter dessen konsequentem Methodeneinsatz der langfristige Erfolg von Organisationen unter permanentem Optimierungsanspruch (Basis Punktesystem und „Award“-Orientierung) im Markt gesichert werden soll. Dieser systematische Einsatz des „EFQM-Modells für Excellence“ in der Schule soll nach Meinung der Autoren wichtige Vorteile bieten, insbesondere

- einen gründlichen, strukturierten und flexiblen Ansatz zur weiteren Verbesserung der Leistungen einer Schule;
- eine Bewertung auf Grund von Fakten;
- ein Mittel zur Ausrichtung auf vereinbarte Ziele;
- ein Mittel der Qualifizierung aller Beteiligten im Sinne der Grundsätze eines Qualitätsmanagements;
- ein Mittel zur Integration unterschiedlicher Qualitätsinitiativen;
- ein leistungsfähiges Diagnoseinstrument;
- ein kriterienorientiertes Verfahren, das europaweit Zustimmung und Anwendung findet;
- eine Priorisierung von Verbesserungsaktivitäten;
- ein Mittel zur laufenden Fortschrittskontrolle;
- ein Mittel zur größtmöglichen Einbindung aller Beteiligten in den Veränderungsprozess;
- ein Mittel zu Austausch im „EFQM-Netzwerk“;
- eine Orientierung auf einen europaweiten Benchmark (Award, Preise für Excellence);
- ein „gesamt-systemisches“ Werkzeug.

Die Gründe dieser Entwicklung (eingebettet in den Kontext der „Verwaltungsreform“) liegen formal in dem Anspruch auf

- Planung und Steuerung der Schulentwicklung
- Selbstvergewisserung
- Rechenschaftslegung.

Die Implementierung realisiert sich je nach Länderspezifika (interne oder externe Durchführung, Philosophie etc.) in folgenden Varianten:

- Fremdevaluation der Einzelschule (durch Diagnose- und Vergleichsarbeiten).
- Fremdevaluation der Einzelschule (durch externe Evaluationsteams).
- Selbstevaluation der Einzelschule (mit Prozessbegleitung).

- Selbstevaluation der Einzelschule (ohne Prozessbegleitung).
- Selbst- und Fremdevaluation (der Lehrperson).

Zentrale Evaluationsbereiche sind

- Unterricht
- Schul- und Klassenklima
- Schulmanagement
- Außenbeziehungen
- Lehrerprofessionalität
- Qualitätsmanagement.

Die wichtigsten länderspezifisch eingesetzten Evaluationsmethoden sind:

- Standardisierte Leistungstests.
- Stärken-Schwächen-Analysen.
- Feedbacks (kollegiales Feedback, Schüler- und Eltern-Feedback, „Abnehmer“-Feedback).
- Peer Review („Kritische Freunde“: Unterrichtsbesuche, Interviews, Schulrundgänge etc.).
- Fragebogenuntersuchungen.
- Kriteriengeleitete Beobachtungen.
- Dokumentenanalyse (z.B. Auswertung von Schulstatistiken).
- Bewertung mit einem Qualitätshandbuch.

Die Schrittfolgen einer Fremd-/Selbstevaluation sind dabei im Sinne eines OE-Verständnisses standardisiert und festgelegt:

- Klärung und Definition des Evaluationsziels.
- Auswahl von Evaluationsbereichen und Evaluationsinstrumenten.
- Durchführung der Evaluation.
- Ableitung von Handlungsfeldern und Umsetzung in eine Maßnahmenplanung.
- Umsetzung definierter Maßnahmen in den Schulalltag.
- Review/Zwischenbilanzen.
- Abschlussbilanz: schriftlicher Evaluationsbericht. Zielvereinbarungen mit der Schulaufsicht.

Angenommene und behauptete Wirkungen (abgeleitet aus Benchmarkstudien) der Schulevaluation sind:

- Sichtbare Beseitigung von Qualitätsdefiziten.
- Besseres Abschneiden in landesweiten Schulleistungstests.
- Zunahme des Qualitätsbewusstseins der Schulleiter und Lehrpersonen.
- Stärkste Qualitätsverbesserung in „leistungsschwierigen“ Schulen.
- Profilierung der Schule im Aussenbild (Markt).

Für die methodische und verfahrenstechnische Grundlegung liegen unterschiedliche Ansätze in den einzelnen Bundesländern (in Zusammenarbeit mit privaten/kommerziellen Anbietern) zur Selbst- und Fremdevaluation vor. Für die Privatisierungsmotive im Bildungssektor ist der Einstieg in dieses Marktsegment ein guter Nährboden, da im Kontext der PISA-Debatte der Anbietermarkt schneller als die schulische Bürokratie war, und somit unter internationalem Benchmarkdruck das Prozedere der Qualitätssicherung ein fruchtbarer Nährboden (im Rahmen des in den Konzepten der „Verwaltungsreform“ unterlegten EFQM-Modells) für einen Einstieg in den Bildungsmarkt war/ist. In den USA hat es unter dem Kürzel „TQME“ (Total Quality Management in Education) Eingang in die Bildungsdiskussion und -praxis gefunden (auch in Europa).

So hat auf der Basis internationaler Erfahrungen die Bertelsmann-Stiftung ein Steuerungsinstrument erarbeitet, das Schulleitungen und Lehrern helfen soll, Schulentwicklungsprozesse mit Hilfe von Daten zu evaluieren und zu planen: Das Steuerungsinstrument „SEIS“ (Selbstevaluation in Schulen) basiert auf einem international tragfähigen Qualitätsverständnis von „guter Schule“, einem vergleichenden Berichtswesen (www.das-macht-schule.de) und einer speziell entwickelten Software. Auf der Basis unterschiedlichster Evaluations-Konzepte sind in unterschiedlichsten Bundesländern Modellversuche (Brandenburg, Bremen, NRW) durchgeführt worden.

Auf diesem Hintergrund der Ziele und der methodischen Standards ist eine Einordnung dieses politischen Prozesses am Beispiel Baden-Württembergs exemplarisch notwendig und aufschlussreich, um die gesamte Ambivalenz dieser Qualitätssicherungspolitik sichtbar zu machen. Das in Baden-Württemberg zugrundegelegte Verfahren „EiS“ (Evaluations-Instrumente für Schulen) mit sechs Qualitätsbereichen (Unterricht, Professionalität der Lehrkräfte, Schulführung/Schulmanagement, Schul- und Klassenklima, Außenbeziehungen, Qualitätsmanagement) als äußerem Referenzrahmen realisiert sich im „Leitfaden zum Verfahren QZS“ (Qualitätszentrierte Schulentwicklung), der nach dreijähriger Entwicklungsarbeit von schulischen und außerschulischen Experten (Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft, Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft, MTO Psychologische Forschung, Beratung GmbH Tübingen) entwickelt und evaluiert wurde. Im Vorwort repräsentieren Helmut Rau (Kultusminister) und Dieter Hundt (Präsident der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.) eine „unverkrampfte Kooperationspolitik“, und eröffnen Interpretationsspielräume darüber, warum in der aktuellen Privatisierungsdebatte über die Schulen Kultusminister Rau zu einem der Fürsprecher der Privatisierungsstrategie im Bildungssektor zu zählen ist. In vier Anleitungsheften

- Prozess der Schulentwicklung
- Voraussetzung bei der Einführung von Qualitätsmanagement
- Erstellung eines schuleigenen Qualitätsleitbildes
- Dokumentation von Qualitätsmanagement und Schulentwicklung (Qualitätsmanagementhandbuch und Evaluationsberichtsheft)

wird nicht nur Konzeptionelles sichtbar, sondern auch eine privatwirtschaftliche Marktlogik (attraktive Preise für Konzepte, Schulungen, Software, Schulungsunterlagen, beratende Begleitung und Qualitätssiegel). Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass hinter dem Anspruch auf „Qualitätssicherung“ gebündelte Profitinteressen sichtbar werden, wie sie im allgemeinen Produktions- und Dienstleistungssektor schon selbstverständlich geworden sind, indem ein Evaluations- und Controlling-System implementiert wurde, unter dem die Wertschöpfungsbereiche kräftig stöhnen, ohne dass aus dem ganzen Evaluationsbetrieb ein sichtbarer und wertschöpfender Beitrag operationalisierbar wäre.

Die Adaption betriebswirtschaftlicher Konzepte und Methoden in den schulischen Kontext ist ein höchst ambivalenter Prozess, und hinsichtlich ihrer Gestaltungsoptionen und Erwartungshaltungen zu problematisieren:

„Die Versuchung liegt dann sehr nahe, Schulen nach dem Modell von Wirtschaftsunternehmen als ‚Betriebe‘ zu verstehen, die – wenn sie auch keinen Cashflow produzieren und keine Dividende ausschütten – ein ‚Management‘ und ein Controlling benötigen‘, den ‚turnaround‘ schaffen müssen und in Konkurrenz zueinander für ihre ‚Kunden‘ (Schüler) möglichst kostengünstige ‚Produkte‘ anbieten sollen. Diese phantasievolle Metaphorik überdeckt so ziemlich alles, was Bildung und Wirtschaft so radikal... voneinander unterscheidet; aber sie schafft die Voraussetzungen, um auf Schulen das differenzierte Instrumentarium der Betriebswissenschaft anzuwenden und die Illusion zu nähren, das, was im Bildungsbereich wesentlich sei, lasse sich in explizit-formalisierter (d.h. zweifelsfrei-objektivierter und quantitativer Weise) bestimmen“ (Geser 2004, S. 9).

So dominieren zwischenzeitlich Vergleichsarbeiten, Bildungsstandards und das Zentralabitur die schulpolitische Debatte und prägen den schulischen Alltag. Mit einer Flut von Testbögen (konstruiert in Forschungsinstituten wie dem IOB: Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, Berliner

Humboldt-Universität) wird mit einer guten finanziellen Grundausstattung eine Informationsflut hergestellt, die nicht nur an den praktischen Themen der Schulen vorbeigeht, sondern einen Aggregatzustand herstellen, der von den Prämissen der deutschen Bildungsminister getriggert ist, 'gegen diese Testergebnisse helfe vor allem Testen'. Nie zuvor wurde an deutschen Schulen so viel evaluiert, verglichen und inspiziert, ohne auf die strukturell identifizierten (PISA) Probleme des deutschen Bildungssystems adäquate Antworten zu geben. Vor allem fehlt den Lehrerkollegien adäquates know-how, um aus der Datenflut Konzepte ableiten zu können. Testkultur und Schulrankings organisieren zunehmende Irritationen, Überlastung von System und Personen und binden Ressourcen, die für unterrichtliche und pädagogische Arbeit und vor allem für qualitative Schulentwicklung kaum noch Raum lassen. So wird z.B. die rigide Testpraxis und Rankingpolitik der Thatcher-Ära durch ein weniger radikales „pressure and support“-System modifiziert, da selbst die Britten erkannt haben, dass der Markt nicht alles ist.

Diese kritische Betrachtung soll jedoch die Notwendigkeit einer „qualitativen“ Qualitätssicherung im Bildungssystem nicht in Frage stellen. Die organisationale Selbstreflexion, Rechenschaft und Legitimation des pädagogischen und unterrichtlichen Handelns im Sinne laufender Prozessevaluation („Planen, tun, checken, optimieren“) sind notwendige Ansprüche personeller und organisationaler Professionalisierung, die im Selbstverständnis von Organisationsentwicklung unverzichtbar sind. Ein standardisierter Mess- und Vergleichsansatz wird dem prozessualen Selbstverständnis von Selbst- und Fremdevaluation im aufgezeigten Prämissenverständnis der „Lernenden Organisation“ nicht gerecht, da die methodischen Probleme zentralisierter und standardisierter Verfahren bekannt sind, nämlich dass

- Aufwands- und Erkenntniswert in keinem Verhältnis stehen;
- die situativen Spezifika (Klasse/Schule) hier nicht einfließen;
- Diagnose nicht der Logik „Planen, tun, checken, optimieren“ entspricht, sondern der Vergleichs- und Ranking-Logik folgt;
- ein Mix zwischen diagnostischen Standards (Organisation) und plausiblen pädagogischen Kriterien (standortbezogen) nicht möglich ist;
- der Trend zu Bürokratieeffekten und neuen Belastungen für Lehrer und Organisation ausgeprägt wäre (siehe auch Analyse Großbritannien, Kapitel N 10.1.1.);
- sich der Unterricht noch stärker von der Prozessorientierung zur Ergebnisorientierung hin bewegt;
- Multiple-Choice-Klausuren zunehmen;
- extracurriculare Aktivitäten im Sinne der Programmbildung einer Schule noch weiter in den Hintergrund unserer Halbtagschulen treten;
- ein ganzheitlicher Bildungsbegriff auf einen instrumentellen Leistungsbegriff reduziert wird, der nur abprüfbares Wissen und abprüfbare Sozialstandards misst;
- Lehrer sich in den Prüffächern von der Rahmenplanorientierung zu einer engen Lehrplan- (und Test-)fokussierung bewegen;
- die dringend gebrauchte schulische Zeit für pädagogische, methodisch-didaktische, sozial-integrative und erzieherische Zeit durch Prüf- und Bürokratieeffekte absorbiert wird;
- die zentralen schulpädagogischen Fragen einer empirischen Prüfung nicht zugeführt werden können;
- die Ranking-Bildung zwischen den Schulen die soziale Hierarchien verschärft, und damit einen wesentlichen Beitrag zur strukturell verursachten Marginalisierung und sozialen Homogenisierung liefert (siehe auch Ausführungen im Kapitel N 10.1.1: Beispiel Großbritannien und die aktuelle Debatte zur freien Wahl der Schule).

Insofern liegt die Ambivalenz der Qualitäts- und Evaluationsdebatte in seiner professionellen Begründung einerseits, und in den Konsequenzen einer neoliberalen Marktstrategie und dessen vielschichtigen Konsequenzen für die sukzessive Einschränkung des staatlichen Bildungsmonopols und

den sozialen Selektionsprozess. Die Begründung von Qualitätssicherungsverfahren im Rahmen eines Organisationsentwicklungskonzeptes für die Schulen legitimiert sich nicht nur durch eine intelligente Adaption im Selbstverständnis einer diagnostischen Pragmatik, sondern erhält nur dann eine professionelle Legitimation, wenn Bürokratieeffekte vermieden werden, die die Lehrer daran hindern, ihr immer schwieriger werdendes „Kerngeschäft“ (Unterricht und Erziehung) professionell zu gestalten. Ohne angemessene Qualifikations- und Bewusstseinsarbeit, angemessene strukturelle, personelle und sächliche Ausstattungen ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass das „Geschäft mit der Evaluation“ nicht zwingend die beabsichtigte Qualitätssteigerung unserer Schulen hebt, aber monetären privatwirtschaftlichen Interessen einen attraktiven Raum gibt.

Eine größere Autonomie der Schulen (mit dem Anspruch einer qualitativen Organisationsentwicklung) soll nicht nur zu größerer Selbstverantwortung führen, sondern die beschriebenen Negativwirkungen verhindern: Privatisierung, Kommerzialisierung, Ökonomisierung, Mängelverwaltung und zunehmende Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse. Selbstverantwortliche Schulorganisationen sollen Subjekt und nicht Objekt ihrer Organisations- und Qualitätsentwicklung sein. Maßnahmen der Qualitäts- und Standardsicherung sollen in Übereinstimmung mit den Zielen demokratischer und pädagogischer Schulentwicklung im Selbstverständnis eines schüler-, handlungs- und problemorientierten Unterrichts stehen. Zentrale Abschlussprüfungen und standardisierte Schulleistungstests stehen diesem Anspruch diametral entgegen. Der Einsatz von Evaluations-Instrumenten ist nur dann sinnvoll, wenn sie dem Anspruch einer pädagogischen Qualitätssicherung und der Selbststeuerung der Schule entsprechen. Fallstudien, pädagogische Konferenzen, schulübergreifende Qualitätszirkel/Netzwerke (unter professioneller Moderation), Kooperationen mit Wissenschaft und Beratungsstellen können professionellen Evaluationsansprüchen genügen (unter der Bedingung ausreichender Ressourcen: Zeit, Budget, Fach-Know-how). Flächendeckende und punktuelle standardisierte Fachleistungstests entsprechen anderen Evaluationsprämissen.

R Föderale Kleinstaaterei in der Bildungspolitik und bildungsstrategische Konsequenzen im Benchmark-Kontext

Mit der Verabschiedung der Föderalismusreform ist die größte Grundgesetzänderung der bundesrepublikanischen Geschichte eingeleitet worden. Die sukzessive Ausweitung der Länderkompetenzen des Bundesrates als zweiter Parlamentskammer manifestiert das machtpolitische Spiel zwischen Bund und Ländern und Regierung und Opposition, ohne zukunftsfähige und bürgernahe Strukturen im Zeitalter der „Globalisierung“ zu schaffen. In dieser historischen globalen Konstellation und Systemauseinandersetzung konkurrieren nicht mehr Kleinstaaten miteinander, sondern Weltregionen und supranationale Systeme. Statt den Bundesländern mehr Befugnisse zu geben, käme es im internationalen Kontext darauf an, dem Bund eine generelle Richtlinienkompetenz zu übertragen, um in zentralen gesellschaftlichen Themen handlungsfähig zu sein.

Einer der Dreh- und Angelpunkte zur Neudefinition und Umgestaltung nationaler Bildungspolitik ist ihre Einordnung in den Kontext der Föderalismusreform. Gravierendste Konsequenzen dieser Reform für die Bildungspolitik lassen sich in folgenden Dimensionen analysieren:

- Grundsätzlich soll sich der Bund nicht mehr in Bildungsangelegenheiten einmischen. Der aus den letzten 30 Jahren nachvollziehbare Schaden dieser bildungspolitischen Kleinstaaterei manifestiert sich eindrucksvoll an den Ergebnissen der PISA-Studien: unterschiedlichste Bildungs- und Systemstandards, weniger soziale Durchlässigkeit, viele ideologische Experimente, aber kein kindgerechtes und benchmarkorientiertes Schulsystem, das auf die zentralen Herausforderungen der Zukunft adäquat ausgerichtet ist.

- Verschärfung der Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern (die Länder dürfen zukünftig Geld vom Bund nicht mehr annehmen). Der Trend verschärft sich dadurch, dass die reichen Bundesländer nicht mehr für die hochverschuldeten Regionen kompensierend „in Haft“ genommen werden wollen.
- Die Hochschulrektoren prognostizieren, dass sich die Finanznot der Unis verschärft und die Innovationskraft des Landes gehemmt wird (DFG).
- Benachteiligte und gefährdete Schüler (Hauptschüler/Migranten), die einer frühen und intensiven Förderung bedürfen, werden wegen mangelnder finanzieller Mittel mancher Bundesländer nicht angemessen gefördert. Der Bund hat zwar das Geld, darf es aber nicht ausgeben. Somit werden sich vor allem in strukturschwachen Bundesländern die sozio-strukturellen Problemlagen im Bildungssystem zunehmend abbilden. Eine rationale Steuerung monetärer Mittel für abgestimmte Programme ist somit nicht leistbar. So steckt z.B. die Bundesagentur für Arbeit jährlich zwei Milliarden Euro in Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Abschluss und Lehrstelle, deren Erfolge mäßig sind, anstatt mehr Mittel in die Prävention zu stecken.
- Der bildungspolitische Wildwuchs wird weitergeführt bzw. verschärft. Mit der Politik der kleinstaatlichen Bildungsmonopole wurde in der Vergangenheit eine chaotische Bildungslandschaft geschaffen: mit 16 unterschiedlichen Schulsystemen, 16 Lehrplänen und Versetzungsordnungen – verteilt auf mindestens 3 Schultypen. Große Qualitätsunterschiede sind das Ergebnis dieser Zersplitterung.
- An diesem Zustand hat sich seit dem „PISA-Schock“ nicht viel geändert, trotz gemeinsamer Lernziele in den Kernfächern (Deutsch, Englisch, Mathematik). Diese sogenannten „Bildungsstandards“ ändern nichts daran, dass in den meisten Reformfeldern jedes Land weiterhin einen eigenen Weg geht: bei Sprachtests für Vorschüler, der Reform der Lehrerbildung oder der Einführung der Studiengebühren. Trotz großer Bekenntnisse zum „Wettbewerbsföderalismus“ ist es unter Kultusministern nicht populär, Qualitätsunterschiede offen zu legen. Ohne den Druck des Bundes hätte es das Konzept der „Exzellenzinitiative“ der Hochschulen nicht gegeben.
- Der Bund verliert sein Mitspracherecht in wichtigen Bildungsfragen. Einerseits wurden Bundesmittel (4 Mrd. Euro) für die Ganztagschulinfrastruktur für die Länder und Kommunen zur Verfügung gestellt, auf die inhaltliche und konzeptionelle Gestaltung dieser Schlüsselinrichtung nimmt der Bund keinen Einfluß. Auch eine Steuerungsgruppe der KMK, die künftig das Zusammenwirken von Bund und Ländern koordinieren soll, reicht nicht für die übergreifende Kraftanstrengung eines benchmarkbewerteten Bildungssystems.
- Das Problem der föderalismusbedingten Schwächen beginnt schon am Fuße der Bildungspyramide, nämlich bei der frühkindlichen Förderung. Ist zwar ein erster Schritt zum einheitlichen Vorgehen bei Bildungsplänen für Kindertageseinrichtungen gemacht worden, so hat (ähnlich wie in der Hochschulgesetzgebung) jedes Land eigene Vorgaben entwickelt. Eine zentrale Koordination fehlt.

Die Forderungen des Bundeselternbeirates (BER), des Deutschen Studentenwerkes (DSW), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) zielen auf eine stärkere gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern in den Dimensionen nationale Bildungsstrategie, Lehrerbildung, Kerncurricula, Bildungsmindeststandards, Qualitätssicherung, einheitliches Dienstrecht. Einem weiteren Auseinanderdriften der Bundesländer müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Mit der vorliegenden Föderalismusreform würde der grundgesetzliche Auftrag

zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in der Bundesrepublik durchlöchert, und das Ziel, zurück an die Spitze internationaler Vergleichsstudien zu kommen, sei so unterminiert.
(www.bundeselternbeirat.de/index.php?id=16&tx_cwtpresscenter_pi1%5BshowUid%5D=27&cHash=5118996dfc).

Wenn es das definierte Ziel ist, im internationalen Wettbewerb die Qualität des gesamten nationalen Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystems zu verbessern, (mit dem am Verfassungsziel orientierten Anspruch der Gleichheit der Bildungschancen), dann ist das verabschiedete föderale **Konzept in folgenden Ansprüchen zu problematisieren:**

- Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland (zentrale Kernaufgabe eines kooperativen Föderalismus).
- Europatauglichkeit entlang der Lissabon-Strategie und des 1999 initiierten Bologna-Prozesses (unter Berücksichtigung der notwendigen Problematisierung dieses Ansatzes).
- Gemeinsame Bildungsplanung und Forschungsförderung nach Art. 91b GG (verpflichtender Auftrag der Verfassung). Ein nationaler Bildungskonsens (mit gemeinsamen strategischen Zielen auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen und einer wirksamen nationalen Interessenvertretung) konnte bislang nicht entwickelt werden.
- Die Qualität unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems ist die Basis für die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Zur Entwicklung und Sicherung der Qualität ist ein nationaler Rahmen (Bildungs- und Kompetenzstandards, regelmäßig erstellter nationaler Bildungsbericht) notwendig. Hierbei ist der Fokus eines Rankings zwischen den Bundesländern nicht relevant gegenüber dem Anspruch, die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene zu koordinieren.
- Schulische und berufliche Bildungswege und Weiterbildungswege müssen so synchronisiert sein, dass regionale Chancengleichheiten möglich sind (Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse und berufliche Mobilität).

Der Hauptvorstand der GEW kommt in der Stellungnahme zur „Reform der bundesstaatlichen Ordnung“ zu folgendem (von mir geteilten) Resümee:

„Die bisher diskutierten Lösungsvorschläge zur Reform des Föderalismus, vor allem jene, die darauf zielen, den Bund nahezu vollständig aus der gemeinsamen Verantwortung für den gesamten Bildungsbereich zu drängen, genügen den Anforderungen an eine zukunftsfeste Steuerung des Bildungswesens nicht. Ein Bildungswesen, das sozial gerecht und leistungsstark ist, das den steigenden Anforderungen von Mobilität, Internationalisierung und lebenslangem Lernen gerecht wird, braucht für alle Bildungsbereiche – von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung – eine gemeinsame Philosophie, gemeinsame Ziele und strategische Grundlinien. Diese können nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen ausgehandelt werden. Es wäre ein Zeichen politischer Kultur, wenn Bundesrat und Bundestag die Reform des Bildungsföderalismus aus dem Gesetzespaket ausklammert – statt gegen den Rat nahezu aller Fachleute zweifelhafte und langfristig schädliche Veränderungen für unser Bildungswesen zu beschließen. Wir brauchen eine sorgfältige Reform des Bildungsföderalismus. Eine föderale Kleinstaaterei wird insbesondere der europäischen Dimension unseres Bildungswesens nicht gerecht“ (GEW 2006, S. 10).

S Resümee zur weiteren „Trend“projektion des neoliberal-globalisierten Kapitalismus und abgeleitete Konsequenzen für Gesellschafts-, Sozial- und Bildungspolitik

Projektionen über zukünftige Entwicklungsverläufe sind von komplexen theoretischen und methodischen Anforderungen begleitet (z.B. Szenario-Technik) und von der Prämisse geprägt, dass eine lineare (nicht-dialektische) langfristige Projektion ein Ausschlusskriterium jeglicher Analyse von Zukunft sein sollte. Diese Prämisse steht jedoch nicht unter der Preisgabe des Anspruchs, Zukunftsprojektionen heuristisch zu wagen, ohne im empirisch-analytischen Verständnis nachweispflichtig zu werden.

Wenn es auch keine Formel gibt, aus der man die Charakteristika einer Epoche schematisch (oder gar streng kausal) ableiten und sie extrapolieren kann, so bleibt doch der Anspruch, die Entwicklungslinien eines globalen neoliberalen Vergesellschaftungsprozesses (unter dem Primat der Ökonomie) in all seiner Widersprüchlichkeit begreifbar zu machen, und sie nicht deskriptiv zu reduzieren:

„Marx und Engels fanden eine konkrete Antwort auf unsere aristotelische Frage nach den Zusammenhängen, die den erzählerischen Plot, den Mythos ausmachen. Es waren nicht die Zusammenhänge eines ungreifbaren ‚Epochenstils‘ und ganz bestimmt nicht des Hegelschen ‚Geistes‘. Es waren real existierende, grundlegende Verknüpfungen von Menschen, Kräften und materiellen Bedingungen, die nur mit einer soliden wissenschaftlichen Theorie erklärt werden konnten. Marx und Engels befanden sich auf der Suche nach einem Heiligen Gral, von dem marxistische und nichtmarxistische Intellektuelle während der gesamten Moderne träumten. Sie waren zutiefst überzeugt, dass es möglich sei, wissenschaftliche Gesetze zu entdecken, grundlegende Entwicklungsprozesse zu bezeichnen und tiefere Schichten der Realität aufzudecken, die den Menschen in die Lage versetzen würden, den Lauf der Geschichte selbst zu bestimmen. Geschichtsschreibung und Wissenschaft würden eins sein.

In gewisser Weise bildet der Historische Materialismus den Höhepunkt einer Epochentheorie. Trotz seiner bissigen Urteile über idealistische Historiker übernahm er die damals üblichen Unterscheidungen und suchte sie auf eine Art wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Er war also eine hochmoderne Schilderung der Moderne. Andererseits bedeutete der Historische Materialismus den Niedergang der Epochentheorie...

Gefragt ist eine historische Theorie, die sich nicht auf die Theorien anderer Wissenschaften zurückführen lässt, auch wenn sie sich bei ihrem Versuch, den Sinn einer Epoche zu finden, dieser hin und wieder bedient. Es gilt eine Terminologie zu entwickeln, die die Eigenständigkeit der historischen Theorie bewahrt.

Die Begriffe ‚System‘ und ‚Struktur‘ stehen für eine typisch moderne Betrachtung der Geschichte. Doch diese Trojanischen Pferde der Soziologie sind mit viel zuviel theoretischem Ballast befrachtet. Es bedarf eines Begriffes, der von den Assoziationen der Vollständigkeit, Geschlossenheit und Selbstregulierung frei ist. Ich habe mich für den Begriff „Figuration“ entschieden, um auf neutrale Art die Ordnung und den Zusammenhang von Merkmalen zu bezeichnen, ohne das Wesen der Zusammenhänge im vornhinein festzulegen.

Der Begriff ‚Figuration‘ lässt offen, welche Merkmale einer Epoche herangezogen werden und in welcher Weise sie miteinander in Verbindung stehen. Er erlaubt uns, sämtliche Aspekte zu betrachten: Menschen, Ideen, Orte, Produktionsverhältnisse, Institutionen, Gefühle, Nationen, Weltanschauungen und sämtliche anderen Faktoren, die als Grundlage einer historischen Darstellung taugen. Wir lassen sowohl kausale als auch abstrakte Zusammenhänge zu. Diese können auf physischer Gewalt, Macht und Ideen basieren, sie können wie ein Markt oder durch direkte oder indirekte Kommunikation funktionieren. Die Zusammenhänge können stilistischer, erzählerischer, situativer, zufälliger, periodisch auftretender, dauerhafter und systemischer Art sein. Es kann sich um objektive oder subjektive Zusammenhänge handeln“ (Martin Albrow, Abschied vom Nationalstaat, Frankfurt/M. 1998: 32 ff.).

Der mit der neoliberalen Ideologie flankierte Globalisierungsprozeß (als ein angloamerikanisches Projekt initiiert) ist als Konsequenz monopolistischer finanzstrategischer Konzepte weitgehend (mit aufgezeigten Differenzierungen) weltweit implementiert, und organisiert über die Steuerungsebenen (WTO, Weltbank, EU, NAFTA, ASEAN; MERCOSR) Zwänge, denen sich kein Nationalstaat mehr entziehen kann. Neben den vielfach beschriebenen Konsequenzen dieses Globalisierungsprozesses wird aus unterschiedlichsten theoretischen Perspektiven die Dominanz der Ökonomie und deren supranationalen Organisationen gegenüber der Handlungsfähigkeit des Nationalstaates beschrieben, und zugleich mit der Projektion von J. Habermas (1996) versehen, dass sich „eine günstige Kräftekonstellation“ herausbilden werde, die am Ende das Projekt der Aufklärung – den Kant’schen Ewigen

Frieden – verwirklichen, und auf der Grundlage einer „kosmopolitischen Rechtsauffassung“ endlich über das aktuelle Völkerrecht hinausführen werde (Jürgen Habermas, 1996).

Um sich für historische Parallelitäten zu sensibilisieren, lohnt ein Blick in Karl Polanyis Buch „The Great Transformation“ über den Zusammenbruch des ökonomischen Liberalismus und des Freihandels, der noch um die Jahrhundertmitte dominierte und schon seit den 1880-Jahren an Bedeutung verlor. Der Zusammenbruch des britischen Empire und der europäischen Friedensordnung war Resultat einer brisanten Verbindung von Nationalismus und Militarismus und endete in den Konsequenzen des 1. Weltkrieges. Nach Polanyi hat die transnationale kapitalistische Kooperation der europäischen „Hochfinanz“ am Ende vor den politischen Strategien der Nationalstaaten kapituliert. Trotz der hochgradigen ökonomischen Integration (Europa) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Geflecht der ökonomischen Durchdringung durch die aufkommenden Nationalismen zerrissen, und fand seinen Ausweg in totalitären Herrschaftsformationen. Polanyis These sensibilisiert – ohne falsche historische Analogieschlüsse zu ziehen – für die gegenwärtige Krise im Prozess der „Globalisierung“ am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Das Ziel der Vereinheitlichung der Weltwirtschaft nach neoliberalen Muster bringt zunehmend Widersprüche hervor, die sich in vielfältigsten Symptomen manifestieren: in verschärften Handelskonflikten innerhalb und außerhalb des kapitalistischen Kernbereichs, in der Zuspitzung sozialer Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Staaten – und nicht zuletzt auch in Kriegen und ‚terroristischen‘ Widerstandsformen. Diese desintegrierenden Tendenzen lassen sich auf zwei Ebenen beschreiben: Auf der gesellschaftlichen Ebene erstarken Kräfte des sozialen Widerstandes (im Spektrum weltweiter sozialer Widerstandsbewegungen bis hin zum rechtsgerichteten Populismus). Auf staatlicher Ebene lässt sich ein Aufleben des Nationalismus in Russland, China, Japan, Europa und in den USA beobachten, in dem eine Renationalisierung der Weltpolitik sichtbar wird. Dieser Prozess steht im Widerspruch zur Grundthese der postmodernen Epoche mit dem Axiom des „Verschwindens des modernen Territorialstaates“ im Zeichen eines „Global Village“. Dieses liberaldemokratische Credo hat(te) viele Stimmen: von Habermas bis zu neomarxistischen Theoretikern (Toni Negri und Michael Hardt, Empire). Das von ihnen definierte „Imperium“ stellt sich als Weltreich ohne Grenzen und ohne Namen dar. Das globale „Imperium“ bilde ein geometrisches Gefüge von Macht- und Herrschaftsbeziehungen, die sich dank der globalisierten Märkte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens herausgebildet haben. Alle Theoreme unterstellen (in Varianten) einen epochalen Wandel, in dem die auf Machtzuwachs ausgerichteten Strategien der modernen Nationalstaaten durch einen postmodernen, postnationalen Zustand der Globalität abgelöst werden.

Bernd Röttger (1997) schätzt die Hegemoniefähigkeit des Neoliberalismus zumindest im europäischen Kontext höher ein, da sich unter dem Einfluss des Europäischen Währungssystems eine „transnationale Herrschaftssynthese“ herausgebildet habe, die dem neoliberalen Projekt eine Stabilität verleiht: Vertrag von Maastricht, neoliberale Vereinheitlichung der europäischen Ökonomien.

Nicht zuletzt die Grammatik der amerikanischen Außenpolitik, in der sich wieder ein „robusterer Nationalismus“ (Samuel Huntington) manifestiert, signalisiert einen fundamentalen Wandel in der Weltpolitik mit den Stilmitteln der ungeschminkten imperialistischen Machtpolitik. Expandierte am Ende des 19. Jahrhunderts vom Zentrum London aus der freie Handel im Rahmen einer politischen Ordnung (zusammengehalten von transnationalen Netzen), und dem Anspruch auf ein friedliches Europa, so haben sich die herrschenden Kreise in den USA entschlossen, das bestehende Weltsystem gezielt zu zersetzen. Diese politischen Kräfte der geopolitischen Strategen der „realistischen Schule“ (siehe Stephen Gill (1990) fokussieren ihre globalen Machtstrategien auf das zentrale Ziel einer Implementierung der amerikanischen Weltordnung, in der liberale Maximen über Bord geworfen und eine außenpolitische Wende vollzogen wurde: mit Nationalismus, Machtpolitik und Krieg (Irakkrieg etc.). Dieses Streben nach einer unbestrittenen Monopolstellung und der Androhung von politischer,

ökonomischer und militärischer Eskalation gegen alle Abweichler aus dem „Reich des Bösen“ (gepaart mit protektionistischen Reaktionen) macht deutlich, dass sich die zugespitzte ökonomische Konkurrenzsituation wieder in der klassischen Form gegen die immer härter werdenden Währungs- und Handelskriege zwischen rivalisierenden Ländern und Wirtschaftsblöcken abbildet, und zunehmende Desintegrationserscheinungen sichtbar werden. Chalmers Johnson behandelt in seinem Buch „Ein Imperium zerfällt“ ausführlich die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten, die durch die neoliberale Wirtschaftstheorie in den Rang einer Staatsdoktrin erhoben wurde, und die hier propagierten Lehrsätze zu unhinterfragten Wahrheiten verkündet(e): den gnadenlosen Wettbewerb, die überbordenden Börsenspekulationen, die massive weltweite Einkommensungleichheit sowie die Reduzierung der Staatsfunktionen auf eine ordnungspolitische Nebenrolle (den Markt vor Importen zu schützen, die Ausdehnung des Exportes zu forcieren und dieses mit allen finanzstrategischen und militärischen Mitteln). Unter diesen Prämissen werden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme rund um den Globus umstrukturiert und der neoliberalen Globalisierungs-Logik unterworfen - und dieses mit den Stilmitteln der imperialen Machtpolitik.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Machtblocks und dem Golfkrieg (1990) war die Zeit für die Umsetzung der alten Programmatik F. D. Roosevelts der „Neuen Weltordnung“ in neuen machtpolitischen Kontexten gekommen, die von Zbigniew Brzezinski dahingehend stilisiert wurde, dass die globale Vorherrschaft der USA die Voraussetzung für „Wohlstand und Demokratie“ sei. Die von Huntington (Harvard-Universität) kolportierte These vom neuen „Kampf der Kulturen“ lieferte das ideologische Grundgerüst, um die Grundtendenz der Weltpolitik nicht als Merkmal der Konvergenz der Gesellschaftsordnungen zu definieren, sondern als einen „clash of civilizations“. Danach sind die Grundwidersprüche nicht mehr als politische, ideologische oder ökonomische, sondern als kulturelle identifiziert und definiert, und bilden die ideologische Grundlage der innen- und außenpolitischen Instrumentalisierung. Dahinter steckt die berechnete Sorge, dass die Phase der „Expansion des Westens“ langsam zu Ende geht, und trotz der eindeutigen militärischen Hegemonie die Destabilisierungen wachsen, und das anglo-amerikanische Modell zur Disposition steht. Sieht Huntington den „Kampf der Kultur“ nicht als unausweichlich, so sind die Think Tanks (die den Republikanern nahe stehen) in ihren Deutungen und politischen Strategien eindeutig: Für sie hat Huntington nur bestätigt, was auch Militärs, Rüstungskonzerne und Geheimdienste seit Ende des „Kalten Krieges“ prophezeien – nämlich den (Überlebens-)Kampf des industrialisierten Nordens gegen den aufbegehrenden „Süden“. Das Zentrum dieses Zündstoffs ist natürlich die „Rohstofffrage“. Brzezinski spricht hier von einer geopolitischen Konfliktzone, dem „Hexenkessel“ der nächsten Jahre. Nicht um Religionen oder Kulturen wird in den nächsten Jahren gekämpft, sondern um geopolitische und ökonomische Vorherrschaft. Dieser „Kampf der Ökonomien“ (Napoleoni 2004) wird die globalen Grundlinien der internationalen Konkurrenzformationen noch weiter verschärfen: mit allen außen- und innenpolitischen Konsequenzen.

Dieses Streben nach einer globalen politischen, militärischen und ökonomischen Monopolstellung ist genau das Gegenteil von Interdependenz. Und da die Vereinigten Staaten das machtpolitische Zentrum des globalen kapitalistischen Systems darstellen, haben diese machtpolitischen Prozesse auch globale Auswirkungen in die Nationalstaaten. Diese Prozesse werden den Zustand der globalen Unordnung (unter Annahme der Fortführung) verschärfen, die ökonomischen und sozialen Widersprüche in den Nationalstaaten zuspitzen und die gesellschaftspolitischen Desintegrationserscheinungen verschärfen. Dieses heißt u.a.:

1. Es ist davon auszugehen, dass der strukturelle Zusammenhang zwischen neoliberaler Globalisierungsstrategie, sich verschärfender und soziostrukturell ausdifferenzierender Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Sozialstaatsabbau und den sich zunehmend destabilisierenden materiellen und sozialen Reproduktionsbedingungen sich in der Logik des aufgezeigten Krisenmodells stabilisieren oder gar verschärfen wird. Dieser Prozess hinterlässt eine disparate sozio-

strukturelle gesellschaftspolitische Landschaft, die u.a. durch wachsende Armuts- und Ausgrenzungspotentiale in der Gesellschaft geprägt ist. Diese sind im Verständnis des Exklusionsmodells (Kapitel K) in einer fließenden Bewegung, weisen jedoch als zu identifizierende Krisenpotenziale einen eindeutigen schichten- und klassenspezifischen Ausprägungsgrad aus, der eine signifikante Tendenz zur sozialen Exklusion aufweist. Aus diesem Trend entwickeln und verschärfen sich gesellschaftspolitische, sozialpolitische und bildungspolitische Krisenpotenziale, die präventive und strategische Konzepte in den entsprechenden gesellschafts- und bildungspolitischen Entscheidungsebenen notwendig machen. Der Druck und die Anforderungen an das „Humankapital“ in diesem globalen Systemwettbewerb wachsen, und tragen unter den Anforderungen von Qualifikation und Schlüsselqualifikationen zur Verschärfung der bisherigen analysierten Ausgangslage bei (Das Konzept der Bayrischen Kommission für Zukunftsfragen, Kapitel N 7.1., antizipiert diesen Trend deutlich).

Die aktuelle „Aufschwung“-Euphorie erweckt die Illusion der Überwindung der strukturell induzierten Arbeitsmarktkrise. Die missverständliche Deutung der aktuell positiven Konjunktur liegt darin, dass sie als Beginn einer längeren, durch Binnen- und Auslandsnachfrage getragenen Wachstumsphase vermittelt wird, während diese als eine Kombination zwischen Exportnachfrage und höheren privaten Investitionen zu interpretieren ist. Die Binnenkonjunktur hat sich stattdessen auf dem Hintergrund einer regressiven Entwicklung der realen Nettolöhne nicht positiv entwickelt. Somit verstärkt sich nicht nur die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der Weltkonjunktur, und erhöht zunehmende internationale Ungleichgewichte (durch Leistungsbilanzüberschüsse), sondern verstärkt den innenpolitischen Prozess der Umverteilung von unten nach oben, die Fortsetzung des Sozialabbaus und eine weitere Einschränkung öffentlicher Ausgaben.

Eine so „gespaltene Konjunktur“ ist nicht das Ergebnis einer „Agenda 2010“-Politik, sondern unterliegt dem Primat der Exportorientierung, dessen zentrale Basis die ungemeine Steigerung der Produktivitätssteigerung der Betriebe und eine regressiv Lohnpolitik ist (Realeinkommensverlust von fast 4 Prozent in 2006: siehe Memorandum 2007: 14). Die sogenannte „GIB-Formel“ (Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von übermorgen) lässt sich empirisch nicht erhärten, und wird von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2007) mit der Gegenformel „ENA“ belegt: Steigende Einkommen führen zu einer wachsenden Nachfrage und zu mehr Arbeitsplätzen.

Auf dem Hintergrund weiterer Dominanz des neoliberalen Wirtschafts- und Politikparadigmas hat sich der Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen weiter verschärft. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist gestiegen (2005: 61 Prozent; 2006: 64 Prozent). Die Anzahl der Arbeitslosengeld II-Empfänger hat sich deswegen verringert, weil ein immer größerer Teil der Betroffenen (durch Regelungen der Zumutbarkeit und verschärften Anrechnung der Partnereinkommen) in die „Stille Reserve“ abgedrängt wurde. Der drastische Rückgang klassischer Massnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik (FbW, ABM und SAM) begründet nicht nur die als nahezu „sensationell“ dargestellten Überschüsse der BA, sondern konterkariert die Parole von „Fördern und fordern“ in seinen sozial selektiven Effekten (u.a. Mittelkonzentration auf qualifizierte und relativ kurzzeitige Arbeitslose). Dieser kontraproduktive Charakter der Arbeitsmarktpolitik verschärft die negative selektive Dynamik der Marktprozesse. Ein tendenziell gesunkenes Arbeitsvolumen bedingt ein Volumen von 7,6 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen (Memorandum 2007: 20) und einen drastischen Anstieg der Teilzeitarbeit.

2. Die mit der Agenda 2010 und Hartz-IV eingeleiteten Prozesse werden trotz allen wahlpolitischen Kalküls Grundlage politischer neoliberaler Strategien bleiben. Marginale Modifikationen ändern die Grundausrichtung nicht. Es ist trotzdem für eine weitere Analyse von Interesse, die

aktuellen Widersprüche (in der SPD als auch in der CDU) einerseits als wahl- und machtpolitisches Kalkül zu interpretieren, zugleich aber auch das zeitverschobene Aufbrechen parteiimmanenter Widersprüche in diesen Prozessen zu sehen, im Gegenteil: Es ist davon auszugehen, dass der objektive Arbeitsmarkttrend und die Konsequenzen der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes (auf dem Hintergrund der Politik der Haushaltskonsolidierung) sowohl die monetären Handlungsspielräume des Staates weiter einengen, den Spar- und „Reform“kurs weiter verschärfen, und damit die Krisenlogik dynamisieren werden. Gleichzeitig akzentuiert sich der strukturelle Ausdifferenzierungsprozeß zwischen „Arbeitsplatzbesitzern“ und prekären Arbeitsverhältnissen mit allen aufgezeigten soziologischen, gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Konsequenzen. In diesem Prozess gibt es keine signifikanten Sicherheitszonen mehr (siehe z.B. Prozesse in Monopolbetrieben wie Siemens, Daimler-Chrysler etc.). Trotz einer breit (aus unterschiedlichen Perspektiven) geführten Debatte über ein „Grund-einkommen“ sehe ich keine konkreten Koalitionen zur Durchsetzung dieses fundamentalen Paradigmenwechsels gegen die bisherige Systemlogik in mittelfristiger Perspektive (siehe auch aktueller Ausgang um die Debatte „Mindestlohn“), obwohl sich die Legitimation zur Fortführung der eingespielten Arbeitsmarktstrategie immer schwieriger herstellen lässt. Die strukturellen demografischen Entwicklungen werden die arbeitsmarktinduzierten Marginalisierungs-/Exklusionsprozesse mittelfristig nicht abschwächen.

3. Ohne den Fokus von dem mit der „Unterschichten“-Hypothese begründeten Marginalisierungs-/Exklusionsprozess zu nehmen, werden die strukturellen Entwicklungen im Arbeitsmarkt für den Angestelltensektor die Dynamik zwischen den „Zonen“ (Castell) verschärfen, und das Potenzial der „Gefährdeten“ in bisher nicht wahrgenommenem Ausmaß ausweiten (siehe Kapitel E 10):

„Der Niedergang der Arbeiterklasse erscheint harmlos zu dem Drama, das die rund 18 Millionen Angestellten der Nation erfasst hat. Eliminiert, ersetzt und ausgelagert werden nicht mehr die Muskeln der deutschen Wirtschaft, sondern ihr Gehirn. Optimierte Betriebsabläufe und verschlankte Organisationsstrukturen machen einen Großteil des bisherigen Middlemanagements überflüssig. Moderne Informationstechnik ersetzt in immer schnellerem Tempo Entwickler und Konstrukteure, Buchhalter, Controller, Produktionsplaner und Vertriebsleute. Und was sich nicht automatisieren lässt, wird dort erledigt, wo die Kosten gering sind... Jeder zweite Arbeitsplatz ist, nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung, akut gefährdet... Gnadenlos strafen die Finanzmärkte Konzerne mit überdimensionierten Belegschaften ab – wie Post und Telekom. Entlassungen werden mit Kursgewinnen belohnt – bei VW und DaimlerChrysler wie bei der Allianz, Deutsche Bank und Siemens... Das einst hochgelobte ‚Humankapital‘ steht nur noch als Kostenfaktor in der Bilanz, und die Möglichkeiten, ihn zu minimieren, sind heute größer denn je... Während das Heer der atypisch Beschäftigten von Tag zu Tag mit erstaunlichem Tempo wächst, schrumpft der große Rest immer weiter zusammen“ (Ogger 2007, S. 11 f.).

Während die Arbeitsmarktprojektion zwischenzeitlich für diesen Trend plausible Daten und strukturelle Argumentationen liefert, sind die Projektionen hinsichtlich der gesellschaftspolitischen, soziologischen und sozialpsychologischen Konsequenzen erst in Fragmenten sichtbar. Die Potenziale zur Untermauerung der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ wachsen.

4. Ob es zu nationalstaatlichen und supranationalen (EU) Gegenstrategien kommt, die den neo-liberalen Trend modifizieren oder gar umkehren können, ist nach der bisherigen Analyse nicht zu erwarten, und hängt von den Kräften der gesellschaftlichen und politischen Gegenbewegungen ab. Eine Prognose verbietet sich wegen der Dynamik und Komplexität dieses europäischen und globalen Prozesses ebenso, wie die Hypothese über die hochgradige Fragilität des internationalen Finanz- und Weltwährungssystems mit allen szenarischen Fantasien. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass eine Trendwende durch eine wachsende sozialpolitische ‚Sensibilität‘ der politisch-gesellschaftlichen Eliten (auch nicht durch ein intelligenteres präventives Krisenmanagement) auf der Tagesordnung steht. Die auf dem letzten EU-Gipfel (2007) sichtbaren Tendenzen Frankreichs (unter Führung von Sarkozy), protektionistische und merkantilistische Konzepte á la Colbert in die europäische Debatte zu bringen, sowie die Aufnahme eines rechtsverbindlichen Kanons (Charta der Grundrechte) in die europäischen

Verträge (z.B. Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen) zeigen erste Risse in den bisher widerspruchsfreien neoliberalen Grundpositionen (Bolkenstein-Richtlinien). Sarkozys „Generalangriff auf den Euro“ (FAZ 11.7.2007) verdeutlicht offene Widersprüche gegen den Stabilitätspakt, die Rolle der EZB und die Prinzipien des „freien und unverfälschten Wettbewerbs“. Die Vorstöße aus Frankreich, Italien (und teilweise auch Deutschland) signalisieren, dass die Homogenität der EU nicht so signifikant ist, wie die offiziellen Deklarationen es verlauten lassen. Auch ist das Scheitern der G-8-Runde in Potsdam ein Desaster für diejenigen Länder, die keinem der großen Handelsblöcke angehören.

Trotz eines bescheidenen Konjunkturaufschwungs gibt es keine entscheidenden Versuche, die anhaltenden sozialen Probleme mit neuen Konzepten anzugehen (siehe dritte Auflage der Lissabon-Strategie). Durch eine weitere Öffnung der Finanzmärkte entsteht nicht nur eine neue Spekulationsblase, sondern die Verschärfung des neoliberalen Grundprozesses. Die Rolle Deutschlands als „Exportweltmeisters“ geht deutlich zu Lasten der übrigen Mitgliedsländer der EU (Leistungsbilanzüberschüsse von 338 Milliarden Euro in 2006 gegenüber Defizit der EU25 von 81 Milliarden Euro – Memorandum 2007: 28).

Protektionismus und Subventionen sind weiterhin tragende Säulen der EU, um eine lupenreine marktwirtschaftliche Verfasstheit zu bremsen. Die Angst vor der Dynamik ausländischer Investoren (China, Russland, Golfstaaten) akzentuiert auffällig Konzepte, die die von Karl Polanyi formulierte Position verifizieren könnten.

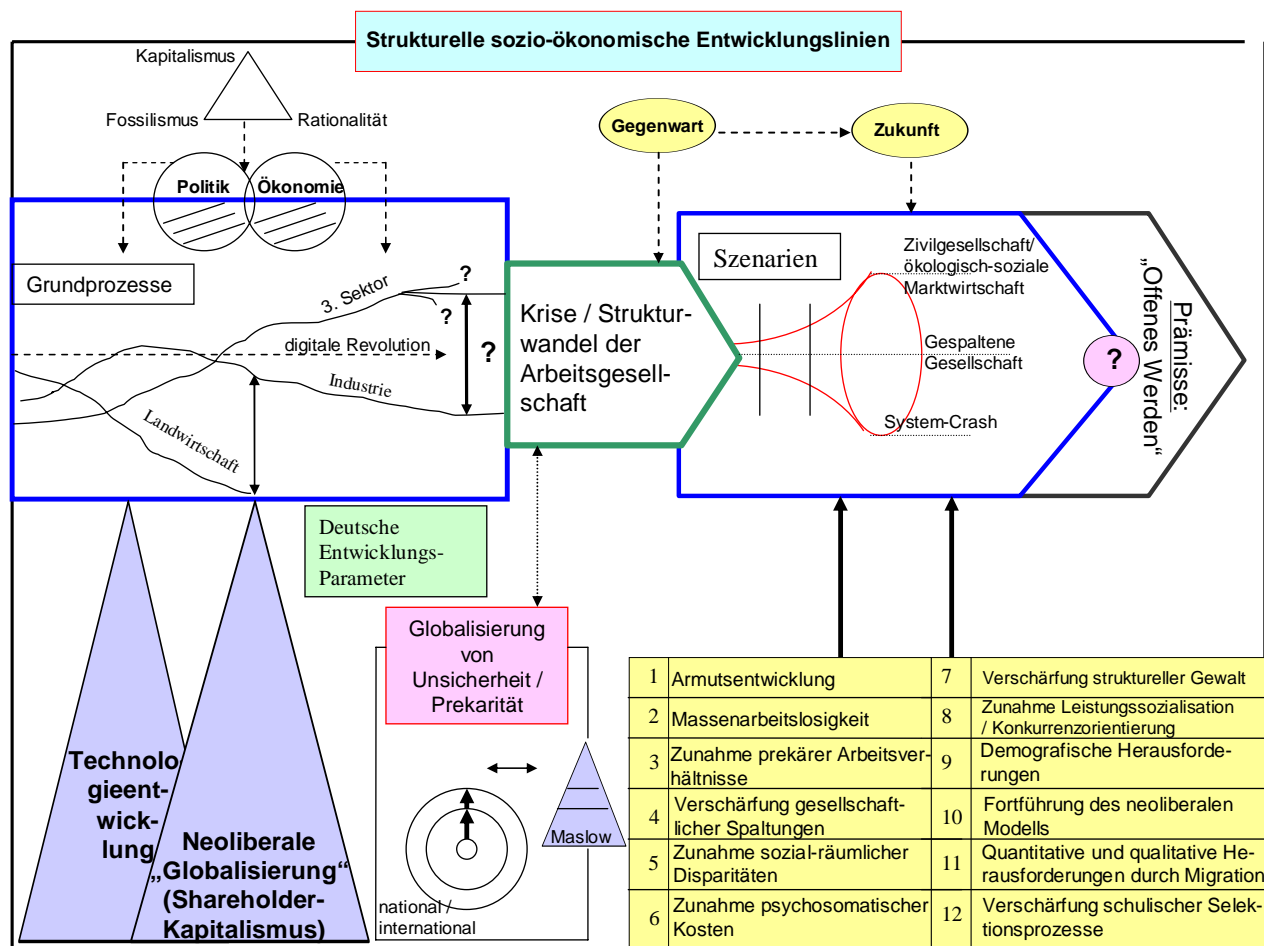
5. Hans-Peter Krebs (1998) geht davon aus, dass der Neoliberalismus als „umfassendes Transformationsprojekt“ gescheitert ist, da die Ideologieproduktion wegen der Realerfahrungen nicht in stabile Verhaltensmuster überführt werden konnte. Das zunehmende Empfinden der Bedrohung sozialer, ökonomischer und gesellschaftlicher Standards bis in die gesellschaftliche „Mitte“ (als Konsequenz der neoliberalen „Globalisierung“) verdeutlicht, dass die Antwort auf das Gelingen der „Hegemonie“ noch nicht gegeben ist. Als „Hegemonie“ bezeichnet Gramsci ein Herrschaftsverhältnis, bei dem es den politisch-gesellschaftlichen Eliten gelingt, sich auf ein gemeinsames Konzept von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft zu einigen, dieses auch in den Köpfen verankern kann, und damit die Folgebereitschaft gesichert ist. Um ein hegemoniales Verhältnis abzusichern, bedarf es des ideologischen, institutionellen und politischen Dreiklangs.

Legt man den so definierten Hegemonieanspruch zugrunde, dann ergibt die Analyse des heutigen gesellschaftlichen Zustandes ein durchaus ambivalentes Bild: Einerseits kann die massive ideologische Offensive als erfolgreich eingestuft werden (individualistisches Konkurrenzverhalten vs. Solidarität, Aufstiegssozialisation, alle Attribute einer konsumistischen Spaßgesellschaft etc.), andererseits prägen die erfahrbaren Konsequenzen der neoliberalen Umwälzung: Massenarbeitslosigkeit, Armut und Not, soziale Unsicherheiten, gesellschaftliche Spaltungen, Verlust von Perspektiven etc. Man kann also durchaus von einer Krise der Hegemonie ausgehen (Politikverdrossenheit/Wahlbeteiligung, zunehmende Legitimationskrise der „bürgerlichen Mitte“ etc.), und der sichtbaren Verschärfung repressiver Sicherheitsstaatskonzepte zur Flankierung dieser Krise.

So antworteten nach einer Allensbach-Umfrage (7/2007) auf die Frage „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht. Auf so eine Freiheit kann ich verzichten‘“ 62 Prozent mit ja, und signalisieren damit, dass die Legitimationsgrundlagen des eingeschlagenen Weges immer fragiler werden (FAZ, 18.7.2007). Nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Harris Interactive“ (im Auftrag von „Financial Times“) wird die „Globalisierung“ in Deutschland und anderen wichtigen Wirt-

schaftsnationen (Großbritannien, Frankreich, Spanien, USA) überwiegend negativ beurteilt. So glaubt nur gut ein Drittel der Deutschen, dass sich die „Globalisierung“ der Wirtschaft positiv auf ihr Land auswirkt (Stuttgarter Zeitung, 23.7.2007).

Es entzieht sich jedoch jeder Prognostizierbarkeit, ob das neoliberale Projekt Widersprüche potenziert, die eine transformatorische Alternative bedingen, oder auf ein Crash-Szenario vor allem der internationalen Finanzmärkte hinausläuft.



Entwurf: LUDWIG

Wenn sich auch im eigenen skizzierten Selbstverständnis der Anspruch auf eine valide prognostische Zukunftsaussage verbietet, so erhält der szenarische Entwurf von Prof. Max Otte eine sicher nicht ganz von der Hand zu weisende Plausibilität:

„In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren war es trotz aller Umwälzungen trügerisch ruhig in den westlichen Ökonomien. Der scheinbar unaufhaltsame Fortgang der Globalisierung hat die Illusion genährt, dass große Weltwirtschaftskrisen der Vergangenheit angehören... Es ist höchste Zeit, diese Annahme in Frage zu stellen. Nach allem, was mir meine Daten sagen, ist eine Weltwirtschaftskrise in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich. Die Globalisierung selbst hat eine große Blase erzeugt, die über kurz oder lang entweder schnell platzen oder langsam in sich zusammensinken muss... Der Aufschwung der jüngsten Vergangenheit war zu großen Teilen eine Scheinblüte, getragen durch eine Aufblähung der Geldmenge – und zwar auf Kosten immer ungesunderer Wirtschaftsstrukturen.“

Seit der Großen Depression von 1929 betreiben die westlichen Industrienationen, allen voran die USA bewußt oder unbewusst eine Politik der Ausdehnung von Kredit und Geld. Die Weltbank und der Internationale Währungsfond (IWF) haben das ... im Großen und Ganzen unterstützt. Durch diese leichtsinnige Geldpolitik wurde die Welt

mit Liquidität geradezu überschwemmt. Die Geldmenge hat sich in den letzten dreißig Jahren mehr als vervierzigfacht. Der Dow-Jones-Index verzehnfachte sich seit 1982, das Inlandsprodukt der USA stieg lediglich um den Faktor vier.

Mehr als siebzig Jahre dauert das nun schon. Fast alle Ökonomen glauben heute, damit den Königsweg zu immer währendem Wachstum und Wohlstand gefunden zu haben. Sie irren sich fatal. Eigentlich hätte das viele Geld ja zu einer Inflation führen müssen. Stattdessen sind die Schulden des gesamten Wirtschaftssystems explodiert... Das globale Finanzsystem ist mittlerweile ein komplexes Kartenhaus von Krediten auf vielen Ebenen, die beim besten Willen nicht mehr zurückgezahlt werden können...

Sicher, Krisen gab es nach der zweiten Ölkrise von 1979 und der Reagan-Rezession von 1981 bis 1982 zuhauf. Diese waren allerdings immer nur kurz und von begrenztem Ausmaß... Die Krisen der letzten fünfundzwanzig Jahre waren keineswegs trivial... Aber irgendwie waren die Krisen kurzlebig (wie der Börsencrash von 1987 und die Mexikokrise von 1994/95) oder regional beschränkt wie in Japan nach 1990. Die Weltwirtschaft insgesamt wurde nicht aufgehalten...

Das kann nicht mehr so lange weitergehen. Schon heute deuten sich die nächsten Blasen an: Die Rohstoff- und Ölmärkte eilen seit dem Jahr 2003 von einer Rekordmarke zur nächsten. Der Immobilienboom in einigen amerikanischen und europäischen Märkten hat die Preise auf ein Niveau steigen lassen, das bestenfalls mit den Immobilienpreisen in Tokio Ende der achtziger Jahre vergleichbar ist...

Bei einem Crash platzen mehrere Blasen, oder eine ganz große. Die darauf folgende Vermögensvernichtung ist so gravierend, dass die einzelnen Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen ihre Konsum- und Investitionspläne einschränken. Darunter wiederum leidet die wirtschaftliche Nachfrage. In einem Teufelskreis schrumpft die Wirtschaft, ohne dass sie davon gesünder würde...

Es kann nicht gesund sein, dass in Amerika und Europa ganze Industrien zusammenbrechen und in Entwicklungsländer verlagert werden. Es kann nicht gesund sein, dass Börsenindizes wie der DAX in gut einem halben Jahrzehnt eine Achterbahn von 8000 auf 2200 und dann wieder auf 6000 Punkte machen. Die ‚Bewältigung‘ der vielen kleinen und mittleren Krisen seit 1981/82 zeigt vor allem eins: Die Finanzmärkte werden immer nervöser...

Letztlich müssen die ungesunden Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte in einer Depression enden... Die Gefahr ist groß, dass es genauso schlimm, wenn nicht gar schlimmer wird als 1929. Auch dieses Mal wird die Weltwirtschaftskrise von den USA ausgehen. Wenn die amerikanische Wirtschaft ernsthaft leidet, haben Europa, Japan, China in ihrer jetzigen Form dem nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil, sie werden sich - genau wie 1929 - ‚anstecken‘.“ (Max Otte, Der Crash kommt. Berlin 2006, S. 19 ff.).

Dass die Angst vor einem Kollaps des hoffnungslos überschuldeten und spekulativ ausgerichteten internationalen Finanzsystems in höchsten Finanzkreisen nicht ausgeschlossen wird, belegt die Rede von A. Ryan (Staatsekretär im amerikanischen Finanzministerium, 11.6.2007) auf dem Jahresforum des Anlagenfondsverbandes Managed Funds Association in Chicago, und die anschließende Reaktion des amerikanischen Finanzministers Paulson auf diese Rede. Ryan verwies auf die Möglichkeit des Bankrotts eines großen Finanzinstituts, eine daraus abgeleitete Kettenreaktion, die eine „Kernschmelze auf dem Markt“ (ausgelöst und dynamisiert durch die Geldgeschäfte der Hedgefonds, eine Blase der Unternehmensschulden und eine Krise der Subprime-Hypotheken etc.) auslösen könnte (FAZ 4.7.2007). Und diese „Kernschmelze“ könnte nachfolgenden realistischen (mustergültigen) Anfang und Verlauf nehmen, und erhält durch die realen Prozesse (ausgelöst durch die Krise am amerikanischen Immobilienmarkt: US-Hypothekenkrise – Beginn 8/2007) eine brisante Aktualität:

„An der Wall Street wächst die Unsicherheit und es sind schon einige Erschütterungen wahrzunehmen. Als deren Epizentrum ist der amerikanische Immobilienmarkt auszumachen, der zunehmend Schockwellen über die Kreditmärkte und die einschlägigen Derivate aussendet... Immer häufiger fällt das Stichwort Domino-Effekt. Damit soll ausgedrückt werden, dass ausgehend von den Kreditmärkten eine Liquidationswelle entstehen könnte, die alle Vermögenswerte zu erfassen droht. Die Erfahrung zeigt, dass sich selbst als hochprofessionell geltende institutionelle Investoren in solchen Situationen verhalten wie unbesonnene, hoch emotional handelnde Anleger: Wenn Verluste Löcher zu reißen beginnen, greifen sie zum Tafelsilber, also auch zu hochwertigen Aktien, um diese zu stopfen“ (FAZ 12.7.2007).

Der real verlaufende Krisenprozess an den internationalen Finanzmärkten verdeutlicht nicht nur die sich dramatisch zuspitzenden Desintegrationsprozesse des Weltfinanzsystems (mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines systemischen Kollapses), sondern auch das Ende einer Casino-Wirtschaft, die mit soliden Gesetzen der Realwirtschaft keinerlei Kompatibilität mehr hat.

Das Klumpenrisiko der internationalen Verflechtungen (Domino-Theorie) ist zu ausgeprägt, als dass eine Risikobegrenzung (durch vor allem steuerfinanzierte Interventionen der Zentralbanken) möglich wäre. Auf dem Sockel einer vierzig Jahre dauernden Fehlentwicklung sind die in den letzten zwanzig Jahren entwickelten „kreativen Finanzinstrumente“ (Greespan) die entscheidende Ursache zu einem hyperbolischen Wachstum der Finanztitel, auf dessen Basis alle Länder mit konvertiblen Währungen in den Sog einer hyperinflationären Steigerung ihrer Finanzobligationen geraten. Es ist davon auszugehen, dass die aktuellen Krisenprozesse in den verschiedenen Märkten auf nichtlineare Weise zunehmen, und neben Hedge-Fonds, Beteiligungsgesellschaften, „Conduits“, Investmentfonds etc. auch die Banken selber immer stärker in die große Krise geraten, und damit auch die Prozesse der Realwirtschaft erreichen. Dieses Szenario erhält eine zunehmende Plausibilität.

6. Die **Bildungspolitik** ist sichtbar den Prämissen des „Humankapital-Ansatzes“ unterworfen, und wird die im Kapitel N dargestellte immanente Logik fortführen/verschärfen. Die Instrumentalisierung des Faktors „Bildung“ als Beitrag im „Standortwettbewerb“ ist eingeleitet und wird fortgeführt. Die in diesem Trend angelegten dysfunktionalen qualifikatorischen und sozialisatorischen Fehlentwicklungen konterkarieren nicht nur einen notwendigen Paradigmenwechsel (um im Systemwettbewerb angemessen positioniert zu sein), sondern werden vor allem (trotz des Bedarfs an „Fachkräften“) die soziale Selektion und Marginalisierung/Exklusion strukturell reproduzieren. Die in der „Haushaltskonsolidierungspolitik“ und in der „Föderalismusreform“ angelegten Blockaden für grundlegende Innovationen im Bildungssystem werden der notwendigen Lerngeschwindigkeit nicht die notwendige Schrittfolge und nicht die notwendigen Ressourcen geben. Die in der Krise des staatlichen Schulsystems angelegten Ineffizienzen und Unzufriedenheiten werden die soziale Ausdifferenzierung (Privatschulen, Internate etc.) verschärfen. Die neoliberale Bildungsstrategie (Privatisierung) hat klare Ziele und Ressourcen. Ihre politische Durchsetzungskraft ist aus der heutigen Perspektive noch nicht eindeutig definierbar. Ihr ist jedoch auf dem Hintergrund der skizzierten Ausgangslage - und den Entwicklungsannahmen des staatlichen Schulsystems - ein hohes Potenzial zu unterstellen, zumal die schon jetzt wahrzunehmenden politischen und kultusministeriellen neoliberalen Fraktionen ein sichtbares Kooperationspotenzial anbieten.

Die von neoliberalen Protagonisten vertretene Position, Bildung sei das entscheidende Instrument im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und zum Abbau der Armut, ist in seiner Logik und seinem Ideologiegehalt im Kapitel N ausreichend analysiert worden, und erhält in der sog. „Unterschichtendebatte“ (K 5.) eine besondere Ausprägung.

7. Auf dem skizzierten politik-ökonomischen Hintergrund kann der Stellenwert und die Funktion der Bildung nicht den Anspruch auf ein Korrektiv gegen den sichtbaren Trend darstellen. Neben den qualifikatorischen Prämissen ist die Antwort auf die Frage, welchen Lern- und Erfahrungsraum Schule im Sinne von Sozialisation und Bildung im Selbstverständnis z.B. der „Agenda 21“ bietet, von entscheidender unterschiedsbildender Bedeutung: eine bewusste Sozialisation im Kontext der aufgezeigten gesellschaftlichen und globalen Widersprüche (die Auseinandersetzung mit dem „Ernstfall“, v. Hentig) bietet in diesem Verständnis andere Lern- und Entwicklungsprozesse als die funktionale Leistungssozialisation (mit ihren beschriebenen Effekten) der „PISA-Logik“. Insofern gilt der Maßstab und der Anspruch einer emanzipatorischen Pädagogik, die heranwachsenden Menschen im Selbstverständnis des Kant'schen Imperativs zu qualifizieren, zu sozialisieren und zu bilden: „Mensch, habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen“. Die Voraussetzung des Nichtwissens und Durchschauens im Paradigma der Unmündigkeit ist die Garantie für die „Logik des Misslingens“, und eine mögliche Basis für ein hinter uns gemeintes Irrationalisierungspotential. Dieser emanzipatorische Ansatz steht in keinem Widerspruch einer breitenwirksamen Qualifikationsstrategie, mittels derer heranwachsende Kinder und Jugendliche befähigt werden, sich

im globalen und nationalen Arbeitsmarkt behaupten zu können. Gerade deswegen reicht eine einseitige kognitionsfixierte Leistungssozialisation nicht aus, um die Irrungen und Wirrungen zukünftiger Markt- und Gesellschaftsprozesse als integrierte Persönlichkeiten bewältigen zu können.

8. Die Konzepte der „Weltrisikogesellschaft“ und des „Global Marshall Plans“ signalisieren einen möglichen (theoretischen) Ausweg aus dieser Krise. Da in diesen Ansätzen eine nationale und internationale „Aufladung“ in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft stattfindet, soll das „Prinzip Hoffnung“ in dieser Debatte nicht unberücksichtigt bleiben, zumal sich Philosophie, Prämissen und Implementierungsstrategien mit dem Konzept des „Globalen Lernens“, dem zivilgesellschaftlichen Diskurs und dem Konzept der „Ökosozialen Marktwirtschaft“ als weitgehend kompatibel erweisen.
9. Zu verschränken sind diese Konzeptansätze mit Alternativen zur neoliberalen Programmatik in den Dimensionen Beschäftigung, ökologischer Umbau, Gerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft (siehe auch Memorandum 2007).

Um der in der „GIB-Formel“ angelegten Konsequenz zur weiteren Aufblähung der Finanzmärkte und vertieften Spaltung der Gesellschaft gegenzusteuern, soll nach der „ENA-Formel“ die Beschäftigungslücke von ca. 7 Millionen Arbeitsplätzen durch folgende Maßnahmen sukzessive geschlossen werden:

- Durch Ausschöpfung lohnpolitischer Spielräume zur Aktivierung der Binnennachfrage.
- Gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes gegen prekäre Beschäftigung und Armut trotz Arbeit.
- Öffentliche Investitionsprogramme für Infrastruktur und ökologischen Umbau: Einstiegsvolumen von jährlich 40 Milliarden Euro, um der dramatischen Unterfinanzierung zentraler Zukunftsbe-reiche wie Bildung, Umwelt und Infrastruktur gegenzusteuern.
- Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen: Gegensteuerung zur bisherigen Vorreiterrolle der öffentlichen Hand bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen (1996-2004: über 800.000 Voll-arbeitsplätze). Mit 30 Milliarden Euro pro Jahr könnten eine Millionen neue Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung/Schulen, Kinderbetreuung, Weiterbildung, Gesundheits- und Pflegedienste geschaffen werden (Memorandum 2007).

Arbeitsmarktprobleme können weder signifikant durch eine Verbesserung des Vermittlungsprozesses noch durch eine Verdrängung der Arbeitssuchenden in die „Stille Reserve“ gelöst werden. Vielmehr muß mit oberster Priorität das gesellschaftliche Arbeitsvolumen durch eine geeignete Beschäftigungspolitik erhöht und gleichzeitig Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung um-verteilt werden (plus Ausweitung von ABM- und Strukturanpassungsmaßnahmen). Eine Ver-kürzung der Arbeitszeit auf 35-Stunden hat in Frankreich und Italien eine gesetzliche Veranke-rung, während in Deutschland solche Themen in den ideologischen Schützengraben verharren.

1. Prinzip Hoffnung?: Strategie zur Implementierung einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft

Der konzeptionelle Ansatz von Radermacher (2007) u.a. ist sowohl aus inhaltlichen als auch aus politisch-strategischen Gründen von Interesse, da die Grundideen und Prämissen als Expertisenbeitrag in die Runde der G 8 (2007) eingeflossen sind, und hier einen in seinen Wirkungen nicht verifizierbaren Denkanstoß geboten haben könnten. Radermacher (Informatikprofessor Ulm) gilt als Vordenker des „Global Marshall Plans“, und hat auf Einladung der Bundesregierung die Möglichkeit erhalten, sein Konzept auf dem G-8-Gipfel vorzustellen. Er repräsentiert einen breiten Diskussionsstand sozial-ökologischer Perspektiven.

Radermacher verweist zu Recht auf die schwierige globale Ausgangslage zu Beginn des 21. Jahrhunderts: dramatische ökologische Probleme, zunehmender Kampf um strategische Ressourcen, drohende Klimakatastrophe, eine Verschärfung der globalen Arm-Reich-Problematik, zunehmende Kulturkonflikte und sich gefährlich eskalierende Dynamiken im Weltwirtschaftssystem. Als zentrale globale Problemlage identifiziert er eine weitere Forcierung „freier Märkte“ ohne adäquate Rahmenbedingungen (ohne ausreichende Berücksichtigung sozialer, kultureller und ökologischer Anliegen). Die Fokussierung auf die „Globalisierungs-Hype“ habe nicht nur kollektive Lernzeit verspielt, und die Verlierer im Rahmen dieser weltökonomischen Prozesse weitgehend aus den Augen verloren. Auf dem Hintergrund eines drohenden ökologischen Kollapses, einer Bedrohung durch die „Brasilianisierung“ (Wohlstandsverschiebung von der Mehrheit der Menschen zu profitierenden Eliten) - und der Gefährdung der Demokratien - definiert der Autor die Rahmenbedingungen eines weltweiten ökosozialen Marktmodells, das nicht zuletzt aus weltethischer Sicht (Weltethos Hans Küng) motiviert ist. Ziel dieser konzeptionellen Debatte ist, Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, NGOs und Zivilgesellschaft zu motivieren, durch einen „Global Marshall Plan“ die politisch-gesellschaftlichen Eliten für eine andere Zukunftsgestaltung zu aktivieren. Der Markt alleine könne Armut nicht beseitigen und breiten Wohlstand schaffen. Es bedarf des gestaltenden Staates, der die urwüchsigen Marktkräfte bündigt und die Verlierer auffängt, und die strukturellen Trends zum Gegenstand einer gegensteuernden Politikgestaltung macht. Diese zentralen Trends lassen sich für die Binnenprozesse der Nationalstaaten auf folgenden Ebenen komprimiert darstellen:

- Nach vorliegenden Daten werden in der „postindustrialisierten Phase“ 80 Prozent der Bevölkerung in den westlichen EU-Ländern nicht mehr in der Industrie und Landwirtschaft, sondern in Niedriglohnjobs mit nur wenig Sicherheit (Dienstleistungssektor: Existenz mit Niedriglöhnen) bestreiten müssen (vgl. Giddens 2007:26). Die Verlierer dieser Entwicklung sind Geringverdiener und Niedriglöhner. Vor allem in den Großstädten und Ballungszentren wächst das Potenzial der „Neuen Armut“. Das prognostizierte Modell einer 40- zu 60-Gesellschaft ist mittlerweile schon Realität: Bereits heute stehen 34 Millionen Erwerbstätigen 48 Millionen Nichterwerbstätige gegenüber. Die Zweiklassengesellschaft ist keine Zukunftsprojektion mehr: das Potenzial der Ausgegrenzten, Abgehängten und Überflüssigen wächst (mehr Zeitarbeit, mehr Zweitjobs, mehr Armutsarbeitsplätze) (Opaschowski 2007).
- Immer mehr Menschen können von ihrem Verdienst allein ihre Existenz nicht mehr bestreiten. Die Zahl der Menschen wächst, die sich in der Zone des „prekären Wohlstands“ bewegen. Die Angst vor dem gesellschaftlichen Absturz ist mehrheitsfähig geworden (Opaschowski 2007).
- Immer mehr Beschäftigte haben eine befristete Anstellung und damit kein kontinuierliches Einkommen mehr.

- Immer weniger lohn- und einkommensbezogene Beitragszahlungen (Strukturwandel in der Arbeitswelt) lassen den staatlichen Schuldenberg wachsen und die staatlichen Leistungen sinken.
- Über 10 Millionen Bundesbürger haben schon heute einen Anspruch auf Alg II oder Sozialgeld.
- Zwei bisher gültige Gesetze sind in Frage gestellt: Erstens: Von der Arbeit muss man leben können. Zweitens: Niemand, der arbeitet, darf arm sein. In Zeiten von Lohndumping und „Mindestlöhnen“ sind diese Selbstverständnisse außer Kraft gesetzt worden. Der Grundsatz „Es kann jeden treffen“ ist gemeinschaftsfähiger geworden (Hartz-IV). Das Leben wird für viele zu einer „Drahtseil-Biographie“ (Beck 1997).
- Das Ausmaß der „Schattenwirtschaft“ macht in Mittel- und Osteuropa zwischenzeitlich zwanzig Prozent der offiziellen Wirtschaft aus. Die Selbstversorgungswirtschaft, Schattenwirtschaft und Untergrundwirtschaft verweist auf ein zunehmendes Anwachsen von Subökonomien. Diese „Flucht in Nebenarbeiten“ verweist nicht nur auf ökonomische Notwendigkeiten, sondern kompensiert den Mangel an sinnvollen Betätigungsfeldern ebenso wie er Potenziale der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung fokussiert.
- Weil jeder dritte Deutsche kinderlos bleibt und als Rentner immer länger lebt, können sich die sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) einer grundlegenden Neudefinition nicht mehr entziehen. Der „Generationenvertrag ohne Generationen“ (Raffelhüschen 2007) drängt die Debatte zunehmend in Modelldiskussionen eines „Existenzgeldes“ für alle auf.
- Mit der Perspektive eines „Wohlstandsverlustes“ (Senkung des Lebensstandards) polarisiert sich die Gesellschaft nicht nur unter der Wahrnehmung zunehmender Ressourcendifferenzen, sondern die Anforderungen an schlüssige Konzepte mit Verlässlichkeit und Nachhaltigkeitscharakter wachsen mit Zuspitzung der Widersprüche quer durch alle Bevölkerungsschichten. Die Gefährdung des sozialen Friedens ist unter der Annahme einer ungebrochenen Weiterführung des Ist-Zustandes realistisch. Nicht zufällig wächst die Angst vor dem sozialen Absturz und die Sorge um den Verlust des sozialen Zusammenhalts zunehmend (BAT-Studie 2002). So prognostiziert der Ethnologe und Kulturhistoriker Hans Peter Dürr den sozialen Kollaps, wenn wir so weiterleben wie bisher, da unter dem Zwang kurzfristigen Kosten-Nutzen-Kalküls die Erosion der Gemeinschaft eine zentrale Konsequenz ist. Forschungen der Sozialfolgeabschätzung verweisen z.B. auf fundamentale Veränderungen in der Vereins- und Organisationsbindung. Die Basis für ein demokratisches Gemeinwesen verliert damit zunehmend an Substanz und Vitalität. Das Ausmaß der Unzufriedenheit mit der politischen Repräsentanz wächst (Wechselwähler, Protestwähler, Wahlverweigerer, Politik- und Parteienverdrossenheit).
- Die schon vom Club of Rome 1972 prognostizierte „kritische Übergangsphase“ verlangt nach neuen Stellhebeln zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Gleichgewichts, das durch den beschriebenen Prozess der neoliberalen „Globalisierung“ erheblich instabil geworden ist. Wir befinden uns in Strukturveränderungen globalen Ausmaßes (ökonomisch, sozial, ökologisch demografisch etc.). Dieser instabile Prozess verlangt nach neuen Konzepten gesamtgesellschaftlicher und globaler Gestaltungsoptionen.

Zentrale These des Ansatzes von Radermacher ist, dass in Weiterführung der Thesen des „Club of Rome“ ein weiteres Wachstum des Supraorganismus „bald alle Grenzen sprengen würde“ (Wasser, Nahrungsmittel, Öl etc.), und dass bisher gültige Wachstumsmuster nicht weitergeführt werden können. Die aufgesetzte Dynamik sei nicht mehr steuerbar und gleiche dem „Tanz auf dem Vulkan“. Der Planet

stehe schon jetzt unter erheblichem Stress, und wesentliche ökologische Systeme sind schon aus dem Gleichgewicht geraten. Angesichts einer projizierten globalen Bevölkerungsentwicklung von heute 6,5 Milliarden auf zehn Milliarden (2050) ist ein Paradigmenwechsel unabdingbar und zugleich „eine bessere Form der Globalisierung möglich“.

In drei Szenarioannahmen beschreibt der Autor mögliche Optionen:

- Szenario „Kollaps“ (ökologische Katastrophe).
- Szenario „Ökodiktatur/Brasilianisierung“ (extremes Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich).
- „Globale ökosoziale Marktwirtschaft“ (eine mit Nachhaltigkeit und Frieden kompatible Langfristperspektive für die Menschheit).

Die letzte Variante möchte der Autor als „Gesellschaftsvertrag für diesen Globus“ aufsetzen, und dies unter Einbettung in bestehende Machtverhältnisse und Regelwerke: Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, Elemente einer supranationalen Besteuerung, Regelveränderungen der WTO, innovative Entwicklungskonzepte etc.

Nicht nur die Dynamik des ökonomischen Systems, sondern auch das hohe Tempo der sozialen und kulturellen Veränderungen und die Dichte der Ereignisse signalisieren das Einleiten einer neuen Entwicklungsphase in der Menschheitsgeschichte. Dieser „nahchaotische Zustand“ repräsentiert einen „Phasenübergang“, der mit dem Anspruch an „Nachhaltigkeit“ nicht zu vereinbaren ist. Bevölkerungswachstum als hyperbolische Entwicklung und lineare Wachstumsmodelle haben die Tendenz zu „überexponentiellen“ Entwicklungen, die den bisherigen Zustand eines „dynamischen Gleichgewichts“ mit hoher Wahrscheinlichkeit destabilisieren werden. In bezug auf die Hauptthese von Kapitzka, nach der die bisherigen Wachstumsmuster der Menschen zwangsläufig abbrechen, weil der „Supraorganismus Menschheit“ die nötigen Innovationen nicht mehr schnell genug hervorbringen kann, sei die „Hardware“ des Menschen völlig überfordert. Die Logik des Satzes „Die ich rief, die Geister, werd ich nicht mehr los“ signalisiere, dass Entspannung nicht in Sicht sei. Vor allem neue Anforderungen an die Modelle des technischen Fortschritts und Fortschritte im Bereich der „Governance“ seien unabdingbar, da die Janusköpfigkeit der „technischen Illusion“ zunehmend sichtbar wird, und bei der Lösung der großen gesellschaftlichen und politischen Themen sich als große Desillusionierung erwiesen hat. Nur der Ausbau erneuerbarer Ressourcen, eine effiziente und effektive Nutzung der Rohstoffe und Stoffwechselprozesse, und die Implementierung technischer Systeme mit niedriger Entropie (Neirynck) ermöglichen einen „Frieden“ mit der Umwelt. Wie wichtig dieser „Frieden“ aus monetären und humanen Beweggründen ist, lässt sich an den aktuellen Umweltfolgen Chinas illustrieren: Zwar haben die hohen Wachstumsraten Millionen Chinesen aus bitterer Armut befreit, jedoch mit den Konsequenzen, dass

„Flüsse und Seen kippen, Kinder verkrüppelt geboren werden und mehr als eine halbe Miliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser hat. Böden sind verseucht, Lebensmittel belastet. Gerade ein Prozent der städtischen Bevölkerung atmet saubere Luft... Umweltschutz in China ist eine, wenn nicht die grundlegende Herausforderung für das Überleben des Regimes. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sterben jährlich 750 000 Chinesen direkt an den Folgen verpesteter Luft und verseuchten Wassers. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens: 3,05 Prozent der Wachstumsrate seien 2004 nur durch direkte wirtschaftliche Schäden aufgrund der Umweltzerstörung verlorengegangen, schätzten chinesische Fachleute... Das Experiment China steckt mitten in einer riesigen Herausforderung. Ob es sie bestehen wird, ist offen“ (FAZ, 28.8.2007, S. 11).

Vor allem der „Mythos vom freien Markt“ erweist sich als ein beispielloser Raubbau an den natürlichen Ressourcen (Verhältnis von Wachstum und Ressourcenverbrauch), und produziert immer mehr einen Bumerangeffekt. Die vollständige Kopplung der Wertschöpfungskette an fossile Ressourcen trägt zu einem exorbitanten Energieverbrauch bei, so dass zwischenzeitlich die Regelkreisläufe beim Klima aus den „Fugen geraten sind“, zumal verbindliche internationale Abkommen (Kyoto-Protokoll) nicht konsensfähig sind. Die von der WTO aus gesteuerte Philosophie des „Freihandels“ konterkariert den Anspruch auf „Nachhaltigkeit“ und soziale Gerechtigkeit. Durch den asymmetrischen Verlauf des

„Globalisierungs“-Prozesses hat sich die Schere zwischen Arm und Reich global (vor allem in Nord-Süd-Verhältnis) verschärft. Das Verhältnis 20:80 (20 Prozent reich und 80 Prozent arm) drohe sich zu realisieren mit dem Risiko des „Ausfransens“ an den Rändern des politischen Spektrums. Der „Marktradikalismus“ sei „mindestens so schädlich wie der Kommunismus“. Die Logik des heutigen Weltfinanzmarktsystems trage nicht nur den Keim der Selbstzerstörung in sich und sei auch nicht zukunftsfähig. Die „Zivilisation ist ein fragiles Gebilde“. Offene Systeme (im Sinne Poppers) brauchen ein leistungsstarkes Governance-System. Dem Menschenbild des „homo oeconomicus“ sei die Philosophie der Kooperation gegenüberzustellen („homo oeconomicus cooperativus“):

„Für die heutige Welt sind der freie Markt und sein Wachstumspotenzial so etwas wie der heilige Gral, die Lebenslüge der Ökonomie. Der Glaube an den freien Markt setzt einen Denkraum, in dem die Probleme der Welt gedeutet werden. In früheren Zeiten waren Religionen oder Philosophien die intellektuellen Konstrukte für Letzterklärungen, heute sind es ökonomische Megafilosophien...“ (S. 94)

Die Probleme sind primär dadurch begründet, dass wir insgesamt schlecht austarierte Verteilungsmuster haben, die uns nun im Zuge der Globalisierung aufgezwungen werden...“ (S. 98)

Viele Vertreter des Freihandels wissen das, aber sie wollen weiter ihre Profite einstreichen, und noch die absurdeste Begründung ist recht, um die ethische Korrektheit der von ihnen betriebenen Plünderungsprozesse plausibel zu machen“ (S. 105).

Das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft setzt dagegen auf eine exzellente und breite Bildung für alle, auf Leistungsorientierung, sozialen Ausgleich und Umweltschutz, Solidarität und Subsidiarität und auf einen Frieden mit der Biosphäre. Anstatt zu agieren reagieren die politischen Repräsentanten nur auf die sichtbare globale Ausgangslage. Ein „Weltvertrag“ mit ökosozialem Design sei erforderlich. Das Zusammenspiel von Technik, Organisation und Governance sei ein möglicher Ausweg, um aus dem „Gefangenendilemma“ herauszukommen. Die Unterzeichnung der Millenniumsentwicklungsziele (Unterzeichnung durch 189 Staatschefs) bilden das Kernstück internationaler Politikgestaltung (im Selbstverständnis des Kantschen kategorischen Imperativs: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“). Basis dieses Politikkonzeptes ist der dem „Weltethos“ und dem „interkulturellen Humanismus“ verpflichtete Anspruch (Erhalt der Umwelt und der Würde des Menschen). Insofern ist das Szenario „Globale ökosoziale Marktwirtschaft“ das einzige mit Nachhaltigkeitsansprüchen kompatible Zukunftsszenario:

„Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist ein konstruktives Gegenmodell zu den marktfundamentalistischen Prinzipien der freien Selbstregulierung in so genannten freien Märkten. Genauso klar abgegrenzt ist sie von sozialistisch-planwirtschaftlichen Ideen und von einer verordneten Gleichheit. Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist keine neue Erfindung, sie wurzelt in europäischen Erfahrungen des rheinischen Kapitalismus, im niederländischen Folder-Modell und in asiatischen Traditionen des Ausgleichs... Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist Teil des Programms der europäischen Parteien, auch auf europäischer Ebene sind die zentralen Gedanken verankert. Sie beinhaltet den Standpunkt, dass das Ökonomische kein Ziel an sich ist, dass aber ohne Ökonomie alles nichts ist. Der Markt hat eher eine dienende Funktion, ist Mittel zum Zweck“ (S. 149 f.).

Um diese konzeptionelle Grundlage zu realisieren müssen folgende Ziele grundlegend sein:

- Weltweit verbindliche soziale und ökologische Standards.
- Ein neues Bretton-Woods-Abkommen, um den Kollaps der Weltfinanzmärkte zu verhindern.
- Die Entwicklung weltweit verbindlicher steuerpolitischer Grundsätze.
- Die Entwicklung eines Systems für einen globalen Finanzausgleich.
- Eine weltweite Durchsetzung des „Verursacherprinzips“ und der „ökologischen Kostenwahrheit“.

Auf diesem Zielhintergrund ist die Europäische Union als „erfolgreiches Modell der Globalisierung“ anzusehen, da es der Kontinent geschafft habe, Länder zu echter Zusammenarbeit zu bringen. Dieser „erfolgreiche europäische Ansatz“ soll als Modell für eine bessere Globalisierungsgestaltung gelten und eine gerechtere „Globalisierung“ organisieren. Europa darf demnach den „Marktfundamentalisten nicht die Hoheit in der Debatte überlassen“, und muss sich zu den Wurzeln der ökosozialen Marktwirtschaft

bekennen. Der Autor spart jedoch trotz dieser positiven Projektion auf das „Modell Europa“ nicht mit massiver Kritik an den neoliberalen europäischen Fehlentwicklungen (Bolkenstein-Richtlinien etc.). In diesem Verständnis brauchen wir einen weltweit besseren Ordnungsrahmen (Vereinte Nationen, IWF, WTO), auf dessen Grundlage ein „Global Marshall Plan“ zu entwerfen ist als Basis für eine neue „Weltinnenpolitik“ (Erweiterung des Entwicklungsmodells der EU auf den gesamten Globus). Diese basiert auf folgenden Prämissen:

- ökosozial statt marktradikal;
- eine bessere „Globalisierung“ ist möglich;
- Technik ist eine Chance;
- Zukunft braucht Werte;
- Aufklärung in Zeiten der „Globalisierung“;
- Implementierung des „Global Marshall Planes“.

Das Gelingen eines solchen Prozesses setzt demnach eine „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter) des Alten voraus. Ausgetretene Pfade müssen verlassen, Neuland betreten werden. Demnach ist der „Global Marshall Plan“ die letzte Chance zum Schutz der Marktwirtschaft vor den zerstörerischen Wirkungen des Marktfundamentalismus. Internationale Projekte wie das Konzept der Kleinkredite (Yunus: Banker der Armen), das Entwicklungsschulensystem von FUNDAEC und dem WEP bzw. WORTH-Ansatz belegen die Möglichkeiten zu Quantensprüngen (eben durch das Verlassen ausgetretener Pfade). Voraussetzungen zur globalen Initiierung eines solchen Prozesses sind:

- Ein „Global Marshall Plan“ als globale Initiative der EU.
- Kohärente „Global Governance“ und ein „Global Marshall Plan“ als Thema von IWF, WTO, Weltbank und G-8-Gipfel.
- Initiative zum globalen Klimaschutz für einen Nach-Kyoto-Prozess.
- Ein „Ministerium für Globalisierungsgestaltung“.

Die weltweite „Explosion der sog. Bürgergesellschaft“ (Peter Spiegel 2007) als Ausdruck zunehmenden „bürgerschaftlichen Engagements“ zeigt die Bereitschaft zu Engagement und ethischen Visionen. Basis für die Realisierungschance eines Paradigmenwechsels zur Überwindung der Krise der Arbeitsgesellschaft ist ein freies/bedingungsloses Grundeinkommen/Bürgerereinkommen für alle Menschen, und ein „Grundrecht auf Globalisierungsteilhabe“, da die extreme Verschärfung der Wettbewerbsungleichheiten eine „existentielle Gefährdung aller Grundrechte“ (Spiegel, 170) zur Folge hat. Dieser Schritt wäre für die Benachteiligten dieser Gesellschaft die „größte vorstellbare Befreiungsaktion“ - und damit ein „Durchbruch zu einer echten Dienstleistungs- und Bürgergesellschaft“. Damit würde das „Soziale Qualitätsmerkmal des wirtschaftlichen Prozesses“ ein zentrales Gütekriterium. Durch die Verschränkung des Konzeptes der „negativen Einkommenssteuer“ (Milton Friedmann), die Befürwortung des „allgemeinen Grundeinkommens“ (James Tobin), des Konzeptes von Peter Kooistra (Auftrag UNO) und dem „Global Marshall Plan“ lässt sich nach Meinung von Spiegel und Radermacher ein „schrittweiser Sozialsystemwechsel“ über mehrere Schritte realisieren (siehe meine kritische Analyse in den Kapiteln E 13. – 15.1.).

Der Zielkatalog des Millenniumsgipfel (2000) der Vereinten Nationen soll die Basis bilden, auf den sich zwischenzeitlich alle großen internationalen Organisationen (WTO, ILO, UNEP, WB und IWF) beziehen. Der noch nicht gedeckte Finanzbedarf für die Erreichung der „Millennium Development Goals“ liegt nach der Analyse der Vereinten Nationen (Zedillo-Report, 2001) bei ca. 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für den Zeitraum 2008-2015. Der kritische Status zur Zielerreichung vor allem in den Dimensionen „good governance“, „soziale Gerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“ oder „Gleichberechtigung“ wird in der aktuellen Analyse von Nuscheler/Roth (2006) dargestellt.

Für die Implementierung des „Global Marshall Planes“ (ab 2008) ist von 100-120 Milliarden Dollar auszugehen. Während die Gesamtsumme der internationalen Entwicklungshilfe bei 0,25 Prozent des BIP der „Geberländer“ liegt, bezögen sich die Ausgaben für den „Global Marshall Plan“ auf 0,65 Prozent des BIP. Um die schwerwiegende finanzielle Schieflage der Steuerlast gegenüber den Lohnsteuern aufzuheben, sollen neue Finanzierungsmodelle herangezogen werden:

- Nutzung von Sonderziehungsrechten beim IWF (Soro, 2002).
- Einführung einer Tobin-Abgabe auf globale Finanztransaktionen.
- Einführung einer Terra-Abgabe auf den Welthandel.
- Ausweitung des Kyoto-Protokolls in Verknüpfung mit einem Ökosozialen Marshallplan („Kyoto Plus“).
- Idee einer „Nullrunde für Milliardäre“ (Huschmand Sabet, 2005).
- Schließung der Off-shore-Steuerparadiese (jährlicher Steuerentzug von 50 Milliarden US-Dollar).
- Idee einer Zukunftsanleihe (Gege, 2004).
- Abbau protektionistischer Strukturen.
- Umfassende Entschuldung der Entwicklungsländer.
- Schaffung einer internationalen Kartellbehörde.

Die Zauberformel für diesen Prozess ist die „Kofinanzierung plus Standards“. Die im EU-Prozess bewährte Formel, nach der die reicheren Länder überproportional in einen Fonds einzahlen (Spiegel), habe sich in der EU ausgezeichnet bewährt und eine Beschleunigung herbeigeführt, die auf der Basis von Standards (Demokratisierung, Öffnung der Märkte, ökosoziale Rahmenbedingungen, Angleichung der technischen und sonstigen Standards) auch für den globalen Prozess weitestgehende Gültigkeit beanspruchen kann. Schon bestehende und gültige Rahmenabkommen (Umwelt, Arbeit, Kultur etc.) können eine Basis der Erweiterung und globalen Verbindlichkeit bilden, um ein funktionierendes „Global-Governance-System“ zu implementieren: Eine sinnvolle Integration der Regelwerke der heutigen internationalen Organisationen zu einem kohärenten System (Freihandel, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Menschenrechte) ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Die Mittel zur Förderung und Verteilung der Fonds-Gelder sollen sowohl über die Strukturen der UNO, Nichtregierungsorganisationen und unabhängigen Persönlichkeiten gesteuert werden, um Gerechtigkeit und Effizienz zu garantieren (analog zum „Women's Empowerment Program“, dem Alphabetisierungsprojekt in Neapel/ECTA etc.) dessen Erfolgsgrundlage die Autonomie war. Das immense Erfolgspotenzial des Konzeptes der Kleinkredite (Yunus) im Rahmen des WEP-Projektes illustriert nicht nur die ökonomische und soziale Entwicklungsdynamik, sondern auch die Möglichkeiten eines globalen Emanzipationsprojektes im Verständnis einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft. Hierbei bleibt es eine offene Dynamik, ob die internationalen Konzerne aus der immanenten Logik des Profitstrebens die aktuelle Debatte um den „Klimaschutz als dem wichtigsten Wettbewerbsfaktor“ für eine „Nachhaltigkeitsstrategie“ nutzen und marktstrategisch stabilisieren, oder ob das grüne Etikett eine kurzfristige PR-Blase ist. Hektische Gründungen von „Nachhaltigkeitsabteilungen“, Umweltleitlinien und ökobewegten Werbekampagnen lassen sich noch nicht eindeutig im Spannungsfeld von Modeerscheinungen und Strategiewechsel identifizieren. „Nachhaltigkeits-Ratings“ (u.a. CDP in London oder SAM in Zürich) machen finanzstrategische Optionen auf, mit dem ökologischen Anspruch auf „Nachhaltigkeit“ (Portfoliobereinigung) deswegen ernst zu machen, weil es marktprofitabel ist. Es entzieht sich jedoch einer quantitativen und qualitativen Analyse, diesen marktlogischen Trend in die Strategie einer öko-sozialen Marktwirtschaft einzubauen.

In diese einsetzende Dynamik ist eine Entwicklung einzuordnen und zu bewerten, die unter dem Titel „Der Feldzug der Reichen gegen Armut, Aids und Klimawandel“ (Der Spiegel, 23.7.07) ein breites Bündnis zwischen privaten Stiftungen (Bill&Melinda Gates foundation, Clinton Global Initiative, Open Society Institute – Soro, Wellcome Trust, Robert Bosch-Stiftung etc.) und Konzernstrategien (BP, Total, Canon, Renault etc.) repräsentiert, dessen Identifikation zwischen Philanthropismus und neuen PR-

Strategien immer schwieriger wird. Alle fahren auf dem Gleis „Global denken, lokal handeln“, und postulieren mit unterschiedlichen Akzenten und Programmen die Absicht, den Prozess der „bedrohten Gattung und Erde“ (Hunger, Armut, Dürre, Wassermangel, Müll, Aids, Gifte, CO₂) aufzuhalten, da die Rettung der Erde „von oben“ zu schwerfällig und zu langsam sei. Die Hoffnung auf die „Geburt einer neuen Weltzivilgesellschaft“ (in der sich Manager, Politiker und Wissenschaftler vereinen) findet viele Aktionen und Ausdrucksformen: einer Aufstellung von Sozial-Rankings an den Börsen, dem Erscheinen des „Sustainability Yearbook“ (Bewertung von Firmen nach Kriterien der Nachhaltigkeit). Entsteht hier eine neue Synthese zwischen der alten Bewegung der „Romantiker und Moralisten“ mit der neuen Bewegung von Managern, Milliardären und Pragmatikern mit dem „dritten Sektor“ der Zivilgesellschaft? Sichtbar ist, dass die zunehmende Legitimationskrise des neoliberalen Globalisierungsprozesses immer mehr Widersprüche in den Reihen der „Globalisierer“ erzeugt, und mit dem Internet als Medium einer globalen Vernetzungsmöglichkeit Massenprozesse initiieren kann, die die „Macht des Kunden“ als Stellhebel haben, und neue Strategien in den Chefetagen erzwingen. Inwieweit eine Bewegung „von unten“ und „von oben“ eine neue Synthese hervorbringen kann, die den Effekt hat, die Fehlentwicklungen der herrschenden Lehre zu korrigieren, entzieht sich wegen seiner schwierigen Rekonstruktion einer seriösen Analyse. Die Zeiten der ungebrochenen Prämisse „money making“ scheinen jedoch nicht mehr widerspruchsfrei selbst in jenen Kreisen reproduzierbar, die von den bisherigen ökonomischen und finanzstrategischen Kreisläufen eindeutige Profiteure waren. Ob dieses Handeln in eine neue Ethik und „Weltmoral“ mündet, und in Verbindung zwischen offiziellen politischen Entscheidungsstrukturen, NGO's und privaten Sponsoren Handlungen erzeugt, die globalen Weltprobleme in praktischen Projekten anzugehen und zu lösen, ist nicht ohne Bedeutung für weitere Bündnisprozesse in vollkommen neuen Konstellationen. Diese sind insofern von Bedeutung, da jede Initiative für sich genommen zu schwach sein wird, die Themen der „Weltrisikogesellschaft“ zu lösen.

Für Radermacher bleibt die Prognose über den Ausgang dieses Prozesses eher pessimistisch, da sich die aktuellen Globalisierungsprozesse verschärfen:

„Analysiert man die gegenwärtigen Trends, dann weisen die Zeichen stärker in Richtung ökologischer Kollaps und auf Ressorcendiktatur/Brasilianisierung als auf eine weltweite Öko-soziale Marktwirtschaft. Die Gründe liegen vor allem in der nach nationalen Souveränitäten geordneten Organisation des Globus“ (S. 165).

In ähnlicher konzeptioneller Logik begründet Beck (2007) seinen Entwurf der „Weltrisikogesellschaft“, in dem er seine Analyse mit der These begründet, „dass die Welt die Gefahren, die die Moderne erzeugt, nicht mehr kontrollieren kann“ (S. 26). Die globale Antizipation möglicher Katastrophen widersetzte sich den Methoden wissenschaftlicher Berechnung. Ökologische Krisen, globale Finanzkrisen, terroristische Gefahren und biographische Krisen bilden die Basis seiner „Typologie globaler Krisen“. Die „Reflexivität der Ungewissheit“ und das „kosmopolitische Moment“ verweisen nach Beck auf einen Meta-Wandel der Gesellschaft im 21. Jahrhundert, dem eine „planetarische Verantwortungsethik“ zugrundegelegt werden muß. Die Synthese von Wissenschaft, Bürokratie und Kapitalismus habe die „Moderne“ in eine Art „Gefängnis“ verwandelt, und durch eine „instrumentelle Rationalität“ eine Entpolitisierung der Politik bewirkt.

So befasst sich die Theorie der „Weltrisikogesellschaft“ mit der wachsenden Allgegenwart global hergestellter Ungewissheiten. „Weltrisikogesellschaft“ ist ein Epochenbegriff. Globale Risiken verbreiten „lähmenden Schrecken“ und eröffnen neue Handlungsräume, obwohl die Zeit „verdammte knapp“ ist. Und wenn jemals die „Souveränität des Marktes“ eine „tödliche Bedrohung“ darstellt, dann jetzt. Die neoliberale Prämisse und Forderung auf einen Minimalstaat sei angesichts der globalen Realitäten widerlegt. Der Anspruch auf eine „kosmopolitische Weltinnenpolitik“ deckt sich mit dem Konzept des „Global Marshall Plans“, da kein „einzelner Spieler oder Gegenspieler allein gewinnen“ kann, da alles von Allianzen abhängt. Gestärkte Staatsfunktionen und „globale Zivilgesellschaft“ sollen kein Wunschenken sein, sondern Ausdruck einer „kosmopolitischen Realpolitik“. Obwohl die „Klimakatastrophe“ noch nicht real ist (sondern eine „drohende Wirklichkeit“), gilt es diesen Zustand zu antizipieren und als

globale Aufgabe zu definieren. Die von Menschen erzeugten Gefahren erzwingen eine globale Vergesellschaftung. Die Überlagerung von Ökologie-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskrisen beinhaltet das Potential einer wechselseitigen Verschärfung, und erfordert „transnationale Diskurs-Koalitionen“, welche die Gefährdungen auf die öffentliche Agenda setzen. Denn die Gefahren wachsen durch die Anonymisierung. Becks Schlüsselthese lautet, dass die Verwandlung der Nebenfolgen industrieller Produktion in globale ökonomische Krisenherde eine „tiefgreifende Institutionenkrise der ersten, nationalstaatlichen Phase der Industriemoderne selbst“ hervorruft (S. 172), und unkalkulierbar und unkontrollierbar geworden ist. Dadurch entsteht eine „wirkliche globale Herausforderung, die ein Konzept der „globalen Subpolitik“ („global citizenship“) erfordert. Die „Gefahren zweiter Ordnung“ bedingen eine Veränderung der Regeln und Grenzen des Politischen, um durch den „Druck einer Weltöffentlichkeit“ vor allem Weltkonzerne zu Kursänderungen zu zwingen („Kaufakt als Stimmzettel“). Diese globalen Risiken als „Verkörperung der Irrtümer der ganzen Epoche des Industrialismus“ sind eine Chance, „den Bann des industriellen Fatalismus“ zu durchbrechen, und das Politische neu zu erfinden. Die Geburt des „kosmopolitischen Staates“ als neues Leitbild multistaatlicher Kooperationen soll gerade von jenen gelebt werden, die die Ergebnisse einer „Globalisierung von oben“ (WTO, OECD, Weltbank, IWF) zu verantworten haben. In Verbindung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen soll dieses „großpolitische Real-experiment von historischer Reichweite“ die drohenden Konsequenzen des globalen Klimawandels abfedern.

In bezug auf die Situation an den internationalen Finanzmärkten („globale Finanzrisiken“) sieht Beck das Risiko des „totalen ökonomischen Kollaps“. Die globalen ökonomischen Risiken der globalisierten Geld- und Finanzmärkte als „neue Formen der organisierten Unverantwortlichkeit“ haben nicht nur in der asiatischen, russischen und argentinischen Krise Wellen des Bankrotts und der Arbeitslosigkeit hervorgerufen, sondern können aktuell in Kettenreaktionen zur Destabilisierung ganzer Staaten beitragen. Dass dieses Szenario real werden kann, verdeutlicht der aktuelle Krisenprozess im Weltfinanzsystem (8/2007), der das Potenzial zur befürchteten Kernschmelze hat:

„Die Krise an den Weltfinanzmärkten, die vor ein paar Monaten mit dem reihenweisen Ausfall von Hypothekenkrediten am amerikanischen Immobilienmarkt begann, fordert ein Opfer nach dem anderen... Einzelfälle sind das schon lange nicht mehr. Bei den Bankiers hat sich Unsicherheit ausgebreitet, schon vage Gerüchte sorgen für Unruhe. Das liegt vor allem daran, dass niemand einen Überblick hat... Wir sind alle weit davon entfernt, zu wissen, was in den Büchern der einzelnen Banken steht, gibt ein Topbanker zu, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen mag... Die moderne Finanzwelt erlebt seinen bisher größten Stresstest... Das böse Erwachen sei programmiert. Der Weltfinanzmarkt sei zu einem Kartenhaus geworden, das bei einem Zusammenbruch gleich auch den Aktienmarkt, die ganze Weltkonjunktur mit umreißen könnte, die Welt der Investitionen, Gewinne und Jobs. Ist es so weit? Die Fieberkurve an der Wall Street schlägt jedenfalls immer stärker aus. Ein solches Auf und Ab der Aktienkurse hat es seit mehr als vier Jahren nicht mehr gegeben... Längst hat sich die Krise von ihrem Auslöser entfernt und eine eigene Dynamik entwickelt“ (in: Die Zeit, 16.8.2007, S. 19).

Auf diesem Hintergrund drohe das „eherne Gesetz der Globalisierung des freien Marktes“ zu zerfallen und dessen Ideologie zu „kollabieren“. Damit wird zugleich die soziale und politische Sprengkraft globaler Marktrisiken greifbar. Die Konsequenz sei eine Umkehrung neoliberaler Politik: nicht die Ökonomisierung der Politik, sondern die Politisierung der Ökonomie stehe damit auf der Tagesordnung. Dieser szenarisch nicht auszuschließende „Ausfall des Finanzsystems“ (analog zur Finanzkatastrophe von 1929) gehört für Beck zu den zentralen globalen Risiken, denen sich kein Nationalstaat entziehen kann. Um diese Gefahren der „Weltrisikogesellschaft“ zu verstehen, bedarf es einer „kosmopolitischen Hermeneutik“, um diese Konfliktodynamik angemessen zu deuten. Die Konsequenzen für eine „kosmopolitischen Realpolitik“ beschreibt Beck auf folgenden Ebenen:

1. Keine Nation kann ihre Probleme alleine bewältigen.
2. Weltprobleme schaffen transnationale Gemeinsamkeiten.
3. Internationale Organisationen sind nicht nur die Fortsetzung nationaler Politik mit anderen Mitteln.
Sie bündeln und verändern nationale Interessen.

4. EU und UN haben international an Glaubwürdigkeit gewonnen und können als Promotor für eine andere globale Politik wirken.
5. Unilateralismus ist unökonomisch. Kosmopolitischer Realismus dagegen ist auch ökonomischer Realismus.

Es geht Beck also nicht um den „Untergang der Welt“, sondern um den Untergang der „Weltgewissheiten der Ersten Moderne“. Danach meint „Weltrisiko“, dass die Basisprinzipien „der Moderne“ zur Disposition stehen: „Die Kontinuität der Basisprinzipien (ihre Entgrenzung) führt zur Diskontinuität der Basisinstitutionen“ (S. 408). Denn was den „Zeitgenossen ängstigt, ist die Ahnung, dass die anthropologische Sicherheit der Modernen aus Treibsand besteht“ (S. 409).

Von Interesse ist sicher für diese Debatte, dass sich außerhalb der bekannten Wissenschafts-Publikationen Vertreter der (wert-)konservativen Realpolitik kritisch in die vorliegende „Globalisierungs“-Debatte einmischen:

So hat Jürgen Rüttgers (2007) einen Beitrag zu dieser Debatte geliefert, der die vordergründig homogenen offiziellen Politikkonstellationen diskursiv in Bewegung bringen könnte. Mit dem Anspruch, dass die „Marktwirtschaft sozial bleiben muss“, realisiert Rüttgers (in Bezug auf Steingart 2006) nicht nur den „Frontalangriff“ auf den Weltmärkten (und die damit erforderliche Anpassungsfähigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen), sondern auch das „gesunde“ wirtschaftliche Potenzial der deutschen Wirtschaft (vor allem dem Mittelstand). Unter Relativierung der innen- und außenpolitischen Feindbildkonstruktionen argumentiert er folgende grundsätzliche Positionen, die in Bezug auf Prämissen der „sozialen Marktwirtschaft“ nicht nur mit neoliberalen Politikkonzepten und deren Konsequenzen massiv zu Gericht gehen, sondern formuliert zugleich Eckpunkte, die mit der oben geführten Diskussion (Radermacher, Beck u.a.) in einigen zentralen Selbstverständnissen kompatibel sind:

- Mit dem Grundsatz „Wildwestkapitalismus ist nie unser Leitbild“ gewesen formuliert er eine massive Kritik an den Auswüchsen und Folgeerscheinungen des „Shareholder“-Kapitalismus.
- Die neoliberalen Öffentlichkeitsstrategien unter dem Motto „In Deutschland hat sich zu wenig geändert“ konterkariert er mit dem Verweis auf die bisherigen politischen und gesellschaftlichen Adaptionenleistungen. Da es weitere Veränderungen geben wird, und die Dynamik weiter zunimmt, ist es nicht nur nachvollziehbar sondern notwendig, die jetzt schon sichtbaren „enormen Instabilitäten“ durch eine Neudefinition und Stärkung der Staatsfunktionen zu flankieren, um vor allem das destabilisierte Verhältnis von „Kapital und Arbeit“ auf neue Füße zu stellen: „Globalisierung braucht mehr politische Steuerung“ (39). In diesem Selbstverständnis ist „Globalisierung“ kein unausweichliches Schicksal, das sich jeder politischen Gestaltung entzieht. Die „Shareholder“-Ideologie hat sich verselbständigt, und ist als beherrschende Doktrin praktisch implementiert, und gerät in einen wachsenden Widerspruch mit bisher gültigen Prämissen der „sozialen Marktwirtschaft“. Das zentrale Problem der „Shareholder-Value-Ideologie“ ist ihre Wertevergessenheit (46). Der „schrannenlose Materialismus“ stellt nicht nur einen „Bruch mit der gesamten moralischen Tradition der Menschheit“ (bezug auf Papst Benedikt XVI) dar, sondern manifestiert sich als „intoleranter Dogmatismus“, der zur „Zerstörung des moralischen Bewusstseins“ beiträgt.
- Deswegen sollen Manager in Deutschland sich wieder ihrer moralischen und sozialen Verantwortung stellen, und sich an das deutsche Arbeits- und Sozialrecht halten. Die Erfolgsbedingungen lagen ja für die „Väter der Sozialen Marktwirtschaft“ gerade in der Akzeptanz ordnungspolitischer Rahmenbedingungen: *„Ohne soziale Werte wird die Marktwirtschaft scheitern. Mit einer Ideologie, für die Geld alles ist, muss sie scheitern... Freiheit ohne das Gefühl der Bindung und Verantwortung treibt zur Entartung und zum Chaos... Wirtschaft ist in den Dienst*

der Gesellschaft zu stellen... Wenn wir Deutschland fit für die Zukunft machen wollen, müssen wir uns von neoliberalen Lebenslügen verabschieden“ (53 ff.).

- Der Neoliberalismus gerät immer mehr in Widerspruch zu einer „zutiefst europäischen Lebensweise“. Unter Berufung auf den Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser definiert er folgende Abgrenzung:

„Immerhin geht es um die Machtfrage, ob wir in Europa unter Bedingungen leben und arbeiten können – oder ob wir uns amerikanischen Regeln unterwerfen müssen. Dort dominiert der Kapitalmarkt, der auf Kurzfristigkeit und Shareholder-Value ausgelegt ist und unserer Produktionsweise nicht angemessen ist. Da kommt es wirklich zum Clash der Kulturen“ (68).

Ein „Europa der sozialen Gerechtigkeit“ und nicht das „neoliberale Europa des totalen Marktes“ ist zu gestalten, da die Doktrin des Neoliberalismus nur „Scheinerfolge von kurzer Dauer“ (70) schafft. Bei einer Weiterführung dieses Kurses drohe die Gesellschaft auseinanderzufallen. Bei dieser ordnungspolitischen Herausforderung gehe es nicht um die Kultivierung des „Nachtwächterstaates“, sondern um einen unabhängigen starken Staat („un gouvernement qui gouverne“). Um den „Raubtierkapitalismus“ zu zähmen, bedarf es Spielregeln eines europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft und dem „Schutz unserer Wertewelt“. Diese Grundsätze müssen auch gegen „massiven Widerstand von London und Washington“ durchgesetzt werden, da die Märkte selbst keine Solidarität leisten: *„Der Washington-Konsens in seiner einseitig marktfundamentalistischen Ausrichtung ist falsch... Die internationale Finanzarchitektur muss so reformiert werden, dass Investition und nicht Spekulation die eindeutige Leitlinie des Kapitalverkehrs wird. In die Finanzarchitektur muss ein effizientes Krisenmanagement implementiert werden“ (84 f.).*

Seine Projektion mündet in der Aussage, dass das „21. Jahrhundert... ein europäisches Jahrhundert“ (91) wird, weil Europa die besten historischen Voraussetzungen „für eine besondere Rolle in einer multipolaren Welt“ hat: Verständnis von Heimat und regionaler Identität; Kultur der Subsidiarität; moderne Organisation staatlicher Strukturen; dezentrale Strukturen („Netzwerks-Gesellschaft“; Friedenssicherung und Demokratisierung). Das Ziel „Mehr Europa, nicht weniger“ soll flankiert werden mit einer „Charta“, in der die „Fortschritte des Humanismus und der Aufklärung gebündelt“ und soziale Standards definiert sind. Mit diesem Anspruch könne das Europäische Modell „kein liberales Wirtschaftsmodell“ sein. Die Welt braucht Europa, und eine globale Weltordnung muss auf regionalen Ordnungen beruhen.

- Seine massive Kritik am „Hartz-IV-Desaster“ erfordert nicht nur massive Korrekturen an dieser Gesetzesgrundlage, sondern manifestiert zugleich die „ganze Verlogenheit an der neoliberalen Doktrin“ (115). Das weitgehende Versagen der neuen Arbeitsmarktinstrumente auf dem Hintergrund der gültigen Gesetze des „Marktradikalismus“ sei eine „Riesensauerei“, die den Anspruch auf „Leistungsgerechtigkeit“ auflöst, und verdeutlicht, „dass wir uns nicht von unseren ordnungspolitischen Grundlagen entfernen dürfen“ (117). Die „neue soziale Frage“ zeigt sich in der wachsenden „Kluft zwischen Arm und Reich“ (neue Unterschicht) und der „Gefahr des Auseinanderdriftens zwischen den Lebenswelten“. Deswegen sei die „Debatte über die Unterschicht“ auch eine „Debatte über die Mittelschicht“, da diese sich zunehmend vom „Abstieg bedroht fühlt“.
- Die Frage, ob das „klassische Bildungsideal am Ende“ sei, konterkariert er mit dem Hinweis, dass „das Humboldt'sche Bildungsideal die richtige Idee war und ist“, und erst eine „umfassende Bildung den Einzelnen zu einem selbständigen Individuum“ macht: „Der Verlust grundlegender kultureller Bildung ist übrigens kein konservatives, kulturpessimistisches Schreckgespenst, sondern Alltagsrealität“ (130). Deswegen ist es so wichtig,

„das Kinder und Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Schichten den Anschluss nicht verlieren. Es besteht die Gefahr, dass viele junge Menschen immer mehr zu Bildungsverlierern werden. Die steigenden Schulabschreiberquoten sind dafür nur ein Indiz unter vielen. Wenn wir hier nicht massiv gegensteuern, dann bekommen wir einen sozialen Sprengstoff, der zur Spaltung der Gesellschaft führt“ (S. 130 f).

Eine verfehlte Schulpolitik hat nicht nur die PISA-Leistungsergebnisse hervorgebracht, sondern auch „eines der ungerechtesten Schulsysteme Europas“ (132).

Da die „Leitmärkte der Zukunft“ („kreative Ökonomie“) ein Klima für „kreative Köpfe“ brauchen, sind Investitionen in Kunst und Kultur nicht als überflüssig zu betrachten, sondern flankieren den Kern einer „innovativen Industriepolitik“. Ein gut funktionierender Sozialstaat ist kein Hindernis für unternehmerische Initiative sondern deren Voraussetzung. Die Debatte über einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ stehe auf der Tagesordnung, „bevor der Friede zerbricht“ (142). „Niemand darf zurückgelassen werden“ (150). Damit steht der Beitrag von Rüttgers im Kontext der sich zunehmend entwickelnden Widersprüche der Regierungsparteien, die unter dem Druck zunehmender Legitimationskrisen in der Wahlbevölkerung wahltaktische und programmatische Schwenks einleiten (Der Kampf zwischen Teilen der SPD und CDU um die Neubesetzung des Feldes „soziale Gerechtigkeit als Folge der zunehmenden Erfolge der „Links“-Partei), ohne den Ausgang dieses Prozesses realpolitisch prognostizieren zu können.

Genannte Autoren lancieren ihre publizistischen und politisch-strategischen Interventionen in einen öffentlichen Raum, der von zunehmenden Unsicherheiten und Irritationen des „Turbokapitalismus“ geprägt ist. So lehnt nach einer Umfrage des Sozialforschungsinstituts Sinus Sociovision ein immer größerer Teil der Deutschen mehr „Wettbewerb und Eigenverantwortung ab – und sehnt sich stattdessen nach Solidarität, Heimat und Familie. „Regrounding“ nennt Sinus Sociovision diese Sehnsucht. „Ausmaß und Geschwindigkeit des Wandels haben eine Grenze dessen erreicht, was man bewältigen kann und will“ (managermagazin 7/2007: 94). Es mehren sich die Indizien, dass der westliche Kapitalismus in immer breiteren Bevölkerungsschichten auf eine neue Legitimationskrise zusteuert, weil die zentrale Frage nach dem „Sinn“ dieses Treibens zunehmend unbeantwortet bleibt, und die Krise des Konsumtismus (und dessen komplexen Folgen: ökologisch, sozial) die Frage nach den Ansprüchen auf „Nachhaltigkeit“ und „Lebenqualität“ immer schärfer stellt.:

- Durch empirische Untersuchungen (Opaschowski 2007) lässt sich ein signifikanter Wertewandel beobachten, nach dem die „Lebensqualität“ zum zentralen Wert einer Gesellschaft erhoben, und als „Antriebskraft für sozialen Wandel“ gesehen wird. Ein „Abschied vom Immer-Mehr“ signalisiert ein wachsendes Potenzial für Nachhaltigkeitsphilosophien und -programme, und eine zunehmende Infragestellung traditioneller Arbeitsethik ist unübersehbar. Während das ur-sozialdemokratische Paradigma „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (Müntefering, ZDF-Interview am 24.7.2005) weiterhin postuliert wird, entwickelt sich mit der Krise der Arbeitsgesellschaft ein erweitertes Arbeits- und Leistungsverständnis, das einen günstigen Boden für die Debatte über „garantiertes Grundeinkommen“, „Existenzgeld“, „Bürgergeld“ etc. abgibt, und die Chance bietet, das gewohnte Verständnis von der „Erwerbsgesellschaft“ und vom „Sozialstaat“ neu zu definieren.

Vor allem die junge Generation bewegt sich im Anspruch einer neuen Lebensbalance zwischen Leistung und Lebensgenuss. Die in der „Nach-68er-Zeit“ befürchtete Erosion des Leistungsprinzips ist nicht eingetreten. Die Wertewandelforschung weist in diesem Punkte eine „fast atemberaubende Übereinstimmung“ auf (Inglehart 1989). Während also das Leistungsprinzip eine Renaissance erlebt, ist die Kopplung an die Sinnfrage „Leistung - wofür“ stärker denn je ausgeprägt. Dabei wird das Motiv von Leistung nicht mehr ausschließlich an die Erwerbsarbeit gebunden.

- Die soziale Absicherung aller entwickelt sich zur wichtigsten politischen Gestaltungsaufgabe der Zukunft, um das Potenzial von „Armut“, „Ungleichheit“ und „Exklusion“ zu minimieren. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung (88% - Opaschowsky 2007) hat kein Verständnis mehr für weitere Sozialkürzungen, und reflektiert zunehmend auf die sozialen „Kosten“ dieses Prozesses. Eine Grundeinkommensdebatte (siehe auch Kapitel E 13-15.1.) quer durch alle Parteien ist sicher ein Reflex auf diesen Grundprozess. Der Grundsatz „Von ‚Arbeit muss man leben können – ohne aber auch‘“ (vgl. Rätz u.a. 2005) erhält immer höhere Zustimmung. Das Potenzial für einen fundamentalen Systemwechsel wächst. Wie weit und in welcher Qualität ein Paradigmenwechsel weg von der klassischen Erwerbsgesellschaft eine signifikante empirische Plausibilität erhält, lässt sich nicht widerspruchsfrei konstatieren. Auf dem Hintergrund der Tatsache, dass akzeptabel bezahlte Arbeit als zentraler Lebensinhalt immer knapper wird, stellt sich nicht nur die Frage, wie viel Arbeit der Mensch braucht (Jahoda 1982/83), sondern welche Vorstellungen über einen erweiterten Arbeitsbegriff entwickelt werden, die nicht nur gesellschaftliche Notwendigkeiten und subjektive Sinnbezüge abdecken, sondern auch die materielle Existenzfrage kollektiv beantworten - und vor allem der jungen Generation Zukunftsperspektiven bieten.
- Es reicht in Zukunft nicht mehr aus, eine bloße Umverteilung von klassischer Erwerbsarbeit zum Programm zu erheben, sondern eine Neudefinition von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit zu finden, der eine andere Konzeption von monetären Existenzgrundlagen und eine Neubestimmung sozialer Anerkennung und Identität („Soziale Anerkennung verdient, wer im Leben etwas leistet“) zugrunde liegt. Da die klassische Erwerbsgesellschaft kein angemessenes Paradigma der Zukunft mehr sein kann, ist dieser anstehende Lernprozess politisch zu definieren, um auf der Basis dieses gesellschaftlichen Paradigmenwechsels eine Neuausrichtung von Schule und Bildung vornehmen zu können. So ist ein gesellschafts- und bildungspolitischer Paradigmenwechsel miteinander zu synchronisieren, um fundamentale gesellschaftliche Lernprozesse in einem realistischen Stufenplan zu implementieren.

Ob dieser objektiv wachsende Druck sich in der notwendigen Geschwindigkeit in neuen Politikkonstellationen, konzeptionellen Alternativen und kollektiven Lernarrangements widerspiegeln wird, um eine friedliche und (noch) rechtzeitige Systemtransformation herbeizuführen, bleibt ein offener und gerade deswegen zu gestaltender Prozess.

Um der Dominanz der Ökonomie die umgekehrte legitime Logik entgegenzusetzen (Primat der Politik), bedarf es u.a. konzeptioneller Überlegungen, nach denen wirtschaftliches Handeln durch die Partizipation der Betroffenen und des demokratischen Staates legitimiert werden (Vilmar 1999). Dieses Emanzipationskonzept zur Herausbildung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lebt in dem Zielanspruch einer gemeinwohlorientierten Gestaltung der Wirtschaft, in der Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik im Kontext einer Struktur-(Industrie-)Politik steht (im Verständnis einer raumwirtschaftlichen Verzahnung als Regionalpolitik und einer Partizipation in Form von Mitbestimmung an den unternehmerischen Entscheidungen). Diese Betrachtung geht über einen klassischen keynesianischen „Deficit-Spending“ Ansatz hinaus. Der neoliberal definierte „Wettbewerbsstaat“ oder „schlanke Staat“ („Nachtwächterstaat“) konterkariert das Primat der Politik und den damit verbundenen Anspruch einer Gemeinwohlverpflichtung. Der Anspruch auf eine Demokratisierung der Wirtschaft steht dem heutigen Konzept und der Realität gegenüber, nach der die Kapitaleigner die alleinige Souveränität (Herrschaft) über den Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozess beanspruchen, und dies eine strukturelle Entmündigung der Masse der Lohnarbeiter zur Voraussetzung hat.

Alle in Deutschland vorliegenden unternehmerischen und betrieblichen Mitbestimmungsgesetze („Mitbestimmungsgesetz“, „Montan-Mitbestimmung“, „Dritteteiligungsgesetz“, „Betriebsverfassungsgesetz“) reichen jedoch nicht aus, um den Ansprüchen einer Wirtschaftsdemokratie gerecht zu werden, und die anstehenden Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Solange in den entscheidenden gesellschaft-

lichen Sektoren die ungebrochene Macht der Kapitaleseite als Erpressungspotenzial gegenüber Politik und Gesellschaft im bekannten Zustand besteht, wird ein zentrales gesellschaftliches Gestaltungsfeld (Anspruch auf Teilhabe, Mündigkeit und Emanzipation) eine Herausforderung bleiben. Vorgelagerte Qualifizierungs- und Sozialisationsprozesse (Schule) stehen nur vor der Wahl einer widerspruchsfreien funktionalen Leistungs- und Anpassungssozialisation, oder der Befähigung des Individuums, aktuelle und zukünftige Rollenanforderungen reflexiv auszubalancieren.

Unter der Annahme der Plausibilität und Nachvollziehbarkeit gesellschaftlicher Ausgangslagen, und der Akzeptanz der Prämisse, dass „nichts auf der Welt so mächtig ist wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist“ (Victor Hugo), gilt es abschließend jenes Potenzial auszuloten, das sich im Spannungsfeld übermächtiger gesellschaftlicher struktureller Rahmenbedingungen und den Sehnsüchten eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung nach anderen gesellschaftlichen Zuständen bewegt. Dieses Spannungsfeld zwischen den aufgezeigten Deformationen einer aufgezeigten „Shareholder“-Gesellschaft, und einem „Zukunftsmodell einer sozialen Gesellschaft“ (Opaschowski 2007) gilt es mit dem Anspruch auf eine positive Zukunftsprojektion aufzulösen, ohne sich in naiven Konzepten zu verlieren. Es bleibt die Leitidee und Herausforderung Kants: „Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen?“

T Erziehungswissenschaftlicher Paradigmenwechsel als Antwort auf die Systemkrise

Der übergeordnete Anspruch an eine Politisierung der Erziehungswissenschaften als Antwort auf die sichtbare und wachsende Systemkrise der „Weltrisikogesellschaft“ beinhaltet die Konsequenz des „Sichemischens“ in diese aktuelle interdisziplinäre Paradigmendebatte, da die Zukunftsoptionen heranwachsender Generationen zur Lösung anstehen. Diese Sichtweise und der Anspruch kann auf dem Hintergrund der Macht des Faktischen und der Fantasie des Projizierbaren plausibel zugrunde gelegt und solide begründet werden.

Bei aller Relativität der Bildung als langfristigem Beitrag zur kognitiven, psychischen und sozialen Grundausstattung heranwachsender Kinder und Jugendlicher (zur Gestaltung einer humanen Welt) bleibt es der ungebrochene pädagogische Auftrag und Anspruch an eine kritische Erziehungswissenschaft, die Position Klafkis zum paradigmatischen Anspruch professioneller Reflexion und bewussten Handelns zu erheben:

„Kritische Theorie... schließt ein ganz bestimmtes Erkenntnisinteresse mit ein, nämlich ein auf Gestaltung und Veränderung der Praxis gerichtetes Interesse. Die besondere Richtung dieses Interesses der Theorie ist von uns häufig durch Begriffe wie ‚Mündigkeit‘, ‚Freiheit‘, ‚Demokratisierung‘, ‚Emanzipation‘ als Wertkriterium bezeichnet worden. Wir verstanden Erziehungswissenschaft also als Forschung und Theoriebildung im Hinblick auf die Klärung des Problems der Selbstbestimmung, der Demokratisierung, der Emanzipation in pädagogischer Perspektive“ (Klafki, 1971, S. 264).

Somit bleibt der Anspruch an ‚die‘ Erziehungswissenschaften, ihr Erkenntnisinteresse in der Dialektik von Individual- und Gesellschaftswissenschaften zu fokussieren, ein Anliegen im emanzipatorischen Geiste von Klaus Mollenhauer:

„Die Vernunft hat ein Interesse an Mündigkeit, Autonomie des Handelns und der Befreiung von Dogmatismus. Sie ist, als wissenschaftliche Praxis, nicht nur ein faktisches Moment einer aufgeklärten Gesellschaft, sondern enthält auch zugleich den Willen zur Rationalität. Sie ist, wie Habermas formuliert, entschieden für Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Frieden, entschieden gegen Dogmatismus, sie ist ‚dezidierte Vernunft‘“ (Mollenhauer 1973, S. 67 f.).

Die in den Ausführungen zur „Bildungspolitik und Bildungszielen der Zukunft“ (Kapitel O) dargestellten Prämissen sind Basis und Diskussionsgrundlage für eine Abgrenzung und Reduktion des „Humankapitalansatzes“ in der aktuellen Bildungspolitik. Der Anspruch auf eine erweiterte Idee von Bildung

im 21. Jahrhundert übersteigt bei weitem die bisherigen Anforderungen der funktionalen und extrafunktionalen Qualifikationsdebatte als Anforderung an das System Schule. Nicht nur die Abgrenzung zur Nützlichkeitssozialisation, sondern die Erweiterung im Bildungs- und Erziehungsverständnis für innere und äußere Gestaltungsoptionen im Umgang mit den anstehenden Konsequenzen der „Weltrisikogesellschaft“ stehen auf der Tagesordnung. Die von Gramsci formulierte Schlüsselstellung von Politik und Pädagogik für die Gestaltung von Zukunftsoptionen bedarf im erziehungswissenschaftlichen Diskurs nicht nur der Weiterführung und Implementierungsfähigkeit der Konzepte des „Globalen Lernens“ in Verschränkung mit dem Konzept der „Agenda 21“, sondern einer vertieften erziehungswissenschaftlichen Debatte über vorliegende Konzepte und Analysen der Systemgefährdung und einer Positionierung und Adaption zukunftsgestaltender Optionen.

Die programmatisch-strategische Gestaltung lokaler und globaler Vergesellschaftungsprozesse unter den Anforderungen „nachhaltiger Entwicklung“, der Ausrichtung an den Schlüsselkonzepten der „Grundbedürfnisse“ und der „Idee der Begrenzung“ konfrontiert zukünftige Generationen nicht nur mit der Sackgasse bisheriger Konsummentalitäten/-muster und der selbstzerstörerischen „Geiz-ist-Geil-Mentalität“, sondern produziert den Anspruch an einen sozialisatorischen und qualifikatorischen Paradigmenwechsel, der gravierende Konsequenzen für eine innere und äußere Schulreform und die Ansprüche an Erziehungsprozesse zukünftiger Generationen haben muss. Die Antizipation der Konzepte der „Zivilgesellschaft“, der „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“, der „Weltrisikogesellschaft“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ im erziehungswissenschaftlichen Diskurs steht auf der Tagesordnung, um aus dieser Debatte angemessene bildungsstrategische Perspektiven und Legitimationen zur Freisetzung notwendiger Ressourcen zu begründen. Der aufgesetzten „Humankapital“-Logik als Hilfswissenschaft zu dienen ist nicht nur fantasielos, sondern ein Verstoß gegen die ethischen Maßstäbe und Selbstverständnisse der Verantwortung für die Lebens- und Überlebensfähigkeit zukünftiger Generationen. Denn dass sich die globale Lage für die jetzige und vor allem für zukünftige Generationen als dramatisch darstellt, sollte keinem intellektuellen Zweifel unterliegen:

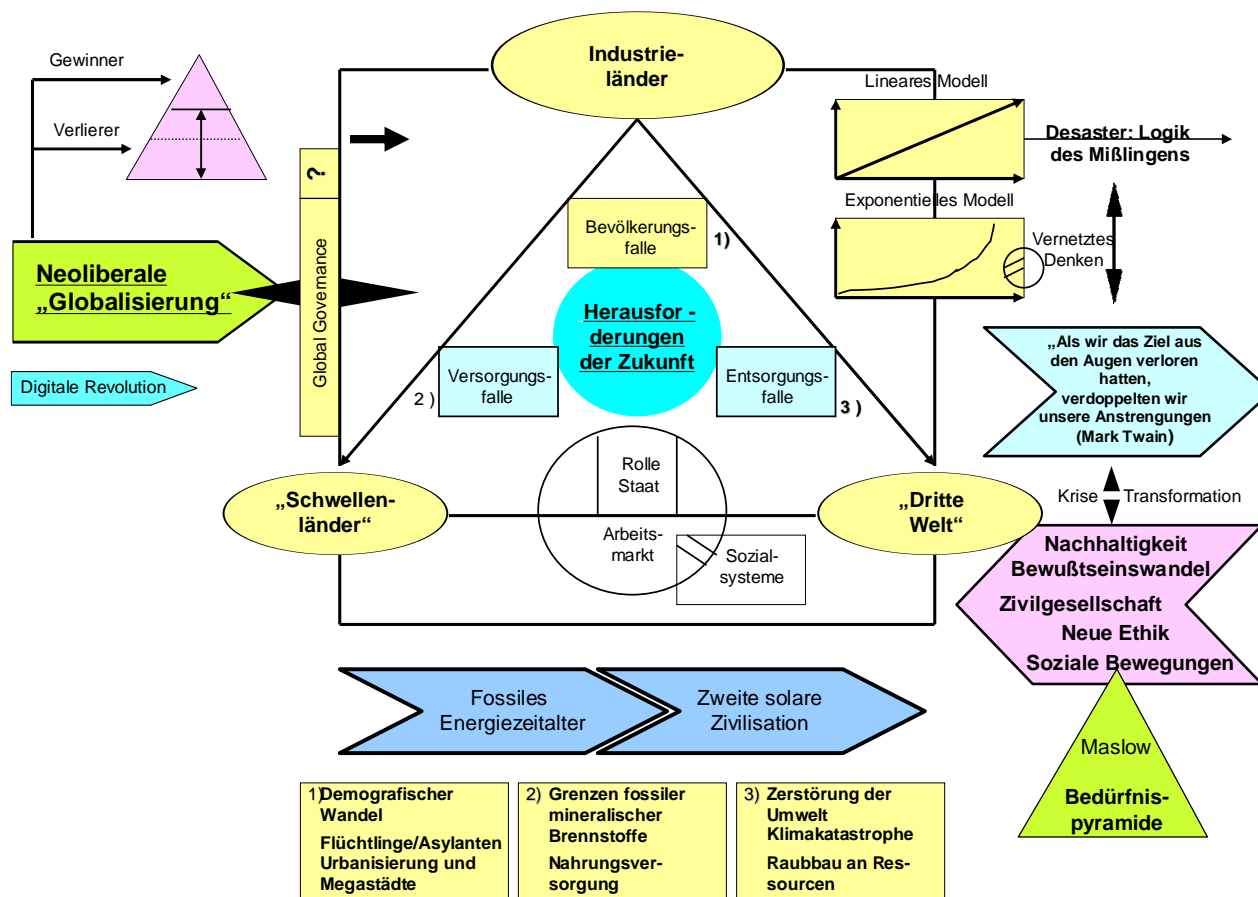
„Wenn wir an die Zukunft denken, stellen wir uns zwei wichtige Fragen: Ist unsere Zivilisation bereits dabei unterzugehen? Und woher können wir das wissen? Zu den ersten Anzeichen eines möglichen Untergangs gehören ein weit verbreiteter Rückgang der Lebenserwartung, eine Zunahme der Anzahl hungerleidender Menschen und eine immer länger werdende Liste gescheiterter oder im Scheitern begriffener Staaten. Erstmals in der Moderne ist die Lebenserwartung für einen großen Teil der Weltbevölkerung... deutlich gesunken... Die vielleicht beunruhigendste Entwicklung der letzten Zeit ist die wachsende Zahl der gescheiterten Staaten. Die Regierungen sind von den demographischen und ökologischen Problemen überfordert...“

Jeder weitere gescheiterte Staat schwächt die Kapazitäten der internationalen Gemeinschaft zur Erhaltung der Stabilität des Währungssystems, zur Bekämpfung und Verbreitung von Infektionskrankheiten und zur Abwendung lokaler Hungerkatastrophen weiter. Wenn immer mehr Staaten scheitern, kommt irgendwann der Punkt, an dem das ganze globale System zu scheitern beginnt. Wir wissen, dass die Erhaltung des Fortschritts von einer Umstrukturierung der Weltwirtschaft abhängt, bei der der Übergang von der auf fossilen Brennstoffen basierenden Wegwerfgesellschaft... zu einer auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft mit diversifizierten Verkehrssystemen und umfassenden Mehrweg- und Recyclingsystemen vollzogen wird, was größtenteils durch eine Umlagerung von Steuern und Subventionen erreicht werden kann...

Es kann kaum einen Zweifel daran geben, dass wir dabei sind, eine ganz neue Welt zu betreten. Doch niemand weiß, ob es eine Welt des Niedergangs und des endgültigen Zusammenbruchs sein wird oder eine Welt der ökologischen Sanierung und des wirtschaftlichen Fortschritts...

Die Mobilmachung zur Rettung unserer Zivilisation bedeutet Umstrukturierung der Wirtschaft, Sanierung der ökologischen Stützsysteme der Wirtschaft, Ausrottung der Armut und Stabilisierung der Bevölkerungszahlen – und wir verfügen über die Technologien, die wirtschaftlichen Instrumentarien und die finanziellen Ressourcen dazu... Die Rettung unserer Zivilisation ist nichts für Zuschauer. Wir haben diese Welt so schnell betreten, dass wir die Bedeutung dessen, was da passiert ist, noch gar nicht voll realisiert haben. Traditionsgemäß hat unsere Sorge um unsere Kinder stets dazu geführt, dass wir dafür gesorgt haben, dass sie die beste Ausbildung und die bestmögliche Gesundheitsfürsorge erhalten. Doch wenn wir nicht schnellstens etwas gegen die Zerstörung der ökologischen Systeme der Erde unternehmen und dafür sorgen, dass die Armut ausgerottet und die Bevölkerungszahlen stabilisiert werden, wird die Welt unserer Kinder dem Untergang geweiht sein und politisch auseinanderfallen. Heute bedeutet die Sicherung der Zukunft unserer Kinder nicht mehr nur die Investition in ihre Ausbildung und gesundheitliche Versorgung, sondern auch die Investition in Programme zur Umkehrung der Trends, die ihre

Zukunft gefährden... Auch wenn diese Situation eine große Herausforderung darstellt – es gibt überall auf der Welt schon Anzeichen für die neue Wirtschaft. Wir sehen sie in den Windfarmen in Europa, der schnell wachsenden Flotte von Fahrzeugen mit Benzin-Hybridantrieb in den Vereinigten Staaten, den wieder bewaldeten Hügeln in Südkorea, den Familienplanungsprogrammen im Iran, den massiven Bemühungen zur Bekämpfung der Armut in China und den Solardächern in Japan. Das, was wir vorhaben, ist machbar... Wenn wir erst einmal genug Trends gesetzt haben, die in die richtige Richtung gehen, werden sie sich oft gegenseitig verstärken“ (Brown, 2007, S. 349 ff).



Entwurf: LUDWIG

Nehmen wir an

Nehmen wir an,
dass gegenwärtig eine bestimmte Anzahl von Menschen
mit der Herstellung von Nadeln beschäftigt ist.
Sie machen so viele Nadeln, wie die Weltbevölkerung braucht
und arbeiten acht Stunden täglich.

Nun macht jemand eine Erfindung, die es ermöglicht,
dass dieselbe Zahl von Menschen
doppelt so viele Nadeln herstellen kann.
Aber die Menschheit braucht nicht doppelt so viele Nadeln.
Sie sind bereits so billig,
dass kaum eine zusätzliche verkauft würde,
wenn sie noch billiger würden.

In einer vernünftigen Welt würde jeder,
der mit der Herstellung von Nadeln beschäftigt ist,
jetzt eben vier statt acht Stunden täglich arbeiten,
und alles ginge weiter wie zuvor.
Aber in unserer realen Welt
betrachtet man so etwas als demoralisierend.

Die Nadelarbeiter arbeiten immer noch acht Stunden,
es gibt viel zu Nadeln.
Einige Nadelfabriken machen bankrott,
und die Hälfte der Leute verliert ihren Arbeitsplatz.

Es gibt jetzt, genau betrachtet,
genauso viel Freizeit wie bei halber Arbeitszeit;
denn jetzt hat die Hälfte der Leute
überhaupt nichts mehr zu tun
und die andere überarbeitet sich.

Auf diese Weise ist sichergestellt,
dass die unvermeidliche Freizeit Elend hervorruft,
statt sie Quelle des Wohlbefindens werden kann.

Kann man sich etwas Irrsinnigeres vorstellen?

Bertrand Russel

Grundlagenliteratur

Lit. zu A 1: Ausgangslage/Problemstellung/Erkenntnisinteresse

- Barthelsheimer, P. (1998): Nichts mehr total normal – „Atypische“ Arbeitsverhältnisse und „entstandardisierte“ Erwerbsverläufe; in: IfS-Frankfurt/INIFES-Stadtbergen/IFS-München/SOFI-Göttingen (Hg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Forschung.
- Bieling, H.-J. (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster.
- Giddens, A. (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a.M.
- Hanke, Th. (2006): Der neue Kapitalismus. Republik im Wandel, Frankfurt/New York.
- Hobsbawn, E. (1995): Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.
- Höpner, M./Krempel L. (2003): Ein Netzwerk in Auflösung: Wie die Deutschland AG zerfällt. Köln.
- Kaufmann, F.X. (2001): Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, in: Bundesministerium für Arbeit, Bundesarchiv (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden, S. 799-989.
- Kocka, J.; Offe, C. (Hg.) (2000): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt.
- Liebfried, S.; Pierson, P. (Hg.) (1998): Standort Europa, Europäische Sozialpolitik, Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration, Frankfurt am Main.
- Lipietz, A. (1998): Nach dem Ende des ‚Goldenen Zeitalters‘, Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Berlin/Hamburg.
- Naisbitt, John/Naisbitt, Nana/Philips, Douglas (1999): High Touch. Auf der Suche nach der Balance zwischen Technologie und Mensch, Wien.
- Nolte, Paul (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, Ulm.
- SOFI (Hg.) (1995): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte, Opladen.
- Streeck/Höpner (2003): Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG, Frankfurt.
- Vester, M; Oertzen, P.v.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, erweiterte und aktualisierte Fassung, Frankfurt a. M.
- Wehler, H.-U. (2000): Umbruch und Kontinuität, Essays zum 20. Jahrhundert, München.
- Zapf, W. (1998): Modernisierung und Transformation, in: Schäfers, B./Zapf, W. (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen.

Lit. zu A 2: Standortbestimmungen und Entwicklungslinien kapitalistischer Systembedingungen

- Bourdieu, Pierre (1991): Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg.
- Bourdieu, Pierre/L. Wacquant (1996): Reflexive Anthropologie, Frankfurt/a.M.
- Bourdieu, Pierre (1997): Die Abdankung des Staates, in: P. Bourdieu u.a. das Elend der Welt, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998): L'essence du neoliberalisme, Le Monde Diplomatique, No 3, März 1998.
- Bischof, J./S. Herkommer/H. Hüning (2002) Unsere Klassengesellschaft, Hamburg.
- Esser H. (2002): Wo steht die Soziologie? in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, H. 4/2002.
- Herkommer, Sebastian (2003): Kapitalismus-Kritik bei Pierre Bourdieu, in: Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Andreas Nowack (Hg.), Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der Politischen Ökonomie.
- Marx, K./F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 46.

Lit. zu A 3: Erziehungswissenschaftliche Standortbestimmung

- Bracht, Ulla/Dieter Keiner (2001): Jahrbuch für Pädagogik. Sonderband.
- Feuerstein, Th. (1973): Emanzipation und Rationalität einer kritischen Erziehungswissenschaft., München.
- Gamm, H.J. (1972): Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik, München.
- Habermas, J. (1968): Erkenntnis und Interesse, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1968): Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘. Frankfurt a.M..
- Horkheimer, M. (1988): Traditionelle und Kritische Theorie. In: Horkheimer, M.: Gesammelte Schriften. Bd. 4, Frankfurt a.M.
- Heydorn, H.J. (1970): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft, Frankfurt a.M.

- Klafki, W. (1976): Aspekte kritisch-konstruktiver Erziehungswissenschaft, Weinheim.
- Klafki, W. u.a. (1971): Erziehungswissenschaften. Bd. 3, Frankfurt a.M.
- Lempert, W. (1972): Bildungsforschung und Emanzipation. In: Uhlig, D. (Hg.): Theorie und Methode der Erziehungswissenschaft, Weinheim.
- Mollenhauer, K. (1968): Erziehung und Emanzipation, München.
- Narr, W.D. 1973): Ist Emanzipation strukturell möglich? In: Greiffenhagen, M. (Hg.): Emanzipation, Hamburg, S. 193-215.
- Rössner, L.: (1974): Erziehungswissenschaft und Kritische Pädagogik, Stuttgart.
- Sünker, H./H.-H. Krüger (1999): Kritische Erziehungswissenschaften am Neubeginn, Frankfurt a.M.
- Wulf, Chr. (1974): Wörterbuch der Erziehung, München.
- Zenke, K.G. (1972): Pädagogik. Kritische Instanz der Bildungspolitik. München.

Lit. zu B: *Neoliberaler Hegemonieanspruch: Das Paradigma der totalen Ökonomie und des Freihandels*

- Butterwegge/Klundt/Zeng (2005): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden.
- Bürgerkonvent (2003): Manifest. Bonn. Online unter www.buergerkonvent.de.
- Bergmann, Joachim (1998): Die negative Utopie des Neoliberalismus oder: Die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission, in: Leviathan 3, 319-340.
- Bourdieu Pierre (1998): Gegenfeuer, Konstanz.
- Eccleshall, Robert (1994) Political Ideologies: An Introduction (Routledge New York).
- Eucken, Walter (1932) Die staatspolitischen Voraussetzungen des Wirtschaftlichen Liberalismus (Schriften des Vereins für Sozialpolitik), Bd. 187, München-Leipzig.
- Gerlach, Th. (2000): Denkgifte. Psychologischer Gehalt neoliberaler Wirtschaftstheorie und gesellschaftlicher Diskurse. Diplomarbeit im Studiengang Psychologie der Universität Bremen.
- Gray, John (1999): Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen, Berlin.
- Grill, Markus (2003): Revolution von oben. In: Stern vom 17.12.2003.
- INSM (2003): Die Kampagne „Sozial ist...“. www.Chancenfueralle.de.
- Hajek, F.A. (1960) The Constitution of Liberty (The University of Chicago).
- Herzog, R. (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Berliner Rede vom 26. April 1997. In: Manfred Bissinger (Hg.): Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs „Berliner Rede“ und 33 Antworten. Hamburg.
- Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie. Frankfurt a.M./New York.
- Leggewie, Claus (1987): Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende. 2. Auflage. Berlin.
- Marchal, J. (1970) Demokratie und Marktwirtschaft in der Theorie des Neoliberalismus (Dissertation an der Justus Liebig-Universität Gießen).
- Müller, A. (2006): Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet, München.
- Nuernbergk, Christian (2005): Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Magisterarbeit, Münster.
- Plehwe, Dieter (1993): Markt-Wissenschaft. Entstehung und Wirkung der „Deregulierungswissenschaft“. Forum Wissenschaft 1, 11-14.
- Plehwe, Dieter/Berhard Walpen (2004): Buena Vista Neoliberal? Eine klassentheoretische und organisationszentrierte Einführung in die transnationale Welt neoliberaler Ideen. In: Klaus-Gerd Giesen (Hg.), Ideologien in der Weltpolitik, Leverkusen.
- Plehwe, Dieter (2005): Neoliberale Netzwerke: Globalisierung wurde gemacht. In: Faschingeder, Gerald/Ornig, Nikola (Hg.): Globalisierung entwickeln. Eine Reflexion über Entwicklung, Globalisierung und Repolitisierung. Wien.
- Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.
- Reinicke, Wolfgang H. (1996): Lotsendienste für die Politik. Think Tanks – Amerikanische Erfahrungen und Perspektiven für Deutschland, Gütersloh.
- Reuter, Norbert (2002): Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ – weder neu noch sozial. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 12, S. 682-687.
- Röpke, W. (1959) Gegen die Brandung (Erlenbach-Zürich-Stuttgart).
- Röpke, W. (1961) Jenseits von Angebot und Nachfrage (Erlenbach-Zürich-Stuttgart).
- Rüstow, Alexander (1932) Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus (Schriften des Vereins für Sozialpolitik), München-Leipzig.
- Speth, Rudolf (2003): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden.
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Hans Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Schui, Herbert (1997): Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenauflärung – Nachfragerestriktion: Das Hemmnis des entwickelten Kapitalismus. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 31.
- Schüller, Heidi (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert, Berlin.

- Seppmann, W. (1997): Die „Postmoderne“ als Realität und Ideologie. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 31.
Walpen, Bernhard (2000): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. Hamburg.
Zilian, H.G./Moser, J. (1989): Der rationale Schmarotzer. Prokla, Heft 7

Lit. zu C 1 - 1.14.: „Globalisierung“ im Kontext neoliberaler Gesellschaftstransformation

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996), Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
Altwater, Elmar/Mahnkopf Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster.
Albrow, Martin (1998): Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter. Frankfurt/a.M.
ATTAC (Hg.) (2003): Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO-GATS-TRIPS-MAI. Wien: Promedia.
Bales, Kevin (2001): Die neue Sklaverei, München.
Baumann, Zygmunt (1999): Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg.
Baumann, Zygmunt (1997): Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. In: Beck, Ulrich (Hg.) (1997) Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung. Opladen: 170-196.
Baumann, Zygmunt (1997): Schwache Staaten – Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. In: Beck, Ulrich (Hg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt a.M., S. 315-332.
Beck, Ulrich (1983), Jenseits von Stand und Klasse? – Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Soziale Welt, Sonderband 2, 1983, S. 35-74
Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft, Frankfurt/a.M..
Beck, Ulrich (1997), Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/a.M.
Beisenherz, H.-G. (2002): Kinderarmut in der Wohlstandsgesellschaft, Opladen.
Bergmann, Joachim (1998): Die negative Utopie des Neoliberalismus oder Die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, in: Leviathan 3, 319-340.
Beck, Ulrich (2007): Was ist Globalisierung? Frankfurt/a.M..
Beisheim, Marianne, et al., (1999): Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden: Nomos.
Bhagwati, Jagdish (2004): In Defence of Globalization. Oxford University Press, Oxford, ISBN 0195170253
Bornschier, V./Trezzini, B. (1996): Jenseits von Dependenz-versus Modernisierungstheorie: Differenzierungsprozesse in der Weltgesellschaft und ihre Erklärung, in: H.-P. Müller (Hg.), Weltsystem und kulturelles Erbe, Berlin
Bourdieu, Pierre/Debons, Claude/Hensche, Detlef/Lutz, Burkart et. Al. (1997): Perspektiven des Protests; VSA-Verlag, Hamburg.
Bourdieu, Pierre (1997): Arbeitslosigkeit als Tragödie des Alltags; in: Ders. Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur 2, Hamburg
Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion; UVK Universitätssverlag, Konstanz.
Bourdieu, Pierre/Debons, Claude/Hensche, Detlef/Lutz, Burkart et. Al. (1997): Perspektiven des Protests; VSA-Verlag, Hamburg.
Bourdieu, Pierre (1999): Soziales Europa oder entfesselter Kapitalismus, in: Werner Fricke (Hg.): Was die Gesellschaft bewegt. Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000, Bonn: 369-377.
Bourdieu, Pierre (2000a): Der Neoliberalismus ist konservativ. Will Gegenfeuer legen: Pierre Bourdieu sieht im Neoliberalismus eine Gefahr für Europa. Interview in Tagesanzeiger 20.05.2000.
Bourdieu, Pierre (2000), Vernetzt Euch! Interview mit Pierre Bourdieu über soziale Bewegungen und die Charta 2000, in: WoZ, Die Wochenzeitung, Nr. 19, 11/05/2000.
Bourdieu, Pierre (2001): Gegenfeuer 2. Für eine europäische soziale Bewegung; UVK Verlagsgesellschaft mbh, 2001.
Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg): Stadt-Räume. Frankfurt a.M/New York, S. 25-32
Bourdieu, Pierre (2001): Gegenfeuer 2. Für eine europäische soziale Bewegung; UVK Verlagsgesellschaft mbh.
Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (1998): Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt, München.
Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (2002): Widersprüche der kulturellen Globalisierung. Strategien und Praktiken. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B12/2002: 19-25.
Bude, Heinz (2004). Elitenwechsel. Deutsche Führungsgruppen zwischen „Bonner“ und „Berliner Republik“. In: Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan/Mohr, Cornelia (Hrsg.): Elitenmacht. Wiesbaden: 209-314
Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin.
Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hg.) (1999): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden.
Candelas, Mario (2000): Die Gewalt der Globalisierung. In: Das Argument 235, Heft 2/2000.

- Castell**, Robert (1999): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Castells**, Manuel (2003): Das Informationszeitalter III: Jahrtausendwende. Opladen: Leske + Budrich.
- Cassen**, Bernd, Susan George, Horst-Eberhard Richter, Jean Ziegler: Eine andere Welt ist möglich. ISBN 387975845X
- Chomsky**, Noam (2000): Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg-Wien.
- Chossudovsky**, Michael (2002-1): Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a.M.
- Crawshaw**, Steve (2005): Ein leichteres Vaterland. Deutschlands Weg zu einem neuen Selbstverständnis, Frankfurt/a.M.
- Dahrendorf**, Ralf (2000): Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 619: 1057-1068
- Dahrendorf**, Ralf (2001): Anmerkungen zur Globalisierung. In: Kemper, Peter&Ulrich Sonnenschein: Globalisierung im Alltag, S. 13-25.
- Di Fabio**, Udo (2005): Die Kultur der Freiheit. München.
- Dönhoff**, M. (1997): Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit, Stuttgart.
- Eagleton**, Terry (1997): Die Illusion der Postmoderne. Verlag J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar.
- Ehrenreich**, Barbara (2001): Nickel and Dimed. Undercover in Low-wage USA. London. Fukuyama, Francis (2000): Social Capital and Civil Society. IMF Working Paper WP/00/74.
- Ernst & Young** (2005): Kennzeichen D: Standort-Analyse 2005. Attraktivität Deutschlands als Unternehmensstandort.
- Europäische Kommission** (2005): Economic Forecasts, Brüssel 2005.
- Felderer**, Bernhard/Homburg, Stefan (2002): Makroökonomik und neue Makroökonomik, Berlin.
- Fukuyama**, Francis (1999): The Great Disruption: Human Nature and the Reconstruction of Social Order. New York.
- Gardener**, Howard (2004): Changing Minds: The Art and Science of Changing our own and other People's Minds. Cambridge.
- Giddens**, Anthony (1995), Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/a.M.
- Giddens**, Anthony (1999), Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/a.M.
- Gray**, John (1999): Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen, Berlin.
- Grove**, A.S. (1997): Nur die Paranoiden überleben. Strategische Wendepunkte vorzeitig erkennen, Frankfurt.
- Institut** für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB (2005a): Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2050: Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen. IAB-Kurzbericht 11, 26. Juli 2005
- Institut** für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB (2005b): Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht 9, 13. Juni 2005.
- Institut** für Demoskopie Allensbach (2004): Eine Aufgabe der Geschichte. Das Zusammenwachsen der Deutschen macht keine wirklichen Fortschritte. Allensbach 2004.
- Hasenclever**, Andreas, Rittberger, Volker (2000). Universelle Risiken entschärfen. Erfordert die Globalisierung einen Weltstaat? Internationale Politik, 55 (12): 1-8.
- Henkel**, H.-O.: Die Ethik des Erfolgs. Spielregeln für die globalisierte Gesellschaft ISBN 3430142865
- Herold**, James (1991): Deutsche Identität 1770-1990, Frankfurt a.M./New York.
- Hickel**, Rudolf (2005): Finanzbulln und ihre Bändigung. In: WSI-Mitteilungen 5/2005.
- Hirsch**, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin.
- Höffe**, Otfried (1999). Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München.
- Huntington**, Samuel P. (1997): Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Rheda-Wiedenbrück.
- Kaina**, Viktoria (2004): Deutschlands Eliten zwischen Kontinuität und Wandel. Empirische Befunde zu Rekrutierungswegen, Karrierepfaden und Kommunikationsmustern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 10/2004.
- Keupp**, Heiner (2004): Individuelle Auswirkungen der Globalisierung, Tutzing.
- Keynes**, J.M. (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- Klein**, Naomi (2002): No Logo! Riemann Verlag.
- Kronenberg**, Volker (2005): Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation. Wiesbaden.
- Kurz**, Robert (1997): Das Ende der Nationalökonomie – Globalisierung, Grenzen des Nationalstaats und Krise des warenproduzierenden Systems. In: Weg und Ziel 1/97: 15-21.
- Langewiesche**, Dieter (2000): Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa. München.
- Leggewie**, Claus (1994): Ethnizität, Nationalismus und multikulturelle Gesellschaft. In: Helmut Berding (Hg.) Nationales Bewusstsein und kollektive Identität. Frankfurt/a.M.: 46-65.
- Luttwak**, Edward (2000): Turbokapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung, Hamburg-Wien.
- Martin**, Hans-Peter/Schumann, Harald (1996), Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek.
- Marx**, Karl/Engels, Friedrich (1845/1846), Die deutsche Ideologie, in: MEW, Band 3, Berlin
- Marx**, Karl (1957/1958), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Band 42, Berlin.
- Marx**, Karl (1867), Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW, Band 23, Berlin.
- Marx**, Karl (1885), Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, Berlin. Dietz. MEW, Band 24, Berlin.
- Marx**, Karl (1885), Das Kapital, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, MEW, Band 25, Berlin.
- Marx**, Karl/Engels, Friedrich (1974), Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Berlin.
- Meulemann**, Hermann (2002): Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 37-38/2002: 13-22.

- Mies**, Maria (2002): Die Pfeiler der Globalisierung, in: Eine andere Welt ist möglich. Dokumentation attac-Kongreß.
- Mills**, Melinda/Blossfeld, Hans-Peter/Klijzing, Erik (2006): „Becoming an adult in uncertain times. A 14-country comparison of the losers of globalisation“, in: Hans-Peter Blossfeld et.al. (Hg.), Globalization, Uncertainty and Youth in Society, London und New York.
- Müller**, Uwe (2005): Supergau. Deutsche Einheit, Berlin.
- Müller**, Henrik (2006): Wirtschaftsfaktor Patriotismus. Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung, Frankfurt/a.M
- Narr**, Wolf-Dieter/Roth, Roland (1998): Menschenrechte und globaler Kapitalismus. Anmerkungen zu einer notwendigen Neubestimmung der Menschenrechte. In: Widerspruch 35: 113-128.
- Negt**, Oskar (2002): „In die Kraft des Gegners eindringen.“ Gespräch mit Oskar Negt über ‚Arbeit und menschliche Würde‘, in: Sozialismus, H.3, S. 14ff.
- Polanyi**, Karl (1976): The Great Transformations. Frankfurt a.M.
- OECD** (2001): The Well-being of Nations. The Role of Human and Social Capital. Paris 2001.
- OECD** (2005): Society at a Glance. OECD Social Indicators, Paris.
- Qinglian** He (2006): China in der Modernisierungsfalle, Hamburg.
- Radermacher**, Franz-Josef (2007): Welt mit Zukunft. Überleben.
- Robertson**, Roland (1992): Globalization. Social Theory and Global Culture, London.
- Rosenau**, James, N (1990), Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity, New York.
- Scharpf**, Fritz (2002): Auswirkungen unterschiedlicher Finanzierungsstrukturen von Sozialstaaten auf die Beschäftigung – Deutschland im europäischen Vergleich. (Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“). Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Berlin: Deutscher Bundestag (AU-Stud 14/22).
- Scharpf**, Fritz (1997): Konsequenzen der Globalisierung für die nationale Politik. Politik und Gesellschaft, (2): 159-169.
- Scheunemann**, E.: (2004): Der Jahrhundertfluch. Neoliberalismus, Marktradikalismus und Massenarbeitslosigkeit, Münster/Hamburg.
- Schneider**, Friedrich/Enste, Dominik (2000): Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit. Umfang, Ursache, Wirkungen und wirtschaftspolitische Empfehlungen, München/Wien
- Schulze**, Hagen (1999): Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München.
- Sennett**, R. (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Sloterdijk**, Peter (1998): Der starke Grund zusammen zu sein. Erinnerungen an die Erfindung des Volkes. Frankfurt a.M..
- Sloterdijk**, Peter (2005): Im Weltinnenraum des Kapitals. Frankfurt a.M.
- Smith**, Adam (1990): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen (Hg. von Horst Claus Recktenwald), München.
- Steingart**, Gabor (2006): Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, München.
- Stiglitz**, Joseph E.: Die Schatten der Globalisierung ISBN 3-88680-753-3
- Stiglitz**, Joseph (2006): Die Chancen der Globalisierung, München.
- Schumacher**, Dirk/Jan Hatzius/Tetsufumi Yamakawa (2007): Rising Income in the G3“ (Studie von Goldmann Sachs)
- Tabellini**, Guido (2005): Culture and Institutions: Economic Development in the Regions of Europe. CESifo Working Paper No. 1492, July 2005.
- Thomas** L. Friedmann: Globalisierung verstehen. Zwischen Marktplatz und Weltmarkt. ISBN 3612267957.
- Trojanow**, Ilija/Hoscote, Ranjit (2007): Der Kampf der Kulturen findet nicht statt. Kulturen bekämpfen sich nicht, - sie fließen zusammen, Karl Blessing Verlag.
- Wallerstein**, Immanuel (1981), The modern world-system. Mercantilism and the consolidation of the European world-economy, New York.
- Wallerstein**, Immanuel (1983): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse, in: R. Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen.
- Wallerstein**, Immanuel (1988 a), One World, Many Worlds, New York.
- Wallerstein**, Immanuel (1988 b), The modern world-system. The second era great expansion the capitalist world-economy, New York.
- Wallerstein**, Immanuel (2000), Die Marginalisierung der Dritten Welt und die Krise der Weltwirtschaft. Auf abschüssiger Strecke mit defekten Bremsen, in: Le Monde Diplomatique (deutschsprachige Ausgabe), 11.8.2000.
- Ziegler**, Jan (2003): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München.

Lit. zu D 2. - 2.2.1: *Supranationale neoliberale Strategien*

- Apeldoorn**, Bastian van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling/Steinhilber (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster.
- Balanya**, Doherty, Hoedeman, Maanit, Wesselius: (2001): Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Zürich.
- BDI** (2000): Deckmantel Daseinsvorsorge. Vorfahrt für die Privatwirtschaft – Vorteil für die Verbraucher. Bundesverband der Deutschen Industrie, Dezember, Berlin.

- Beckmann**, Martin; Bieling, Hans-Jürgen; Deppe, Frank (Hg.) (2003): „Eurokapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg.
- Bieback**, Karl-Jürgen (2003): Europäischer Sozialstaat und soziale Grundrechte, in: Albrecht, Stephan u.a. (Hg.), Die Welt zwischen Recht und Gewalt. Internationale Sozialordnung, Völkerrecht und Demokratie, Hamburg S. 89-111.
- Beisenherz**, H.-G. (2002): Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen.
- Bieling**, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Begg**, Ian (2005): Kohäsionspolitik und Lissabon-Strategie im EU-Haushalt – Konflikte und Vereinbarkeit; in: WSI-Mitteilungen 12.
- Blair**, Tony (2005): Rede vor dem Europäischen Parlament in Brüssel am 23. Juni 2005; <http://www.number-10.gov.uk/output/Page7714.asp>.
- BMWA** (2003a): WTO-Dienstleistungsverhandlungen, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin.
- Breuss**, Fritz (2005): Die Zukunft der Lissabon-Strategie, WIFO Working Papers No 244, Februar, Wien.
- Brie**, Andre (2004): Europäische Sozialpolitik. Der Abriss des Sozialstaats, <http://www.pds-europa.de/dokumente/studien/index.htm>.
- Bsirske**, Frank/Frank Deppe/Stephan Lindner/Sigrid Skarpelis-Sperk u.a. (2006): Die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ein Anschlag auf das europäische Sozialmodell, Hamburg.
- Deppe**, Frank (2003), Tiefgreifende Umbrüche. Entwicklungstendenzen des europäischen Integrationsprozesses und ihre Folgen für das „europäische Sozialmodell“ und die Gewerkschaften, in: Albrecht, Stefan u.a. (Hg.), Die Welt zwischen Recht und Gewalt. Sozialordnung, Völkerrecht und Demokratie, Hamburg S. 63-88.
- Deppe**, Frank (2004), Habermas's Manifesto for a European Renaissance: a Critique, in: Socialist Register 2005, ed. By Leo Panitch and Colin Leys, London / New York. S. 313-323
- Dolvik**, Jon Erik (1999), Die Spitze des Eisbergs? Der EFGB und die Entwicklung eines Euro-Korporatismus, Münster.
- Dräger**, Klaus (2004a), Eine Heilige Allianz der Modernisierer. Die EU nach dem Scheitern des Mitte-Links-Projektes, in: Beckmann u.a.. (2003), S. 196-219.
- Dräger**, Klaus (2005): Jedem eine zweite ‚Chance‘? Lieber nicht. Die Lissabon-Strategie der EU und ihr „Neubeginn“; in: Etxezarreta/Grahl/Huffschmidt/Mazier u.a.: Euromemo 2004, Hamburg.
- Dräger**, Klaus (2006): Europäisches Sozialmodell und neoliberale Vision des „Globalen Europa“, in: Etxezarreta u.a. u.a.: EuroMemo 2005, Hamburg.
- Europäische Kommission** (2003): Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Brüssel.
- Europäische Kommission** (2003b): Binnenmarkt: 10-Punkte-Plan der Kommission – damit es Europa besser geht, Brüssel.
- Europäische Kommission** (2005): Europäische Werte in der globalisierten Welt. Beitrag der Kommission zur Tagung der Staats- und Regierungschefs im Oktober, KOM 2005, 525 endg.
- Euromemorandum-Gruppe** (2005): EuroMemo 2004. Jenseits von Lissabon – Wirtschafts- und sozialpolitische Leitlinien und Eckpunkte einer Verfassung für das europäische Gesellschaftsmodell. Hamburg. <http://www.epoc.uni-bremen.de/home.htm>
- Etxezarreta**, M./J. Grahl/J. Huffschmidt/J. Mazier u.a (2006): EuroMemo 2005, Hamburg.
- Fritz**, Thomas, Scherrer, Christoph (2002a): GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck, Hamburg: VSA.
- Gill** Stephen (1998): European Governance and new Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe. In: New Political Economy, 3, 1998, S. 5-26.
- Habermas**, J. (2006): Preisrede von Jürgen Habermas anlässlich der Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2005, Renner-Institut, 9. März 2006, www.renner-institut.at 2005.
- Heintze**, Cornelia (2005): Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirrweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells; <http://www.memo.uni.bremen.de/docs/m46055.pdf>.
- Huffschmidt**, J. (2005) (Hg.): Economic Policy for a Social Europe – A Critique of Neoliberalism and Proposals for Alternatives, Houndmills.
- Hyman**, Richard (2004), Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen: Strategische Dilemmata für die Gewerkschaften, in: Eckard Hein u.a., (Hg.), Europas Wirtschaft gestalten, Hamburg S. 216-239.
- Kaelble**, Hartmut (2000), Wie kam es zum Europäischen Sozialmodell? In: Aust, Andreas u.a., Sozialmodell Europa, a.a.O., S. 39-54.
- Kaelble**, Hartmut/Schmid, Günther (Hg.) (2004): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Wege zum transnationalen Sozialstaat, WZB-Jahrbuch 2004, Berlin.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften** (1993), Weißbuch, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Brüssel.
- Krätke**, Michael (2005): Hat das europäische Sozialmodell noch eine Zukunft? in: Widerspruch 48, 25. Jg./1.Halbjahr, Zürich.
- Lasch**, Christopher (1995): The Revolt of the Elites. The Betrayal of Democracy, New York, London.
- Pelizarri**, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste, Konstanz.
- Raza**, Werner (2001): Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union. Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 21, Marburg.

- Rifkin, Jeremy (2004): Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt/New York.
- Rieling, Hans-Jürgen (2004), Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Beerhorst, Joachim u.a., (Hg.), Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/a.M. S. 128-152.
- Rieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Scharf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt/New York.
- Schulte, Bernd (2005): Europäische Sozialpolitik nach der Erweiterung und nach dem Verfassungsvertrag: eine Zwischenbilanz. In: ZFSH/SGP – Sozialrecht in Deutschland und Europa (11/2005); S. 643-650.
- Schulz, Otto (2003): Grundlagen und Perspektiven einer europäischen Sozialpolitik, Köln.
- Soros, George (1998): Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin.
- Stein, Conrad C. (2001): Die geheime Weltmacht. Die schleichende Revolution gegen die Völker, Tübingen.
- Urban, Hans-Jürgen (2003): Die neue Sozialpolitik. Zum Zusammenhang von europäischer Integration und nationalstaatlichem Sozialabbau, in: Z Nr. 55, September.
- Urban, Hans-Jürgen (2003): Das neue europäische Sozialmodell und die Linke in Europa, in: Sozialismus 2/2003, S. 40-43.
- Urban, Hans-Jürgen (2004), Eigenverantwortung und Aktivierung. Stützpfeiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur, in: WSI-Mitteilungen, 9/2004, S. 457-473.
- Ziltener, Patrick (1999), Strukturwandel der europäischen Integration, Münster.

Lit. zu D 1 - 1.1.: Spätkapitalistische Transformationskrise: Bruch zwischen fordistischem Sozialsystem und neoliberaler Reproduktionsstrategie

- Agnoli, Johannes (1995) Der Staat des Kapitals. In: ders. (1995) Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften Band 2, Freiburg.
- Bund der Deutschen Industrie (BDI) (2006): Für ein attraktives Deutschland in einem weltdoffenen Europa, Köln.
- Hirsch, Joachim (1995) Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin. Edition ID-Archiv

Lit. zu D 2.: Die Staatsverschuldung

- Bofinger, Peter (2005): Wir sind besser als wir glauben – Wohlstand für alle. München.
- Böttcher, Horst (1996): Mühlsteine. Staatsschulden und Zinslasten. Bad Soden.
- Finsterbusch, Sebastian (2005): Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland. Historische Entwicklung, rechtliche Grundlagen, ökonomische Folgen. Reihe Wissenschaftliche Schriften, Politik Bd. 1.
- Fusest, Clemens, Michael Thöne (2005): Wachsende Staatsverschuldung in Deutschland – Schnelles Handeln für eine tragfähige Finanzpolitik. Köln.
- Grunert, Günther (2004): Horror Staatsverschuldung, in: PAUKUS, Ausgabe 2/2004.
- Kirchhof, Ferdinand (2002): Staatsverschuldung, Ein Thesenpapier zur Festrede zum 50jährigen Bestehen des Landesrechnungshofes Baden-Württemberg, 6. Juni 2002.
- Luther, Hans (1964): Vor dem Abgrund. 1930-1933, Reichspräsident in Krisenzeiten, Berlin.
- Martin, Paul C. (1998): Die Krisenschaukel, München.
- Martin, Paul C. (1983): Wann kommt der Staatsbankrott? München.
- Martin, Paul C. & Walter Lüftel (1984, 2.A.): Die Pleite. Staatsschulden, Währungskrise und Betrug am Sparer, München.
- Metzger, Oswald (2004): Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott., Goldmann-Verlag.
- Meyer, Dieter: Die Schuldenfalle: Eine Untersuchung der Staatsverschuldung ab 1965 bis 2025 mit Vorschlägen zur GG-Änderung (<http://home.t-online.de/home/dieter.meyer/homepage.htm>).
- Niemann, Herbert (2003): Die Schuldenfalle. Sozialstaat in der Klemme. Aus der Reihe PapyRossa Hochschulschriften, Bd. 43.
- Ramb, Bernd-Thomas (2006): Vor der nächsten Währungs-„Reform“, Hamburg.
- Roth, Rainer (1999): Das Kartenhaus, Frankfurt a.M.
- Schlesinger, Helmut, Manfred Weber, Gerhard Ziebarth (1993): Staatsverschuldung – ohne Ende. Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Senf, Bernd (2004): Der Nebel um das Geld, Lütjenburg.
- Sturm, Roland (1995): Staatsverschuldung. In: Politische Wirtschaftslehre, 154-179, Opladen: Leske & Budrich (UTB).

Lit. zu D 4. - 5.: Wandel „wohlfahrtsstaatlicher“ Politikkonzepte...

- Beck**, U./A. Giddens/S. Lash (1995): Reflexive Modernisation. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order. Cambridge: Polity Press (erw. Dt. Fassung: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996).
- Blair**, T./G. Schröder (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokratie, 8. Juni 1999.
- Boss**, Alfred (2002): Sozialhilfe, Lohnabstand und Leistungsanreize, Berlin.
- Brütt**, Christian (2001): „Neoliberalismus plus“, in: M. Candeias u. F. Deppe (Hg.): Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg, S. 265-283.
- Ders.** (2002): Nach Hartz. Konsensualer Neoliberalismus im aktivierenden Sozialstaat, in: das Argument 247, 44. Jg., S. 559-268.
- Bourdieu**, Pierre (1998): Der Mythos ‚Globalisierung‘ und der europäische Sozialstaat. Frankfurt a.M.
- Butterwege**, Christoph, Rudolf Hickel und Ralf Ptak (Hg.), 1998: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin: Elefanten Press.
- Butterwege**, Christoph (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden.
- DGB EXPO 2000 Büro** (Hg.) (1996). Die Zukunft der Arbeit im globalisierten Kapitalismus
- Dingeldey**, Irene (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2006.
- Donges**, Jürgen B. (2005): Das alte europäische Sozialstaatsmodell ist passe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.8.2005.
- Giddens**, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a.M.
- Gilbert**, N./B. Gilbert (1989): The Enabling State. Modern Welfare Capitalism in Amerika. New York/Oxford University Press.
- Gohr**, Antonia (2003): Auf dem „dritten Weg“ in den „aktivierenden Sozialstaat“? Programmatische Ziele von Rot-Grün. S. 37-60, in: Antonia Gohr und Martin Seeleib-Kaiser (Hg.), 2003: Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hirsch**, Joachim (1996): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin – Amsterdam.
- Hutton**, Will; A. Giddens (Hg.) (2001): Die Zukunft des globalen Kapitalismus, Frankfurt/New York.
- Kaufmann**, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaufmann**, Franz-Xaver (2002): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen: Leske+Budrich.
- Kaufmann**, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Krauss**, Hartmut (1995): Stabiler Verfall. Zum Verhältnis von (bürgerlicher) Hegemonie und destruktiver Reproduktionslogik im „post-sozialistischen“ Kapitalismus. In HINTERGRUND III-1995: 19-34.
- Lampert**, Hans (2003): Kann der Sozialstaat gerettet werden? in: Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe, Beitrag Nr. 247, Augsburg.
- Leisering**, Lutz (1999a): Eine Frage der Gerechtigkeit – Armut und Reichtum in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/99: 10-17.
- Leisering**, Lutz (2000c): Die Rückkehr der Gerechtigkeitsfrage. Die Mitbestimmung 46, Heft ½: 45-47.
- Leisering**, Lutz, und Bernhard Hilkert (2000): Von Großbritannien lernen? Wohlfahrtsstaatsreform im Zeichen des Dritten Weges – ein Beispiel aktivierender Sozialhilfepolitik unter Blair. Anglo-German Foundation, London.
- Leisering**, Lutz (2003a): Der deutsche Sozialstaat – Entfaltung und Krise eines Sozialmodells. Der Bürger im Staat: Der Sozialstaat in der Diskussion 53: 172-180.
- Leisering**, Lutz (2004): Paradigma sozialer Gerechtigkeit. Normativer Diskurs im Umbau des Sozialstaates
- Lehnhardt**, Gero/Claus Offe (1977): Staatstheorie und Sozialpolitik, in: Chr. V. Ferber, F. X. Kaufmann (Hg): Soziologie und Sozialpolitik, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 19: 98-127
- Mayer**, Karl Ulrich (Hg.) (2001): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Eine Kontroverse zwischen Jens Albers, Jens Beckert, Johannes Berger, Lutz Leisering und Wolfgang Streeck. Frankfurt/New York: Campus.
- Möhle**, Marion (2001): Vom Wert der Wohlfahrt. Normative Grundlagen des Sozialstaats. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scharpf**, Fritz W. (1995): Subventionierte Niedriglohnbeschäftigung statt bezahlter Arbeitslosigkeit, in: Zeitschrift für Sozialreform, 41 Jg., Heft 2: 65-82
- Schröder**, Gerhard; Anthony Blair (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7: 887-896.

Lit. zu D 6 - 7.: Sozialpolitik und „Gerechtigkeit“...

- Bischoff**, J. (2005a): Neuer Kapitalismus? In: Zeitschrift marxistische Erneuerung, September.
- Bischoff**, J. (2005b): Die SPD und die Zerstörung des „Rheinischen Kapitalismus“. Vorm organisierten zum entfesselten Kapitalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus.
- Bischoff**, J. (2005c): Das Projekt Rot-Grün – eine Bilanz, in: Bischoff J. u.a., Schwarzbuch Rot-Grün, Hamburg.
- Candeias**, M./Deppe, F. (Hg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.

- Candeias, M. (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie, Hamburg.
- Carigiet, Erwin/Ueli Mäder/Michael Opielka/Frank Schulz-Nieswandt (Hg.)(2006): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich.
- Castel, R. (2005): Die Stärkung des Sozialen, Hamburg.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Fischer, J. (1998): Für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Frankfurt a.M.
- Frankfurt, Harry (2000): Gleichheit und Achtung, in: Angelika Krebs (Hg.), Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik, Frankfurt a.M.
- Gailbraith, J.K. (2005): Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, Berlin.
- Gransee, U./Zimmermann, K.-D. (Hg.), Die Hartz-„Reformen“. Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen, Hamburg.
- Jauch, Peter (2004): Der Bürger, das Engagement und die Verantwortung – Anmerkungen zu energiegelanten Koalitionen des Wandels, in: W. Baur/W. Mack/J. Schroeder (Hg.) Bildung von unten denken, Kempten.
- Hank, R. (2000): Das Ende der Gleichheit, Frankfurt a.M.
- Hengsback, F. (2005): Eine Selbstdemontage der politischen Klasse. Vorläufige Bilanz der Agenda 2010.
- Kersting, Wolfgang (2003): Gerechtigkeit: Die Selbstverweigerung des egalitaristischen Sozialstaats, in: Stephan Lessenich (Hg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a.M./New York.
- Maares, I. (2004): Warum die Wirtschaft den Sozialstaat braucht, Frankfurt.
- Opielka, Michael (2005): Glauben und Wissen in der Politik. Zu einigen Folgen Hegels in der politischen Soziologie moderner Wohlfahrtsstaaten, in: Andreas Arndt/Karol Bal/Henning Ottmann (Hg.), Hegel-Jahrbuch 2005.
- Opielka, Michael (2004): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek.
- Opielka, Michael (2006): Gerechtigkeit durch Sozialpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9-2006: 32-38.
- Pippin, Robert (2005): Negative Ethik. Adorno über falsches, beschädigtes, totes, bürgerliches Leben, in: Axel Honneth (Hg.), Dialektik der Freiheit, Frankfurt Adorno-Konferenz 2003, Frankfurt a.M. 2005, S. 85-114.
- Prantl, Heribert (2005): Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München.
- Priewe, J. (2001): Vom Lohnarbeiter zum Shareholder? In: Prokla Heft 122.
- Ravels, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Roth, K.H. (2005): Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg.
- Sennet, R. (2005): Arbeit und soziale Inklusion, in: Kocka, J./Offe, C. (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt.
- Sennet, R. (2005): Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Schröder, G.: Rede im Bundestag vom 1.7.2005
- Stiglitz, J. (2003): Die roaring Nineties. Der entzauberte Boom, Berlin.
- Vester, M. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M.

Lit. zu D 8.: Agenda 2010...

- Hüther, Michael, Scharnagel, Benjamin: Die Agenda 2010: Eine wirtschaftspolitische Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32-33/2005, S. 23-30.
- Wohlfahrt, N. (2004): Agenda 2010 – das Ende des Sozialstaats? Dortmund.

Lit. zu D 9. – 9.3.: Neoliberale Wende in der Arbeitsmarktpolitik

- Afheldt, Horst (2003): Wirtschaft die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft, München.
- Bartsch, Klaus/Eckard Hein/Dierk Hirschel/Bernd Mülhaupt/Achim Truger (2003): WSI Konjunkturbericht 2003: Mit koordinierter Makropolitik gegen die Stagnation!, in: WSI-Mitteilungen, 56 (2003), 12, S. 695-711.
- Bofinger, Peter (2005): Wir sind besser als wir glauben – Wohlstand für alle, München.
- Bothfeld, Silke/Sigrid Gronbach/Kai Seibel (2005): Eigenverantwortung in der Arbeitsmarktpolitik: zwischen Handlungsautonomie und Zwangsmaßnahmen, WSI-Diskussionspapier Nr. 134, Düsseldorf.
- Butterwegge/Kluntz/Zeng (2005): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden.
- Christen, Christian/Tobias Michel/Werner Rätz (2003): Sozialstaat: Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den „Reformen“ profitiert, Hamburg.
- Evers, Adalbert/Claus Leggewie (1999): Der ermunternde Staat - Vom aktiven Staat zur aktivierenden Politik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 50 (1999).
- Fertig, Michael/Jochen Kluge/Ch.M. Schmidt/Helmut Apel/Werner Friedrich/Helmut Hägele (2004): Die Hartz-Gesetze zur Arbeitsmarktpolitik, Berlin.
- Fertig Michael/Jochen Kluge/Markus Scheuer (2004): Aspekte der Entwicklung von Mini-Jobs, Abschlußbericht, RWI Essen.
- Gangl, Markus (2005): Beschäftigungschancen Arbeitsloser – Internationaler Vergleich, in: Koch 2005.
- Hartz, Peter u.a., (2002): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht der Kommission, Berlin.

- Kindler**, Holger/Ada-Charlotte Regelman/Marco Tullney (2004): Die Folgen der Agenda 2010 – Alte und neue Zwänge des Sozialstaates, Hamburg.
- Koch**, Susanne/Ulrich Walwei (2005): Hartz-IV: Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16/2005.
- Müller**, Albrecht (2004): Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München.
- Roth**, Rainer (2003): Nebensache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland, Frankfurt a.M.
- Schäfer**, Claus (Hg.) (2000): Geringe Löhne – mehr Beschäftigung? Niedriglohnpolitik, Hamburg.
- Schupp**, Jürgen/Elisabeth Birkner (2004): Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder. Dauerhafter Rückgang von Zweitbeschäftigten?, in: DIW-Wochenbericht, 71 (2004), S. 487-497
- Trube**, Achim (2003): Überfordern und Hinausbefördern – Prämissen, Praxis und Probleme Aktivierender Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. In: Sozialer Fortschritt, 52 (2003) 11-12, S. 301-305.

Lit. zu D 10.: „Aktivierung und Eigenverantwortung“ im europäischen Vergleich

- Beyme**, Klaus v. (1989): Neokonservative Wirtschaftspolitik in Großbritannien. Vorgeschichte, Problemdiagnose, Ziele und Ergebnisse des „Thatcherismus“, Frankfurt a.M., Bern, New York, Paris.
- Braun**, T. (2002): Flexibilität und soziale Sicherung in Dänemark unter besonderer Berücksichtigung von aktiver Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung, in: Klammer, U./Tillmann, K. (Hg.): Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, MASQT 1106, Düsseldorf, S. 637-680.
- Cebulla**, A. (2002): Flexibilität und soziale Sicherung in Großbritannien unter besonderer Berücksichtigung des „New Deal“, in: WSI Mitteilungen 9/2004.
- Geppert**, Domik (2002): Thatchers konservative Revolution, München.
- Geppert**, Domik (2003): Maggie Thatchers Roskur – Ein Rezept für Deutschland?. Politische Reformen von Thatcher bis Blair, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 18/1997.
- Rat der Europäischen Union** (2001): Beschluß des Rates vom 19. Januar 2002 über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten im Jahre 2001, in: Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften L 22, S. 18-26.
- Rat der Europäischen Union** (2003): Empfehlungen des Rates vom 25. Juni 2003 zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft. Zeitraum 2003-2005. Luxemburg, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Sturm**, Roland (1990): Thatcherismus – Eine Bilanz nach zehn Jahren, Bochum.
- Sturm**, Roland (2001): Entwicklung Großbritanniens seit 1945, in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 262).
- Tonkiss**, F. (2001): ‚Markets against states: neo-Liberalism.‘, in: Nash, K. and Scott, A. (eds.): Blackwell Companion to Political Sociology. Oxford: Blackwell.

Lit. zu E 1. – 12.: Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Spaltung, Marginalisierung und Exklusion

- Aust**, Judith (2006): Langzeitarbeitslose in Europa, in: WSI-Mitteilungen, 8/2006, S. 453-459.
- BA** – Bundesagentur für Arbeit (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland. Sonderbericht, Dezember.
- Bäcker**, G./Koch, A. (2003): Mini- und Midijobs als Niedrigeinkommensstrategie in der Arbeitsmarktpolitik: „Erfolgsgeschichte“ oder Festschreibung des geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarktes?, WSI-Diskussionspapier 117, Düsseldorf.
- Bäcker**, G. (2006): Was heißt hier „geringfügig“? – Minijobs als wachsendes Segment prekärer Beschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 5, S. 255-267.
- Bäcker**, G. ((2005): Umfinanzierung der Sozialversicherung: Lösung der Beschäftigungs- und Finanzierungskrise?, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 355-361.
- Baethge**, Martin (1988): Jugend, Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen, Opladen.
- Barthelsheimer**, P. (1998): Nichts mehr total normal – „Atypische“ Arbeitsverhältnisse und „entstandardisierte“ Erwerbsverläufe; in: IfS-Frankfurt/INIFES-Stadtbergen/IFS-München/SOFI-Göttingen (Hg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, 98, Berlin, S. 165-208.
- Beck**, U. (2005): Was zur Wahl steht, Frankfurt a.M.
- Becker**, I./Hauser, R.: (2006): Verteilungseffekte der Hartz-IV-Reform. Ergebnisse von Simulationsanalysen, Düsseldorf.
- Behrens**, F./Heinze, R.G./Hilbert, J./Stöbe-Blossey, S. (2006) (Hg.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, S. 379-396
- Berthold** (Hg.): Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform, Hamburg 2004.
- Bispinck**, R./Schäfer, C. (2006): Niedriglöhne und Mindesteinkommen. Daten und Diskussionen in Deutschland, in: Schulten, Bispinck, Th./R./Schäfer, C. (Hg.), Mindestlöhne in Europa, S. 293-297.
- Boltanski**, L./Chiapello, E. (2003) Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Bourdieu**, P. (1998): Prekarität ist überall; in: Bourdieu, P. Gegenfeuer, Konstanz.

- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S.,** (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise, Bonn.
- Bundesagentur für Arbeit (BA)** (2005): Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung. Entwicklung und Struktur 2005, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (BA)** (2006): Grundsicherung für Arbeitssuchende: Geldleistungen an Bedarfsgemeinschaften im Juli 2005 – Tabellen und Schaubilder - Nürnberg.
- Burneileit, Heinz** (1981): Friedrich der Große, Besinnung auf den Staat, Düsseldorf.
- Büssing, A.** ((1993): Arbeitslosigkeit – differentielle Fragen aus psychologischer Sicht, in: Arbeit, Heft 1.
- Castell, R.,** (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Chesnais, F.** (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime. Theoretische Begründung und Reichweite; in: Zeller, C: die globale Enteignungsökonomie, Münster.
- Deutschmann, C.** (2000): Postindustrielle Industriosozologie, Weinheim.
- Dörre, K./Röttger, B** (Hrsg.) (2003): Das neue Marktregime, Hamburg.
- Dörre K./Kraemer, K./Speidel, f.** (2004) Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung. In: Das Argument 256, S. 378-397.
- Dörre, K./Brinkmann, U.** (2005): Finanzmarktkapitalismus – Triebkraft eines flexiblen Produktionssystems? Windolf, P (Hg.) (2005): Finanzmarktkapitalismus. Sonderheft: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.
- Dörre, K.** (2005). Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: WSI-Mitteilungen 5/2005, S. 250-258
- Dörre/Fuchs** (2005): Prekarität und soziale (Des-)Integration, in: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1940>.
- Dörre, K.** (2005a): Prekalisierung contra Flexicurity. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitspolitische Herausforderung, in: Kronauer, M./Linne, G. (Hg.), Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin, S. 53-71.
- Dörre, K.** (2006): Prekäre Arbeit und soziale Desintegration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2006, S. 7-14.
- Engelbrecht, Gerhard** (1999), Folge der Beschäftigungskrise. Zur aktuellen Beschäftigungsentwicklung bei ost- und westdeutschen Männern und Frauen. IAB-Werkstattbericht Nr. 3 vom 12. März, Nürnberg.
- Fuchs, T.** (2003): Gute Arbeit in prekären Arbeitsverhältnissen? In: Peters, J.; Schnitthener, H.: Gute Arbeit. Hamburg, S. 151-165.
- IAB-Kurzbericht**, Niedriglohnsektor: Aufstiegchance für Geringverdiener verschlechtert, Ausgabe 3/10.3.2005
- IFS Frankfurt, INIFES** Stadtbergen, IFS München, SOFI Göttingen (Hrsg.) (1998): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband: Beobachtungsfeld Arbeit. Berlin.
- Institut Arbeit und Technik** (2006): Beschäftigungsstruktur in Deutschland 1999-2004. http://www.jahnke.net/body_niedrig.html, 11.01.2007, S. 2.
- Hanisch, K.A.** (1999): Job loss and unemployment research from 1994 to 1998: A Review and Recommendations for Research on Intervention, in: Journal of Vocational Behaviour, Bd. 55, Heft 2.
- Hirsch, Joachim** (1999): Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Langfassung des Dossiers in Jungle World Nr. 24, 9. Juni 1999, www.mxks/apolit.peter2hirschzukunft.htm.
- Jahoda, Maria u.a.** (1933): Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt/a.M., Leipzig (Erstausgabe).
- Jahresgutachten** 2005/2006 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/65.
- Kalina, Th./Voss-Dahm, D.** (2005): Mehr Minijobs = mehr Bewegung auf dem Arbeitsmarkt? Fluktuation der Arbeitskräfte und Beschäftigungsstruktur in vier Dienstleistungsbereichen, IAT-Report 2005-07.
- Kalina, Th./Weinkopf, C.** (2005): Beschäftigungsperspektiven von gering Qualifizierten, in: IAT-Report 10.
- Kalina, Th./Weinkopf, C.** (2006): Mindestens 6 Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs? IAT-Report 2006-03.
- Keller, B./Seifert, H.** (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, in: WSI-Mitteilungen 5/2006.
- Keupp, Heiner u.a.** (1999): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne, Hamburg.
- Kern, H./Schumann, M.** (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? München.
- Kieselbach, Thomas/Gert Beelmann** (2003): Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2003, S. 32-39.
- Koalitionsvertrag** (2005): Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 11. November, Berlin.
- Koch, S./Walwei, U.** (2005): Hartz IV: Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 16, S. 10-17.
- Kraemer, K./Speidel, F.** (2004): Prekäre Leiharbeit. In: Vogel, B. (2004) a.a.O.: S. 119-153.
- Kronauer, Martin** (1998): Social exclusion and underclass – new concepts for the analysis of poverty, in: Hans-Jürgen Andreß (Hg.), Empirical poverty research in a comparative perspective, Aldershot.
- Kronauer, Martin** (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York.
- Meyer, Mariannne E.** (2006): Spirulina. Aitrag (7. Auflage).
- Morgenroth, Christine** (2003): Arbeitsidentität und Arbeitslosigkeit – ein depressiver Zirkel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2003, S. 17-24.
- Opoczynski, Michael** (2005): Die Blutsauger der Nation. Wie ein entfesselter Kapitalismus uns ruiniert, München.

- Rat der Europäischen Union** (2001): Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung, Brüssel.
- Reinberg**, Alexander; Rauch, Angela (1998): Qualifikation und Arbeitsmarkt: Der Trend zu höherer Qualifikation ist ungebrochen. IAB-Werkstattbericht Nr. 15 vom 17. Dez., Nürnberg.
- Rifkin**, Jeremyn (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M./New York: Campus (Neuaufgabe)
- Ritzer**, George (1993): Die McDonaldisierung der Gesellschaft. Frankfurt/a.M.
- Römer**, Christof ((2007): Offshoring – Wie viele Jobs gehen ins Ausland? – Auslandsinvestitionen, Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzeffekte, IW-Analysen 26, herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft. Köln.
- RWI** – Rheinisch-Westfälisches Institut der Wirtschaftsforschung (2004): Aspekte der Entwicklung von Mini-Jobs. Abschlussbericht, Essen.
- Sauer**, D. (2005): Arbeit unter (Markt-)Druck: Ist noch Raum für innovative Arbeitsmarktpolitik? in: WSI-Mitteilungen 4, S.179-185.
- Schäfer**, C. (2003): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 7/2003, S. 420-428.
- Schäfer**, C. (2004): Mehr soziale Ungleichheit, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 583-595.
- Schumann**, M. (2003): Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriosozologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik, Hamburg.
- Schmid**, J. (2005): Aktivierung in der Arbeitsmarktpolitik. Lehren für Deutschland aus einem internationalen Trend, in: Seligmann, M.E.P. (2001): Pessimisten küsst man nicht. Droemer Knaur.
- Schulten**, Th./Bispinck, R./Schäfer, C. (Hg.) (2006): Mindestlöhne in Europa, Hamburg.
- Schupp**, J./Birkner, E. (2004): Kleine Beschäftigungsverhältnisse. Kein Jobwunder. Dauerhafter Rückgang von Zweitbeschäftigungen? DIW-Wochenbericht 34, Berlin.
- Sennett**, Richard (1998), Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 1998
- Statistisches Bundesamt** (Hg.)(2003): Mikrozensus 2003.
- Vogel**, Berthold (1999), Entbehrlich für die Arbeitsgesellschaft? Arbeitslosigkeit und Ausgrenzungsrisiko in den neunziger Jahren, in: Widersprüche Heft 72.
- Vogel**, B. (2004): Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform. Hamburg.
- Voß**, Günter/Pongratz, H.J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Form der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 131-158.
- Wacker**, Ali (1976): Arbeitslosigkeit. Soziale und psychische Voraussetzungen und Folgen. Frankfurt/a.M.
- Windolf**, P. (Hg.) (2005): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden.
- Zimmermann**, Klaus F. (2003): Beschäftigungsmodelle im Niedriglohnsektor, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 72/2003.

Lit. zu E 13. – 15.1.: Modelle einer neu definierten Arbeitsgesellschaft...

- Anheier**, H.K./Toepler, S. (2002): Bürgerschaftliches Engagment in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B /2002, S.31-38.
- Arendt**, H. (1981): Vita activa oder vom tätigen Leben, München/Zürich.
- Aristoteles** (1994): Politik. Reinbek bei Hamburg.
- Barloschky**, K/Spitzley, H. (1998): Arbeit für alle – zu neuen Bedingungen. Bausteine für eine Arbeitspolitik für das 21. Jahrhundert (Manuskript).
- Bauernkämper**, A. (2003): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren, Frankfurt a.M.
- Beck**, Ulrich (1996), Kapitalismus ohne Arbeit. In: Der Spiegel, 13.5.1996, S. 140-146.
- Beck**, Ulrich (1997), Mythen in Lohntüten, auch: Ders., (2000) Schöne neue Arbeitswelt.
- Beck**, Ulrich (1998), Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/7, 1998.
- Beck**, Ulrich (1997): Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, S. 146-168.
- Beck**, Ulrich (1999): Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt/a.M.
- Bergmann**, F. (1997): Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 48, 9-10, S. 524-534.
- Bundesanstalt für Arbeit** (2002): Strukturanalyse 2002. Nürnberg. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Sondernummer vom 25.11.2002.
- Bosch**, G./Kalina, T. (2005): Entwicklungen und Struktur der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, in: Institut Arbeit und Technik (Hg.), IAT-Jahrbuch 2005, Gelsenkirchen, S. 29-46.
- Bosch**, G./Weinkopf, C. (2006): Mindestlöhne – eine Strategie gegen Lohn- und Sozialdumping?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Sozialer Ausgleich in den alten und neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Tagung des Steuerkreises „Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation.Bonn, S. 26-35.
- Bosch**, G./Weinkopf, C.: Mindestlöhne in Großbritannien – ein geglücktes Realexperiment, in: WSI-Mitteilungen 3/2006. S. 125-130.
- Brose**, Hans-Georg (2000). Die Reorganisation der Arbeitsgesellschaft. Campus Wissenschaft.

- Busch-Lüttj**, Christiane (2000): Natur und Ökonomie aus der Sicht der ökologischen Ökonomie. Eine subjektive Spurensuche, Beiträge und Berichte der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ), Heft 2.
- Caalghan**, B. (2000): Anleitung zur Einführung eines Mindestlohnes – Das britische Beispiel, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 509-521.
- Funk**, Heide (1992), Weibliches Ehrenamt im Patriarchat, in: Siegfried Müller/Thomas Rauschenbach (Hg.), Das soziale Ehrenamt, Weinheim-München, S. 119-126.
- Giarini** O./Liedke P.M. (1998), Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg.
- Gensicke**, Th. (2006): Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2006, S. 9-16.
- Gorz**, Andre (1994): Kritik der ökonomischen Vernunft, Hamburg.
- Gorz**, Andre (1988): Abschied vom Proletariat, Frankfurt/a.M.
- Gorz**, Andre (1998), Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/7, 1998.
- Dann**, Sabine/Kirchmann, Andrea/Spermann, Alexander/Volkert, Jürgen (Hg.): Kombi-Einkommen – ein Weg aus der Sozialhilfe? Baden-Baden.
- Dann**, Sabine/Kirchmann, Andrea/Spermann, Alexander/Volkert, Jürgen (2002): Einstiegsgeld in Baden-Württemberg: Schlussbericht. Stuttgart: Sozialministerium Baden-Württemberg.
- Detting**, Warnfried (2000), Diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit, in: Kocka/Offe (Hg.) (2000), Geschichte und Zukunft der Arbeit.
- Deutsches** Institut für Wirtschaftsforschung (2003): Beschäftigung im Niedriglohnbereich: Probleme, Lösungsansätze und wirtschaftliche Implikationen. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung: Schwerpunkttheft 1. Berlin: DIW.
- Finn**, D. (2005): The National Minimum Wage in the United Kingdom, Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik 01, Gelsenkirchen.
- Gramsci**, A. (1967): Philosophie der Praxis, Frankfurt a.M.
- EKD** (Hg.) (1996). Arbeit für alle? Arbeitshilfe Aktuelle Informationen Nr. 32.
- European** industrial relations observatory on-line: Niedriglohnempfänger und Arbeitnehmer mit Einkommen unter dem Existenzminimum, in: <http://www.eirofound.eu.int/2002/08/study/tn0208102s.html>.
- Gorz**, Andre (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin.
- Gorz**, Andre (1994): Die Lohnarbeitsgesellschaft ist nicht zu retten, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7/1994.
- Hacket**, A.; Mutz, G. (2002): Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9/2002, S. 39-46.
- Jaenichen**, Ursula (2000): Selektivität beim Zugang in Förderung durch betriebliche Einstellungshilfen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 22, S. 445-461.
- Jaehrling**, Karen (2004): Wissen in der Wissensgesellschaft. In: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2003/204. Gelsenkirchen, S. 136-152.
- Heinelt**, H. (1998): Zivilgesellschaftliche Perspektiven einer demokratischen Transformation in der EU, in: Zeitschrift für inter-nationale Beziehungen. 1/1998, S. 79-108.
- Hieming**, Bettina/Jaehrling, Karen/Kalina, Thorsten/Vanselow, Achim/Weinkopf, Claudia (2005): Stellenbesetzungsprozesse im Bereich 'einfacher' Dienstleistungen: Abschlussbericht einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. BMWA-Dokumentation, Bd. 550.
- Hollederer**, Alfons/Kaltenborn, Bruno, Rudolph, Helmut/Vanselow, Achim/Weinkopf, Claudia/Wiedemann, Eberhard (2002): Vom arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramm CAST zur bundesweiten Erprobung des Mainzer Modells: 2. Zwischenbericht. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. BMWA-Dokumentation, Nr. 516 – Volltext im Internet.
- Hopfmann**, A. (2001): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster.
- Kaltenborn**, Bruno (2003): Kombilöhne: Stand und Perspektiven. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, S. 124-132.
- Kalina**, Thorsten/Voss-Dahm, Dorothea, 2005: Beschäftigungsperspektiven von gering Qualifizierten: Gewinne in einigen Dienstleistungsbereichen bei negativem Gesamtrend. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. IAT-Report, Nr. 2005-10.
- Kitzmüller**, E. (1997): Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft: Neue Verständigungsprozesse, in: Paul-Horn, I (Hg.): Transformation der Arbeit. Prozesswissenschaftliche Erforschung einer Grundkategorie, Wien, S. 161-194.
- Kolakowski**, K. (1974): Marxismus – Utopie und Anti-Utopie. Stuttgart.
- Klammer**, U.; Bäcker, G. (1998): Niedriglohn und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission, in: WSI-Mitteilungen 6/1998, S. 359-370.
- Koch**, Claus (1998), Arbeit verbindet nicht, Arbeit trennt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/7, 1998.
- Kommission** für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997.
- Liebig**, Stefan/Jürgen Schupp (2004): Entlohnungsgerechtigkeit in Deutschland?, in: DIW-Wochenbericht 47/2004.
- Lucas**, Rainer und v. Winterfeld, Uta (1998): Die „Ganze Arbeit“ als Ziel. Nachhaltigkeit als Herausforderung für eine andere Arbeit, in: Politische Ökologie Nr. 54, Schwerpunkttheft „Nachhaltiges Arbeiten“. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise? München: ökom. S. 30-34.
- LPC** (2005): National Minimum Wage. Low Pay Commission Report 2005, The Stationary Office, London, <http://www.lowpay/report/pdf/DTI-Min Wage.pdf>
- Lutz**, Ch. (1995). Leben und Arbeiten in der Zukunft. München.

- Michalski**, K. (1991) (Hg.): Europa und die Civil Society. Castalgandolfo Gespräche 1989. Stuttgart.
- Mutz**, G. (1997): Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 48-49, S. 31-40.
- Mutz**, G. (2000): Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft, u.a. in: Lenz u.a. (Hg.) (2001) Hauptsache Arbeit? Was wird... - Maßstäbe, Modelle, Visionen.
- Priller**, E.; Zimmer, A. (2006): Dritter Sektor: Arbeit als Engagement, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2006, S. 17-24.
- Rauscher**, Anton (Hg.) (2002): Arbeitsgesellschaft im Umbruch. Ursachen, Tendenzen, Konsequenzen. Berlin.
- Rucht**, Dieter (2006): Wissenschaftszentrum Berlin, Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa, in: TAZ 24.11.2006, S. 11.
- Saiger**, H. (1998): Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf. München.
- Schulten**, Thorsten, Reinhard Bispinck, Claus Schäfer (Hg.): Mindestlöhne in Europa, VSA-Verlag, Hamburg 2006. (Böckler-Studie)
- Schulten**/Bispinck/Schäfer (Hg.): „Mindestlöhne in Europa“. VSA-Verlag, Hamburg 2006.
- Senghaas-Knobloch**, E. (1998): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zu ihrer Abschätzung. Artec-paper Nr. 58, Universität Bremen.
- Rifkin**, J. (1995). The End of Work. New York.
- Rhein**, Thomas; Hermann Gartner; Gerhard Krug (2005): Niedriglohnsektor: Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert, in: IAB Kurzbericht 3/2005.
- Schröder**, Gerhardt (2000): Die zivile Bürgergesellschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 24.3.2000, S. 19.
- Thea**, W. (1996): Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimationskonflikt in den Revolutionen von 1989. Opladen.
- Thea**, W. (2004): Zivilgesellschaft – ein schwieriges Erbe aus Ostmitteleuropa, in: Osteuropa, 54. Jg., 5-6/2004, S. 196-215.
- Van der Linden**, Marcel (2007): Sattelzeit: Strategien von oben, Lernprozesse von unten, in: van der Linden/Christoph Lieber (Hg.): Kontroversen über den Zustand der Welt., Hamburg.
- Weinkopf**, Claudia, 2002: Förderung der Beschäftigung von gering Qualifizierten – Kombilöhne als Dreh- und Angelpunkt? Bonn: Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. – Volltext im Internet.
- Zinn**, G.-G.. (1996): Zwanzig Jahre Wirtschaftskrise – Signal eines Epochenwandels? Über Arbeitslosigkeit, Bewältigungsrhetorik und den Glauben an einfache Rezepte, in: ARBEIT 3/1996, S. 298-317.
- Zukunftskommission** der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg. Bonn.

Lit. zu F 1. -3.: Demografie: Fakten, Entwicklungen, Konsequenzen

- Beetz**, Stephan/Kai Brauer/Claudia Neu (2006): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, Wiesbaden.
- Beetz**, Stephan (2005): Veränderungen ländlicher Gesellschaften in Ostdeutschland, Vortrag auf der caminante-Starterkonferenz in Magdeburg.
- Beetz**, Stephan (2004): Dörfer in Bewegung: Ein Jahrhundert sozialer Wandel und räumliche Mobilität in einer ostdeutschen ländlichen Region, Hamburg.
- Berlin-Institut** für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Hg.) (2004): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin, www.berlin-institut.org
- Berlin-Institut** für Bevölkerung und Entwicklung (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München.
- Bertelsmann** Stiftung (Hg.) (2003): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2003, Gütersloh.
- Bertelsmann** Stiftung vgl. www.wegweiserdemografie.de
- Birg**, Herwig (2001): Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München.
- Deutsche Bank** Resarch (Hg.) (2004): Demografie Spezial. Demografische Entwicklung verschont öffentliche Infrastruktur nicht, Frankfurt, sowie Demografie Spezial, Migration in Deutschland: Umverteilung einer schrumpfenden Bevölkerung, Frankfurt 2003, www.dbresearch.de.
- Dietrichs**, Bruno/Andreas Fritsche/Florian Ismaier (2000): Nachhaltigkeitsindikatoren für eine ausgewogene Entwicklung von Gemeinden, Kreisen, Städten und Regionen. Studien zur Raumplanung Nr. 3, TU München.
- Institut** für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Geburtenrate.
- Hannemann**, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 28/2003, online: www.bpb.de.
- Hauss**, Friedrich/Rainer Land/Andreas Willisch (2006): Umbruch der Agrarverfassung und Zerfall der ländlichen Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/2006, S. 31-38.
- Hondrich**, Karl Otto (2007): Weniger sind wir mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für die Gesellschaft ist, Frankfurt a.M./New York.
- Liebmann**, Heike (2005): Neue Anforderungen an Planung und Stadtforschung im Zusammenhang mit Schrumpfung und Stadumbau. In: Europäische Zeitschrift für Städtebau.

- Mädling**, Heinrich (2002): Demographische Trends in Deutschland: Vergangenheit – Gegenwart Zukunft, in: Eugen Dick/Heinrich Mädling (Hg.), Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen, Münster 2002.
- Müller**, Bernhard/Siebert, Stefan (2004): Wachstum und Schrumpfung in Deutschland – Trends, Perspektiven und Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung, in: Deutsche Zeitung für Kommunalwissenschaften, 43/2004 1, S. 14-32.
- Müller**, Uwe (2005): Supergau Deutsche Einheit, Berlin.
- Müller**, Henrik (2006): Wirtschaftsfaktor Patriotismus. Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung, Eichborn Verlag.
- Prognos AG**: Baden-Württemberg – Erfolg durch Wettbewerbsfähigkeit. Online: www.l-bank.de.
- Robert Bosch Stiftung** (2005): Starke Familie – Bericht der Kommission Familie und demographischer Wandel.
- Sarcinelli**, Ulrich/Jochen Stopper (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22, 2006.
- Schmidt**, Kerstin; Große Starckmann, Carsten (2006): Kommunen im demografischen Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21-22/2006, S. 10-17.
- Statistisches Bundesamt** (2000) (Hg.), Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Strohmeier**, Klaus Peter/Kersting, Volker (2003): Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil. In: Informationen zur Raumentwicklung 3-4/2003.
- Tutt**, Cordula (2006): Das große Schrumpfen. Von Wohlstandinseln und Verliererregionen in Deutschland, in: WZB-Mitteilungen, 112, 2006.
- Vaupel**, Direktor des Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock, in: Wirtschaftswoche 20.5.2006, S. 22.

Lit. zu G 1. – 1.4.: Migration als Zu- und Abwanderung

- Augenheimer**, Georg (Hg.) (2002): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität. Interkulturelle Studien, Bd. 13, Opladen: Leske+Budric.
- Bade**, K.J. (2003): Nachholende Integrationspolitik, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR), 25, H. 7, S. 218-222.
- Bade**, K.J.: (2003): Migration und Integration: Aufgaben und Grenzen der Gestaltbarkeit, in: Bundesrepublik Deutschland: Politik, Wirtschaft, Kultur. Moskau, S. 38-48.
- Bade**, K.J./M. Bommes/R. Münz (2004): Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven (Rat für Migration), Frankfurt a.M./New York.
- Bade**, K.J./M. Bommes (2004): Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche (Beiheft zum Migrationsreport 2004, Nr. 36) IMIS-Beiträge, H. 23, Osnabrück.
- Bade**, K.J. u.a. (2004): Erstes Jahrestagachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) der Bundesregierung, Berlin.
- Block**, Rainer/Klaus Klemm: Gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet? Demografische, ökonomische, institutionelle und familiäre Bedingungen des Lernens im Bundesländervergleich. (in: [http://www.gew.de/Binary9942/Gleichwertige Lebensverhältnisse.Pdf](http://www.gew.de/Binary9942/GleichwertigeLebensverhaeltnisse.Pdf)).
- Bozay**, Kemal (2005): „... ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach/Ts.
- Jürgen Dorbritz (1999) (Hg.): Demografie und Politik, Bonn.
- Birg**, Herwig (2001): Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München.
- Brech**, Joachim (1997): Migration – Stadt im Wandel? Und die Planung? in: Joachim Brech/Laura Vanhue (Hg.) Migration – Stadt im Wandel?, Darmstadt.
- Bundesministerium** für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000): Familien ausländischer Herkunft, Leistungen, Belastungen, Herausforderungen, Sechster Familienbericht, Berlin.
- Deutsches Jugendinstitut** (2003-2004): Schlüsselkompetenz Sprache. Projekt: Bundesweite Recherche zu Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich der sprachlichen Bildung und Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder. Laufzeit. www.dji.de
- DIPF** (2003): Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Teilnehmerstaaten, van Ackeren, Klemm, in: AG Internationale Vergleichsstudien.
- Dolasse**, W. u. R. (Hg.) (1996): Die bedrängte Toleranz. Ethisch-religiöse Konflikte, religiöse Differenzen und Gefahren politischer Gewalt. Frankfurt/a.M.
- Friedrich**, Jürgen (1998): Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten?, in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase/Otto Backes (Hg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt a.M.
- Giesen**, Bernhardt (Hg.) (1991): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Frankfurt/a.M.
- Häußermann**, Hartmut/Oswald, Ingrid (Hg.) (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan 25/1997.

- Hoffmann**, Lutz (1996): Der Einfluss völkischer Integrationsvorstellungen auf die Identitätsentwürfe von Zuwanderern, Köln.
- Holtrup**, A./ L. Peter (Hg.) (2005): Von den USA lernen? Zur Zukunft der Arbeits- und Sozialpolitik Deutschlands. IAW Arbeitspapier 15.
- Kiesel**, Doron (1996): Das Dilemma der Differenz. Zur Kritik des Kulturalismus in der Interkulturellen Pädagogik, Frankfurt a.M.
- Kristen**, Cornelia (2003): Ethnische Unterschiede im deutschen Schulsystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/2003.
- Leiprecht**, Rudolf/Anne Kerber (Hg.) (2005):, Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.
- Mannitz**, Sabine (2002): Auffassungen von kultureller Differenz: Identitäts-Management und diskursive Assimilation, in: Werner Schiffauer/Gerd Baumann/Riva Kastoryano und Steven Vertovec (Hg.): Staat – Schule – Ethnizität. Politische Sozialisation von Immigrant*innen in vier europäischen Ländern. Interkulturelle Bildungsforschung Bd. 10, Münster und New York.
- Ottersbach**, Markus (2005): Einige Hypothesen zum Thema Migration und Bildung, in: http://www.bpb.de/themen/C4RQCK,0,0,Einige_Hypothesen_zum_Thema_Migration...25.08.2005.
- Rat für Migration** (2006): Migrationsreport 2006. Campus Verlag.
- Räthzel**, Nora (1997): Gegenbilder. Nationale Identität durch Konstruktion des Anderen, Opladen.
- Schröder**, Helmut u.a. (2002): Ursachen interethnischer Konflikte, in: Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Bedrohte Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim-München.
- Siebel**, Walter (1997): Die Stadt und die Zuwanderer, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan 25/1997, Sonderheft 17.
- Schumann**, Brigitte (2007): „Ich schäme mich so“ – Die Sonderschule für Lernbehinderte als „Schonraumfalle“, Verlag Julius Klinkhardt.
- Sliwka**, Anne (2001): Civic Education – Anglo-amerikanische Ansätze einer Erziehung für Demokratie und Zivilgesellschaft, Weinheim: Freudenberg Stiftung.
- Solga**, Heike (2003): Das Paradox der integrierten Ausgrenzung von gering qualifizierten Jugendlichen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/2003.
- Walter**, Paul (2001): Schule in der kulturellen Welt. Beobachtungen und Wahrnehmungen interkulturellen Unterrichts. Schule und Gesellschaft Bd. 25, Opladen.

Lit. zu H 1. – 4.: Familienpolitik im Spannungsfeld zwischen „Modernisierungs“-Paradigma, fiskalischer Logik und wertkonservativer Familienideologie

- Adam**, B./K.A. Geißler (Hg.) (1998): Alles zu seiner Zeit und überall. In: Ders. (Hg.): Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis: Vom Zeitmissbrauch zur Zeitkultur. Stuttgart/Leipzig, S. 11-30.
- Altwater**, E./B. Mahnkopf (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. (4. Aufl.), Münster.
- Beck**, U. (1997): Was ist Globalisierung? Frankfurt a.M.
- Berlin-Institut** für Bevölkerung und Entwicklung: Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, <http://www.berlininstitut.org/index1.html>
- Bundesinstitut** für Bevölkerungsforschung: Generations and Gender Survey. Heft 121, 2006
- Bertram**, Hans/Wiebke Rösler/Nancy Ehlert (2005): Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24/2005, S. 6-15.
- Blossfeld**, Hans-Peter (2001): „Globalife“: Lebensläufe im Globalisierungsprozess – Veränderungen im Bildungs-, Beschäftigungs- und Familiensystem, Bamberg.
- Bundesministerium** für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007): Familienatlas 2007. Standortbestimmung. Potenziale. Handlungsfelder, Berlin 2007.
- Butterwegge/Klunt/Zeng** (2005): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden.
- Ebert**, Th. (1995): Familienfundamentalismus und Alterssicherung, in: WSI-Mitteilungen 6/1995.
- Eichhorst**, W./Thode, R. (2007): Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Benchmarking Deutschland Aktuell, in: http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_756.html, 09.02.2007.
- Fix**, B. (2007): Familienpolitik im internationalen Vergleich: von Europa lernen. In: http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_877.html, 09.02.2007.
- Garhammer**, M. (1994): Balanceakt Zeit. Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf Alltag, Freizeit und Familie. Berlin.
- Garhammer**, M. (1999): Wie Europäer ihre Zeit nutzen. Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung. Berlin
- Giddens**, A. (2001): Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert. Frankfurt a.M.
- Gruescu**, Sandra, Bert Rürup (2005): Nachhaltige Familienpolitik – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 23-24/2005)
- Hantel-Quitmann**, Wolfgang/Peter Kastner (2002): Die Zukunft intimer Beziehungen im Zeitalter der Globalisierung, Giessen 2002.

- Hülsmann, Nicola/Susanne Seyda (Hg.) (2004): Staatliche Familienpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, Köln.
- Krüsselberg, H.-G./Reichmann, H. (Hg.) (2002): Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft. Vom Wert von Familie für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Vektor-Verlag.
- Luhmann, N. (1975) Weltzeit und Systemgeschichte. Über Beziehungen zwischen Zeithorizonten und sozialen Strukturen gesellschaftlicher Systeme. In: ders. Soziologische Aufklärung. Bd. 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft (3. Aufl.). Opladen, 103-133.
- Meier, Ute (2007): Wie kinderfeindlich ist die bundesdeutsche Gesellschaft? Wege aus der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Leben mit Kindern, in: http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_930.html, 09.02.2007.
- Mischau, Anina und Mechthild Oechsle (Hg.) (2005): Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft 5, Wiesbaden.
- Mohn, L./R. Schmidt (Hg.) (2004): Familie bringt Gewinn, Gütersloh.
- Plaisance, Eric (1998): Die Vorschulerziehung und die Institutionen für Kleinkinder in Frankreich. Aktuelle Debatten und Qualitätsproblematik. In: Fthenakis, W. /Textor, M. (Hg.): Qualität und Kinderbetreuung. Konzepte, Forschungsergebnisse, Internationaler Vergleich, Weinheim/Basel.
- Plünnecke, Axel/Seyda, Susanne (2007): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, IW-Analysen, herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- Richter, G. (1991): Die lineare Zeit. Eine Untersuchung zum Zusammenhang von Zeitform und Entfremdung, Hamburg.
- Rinderspacher, J.P. (1982): Krise der Zeiterfahrung und industrielle Zeitwirtschaft. In: Prokla H.46, Nr. 12/1982, 119-133.
- Rinderspacher, J.P. (1985): Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit, Frankfurt a.M./New York.
- Rinderspacher, J.P. (1989): Mit der Zeit arbeiten. Über einige grundlegende Zusammenhänge von Zeit und Ökonomie. In: Wendorff, R. (Hg.): Im Netz der Zeit. Menschliches Zeiterleben interdisziplinär, Stuttgart, 91-104.
- Ros, H. (2005): Soziale Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne, Frankfurt a/M.
- Rürup/Ristau u.a. (2005): Familienpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 24/2005.
- Sennett, R. (2000): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Schneider, N.F. (2000): Private Lebensführung zwischen Tradition und Postmoderne. Rechts- und familiensoziologische Betrachtungen. Zeitschrift für Sexualforschung, 13,2,104-117.
- Schneider, N.F. und Limmer, R. (2001): Mobilität erzeugt Stress. Personalwirtschaft, 28, 10, 28-32.
- Schneider, N.F./Hartmann, K./Limmer, R. (2001): Berufsmobilität und Lebensform. Sind berufliche Mobilitätsanforderungen noch mit Familie vereinbar? Schriftenreihe des Bundesfamilienministeriums, Band 208, Stuttgart: Kohlhammer
- Schneider, N.F. (2004): Berufliche Mobilität in Zeiten der Globalisierung und die Folgen für die Familie. Psychosozial, 27, 1, Heft 95: Demographischer und sozialer Wandel. Hrg. v. Elmar Brähler und Yve Stöbel-Richter, 21-34.
- Schneider, N.F. (2006): Die Folgen beruflicher Mobilität für Familie und Partnerschaft. In: Frühe Kindheit, 9,1,8-16.
- Spieß, K.: Familienbezogene Politiken in Deutschland, Dänemark, Frankreich und Großbritannien – eine Systematisierung unter Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung. http://web.fu-berlin.de/gpo/katharina_spiess.htm
- Spieß, Katharina/Katharina Wrohlich (2006): Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24/2006, S. 30-37.
- Spieß, C. Katharina/Katharina Wrohlich (2005): Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, 2005, 14, S. 223-227
- Sennett, R. (2000): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Weber, M. (1996): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus. (2. Aufl.), Frankfurt a.M.

Lit. zu I: Zwischenresümee aus der bisherigen Analyse

Otte, Max (2006), Der Crash kommt, Berlin.

Lit. zu J 1: Alte und neue Formen gesellschaftlicher Spaltungen

- Balsen, W./Nakielski, H./Rössel, K./Winkel, R. (1984): Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Frankfurt/a.M., Olten, Wien.
- Breckner, I./Krummacker, M./Oelschlägel, D./Rommelspacher, Th./Schmalz K.M. (1989): Armut im Reichtum. Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik, Bochum.
- Brock, D. (1994): Rückkehr der Klassengesellschaft? Die neuen sozialen Graben in einer materiellen Kultur, in: Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. (Hg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M., S. 61-73.
- Dahrendorf, Ralf (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Joachim Matthes (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologietages in Bamberg 1982, S. 25-37. Bamberg.
- Gerstenberger, H. (1994): Die dynamische Armutsforschung und das Elend der Welt, in: Leviathan 1/94, S. 7-16.

- Geißler, R. (1996): Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2, Jg. 48, S. 319-338.
- Habermas, J. (1995a): Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VIII. Frankfurt/a.M.
- Habermas, J. (1995b): Aufgeklärte Ratlosigkeit. Warum die Politik ohne Perspektiven ist. Thesen zu einer Diskussion, in: Frankfurter Rundschau, 30.12.1995.
- Hanesch, W. (1995): Armut und Unterversorgung im vereinten Deutschland, in: Andreß, H.J. (Hg.): Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland. Berlin, New York, S. 165-195.
- Katz, M. (Hg.) (1993): The „underclass“ Debatte. Views from History. Princeton.
- Kronauer, M. (Hg.) (1993): Unemployment in Western Europe. Individual and Social Consequences. International Journal of Political Economy, Vol 23, Nr. 3, Armonk (NY).
- Kronauer, M. (1995a): Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen „underclass“? in: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hg.) (1995), S. 197-214.
- Leibfried, S./ Leisering, L. (1994): Das neue Bild der Armut, in: Die Zeit vom 18.11.1994.
- Lompe, K. (Hg.) (1987): Die Realität der neuen Armut. Analysen und Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg.
- Luhmann, N. (1995): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 4, Frankfurt a.M.
- Mollenkopf, J.H; Castells M. (Hg.) (1992): Dual City. Restructuring New York, New York.
- Sopp, P. (1994): Das Ende der Zwei-Drittel-Gesellschaft? Zur Einkommensmobilität in Westdeutschland, in: Zwick, M. (Hg.) (1994a), S. 47-74.
- Wacquant, L. (1996): Clinton reformiert Armut zu Elend, in: Le Monde Diplomatique/TAZ vom 13.9.1996.
- Wagner, A. (1995): Langzeitarbeitslosigkeit: Vielfalt der Formen und differenzierte soziale Lage, in: WSI-Mitteilungen 12/1995, S. 749-760.
- Wilson, W.J. (1991): Public Policy Research and The Truly Disadvantaged, in: Jencks, Ch.; Peterson, P. (Hg.) (1991), S. 460-481.
- Zwick, M. (1994b): Einmal arm, immer arm? Einleitung in Zwick, M. (Hg.), S. 7-20.

Lit. zu K. 1. – 5.2.: Soziostrukturelle Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse im Fokus konträrer Paradigmen

- Andress, H.-J. (2003): Lebenslagenkonzept – Lebensstandardansatz: Konkurrierende oder komplementäre Konzepte? In: BMGS 2003: 8 ff.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2006): Memorandum 2006, Köln.
- Altwater, Elmar/ Birgit Mahnkopf (2002): Globalisierung der Unsicherheit, Münster.
- Bartelsheimer, P. (2004): Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 32, Göttingen, S. 47 ff.
- Bauer, Ullrich (2002): Selbst- und/oder Fremdsozialisation. Zur Theoriedebatte in der Sozialisationsforschung, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 22 (2), S. 118-142.
- Bittlingsmayer, Uwe H. (2005): „Wissengesellschaft“ als Wille und Vorstellung. Einige kritische Anmerkungen zu einem populären zeitgenössischen Label.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2). Göttingen, S. 35-74.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt a/M.
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang/Lau, Christop (2001), „Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme“, in: Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (Hg.), Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt a.M., S. 11-59.
- Berger, Peter A. (1986), Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheiten im historischen Wandel, Opladen.
- Berger, Peter A. / Vester, Michael (Hg.) (1998), Alter Ungleichheiten. Neue Spaltungen, Opladen.
- Berger, Johannes (1998), „Was behauptet die Marxsche Klassentheorie – und was ist davon haltbar?“, in: Giegel, Hans-Joachim (Hg.), „Konflikt in modernen Gesellschaften, Frankfurt a.M., S. 29-61.
- Berger, Johannes (2004): Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. Zur Vergangenheit und Gegenwart einer soziologischen Schlüsselfrage“, in: Zeitschrift für Soziologie 33, S. 354-374.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (1999): Die Wiedergeburt der Sozialkritik: Von der Ausgrenzung zur Ausbeutung, S. 380-413, in dies.: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Böhnke, P. (2002): Die exklusive Gesellschaft, in: Sell S. (Hg.), Armut als Herausforderung, Berlin.
- Braun, (1989): Helmut Schelskys Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und die Bundesrepublik der 50er Jahre; in: Archiv der Sozialgeschichte, XXIX. Band 1989, S. 199-223.

- Brock**, Ditmar (1988): Vom traditionellen Arbeiterbewusstsein zum individualisierten Handlungsbewusstsein. Über Wandungstendenzen im gesellschaftlichen Bewusstsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung. In: Soziale Welt (1988) 39, S. 413-434.
- Bude**, Heinz (2004): Das Phänomen der Exklusion, Mittelweg 36, 2004, (4): 15-33.
- Bude**, Heinz/Andreas Willisch (Hg.) (2006): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg.
- Bundesministerium** für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- Bourdieu**, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, S. 183-198, in: Reinhardt Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2 Soziale Welt, Göttingen: Schwartz.
- Bourdieu**, Pierre (1992): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu**, Pierre (1997), „Wie eine soziale Klasse entsteht“, in: Ders.: Der Tote packt den Lebenden, Hamburg, S. 102-129.
- Brock**, Ditmar (1988): Vom traditionellen Arbeiterbewusstsein zum individualisierten Handlungsbewusstsein. Über Wandungstendenzen im gesellschaftlichen Bewusstsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung. In: Soziale Welt (1988) 39, S. 413-434.
- Brinkmann**, Ulrich/Dörre, Klaus, Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß und soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Brinkmann**, Ulrich (2006): Endspiel des kooperativen Kapitalismus? (1. Aufl.), Wiesbaden.
- Castel**, Robert (2000): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs, in: Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jg. 9, 1/2000, S. 11-25.
- Castel**, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Deppe**, Frank (1984): Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende – Eine kritische Bestandsaufnahme, Köln.
- Di Fabio**, Udo (2003): Die Staatslehre und der Staat, München.
- Eickelpasch**, Rolf (1998): Struktur oder Kultur? Konzeptionelle Probleme der soziologischen Lebensstilanalyse, in: Hillebrandt, Frank/Georg Kneer/Klaus Kraemer (Hg.), Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit, Opladen, Wiesbaden, S. 9-25. – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 98, 12/2005.
- Ehrenreich**, Barbara (1992): Die Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München.
- Engel**, U. (2005): Bildung und soziale Ungleichheit, hrsg. vom Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn.
- Farzin**, Sina (2006): Inklusion/Exklusion. Entwicklungen und Probleme einer systemtheoretischen Unterscheidung, Bielefeld.
- Friedrich Ebert-Stiftung** (2006): Gesellschaft im Reformprozess, Berlin.
- Gans**, Herbert (1995): The War Against the Poor, New York.
- Geißler**, Rainer (1996): „Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48, S. 319-338.
- Geißler**, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands (3. Auflage), Wiesbaden.
- Giddens**, Anthony (1983): Klassenspaltung, Klassenkonflikt und Bürgerrechte – Gesellschaft im Europa der achtziger Jahre. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2). Göttingen 1983, S. 15-33.
- Giddens**, Anthony (1984): Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt a.M.
- Giegel**, Hans-Joachim (1987): Individualisierung, Selbstrestriktion und soziale Ungleichheit. In: Bernhard Giesen/Hans Haferkamp (Hg): Soziologie der Ungleichheit, Opladen, S. 346-368.
- Göring-Eckardt/Kurth** (2006): Weder Repression noch Illusion. Von der Notwendigkeit sozialer Bürgerrechte.
- Gramsci**, Antonio (1993): Gefängnishefte Band 5. Hefte 8 und 9, herausg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug unter Mitwirkung von Peter Jehle, Hamburg, Berlin.
- Groh-Samberg**, Olaf (2005): Die Aktualität der sozialen Frage – Trendanalysen sozialer Ausgrenzung 1984-2004, in: WSI-Mitteilungen 11/2005.
- Haller**, Max (1986), „Sozialstruktur und Schichtungshierarchie im Wohlfahrtsstaat. Zur Aktualität des vertikalen Paradigmas der Ungleichheitsforschung“, in: Zeitschrift für Soziologie 15, S. 167-187.
- Hartmann**, Martin (2002), „Widersprüche, Ambivalenzen, Paradoxien. Begriffliche Wandlungen in der neueren Gesellschaftstheorie“, in: Honneth, Axel (Hg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York, S. 221-253.
- Heinrich**, Michael (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart (2. Auflage).
- Heitmeyer**, W. (Hg.) (1997): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a.M.
- Herkommer**, Sebastian (Hg.) (1999) Soziale Ausgrenzungen – Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg
- Herkommer**, Sebastian (1999): Deklassiert, ausgeschlossen, chancenlos – die Überzähligen im globalisierten Kapitalismus, S. 7-34, in: Ders. (Hg.) Soziale Ausgrenzungen – Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg.
- Hertz**, J.H. (1968): Stagnationsfaktoren der modernen Gesellschaft, in: Heinz Maus (Hg.): Gesellschaft, Recht und Politik. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied und Berlin.
- H.-Osterkamp**, Ute (1980): Klassenbewusstsein und Handlungsfähigkeit. In: K.H.Braun/U.Holz kamp-Osterkamp/H.Werner/B.Wilhelmer (Hg.): Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung, Köln, S. 17-21.
- Horkheimer**, Max (1970): Traditionelle und kritische Theorie (1937), Frankfurt.
- Hradil**, S. (1982): Zwischen Sein und Bewusstsein, Opladen.
- Hradil**, S. (1983): Die Ungleichheit der „Sozialen Lage“. In: Kreckel, R. (Hg.), Soziale Ungleichheiten, S. 101-117, Göttingen.

- Hradil**, Stefan, Keller Carsten/Schöller, Oliver (2002): Autoritäre Bildung. Bildungsreform im Zeichen von Standortwettbewerb und neuen Eliten, in: Bittigmayr u.a. (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen: 381-414.
- Kessl**, Fabian: „Das wahre Elend? Zur Rede von der neuen Unterschicht“, in: Widersprüche H. 98/2005.
- Klein**, Alex/Landhäuser Sandra/Ziegler, Holger (2005): The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit, in: Widersprüche, S. 45-75.
- Koch**, Max (1994): Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster,
- Knecht**, Michi (1999): Von der „Kultur der Armut“ zu einer „Ethnologie der Ausgrenzung“, in: ders. (Hg.): Die andere Seite der Stadt. Armut und Ausgrenzung in Berlin, Köln/Weimar/Wien.
- Kraemer**, Klaus (2001), „Kapitalistische Gesellschaft“, in: Kneer, Georg / Nassehi, Armin / Schroer, Markus (Hg.), Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie, München, S. 11-139.
- Kreckel**, Reinhard (1990), „Klassenbegriff der Ungleichheitsforschung“, in: Berger, Peter A. / Hradil, Stefan (Hg.), Soziale Welt, Sonderband 7: Lebenslage, Lebensläufe, Lebensstile, Frankfurt a.M., S. 51-80.
- Kreckel**, Reinhard (1992), Politische Soziologie der Ungleichheit, Frankfurt a.M. / New York.
- Kronauer**, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M./New York.
- Kronauer**, Martin (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan, 1/1997, S. 28-46.
- Kronauer**, Martin (1999): Die Innen-Außenspaltung in der Gesellschaft. Eine Verteidigung des Exklusionsbegriffes gegen seinen mystifizierenden Gebrauch, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 27/1999, S. 13/14.
- Kronauer** Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York.
- Leisering**, Lutz (2004): Desillusionierung des modernen Fortschritts Glaubens. „Soziale Exklusion“ als gesellschaftliche Selbstbeschreibung und soziologisches Konzept, in: Schwinn, Thomas (Hg.): Differenzierung und soziale Ungleichheit, Frankfurt a.M.: 238-268
- Lewis**, Oscar (1959): Five Families. Mexican Case Studies in the Culture of Poverty, N.Y./Toronto.
- Lewis**, Oscar (1971): La Vida, Düsseldorf/Wien.
- Luhmann**, Niklas (1995): Inklusion und Exklusion, in: ders.: Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Opladen, S. 237-264.
- Luhmann**, Niklas (1995): Jenseits der Barberei, in: Niklas Luhmann, Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der Modernen Gesellschaft, Band 4, Frankfurt a.M.
- Luhmann**, Niklas (1985), Zum Begriff der sozialen Klassen, in: Ders. (Hg.), Soziale Differenzierung, Opladen: 119-162
- Marx**, Karl (1953), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf (1857-1858), Berlin.
- Ministerium** für Wirtschaft und Arbeit (2005): Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Berlin.
- Mittelweg** (2004) Die Kontroverse über den Exklusionsbegriff, Hamburg.
- Mooser**, Josef (1983): Auflösung des proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland. In: Soziale Welt (1983), S. 270-306.
- Müller**, Hans-Peter/Schmid, Michael (2003), Hauptwerke der Ungleichheitsforschung, Opladen.
- Nassehi**, Armin (2000), ‚Exklusion‘ als soziologischer oder sozialpolitischer Begriff?, in: Mittelweg 36/9, S. 18-25.
- Negt**, Oskar (2001), Arbeit und menschliche Würde, Göttingen.
- Negt**, Oskar/Kluge, Alexander (1973): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.
- Noll**, Heinz-Herbert/ Habich, Roland (1990): Individuelle Wohlfahrt: Vertikale Ungleichheit oder horizontale Disparitäten? In: Peter A. Berger, Stefan Hradil (Hg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile (Soziale Welt Sonderband 7). Göttingen, S. 153-188.
- Nolte**, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, Bonn.
- Offe**, Claus (1984), Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a.M. / New York.
- Ottomeyer**, Klaus: (1977): Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus, Reinbek bei Hamburg.
- Parkin**, Frank (1983): Strategien der sozialen Schließung und Klassenbildung, S. 121-135, in: Reinhardt Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2 Soziale Welt, Göttingen: Schwartz
- Pestalozzi**, Johann Hinrich (1799) 1932: Brief an einen Freund über seinen Aufenthalt in Stanz. In: Sämtliche Werke, Band 13, Berlin/Leipzig, S.3-32.
- Ritser**, Jürgen (1987), Braucht die Soziologie noch den Begriff der Klasse? Über Max Webers Klassentheorie und neuere Versuche, sie loszuwerden, in: Leviathan 15, S. 4-38.
- Roth**, Rainer (2003): Nebensache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland, Frankfurt.
- Roth**, Karl-Heinz (1994): Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken, in: Ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation zur Debatte, Köln.
- Roth**, Karl-Heinz (1994): Die Aufspaltung des Sozialstaates, in: Ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. a.a.O.. S. 41.
- Sana**: (1997): Die Zivilisation frisst ihre Kinder, Hamburg.

- Schneider**, N.F. (2004): Berufliche Mobilität in Zeiten der Globalisierung und die Folgen für die Familie. *Psychosozial*, 27, 1, Heft 95: Demographischer und sozialer Wandel. Hg. v. Elmar Brähler und Yve Stöbel-Richter, S. 21-34.
- Schroer**, Markus (2000): Die im Dunkeln sieht man doch. Inklusion, Exklusion und die Entdeckung der Überflüssigen, *Mittelweg* 36, S. 33-46.
- Schweppenhäuser**, Gerhard (Hg.) (1995), *Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos*, Darmstadt.
- Seppmann**, Werner (1995): *Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt*, Köln.
- Seppmann**, Werner (2005): Dynamik der Ausgrenzung. Über die sozio-strukturellen Konsequenzen der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse, in: *UTOPIE kreativ*, H.179, 9/2005, S. 781-795).
- Simmel**, Georg (1983): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Berlin.
- SOFI** (Uni Göttingen) (2006): Projekt Internationaler Vergleich zur Soziologie der ‚Underclass‘, Göttingen.
- Sozialdemokratische** Partei Deutschlands (2006): Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD, vorgelegt am 24.4..2006.
- Spieß**, Katharina/Katharina Wrohlich (2006): Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23-24/2006, S. 30-37.
- Spieß**, Katharina: Familienbezogene Politiken in Deutschland, Dänemark, Frankreich und Großbritannien – eine Systematisierung unter Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung. http://web.fu-berlin.de/gpo/katharina_spiess.htm
- Teschner**, Manfred: Was ist Klassenanalyse? Über Klassenverhältnis, Ausbeutung und Macht. In: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 17 (1989) 1, S. 1-14.
- Vester**, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a.M.
- Voges**, W. (Hg.) (1992): *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, Opladen.
- Weiß**, Anja u.a. (Hg.) (2001): *Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit*, Opladen.
- Weiß**, Anja (2004): Unterschiede, die einen Unterschied machen. Klassenlagen in den Theorien von Pierre Bourdieu und Luhmann, in: A. Nassehi u. G. Nollmann (Hg.): *Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich*, Frankfurt a.M. 2004.
- Wilson**, William J. (1987): *The truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and the Public Policy*, Chicago/London.

Lit. zu K 6. – 6.5.2.: Armut, Prekariat und soziale Exklusion

- Allmendinger**, Jutta/Stephan Leibfried (2003): Bildungsarmut. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21-22/2003.
- Beck**, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2)*. Göttingen 1983, S. 35-74.
- Beisenherz**, H.G. (2000): Kinderarmut global und global: Armut als Exklusionsrisiko, in: Ch. Butterwegge (Hg.), *Kinderarmut in Deutschland*, Wiesbaden.
- BMGS** (2005): *Lebenslagen in Deutschland. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin
- Breitfuss**, A./Dangschat, J. u.a. (2004): *Städtestrategien gegen Armut und Ausgrenzung*, Wien.
- Brock**, Dittmar (1988): Vom traditionellen Arbeiterbewusstsein zum individualisierten Handlungsbewusstsein. Über Wandlungstendenzen im gesellschaftlichen Bewusstsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung. In: *Soziale Welt* (1988) 39, S. 413-434.
- Butterwegge**, Ch. (2000): *Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen*, Frankfurt a./M.
- Butterwegge/Klunt/Zeng** (2005): *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden.
- Deppe**, Frank (1984): *Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende – Eine kritische Bestandsaufnahme*, Köln.
- Deutscher Bundestag** (2001): *Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht*. Bundesdrucksache 13/5990 vom 8.5.2001
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband** (Hg.) (2004): „Zum Leben zu wenig...“ Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe. Ergebnisse einer Analyse von Dr. Rudolf Martens, Berlin
- Nolte, Paul (2004): *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*. München.
- Däubler**, Wolfgang (2005): Die Regelleistung des 3 20 Abs. 2 SG B II – ein Verfassungsverstoß? Rechtsgutachten. Bremen
- Deutscher Bundesrat (2004): *Empfehlungen des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik und des Ausschusses für Frauen und Jugend zur Verordnung zur Durchführung des 3 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelsatzverordnung – RSV)*. Drucksache 206/1/04 vom 4.5.2004.
- DIW** Berlin (2007): *Armut in Deutschland. Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II*, Berlin.
- Giddens**, Anthony (1984): *Klassenspaltung, Klassenkonflikt und Bürgerrechte – Gesellschaft im Europa der achtziger Jahre*. In: Giddens, Anthony: *Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften*, Frankfurt a.M.
- Giegel**, Hans-Joachim (1987): Individualisierung, Selbstrestriktion und soziale Ungleichheit. In: Bernhard Giesen/Hans Haferkamp (Hg.): *Soziologie der Ungleichheit*, Opladen, S. 346-368.
- Gramsci**, Antonio (1993): *Gefängnishefte Band 5. Hefte 8 und 9*, herausg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug unter Mitwirkung von Peter Jehle, Hamburg/Berlin 1993.

- Groh-Samberg**, Olaf (2005): Die Aktualität der sozialen Frage – Trendanalysen sozialer Ausgrenzung 1984-2004, in: WSI-Mitteilungen 11/2005.
- Hanesch**, Walter (1994): Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg.
- H.-Osterkamp**, Ute (1980): Klassenbewusstsein und Handlungsfähigkeit. In: K.H.Braun/U.Holz kamp-Osterkamp/H.Werner/B. Wilhelmer (Hg.) (1980): Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung, Köln 1980, S. 17-21.
- Kreckel**, Reinhard (Hg.) (1983): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2). Göttingen, S. 15-33.
- Kronauer**, Martin, Vogel, Berthold, Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M./New York.
- Kronauer**, Martin (1999): Marginalisierung und Ausgrenzung durch Arbeitsplatzverlust? – Für eine neue Diskussion des Verhältnisses von Verzeitleichung und Verfestigung der Arbeitslosigkeit, in: Siegfried Lamnek/Jens Luedtke (Hg.), Der Sozialstaat zwischen ‚Markt‘ und ‚Hedonismus‘?, Opladen.
- Marcus**, Hans-Jürgen (2005): Arme Kinder aus armen Familien – der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Stimme der Familie, Heft 3-4-/2005.
- Ministerium für Wirtschaft und Arbeit** (2005): Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Berlin.
- Mooser**, Josef (1993): Auflösung des proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland. In: Soziale Welt (1983), S. 270-306.
- Negt**, Oskar/Kluge, Alexander (1973): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.
- Noll**, Heinz-Herbert/Habich, Roland (1990): Individuelle Wohlfahrt: Vertikale Ungleichheit oder horizontale Disparitäten? In: Peter A.Berger, Stefan Hradil (Hg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile (Soziale Welt Sonderband 7). Göttingen, S. 153-188)
- Prantl**, Heribert (2005): Kein schöner Land, Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit. München
- Ottomeyer**, Klaus (1977): Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus, Reinbek bei Hamburg.
- Robert-Koch-Institut** (2007): Kinder- und Jugendgesundheitsstudie (KiGGS). Im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums, Berlin.
- Rock**, Joachim (Hrsg.) (2005): Sozialpolitik mit Zukunft. Eine Streitschrift gegen die weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft, Hamburg
- Schmidt**, Renate (2005): „Eintopf statt Fastfood“. Meldung vom 26.2.2005 im Onlineangebot des ZDF unter www.heute.de/ZDFheute/drucken/1,3733,2265662,00.html.
- Steingart**, Gabor (2006): Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, Frankfurt a.M.
- Teschner**, Manfred (1989): Was ist Klassenanalyse? Über Klassenverhältnis, Ausbeutung und Macht. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 17 (1989) 1, S. 1-14.
- Vester**, Michael/von Oertzen, Peter/ Geiling, Heiko/ Hermann, Thomas/ Müller, Dagmar (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.
- Wüllenweber**, Walter (2004): Das wahre Elend. In: Der Stern vom 23.12.2004.

Lit. zu K 7. – 8.: *Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen als Folge struktureller sozioökonomischer und sozialpolitischer Verwerfungen*

- Allmendinger**, Jutta/Stephan Leibfried (2003): Bildungsarmut. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/2003.
- Albers**, Jens (2002): Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats?, in: Berliner Journal für Soziologie, 1, S. 5-35
- Grundrechtscharta der Europäischen Union, Nizza.
- Altgeld**, Th./Hofrichter, P. (2000): Reiches Land – arme Kinder?, Gesundheitliche Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen, Frankfurt a./M.
- Armuts- und Reichtumsbericht**, Bundesministerium für Arbeit und Soziales. [www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Soziale Sicherung/berichte,did=89972.html](http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Soziale_Sicherung/berichte,did=89972.html). 7.12.2006.
- AWO-Bundesvorstand** (Hg.) (2000): AWO-Sozialbericht 2000. Gute Kindheit – schlechte Kindheit. Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Bonn.
- Barlösius**, E. (u.a.) Hg.) (1995): Ernährung in der Armut. Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Baum**, Detlef (2003): Armut und Ausgrenzung von Kindern: Herausforderungen für eine kommunale Sozialpolitik, in: Ch. Butterwegge/M. Klundt, Opladen.
- Becker**, R./Lauterbach, W. (Hg.) (2004): Bildung als Privileg und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden.
- Becker**, Irene (2006): Armut in Deutschland. Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze, Frankfurt.
- Beisenherz**, G. (2002): Kinderarmut in der Wohlstandsgesellschaft. Das Kainsmal der Globalisierung, Opladen.

- Bernt**, Matthias/Mariam Fritsche (2005): Von Programmen zu Projekten. Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements, in: Sylvia Greiffenhagen/Katja Neller (Hg.), Praxis ohne Theorie? – Wissenschaftliche Diskurse zum Bundesländerprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Wiesbaden.
- Bertelsmann-Stiftung** (2006): Jedes Kind zählt – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder als zukunftsweisende Aufgabe einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik. Expertise im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.
- Bertsch**, Frank (2002): Staat und Familien. Familien und Kinderarmut in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ).
- Bertram**, Hans (2006): Zur Lage der Kinder in Deutschland. Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. Innocenti Working Paper.
- Bien**, W./Weidacher, A. (Hg.) (2004): Leben neben der Wohlstandsgesellschaft. Familien in prekären Lebenslagen, Wiesbaden.
- Bispinck**, Reinhardt/Claus Schäfer (2006) (Hg.): Mindestlöhne in Europa, Hamburg, S. 8-17.
- Böhn A./ Kuhn**, J. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern. Ergebnisse von Einschulungsuntersuchungen im Land Brandenburg, in: Soziale Arbeit 9/2000.
- Böhneke**, Petra (2002): Armut und soziale Ausgrenzung im europäischen Kontext, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-30/2002.
- Bude**, Heinz (1998): Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Peter A. Berger/Michael Vester (Hg.), Alte Ungleichheiten, neue Spaltungen, Opladen, S. 363-382
- Buhr**, P. (2001): Übergangsphasen oder Teufelskreis? Dauer und Folgen von Armut bei Kindern. In: Klocke, A./Hurrelmann K. (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, Wiesbaden.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung** (2005): Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligten. Ansätze – Beispiele – Weiterführende Informationen. Gesundheitsförderung konkret Band 5, Köln.
- Bundesgesundheitsministerium** (2007): Kinder- und Jugendstudie. Auftragsforschung: Robert-Koch-Institut, Berlin.
- Butterwegge**, Ch. (2000) (Hg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt a.M./New York.
- Butterwegge**, Ch. (2000): Armutsforschung, Kinderarmut und Familienfundamentalismus, in: ders. (Hg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt a.M./New York.
- Butterwegge**, Ch. (2000): Kinderarmut in Deutschland, Frankfurt a.M.
- Butterwegge**, Ch. (2003): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen.
- Butterwegge**, Ch. (2004): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Wiesbaden.
- Butterwegge/Klunt/Zeng** (2005): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden.
- Butterwegge**, Ch. (2006): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden.
- Chassé**, K.A./Zander, M./Rasch, K. (2003): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Opladen.
- DPWV** = Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband (2005): „Zu wenig für zu viele“. Kinder und Hartz IV. Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II, Berlin.
- Eggen**, B. (2004): Ökonomische Situation der Familien in Deutschland. Expertise für den 7. Familienbericht der Bundesregierung, Stuttgart.
- Gilges**, K. (2001): Kinder im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Unsere Jugend 9/2001.
- Glatzer**, Wolfgang/Hübinger Werner (1990): Lebenslage und Armut, in: Dieter Döring/Walter Hanesch/Ernst-Ulrich Huster (Hg.), Armut im Wohlstand, Frankfurt/M. S. 31-55.
- Groh-Samberg/Grundmann** (2006): Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/2006.
- Hanesch**, W. u.a. (2000): Armut und Ungleichheiten in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Hamburg.
- Heinzel-Gutenbrunner**, M. (2000): Armutslebensläufe und schlechte Gesundheit. Kausation oder soziale Selektion?, Aachen.
- Helmert**, D. (Hg.) (2000): Müssen Arme früher sterben? Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland, Weinheim/München.
- Henkel**, D. (Hg.) (1998): Sucht und Armut. Alkohol, Tabak, illegale Drogen, Opladen.
- Herlth**, A. (Hg.) (2000): Spannungsfeld Familienkindheit. Neue Anforderungen, Risiken, Chancen, Opladen.
- Herkommer**, S. (Hg.) (1999): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg.
- Hock**, B./Holz, G./Wüstendörfer, W. (2000): Folgen familiärer Armut im frühen Kindesalter: eine Annäherung anhand von Fallbeispielen. Dritter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt a.M.
- Holz**, G./Skoluda, S. (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Abschlußbericht der vertiefenden Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt a.M.
- Holz**, Gerda (2003): Kinderarmut verschärft Bildungsmisere, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/2003.
- Holz** G., Skoluda S. (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Ergebnisse der 2. AWO-ISS-Studie. ISS-Pontifex 1/2003.
- Holz**, G. et. Al. (2005): Zukunftschancen für Kinder. Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie, Bonn/Berlin/Frankfurt.

- Holz**, G. (2006a): Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 26/2006.
- Hurrelmann**, K./M. Richter (2006): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. Verlag für Sozialwissenschaften.
- Institut** für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (2005): Armut im späten Grundschulalter (Auftrag AWO), Frankfurt.
- Joos**, M. (2001): Die soziale Lage der Kinder. Sozialberichterstattung über die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Weinheim/München.
- Kaufmann**, F. (2001): Familienpolitik im europäischen Vergleich: Motive, Interventionen, Wirkungen, in: ZeS report 1/2001.
- Keupp**, H. (1996): Aufwachsen in der Postmoderne: Riskanter werdende Chancen für Kinder und Jugendliche. In: Opp, G./Peterander, F.: Focus Heilpädagogik. Projekt Zukunft, München, Basel.
- KFN** (1999): Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen. Forschungsberichte Nr. 80, Hannover.
- Kindergesundheit** und soziale Lage. Bericht des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zu den Ergebnissen der Einschulungsuntersuchung im Jahr 2000, www.osl-online.de/gesundheitsamt/berichte.htm, 11/2006.
- Kinderschutzbund** (2006): Kinderarmut in Deutschland. Presseerklärung vom 29. August 2006
- Klocke**, A. (1998): Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Generationenfolge. In: Berger, P.A./ Vester, M. (Hg.): Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen, Opladen.
- Klocke**, A. (2000): Die Bedeutung von Armut im Kindes- und Jugendalter – ein europäischer Vergleich, in: Klaus Hurrelmann (Hg.) Kinder und Jugendliche in Armut, Wiesbaden
- Klocke**, A./Hurrelmann, K. (2001) (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Klocke**, A. (2001): Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf die Gesundheit, in: Robert-Koch-Institut (Hg.), Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2/2001.
- Kränzl-Nagel**, Renate/Johanna Mierendorff/Thomas Olk (2003) (Hg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und soziale Herausforderungen, Frankfurt a./M./New York.
- Kraus**, C. (1998): Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung durchgeführt vom Gesundheitsamt Stadt und Landkreis Göttingen. Protokoll des Arbeitskreises „Armut und Gesundheit“ Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Hannover.
- Krieger**, I./Schlätze, B. (1998): Sozialisation im Armutsclima, in: Klaus Lompe (Hg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg.
- Kronauer**, Martin (1998): Armut, Ausgrenzung, Unterklasse, in: Hartmut Häußermann (Hg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen, S. 13-27
- Lange**, A./Lauterbach, W./Becker, R. (2002): Armut und Bildungschancen. In: Butterwege, C./Klunt, M. (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, S. 153-170.
- Laucht**, M. etd. al. (1999): Was wird aus Risikokindern? Ergebnisse der Mannheimer Längsschnittstudie im Überblick. In: Opp, G./Fingerle, M./Freytag, A. (Hg.): Was Kinder stärkt: Erziehung zwischen Risiko und Resilienz, München, S. 71-93.
- L'Hoest**, R. (1999): Infantilisierung von Armut? Kinderarmut im Sozialstaat – ein Forschungsprojekt, in: Soziale Sicherheit 2/1999.
- Meier**, U./Preuß, H./Sunnus, E.M. (2003): Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen, Wiesbaden.
- Merten**, R (2005). : Psychosoziale Folgen von Armut im Kindes- und Jugendalter, in Butterwegge/Klunt/Zeng (Hg.), Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden.
- Merten**, R. (2001): „Selektive Armut“: Kinder und Jugendliche am Rande der Gesellschaft, in: Unsere Jugend 9/2001.
- Nationale** Aktionspläne für den Zeitraum von 2001-2003 sind einzusehen unter:
<http://europa.eu.int/comm/employmentsocial/news/2001/jun/napsincl2001en.html>
- Otto**, Ulrich (1997) (Hg.): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Eltern, Opladen.
- Opielka**, Michael (2005) (Hg.), Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, Wiesbaden.
- Otto**, Ulrich/Eberhard Bolay (1997): Armut von Heranwachsenden als Herausforderung für Soziale Arbeit und Sozialpolitik – eine Skizze, in: U. Otto (Hg.): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. Opladen.
- Palentien**, Ch./Klocke, A./Hurrelmann, K. (1999): Armut im Kindes- und Jugendalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1999.
- Palentien**, Ch. (2004): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, Wiesbaden.
- Peuckert**, Rüdiger (2005): Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden.
- Powell**, J.W./Wagner, S. (2001): Daten und Fakten zu Migrantenjugendlichen an Sonderschulen in der Bundesrepublik Deutschland, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.
- Prechtel**, Christof/Daniel Dettling (2005) (Hg.), Für eine neue Bildungsfinanzierung. Perspektiven für Vorschule, Schule und Hochschule, Wiesbaden 2005.
- Mielck**, A. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern.
- Milck**, A. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern.

- Merten**, Roland (2001): Kinder- und Jugendhilfepolitik als Politik gegen Kinder- und Jugendarmut: Möglichkeiten und Grenzen, in: Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, Wiesbaden.
- Richter**, A. (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region, Aachen.
- Richter**, A./Gerda Holz/Thomas Altgeld (Hg.) (2004): Gesund in allen Lebenslagen. Förderung von Gesundheitspotenzialen bei sozial benachteiligten Kindern im Elementarbereich, Frankfurt a.M.
- Salentin**, K. (2002): Armut, Scham und Stressbewältigung. Die Verarbeitung ökonomischer Belastungen im unteren Einkommensbereich, Wiesbaden.
- SOEP**: Eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- SOEP** (2006): O. Groh-Samberg: Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 26/2006.
- Strengmann-Kuhn**, W. (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt/a.M./New York.
- UNICEF** (2006) (Report Card 7): Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries.
- Walper**, S. (1988): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Deprivation, München/Weinheim.
- Weisser**, G. (1956): Wirtschaft, in: Werner Ziegenfuß (Hg.), Handbuch der Soziologie, Stuttgart.
- Weiß**, H. (2000): Kindliche Entwicklungsgefährdungen im Kontext von Armut und Benachteiligung. Erkenntnisse aus pädagogischer und psychologischer Sicht, in: ders. (Hg.), Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen, München.
- Winfried**, M.(u.a.) (Hg.) 2002: Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland, Köln.
- Zenz**, W.M./Bäcker, K./Blum-Maurice, R. (Hg.) (2002): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland, Köln.
- ZUMA** = Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (2005): Relative Armut und Konzentration von Einkommen deutlich gestiegen. In: ISI, 33: 1-6.

Lit. zu L 1. – 4.: *Psycho-soziale Folgen neoliberaler gesellschaftlicher Transformationen: „Homo oeconomicus“ als tragfähiges Leitbild?*

- Baberg**, Manfred (2004): Psychosoziale Folgen neoliberaler Umstrukturierung der Gesellschaft, Emden, 11/2004
- Baumann**, Z. (1999): Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg.
- Baumann**, Z. (2000): Liquid modernity. Cambridge: Polity Press.
- Baeriswyl**, Michel (2001): Chillout. Wege in einer Zeitkultur, 2. Aufl. München.
- Birnbaum**, Norman (2004): „Ich bin ein Patriot“. Interview: Bernd Pickert und Stefan Reinecke. TAZ MAG, 30/31.10.2004, IV.
- Brinkmann**, U./Dörre, K./Röbenack, S. (2006): Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Bude**, Heinz/ Andreas Willisch (Hg.) (2006): Das Problem der Exklusion, Hamburg.
- Bude**, Heinz/Ernst-Dieter Lantermann (2006): Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 58 (2006).
- Castells**, M. (1996): The Rise of the Network Society, Malden.
- Castells**, M. (1997): The power of identity. Vol II von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell (dt. 2002).
- Castells**, M. (1998): End of millenium. Voll III von The information age: Economy, society and culture: Blackwell (dt. 2002).
- Dörre**, K./Röttger, B. (2006): Im Schatten der Globalisierung, Wiesbaden.
- Dörre**, Klaus (2007): Rabiater Kapitalismus. Zum Spannungsverhältnis von wirtschaftlicher Dynamik, Sozialeigentum und regionalen Ungleichheiten, in: Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt a.M., S. 238-248.
- Elias**, N. (1976): Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt: Suhrkamp.
- Friedrich-Ebert-Stiftung** (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Fromm**, E. (1966): Die Furcht vor der Freiheit. Frankfurt a.M.
- Fromm**, E. (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches, Stuttgart.
- Geulen/Hurrelmann** (1980): Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie, Weinheim/Basel, in: Handbuch der Sozialisationsforschung.
- Giddens**, A. (1991): Modernity and self-identity. Cambridge: Polity Press.
- Giddens**, A. (2001). Entfesselte Welt. Wie die globalisierte Welt unser Leben verändert. Frankfurt: Suhrkamp.
- Jugendwerk der Deutschen Shell**: 15. Shell-Jugendstudie „Jugend 2006“, Opladen 2007.
- Hadjar**, Andreas (2004): Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses. Wiesbaden.
- Habermas**, J. (1998): Die postnationale Konstellation, Frankfurt: Suhrkamp.

- Hank, Raine (2000): Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht? Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, W. (2003): Feindselige Normalität. In: DIE ZEIT Nr. 53, 11.12.2003, S.19.
- Heitmeyer, Wilhelm: (2002-2007): Deutsche Zustände. Folgen 1-5. Frankfurt a.M.
- Jüngst, Peter (2004): Raubtierkapitalismus? Globalisierung, psychosoziale Destabilisierung und territoriale Konflikte, Gießen.
- Keupp, H.: Zwischen Gemeinssinn und Selbstsorge. Soziokultur in der Gesellschaft der ‚Ichlinge‘; in: http://www.soziokultur.de/lagnw/_seiten/keupp.htm
- Keupp, H. & Höfer, R. (Eds.) (1997): Identitätsarbeit heute. Frankfurt: Suhrkamp.
- Keupp, H., Ahbe, T., Gmür, W. et. Al (2002): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. 2. erweiterte Auflage. Reinbek: Rowohlt.
- Keupp, H. (2004): Individuelle Auswirkungen der Globalisierung, Tutzing.
- Lessenich, Stephan/Frank Nullmeier (Hg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft, Frankfurt a./M./New York 2006.
- Negt, O. (1998): Lernen in einer Welt gesellschaftlicher Umbrüche. In: Dieckmann&Schachtsiek (Hg.), Lernkonzepte im Wandel, Stuttgart, S. 21-44.
- Nyssen, Friedhelm & Peter Jüngst (Hg.) (2003): Kritik der Psychohistorie. Anspruch und Grenzen eines psychologischen Paradigmas, Gießen.
- Ottomeyer, Klaus (1980): Gesellschaftstheorien in der Sozialisationsforschung, in: Hurrelmann/Ulich (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim und Basel.
- Polanyi, K. (1977): The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien.
- Postmann, Neil (2000): Die zweite Aufklärung. Vom 18. ins 21. Jahrhundert, Berlin.
- Raeithel, Gerd (1993): Ein psychohistorischer Versuch über die Amerikaner. 2. Aufl., Hamburg.
- Reheis, Fritz (2003): Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus, München.
- Richter, Horst-Eberhard (2002): Das Ende der Egomane. Die Krise des westlichen Bewusstseins, Köln.
- Rifkin, Jeremy (2000): Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt a.M.
- Safranski, R. (2003): Wie viele Globalisierung verträgt der Mensch? München.
- Sennet, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Sennet, Richard (1998): The corrosion of character“, Berlin.
- Steinkamp, Günter (1980): Klassen- und schichtenanalytische Ansätze in der Sozialisationsforschung, in: Handbuch der Sozialisation, Weinheim.
- Strasser, Johanno (2001): Wider die Zurichtung des Menschen zu einem Element des Marktes, Zürich.
- Thielking, S. (2000): Weltbürgertum: kosmopolitische Ideen in Literatur und politischer Publizistik seit dem achtzehnten Jahrhundert, München.
- Windolf, P. (Hg.) (2005): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden.
- Zekri, Sonja (2007): Schön deutsch: Identitätskampagnen und Neopatriotismus, in: Heitmeyer, W. Deutsche Zustände , Folge 5, Frankfurt a.M., S. 250-259.

Lit. zu M 1. – 6.: Transformation und soziale Spaltung in den Metropolen

- Alisch, Monika (1998): Stadtteilmanagement – Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: dies. (Hg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen, S. 7-22.
- Alisch, M./Dangschat, J. (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen.
- Alisch, Monika (Hg.) (1998): Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen.
- Alisch, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen.
- Antonowsky, A. (1997): Salutogenese – Zur Entmystifizierung der Gesundheit, Tübingen 1997.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (Hg.) (2005): Zukunftschancen für Kinder. Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Berlin-Bonn.
- Atkinson, Rob (2001): The Emerging „Urban Agenda“ and the European Spatial Development Perspective: Towards an EU Urban Policy? In: European Planning Studies 9 (2001), 3.
- Becker, Gerold (2001): Pädagogik in Beton, in: Becker, Gerold/Bilstein, Johannes/Liebau, Eckart (Hg.): Räume bilden. Studien zur pädagogischen Topologie und Topographie, Seelze-Velbe.
- Behr, Karin/Hermens, Claudia/Schulz, Uwe/Haenisch, Uwe/Nordt, Gabriele (2005): Die offene Ganztagschule im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählte Befunde der Pilotphase. Ergebnisse des wissenschaftlichen Kooperationsverbundes zwischen Institut für Soziale Arbeit e.V. Landesinstitut für Schule, Sozialpädagogisches Institut und Universität Dortmund, Dortmund/Köln/Münster/Soest.
- BFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2001): Zukunftsfähigkeit sichern: Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Eine Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums, Berlin.

- Berse**, Christoph (2002): Chancen und Probleme der Bildung von Sozialräumen, in: Deinet, Ulrich/Krisch, Richardt: Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit, Opladen 2002, S. 191-201.
- Birg**, Herwig (2001): Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München.
- Block**, Rainer/Klemm, Klaus (2005): Gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet? Demographische, ökonomische, institutionelle und familiäre Bedingungen des Lernens im Bundesländervergleich, Essen 7/2005.
- Böhnisch**, L. (1994): Gepaltene Normalität, Weinheim.
- Boos-Nünning**, Ursula (2005): Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Armut und soziale Deprivation, in: Margherita Zander (Hg.), Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, Wiesbaden, S. 161-180.
- Boyer**, Christine (1995): The Great Frame-up: Fantastic Appearances in Contemporary Spatial Politics. In: Helen Liggett/David C. Perry (Hg.): Spatial Practices, London/New York.
- Braun**, Karl-Heinz/Wetzel, Konstanze (1997): Wie können Schulen ein sozialpädagogisches Profil entwickeln? In: Pädagogik und Schulalltag, 52. Jg. (1997), H.3, S. 373-382.
- Breitfuss**, Andrea/Jens S. Dangschat (2000): Sozialräumliche Aspekte von Armut im Jugendalter, in: A. Klocke/K. Hurrelmann (Hg.), Kinder und Jugendliche in Armut, Opladen-Wiesbaden.
- Bremer**, Peter/Norbert Gestring (1997): Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung auch in deutschen Städten?, in: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 27, 1997.
- Brettfeld**/Peter Wetzels (2004): Junge Muslime in Deutschland: Eine kriminologische Analyse zur Alltagsrelevanz von Religion und Zusammenhängen von individueller Religiosität mit Gewalterfahrungen, -einstellungen und -handeln. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, in: Bundesministerium des Innern (Hg.), Texte zur inneren Sicherheit. Islamismus, Berlin 2004, S. 267-274.
- Brocke**, Hartmut (2004): Pfusch am Kind wird teuer! Frühkindförderung/Familienförderung – integrierte Dienste im Stadtteil und lokale Aktionspläne, in: Journal der Regiestelle E + C, Ausgabe Nr. 12/16.2.2004, S. 1-13.
- Bundesarbeitsgemeinschaft** Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (2002): Plattform, Satzung und Vorträge zur Gründungsveranstaltung vom 07.11.2002; in: www.stadtteilarbeit.de.
- Bundesministerium** des Innern (Hg.) (1999): Moderner Staat – moderne Verwaltung, Bonn.
- Bundesministerium** für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1999): Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, Bonn.
- Bürkner**, Hans-Joachim (1998): Kleinräumliche Segregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (1998) 1, S. 55-69
- Combe**, A. u.a. (1996): Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern, Weinheim.
- Czerwanski**, Annette (Hg.) (2003): Schulentwicklung durch Netzwerkarbeit, Gütersloh.
- Dahme**, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (2002): Der aktivierende Sozialstaat und seine Folgen für die Soziale Arbeit; in: Neue Praxis, H. 1/2002, S. 5-18.
- Dangschat**, J.S. (1996): Soziale Großstadtstrategie – Handlungsansätze in Hamburg. In: Stadtbau (Hg.), S. 85-100, Hamburg.
- Dantec**, B. (2005): „Psychogeographie“, Paris.
- Deinet**, U. (1990): Sozialräumliche Jugendarbeit, in: Böhnisch/Münchmeier (Hg.): Pädagogik des Jugendraumes, München.
- Deinet**, U. (2004): Die Bedeutung von Kooperation für den Erfolg der offenen Ganztagschule, in: inform 4/2004, S. 3-10.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband** Gesamtverband e.V. (Hg.) (2005): Expertise. Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II, Berlin.
- Diewald**, Martin (1991): Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken.
- Döhne**, Hans-Jochen/Kurt Walter (1999): Aufgabe und Chance einer neuen Stadtentwicklungspolitik, in: Bundesbaublatt.
- Dubert**, Francois/Didier Lapeyronnie (1992): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart.
- Elsen**, Susanne (1998): Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Neuwied.
- Eltges**, Markus (2002): Die soziale Stadt und die Europäisierung der Stadtpolitik, in: Uwe-Jens Walther (Hg.), Soziale Stadt – Zwischenbilanz, Opladen.
- Europäische Kommission** (2001): Einheit Europas, Solidarität der Völker, Vielfalt der Regionen. Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft.
- Esser**, Hartmut (2005): Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, in: <http://www.bmi.bund.de/Downloads/Esser.pdf> (10.12.2005).
- Farwick**, Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Opladen.
- Friedrichs**, Jürgen (1995): Stadtsoziologie, Opladen.
- Friedrichs**, J./Blasius, J. (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen.
- Gestring**, Norbert (2005): Parallelgesellschaften – ein Kommentar, in: Jahrbuch StadtRegion 2004/2005, Wiesbaden.
- Grimm**, Gaby (2004): Stadtentwicklung und Quartiersmanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen, Essen.
- Grimm**, Gaby/Hinte, Wolfgang/Litges, Gerd (2004): Quartiersmanagement. Eine kommunale Studie für benachteiligte Wohngebiete, Berlin.

- Guilluy**, Ch./Noyé (2004): "Atlas des nouvelles fractures sociales en France", Paris.
- ISPO-Institut** (2005): 2. Zwischenbericht der beiden Modellprojekte zur Bekämpfung der Auswirkungen von Kinderarmut, Saarbrücken.
- Janssen**, Andrea/Ayca Polat (2006): Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2006, S. 11-17.
- Halm**, Dirk/Martina Sauer (2006): Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2006, S. 18-24.
- Hanesch**, Walter (Hg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, Leverkusen.
- Hartnuß**, Birger/Maykus, Stephan (Hg.) (2004a): Handbuch Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Ein Leitfaden für Praxisreflexionen, theoretische Verortungen und Forschungsfragen, Berlin.
- Hassenpflug**, Dieter (Hg.) (2001): Die Europäische Stadt. Mythos und Wirklichkeit, Münster.
- Häußermann**, Hartmut (2002): Global, lokal, sozial. Von der Unteilbarkeit der Stadt; in: Walther, Uwe-Jens (Hg.) 2002: Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Wege zur sozialen Stadt?, Opladen S. 71-84.
- Häußermann**, Hartmut/Oswald, Ingrid (Hg.) (1998): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan 25/1997, Sonderheft 17.
- Häußermann**, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2000.
- Häußermann** et al. (2004): An den Rändern der Städte, Frankfurt a.M.
- Heidede** B./ Rolf-Peter Löhr: „Soziale Stadt“, Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 10-11/2000.
- Heidede** B./Thomas Franke/Rolf-Peter Löhr/Robert Sander/Wolf-Christian Strauss (1998): Städtebauförderung und Ressourcenbündelung, Berlin.
- Heinze**, Rolf-G.; Schmid, Josel; Strünck, Christoph (1999): Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat, Opladen.
- Hentig**, v. Hartmut (1993): Die Schule neu denken, München.
- Heitmeyer**, Wilhelm (1998): Versagt die „Integrationsmaschine Stadt“? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: ders./Rainer Dollase/Otto Backes (Hg.), Die Krise der Städte, Frankfurt a.M.
- Heitmeyer**, Wilhelm/Rainer Dollase/Otto Backes (Hg.) (1998): Die Krise der Städte. Analyse zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt a.M.
- Heitmeyer**, W./Backes, O./Dollase, R. (1998): Die Krise der Städte, Frankfurt a.M.
- Heitmeyer**, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim und München.
- Heitmeyer**, Wilhelm/Reimund Anhut (Hrg.) (2002): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim.
- Hess**, Henner/Achim Mechler (1972): Ghetto ohne Mauern, Frankfurt a.M.
- Hess**, H./Mechtler, A. (1973): Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht. Frankfurt a.M.
- Hinte**, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D. (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster.
- Hock**, Beate u.a. (2000): Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt a.M.
- Hopf**, A. (1997): Sozialpädagogik für Lehrerinnen und Lehrer – Hilfen für den Schulalltag, München.
- Hopf**, A. (2001): Lebensprobleme und Lernprobleme von Schülern, Neuwied.
- Holtappels**, Heinz-Günter (2003): Analyse beispielhafter Schulkonzepte von Schulen in Ganztagsform (im Auftrag und mit Förderung des BMBF), Dortmund.
- Holthaus**, L./Meusel/Roback (1980): Schulsozialarbeit – Aufgabe der Jugendhilfeträger, in: Neue Praxis, H. 2, 1980.
- Holz**, Gerda (2004): Kinderarmut in benachteiligten Stadtteilen, in: Difu-Projektgruppe, Bundestransferstelle Soziale Stadt, Info Nr. 15/2004.
- Holz**, Gerda u.a. (2005): Armutsprävention vor Ort – „Mo.Ki – Monheim für Kinder“. Evaluationsergebnisse zum Modellprojekt der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein und Stadt Monheim, Frankfurt a.M.
- Institut** für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund.
- Keim**, Rolf (1999): Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit, Basel.
- Keim**, Karl-Dieter (1997): Zum Zerfall des Urbanen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt a.M., S. 245-286.
- Keller**, Carsten (1999): Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland, Opladen.
- Kirchberg**, Volker (1998): Stadtkultur in der Urban Political Economy. In: Volker Kirchberg/Albrecht Göschel (Hg.): Kultur in der Stadt. Soziologische Analysen zur Kultur, Opladen, S. 41-54.
- Kronauer**, Martin (1993): Berthold Vogel/Frank Gerlach: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a.M.
- Kronauer**, Michael (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan 25/1997/28-49.
- Krummacker**, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/Wohlfahrt, Norbert (2003): Sozialspaltung der Städte, Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Planung und soziale Arbeit, Opladen.
- Krummacker**, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz Viktoria/Wohlfahrt, Norbert: Soziale Stadt, Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement: Strategie für einen lokalpolitische flankierten Sozialstaatsabbau oder Revitalisierung von sozialer Stadtentwicklung?, in: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/krummacker/soziale_stadt.htm

- Lanz**, Stephan/Ronneberger, Klaus (1998): Auf dem Wege zur neofeudalen Stadt? Vortrag für den 29. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Soziologie, 16.9.1998.
- Leibold**, Jürgen/Steffen Kühne (2003): Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Weichen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt/M. 2003, S. 100-119.
- Leibold**, Jürgen/Steffen Kühnel/Wilhelm Heitmeyer (2006): Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2006, S. 3-10.
- Lemke**, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Hamburg.
- Link**, Jürgen (1996): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Opladen.
- Mach**, Wolfgang/Joachim Schroeder (2005): Schule und lokale Bildungspolitik, in: Fabian Kessl u.a. (Hg.), Handbuch Sozialraum, Wiesbaden.
- Luft**, Stephan (2002): Die Dynamik der Desintegration. Zum Stand der Ausländerintegration in deutschen Städten. Hans-Seidel-Stiftung e.V., München.
- Maier**, Konrad/Meißner, Manfred (Hg.) (2004): Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zur Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg i.B.
- Makinowsky**, P./Herringer (1997): Zur Wirklichkeit der sozialpädagogischen Praxis in der Schule, in: Neue Praxis, H.1, 1997.
- Meyer**, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Frankfurt a./M.
- Mirbach**, Thomas (Hg.) (1999): Entwürfe für eine soziale Stadt, Amsterdam.
- Mühlum**, Albert (1993): Schulsozialarbeit. Aus: Becker-Textor, Ingeborg, Textor, Martin R. (Hg.): Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung. Neuwied-Kriftel-Berlin (Luchterhand) 1993, S. 241-269.
- Nauck**, B. (2000): Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien in Deutschland. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialien zum 6. Familienbericht, Bd. I, Opladen, S. 347-392.
- Neuhöfer**, Manfred (1998): Überforderte Nachbarschaften. Eine Analyse von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus und die Wohnsituation von Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/98, S. 35-45.
- Niepel**, Gabriele (1994): Soziale Netze und soziale Unterstützung alleinerziehender Frauen, Opladen.
- Nieslony**, C (1998): Schulsozialarbeit in den Niederlanden – Perspektiven für Deutschland, Frankfurt a./M.
- Olk**, J./Bathke und Hartnuß (2000): Jugendhilfe und Schule, Juventa.
- Park**, Robert (2006): Mosaik aus kleinen Welten, Chemnitz.
- Pfeifer**, Christian/Wetzels, Peter (2000): Junge Türken als Täter von Gewalt, KFN-Forschungsbericht Nr. 81, Hannover 2000.
- Pröbl**, R. (Hg.) (2003): Bildung ist mehr! Die Bedeutung der verschiedenen Lernorte – Konsequenzen aus der PISA-Studie zur Gestaltung der Jugendhilfe in einer kommunalen Bildungslandschaft, Nürnberg.
- Preuss-Lausitz**, Ulf (1997): Soziale Ungleichheit, Integration und Schulentwicklung. Zu den Qualifikationskriterien bei der „Entstaatlichung“ von Schule. In: Zeitschrift für Pädagogik, 43. Jg. (1997), H.4, S. 583-596.
- Riegel**, Enja (2004): Schule kann gelingen! Wie unsere Kinder wirklich fürs Leben lernen, Hamburg.
- Rietdorf**, Werner (Hg.) (2001): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des Jahrhunderts. Berlin.
- Ronneberger**, Klaus (1998): Urban Sprawl und Ghetto. In: Walter Prigge (Hg.): Peripherie ist überall, Frankfurt/New York, S. 84-90.
- Sachverständigenkommission** 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialien zum 6. Familienbericht, Bd. I, Opladen.
- Salentin**, Kurt/Frank Wilkening (2003): Ausländer: Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2 (2003) 55, 278-298.
- Sambale**, Jens/Veith, Dominik (1998): Marginalisierung als urbaner Prozeß. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Heft 2, S. 103-107.
- Schefold**, Werner (2005): Sozialräumlichkeit von Hilfeverfahren, in: Projekt „Netzwerke im Stadtteil“ (Hg.), Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts – Perspektiven für soziale Arbeit, Wiesbaden.
- Schröder**, Helmut u.a (2002): Ursachen interethnischer Konflikte, in: Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Bedrohte Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim/München.
- Scholz**, Carola (1997): Überall ist Mega Mall. Stadtentwicklung, Strukturwandel und der Wettlauf der Erlebniswelten. In: AKP Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, Heft 5, S. 32-35.
- Sewing**, Werner (1997): Planwerk Innenstadt Berlin. In: Centrum Jahrbuch Architektur und Stadt 1997-1998, S. 37-43.
- Strategien** zur Stärkung der sozialen Integration. Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Aktualisierung 2004.
- Thies**, R (2000)., Kooperatives Stadtteilmanagement und Gemeinwesenarbeit – Neue Ansätze in der Stadtentwicklung und der Gemeinwesenarbeit, in: Zeitschrift für Sozialreform 7/2000, S. 620-634.
- Thiersch**, Hans (1992): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel, Weinheim/München.
- Walther**, Uwe-Jens (Hg.) 2002: Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Wege zur sozialen Stadt?, Opladen.

Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen (=Reihe Stadt, Raum und Gesellschaft, Band 7)

Wohlfahrt, Norbert/Zühlke, Werner(2001): Von der Gemeinde zum Konzern Stadt? Privatisierung und Outsourcing in den Kommunen, Dortmund.

Wilson, Julius W. (1987): The truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy, Chicago.

Zander, Margherita/Berthold Dietz (2003): „Kommunale Familienpolitik“. Expertise für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtages von NRW, Münster.

Lit. zu N.: *Legitimationskrise und Mythen des staatlichen Schulsystems als Aufsatzzpunkt neoliberaler Bildungsstrategien und deren selektiven Verschärfungen*

Arnold, R./Schufler, I. (1998): Wandel in den Lernkulturen, Darmstadt.

Baethge, M./Solga, H./ Wieck, M. (2006): Berufsausbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Umbruchs. Friedrich Ebert-Stiftung.

Braunmühl, Ekkehard (1975): Antipädagogik. Studien zur Abschaffung der Erziehung. Weinheim, Basel.

Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.) (1997): Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert. Neuwied.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2006): Berufsbildung im Umbruch, Bonn.

Goodman, Paul (1978; 1968/69): Erziehung - Zwangsjacke oder Freiheit? Zwei Aufsätze gegen die Schule, Meppen.

Hans-Böckler-Stiftung (2006): Generation Praktikum? Prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und –absolventen, Berlin.

Hentig, Hartmut von (1971): Cuernavaca – oder: Alternativen zur Schule?, Stuttgart, München.

Hentig, Hartmut von (1985): Die Menschen stärken, die Sache klären, Reklamverlag Stuttgart.

Hentig, Hartmut von (1993): Die Schule neu denken, München, Wien.

Holt, John (1978): Zum Teufel mit der Kindheit, Wetzlar.

Holtz, Axel (1999): Kinder bauen ihre Freiheit selbst auf. Ulm.

Illich, Ivan (1970): Entschulung der Gesellschaft, München.

Klemm, Ulrich (1999) Schule als Auslaufmodell? Notate zur Entstaatlichung von Bildung im Horizont des aktuellen gesellschaftlichen Wandels, in: Widersprüche Heft 73 (9/1999), Transversale Bildung – wider die Unbilden der Lerngesellschaft.

Oetinger (1997): Wie kommt das Neue in die Welt? München, Wien.

Reimer, Everett (1972): Schafft die Schule ab! Befreiung aus der Lernmaschine. Reinbek.

Senge, Peter E./Scharner, Claus Otto (1997): Von „Learning Organizations“ zu „Learning Communities“. In: Widersprüche H. 73, S. 95-110..

Lit. zu N 1.-13: *Bildungspolitische und bildungsstrategische Reflexionen...*

Aktionsrat Bildung (2007): Jahresgutachten 2007: Bildungsgerechtigkeit, Wiesbaden.

Altwater, E.; Huiskens, F. (Hg.) (1971): Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen.

Altwater, Elma (2003): Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? In: Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt (90/91), S. 171-201.

Anders, G.(1987): Die Antiquiertheit des Menschen 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München (4. Auflage).

Baethge, Martin (2005): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden

Baethge, M. (1970): Ausbildung und Herrschaft. Unternehmensinteressen in der Bildungspolitik, Frankfurt a.M.

Behler, Gabriele (1999): „Chancengleichheit in der Politikumsetzung“ (Rede beim Kongreß „Chancengleichheit – Leitbegriff für Politik und Gesellschaft im 21. Jahrhundert“, 12.11.1999, in: zweiwochendienst 21-22/99, S. X – XIV.

Beisenherz, H.G. (2002): Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen.

Bennhold, Martin (2001): Die Bertelsmannstiftung, das CHE und die Hochschulreform: Politik der „Reformen“ als Unterwerfung. In: Lohmann, Ingrid/Rilling, Rainer: Die verkaufte Bildung, Opladen, S. 279-299.

Bernhard, Armin (2002): Neue Lernkultur und die marktkonforme Zurichtung der Bildung, in: Das Argument 246, 44.Jg, S.311-324

Bernhard, Armin: Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen, in: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1002>, S. 15.

Bernhard, Armin (2007): Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Kreis, in:

<http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2940>, S. 1-12.

Bernhard, Armin (2001): Bildung als Generierung sozialer Differenz: Gleichheit und Ungleichheit in der neueren allgemein-pädagogischen und bildungstheoretischen Diskursen. In: Jahrbuch für Pädagogik 2000. Frankfurt a.M., S. 263-278.

Bertelsmann-Stiftung: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSWF) (Hg.) (2001): Bildung gestalten – Selbständige Schule, Düsseldorf.

- Bertelsmann Stiftung** (2003) Schule & Co, Gütersloh.
- Bertelsmann-Stiftung** o.J.: www.bertelsmann-stiftung.de/projekte
- Bundesregierung** (2000): Deutschland erneuern. Geschäftsbericht der Bundesregierung 1999/2000, Berlin.
- Bundesministerium** für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.) (2003): Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten, Berlin: BMBF.
- Bildungskommission** NRW (1995): Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Denkschrift der gleichnamigen Kommission beim Ministerpräsidenten des Landes NRW, Neuwied.
- Bildungskommission** der Heinrich-Böll-Stiftung (3. Empfehlung) (Böll III 2002): Autonomie von Schule in der Wissensgesellschaft. Verantwortung in der Zivilgesellschaft, Berlin.
- Bislev**, Sven/Salkov-Iversen, Dorte/Krause/Hansen, Hans (2002): The Global Diffusion of Managerialism: Transnational Discourse Communities at Work, in: Global Society, Heft 16, S. 199-212.
- Bourdieu**, P.; Passeron, J.-C. (1973): Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a.M..
- Böckelmann**, F./Fischler, H. (2004): Bertelsmann – Hinter der Fassade des Medienimperiums, Eichborn Verlag.
- Böttcher**, Petra (1997): Kann man Schulen budgetieren und wozu kann das nutzen? In: Böttcher, Wolfgang/Weishaupt/Weiß: Wege zu einer neuen Bildungsökonomie. Weinheim, Basel, S. 203-215
- Bröckling**, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lenke (Hg) (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart, Frankfurt a./M.
- Bultmann**, Torsten/Klier, Vera (2002): Bildungspolitik und "aktivierender Staat", in: BdWi/fzs (Hg.): Bildungsfinanzierung, Marburg, S. 27-31.
- Bultmann**, Torsten/Schöller, Oliver (2003): Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslanglich. Oder: die langfristige Entwicklung und politische Implementierung eines postindustriellen Bildungsparadigmas, in: PROKLA 131/6-2003, S. 331-354.
- Clarke**, John (2003): Die Auflösung des öffentlichen Raums?, in: Zum Umbau von Bildung und Sozialstaat, Widersprüche, Heft 89, September 2003.
- Colemann**, J.S./ Hoffer, T./ Kilgore, S. (1982): Public, catholic and private schools compared, New York.
- Dahrendorf**, Ralf (1965): Bildung ist Bürgerrecht, Hamburg.
- Dahrendorf**, R. (1996): Die Quadratur des Kreises. In: Transit, H. 12, S. 5-28.
- Ehmann**, Christoph (2001): Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit, Bielefeld.
- Europäische Kommission** (1995): Lehren und Lernen. Auf dem Wege zur kognitiven Gesellschaft. Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. KOM (1995) 590, Brüssel.
- Europäische Kommission** (1997): Vertrag über die Europäische Kommission, Luxemburg.
- Europäische Kommission** (2000): Bericht über die Qualität der schulischen Bildung in Europa – sechzehn Qualitätsindikatoren. Luxemburg (europa.eu.int/comm/education/indic/rapinde.pdf).
- Gamm**, H.-J. (1991): Anmerkungen zum "pädagogischen Grundgedankengang" im Horizont der Entfremdung, in: Zeitschrift für Pädagogik. 26. Beiheft. Wilhelm Flitner und die Frage nach einer allgemeinen Erziehungswissenschaft im 20. Jahrhundert, Weinheim und Basel.
- Geißler**, K. (1998): Das Diktat der Tempomacher, in: Widerspruch 36, 18 Jg., Heft 2.
- Hardt**, M./Negri, A. (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./New York.
- Harms**, Jens (2000): Wirtschaftlichkeit unter Bedingungen des New Public Managment – unter besonderer Berücksichtigung des Schulwesens. In: Weiß/Weishaupt: Bildungsökonomie und neue Steuerung, Frankfurt a./M., S. 133-148.
- Hegelheimer**, A (1968): Bildungsökonomie und Bildungsplanung. Eine kritische Untersuchung der Ansätze zu einer ökonomischen Theorie der Bildungspolitik. In: Konjunkturpolitik. 14
- Heinemann**, K.-H. (2002): Allerweltsprodukt Bildung? GATS-Freihandel und die Folgen für das Bildungswesen, in: Erziehung und Wissenschaft 54 (2002) 4, S. 7-9.
- Herzog**, Roman (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert. „Berliner Rede“ vom 26.4. 1997, in: Manfred Bissinger (Hg.), Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs „Berliner Rede“ und 33 Antworten, 2. Aufl. Hamburg, 13-30.
- Hirtt**, Nico (2000): Im Schatten der Unternehmerlobby. Die Bildungspolitik der Europäischen Kommission. www.users.skynet.be/aped/babel/deutsch/002schatten.html.
- Hirtt**, Nico (2002): The Millenium Round and the Liberalisation of the Education Market. Lohmann, Ingrid; Rilling, Rainer (Hg.): Die verkaufte Bildung. Leske+Budrich. Opladen.
- Horkheimer**, Max (1981): Begriff der Bildung, in: ders.: Sozialphilosophische Studien. Aufsätze, Reden und Vorträge 1930-1972, Frankfurt a./M. 1981 (2. Auflage)
- Huisken**, F. (1970): Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie, München..
- Hüfner**, K. (1970): Die Entwicklung des Humankapitalkonzeptes. In: Hüfner (Hg.): Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum. Ausgewählte Beiträge zur Bildungsökonomie, Stuttgart.
- Jones**, Phillip W. (1997): On World Bank Education Financing, in: Comparative Education, Heft 33, S. 117-129.
- Keiner**, Dieter (1998): Globalisierung, Bildung und Wissen. Anmerkungen zur Dialektik von Nationalstaat und Weltgesellschaft und zu den sich verändernden Kontexten für öffentliche Erziehung, staatliche Bildungspolitik und individuelle Bildungs- und Lernprozesse, in: Jahrbuch für Pädagogik 1998, Bildung nach dem Zeitalter der großen Industrie, S. 173 ff..

- Keller**, Carsten/Schöller, Oliver (2002): Autoritäre Bildung. Bildungsreform im Zeichen von Standortwettbewerb und neuen Eliten, in: Uwe H. Bittlingmayer/Rolf Eickelpasch/Jens Kastner/Claudia Rademacher (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, S. 381-414.
- Kellermann**, Paul (2003): „Leben für das Wirtschaftswachstum“. Über die Instrumentalisierung von Bildung und Weiterbildung, in: Forschung&Lehre 9.
- Klausenitzer**, Jürgen (1999): Wider die Risiken der Schulautonomie. In: Die Deutsche Schule 1, S. 6-10.
- Klausenitzer**, Jürgen (1999): Privatisierung im Bildungswesen: In: Die Deutsche Schule 4, S. 504-514.
- Klausenitzer**, Jürgen (2001): Bildung und globaler Paradigmenwechsel – Die Bildungspolitik der Weltbank. In: Die Deutsche Schule 2, S. 242-245.
- Klausenitzer**, J. (2002): Investitionen in das „Humankapital“. PISA und die Bildungspolitik der OECD, in: Forum Wissenschaft 19 (2002) 3, S. 47-49.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002): Altes und Neues. Anmerkungen zur Diskussion über die gegenwärtige Restrukturierung des deutschen Bildungssystems, in: Widersprüche, Heft 83, S. 53-68.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002): PISA – Einige offene Fragen zur OECD-Bildungspolitik, in: Widersprüche, Heft 85, S. 55-70.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002): Schule der Globalisierung, in: Express, Nr. 9, Nr. 10, 2002, Offenbach
- Klausenitzer**, Jürgen (2006): Thesen zu Rationalisierung und Privatisierung im Bildungsbereich, S. 1-16.
- Klein**, Helmut E. (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.) (2006): Qualifizierung für junge Erwachsene in Ausbildung, Köln.
- Knobloch**, Angelika (2000): Warum Systemwechsel? Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden Koneffke, Gernot 1969: Integration und Subversion. Das Argument 5/6, S. 389-443.
- Kluge**, Jürgen (2003): Manifest zur Bildung, in: Killius, Nelson; Kluge, Jürgen; Reisch, Linda (Hg.): Die Bildung de Zukunft, Frankfurt a./M., S. 321-335.
- Kommission** der Europäischen Gemeinschaften (2003): Grünbuch zu Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse, Brüssel.
- Kofler**, L. (1982): Der Alltag zwischen Eros und Entfremdung, Bochum.
- Koneffke**, G. (1997): Erziehung ist der zum gesellschaftlichen Leib gewordene Widerspruch. Zur Begründung der Pädagogik, in: Gamm, H.-J./Koneffke, G. (Red.): Jahrbuch für Pädagogik 1997: Mündigkeit. Zur Neuerfassung materialistischer Pädagogik, Frankfurt a./M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien.
- Krais**, Beate (1996): Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik. In: Jahrbuch Arbeit und Bildung 1. Opladen, S. 118-146
- Lersch**, Rainer (2001): Bildungschancen in Deutschland. In: Die Deutsche Schule 2, S. 139-154
- Lepenies**, Wolf ((2003): Bildungspathos und Erziehungswirklichkeit. Eröffnungsrede auf dem Kongress „McKinsey bildet“, in: www.connexin.de/lernen-bildung-erziehung-kultur.html - 10k -
- Lohmann**, Ingrid (1999): Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft. In: Gogolin, Ingrid/Lenzen, Dieter (Hg.): Medien-Generation. Beiträge zum 16. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske+Budrich.
- Lohmann**, Ingrid (2007): Was bedeutet eigentlich „Humankapital“?, in: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/Humankapital.pdf>.
- Lukacs**, G. (1986): Geschichte und Klassenbewusstsein, Darmstadt/Neuwied.
- Mandel**, E. (1984): Einführung in den Marxismus, Frankfurt a.M.
- May**, Michael (2003): Unternehmer seiner selbst: Die neoliberale Variante von Selbstbildung, Eigenverantwortung und Autonomie, in: Widersprüche Heft 89.
- Maritzen**, Norbert (1999): Schulinspektion: Qualitätsicherung im Regelkreis von Schulprogramm, interner und externer Evaluation. Das Bremer Modell. In: Steffens, Ulrich/Bargel, Tino: Schule zwischen Autonomie und Aufsicht, Wiesbaden.
- Merken**, Andreas (2002): Ideologie, Kritik, Bildung, in: Das Argument 246, 44. Jg., S. 339-353.
- Merken**, Andreas (2002): Ideologie, Kritik, Bildung. In: Das Argument, Heft 246, S. 339-353.
- Miller**, P./Rose, N. (1994): Das ökonomische Leben regieren. In: Donzelot/Schwarz (Hg.): Zur Genealogie der Regulation: Anschlüsse an Michel Foucault, Mainz.
- Müller**, A.(2006): Die Reformlüge, München
- Nagel**, Bernhard/Jaich, Roman (2002): Bildungsfinanzierung in Deutschland – Analyse und Gestaltungsvorschläge – Endbericht an die Max-Träger-Stiftung. Kassel.
- Negt**, Oskar (2003): Über den betriebswirtschaftlichen Imperialismus – und die Schwierigkeiten, Alternativen zu entwickeln, in: Widersprüche, Heft 89, 9/2003.
- Negt**, Oskar (2004): Private Lösungen sind nur Kostenverschiebungen, in: Erziehung und Wissenschaft 5/2004.
- Neckel**, Sighard (2003): Die Marktgesellschaft als kultureller Kapitalismus. Zum neuen Synkretismus von Ökonomie und Lebensform. In: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung, Heft 14, S. 7-21.
- Netzwerk** Europäische Lernprozesse (NELP 2002): Manifest „Bildung für die Arbeits- und Wissensgesellschaft“, Hannover.
- OECD** (1987): Structural Adjustment and Economic Performance. Paris
- OECD** (1995): Governance in Transition. Paris
- OECD** (2001): Bildungspolitische Analyse. Paris
- OECD** (2003): Privatising State-Owned Enterprises. An Overview of Policies and Practices in OECD Countries. Paris.
- OECD** (2004): Education at a glance. Paris: OECD.

- Polanyi, Karl** (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/a.M.
- Pelizzari, Alessandro** (2001): Die Ökonomisierung des Politischen, Konstanz.
- Prognos AG** im Auftrag der Robert Bosch Stiftung (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf, Stuttgart.
- Radtke, Frank-Olaf/Weiß, Manfred** (2000): Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit, Opladen.
- Sachverständigenrat** Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung (1998): Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung, Düsseldorf.
- Schmidt, Manfred G.** (2005): Warum die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland relativ niedrig und die privaten vergleichsweise hoch sind. Befunde des OECD-Länder-Vergleichs, in: Uwe Engels (Hg.) Bildung und soziale Ungleichheit (Tagungsberichte 9), S. 105-120).
- Schmidt, Manfred G.** (2006): Bildungsausgaben im inter- und intranationalen Vergleich, Heidelberg.
- Schöller, Oliver** (2000): „Der neue Lernbürger – oder: Bildung als Wettbewerbsfaktor. Zu den Vorschlägen des Sachverständigenrats Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung“, in: Sozialismus, Heft 4, S. 39-45.
- Schöller, Oliver** (2001): „Geistige Orientierung der Bertelsmann-Stiftung. Beiträge einer deutschen Denkfabrik zur gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit“, in: PROKLA, Heft 122, S. 122-143.
- Sennet, R.** (2000) Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin: Siedler.
- Späth, Lothar** (1999): Plädoyer für einen Neuanfang, in: Roman Herzog/Initiativkreis Bildung der Bertelsmann-Stiftung, Zukunft gewinnen – Bildung erneuern, München, S. 145-151.
- Steiner-Khamsi, Gita** (2002): Scholl Choice – wer profitiert, wer verliert. In: Lohmann, Ingrid; Rilling, Rainer (Hg.): Die verkaufte Bildung. Opladen: Leske+Budrich.
- Vereinigung** der Bayrischen Wirtschaft (vbw) (Hg.): Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt. Leske & Budrich. 2003.
- Vogelsaenger, Thomas/Vogelsaenger Wolfgang/Wilkens, Stefanie** (2005): Grundlagen guter Schule. Ein Praxisbuch. Deutsche Kinder – und Jugendstiftung. Berlin.
- Weber, Peter** (2002): Technisierung und Marktorientierung von Bildung in Europa. In: Lohmann, Ingrid; Rilling, Rainer (Hg.): Die verkaufte Bildung. Opladen: Leske+Budrich.
- Weltbank** (1995): Priorities and Strategies for Education: a World Bank review, Washington.
- Wimmer, Michael** (2002): Bildungsruinen in der Wissensgesellschaft – Anmerkungen zum Diskurs über die Zukunft der Bildung, in: Lohmann, Ingrid/Rilling, Rainer (Hg.): Die verkaufte Bildung, Opladen, S. 45-68.
- Westerwelle, Guido** (1998): Neuland. Einstieg in einen Politikwechsel, 2. Aufl. Düsseldorf/München.
- Zettlmeier, Werner** (2002): Neue Arbeitsformen – Herausforderungen für Bildung und Ausbildung aus französischer Perspektive. www.nelp.de/beitraege/02_farbe/zettlmeier.pdf.
- Zickgraf, Arnd** (2004): Geprüft oder nicht geprüft – das ist die Frage. In: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Hg.): Bildung Plus. Frankfurt a.M.
- Zymek, Bernd**: Was bedeutet „Ökonomisierung der Bildung“? Analyse des Gutachtens der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft „Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt“, in: <http://linksnet.de/artikel.php?id=2236>, 9.3.2006.

Lit. zu N 14-15.: Liberalisierung und Privatisierungsstrategien...

- Arbeitsgruppe** Alternative Wirtschaftspolitik (2008): Memorandum 2008, Köln.
- Bagley, C.&Woods, P.A.** (1998). School Choice, Markets and Special Educational Needs. Disability and Society, 13 (5), 763-783.
- Ball, Stephen J.** (2003): Urbane Auswahl und urbane Ängste: Zur Politik elterlicher Schulwahlmöglichkeiten. Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich (89), S. 59-74.
- Baumert, J. u. Schümer, G.** (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb, in: Deutsches PISA-Konsortium (Hg.): PISA 2000.
- Bourdieu, P.** (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die mediale Invasion, Konstanz.
- Broccolichi, S.& van Zanten, A.** (2000). School competition and pupil flight in the urban periphery. Journal of Education Policy, 15 (1), 51-60.
- Brown, P.** (2000): Globalisation of Positional Competition, Sociology, 34 (4), 635-654.
- Chenoweth, T.** (1987). Unanticipated Consequences of Schools of Choice: some thoughts on the case of San Francisco. Equality and Choice, 5 (7).
- European Round Table of industrialists (ERT)** 1995: Education for Europeans. Towards the Learning Society. Brussels.
- European Round Table of industrialists (ERT)** 1997: Investing in knowledge. The integration of Technology in European Education. Brussels.
- Europäische Kommission (EK)** 1995: Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft. Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. KOM (1995) 590, Brüssel.
- Europäische Kommission (EK)** 1997: Für ein Europa des Wissens. Mitteilung der Kommission. KOM (1997) 563, Brüssel
- Europäische Kommission (EK)** 2000: Memorandum über lebenslanges Lernen. SEK (2000) 1832, Brüssel.
- Europäische Kommission (EK)** 2001: Die konkreten künftigen Ziele der Bildungssysteme. KOM (2001), 59, Brüssel.

- Gewirtz**, Sharon (2003): Die managerialistische Schule: Konsequenzen und Widersprüche der Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit in der Bildung. Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich (89): 19-37.
- Groupe** Reiffers (1996): Accomplir l'Europe par l'Education et la Formation. Rapport. Brüssel.
- Hatcher**, Richard (2002a): Schools Under New Labour – Getting down to business. In: Lohmann/Rilling (Hrsg.): Die verkaufte Bildung. Opladen: Leske+Budrich.
- Hershkoff**, H. and Cohen, A.S. (1992). School Choice and the Lessons of Choctaw County. Yale Law and Policy Review, 10(1), 1-29.
- Heydorn**, H.-J. (1995): Werke Band 4. Bildungstheoretische und pädagogische Schriften 1949-1967, 1971-1974, Vaduz.
- Hirtt**, Nicco (2002): Im Schatten der Unternehmenslobby. Die Bildungspolitik der Europäischen Kommission, in: Widersprüche, Heft 83, 3/2002.
- Humboldt** Universität Berlin (2007): Studierbarkeit an der Humboldt Universität, Berlin.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002): Innovationen in das „Humankapital“. PISA und die Bildungspolitik der OECD, in: Forum Wissenschaft 19 (2002) 3, S. 47-49.
- Klausenitzer**, Jürgen (2006): Thesen zur Rationalisierung und Privatisierung im Bildungsbereich.
- Lauder**, H./Hughes, D/ (1999). Trading in Futures: Why Markets in Education Don't Work. Buckingham: Open University Press.
- Levacic**, R. (1998). Local Management of schools in England: Results after six years. Journal of Education Policy, 13 (3), 331-352
- Levacic**, R., Hardmann, J. & Woods, P. (1998). Competition as a spur to Improvement? Differential Improvement in GCSE Examination Results. Paper presented at the International Congress for School Effectiveness and Improvement, Manchester.
- Magotsiu-Schweizerkopf**, Eumorfia (1999): Schulautonomie. Profilbildung und freie elterliche Schulwahl am Beispiel von Erfahrungen in angelsächsischen Ländern. Ein Literaturbericht. Frankfurt: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung.
- Medosch**, Armin (2001): Blair privatisiert Pflichtschulen.
<https://www.tor.at/resources/focus/telepolis/container/heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/7149/1.html>.
- Miron**, G. (1993). Choice and the Use of Market Forces in Schooling: Swedish Education Reforms for the 1990. Stockholm: Institute for International Education; Stockholm University.
- Moore**, D., & Davenport, S. (1990). Choice: the new improved sorting machine. In: W.L. Boyd, & Walberg, H.J. (Eds.), Choice in Education: potential and problems, Berkeley, CA.: McCutchan.
- Noden**, P., West, A., David, M., with, Edge, A. (1998). Choices and destinations at the transfer to secondary schools in London. Journal of Education Policy, 13 (2), 221-236
- OECD**. (1995). Governance in Transition: Public Management Reforms in OECD Countries. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- OECD**-Standards und monetäre Bildungskrise Levacic, R., & Hardmann, J. (1999). The Performance of grand maintained schools in England: an experiment in autonomy. Journal of Education Policy, 14 (2), 185-212.
- Smith**, T. & Noble, M. (1995). Education Divides: Poverty and Schooling in the 1990s. London: Child Poverty Action Group.
- Weiss**, M. (2000). Quasi-markets in education: an economic analysis. Paper presented at the Futures of Education Conference, Zurich.
- Tomlinson**, Sally (1998): The effects of Educational Markets on Ethnic Minorities. In: Radtke, Frank O; Weiß, Manfred (Hrsg.): Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit. Frankfurt a.M.: Leske+Budrich.
- Weiss**, Manfred (2001): Quasi-Märkte im Schulbereich, in: 43. Sonderheft der Zeitschrift für Pädagogik.
- Wells**, A.S., & Associates. (1998). Beyond the rhetoric of charter school reform: A study of ten California school districts. Los Angeles: CA: University of California at Los Angeles.
- West**, A., Pennell, H., & Noden, P. (1997). Admission to Secondary School: Changing Policy and Practice. London: Centre for Educational Research: London School of Economics.
- Whitty**, Geoff/ Sally Power, David Halpin: (1998): Devolution and Choice in Education. The School, the State and the Market. Buckingham-Philadelphia: Open University Press.
- Zettelmeier**, Werner (2002): Neue Arbeitsformen- Herausforderungen für Bildung und Ausbildung aus französischer Perspektive,

Lit. zu N 16.-16.2.: Pisa-Logik...

- Baumert**, Jürgen/Olaf Köller (1998): Nationale und internationale Schulleistungsstudien. In: Pädagogik. 50, 6, S. 12-18.
- Baumert**, Jürgen/Wilfried Bos/Rainer Watermann (1998): TIMSS/III – Schülerleistungen in Mathematik und den Naturwissenschaften am Ende der Sekundarstufe II im internationalen Vergleich, Berlin.
- Baumert**, Jürgen et al. (2001): PISA 2000, Opladen.
- Büchner**, Peter (2003): Stichwort: Bildungs- und soziale Ungleichheit, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften, 6 (2003) 1, S. 5-24.
- Bauer**, Ullrich (2005): Das Präventionsdilemma. Potenziale schulischer Kompetenzförderung im Spiegel sozialer Polarisierung, Wiesbaden.

- Bernstein**, Basil (1972): Der Unfug mit der „kompensatorischen“ Erziehung, in: Betrifft: Erziehung Redaktion (Hg.), Familienerziehung, Sozialschicht und Schulerfolg, Weinheim, S. 21-36
- Bertelsmann** Stiftung (Hg.) (2002): Wir brauchen eine andere Schule: Konsequenzen aus PISA. Positionen der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Bethge**, Thomas (1999): Zum Umgang mit den Ergebnissen von TIMSS. In: Die Deutsche Schule. 91, 2, S. 178-181.
- Bourdieu**, Pierre/Jean-Claude Passeron (1971): Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart.
- Deutsches PISA-Konsortium** (2001): PISA 2000, Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich.
- Fischbach**, Rainer (2002): Die Wissensgesellschaft – Maßstab oder Phantom der Bildungsdebatte? In: Widersprüche 83, 1, 2002, 9-21
- Gomolla**, Mechthild/Frank-Olaf Radtke (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Opladen.
- Hagemeister**, Volker (1999): Was wurde bei TIMSS erhoben? Über die empirische Basis einer aufregenden Studie. In: Die Deutsche Schule. 91, 2, S. 160-177.
- Henry**, Miriam, et al. (2001): The OECD, Globalization and Education Policy, Amsterdam.
- Heynemann**, Stephen P. (2001): The World Bank and the Analysis of human Capital: A Contribution or Distortion? Paper presented to the Annual Meeting of the Comparative and International Education Society, Washington D.C.
- Hirsch**, Joachim (2002): Eine fordische Bastion wird geschliffen, in: Sozialismus 4/2002, S. 42/43.
- Ingenkamp**, Karlheinz und Walter H. Schreiber (Hg.) (1989): Was wissen unsere Schüler? Überregionale Lernerfolgsmessungen aus internationaler Sicht. Weinheim.
- Ito**, Toshiko (1997): Zwischen „Fassade“ und „wirklicher Absicht“. In: Zeitschrift für Pädagogik, 43, 3, S. 449-466.
- Keller**, Carsten/Oliver Schöller (2002): Autoritäre Bildung. Bildungsreform im Zeichen von Standortwettbewerb und neuen Eliten, in: Uwe H. Bittlingsmayer u.a. (Hg.), Theorie als Kampf. Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, S. 381-414.
- Klausenitzer**, Jürgen (1999): Privatisierung im Bildungswesen?, in: Die Deutsche Schule, 4/1999.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002): Altes und Neues – Anmerkungen zur Diskussion über die gegenwärtige Restrukturierung des deutschen Bildungssystems, in: Widersprüche 1/2002, S. 53-68.
- Klausenitzer**, Jürgen (2003): Jetzt lesen sie wieder – mehr als Kaffeesatz? in: Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 5/03..
- Klemm**, Klaus (2005): PISA 2003 – was sind die Befunde? in: Schulverwaltungen. Zeitschrift für Schulleitung, Schulaufsicht und Schulkultur, (Januar 2005) 1.
- Klocke** (1998): Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Generationenfolge, in: Peter A. Berger/Michael Vester (Hg.), Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen, Opladen, S. 211-229.
- Koch**, Lutz (1972): Ist Mündigkeit operationalisierbar? in: Pädagogische Rundschau, 26 (1972) 6, S. 486-493.
- Kluge**, Jürgen (2003): Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept, Frankfurt a./M.
- Lange**, Hermann (1999): Qualitätssicherung in Schulen. In: Die Deutsche Schule. 91, 2, S. 144-159.
- Lehmann**, Rainer H./Rainer Peek/ Rüdiger Gänsfuß (1998): Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung – Jahrgangsstufe 7. Hamburg.
- Lersch**, Rainer (2001): Bildungschancen in Deutschland, in: Die Deutsche Schule 2/2001
- Marcuse**, Herbert (1971): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied-Berlin.
- Nida-Rümelin**, J. (2006): Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivenwechsel, München.
- OECD** (2001): Bildungspolitische Analysen 2001, Paris.
- Rollf**, H.-G. (1997): Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg.
- Scherrer**, Christof (2002): GATS 2000. Handelspolitische Weichenstellung für die Bildung, in: Widersprüche 1/2002.
- Schleicher**, Andreas (2001): Deutschland im Bildungswettbewerb, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Berliner Forum Wissenschaft und Innovation.
- Schleicher**, Andreas (2002a): Erfolgreiche Länder haben integrierte Systeme, E&W 1/2002
- Schleicher**, Andreas (2002b): Schlüssel für die Zukunft, E&W 3/2002.
- Schleicher**, Andreas (2005): Über die Binnendifferenzierung hinaus, in: Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft 1/2005.
- Schümer**, Gundel (1999): Mathematikunterricht in Japan. In: Unterrichtswissenschaft. 27, 2, S. 102-127.
- Smolka**, Dieter (2005): PISA – Konsequenzen für Bildung und Schule, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2005.
- Sygyusch**, Hajo (1999): Bildung und Leistung gehören zusammen! In: Die Deutsche Schule. 91, 2, S. 182-185.
- Vester**, Michael (2004): Die Illusion der Bildungsexpansion. Bildungsöffnungen und soziale Segregation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Stefanie Engler/Beate Krais (Hg.), Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen, Weinheim, S. 13-52.
- Weiß**, Manfred (2001): Quasi-Märkte im Schulbereich, in: 43. Sonderheft der Zeitschrift für Pädagogik.

Lit. zu N 16.3.: „Chancengleichheit“: eine zugespitzte Paradoxie im neoliberalen Kontext

- Becker**, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hg.) (2004): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden.
- Burzan**, Nicole (2004): Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden.
- Butterwege**, Christoph: Abschied von der Chancengleichheit, in: <http://www.jungewelt.de/2005/11-21/003.php>
- Bourdieu**, Pierre (1971): Jean-Claude Passeron: Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs, Stuttgart.
- Colemann**, J.S. (u.a.) (1966): Equality of educational opportunity. Washington: U.S. Department of Health, Education and Welfare. Office of Education.
- Dahrendorf**, R (1965): Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg 1965.
- Gomolla**, M./F.-O. Radtke (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen.
- Hänsel**, D./ H. Ortmann (1971): Kompensatorische Vorschulerziehung und sozialer Aufstieg. In: Zeitschrift für Pädagogik. 17 (1971) 4, S. 431-452.
- Heid**, Helmut: (1988): Zur Paradoxie der bildungspolitischen Forderung nach Chancengleichheit, in: Zeitschrift für Pädagogik, Jahrgang 34, S. 1-17, Weinheim/Basel.
- Kreckel**, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a.M. – New York.
- Nummer-Winkler**, G (1971): Chancengleichheit und individuelle Förderung. Eine Analyse der Ziele und Konsequenzen moderner Bildungspolitik, Stuttgart.
- Nolte**, Paul (2005): Soziale Gerechtigkeiten in neuen Spannungslinien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29/2005.
- OECD** (Hg.) (1961): Begabung und Bildungschancen. Frankfurt a.M.
- OECD** (Hg.) (1970): Weltproblem Chancengleichheit. Bildungsplanung und Gesellschaftspolitik, Frankfurt a.M.
- Offe**, C (1970): Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen Leistungsgesellschaft, Frankfurt a.M.
- Rolff**, H.G (1967): Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg.
- Scholtz**, Hanno (2004): Soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich. Gesellschaftliche Einstellungen und reale Entwicklungen, in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr. 168, S. 25-33.

Lit. zu N 16.4.: Instrumentalisierung von „Bildung“ zur Lösung gesellschaftlicher Strukturprobleme?

- Adorno**, T.W. (1972): Theorie der Halbbildung, in: Adorno – Gesammelte Schriften 8.
- Bloosfeld**, Hans-Peter; Shavit, Yossi (1993): Persistent Inequality. Changing Educational Attainment in Thirteen Countries; Colorado, Oxford.

Lit. zu N 16.5.: Die Rolle der Erziehungswissenschaften im Kontext der PISA-Adaptionen: Auftrag zur Ökonomisierung des Sozialen

- Altrichter**, H./Posch, P. (1997): Mikropolitik der Schulentwicklung. Förderliche und hemmende Bedingungen für Innovationen in der Schule. Innsbruck.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft** (DFG) (2002): Stellungnahme zur strukturellen Stärkung der empirischen Bildungsforschung, http://www.dfg.de/aktuelles_presse/reden-stellungnahmen/download/empirische_bildungsforschung_st.pdf.
- Ertel**, Werner (2003): Unternehmensstrategien: die neuen Trends, in: Merkur 57 (2003) 1, S. 63-68.
- Fahrholz**, Bernd/Gabriel, Sigmar/Müller, Peter (Hg.) (2002): Nach dem PISA-Schock. Plädoyer für eine Bildungsreform, Hamburg.
- Ingenkamp**, Karl-Heinz (2002): Die veröffentlichte Reaktion auf PISA: ein deutsches Trauerspiel, in: Empirische Pädagogik 16 (2002), S. 409-418.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002a): Altes und Neues. Anmerkungen zur Diskussion über die gegenwärtige Restrukturierung des Bildungswesens, in: Widersprüche 22 (2002) 83, S. 53-68.
- Klausenitzer**, Jürgen (2002b): PISA – einige offene Fragen zur OECD Bildungspolitik, http://www.links-netz.de/K_texte/K_klausenitzer_oecd.html.
- Lemke**, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Governementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. Eine Einleitung, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): Governementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M., S. 7-40.

Lohmann, Ingrid (2002): Bildung – Ware oder öffentliches Gut? Auswirkungen des General Agreement on Trade in Services (GATS) auf den Bildungsbereich, <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/debt.htm>.

Luhmann, Niklas (1995): Kausalität im Süden, in: Soziale Systeme 1 (1995), S. 7-28.

Luhmann, Niklas/Schorr, Karl Eberhard (1982): Zwischen Technologie und Selbstreferenz. Fragen an die Pädagogik. Frankfurt a.M..

Malik, Fredmund (2000): Führen, Leisten, Leben. Wirksames Management für eine neue Zeit, Stuttgart.

Picht, Georg (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten und Freiburg.

Radtke, Frank-Olaf (2002/2003) Die Erziehungswissenschaft der OECD–Aussichten auf die Performanz-Kultur, Forschungseminar „Globalisierung als Argument im Erziehungssystem“, WS 2002/2003.

Stamm, Margrit (2003): Evaluation im Spiegel ihrer Nutzung: Grande idée oder grande illusion des 21. Jahrhunderts? in: Stamm Margrit: Evaluation und ihre Folgen für die Bildung: eine unterschätzte pädagogische Herausforderung, Habilitationsschrift an der Universität Fribourg (Schweiz).

Tillmann, K.-J./Vollstädt, W. (2001) (Hg.): Politikberatung durch Bildungsforschung. Das Beispiel: Schulentwicklung Hamburg. Opladen.

Tenorth, Hein-Elmar (1999): Technologiedefizit in der Pädagogik? Zur Kritik eines Missverständnisses, in: Thomas Fuhr/Klaudia Schultheiß (Hg.): Zur Sache der Pädagogik, Bad Heilbrunn, S. 252-266.

Weiß, Manfred (2002): Stichwort Bildungsökonomie, in: ZfE 5 (2002), S. 183-200.

Zinnecker, Jürgen (1975): Der heimliche Lehrplan, Weinheim 1975.

Lit. zu N 16.7.: „Vorschulerziehung“ oder: Das Ende der Kindheit im „Standortwettbewerb“.

Bernstein, B. (1972): Studien zur sprachlichen Sozialisation, Düsseldorf.

Bissingen, Stephan Karin Böllert, Reinhart Liebig, Christian Lüders, Peer Marquard, Thomas Rauschenbach (2002): Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe. In: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Bestandsaufnahme, Bd. 1, München.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland, Bonn.

Deutscher Bildungsrat (1968): Begabung und Lernen, Hrsg.von H. Roth, Stuttgart = Gutachten und Studien der Bildungskommission. Bd. 4.

Edelstein, W. D. Hopf (Hg.) (1973): Bedingungen des Bildungsprozesses, Stuttgart.

Hechinger, F.M (Hg.) (1970): Vorschulerziehung als Förderung sozialbenachteiligter Kinder, Stuttgart.

Flitner, A. (1967): Der Streit um die Vorschulerziehung. In: Zeitschrift für Pädagogik. 13 (1967), S. 515-538.

Flitner, A. (1973): Das Kinderspiel, München.

Höltershinken, D. (Hg.): Vorschulerziehung. 1. Dokumentation; 2. Ausländische Erfahrungen und Tendenzen. Freiburg 1971-1973.

Troullet, B (1968): Die Vorschulerziehung in neun europäischen Ländern, Weinheim.

Zimmer, J. (Hg.) (1973): Curriculumentwicklung im Vorschulbereich, Bd. 1+2. München.

Lit. zu O 1. – 3.: Bildungspolitik und Bildungsziele der „Zukunft“

Baumgart, Franzjörg (Hg.) (2001): Erziehungs- und Bildungstheorien. Erläuterungen, Texte, Arbeitsaufgaben, Bad Heilbrunn/Obb.

Blankertz, Herwig (1969): Bildung im Zeitalter der großen Industrie. Pädagogik, Schule und Berufsausbildung im 19. Jahrhundert, Hannover.

Beck, U./Beck-Gernsheim (2007): Generation Global, in: Ulrich Beck (Hg.) (2007): Generation Global. Ein Crashkurs, Frankfurt a.M. 2007, S. 236-265.

Bernhard, Armin (2002): Neue Lernkultur und die marktkonforme Zurichtung der Bildung, in: Das Argument 246, 44.Jg. S.311-324

Bernhard, Armin (2004): Antonio Gramscis Politische Pädagogik. Grundrisse eines praxisphilosophischen Erziehungs- und Bildungsmodells, Hamburg.

Bernhard, Armin (2006): Antonia Gramscis Verständnis von Bildung und Erziehung, in: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2178>, 10.022006.

Bildungskommission NRW (1995): Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Denkschrift der gleichnamigen Kommission beim Ministerpräsidenten des Landes NRW. Neuwied.

Brand, K.-W. (Hg.) (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen.

Brand, K.-W. (Hg.) (2003): Lokale Agenda 21: Perspektiven eines neuen Politiktypus. GAIA 12 (1/2003), S. 15-23.

- Brezinka, W.** (1971): Über Erziehungsbegriffe – eine kritische Analyse und Explikationsvorschlag. In: Zeitschrift für Pädagogik. 17, S. 567-615.
- Brezinka, W.** (1972): Was sind Erziehungsziele? In: Zeitschrift für Pädagogik. 18, 4, S. 497-550.
- Brockmeyer, R.** (1998): Qualitätsverbesserungen durch Steigerung der Innovationsfähigkeit und der Selbstwirksamkeit in Schulen und Schulsystemen. Verfaßt für die Projektgruppe „Innovation im Bildungswesen“ der BLK. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn.
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lenke (Hg.)** (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart, Frankfurt a.M.
- Brumlik, Micha (Hg.)** (2007): Vom Missbrauch der Disziplin. Antworten der Wissenschaft auf Bernhard Bueb, Weinheim/Basel, 3. Auflage.
- Brückner, P.** (2004): Sozialpsychologie des Kapitalismus. Gemeinschaftsausgabe des Psychosozial- und des Argument-Verlags. Gießen/Hamburg.
- BUND/Misereor** (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer globalnachhaltigen Entwicklung, Basel/Boston/Berlin.
- Bund/Misereor** (2002): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland, München.
- Bund-Länder-Kommission** (1998): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Orientierungsrahmen. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, H. 69.
- Bundesregierung** (Hg.) (2002) Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Bühler, Hans** (1997): Globales Lernen – eine Zwischenbilanz; in: Dokumentation der Fachtagung vom 30.6.-1.7.1997 zu den neuen Empfehlungen der KMK-Konferenz „Eine Welt/Dritte Welt“, Hg. Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Stuttgart.
- Enquete-Kommission** (1994): „Schutz des Menschen und der Umwelt des Deutschen Bundestages“ (Hg.): Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Drucksache 12/8260 vom 12.7.94, Bonn.
- Fuhrmann, Manfred** (2002): Bildung, Europas kulturelle Identität, Stuttgart.
- Damasio, A.R.** (1996): Descartes' Irrtum: Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn, München&Leipzig.
- W.** (1960): Pädagogik. Geschichte und Grundlinien des Systems, Stuttgart, Göttingen.
- Dobbelstein-Osthoff, P.** (1995): Just Community: basisdemokratische Spielwiese oder Chance der Demokratisierung. In: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Werteerziehung in der Schule – aber wie? Ansätze zur Entwicklung moralisch-demokratischer Urteilsfähigkeit (2. Auflage, S. 97-113). Soest: LSW.
- Durkheim, E.** (1972): Erziehung und Soziologie, Düsseldorf.
- Edelstein, W.** (2002): Schule als Lernwelt und als Lebenswelt. Welche zukunftsfesten Kompetenzen müssen Schüler in der Schule erwerben können, und wie können Lehrer diese Kompetenzen vermitteln? Vortrag am Lycée Aline Mayrisch, Luxemburg, 22.11.2002.
- Eisenberg, E.** (2005): Ich weiß nicht, wie das passieren konnte, in: <http://www.freitag.de/2005/30/05301801.php>, 11.05.2007.
- Enquete-Kommission** (2005): „Schutz des Menschen und der Umwelt des Deutschen Bundestages“ (Hg.): Konzept Nachhaltigkeit.
- Europäische Kommission** (2006): Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung. Eine erneuerte Strategie, Brüssel.
- Fend, H.** (1971): Konformität und Selbstbestimmung, Weinheim.
- Fend, H.** (1986): Gute Schulen – schlechte Schulen. Die einzelnen Schulen als pädagogische Handlungseinheit, In: die Deutsche Schule, S. 275-293.
- Fend, H.** (1988): Schulqualität. Die Wiederentdeckung der Schule als pädagogische Gestaltungsebene. In: Neue Sammlung, S. 537-547.
- Fundamente** für die Gesellschaft von morgen. Zwischenbericht. Zur Sache 1/97, Bonn 1997.
- Frauenhofer Institut** für Systemtechnik und Innovationsforschung (1998): Delphi 98 Umfrage: Zukunft nachgefragt. Studie zur globalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik, Karlsruhe.
- Geißler, E.E.** (1967): Erziehungsmittel. 2. Aufl. Bad Heilbrunn.
- Geißler, K.** (1998): Das Diktat der Tempomacher, in: Widerspruch 36, 18 Jg., Heft 2.
- Golemann, D.** (1986): Emotional Intelligence: Why it can matter more than IQ. New York.
- Gruber, Elke** (1997): Bildung zur Brauchbarkeit? Berufliche Bildung zwischen Anpassung und Emanzipation. Eine sozialhistorische Studie, München/Wien.
- Haan, G.** (1998a): Bildung für nachhaltige Entwicklung? Sustainable Development im Kontext pädagogischer Umbrüche und Werturteile – Eine Skizze. In: Beyer, A. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung, Hamburg, S. 109-148.
- Haan, G.** (1998b): Bildung für Nachhaltigkeit: Schlüsselkompetenzen, Umweltsyndrome und Schulprogramme. Paper 98-144, Berlin: Forschungsgruppe Umweltbildung FU Berlin.
- Harborth, H.-J.** (1993): Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung: Eine Einführung in das Konzept des „Sustainable Development“, Berlin.
- Harenberg, D.** (1998): Endbericht einer Studie: „Erschließung von Unterrichtsinhalten und -methoden zum Thema Nachhaltige Entwicklung in der schulischen Bildung“ (3 Bände), Berlin.
- Heitger, M.** (1969): Erziehung oder Manipulation. Die Problematik der Erziehungsmittel, München.

- Heydorn**, Hans-Joachim (2004): Über den Widerspruch zwischen Bildung und Herrschaft. 1970 (Band 3 Heydorn-Studiensausgabe).
- Holzkamp**, K. (1984): Kritische Psychologie und phänomenologische Psychologie. Der Weg der kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft, in: Forum Kritische Psychologie 14.
- Horkheimer**, M. (1936): Autorität und Familien, in: Horkheimer, M., Kritische Theorie. Bd. 1, Frankfurt a.M.
- Hentig**, H.v. (1976): Gute und schlechte Schulen im Spiegel der empirischen Schulforschung. In: Westermanns pädagogische Beiträge, S. 18-23.
- Hentig**, H.v. (1973): Konsensstheorie. Über die Schwierigkeit, gemeinsam nützlichen Wahrheiten näher zu kommen. In: Neue Sammlung. 13, 3, S. 265-283.
- Hentig**, H. v. (1976): Was ist eine humane Schule? München/Wien, 6. Aufl. 1983.
- Hentig**, H. v. (1987): „Humanisierung“ – Eine verschämte Rückkehr zur Pädagogik? Andere Wege zur Veränderung der Schule, Stuttgart.
- Hentig**, H. v (1996): Bildung. Ein Essay. München, Wien.
- Jüdes**, U. (1997): Das Paradigma „Sustainable Development“. Nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf ökologische, kulturelle, soziale und ökonomische Dimensionen. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn.
- Klafki**, W. ((1989): Perspektiven einer humanen und demokratischen Schule. In: U. Schwänke (Hg.): Innere und äußere Schulreform. Hamburg, S. 47-72.
- Klafki**, Wolfgang (1993): Allgemeinbildung heute – Grundzüge internationaler Erziehung. In: Pädagogisches Forum 2/1993, S. 21-28.
- Klafki**, W. (1998): Kriterien einer guten Schule (1), in: <http://archiv.ub.uni-marburg.de/sonst/1998/0003/k07.html>, 06.04.2007.
- Kohlberg**, L. (1986): Der „Just-Community“-Ansatz der Moralerziehung in Theorie und Praxis. In: F. Oser/R. Fatke/O. Höffe (Hg.), Transformation und Entwicklung, Frankfurt a.M., S. 21-55.
- Kössler**, Henning (1989): Bildung und Identität. In: H. Kössler (Hg.): Identität: fünf Vorträge. Erlangen, S. 56 (Erlanger Forschungen), Reihe B; Bd. 20, S. 51-65.
- Golemann**, D. (1986): Emotional Intelligence: Why it can matter more than IQ. New York.
- Küng**, Hans (1997): Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft, München.
- Leschinsky**, A. (1996): Vorleben oder Nachdenken? Bericht der wissenschaftlichen Begleitung über den Modellversuch zum Lernbereich „Lebensgestaltung – Ethik – Religion“, Frankfurt a.M.
- LSW** – Landesinstitut für Schule und Weiterentwicklung (1995): Werteentwicklung in der Schule – aber wie? Ansätze zur Entwicklung moralisch-demokratischer Urteilsfähigkeit, Soest: LSW.
- Luhmann**, N. (1971): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Frankfurt a.M.
- Luks**, Fred (2002): Nachhaltigkeit. Wissen 3000, Hamburg.
- Markard**, M. (2007): Wer braucht Erziehung? In: <http://www.linksnet.de/drucksicht.php?id=2376>, 2.4.2007.
- Merkens**, Andreas (2002): Ideologie, Kritik, Bildung, in: Das Argument 246, 44. Jg., S. 339-353
- Mollenhauer**, K. (1972): Theorie zum Erziehungsprozess, München.
- Nida-Rümelin**, J. (2006): Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivwechsel, München.
- Oser**, F./Althof W./Höffe, O. (Hg.) (1986): Transformation und Entwicklung: Grundlagen der Moralerziehung, Frankfurt a.M.
- Oser**, F. (1988): Die gerechte Gemeinschaft und die Demokratisierung der Schulwelt: Der Kohlberg-Ansatz, eine Herausforderung für die Erziehung. Vierteljahrszeitschrift für wissenschaftliche Pädagogik, (64) 1, S. 54-79
- Piaget**, J. (1973): Das moralische Urteil beim Kinde, Frankfurt a.M.
- Radermacher**, Franz-Josef (2004): Der Global Marshall Plan. Für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa. Global-Marshall-Plan-Initiative, Wien/Hamburg.
- Radtke**, Frank-Olav (2007): Wiederaufrüstung im Lager der Erwachsenen: Bernhard Buebs Schwarze Pädagogik für das 21. Jahrhundert, in: Brumlik (2007).
- Reinhardt**, K. (1992): Öffnung von Schule. Community-Education als Konzept für die Schule der Zukunft? Weinheim/Basel.
- Richter**, C. (1997): Schlüsselqualifikationen, Alling.
- Ribolits**, Erich (1995): Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus. München und Wien.
- Rogall**, Holger (2004): Ökonomie der Nachhaltigkeit – Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft, Wiesbaden.
- Sachs**, Wolfgang (2002): Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie, Frankfurt.
- Scheunpflug**, Annette/Schröck, Nikolaus (2000): Globales Lernen. Einführung in eine pädagogische Konzeption zur entwicklungsbezogenen Bildung, Hg. Brot für die Welt, Stuttgart.
- Schirp**, H. (1999): Gestaltung und Öffnung der Schule: Ein Konzept zur Unterstützung von Lernqualität und zur Schulentwicklung „von unten“. In: E. Risse&H.-J. Schmidt (Hg.), Von der Bildungsplanung zur Schulentwicklung, S. 204-217, Neu-wied/Kriftel.
- Schreiber**, Jörg-Robert (1996): Globales Lernen für eine zukunftsfähige Entwicklung. Plädoyer für ein Unterrichtsprinzip, in: ZEP Heft 1 1996, S. 15-19.
- Seitz**, Klaus (1993): Von der Dritte-Welt-Pädagogik zum Globalen Lernen: Zur Geschichte der entwicklungsbezogenen Theoriediskussion. In: Entwicklungspolitische Bildung (s.Nr.11) 1993, S. 39-77.
- Seitz**, Klaus (1996): Globales Lernen, in: Global Lernen 3/1996, S. 1-2.

- Seitz, Klaus (2007a): Globales Lernen – Herausforderungen für schulische und außerschulische Bildungsarbeit, in: <http://www.hh.schule.de/fil/globlern/konzept/KSeitz1.htm>, 29.01.2007
- Seitz, Klaus (2007b): Die Globalisierung als Herausforderung für Schule, Pädagogik und Bildungspolitik, in: <http://www.hh.schule.de/fil/globlern/konzept/SeitzUnesco.htm>, 29.01.2007, S. 5.
- Tennnenbaum, Rosa ((2001): Bildung zur schönen Menschlichkeit. Wilhelm von Humboldts Bildungsideal. <http://www.schiller-institut.de/seiten/humboldt.htm>
- Titze, H. (1973): Die Politisierung der Erziehung, Frankfurt a.M.
- Tremel, Alfred K (1993): Desorientierung überall – Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in neuer Sicht, in: Selbstorganisation und Chaos, Hg. A. Scheinpfug und K.Seitz, Tübingen.
- Tremel, Alfred K (1996): Die Erziehung zum Weltbürger. Und was wir dabei von Comenius, Kant, Luhmann lernen können. ZEP 19, 1996, Heft 1.
- Weber, E. (Hg.) (1969): Der Erziehungs- und Bildungsbegriff im 20. Jahrhundert, Bad Heilbrunn.
- Wintersteiner, W. (1999): Pädagogik des Anderen, Münster.
- Wuppertalinstitut: Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hg.) (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, München.

Lit. zu P 1. – 5.: *Das „Projekt Ganztagsschule“: Eine strukturelle und pädagogische Basis für eine zukunfts-fähige Schule?*

- Appel, Stefan (2003): Handbuch Ganztagsschule, Schwalbach/Ts.
- Appel, Stefan u.a. (Hg.): Jahrbuch Ganztagsschule 2005. Schwalbach/Ts. 2004 (Wochenschau Verlag)
- Behr, K./Haenisch, H./Hermens, C./Liebig, R./Nordt, G./Schulz, U. (2005): Offene Ganztagsschule im Primarbereich. Weinheim und München (Juventa)
- Beutel, W./Fauser, P. (Hg.) (1995): Politisch bewegt? Schule, Jugend und Gewalt in der Demokratie. Seelze: Friedrich. Buchausgabe von Heft 2 (1995) der Zeitschrift „Neue Sammlung“..
- Beutel, W./Fauser, P. (2001): Erfahrene Demokratie. Wie Politik praktisch gelernt werden kann. Opladen.
- Bromba, M./Edelstein, W. (2001): Das anti-demokratische und rechtsextreme Potential unter Jugendlichen und Erwachsenen in Deutschland. Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn.
- Bundesjugendkuratorium/Sachverständigenkommission für den 11. Kinder- und Jugendbericht/Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (2002): Bildung ist mehr als Schule – Leipziger Thesen. In: Forum Jugendhilfe, 26. Jg., Heft 3.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (1974): Bildungsgesamtplan Band I, Stuttgart 2. Aufl.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2002): 11. Kinder- und Jugendbericht. Bonn/Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004): Zukunft Bildung und Betreuung. Startkonferenz zum Investitionsprogramm 8. und 9. September in Berlin, Berlin.
- Coelen, Thomas (2002): Kommunale Jugendbildung. Raumbezogene Identitätsbildung zwischen Schule und Jugendarbeit. Frankfurt a.M.
- Deutscher Bildungsrat (Hg.) (1968): Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Bonn: Bundesdruckerei.
- Deutsche Shell (Hg.) (2000): Jugend 2000. 2 Bände. Opladen.
- Dewey, J. (1963): Experience and education, New York.
- Durdel, Anja (2004): Verantwortung zumuten. Aspekte einer stärkeorientierten Pädagogik, in: Pädagogik, 56. Jg., H. 7/8, S. 17-20.
- Deutscher Bildungsrat (Hg.): Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Bonn: Bundesdruckerei 1968.
- Edelstein, W. (1967): Odenwaldschule. Eine differenzierte Gesamtschule, Frankfurt a.M.
- Edelstein, W. (1995): Krise der Jugend – Ohnmacht der Institutionen. Eine Einleitung im Anschluß an Emil Durkheims Theorie. In: W. Edelstein (Hg.), Entwicklungskrisen kompetent meistern. Der Beitrag zur Selbstwirksamkeitstheorie von Albert Bandura zum pädagogischen Handeln, Heidelberg, S. 13-24.
- Edelstein, SW. (2000): Lernwelt und Lebenswelt. Überlegungen zur Schulreform. In: Neue Sammlung, 40, S. 369-382.
- Edelstein, W./Oser, F./Schuster, P. (Hg.) (2001): Moralische Erziehung in der Schule, Weinheim.
- Edelstein, W./Fauser, P. (2002): Demokratie lernen und leben. BLK-Gutachten, Heft 96, Bonn.
- Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.) (2004): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“, Berlin.
- Enderlein, Oggi/Krappmann, Lothar (2006): Thesen für eine „Gute Ganztagsschule“, in: Knauer, Sabine/Durdel, Anja (Hg.): Die neue Ganztagsschule. Weinheim Basel, S. 79-81.
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.) (2002): Bericht bürgerschaftlichen Engagements: auf dem Weg in eine zukunfts-fähige Bürgergesellschaft. Opladen.
- Evers, Adalbert/Rauch, Ulrich/Stitz, Uta (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen, Berlin.
- Evers, Carl-Heinz (1998): Zwischen-Fälle. Begebenheiten aus Schule und Politik, Hamburg.
- Fauser, P. (1986): Wozu die Schule da ist. Eine Streitschrift. Seelze: Friedrich.

- Fend**, H. (1986): Was ist eine gute Schule? In: Westermanns Pädagogische Beiträge, 38 (7-8), S. 8-12.
- Flösser**, Gaby u.a. (1996): Schule und Jugendhilfe. Standortbestimmung und Transformationsprozess, in: dies./Hans-Uwe Otto/Klaus-Jürgen Tillmann (Hg.) Schule und Jugendhilfe. Neuorientierungen im deutsch-deutschen Übergang. Opladen, S. 8-29.
- Freudenberg** Stiftung (Hg.): (2001): Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Gutachten und Empfehlungen, Bd. I-III, Weinheim.
- Friedeburg**, Ludwig v. (1989): Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Frankfurt a.M.
- Grundschule** 4/2005: Grundschule als Ganztagsgrundschule.
- Grundschulverband** aktuell 87/2004: Stundenschule oder Ganztag.
- Grundschulverband** – Arbeitskreis Grundschule e.V.: Standpunkt Ganztagschule. Mehr Zeit für Kinder: Von der Stundenschule zur Ganztagsgrundschule, http://www.grundschulverband.de/stp_ganztag.html, 18.11.2005.
- Gottschall**, Karin (2001): Erziehung und Bildung im deutschen Sozialstaat. Stärken, Schwächen und Reformbedarfe im europäischen Vergleich, ZeS-Arbeitspapier 9, Bremen.
- Gottschall**, Karin/Karen Hagemann (2002): Die Halbtagschule in Deutschland. Ein Sonderfall in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41/2002, S. 12-22.
- Halasz**, G. u.a. (Hg.) (2004): Anwerbung, berufliche Entwicklung und Verbleib von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern. Länderbericht Deutschland, September 2004.
- Hartnuß**, Birger/Maykus, Stephan (Hg.) (2004): Handbuch Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Ein Leitfaden für Praxis-reflexionen, theoretischer Verortungen und Forschungsfragen, Frankfurt a.M.
- Hartnuß**, Birger/Maykus, Stephan (2004): Kooperation Jugendhilfe und Schule, Berlin 2004.
- Hartnuß**, Birger/Maykus, Stephan (2005): Mitbestimmen, mitmachen, mitgestalten. Entwurf einer bürgerschaftlichen und sozialpädagogischen Begründung von Chancen der Partizipations- und Engagementförderung in ganztätigen Lehrarrangements. Expertise im Auftrag des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“, Münster.
- Hentig**, H. v. (1969): Systemzwang und Selbstbestimmung. Über die Bedingungen der Gesamtschule in der Industriegesellschaft, Stuttgart.
- Herrlitz**, H.-G./Weiland, D./Winkel, K. (2003): Die Gesamtschule. Geschichte, internationale Vergleiche, pädagogische Konzepte und politische Perspektive, Hamburg, München.
- Heyer**, P./Preuss-Lausitz, U./Sack, L. (2003): Länger gemeinsam lernen. Positionen – Forschungsergebnisse – Beispiele. Heft 55 der Blauen Reihe der GGG.
- Heitmeyer**, W. (1992): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, München.
- Heitmeyer**, W. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie: erste Langzeituntersuchungen zur politischen Sozialisation, München.
- Hopf**, C./Hopf, W. (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik: eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim.
- Höhm**, K./Holtappels, H.G./Kamski, I./Schnetzer, T.: Entwicklung und Organisation von Ganztagschulen, Dortmund 2005 (IFS).
- Kahl**, Reinhard: Treibhäuser der Zukunft. Wie in Deutschland Schulen gelingen. Archiv der Zukunft 2004. (3 DVDs und Dokumentation) – Bezug online.
- Kempfert**, Guy/Rolff, Hans-Günter (2002): Pädagogische Qualitätsentwicklung, Weinheim/Basel.
- Krettenauer**, T. (1998): Gerechtigkeit als Solidarität. Entwicklungsbedingungen sozialen Engagements im Jugendalter, Weinheim.
- Länderbericht** Deutschland (2004): Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) in der Bundesrepublik Deutschland. OECD.
- Ludwig**, Harald (1995): Moderne Ganztagschule als Leitmodell von Schulreform im 20. Jahrhundert. Historische Entwicklung und reformpädagogische Ursprünge der heutigen Ganztagschule, in: Heinz Günther Holzappels (Hg.) Ganztagerziehung in der Schule, Opladen 1995, S. 49-67.
- Ludwig** von Friedeburg (1989): Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt a.M.
- Manninen**, Marja (1990): Finnish Women's Opportunities before the 19th Century, in: dies./Päivi Setälä (Hg.), The Lady with the Bow, Otava-Helsinki, S. 9-16.
- Martin**, H. (2004): Innere Schulreform zwischen Autonomie und Fremdbestimmung. Historisch-systematische und empirisch-fallrekonstruktive Studien zur pädagogischen Freiheit in der „Neuen Schulentwicklung“, Münster.
- Matthies**, Aila-Leena (2002): Finnisches Bildungswesen und Familienpolitik ein "leuchtendes" Beispiel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41/2002, S. 38-45.
- Melzer**, W. (2001): Schulkultur und ihre Auswirkungen auf Gewalt. In: Freudenberg Stiftung (Hg.), Demokratie lernen und leben. Gutachten und Empfehlungen, Bd. I, Weinheim.
- Merchel**, Joachim (2002): Kooperation auf der Planungsebene: Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung. In: Münchmeier, Richard/Otto, Hans-Uwe/Rabe-Kleberg, Ursula (Hg.) (2002): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen.
- Noack**, P. (1999): Perspektiven politischer Sozialisation. In: Kalb, P.E./Sitte, K./Petry, C. (Hg.) Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? Weinheim.

- Olk**, Thomas (2004): Jugendhilfe und Ganztagsbildung. Alte Rollenzuweisungen oder neue Perspektiven? In: Neue Praxis, 34 Jg., H. 6, S. 532-542.
- Otto**, Hans-Uwe/Coelen, Thomas (Hg.) (2004): Grundbegriffe der Ganztagsbildung. Beiträge zu einem neuen Verständnis in der Wissensgesellschaft, Wiesbaden.
- Ölkers** Jürgen (2002): Bildung und Professionalität von Bildungsinstitutionen. Vortrag auf der Tagung „Bildung auf evangelisch – Prägende Wahrheit oder personalintensive Illusion?“ am 6. Mai 2002 in der Evangelischen Akademie in Bad Boll.
- Oser**, F. (2001): Acht Strategien der Wert- und Moralerziehung. In: Edelstein, W./Oser, F./Schuster, P. (Hg.), Moralische Erziehung in der Schule, Weinheim.
- Pädagogik** 2/2004: Ganztagschule.
- Picht**, Georg (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten.
- Pfau**-Effinger, Birgitt (1999): „Change of Family Policies in the Socio-cultural Context of European Societies“, in: Comparative Social Research, (1999) 18, S. 135-159.
- Portmann**, Rosemarie: Modell Ganztagschule. Don Bosco 2004.
- Rauschenbach**, Thomas (2005): Schule und bürgerschaftliches Engagement – zwei getrennte Welten? Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung. In: „Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel (in) der Schule“. Fachtagung am 29./30.10.2004 in Mainz. Tagungsdokumentation, Berlin.
- Reinhardt**, Marion (2004): Wächst zusammen, was zusammen gehört: Jugendsozialarbeit und Schule müssen die Ganztagschule gemeinsam gestalten. In: Jugend – Beruf – Gesellschaft, 55. Jg. H.1, S. 13-16.
- Riegel**, Enja (2004): Schule kann gelingen, Frankfurt/a.M.
- Rolff**, H.-G. u.a. (1980): Jahrbuch der Schulentwicklung Band 1, Weinheim und Basel.
- Rother**, Ulrich (2003): Ist Deutschland auf dem Weg zur Ganztagschule? Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen in den Bundesländern. In: Appel, Stefan/Ludwig, Harald/Rother, Ulrich, Rutz, Georg (Hg.): Jahrbuch Ganztagschule. Neue Chancen für die Bildung. Schwalbach/Ts., S. 61-70.
- Schaarschmidt**, Uwe (Hg.) (2004): „Halbtagsjobber? Psychische Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern. Analyse eines veränderungsbedürftigen Zustandes“. Weinheim
- Schley**, Wilfried (2004): Subjektivität und Emotionalität in der Schulentwicklung. In: journal für schulentwicklung, 8. Jg., H. 3, S. 19-28.
- Statistics Finland. www.stat.fi
- Strätz**, Rainer u.a. (2003): Qualität für Schulkinder in Tageseinrichtungen. Ein nationaler Kriterienkatalog. Weinheim und Basel (Beltz).
- Thole**, Werner/Hoppe, Jörg (2003): Freiwilliges Engagement – ein Bildungsfaktor. Gelsenkirchen.
- Tillmann**, K.-J. u.a. (1999): Schülergewalt als Schulproblem: Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven. Weinheim.

Lit. zu Q 1. – 2.1.: Organisationsentwicklung der Schule. Konzept, Maßstäbe, Standards

- Ackermann**, H.; Wissinger, J. (Hg) (1998): Schulqualität managen. Von der Verwaltung der Schule zur Entwicklung von Schulqualität, Neuwied.
- Argyris**, C./Schön, D. (1978; 1996): Organizational Learning, Reading: Addison-Wesley.
- Bauer**, K.-O./Kanders, M. (1998): Burnout und Belastungen von Lehrkräften. In: Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 10, S. 201-233.
- BertelsmannStiftung** (Hg.) (1998): Innovative Schulsysteme im internationalen Vergleich. Band 2: Dokumentation zu Symposium und Festakt, Gütersloh.
- Beucke-Galm**, M./Fratzer, G./Rutrecht, R. (Hg.) (1999): Schulentwicklung als Organisationsentwicklung, Köln.
- Böttcher**, W. (1998): Eine neue Schulkultur, Bildungspolitik und die Skepsis der Lehrerschaft. In: Keuffer, J./Krüger, H./Reinhardt, S./Weise, E./Wenzel, H. (Hg.): Schulkultur als Gestaltungsaufgabe. Partizipation – Management – Lebensweltgestaltung, Weinheim, S. 260-269.
- Buhren**, C.G./Kirchhoff, D./Müller, S. (2002): Qualitätsindikatoren für Schule und Unterricht. Ein Arbeitsbuch für Kollegien und Schulleitungen, Dortmund.
- Comelli**, G. (1985): Training als Beitrag zur Organisationsentwicklung, München, Wien.
- Dalin**, P. (1986): Organisationsentwicklung als Beitrag der Schulentwicklung. Innovationsstrategien für die Schule. Paderborn.
- Dalin**, P./Rolff, H.G./Buchen, H. (1996, 3. A.): Institutioneller Schulentwicklungsprozess. Ein Handbuch, Bönen: Kettler.
- Dederig**, K. (2005): Voneinander Lernen im internationalen Vergleich. Ergänzungsstudie zur Evaluation des Netzwerkkonzepts „Qualitätsentwicklung von Schulen auf Basis internationaler Qualitätsvergleiche“ der Bertelsmann-Stiftung. Abschlussbericht, Bielefeld.
- Dell/Schmidt/Tautenhahn/Kotter**: Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung schulischer Bildungsarbeit – Ein Leitfaden zur Selbstbewertung von Schulen nach dem Modell der European Foundation für Quality Management.
- EFQM**: Introducing Excellence, deutsche Version.
- Fatzer**, G. (2005): Nachhaltige Transformationsprozesse in Organisationen, Köln.

- Faller**, Kurt (1998): Mediation in der pädagogischen Arbeit. Ein Handbuch für Kindergarten, Schule und Jugendarbeit. Mülheim/Ruhr.
- Fatzer**, G. (2005): Gute Beratung von Organisationen, Köln.
- Fend**, H. (1998): Qualität im Bildungswesen: Schulforschung zu Systembedingungen, Schulprofilen und Lehrerleistung, Weinheim, München.
- Friedrich**, Annette (2006): Der Mensch als Gestalter und Störfaktor in der Organisationsentwicklung, Hamburg.
- Fullan**, M. (1999): Die Schule als lernendes Unternehmen. Konzepte für eine neue Schulkultur in der Pädagogik, Stuttgart.
- Geißler**, H. (1991): Schulkultur: Lernen in einer und für eine lernende Schulorganisation. In: Ermert, K. (Hg.): Schulkultur als Organisationskultur. Organisationsberatung als Innovationsquelle für Schulentwicklung? Loccum: Ev. Akademie, S. 25-42.
- Geißler**, H. (1996): Vom Lernen in der Organisation zum Lernen der Organisation. In: Sattelberger, T. (Hg.): Die Lernende Organisation: Konzepte für eine neue Qualität der Unternehmensentwicklung, Wiesbaden.
- Geißler**, H. (Hg.) (1995): Organisationslernen und Weiterbildung: Die strategische Antwort auf die Herausforderung der Zukunft. Neuwied.
- Geser**, Hans (2004): Die Schule als lernende Organisation, Zürich.
- Herold**, M./Landherr, B. (2001): Selbstorganisiertes Lernen: SOL. Ein systemischer Ansatz für Unterricht, Hohengehren.
- Herrmann**, J./Höfer, C.: Evaluation in der Schule – Unterrichtsevaluation: Berichte und Materialien aus der Praxis. Gütersloh.
- Kempfert**, G./Rolf, H.-G. (2000): Pädagogische Qualitätsentwicklung – Ein Arbeitsbuch für Schule und Unterricht, Weinheim, Basel.
- Klippert**, H. (2000): Pädagogische Schulentwicklung. Planungs- und Arbeitshilfen zur Förderung einer neuen Lernkultur. Weinheim, Basel.
- Klippert**, H. (2000): Teamentwicklung im Klassenraum. Übungsbausteine für den Unterricht, Weinheim/Basel.
- Kempfert**, G./Rolf, H.-G. (2000): Pädagogische Qualitätsentwicklung – Ein Arbeitsbuch für Schule und Unterricht, Weinheim, Basel.
- Klippert**, H. (2000): Pädagogische Schulentwicklung. Planungs- und Arbeitshilfen zur Förderung einer neuen Lernkultur, Weinheim, Basel.
- Klippert**, H. (2000): Teamentwicklung im Klassenraum. Übungsbausteine für den Unterricht, Weinheim/Basel.
- Kempfert**, G./Rolf, H.-G. (2000): Pädagogische Qualitätsentwicklung – Ein Arbeitsbuch für Schule und Unterricht, Weinheim, Basel.
- Lembke**, Gerald (2001): Die Lernende Organisation als Grundlage einer entwicklungsfähigen Unternehmung, Marburg.
- Luhmann**, Niklas/Schorr, Karl-Eberhard (1979): Reflexionsprobleme im Erziehungssystem, Stuttgart.
- Meyer**, M.A. (1997): Die „lernende Schule“ als Antwort auf den kulturellen Wandel. In: Keuffer, J./Meyer, M.A. (Hg.): Didaktik und kultureller Wandel. Aktuelle Problemlagen und Veränderungsperspektiven, Weinheim.
- Meyer**, Hilbert (1999): Leitfaden zur Schulprogrammentwicklung, Oldenburg.
- Petermann**, Franz (1999): Sozialtraining in der Schule, Weinheim.
- Philipp**, Elmar (1996): Gute Schule verwirklichen. Ein Arbeitsbuch mit Methoden, Übungen, Beispielen aus der Organisationsentwicklung, Weinheim/Basel.
- Probst**, G.J. (1992): Organisation. Strukturen, Lenkungsinstrumente und Entwicklungsperspektiven, Landsberg.
- Pühl**, Harald (2000): Supervision und Organisationsentwicklung, Opladen.
- Rolf**, H.G. (1995): Schule als soziale Organisation. In: Buchen, H./Rolf, H.G. (Hg.): Schulleitung und Schulentwicklung, Stuttgart.
- Rolf**, H.G. (1998): Entwicklung von Einzelschulen: Viel Praxis, wenig Theorie und kaum Forschung. Ein Versuch, Schulentwicklung zu systematisieren. In: Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 10, S. 295-325.
- Rolf**, H.G. (1995): Wandel durch Selbstorganisation. Theoretische Grundlagen und praktische Hinweise für eine bessere Schule, Weinheim/Basel.
- Saldern**, Matthias von (2000): Grundlagen systemischer Organisationsentwicklung. Schneider: Hohengehren.
- Schein**, Edgar (2000): Prozessberatung für die Organisation der Zukunft, Köln.
- Schratz**, M./Steiner-Löffler, U. (1998): Die Lernende Schule, Weinheim.
- Schreyögg**, Georg (1999): Organisation, Wiesbaden.
- Schmirber**, Gisela (Hg.) (2000): Qualitätssteigerung im Bildungswesen. Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegen, München.
- Senge**, Peter (1990): Die 5. Disziplin. Kunst und Praxis der Lernenden Organisation, Stuttgart.
- Stern**, Cornelia (1999): Wie gut ist unsere Schule? Selbstevaluation mit Hilfe von Qualitätsindikatoren, Gütersloh.
- Steuer**, E. (1983): Organisationsentwicklung für die Schule, Frankfurt a./M.
- Tillmann**, Klaus-Jürgen (1998): Schulinterne Evaluation an Reformschulen, Bielefeld, Laborschule.
- Wiegand**, M. (1996): Prozesse organisationalen Lernens, Wiesbaden.
- Zech**, R. (1999): Schulentwicklung zwischen pädagogischem Anspruch und organisatorischer Verhinderungspraxis. Zur Paradoxie innerer Schulreform in einer institutionalisierten Reformschule. In: Dirks, U./Hansmann, W. (Hg.): Reflexive Lehrerbildung. Fallstudien und Konzepte im Kontext berufsspezifischer Kernprobleme, Weinheim: Beltz, S. 69-85.

Lit. zu R: *Föderale Kleinstaaterei...*

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.) (2007): Föderalismus in Deutschland – Ökonomische Analyse und Reformbedarf, Köln.

Stellungnahme der GEW zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung, Frankfurt a.M. im März 2006.

Lit. zu S: *Resümee zur weiteren „Trend“projektion des neoliberal-globalisierten Kapitalismus und abgeleitete Konsequenzen für Gesellschafts-, Sozial- und Bildungspolitik*

Albrow, Martin (1998): Abschied vom Nationalstaat, Frankfurt a.M.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2007): Memorandum 2007, Köln.

BAT Freizeit-Forschungsinstitut (Hg.): Konfliktfeld Deutschland. Die Zukunftssorgen der Bevölkerung, Hamburg.

Beck, U. (Hg.) (1997): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt a.M.

Brzezinski, Zbigniew (1999): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M.

Giddens, A. (2007): Für einen Mindestlohn. In Welt am Sonntag Nr. 10 vom 11. März 2007, S. 26.

Habermas, Jürgen (1996): „Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren“, in: A. Schramm (Hg.) Philosophie in Österreich 1996, Wien, S. 307-310.

Bachmann/Bohmann (Hg.): „Frieden durch Recht“. (Suhrkamp), Frankfurt a.M. 1996, S. 7-24.

Huntington, Samuel P. (1996): „Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, München, Wien.

Inglehart, R. (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt a.M./New-York.

Jahoda, M. (1983): Wie viel Arbeit braucht der Mensch? Weinheim-Basel.

Kissinger, Henry (2002): Die Herausforderungen Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Berlin.

Krebs, Hans-Peter (1998): Neoliberalismus. Global Culture: Politik zwischen Ideologie und Identität. In: Andere Zeiten 4.

Nuscheler/Roth (Hg.) (2006): Die Millenniums-Entwicklungsziele, Bonn.

Polanyi, Karl (1978): „The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen“. Frankfurt a.M. (Suhrkamp).

Ogger, Günter (2007): Die An(b)gestellten. Ein Nachruf auf den festen Arbeitsplatz, München

Opaschowski, Horst W. (2007): MINIMEX. Das Zukunftsmodell einer sozialen Gesellschaft, Gütersloh.

Otte, Max (2006): Der Crash kommt, Berlin.

Radermacher, Franz-Josef (2004): Der Global-Marshall Plan. Für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa. Global-Marshall-Plan-Initiative, Wien/Hamburg.

Raffelhüsch, Bernd/Krimmer, Pascal (2007): Grundsicherung in Deutschland. Analyse und Reformbedarf, Freiburg, Br.

Rätz, W. (u.a.) (2005): Grundeinkommen: bedingungslos, Hamburg.

Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster.

Rüttgers, Jürgen (2007): Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift, Köln.

Lit. zu T: *Erziehungswissenschaftlicher Paradigmenwechsel als Antwort auf die Systemkrise*

Brown, Lester R. (2007): Plan B 2.0. Mobilmachung zur Rettung der Zivilisation, Washington.

Klafki, W. u.a. (1971): Erziehungswissenschaften. Bd. 3, Frankfurt a.M.

Mollenhauer, K. (1968): Erziehung und Emanzipation, München.